

**Walther Hofer**  
**Herbert R. Reginbogin**

**Hitler,**  
**der**  
**Westen**  
**und die**  
**Schweiz**  
1936–1945

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Die Historiker Walther Hofer und Herbert R. Reginbogin zeigen in ihrem Buch, dass die Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg nur unter Berücksichtigung des historischen Umfeldes gerecht beurteilt werden kann. Der international renommierte Berner Historiker Walther Hofer zeigt im ersten Teil des Buches, dass dieses Umfeld in den Jahren 1936–1939 durch die Aggressivität der deutschen und die Passivität der westlichen Politik gekennzeichnet war. Die Folge des «Appeasements» Englands und Frankreichs, aber auch der USA war der Zerfall aller Sicherheitsschranken, die ungesühnte Missachtung des Völkerrechts und damit die Untergrabung der internationalen Moral. Sie führte dazu, dass Hitler den von ihm beabsichtigten Krieg praktisch unbehelligt vorbereiten und entfesseln konnte.

Der zweite Teil des Buches, verfasst vom amerikanischen Historiker Herbert R. Reginbogin, behandelt die Auswirkungen der wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen der Demokratien USA, England und der Schweiz mit der Nazidiktatur, also zwischen «Enemies and Friends» 1938–1945. Dabei wird aufgezeigt, dass nicht die Schweiz allein – wie im Eisenstatbericht behauptet –, sondern die engen Wirtschaftsverflechtungen speziell der USA und Englands mit Deutschland eine Schlüsselrolle in der Finanzierung und Verlängerung des Krieges spielten, bis amerikanische Gerichtsurteile gegen Ende des Krieges versucht haben, dieser unheilvollen Kooperation ein Ende zu setzen.

Der Berner Historiker Prof. Dr. **Walther Hofer** gilt als einer der besten Kenner des 20. Jahrhunderts. Seine Bücher «Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges» und «Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945» wurden immer wieder aufgelegt und in zahlreiche Fremdsprachen übersetzt. Der Historiker Prof. **Herbert R. Reginbogin** und frühere Dozent an der West Coast University in Los Angeles ist gebürtiger Amerikaner. Er studierte am Whittier College in Kalifornien sowie an der Universität Bern und ist in Forschung und Lehre für Institutionen beidseits des Atlantiks tätig.

Walther Hofer

Herbert R. Reginbogin

# **Hitler, der Westen und die Schweiz**

**1936-1945**

Zweite Auflage

Verlag Neue Zürcher Zeitung

© 2002 Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich ISBN 3-85823-966-6  
[www.nzz-buchverlag.ch](http://www.nzz-buchverlag.ch)

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung</b>	11
<b>Walther Hofer</b> <b>Die Schweiz zwischen deutscher Aggression und westlichem Appeasement 1936-1939</b>	
<b>Einleitung</b>	13
<b>1 Die Rheinlandkrise von 1936</b>	21
Deutscher Einmarsch ins Rheinland	21
Umsturz der militärpolitischen Verhältnisse	52
Die grandiose Fehldiagnose der Komintern	76
Der «Maginotkomplex»	91
Olympische Spiele als willkommenes Geschenk für die NS-Propaganda	100
Schweizerische Reaktionen zur Rheinlandbesetzung	107
Feldmanns Tagebuch – eine wahre Fundgrube zur Zeitgeschichte	132
Militärpolitische Probleme der Schweiz	143
<b>2 Der Untergang Österreichs 1938</b>	158
Englands Haltung in der Österreichfrage	158
Die Haltung Frankreichs in der Österreichfrage	169
Der Anschluss Österreichs und die Schweiz	188
Die Lage in der Berichterstattung der Schweizer Diplomaten	196
Offizielle Stellungnahmen der Schweiz	205
Rückkehr zur integralen Neutralität	222
Arbeitsbeschaffung als Teil der Landesverteidigung	237
Fazit: Der Anschluss bedeutet Hegemonie des Dritten Reiches	250

<b>3 Die Preisgabe der Tschechoslowakei (CSR)</b>	253
Frankreichs Politik auf dem Probstand	255
Hitler stellt die Weiche auf Krieg	269
Neutralisierung der Tschechoslowakei?	280
Opposition wird zur Verschwörung	290
Das grosse Spektakel: Der Parteitag	299
Die Konferenz, die keine war	321
Aus den diplomatischen Berichten der Schweizer Gesandten	343
Die Sudetenkrise in der schweizerischen Presse	359
Die Haltung der Behörden	385
<b>4 Das Ergebnis der Appeasement Policy: Statt Frieden Krieg zum falschen Zeitpunkt</b>	391
Tendenziöse Beurteilungen der militärischen Lage	391
Wie stark war die Tschechoslowakei?	400
Hitler erbeutet das tschechische Militärpotential	418
Die Schweiz unter dem Eindruck des deutschen Überfalls auf Prag	425

<b>Herbert R. Reginbogin</b>	
<b>Enemies and Friends</b>	
<b>Eine Analyse der finanzwirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den kriegführenden und neutralen Ländern 1938-1945</b>	<b>431</b>
<b>Einleitung</b>	<b>433</b>
<b>1 Economic Appeasement und industrielle Strategien</b>	<b>441</b>
<b>England und Economic Appeasement</b>	<b>443</b>
Englands Lage	443
Britische Avancen	446
<i>November 1937 – Reise von Lord Halifax nach Berlin</i>	446
<i>Transfer- und Handelsfragenabkommen (Payment Agreement)</i> – Juli 1938	447
Die Evian-Konferenz – Juli 1938	451
<i>Beginn der Konferenz</i>	458
<i>Scheitern der Konferenz und die Folgen</i>	462
Münchener Abkommen – September 1938	465
Düsseldorfer Abkommen – 16. März 1939	466
<i>Vorgeschichte</i>	467
<i>Unterstützung durch die Presse</i>	468
<i>Hauptkonferenz der deutsch-englischen Spitzenverbände</i>	469
Frankreichs Appeasementbemühungen	472
Fortsetzung der deutsch-englischen Kontakte	477
Die Geschichte des tschechischen Goldes	478
England wird Hauptgläubiger Deutschlands	481
Der Sterling-Raum	483
Die «BIZ»	485
England überdenkt Osteuropa-Politik	489
Als wäre nichts geschehen ...	491
Die Wohlthat-Mission	493
Chamberlains Darlehensangebot	495
Ende der Gespräche	497
Nochmals ein Versuch ...	498
<b>Economic Appeasement – zum Scheitern verurteilt</b>	<b>501</b>
Englands Motive	502

<b>2 Handel mit dem Feind 1939-1941</b>	507
<b>«Trading with the Enemy Act» und Kartelle</b>	509
Ausnahme von der Regel	509
Schutz der deutsch-britischen Kartelle	510
Raison d'être	513
Behandlung der neutralen Länder	514
<b>Blockadeverhandlungen</b>	517
Vorgeplänkel ...	517
Beginn der Verhandlungen	517
«Substanz» der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen	519
<i>Abbruch der Verhandlungen</i>	524
<i>Wiederaufnahme der Gespräche</i>	525
<i>Die «accords spéciaux»</i>	526
<i>Weiterer Verlauf der Gespräche</i>	527
Verhandlungen mit England	528
<i>Britische Zahlungswünsche</i>	528
<i>Was tun?</i>	531
<i>Ablehnung des britischen Zahlungsabkommens</i>	532
<i>Neuer Vorschlag Englands</i>	533
<i>Meinungsänderung</i>	534
<i>Finanzierungsprobleme</i>	536
Unterzeichnung des Blockadeabkommens	538
<i>Französische und britische Kriegsmaterialbestellungen</i>	539
<i>Englische Wünsche</i>	540
<i>Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...</i>	542
Blockadeabkommen und Kartelle –	
Werkzeuge wirtschaftlichen Überlebens	543
<b>Die Seiltänze des Board of Trade</b>	545
Farbstoffe ...	545
Ende der Kartelle	550



<b>3 Widersprüchliche Politik der USA – Globale Verflechtungen</b>	553
<b>Amerikas Position</b>	555
Szenario nach dem Ersten Weltkrieg	555
Widersprüchliche Sicherheitspolitik der USA	556
<b>Sicherung des Weltfriedens</b>	559
Die USA und der Völkerbund	559
Schwächung der kollektiven Sicherheit Europas	561
Umstrittener Beitritt zum Völkerbund	563
Abrüstung statt kollektive Sicherheit	567
<b>Die zwanziger Jahre</b>	569
Der wirtschaftliche Aspekt	569
Zurück zum Isolationismus	572
<b>Amerikas Neutralität</b>	575
The New Deal	575
Neutralitätsgesetzgebung I-III	576
Amerikas Neutralität begünstigt Expansion der aggressiven Staaten	579
Die amerikanischen Neutralitätsgesetze	581
Der Zweite Weltkrieg und die Neutralität der USA	582
<b>Wirtschaftsbeziehungen USA – Deutschland</b>	585
Enge Verflechtungen	585
US-Industrie unterstützt Nazi-Deutschland	586
Business und Aussenpolitik	590
<b>Finanzplätze und Banken neutraler Staaten im Dienste der NSDAP</b>	593
Der Zweite Vierjahresplan	593
<i>Weichenstellung</i>	594
Görings Entschuldungsaktion im Herbst 1940	596
<i>Wirtschaftsraum Europa</i>	597
<i>Beginn der Entschuldungsaktion</i>	599
<i>Rückkauf der Kredite «Kreuger» und «Lee Higgenson»</i>	603
Beschaffung der deutschen Wertpapiere	607
<i>Hilfe von Markus Wallenberg</i>	609
Erfolg der Entschuldungsaktion	612
<i>Bilanz</i>	613

<b>Fazit</b>	615
Das Borax-Kartell	620
Weitere Anklagen ...	622
Anmerkungen	627
<b>Anhang</b>	653
<b>Quellenverzeichnis</b>	655
Nicht veröffentlichte Quellen	655
Veröffentlichte Quellen	659
<b>Literatur</b>	661
<b>Register Walther Hofer</b>	679
<b>Register Herbert R. Reginbodin</b>	683
<b>Karten</b>	687

## Vorbemerkung

**D**er Band enthält die selbständigen Arbeiten zweier Autoren. Jeder Autor trägt die ausschliessliche Verantwortung für seinen Beitrag. Doch liegt ihren Darstellungen eine gemeinsame Überzeugung zugrunde: dass das Verhalten der Schweiz in jener schlimmsten Epoche ihrer neueren Geschichte nur historisch gerecht beurteilt werden kann unter Berücksichtigung des damaligen historischen Umfeldes.

Dabei ist es unumgänglich, dass gelegentlich harte Kritik geübt wird am Verhalten jener Staaten bzw. ihrer Regierungen, die es versäumt haben, der Aggressionspolitik des NS-Regimes rechtzeitig Einhalt zu gebieten und damit – höchst wahrscheinlich – das Schlimmste zu verhindern. Die Autoren sind der Ansicht, dass es dem Historiker gestattet sein muss, auch das Fehlverhalten jener Staaten zu thematisieren, denen wir durch ihren Einsatz im Krieg die Befreiung von der NS-Terrorherrschaft zu verdanken haben.

Die Autoren legen indessen gleichzeitig Wert darauf zu betonen, dass dadurch die Verdienste dieser Staaten und Völker, die sie sich durch ihren Einsatz im Krieg erworben haben, in keiner Weise geschmälert werden sollen. Die Autoren verneigen sich vor den Millionen von Opfern, die sie erbracht haben. Sie sind sich bewusst, dass der Sieg über das «Dritte Reich» – und seine Verbündeten – auch Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz gesichert hat.

Die Autoren möchten nicht verfehlen, auch all jenen ihren Dank abzustatten, die in der einen oder andern Weise zum Gelingen ihres Werkes beigetragen haben. Besonderer Dank gilt jenen Institutionen und Persönlichkeiten, die durch ihre finanzielle Unterstützung die Durchführung der Forschungsarbeiten mit ihren teilweise sehr kostenintensiven Archivreisen – bis nach Washington und Moskau – überhaupt erst möglich gemacht haben.

Die Autoren

Walther Hofer

## Einleitung

### Die Schweiz zwischen deutscher Aggression und westlichem Appeasement 1936-1939

**M**eine Darstellung geht von der Tatsache aus, dass die missliche Lage, in die unser Land während des Zweiten Weltkrieges geriet, eine Folge der damaligen weltpolitischen Ereignisse gewesen ist. Diese Ereignisse aber sind ausschliesslich von den grossen Mächten bestimmt worden. Unser Land vermochte auf deren Verlauf nicht den geringsten Einfluss auszuüben, genau so wenig wie die andern kleineren Staaten Europas. In dieser auf einen neuen Krieg zusteuern den Entwicklung waren sie alle stets nur Objekte, nie mitbestimmende Subjekte. Das ist die erste prinzipielle Feststellung, die man machen muss, wenn man das Verhalten unseres Landes während des Krieges in den richtigen Proportionen sehen und damit historisch einigermassen gerecht beurteilen will.

Wir gehen nicht der Frage nach, wie sich die Schweiz während des Krieges verhalten hat, sondern wie das Land in eine Lage hineingeraten ist, in der es gezwungen war, eine Politik und Strategie des Überlebens zu betreiben, die in den vergangenen Jahren auf derart heftige Kritik gestossen ist. Es geht also darum aufzuzeigen, wie es zur Katastrophe eines neuen grossen Krieges überhaupt kommen konnte. Natürlich können seine Ursprünge beliebig weit in die Geschichte zurückverfolgt werden. Darum kann es im Rahmen dieser Darstellung nicht gehen. Wir setzen dort ein, wo die Entwicklung durch das Verhalten aggressiver Mächte eine verhängnisvolle Richtung einzuschlagen beginnt. Wo aber gleichzeitig sichtbar wird, dass es den für die Erhaltung des Friedens eintretenden Staaten bzw. ihren Regierungen an Mut, Entschlossenheit und Weitblick fehlt, um dem sich anbahnenden Unheil rechtzeitig Einhalt zu gebieten. Dies ist ab Mitte der 1930er Jahre der Fall.

Es wird zu zeigen sein, dass die westlichen Demokratien eine Politik der Versäumnisse und faulen Kompromisse betrieben, die Hitler es ermöglicht haben, den stets von ihm beabsichtigten Krieg überhaupt entfesseln zu können. Was die Sowjetunion anbetrifft, so stellt sie einen Sonderfall dar, da ihr Diktator einen Krieg keineswegs ablehnte, sondern sich nur aus ihm heraushalten wollte.

Zu diesem Zweck hat Stalin schliesslich gemeinsame Sache mit dem Aggressor Hitler gemacht und ihm durch den Abschluss eines Paktes recht eigentlich «grünes Licht» (so der russische Historiker Daschtschew) für seinen Krieg gegeben.

Diese Geschichte ist in ihren Grundzügen zwar durchaus bekannt. Doch werden wir uns nicht auf die einfache Wiedergabe bekannter Tatbestände beschränken – obschon bereits das allein nützlich sein würde –, sondern auf Grund der internationalen, vor allem neueren Literatur, aber auch bislang nicht ausgewerteter Dokumente neue Gesichtspunkte einbringen. Dies gilt insbesondere auch für die Schweiz. Die Auswirkungen der internationalen Ereignisse auf die Situation des Landes werden ausführlich dargestellt, die Reaktionen der Behörden wie der Öffentlichkeit sowie die Massnahmen, welche zur Abwehr der immer deutlicher spürbaren Gefahr ergriffen worden sind. Dabei zeigt sich in beeindruckender Weise, wie in dem kleinen neutralen Staat die Entwicklung der internationalen Lage viel zutreffender beurteilt und die bösen Zeichen einer herannahenden Katastrophe viel früher erkannt worden sind als in den grossen Demokratien des Westens. Man geht wohl nicht zu weit, wenn man annimmt, dass uns ein neuer grosser Krieg erspart worden wäre, wenn in England und Frankreich, ganz zu schweigen von Amerika, die kommende Gefahr ebenso frühzeitig und ebenso klarsichtig erkannt worden wäre wie in der Schweiz. Kein Geringerer als der frühere Präsident Bill Clinton sagte noch kurz vor dem Ende seiner Amtszeit, der Zweite Weltkrieg hätte vermieden werden können, wenn die USA ihre weltpolitische Verantwortung rechtzeitig wahrgenommen hätten. Ähnliches könnte auch von Frankreich und insbesondere von England gesagt werden.

Die Schweizer Presse wurde nicht müde, angesichts der unverständlichen Nachgiebigkeit der westlichen Demokratien gegenüber den deutschen Provokationen, immer wieder auf diesen wunden Punkt hinzuweisen. So schrieb z.B. das sozialdemokratische Volksrecht auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise, «dass die bisherigen Erfolge der deutschen Aussenpolitik nahezu ausschliesslich auf das Konto der Unentschlossenheit der Westmächte verbucht werden müssen». Man konnte sich in der Schweiz schlechthin nicht erklären, warum Frankreich mit seiner grossen Armee und England mit seiner mächtigen Flotte und dem mächtigsten Imperium der Weltgeschichte im Rücken angesichts der deutschen Herausforderungen einfach die Segel streichen sollten.

Mit zunehmendem Unbehagen registrierte man auch, welche negativen Folgen die rapide Vergrösserung der deutschen Machtstellung für die sicherheitspolitische Lage des eigenen Landes hatte. Denn die verhängnisvolle Einkreisung durch die Achsenmächte, welche nach dem unerwarteten totalen Zusam-

menbruch Frankreichs 1940 traurige Tatsache werden sollte, zeichnete sich schon viel früher ab: bereits 1936 durch die Entstehung der sog. Achse Rom – Berlin und vor allem dann durch den ohne den geringsten westlichen Widerstand vollzogenen Anschluss Österreichs im Frühjahr 1938. Von da an wurde die Schweiz schon auf drei Seiten von den potentiell feindlichen Diktaturstaaten umklammert. Es ist bezeichnend, dass der Gesandte in Berlin, Frölicher, gerade auf diesen Umstand hinwies, als er einmal mehr die Schweizer Presse wegen ihrer «deutschfeindlichen» Einstellung bezichtigte, gegen das «wohlverstandene Landesinteresse» zu verstossen!

Trotz aller Enttäuschungen hat sich damals die ganze Hoffnung darauf gerichtet, dass die «grande armée» der deutschen Expansion im Ernstfall ein Ende bereiten werde. Als dieser Ernstfall 1940 dann eintrat, konnte man von der Schweiz aus nur ohnmächtig zusehen, wie das Unwahrscheinliche Tatsache wurde. Den unerwarteten Zusammenbruch der grossen Nachbardemokratie empfand man auch als eigene Niederlage. Einmal mehr wurde das Land Opfer von Vorgängen, auf deren Ablauf es nicht den geringsten Einfluss hatte. Seit den Zeiten Napoleons hatte sich die Schweiz nie mehr in einer solch schwierigen, ja existenzbedrohenden Situation befunden. Der Zusammenbruch des Gleichgewichts der Mächte hatte zur Folge, dass der schweizerischen Neutralität gleichsam die «Lebensluft» ausging.

Es müsste eigentlich nicht so schwer sein einzusehen, dass es den Handlungsspielraum des Landes ausserordentlich einengen musste, auf Gedeih und Verderb von einer übermächtigen Hegemonialmacht abhängig zu sein, und dass es daher nur noch mit grossen Einschränkungen neutrale Politik betreiben können. Würde der neue Hegemon Hitler gleich denken und handeln wie der französische Kaiser, der einer eidgenössischen Delegation das Wort entgegenschleudert haben soll: «Vis-à-vis de moi votre neutralité est un mot vide de sens»? Das war die bange Frage, welche die Gemüter weit herum im Lande damals bewegte.

Jene Kreise in den USA, die nach Mitte der 1990er Jahre die Schweiz wegen ihres Verhaltens während des Zweiten Weltkrieges in Anklagezustand zu versetzen suchten, sind an solcher historischer Aufklärung naturgemäss nicht interessiert gewesen. So wurde geflissentlich ausgeklammert, dass die USA als mächtigste Demokratie bis gegen Ende des Jahres 1941 ebenfalls neutral gewesen waren. Dies hätte die These von der Schuld der Schweiz und der andern (europäischen) Neutralen gefährden können. Es wäre dann auch nicht gut möglich gewesen, Neutralität als politisch nicht akzeptabel und moralisch verwerflich zu denunzieren. Erst reichlich spät sahen sich die Ankläger von jenseits des Atlantiks veranlasst zuzugeben, dass ja auch die USA sich durch eine Art von «Superneu-

tralität» – so der Schweizer Völkerrechtler Dietrich Schindler – vom europäischen Geschehen abgeschirmt haben und erst 27 Monate nach Beginn des Krieges in diesen eingetreten sind – und erst noch unfreiwillig, weil Japan den Krieg durch den Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941 provoziert hatte. Die USA hätten mehr als zwei Jahre lang zugesehen, so wurde nun eingeräumt, wie Hitler Land um Land in Europa überrannte und unterjochte.

Doch solche Einsichten hat man allzulange vermisst, als die erwähnte Kampagne gegen die Neutralen losgetreten wurde. Aber um diese in die Enge zu treiben, konnte man eben keinen weiten Horizont gebrauchen. Sonst wären ja jene Staaten und ihre Regierungen ins Schussfeld der Kritik geraten, die ein Bild des Krieges verbreiten, in welchem die Neutralen als Hauptschuldige dastehen, die Hitlers Kriegführung unterstützt oder gar den Krieg verlängert haben. Die Frage, warum der deutsche «Führer» seinen wahnsinnigen Plan, einen Krieg zu entfesseln, in die Tat umsetzen konnte und wer ihm dabei behilflich gewesen ist oder auch nur nolens volens in die Hände gearbeitet hat, diese Kernfrage blieb bei solch verkürzter Sicht unbeantwortet. Man hätte dann nämlich feststellen müssen, dass die kleinen Neutralen Europas, die man als Täter denunzieren zu können glaubte, zunächst einmal Opfer gewesen sind: sicher mal Opfer der deutschen Aggression oder auch nur Bedrohung, aber eben auch Opfer einer Politik des «Friedens um jeden Preis».

Es schien uns gerade jetzt an der Zeit, diese unseligen Jahre in Erinnerung zu rufen und die gegenwärtige Debatte um diese äusserst wichtige historische Dimension zu erweitern. Denn diese ist von all jenen, innerhalb und ausserhalb unseres Landes, systematisch ausgeblendet worden, die es allein darauf abgesehen haben, die Schweiz und die andern Neutralen, aber vor allem und immer wieder die Schweiz, an den Pranger zu stellen. Die Frage nach allenfalls schuldhaftem Verhalten während des Krieges kann indessen nicht schlüssig beantwortet werden, ohne Schuld und Verantwortung für die Entstehung dieses Krieges festzustellen.

Diese kritische Bestandesaufnahme ändert nichts an der von mir vor bald einem halben Jahrhundert aufgestellten und inzwischen längst allgemein akzeptierten These von der «Entfesselung des Zweiten Weltkrieges» durch das nationalsozialistische Deutschland – im Gegenteil: die Schuld des Diktators Hitler und seiner Helfershelfer an diesem Menschheitsverbrechen wird noch grösser angesichts des weitgehenden Entgegenkommens der demokratischen Staaten. Wenn sich die westlichen Demokratien Schuld und Verantwortung an der Entstehung dieses Krieges aufgeladen haben, dann liegt ihre Schuld auf einer andern Ebene als die des NS-Regimes. Sie besteht darin, dass sie *Frieden* um je-

den Preis wollten (allerdings gerade dadurch den *Krieg* herbeiführen halfen), während Hitler jeden Preis wollte (und dabei den Friedenswillen der andern schamlos ausnutzte). Vor bald 20 Jahren schrieb ich in einem Essay über das Thema «Gibt es eine Kriegsschuldfrage 1939?», dass es einen wesentlichen Unterschied ausmache, «ob solche Mitschuld auf Friedenspolitik oder auf Kriegspolitik zurückgeht».

Ich gehe also nicht so weit wie der britische Historiker Anthony Adamthwaite, der 1989 auf einem Kongress in Berlin zum Gedenken an den 50. Jahrestag des Kriegsbeginns gesagt hat, vieles spreche dafür, «dass die demokratischen Länder weitgehend für den Krieg von 1939 verantwortlich sind». Hingegen bin ich mit ihm einverstanden, wenn er meint, die einzige Möglichkeit, einen Krieg zu verhindern, wäre eine feste Haltung Englands und Frankreichs 1937/38 gewesen: «Statt nach München zu gehen, hätte man kämpfen müssen.» Ich teile auch seine Ansicht, dass das britische Verhalten unter Neville Chamberlain entscheidend zum Ausbruch des Krieges beigetragen hat, weil die Appeasementpolitik Hitler in dem Glauben bestärkte, er habe «freie Hand» in Mittel- und Osteuropa.

Zu einem analogen Urteil kam Karl-Dietrich Bracher in seinem Beitrag zur Propyläen-Weltgeschichte. Es bestehe kein Zweifel, schreibt er, dass die englische Politik sich über die Möglichkeit, Hitler durch Erfüllung seiner Forderungen zu bändigen, «grundlegend getäuscht und im Gegenteil das nationalsozialistische Selbstbewusstsein und den unersättlichen Eroberungstrieb Hitlers noch gestärkt hat». Die wissenschaftliche Geschichtsschreibung bestätigt die Feststellung Winston Churchills, «dass die Befriedungspolitik in allen ihren Formen die Angriffslust der Diktatoren nur ermutigte und ihre Macht im eigenen Land steigerte ...»

Das totale Fiasko seiner Politik hat Chamberlain selbst eingestanden, als er dem Unterhaus am 3.9.1939 bekannt gab, dass zwischen Grossbritannien und Deutschland Kriegszustand herrsche. Alles, wofür er gekämpft und an das er geglaubt habe, führte er aus, «hat sich in Ruinen verwandelt».

Über die Folgen dieser Politik kann es also gar keine Diskussion geben. Die historischen Fakten selbst sprechen eine unmissverständliche Sprache. Die Appeasementpolitik hat nicht den immer wieder beschworenen Frieden erreicht, sondern zum Krieg geführt. Worüber immer wieder und auch heute noch diskutiert und gestritten wird, ist die Frage, wie *berechtigt* diese Politik gewesen sein mag. Dass es gute, achtbare und vor allem vernünftige Gründe für diese Politik gegeben hat, ist uns wohl bewusst und in früheren Publikationen auch entsprechend gewürdigt worden. Eine Politik zur Erhaltung des Friedens ist prinzipiell allemal vernünftiger als eine solche des Krieges. Doch die Alternative damals



hiess nicht, ob eine Politik des Friedens oder eine solche des Krieges geführt werden sollte. Die entscheidende Frage ist vielmehr gewesen, *welche* Politik die richtige war, um den europäischen Frieden zu erhalten. Denn auch Chamberlains schärfster Widersacher, Winston Churchill, wollte den Frieden erhalten, genau so wie er auch das Empire erhalten wollte. Aber eben nicht durch Nachgeben und Zurückweichen vor den Provokationen der Diktatoren, sondern durch ein festes und entschlossenes «Bis hierher und nicht weiter».

Diese Politik der Festigkeit sollte durch eine Sammlung aller verfügbaren Gegenkräfte machtpolitisch untermauert werden: im Zentrum dieser aussenpolitischen Konzeption standen die beiden westeuropäischen Demokratien England und Frankreich, eng verbunden durch eine Wiederbelebung der nur noch vor sich hin serbelnden «Entente cordiale»; die britische Unterstützung des Allianzsystems Frankreichs in Mitteleuropa (mit dem Schwerpunkt Tschechoslowakei) statt dessen Demontage; dann die Schaffung einer Allianz mit der Sowjetunion und schliesslich ein engeres Zusammengehen mit den USA. Churchill hielt auch nichts von Konzessionen zur Beschwichtigung der unersättlichen Tyrannen – Konzessionen, die notabene vor allem auf Kosten der Sicherheit und Unabhängigkeit anderer Staaten und Völker gemacht wurden, was die internationale Stabilität wie auch die öffentliche Moral gleichermassen unterminierte.

Chamberlain dagegen wollte im Alleingang mit den Diktatoren ins Reine kommen, unter Ablehnung jeglicher gemeinsamen Aktion mit andern Mächten. Hilfsangebote betrachtete er als unliebsame Einmischungen in seine persönliche «Mission», wie nicht nur die Russen, sondern auch die verbündeten Franzosen erleben mussten – ja sogar die Amerikaner. Der britische Premierminister lehnte nämlich, unter Hinweis auf seine persönlichen Bemühungen, einen Vorschlag des Präsidenten Roosevelt ab, eine internationale Konferenz nach Washington einzuberufen. Das war im Januar 1938 gewesen, also noch vor dem Anschluss Österreichs. Der Brite wollte die Amerikaner geflissentlich von den europäischen Geschäften fernhalten. Welche Chance hier verpasst worden ist, die im Isolationismus verharrende Weltmacht USA wenigstens auf diesem Wege in das europäische Spannungsfeld einzubeziehen, dies kann nur erahnt werden. Doch Chamberlain befürchtete, wie sein Biograf Feiling berichtet, die Diktatoren könnten den «gemeinsamen Aufmarsch der Demokratien als Vorwand für einen Bruch benützen».

Wie verkehrt der britische Premier doch die Lage beurteilte! Denn nichts fürchteten die Unruhestifter in Berlin und Rom mehr als gerade dies: die Soli-

darität ihrer Gegner. Dass sie nicht zustande gekommen ist, war die «hauptsächliche Prämisse» der diplomatischen Erfolge Hitlers (und auch Mussolinis), wie der britische Historiker und Hitlerbiograf Alan Bullock feststellt.

Die Selbstüberschätzung Chamberlains ist mit Händen zu greifen. Er ignorierte bei seinem Tête-à-tête mit «Herrn Hitler», wie er den deutschen Diktator hartnäckig titulierte, die alte Weisheit, dass einen langen Löffel haben muss, wer mit dem Teufel dinieren will.

Der «Mann mit dem Regenschirm» ist zwar nicht der «Erfinder» der Appeasementpolitik gewesen, wohl aber ihr konsequentester und hartnäckigster Vertreter. Den Frieden in Europa zu erhalten, war, wie schon angedeutet, zweifellos ein vernünftiges Vorhaben. Doch was nützte alle Vernunft der Welt, wenn der Partner dieser Politik, der deutsche Diktator, die Inkarnation der Unvernunft gewesen ist?! Chamberlain und allen, die so dachten wie er, ist weniger deshalb ein Vorwurf zu machen, dass sie eine solche Politik versucht haben. Die Kritik bezieht sich vielmehr darauf, diesen Versuch nicht noch rechtzeitig aufzugeben zu haben, als nämlich erkennbar wurde, dass sie nicht zum Erfolg führen würde, weil sie keinen glaubwürdigen Ansprechpartner hatte. Dieser Punkt, die Klimax sozusagen, war spätestens dann erreicht, als Hitler bei seiner zweiten Begegnung mit dem britischen Premier in Godesberg im September 1938 durch neue ultimative Forderungen die bereits erreichte Verhandlungsgrundlage mutwillig zerschlug und zur reinen Erpressung überging. Es ist bezeichnend, dass die Mehrheit des britischen Kabinetts seinem Chef jetzt erstmals die Gefolgschaft versagte. Doch Chamberlain wäre nicht er selbst gewesen, wenn er jetzt aufgegeben hätte. Aber alles, was er jetzt noch unternahm, geht damit ausschliesslich auf sein persönliches Konto. Sowohl der (kurzlebige) Triumph wie die anschliessende Katastrophe.

Der ehemalige britische Topdiplomate Sir Julian Bullard – in den 1980er Jahren Politischer Direktor des Foreign Office und dann Botschafter in Bonn – begab sich, wie er in einem Essai über «Grossbritannien und der Kriegsausbruch» schreibt, auf die Suche «nach einem einzigen Adjektiv zur Charakterisierung Chamberlains». Nach einigem Zögern zwischen «engstirnig» und «phantasielos» habe er sich für «unflexibel» entschieden. Aber auch «nachlässig» und «dilettantisch» kommen bei Bullard vor angesichts von Chamberlains sturer Ablehnung der sowjetischen Avancen zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen Hitler. Er könne sich nicht denken, schrieb er im Juli 1939, «dass unsere Stellung wesentlich geschwächt würde, falls wir ohne sie (gemeint sind die Russen) auskommen müssten». Wenige Wochen später ging Stalin auf die Seite Hitlers über.

Auch das Adjektiv «peinlich» wird von Bullard gebraucht, wo er die weltfremden, die wirkliche Lage völlig verkennenden Friedenshoffnungen zitiert, die der Premierminister in den Briefen an seine Schwester zum Ausdruck gebracht hat. Noch fünf Wochen vor Hitlers Überfall auf Polen schreibt der Premierminister: «Ich denke, es gibt eine unzweideutige Entspannung.»

Uns selbst scheint nach nun mehrjähriger intensiver Beschäftigung mit dem Thema ein gelegentlich geradezu erschütternder Dilettantismus in praktisch allen Europa betreffenden Fragen hervorstechendes Merkmal von Neville Chamberlains Politik gewesen zu sein. Es war das logische Ergebnis mangelnder Vertrautheit mit den historisch gewordenen und durch die Geschichte auch belasteten Strukturen und Problemen des alten Kontinents. So sagte Chamberlain z.B. von der Krise um die Tschechoslowakei, es sei «a quarrel in a far-away country between people of whom we know nothing». Trotzdem wollte er diesen «Streit in einem fernen Land», von dem er nichts wusste, zum Prüfstein seiner Politik machen. Das gleiche Schauspiel sollte sich ein halbes Jahr später im Frühjahr 1939 wiederholen, als Chamberlain die Entscheidung über Krieg und Frieden aus der Hand gab, indem er Polen ein Garantieverprechen offerierte – auch dies zweifellos ein fernes Land, von dem er nichts wusste, wie der genannte Sir Bullard sarkastisch bemerkt.

Der Umstand, dass der Premierminister die Aussenpolitik immer ausschliesslicher in eigener Regie führte und sich gegen alle abschirmte, die seine Kreise stören könnten, war nach Adamthwaite der Hauptgrund, «warum es keine radikale Überprüfung der Politik gab». Sir Alexander Cadogan, Staatssekretär im Foreign Office, hatte beim Rückblick auf das verhängnisvolle Jahr 1939 den wohl zutreffenden Eindruck, als sei «eine Reihe von Amateuren» am Werk gewesen.

Nach all dem fällt es nicht so leicht, Chamberlain eine «tragische Figur» zu nennen, wie dies gelegentlich geschieht. Hingegen wird man Sir Julian Bullard zustimmen müssen, wenn er zum Schluss kommt, er sei als britischer Premierminister in jenen entscheidenden Monaten «fehl am Platz» gewesen. Wohin Chamberlains Politik geführt hat, ist offensichtlich. Welches Ergebnis eine andere Politik gehabt hätte, die in etwa den Grundlinien von Churchills Konzeption gefolgt wäre, ist aus naheliegenden Gründen nicht so klar auszumachen. Hatte sie doch nicht die Möglichkeit, ihre Bewährungsprobe zu bestehen. Unsere Darstellung kommt indessen zum Schluss, dass es dieser anderen Politik mit grösster Wahrscheinlichkeit gelungen wäre, den Zweiten Weltkrieg mit all seinen ungeheuerlichen Zerstörungen und Entbehrungen, den unermesslichen Leiden und Opfern – man denke nur an den Holocaust – zu vermeiden.

# 1 Die Rheinlandkrise von 1936

## Deutscher Einmarsch ins Rheinland

Am 7. März 1936, einem Samstag, besetzten deutsche Truppen die entmilitarisierte Zone am Rhein, die durch den Vertrag von Versailles geschaffen (Artikel 42 und 43) und durch den Locarnovertrag bestätigt worden war. Während Versailles in Deutschland als ungerechter «Diktatfrieden» angesehen wurde, handelte es sich bei dem 1925 am Lago Maggiore abgeschlossenen Friedenspakt um einen frei ausgehandelten Vertrag, dem Deutschland also aus freien Stücken beigetreten ist. Die entmilitarisierte Zone umfasste das ganze Gebiet westlich des Rheins, also am linken Rheinufer, und einen 50 km breiten Streifen östlich des Rheins, also am rechten Ufer. In diesen Gebieten durfte Deutschland weder militärische Streitkräfte unterhalten noch Befestigungen anlegen.

### *Locarno – Kernstück der Sicherheit in Westeuropa*

Im Vertrag von Locarno, auch Sicherheits-, Rhein- oder Westpakt genannt, hatten sich Deutschland und Frankreich bzw. Deutschland und Belgien gegenseitig die Unverletzlichkeit der Grenzen garantiert und sich versprochen, «in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Krieg gegeneinander zu schreiten». Es handelte sich also im Kern um einen dreiseitigen, also kollektiven, wenn auch nur regionalen Nichtangriffspakt. Grossbritannien und Italien sind als «Garantiemächte» vollumfänglich an diesem Sicherheitssystem beteiligt. Im Falle eines flagranten Verstosses gegen die Entmilitarisierungsbestimmungen durch einen der beteiligten Staaten waren scharfe Sanktionen vorgesehen. Wenn ein solcher Verstoss eine «nicht provozierte Angriffshandlung darstellt und wegen der Zusammenziehung von Streitkräften in der entmilitarisierten Zone ein sofortiges Handeln notwendig ist», dann sind alle andern Teilnehmer verpflichtet, dem Staat, gegen den sich dieser Verstoss richtet, «sofort ihren Beistand zu gewähren». (Der Text des Vertrages findet sich u.a. im sog. Vertrags-Ploetz, Konferenzen und Verträge, Teil II, 4. Band, Würzburg 1952, S. 93 ff) Der Vertrag von Locarno wurde als der «eigentliche» Friedensvertrag bezeichnet, weil es keine

Sieger und Besiegte und keine Diktate mehr gab wie 6 Jahre zuvor in Versailles. Ja gar als Beginn einer neuen Epoche wurde er gefeiert. Er stellte den Höhepunkt dar in dem Bestreben der damaligen Aussenminister Deutschlands und Frankreichs, Stresemann und Briand, einen Schlusstrich zu ziehen unter die unselige deutsch-französische Feindschaft, die schon so viel Unheil und Elend über die betroffenen Völker und ganz Europa gebracht hatte. Insbesondere sollte damit auch die jahrhundertealte Fehde um den Besitz von Elsass-Lothringen ein Ende haben, wenn auch zum Nachteil Deutschlands. Doch alle diese Bestimmungen waren auch von der Regierung Hitler anerkannt worden, ganz im Gegensatz zu ihrer Haltung gegenüber dem Frieden von Versailles.

### *Kein Locarno im Osten*

Aber auch Frankreich konnte in Locarno nicht alle seine Pläne verwirklichen. So wehrte sich der deutsche Aussenminister mit Erfolg gegen die Forderung, analoge Verpflichtungen gegenüber den Grenznachbarn im Osten einzugehen, also mit Polen und der Tschechoslowakei, die mit Frankreich verbündet waren und deren Aussenminister ebenfalls nach Locarno eingeladen worden waren. Die deutsche Weigerung, auch die Grenzen gegenüber Polen und der CSR zu garantieren, führte dazu, dass zwischen Westen und Osten ein beträchtlicher Unterschied bestehen blieb, was den Sicherheitsstandard anbetrifft. Es gab kein «Ostlocarno». Es verwundert daher nicht, dass «Westlocarno» gerade in Polen mit misstrauischem Blick angesehen wurde. Die also bestehende Lücke im europäischen Sicherheitssystem konnte durchaus ihre Auswirkungen haben, wenn einmal eine weniger friedlich gesinnte Regierung in Deutschland ans Ruder kommen sollte. So kam es gegenüber den östlichen Grenznachbarn Deutschlands lediglich zu sogenannten Schiedsabkommen, d.h. zu gegenseitigen Versprechen, Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen. Als Ersatz sozusagen bestätigte Frankreich dafür seine Allianzen mit den betreffenden Staaten, die allerdings einen rein defensiven Charakter hatten.

### *Frankreich total überrascht*

Die deutsche Aktion vom 7. März 1936 traf die französische Regierung und Öffentlichkeit wie ein Blitzschlag. «L'effet d'un coup de foudre» nennt es der französische Historiker Jean-Baptiste Duroselle in seinem Standardwerk mit dem vielsagenden Titel «La Decadence 1932-1939» (Paris 1979). Militärisch

war Frankreich erstaunlicherweise auf eine solche Aktion überhaupt nicht vorbereitet. Dabei konnte man ziemlich sicher sein, dass Hitler etwas im Schilde führte. (Der Schweizer Gesandte in Berlin, Minister Paul Dinichert, vermochte jedenfalls schon Wochen zuvor entsprechende Informationen nach Bern durchzugeben.)

Natürlich war das genaue Datum nicht bekannt. Die Informationen, die die französische Regierung von ihren konsularischen und diplomatischen Vertretern aus Deutschland bereits seit Anfang Februar erhalten hatte, waren widersprüchlich. Während der Botschafter in Berlin, François-Poncet, optimistisch blieb, was eine unmittelbar bevorstehende Aktion anbetraf, meldeten die Generalkonsulate aus Köln und Düsseldorf, also aus der direkt betroffenen Gegend, schon Wochen zuvor «technische» Vorbereitungen, die auf ein militärisches Vorgehen hindeuteten. Die Haltung des sonst immer bestens informierten François-Poncet ist nicht leicht zu verstehen, wenn man bedenkt, dass die deutsche Propagandamaschinerie seit längerer Zeit schon auf der angeblichen Unvereinbarkeit zwischen dem geplanten französisch-sowjetischen Vertrag und dem Locarnovertrag herumritt. Man musste also eigentlich damit rechnen, dass Hitler auf die Ratifikation dieses Vertrages durch das französische Parlament mit einer Aktion im Rheinland reagieren würde.

### *Umstrittener französisch-sowjetischer Beistandspakt*

Zwar hatte Hitler in seiner grossen «Friedensrede» vom 21. Mai 1935, mit der er die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und damit die bisher schwerste Verletzung des Versailler Vertrages politisch abschirmen wollte, sich ausdrücklich und feierlich zu den Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag bekannt. Doch schon vier Tage später postulierte Berlin in einem Memorandum die erwähnte völkerrechtliche Unvereinbarkeit der beiden genannten Verträge. Wörtlich hiess es, Frankreich sei in der Lage, «im Falle eines deutsch-sowjetischen Konfliktes einseitig nach freiem Ermessen zu entscheiden, wer der Angreifer ist, und auf Grund dieser Entscheidung militärisch gegen Deutschland vorzugehen». Nur nebenbei sei erwähnt, dass es schwer vorstellbar war, wie ein solcher Konflikt überhaupt ausgefochten werden sollte angesichts der Tatsache, dass es dazwischen ja immerhin noch einen polnischen Staat gegeben hat.

Aber Ungereimtheiten solcher Art genierten die NS-Propaganda nicht gross. Hauptsache, die beabsichtigte Wirkung wurde erzielt. Man konnte das u.a. daran ablesen, wie die französischen Gegner des Vertrages mit der Sowjetunion wäh-

rend der Ratifikationdebatte, die äusserst hitzig verlief, gerade auch mit diesem Argument gefochten haben. Auch aus England tönte es nach vollbrachter Tat, d.h. nach dem deutschen Einmarsch ins Rheinland, ganz ähnlich, wenn es hiess, Hitler sei schliesslich provoziert worden – also nicht der deutsche Reichskanzler war derjenige, der eine unprovizierte Angriffshandlung vorgenommen hatte, sondern Frankreich selbst, eben durch den Abschluss des heftig umstrittenen Vertrages. Die konservative Regierung Baldwin vermochte dem Zusammengehen Frankreichs mit dem bolschewistischen Russland nicht viel Positives abzugewinnen. So wird es nicht wenige in England gegeben haben, die auch dem weiteren Argument Hitlers durchaus zustimmten, dass nämlich durch diese neue Bündnispolitik Frankreichs die Sowjet-Union in viel stärkerem Masse in die europäischen Angelegenheiten hineingezogen werde. Wobei Hitler nicht verfehlte anzufügen, um was für einen unheimlichen politischen Faktor es sich da handelte, mit einer explosiven revolutionären Idee und einer gigantischen militärischen Rüstung nur darauf bedacht, Unfrieden in Europa zu stiften. Einmal mehr bewies der deutsche Kanzler, mit welcher Virtuosität er sich selbst als verantwortungsbewussten Europäer darzustellen vermochte.

### *Unklare Verantwortungen in Paris*

Wie erwähnt wurden Regierung und Armeeführung in Frankreich von Hitlers Coup völlig überrascht trotz aller Signale, die sie erhalten hatten. Geradezu unglaublich erscheint es, dass man militärisch auf die Aktion Hitlers in keiner Weise vorbereitet war. Zwar gab es seit dem 15. April 1935 den sogenannten Plan «D», der vor einer allfälligen Generalmobilmachung drei Stufen von «précautions» vorsah. Doch diese hatten nichts zu tun mit einer «riposte», also einer sofortigen und energischen Gegenaktion, wie sie in diesem Falle notwendig gewesen wäre.

Aus Akten des Quai d'Orsay geht hervor, dass man mit einer Aktion von deutscher Seite durchaus rechnete. Umso weniger verständlich dann die Überraschung, als es wirklich passierte. Bereits am 14. Februar 1936, also drei Wochen vor dem Einmarsch, machte Aussenminister Flandin seinen Kollegen vom Kriegsministerium, Marin, darauf aufmerksam, dass es nicht nur darum gehe, auf eine deutsche Initiative entsprechend zu reagieren, sondern wenn möglich das Reich zu entmutigen, überhaupt eine solche Aktion zu unternehmen. Abgesehen davon, dass es schon höchst merkwürdig anmutet, wenn der Chef des Auswärtigen gegenüber dem für die Verteidigung verantwortlichen Kollegen die Initiative ergreifen muss, ist die Antwort Marins noch erstaunlicher: es kön-

ne nicht im Interesse Frankreichs liegen, vom Recht Gebrauch zu machen, die entmilitarisierte Zone zu besetzen, weil man sonst riskierte, als Aggressor zu erscheinen und Deutschland schliesslich allein gegenüberzustehen. Da fragt man sich, wer sich eigentlich für was verantwortlich fühlte in Paris.

### *Keine militärische Reaktion Frankreichs*

Einige Tage später wird im französischen Ministerrat vom 27. Februar 1936 denn auch beschlossen, trotz der im Locarnovertrag vorgesehenen Möglichkeit allein zu handeln im Falle einer «violation flagrante et incontestable», keine «isolierte Aktion» zu unternehmen. Damit war die «Schlacht» – eine wirkliche militärische hätte es ja ohnehin nicht gegeben – schon verloren, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, dass hier nach einem Muster entschieden wurde, das auch für die noch kommenden Prüfungen massgebend gewesen ist, bis hin zur wirklichen Schlacht von 1940, die im Grunde auch verloren war, bevor sie begonnen hatte. Zwar ist der Oberkommandierende, General Gamelin, der Ansicht, dass alles unternommen werden müsse, um die Klauseln über die Entmilitarisierung so lange wie möglich – bis 1940 oder 1941, wie er hinzufügte, aufrechtzuerhalten. Doch militärische Vorkehrungen für diesen speziellen Fall waren erstaunlicherweise nicht geplant. So gab es kein «corps expéditionnaire en puissance» (ein Begriff von Gamelin selbst), das jenseits der Maginotlinie hätte eingesetzt werden können. Hier kommt der Pferdefuss der allein auf die Maginotlinie gestützten Defensivstrategie unbarmherzig zum Vorschein: man hatte nichts vorgesehen oder gar bereitgestellt, was vor dieser Linie hätte eingesetzt werden oder womit aus den Befestigungen heraus offensiv hätte vorgegangen werden können. Wir werden auf diese Problematik noch näher eingehen müssen.

Diese unselige Defensivdoktrin, welche die moderne Entwicklung des Kriegswesens völlig äusser Acht liess, war indessen nur eines der Motive, welche die erstaunliche Untätigkeit angesichts der deutschen Bedrohung einigermaßen erklärbar, wenn auch nicht entschuldbar machen. Ein weiteres Motiv war die Überzeugung Gamelins, dass die deutsche Armee der französischen schon damals überlegen gewesen sei, wovon in Wirklichkeit keine Rede sein konnte. Auch hier bleibt letztlich unklar, gerade auch in der französischen Fachliteratur, was Gamelin nun wirklich glaubte und was allenfalls nur Vorwand gewesen ist, um die Untätigkeit zu «entschuldigen». So ist es z.B. völlig schleierhaft, warum Gamelin die diesbezüglichen Berichte des «Deuxième Bureau»



nicht zur Kenntnis nimmt bzw. dessen Schätzungen hinsichtlich der deutschen Streitkräfte erheblich nach oben korrigiert, und zwar bis auf das Doppelte. Was die im März 1936 ins Rheinland einmarschierten deutschen Truppen anbetrifft, so überschätzt er deren Stärke gar um das Zehnfache (!): 300'000 statt der wirklich eingesetzten 30'000 Mann. Folgerichtig leitete er aus dieser masslosen Überschätzung in der Sitzung des Ministerrates vom 8. März 1936 die Forderung auf Generalmobilmachung ab, um die vorgestossenen deutschen Kräfte wieder vertreiben zu können. Gamelin wurde von seinem Kriegsminister unterstützt, während Aussenminister Flandin ausgerufen haben soll (oder will): welche Verrücktheit 6 Wochen vor den Wahlen! Diese Wahlen sollten von historischer Bedeutung werden, denn die Volksfront, das linke Kartell, wird den Sieg erringen und Léon Blum an die Macht bringen. Der Umstand, dass man sich mitten in einem Wahlkampf befand, mag die teilweise unverhältnismässigen Reaktionen in Parteien, Presse und Öffentlichkeit erklären, als es um die Alternative Krieg oder Frieden ging (die ja gar keine echte Alternative war, da Hitler es unter keinen Umständen auf einen bewaffneten Konflikt ankommen lassen wollte).

### *Undurchsichtiges Verhalten von General Gamelin*

Es besteht der begründete Verdacht, dass Gamelin seine Regierung absichtlich getäuscht hat, um die mangelnde militärische Bereitschaft zu verschleiern. Denn auch er selbst musste sich klar darüber gewesen sein, dass eine Generalmobilmachung, die immer noch mit Krieg gleichgesetzt wurde, unter den geschilderten Umständen niemals zu bekommen war. Damit wäre dann der Vorwand gegeben, nichts unternehmen zu müssen. Der israelische Militärhistoriker Ben-Arie (Journal of Contemporary History, Volume 25, Number 4, 1990) meint hinsichtlich des ominösen Dokumentes, das Marin und Gamelin der Regierung vorlegten und in welchem sie mit ihren übertriebenen Angaben über die deutschen Streitkräfte die Generalmobilmachung zu begründen versuchten: «It is difficult to believe that such official nonsense was ever written.» Es sei schwer sich vorzustellen, dass französische «top generals» wirklich glauben konnten, eine Armee von 100'000 Mann habe in ein bis zwei Jahren in eine solche von 1,2 Millionen verwandelt werden können. Wenn nicht, was konnte dann ihre Absicht gewesen sein, die Politiker mit einer solch verzerrten Darstellung der militärischen Lage zu konfrontieren?

Zu diesem äusserst merkwürdigen Verhalten gehört es auch, dass die aus Warschau und Prag eintreffenden Hilfsangebote für den Fall eines Konfliktes

mit Deutschland zu keinem Zeitpunkt im französischen Kabinett auch nur erörtert wurden. Da hatte man in den Nachkriegsjahren mit viel Mühe und Geld ein Bündnissystem aufgebaut, mit dem einzigen Zweck, falls notwendig Deutschland in Schach zu halten, und jetzt, wo der Moment der Bewährung gekommen war, verzichtete man ganz einfach darauf, seine Funktionstüchtigkeit auch nur zu testen. Selbst wenn man die polnische Bündnistreue nicht überschätzen sollte – das Land hatte 1934 eine Art von Nichtangriffsvertrag ausgerechnet mit Nazi-Deutschland abgeschlossen –, so konnte jedenfalls an der Ernsthaftigkeit der tschechoslowakischen Regierung, ihren Bündnisverpflichtungen nachzukommen, kaum gezweifelt werden. Auch hier zeichnet sich ein Verhaltensmuster ab, das man auch bei späteren Krisen wieder beobachten konnte. Hatte Frankreich seine Verbindungen mit den osteuropäischen Verbündeten schon aufgegeben? Es ist jedenfalls augenfällig, dass das französische Sicherheitssystem abzubröckeln beginnt, und zwar durch die Schuld oder das Versagen von Frankreich selbst.

### *«Surtout pas de guerre»*

War zu Beginn der Krise wenigstens bei einigen Politikern und Diplomaten noch ein Funken von Widerstandsgeist festzustellen gewesen, so war es die militärische Führung, die durch ihre skeptische, um nicht zu sagen defaitistische Haltung (die wie dargestellt durch die reale Lage in keiner Weise gerechtfertigt war) diesen Funken bald zum Erlöschen brachte.

Diese schwerverständliche Einstellung der für die nationale Sicherheit verantwortlichen Generäle war indessen ein getreues Abbild der politischen und psychologischen «Ambiance». Diese aber war gekennzeichnet durch das Phänomen einer zutiefst gespaltenen Nation: unversöhnliche parteipolitische Gegensätze, sozialpolitische Konflikte, unvereinbare Vorstellungen über die Zukunft der Gesellschaft, ideologische Grabenkämpfe zwischen rechts und links (zwischen Kapitalismus und Kommunismus), völliger Mangel an aussenpolitischer Übereinstimmung, keine Spur von «grand dessein», wie Duroselle betont. Doch nun war die Reaktion dieser notorisch uneinigen Nation auf die ausgebrochene Krise von seltener «unanimité».

Die Losung lautete «surtout pas de guerre». Von rechts bis links zeigte sich die Presse am Tag nach dem deutschen Einmarsch jeglicher energischen Aktion, die einen militärischen Konflikt hätte nach sich ziehen können, abgeneigt. Krieg war das, was der politische Gegner wollte – und zwar der innenpolitische! Mit andern Worten: die grösste aussen- und sicherheitspolitische Herausforderung,

der sich die Franzosen seit Ende des grossen Krieges gegenüber sahen, wurde zu einem innen- und parteipolitischen Konflikt «degradiert».

### *Klassenkampfstatt «Union sacrée»*

Weit davon entfernt, die zerstrittene Nation angesichts der von aussen kommenden Gefahr zu einigen, vertiefte diese Gefahr die nationale Uneinigkeit noch. Hitler konnte triumphieren. Er hatte es seinen skeptischen Diplomaten und Generälen vorausgesagt: die Franzosen würden unfähig sein, sich zu einem geschlossenen Widerstand aufzuraffen. So publizierte z.B. die kommunistische Partei ein Manifest, in welchem sie die Franzosen aufrief, sich zu einigen «pour empêcher le fléau de la guerre». Um die Geissel des Krieges zu verhindern, gelte es, die «union de la nation française» zu realisieren gegen jene «qui veulent nous conduire au massacre».

Der innenpolitische Feind, nicht der äussere, wird also beschuldigt, ein Massaker veranstalten zu wollen! Man reibt sich die Augen, um zu sehen, ob man richtig gelesen hat. Ausgerechnet jene Partei, die den Kampf gegen den Faschismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte, weiss angesichts dieser nazistischen Provokation nichts Gescheiteres, als zum Klassenkampf aufzurufen.

Die sozialistische parlamentarische Gruppe ihrerseits sprach sich gegen jede Aktion ausserhalb des Völkerbundes aus. Ministerpräsident Sarraut hat zwar unter dem unmittelbaren Eindruck der deutschen Provokation in einer Radiorede die pathetischen Worte ausgerufen: «Nous ne laisserons pas Strasbourg exposé au feu des canons allemands.» Doch bereits am Tage danach beschloss sein Kabinett, den Völkerbund anzurufen und die Signatarmächte des Locarno-Vertrages. Mit andern Worten: die französische Regierung betrachtete Hitlers Gewaltstreich nicht als «violation flagrante», die eine sofortige militärische Gegenmassnahme gestattet hätte. Dass man die Mittel dazu nicht zu haben glaubte, wissen wir bereits. Die an sich schon schwache Regierung wurde von einer «tornade pacifiste» (Duroselle) regelrecht «weggefegt».

### *Funktioniert Locarno noch?*

Während nun die Völkerbundsmaschinerie in den vertraglich vorgesehenen Bahnen anzulaufen begann, konnte der Appell an die Locarno-Vertragsmächte nach Lage der Dinge nicht viel Brauchbares erbringen; denn von einem Konsens in dieser Angelegenheit waren diese weit entfernt.

Italien, obwohl (allerdings unbefriedigte) Siegermacht, war im Begriff, die Entente mit den andern Siegermächten Frankreich und England zu verlassen,

nachdem es infolge seines Abessinienabenteuers zu einem schweren Zerwürfnis gekommen war. Schwerlich wäre Mussolini noch bereit gewesen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus dem Status einer Garantiemacht des Vertrages von Locarno ergaben, falls dies zu einem Konflikt mit Deutschland hätte führen können. Vielmehr war der «Duce», wie er offiziell genannt wurde, bereits auf dem Weg an die Seite Hitlers, womit die Kumpanei der beiden Diktatoren ihren Anfang nahm, ohne allerdings sogleich zu einem Bündnis zu führen. Für Hitler seinerseits war diese Distanzierung des faschistischen Italien vom Vertragswerk eine entscheidende Voraussetzung dafür gewesen, den Rheinlandcoup überhaupt zu wagen. Wie wichtig dieser Aspekt für ihn gewesen ist, geht u.a. daraus hervor, dass er bereits am 14.2.1936 seinen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, zu einem langen Gespräch empfing und dabei zum Ausdruck brachte, «dass der psychologische Augenblick – zum Handeln – jetzt gekommen sei». Er glaubt also nicht an eine Erneuerung der «Front von Stresa», in der sich die Westmächte mit Italien zusammengefunden hatten, um die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Hitler im Frühjahr 1935 zu verurteilen (wobei es dann allerdings geblieben ist – Taten sind auch hier den Worten keine gefolgt).

Neben den vier Grossmächten gehörte bekanntlich auch Belgien zu den Locarnovertragsstaaten. Im Rahmen des Vertragswerks sind seine territoriale Integrität sowie die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen feierlich anerkannt und garantiert worden.

### *Rückkehr Belgiens zur Neutralität...*

Seit 1920 war das strategisch exponierte Land durch ein Militärabkommen mit Frankreich verbunden. Es gehörte somit zum französischen Sicherheitssystem im engeren Sinne, was von Deutschland durch seine Unterschrift unter das Vertragswerk von 1925 automatisch anerkannt worden war. Ausgerechnet einen Tag vor der Rheinlandbesetzung kündigte Belgien das Militärabkommen mit dem grossen westlichen Nachbar, was sich noch äusserst negativ auf die französische Strategie auswirken sollte, wie die Ereignisse von 1940 bewiesen haben. Dieser Entschluss war eine Folge der Wiedererstarkung des Reiches, die schon seit geraumer Zeit eine heftige Debatte über die Zweckmässigkeit der Allianz mit Frankreich ausgelöst hatte. Dass Zweifel am Bündnis mit Frankreich schliesslich obsiegten, hat natürlich ebenso mit der schwächlichen Reaktion des grossen Verbündeten auf die Herausforderungen Hitlerdeutschlands zu tun, die ja nicht erst mit der Rheinlandbesetzung begannen. Auf diesen Punkt

weist vor allem auch Winston Churchill hin. Wenn die britische und französische Politik während der letzten fünf Vorkriegsjahre «männlich und entschlossen» gewesen wäre, so gibt er zu bedenken, dann wäre Belgien bei der Stange geblieben und hätte damit die Bildung einer gemeinsamen geschlossenen Front ermöglicht. «Das hätte unsere Sicherheit gewaltig erhöht und vielleicht die Katastrophen abgewendet, die bevorstanden.» Kein Staatsmann, der in diesen entscheidenden Jahren in Frankreich oder England an verantwortlicher Stelle gestanden habe, dürfte das Recht haben, Belgien deswegen Vorwürfe zu machen. Es sei verständlich, dass sich die Belgier in einer Zeit des Schwankens und der Befriedungspolitik an die Neutralität klammerten und der trügerischen Hoffnung hingaben, die Deutschen an ihren befestigten Grenzen aufhalten zu können, bis die Franzosen und Briten ihnen zu Hilfe kommen würden. (Winston Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Band II, 91 ff.)

Durch die Einhaltung einer strikten Neutralitätspolitik hoffte Brüssel allfälligen militärischen Auseinandersetzungen fernbleiben zu können, während man sonst befürchtete, bei Aufrechterhaltung der Bindungen mit den Westmächten «mit unausweichlicher Notwendigkeit» in einen künftigen militärischen Konflikt hineingezogen zu werden.

### *... und was Hitler davon hält*

Diese neue Politik strikter Neutralität ist in der Folge von allen Mächten ausdrücklich anerkannt worden. Von deutscher Seite wurden sogar mehrere Male im Verlaufe der nächsten Jahre entsprechende Zusicherungen abgegeben, Belgiens Neutralität unter allen Umständen zu respektieren. Zuletzt gab Hitler noch am 6. Oktober 1939, also nach Beginn des Krieges und der Niederwerfung Polens, eine solche Erklärung an die Adresse Belgiens und auch Hollands ab. Drei Tage später, also am 9. Oktober 1939, erliess Hitler als oberster Befehlshaber der Wehrmacht die «Weisung Nr. 6 für die Kriegführung», in welcher er seinem Willen Ausdruck gab, «ohne lange Zeit verstreichen zu lassen», gegen den Westen militärisch vorzugehen. Dort hiess es gleich zu Beginn: «Am Nordflügel der Westfront ist durch den luxemburgisch-belgischen und holländischen Raum eine Angriffsoperation vorzubereiten.» Es ist also offensichtlich, dass der deutsche Diktator im Augenblick der Abgabe seiner feierlichen Garantieerklärung bereits entschlossen war, sie keinesfalls zu honorieren. Nur ein Beispiel unter vielen, mit welcher Unverfrorenheit Hitler öffentlich gelogen hat, um die aussersehenen Opfer in Sicherheit zu wiegen und so den Überraschungseffekt zu optimieren.

Hitler hat mit seinen Lügen aber auch die eigenen Generäle irregeführt. Als General Heinrich von Stülpnagel in der zweiten Septemberhälfte 1939, also bereits nach Kriegsbeginn, beauftragt wurde, eine Studie über die weitere Führung des Krieges im Westen zu verfassen, gelangte er zum Schluss, dass die deutsche Wehrmacht vor 1942 nicht in der Lage sein werde, die Maginotlinie zu durchbrechen. Dass Hitler überhaupt nicht die Absicht hatte, die Maginotlinie frontal anzugreifen, sondern eben durch Holland und Belgien zu umgehen, war also selbst den Verfassern des Feldzugsplans für die Westoffensive zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt. Also erstellten sie eben einen Plan, der Belgien oder gar Holland nicht ins Operationsgebiet einbezog, weil sie offensichtlich annahmen, der «Führer» werde sein Wort halten. Diese Episode wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis des «obersten Befehlshabers» zur Generalität. Es gilt also ausdrücklich festzuhalten, dass der vielgerühmte «geniale» Plan, genannt Sichelschnitt, wie er dann im Mai 1940 zur Ausführung kommen sollte, nur möglich wurde dank schwerer Völkerrechtsverletzungen, die Hitler bedenkenlos in Kauf genommen hat. Getreu seinem Motto: den Sieger fragt niemand nach Recht oder Unrecht.

### *Die Deutschen besetzen ja nur ihr eigenes Land*

Beim französischen Appell an die Locarno-Vertragspartner kam in Erwartung des Ausscherens von Italien alles auf die Haltung Englands an, der zweiten der Garantiemächte. Dies umso mehr, als bald einmal deutlich wurde, dass Frankreich ohne die volle Unterstützung Englands kaum etwas unternehmen würde. London tat nun aber alles, um das ohnehin zögernde Frankreich vor jeglicher Initiative zurückzuhalten. So erhob man jenseits des Kanals auch sogleich Bedenken, als von französischer Seite die Idee von Sanktionen vorgebracht wurde. Die französischen Minister gaben sich zufrieden, so meint Churchill sarkastisch, «im britischen Pazifismus eine Entschuldigung für ihren eigenen Pazifismus zu finden». Es mutet uns heute geradezu unglaublich an, mit welchem Leichtsinn jenseits des Kanals die Vorgänge um die Rheinlandbesetzung bagatellisiert wurden. So konnte man in England damals hören oder lesen, dass man die Deutschen doch nicht daran hindern könne, ihr eigenes Gebiet zu besetzen. Churchill schreibt, wenn der Empirepolitiker Lord Lothian sich dahingehend geäußert habe, die Deutschen gingen doch nur in ihren «Hintergarten» (geografisch und vor allem geopolitisch zutreffender wäre es wohl gewesen, von «Vordergarten» zu sprechen), dann sei dies für die englische Auffassung bezeichnend gewesen. (Nach einer andern Quelle soll das ominöse Wort von Anthony Edens «taxi driver» stammen.)

Wie dem auch sei. Dem amtierenden notabene konservativen Premier Stanley Baldwin jedenfalls schien der Friede «fast jedes Risiko wert zu sein». Gerade bei führenden Konservativen, gegen die ein Winston Churchill einen aussichtslosen Kampf führte, war die Befürchtung lebendig, ein Krieg mit Deutschland könnte zu nichts anderem taugen, als in Deutschland und Frankreich den Kommunismus an die Macht zu bringen. Dementsprechend vermochte man dem «Russenpakt» der Franzosen eben nicht viel abzugewinnen. Da gefiel diesen Leuten schon besser, was ihnen Hitler anbot: einen Luftpakt, also ein Abkommen zur Beschränkung der Rüstung in der Luft. Ein Jahr zuvor hatte man mit Hitler ja bereits ein analoges Abkommen zur Beschränkung der Rüstung zur See abgeschlossen, unbeschadet des Umstandes, dass Hitler kurz vorher die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hatte – ein Vertragsbruch, der durch den Abschluss des deutsch-britischen Flottenabkommens sozusagen honoriert worden ist.

### *Die Engländer schlucken Hitlers Köder*

Und nun ein Luftpakt! Das war Musik in den Ohren der Engländer, die es gar nicht gerne hörten, was Churchill ihnen laufend vorrechnete: dass Deutschland mit jedem Tag stärker werde in der Luft und dass es höchste Zeit sei für England, seine Anstrengungen entsprechend zu beschleunigen. Das hörten nicht nur die Politiker von Labour ungerne, die nach wie vor auf Abrüstung und Völkerbund setzten, sondern auch die meisten führenden Konservativen, die der Ansicht waren, mehr Geld für Rüstung sei verschwendetes Geld. Dieser Meinung war vor allem Baldwins Schatzkanzler und einflussreichster Mann in seinem Kabinett. Er hiess Neville Chamberlain. Im Mai des folgenden Jahres wurde er selbst Premierminister und sollte wie kein anderer zum Inbegriff einer Politik des Friedens «um fast jeden Preis» werden, einer Politik unseligen Angedenkens, die als «Appeasement» in die Geschichte eingehen sollte.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass sich gerade die Engländer von den Friedensschalmeien des deutschen Diktators, die in zynischer Berechnung zur Abschirmung seines Vertragsbruchs ertönten, nur allzu gerne betören liessen. Der grösste Teil der englischen Presse, an ihrer Spitze die berühmte Times, fiel auf Hitlers Trick herein und verbreitete die Ansicht, sein Angebot müsse ernsthaft geprüft werden; man könne doch nicht auf ein Friedensangebot mit Krieg antworten. Man glaubt Hitlers Propagandaminister zu sehen, wie er sich die Hände reibt vor Vergnügen über den totalen Erfolg einer Politik, die der deutsche Historiker Klaus Hildebrand in seinem Buch «Das vergangene

Reich. Deutsche Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler» (Stuttgart 1995) beschreibt als «die raffiniert miteinander verbundenen Bestandteile einer Verwirrung stiftenden Methode». Churchills Kommentar dazu: «Die einfältigen Engländer wurden von ihrer einfältigen Presse angewiesen, sich mit der Erwägung zu trösten, dass die Deutschen schliesslich und endlich doch nur in ihr eigenes Land zurückkehrten.» Niemand habe sich bei der Tatsache aufgehalten, so Churchill weiter, «dass die Eisenbahndepotpunkte, von denen aus die deutsche Armee die Invasion nach Frankreich vortragen konnte, um 150 Kilometer vorgeschoben worden waren». In der Tat sollten denn auch die Angriffsarmeen mit ihren Panzerdivisionen im Frühjahr 1940 in eben diesen früher entmilitarisierten Gebieten bereitgestellt werden, um Frankreich in einem einzigen Siegeszug zu überrennen. Entsprechend wurde die Vorwarnzeit verringert.

Was stand nun in dem vielgelobten deutschen «Friedensangebot»? Nach dem Motto: «Der Vertrag ist tot, es lebe der Vertrag!» liess der Diktator allen Locarnovertragspartnern ein Memo überreichen, in welchem er an der Stelle des von ihm zerstörten Vertragssystems sozusagen ein Superlocarno vorschlug. Dabei war das Timing perfekt. Während die deutschen Verbände ins Rheinland einrückten, bestellte er die Botschafter der Vertragsstaaten zu sich, um ihnen diese neue «umfassende» Friedensregelung für die soeben total umgestürzten Verhältnisse an der Rheingrenze schmackhaft zu machen:

Nichtangriffspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien auf 25 Jahre (!), Grossbritannien und Italien als Garantmächte (wie gehabt), Einbeziehung der Niederlande und eben der schon erwähnte Luftpakt, der erwiesenermassen vor allem die Engländer ködern sollte. Denn selbstverständlich war Hitler und seinen Leuten wohl bekannt, welche Sorgen gerade die deutsche Wiederaufrüstung zur Luft bei der britischen Regierung und Bevölkerung hervorrief.

### *Pazifismus gegen Aufrüstung*

Schon seit Februar 1934 hatte es immer wieder heftige Debatten über dieses Thema im britischen Unterhaus gegeben, wobei die Meinungen darüber scharf aufeinanderprallten. Die eine Seite verlangte entsprechende Gegenmassnahmen, um der deutschen Luftrüstung Paroli zu bieten, die andere wollte an der Abrüstung als Allerweltsheilmittel festhalten. Allerdings muss sogleich hinzugefügt werden, dass die Trennlinien der sich bekämpfenden Gruppen keineswegs entlang den Parteigrenzen verliefen. Vielmehr bestand die Gruppe der Befürworter einer beschleunigten Luftausrüstung lediglich aus einigen Mitgliedern



der regierenden Konservativen mit Winston Churchill als «einsamem Rufer in der Wüste», während Labour und Liberale sich praktisch geschlossen dagegen aussprachen. Die Regierung mit Premier Baldwin an der Spitze lavierte zwischen den unvereinbaren Positionen, ohne selbst eine schlüssige und folgerichtige Linie einzuhalten. Derart wurde zweifellos viel kostbare Zeit verloren.

Es ist erstaunlich und kaum verständlich, dass die Labourparty, unterstützt von den Liberalen, ein Tadelsvotum einbrachte, in welchem festgestellt wurde, dass eine Wiederaufrüstung nicht geeignet sei, die Sicherheit der Nation zu erhöhen. Dadurch würden vielmehr «die Aussichten auf eine internationale Rüstungsbeschränkung beeinträchtigt». Hatten denn diese Leute nicht zur Kenntnis genommen, dass Hitler der Abrüstungskonferenz damals schon längst den Rücken gekehrt hatte? Und Clement Attlee sagte im Namen der Opposition, um die Verweigerung der bescheidenen Kredite zur Stärkung der Luftwaffe zu rechtfertigen: «Wir bestreiten die Behauptung, dass eine verstärkte britische Luftwaffe den Frieden der Welt fördern wird, und wir lehnen den Anspruch auf Parität (mit der deutschen Luftwaffe) ab.» (Später wird sich Attlee selbst bestätigen, dass er stets für Widerstand gegen Hitlerdeutschland gewesen sei!) Gegen Ende März 1935 durften dann britische Minister bei ihrem Besuch in Berlin vom Diktator selbst erfahren, dass die deutsche Luftwaffe die Parität mit der britischen Royal Air Force bereits erreicht habe – notabene weniger als zwei Wochen nachdem diese deutsche Luftwaffe angeblich erst begründet worden war.

Man wird Churchill nur zustimmen können, wenn er diese unselige und letztlich verhängnisvolle Geschichte dahingehend zusammenfasst: «Wenn Grossbritannien und Frankreich jedes für sich die quantitative Parität mit Deutschland gewahrt hätten, wären sie zusammen doppelt so stark gewesen, und Hitlers Laufbahn auf dem Wege der Gewalt wäre vielleicht schon im Keime erstickt, ohne dass ein einziges Menschenleben verloren gegangen wäre.» Nun aber war durch die unverantwortlichen Versäumnisse eine Lage entstanden, um nochmals Churchill zu zitieren, in der «die ungewisse, unabsehbare Drohung eines Luftangriffs auf London bei all unseren Entschliessungen einen zwingenden Faktor darstellte» – mit andern Worten: England war erpressbar geworden.

## *Widersprüchliche Angaben der Geheimdienste*

Dass die NS-Führung und -propaganda die geradezu irrationale Angst vor der deutschen Luftwaffe systematisch schürte, kann nicht verwundern. Hitler und Göring haben bei verschiedenen Gelegenheiten diese Angst als äusserst effektives Mittel der Erpressung eingesetzt. Doch war eben gerade in solchen Momenten oft auch Bluff dabei, indem bewusst übertriebene Angaben gemacht wurden. Es ist daher ziemlich schwierig, jeweils auseinanderzuhalten, was der Wirklichkeit entsprach und was nicht. Die Angaben, die man in der Literatur findet, widersprechen sich oft. Die Zahlen, welche die verschiedenen auf diesem Gebiet tätigen Geheimdienste damals eruierten, stimmen selten überein. Was Frankreich anbetrifft, so gab es neben dem Nachrichtendienst der Armee einen solchen der «Armée de l'Air», also der französischen Luftwaffe. Genau: «Ile Bureau de l'Etat-Major de l'Armée de l'Air». Die beiden «Bureaus» arbeiteten unabhängig voneinander, und dementsprechend stimmen auch ihre Informationen oft nicht überein.

Patrice Buffotot vom Service historique de l'Armée de l'Air hat auf einem deutsch-französischen Historikerkolloquium 1978 die geheimdienstlichen Ergebnisse dieses Ile Bureau kritisch analysiert; er kommt zum Schluss, dass die deutsche Flugzeugproduktion bis zur Jahreswende 1937/38 unterschätzt und nachher eher überschätzt worden ist. Das hängt, wie der Autor meint, mit dem unterschiedlichen Verhalten der Deutschen zusammen: in einer ersten Phase neigten sie nämlich dazu, die Produktionszahlen möglichst geheim zu halten, während sie ab 1938 im Gegensatz dazu alles taten, um die Geheimdienste der potentiellen Gegner von der Übermacht der Luftwaffe zu überzeugen und sie darüberhinaus derart irrezuführen, dass sie ihnen einredeten, die Produktion sei viel grösser, als sie in Wirklichkeit gewesen ist. Es ist unschwer zu erkennen, dass diese «Bluffphase» mit der Krise um die Tschechoslowakei zusammenhängt, wo es darum ging, die Westmächte von einer Unterstützung des bedrohten Verbündeten abzuhalten. Buffotot meint, dass die Deutschen damit Erfolg gehabt hätten. Er spricht sogar von «Intoxication», also Vergiftung des französischen Nachrichtendienstes.

Wie die deutsche Realität ausgesehen hat, ergibt sich aus Geheimakten des Reichsluftfahrtministeriums. So ist einer Wehrmachtsstudie von 1935/36 zu entnehmen, dass ein Planspiel mit einem Zweifrontenkrieg gegen die Tschechoslowakei und Frankreich ergeben habe, «dass die deutsche Luftrüstung, wie sie im Spiel nach dem Stand vom 1. April 1936 angenommen war, völlig ungenügend ist». Und, so heisst es in diesem Bericht weiter, selbst nach einer Nieder-

werfung der Tschechoslowakei hätte die Luftwaffe der «zahlenmässig weit stärkeren» französischen Luftwaffe auf die Dauer unterliegen müssen.

Hier muss man sich allenfalls fragen, ob man nun nicht auch auf deutscher Seite einer Überschätzung der Stärke der französischen Luftrüstung zum Opfer gefallen ist. Französische Sachverständige sind da vorsichtiger. Sie sprechen von einer nur leichten Überlegenheit zur Zeit der Rheinlandkrise, die aber im darauffolgenden Jahr 1937 bereits verschwunden sei, so u.a. General Christienne, seinerzeit Chef des genannten historischen Dienstes der Armée de l'Air.

Um auf den erwähnten deutschen Bericht zurückzukommen, werden darin jedenfalls die Erfolgchancen der deutschen Luftwaffe in einem möglichen Zweifrontenkrieg 1935/36 schon allein mit den unmittelbaren Nachbarn als schlecht eingestuft – geschweige denn wenn auch England als Gegner noch dazugerechnet wurde. Selbst für die Zeit des Kriegsbeginns stellt der deutsche Autor Klaus A. Maier fest: «Diese (deutsche) Luftwaffe war wegen ihrer Ausrüstungs- und Ausbildungsmängel zu einem operativen Luftkrieg, insbesondere gegen England, nicht in der Lage.» (Alle zitierten Angaben betreffend Nachrichtendienste sind entnommen aus: «Beihefte der Francia Band 10. Deutschland und Frankreich 1936-1939». München 1981.)

### *Irrationale Angst vor der deutschen Luftwaffe*

In völligem Gegensatz zu dieser deutschen Beurteilung der eigenen Luftmacht steht diejenige der zuständigen britischen Generäle. In einem Bericht vom Herbst 1936 malen sie ein ausgesprochen düsteres Bild von einem möglichen Luftkrieg gegen Deutschland. Im Falle eines «knock-out blow», wie es dort heisst, also eines Vernichtungsschlages durch die deutsche Luftwaffe, hätte England nach diesem Bericht keine Siegeschance gehabt. Es werden sogar 150'000 Opfer allein für London in der ersten Woche eines Krieges vorausgesagt – völlig übertriebene Befürchtungen, wie sich 4 Jahre später, als der Luftkrieg 1940 in der Schlacht um England wirklich stattfand, zeigen sollte. Aus dieser pessimistischen militärischen Prognose leiten die Chefs der Royal Air Force eine ebenso verfehlt politische Folgerung ab: die britische Regierung wird aufgefordert, ihre Diplomatie einzusetzen, um die Zahl der potentiellen Gegner zu reduzieren – nicht etwa die Zahl der Verbündeten zu erhöhen! Es versteht sich, dass die mit solchen Zahlen konfrontierte Regierung sich auf ihrem Weg zum Appeasement bestärkt fühlen musste (Frank McDonough, Nevil-

le Chamberlain, *Appeasement and the British road to war*. Manchester University Press, 1998, S. 39).

Die Gefahr von «Vernichtungsschlägen» der deutschen Luftwaffe gegen die britische Hauptstadt, wie sie offensichtlich in England weitherum befürchtet wurden, bestand angesichts der Unfertigkeit der Luftwaffe Görings natürlich nicht. Trotzdem hat diese an sich noch nicht akute militärische Gefahr offensichtlich grössere politische und psychologische Auswirkungen gehabt und der Tendenz zur Erhaltung des Friedens «um fast jeden Preis» entscheidenden Auftrieb gegeben.

Das zeigt sich sowohl bei der Bewährungsprobe von 1936 wie später in noch grösserem Ausmass bei der Krise von 1938, und es gilt dies für beide westlichen Demokratien. Was England anbetrifft, so kommt hinzu, dass die Aussicht auf einen modernen Luftkrieg dem relativ gesicherten Inseldasein ein abruptes Ende bereiten konnte, eine radikal veränderte Situation gegenüber früheren Kriegen. Es leuchtet ein, dass diese Entwicklung, die nun auch England selbst zum Kriegsschauplatz machen und jeden Bürger in seiner persönlichen Existenz treffen konnte, schwerwiegende psychologische Rückwirkungen haben musste. Genau darauf zielte der deutsche Vorschlag eines Luftpaktes. Konnte die beschriebene und allenthalben gefürchtete Gefahr auf diese Weise nicht aus der Welt geschafft werden? Durch eine Abmachung, die dem Wetttrüsten Einhalt gebieten würde, analog zu dem vor Jahresfrist abgeschlossenen Flottenabkommen? So und ähnlich stand es in den britischen Blättern, zumindest in jenen Presseerzeugnissen, welche die Beschwichtigungspolitik unterstützten.

### *Hitlers Poker*

Hitler liess es indessen nicht bei diesem Superlocarno bewenden. Er bot auch noch die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund an, wenn auch nur unter bestimmten Bedingungen, «wenn auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundsstatuts von seiner Versailler Grundlage geklärt wird». Es schien in der Tat ein umfassendes Friedensprogramm zu sein. «Die Generosität hatte scheinbar keine Grenzen.» (Klaus Hildebrand). Scheinbar: Die Frage war also, was von diesem schönen Schein zu halten war. Gerade diese «Generosität» Hitlers hätte eigentlich Anlass zu Misstrauen sein müssen. Denn schliesslich kamen all diese schönen Versprechungen aus dem Munde eines Mannes, der ja eben bewiesen hatte, was er von feierlich anerkannten Verträgen hielt, wenn es ihm opportun erschien, sie zu brechen.

Doch in London wollte man Vergangenes möglichst rasch ad acta legen und sich der Zukunft zuwenden. Mit andern Worten: man akzeptierte die von Hitler geschaffene neue Lage. «The British government accepted Hitlers Rhineland coup as a fait accompli» heisst es kurz und bündig in dem zitierten Werk von McDonough. Nach demselben Werk konnte man in London eigentlich nicht überrascht sein; denn der britische Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, hatte bereits im Dezember 1935 (!) davor gewarnt, dass eine solche Aktion kommen werde, wann immer sich eine günstige Gelegenheit bieten würde.

Bei solcher Einstellung konnte England erneut keine grosse Hilfe für Frankreich sein, als es zu Verhandlungen über das deutsche Vorgehen zunächst unter den Locarnomächten und dann im Völkerbundsrat kam. So ist es kein Wunder, dass äusser einer formellen Verurteilung Deutschlands wegen Vertragsbruchs nichts Konkretes herausgeschaut hat. Dass dies einen Mann wie Hitler kaum zu beeindrucken vermochte, liegt auf der Hand. Die Liga von Genf stellte für den deutschen Diktator nach ihrem kläglichen Versagen zunächst gegenüber der japanischen Aggressionspolitik im Fernen Osten und gerade jetzt angesichts des italienischen Überfalls auf Abessinien keinen ernst zu nehmenden Faktor mehr dar.

Als Hitler erkannt hat, welche Wirkung seine Friedensoffensive insbesondere in England erzielte, stiess er in die geschlagene Bresche nochmals nach, indem er am 1. April 1936 in einer Reichtagsrede einen neuen noch umfassenderen Friedensplan verkündete. Dabei verfehlte er nicht, die Wiedererlangung der «vollen deutschen Souveränität» als sein Werk in den höchsten Tönen zu loben. Neben den schon aus seinem ersten Plan bekannten Vorschlägen ist vor allem interessant und typisch für seine Mentalität, dass er nun in der Frage der Demilitarisierung seinerseits in die Offensive geht. Sobald er merkt, dass die andern nicht angreifen, greift er selbst wieder an. Er signalisiert scheinbar Konzessionsbereitschaft, knüpft sie aber sogleich an offensichtlich unrealistische Bedingungen. So heisst es in Punkt 9 seines Angebots, die deutsche Regierung sei bereit, «auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit ihren beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Beschränkung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen». Im Klartext heisst das: wenn schon Demilitarisierung, dann in gleicher Weise beidseits der Grenzen, also auch in Frankreich und Belgien. Hitler besass also tatsächlich die Unverfrorenheit, den Franzosen zuzumuten, die Maginotlinie, das Rückgrat ihrer Defensivstrategie, zu «demilitarisieren»! Doch in gewissen Kreisen Englands fand man diesen Vorschlag durchaus vernünftig und «gerecht». O heilige Einfalt!

Der Poker des deutschen Diktators ist nur allzu durchsichtig: es war ihm klar, dass eine solche Forderung völlig absurd war. Doch er spekulierte, dass er bei der zu erwartenden Ablehnung seines «Angebots» als der zurückgewiesene Friedensapostel posieren könnte. Die deutsche Propaganda verfehlte denn auch nicht in grosser Aufmachung zu prahlen, der Führer sei zu Konzessionen bereit gewesen, aber man habe seine grosszügigen und konstruktiven Vorschläge einmal mehr abgelehnt. Nach dem gleichen Muster verfuhr sein Sondergesandter bei den Verhandlungen des Völkerbundsrates, Joachim von Ribbentrop. In seiner Rede, in der er die Verurteilung des Reiches emphatisch zurückwies, zählte er eine ganze Serie von deutschen Vorschlägen zu angeblich friedlicher Lösung anstehender Probleme auf, die in den vergangenen Jahren gemacht aber alle insgesamt abgelehnt worden seien. Bei solchen Gelegenheiten wird deutlich sichtbar, welcher Stellenwert der unablässigen Friedenspropaganda des Naziregimes zukommt: die Welt über die wahren Ziele von Hitlers Politik hinwegzutäuschen. Das alte Wort, wonach man zum Krieg gerüstet sein muss, wenn man den Frieden erhalten will, wurde sinngemäss dahin abgewandelt, dass man (öffentlich vom Frie-] den reden muss, wenn man (im geheimen) den Krieg vorbereitet.

### *Ein Sektvertreter «graue Eminenz» der Aussenpolitik*

Mit Ribbentrop trat erstmals *der* Mann auf die Bühne der grossen internationalen Politik, der noch eine verhängnisvolle Rolle in der Entwicklung der deutschen Aussenpolitik spielen sollte – soweit es neben dem bald allmächtigen Diktator überhaupt noch eine Rolle zu spielen gab. Er betrachtete es im wesentlichen als seine besondere Aufgabe, den «Führer» in seinen vorgefassten Meinungen zu bestätigen und wenn möglich diese zu erraten, noch bevor sie der Meister überhaupt preisgegeben hatte. Dieser Taktik war es zu verdanken, dass es ihm gelang, «sich in der Stellung des ersten aussenpolitischen Handlungers Hitlers zu halten». So das Urteil eines seiner engsten Mitarbeiter, der gerade dank seiner Nähe zu diesem gefährlichen Dilettanten und seinem unverantwortlichen Treiben schon sehr früh in die Opposition gegen das Regime getrieben wurde. (Vgl. Erich Kordt, *Nicht aus Akten ...* Stuttgart 1950, S. 61 ff.)

Ribbentrop war dank seiner Heirat Schwiegersohn eines wohlhabenden Sektfabrikanten und Champagnerimporteurs, was es ihm gestattete, auf grossem Fuss zu leben und in seiner Villa in Berlin-Dahlem Hof zu halten. So war er auch in Kontakt zu einflussreichen Nazis und schliesslich zu Hitler selbst gekommen. 1932 trat er, aus offensichtlich rein opportunistischen Gründen, in die

Partei ein. In seinem Haus in Dahlem fanden im Januar 1933 sogar zwei der geheimen Treffen Hitlers mit dem ehemaligen Reichskanzler von Papen statt, in denen es um die Machtverteilung zwischen den beiden Intriganten in einer kommenden Regierung ging. Damit gehörte der Neuling Ribbentrop zum engsten Vertrautenkreis des kommenden Reichskanzlers Hitler. Gleich nach dessen Regierungsantritt richtete er eine Art aussenpolitische Dienststelle, bald Büro Ribbentrop genannt, ein und begann sogleich damit, die Kreise des Auswärtigen Amtes immer empfindlicher zu stören und sich als graue Eminenz der deutschen Aussenpolitik aufzuspielen. Seine halbamtliche Dienststelle wurde von Hitler nicht nur geduldet, sondern auch grosszügig mit finanziellen Mitteln ausgestattet. 1934 gelang es Hitler, dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der den Snob Ribbentrop nicht leiden konnte, die Einwilligung zu dessen Ernennung zum «Sonderbeauftragten für Abrüstungsfragen» schmackhaft zu machen. 1935 vermochte er seine Stellung endgültig zu sichern, als es ihm gelang, als «Botschafter zur besonderen Verwendung» in kurzer Zeit das Flottenabkommen mit England abzuschliessen. Von jetzt an galt er für den Diktator, trotz oder vielleicht gerade wegen der geäusserten Bedenken der Diplomaten alter Schule, als politisches Genie, als eine Art «neuer Bismarck». Lange hatten diese internen Gegner des Emporkömmlings gehofft, er werde sich durch seine dilettantischen Berichte, «so voller Absurditäten und offenbarer Unrichtigkeiten und in einem so bombastischen Stil abgefasst» (Kordt), selbst unmöglich machen. «Der sprachbegabte, aber grenzenlos eitle, arrogante und aufgeblasene ehemalige Inhaber einer Sektvertretung» charakterisiert ihn ein englischer Autor.

### *Auswärtiges Amt an die Wand gespielt*

Nun traf das Gegenteil ein, indem das Auswärtige Amt, also das herkömmliche amtliche Aussenministerium, immer mehr an Einfluss einbüsste und bei wichtigen aussenpolitischen Entscheidungen immer öfter übergangen wurde. So geschah es auch mit Hitlers «grossem Friedensplan», den erwähnten 19 Punkten, die offensichtlich ohne Hilfe des «amtlichen» diplomatischen Apparates entstanden waren. Erich Kordt und der langjährige Chefdolmetscher Paul Schmidt berichten übereinstimmend in ihren Memoiren, welche Mühe es gekostet habe, «ein so verworrenes Dokument ins Englische zu übertragen». Den Versuch, «den Friedensplan wenigstens mit den Regeln der deutschen Grammatik zu versöhnen», hätten sie bald als hoffnungslos aufgegeben.

Den Engländern scheint dies alles wenig Eindruck gemacht zu haben; denn sie erklärten sich erstaunlicherweise bereit, auf dieser dokumentarischen Grundlage weiter zu verhandeln. «Nach der vom Völkerbund ausgesprochenen formellen Verurteilung wegen Vertragsbruchs begannen die Verhandlungen zwischen Ribbentrop und Eden, als sei nichts geschehen», so berichtet der genannte Chefdolmetscher Schmidt. Und er fährt fort: «Angesichts dieser unerwarteten, ja für mich sensationellen Wendung von der Verurteilung zu Verhandlungen mit dem frisch Verurteilten, begann ich damals immer mehr an meiner eigenen Urteilsfähigkeit hinsichtlich der internationalen Lage zu zweifeln. Ich kam mir mit meinen Freunden im Auswärtigen Amt etwas blamiert vor, nachdem nun die Folgen von Hitlers Vorgehen, die wir als ziemlich sicher angenommen hatten, so völlig ausgeblieben waren. Hitler schien wieder einmal recht behalten zu haben.» (Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945, Bonn 1949, S. 318 ff.)

### *Hitlers Triumph oder «Der Führer hat immer recht»*

Welche Auswirkungen dieser totale Sieg Hitlers in der Rheinlandfrage sowohl innenpolitisch wie aussenpolitisch haben sollte, wird noch zu zeigen sein. Hier vorläufig nur soviel: innenpolitisch wurde die Stellung des Diktators enorm gestärkt, vor allem in der Öffentlichkeit, aber auch gegenüber den Warnern und Skeptikern unter den Diplomaten und Generälen – bald einmal hiess es dann: der Führer hat immer recht! –, aussenpolitisch wuchs sein ohnehin nicht gerade geringes Selbstbewusstsein gegenüber den «alten» Grossmächten, mit denen er ja offenbar machen konnte, was ihm beliebte. Seine Geringschätzung der Demokratie als politischer Institution, die er in seinem Bekenntnisbuch «Mein Kampf» lang und breit abgehandelt hatte, schien sich offensichtlich zu bestätigen, vor allem hinsichtlich Frankreichs. Diese einst führende Grossmacht hatte in seinen Augen als solche abgedankt, da sie nicht einmal willens und fähig gewesen war, ihre vitalen Sicherheitsinteressen wahrzunehmen. Leider sollte er mit dieser Beurteilung recht behalten, wie die folgenden Jahre wohl deutlich genug bewiesen haben.

In seiner ersten der sogenannten «Geheimen Ansprachen» anfangs Februar 1933, nur wenige Tage nach seinem Regierungsantritt, hatte Hitler gegenüber den militärischen Befehlshabern ausgeführt, die gefährlichste Zeit sei die des Beginns der Wiederaufrüstung. Da werde sich zeigen, ob Frankreich noch wahre Staatsmänner habe: «Wenn ja, wird es uns nicht Zeit lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ostrabanten)» – gemeint sind die mit Frankreich verbündeten Staaten Polen und die Tschechoslowakei. Doch nichts dergleichen



geschah. Wie wir gezeigt haben nicht einmal dann, als Frankreich das Recht auf seiner Seite hatte, also völkerrechtlich legitimiert gewesen wäre, gegen Deutschland vorzugehen.

Keitel, der spätere Generalfeldmarschall und als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht engster Berater Hitlers in militärischen Angelegenheiten, meinte rückblickend: «Jederzeit hätten die Nachbarn ohne ernsteren Kampf die Grenzen überschreiten und die Wiederabrüstung diktieren können ... Niemand wusste das besser als Hitler, seine Politik war deshalb auf diese Gefahr eingestellt.» Diesen Punkt konnte der Diktator nach den Erfahrungen von 1936 getrost abbuchen.

Hitler konnte nicht nur den Erfolg einer Remilitarisierung des Rheinlandes risikolos einfahren, er brauchte auch keine Gegenleistungen dafür zu erbringen. Denn von seinem angeblich so grosszügigen «Friedensangebot» ist nach einigem Hin und Her schliesslich nichts übriggeblieben. Weder kam es zu dem angebotenen «Friedenspakt» auf 25 Jahre, noch trat Deutschland wieder in den Völkerbund ein, woran man in Berlin übrigens nicht im Traum gedacht hatte. Es war wohl der unseriöseste Punkt in der ganzen Mogelpackung gewesen. Auch das Angebot eines Luftpaktes, das insbesondere in England auf so fruchtbaren Boden gefallen war, löste sich buchstäblich in Luft auf.

Mit einem Wort: die ganze Aktion endete mit einem einseitigen Sieg Deutschlands, während die Westmächte mit leeren Händen dastanden. Mehr braucht wohl über das totale Versagen einer Politik, die solches zulässt, nicht gesagt zu werden. Hier ist ein «Blick zurück im Zorn» wohl angebracht, wenn man bedenkt, dass es damals mit etwas mehr Mut und Zuversicht möglich gewesen wäre, dem ganzen Nazispuk höchstwahrscheinlich ein für alle Mal ein Ende zu bereiten. Und das erst noch sozusagen in einem Spaziergang an den Rhein!

### *London auf dem Weg des «Appeasement».*

Die Engländer haben die Remilitarisierung des Rheinlandes also ohne viel wenn und aber akzeptiert. Das geht auch aus dem Umstand hervor, dass sie Berlin anfragten, «ob das Deutsche Reich nunmehr erklären könne, dass es die bestehende gebietsmässige und politische Ordnung Europas anzuerkennen und zu achten beabsichtige». Dann kommt noch der ominöse Nachsatz: «soweit sie nicht später im Wege freier Verhandlungen und der Übereinkunft geändert werden sollte ...» Man traut seinen Augen kaum, aber die massgeblichen Männer in London lassen klar durchblicken, dass sie auch zukünftig nicht grundsätzlich

abgeneigt sein würden, über territoriale Veränderungen in Europa zu «verhandeln». Und das nach all dem, was man an Unehrllichkeit und Hinterhältigkeit seitens des deutschen Diktators soeben hatte über sich ergehen lassen müssen. Statt eines deutlichen «bis hierher und nicht weiter», wird nur schlecht verhüllt weitere leichte Beute versprochen, indem man deutlich macht, dass die bestehende territoriale Ordnung auch jetzt noch keineswegs für sakrosankt angesehen werde. Auf wessen Kosten diese «Korrekturen» am soeben per Vertragsbruch geänderten status quo wohl gehen sollten?

Dass man darüber in London ziemlich genaue Vorstellungen hatte, steht fest. Dies zeigte sich z.B. beim Besuch, den der spätere Aussenminister Lord Halifax im Herbst 1937 dem deutschen Diktator abstattete. Der neue Premierminister Chamberlain hat den konservativen Lord «als Herold der neu entworfenen Appeasementpolitik» (Hildebrand) zu Hitler gesandt. Welcher Art diese neue Politik der Befriedung bzw. der Befriedigung (nämlich der Gelüste der Diktatoren) sein würde, enthüllte der hohe Emissär ohne grosse Umschweife. Er sprach nämlich ganz ungeniert von «Änderungen in der europäischen Ordnung», die «wahrscheinlich früher oder später eintreten würden», und nannte in diesem Zusammenhang auch gleich – neben Danzig – Österreich und die Tschechoslowakei. Womit Hitler zur Kenntnis nehmen durfte, dass England sich für diese Objekte kaum schlagen würde.

Was dem Führer dabei nur nicht recht gefallen wollte, war die Bedingung, «dass solche Änderungen im Wege friedlicher Entwicklung zustande kämen». Denn soeben hatte er in kleinstem Kreis, in der berühmten durch die sogenannte «Hossbach-Niederschrift» überlieferten Besprechung oder vielmehr Ansprache vom 5. November 1937 seinen «unabänderlichen Entschluss» bekanntgegeben, eben diese Objekte zu vereinnahmen, und zwar durchaus nicht nach den englischen Vorstellungen, sondern falls notwendig auch auf dem Weg der Gewalt. Entsprechend liest man denn auch in der genannten Niederschrift von Angriffen auf die «Tschechei» und Österreich, «wobei der Überfall auf die Tschechei blitzartig schnell erfolgen müsse».

### *Die «Times» (manipuliertes) Flaggschiff der Befriedungspolitik*

Man wird wohl kaum zu weit gehen, wenn man diese angeblich neue Politik Englands, die ja so neu auch wieder nicht gewesen ist, als eine Art «voraussehlenden Gehorsams» gegenüber den Wünschen Hitlers bezeichnet. Diese Methode extremer Konzessionsbereitschaft ist auch von führenden Blättern der britischen Presse mitgemacht oder gar vorexerziert worden. Eine besonders be-

trübliche Rolle spielte dabei ausgerechnet die hochangesehene «Times». Nicht zu Unrecht galt sie als «offiziöses» Sprachrohr der britischen Regierung und stand insbesondere Chamberlain nahe. Das renommierte Blatt betrieb auch ungeniert Schönfärberei, wenn es um die Berichterstattung über Nazideutschland ging. Das hat ihr Herausgeber, Geoffrey Dawson, selbst zugegeben.

Er tue sein möglichstes, schrieb er einem seiner Korrespondenten, von der Zeitung alles fernzuhalten, was die Empfindlichkeiten der Deutschen verletzen könnte. Er könne sich nicht erinnern, etwas gedruckt zu haben, das diese als unfairen Kommentar auffassen könnten. Eine solche wohl eher ungewöhnliche journalistische Einstellung begründet er mit seiner Überzeugung, «that the peace of the world depends more than anything else upon our getting into reasonable relations with Germany».

Dieser Mann, der einen ebenso grossen wie verhängnisvollen Einfluss auf die öffentliche Meinung ausübte – «to mould public opinion» betrachtete er als sein Ziel –, war offensichtlich dieser Aufgabe in keiner Weise gewachsen. Er war Autodidakt, hatte keine Kenntnisse der europäischen Geschichte, auch nicht der deutschen; er hat kein Wort einer andern Sprache verstanden und insbesondere nicht die leiseste Ahnung vom deutschen Geist gehabt, so urteilt ein Bekannter von ihm. Trotzdem spielte er sich als Spezialist für europäische Probleme auf. Er benutzte seinen ganzen Einfluss – «which was immense» – «into undermining Versailles and doing the business of the Germans for them». (Vgl. Rolf Kieser, Englands Appeasementpolitik und der Aufstieg des Dritten Reiches im Spiegel der britischen Presse 1933-1939, Winterthur 1964.) Ganz dem erwähnten Bekenntnis des Editors entsprechend verfuhr man dann auch in der Redaktion, wie englische wissenschaftliche Darstellungen nachweisen.

So schreckte man nicht davor zurück, Berichte der Korrespondenten, insbesondere aus Deutschland, zu manipulieren bzw. zu entschärfen. Redakteure der «Times», die Anhänger der Beschwichtigungspolitik waren, «eut, directed and distorted» Berichte, die ihrem Kurs nicht entsprachen. «The Times editors ensured coverage of Nazi Germany was carefully manipulated, increasingly to suit the needs of the policy of appeasement». Dies schreibt der schon zitierte britische Autor Frank McDonough von der Liverpool John Moores University in dem erwähnten Buch über Chamberlains Appeasement Policy. Bei ihm kann man auch die bemerkenswerten Sätze lesen:

«A high level of news management and media manipulation was employed by the Chamberlain government, especially on BBC Radio und the cinema newsreels» – also sogar die Filmwochenschauen wurden manipuliert! Und wei-

ter: «This was specifically designed to encourage the idea that appeasement of Hitler was popular. This was largely a myth.» Diese Feststellung werde durch seinerzeitige Meinungsumfragen bestätigt.

Nur teilweise bestätigt wird diese Sicht durch Stephen Koss in seinem Buch über «The Rise and Fall of the Political Press in Britain» (London 1984). Er stellt zwar fest, dass auch andere Zeitungen in kleinerem oder grösserem Umfang dasselbe taten wie die «Times». Doch dann argumentiert Koss weiter, angesichts der herrschenden Atmosphäre in England wäre es unklug oder praktisch unmöglich gewesen, «to adopt a strongly critical line towards Nazi Germany».

### *Hitlers Aktion im Interesse des europäischen Gleichgewichts?*

Wie wenig unter solchen Voraussetzungen und Voreingenommenheiten ein zutreffendes Bild der internationalen Lage und insbesondere der deutschen Politik entstehen konnte, das zeigt sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit in den Kommentaren sowohl der Times wie auch anderer britischer Zeitungen zur Rheinlandkrise. Kaum eine Stimme hat sich erhoben, um das Vertragswerk von Locarno zu verteidigen – im Gegenteil. Die alte Struktur des europäischen Friedens, «one-sided and unbalanced», sei jetzt in Trümmern, schrieb die Times nach vollbrachter Tat. Hitlers Aktion sei zwar illegal, aber im Interesse des europäischen Gleichgewichts erfolgt. Daher wäre es absurd, auch nur das Leben eines einzigen britischen Soldaten aufs Spiel zu setzen. Also nicht etwa Umsturz des Gleichgewichts, sondern dessen Wiederherstellung bedeutet die Rheinlandbesetzung. Nach dieser höchst merkwürdigen Interpretation des europäischen Gleichgewichts nimmt die Zeitung in einem folgenden Artikel gleich ganz Abschied von diesem Grundsatz: «The balance of power is no longer a British doctrine» verkündet sie. Schliesslich wird Hitlers Gewaltstreik gar zur Friedenstat emporstilisiert, wenn sie ihn als «the beginning of the pacification of Europe» bezeichnet. 1914 sei der Beginn des Krieges gewesen, 1918 das Ende des Krieges und 1936 «the return to peace». So unglaublich all dies im Lichte dessen, was nachher geschehen ist, auch anmuten mag, es ist durchaus konsequent gedacht. Denn wenn der Frieden von Versailles nicht als wahrer Friedensschluss anerkannt wird, dann ist es eben seine Beseitigung.

Auch in weiteren Punkten wird die deutsche Sicht kritiklos übernommen. So ist es für den Observer nicht einsichtig, warum deutsches Gebiet entmilitarisiert sein sollte, wenn es nicht auch für französisches, belgisches oder gar britisches Territorium gelte. Auch der liberale Manchester Guardian rückte von

seiner früheren kritischen Haltung gegenüber Hitlerdeutschland ab, wenn er meinte, die deutsche Aktion sei zwar ohne Zweifel ethisch falsch. Doch billigte er offensichtlich das erstrebte Ziel des deutschen Vorgehens, wenn er hinzufügte, es wäre besser gewesen, mit legalen Methoden die Gleichheit zu erreichen. Der konservative Daily Telegraph war den Deutschen gar dankbar, dass sie keine Waffengewalt angewandt hätten. Man messe der Angelegenheit in London übrigens mehr interne als externe Bedeutung bei. Hitler liess sich nicht zweimal bitten, und er bezeichnete von da an alles als «innerdeutsche Angelegenheit», was mit der Revision der Verträge von 1919 zu tun hatte: Österreich, Sudetendeutsche, schliesslich auch den Konflikt mit Polen.

### *Rheinlandbesetzung berührt uns nicht*

Der ebenfalls liberale News Chronicle kritisierte zwar, dass der «Führer» sein Wort gebrochen habe, aber das sei nicht so wichtig, wenn dadurch die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund eingeleitet werde, wie er in dem Memorandum angekündigt habe. «Herr Hitler 's invitation must be taken up without a moment s delay.» Man sieht, wie der von Berlin ausgelegte Köder mit Begeisterung geschluckt wird. Auch der Daily Telegraph akzeptiert die deutsche Forderung, wonach ebenfalls die Grenzen der Nachbarstaaten demilitarisiert werden müssten, um die Gleichheit herzustellen. Das Massenblatt Daily Express von Lord Beaverbrook schliesslich stellte die rhetorische Frage: «The Germans have occupied the Rhineland, what does that mean to us? No interest of ours will be challenged». Zu sagen, dass England den Rhein verteidigen müsse, sei eine verrückte Idee, welche das Land mit überwältigendem Mehr zurückweisen würde. Das andere Massenblatt, die Daily Mail, das ihr Besitzer Lord Rothermere wiederholt Hitler als Sprachrohr zur Verfügung stellte, vertrat ebenfalls die Auffassung, dass die deutsche Nation nicht auf unbestimmte Zeit ihrer vollen Souveränität über das eigene Territorium beraubt werden konnte. Durch den Starreporter der Zeitung, Ward Price, durfte Hitler der britischen Öffentlichkeit mitteilen, dass er Österreich und der CSR einen Nichtangriffspakt anbieten werde.

### *Einflussreiche prodeutsche Lobby in England*

Was die «Times» anbetrifft, so habe Lord Beaverbrook deren Chefredakteur, Geoffrey Dawson, als den wichtigsten Vertreter unter allen Zeitungsleuten in der «prodeutschen Szene» angesehen. Beaverbrook selbst, Pressezar par excel-

lence, Besitzer von «Daily Express», «Sunday Express» sowie «Evening Standard», vertrat allerdings selbst auch eine deutschfreundliche Linie – wie übrigens viele andere einflussreiche Persönlichkeiten der gehobenen britischen Gesellschaft, vor allem auch aus Finanz und Wirtschaft. «The desire to appease Nazi Germany became something of a fashion within British High society» schreibt der britische Historiker Frank McDonough. Wie Beaverbrook war z.B. auch der mächtige Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, Freund des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, ein entschiedener Gegner des Vertrages von Versailles. Einige weitere Angehörige der britischen Aristokratie seien in diesem Zusammenhang noch erwähnt.

Lord Londonderry war einer der führenden Tory Appeaser, dessen Haus zu einem beliebten Treffpunkt von Gleichgesinnten wurde. Er lehnte eine Allianz mit Frankreich entschieden ab, verlangte statt dessen eine enge britisch-deutsche Freundschaft und befürwortete enge persönliche Beziehungen zu führenden Nazi-Größen. Als Ribbentrop noch Botschafter in London war, bezeichnete er Londonderry als einen der eifrigsten Freunde des Dritten Reiches.

Die berühmte Lady Nancy Astor, Intimfeindin von Winston Churchill, war eine zentrale Figur in dieser Pro-appeasement-Gesellschaft. Sie soll Churchill einmal gesagt haben, wenn er ihr Mann wäre, würde sie ihm Gift in den Tee kippen. Und Churchill, bekannt für seine Schlagfertigkeit, soll geantwortet haben, wenn er ihr Mann wäre, würde er den Tee trinken. *Se non è vero ...*

Hingegen ist verbürgt, dass Churchill wegen seiner erbarmungslosen Kritik am politischen Kurs der Regierung Chamberlain nicht nur Schmähungen und Verleumdungen über sich ergehen lassen musste, sondern sogar Morddrohungen erhalten hat. Tatsächlich erreichten die Auseinandersetzungen über die Appeasementpolitik gelegentlich den Hitzegrad eines Religionskrieges.

Lady Astor war die Frau von Viscount Waldorf Astor. Da er Besitzer des Observer war, besaßen sie auch gleich das einflussreiche Organ zur Verbreitung ihrer Überzeugungen. Churchill hingegen hatte oft Mühe, in seinem Kampf gegen diese gerade auch im Pressewesen mächtige Lobby, seine Kritik überhaupt noch an massgeblicher Stelle unterzubringen.

Der Sitz der Astors, Cliveden, war ebenfalls prominenter Treffpunkt von Befürwortern der Appeasementpolitik. Viele führende Tory Appeaser waren regelmäßige Besucher der dortigen «weekend parties». Man sprach und schrieb damals viel über den «Cliveden set» und seinen Einfluss auf die Führung der britischen Politik. Dass der erheblich gewesen ist, wird kaum bestritten. Die dort

vertretenen Ideen stimmten ja auch im wesentlichen mit den Anschauungen des Premierministers Chamberlain überein.

### *Verharmlosung von Hitlers «Philosophie»*

Lord Mount Temple schliesslich, ehemaliger Minister, ein solider Repräsentant der Tory-Aristokratie und strammer Antikommunist, war einer der entschiedensten Befürworter von Appeasement mit dem Deutschen Reich. Auch er war der Ansicht, dass Versailles höchst ungerecht mit Deutschland verfahren sei, und daran hielt er auch fest, nachdem die NSDAP an die Macht gekommen war. Er begrüßte diesen Machtwechsel ausdrücklich und fand, dass die «Revolution von 1933» eine Wiedergeburt der deutschen Nation mit sich gebracht habe, welche mithelfen werde, den Kommunismus von Deutschland fernzuhalten. Die Idee, alle deutschsprachigen Völkerschaften in einem «strong nation state» zu vereinen, einschliesslich Österreichs und der CSR, war für ihn ein «essentially liberal aim». Dies verspreche Stabilität in Zentraleuropa und interessante Perspektiven für «British business». 1935 war er einer der Mitbegründer und dann Präsident der «Anglo-German Fellowship». Im Februar 1938 sagte (oder schrieb) er über die Ziele des Dritten Reiches, das neue deutsche Nationalbewusstsein (German nationhood) könne die Fragen der Deutschen in Österreich und der CSR nicht ausklammern. Es werde nicht befriedigt sein, bis diese Fragen gelöst seien. Und dann wörtlich:

«The process is inevitable. The sense of nationhood in the German mind today carries with it the recognition of the ,divine right of other peoples to existence and independenco. The integrity of the countries of Eastern Europe is equally in no danger from such a philosophy.»

Solche Verharmlosung Hitlers und seiner «Philosophie» mutet heute geradezu erschreckend an. Doch sie war gang und gäbe in den politischen Zirkeln, für welche die kurz porträtierten Persönlichkeiten repräsentativ gewesen sind. So wundert es nicht, dass Hitler mit seinen Forderungen auf Revision des Friedensvertrages von 1919 in diesen Kreisen auf offene Ohren stiess. Sie alle liessen sich von der NS-Propaganda über die wahren Ziele des deutschen Diktators hinwegtäuschen. Vor allem waren sie der bestimmten Ansicht, dass es ein starkes Deutschland brauche als antibolschewistisches Bollwerk auf dem Kontinent. So taten sie alles, damit von britischer Seite Hitlers Politik keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Welchen Einfluss diese deutschfreundliche Lobby hatte, darüber berichtet auch der schweizerische Gesandte in London, wie wir noch sehen werden.

## *War Appeasement gar nicht populär?*

Zu dieser umstrittenen Frage äusserte sich auch der britische Historiker Anthony Adamthwaite in einem Referat auf dem internationalen Kongress, der 1989 zum 50-jährigen Gedenken an den Beginn des zweiten Weltkrieges in Berlin stattgefunden hat. Zu der weitverbreiteten These, wonach die Massen in den westlichen Demokratien nicht bereit gewesen seien, das Risiko eines Krieges gegen Hitler auf sich zu nehmen, sagte der Referent Folgendes:

«Die Forschungsarbeiten der jüngeren Zeit legen zwei Schlussfolgerungen nahe: Die britische und die französische Regierung nutzten ihren grossen Einfluss auf die Medien in der Weise, dass sie die öffentliche Diskussion über internationale Fragen einschränkten und knebelten; zweitens war die öffentliche Meinung geteilt und durchaus nicht überwältigend für ein Appeasement; weite Teile waren der offiziellen Politik gegenüber kritisch eingestellt. Unter einer anderen Führung hätte daher die öffentliche Meinung ganz anders aussehen können ... Erfahrene Zeitgenossen und Beobachter der späten dreissiger Jahre waren der Auffassung, dass sich die öffentliche Meinung über die Aussenpolitik ziemlich rasch hätte ändern lassen.» (In: An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Berlin – New York 1990, S. 197 ff) Was Chamberlain nicht erreichte bzw. nicht erreichen wollte, das gelang dann Hitler auf Anhieb mit seinem Coup gegen Prag im Frühjahr 1939: einen radikalen Umschwung in der öffentlichen Meinung herbeizuführen, dem sich schliesslich auch Chamberlain nicht entziehen konnte.

## *«Koloniale Gleichberechtigung» – eine falsche Fährte*

Es muss im Zusammenhang mit Hitlers «grosszügigem» Angebot doch noch auf seine Forderung der «kolonialen Gleichberechtigung» eingegangen werden. Nicht nur weil schon die Formulierung typisch ist für den neuen Stil der deutschen Diplomatie, nämlich eine Formulierung anzuwenden, unter der man alles und jedes verstehen kann, sondern auch weil an diesem Beispiel sehr eindrücklich gezeigt werden kann, wie leicht man sich in London von Hitler auf eine falsche Fährte locken liess.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so ist der Begriff der Gleichberechtigung völlig fehl am Platz, wie man sofort einsehen wird. Denn eine solche «Gleichberechtigung» hat es in kolonialen Fragen nie gegeben. Vielmehr hat es immer und gerade auch zu jenem Zeitpunkt grössere und kleinere Kolonialreiche gege-



ben, ganz abgesehen davon, dass viele Staaten überhaupt nicht über kolonialen Besitz verfügten. Das britische Empire allein ist wohl grösser als alle anderen zusammen. Was heisst da «Gleichberechtigung»? Die Forderung ist sinnlos oder widersinnig, aber sie liess sich propagandistisch bestens verwerten. Man hätte ja die Rückgabe der durch den Versailler Vertrag verlorenen ehemals deutschen Kolonien verlangen können. Das wäre eine klare Sache gewesen. Doch abgesehen davon, dass man sich gar nicht festlegen wollte, hatte dies einen Haken. Denn diese ehemals deutschen Kolonien waren inzwischen Mandate des Völkerbundes geworden und keiner der Mandatsinhaber konnte frei über sie verfügen. Ohne Mitsprache der Liga wäre also gar nichts gelaufen.

Doch Hitler war der letzte, der sich mit dieser verachteten Institution einlassen wollte, die ihn soeben wegen seines Vertragsbruchs verurteilt hatte. So ist es kein Wunder, dass die bis kurz vor Kriegsbeginn immer wieder auftauchenden Kolonialdiskussionen ohne jegliches konkrete Resultat geblieben sind. In der erwähnten Ansprache vom 5. November 1937 bemühte sich Hitler sogar selbst, seinen Zuhörern aufzuzeigen, dass die Engländer die ehemaligen deutschen Kolonien gar nicht zurückgeben könnten, selbst wenn sie wollten – ergo: es blieb nur die Eroberung neuen Lebensraums im Osten – Hitlers *ceterum censeo*.

Und nun zum zweiten Punkt. Dass es sich beim Verlangen nach kolonialem Besitz um eine falsche Fährte gehandelt hat, auf die man besonders die Engländer ganz gezielt gelockt hat, darüber besteht absolut kein Zweifel. Hitlers Ziel war die Eroberung von Lebensraum im Osten, also ein kontinentales germanisches Imperium, keineswegs ein überseeisches. Auch hier blieb er dem treu, was er in «Mein Kampf» geschrieben hatte – doch wer las das schon, zumal in England.

Im Stile eines germanischen Stammesführers der Völkerwanderungszeit hatte er dort verkündet, man müsse den ewigen Germanenzug nach Süden stoppen und den Blick nach dem Land im Osten richten. Und dann kommt der entscheidende Satz: «Wir schliessen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.»

### *Kämpfer gegen Krämer*

Man beachte, dass Hitler dabei gleich auch der Handelspolitik ebenfalls eine Absage erteilt. Doch auch dies wollten die Engländer nicht zur Kenntnis nehmen (der «Business-man» Chamberlain konnte es wohl überhaupt nicht begreifen), und so versuchte man, buchstäblich bis fünf vor zwölf, Hitler durch weit-

gehende Konzessionen auf dem Gebiet des Handels und der Finanzen zu fördern. So etwas lehnte der Diktator verächtlich ab als eine Zumutung von «Krämmerseelen». Er wollte kämpfen, nicht feilschen.

Dasselbe gilt entsprechend auch für die Kolonialpolitik. Hitler war daran schlechterdings nicht interessiert. Doch das hinderte ihn nicht, durch eine stets am Kochen gehaltene Propaganda das pure Gegenteil zu verkünden. Der schon mehrfach zitierte Erich Kordt schreibt dazu:

«Als politischer Regisseur sah Hitler in der Kolonialfrage ein nützliches, ja fast unentbehrliches Requisite, eine Kulisse, die man in den verschiedenartigsten innen- und aussenpolitischen Bühnenaufbauten gut verwenden konnte.»

Seine diesbezüglichen Forderungen waren rein taktisch bedingt, willkommen als Kompensationsobjekt. Wie schön und eindrucksvoll liess sich die bestehende Ungerechtigkeit in der Verteilung der Güter der Welt anprangern, wenn man das Britische Empire mit dem Deutschen Reich verglich! Wie leicht war es, bei solcher Argumentation die Gefolgschaft davon zu überzeugen, dass die Engländer zuallerletzt ein Recht besässen, Deutschland daran hindern zu wollen, wenn es sich nahm, was es brauchte. Und wie überzeugend musste es den meist schon hypnotisierten Zuhörern von Hitlers Reden erscheinen, wenn er die wenig demokratischen Zustände in den Kolonialreichen der westlichen Demokratien mit Hohn überschüttete. Es ist offensichtlich, dass er in diesem Punkt, übrigens nicht nur in diesem, einiges vom andern grossen Gegner des westlichen Kolonialimperialismus gelernt hatte: von Lenin. Auch in der propagandistischen und taktischen Ausnutzung des seinerzeit vom amerikanischen Präsidenten Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechts der Völker erwies sich Hitler als gelehriger Schüler des führenden Bolschewiken.

Übrigens konnte Hitler hinsichtlich des britischen Weltreiches auch ganz andere Töne anschlagen, wenn es ihm taktisch gerade von Nutzen schien. So betonte er in seinem letzten «grosszügigen Angebot» vom 25. August 1939, mit welchem er England vom Kriegseintritt abzuhalten hoffte, er bejahe das britische Imperium und sei bereit, «sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten»! Die wohl nicht anders als grössenwahnsinnig zu bezeichnende Hybris, die in diesen Worten zum Ausdruck kommt, sei nur eben erwähnt.

## Umsturz der militärpolitischen Verhältnisse

Das Resultat der Rheinlandkrise war eine derart tiefgreifende Umwälzung der militärpolitischen Lage, dass man getrost von einer strategischen Revolution sprechen kann. Das ist schon damals von kritischen Beobachtern der Vorgänge vom März 1936 klargesehen worden. Zu diesen gehörten übrigens auch massgebliche Schweizer Diplomaten, Journalisten und Politiker – ganz im Unterschied zu den wichtigsten britischen Meinungsmachern. Andererseits war der klarsichtigste unter diesen kritischen Beobachtern der internationalen Szenerie eben auch ein Engländer, wenn auch als «einsamer Rufer in der Wüste». Er war zwar Mitglied des britischen Unterhauses, aber leider ohne den geringsten Einfluss auf den Gang der Dinge, die so ungehemmt ihren verhängnisvollen Lauf nehmen konnten. Es geziemt sich, zuerst diesen unentwegten Warner zu Wort kommen zu lassen. Es ist natürlich Winston Churchill. Gerade der Rückschau haltende Historiker muss dem späteren Kriegspremier eine diagnostische Kraft der Analyse zubilligen, die gelegentlich an Prophetie grenzt, und schlechthin unübertroffen ist.

Als drei Wochen nach dem unheilvollen Ereignis endlich das britische Unterhaus sich mit der Angelegenheit befasste, sagte Churchill u.a. an jenem 26. März 1936:

«Der Überfall auf das Rheinland ist schwerwiegend, weil er eine Bedrohung für Holland, Belgien und Frankreich bedeutet ... Worin werden die diplomatischen und strategischen Folgen bestehen? Die Errichtung einer Kette von Befestigungen gegenüber der französischen Grenze wird den Deutschen die Verringerung ihrer Truppenbestände auf dieser Linie ermöglichen und der Hauptmacht eine Umgehungsoperation durch Holland und Belgien gestatten ... Im Osten dürften sich die Folgen der Rheinlandbesetzung noch rascher zeigen ...» Alle Staaten jener Gegend würden in Mitleidenschaft gezogen werden, und er nannte die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei, Österreich sowie Jugoslawien und Rumänien. Mit vollem Recht kommentiert Churchill in seinen Memoiren dieses Zitat mit dem Satz: «Jedes einzelne Wort dieser Warnung sollte sich in rascher Folge bewahrheiten.» (Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Band 1, Bern 1959, S. 254.)

## *Winston Churchill als unermüdlicher Warner*

Churchill beschreibt auch, wie schwer es dem neuen jungen Aussenminister Anthony Eden (seit 22. Dezember 1935 im Amt) gefallen sei, auch nur die Durchführung von Generalstabsbesprechungen (mit Frankreich) zu erreichen, obschon dies das einzige praktische Ergebnis von drei Wochen langen Verhandlungen und Diskussionen gewesen sei und somit die einzige Antwort auf Hitlers Vertragsbruch. Diese wenig einsichtige Haltung des Parlaments erscheint umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass man in London durchaus am alten Grundsatz festzuhalten entschlossen war, wonach Englands kontinentale Sicherheitsgrenze am Rhein liege und insbesondere die Integrität Hollands einschliesse. Wenn man also einen (deutschen) Angriff im Westen als casus belli ansah, wer anders als die französische Armee sollte einen solchen dann abwehren? Etwa die zwei britischen Divisionen, die man allenfalls mobilisieren konnte, oder gar die britische Flotte?

Man verzeihe diese ironischen Bemerkungen, aber der völlige Mangel an nüchterner Einsicht in eigentlich klar zutage liegende strategische Tatsachen, wie er unter damaligen britischen Politikern, aber auch Journalisten vorherrschte, ist wirklich nur schwer nachvollziehbar. Sehr wohl verständlich erscheint dagegen die pure Verzweiflung, die den einsamen Kritiker zuweilen ergriff ob so viel Sturheit und Uneinsichtigkeit.

Wie recht Churchill mit seinen Besorgnissen hinsichtlich der Staaten an Deutschlands Ostgrenze hatte, geht aus einem Gespräch des deutschen Aussenministers von Neurath mit dem US-Botschafter in Frankreich, Bullitt, hervor, das am 18. Mai 1936 stattgefunden hat. Zunächst gab der Deutsche zwar beruhigende Erklärungen ab, was die Haltung seines Landes gegenüber Österreich und der Tschechoslowakei anging, um dann ohne Umschweife folgende (wie sich zeigen sollte treffende) Prognose abzugeben:

«Sobald unsere Befestigungen (im Westen) fertiggestellt sind und die Länder in Mitteleuropa erkennen, dass Frankreich nicht nach Belieben auf deutsches Territorium vorstossen kann, werden alle diese Länder über ihre jeweilige Aussenpolitik neu nachdenken, und es wird sich eine neue Konstellation entwickeln.»

## *Hitler blufft und spielt «va banque»*

In einem Punkt irrte sich der konservative deutsche Aristokrat: Hitler wartete nicht, bis die erwähnten Befestigungen wirklich existierten. Er schlug vorher zu und ersetzte die keineswegs fertiggestellten Befestigungen an der deutschen

Westgrenze durch propagandistisch geschickt aufgezo- genen «Bluff», um das Wort zu gebrauchen, mit dem deutsche Generäle selbst die damalige Situation bezeichneten. Der Vergleich mit den Potemkinschen Dörfern liegt nahe. Doch der Bluff funktionierte, und der deutsche Diktator spielte einmal mehr volles Risiko, als er, zum Schrecken seiner Generäle, praktisch ohne nennenswerte Deckung im Westen den Anschluss Österreichs realisierte und die Tschechoslowakei mit Krieg bedrohte. Ja sogar bei seinem Angriff auf Polen, mit dem er den Zweiten Weltkrieg entfesselte, hatte sich die Verteidigungslage an Deutschlands Westgrenze nicht gross geändert. In all diesen Fällen spielte der Hasardeur aus Braunau «va banque», wie er es selbst mit dem Stolz eines Mannes bekannte, der soeben die Bank im Casino von Monte Carlo gesprengt hatte.

General Jodl, später engster militärischer Mitarbeiter des Diktators, ist damals von ähnlichen Befürchtungen heimgesucht worden. Was Hitler damals gewagt habe, meinte er rückblickend, sei der Entscheidung eines Spielers zu vergleichen, «der sein ganzes Vermögen im Roulette auf Rot oder Schwarz setzt». Denn wie jeder militärische Sachverständige wusste, wäre es für die Franzosen ein leichtes gewesen, die einmarschierten Deutschen einfach «hinwegzublasen», wie Jodl sich ausdrückte. Eine französische Division hätte genügt, um die drei über den Rhein vorgerückten deutschen Bataillone wegzuputzen.

### *Rückzug mit «Schimpf und Schande»?*

So dachten also keineswegs nur die von Goebbels verspotteten «Angstmeier» des Auswärtigen Amtes, sondern auch die höchsten militärischen Verantwortlichen wie der Oberbefehlshaber des Heeres von Fritsch und der Generalstabchef Ludwig Beck. Zwar waren sie selbstverständlich mit dem Ziel einer Beseitigung der entmilitarisierten Zone an Deutschlands Westgrenze grundsätzlich einverstanden, doch lehnten sie die Methode ab: Sie dachten – insbesondere Beck – an Verhandlungen, nicht an Vertragsbruch. Im Grunde wusste Hitler es selbst, räumte er doch später ein: «Wären die Franzosen damals ins Rheinland eingerückt, hätten wir uns mit Schimpf und Schande wieder zurückziehen müssen.» Entsprechend lautete auch der Befehl, es in keinem Fall auf eine militärische Auseinandersetzung ankommen zu lassen. (Vgl. dazu u.a. Erich Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 134.)

«Schimpf und Schande» – das war doch wohl das letzte, was sich das NS-Regime hätte leisten können! Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich gerade deutsche Historiker die Frage stellen, ob das noch keineswegs definitiv gefestigte

Regime ein solches Fiasko überlebt hätte. Denn man darf nicht äusser Acht lassen, dass die Propagandamaschinerie des Nationalsozialismus völlig und ausschliesslich auf Erfolgsmeldungen eingestellt war. Zwar hat diese es später, als die Blitzkriege und -siege vorbei waren, doch mit einigem Erfolg zustande gebracht, schwere militärische Rückschläge in planmässige und erfolgreiche Rückzüge umzumünzen. Im März 1936 befand man sich aber noch mitten im Frieden und die disziplinierende Not des Krieges hatte das deutsche Volk noch nicht in ihrem eisernen Griff. Aber selbst wenn das Regime einen solchen Rückschlag überstanden hätte, der unaufhaltsame Aufstieg des Dritten Reiches wäre wohl nachhaltig gestoppt worden. Hitlers Prestige hätte schweren Schaden genommen und nicht dasjenige der westlichen Demokratien, insbesondere Frankreichs. Dieser entscheidende Unterschied hätte dem Gang der Dinge ohne Zweifel eine andere, sicher weniger verhängnisvolle Richtung gegeben.

### *Was deutsche Historiker sagen: Ermutigung zum Krieg*

Auf diesen folgenschweren Zusammenhang hatte schon die erste wissenschaftliche Untersuchung durch den Bonner Historiker Max Braubach im Jahre 1956 hingewiesen. Der Einmarsch ins Rheinland sei der «eigentliche Wendepunkt in der Geschichte Europas zwischen beiden Weltkriegen» gewesen und die letzte Gelegenheit der Westmächte, der deutschen Aggressionspolitik ohne ernste kriegerische Auseinandersetzung Einhalt zu gebieten. Es sei «ein grundlegender und verhängnisvoller Fehler» gewesen, «Schwäche zu zeigen, die durch die beiderseitigen Machtverhältnisse keineswegs bedingt war». Das schwächliche Verhalten der Westmächte, so Braubach weiter, habe für Hitler «eine entscheidende Ermutigung zum Kriege» bedeutet, während sein Regime umgekehrt eine schwere Niederlage vielleicht nicht überlebt hätte. (Max Braubach, Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936, Köln 1956.)

An diesem klaren Urteil hat sich im Verlaufe der Jahrzehnte in der deutschen Geschichtsschreibung nichts geändert, wie ein Blick in die entsprechende Literatur zeigt. Vierzig Jahre nach Braubach schreibt sein späterer Nachfolger auf dem Bonner Lehrstuhl, Klaus Hildebrand, in dem bereits zitierten umfangreichen Werk über «Die deutsche Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler», von einem tiefgehenden Wandel, der sich im März 1936 abgespielt habe. Er beschreibt diesen Wandel folgendermassen:

«Die machtpolitische Aufwertung des Reiches, die mit einem entsprechenden Abstieg der französischen Grossmacht einherging, trieb die sich beschleunig-

nigende Auflösung der europäischen Staatenordnung rapide voran.» Und er fährt fort: «Dass Frankreich, die kontinentale Ordnungsmacht, es einfach hin-nahm, dass sein aussenpolitisches Werk vom Deutschen Reich zerschlagen wurde, und dass Grossbritannien, die traditionelle Hüterin des internationalen Rechts, Hitlers Vertragsbrüche nicht ahndete, sorgte für allgemeine Unruhe und unterminierte im Besonderen den Völkerbund.» (Klaus Hildebrand, Das ver-gangene Reich, Stuttgart 1995, S. 610.)

### *Auch die Schweiz ist betroffen*

Die offensichtliche Gewichtsverschiebung in der machtpolitischen Ordnung Europas war an sich schon schlimm genug. Dass die damalige Weltorganisation der Staaten, die das Prinzip der kollektiven Sicherheit auf ihre Fahnen geschrie-ben hatte, unabsehbaren Schaden nahm, das betraf nun keineswegs nur die un-mittelbar an der Rheinlandkrise beteiligten Staaten, sondern alle Mitglieder des Völkerbundes und insbesondere die kleineren und schwächeren unter ihnen und somit auch die Schweiz. Das betont auch Hildebrand, wenn er den von mir ge-prägten Ausdruck einer «Los-von-Genf-Bewegung» übernimmt, mit welcher die auf ihre Neutralität bedachten mittleren und kleineren Staaten Westeuropas «nach und nach deutlich auf Distanz gingen zur Société des Nations und ihren Garanten».

Was die Schweiz anbetrifft, so stellt dieses völlige Versagen der Genfer Liga (und ihrer Vormächte!) einen wichtigen Durchgangspunkt dar auf dem Weg einer allmählichen Distanzierung vom Völkerbund, die schliesslich mit der Rückkehr zur integralen Neutralität endete. Darauf und auf die Reaktion der Schweizer Presse wird noch zurückzukommen sein.

### *Zusammenbruch der Friedensordnung besiegelt*

Doch sehen wir uns noch die Urteile einiger weiterer massgeblicher deutscher Autoren etwas näher an; zunächst die Meinung des wohl führenden Historikers für Zeitgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland: Karl-Dietrich Bracher, Verfasser mehrerer Standardwerke zur Geschichte des Nationalsozialismus. In seinem Beitrag «Zusammenbruch des Versailler Systems und Zweiter Welt-krieg» in der von Golo Mann herausgegebenen Propyläen-Weltgeschichte stellt er zunächst das sträfliche Versagen der westlichen Demokratien fest: das «Ge-setz des Handelns» habe eindeutig bei Frankreich gelegen, «wollte es nicht end-gültig seinen Legalitätsstandpunkt, ja, das gesamte Gefüge des Versailler Sy-stems aufgeben». Doch wiederum habe sich die französische Regierung «dem

Zwang zur Verantwortung» entzogen. Noch weniger habe England an irgend-eine Aktion gedacht, und so sei es bei einer Verurteilung des Coups geblieben. Derart habe das Dritte Reich in einer Situation, «die alle Gefahren für seine im Aufbau befindliche Rüstungspolitik in sich barg», ein weiteres Stück «auf dem kürzesten Weg ... zur europäischen Hegemonie zurückgelegt». Und dann kommt der entscheidende Satz:

«Die meisten Beurteiler stimmen darin überein, dass hier die letzte sichere Chance, dem Vormarsch Hitlers endgültig Halt zu bieten, ungenutzt vorüber-ging.»

Beim kurz darauf erfolgenden Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges sei schon deutlich geworden, «dass Hitlers Erfolg vom 7. März 1936 ein Epochen-datum der Zwischenkriegszeit gesetzt hat». Der Zusammenbruch der Frieden-sordnung von 1918/19 sei damit besiegelt worden, auch wenn die Fassade noch drei Jahre lang aufrechterhalten worden sei. Der Rheinlanderfolg, so Bracher schliesslich, habe «einen neuen umfassenden Krieg, wenn nicht unausweich-lich, so doch bei der Natur der Hitlerschen Pläne wahrscheinlich gemacht – man könnte sagen, er hat seine Verhinderung verhindert». (Weltgeschichte Band IX, S. 415/16, Lizenzausgabe Prismaverlag Gütersloh 1980.)

### *«England ist schwach»*

Hermann Graml, langjähriger Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München, bezeichnet die ungesühnte Verletzung des Locarnoertrags durch Hitler als entscheidende Station auf dem Weg zur praktischen Verwirklichung seines Eroberungsprogramms. Die unerwartete Schwäche der Westmächte habe den Diktator zu der letztlich irrigen Annahme verleitet, seine östlichen Expansionspläne auch ohne deren Zustimmung realisieren zu können, und trug so wesentlich zu seinem Kriegsentschluss bei. Wie Goebbels seinem Tagebuch anvertraute, habe Hitler damals konstatiert: «England ist schwach, keine Welt-macht mehr. Schlappe Führung. Man weiss also in Zukunft, was davon zu hal-ten ist.» (Hermann Graml in: 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg, a.a.O., S. 251 ff.)

Dass diese abschätzig Beurteilung für ein England unter Winston Chur-chills Führung nicht gelten würde, darüber waren sich die Machthaber in Berlin durchaus einig. Grund genug, den unbequemen Warner durch die gleichge-schaltete NS-Propaganda mit einem unaufhörlichen Trommelfeuer als «Kriegs-hetzer Nr. 1» zu verunglimpfen und als einziges Hindernis eines friedlichen Zu-



sammengehens der beiden Staaten zu bezeichnen. Was das Schlimmste dabei ist: diese Hetzpropaganda verfehlte ihre Wirkung auf das englische Publikum keineswegs – im Gegenteil: in der von pazifistischen Illusionen eingelullten öffentlichen Meinung galt wohl für manche nicht Hitler, sondern Churchill als die grössere Gefahr für den Frieden!

### *Der Fluch der bösen Tat*

Hermann Graml brandmarkt auch die teils schwächliche und teils schwankende Politik der westlichen Demokratien gegenüber den Aggressionen Japans ab 1931 im Fernen Osten und Italiens in Afrika 1935/36. Als sogenannte «Vormächte» des Völkerbundes trugen England und Frankreich die Hauptverantwortung für das Versagen der kollektiven Sicherheit. «Die Konsequenzen dieses Versagens waren fatal», stellt Graml fest. Sowohl Hitler wie Mussolini nutzten die offensichtliche Schwächung der Genfer Liga wie des ganzen Systems von Versailles postwendend aus. Zwei dieser fatalen Konsequenzen stellten sich denn auch alsbald ein:

1. Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und die Aufkündigung der Mitarbeit an der in Genf tagenden internationalen Abrüstungskonferenz bereits im Herbst 1933. Japan hatte schon im Frühjahr desselben Jahres der Genfer Liga als erste Grossmacht den Rücken gekehrt. Hitler hätte wohl kaum riskiert, nur wenige Monate nach seinem Machtantritt derart schwerwiegende aussenpolitische Schritte zu tun, wenn er nicht überzeugt gewesen wäre, dass auch ihm nichts passieren werde. Vor dem Völkerbund hatte der Diktator schon jetzt jeglichen Respekt verloren. Andererseits hielt er damals immerhin militärische Reaktionen seitens Frankreichs und seines Verbündeten Polen nicht für ausgeschlossen. Er ordnete denn auch entsprechende militärische Sicherheitsmassnahmen an. Doch nichts geschah. Das Risiko hatte sich ausgezahlt. Hitler wird die Erfahrung nicht vergessen: dass man eben etwas riskieren muss, um etwas zu bekommen.
2. Mussolinis Entschluss, demnächst das Kaiserreich Äthiopien anzugreifen, das immerhin auch Mitglied des Völkerbundes war – notabene das einzige in Schwarzafrika –, um seinen Traum eines neuen römischen Imperiums in die Tat umzusetzen. Auch der «Duce» hätte diesen Schritt kaum gewagt, wenn durch den Verlauf der mandschurischen Krise nicht der Beweis erbracht worden wäre, dass es immer noch möglich war, trotz Völkerbund und kollektiver Sicherheit erfolgreich auf Eroberungen auszugehen.

Der Abessinienkonflikt wiederum ermutigte Hitler zu seinem Vorstoss in das vertraglich entmilitarisierte Rheinland. Es ist bezeichnend für diesen Zusammenhang, was der Propagandaminister Goebbels im August 1935 in sein Tagebuch schrieb:

«Nun wird Krieg in Abessinien unvermeidlich sein. Der Führer ist glücklich.» Und einige Wochen später: «Nur ordentlich streiten. Unterdess streifen wir die Ketten ab.» Hitlers Kalkül ging zwar insofern nicht ganz auf, als der von ihm erwartete Mittelmeerkonflikt Italiens mit den Westmächten nicht ausbrach; es blieb bei (lahmen) Sanktionen. Doch auch das genügte, um am Rheinland zum Erfolg zu kommen.

Graml kommt zum selben Ergebnis wie ich selbst schon vor Jahren oder gar Jahrzehnten in meinem Buch über die «Entfesselung des Zweiten Weltkrieges». Dort schrieb ich über die dargelegten Zusammenhänge:

«Man sieht, wie Hitler recht eigentlich im Schatten der Weltpolitik operieren konnte, bis er sich dann stark genügt fühlte, selbst Weltpolitik zu machen.» (Letzte Auflage, Düsseldorf 1984, S. 29.)

Man fühlt sich veranlasst, Friedrich Schillers berühmtes Wort zu zitieren:

«Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend immer Böses muss gebären.»

### *«Letzte Chance leichtfertig vertan»*

Als letzter deutscher Autor sei noch Guido Knopp zitiert, Chef der Abteilung für Zeitgeschichte am ZDF, der viel beachtete Fernsehsendungen über die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg produziert hat (an einigen habe ich als wissenschaftlicher Experte mitgewirkt). Er schreibt in seinem zum Bestseller gewordenen Buch über Hitler zur Einschätzung der Rheinlandaffäre:

«Im März 1936 hatten Briten und Franzosen ihre letzte Chance, ohne kriegsrische Folgen dem Diktator Einhalt zu gebieten. Vielleicht wäre es sogar möglich gewesen, Hitlers Diktatur zu stürzen. Diese Chance wurde leichtfertig vertan.»

### *Entscheidende Zäsur*

Während der Arbeit an der vorliegenden Publikation ist noch der erste Band einer grossen Hitler-Biografie von einem englischen Historiker erschienen. Auch dieser Autor lässt keinen Zweifel daran, dass der Erfolg der Rheinlandbesetzung eine entscheidende Zäsur nicht nur in der Politik der Zwischenkriegszeit darstellt, sondern, was mindestens so wichtig ist, auch in der Persönlich-

keitsentwicklung des deutschen Diktators. Er betont das totale Versagen der westlichen Demokratien, die hier eine einzigartige Gelegenheit verpasst haben, Hitler eine entscheidende Niederlage beizubringen, die er möglicherweise politisch gar nicht überstanden hätte.

Der Autor bestätigt unsere bisherigen Forschungsergebnisse, wenn er insbesondere das klägliche Versagen der französischen Armeeführung hervorhebt, die eine militärische Auseinandersetzung «von vornherein» ausgeschlossen habe. «In Wirklichkeit hätte eine französische Division genügt, um Hitlers waghalsiges Abenteuer zu beenden.»

Stattdessen wurde die Aktion für den deutschen Diktator «ein unschätzbare Triumph». Und was sich für die Zukunft besonders verhängnisvoll auswirken sollte: «Ab da glaubte er mehr als je zuvor an die eigene Unfehlbarkeit.» Er betrachtete sich ungeniert als von der Vorsehung Auserwählter. Nur eine Woche nach gelungener Tat, am 14. März 1936, sagte er auf einer Massenveranstaltung in München: «Ich gehe mit traumwandlerischer Sicherheit den Weg, den mich die Vorsehung gehen heisst.» Er sah sich und das deutsche Volk «durch eine messianisch anmutende mystische Fügung miteinander verbunden».

Mit «traumwandlerischer Sicherheit» auf den Weg in den Krieg, das ist das Ergebnis des Erfolges von 1936, den man so leicht hätte verhindern können. (Ian Kershaw, Hitler 1889-1936, Stuttgart 1998, S. 731 ff.)

### *Das Versagen des Westens im Lichte der französischen Geschichtsschreibung*

Wenn wir jetzt auf die andere Seite der damaligen «Front» hinüberwechseln und die französischen Historiker konsultieren, dann zeigt sich bald, dass der Rhein auch in der Geschichtsschreibung längst keine Grenzscheide mehr darstellt. Im Gegenteil: die Übereinstimmung zwischen deutschen und französischen Historikern in der Beurteilung der Rheinlandkrise und ihrer Folgen könnte kaum grösser sein – höchstens dass die Franzosen mit der damaligen Führung ihres Landes, sowohl der politischen wie der militärischen, noch schärfer ins Gericht gehen.

Auch hier soll der schon oft zitierte Jean-Baptiste Duroseile das erste Wort haben. Sein bereits erwähntes Standardwerk über die 30er Jahre mit dem bezeichnenden Titel «La Decadence 1932-1939» ist zwar bereits vor 20 Jahren erschienen, doch hat es von seiner wissenschaftlichen Bedeutung nichts eingebüsst. Es ist die grundlegende Darstellung geblieben, auf die sich alle späteren Autoren immer wieder berufen. Neben der erstmaligen Aufarbeitung eines immensen dokumentarischen Materials besticht das Werk Duroseiles auch durch

die magistrale Einordnung der Ereignisse in das Gesamtbild der politischen, sozialen und psychologischen Verfassung Frankreichs in jenen Jahren, als die Entschlüsse gefasst (oder auch nicht gefasst) wurden, die über Krieg und Frieden entscheiden sollten.

Seit 1964 war Duroselle Leiter des renommierten «Institut d'Histoire des Relations internationales contemporaines», das 1935 von Pierre Renouvin an der Sorbonne gegründet worden war. Duroselle wurde 1974 auch Nachfolger seines Lehrers als Präsident der Kommission für die Publikation der Dokumente über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Damit nahm er eine Schlüsselstellung ein in der Erforschung dieser für Frankreich so schmerzlichen und verhängnisvollen Epoche. In Renouvin darf man wohl den Begründer der «Histoire des Relations internationales» als wissenschaftliche Disziplin in Frankreich sehen.

### *Persönliche Reminiszenzen*

Ich selbst begegnete Renouvin, wenn ich hier einmal etwas Persönliches einschreiben darf, als ich noch junger Dozent an der Freien Universität Berlin gewesen bin. Es war 1950 in Paris anlässlich des ersten internationalen Historikerkongresses, der nach dem Zweiten Weltkrieg stattgefunden hat. Ich erwähne dies nicht zuletzt deshalb, weil ich damals vom Präsidenten der deutschen Historikerschaft, Prof. Gerhard Ritter (Freiburg i. B.), ersucht wurde, natürlich ganz inoffiziell, als Verbindungsmann zu den französischen Kollegen zu wirken. Also eine typisch schweizerische Vermittlungsaktion möchte man sagen. Es ging den Deutschen darum, dass ihre nach dem Krieg neu begründete Fachorganisation international wieder voll integriert und anerkannt werden sollte. Denn durch den von Hitler vom Zaun gerissenen Krieg waren auch alle wissenschaftlichen Kontakte zwischen den verfeindeten Nationen unterbrochen worden.

Bei der gewünschten Wiederanknüpfung dieser Kontakte nahmen die Franzosen eine Schlüsselstellung ein, nicht zuletzt weil der Kongress eben in Paris stattfand. Die Deutschen konnten zwar eine Delegation schicken, aber sie waren noch nicht vollberechtigte Mitglieder. Wie gross mein persönlicher Beitrag zur deutsch-französischen Wiederversöhnung auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft gewesen ist, kann man natürlich nicht sagen. Aber jedenfalls sind die Deutschen bald darauf wieder in das Comité International des Sciences Historiques aufgenommen worden. (Vgl dazu: Karl-Dietrich Erdmann, Die Ökumene der Historiker, Göttingen 1987.)

## *Historiker als Opfer des NS-Terrors in Frankreich*

Das Wüten der Gestapo hatte gerade auch unter führenden Historikern Frankreichs seine Opfer gefordert. So wurde Marc Bloch, «genialer Sucher nach neuen Wegen der Geschichtswissenschaft» (Karl-Dietrich Erdmann), als Kämpfer der Résistance auf Grund von Verrat verhaftet, gefoltert und im Juni 1944 erschossen, wobei der berüchtigte Gestapochef von Lyon eine entscheidende Rolle spielte.

Robert Fawtier, ein anderer führender Historiker Frankreichs, der den Kongress von 1950 präsiidierte, ist ein weiteres prominentes Opfer der Gestapo gewesen. 1942 war er als Angehöriger der Resistance verhaftet und zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden. Zuletzt im berüchtigten Konzentrationslager Mauthausen inhaftiert, hat er den Krieg glücklicherweise überlebt und wurde nach seiner Befreiung Professor an der Sorbonne.

Marc Bloch ist Mitbegründer der Zeitschrift «Annales» gewesen, die noch eine bedeutende Rolle in der Entwicklung der modernen Geschichtswissenschaft spielen sollte. In bereits vorgerücktem Alter (Jahrgang 1886) nahm er als Offizier am kurzen Krieg von 1940 teil. Nach der katastrophalen Niederlage verfasste er eine nicht nur tiefeschürfende, sondern auch unbarmherzige Analyse der Ursachen dieses einzigartigen Versagens, eine Analyse, die wohl als das bedeutendste Zeugnis dieser Art bezeichnet werden darf. Ganz entschieden geht Bloch insbesondere mit den führenden Militärs ins Gericht, deren Unfähigkeit und Inkompetenz er nicht müde wird an den Pranger zu stellen. Aber auch die Regierungen werden von Kritik nicht verschont. Dabei ist es besonders bemerkenswert, dass der linke Bloch auch die Volksfrontregierung davon nicht ausnimmt. Blochs Schrift «L'étrange défaite» ist seit einigen Jahren auch in deutscher Übersetzung zugänglich («Die seltsame Niederlage», S. Fischer Verlag Frankfurt 1992, Taschenbuch 1995.) Wir werden später noch auf diese bedeutende Quelle der Erkenntnis zurückkommen müssen.

## *Deutsch-französische Historikertreffen erarbeiten Richtlinien*

Was nun meine «Vermittlungstätigkeit» anbetrifft, so nahm ich z.B. auch an einem deutsch-französischen Historikertreffen teil, das kurz vor dem erwähnten Kongress in Speyer stattgefunden hat – ich glaube es war 1949 –, wo es darum ging, die beiderseitigen Auffassungen über kontroverse Themen der geschichtlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern einander anzunähern. Das Unternehmen hatte auch einen praktisch-pädagogischen Zweck, nämlich An-

stoss zu geben, um die Schulbücher der beiden Länder von nationalistischen Übertreibungen zu «entschlacken». Im Zentrum der Gespräche haben, als Brennpunkte sozusagen, die beiden Weltkriege und ihre Ursachen gestanden.

Während über die Schuld an der Entstehung des Zweiten Weltkrieges angesichts des unbändigen Kriegswillens des deutschen Diktators kaum stark voneinander abweichende Meinungen bestanden, gab die Frage nach den Ursachen des Ersten Weltkrieges doch einiges zu reden. Schliesslich kamen aber über alle strittigen Punkte gemeinsame Richtlinien zustande, die natürlich keineswegs verbindliche Vorschriften sein konnten und wollten – das hätte dem Grundsatz der wissenschaftlichen Freiheit widersprochen –, sondern mehr als Empfehlungen zu verstehen waren. Aber sie stellten in jedem Fall nützliche Orientierungshilfen sowohl für Wissenschaftler wie insbesondere für Pädagogen dar. Ich jedenfalls habe diese Richtlinien sowohl in meinen Vorlesungen wie in meinen Publikationen stets mit Gewinn berücksichtigt.

Es schien mir nicht abwegig an dieser Stelle diesen kurzen Exkurs zu machen. Denn der Umstand, dass einem jungen Schweizer Historiker solche Aufgaben anvertraut worden sind, gehört eigentlich mit ins Bild über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit, besonders in einem Augenblick, wo es zur Mode geworden ist, darüber vorwiegend Negatives zu sagen und zu schreiben.

### *Frankreichs Prestige zusammengebrochen*

Nun zu den Urteilen einiger französischer Historiker über die Haltung ihres Landes in der Rheinlandkrise. Zunächst Duroselle. Sein Gesamturteil über das Verhalten Frankreichs angesichts der deutschen Provokation am Rhein lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Er schreibt:

«La France n'avait pas perdu seulement une zone tampon, et, à terme, la possibilité de défendre ses alliées de l'Est. Son prestige s'était effondré.» Also nicht nur eine Pufferzone sei verloren gegangen, sondern gleich das ganze Ansehen des Staates. Dutzende von eingehenden Depeschen der französischen diplomatischen Vertreter aus der ganzen Welt seien Beweis genug für das, was er als «décadence brutale» bezeichnet. Besonders entsetzt waren aus naheliegenden Gründen die Verbündeten in Osteuropa, die zu verteidigen Frankreich feierlich versprochen hatte. Der tschechoslowakische Präsident Benesch war entmutigt und fürchtete zum Satelliten des Deutschen Reiches zu werden. Der polnische Aussenminister Beck seinerseits fühlte sich in seinem Vorhaben bestä-

tigt, sich dem Reich weiter anzunähern (wie er es in der Sudetenkrise dann auch tat). Aber auch aus Wien kam die sorgenvolle Anfrage, wer nun den Anschluss verhindern werde.

Es war nicht zu übersehen, dass Frankreich im Begriff war, das Vertrauen seiner Verbündeten zu verspielen. Duroselle nennt dies, nachdem er auch den Marineminister François Piétri zitiert hat, «la pire des conséquences du coup de force hitlérien», also die schlimmste aller Konsequenzen von Hitlers Gewaltstreich. Duroselle will aber nicht einzelne Schuldige aufzählen für das, was er eine «désolante affaire» nennt. Denn es sei das französische Volk selbst gewesen, das unter keinen Umständen eine gewaltsame Aktion wollte. Es sei «le grand responsable». Doch man könne es ihm nicht verdenken, dass es keinen Präventivkrieg gewollt habe, selbst wenn er gerecht gewesen wäre. Dass dies aber auch nicht Duroseiles letztes Wort ist, kann daraus geschlossen werden, dass er den griechischen Minister Nicolas Politis zitiert, der trotz der relativen Kleinheit seines Landes eine nicht unbedeutende Rolle in der Zwischenkriegszeit, vor allem in der Völkerbundspolitik gespielt hat, ähnlich wie andere Vertreter kleinerer Länder, so der Rumäne Gafencu und nicht zu vergessen der schweizerische «Aussenminister» Bundesrat Motta.

### *Frankreich keine Grossmacht mehr?*

Der Grieche habe gesagt, so Duroselle, die Freunde Frankreichs seien besorgt über den Geist, den man in weiten Teilen der Bevölkerung antreffe und den er als «dépression pacifiste» bezeichne. Wenn sich Frankreich hinter der Maginotmauer verschanzen wolle, so wird Politis weiter zitiert, und den Dingen ausserhalb ihren Lauf lassen wolle, dann dürfe ein Volk, das eine solche Politik praktiziere, nicht mehr den Anspruch erheben, eine «grande puissance» zu sein. Wenn Duroselle diesen Worten das Prädikat «jugement lucide» verleiht, dann ist unschwer zu erkennen, wo er selbst steht. Auch aus den Worten des schon zitierten Marineministers spricht zweifellos Duroselle selbst, wenn er sie als «phrase essentielle» bezeichnet, die er unterstreichen möchte. Nachdem in der entscheidenden Kabinettsitzung während zweieinhalb Stunden ohne jegliches Ergebnis diskutiert worden sei: über das Fehlen einer «force d'intervention», über die Theorien de Gaulles, die von Gamelin abgelehnt wurden, über eine Seeblockade, habe Piétri gesagt:

«Certains esprits s'obstinent à ne pas voir que, vis-à-vis d'un pays fort, le seul moyen de coercition, c'est la guerre.» Das einzige Zwangsmittel gegen einen starken Gegner sei der Krieg. Ohne Zweifel die einzige der damaligen Lage angemessene Beurteilung. Bleibt nur hinzuzufügen, dass es, wie wir wissen, gar

nicht zu einem Krieg gekommen wäre. Das ist übrigens keineswegs eine Erkenntnis «post festum». Man hätte es durchaus schon damals wissen können, wenn man die Informationen, die von jenseits des Rheines ein trafen, ernst genommen und richtig interpretiert hätte, statt sie nach den Bedürfnissen der Innenpolitik zurecht zu biegen.

### *Weise Worte aus dem Vatikan*

Wie der französische Botschafter beim Heiligen Stuhl berichtete, habe Papst Pius XI. angesichts des Dramas um das Rheinland zu ihm gesagt:

«Si vous aviez tout de suite fait avancer 200'000 hommes dans la zone réoccupée par les Allemands, vous auriez rendu un immense service à tout le monde.»

Frankreich hat es leider verpasst, diesen immensen Dienst an der Allgemeinheit zu leisten und die Deutschen wieder zu vertreiben – sehr zum Schaden der ganzen Welt und zuallererst Frankreichs selbst. Eine Frage drängt sich auf: Warum war diese weise Einsicht von Rom nicht auch in Paris (und London!) vorhanden? Wenn dem so gewesen wäre, dann hätte die Weltgeschichte einen andern Lauf genommen, und Hitlers Krieg wäre uns erspart geblieben. Darin sind sich praktisch alle Historiker einig, die sich eingehender mit dieser Problematik befasst haben. Aber auch hellseherische Zeitgenossen haben schon damals erkannt, dass dieser Weg des Zurückweichens vor der Gewalt letztlich in einen Krieg führen werde – nicht nur Winston Churchill und sein Häuflein der Aufrechten. Es gab sie durchaus auch in Frankreich, auch in der Regierung wie z.B. der genannte François Piétri oder Georges Mandel, aber sie vermochten sich nicht durchzusetzen mit ihrer harten Linie. Wie erwähnt und wie noch zu zeigen sein wird, gab es sie auch in der Schweiz, ja vor allem in der Schweiz, jene, die Hitler misstrauten und die Beschwichtigungspolitik daher für falsch, ja verhängnisvoll gehalten haben. Und sie hielten mit ihrer Meinung nicht zurück. Darüber wird noch zu berichten sein.

### *Westliches Versagen ebnet den Weg in den Zweiten Weltkrieg*

Wir wollen uns nun die Beurteilung der Lage durch einen ausgesprochenen Spezialisten der deutschen Geschichte unter den französischen Historikern etwas näher ansehen. Es handelt sich um Jacques Bariéty, ebenfalls Professor an der Sorbonne und zeitweise Berater des Aussenministeriums in historischen Angelegenheiten. Auch er stellt fest, dass man auf Seiten Frankreichs keine effektive



Gegenmassnahme gegen das provokative Vorgehen Deutschlands vorbereitet hatte. Dabei hätte Frankreich nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht gehabt, etwas zu unternehmen. Denn das Land habe durch die Unterzeichnung der Verträge von Locarno auch «des engagements à l'égard de la collectivité internationale» eingegangen. Der Historiker kommt also ebenfalls zum Befund, dass Frankreich der internationalen Gemeinschaft gegenüber Verpflichtungen übernommen hatte, die es zu erfüllen galt. Man hätte, meint Bariéty, ohne Weiteres handeln können, umso mehr als mehrere andere Staaten ihre Hilfeleistung zugesagt hatten. So z.B. die Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien. In welchem Ausmass die versprochene Hilfeleistung zum Tragen gekommen wäre, darüber zu spekulieren ist umso müssiger, als sie nach Lage der Dinge gar nicht notwendig gewesen wäre, da sich die Deutschen im Falle einer militärischen Gegenaktion bekanntlich sofort zurückziehen beabsichtigten. Einen richtigen Krieg gegen eine gegnerische Allianz zu riskieren, das wäre selbst für Hitlers Risikofreudigkeit zu viel gewesen. Wie dem auch sei: Frankreich stand jedenfalls keineswegs allein da, aber es glaubte nichts ohne britisches Hilfsversprechen unternehmen zu können. Doch London, meint unser Autor, habe seine Appeasement Policy nicht gefährden wollen.

### *Die Konsequenzen des westlichen Versagens*

Das Versagen der westlichen Demokratien, so Professor Bariéty, habe vier Konsequenzen gehabt:

erstens habe das Gelingen des Pokers – Bariéty gebraucht diesen Ausdruck – Hitler selbst und seine Generäle und das ganze deutsche Volk davon überzeugt, dass seine Intuitionen und Entscheidungen «genial» seien;

zweitens sei der Diktator darin bestätigt worden, dass er auf dem eingeschlagenen Weg der Keckheit («audace»), der Illegalität und des fait accompli durch Gewalt weiter gehen könne, indem er die zutiefst pazifistische Stimmung der öffentlichen Meinung in Frankreich (und auch England) ausnutzte, ohne eine ausländische Reaktion befürchten zu müssen;

drittens habe Hitlers Erfolg dazu geführt, dass man in gewissen Hauptstädten sich Gedanken zu machen begann über die Gefahren einer «amitié française» – im Klartext bedeutet dies, dass die Verbündeten Frankreichs verunsichert waren;

viertens schliesslich habe die Remilitarisierung des Rheinlandes die strategischen Gegebenheiten in Europa grundlegend verwandelt: das «glacis», das die entmilitarisierte Zone dargestellt habe, um Frankreich Zeit zu geben zu mo-

bilisieren, dieser Trumpf sei verschwunden. Dafür habe Hitler nun in aller Ruhe seine Aufrüstung vorantreiben können, um die nächste Phase seines Expansionsprogramms vorzubereiten, nämlich Richtung Süden, d.h. Österreich und Tschechoslowakei.

Bariéty's scharfsinnige Analyse der Vorgänge und Konsequenzen der Rheinlandkrise gipfelt in folgenden Worten:

Die Initiative Hitlers vom 7. März 1936 und das Ausbleiben jeglicher französischer Reaktion hat das diplomatische und geostrategische Bauwerk zum Einsturz gebracht, mit welchem man in den 20er Jahren versucht hat, den Frieden in Europa zu sichern. Damit sind die materiellen und psychologischen Bedingungen geschaffen worden, die den Zweiten Weltkrieg möglich gemacht haben («elles ont créé les conditions matérielles et psychologiques qui ont rendu possible la seconde guerre mondiale»).

Q. e. d.: «Quod erat demonstrandum» möchte man ausrufen. Denn diese Schlussfolgerung des französischen Historikers entspricht voll und ganz der These, die wir in diesem Buch vertreten und – so hoffe ich – auch beweisen werden – soweit Beweise in diesem Bereich überhaupt möglich sind. (Raymond Poidevin, Jacques Bariéty, Les relations franco-allemandes 1815-1975, Paris 1977, chapitre 18.)

### *«Le phénomène nazi»: totales Unverständnis in Frankreich*

Auch Bariéty stellt das verhängnisvolle Versagen seines Landes in den allgemeinen Zusammenhang der parteipolitischen, psychologischen und sozialen Verfassung Frankreichs, die das Land regelrecht gelähmt und damit jegliche entschiedene Aktion nach aussen verhindert habe. Was das Verhalten gegenüber Deutschland anbetreffe, so ergebe eine Analyse der Presse und der Äusserungen von führenden politischen Persönlichkeiten, dass ein totales Unverständnis gegenüber dem Phänomen des Nationalsozialismus geherrscht habe («une incompréhension totale du phénomène nazi»). Man habe das radikal neue und «revolutionäre» Element, das es in sich trug, vollkommen verkannt.

Dies führte zu dauernden Missverständnissen, Fehlinterpretationen und illusionären Erwartungen. So glaubte selbst noch ein Mann wie Léon Blum, der im Juni 1936 Chef des ersten Kabinetts des «front populaire» – einer Art von linkem Kartell – wurde, an die Möglichkeit einer Verständigung mit (Hitler)deutschland, und er sprach unverdrossen davon, dass der Kampf für eine «entente franco-allemande» weitergeführt werden müsse. Für ihn hat allzulange der französische Militarismus die grosse Gefahr in Europa dargestellt, nicht etwa der deutsche! Das sollte sich noch grausam rächen. Man reibt sich die Au-

gen und glaubt nicht richtig gelesen zu haben, wenn man in Blums aussenpolitischer Erklärung vor dem Senat im Juni 1936 anlässlich seines Regierungsantritts die Worte findet:

«A diverses reprises le chancelier Hitler a proclamé sa volonté d'accord avec la France. Nous n'entendons pas douter de sa parole d'ancien combattant qui, pendant quatre ans, a connu la misère des tranchées.»

### *Selbst Blum vertraut dem «alten Frontkämpfer» Hitler*

Also nicht zweifeln will der Präsident dieser französischen Linksregierung am Wort des «ehemaligen Frontkämpfers» Hitler, der während vier Jahren die Misere der Schützengräben erlebt habe. So sprach Blum etwas mehr als drei Monate nachdem dieser «Frontkämpfer», auf dessen Wort man sich verlassen könne, durch einen völkerrechtswidrigen Akt den Vertrag von Locarno zerrissen hatte. (Bariéty, p. 297)

Aber Blum und seine Genossen haben eben im faschistischen Italien und seinem Duce den ideologischen Widersacher Nr. 1 gesehen und nicht in Hitler, wohl nicht zuletzt auch dies eine Folge des totalen Missverständnisses des Nationalsozialismus. Dabei hatte es wahrlich nicht an praktischem Anschauungsunterricht durch die Nazipartei gefehlt. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Verfolgung und Zerschlagung der deutschen Sozialdemokratie, die gerade bei einem Blum in so hohem Ansehen gestanden hatte – ganz abgesehen von dem hässlichen Antisemitismus, der doch gerade einen Franzosen jüdischen Glaubens besonders hätte erschüttern müssen. Der idealistische und letztlich auch illusionistische Pazifismus liess den französischen Regierungschef über Vorgänge hinwegsehen, die man längst offen hätte beim Namen nennen sollen. Man kommt nicht umhin, die zweifellos betrübliche Feststellung machen zu müssen, dass Blum damit der in Frankreich ohnehin grassierenden Verharmlosung Hitlerdeutschlands auch noch selbst Vorschub geleistet hat. Wie sollte der Mann auf der Strasse, so muss man sich fragen, die wirkliche Gefahr erkennen, die von Hitler ausging, wenn ein führender Sozialist so sprach?

Nachdem das grosse Unglück eingetreten war, das er mitverschuldet hatte, meinte Blum, es wäre wohl besser gewesen, rechtzeitig mit Gewalt gegen Hitler vorzugehen. Aber diese Einsicht kam leider zu spät wie beim Oberkommandierenden General Gamelin, dem – militärisch gesehen – wohl Hauptschuldigen an der Katastrophe, der rückblickend meinte, man habe 1936 wohl die letzte Chance verpasst, Hitler ohne grossen Krieg zu erledigen.

## *Blum erkennt Notwendigkeit militärischer «Nachrüstung»*

Zwar ist auch Blum nicht darum herumgekommen, als er Regierungsverantwortung übernahm, zum mindesten gewisse Abstriche an seinen Überzeugungen aus der Zeit der Opposition zu machen. Dabei ging es um wichtige Herzensanliegen des überzeugten Sozialisten, Pazifisten und Antimilitaristen. In einer parlamentarischen Debatte vom 15. März 1935 hatte er noch erklärt, «que le danger hitlérien doit trouver sa parade dans le désarmement». Der Kommunistenchef Thorez seinerseits entwickelte seine Theorie des «défaitisme révolutionnaire». Einen Tag später verkündete Hitler seinen Beschluss der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht! Es war die bisher schwerste Verletzung der Bedingungen des Vertrages von Versailles. Allerdings waren die genannten Exponenten der französischen Linken selbst entschiedene Gegner dieses Vertrages, da sie darin den Versuch einer Unterdrückung der Arbeiterschaft in Deutschland gesehen haben. Bis ins Frühjahr 1935 stimmten Sozialisten und Kommunisten konsequent gegen alle Militärkredite, auch noch einen Tag vor dem erwähnten schwerwiegenden Vertragsbruch des deutschen Diktators.

Jetzt als Regierungschef widersetzte Blum sich nicht mehr einer Verschärfung des Tempos der Aufrüstung – «Nachrüstung» ist man versucht durch Anwendung eines viel später entstandenen Begriffs zu sagen. Es handelte sich tatsächlich um das Aufholen eines besorgniserregenden Rückstandes, in den man gegenüber Deutschland und auch Italien in den zurückliegenden Jahren geraten war, besonders in der Luftrüstung. «La période 1930-1936 est une période d'affaiblissement de l'armée française» stellt der französische Militärgeschichtler Maurice Vaisse, Professor an der Universität von Reims, fest.

Wir zitieren hier aus einem Vortrag, den Vaisse auf einem internationalen Symposium gehalten hat, das unter dem Titel «Der Weg in den Zweiten Weltkrieg (1938/39)» anlässlich meines Abgangs von der Universität Bern vom 23. bis 25. Juni 1988 durchgeführt worden ist. Wir werden uns in der Folge noch mehrmals auf das uns vorliegende Manuskript dieses führenden französischen Militärgeschichtlers beziehen. Auch Jacques Bariéty (Paris-Sorbonne), dessen Forschungen für die Abfassung dieses Buches ausserordentlich wichtig sind, hat, neben ausgewiesenen Spezialisten aus den andern betroffenen Ländern, an dem Symposium teilgenommen.

### *Daladiers Rüstungsprogramme kommen zu spät*

Nun wurde im September 1936 ein imposantes Rüstungsprogramm bewilligt, das innerhalb eines Vierjahresplans verwirklicht werden sollte, d.h. bis Ende 1940. Der eigentliche Promotor dieser respektablen Anstrengung war Blums Verteidigungsminister Edouard Daladier. Eine weitere Phase der Aufrüstung wurde 1938 beschlossen, nachdem Daladier selbst Ministerpräsident geworden war. Dabei sollte nun der Luftrüstung Priorität zukommen, wo der Rückstand besonders alarmierend war. Diese besorgniserregende Tatsache hat übrigens nachweislich eine erhebliche Rolle gespielt beim Canossagang nach München. Hätte dieses Luftrüstungsprogramm verwirklicht werden können, dann wäre Frankreich wieder «une grande puissance aérienne» geworden – im Jahre 1941! Da war aber der Krieg längst vorbei, in dem Frankreich eine katastrophale Niederlage erleiden sollte. Es entbehrt nicht der Tragik, aber der Rückstand aus der antimilitaristischen Phase konnte eben in der zur Verfügung stehenden kurzen Frist nicht mehr wettgemacht werden.

### *«Pazifistische Grundströmung»*

Als Hauptgründe für die Vernachlässigung der militärischen Abwehrbereitschaft in der ersten Hälfte der 30er Jahre gibt Maurice Vaisse an: «difficultés financières et économiques», «instabilité politique» und «développement du pacifisme». Ein Pazifismus, der sich nur allzu oft in einem scharfen Antimilitarismus äussert und leider oft auch in Defaitismus umschlägt, z.B. mit dem Motto «Lieber Besetzung durch Hitler als Krieg gegen Hitler». Im Dezember 1933 war eine Broschüre erschienen unter dem Titel «Für den Frieden auch angesichts Hitlers». Darin stand der Satz: «So schmerzhaft eine ausländische Besetzung auch sein kann, sie wäre doch als ein geringeres Unheil anzusehen als der Krieg.»

Diese Variante von «absolutem Pazifismus» hat eine ganz besondere Wirkung auf Intellektuelle ausgeübt, vor allem auf Lehrer und Studenten: von Volksschullehrern bis zu den Absolventen der Ecole normale supérieure, der Kadenschmiede der staatlichen Administration. Zahlreiche dieser «Normaliens» weigerten sich, Offiziere zu werden, und nahmen in provozierender Weise an antimilitaristischen Kundgebungen teil. Wie der Historiker René Girault feststellt, hätten sich viele dieser ehemaligen Pazifisten nach dem Zusammenbruch ihrer Illusionen zu «gefährlichen politischen Optionen» veranlasst gesehen, «die sie nach der Niederlage von 1940 in die Kollaboration mit den deutschen

Nazis oder in die Unterstützung der Politik des Vichyregimes führten». (René Girault, *Der Kriegseintritt einer uneinigen Nation*, in: Helmut Altrichter / Josef Becker: *Kriegsausbruch 1939*, München 1989, S. 104 ff.)

### *Rolle der Lehrgewerkschaft*

Eine besonders gefährliche Brutstätte dieses defaitistischen Pazifismus stellte die nationale Lehrgewerkschaft dar, das «Syndicat national des Instituteurs» – gefährlich dank seiner Breitenwirkung in den Schulen des Landes. Dies wird einhellig von französischen Historikern unterstrichen, die sich mit den Gründen für die katastrophale Niederlage von 1940 auseinandersetzen. Das Syndicat der Lehrer hielt selbst dann noch am «pacifisme à tout prix» (Bariéty) fest, als die Kommunisten diese Linie, wenigstens in der Theorie, längst aufgegeben hatten. René Girault kommentiert die damalige Grundstimmung mit dem Satz:

«Wie aber konnte man sich auf einen Krieg vorbereiten, wenn man in seinem Innersten davon überzeugt war, dass alles, sogar die Knechtschaft, besser war als der Krieg?»

Auch Marc Bloch, obschon wie erwähnt selbst ein überzeugter Linker mit marxistischer Vergangenheit, kritisiert die «internationalistische und pazifistische Ideologie», wie er es nennt. Was deren Anhänger vertraten, so Bloch, habe auch nicht entfernt zu tun gehabt «mit einer wahren Kenntnis der Welt». Dadurch hätten sie ihre Jünger, «die ihnen ziemlich blauäugig vertrauten, grüblich in die Irre geführt». Wenn sie behaupteten, der französische Kapitalismus verfare hart mit seinen Knechten, hätten sie damit gewiss nicht unrecht gehabt. (Hier kommt der ehemalige Marxist zum Vorschein.) Doch dann kommt der Satz: «Nur vergassen sie, dass der Sieg der autoritären Regimes unweigerlich zur fast völligen Versklavung unserer Arbeiter führen musste.» Er habe sie flüstern gehört, dass die Nazis letztlich gar nicht so böse wären, wie sie dargestellt würden. Wenn man ihnen Tür und Tor öffne, so erspare man sich bestimmt mehr Leiden, als wenn man sich der Invasion gewaltsam widersetze. Und dann stellt Bloch die Frage – es ist die Zeit unmittelbar nach der Niederlage Frankreichs: «Was mögen wohl diese Biedermänner in der besetzten Zone, die unterdrückt und ausgehungert ist, heute denken?» (Die seltsame Niederlage, S. 195 ff.)

Wie der amerikanische Historiker Gordon A. Craig berichtet, gab es diesen illusionären Pazifismus auch in England. So erwähnt er eine Rede, die der bekannte Philosoph und Mathematiker Bertrand Russell auf einem Treffen von

Pazifisten gehalten habe. Es war im Jahre 1937. Die Deutschen sollten, habe Russell verkündet, «im Fall einer Invasion Englands wie Touristen willkommen geheissen und freundlich behandelt werden». Denn die Schäden würden all das, was Pazifisten je anrichten könnten, weit übertreffen, wenn man Widerstand leiste. Wörtlich habe Russell gesagt: «Ich glaube, dass sich die Nazis für unseren Lebensstil interessieren würden, das würde ihnen die Zackigkeit schon nehmen.»

(Gordon A. Craig in: 100 Jahre Hitler, Spiegel Spezial, Hamburg 1989, S. 77)

### *Blums Dilemma: «tragische Ironie»*

Seine Zustimmung zu dem vor allem von seinem Verteidigungsminister Edouard Daladier verlangten «réarmement» bedeutete indessen keineswegs, wie wir gesehen haben, dass Blum seine Bemühungen um eine Verständigung mit Hitlerdeutschland aufgegeben hätte. Da verharrte er weiterhin in seinen Illusionen. Auch seine grundsätzliche Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik erfuhr keine Änderung. Am 14. Juli 1936, am Nationalfeiertag – Blum war einen Monat im Amt –, nahm er an einer grossen Kundgebung des Front populaire teil. Er sass auf einer Tribüne, die geschmückt war mit den Slogans «Pour le désarmement», «A bas la guerre», «Vive la paix». Der bereits erwähnte Militärhistoriker Vaisse kommentiert:

«La France ne réarme pas pour faire la guerre, mais pour sauver la paix.»

Noch im März 1938, als er zum zweiten Mal Ministerpräsident wurde, schrieb Blum in der Einleitung zu seinem Regierungsprogramm, die vorgeschlagenen (militärischen) Massnahmen seien von der Notwendigkeit diktiert, die Verteidigung des Landes zu sichern. Doch wie schwer ihm diese (späte) Erkenntnis gefallen sein muss, zeigt der Satz:

«Es ist allerdings eine tragische Ironie, dass eine dem Frieden und dem Fortschritt so vollkommen ergebene Nation gezwungen ist, mit allen Mitteln eine enorme militärische Einsatzbereitschaft aufzubauen.» So gross die späte Anstrengung auch gewesen sein mag, dass sie nicht genügte, sollte der bald eintretende Ernstfall erweisen.

### *Wasser auf Hitlers Mühlen*

Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, dass diese fast hysterisch zu nennende Beschwörung des Friedens jenseits des Rheins sehr aufmerksam verfolgt wurde. Die verantwortlichen Generäle der deutschen Wehrmacht hiel-

ten zwar trotz all dieser pazifistischen Emotionen an ihrer Beurteilung der Stärke und Kampfkraft der französischen Armee fest. Sie beurteilten die Lage offensichtlich aus rein militärischer Sicht. Ganz anders Hitler. Wenn es um Massenphänomene ging, da war der Autor von «Mein Kampf» zweifellos Spezialist.

Er erkannte, dass solche «pazifistische Grundstimmung» geeignet war, den Widerstandsgeist und den Kampfeswillen einer Nation entscheidend zu beeinträchtigen, ja zu lähmen. Dementsprechend kam er zu einer wesentlich anderen Beurteilung als seine Generäle. Dieser Gegensatz führte durch die ganzen Jahre hindurch, bis in den Winter 1939/40 hinein, zu dauernden Auseinandersetzungen. Während Hitler nach dem erfolgreichen Abschluss des Krieges gegen Polen ohne Verzug im Westen angreifen wollte, gelang es den führenden Militärs, mit immer neuen Ausreden den Angriff immer wieder hinauszuschieben. Dass der unerwartet überwältigende militärische Erfolg von 1940 dem «Führer» in ebenso unerwartetem Ausmass Recht gegeben hat, ist von weitreichender und nachhaltiger Wirkung gewesen für das Verhältnis von Hitler und seinen Generälen. Deren Skepsis war in vollem Umfang Lügen gestraft. Hitlers «geniale Intuition» erstrahlte in umso hellerem Licht. Hatten führende Armeekommandeure während der Sudetenkrise im Fall einer Aggression Hitlers noch putschen wollen, so war davon für lange Jahre nun nicht mehr die Rede.

### *Deutschland fördert den französischen Pazifismus ...*

Deutscherseits begnügte man sich übrigens nicht damit, die pazifistischen Tendenzen im Nachbarland einfach zur Kenntnis zu nehmen. Man tat im Gegenteil alles, um sie zu fördern und zu schüren. Organisationen, die sich für den Frieden und insbesondere für deutsch-französische Freundschaft einsetzten, wurden finanziell unterstützt. Gemeinsame deutsch-französische Treffen und Begegnungen von Jugendlichen, Studenten, Lehrern, Künstlern, Herrenreitern etc. wurden organisiert und gefördert. Auf diesem Gebiet war: die «Dienststelle Ribbentrop» mit ihrem Mitarbeiter Otto Abetz besonders aktiv. (Abetz wurde nach der französischen Niederlage deutscher Botschafter im besetzten Paris.) «Diese geschickte gemachte Propaganda verführte ehrliche, patriotisch gesinnte Menschen dazu zu meinen, dass Deutschland weniger gefährlich sei als man dachte» (Maurice Vaisse).

Besonderer Aufmerksamkeit durch die NS-Propaganda erfreuten sich die Verbände der ehemaligen Kriegsteilnehmer – Union nationale des Combattants, Union française des anciens Combattants –, die zu den einflussreichsten pazifi-



stischen Organisationen Frankreichs gehörten. Nachdem Kriegsveteranen sogar von Hitler höchstpersönlich empfangen wurden, bekräftigten sie ihren Pazifismus mit umso grösserer Inbrunst. Hier fühlte sich Hitler in seinem Element: wenn er selbst als ehemaliger Frontkämpfer in Erscheinung treten konnte. Emotionaler Höhepunkt dieser verlogenen Schaustellung war die Begegnung Hitlers mit dem kriegsblinden Pariser Deputierten Georges Scapini im März 1935 in Godesberg. Wie geschickt der deutsche Diktator das gemeinsame Fronterlebnis immer wieder als «Beweis» für seine friedliche Zielsetzung selbst auf der obersten Regierungsebene einzusetzen wusste, zeigt sich gerade am Beispiel französischer Staatsmänner von Blum bis Daladier.

### *... und unterwandert französische Zeitungen*

Erwiesen ist darüberhinaus, dass französische Zeitungen und andere Erzeugnisse der Publizistik durch finanzielle Zuschüsse von deutschen Stellen unterstützt und entsprechend beeinflusst worden sind, übrigens auch von italienischer Seite. So erhielt z.B. «La Presse» deutsche Subventionen in den Jahren 1934/35, während die Zeitung «Notre Temps» ab 1936 durch die deutsche Botschaft dadurch subventioniert wurde, dass diese 4'000 Jahresabonnemente übernahm. Um die deutschen Subventionen zu kaschieren, wurden chemische und pharmazeutische Unternehmen veranlasst, in den unterstützten Zeitungen Annoncen zu exorbitanten Preisen erscheinen zu lassen. Der Presseattaché blieb im Hinter- oder wenn man will, im Untergrund. Kurz vor Kriegsbeginn mussten führende Angestellte des «Temps» und des «Figaro» verhaftet werden. (Duroseile, S. 204)

Maurice Vaisse schreibt in seinem wohldokumentierten Aufsatz «Der Pazifismus und die Sicherheit Frankreichs 1930-1939» (Viertelsjahrhefte für Zeitgeschichte. 1985, S. 59-616), auf diese Weise sei es der NS-Propaganda geglückt, «sich in etlichen Bereichen der französischen Gesellschaft lieb Kind zu machen. Indem sie sich geschickt auf das Umfeld des Pazifismus stützt, erreicht sie eine psychologische Neutralisierung; sie schläfert die Wachsamkeit der Franzosen ein und schwächt ihren Handlungswillen.»

Dass der Pazifismus «ohne jeden Zweifel» der Sicherheit Frankreichs geschadet hat, steht für Vaisse und nicht nur für ihn fest, sondern auch für Duroseile, Bariéty, Bloch, Girault, um nur einige der bedeutendsten Historiker zu nennen, die sich ausgiebig mit diesem Thema befasst haben.

## *Pazifismus anderswo ja, in Deutschland nein*

Die Wachsamkeit einschläfern und den Handlungs- bzw. Widerstandswillen schwächen – dieses Ziel hat die deutsche Friedenspropaganda in Frankreich zweifellos erreicht, und nicht nur in Frankreich. Alle möglichen Gegner oder Opfer eines zukünftigen Krieges wurden in dieser Weise planmässig bearbeitet. Gleichzeitig war jegliche pazifistische oder gar antimilitaristische Aktivität in Deutschland selbst untersagt und unter schwere Strafe gestellt. Pazifisten standen mit den Kommunisten zu oberst auf den Verhaftungslisten, welche die Nazis im Hinblick auf den Reichstagsbrand hatten anfertigen lassen. (Vgl. dazu die Dokumentation «Der Reichstagsbrand», herausgegeben von W. Hofer, E. Calic, Ch. Graf, E Zipfel Band I und II, Berlin 1972/ 78. Ergänzte Neuauflage von A. Bahar, Freiburg i. B. 1992.)

Der bekannteste unter den Verhafteten war der ehemalige Chefredakteur der «Weltbühne», der Publizist Carl von Ossietzky. Als Insasse eines Konzentrationslagers erhielt er 1935 den Friedensnobelpreis – übrigens eine der wenigen Gesten, mit denen angesichts der gewalttätigen Machenschaften der braunen Horden von einer international anerkannten Organisation ein unübersehbares Zeichen gesetzt worden ist. Der furchtbar erboste Diktator benutzte die Gelegenheit, um Reichsdeutschen die Annahme von Nobelpreisen überhaupt zu verbieten.

Auch gegen pazifistische Strömungen in Literatur und Film ging die neue Regierung rigoros vor. Bücher pazifistischer Tendenz wurden auf dem berüchtigten Autodafe vom Mai 1933 unter persönlicher Leitung von Goebbels «feierlich» den Flammen übergeben, darunter der bekannteste Antikriegsroman Deutschlands «Im Westen nichts Neues» von Erich Maria Remarque. Der gleichnamige Film war übrigens schon in der Endzeit der Republik verboten worden, was ein bezeichnendes Licht wirft auf die schon damals herrschende Atmosphäre der Intoleranz und nationalistischen Aggressivität.

A propos Film. Während der deutsche angeblich der Völkerversöhnung dienende Streifen «Patrioten» auf der Weltausstellung in Paris 1937 mit einer goldenen Medaille ausgezeichnet wurde, ist der französische Film «La grande illusion» von Jean Renoir mit Jean Gabin gleichzeitig in Deutschland (und übrigens auch in Italien) verboten worden. Die Gleichzeitigkeit dieser Vorkommnisse ist bezeichnend für die damalige Situation. Die freiheitlichdemokratische gesellschaftliche und politische Kultur ist im propagandistischen Bereich dem totalitären Regime völlig unterlegen. (Vgl. dazu: Ernest Prodollet, Der NS-Film in der Schweiz, Zürich 1999.)

## Die grandiose Fehldiagnose der Komintern

Die Kommunistische Internationale (Komintern), die unter Stalin ab etwa 1928 zum willenslosen Werkzeug der sowjetischen Politik geworden war, trägt eine grosse Verantwortung an dieser Fehleinschätzung des Nationalsozialismus. So verkündete die Komintern «urbi et orbi», der Faschismus sei nur eine neue Abart bürgerlicher Herrschaft, daher bestünde zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur kein «prinzipieller Unterschied». Die Faschisten galten als blosser Werkzeuge und «Handlanger» der, wie es formelhaft hiess, «am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals». Man verkündete, dass der Faschismus bzw. Nationalsozialismus die «letzte Karte» der Bourgeoisie darstelle. Eine «Machtergreifung» durch die Banden Hitlers werde den Untergang des kapitalistischen Systems und damit den Durchbruch der bolschewistischen Revolution beschleunigen.

Besonders verhängnisvoll war die weitere These, dass die Sozialdemokraten in Deutschland «Hauptfeind der Arbeiterklasse» seien, da sie die bürgerliche Weimarer Republik unterstützten und somit die Arbeiterbewegung spalteten. Der Kampf der Kommunisten müsse sich in erster Linie gegen die Sozialdemokraten richten, die sogar konsequent als «Sozialfaschisten» verunglimpft wurden. Diese geradezu irrsinnige Fehlanalyse der Situation führte zu einer völlig falschen Einschätzung des Wesens und der eigentlichen Ziele von Hitler und seiner Partei. Hitler als Vorbereiter der roten Revolution! Ein Musterbeispiel an weltfremder und verquerer leninistischer Dialektik – mit den schlimmsten Folgen für die europäische Geschichte, nicht zuletzt auch für das Ursprungsland des Leninismus selbst.

Es liegt auf der Hand, dass bei einer solchen Einstellung eine gemeinsame Front zur Rettung der Weimarer Republik gegen den zur Macht drängenden Nationalsozialismus nicht zustande kommen konnte. Im Gegenteil:

Rechts- und Linksextremisten haben in schöner Eintracht die Institutionen der Weimarer Republik lahmgelegt und ihren Untergang unvermeidlich gemacht. Die Kommunisten waren genau so unversöhnliche Feinde der demokratischen Republik wie die Nazis. Die Kommunisten erlagen einer verhängnisvollen Täuschung, wenn sie glaubten, Hitler werde ihnen den Weg zur Macht bereiten. Es sollte nicht die letzte Fehlbeurteilung des «wissenschaftlichen» Sozialismus sein.

«Es gab einen kommunistischen Beitrag zum Erfolg des Nationalsozialismus und damit zur deutschen Katastrophe ... Die Kommunisten waren nicht nur ‚Opfer des Faschismus‘, sondern zuvor Mittäter bei der Zerstörung der Demokra-

tie, die es gegen die extreme Rechte zu verteidigen gegolten hätte». (Heinrich August Winkler in «Die Zeit» vom 1. Juli 1999.)

### *Die französischen Kommunisten im Fahrwasser Moskaus*

Die beschriebene unselige Politik ist konsequent auch von den französischen Kommunisten mitgemacht worden. Zwei Wochen vor Hitlers Machtantritt hatte Maurice Thorez, der Chef der KPF, an einem Meeting in Berlin teilgenommen. In seiner Rede sagte er Dinge, die auch von einem Nazi hätten stammen können.

Der wahre Feind, dozierte er seinen deutschen Zuhörern, sei die französische Bourgeoisie, die mittels des verhassten Vertrages von Versailles das deutsche Volk zermalmen (écraser) wolle, um die Hegemonie in Europa zu errichten. Er sprach weiter von der Verstümmelung Deutschlands durch willkürliche Grenzen, so wie zum Beispiel der «unmögliche Korridor» (gemeint ist natürlich der polnische Korridor mit der Freien Stadt Danzig). Der Franzose sprach sich also unge-  
niert für eine Revision der Grenzen zu Polen aus, dessen Verbündeter sein eigenes Land war. Schliesslich kam er auch noch auf das «ungerechte Verdikt des Artikels 231» zu sprechen, mit dem man Deutschland die Alleinschuld am Krieg habe zuschieben wollen. Der französische Kommunistenführer als Befürworter der Forderungen des extremen deutschen Nationalismus!

Doch damit noch nicht genug. Sogar noch zwei Wochen nachdem Hitler schon an der Macht war, stiess ein anderer kommunistischer Führer ins gleiche Horn. Jacques Duclos schrieb am 14. Februar 1933 in das Parteiblatt «L'Humanité», die deutschen Arbeiter sollten wissen, dass ihre französischen Brüder keineswegs wollten, dass sie durch den französischen Imperialismus ausgebeutet würden. Auch Duclos ritt eine scharfe Attacke gegen den Vertrag von Versailles, der das deutsche Volk ersticken wolle und der im täglichen gemeinsamen Kampf weggefegt werden müsse.

Wie konnte man erwarten, dass die französischen Kommunisten sich bei einer solchen Einstellung für eine Aufrechterhaltung der Friedensordnung von 1919, notfalls gar militärisch, einsetzen würden? Gegner des Völkerbundes waren sie ebenfalls, da sie die Genfer Liga getreu nach dem Vorbild Moskaus als ein «Bollwerk des Imperialismus» ansahen, das gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet sei. Diese wiederum waren nach der geltenden Doktrin identisch mit den Interessen des «Vaterlandes aller Werktätigen», der Sowjetunion.

## «Kosmetische» Korrekturen

Der VII. und letzte «Weltkongress» der Komintern, der im Sommer 1935 in Moskau stattfand (wo sonst?), sah sich immerhin veranlasst, an dem skizzierten Vexierbild einige Retouchen vorzunehmen. Denn auch in Moskau konnte man nicht mehr übersehen, dass das Hitler-Regime keine «vorübergehende Erscheinung» war, sondern sich auf Dauer einzurichten begonnen hatte. Stalin, der längst zum Alleinherrscher in der Sowjetunion aufgestiegen war und die Komintern zu einem willenslosen Werkzeug seiner Politik gemacht hatte, befahl eine entsprechende Kurskorrektur.

Sie bestand darin, jetzt anzuerkennen, dass die Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und terroristischer faschistischer Diktatur unterschätzt worden seien. Es wurde jetzt zur «Herstellung der breitesten Einheitsfront» aller antifaschistischen Kräfte aufgerufen, wie es in der vom Kongress erlassenen Resolution heisst. Da in diese Einheitsfront ausdrücklich auch die «sozialdemokratischen und reformistischen Organisationen» einbezogen werden sollten, musste man sich wohl oder übel von der Diffamierung der Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten» distanzieren. (Die Verantwortlichen für diesen Faux-pas, die das seinerzeit natürlich auf Geheiss des allmächtigen «Genossen Stalin» veranlasst hatten, wurden nach üblichem Ritual in die Wüste geschickt.)

Der Aufruf zur Einheitsfront wurde in Form der Volksfront in Frankreich (Front populaire) und in Spanien (Frente popular) befolgt, allerdings beiderorts mit zweifelhaftem Erfolg. In Frankreich nahmen die Kommunisten nicht an der Volksfrontregierung teil, versprachen aber sie zu unterstützen. In Spanien führte sie zum Ausbruch des Bürgerkrieges bereits im Juli 1936. Das Experiment der Volksfront wurde zum Fiasko, weil es zu spät und nur halbherzig angegangen wurde.

Der Aufruf zur Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus ist aber nur die eine Seite. Es ist oft übersehen worden, dass der Kongress eine Doppelmision hatte. Sicher war Moskau angesichts der erhöhten Gefahr von Seiten des Dritten Reiches daran interessiert, die europäischen Demokratien zu stabilisieren, wobei Frankreich und die Tschechoslowakei im Vordergrund stehen, die ja durch vertragliche Abmachungen mit der Sowjetunion verbunden waren. Diesem Ziel sollte das Rezept der Volksfront dienen. Aber es gibt eben auch eine andere Seite, und es ist eigentlich erstaunlich, mit welcher Offenheit diese zum Ausdruck kommt.

Zwar beginnt der Teil IV der Resolution mit dem Satz: «Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale weist mit aller Entschiedenheit die

verleumderische Behauptung zurück, dass die Kommunisten den Krieg wollen, weil sie von ihm die Revolution erwarten.» Die führende Teilnahme der Kommunisten aller Länder am Kampf für die Erhaltung des Friedens, heisst es dann weiter, «für den Triumph der Friedenspolitik der Sowjetunion», beweise, dass die Kommunisten mit allen Kräften bestrebt seien, «die Vorbereitung und Entfesselung eines neuen Krieges zu erschweren». Doch die Kommunisten bekämpften ebenso energisch die Illusion, «als ob Kriege abgeschafft werden könnten, solange noch die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht ...» Wenn trotzdem ein neuer imperialistischer Krieg ausbrechen sollte, dann würden die Kommunisten bestrebt sein – und jetzt wird die Katze aus dem Sack gelassen – «die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die faschistischen Kriegstreiber, gegen die Bourgeoisie, für den Sturz des Kapitalismus herbeizuführen».

### *Weltrevolution bleibt oberstes Ziel*

«Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen allgemeinen Bürgerkrieg», aus dem dann wie der Phönix aus der Asche die Diktatur des Proletariats hervorgehen sollte – das ist reinsten Leninismus. Es ist die Formel, die Lenin für den Ersten Weltkrieg verwendet hat. Der VII. Weltkongress beruft sich ausdrücklich auf diese seinerzeit «zum Beschluss erhobene These».

Doch nun genug des bolschewistischen Parteichinesisch. Im Klartext: das weltrevolutionäre Ziel des Sturzes der «kapitalistischen Gesellschaftsordnung» bleibt durchaus bestehen. Unter diesem Begriff aber verschwinden die Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur wieder, die gerade vorher betont worden waren. Wahrhaftig ein Lehrstück marxistisch-leninistischer Dialektik oder – etwas weniger vornehm ausgedrückt – Rabulistik.

Der britische Botschafter in Moskau durchschaute das Manöver sofort. Noch vor Ende des Kongresses telegafierte er nach London:

«No doubt it is not a change of heart which has taken place, but a change of tactics, and no doubt would revolution remain as ever the ultimate end of Comintern policy ...» Also keine strategische Wende, sondern lediglich ein Wechsel der Taktik. Doch gleichzeitig gibt der britische Diplomat seiner Überzeugung Ausdruck, dass diese neue Taktik gefährlicher sei und mehr Erfolg verspreche als der alte direkte Aufruf zur Revolution. Er hoffe nur, dass die demokratischen Staaten fähig sein würden, sich dieser neuen Taktik anzupassen. Selbstverständlich war seine Exzellenz Mr. Chilston nicht der einzige Beobach-

ter, dem dies aufgefallen ist. Vielmehr ist die diplomatische Korrespondenz der Zeit reich an ähnlichen Auslassungen.

Die Feststellung des genannten britischen Diplomaten, wonach die Politik der Komintern auch weiterhin ein beunruhigendes Phänomen für die Demokratien sein werde, lässt aufhorchen. Denn man könnte meinen oder möchte glauben, dass es sich doch eigentlich um eine «antifaschistische» Politik hätte handeln müssen und nicht um eine «antidemokratische». Ein Blick in die Geschichte dieser seltsamen Organisation, die so gar nicht in das Bild des herkömmlichen internationalen Systems passt, kann uns vielleicht weiterhelfen. Schon jetzt aber sei grundsätzlich festgestellt, dass die Komintern in der Zwischenkriegszeit eine äusserst unheilvolle Rolle gespielt hat, wenn man die Geschichte von einem antitotalitären demokratischen Standpunkt aus beurteilt.

### *Komintern Werkzeug der sowjetischen Politik*

Die Komintern wurde zu einem Zeitpunkt gegründet, Frühjahr 1919, als Lenin und seine Genossen fest davon überzeugt waren, dass die Weltrevolution unmittelbar bevorstehe. Die Machtergreifung durch die Bolschewiki in Russland lag kaum anderthalb Jahre zurück. Nun war es nie die Absicht Lenins und seiner Leute gewesen, sich mit der Errichtung eines kommunistischen Systems in Russland zu begnügen. Dies sollte vielmehr nur die Initialzündung für die Weltrevolution sein. Kam sie nicht, dann wäre die ganze Übung ohne Sinn gewesen, ergo musste sie kommen, nach geschichtlichem Gesetz sozusagen. Die Komintern sollte das Instrument werden, um dieses Ziel so rasch wie möglich zu erreichen. Sie erhielt denn auch die Aufgabe, «der Herrschaft des Kapitalismus in der ganzen Welt ein Ende zu bereiten». Alle auf Lenins Dogma eingeschworenen Parteien der ganzen Welt sollten ihr angehören. Auf ihrem zweiten Kongress von 1920 nahmen immerhin kommunistische Parteien aus 37 Ländern teil. Auf diesem Kongress wurden auch die «21 Bedingungen» angenommen, die zu einer Art Katechismus für alle Mitglieder wurden. Der Katalog der Bedingungen lief auf eine straffe Unterordnung aller angeschlossenen Parteien unter das Diktat der Kominternzentrale hinaus, die ihren Sitz in Moskau hatte. Auch schon vor Stalins totaler Gleichschaltung wurde die Organisation stark von der russischen KP dominiert.

Die neue bolschewistische Regierung in Russland hatte demnach zunächst überhaupt nicht die Absicht gehabt, sich in das bestehende internationale Staatensystem einzuordnen. Sie wollte es ja zerstören und an seiner Stelle eine welt-

umspannende Föderation von Sowjetrepubliken errichten. Dementsprechend betrieb sie zunächst auch keine Aussenpolitik im herkömmlichen Sinne. Leo Trotzky, der pro forma als erster das «Aussenministerium» übernahm, soll denn auch gesagt haben, er werde einige Proklamationen an die Proletarier der ganzen Welt erlassen und dann «die Bude schliessen». Es kam aber alles anders, als die angeblich wissenschaftlich wohlfundierte Theorie es vorausgesagt hatte.

### *Die erhoffte Weltrevolution kam nicht*

Die kommunistischen Aktivitäten sorgten zwar in ganz Europa für Unruhe, indem sie die schwierigen Verhältnisse am Ende des Ersten Weltkrieges geschickt ausnutzten. Auch die Schweiz blieb davon bekanntlich nicht verschont. Doch die hochgeschraubten Erwartungen der revolutionären Drahtzieher in Moskau erfüllten sich nicht. Zu keiner Zeit waren die Massen in den kapitalistischen Ländern derart revolutionär gestimmt, dass die Errichtung einer «Diktatur des Proletariats» nach russischem Vorbild hätte Erfolg haben können, auch wenn es einige Male durchaus danach ausgesehen hat.

Da die erwartete Ausbreitung der proletarischen Revolution sich also nicht einstellte, sah sich das bolschewistische Regime schon bald gezwungen, sich eben doch in die bestehende Staatenwelt einzuordnen und normale diplomatische Beziehungen mit andern Ländern aufzunehmen. Da die immer stärker von Moskau abhängige Komintern bestehen blieb, ergab sich nun das Phänomen einer «Doppelbödigkeit» der sowjetischen Aussenpolitik: der Sowjetstaat einerseits Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft, andererseits Kern und Befehlszentrale einer internationalen Organisation, welche die Zerstörung der Grundlagen eben dieses Systems zum Ziele hat. Dadurch wurden die Beziehungen der Sowjetunion mit andern Staaten immer wieder beeinträchtigt und gestört, gelegentlich bis zum erneuten Abbruch der diplomatischen Kontakte. (Vgl. dazu: Jürg Wegmüller, *Das Experiment der Volksfront. Untersuchungen zur Taktik der Kommunistischen Internationale der Jahre 1934 bis 1938*. Bern 1972. Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine Dissertation, die seinerzeit an der Universität Bern unter meiner Leitung entstanden ist.)



### *Komintern arbeitet Hitler in die Hände*

Auch wenn die Politik der Komintern somit ihr selbst gestecktes Ziel nie auch nur annähernd erreicht hat, war ihr Einfluss auf den Gang der internationalen Entwicklung eben doch nicht zu unterschätzen. Und dieser Einfluss ist, wie bereits erwähnt, durchaus negativ gewesen. Insbesondere unter Stalin hat die ausschliesslich auf die (angeblichen) Interessen des sowjetischen Staates ausgerichtete Kominternpolitik den Widerstand gegen den «Faschismus» (womit ja nach deren Verständnis immer auch und sogar vorwiegend der Nationalsozialismus gemeint war) nicht gestärkt, sondern enorm geschwächt. Stalin hat Hitler in die Hände gearbeitet lange bevor es zu dem berühmten Pakt vom August 1939 kam. Das Schlimmste ist wohl gewesen, dass die Komintern mit ihrer, fast möchte man sagen, «fahrlässigen» Revolutionsphraseologie der NS-Propaganda immer wieder die notwendige Munition geliefert hat, um die Sowjetunion als den eigentlichen Gefahrenherd für den Frieden in Europa und Deutschland als einziges zuverlässiges Bollwerk gegen diese Gefahr anzupreisen. Den Höhepunkt dieser propagandistisch äusserst geschickt aufgezogenen Kampagne Berlins bildete der Abschluss eines «Antikominternpaktes» im November 1936, von dem gleich noch die Rede sein soll.

### *Neuorientierung der sowjetischen Aussenpolitik*

Als sich die Dinge nach der Errichtung der NS-Diktatur nicht nach den Voraussagen der Kominternstrategen entwickelten, sah sich Stalin ab 1934 gezwungen, die Aussenpolitik der Sowjetunion einer gründlichen Revision zu unterziehen. Die Sowjetunion war zudem durch die japanische Aggression und Expansion im Fernen Osten nicht zu Unrecht äusserst beunruhigt. Eine Zweifrontenbedrohung zeichnete sich am Horizont ab. Nach dem Scheitern des vor allem von Frankreich forcierten Versuches, das NS-Regime in einem kollektiven Ostpakt einzubinden und zu neutralisieren, trat die Sowjetunion im September 1934 dem Völkerbund bei – jener Organisation, die bislang konsequent, meistens unter Verwendung wenig diplomatischer Ausdrücke, schlecht gemacht worden war. In dieser Hinsicht hatte sich schon Lenin besonders hervorgetan. So bezeichnete er die Mitglieder des Völkerbundes mal als «tolle Hunde», mal als «kapitalistische Räuber». Stalin führte diese Tradition fort und nannte die Genfer Liga eine «Organisation zur Bemäntelung von Kriegsvorbereitungen» oder schlicht «imperialistische Verschwörung». Die Sowjetunion nahm als Gross-

macht auch gleich den ein Jahr zuvor von Deutschland verlassenen ständigen Sitz im Völkerbundsrat ein.

### *Die Schweiz stellt sich quer*

Selbstverständlich waren diese Schimpfkanonaden aus Moskau Richtung Genf nicht vergessen. Trotzdem setzten sich die Regierungen Frankreichs und Englands (und sogar Italiens) nachhaltig für eine Aufnahme der Sowjetunion ein. Sie setzten sogar die kleine Schweiz unter Druck, die beabsichtigte, gegen die Aufnahme zu stimmen. Der Leiter der schweizerischen Aussenpolitik, Bundesrat Motta, war ein vehementer Gegner der Sowjetunion und des Kommunismus. Letztlich waren moralische Gründe für seine ablehnende Haltung entscheidend. Doch es darf angenommen werden, dass er damit die Meinung einer überwältigenden Mehrheit des Schweizer Volkes zum Ausdruck brachte. Ins Gewicht fiel auch der Umstand, dass zwischen der Schweiz und Sowjetrußland seit der bolschewistischen Revolution keine diplomatischen Beziehungen mehr bestanden. Andererseits setzte sich Motta selbst in Gegensatz zu seiner immer wieder entschieden vertretenen Auffassung von der Notwendigkeit der Universalität des Völkerbundes. Doch im Falle des bolschewistischen Russlands schien dieser Grundsatz nicht mehr zu gelten. Auch der Umstand, dass sich der Sitz des Bundes in Genf befand, passte nicht so recht zu dieser negativen Haltung.

### *Misstrauen und Skepsis im Westen*

Dass die ausgerechnet vom Aussenminister der neutralen Schweiz zum Ausdruck gebrachten Bedenken auch anderswo geteilt wurden, darf füglich angenommen werden. Das plötzliche Engagement Moskaus für die Völkerbundsidee stiess allenthalben auf Skepsis und Vorbehalte. Denn der Verdacht lag nahe, dass es Moskau nicht so sehr um den allgemeinen Frieden in Europa ging als um die eigene Sicherheit. Wie dem auch sei, der sowjetische Aussenminister Litwinow wurde jedenfalls rasch zum glühendsten Verfechter kollektiver Sicherheit und zum unermüdlichsten Warner vor der «faschistischen» Gefahr. Damit geriet er aber bald einmal in einen scharfen Gegensatz zum britischen Konzept des Appeasement.

Diesem ersten Schritt einer Annäherung an die westlichen Demokratien folgten dann die Beistandspakte mit Frankreich und der Tschechoslowakei im Frühjahr 1935. Schliesslich nach dem erwähnten VII. Weltkongress der Komintern kam es zur Volksfrontpolitik 1936/37. Doch all diese Schritte in Richtung auf ei-

ne engere Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien vermochten das angehäufte – und fleissig weiter genährte – Misstrauen nicht zu beseitigen. Es gilt zu bedenken, dass die praktisch vollständige Abhängigkeit der kommunistischen Parteien von Moskau einer ständigen Einmischung der sowjetischen Politik in die inneren Verhältnisse der betroffenen Länder gleichgekommen ist. Von bürgerlicher Seite wurden die Kommunisten denn auch als Ableger sowjetischer Politik im eigenen Land oder schlicht als «fünfte Kolonnen» angesehen und entsprechend behandelt. Das trug ganz entscheidend zur Vergiftung des innenpolitischen Klimas in den betroffenen Ländern bei. Unter dieser wenig komfortablen Situation litt vor allem die französische Politik. Denn in Frankreich gab es damals die weitaus stärkste KP ausserhalb der Sowjetunion selbst. Die ehemals ebenfalls mächtige deutsche KP war durch Hitler zerschlagen worden wie die italienische schon ‘ 10 Jahre früher durch Mussolini. Diejenige Englands war dagegen unbedeutend, was nicht heisst, dass sie gelegentlich nicht auch Schwierigkeiten bereiten konnte. Eine besonders verhängnisvolle Konsequenz der undurchsichtigen Politik Moskaus lag übrigens darin, dass sie als eine besonders plausible Begründung für die britische Appeasementpolitik gegenüber Deutschland dienen konnte. (Dabei darf nicht übersehen werden, dass die wirtschaftlichen Argumente für einen Ausgleich mit Deutschland viel stärker ins Gewicht fielen.) Die Voraussetzungen für die anvisierte Volksfrontpolitik jedenfalls waren nur in Frankreich einigermaßen gegeben – und in Spanien mit den bekannten verhängnisvollen Konsequenzen.

### *Frankreichs Politik im Sog des spanischen Bürgerkrieges*

Die erwähnte unkomfortable Lage Frankreichs verschärfte sich nach dem Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges im Juli 1936. Obschon die Regierung Blum aus ideologischen Gründen eigentlich die spanische Republik hätte unterstützen müssen – was von den Kommunisten auch unablässig gefordert wurde –, hat sie diesen sozusagen in der Logik der Volksfront liegenden Schritt nie gewagt. Die innenpolitischen Folgen wären unabsehbar gewesen; denn die ideologischen Gegensätze, die zum Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien geführt haben, übertrugen sich in starkem Ausmasse auf die französische Politik. Eine einseitige Stellungnahme gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg oder gar eine aktive Einmischung hätte für Frankreich durchaus ähnliche Konsequenzen haben können.

Als Ausweg blieb schliesslich nur die Flucht in eine Politik der Nichtintervention, für die Frankreich auch alle andern Staaten zu gewinnen versuchte, um

eine gewisse internationale Legitimation für diese zurückhaltende Politik zu bekommen. Der Versuch gelang zwar – zum mindesten theoretisch. Denn was sich in diesem Nichteinmischungsausschuss, dem schliesslich 26 Staaten angehörten, abgespielt hat, kann nur als üble Farce bezeichnet werden. Die bereits im Gange befindliche Einmischung Deutschlands und Italiens ging nämlich munter weiter, obschon die beiden Staaten dem Ausschuss beigetreten sind, vor dem sie jeweils eben diese Einmischung ableugneten. Später tat es ihnen die Sowjetunion gleich. Die internationalen diplomatischen Gepflogenheiten waren zweifelsohne auf einem Tiefpunkt angelangt. Trotzdem war es nur ein Vorgeschmack für all das, was noch auf Europa zukommen sollte.

Da der spanische Bürgerkrieg durch die Intervention der erwähnten Mächte immer mehr die Form einer Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Bolschewismus annahm, stand Frankreich vor der wenig erfreulichen Alternative, ob ihm jenseits der Pyrenäen allenfalls ein (pro)faschistisches oder ein (pro)-kommunistisches Regime weniger unangenehm sein würde. Dass darüber die Meinungen in Frankreich selbst weit auseinandergingen und hart aufeinanderprallten, leuchtet ein. Die menschenverachtenden und völkerrechtswidrigen Aktivitäten, die von beiden Seiten begangen wurden, versprachen so oder so nichts Gutes. Dem rücksichtslosen Einsatz militärischer Mittel auf deutscher Seite – Bombardierung von Guernica! – entsprach auf der andern Seite der Terror, mit dem sowjetische Funktionäre «Säuberungen» unter jenen veranstalteten, die zur Verteidigung der Republik gekommen waren, aber den stalinistischen Vorstellungen von «Rechtgläubigkeit» nicht entsprachen.

### *Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg*

Der spanische Bürgerkrieg ist ein wichtiges Durchgangsstadium zum Zweiten Weltkrieg geworden, obschon die Fronten dann dank dem Pakt zwischen Hitler und Stalin von 1939 wenigstens zu Beginn anders verlaufen sind als in Spanien. Doch hat das Engagement der beiden «faschistischen» Staaten zur definitiven Konsolidierung dessen geführt, was Mussolini die Achse Rom – Berlin nannte. Im Herbst 1936 hat er diese offiziell proklamiert. Damit war das «Renversement des alliances» perfekt: an die Stelle der ehemaligen Siegerkoalition England – Frankreich – Italien ist die deutschitalienische Interessengemeinschaft getreten. Das war die international folgenschwerste Wirkung des spanischen Dramas. Denn die neue Konstellation hat es Hitler erlaubt, seine Hand nach Österreich

und der Tschechoslowakei auszustrecken. Dass die Gegenwehr der westlichen Demokratien nach dem Abfall Italiens noch schwächer ausgefallen ist als zuvor, war eine weitere unheilvolle Konsequenz, die den Weg in den Krieg beschleunigte.

Doch damit nicht genug. Der (angebliche oder tatsächliche) Versuch Moskaus, «in Spanien eine Sowjetrepublik zu errichten», wurde von deutscher Seite als Begründung angeführt für den Abschluss eines Paktes, der sich gegen die Komintern richten sollte. Am 25. November 1936 wurde er in Berlin unterzeichnet. Zum Erstaunen der ganzen Welt war der Vertragspartner aber Japan, die fernöstliche Grossmacht, und nicht der Achsenpartner Italien, der erst ein Jahr später beigetreten ist. Das wichtigste Element an diesem Vertrag ist nicht sein Inhalt, sondern der Umstand, dass damit erstmals eine engere Verbindung zwischen Hitlerdeutschland und dem imperialistischen Japan zustande gekommen ist, also den beiden Grossmächten, die «1933 den Völkerbund verlassen hatten. Zwar handelte es sich nicht um ein Bündnis. Sein Hauptzweck war lediglich, die «notwendigen Abwehrmassnahmen» gegen die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zu koordinieren. Es ging also mehr um «ideologische Kriegführung», wie man es heute nennen würde, als um konkrete politische oder gar militärische Abmachungen. Immerhin wurde in einem geheimen Zusatz die Interessengemeinschaft zwischen der Sowjetunion und der Komintern festgestellt, was zweifellos der Realität entsprach.

Auch wenn die machtpolitische Bedeutung dieses Paktes nicht überschätzt werden sollte, so führt von hier aus doch eine direkte Linie zu dem Dreimächtepakt zwischen den Achsenmächten und Japan, der 1940 abgeschlossen wurde. Dieser richtete sich gegen die damals noch neutralen USA und führte ein Jahr später zum Überfall Japans auf Pearl Harbor, womit der pazifische Krieg Tatsache werden sollte. Die weitreichenden und weltweiten internationalen Auswirkungen des spanischen Bürgerkrieges treten hier besonders eindrücklich zutage.

### *Zwiesichtige Sowjetunion*

Das Programm vom «Aufbau des Sozialismus in einem Lande», mit dem Stalin seine Herrschaft antrat und ausbaute, hat darüber hinweggetäuscht, dass sich Lenins Nachfolger nur scheinbar von dessen weltrevolutionärem Konzept distanziert oder es gar ganz aufgegeben hat. Davon kann keine Rede sein. Es ist nur vorübergehend in den Hintergrund getreten, doch nie verlassen worden. Die erwähnte permanente Doppelbödigkeit der Sowjetpolitik hat z.B. einen Mann wie den langjährigen Aussenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann,

einmal zu dem Seufzer veranlasst, es sei schon schwierig, mit Moskau vernünftige Politik zu machen, wenn es einerseits einen russischen Staat gebe, der normale oder gar freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland wolle, und andererseits eine kommunistische Bewegung, die Deutschland gleichzeitig zu untermünieren versuche.

Der mangelnde Erfolg der «neuen Politik» Moskaus lag nicht zuletzt darin begründet, dass auch der VII. Weltkongress am Ziel der proletarischen Revolution bzw. der Errichtung einer Diktatur des Proletariats nach sowjetischem Vorbild festgehalten hat. Also einerseits Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus und andererseits Aufruf zur Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung durch die rote Revolution. Das ist der Hauptwiderspruch, der natürlich entsprechendes Misstrauen in die wahren Ziele dieser Politik zur Folge hatte. Aber auch sonst strotzt die Kominternresolution aus dem Jahre 1935 von widersprüchlichen Aussagen bzw. Anweisungen. So werden die kommunistischen Parteien aufgerufen, den Kampf zu führen gegen die von den kapitalistischen Regierungen durchgeführten «Militarisierungsmassnahmen». Das nennt man dann «Verteidigung der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit des ganzen Volkes». Und das ganze Elaborat steht zudem noch unter dem obersten Gebot der «Verteidigung der Sowjetunion».

### *Klassenkämpferische Militärpolitik der französischen Kommunisten*

Dementsprechend zwiespältig gebärdete sich auch die Militärpolitik der französischen Kommunisten. Selbstverständlich befolgten sie den Befehl des allmächtigen Meisters in Moskau. Stalin hatte nämlich anlässlich des Abschlusses seines Beistandspakts mit Paris im Mai 1935 verlauten lassen, dass er die Massnahmen Frankreichs zur Verstärkung seiner Streitkräfte voll unterstütze. Worauf die französischen Kommunisten als disziplinierte Gefolgsleute unverzüglich ihre antimilitaristischen Kampagnen einstellten. Das bedeutete indessen noch keineswegs, dass sie nun unbesehen die Militärkredite akzeptiert hätten. Als ob sie der Zentrale in Moskau eine Lektion in höherer Dialektik verabreichen wollten, griffen sie tief in die klassenkämpferische Trickkiste: Unterstützung der Verteidigungspolitik ja, aber nicht für eine Armee, die unter der Herrschaft der Reaktion stand. Solange es sich um eine Armee der Bourgeoisie handelte, bestünde keine Gewähr, so argumentierten sie, dass diese auch wirklich gegen den Faschismus eingesetzt werde (und nicht gegen den inneren Klassenfeind). Andererseits wollten sie darüber wachen, dass der Pakt mit der Sowjetunion eingehalten werde. Im Übrigen würden sie nicht auf den Klassenkampf verzichten.

Wenn ein Krieg ausbreche, so würden sie nach dem Wort Stalins handeln, das da lautet:

«Wir schießen immer dorthin, wohin die Rote Armee schießt.»

### *Die verschlungenen Wege der französischen KP*

An diese Devise hielten sich die französischen Kommunisten auch dann, als Stalin im August 1939 plötzlich eine radikale Wendung vornahm und mit dem Erzfeind Hitler gemeinsame Sache machte. Der Krieg, den Hitler gleich darauf entfesselte – nachdem ihm Stalin bewusst «grünes Licht» gegeben hatte – war nun plötzlich kein faschistischer Angriffskrieg mehr und auch kein französischer Verteidigungskampf mehr, sondern ein Krieg zwischen imperialistischen Staaten. An einem solchen aber hatten sich Kommunisten nicht zu beteiligen, im Gegenteil: sie hatten ihn zu sabotieren, was sie dann auch taten. Der Kommunistenführer Maurice Thorez wurde sogar fahnenflüchtig und verschwand Richtung Moskau.

Hitler gelang es also mit seinem Teufelspakt nicht nur, Frankreich auf dem Kontinent militärisch vollends zu isolieren, sondern er rechnete auch genau mit diesem Verhalten der Kommunisten und damit einer weiteren Schwächung von Frankreichs Widerstandswillen. Dass er in Sachen Kommunismus ein Sachverständiger war, wird man dem Führer des Nationalsozialismus nicht absprechen wollen. Selbstverständlich machte es den Kommunisten nichts aus, erneut eine Wendung um 180 Grad vorzunehmen und zur traditionellen Linie des «antifaschistischen» Kampfes zurückzufinden, als Hitler im Juni 1941 nun seinen «Geschäftspartner» Stalin selbst überfiel. Doch auch hier gilt, was über das Verhalten der Kommunisten in der Weimarer Republik gesagt worden ist: sie waren zunächst selbst «Täter» bevor sie «Opfer» wurden.

### *Der französisch-sowjetische Pakt eine Totgeburt*

Es versteht sich, dass durch Stalins Pakt mit Hitler vom August 1939 sein Abkommen mit Frankreich von 1935/36 hinfällig geworden ist. Doch dieser französisch-sowjetische Vertrag, mit dem eigentlich das unruhige Dritte Reich hätte in die Zange genommen werden sollen, hat von allem Anfang an unter einem unglücklichen Stern gestanden. Schon seine Entstehungsgeschichte ist eine einzige Abfolge von Pannen. So ist er auch nie zu einer wirklichen Militärallianz ausgebaut worden. Professor Bariéty schreibt denn auch von einem «pacte complexe et incomplet, qui n'est pas une alliance».

Duroselle nennt den Vertrag gar ein «chef-d'œuvre du galimatias», also ein Kunstwerk der Verwirrung. «N'importe quel spécialiste du droit international peut y trouver, quelle que soit la situation, vingt échappatoires possibles. Jamais la pactomanie n'était allée aussi haut dans la subtilité.» (Duroselle, S. 141.) Wenn ein Vertrag zur gegenseitigen Hilfeleistung derart viele Interpretationsmöglichkeiten, Fallstricke, Ausflüchte und Lücken enthält, dass an seiner Funktionsfähigkeit gezweifelt werden muss, dann ist das logischerweise ein adäquater Ausdruck mangelnden Vertrauens zwischen den vertragsschliessenden Partnern.

Der sowjetische Minister, der mit dem französischen Premier Pierre Laval am 2. Mai 1935 seine Unterschrift unter dieses zwiespältige Vertragswerk setzte, trug ausgerechnet den Namen Potemkin. Hier kann man mit vollem Recht das Diktum anwenden: Nomen est omen. Wie der Fürst Potemkin, Günstling der grossen Katharina von Russland, der Zarin durch Fassaden nicht existente Dörfer vorgetäuscht haben soll – die legendären Potemkinschen Dörfer –, so war es auch mit dem Beistandspakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion: er blieb Fassade, hinter der sich keine konkrete politische oder gar militärische Substanz befand. Damit war die Aussicht, eine mächtige und wirklich funktionierende Allianz zur Eindämmung Hitlerdeutschlands zustandezubringen, von vorneherein gescheitert. Das Misstrauen zwischen den neu Verbündeten muss enorm gewesen sein. Die Vertragspartner verdächtigten sich gegenseitig, den andern in einen Krieg mit Deutschland verwickeln zu wollen und dabei selber nur den Zuschauer zu spielen. Es scheint, dass sich beide Seiten daher damit begnügen wollten, Hitler lediglich mit der Drohung eines möglichen Zweifrontenkrieges unter Druck zu setzen. Wie gross das Misstrauen auf französischer Seite gewesen sein muss, geht unter anderem daraus hervor, dass ausgerechnet der damalige Kriegsminister Jean Fabry befürchtete, im Falle einer Anwendung des Beistandspaktes könnte die «Rote Armee» versucht sein, den Sieg des Kommunismus in Europa herbeizuführen. Von ähnlichen Albträumen scheinen auch die tschechischen Verbündeten geplagt worden zu sein. Dass unter solchen psychologischen Bedingungen eine ehrliche militärische Zusammenarbeit nicht erreicht werden konnte, leuchtet ein. (Vgl. Pierre Renouvin, *Histoire des Relations Internationales*, Tome 8, *Les Crises du XXe Siècle*, Paris 1958, S. 90.)



## *Auch die Schweiz macht sich Sorgen*

Es verwundert eigentlich nicht, dass man sich angesichts des französisch-sowjetischen Paktes auch in der Schweiz Sorgen machte über mögliche Rückwirkungen auf das eigene Land. So berichtete der französische Militärattache über eine Unterredung mit Bundesrat Pilet-Golaz, in der dieser zwar bestätigt habe, man zähle nach wie vor auf die Hilfe Frankreichs im Falle eines deutschen Angriffs auf die Schweiz. Doch habe er hinzugefügt, dass man unter keinen Umständen sowjetische Truppen auf helvetischem Territorium haben wolle, falls diese Frankreich zu Hilfe kommen sollten. In ähnlichem Sinne soll sich auch der spätere General Henri Guisan gegenüber einem französischen Besucher anlässlich von Manövern im Herbst 1936 geäußert haben.

Zum besseren Verständnis solcher Besorgnisse muss man wissen, dass der französische Generalstab sich damals recht intensiv mit der Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Frankreich via Schweiz befasste. Der Ausbau der Befestigungen im Elsass erfolgte nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt, «die deutsche Wehrmacht zu einer weiträumigen Umgehung über schweizerisches Territorium verleiten zu können». Damit verbunden war die Hoffnung, dass sich ein deutscher Durchmarsch durch die Schweiz für den Angreifer nur mit erheblichen Verlusten würde bewerkstelligen lassen, «so dass dieser bereits ermattet und erst nach längerer Zeit» an der französischen Grenze eintreffen würde. «Den Franzosen ging es eben nicht darum, aus Mitleid das neutrale Opfer des deutschen Angriffs bestmöglich zu unterstützen, sondern aus Eigennutz das Kriegsgeschehen vom eigenen Vaterland fernzuhalten.» Die französische Hilfe, falls sie überhaupt jemals eintreffen sollte, Iwar also sicher kein altruistisches Unterfangen – im Gegenteil: die Schweiz war im französischen Dispositiv als Prellbock vorgesehen, der den ersten Stoss auffangen sollte, um Frankreich die notwendige Zeit für Mobilisierung und Bereitstellung zu verschaffen.

Dieser «Wunschtraum» verwandelte sich bei Gamelin schliesslich in eine «fixe Idee», die ihn dazu veranlasste, bedeutende Kräfte am rechten Flügel zu «blockieren», obschon er eigentlich aus rein rationaler Überlegung die Umfassung über belgisches und holländisches Gebiet für viel wahrscheinlicher und gefährlicher halten musste. Diese Fehlbeurteilung sollte sich im Ernstfall von 1940 noch schwer rächen. (Vgl. Hans Senn, *Der schweizerische Generalstab*, Volume VI, S. 26, Volume VII, S. 134.)

## Der «Maginotkomplex»

Was die militärische Lage anbetrifft, so weisen alle konsultierten französischen Spezialisten auf die folgenschwere Entwicklung hin, die mit dem Bau der Maginotlinie begonnen hat, welche Milliarden verschlang und so die notwendige und vor allem rechtzeitige Modernisierung der Armee und der Luftwaffe finanziell unmöglich gemacht habe. Bariéty meint allerdings, dass es vielleicht die einzige strategische Alternative gewesen sei, die in der politischen und psychologischen Verfassung des Landes von damals eine Chance gehabt habe. Die Defensive habe dem weitverbreiteten Pazifismus (und Antimilitarismus) entsprochen, der Blum erklären liess, Angriffswaffen seien unvereinbar mit dem Bekenntnis zu Frieden und kollektiver Sicherheit.

Die Maginotlinie wurde im wesentlichen in den Jahren zwischen 1929 und 1932 erbaut und bekam ihren Namen nach dem damaligen Kriegsminister André Maginot. Sie war ein an sich imposantes Befestigungswerk, das sich entlang der französisch-deutschen Grenze über mehrere hundert Kilometer hinzog. Im Süden lehnte es sich an die Schweizer Grenze an und endete an der belgischen Grenze. Da Belgien damals noch mit Frankreich verbündet war, hielt man eine Weiterführung Richtung Atlantik nicht für notwendig. Die legendäre Befestigungslinie sollte Deutschland ein für allemal vor einem Angriff auf Frankreich abschrecken, da man ihre Überwindung für ausgeschlossen oder zum mindesten für viel zu risiko- und verlustreich hielt. Sie wurde zum eigentlichen Rückgrat der rein defensiven strategischen Doktrin, die so weit ging, dass man auf jegliche offensive Kriegführung schliesslich verzichten zu können glaubte. Es entstand so etwas wie ein «Maginotkomplex», der zu einer praktisch völligen Erstarrung des strategischen Denkens führte. Das zeigt sich vor allem auch daran, dass alle offensiven Planungen Schritt für Schritt mit der Zeit fallengelassen wurden.

Der deutsche Militärhistoriker Karl-Heinz Frieser betont, die Maginotlinie habe die Franzosen keineswegs automatisch zu einer defensiven Strategie gezwungen. Im Gegenteil: das imposante Befestigungswerk hätte als Rückgrat für offensive Operationen dienen können. Das Problem war vielmehr das «Maginotdenken», nämlich unter allen Umständen die offene Feldschlacht vermeiden zu wollen und sich hinter den Befestigungen zu verstecken. «Frankreichs Militärs hatten sich gleichsam selbst eingemauert.» Der grundsätzliche Verzicht auf die Ergreifung der Initiative habe dazu geführt, dass die französische Armee nicht in der Lage gewesen sei, «auf den deutschen Durchbruch mit einem operativen Gegenangriff zu reagieren» – der, so Frieser, durchaus Aussicht auf Erfolg hätte haben können. In dasselbe Kapitel gehört der «Verzicht auf eine ope-

rativ verwendbare Panzerwaffe». Auch hier ist Frieser der Ansicht, dass eine solche angesichts der quantitativen *und* qualitativen Überlegenheit der französischen Panzer der so gefürchteten deutschen Panzerarmada sehr wohl hätte eine empfindliche Niederlage bebringen können. (Frieser, *Blitzkrieg-Legende*, München 1996, S. 404.)

Marc Bloch nennt die Maginotlinie eine «Fehlkonstruktion» vor allem deswegen, weil sie nur die Ost-, nicht aber auch die Nordgrenze gedeckt habe, was die verhängnisvolle Umgehung durch die deutsche Wehrmacht im Mai 1940 erst ermöglichte (Die seltsame Niederlage, S. 98). Auch Churchill weist auf diesen neuralgischen Punkt hin. Es sei unbegreiflich, «dass man die Maginotlinie nicht mindestens der Maas entlang fortgesetzt hatte». Doch Marschall Pétain habe sich dem widersetzt, weil er der festen Überzeugung gewesen sei, die Ardennen kämen als Einfallspforte wegen der Beschaffenheit des Geländes nicht in Betracht. (Churchill, *Der Zweite Weltkrieg* Band II, S. 95.) Aber genau da haben dann die Deutschen bekanntlich ihren «Blitzkrieg» gestartet.

### *Verhinderte Modernisierung der Streitkräfte*

Marschall Pétain, längst zur Ikone geworden, ist zweifellos einer der Hauptverantwortlichen dafür gewesen, dass die französische Armee derart schlecht auf einen modernen Krieg vorbereitet gewesen ist. Schon lange bevor der legendäre Sieger von Verdun das unglückselige Experiment des Vichystaates ins Leben rufen sollte, hat er Frankreich kaum messbaren Schaden zugefügt. Die zwiespältige Rolle, die der «Sieger von Verdun» – nach Duroseile «le plus illustre de tous les Français» – später gespielt hat, entbehrt nicht einer gewissen Tragik. Denn es ist ja doch ziemlich aussergewöhnlich, wenn ein hochdekoriertes «Held der Nation» Jahrzehnte später als «Verräter der Nation» zum Tode verurteilt wird.

Eine geradezu sture defensive Doktrin beherrschte das militärische Denken und Handeln. Das Schlimmste dabei war, dass die tonangebenden Leute jeglicher Kritik an ihrer Doktrin grundsätzlich abgeneigt waren. Ein fruchtbarer Dialog konnte unter diesen Umständen zwischen den divergierenden Ansichten über das Bild des zukünftigen Krieges gar nicht zustande kommen. Man glaubte in der militärischen Führung unbeirrt, dass ein kommender Krieg eine Wiederholung des letzten sein werde bzw. so beginnen werde, wie der letzte geendet habe.

Die Überlegenheit der Defensive war zum Dogma erstarrt, gegen das Neuerer und Modernisierer wie de Gaulle vergeblich anrannten. Es sind diesbezüg-

lich Äusserungen von führenden Militärs überliefert, die nach allem, was nachher geschehen ist, geradezu unglaublich anmuten.

So hat der Oberkommandierende General Gamelin, wie Vaisse berichtet, noch im Juli 1939 erklärt, «que l'aviation dans la prochaine guerre sera un feu de paille» – die Luftwaffe im kommenden Krieg also ein Strohfeuer! Ähnlich abschätzig äusserten sich Marschall Pétain und General Weygand über die Bedeutung von Panzern im kommenden Krieg. So wurden ausgerechnet die beiden entscheidenden Angriffswaffen in ihrer Bedeutung für den modernen Bewegungskrieg völlig verkannt. Entsprechend gross war dann auch die Überraschung, von der sich die militärische Führung und die Truppe während des ganzen Krieges vom Mai/Juni 1940 nie mehr zu erholen vermochte.

Die sozusagen unangreifbare Autorität von Pétain war es insbesondere, die dafür sorgte, dass die militärische Denkweise sorgfältig von allen neuen Ideen abgeschottet wurde. De Gaulles Ideen zur Schaffung von Panzerdivisionen lehnten diese militärischen «Kapazitäten» entschieden ab, was angesichts ihres Ansehens das «Aus» für diese Pläne bedeutete, auch wenn sie es bis zu einer Behandlung im Parlament gebracht haben. Die «modernisateurs» wurden wie Vaisse feststellt «carrément dénoncés» – also rundweg abgelehnt. «L'aviation, les chars, les unités motorisés sont incapables à eux seuls de gagner la guerre», liess der Generalstab 1937 verlauten. Als ob dies jemals jemand so behauptet hätte! Was die Neuerer wollten, war die Lösung der riesigen, aber unbeweglichen Infanteriearmee aus ihrer defensiven Erstarrung durch einen modernen Erfordernissen angemessenen Einsatz dieser neuen Waffen.

### *Unfähigkeit zur Offensive*

Da die notwendige Modernisierung ausgeblieben ist – «le tournant de la motorisation et de la mécanisation n'est pas pris» (Vaisse) –, fehlte es der französischen Armee schliesslich an jeglicher Offensivkraft. So wurden denn auch alle offensiven Operationspläne, an denen es ursprünglich keinen Mangel gab, im Laufe der Zeit sukzessive aufgegeben, bis bei Kriegsbeginn kein einziger mehr übrig geblieben ist.

General Weygand, der angesichts des sich abzeichnenden Debakels am 20. Mai 1940 den Oberbefehl von dem unglücklich operierenden Gamelin übernehmen musste, liess später verlauten, Frankreich habe den ungeheuren Fehler begangen, in den Krieg einzutreten, «obwohl es weder über das erforderliche Material verfügte noch über die erforderliche Militärdoktrin». (Les Documents se-

crets de l'Etat-major général français, zitiert bei Bloch, Die seltsame Niederlage, S. 176.)

An dieser späten Kritik Weygands ist nur der zweite Teil richtig. Es fehlte in der Tat an einer dem modernen Krieg angemessenen Militär- bzw. Einsatzdoktrin. Doch gerade auch Weygand hat durch sein früheres Wirken massgeblich zu diesem Versäumnis beigetragen. Er war sogar «noch stärker als sein Vorgänger dem gemächlichen Tempo der Führungsabläufe des Ersten Weltkrieges verhaftet», wie der deutsche Militärhistoriker Karl-Heinz Frieser in seinem ausgezeichneten Buch «Blitzkrieg – Legende» (München 1996) feststellt. (S. 349)

Frieser weist andererseits überzeugend nach, dass das erforderliche Material auf französischer Seite durchaus vorhanden gewesen ist, teilweise in reicherer Masse als bei der deutschen Wehrmacht. So war Frankreich an Panzern den Deutschen nicht nur quantitativ, sondern teilweise sogar qualitativ überlegen! Doch die Franzosen verstanden es nicht, «ihre Panzer auf der operativen Ebene zu einer zusammenhängenden Aktion zusammenzufassen». Da die entsprechende Einsatzdoktrin fehlte, hatte man es auch nicht geübt. Ein französischer General brachte den unterschiedlichen Panzereinsatz der beiden Armeen auf die verblüffende Formel:

«Wir verfügten über 3'000 Panzer, ähnlich wie die Deutschen. Während wir 1'000 Gruppen zu je drei Panzern einsetzten, waren es bei den Deutschen drei Gruppen zu je 1'000 Panzern.» (Frieser, S. 416)

### *Unerfüllte Hilssversprechen gegenüber Polen*

Weygands späte Kritik geht indessen auch an der Tatsache vorbei, dass Frankreich schliesslich dem angegriffenen Polen gegenüber zur Hilfe verpflichtet gewesen ist bzw. gewesen wäre; denn bekanntlich erfolgten die versprochenen Entlastungsangriffe im Westen zugunsten Polens nicht – folgenschweres Resultat des beschriebenen völlig fehlenden Offensivgeistes. Dabei hatte Hitler die Westfront während des Krieges mit Polen derart entblösst, dass die verantwortlichen deutschen Militärführer das kalte Grausen packte beim Gedanken an einen französischen Angriff. Doch dieser Angriff kam nicht und von einer irgendwie nennenswerten Unterstützung der um ihre nationale Existenz kämpfenden Polen kann keine Rede sein.

Ursprünglich hatte man sich im französischen Generalstab durchaus Gedanken darüber gemacht, wie ein von der deutschen Wehrmacht angegriffener Verbündeter in Osteuropa militärisch wirksam unterstützt und entlastet werden könnte bzw. müsste, nämlich durch eigene offensive Aktionen.

Darunter war auch die operative Möglichkeit eines Angriffs nördlich der Mosel ins Ruhrgebiet vorgesehen. Doch diese rein strategisch gesehen zweifellos wirksamste Variante wurde rasch wieder aufgegeben, «obschon sie ins Herz der deutschen Rüstungsschmiede geführt und damit vielleicht kriegsentscheidende Bedeutung gehabt hätte», um noch einmal den Militärhistoriker und früheren Generalstabchef der Schweizer Armee Hans Senn zu zitieren. Das französische Oberkommando war wohl bald einmal «erschreckt über die eigene Kühnheit».

### *Die Schlacht wurde schon früher verloren*

Wenn wir hier der chronologischen Abfolge etwas vorgegriffen haben, dann um darzulegen, dass die Entscheidungen, die schliesslich zur Katastrophe geführt haben, bereits Jahre vorher gefasst oder eben nicht gefasst worden sind. Auch Churchill ist ganz entschieden dieser Auffassung. Auf die selbst gestellte Frage, warum die Alliierten 1939 in Untätigkeit verharrten, bis Polen vernichtet war, antwortet er:

«Diese Schlacht hatten wir schon einige Jahre zuvor verloren. 1938, als die Tschechoslowakei noch existierte, besaßen wir gute Aussichten, den Sieg zu erringen. Im Jahre 1936 wäre kein wirksamer deutscher Widerstand möglich gewesen. Im Jahr 1933 hätte ein Ordnungsruf aus Genf ein Einlenken ohne Blutvergiessen bewirkt.»

Churchill möchte infolgedessen auch nicht alle Schuld auf General Gamelin abschieben, «weil er 1939 das Risiko nicht auf sich nehmen wollte, das sich seit den vorhergehenden Krisen, vor denen sowohl die französische wie die britische Regierung zurückgewichen waren, so sehr vergrössert hatte.» (Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Band II, S 99/100.)

### *Illusionen über die Stärke Polens*

Allerdings erhebt sich dann hier die Frage, warum Gamelin noch im Mai 1939 in einem geheimen Protokoll dem polnischen Kriegsminister gegenüber die französischen Verpflichtungen zur sofortigen militärischen Unterstützung Polens für den Kriegsfall ausdrücklich bestätigt hat. Dabei ist von französischen Offensivaktionen gegen Deutschland die Rede, sobald Polen sich im Kriegszustand befinden sollte. Auch noch nach dem überraschenden Abschluss des Paktes zwischen Hitler und Stalin und damit dem definitiven Scheitern der Bemühungen der Westmächte um eine Militärallianz mit Moskau wird in einem eilig einberufenen Kriegsrat am 23. August 1939 beschlossen, an den Verpflichtun-

gen gegenüber Polen im Kriegsfall festzuhalten. Alle Höchstkommandierenden der verschiedenen Teile der Streitkräfte waren an dieser Besprechung anwesend. Wie aus dem Protokoll der Sitzung hervorgeht, machte sich indessen vor allem Gamelin völlig illusionäre Hoffnungen auf einen lang anhaltenden polnischen Widerstand. Schliesslich wird der französisch-polnische Beistandspakt sogar noch nach Kriegsbeginn, am 4. September 1939, durch ein Protokoll bestätigt und erneuert. (Die erwähnten Dokumente sind abgedruckt in: Walther Hofer, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1984, S. 217 ff.)

### *Vernichtendes Urteil über die französische Führung*

Ohne hier noch näher auf militärische Fragen einzugehen, muss zusammenfassend festgestellt werden, dass Frankreich auf die neue Form des deutschen «Blitzkrieges» in keiner Weise vorbereitet gewesen ist, und zwar nicht nur militärisch, sondern vor allem auch psychologisch. Diesem letzteren Aspekt misst vor allem Marc Bloch in seiner «Défaite étrange» grosse Bedeutung bei. Besonders eindrücklich beschreibt er die geradezu terroristische Wirkung der deutschen Sturzkampfflugzeuge, wie er es als Kriegsteilnehmer selbst erlebt hat. Er betont, dass durch die nicht erwartete Wucht des deutschen Angriffs der französische Widerstand auch psychologisch zusammengebrochen sei.

Der deutsche Autor Frieser bestätigt, übrigens unter Bezugnahme auf Marc Bloch, diesen Befund, wenn er schreibt, der «Blitzkrieg» habe sich nicht so sehr gegen die Muskeln, sondern gegen die Nerven des Gegners gerichtet. Die neue Art der Kriegführung habe sich eines uralten psychologischen Tricks bedient: «Sie erzeugte Schrecken». Die vorwärtsstürmenden deutschen Panzer, selbst die «kümmerlichen Panzer-I-Modelle», die von ihren eigenen Besatzungen als «Konservendosen» verspottet worden seien, hätten Angst und Entsetzen verbreitet wie «apokalyptische Reiter». Analoge oder noch schrecklichere Wirkung erzeugte die Luftwaffe, wenn die Stukas mit ihrer «Jerichotrompete» wie der Blitz aus heiterem Himmel erschienen. (Frieser, Blitzkrieg – Legende, S. 431/32.)

Bloch kritisiert scharf, wie viele andere Autoren, dass aus den Erfahrungen der neuen Kriegführung, wie sie die Deutschen in Polen vordemonstrierten, praktisch überhaupt keine entsprechenden Konsequenzen gezogen worden seien, obschon man immerhin acht bis neun Monate Zeit gehabt hätte. Dieses Versäumnis, als «Drôle de Guerre» bekannt, zieht auch Vaisse in sein Gesamturteil ein, wenn er von «neun Monaten Schlaf» spricht. Dieses Gesamturteil, mit

dem er den schon erwähnten Berner Vortrag über «La situation militaire de la France 1936-1939» abgeschlossen hat, hätte vernichtender kaum ausfallen können:

«En mai-juin 1940, l'armée française se révèle un vaste outil inefficace, incapable de réactions rapides et d'adaptation, fruit de 20 années d'erreur de doctrine aggravées par 9 mois de sommeil.» Als Frucht von 20 Jahren verfehlter Doktrin, noch verschlimmert durch die erwähnten neun Monate Schlaf, entpuppte sich die französische Armee im Krieg als umfangreiches unbrauchbares Werkzeug.

Der französische Militärhistoriker bestätigt damit das Urteil, das Marc Bloch fast ein halbes Jahrhundert zuvor gefällt hatte, als er unter dem unmittelbaren Eindruck der katastrophalen Niederlage nach deren Ursachen forschte.

«Wie immer man die tieferen Ursachen dieser Katastrophe beurteilen mochte», schrieb Bloch im Sommer 1940, «die unmittelbare Ursache war die Unfähigkeit der militärischen Führung». (Die seltsame Niederlage, S. 70.) Natürlich sieht der Historiker Bloch, dass es auch tiefer liegende Ursachen gibt. Er hätte bestimmt Duroselle zugestimmt, der sein Werk über die «Décadence» mit einem berühmten Wort von Montesquieu aus dessen Werk über «Grandeur et décadence des Romains» beschliesst, das da lautet:

«Il y a des causes générales, soit morales, soit physiques, qui agissent dans chaque monarchie, l'élèvent, la maintiennent ou la précipitent; tous les accidents sont soumis à ces causes; et si le hasard d'une bataille, c'est-à-dire une cause particulière, a ruiné un Etat, il y avait une cause générale qui faisait que cet Etat devait périr par une seule bataille.»

### *Widerspruch zwischen Diplomatie und Strategie*

Ein Rückzug auf sich selbst entsprach nicht den internationalen Verpflichtungen, die Frankreich eingegangen war. Wie wollte man einem von Deutschland angegriffenen Verbündeten im Osten beistehen, wenn man in der Maginotlinie sitzenblieb? Die Situation von 1938, wo es um die Tschechoslowakei ging, wie auch 1939, als Polen überfallen wurde, kündigte sich an. Die strategische Wahl, die man getroffen habe, so Bariéty, habe dazu geführt, dass Zentral- und Osteuropa den Initiativen Hitlers überlassen wurden.

Auf diesen zentralen Widerspruch zwischen Strategie und Diplomatie bzw. Aussenpolitik weisen alle von uns konsultierten Autoren hin. Es ist letztlich unbegreiflich, wie es zu einem derartigen Fundamentalgegensatz zwischen aussenpolitischen bzw. internationalen Verpflichtungen und militärischen Struktu-



ren und Planungen kommen konnte. Man hat den Bau der Maginotlinie als militärisches Pendant zur Friedenspolitik von Aristide Briand bezeichnet, der einer der Baumeister der Locarnoverträge gewesen ist. Aber diese Friedenspolitik war mit der mutwilligen Zerstörung des 1925 begründeten kollektiven Sicherheitssystems durch Hitlers Rheinlandcoup gescheitert. Von da an stimmten Strategie und Aussenpolitik nicht mehr überein. Hitler hatte klar genug vor demonstriert, dass er mit der Aussen- und Sicherheitspolitik Stresemanns, der der Partner Briands gewesen war, gebrochen hatte. Dass man die Strategie der neuen Situation hätte anpassen müssen, liegt auf der Hand. Doch zeigte es sich, dass man in Paris unfähig und auch nicht willens war, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen, die Aussenpolitik und Strategie wieder in Einklang gebracht hätten. Statt dessen schwankte man hin und her zwischen Bekenntnissen, die Bündnisverpflichtungen erfüllen zu wollen, und mehr oder weniger deutlichen Absetzbewegungen, die diese Versprechungen Lügen strafften.

### *Frankreichs Bündnissystem zerfällt*

Nach René Girault (Inhaber des Lehrstuhls für «Histoire des relations internationales contemporaines» an der Sorbonne-Paris) habe bis 1935 nahezu völlige Übereinstimmung der leitenden französischen Politiker darüber bestanden, «dass eine Kette von Bündnissen in Osteuropa notwendig war, um Deutschland im Rücken zu umfassen und damit einzudämmen». Unter den sich wandelnden Rahmenbedingungen von 1935/36 (Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland sowie Schaffung einer Luftwaffe, die Rheinlandkrise und schliesslich die Entstehung der Achse Rom – Berlin und damit der Übergang Italiens auf die Gegenseite) habe man sich dann regelmässig die Frage gestellt, «ob Frankreich nicht besser seine Verpflichtungen in Osteuropa abbauen sollte». Als der Aussenminister im Kabinett Blum, Yvon Delbos, Ende 1936 eine Rundreise durch die mit Frankreich verbündeten Staaten in Mittel- und Osteuropa unternahm, habe er sich keinen übertriebenen Illusionen hingeeben über die Fundiertheit einer Politik, «die darauf baute, dass diese Staaten auf Dauer auf die Unterstützung durch Frankreich setzten ... Seitdem war eine Neuorientierung der Aussenpolitik Frankreichs auf der Tagesordnung der französischen Diplomatie.»

Diese Tendenz wird sich, naturgemäss, möchte man sagen, verstärken, je mehr sich in der Folge die Sicherheitslage für Frankreich verschlechtern sollte: zunächst durch den tatenlos hingegenommenen Anschluss Österreichs und vor allem durch die Preisgabe der Tschechoslowakei, welche ja bereits einer still-

schweigenden Aufkündigung des bestehenden Beistandspaktes gleichkam. So war es denn eigentlich kein grosser Schritt mehr bis hin zur Forderung, wie sie Georges Bonnet, letzter Aussenminister vor Kriegsbeginn, im Frühjahr 1939 erheben sollte, nämlich alle (noch verbliebenen) Bündnisverpflichtungen Frankreichs in Osteuropa, d.h. konkret die Verträge mit Polen und der Sowjetunion, «purement et simplement» zu kündigen. Also «une sorte de neutralisme français à l'est de l'Europe (Duroseile, S. 371).

### *Keine klare aussenpolitische Linie*

Das bedeutet, dass nicht die Strategie der neuen Lage angepasst werden sollte, sondern die Aussenpolitik. Definitiv durchgesetzt hat sich diese «neue» Linie allerdings nie. Vielmehr schwankte die französische Aussenpolitik bis zum Kriegsbeginn zwischen den beiden Varianten. Ein «grand dessein», wie man in der Tradition der «klassischen» französischen Diplomatie sagen würde, ein klares aussenpolitisches Konzept also, hat es im Paris der 30er Jahre nie gegeben. Die unterschiedlichen um nicht zu sagen gegensätzlichen Auffassungen über die einzuschlagende aussenpolitische Linie gingen nur allzu oft auch mitten durch die Kabinette. Wenn man zudem bedenkt, dass zwischen Hitlers «Macht-ergreifung» und Kriegsbeginn, also in etwas mehr als 6 Jahren, 15 Regierungen «verbraucht» worden sind, wird sich niemand wundern, dass so etwas wie Kontinuität gar nicht entstehen konnte. Es ist symptomatisch für den Zustand, den Duroselle als «instabilité structurelle du pouvoir exécutif en France» bezeichnet, dass es an wichtigen Wegmarken dieser Jahre überhaupt keine Regierung gegeben hat, so z.B. am Tag, da Hitler an die Macht kam, oder am Tag, da Hitler in Österreich einmarschierte. Auch auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise hat nicht viel gefehlt, und Frankreich wäre erneut ohne Regierung dagestanden.

Der Weg zu dem, was Bariéty die «glissade des concessions» nennt, ist mit der fehlenden Reaktion auf Hitlers Provokation vom 7. März 1936 beschriftet worden. Es sollte sich zeigen, dass man in Paris damit endgültig auf die schiefe Ebene geraten ist. Nebenbei sei darauf hingewiesen, dass die französische Beurteilung der mangelnden Festigkeit der Bündnisverhältnisse voll und ganz übereinstimmt mit dem, was der deutsche Aussenminister Neurath, wie wir gesehen haben, dem amerikanischen Diplomaten Bullitt anvertraut hatte.

## Olympische Spiele als willkommenes Geschenk für die NS-Propaganda

Der Umstand, dass im Sommer 1936 olympische Spiele in der Reichshauptstadt Berlin stattfinden sollten, verführte manche Beobachter zu der Ansicht, Hitler werde sich zurückhalten. Doch der Führer dachte gar nicht daran, irgendwelche Rücksicht auf diese Grossveranstaltung zu nehmen. Nicht dass er etwa an der Durchführung der Spiele nicht interessiert gewesen wäre – ganz im Gegenteil: die Vorbereitungen liefen auf Hochtouren und alles war darauf ausgerichtet, sie zu einem einmaligen propagandistischen Erfolg für das Regime zu nutzen. Was dann auch in vollem Umfang gelingen sollte. Bereits die Winterspiele, die ebenfalls in Deutschland stattgefunden haben, waren zu einem überwältigenden Erfolg für das Gastland geworden. Den Entschluss zur Intervention im Rheinland fasste Hitler nachweislich ausgerechnet während der Winterspiele (6. bis 16. Februar in Garmisch-Partenkirchen). Der Diktator beging den schweren Vertragsbruch also zwischen den beiden olympischen Veranstaltungen!

Rückblickend erscheint es äusserst befremdlich, dass olympische Spiele überhaupt in Nazideutschland stattfinden konnten. Dazu ist zweierlei zu bemerken:

1. Der Entschluss, die olympischen Spiele an Deutschland zu vergeben, wurde bereits 1931 gefasst, also noch zu Zeiten der Weimarer Republik.
2. Wie uns das langjährige Schweizer Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, Marc Hodler, belehrte, war es damals Usus, beide Spiele, also Sommer und Winter, wenn möglich im selben Land durchzuführen.

Winterspiele wurden allerdings erst 1924 eingeführt. Tatsächlich erhielt damals Frankreich beide Spiele wie auch die USA 1932. Dazwischen gab es allerdings eine Ausnahme. 1928 wurden die Sommerspiele an Holland vergeben, und da dort aus naheliegenden Gründen keine Winterspiele stattfinden konnten, wurden diese in der Schweiz durchgeführt, und zwar in St. Moritz. Soviel zur Frage der olympischen Organisation.

Die Olympiade ist somit Hitler sozusagen in den Schoss gefallen, als «Geschenk» der so verhassten und verhöhnten Weimarer Republik. Wenn wir schon bei Geschenken sind: die Olympiade war nicht das einzige, das die Nazis von der Republik übernehmen konnten. Es gab auch politische «Geschenke» wie z.B. das Ende der Reparationen oder die frühzeitige Räumung von besetzten Gebieten sowie schliesslich die grundsätzliche Anerkennung der militärischen

Gleichberechtigung Deutschlands. Alle diese Errungenschaften, von denen Hitlers Politik profitieren konnte, waren allerdings auf dem Wege von Verhandlungen und nicht durch Gewaltakte erzielt worden. Doch zurück zur Olympiade.

### *Missbrauch der olympischen Idee*

Grundsätzlich bzw. ideologisch gesehen entsprach die olympische Idee überhaupt nicht der NS-Doktrin. Denn diese war nationalistisch, ja chauvinistisch und rassistisch, während die olympischen Spiele der Völkerverständigung und dem Frieden dienen sollten. (Dass sie das nicht immer taten, dafür sind gerade die Spiele von 1936 ein eindrückliches Beispiel, wenn auch nicht das einzige.) Was die Nazis von solchen Spielen hielten, konnte man anlässlich der Olympiade von Los Angeles im Jahre 1932 lesen. So schrieb das antisemitische Hetzblatt von Julius Streicher, diese Spiele seien eine infame Sache, weil sie von Juden (!) beherrscht würden.

An dieser ablehnenden Einstellung änderte sich grundsätzlich nichts, trotz des überwältigenden Erfolges von 1936. So erklärte Hitler unmittelbar nach dem Ende der Spiele – natürlich nicht öffentlich –, dass Deutschland an keiner weiteren Olympiade teilnehmen werde. Sie sollte durch «Nationalsozialistische Kampfspiele» ersetzt werden. Übrigens gab sich die NS-Propaganda alle erdenkliche Mühe, bereits die Olympiade von 1936 im Sinne solcher Kampfspiele zu manipulieren. Das war ganz offensichtlich, nur die ehrenwerten Herren vom IOC scheinen davon nichts mitgekriegt zu haben. Oder sie machten einfach gute Miene zum bösen Spiel.

Um nur ein Beispiel zu geben. In dem allgemein hochgelobten und bewunderten Eröffnungsfestspiel «Olympische Jugend» wurde am Schluss der Vers gesprochen:

*«Allen Spiels heilger Sinn:  
Vaterlandes Hochgewinn,  
Vaterlandes höchst Gebot,  
in der Not: Opfertod.»*

Die Beschwörung des Opfertodes im Dienste des Vaterlandes – das ist nichts anderes als Verherrlichung des Krieges. Und damit das genaue Gegenteil der olympischen Idee. Musikalisch ausgestaltet wurde das Spiel übrigens durch die berühmten Komponisten Carl Orff und Werner Ekg. Auch die bedeutendsten deutschen Tänzer und Choreographen waren an der Inszenierung beteiligt. Alle trugen sie zu einem Erfolg bei, der letztlich nur dem Regime zugute gekommen ist.

## *Alle pilgern nach Berlin – trotz antijüdischen Rassegesetzen*

Wer erwartet hatte, der Vertragsbruch vom März werde Folgen für die Durchführung der Olympiade in Berlin haben, sah sich bald eines Besseren (bzw. eines Schlechteren) belehrt. Delegationen von 52 Nationen pilgerten in die Reichshauptstadt. Zwar gab es Boykottbewegungen, insbesondere in den USA. Gründe für einen Boykott hätte es wahrlich genug gegeben, nicht nur die Provokation am Rhein. Kritik rief vor allem die NS-Rassenpolitik hervor. Sogar im internationalen olympischen Komitee (IOC) gab es Bedenken. Diese bezogen sich allerdings ausschliesslich auf den sportlichen Bereich, d.h. dass jüdische Sportler nicht ausgeschlossen werden durften. Als das Regime beruhigende Zusicherungen abgab, war man zufrieden. Eingelöst indessen wurden die Versprechungen nicht. Das deutsche Olympiateam blieb «rein arisch».

Völlig unverständlich erscheint rückblickend, dass auch die antijüdischen Rassegesetze keine entsprechende Reaktion auslösten. Diese wurden nämlich ohne Rücksicht auf die kommenden olympischen Spiele im September 1935 mit grossem Tamtam auf dem Reichsparteitag in Nürnberg beschlossen. Juden wurden dadurch in schwerster Weise diskriminiert und zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, ja zu rechtlosen Untertanen gemacht. Dadurch wurde indessen nur gesetzlich verankert, was ohnehin schon bittere Realität war. So waren Juden aus Kultur und Wissenschaft schon längst eliminiert, Beamte und Professoren schon längst entlassen oder davongejagt. Die bösartige und niederträchtige antisemitische Hetze konnte auch im Ausland längst zur Kenntnis genommen werden. Nun war das Reich auch formaljuristisch ein rassistischer Staat geworden.

Alle diese eines zivilisierten Staates unwürdigen Massnahmen vermochten weder das internationale noch die zahlreichen nationalen Komitees von ihrem Entschluss abzubringen, nach Berlin zu reisen. Politik sollte nicht mit Sport vermischt werden, hiess die Devise. Das allgemeine Bewusstsein für Recht und Menschlichkeit hatte offensichtlich einen Tiefstand erreicht. Statt zu protestieren halfen sie alle mit, dem NS-Regime zum grössten politischen (und übrigens auch sportlichen) Erfolg zu verhelfen. Statt verfehmt wurde das Regime Hitlers über alle Massen hochgelobt. Die internationale Presse, gerade auch die britische und französische, war des Ruhmes voll über die grossartige Organisation und die überschwengliche Gastfreundschaft.

## *Das Image des Dritten Reiches wird aufpoliert*

So schrieb der «Observer», die einflussreiche britische Sonntagszeitung, das neue Deutschland scheine der hervorragendste Gastgeber zu sein. Die Olympiade von Berlin sei das grossartigste Sportereignis, das die Welt je gesehen habe. Ebenso begeistert äusserte sich der «Daily Telegraph». Ähnliche Kommentare gab es in der französischen Presse. Also gerade auch die durch die Rheinlandaffäre direkt betroffenen Länder schienen Hitlerdeutschland sein vertragsbrüchiges Vorgehen längst verziehen zu haben. Ebenfalls in den USA wandelte sich das Bild vom neuen Deutschland in positivem Sinne. Die «Berlinpilgerer» kehrten fast ausnahmslos begeistert von dem «neuen Deutschland» in ihre Länder zurück, auch in die Schweiz, wie ich mich selbst noch erinnern kann.

Das Regime nützte den unbestreitbaren Erfolg der Olympiade weidlich für seine Zwecke aus. Der Umstand, dass Deutschland mit Abstand die sportlich erfolgreichste Nation gewesen ist, galt als Bestätigung der Doktrin von der Überlegenheit der germanischen Rasse. Als Wermutstropfen könnte man allenfalls bezeichnen, dass der erfolgreichste Athlet ein Farbiger gewesen ist (Jesse Owens). Aber das betraf die USA und war für die Rassisten allenfalls ein Beweis für den Niedergang der weissen Rasse in Amerika – ein Thema, über das sich Hitler schon in «Mein Kampf» ausführlich verbreitet hatte.

So wird man zu dem wenig angenehmen Befund kommen müssen, dass die olympischen Spiele letztlich dem Rassegedanken einen tüchtigen Schub verabfolgt haben. Eine betrübliche Bilanz. An die Juden und anderen Verfolgten dachte kaum jemand. Dabei befand sich das nächste KZ – Oranienburg – kaum eine Stunde von der Stätte entfernt, wo das olympische Feuer brannte. Doch die ausländischen Besucher erzählten zuhause, sie hätten nichts von Verfolgung oder gar Terror gemerkt. Die gewiefte NS-Propaganda hatte eine vollendete potemkinsche Fassade errichtet. So hatte der Reichsinnenminister Frick rechtzeitig auf das grosse Ereignis hin befohlen, alle antijüdischen Schilder von Strassen und Plätzen zu entfernen. Sogar der öffentliche Aushang des antisemitischen Hetzblattes von Julius Streicher wurde für die Dauer der Spiele untersagt!

Die beabsichtigten Wirkungen blieben nicht aus. Gar mancher Besucher hielt die Geschichten über Judenverfolgungen jetzt weithin für übertrieben, wenn nicht überhaupt für Erfindungen. (Die Rassegesetze wurden offensichtlich kaum zur Kenntnis genommen.) Das Bild, das man sich weitherum von Deutschland jetzt machte, entsprach praktisch genau demjenigen, das die NS-

Propaganda seit eh und je verbreitet hatte. Man rühmte Effektivität, Stabilität, Ordnung und Disziplin. Wie konnte man überhaupt von Diktatur reden, wenn ein Volk derart hinter seiner Führung stand? So und ähnlich lauteten die Urteile, die man jetzt allenthalben zu hören und lesen bekam. Man zog etwa Vergleiche mit den desolaten Zuständen in Frankreich, wo soziale Konflikte und parteipolitisches Gezänk die Szene beherrschten. Damit hatte Hitler in Deutschland gründlich aufgeräumt, hiess es.

Kein Zweifel: dem vor wenigen Monaten noch international isolierten Reich war der Ausbruch aus dieser Isolation voll und ganz gelungen. Das deutsche Volk hatte die Politik der «Rückgewinnung der vollen Souveränität», wie die Rheinlandbesetzung genannt wurde, Ende März mit 99% fast einstimmig gutgeheissen. Jetzt folgte im August dank des überwältigenden Erfolges der olympischen Spiele sozusagen die internationale Absegnung. Das hässliche Bild eines Vertragsbrüchigen Regimes war erfolgreich ersetzt worden durch die angenehme Erscheinung einer friedliebenden Nation. Die alte römische Weisheit «Panem et circenses», Brot und Spiele, hatte sich einmal mehr bewährt. Es ist durchaus möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass das Volk friedlich gesinnt war, aber das Regime bzw. der Diktator?

### *Olympiade verhindert Kriegsplanung nicht*

Ein Blick hinter die Kulisse zeigt ein wesentlich anderes Bild. Während das grosse Friedensfest der Olympiade mit Glanz und Gloria über die wohlpräparierte Bühne ging, brütete Hitler über weniger friedlichen Absichten. Unmittelbar vor Beginn der Spiele hatte er nämlich beschlossen, in den soeben ausgebrochenen spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Aufständischen zu intervenieren. Seine sofortige Hilfe ist für das Gelingen des Aufstandes höchst wahrscheinlich sogar entscheidend gewesen. Denn ohne deutsche Hilfe wäre das Pronunciamiento wohl zusammengebrochen. Der Startschuss zur Internationalisierung des Konfliktes war damit gegeben. Eine Verschärfung der Lage in Europa war die unmittelbare Folge. Sogar Göring soll vor internationalen Schwierigkeiten zunächst gewarnt haben. Doch wie immer gab der «starke zweite Mann» im Staate klein bei, sobald er merkte, dass der Entschluss seines Führers definitiv war. Rückblickend erwies sich das spanische Drama als deutsches Experimentierfeld für den grossen Krieg, den Hitler als eigentliches Ziel seiner Politik nie aus den Augen verlor.

Dieses Ziel steht auch im Zentrum einer Denkschrift, mit deren Abfassung Hitler ausgerechnet im Olympiamonat August begonnen hat. Sie wurde anschliessend auf dem Parteitag im September 1936 in Nürnberg unter dem Na-

men «Vierjahresplan» verkündet. Dabei hütete man sich allerdings, den ganzen Inhalt des hochexplosiven Papiers publik zu machen. Es hätte das mit so viel Aufwand propagierte Bild vom friedliebenden Deutschland gründlich stören können. Denn die Denkschrift gipfelte in den beiden Forderungen:

«I. Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein.

II. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein.» Es handelt sich um eines der Schlüsseldokumente für das Verständnis der NS-Politik. Auf den Inhalt soll hier nicht im Einzelnen eingegangen werden. Es ging vor allem darum, die Wirtschaft stärker an die Kandare zu nehmen und in den Dienst der «Lebensbehauptung» von Volk und Reich zu stellen. Diese Lebensbehauptung konnte nach Auffassung Hitlers – dies verkündete er einmal mehr – nur durch «Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes» geschehen. Dass dies nur auf dem Weg gewaltsamer Eroberung möglich sein würde, stand äusser Frage. Folgerichtig lautete die oberste Devise: Forcierung der militärischen Aufrüstung mit allen Mitteln.

Dass es dabei um ein wenig friedliches Ziel ging, konnte man auch ohne Kenntnis der entsprechenden Stellen daraus ablesen, dass Göring mit der Durchführung beauftragt wurde – also ein Militär und Parteimann, genauer: der ranghöchste General der Wehrmacht und zweiter Mann in der Partei. Dass er wegen seiner besonderen Kenntnisse auf wirtschaftlichem Gebiet ernannt worden wäre, behauptete er nicht mal selber. Hjalmar Schacht, damals noch Reichswirtschaftsminister, meinte rückblickend sarkastisch zu Görings neuem Amt: «Er hatte von all den wirtschaftlichen Dingen, die ihm Hitler anvertraute, nicht den leistungsfähigsten Schimmer.» Darauf kam es aber auch gar nicht an – im Gegenteil: wirtschaftlicher Sachverstand hätte bei solcher aller wirtschaftlichen Vernunft hohnsprechenden Zielsetzung nur hinderlich sein können. (Daher hatte gerade der ewige Warner Schacht auch bald einmal ausgedient.) Göring bekannte denn auch in einer programmatischen Rede ganz offen, er übernehme dieses Amt «einzig und allein als Nationalsozialist».

### *Die «Friedensspiele» haben nicht dem Frieden gedient*

Als Fazit unseres Kapitels über die umstrittene Olympiade in Hitlers Reich ist demnach festzuhalten:

Das von ihren Mentoren und Promotoren urbi et orbi verkündete Ziel hat sie völlig verfehlt. Zwar konnte sie die Völker zum «friedlichen» Wettstreit für



einige Tage zusammenführen; doch dem Frieden gedient hat sie damit noch lange nicht. Sie hat ganz im Gegenteil dem Hitler-Regime in grossem Ausmass geholfen, sein wahres Gesicht noch besser zu verbergen und damit die Welt über seine wahren Ziele noch nachhaltiger hinwegzutäuschen. In keiner Weise vermochten diese «Friedensspiele» den von Anfang an konsequent eingeschlagenen Kurs der NS-Politik zu beeinflussen. Und dieser Kurs ging eindeutig in Richtung Expansion und Aggression. Das Dokument «Vierjahresplan» ist ein schlagender Beweis dafür, dass Hitler von seinem in «Mein Kampf» verkündeten Programm nicht ein Jota abgewichen ist.

Für unser Urteil über die Berliner Olympiade ist es nicht von Belang, ob die in dem sogenannten Vierjahresplan gesetzten Ziele erreicht worden sind. Sie konnten nicht erreicht werden, weil sie viel zu ehrgeizig waren. Doch es gehörte eben zu Hitlers politischer Taktik, später auch zur militärischen, immer Maximalziele zu setzen. So konnte von einer Autarkie der Wirtschaft nach vier Jahren sicher keine Rede sein. Was die verlangte Kriegsfähigkeit der Armee anbetrifft, so ist sie 1940 zweifellos vorhanden gewesen, wenn man den erfolgreichen Feldzug gegen die Westmächte als Massstab nimmt. Doch dies täuscht insofern, als diese Kriegsfähigkeit nur durch die Einverleibung Österreichs und der CSR möglich geworden ist. Sowohl im ersten wie im zweiten Fall hat die jeweils eingebrachte immense Beute (Rüstungsgüter, Rohstoffe und vor allem Gold und Devisen) den schwer ins Stottern geratenen Plan vor einem völligen Fiasko gerettet.

Das Ziel der Kriegsfähigkeit konnte Deutschland also nur erreichen, weil ihm nicht rechtzeitig entschiedener Widerstand entgegengesetzt worden ist. Rechtzeitig: d.h. als die deutsche Militärmaschine für den Krieg noch nicht gerüstet war, als sie ohne Krieg oder zum mindesten ohne grossen Krieg noch hätte gestoppt werden können. In diesem Zusammenhang kommt der Preisgabe der hochgerüsteten CSR entscheidende Bedeutung zu, wie noch zu zeigen sein wird.

Zu diesem Widerstand hätte es auch gehört, die Courage aufzubringen, dem rassistischen Unrechts- und Polizeistaat Deutschland die olympischen Spiele zu versagen.

## Schweizerische Reaktionen zur Rheinlandbesetzung

### *Die diplomatischen Berichte*

Im Gegensatz zu den direkt betroffenen Regierungen in Paris und London war man in Bern von den Ereignissen des März 1936 keineswegs überrascht. Schon seit geraumer Zeit war das Politische Departement durch Berichte seiner diplomatischen Vertreter auf den Aussenposten der involvierten Staaten auf das kommende Ereignis vorbereitet. Die Berichte der schweizerischen Diplomaten zeugen aber auch von einer erstaunlichen Fähigkeit, die Problematik um die Rheinlandkrise mit scharfem Verstand, ja sogar gelegentlich mit prophetischem Blick zu erfassen. Man ist versucht zu sagen, dass die Geschichte einen andern, weniger verhängnisvollen Lauf genommen hätte, wenn die Ansichten der Schweizer auch von den Regierungen geteilt worden wären, bei denen sie akkreditiert waren. Die Klarsicht der Schweizer Vertreter bei den westlichen Demokratien beweist aber auch, dass man die Dinge richtig sehen und beurteilen konnte, wenn man nur wollte. Jedenfalls lohnt es sich, auf diese Berichte, die grösstenteils unveröffentlicht sind und kaum ausgewertet, etwas näher einzugehen. Man darf feststellen, dass sie durch die Geschichtschreibung, die sich auf die später veröffentlichten Akten stützen konnte, im wesentlichen bestätigt werden. Wahrhaftig ein schönes Kompliment für den damaligen diplomatischen Dienst der Schweiz.

### *Berlin: Dinichert sieht Rheinlandkrise voraus*

Der im allgemeinen bestens informierte Gesandte Paul Dinichert in Berlin konnte bereits am 18. Januar 1936, also mehr als sechs Wochen vor dem Ereignis, darauf hinweisen, dass die Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages betreffend die Demilitarisierung des Rheinlandes in absehbarer Zeit zu einer gefährlichen Krise führen könnten. Wörtlich berichtete er aus Berlin:

«Das ganze Problem dürfte sich demnach in der nächsten Zeit zu einem ebenso psychologischen wie politischen und militärischen entwickeln. Gewänne man hier die Überzeugung, dass Verstösse gegen die Versailler Artikel 42 und 43 nicht mit kriegerischen Aktionen beantwortet würden, so wäre es in kürzester Zeit um die demilitarisierte Zone geschehen.»

Er stellt dann weiter die Frage, wie wohl Frankreich reagieren würde, und meint, dass dort die Entscheidung fallen würde. Und er fügt maliziös hinzu, die britische Garantiemacht werde wohl kaum militarisierter sein wollen als das ga-

rantierte Frankreich und mit ihm Belgien. Wäre nach deutscher Beurteilung mit «Rückwirkungen schwerster Art» zu rechnen, so würde man wohl auch noch etwas Geduld haben und Vorsicht walten lassen. Möglicherweise könnte auch die Olympiade eine entscheidende Rolle spielen, da man dieser in Deutschland grösste Bedeutung zukommen lasse und man deren Vorteile propagandistischer und wirtschaftlicher Art nicht leichthin verscherzen wolle. Dinichert konnte sich wohl nicht vorstellen, was dann wirklich geschah. Dass Hitler nämlich schliesslich beides bekam: das Rheinland und die Olympiade. Bemerkenswert ist auch seine Feststellung, dass in einem kommenden Krieg zwischen den Westmächten und Deutschland wohl auch die Niederlande ihre Neutralität nicht aufrecht erhalten könnten.

Dinichert blieb auch weiterhin «am Ball». Bereits am Vorabend konnte er Bern telefonisch von dem kommenden Ereignis berichten, als z.B. der französische Botschafter, wie wir gesehen haben, noch ahnungslos gewesen ist. Das ist umso erstaunlicher, als Dinichert nachweislich oft gute Informationen von seinem französischen Kollegen erhalten hat. Merkwürdig berührt indessen, dass der sonst gegen Friedensbeteuerungen aus Hitlers Mund besonders skeptische Gesandte diesmal die Rede des Diktators, mit der dieser seinen Gewaltstreich propagandistisch absichern wollte, «überzeugend und aufrichtig» fand. Vielleicht darf man darin auch einen Hinweis auf die oft erwähnten schauspielerischen Fähigkeiten Hitlers sehen, deren suggestive Wirkung von vielen Gesprächspartnern, auch durchaus skeptischen, bezeugt wird.

Klar wiederum sieht Dinichert den Zusammenhang mit dem italienisch-äthiopischen Konflikt. Dadurch sei Italien als Garantmacht des Locarnovertrages «äusser Betracht» gefallen. Dasselbe hat, wie wir gleich sehen werden, auch der Gesandte in Rom nach Bern berichtet, und zwar aus allererster Quelle, nämlich von Mussolini selbst.

### *Rom: Mussolini droht mit Krieg*

Der neue schweizerische Gesandte in Italien, Minister Paul Ruegger, war am 27. Februar 1936 vom italienischen Staatschef zur Überreichung seines Beglaubigungsschreiben empfangen worden. Das war an sich nichts Ungewöhnliches. Aussergewöhnlich hingegen war, dass der Empfang bei Mussolini weit über die sonst übliche rein formale Bestätigung der Akkreditierung hinausging – aussergewöhnlich sowohl was die Dauer der Unterredung anbetrifft wie ihren Inhalt. Jedenfalls sah sich Ruegger veranlasst, über diese Unterredung mit dem «Duce» sofort telegrafisch nach Bern zu berichten und am folgenden Tag noch einen

ausführlichen Bericht nachzuliefern. Aus den Akten geht hervor, dass die Informationen aus Rom eine Art von Alarmstimmung im Politischen Departement auslösten. Was war geschehen?

Mussolini hat dem schweizerischen Gesandten gegenüber ganz offen mit dem Austritt Italiens aus dem Völkerbund gedroht, falls die Sanktionen, die der Völkerbund wegen des italienischen Angriffs auf Äthiopien beschlossen hatte, verschärft werden sollten. Darüber hinaus habe er dem französischen Botschafter erklärt, so Mussolini, dass eine Verschärfung der Sanktionen zu Feindseligkeiten (*hostilités*) führen könnte, was praktisch einer Kriegsdrohung gleichkam. Man kann verstehen, dass solche Meldungen die Zentrale in Bern aufschreckten, selbst wenn man nicht alles, was der impulsive Italiener sagte, zum Nennwert genommen hat. Dazu kam, dass die Schweiz insofern mitbetroffen war, als sie Mitglied des am 11. Oktober 1935 von der Völkerbundsversammlung ins Leben gerufenen «Petit Comité de Coordination» war, auch «Comité des XVIII» genannt. Dieses Gremium hatte die Aufgabe, über das Ausmass und die Durchführung der Sanktionen gegen Italien zu befinden. So verfehlte der «Duce» denn auch nicht, die Frage aufzuwerfen, ob die Schweiz bei der unmittelbar bevorstehenden Sitzung nicht den Vorschlag machen könnte, keine Verschärfung der Sanktionen vorzunehmen.

### *Dilemma der schweizerischen Aussenpolitik.*

Es ist leicht einzusehen, dass die Situation für die Schweiz, den kleinen Nachbarstaat Italiens, immer mehr als ungemütlich empfunden wurde. Das Dilemma für die schweizerische Aussenpolitik ist offensichtlich. Einerseits ging es um Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen als Mitglied der Genfer Liga, andererseits um die bilateralen Beziehungen zu einem grossen Nachbarstaat und wichtigen Handelspartner. Auch im Gespräch mit dem Schweizer Gesandten fiel das Wort Krieg. «Se si va avanti così, l'Europa va verso la guerra», wie Ruegger im Originalton berichtete. Um deutlich zu machen, dass eine solche Entwicklung auch die Schweiz in Mitleidenschaft ziehen könnte, fügte Mussolini noch bei, dann könnte auch die schweizerische Neutralität in Gefahr geraten. Auch vergass er nicht darauf hinzuweisen, dass nach einem allfälligen Austritt Italiens aus dem Völkerbund dieser noch weniger universal sein würde («ancora meno universale») – wohl wissend, welche Bedeutung gerade Bundesrat Motta dem Grundsatz der Universalität stets beigemessen hatte. Im Falle Italiens ging es ja nun nicht um irgendein beliebiges Mitglied der Organisation,

sondern um eine der ehemaligen Siegermächte und Mitbegründer des Völkerbundes und, was den Fall für die Schweiz besonders gravierend erscheinen lassen musste, eben um einen der grossen Nachbarstaaten. Man konnte sich auch in Rom leicht ausrechnen, wie unkomfortabel eine Situation in der Schweiz empfunden werden musste, wenn von den drei angrenzenden Grossmächten zwei der Genfer Liga nicht mehr angehören würden.

### *Mussolini als «Freund» der Schweiz.*

Ruegger wusste aber immerhin auch Positives zu berichten. Denn der italienische Staatschef machte andererseits auch Avancen und Komplimente an die Adresse der Schweiz: er sei ein Freund der Schweiz – «di tutta la Svizzera» habe er sogar zweimal betont. Das sollte natürlich eine Beruhigung in Sachen Irredentismus Richtung italienische Schweiz darstellen. Es gehörte zum üblichen Szenario, öffentlich jegliche Aspiration auf die italienisch sprechenden Teile der Schweiz in Abrede zu stellen und die entsprechende Bewegung im geheimen eben doch zu unterstützen. Mussolini ging noch erheblich weiter und versicherte, niemals würde eine Bedrohung von Seiten Italiens kommen, ja im Falle einer Gefahr würde Italien die Schweiz verteidigen («io vi difendero»). Auch sei er sich bewusst, dass sich die Schweizer sehr wohl zu verteidigen wüssten. Es liegt auf der Hand, dass man solche Töne in Bern gerne hörte. Ob man sie zum Nennwert nahm, ist eine andere Frage. Dass gerade Bundesrat Motta solchen Beteuerungen mehr Glauben schenkte als sie verdienten, scheint unbestritten zu sein.

### *Alarm in Bern: Austritt Italiens aus dem Völkerbund?*

Sie vermochten jedenfalls beim Chef der politischen Abteilung, also dem zweiten Mann im Aussenministerium, die erwähnte Alarmstimmung nicht zu verhindern. Er richtete unmittelbar nach Eingang des Telegramms von Ruegger, am 29. Februar 1936, ein vertrauliches Schreiben an die Gesandtschaften in Berlin, London und Paris. Darin kommt die Beunruhigung deutlich zum Ausdruck, welche Mussolinis Worte hervorgerufen haben. Das Schreiben von Pierre Bonna stellt aber auch eine luzide Analyse nicht nur der bestehenden Lage, sondern auch der möglichen zukünftigen Entwicklungen dar. Das Dokument scheint uns von grosser Bedeutung für das Verständnis der schweizerischen Aussenpolitik in einer äusserst heiklen Phase der internationalen Beziehungen, einer Phase, in der die Karten neu gemischt werden und eine völlig veränderte Konstellation der Mächte am Horizont erscheint.

Bonna macht klar, dass ein eventueller Austritt Italiens aus dem Völkerbund das definitive Ende der «Front von Stresa» bedeuten könnte, also ein Bruch der 1935 am Lago Maggiore nochmals notdürftig zusammengeführten Allianz der ehemaligen Siegermächte. Bezugnehmend auf einen Artikel des dem «Duce» nahestehenden *Giornale d'Italia* befürchtet Bonna weiter, dass Italien sich mit Deutschland zusammentun könnte, um den Pakt von Locarno in Frage zu stellen. Und der Verfasser des Papiers fragt sich besorgt, ob eine Entente zwischen Deutschland und Italien bevorstehe, also «une solidarité italo-allemande» an Stelle der bisherigen «solidarité anglo-franco-italienne»? Bonna sieht auch die Gefahr eines deutschen Gewaltstreichs am Rheinland voraus und hält eine entsprechende Gegenaktion Frankreichs für möglich. Jedenfalls sei diese Zone am Rhein, so schliesst er seine Instruktion an die diplomatischen Vertreter in den wichtigsten europäischen Hauptstädten, «le point névralgique le plus dangereux peut-être de la situation européenne». (Doc. dipl. Suisses, Vol. 11, No. 212 und 214)

### *Sorgen um den Locarnovertrag*

Wir haben diese Dokumente deswegen ausführlich zitiert, weil daraus ersichtlich ist, welche Besorgnis die sich abzeichnende Verwandlung der europäischen Szenerie in Bern ausgelöst hat. Dies ist bei näherer Betrachtung auch kein Wunder. Denn die von Bonna skizzierte Entwicklung, die einem regelrechten Reversement des alliances gleichkommen würde, betraf die schweizerische Sicherheit in doppelter Weise; denn noch gravierender als der Zerfall des Völkerbundes musste man in Bern den möglichen Bruch des Vertrages von Locarno empfinden. Dieser Vertrag, auch Rhein- oder Westpakt genannt, vereinigte in einem regionalen Sicherheitssystem ja gleich alle drei grossen Nachbarstaaten der Schweiz: Frankreich und Deutschland als direkte Partner, Italien (zusammen mit England) als Garantiemacht. Dieser Vertrag stellte somit eine viel stärkere Garantie für die Sicherheit der Schweiz dar – übrigens auch für andere Kleinstaaten Westeuropas wie Belgien und Holland –, als dies der prinzipiell global konzipierte Völkerbund je vermocht hatte, selbst wenn er funktioniert hätte, was ja ganz offensichtlich nicht der Fall war.

So verwunderte es denn auch nicht, dass der Abschluss des Paktes im Oktober 1925 in der Schweiz allgemein begrüsst worden war, ganz im Gegensatz übrigens zu den direkt betroffenen Ländern Deutschland und Frankreich, wo ihn Nationalisten und Kommunisten in schöner Eintracht wütend bekämpften. In der Schweiz dagegen wurde der Vertragsabschluss als historisches Datum

ersten Ranges gewürdigt. Von einem grossen Friedenswerk war die Rede, von einem «Statut eines einheitlichen Europas», ja man empfand das Ganze als ein «Wunder»! Für die Befürworter in den betroffenen Ländern und damit auch für die Schweiz war entscheidend, dass die alten «Erbfeinde» erstmals in der Geschichte zu gemeinsamer und – anders als im Vertrag von Versailles – freiwilliger Friedenspolitik zusammengefunden hatten. Der deutsch-französische Gegensatz, der sich innerhalb von 50 Jahren bereits in zwei Kriegen entladen und die Schweiz jeweils in Mitleidenschaft gezogen hatte, schien nun definitiv begraben. Bleibt hinzuzufügen, dass der Vertrag von Locarno noch den nicht zu unterschätzenden Vorteil gehabt hat, der Schweiz ausserordentliche Sicherheit zu bieten, ohne dass dem Land, im Unterschied zum Völkerbund, daraus irgendeine rechtliche Verpflichtung erwachsen wäre. (Vgl. meinen Aufsatz «Rückblick auf Locarno 1925» in: Mächte und Kräfte im 20. Jahrhundert, Zürich und Düsseldorf 1985, S. 114 ff.)

Was Bundesrat Motta nach dem Beitritt der Schweiz zum Völkerbund geschrieben hat, mag er auch beim Abschluss des Vertrages von Locarno gedacht (und gehofft) haben:

«Die Fortschritte sind gewaltig, und zwar so gewaltig, dass, wenn es moralisch erlaubt wäre, die Ereignisse der Zukunft rein nach den geschriebenen Rechtsnormen vorauszusehen und zu beurteilen, wir alle wohl den Krieg als endgültig besiegt betrachten könnten.» (Luchsinger, NZZ, S. 20)

Es ist also völlig abwegig, wenn gewisse Autoren den Eindruck zu erwecken versuchen, Bern habe die Entstehung dessen, was man später die I «Achse» genannt hat, mit Wohlwollen verfolgt. Die Schweiz als ein zwischen drei Grossmächten «eingeklemmter» Kleinstaat musste wohl oder übel den radikal veränderten Verhältnissen in der europäischen Politik Rechnung tragen. Das hat nichts mit «Anpassung» zu tun (mit dem üblich gewordenen pejorativen Geschmack). Es war vielmehr wohlverstandene «Staatsräson», die nach dem berühmten Wort Friedrich Meineckes darin besteht, «sich selbst und seine Umwelt zu erkennen und aus dieser Erkenntnis die Maximen des Handelns zu schöpfen».

### *London: Überraschung voll gelungen*

Die schweizerische Gesandtschaft in London meldet, die Rheinlandaktion sei für die britische Regierung ebenfalls eine völlige Überraschung gewesen («une surprise complète»). Nichts habe im diplomatischen Alltag auf eine unmittelbar bevorstehende «crise violente» hingedeutet. Auch die Übergabe des deutschen Me-

morandums (mit dem «umfassenden Friedensplan») sei für den britischen Aussenminister Eden völlig überraschend erfolgt. Der Schweizer Gesandte Paravicini wundert sich darüber und fragt sich, ob der deutsche Botschafter, bei dem er eben noch zu Gast gewesen war, wirklich nichts gewusst oder zum mindesten geahnt habe.

Es kann indessen als sicher angenommen werden, dass dem so gewesen ist. Es gehörte zu Hitlers bis zur Virtuosität entwickelten Taktik, für seine aussenpolitischen und später auch militärischen Aktionen höchste Geheimhaltungsstufe anzuordnen und eine möglichst geringe Anzahl von Leuten einzuweihen, nur gerade so viele, wie zur Durchführung unbedingt notwendig gewesen sind. Nur so konnte er seine «Coups» sozusagen überfallartig und mit grösstmöglichem Überraschungseffekt durchführen. Die Überraschung, man könnte auch sagen Überrumpelung sollte eine lähmende Wirkung auf den Gegner ausüben und ihn an raschem Handeln hindern, was meistens auch prompt eingetreten ist. Diese Wirkung wurde noch dadurch erhöht, dass es sich meistens um «Wochenendüberraschungen» handelte. Da waren die massgebenden Leute der betroffenen Länder nicht in ihren Büros, meistens auch noch fern der Hauptstadt, dazu erschienen keine oder nur wenige Zeitungen. Im Falle von Chamberlain z.B. wusste man im deutschen Führungszirkel genauestens Bescheid über seine Gewohnheiten: dass er jedes Wochenende in seinem Landhaus weilte und dort nicht gestört werden wollte und dass er nur ein Telefon hatte, das in der Küche stand.

Dass von dieser Geheimnistuerei in Berlin selbst die zuständigen Minister betroffen waren, indem sie notfalls einfach übergangen wurden, ist ebenfalls bekannt. So lief im Falle der Rheinlandbesetzung die ganze Vorbereitung über das Büro Ribbentrop, also am amtlichen Aussenministerium vorbei. Wie Ribbentrop selbst noch seine Mitarbeiter über das geplante Unternehmen irrezuführen versuchte, darüber kann man etwa bei Erich Kordt nachlesen. (Nicht aus den Akten, S. 128 ff.)

### *Von Entente cordiale keine Spur*

Doch zurück zu unserer Berichterstattung aus London. Zunächst habe Eden, so wird nach Bern berichtet, äusserst scharf auf den Bruch des Locarnovertrages reagiert. Auch die Presse habe die Vertragsverletzung zwar einmütig verurteilt, doch nirgends seien entsprechende Konsequenzen gezogen worden (im Sinne einer energischen Gegenaktion). Allgemeiner Tenor: Erhaltung des Friedens unter allen Umständen. Dies missfällt dem Schweizer Diplomaten ganz ent-



schieden, und er bringt dies gegenüber der Zentrale in Bern auch unmissverständlich zum Ausdruck:

«Il est impossible de ne pas comprendre que les expériences faites imposent cette fois une conduite ferme. On attend de la Grande-Bretagne, doivent se dire ceux qui réfléchissent bien, quelle fasse carrément le devoir qu'exige sa position prépondérante. L'hésitation sera fatalement désastreuse.» Durch eine solche Haltung würde man nämlich bald einmal an einen Punkt gelangen, wo Deutschland eines Tages etwas verlangen würde, das man in London nicht mehr akzeptieren könnte, und dann hätten wir wie 1914 den Krieg.

Man wird nicht bestreiten wollen, dass hier der Gang der Dinge mit geradezu prophetischem Blick vorausgesehen worden ist. Doch leider wurde diese klare Sicht von denen, auf die es ankam – und zu denen gehörte der Minister Paravicini eben nicht – überhaupt nicht geteilt. Denn bald einmal zeigte es sich, dass England nur allzu rasch bereit war, die neue Lage zu akzeptieren. Von einem Zusammengehen und Zusammenstehen der beiden westlichen Demokratien konnte keine Rede sein. Während Frankreich für seine Forderung auf die Wiederherstellung des status quo ante englische Unterstützung verlangte, wollte dieses nur eins: den Faden nach Berlin nicht abreißen lassen, sondern trotz allem Verhandlungen mit Hitler, um den Frieden zu erhalten. Der Gesandte stellt lakonisch fest, England habe es sich in dieser bisher schwersten Krise seit dem Weltkrieg sehr leicht gemacht. Die Standpunkte zwischen den alten Verbündeten klappten weit auseinander. Sogar von «rupture entre Paris et Londres» ist die Rede. Von «Entente»-Atmosphäre jedenfalls ist in diesem entscheidenden Augenblick wenig zu spüren. Einer der Berichte schliesst sogar mit dem Wort: «décidément l'Anglais n'aime pas le Français». Dafür berichtet dann der Gesandte in Paris, dort mache das Wort vom «perfiden Albion» die Runde. Die viel berufene Entente cordiale war ganz offensichtlich auf einem Tiefpunkt angekommen. Dass unter solchen psychologischen Begleiterscheinungen eine entschiedene gemeinsame Gegenaktion nicht zustande kommen konnte, leuchtet ein.

### *Kein Krieg für «Versailles»*

Dagegen glaubt der Schweizer Diplomat sogar eine «vague pro-allemande» feststellen zu müssen. Es ist das unbestreitbare Phänomen, auf das wir schon hingewiesen haben: es gibt eine mächtige prodeutsche Lobby in London, von der Hitler bis zum Kriegsbeginn profitieren wird, ja sogar noch darüber hinaus, wie an anderer Stelle gezeigt wird. Es gebe eigentlich keine Schwierigkeiten

von vitaler Bedeutung zwischen England und Deutschland, wird argumentiert. Es müsse daher «à tout prix» vermieden werden, dass man noch mehr in diese Affäre hineingezogen werde. Die Garantiemacht des von Hitler mutwillig zerrissenen Vertrages tut so, als ob sie die ganze Angelegenheit nichts angehe! Zwar findet man natürlich Hitlers Methode «déplorable» und das Nazisystem «déplaisant dans le plus haut degré», aber gleichzeitig verweist man auf Ereignisse der Vergangenheit, die zugunsten von Deutschlands Haltung angeführt werden können, vom Versailler Frieden bis zur Ruhrbesetzung.

In diesem Augenblick wird besonders deutlich, dass kaum jemand in England noch bereit ist, für die Aufrechterhaltung von Friedensbestimmungen in den Kampf zu ziehen, die nach allgemeiner Auffassung den Frieden eher belasten und gefährden. Mit andern Worten: Hitler wird, was Englands Haltung anbetrifft, auch zukünftig freie Bahn haben bei seiner Politik der «Befreiung Deutschlands von den Fesseln von Versailles» – wenn dies auf dem Wege von Verhandlungen geschieht und nicht durch Gewalt, wie jeweils von englischer Seite, wohl vor allem zur Beruhigung des eigenen Gewissens, geflissentlich hinzugefügt wird. Denn als Hitler sich bei seinen zukünftigen Unternehmungen in keinem Fall der Anwendung von Gewalt oder zum mindesten der Drohung mit Gewalt enthalten hat, ist trotzdem allzulange alles von London geschluckt worden. Bis eben dann der Punkt kam, von dem der Gesandte Paravicini geschrieben hat: als man Hitlers Forderungen nicht mehr akzeptieren zu können glaubte und damit der Krieg, den man unter allen Umständen hatte vermeiden wollen, Tatsache wurde.

### *Britische Sicherheitsgarantie nur für Westeuropa*

Natürlich bedeutete dies alles nicht, dass England nun an der Sicherheit Westeuropas, also des direkt gegenüberliegenden Gebietes auf dem Kontinent, nicht weiter interessiert gewesen wäre. Es entsprach einem jahrhundertealten aussen- und sicherheitspolitischen Grundsatz Londons, dass die Kanalküste nicht in die Hände einer (feindlichen) Grossmacht fallen durfte. Um dies zu verhindern bzw. rückgängig zu machen, hatte England in mehrere europäische Kriege eingegriffen: von Philipp II. von Spanien über Louis XIV. und Napoleon bis zum Ersten Weltkrieg, wo bekanntlich die Verletzung der belgischen Neutralität den englischen Kriegseintritt gegen Deutschland unmittelbar zur Folge hatte. An diesem Grundsatz sollte durchaus festgehalten werden, wie der britische Aussenmini-

ster vor dem Unterhaus betonte. So wurde die aus dem Locarnovertrag stammende Garantie für Frankreich und Belgien für den Fall eines deutschen Angriffs bestätigt.

Diese Garantie galt ausdrücklich auch für die Niederlande, die dem Locarnovertragssystem nicht angehört hatten. Englands Sicherheitsgrenze sollte also nach wie vor der Rhein bilden. Das Problem war nur, dass man in London die enorme Verschlechterung der strategischen Lage, wie sie etwa Churchill so vehement beklagt hat, nicht zur Kenntnis nehmen bzw. nicht in Rechnung stellen wollte. Die deutsche Wehrmacht stand ja nach der Remilitarisierung des Rheinlandes nicht nur wieder am Rhein, sie hatte ihn bereits überschritten. Dies stellte insbesondere eine Beeinträchtigung der Sicherheit Belgiens, aber auch der Niederlande dar. Und genau dies waren ja die Länder, welche England zu seiner kontinentalen Sicherheitszone zählte. Es bleibt ein Rätsel, wie derart grundlegende strategische Tatsachen einfach «übersehen» werden konnten.

### *Strategische Begründung der Appeasementpolitik*

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die politische Konsequenz, die man aus der neuen Lage gezogen hat, entsprechend fragwürdig ausgefallen ist: Da ein deutscher Angriff auf die genannten Länder einen casus belli darstellen würde, müsse eben alles getan werden, um diesen Fall nicht eintreten zu lassen. Das ist nichts anderes als die strategische Begründung für die Appeasement Policy. Auf dem Höhepunkt dieser Politik unter Premierminister Neville Chamberlain durfte Krieg als mögliche Form der Auseinandersetzung mit Deutschland nicht einmal mehr auch nur theoretisch in Betracht gezogen werden. Damit hat sich die britische Regierung im Grunde genommen selbst eines guten Stückes ihrer Handlungsfreiheit begeben. Die schiefe Ebene der Konzessionen, von der Prof. Bariéty geschrieben hat, war damit auch in England betreten.

Dazu kommt, dass die britische Garantie für Frankreich nur für den Fall eines direkten deutschen Angriffs gelten sollte, also nicht für den Fall eines deutschen Angriffs auf einen osteuropäischen Verbündeten, dem Frankreich kraft seiner Verpflichtungen hätte zu Hilfe eilen müssen. Denn in diesem Fall hätte Frankreich als Angreifer gegenüber Deutschland erscheinen können (was man ja selbst in Paris für den Fall einer militärischen Gegenaktion im März 1936 befürchtet hat). Als im Herbst 1939 dann der Ernstfall wirklich eintrat, hat die deutsche Propaganda nicht verfehlt, Frankreich als Angreifer zu stigmatisieren, da es Deutschland den Krieg erklärt habe und nicht umgekehrt.

Nun ist an dieser Argumentation natürlich manches reichlich theoretisch. Zunächst einmal war die französische Armee, wie sich zeigen sollte, auf Grund ihrer Defensivstrategie gar nicht in der Lage, einen Angriff auf Deutschland durchzuführen, um den angegriffenen Verbündeten im Osten rechtzeitig zu entlasten. Andererseits war man sich auch in England zu jeder Zeit im klaren darüber, dass für den Fall einer Verwicklung Frankreichs in einen Krieg mit Deutschland, London nicht abseits stehen konnte, jedenfalls nicht auf Dauer. Es ist dieser Aspekt der britischen Sicherheitspolitik, den man in Frankreich nie richtig verstanden hat. Deshalb glaubte man immer, ohne ausdrückliche vorherige britische Zustimmung und Unterstützung nichts unternehmen zu können. Es war eine Art *circulus vitiosus*, ein Teufelskreis. Der tiefste Grund für dieses letztlich unbegründete Verhalten Frankreichs war natürlich die eigene innere Schwäche und Unsicherheit. Oder wie Churchill es drastisch formuliert hat: die Franzosen fanden im britischen Pazifismus eine Entschuldigung für ihren eigenen Pazifismus. Womit wir bei der schweizerischen Berichterstattung aus Paris angekommen wären.

### *Paris: «résolution platonique» gefährdet den Frieden*

Die schweizerische Gesandtschaft in Paris bestätigt – die zitierten Berichte sind vom Geschäftsträger Henri de Torrente unterzeichnet –, was wir schon aus anderen Quellen wissen: einzige Sorge des Mannes auf der Strasse ist «d'éviter à tout prix la guerre». Vorherrschende Meinung sei, dass nur im Falle eines direkten Angriffs auf das eigene Land zu den Waffen gegriffen werden sollte. Das deutet daraufhin, dass die Verbündeten im Osten bereits jetzt abgeschrieben sind. Wie sein Kollege in London ist auch der diplomatische Vertreter in Paris besorgt über die mangelnde Entschlusskraft der westlichen Regierungen, der deutschen Provokation mit entsprechenden Mitteln zu begegnen. Schon in seinem ersten Bericht nach Bern vertritt der Geschäftsträger de Torrente entschieden die Meinung, Gefahr für den Frieden gehe nicht von einer energischen Gegenaktion aus, sondern vielmehr von einer schwächlichen Haltung. Wenn es wieder lediglich zu einer «résolution platonique» kommen sollte, wie 1935 auf der Konferenz von Stresa, heisst es im Bericht, «la paix sera mise dangereusement en péril». Auf der Konferenz von Stresa hatten sich die ehemaligen Siegermächte versammelt, um gegen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Hitler zu protestieren – aber eben nur zu protestieren, ohne irgendwelche praktischen Massnahmen zu treffen. Auch die Berichte aus Paris geben wie diejenigen aus London tiefen Einblick in die geradezu pitoyable Situation,

in der sich die französisch-britische Entente befindet. Statt als Verbündeter Frankreichs trete der britische Aussenminister als Schiedsrichter auf und stelle damit Frankreich mit Deutschland auf dieselbe Stufe, wird mit kritischem Unterton festgestellt. Torrente erweist sich wie Paravicini als entschiedener Gegner einer weichen Haltung gegenüber der deutschen Herausforderung. Entsprechend kritisch fällt auch sein Urteil über die wenig ertragreichen Verhandlungen im Völkerbundsrat aus, der auf Ersuchen Frankreichs zur Behandlung der Krise zu einer Tagung in London zusammengekommen war. Es werde wohl so herauskommen wie schon mehrmals in den vergangenen Jahren, und Frankreich werde sich wohl wieder einmal mit einem «succès juridique» zufriedengeben müssen. Ein eminenter «Professeur de la Faculté de droit» habe gar von einer «frénésie juridique de la France» gesprochen – also von einer juristischen Sucht.

### *Schwere Folgen für kollektive Sicherheit und Völkerbund*

Der Schweizer Diplomat befürchtet – und mit Recht, wie sich zeigen sollte – dass in den Verhandlungen von London nichts weiter herauskommen werde als eine weitere «condamnation juridique de faible valeur». Und dann kommt der bemerkenswerte Satz:

«Si tel était le cas, les conversations de Londres auraient démontré une fois de plus, et dans une large mesure, les inconvénients et même l’impuissance de l’action collective. Il pourrait en résulter des conséquences extrêmement graves pour l’avenir de la Société des Nations.»

Der Berichterstatter sieht also extrem schwere Folgen für die kollektive Sicherheit und den Völkerbund voraus, wenn die Dinge den befürchteten Verlauf nehmen sollten. Bundesrat Motta hat am Rande dieses (muss man sagen prophetischen?) Satzes ein Fragezeichen gesetzt. Den vorherigen Satz über die Gefahr für den Frieden hatte er mit Fragezeichen und Ausrufzeichen versehen. Was soll man daraus entnehmen?

Dass der Aussenminister durch die beunruhigenden Meldungen seiner diplomatischen Vertreter alarmiert gewesen ist, darf man füglich unterstellen. Ob er indessen ihre Interpretationen tel quel teilte, ist wohl eher fraglich. Motta sah den Frieden wohl nicht gefährdet, wie seine diplomatischen Vertreter in Paris und London, durch den von England signalisierten Verhandlungswillen, sondern eher für den Fall einer militärischen Gegenaktion des Westens. Dass er als verantwortlicher Leiter der Aussenpolitik eines kleinen und zudem mitten im europäischen Spannungsfeld gelegenen Staates der Erhaltung des Friedens absolute Priorität beimass, ist an sich verständlich. Trotzdem hat er sich, wie die

Zukunft zeigen sollte, getäuscht. Denn Nachgeben hat ja nicht den Frieden gefestigt, sondern letztlich den Krieg herbeigeführt, wie dies insbesondere Prof. Bariéty überzeugend dargelegt hat. Es scheint, dass Motta die Tragweite des Umsturzes der strategischen Verhältnisse (zu Ungunsten Frankreichs) nicht wirklich realisiert hat – im Gegensatz etwa zu Bundesrat Minger, wie noch zu zeigen sein wird. Bei Mottas letztlich falscher Einschätzung der Lage wird seine ebenfalls fragwürdige Beurteilung der angeblich friedenserhaltenden Rolle Mussolinis mitgespielt haben.

Hingegen wird die Bemerkung über das Versagen des Völkerbundes Motta wohl in seinem schon damals spürbaren Bestreben bestärkt haben, allmählich auf Distanz zum Völkerbund zu gehen. Umsomehr als unmittelbar nach dem zitierten Satz die Rede ist von einer Tendenz, «qui se fait jour parmi les pays de la Petite Entente d'abandonner Genève».

### *Allgemeine Absetzbewegung von Genf*

Auf diese «Los-von-Genf»-Bewegung sind wir schon bei früheren Studien gestossen. Die Sache ist umso bemerkenswerter, als es sich bei den Ländern der Kleinen Entente, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, um stets besonders treue und eifrige Mitglieder der Genfer Liga gehandelt hat. Eine ähnliche Tendenz war auch in andern Regionen Europas festzustellen, unter den westeuropäischen Kleinstaaten (Holland, Belgien, Luxemburg) sowie in den skandinavischen Ländern, die mit den letzteren übrigens in der sog. Oslogruppe zusammenarbeiteten. Schliesslich wären auch noch die baltischen Staaten zu nennen.

Überall ging es um dieselbe Frage: ob nationale Sicherheit angesichts des offensichtlichen Versagens kollektiver Sicherheit nicht eher in strikter Neutralitätspolitik zu suchen und zu finden sei. Die Rückkehr der Schweiz zur «integralen» Neutralität im Jahre 1938 ist also keineswegs eine solch singuläre Aktion gewesen, wie es einer gelegentlich etwas zu helvetozentrischen Geschichtsbeurteilung erscheinen mochte. Bei all diesen Staaten sank insbesondere die Lust, weiterhin bei allfälligen Sanktionen mitzumachen, allmählich gegen Null. Die Schweiz sagte sich zwar dann schliesslich als einziges Land durch völkerrechtlichen Akt von den Sanktionsverpflichtungen los – wie sich das für das besonders ausgeprägte rechtsstaatliche Denken dieses Landes geziemt. Doch die andern vollzogen jeder für sich diesen Schritt ebenfalls, sozusagen stillschweigend. So fasste ein holländischer Historiker anlässlich eines Colloquiums an der Univer-

sität Bern die Haltung der genannten Länder mit den Worten zusammen: «They would reserve the right to obey or disobey a call of sanctions». Nicht von ungefähr unterstützte damals der schwedische Aussenminister das Begehren der Schweiz vor dem Genfer Forum derart engagiert, dass man von ihm nachher gesagt hat, er habe wie der Aussenminister der Schweiz gesprochen. Auf diese Problematik wird im entsprechenden Kapitel noch zurückzukommen sein. (Vgl. dazu Walther Hofer, Neutralität im totalen Krieg, in: Mächte und Kräfte im 20. Jahrhundert, Zürich 1985, S. 98 ff.)

### *Die Haltung der Schweizer Presse: Grenzen der Kritik*

Zunächst sei gleich festgehalten, dass der Schweizer Presse, im Gegensatz zu der von Churchill so scharf kritisierten britischen, ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt werden kann, was die Beurteilung der Vorgänge um den 7. März 1936 anbetrifft. Wer die damaligen Kommentare der Zeitungen verschiedener politischer Couleure miteinander vergleicht, wird übrigens kaum einen Unterschied feststellen können, was die Substanz der Kritik am deutschen Vorgehen angeht, allenfalls gibt es Nüancen etwa in Bezug auf die Wortwahl. In dieser Beziehung hatten die sozialdemokratischen Blätter von jeher schärfere Töne angeschlagen und wurden daher auch als erste im Dritten Reich verboten. Doch zum Zeitpunkt der Rheinlandkrise standen auch die führenden bürgerlichen Zeitungen der Schweiz in Deutschland längst auf dem Index.

In der heftig umstrittenen Frage über die Grenzen der zulässigen Kritik an ausländischen Ereignissen und Persönlichkeiten ist es übrigens der Chefredaktor des führenden sozialdemokratischen Organs «Volksrecht» in Zürich gewesen, der die Initiative ergriffen hat. Im August 1934 hat Nationalrat Ernst Nobs den Redaktionskollegen seiner politischen Richtung ein Zirkular zugesandt, worin er sie um die Vermeidung beleidigender Ausdrücke gegenüber fremden Regierungen und Staatsoberhäuptern ersuchte. Nobs war es auch, der die Aufstellung von entsprechenden Richtlinien empfohlen hat. Einige Jahre später, im Februar 1938, schrieb Nobs in der «Roten Revue», im Kampf gegen die autoritären Systeme werde nichts erreicht «mit einem in Verbalinjurien sich austobenden journalistischen Kraftmeiertum». Was in dieser Beziehung so alles geschrieben wurde, kann man einer (offiziellen) Liste von beleidigenden (und entsprechend zu unterlassenden) Ausdrücken entnehmen, die in einem Kreisschreiben der im Mai 1935 geschaffenen «konsultativen Pressekommission» an die Schweizer Presse zusammengestellt worden ist. Darin umschrieb die Kommis-

sion ihren grundsätzlichen Standpunkt mit den Worten, «dass die Schweiz zur unbedingten Wahrung ihrer Unabhängigkeit jede fremde Einmischung in interne Angelegenheiten aufs Schärfste zurückzuweisen hat. Das ist jedoch nur möglich, wenn die Redaktoren und Verleger der Schweizer Presse bei Berichten über das Ausland die internationalen Rechts- und Anstandregeln beachten, selbst in Fällen höchst berechtigter Kritik».

Das Schreiben enthielt einen «Richtkatalog» von Ausdrücken, «die die Redaktoren aus ihrem Wortschatz streichen sollten», wie zum Beispiel:

«Meuchelmörder, bestialische Mordtaten, Mördergesellschaft, Brandstifterregierung (Anspielung auf die NS-Urheberschaft des Reichstagsbrandes), Blutsäufer, Bluthunde, Galgengesindel, faschistische Verbrecherbande». (Vgl. Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Band III, Basel 1967, S. 131 ff.)

Es braucht wohl keiner langer Ausführungen darüber, gegen welches Regime diese «Beleidigungen» gerichtet waren – Beleidigungen, die sich inzwischen allerdings längst als historisch zutreffende Bezeichnungen erwiesen haben.

### *Der Pressekrieg zwischen der Schweiz und Deutschland*

Was man durchaus mit Recht als deutsch-schweizerischen «Pressekrieg» bezeichnet, hatte bereits mit den Ereignissen um den sog. «Röhm-Putsch» von 1934 einen ersten Höhe- bzw. Tiefpunkt erreicht, nicht den letzten, wie sich zeigen sollte. Die sich laufend verschärfende Auseinandersetzung in den Zeitungen der beiden Länder war ein sozusagen logisches Ergebnis des politischen Umbruchs, der durch die Errichtung einer totalitären Diktatur im nördlichen Nachbarland sich vollzogen hatte. Logisch insofern, als die Vorstellungen über die Aufgabe der Presse in den beiden Ländern immer stärker voneinander abzuweichen begannen. Wie die politischen Systeme der beiden Länder, totalitäre Diktatur einerseits, liberale Demokratie andererseits, unvereinbar gewesen sind, so auch die Auffassungen über die Rolle, welche die Presse zu spielen hatte. Um es auf eine Formel zu bringen: für die schweizerische Presse galt die Garantie der Meinungsfreiheit, die deutsche unterstand der ideologischen Kontrolle des NS-Staates. Das galt auch für die übrigen «Medien» (wie man heute sagen würde), soweit es sie damals bereits gegeben hat: Radio und Film, aber noch nicht Fernsehen.



## *Gezielter Einsatz des deutschen Rundfunks*

Auf das damalige «Massenmedium» Radio bzw. Rundfunk hatte die NSDAP gleich nach ihrem Machtantritt ihre schwere Hand gelegt. Die Macht über den Rundfunk war für die Partei Hitlers umso wichtiger, als sie (noch) nicht über eine nennenswerte eigene Presse verfügte – ganz im Gegensatz zu ihrem Koalitionspartner, der Deutsch-nationalen Volkspartei. Deren Chef, Alfred Hugenberg, war der eigentliche Pressezar im damaligen Deutschland, der über ein regelrechtes publizistisches Imperium herrschte. So kam es, dass der Rundfunk in der Phase der Machtkonsolidierung der NSDAP die entscheidende Rolle spielte. Darüber sind sich alle Sachverständigen einig. Mit scharfem Blick hatten die Kenner der Massenpsychologie, Hitler und Goebbels, die ausserordentlichen Möglichkeiten dieses Mediums für die propagandistischen Zwecke ihrer Politik erkannt. Bis in die hintersten Winkel des Reiches konnten sie nun ihre «neue» Botschaft verkünden. Dies galt insbesondere auch für die «Führerreden», die zu einer Art sakraler Zeremonie aufgebauscht worden sind und die anzuhören Pflicht jedes «aufrechten» Deutschen gewesen ist. Auch wir hier in der Schweiz konnten diese fragwürdigen Weihstunden miterleben. Der Autor hat noch heute die sich immer wieder hysterisch überschlagende Stimme des braunen Volkstribuns in den Ohren.

## *Deutsche Medien unter Staatskontrolle*

Die Gleichschaltung der Presse hat im Oktober 1933 durch ein Reichsgesetz, das sog. Schriftleitergesetz, ihre definitive «rechtliche» Grundlage bekommen, nachdem die Pressefreiheit schon vorher sukzessive eingeschränkt worden war. An Zeitungen durfte nach diesem Gesetz nur mitwirken, «wer arischer Abstammung ist und wer die Eigenschaften hat, die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert». Dass diese «Einwirkung» nur im Sinne der herrschenden Ideologie erfolgen konnte, liegt auf der Hand. Damit sollte auch der «Verjudung» des Pressewesens, wie es im NS-Jargon hiess, ein Ende bereitet werden. Es war also klar, dass von da an nur noch eine einzige Meinung in den Medien zum Ausdruck gebracht werden durfte, die «offizielle». Man durfte die Weisungen aus dem Propagandaministerium zwar variieren, doch sie in Frage zu stellen wäre glatter Selbstmord gewesen. Variation war sogar erwünscht, um den publizistischen Einheitsbrei nicht allzu fad erscheinen zu lassen und damit den trügerischen Eindruck einer weiterhin bestehenden Vielfalt

vorzugaukeln. Jedenfalls stand die Schweizer Presse in ihrer Auseinandersetzung mit der deutschen einer Art von monolithischem Moloch gegenüber.

Ungefähr gleichzeitig war das Gesetz über die Schaffung einer «Reichskulturkammer» verkündet worden. Darin sollten alle «Kulturschaffenden» zusammengefasst werden. Entsprechend gab es sieben Kammern, nämlich für «Schrifttum» (Literatur), Presse, Rundfunk, Theater, Musik, Bildende Künste und Film. Nicht einengen wollte man die kulturelle Entwicklung, sondern fördern, kommentierte Goebbels. «Der Staat will seine schützende Hand darüber halten», sagte der Propagandaminister, der nun recht eigentlich zum Kulturdiktator geworden war. Diese schützende Hand galt allerdings nur, wie er gleich hinzufügte, für diejenigen, die ihre Leistung in den Dienst der Nation und ihre Zukunft zu stellen gewillt waren.

(Vgl. Walther Hofer, *Der Nationalsozialismus Dokumente 1933-1945*, Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt am Main, S. 90 ff.)

### *Der Film, Lieblingskind des Propagandaministers*

Der deutsche Film, der in der Zeit der Republik hohes internationales Ansehen erworben hatte, wurde im Verlaufe der NS-Herrschaft ebenfalls zu einem teilweise virtuos gehandhabten Propagandainstrument umfunktioniert. Diese relativ neue Kunstform «erfreute» sich der ganz besonderen Anteilnahme von Goebbels. Aber auch der «Führer» selbst zeigte grosses Interesse und nahm gelegentlich an Premieren von Filmen persönlich teil, wenn es galt, diese ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu rücken.

Die Filmstars gehörten zur kulturellen Elite im Dritten Reich. Sie waren die bevorzugten Künstler im Hofstaat der NS-Prominenz, die ihre Favoriten mit Traumgagen, lukrativen Verträgen, Steuerbefreiungen, «arisierten» Villen ausstattete und mit Intendanten- und Professorentiteln köderte. Kaum einer habe dieser Verführung durch die Macht widerstehen können, sich jedoch nach dem Untergang des «tausendjährigen» Reiches nicht mehr so recht erinnern wollen. (Vgl. dazu: Felix Moeller, *Der Filmminister. Goebbels und der Film im Dritten Reich*. Berlin 1998.)

Goebbels kümmerte sich oft um jedes Detail, befand letztinstanzlich über Rollenbesetzungen, gab Regieanweisungen, verlangte Änderungen oder pfuschte den Verantwortlichen sonstwie ins Handwerk. Er kümmerte sich auch höchst persönlich um das Wohl «seiner» Schauspieler – sie alle bildeten eine grosse Familie, sagte er einmal und fühlte sich wohl als Pater Familias. Im Falle von weiblichen Stars bzw. solchen, die es werden wollten, soll allerdings die «väterliche» Fürsorge gelegentlich recht weitherzig interpretiert worden sein.

Nicht von ungefähr bezeichneten Eingeweihte den Filmdiktator als «Bock von Babelsberg» (natürlich nur hinter vorgehaltener Hand).

Was der Patriarch von seinen Schützlingen erwartete, machte er in einer programmatischen Rede schon recht früh klar (Mai 1933). Es ging ihm vor allem darum, dass der deutsche Film «sein eigenes Gesicht» bekomme, «keine blinde und geistlose Nachäffung irgendwelcher ausländischer Filme» sollte er sein. Wie dieses eigene Gesicht aussehen sollte, machte der Präsident der Reichsfilmkammer deutlich, als er proklamierte, die höchste Aufgabe seiner Organisation sei es, «den Film zu einem gefestigten und starken Instrument des ‚Führers‘ zu machen». Ausserdem wurde klar gemacht, dass der Film nicht mehr, wie in den «ausgefahrenen Geleisen des liberalen Filmstils», ein Unterhaltungsmittel sei. Er habe vielmehr «eine staatspolitische Funktion und gehöre deshalb als Erziehungs- und Führungsmittel in die Gewalt des Staates». (Vgl. die ausgezeichnete Dokumentation von Ernest Prodoliet, *Der NS-Film in der Schweiz im Urteil der Presse*, Zürich 1999, der wir auch die folgenden Informationen entnehmen.)

### *Die Schweiz wichtiges Absatzgebiet des deutschen Films*

In der Schweiz wusste man angesichts solcher Äusserungen also, was auf das Publikum zukam. Der deutsche Film nahm traditionell einen wichtigen Platz im Lande ein. Die angekündigte «Reform» konnte dem Schweizer Publikum und insbesondere der Presse daher nicht gleichgültig sein. Andererseits war man in Deutschland gerade am Filmexport in die Schweiz sehr interessiert, gehörte das Land doch zu den besten und zahlungskräftigsten (Devisen!) Abnehmern von deutschen Filmen. Doch wusste man in Berlin offensichtlich auch, dass das Schweizer Publikum sehr verwöhnt war, «da ihm die Produktion der ganzen Welt offenstehe». Nirgends werde es der deutsche Film so schwer haben wie in der Schweiz, hiess es von offiziöser deutscher Seite. In der Tat war dieses Publikum dem neuen deutschen Film gegenüber zurückhaltend. «Die kritische Schweizer Presse hat sich den Nazis nie angebeidert.» Ihre Haltung lässt sich auf die Formel bringen: Anerkennung künstlerischer Leistung, aber Ablehnung propagandistischer Absichten.

Drei Wochen nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde in der Schweiz eine Kommission geschaffen, welche alle Filme einer Vorzensur unterwarf, nicht zuletzt wegen der grossen Auslandsabhängigkeit auf diesem Sektor. Ihre Aufgabe war es, «die Vorführung von Filmen zu verhindern, welche die innere und äussere Sicherheit oder die Aufrechterhaltung der Neutralität oder die Inte-

ressen der Armee gefährdeten. (Vgl. Christoph Graf, Zensurakten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, Bern 1979)

### *Antisemitische Propaganda in der Schweiz unerwünscht*

Es verdient festgehalten zu werden, dass in den Jahren 1941-1943, also auf dem Höhepunkt der deutschen Machtentfaltung, neun deutsche Filme verboten worden sind, denen Goebbels das Prädikat «staatspolitisch wertvoll» verliehen hatte. Diese Auszeichnung erhielten nur Filme, die «Vorbildcharakter» im Sinne der NS-Ideologie aufwiesen. Unter den verbotenen Filmen befanden sich solche, die aus Neutralitätspolitischen Gründen abgelehnt wurden, aber auch einige, die wegen ihres antisemitischen und jüdenfeindlichen Inhalts der Vorzensur zum Opfer gefallen sind.

Zu den letzteren gehörte das «berühmteste» Machwerk dieser Gattung, der Film «Jud Süß» von Veit Harlan, der von den Gewaltigen des Reichs ganz besonders emporgelobt worden war. Doch die Schweizer Filmzensur liess sich davon nicht beirren. Es lohnt sich, aus der Begründung für dieses aufsehenerregende Verbot zu zitieren:

Jud Süß sei ein Propagandafilm, der für den Antisemitismus Werbung betreibe, heisst es da. Die Gestalt des «Jud Süß» werde «einseitig in den Dienst des in einem Teil des Auslandes zur Herrschaft gelangten Antisemitismus gestellt». Es werde mit geschickten Mitteln «die Stimmung des Beschauers gegen den Juden Süß und weiter gegen die Juden überhaupt aufgestachelt».

(Der Schweizer Filmproduzent Erwin Leiser hielt es noch 1995 nicht für angebracht, in einer Fernsehdokumentation über Propagandafilme Sequenzen aus diesem Film zu bringen. Denn der Film sei so gut gemacht, die Propaganda «so geschickt und infam, dass sie noch jetzt ihre Wirkung beibehält».)

Weiter heisst es noch in der erwähnten Zensurverfügung:

«Ein solcher Film erscheint für die Schweiz unzulässig. Der Film darf nicht zum Instrument ausländischer Propaganda werden. Das ist er aber in ausgeprägter Weise, wenn er für eine Rassentheorie ausländischen Ursprungs wirbt und mit hemmungslosen Mitteln Stimmung zu machen sucht, gegen eine kleine Minderheit, der in der Schweiz die gleichen Rechte zukommen wie den andern Bürgern.» (Vgl. Prodollet, S. 136/37.)

Dieses Dokument spricht nicht gerade für die These, es habe damals in der Schweiz eine antisemitische Grundstimmung gegeben.

## *Pressefehde auch mit dem faschistischen Italien*

Die Beziehungen zum südlichen Nachbarstaat wurden durch die Etablierung eines faschistischen Regimes in ähnlicher Weise und aus prinzipiell analogen Gründen belastet wie 10 Jahre später gegenüber Deutschland. Allerdings nahm die gegenseitige Verbitterung zu keiner Zeit dieselben Ausmasse an wie im deutschen Fall. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass die Vorgänge in Deutschland die deutschsprachige Schweiz, die fast 70 Prozent des Landes ausmacht, viel unmittelbarer berührten als die Ereignisse im Süden, von denen andererseits die italienischsprachige Schweiz umso mehr betroffen wurde. Durch das faschistische Regime wurde hier eine doppelbödige Politik betrieben. Offiziellen Freundschaftsbeteuerungen standen subversive Umtriebe von Agenten gegenüber, die eine schweizerische Irredenta in den italienischsprachigen Gebieten zu schüren versuchten. Dass dies nur mit stillschweigender oder gar wohlwollender Billigung durch Rom geschehen konnte, liegt auf der Hand. Andererseits hat es antifaschistische Umtriebe in der Schweiz gegeben, bis hin zur Vorbereitung von Attentaten gegen Mussolini, was zu häufigen Anklagen der Machthaber in Rom Anlass gegeben hat.

Wie schon früher angedeutet, hat sich der Leiter der schweizerischen Aussenpolitik, Giuseppe Motta, während seiner ganzen Regierungszeit falsche Vorstellungen gemacht über die wahren Gefühle und eigentlichen Absichten der Faschistenführer gegenüber der Schweiz. Sie lehnten dieses Land aus den gleichen Gründen ab wie ihre ideologischen Glaubensbrüder in Deutschland: weil es demokratisch und vielsprachig war (und ist), was ihren Vorstellungen von Staat und Nation diametral widersprochen hat. Es leuchtet ein, dass die Politik des faschistischen Italien umso kritischer beurteilt wurde, je mehr sich Mussolini ins Schlepptau des deutschen Diktators nehmen liess. Folgerichtig erreichte die publizistische Fehde im Sommer 1939 ihren Höhepunkt, als Italien im sog. Stahlpakt eine, wie es zum mindesten den Anschein machte, unbedingte Militärallianz mit dem Deutschen Reich abschloss.

Nun wurden auch die führenden bürgerlichen Schweizer Zeitungen verboten, nachdem linke Blätter dieses Schicksal schon lange vorher ereilt hatte. Immerhin gilt es festzuhalten, dass die italienischen Verbote erst Jahre nach den entsprechenden deutschen erfolgt sind. Nun aber sprach der italienische Aussenminister Graf Ciano dem schweizerischen Gesandten gegenüber von einer dauernd feindseliger werdenden Haltung der Schweizer Presse. Auch von Unterwürfigkeit den westlichen Demokratien gegenüber war die Rede. (Vgl. *Bonjour, Neutralität* Band III, S. 141 ff.)

## *Absage an die deutsche Zensur*

Die verantwortlichen Leiter der wegen ihrer Berichterstattung über den sog. «Röhm-Putsch» (Ende Juni/Anfang Juli 1934) vom Verbot betroffenen drei grossen liberalen Zeitungen (Neue Zürcher Zeitung, National-Zeitung, Der Bund) gaben in einer gemeinsamen Erklärung am Ende jenes Jahres bekannt, dass sie nicht bereit seien, sich irgendeinem deutschen Druck zu beugen. Sie stellten fest,

«dass sie nicht in der Lage sind, ihre Schreibweise den ungewöhnlichen Anforderungen anzupassen, die für die Zulassung der deutschsprachigen neutralen Presse in Deutschland offenbar gestellt werden ... Sie lehnen es gleichfalls ab, aus geschäftlichen Erwägungen eine äusserlich besonders zurechtgemachte Auflage für Deutschland herauszugeben». (Vgl. Fred Luchsinger, *Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges*, Zürich 1955, S. 79 ff.)

Mit andern Worten: die betroffenen Zeitungen verzichteten lieber auf ihre Wiederzulassung in Deutschland, als irgendwelche Konzessionen an das dortige Regime zu machen. In der Tat war in Berlin eine Aufhebung des Verbots erwo-gen worden, doch hat sich letztinstanzlich Hitler persönlich dagegen ausgesprochen. Was die Erwähnung der «geschäftlichen Erwägungen» anbetrifft, so waren diese keineswegs einfach eine «quantité négligeable». Bei der NZZ zum Beispiel waren die Absatzziffern von früher durchschnittlich 1'000 Exemplaren nach dem Regierungsantritt Hitlers auf bis zu 8'000 pro Tag im Jahre 1934 angestiegen. Ähnlich war es bei den Basler Nachrichten. Die NZZ war, zusammen mit den beiden Basler Blättern, die «heissbeehrte Kost unter dem Regime striktester Diät, das die nationalsozialistische Pressepolitik den Deutschen auferlegte». Damit ist erwiesen, dass viele Deutsche auf schweizerische (und sicher auch andere ausländische Organe) ausgewichen sind, weil sie in ihrer eignen Presse nicht mehr die unabhängige und vollständige Information fanden, die sie sich wünschten.

## *Schweizer Presse «besonders deutschfeindlich»*

Die fremdsprachigen Presseerzeugnisse erweckten indessen aus naheliegenden Gründen bei der NS-Führung weit weniger Argwohn als die in deutscher Sprache erscheinenden Schweizer Zeitungen. Die Sprachbarriere spielte damals eine noch viel grössere Rolle, als dies heute der Fall ist. So kam es, dass französische und englische Zeitungen noch zugelassen waren, als die (deutsch)schweizerischen längst alle verboten waren. Die Sprache war aber nicht der einzige Grund für die

ungleiche Behandlung durch die deutschen Behörden. Noch wichtiger war wohl der Umstand, dass die Schweizer Presse gegenüber dem damaligen Deutschland besonders kritisch eingestellt war.

So beklagte sich der deutsche Gesandte, damals war es noch der spätere Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, «bei jeder Gelegenheit» darüber, «dass die Schweizer Presse besonders deutschfeindlich schreibe». Noch wenige Monate vor Kriegsbeginn glaubte Weizsäcker, inzwischen nun Staatssekretär im Reichsaussenministerium, feststellen zu müssen, «dass die schweizerische Presse die feindseligste Haltung von allen Ländern zeige». Sie gehe in ihrer Kritik sogar weiter als die französischen, englischen und amerikanischen Zeitungen. Man wird dem Urteil Edgar Bonjours nur zustimmen können, wenn Ier schreibt, mit dieser Feststellung habe der deutsche Staatssekretär, wenn auch unabsichtlich, «der Schweizer Presse wohl das höchste Lob ausgesprochen». (Vgl. Edgar Bonjour, Neutralität Band III, S. 139 ff.) Man erinnere sich hier der früher dargelegten Tendenz führender britischer Blätter, die eingehenden Berichte ihrer Korrespondenten in Deutschland zu entschärfen bzw. zu beschönigen, um «das gute Einvernehmen» zwischen den beiden Ländern ja nicht zu belasten.

### *Basler Nachrichten als meistgelesene Zeitung in Deutschland*

Wie eine wissenschaftliche Untersuchung ergab, die seinerzeit in meinem Seminar an der Universität Bern verfasst wurde, waren es die Basler Nachrichten, welche die Nachfolge der drei verbotenen Schweizer Zeitungen – allerdings nur vorübergehend – angetreten haben. Nach einer Information des schweizerischen Generalkonsuls in Köln soll das liberale Basler Blatt im September 1934 die fast unglaubliche Zahl von 80'000 verkauften Exemplaren erreicht haben! Damit hatte der Absatz in Deutschland ein Mehrfaches desjenigen in der Schweiz erreicht. Die schweizerische Verkehrszentrale schrieb in einem Brief vom 12. Juni 1935 an Bundesrat Motta, das Schweizer Blatt werde von der deutschen Leserschaft auf Tage hinaus vorbestellt, und ein einziges Exemplar mache oft die Runde bei 20 und mehr Lesern. Daraus dürfe man schliessen, dass mehrere 100'000 deutsche Leser das Blatt zu Gesicht bekämen – eine Leserzahl, die grösser sein dürfte als diejenige irgendeiner grossen deutschen Zeitung. Dass dies dem Propagandaminister in die Nase gestochen hat, ist begreiflich. Als deren Chefredaktor, Albert Oeri, sich auch noch geweigert hat, irgendwelche Konzessionen in bezug auf das Verhalten seines Blattes zu machen, waren die Tage der Basler Nachrichten Ende Juni 1935 ebenfalls gezählt.

Übrigens sind nach dem endgültigen Ausscheiden der grossen Blätter auch kleinere Schweizer Zeitungen zum Zuge gekommen. So wurden u.a. die Thurgauer Zeitung und die Appenzeller Zeitung zur bevorzugten Lektüre mancher Reichsbürger, bis dann noch vor Kriegsbeginn auch diese kleineren Blätter der Bannstrahl von Goebbels getroffen hat. (Nach der seinerzeit in meinem Seminar angefertigten Lizentiatsarbeit von Regula Hadorn, Pressefreiheit und Aussenpolitik in der Zwischenkriegszeit, unpubliziertes Manuskript von 1987.)

«Es lag nicht an der freien Presse, wenn es zwischen ihr und dem totalitären Staat zum Konflikt kam, sondern an diesem Staat, der sie in ihrer anerkannten Funktion nicht dulden konnte. Das freie Wort und die unabhängige Kritik widersprachen seinem innersten Wesen, das Herrschaft nicht nur über gehorchende Untertanen, sondern über Meinungen und Seelen verlangte.» (Vgl. Fred Luchsinger, Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges, Zürich 1955, S. 77 ff.)

### *Kommentare der Presse zum Rheinlandkonflikt*

#### *«Der Fetzen Papier»*

Unter diesem Titel befasste sich die NZZ bereits am Montag, 9. März 1936, unmittelbar nach Hitlers Wochenendüberraschung, ausführlich mit der Rheinlandaffäre. Der Ausdruck «Fetzen Papier» wurde sicher nicht von ungefähr gewählt. Vielmehr erinnerte er an eine durchaus vergleichbare Situation, nämlich an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges anfangs August 1914, als die deutsche Wehrmacht die damals ebenfalls international (auch vom Deutschen Reich) vertraglich garantierte Neutralität Belgiens durch ihren Einmarsch verletzt hat. Als der britische Botschafter wegen dieser krassen Vertragsverletzung vorstellig wurde, hat der damalige Reichskanzler Bethmann Hollweg völlig konsterniert geantwortet, England könne doch nicht wegen eines «Fetzens Papier» mit Deutschland Krieg anfangen. Die Situationen gleichen sich also, die betroffenen Persönlichkeiten zweifellos nicht: Bethmann Hollweg war kein Hitler. Aber die Konsequenz der Politik, die sie betrieben, war in beiden Fällen ein Weltkrieg. Hitlers Vertragsverletzung von 1936 führte zwar noch nicht unmittelbar zu einem Weltkrieg, aber sie war ein entscheidender Schritt dahin. Diese böse Ahnung schimmert in manchen Kommentaren deutlich durch, so auch in dem erwähnten Artikel der NZZ.

Die Zeitung sah im Vorgehen Hitlers «ein krasses Beispiel des nationalsozialistischen Zynismus, das in eindeutiger Weise klarmachte, was man von der



Vertragstreue der gegenwärtigen Reichsregierung und damit vom Wert jeder vertraglichen Abmachung mit Hitler zu halten hatte» (Luchsinger, S. 129).

Damit war im Grunde auch schon das Urteil gesprochen über die Vorschläge, die der Vertragsbrecher gleich mitgeliefert hat. Was den «Fetzen Papier» anbetrifft, so ruft die NZZ in Erinnerung, der Vertrag von Locarno sei nicht wie die ein Jahr zuvor aufgekündigten Entwaffnungsbestimmungen vom Versailler Frieden diktiert worden, sondern unter freiwilliger Mitwirkung Deutschlands zustande gekommen und von Reichsaussenminister Stresemann als gleichberechtigter Partner unterzeichnet worden. (Was von Hitler selbst übrigens wiederholt ausdrücklich anerkannt worden war.) Zur Illustration dieser Tatsache reproduzierte das Blatt sogar Faksimilien der Siegel und Unterschriften Stresemanns, Briands und der andern Teilnehmer unter dem Vertrag von Locarno, sozusagen zur augenfälligen Dokumentation, was hier geschehen war.

### *Ein Vertragsbrüchiger Staat ist nicht mehr verträglich*

Deutschland habe, so hiess es weiter, bis in die NS-Zeit hinein mannigfache Vorteile aus diesem Pakt gezogen, und nun, wo es sich stark genug glaube, erkläre es den Vertrag unter einem Vorwand – gemeint ist der angeblich unvereinbare französisch-sowjetische Pakt – für erloschen. Hitler habe unter willkürlicher Auslegung der Rechtslage offenen Vertragsbruch begangen und den Pakt zerstört, «der ein Jahrzehnt lang der Pfeiler des Friedens in Europa war». (Man beachte, dass die NZZ die gleiche Formulierung schon damals gebrauchte, die der Historiker Prof. Bariéty Jahrzehnte später ebenfalls angewendet hat, um die kapitale Bedeutung des Ereignisses vom 7. März 1936 hervorzuheben.) Das Verhängnisvollste an der ganzen Sache sei, so die NZZ (schliesslich, dass «ein offener Vertragsbruch» begangen worden sei. Man bedenke, dass der Vorwurf des offenen Vertragsbruchs wohl die schwerste Anschuldigung darstellt, die man gegenüber einem Staat machen kann, der noch Wert darauf legt, als verträglichem Rechtsstaat anerkannt zu werden.

Ganz anders als die britische Presse (und Regierung) haben die Schweizer Zeitungen überhaupt kein Vertrauen in die neuen Friedensvorschläge des Reichskanzlers. So stellt die NZZ die rhetorische Frage, ob sich die Locarno-mächte von der Unterschrift eines Hitler überhaupt noch eine vertragliche Sicherheit versprechen könnten. Die Basler Nachrichten meinen kurz und bündig:

«Ein Staat, der sich in aller Form auf den Verständigungs- und Rechtsweg verpflichtet hat, und sich dann das Recht anmasset, Gewalt zu gebrauchen, ist nicht vertragsfähig.» In gleichem Sinne äussert sich auch das sozialdemokratische Volksrecht.

### *Der Weltfrieden ist bedroht*

Das katholisch-konservative Vaterland meint: «Hitler hat durch sein Tun die ärgste Vertrauenskrise geschaffen, die ein Regime belasten kann.» Sein brutales Vorgehen bezeichnet das Blatt «als eine wilde und wüste Weltbedrohung» (!) und als «ausgesprochene Katastrophenpolitik». Die Zeitung sieht eine düstere Zukunft voraus: falls sich die Locarnomächte und der Völkerbund stark zeigten, käme es zum Konflikt mit Deutschland, die andere Möglichkeit wäre Zwist zwischen Frankreich und England, der Niedergang des Völkerbundes und der Weg in den Krieg. Das Wort Krieg kommt in fast allen Kommentaren vor. Auf den militärischen bzw. strategischen Aspekt der Rheinlandbesetzung weist die NZZ ausdrücklich hin, wenn sie schreibt:

«Die militärischen Erwägungen gaben den Ausschlag. Sie sind bedingt durch die nach Osten orientierte Aussenpolitik. Freie Hand im Osten bedeutet aber die Notwendigkeit eines Schutzwalles im Westen. Zu diesem Zwecke musste die Entmilitarisierung fallen.» Die Befestigung der Westgrenze bedeute nichts anderes, als dass Frankreich damit von seinen Verbündeten in Osteuropa abgeschnitten und seinen Einfluss dort und überhaupt in Europa dadurch verlieren solle, da es seine Verpflichtungen militärisch ja nicht mehr wirksam erfüllen könne.

Die Übereinstimmung dieser klarsichtigen Prognose mit den Bedenken, die Winston Churchill später im britischen Unterhaus zum Ausdruck brachte, ist offensichtlich. «Die wilde Attacke, die man sich mit dieser Interpretation von Seiten der deutschen Presse zuzog, mochte eine Bestätigung für ihre Richtigkeit sein», kommentiert Luchsinger später in dem erwähnten Geschichtswerk von 1955.

### *Und was wird England tun?*

Der «Bund», die führende Zeitung des Bundesstadt, hat diese Frage gestellt: «Was tut England, das vor noch nicht langer Zeit wissen liess, seine militärische Grenze liege am Rhein? Auf sein Wort wartet die Welt ...» Übereinstimmend wird darauf hingewiesen, dass die künftige Entwicklung in entscheidendem Masse von England abhängt. Und es herrscht die Meinung vor, «eine feste, so-

lidarische Haltung der Westmächte könne die gefährliche Lage noch retten». (Vgl. Gerd H. Padel, Dämme gegen die braune Flut. Die Schweizer Presse und der Aufstieg des Dritten Reiches 1933-1939, Zürich 1998, S. 55 ff.) Niemand wird bestreiten wollen, dass damit genau umschrieben worden ist, was notwendig gewesen wäre, um Hitler noch zu stoppen: Solidarität der westlichen Demokratien gegen die Provokation Deutschlands. Die Schweizer Zeitungen stehen damit deutlich, über alle Parteigrenzen hinweg, auf Seiten der Kritiker des Appeasement – natürlich mit Ausnahme der allerdings höchst bescheidenen Presse der «Frontisten», d.h. der Sympathisanten mit dem Hitlertum. Die Auffassungen, wie sie in den Schweizer Zeitungen vertreten werden, entsprechen zudem voll und ganz den dargestellten Beurteilungen unserer diplomatischen Vertreter.

Nur nebenbei sei gesagt, dass die zitierten Kommentare führender bürgerlicher Zeitungen doch wohl deutlich machen, dass die immer wieder kolportierte These, wonach nur die «Linke» Widerstand gegen die NS-Politik geleistet habe, ins Reich ideologisch verbrämter Phantasien gehört.

Dieser Befund wird erhärtet, wenn man die Rolle näher betrachtet, die ein führender Vertreter der damaligen, als besonders konservativ geltenden BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) in dieser pressepolitischen Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich gespielt hat: Dr. Markus Feldmann, Chefredaktor des Parteiblattes «Neue Berner Zeitung», seit 1935 Mitglied des Nationalrates, 1951 bis 1958 Mitglied des Bundesrates.

### **Feldmanns Tagebuch – eine wahre Fundgrube zur Zeitgeschichte**

Die folgenden Ausführungen stützen sich in erster Linie auf das Tagebuch des Politikers und späteren Bundesrates Dr. Markus Feldmann, das seit seinem Tod im Jahre 1958 unter Verschluss im Bundesarchiv aufbewahrt wurde und daher noch kaum historisch ausgewertet werden konnte. Doch jetzt ist eine kritische Edition in Vorbereitung. Ich bin dem Sohn, Dr. Hans Feldmann, und dem wissenschaftlichen Bearbeiter, Dr. Peter Moser, und natürlich auch dem Bundesarchiv, zu Dank verpflichtet, dass sie mir die Erlaubnis gegeben haben, dieses einzigartige Dokument für mein Buch zu verwenden. Es ist eine wahre Fundgrube, sozusagen laufender Kommentar eines an den Zeitereignissen von Berufs wegen interessierten Journalisten und Politikers.

Der oben beschriebene «Pressekrieg» zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz, der auch die politischen Beziehungen der beiden Länder stark belastete, hat Feldmann besonders beschäftigt. Im Prinzip war er «von Hause

aus», wie er mehrmals bekennt, «deutschfreundlich», und zwar in dem Sinne, dass er besonders tiefe Beziehungen zur deutschen Kultur hatte und entsprechende Sympathie für Deutschland empfand. So ist er von Beginn an der Ansicht gewesen, dass Deutschland durch den Frieden von Versailles ungerecht behandelt worden sei – eine Auffassung, die seinerzeit von vielen Schweizern geteilt worden ist, vor allem auch von Sozialdemokraten. Deren ablehnende Haltung gegenüber einem Beitritt der Schweiz zum Völkerbund im Jahre 1920 wurde nicht zuletzt mit dem Ausschluss Deutschlands begründet, das ja inzwischen zu einer demokratischen Republik geworden war, in der die deutsche Sozialdemokratie eine massgebliche Rolle spielte. Dementsprechend standen weite Kreise, vor allem in der deutschsprachigen Schweiz, den bald aufkommenden deutschen Forderungen nach Revision des «Diktatfriedens» zunächst durchaus sympathisch gegenüber, solange diese ohne Gewaltanwendung oder -androhung vorgebracht wurden.

Das änderte sich allerdings ziemlich rasch, nachdem Hitlers Partei an die Macht gekommen war und die demokratische Republik in eine mehr und mehr terroristische Diktatur verwandelt wurde. Da ist bald einmal der Punkt erreicht worden, wo auch Feldmann nicht mehr mitmachte. Vielmehr zeigte er sich aufs Höchste irritiert über gewisse Vorgänge in Deutschland, die sich dort seit dem Machtantritt der Hitler-Partei abspielten. Dabei kam den Ereignissen um den sogenannten «Röhm-Putsch» entscheidende Bedeutung zu. Für den überzeugten Verfechter rechtsstaatlicher Prinzipien wurde die «Nacht der langen Messer» zu einem geradezu traumatischen Erlebnis. Das geht z.B. aus einer Unterredung mit dem damaligen deutschen Gesandten in der Schweiz, Baron Ernst von Weizsäcker, hervor, die auf Einladung des letzteren am Freitag, dem 6. März 1936, stattgefunden hat, also einen Tag vor dem ominösen Datum des Einmarsches ins Rheinland.

### *Konfrontation mit dem deutschen Gesandten*

Weizsäcker malte in dieser Unterredung ein äusserst düsteres Bild vom Zustand der deutsch-schweizerischen Beziehungen, die in den letzten 100 Jahren niemals so schlecht gewesen seien. Es drohe sogar ein Abgleiten in noch schlechtere Beziehungen. Die öffentliche Meinung der Schweiz habe sich derart von der Linie der Neutralität entfernt und gegen Deutschland einnehmen lassen, dass jetzt irgendetwas geschehen müsse, wenn man den Anspruch auf Respektierung der Neutralität bei einer neuen europäischen Krise erheben wolle. So ungefähr müsste er nach Berlin berichten, sagte Weizsäcker, wenn er die gegenwärtige Lage darstellen wollte. Das war zweifellos starker Tabak. Ob der

Gesandte mit dieser Formulierung andeuten wollte, dass er so vermutlich nicht nach Berlin berichten werde? Jedenfalls fragte er seinen Gesprächspartner, was für eine «Note» er unter einen solchen «Aufsatz» setzen würde.

Feldmann holte weit aus und betonte, dass die Mehrheit des Schweizervolkes mit Deutschland durch gemeinsame Sprache und Kultur verbunden sei. Deshalb berühre uns die politische Entwicklung in Deutschland stärker als diejenige in andern Ländern. Gerade wenn man Deutschland und dem deutschen Volk gegenüber positiv eingestellt sei, empfinde man das besonders deutlich. Er nehme diese Einstellung auch für sich persönlich in Anspruch. Er müsse aber ganz offen sagen, so Feldmann weiter, dass er verschiedene Dinge auch beim besten Willen nicht mehr verstehe. Und dann bringt er es auf den Punkt:

«Der 30. Juni 1934 z.B., dieser furchtbare, absolut rechtlose Zustand von 48 Stunden hat mich für Wochen halb krank gemacht, und ich komme noch heute nicht darüber hinweg.»

Er verstehe auch nicht, wie der deutsche Reichskanzler immer und immer wieder neue Auflagen seines Buches «Mein Kampf» herausgebe, um damit das deutsche Volk und die deutsche Jugend mit Auffassungen zu schulen, die alledem widersprechen, was er als Richtlinie seiner Aussenpolitik erkläre. Man habe auch nie die Theorien Haushofers über Geopolitik offiziell widerrufen, die den Eindruck erwecken müssten, «dass der deutsche Nationalsozialismus es auf uns Schweizer abgesehen hat».

Als Weizsäcker einwarf, Hitler habe doch in seiner Rede vom 21. Mai 1935 deutlich seine Stellung zur Schweiz markiert, holte Feldmann erneut zum Gegenschlag aus, der einem wahrhaftigen Tiefschlag gleichkam. Denn er gibt zu bedenken, dass man sich in Deutschland nicht wundern dürfe, wenn Hitlers Gegner, angesichts der widersprüchlichen Äusserungen des Reichskanzlers, dessen Glaubwürdigkeit anzweifeln. Weizsäcker seinerzeit stellte mit Bedauern fest, «dass die Figur, die Persönlichkeit des deutschen Reichskanzlers, im Ausland einfach kein Vertrauen besitzt, dass man ihm einfach nicht glaubt, er kann sagen, was er will». (Dass der Gesandte hier zu pessimistisch urteilte, sollten die Reaktionen der Westmächte auf die zur propagandistischen Abschirmung des Gewaltaktes am Rhein verkündeten Friedensvorschläge Hitlers zeigen: man war im Gegenteil geneigt, insbesondere in London, Hitlers Wort trotz allem zu vertrauen.)

## *Verteidiger der Pressefreiheit*

Wir haben über diese Unterredung vor allem aus zwei Gründen so ausführlich berichtet. Einmal um aufzuzeigen, mit welcher Vehemenz hier die Klängen gekreuzt worden sind und mit welcher Schonungslosigkeit Feldmann die deutsche Politik kritisiert hat. Zum andern aber auch weil diese Unterredung, wie Feldmann selbst bezeugt hat, die «Geburtsstunde» der deutschschweizerischen Pressegespräche gewesen ist. Wenn Weizsäcker im zweiten Teil der Unterredung die Pressefehde bzw. die feindselige Einstellung der Schweizer Presse zur Sprache gebracht hat, hängt dies zweifellos auch damit zusammen, dass sein Gesprächspartner Feldmann damals eine wichtige Position im schweizerischen Pressewesen eingenommen hat. «Seit 1933, da er für zwei Jahre den Verein der Schweizer Presse präsidierte, nahm Feldmann eine standespolitisch führende Stellung ein und verteidigte dabei – es waren die Jahre des von den Nationalsozialisten entfesselten Nervenkrieges – die Rechte einer freien Presse.» (Rudolf Maurer in: Die Schweizer Bundesräte. Ein biographisches Lexikon. Herausgegeben von Urs Allematt. Zürich und München 1991, S. 447.)

Weizsäcker ging das Thema mit der Frage an, ob es denn keinen Weg durch Ausbau der schweizerischen Gesetzgebung über die Presse gebe. So wie die Situation heute sei, komme man keinen Schritt weiter. Er habe wohl schon 50 (!) Mal bei den offiziellen Stellen vorgesprochen, doch das Ergebnis sei immer dasselbe gewesen: er mache jeweils darauf aufmerksam, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland litten wegen gewisser Äusserungen der Presse, der Bundesrat bedaure jeweils und verweise auf die verfassungsmässige Pressefreiheit. Feldmann gibt zu, dass die schweizerische Rechtsordnung auf dem Gebiete des Schutzes der internationalen Beziehungen in der Tat mangelhaft sei. Aber selbst wenn das Presserecht in der angedeuteten Richtung revidiert werde, was beabsichtigt sei, so werde man niemals so weit gehen können, «um alle deutschen Ansprüche zu befriedigen und alle deutschen Empfindlichkeiten zu schonen». Ein Abbau der Spannungen sei nur möglich, «wenn bezüglich der deutschen Absichten gegenüber der Schweiz Klarheit und Sicherheit geschaffen werden kann».

Es wird dann die Möglichkeit erörtert, eine offizielle Erklärung der Reichsregierung zu erwirken, in welcher der Schweiz die Respektierung der Neutralität im Rahmen der Londoner Erklärung (des Völkerbundesrates vom 13. Februar 1920) zugesichert würde. Eine derartige Erklärung, meint Feldmann, würde es erlauben, an den Abbau der Spannungen heranzugehen. Für diesen Fall würde er seine guten Dienste für die mässige Einwirkung auf die massgebende

schweizerische Presse zur Verfügung halten. Er sehe die praktische Möglichkeit, durch ein paritätisch zusammengesetztes schweizerisch-deutsches Presseschiedsgericht eine Instanz zu schaffen, wo Missverständnisse und Entstellungen der Wahrheit beseitigt und einem besseren gegenseitigen Verständnis der Weg geebnet werden könnte. Weizsäcker habe diesen Gedanken «enthusiastisch» aufgenommen, aber hinzugefügt, dass es nicht sicher sei, ob überall auf deutscher Seite die Geneigtheit zu einer solchen Lösung bestehe. Es gäbe in der deutschen Presse «viele jungen Herren», die eine besondere Vorliebe für forsches Drauflosgehen besäßen. Doch auch der deutsche Gesandte will den Gedanken weiterverfolgen. Allerdings sollte es noch eine ganze Weile dauern, bis man an die Konkretisierung herangehen konnte. (Tagebuch Feldmann, Eintrag vom 6. März 1936)

### *Disput über den «Führerstaat»*

Die weitere Entwicklung in dieser Angelegenheit lässt sich auf Grund der Notizen von Feldmann ziemlich genau rekonstruieren. Die Federführung auf deutscher Seite ging nun auf den Presseattaché der Gesandtschaft, Wilhelm Hack, über. Feldmann hatte mit diesem recht aufsässigen Herrn in der Folge noch manchen Strauss auszufechten. Dabei ging es immer wieder um gegenseitige Vorwürfe, wer nun eigentlich an dieser Pressepolemik und der daraus folgenden eklatanten Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern die Schuld trage. Während von deutscher Seite die angeblich ungerechtfertigte Kritik der Schweizer Presse an den Zuständen im Reich verantwortlich gemacht wurde, wies Feldmann umgekehrt auf die durch die deutsche Politik geweckten Zweifel an der Aufrichtigkeit der NS-Politik hin. Dabei nahm er jeweils kein Blatt vor den Mund, insbesondere wenn er auch die Glaubwürdigkeit Hitlerischer Erklärungen erneut in Frage stellte.

Interessant ist der Disput, der sich über den «Führerstaat» entwickelte. Als der Presseattaché das Bekenntnis von sich gab, dass das deutsche Volk seine ganze Führung «einzig und allein» dem Führer anvertraue und dann noch hinzufügte, auf Befehl des Führers werde dieses Volk «von einem Tag auf den andern» die Richtung ändern, betonte Feldmann «die europäische Gefahr, die in einem solchen politischen System liegen muss». Dann die Bemerkung: «Die Atmosphäre wird ziemlich frostig.» (Eintrag vom 25. Mai 1936)

### *Idee einer gemischten Kommission*

Schliesslich aber nimmt Hack die Idee einer gemischten Kommission sympathisch auf und will den Vorschlag beim Propagandaministerium, zu dem er offensichtlich enge Beziehungen hat, vertreten. Dies teilt Hack dann auch dem Politischen Departement mit, wie aus einer Notiz vom 13. Juni 1936 hervorgeht. Darin heisst es, Hack werde sich bemühen, «einen Weg zu finden, um Auswüchse in der Schreibweise der Presse beider Länder so weit als möglich auszumerzen». Nationalrat Feldmann werde die Frage nun mit seinen Kollegen besprechen und abzuklären versuchen, ob diese geneigt seien, seiner Anregung zuzustimmen (Documents Diplomatiques Suisses, 12, S. 363).

Ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung Feldmanns in der deutschen Frage wirft auch folgende Episode: Er sei ziemlich bestürzt gewesen, als ihm Hack eröffnet habe, einige Redaktoren kleinerer ostschweizerischer Blätter hätten ihn brieflich angefragt, wie es nun eigentlich mit der Deutschlandreise gehalten werden solle, die ihnen seinerzeit «Herr Gustloff» in Aussicht gestellt habe. (Wilhelm Gustloff, Landesleiter der NSDAP in der Schweiz, war am 5. Februar 1936 in Davos von dem jugoslawischen Studenten jüdischen Glaubens David Frankfurter ermordet worden.) Feldmanns Kommentar dazu: er werde diesen Fall im Zentralvorstand des Vereins der Schweizer Presse anhängig machen, «um diese würdelosen Kerle zur Rechenschaft zu ziehen». (Eintrag vom 30. Mai 1936)

### *Die Konferenzen von Konstanz und Luzern*

Am 27. Juni 1936 hat der Zentralvorstand der Schweizer Presse dem Vorschlag Feldmanns «grundsätzlich beigepflichtet» (Eintrag vom 11. Juli 1936). Feldmann wurde beauftragt, einen Konventionsentwurf auszuarbeiten. Doch es sollte noch bis Ende Februar 1937 dauern, bevor eine erste Zusammenkunft zwischen deutschen und schweizerischen Pressevertretern stattfinden konnte. Günstig wirkte sich nach Feldmann auf das politische Klima aus, dass Hitler kurz vorher anlässlich einer Unterredung mit Altbundesrat Schulthess eine Erklärung abgegeben hatte, in welcher er ohne wenn und aber die Unverletzlichkeit der Schweiz und ihrer Neutralität feierlich anerkannte. (Bericht von Schulthess über seine Reise nach Berlin in: Documents Diplomatiques Suisses, 12, S. 79 ff.)

Auch wenn man auf Schweizer Seite im Allgemeinen nicht gewillt war, Hitlers Beteuerungen zum Nennwert zu nehmen, so boten sie doch eine Hand-



habe, um gegen Scharfmacher aus der Partei Front zu machen, die der Schweiz rundweg die Existenzberechtigung absprachen und mit dem «Ärgernis» Schweiz möglichst bald Schluss machen wollten. Derartige Angriffe erfolgten insbesondere in süddeutschen grenznahen Zeitungen, sodass man von einer Wiederauflage des «Schwabenkrieges» (von 1499) gesprochen hat.

So fand die erste schweizerisch-deutsche Pressekonferenz schliesslich am 27./28. Februar 1937 in Konstanz statt, wo auch die vorgesehene gemischte Kommission gebildet wurde. Nachdem die Verhandlungen von Konstanz durch die zuständigen Organe der Standesorganisation ratifiziert worden waren, wurde eine zweite Zusammenkunft vereinbart, die am 17. Juli 1937 in Luzern abgehalten wurde. Über den Verlauf dieser Konferenzen und ihre Ergebnisse sagt das Tagebuch Feldmanns recht wenig aus, was eigentlich überrascht. Hingegen gibt es einen ausführlichen Bericht, den Feldmann als Delegierter für internationale Angelegenheiten im Zentralvorstand des Vereins der Schweizer Presse dem Bundesrat mit Datum vom 30. Dezember 1937 erstattet hat. (Abgedruckt, wenn auch nur auszugsweise, in DDS, 12, S. 363 bis 374.)

Hingegen enthält das Tagebuch (Eintragung vom 7. März 1937) einiges über das Eröffnungsvotum, das Feldmann in Konstanz abgegeben hat. Danach erklärte er, dass die bestehenden pressepolitischen Schwierigkeiten zu einem wesentlichen Teile auf die verschiedenen Auffassungen über den Aufbau des Staates und insbesondere über die öffentliche Funktion der Presse zurückgingen. Er betonte den grundsätzlichen guten Willen des Zentralvorstandes des Vereins der Schweizer Presse, zu einer Entspannung beizutragen. Er verfehlte aber auch nicht, auf eine kürzliche Rede Hitlers hinzuweisen, in welcher der deutsche Reichskanzler die Demokratie als die Staatsform der Anarchie bezeichnet hatte, und meinte dazu, dass dies sicher nicht zu einer Entspannung der gegenseitigen Beziehungen beitragen werde. Das erwecke nämlich bei uns den Verdacht, dass man in Deutschland eine Stimmung vorbereiten wolle, die es einst als verständlich erscheinen lassen würde, wenn man in einer derart «anarchistischen Demokratie» Ordnung schaffen müsste – ein weiteres Beispiel dafür, dass sich Feldmann in seiner Kritik gegenüber dem NS-System keinerlei Fesseln anlegte und dabei auch den «Führer» nicht verschonte.

### *«Herabwürdigungen der demokratischen Staatsform»*

Ausfällige Reden von NS-Bonzen brachten Feldmann immer wieder in Rage. So notiert er unter dem 10. September 1937: Nach Reden von Goebbels und Rosenberg auf dem Nürnberger Parteitag, «die beide wiederum die Demokratie verhunzten», habe er mit einem Telephon an die deutsche Gesandtschaft die Teilnahme an einer Besprechung mit dem Präsidenten des deutschen Reichsverbandes der Presse abgesagt. Auch eine Einladung des Landesverbandes Baden habe er abgelehnt. «Die Leute von der NSDAP halten einen ja doch nur zum besten.»

Von seiner Empfindlichkeit gegenüber deutschen Beschimpfungen zeugen auch weitere Rencontres. So liest man unter dem 15. September 1937: «Ausserordentlich scharfe telephonische Auseinandersetzung mit dem deutschen Presseattaché Hack». Auch dieser bekommt Feldmanns Wut über die Goebbels-Rede sowie diejenige des Reichspressechefs (Dietrich) zu spüren. Er habe «vom Leder gezogen», so Feldmann, «dass die Funken stoben». Die «Herabwürdigungen der demokratischen Staatsform» durch den Reichspropagandaminister findet er «unerhört». Unter solchen Umständen hätten «die ganzen Verhandlungen überhaupt keinen praktischen Wert». Die «Arroganz» des deutschen Gesprächspartners findet er «zeitweise unausstehlich».

### *Grossdeutsche Arroganz*

Unter dem 16. Oktober 1937 berichtet Feldmann über ein weiteres dreistündiges Gespräch mit Hack, der sich erneut über die andauernd unfreundliche Haltung der Schweizer Presse gegenüber Deutschland beklagt. Feldmann kontert mit der Feststellung, dass die ungeheure Zunahme der internationalen Spannungen durch die herausfordernde Politik des ganzen «Achsengetriebes» entstanden sei. Vollends auf die Palme bringt es Feldmann, als Hack droht, man könne mit der Schweiz auch anders verfahren und das Propagandaministerium könnte sehr wohl auf die Schweiz «lostrommeln». Darauf Feldmann: «Dann können Sie sich darauf verlassen, dass wir zurücktrommeln, und zwar die ganze schweizerische Presse ohne jeden Unterschied der Parteirichtung.» Der Schweizer regt sich auch darüber auf, dass der Deutsche immer wieder das Interesse des «kleinen Staates» an einer Verständigung mit dem «grossen Deutschland» unterstreicht. Hier wird ziemlich deutlich, dass man deutscherseits offensichtlich versucht, die Schweiz auf dieselbe Schiene zu schieben wie zuvor Österreich, das im Juli 1936 ein Pres-

seabkommen mit dem Reich abgeschlossen hat, das sich immer deutlicher als Vorstufe der Gleichschaltung entpuppen sollte.

### *Die Schweiz lässt sich nicht gleichschalten*

Auf diesen neuralgischen Punkt geht Feldmann auch in dem erwähnten Bericht an den Bundesrat ein. Die massgebliche Berliner Nazipostille «Angriff» hatte hinsichtlich der Verhandlungsergebnisse der Konferenzen von Konstanz und Luzern von einem Übereinkommen geschrieben, «das von der Reichsregierung mit den Ländern Schweiz und Österreich getroffen wurde, um einer unsachgemässen und tendenziösen Berichterstattung vorzubeugen». Es war, wie Feldmann schreibt, «genau das, wogegen sich die schweizerische Delegation anlässlich der Besprechungen vom 17. Juli in Luzern verwahrt hatte». In einem dem Bericht beigefügten Brief an den «Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft», Wilhelm Hack, stellt Feldmann zu diesem Punkt fest, die Darstellung des «Angriff» falle deswegen schwer ins Gewicht, «weil sie dem ganzen Charakter der bisherigen Pressebesprechungen zwischen deutschen und schweizerischen Presseorganen direkt widerspricht». Weiter gibt er zu bedenken, dass die Redaktion des «Angriff» in Konstanz vertreten war und die betreffende Zeitung «allgemein als ein Blatt betrachtet wird, das dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda persönlich nahe steht». Unter solchen Umständen müsse man deutscherseits verstehen, so fährt Feldmann in seinem Bericht fort, «dass die Frage, welche Auslegung die für die Pressepolitik zuständigen Stellen den bisher stattgefundenen Besprechungen und ihren Ergebnissen zu Teil werden lassen, vorgängig einer Ratifizierung der Vereinbarung von Luzern einer Abklärung bedarf». Eine solche Abklärung folgte selbstverständlich nie, sodass es kein Wunder ist, dass die ganze Übung als gescheitert angesehen werden musste. Feldmann stellt dies zwar in dem offiziellen Bericht nicht ausdrücklich fest, wohl aber in seinem Tagebuch. Dort findet sich bereits im Eintrag vom 16. Oktober 1937 der Satz: «Der Versuch, mit Hilfe des Vereins der Schweizer Presse eine Entspannung im deutsch-schweizerischen Pressekonflikt anzubahnen, muss wohl als gescheitert betrachtet werden.» Immerhin fügte er noch hinzu, das Experiment, für das er die Hauptverantwortung trage, sei der Mühe wert gewesen.

### *Deutsches Spiel mit gezinkten Karten*

Dass man auf deutscher Seite, zum mindesten ganz oben, mit gezinkten Karten gespielt hat, dieser Eindruck drängt sich dem historischen Betrachter auf. Als sich herausstellte, dass sich die Schweiz nicht wie Österreich behandeln liess, schwand in Berlin jegliches Interesse an einem solchen Übereinkommen. So hatte Österreich die Formel akzeptieren müssen, auf die Presse des Landes in dem Sinne Einfluss zu nehmen, die Kritik auf die Verhältnisse im andern Land auf ein Mass zu beschränken, «das auf die Öffentlichkeit des andern Landes nicht verletzend wirkt». (Walther Hofer, Die Diktatur Hitlers. Handbuch der deutschen Geschichte. Konstanz 1960, Band IV, S. 55.) Dass eine solche Formel für die Schweiz unakzeptabel gewesen wäre, braucht wohl kaum weiterer Begründung. Dieser Pferdefuss kam auch in den Verhandlungen mit der Schweiz deutlich zum Vorschein. Diese Hauptschwierigkeit war nicht zu beseitigen. Sie bestand in der deutschen Forderung, wie Feldmann in seinem Bericht feststellt, «Nachrichten über deutsche Verhältnisse nicht nach ihrer tatsächlichen Richtigkeit, sondern nach ihrer Schädlichkeit für das deutsche Regime zu beurteilen».

### *Besorgnis über die Entwicklung der internationalen Lage*

Wenn die Pressekommentare der Schweizer Zeitungen auch nur einigermaßen die öffentliche Meinung des Landes zum Ausdruck bringen, dann muss man eine weitverbreitete Unruhe und Besorgnis über die Entwicklung der internationalen Lage feststellen. Dies gilt natürlich insbesondere hinsichtlich Deutschlands, aber auch Italiens, das ja mit seiner Aggression gegen Äthiopien mit dem schlechten Beispiel vorangegangen war. Wenn man bedenkt, dass ganz offen von Gefährdung des Weltfriedens geschrieben wurde, dann kann man sich vorstellen, wie wenig ein solcher Befund mit den Träumen von «Nie wieder Krieg» und von «ewigem Frieden» zu vereinbaren war. Die katholisch-konservative Luzerner Zeitung «Vaterland» hatte schon ein Jahr zuvor, im März 1935, sich zu dem vernichtenden Urteil veranlasst gesehen:

«Ob Hitler den Krieg will, kann ganz äusser Diskussion stehen, aber dass Hitler der Krieg ist, das dürfte allmählich klar sein.» Und Gerd Padel schreibt zusammenfassend über die Reaktionen auf die Rheinlandkrise: «Die Tasche der Vertragsverletzung und des fehlenden Vertrauens in Deutschlands weitere Vertragsfähigkeit muss nach Ansicht der Blätter schwerwiegende Folgen für die Zukunft haben.» Beim Thema Vertragsverletzung hat man nicht so sehr an den Völkerbund gedacht – der hatte schon viel von seinem einstigen Ansehen verlo-

ren – als vielmehr an den Locarnovertrag, wie bereits früher dargelegt worden ist.

### *Die grösste Demokratie stets abseits*

Auch der 1928 abgeschlossene Kriegsächtungspakt, nach den massgeblichen Urhebern auch Briand-Kellogg-Pakt genannt, hatte erheblich zur trügerischen Hoffnung auf ewigen Frieden beigetragen, postulierte er doch nichts weniger als den «Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik». Er war von praktisch allen Staaten (bis Ende 1929 waren es bereits 54 an der Zahl!) unterzeichnet worden. Darunter befanden sich auch die späteren Aggressoren Deutschland, Italien und sogar Japan und, vor allem, auch die USA, nach deren Staatssekretär er ja zusammen mit dem französischen Aussenminister benannt worden ist. Der Vertrag hatte somit zwar eine Universalität erreicht, wie sie sich gerade Bundesrat Motta so sehr für den Völkerbund gewünscht hatte. Doch der grosse Nachteil dieses Akommens ist es eben gewesen, dass es einen rein deklamatorischen Charakter gehabt hat. Irgendwelche Sanktionen für den Fall einer Widerhandlung gegen die Vertragsbestimmungen waren überhaupt nicht vorgesehen. Insofern war dieser Pakt ein typischer Ausdruck der damals von den USA verfolgten Aussenpolitik: feierliche Erklärungen, aber ja keine Verpflichtungen.

Wie wenig dieser Vertrag den Gang der internationalen Politik positiv zu beeinflussen vermochte, zeigten die kriegerischen Aktionen Japans im Fernen Osten und Italiens in Afrika. Die Vertragsbrüchigen Staaten fanden es nicht einmal für notwendig, sich aus dem Vertrag zurückzuziehen. Es hat sie auch niemand dazu aufgefordert. Der Kriegsächtungspakt ist zwar sozusagen im Nachgang zum Locarnovertrag entstanden. Die Initiative des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg sollte wohl das Fehlen der USA in Völkerbund und Locarnovertrag wettmachen. Dass dieses Ziel auf diesem Weg nicht erreicht worden ist, nicht erreicht werden konnte, liegt auf der Hand. Die potentiellen Aggressoren liessen sich davon wenig beeindrucken. Nur ein aktives Engagement der nordamerikanischen Weltmacht in der globalen oder auch regionalen Sicherheitspolitik hätte der Entwicklung eine andere Richtung geben können. Aber genau das war es, was der grassierende Isolationismus unter keinen Umständen zulassen wollte. Und so nahm das internationale Geschehen ungebremst seinen verhängnisvollen Lauf. Selbst Präsident Clinton hat sich veranlasst gesehen festzustellen, dass der Zweite Weltkrieg hätte vermieden werden können, wenn die USA sich damals aktiv für die kollektive Sicherheit engagiert hätten.

## *Pazifistische Grundströmung auch in der Schweiz*

Wir sind auf diesen zwiespältigen Vertrag nicht zuletzt deswegen etwas näher eingegangen, weil er die pazifistische (und teilweise antimilitaristische) Grundströmung auch in der Schweiz stark beeinflusst hat. Wenn es um die Frage der Erhaltung oder gar Erhöhung der militärischen Bereitschaft des Landes ging, dann verwiesen die Gegner jeglicher Aufrüstung stets auch auf den Briand-Kellogg-Pakt, der doch den Krieg «abgeschafft» habe. Warum sich auf einen Krieg vorbereiten, wenn es doch einen von allen Nationen gebilligten unbedingten Verzicht auf Krieg gab, so wurde etwa argumentiert. Insofern hat dieses wohlgemeinte Vertragswerk einen unheilvollen Einfluss ausgeübt, als es darum ging, sich gegen die von aggressiven Mächten ausgehenden Gefahren zu wappnen. Und in dieser Hinsicht war die Schweiz ganz besonders gefordert, gehörten doch zwei der drei grossen Nachbarstaaten seit den Ereignissen von 1935/36 zu dieser unangenehmen Kategorie. Das kleine Land befand sich somit in einer Lage, die immer ungemütlicher zu werden begann.

Die Frage war nun, ob und wann dieser unbezweifelbare Tatbestand ins allgemeine Bewusstsein übergehen würde bzw. mit welchen Mitteln und auf welchem Wege diese Gefahren dem Volk bewusst gemacht werden konnten. Dieser Aufgabe widmete sich ein Mann mit ganz besonderem Einsatz: Bundesrat Rudolf Minger, der 1930 Chef des Militärdepartementes geworden war. (Ich stütze mich im folgenden u.a. auf Arbeiten, die seinerzeit in meinem Seminar gemacht worden sind und die einschlägigen Akten des Bundesarchivs inklusive Nachlass Minger bereits benutzen konnten.)

## **Militärpolitische Probleme der Schweiz**

### *Vernachlässigung der Wehrbereitschaft*

Die Situation, die Minger bei seinem Amtsantritt hinsichtlich der militärischen Bereitschaft der Schweizer Armee antraf, war alles andere als erfreulich. Darin sind sich alle Autoren, die sich mit dieser Problematik befasst haben, einig. So schreibt Hans Senn in der Geschichte des schweizerischen Generalstabes: «In der Friedenseuphorie der zwanziger Jahre wurde unsere Armee auf dem Stand von 1918 eingemottet». Und Hans Rudolf Kurz, Verfasser mehrerer Werke über die Schweizer Armee und ihre geschichtliche Entwicklung, fasst die damalige Lage in folgenden Worten zusammen:

«Die konsequente Ablehnung der militärischen Arbeit, insbesondere die Verweigerung der Kredite, führten dazu, dass die Armee immer weiter zurückblieb und nur mit Mühe halten konnte, was sie besass, und dies war schon ungenügend. Die Reserven wurden aufgebraucht und nur das Allernotwendigste konnte neu beschafft werden ... Damit wurde die Armee relativ immer schwächer.» Kurz macht dann weiter darauf aufmerksam, dass es «reichlich spät» geworden war, als die Kredite endlich zu fließen begannen. Allzu viel Zeit sei verloren und die ohnehin kurze Vorwarnzeit ungenügend genutzt worden. (Unveröffentlichtes Manuskript)

### *Die Linke auf antimilitaristischem Kurs*

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg steuerten insbesondere die Sozialdemokraten einen stramm antimilitaristischen Kurs, der bis um die Mitte der 30er Jahre andauerte. Wie ihre Bruderparteien in den westeuropäischen Demokratien unterlagen sie der gleichen Fehlbeurteilung, wenn sie allzulange an der Meinung festhielten, Antifaschismus und Antimilitarismus unter einen Hut bringen zu können. Es verging viel Zeit, bis sie eingesehen haben, dass der «faschistischen» Gefahr, die zugleich von Norden und Süden drohte, in erster Linie durch Stärkung der Landesverteidigung begegnet werden musste. Wenn um die Frage gestritten wird, wer wie und wann und mit welchen Mitteln Widerstand gegen diese Gefahr geleistet hat, dann gilt es festzuhalten, dass der bürgerliche «Verteidigungsminister» diese Gefahr wesentlich früher erkannt hat als die engagierten Antifaschisten auf der Linken.

Als sich die SP ab 1936/37 definitiv und auch aktiv an der Verbesserung der militärischen Abwehrbereitschaft beteiligte, war viel kostbare Zeit verloren worden. Es erstaunt daher nicht, wenn es nicht gelungen ist, alle vorhandenen Lücken zu schliessen. Die Linke ist an diesem wenig erfreulichen Ergebnis indessen keineswegs allein schuld. Auch bürgerliche Volksvertreter verfolgten in der Militärpolitik lange Zeit einen rigorosen Sparkurs. Es gilt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass die militärische Aufrüstung auf dem Hintergrund einer sich dauernd verschärfenden Wirtschaftskrise stattfinden musste.

Doch Minger begegnete dieser Schwierigkeit mit dem geschickten Schachzug, regelmässig auch die wirtschaftliche Bedeutung der militärischen Kredite im Kampf gegen Depression und Arbeitslosigkeit hervorzuheben. Militärkredite wurden mit Arbeitsbeschaffungs- und Notstandsprogrammen gekoppelt. Es erstaunt daher nicht, dass die Gewerkschaften, wo Pragmatiker den Ton angaben,

früher auf Mingers Weg einschwenkten als die Partei selbst, wo Ideologen grösseren Einfluss hatten.

### *Wie kriegsbereit war die Schweizer Armee?*

Die obersten militärischen Verantwortlichen der Kriegszeit, General und Generalstabchef, haben in ihren Rechenschaftsberichten zum Teil heftige Kritik am Zustand der Armee geübt, wie er sich zu Beginn des Krieges präsentiert hat. Bei aller berechtigten Kritik sollte aber nicht übersehen werden, dass, dank insbesondere des persönlichen Einsatzes von Bundesrat Minger, doch erhebliche Anstrengungen gemacht worden sind, die militärische Bereitschaft zu verbessern. Dass gewichtige Lücken in dieser Bereitschaft bestehen blieben, ist unbestritten. Die wichtigsten betrafen die Rüstung in der Luft und die Panzerwaffe, die praktisch inexistent gewesen ist. Damit waren die schwächsten Glieder in der Bereitschaft ausgerechnet jene waffentechnischen Bereiche, die in der kommenden «Blitzkriegführung» der Deutschen die entscheidende Rolle spielen sollten.

So war die Schweizer Armee im wesentlichen ein Infanterieheer, ganz ähnlich wie die grosse französische Armee. Frankreich besass zwar durchaus Panzer in genügender Zahl, im Mai 1940 etwa gleichviel wie der Angreifer, doch waren sie nicht wie in der deutschen Wehrmacht in geschlossenen Verbänden zusammengefasst. Sie waren auf das ganze Infanterieheer verteilt, sodass sie nicht zu Angriffs- und Gegenangriffsoperationen im Brennpunkt des Geschehens eingesetzt werden konnten.

Ob der Schweizer Armee im Falle eines deutschen Angriffs dasselbe Schicksal beschieden gewesen wäre wie der französischen, ist eine offene Frage. Neben dem eher ungünstigen rein militärischen Aspekt hätten natürlich auch andere Kriterien im Ernstfall eine erhebliche Rolle spielen können wie z.B. das starke Gelände, mit dem die Truppe eng vertraut war, und vor allem die moralische Verfassung der Truppe. Und diese war in der Schweiz ohne jeden Zweifel entschieden besser als in Frankreich. Dies stellten dann nicht zuletzt die operativen Studien der deutschen Wehrmacht für den «Fall Schweiz» fest, die nach der Niederlage Frankreichs ausgearbeitet worden sind.



## *Mingers Skepsis gegenüber Abrüstung und Völkerbund*

Der neue Chef des Militärdepartements trat ein schwieriges und auch undankbares Amt an. Doch von allem Anfang an zeigte er sich entschlossen, trotz der wenig erfreulichen Rahmenbedingungen die Aufgabe, die er sich selbst gestellt hatte, unverdrossen anzupacken. Und diese Aufgabe war klar umschrieben: Verbesserung der militärischen Abwehrbereitschaft des Landes. Von den idealistischen Höhenflügen der damaligen Zeit hielt er nicht viel. Aus den Akten geht hervor, dass er sich schon bei seinem Amtsantritt keinerlei Illusionen hingab, was die Absichten der Grossmächte anbetraf. So äusserte er beispielsweise bereits im November 1930 vor den Heereseinheitskommandanten und den Abteilungschefs seines Departements Zweifel am Erfolg der Abrüstungsbemühungen des Völkerbundes:

«Das Vertrauen in die Schaffung von Garantien für die dauernde Erhaltung des Völkerfriedens hat durch die Entwicklung der Verhältnisse auf internationalem Gebiet in letzter Zeit einen argen Stoss erhalten», meinte er. Er wies daraufhin, dass die Abrüstungsbemühungen festgefahren seien.

In der Tat hatte die 1925 eingesetzte «Vorbereitende Abrüstungskommission» nach fünfjährigem Hin und Her gerade zu jenem Zeitpunkt einen ziemlich mageren Entwurf für eine allgemeine Abrüstungskonferenz vorgelegt. Wie wenig die sachlichen und politischen Gegensätze der Teilnehmerstaaten beseitigt worden waren, geht u.a. daraus hervor, dass über 50 Vorbehalte zu einzelnen Bestimmungen angebracht worden sind. Deutschland lehnte den Konventionsentwurf generell ab – mehr als 2 Jahre vor Hitlers Machtantritt! Minger stellt fest, dass nicht abgerüstet, sondern aufgerüstet werde, und er fürchtet, dass der «Rüstungswahn» sogar zu einem «neuen europäischen Völkerringen» führen könnte. Schon einen Monat früher hatte er im Bundesrat die Auffassung vertreten, «unser nördlicher Nachbar warte nur darauf, die ihm in Versailles auferlegten Fesseln abzuschütteln und seinerseits im Rüstungssektor mit den andern Grossmächten gleichzuziehen». Das sei umso beunruhigender, als Deutschland noch «alte Rechnungen zu begleichen habe». Minger nennt in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Danziger Korridor!

Niemand wird bestreiten wollen, dass hier die kommende Entwicklung geradezu prophetisch vorausgesehen worden ist. Wir werden dieser erstaunlichen Klarsicht Mingers noch öfters begegnen. Insbesondere hat er die von Deutschland ausgehende Gefahr schon sehr früh erkannt und immer wieder davor gewarnt, besonders nachdem Hitler an die Macht gekommen war.

### *Mingers Absage an «Gleichschaltung nach deutschem Muster»*

Es ist bemerkenswert, dass es der aus dem bürgerlich-bäuerlichen Milieu stammende Rudolf Minger gewesen ist, der als erstes Mitglied der Bundesregierung bereits am 9. Juli 1933 im Amphitheater von Vindonissa entschieden Stellung bezogen hat gegen die vom neuen deutschen Regime propagierte Ideologie. Gleich zu Beginn seiner patriotischen Rede legte er ein feierliches Bekenntnis ab zur Demokratie, «an der unser Volk nie rütteln lassen werde». Mit «gewalt-samen Diktaturgelüsten» werde das Volk immer fertig werden, betonte er. Und dann richtete er sich im Klartext an den eigentlichen Adressaten: «Niemals wird sich unser Volk eine Gleichschaltung nach deutschem Muster gefallen lassen» rief er aus. «Nach Schweizerart wollen wir unser Schweizerhaus bestellen.» Wir brauchten weder Extrahemden noch Extraflaggen, «uns genügt das weisse Kreuz im roten Feld». Auch das Recht auf Kritik und freie Meinungsäusserung lasse sich der Schweizer nicht rauben. «Ferner wollen wir die föderalistische Einstellung in Ehren halten und uns glücklich schätzen, dass sich unser Volk aus verschiedenen Sprachen und Rassen zusammensetzt.» (Vgl. Entstehung und Wirken der Direktion der Militärverwaltung, herausgegeben von Jürg Stüssi-Lauterburg, Brugg 1989, S. 39/40.)

In seiner Rede auf dieser «Landsgemeinde in Windisch» erteilte Minger in kurzen prägnanten Sätzen dem Nationalsozialismus eine totale Absage und stellte ihm ein ebenso klares Bekenntnis zu einer demokratischen und föderalistischen Schweiz gegenüber. Es versteht sich, dass der «Verteidigungsminister» Minger diesen «Volkstag» benutzte, um auf die Notwendigkeit einer Verstärkung der Rüstung hinzuweisen. Er wandte sich sogar direkt an den «Volkstag», um die Zustimmung zu einem ausserordentlichen Militärkredit von 100 Millionen Franken zu verlangen – eine für damalige Verhältnisse gewaltige Summe.

Dieses Vorgehen war typisch für Minger. Immer wieder bezog er das versammelte Volk direkt in die politische Willens- und Entscheidungsbildung ein. Das gefiel zwar nicht jedermann, aber es machte Minger zum weitaus populärsten und letztlich auch erfolgreichsten Redner unter den führenden Politikern jener unheilschwangeren Jahre. Seinen wiederholten Appellen zum Mitmachen konnten schliesslich auch die Sozialdemokraten die Gefolgschaft nicht mehr versagen. Als sie sich zwischen 1935 und 1937 stufenweise zur Landesverteidigung bekannten, war ein breiter Konsens in Militärfragen erreicht, der überhaupt erst den kraftvollen Ausbau der Wehrbereitschaft möglich machte und die entscheidende Voraussetzung war für die Selbstbehauptung im kommenden Krieg.

## *Minger – der Churchill der Schweiz*

Wir denken, dass es nicht zu hoch gegriffen ist, wenn wir Rudolf Minger – toute proportion gardée – als den Winston Churchill der Schweiz bezeichnen. Jedenfalls verbindet die beiden Politiker, die an Herkunft und Bildung nicht unterschiedlicher hätten sein können, die gleiche analytische Fähigkeit, frei von allem Wunschdenken die jeweilige internationale Lage richtig einzuschätzen. Und es verbindet sie ebenfalls der Mut, ihre unbequemen und von vielen als unerwünscht betrachteten Auffassungen offen auszusprechen. Wobei es hinzuzufügen gilt, dass Minger im Unterschied zu dem grossen Briten nicht «Rufer in der Wüste» geblieben ist, sondern sich mit seinen Ideen und Vorhaben, wenn auch nach harter und jahrelanger Auseinandersetzung, schliesslich durchzusetzen vermocht hat.

Die Folgerung, die Minger aus seiner Beurteilung der Lage zieht, ist ebenso klar und einleuchtend: «Wir Schweizer haben auf die Verhütung eines I zukünftigen europäischen Krieges wenig oder keinen Einfluss, und deshalb müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die nationale Sicherheit konzentrieren.» Man könnte dieses Wort als das «ceterum censeo» des unermüdlichen Kämpfers für die Verbesserung der schweizerischen Abwehrbereitschaft bezeichnen.

## *Die Haltung der Schweiz in der Abrüstungsfrage*

Wie recht Minger mit seiner skeptischen Beurteilung der Abrüstungsbemühungen hatte, sollte auch der Verlauf der eigentlichen Abrüstungskonferenz zeigen. Diese wurde anfangs Februar 1932 in Genf eröffnet. Die über 1'000 Delegierten vertraten die ganze damalige Staatenwelt. Insbesondere waren alle Grossmächte präsent, also auch diejenigen, die nicht dem Völkerbund angehörten wie die USA und die Sowjetunion. Die angestrebte Universalität war also auf dieser bis dahin grössten internationalen Konferenz durchaus gegeben. Insofern wären die Voraussetzungen für eine weltumfassende Regelung der Abrüstungsfrage vorhanden gewesen. Allerdings stand die Versammlung insofern unter ungünstigen Auspizien, als ausgerechnet am Eröffnungstag japanische Flugzeuge die chinesische Stadt Schanghai bombardierten.

Was die Schweiz anbetrifft, so hatte sie im Grunde sich widerstreitende Interessen gegeneinander abzuwägen. Einerseits musste sie an einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung durchaus ein Interesse haben, wenn man an ihre heikle militärpolitische Lage denkt. Ein Scheitern der Konferenz konnte leicht zu einem

neuen Wettrüsten führen, das unmittelbare Rückwirkungen auf die sicherheitspolitische Lage des von Grossmächten umgebenen neutralen Kleinstaates haben konnte, ja musste. Eine solche Gefahr war umso ernster zu nehmen, als sich im Verlauf der Konferenz gerade der Gegensatz zwischen den beiden Nachbarstaaten Deutschland und Frankreich immer stärker akzentuierte. Ein neuer Krieg zwischen diesen alten «Erbfeinden» war das Schlimmste, was der Schweiz passieren konnte. Das ist die eine Seite des Problems.

### *Das Milizsystem stellt für niemand eine Bedrohung dar*

Andererseits war man in Bern, verständlicherweise vor allem im Militärdepartement, der Auffassung, dass das schweizerische Wehrsystem mit seinem Milizcharakter und seiner rein defensiven Ausrichtung für keinen andern Staat eine Bedrohung darstelle. Minger vertrat entschieden die Meinung, dass das Militärbudget das Minimum dessen sei, was die Schweiz für die Aufrechterhaltung ihrer Sicherheit brauche. Aber auch «Aussenminister» Giuseppe Motta, der sich in Genf übrigens sehr aktiv für den Abrüstungsgedanken eingesetzt hat, fand es angebracht, vor dem Genfer Auditorium auf das «Friedensbeispiel» der Schweiz hinzuweisen:

«Wenn alle andern Staaten ein Milizsystem wie die Schweiz hätten», so gab er zu bedenken, «würde sich die Frage der Abrüstung gar nicht stellen, und für alle Länder der Welt wäre der Frieden gesichert.»

In der Tat wurde das schweizerische Milizsystem von mehreren Delegierten anderer Staaten als nachahmenswertes Vorbild empfohlen, so von französischer wie von britischer Seite. Auch die deutschen Sozialisten liessen sich im gleichen Sinne vernehmen – natürlich ohne die geringste Chance auf Verwirklichung.

### *Deutschland gibt der Abrüstung den Todesstoss*

Nach einem halbjährigen Unterbruch ist die Konferenz genau ein Jahr nach ihrer Eröffnung, am 2. Februar 1933, erneut zusammengetreten. Auch diesmal unter wenig verheissungsvollen Umständen: Hitler war drei Tage zuvor in Deutschland an die Macht gekommen. Was man damals noch nicht wissen konnte: nur einen Tag später, am 3. Februar 1933, hat der neue deutsche Reichskanzler in seiner ersten geheimen Ansprache vor den höchsten militärischen Befehlshabern seine weitreichenden Pläne zur «Eroberung neuen Lebensraums» verkündet, was

selbstverständlich Krieg bedeuten musste, (Text in «Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, herausgegeben und kommentiert von Walther Hofer, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M., S. 180.)

So war es nur folgerichtig, dass das «neue» Deutsche Reich noch vor Ablauf des Jahres der Abrüstungskonferenz und mit ihr auch dem Völkerbund abrupt den Rücken kehrte. Damit war natürlich die Aussicht auf eine allgemeine Abrüstung auf den Nullpunkt gesunken.

Im Frühjahr hatten einige kleinere Staaten, zu denen sich auch die Schweiz gesellte, nochmals dringend dazu aufgerufen, einen letzten Versuch zu unternehmen, «um wenigstens zu einer vorläufigen Vereinbarung über die Abrüstung zu gelangen». Sollte die Konferenz an der Lösung dieser Aufgabe scheitern, so ihr Warnruf an die Delegierten, «wäre die Welt der drohenden Gefahr einer massiven Wiederaufrüstung ausgesetzt». Wie recht sie hatten!

Doch die Konferenz war nicht mehr zu retten. «Nach längerem Siechtum» (Bonjour) endete sie am 8. Juni 1934 und vertagte sich «auf unbestimmte Zeit». Sie sollte nie mehr zusammentreten.

### *Hitlers Politik löst Besorgnis, aber auch scharfe Kritik aus*

Seitdem die Weimarer Republik ihren ärgsten Feinden ausgeliefert worden war, hatte man von der Schweiz aus die Entwicklung im nördlichen Nachbarland mit steigender Besorgnis verfolgt. Die Presse hat gleich von Anfang aus ihrem abgrundtiefen Misstrauen gegenüber dem neuen Regime kein Hehl gemacht. Insbesondere der zur Errichtung der Diktatur inszenierte Brand des deutschen Reichstages gab zu den schlimmsten Befürchtungen Anlass. (Vgl. Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation herausgegeben von Walther Hofer, Edouard Calic, Christoph Graf u.a. Band I 1972, Band II 1978. Neuauflage Ahriman Verlag Freiburg i. B. 1992.)

War die neue Regierung zunächst mit der Festigung ihrer innenpolitischen Position vollauf beschäftigt gewesen, so erfolgte jetzt mit dem Austritt aus Völkerbund und Abrüstungskonferenz der erste «Coup» auf dem Gebiet der Aussenpolitik. Entsprechend waren die Reaktionen im Ausland.

«Das Ereignis wirkte auch in der Schweiz als ein Schock, der schlimme Ahnungen aktivierte, die man von der künftigen Aussenpolitik Hitlers bereits hatte, und löste erste Kriegsängste aus», so beschreibt Fred Luchsinger die damalige Atmosphäre in seiner Geschichte der Neuen Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges (S. 72). Die NZZ warnte, dass man gut daran tue, «sich nicht darüber zu täuschen, dass heute hinter der Regierung Hitler und ihrer Politik offenbar eine Mehrheit des deutschen Volkes steht».

Man müsse sich jetzt mit der Tatsache eines «Hitler-Deutschland» abfinden, einem Regime, das kaum Möglichkeiten einer fruchtbaren und beständigen Zusammenarbeit biete. In Frankreich werde man aus dieser Aktion vor allem den Schluss ziehen, «Deutschland wolle sich der Kontrolle, die seine schon begonnene Wiederaufrüstung feststellen würde, um jeden Preis entziehen ...» Wesentlich krasser drückte sich das sozialdemokratische «Volksrecht» aus: «Hitler flüchtet aus der unbequemen Öffentlichkeit der Abrüstungsverhandlungen zurück in die Nacht faschistischen Verbrechens.» (Padel, Dämme gegen die braune Flut, S. 33.)

### *«Wir wollen in unserem Lande selbst Meister sein»*

Auch der Chef des Militärdepartementes reagierte rasch auf das Unheil verheisende Ereignis. Wenige Wochen später sprach er vor den zuständigen parlamentarischen Kommissionen von «besorgniserregenden Entwicklungen in Deutschland», von denen auch die Schweiz nicht unbeeinflusst bleiben werde. Und dann holte er zu dem bemerkenswerten Bekenntnis aus:

«Aber gerade mit Rücksicht hierauf sollte uns der Wert unseres demokratischen Staatswesens und die Bedeutung unserer Selbständigkeit so recht zu Bewusstsein kommen. Wir haben wertvolle Güter zu verteidigen und wollen in unserem Lande selbst Meister sein. Jede Einmischung von aussen, komme sie woher sie wolle, lehnen wir ab. Der beste Schutz für unser Land liegt in der Erhaltung unserer Neutralität, die uns aber nur solange Schutz gewährt, als wir sie aus eigener Kraft zu verteidigen vermögen.»

Minger war sich dabei durchaus klar darüber, dass es nicht darum gehen konnte, das Rüstungswettrennen der Grossen mitzumachen. Das Ziel war nicht die Schaffung einer Grossmachtarmee im Kleinformat. Die Mittel, die das Land aufzubringen bereit war, erlaubten nur das absolut Notwendige. Realistischerweise zielten seine Pläne darauf ab, jene Waffengattung zu stärken, die unseren topografischen Gegebenheiten am besten entsprach, und das war die Infanterie. Ohne in diesem Zusammenhang auf Details eingehen zu können, seien die wichtigsten Etappen der Wiederaufrüstung wenigstens erwähnt.

### *Etappen der Aufrüstung der Armee*

Bereits 1930 wurde eine allerdings recht bescheidene Vorlage zur Flugzeugbeschaffung realisiert. Für den weiteren materiellen Ausbau der Armee wurden ab 1932 wachsende Kredite gesprochen. Dabei ist zu bedenken, dass man von ei-

nem ausserordentlich tiefen Niveau ausgehen musste, war doch der Anteil der Militärausgaben auf den Stand von 1% des Bruttosozialproduktes abgesunken. Insgesamt sind zwischen 1933 und 1939 Rüstungskredite für über 800 Millionen Franken gesprochen worden. Doch die dem Parlament und auch dem Volk unterbreiteten Wehrvorlagen konnten sich erst nach Kriegsbeginn voll auswirken. Von den bewilligten Krediten für Waffen und Ausrüstung war bis 1939 erst etwas mehr als ein Drittel der Beträge ausgegeben. Die neue Truppenordnung konnte nicht mehr eingespielt werden. Die erste viermonatige Rekrutenschule fand erst im Frühjahr 1940 statt.

Wenn man nach den Gründen für diese Verzögerungen fragt, so fielen folgende besonders ins Gewicht:

1. Die Kapazität der Militärverwaltung war noch eng begrenzt und die bestehende Organisation liess keine straffe Führung zu.
2. Die Rüstungsindustrie und die bundeseigenen Militärwerkstätten waren auf die neue Grössenordnung der Aufträge nicht genügend vorbereitet.
3. Schliesslich wurde die Ausführung der Aufträge aus Gründen der Arbeitsbeschaffung über mehrere Jahre erstreckt.

Neben der materiellen Aufrüstung – besser sollte man eigentlich von Nachrüstung sprechen – wurde der Verbesserung der Ausbildung vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt. Etappenweise wurden die Ausbildungszeiten verlängert, zunächst der Rekrutenschulen, dann der Offiziersausbildung und schliesslich, 1938, der Wiederholungskurse.

Die Ereignisse von 1935/36 – italienischer Überfall auf Abessinien und die Wiederbesetzung des Rheinlandes – gaben entscheidende Impulse für weitere Anstrengungen zur Verstärkung der Landesverteidigung. Bereits wenige Tage nach dem Beginn des Krieges in Ostafrika wurde die Schweizerische Offiziersgesellschaft vorstellig bei Minger, der in diesem Jahr auch Bundespräsident war. In ihrem Schreiben hiess es u.a.:

«Durch die kriegerischen Ereignisse in Afrika ist in unserem Volk eine gewisse Beunruhigung entstanden über den Stand der Rüstung unseres Heeres ... Man konstatiert richtigerweise, dass dämonenartig ganz unrlötzlich kriegerische Ereignisse auch über einen friedlichen Staat hereinbrechen können, ohne Kriegserklärung ...» Wie immer in der Geschichte müsse jeder Staat auf sich selbst bedacht sein «mit aller Kraft Kriegsgefahren von seiner Grenze abzuwenden».

Im Bundeshaus war man sich offensichtlich bewusst, dass Handlungsbedarf bestand. Denn die überfallartige Aktion der Deutschen am Rhein vom 7. März 1936 bestätigte die zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen vollauf. Nur eine

Woche später beauftragte Minger die Generalstababteilung abzuklären, was für finanzielle Konsequenzen die in Aussicht genommene neue Truppenordnung mit sich bringen werde. Die Kostenzusammenstellung von 274 Millionen wurde vom Chef selbst auf 235 Millionen reduziert. Gleichzeitig sollte das Volkswirtschaftsdepartement die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen beleuchten. «Ein wichtiger Abschnitt dieser Botschaft», schrieb Minger, «wird die durch einen solchen Beschluss ermöglichte Arbeitsbeschaffung zu behandeln haben; von einer geschickten Behandlung dieser Frage hängt vielleicht der Erfolg oder Misserfolg der Vorlage ab ...» Minger wollte die Antwort innerhalb einer Woche haben. Das ist ein klares Indiz dafür, dass man die Dringlichkeit der beabsichtigten Massnahmen erkannt hat.

### *Mingers erstaunliche Voraussicht*

Das geht auch aus Äusserungen hervor, die Minger am 11. Mai 1936 vor den vereinigten Militärkommissionen gemacht hat. Nachdem er auf den vertraulichen Charakter der Sitzung hingewiesen und betont hatte, dass er solche Dinge im Parlament selbst so nicht hätte sagen dürfen, führte er wörtlich aus: «Der italienisch-abessinische Krieg hat gezeigt, dass die Diktaturstaaten eine gewaltige Gefahr bedeuten. Der Völkerbund war gegenüber Italien ohnmächtig. Das ermutigte Deutschland zum Schritt vom 7. März, was ein gewagtes Experiment war. Für einen Angriffskrieg ist Deutschland heute noch nicht reif. Wie lange die Zeit der Vorbereitung noch dauern wird, ist fraglich.» Und dann kommt der geradezu prophetische Satz: «Man wird nach meiner Ansicht mit etwa drei Jahren rechnen dürfen ...» d.h. also 1939! Minger hatte übrigens Ende Januar gerade auch die Remilitarisierung des Rheinlandes vorausgesagt. Auch die gesamten Begleitumstände, wie wir sie dargelegt haben, hat er vollkommen richtig vorausgesehen: dass Frankreich es nicht wagen werde, deswegen zum Krieg zu schreiten, und dass der Völkerbund höchstens protestieren werde ...

Auch wenn man in Rechnung stellt, dass Minger aus taktischen Erwägungen ein möglichst dunkles Bild der Lage entworfen hat – denn er wollte ja die grosse Kreditvorlage durchbringen –, so ist man über den Weitblick dieses Mannes, der als einfacher Bauer keine höhere Schulbildung genossen hatte, immer wieder erstaunt. Er war übrigens der einzige Nichtakademiker in dem Siebner-gremium des Bundesrates. Böse Mäuler behaupteten, das sei möglicherweise auch schon die Erklärung für sein erstaunliches Urteilsvermögen und seinen überaus wachen Verstand.



## *Die Wehranleihe von 1936*

Es war anlässlich dieser bisher grössten Militärvorlage, dass führende Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion wie Ernst Nobs, Robert Bratschi und Walter Bringolf engagierte Voten für die vorgesehene Verstärkung der Armee abgegeben haben. Der spätere erste SP-Bundesrat Nobs gab zu Protokoll, es sei noch nie ein «solch geschlossener Abwehrwille» im ganzen Volk vorhanden gewesen. Die Parteibasis hinkte ihren Führern allerdings noch etwas nach. So stimmte ein SP-Parteitag noch gegen diesen Kredit, der dem Volk als «Wehranleihe» zur Abstimmung vorgelegt werden sollte. Doch das Volk entschied anders. Die Wehranleihe von 235 Millionen Franken wurde um 100 Millionen überzeichnet, und das obschon während der Kampagne eine Abwertung der Währung vorgenommen werden musste.

Zu Beginn des Jahres 1937 gab die SP ihre frühere Armeefeindlichkeit auch offiziell auf und stellte sich «grundsätzlich auf den Boden der militärischen Landesverteidigung». Führende Vertreter der Partei hatten sich schon seit geraumer Zeit für die Notwendigkeit der militärischen Landesverteidigung ausgesprochen. So hat z.B. Walther Bringolf in der Junisession 1936 der eidgenössischen Räte bei der Beratung der grossen Wehrvorlage erklärt:

«Nur ein Dummkopf lernt aus den Verhältnissen nichts.» Welche Verhältnisse dies waren, machte sein Parteikollege Ernst Reinhard klar, wenn er sagte: «Es gibt Staaten, die Aggressionen wollen; wir stellen uns auf diese Tatsache ein.» (Vgl. Bonjour, Neutralität III, S. 392 ff.)

### *Ein unbequemer «Vordenker» in der SP*

Ein anderer sozialdemokratischer Politiker, Nationalrat und Stadtpräsident von Biel, hatte sich allerdings schon zwei Jahre früher auf «diese Tatsache» eingestellt und daraus auch gleich die Konsequenzen gezogen: Dr. Guido Müller. Er wandelte sich bereits 1934 vom «glühenden Pazifisten» zum unbedingten Verfechter der Landesverteidigung. Doch er war der Partei (zu) weit voraus und handelte sich dementsprechend grosse Schwierigkeiten ein. Doch lassen wir Müller selbst sprechen. In seinen Erinnerungen schreibt er unter dem Titel «Drangsale eines sozialdemokratischen Nationalrates»:

«Nur ausnahmsweise fiel mir die Rolle des Fraktionsredners zu. Immerhin hielt mein Aussenseitertum die Fraktion nicht ab, mich als Sprecher vorzuschicken, wo sie meiner sicher war, bei Militärvorlagen. Ich galt nämlich als glühender Pazifist, war es auch, nur kein blinder. Nichts liess voraussehen, dass ich gerade darüber in offenen Gegensatz zur Partei geraten würde.»

Er sei durchdrungen gewesen «vom Glauben an die Möglichkeit einer Weltfriedensordnung». So habe er 1930 «den illusionären Vorschlag gemacht, den vom Bundesrat geforderten Kredit von 20 Millionen Franken zu bewilligen, aber nicht für die Anschaffung von Militärflugzeugen, sondern zur Errichtung einer Stiftung für Völkerverständigung und Weltfrieden». Denn für die Erhaltung des Friedens könne man nie genug tun, argumentierte er. Doch dann kommt der Satz:

«Die Weltgeschichte ging einen andern Weg.» Und Müller beschloss, gerade diesen Weg auch zu gehen. Ihm genügten die Erfahrungen mit dem Faschismus in Italien und dem Nationalsozialismus in Deutschland bereits zu diesem Zeitpunkt, um eine radikale Kehrtwendung vorzunehmen. Dabei spart er nicht mit Kritik an der Führung seiner Partei:

«Die Ereignisse überstürzten sich, alles war in Bewegung. Nur der Vorstand der sozialdemokratischen Partei verharnte in Ruhe, schien von alledem unberührt, hielt es nicht für nötig, sich ernsthaft damit zu beschäftigen und seine Stellung zur Landesverteidigung im Lichte der bedrohlichen Veränderungen, die sich um uns herum vollzogen, und der sich in Europa zuspitzenden Gegensätze zu überprüfen».

Müller aber schritt sogleich zur Tat, und liess sich wenn auch «von bösen Ahnungen erfüllt und beunruhigt» in die Kommission wählen, welche die Vorlage über die Revision der Militärorganisation (Verlängerung der Rekrutenschulen) zu beraten hatte. Sie tagte am 7. August 1934 in Zermatt. «Ich folgte meinem Gewissen», schreibt Müller, «und bekannte mich rückhaltlos zu den Anträgen des Bundesrates. Es sollte mir nicht gut bekommen.»

### *«Recht ist, was Deutschland nützt»*

Seine Intervention, die in dem Erinnerungsband wiedergegeben wird, ist etwas vom Gescheitesten – und Mutigsten! – dem ich in den Studien zu diesem Buch begegnet bin. Leider kann hier auf dieses Dokument nicht so ausführlich eingegangen werden, wie es dies verdiente. Doch immerhin einige «Rosinen» aus dieser bemerkenswerten Rede:

«Ich gehörte zu jenen, die lange, allzu lange an die Möglichkeit glaubten, in Genf eine Weltfriedensordnung aufzurichten ... Ich glaubte also an den Sieg der hellen menschlichen Vernunft ... Ich habe mich getäuscht ... Schmähhlicher ist die Friedenssehnsucht der Völker nie genarrt worden ... Die deutschen Machthaber gehen mit ihren Friedensbeteuerungen und Friedensangeboten viel zu verschwenderisch um, als dass ihnen reeller Wert beigemessen werden dürfte ... Wer ihnen traut, hilft den Frieden verraten.»

Müller zieht aus dieser erstaunlich weitsichtigen Analyse den für ihn allein denkbaren Schluss: «Wir sind uns sicher klar, dass in einer Zeit, wo Recht ist, was Deutschland nützt, die Beobachtung der schweizerischen Neutralität im Kriegsfall weder eine Frage des Rechts noch der Moral mehr ist, sondern eine blosser Angelegenheit der Strategie, eine Frage der Zweckmässigkeit, des militärischen Kalküls.» Weiter gibt er zu bedenken: «Solange es Völker gibt, die sich an einer Raubtierphilosophie berauschen, Regierungen, die Raubtierinstinkte pflegen ... solange darf auch der zum Frieden willige und gereifte Staat sich seiner Machtmittel nicht entäussern ...

Müsste eine wehr- und hilflose Schweiz nicht für jeden kriegführenden Nachbarn eine unwiderstehliche Versuchung bedeuten, ja ihn geradezu nötigen, einzubrechen, um dem Gegner zuzukommen?»

Und er beschliesst seine Argumentation mit einer originellen Abwandlung eines berühmten Wortes des englischen Staatsphilosophen Thomas Hobbes: «Homo homini lupus, der braune (!) Mensch ist für den Menschen der Wolf.»

### *Die Szene wird zum Tribunal*

Diese kristallklare Analyse der Situation hätte eigentlich gerade all jenen einleuchten müssen, welche die Fahne des Antifaschismus vor sich her trugen. Doch das Gegenteil passierte: Nationalrat Müller geriet unter heftigen Beschuss und war vollkommen isoliert: er galt als Abtrünniger. Seine Parteigenossen in Biel ersuchten die schweizerische Parteileitung einstimmig, dem Genossen Müller den Rücktritt aus dem Nationalrat nahezu legen. In Biel selbst sollte über den Ketzer Gericht gehalten werden. «Also: Demission oder Skandal – regelrechte Erpressung» notierte sich Müller im Hinblick auf das angesagte Tribunal. Immerhin kam jetzt auch Unterstützung von aussen. So schrieb die «Thurgauer Arbeiterzeitung» zu dem Kesseltreiben gegen Müller:

«Die Weisung, die man dem Genossen Müller geben will, bedeutet, dass es ihm und Gleichgesinnten verboten sein soll, aus der Geschichte der letzten Jahre zu lernen ...» Ganz in diesem Sinne sagte Müller vor der Parteiversammlung, die ihn «exekutieren» sollte: «Die Parteiführer wissen auch, dass es höchste Zeit ist, die Einstellung zur Landesverteidigung zu revidieren.» Aber: «Unsere Parteiführer sind die Gefangenen ihrer früheren Parolen ... Und doch brauchte es nur ein wenig Mut, um einzugestehen, dass die politische Lage sich geändert hat, dass die Voraussetzungen für die Ablehnung der Landesverteidigung dahingefallen sind ...» Wenn ich schuldig bin, so verteidigte er sich, dann weil ich will, «dass unser Land von Mord und Brand verschont wird, dass Frei-

heit und Recht nicht blutiger Willkür, Gesittung und Kultur nicht scheusslicher Wildheit geopfert werden».

Wenn ein kommender Parteitag die Landesverteidigung wieder ablehne, dann sei er bereit, aus dem Nationalrat zurückzutreten, schloss Müller seine Philippika. Doch so weit kam es nicht. Denn der nächste Parteitag – er fand am 26/27. Januar 1935 in Luzern statt – bekannte sich endlich zur militärischen Landesverteidigung, «wenn auch stark verklausuliert und gegen eine erhebliche Minderheit», wie Müller anmerkt. «Damit hatte ich gegen meine Widersacher in Biel recht bekommen, was sie mir am wenigsten verzeihen konnten.»

Wir sind auf den Fall Guido Müller so ausführlich eingegangen, weil er exemplarisch die Schwierigkeiten aufzeigt, in welche die Sozialdemokratie durch die Unvereinbarkeit von Antimilitarismus und Antifaschismus geraten war. Wir bekennen aber auch, dass ein persönliches Motiv mit im Spiel ist. Guido Müller war Stadtpräsident in Biel, als ich dort von 1936 bis 1939 das Gymnasium besuchte. Einer seiner Söhne, Konrad Müller, war mein Klassenkamerad, später Professor für Altphilologie an der Universität Fribourg. Er hat mich auf die Erinnerungen seines Vaters aufmerksam gemacht, die er in dritter Auflage und in neuer Bearbeitung herausgegeben hat. (Guido Müller, Erinnerungen, Reden, Schriften, Francke Verlag Bern 1970. Die zitierten Stellen finden sich auf S. 77 ff. und S. 357 ff.)

### *Kein Beifall von jenseits des Rheins*

Die überwältigende Annahme der Wehranleihe und das Bekenntnis der Sozialdemokraten zur Landesverteidigung war eine beeindruckende Demonstration schweizerischen Wehrwillens. Sie wurde auch im Ausland gebührend zur Kenntnis genommen – in Deutschland eher übellaunig. So schrieb das in militärischen Fragen führende «Börsenblatt», die Sorge der Schweiz sei völlig überflüssig und, soweit sie sich auf Deutschland beziehe, sogar beleidigend. Man schien also jenseits des Rheins die «Botschaft» richtig verstanden zu haben.

## 2 Der Untergang Österreichs 1938

### Englands Haltung in der Österreichfrage

#### *Massgebend ist das Selbstbestimmungsrecht*

**B**ei der Untersuchung der Österreichpolitik Grossbritanniens stiess Professor Carsten von der University of London auf die «ganz überraschende Tatsache», dass die britische Regierung am Ende des Ersten Weltkrieges keineswegs gegen einen Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich gewesen sei. Wie der damalige Aussenminister Arthur Balfour an den Privatsekretär des Königs George V. schrieb, würde dies «eines der Grundprinzipien verletzen, für die die Alliierten gekämpft haben – das Recht auf Selbstbestimmung». Es stand also schon 20 Jahre vor dem eigentlichen Anschluss fest, dass Deutschland von englischer Seite kaum nennswerten Widerstand zu gewärtigen hatte, falls es einen Anschluss Österreichs ins Auge fassen sollte. (Francis L. Carsten, Grossbritannien und Österreich 1918-1937, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, herausgegeben von Gerald Stourzh und Birgitta Zaar. Wien 1990, S. 29-44.)

London stand damit – einmal mehr ist man versucht zu sagen – in einem krassen Gegensatz zu Frankreich, für welches das Anschlussverbot, wie es in den Friedensverträgen von Versailles und St-Germain festgeschrieben war, geradezu ein «Axiom» dargestellt hat. So hat Frankreich noch 1931 die geplante Zollunion zwischen dem Reich (damals noch die Weimarer Republik) und Österreich verhindert. Auch hier kam es zu Differenzen zwischen Paris und London.

Die britische Historikerin Anne Orde hat aufgezeigt, dass es in der ganzen Zeit zwischen 1918 und 1938 immer wieder misslungen ist, eine gemeinsame Linie der westlichen Demokratien in der Österreichpolitik zu finden. (Vgl. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1980, S. 242 ff.) Dass dieser Zwiespalt die deutschen Absichten, besonders nach dem Machtantritt Hitlers, eo ipso gefördert hat, liegt auf der Hand. Hitler war nicht der Mann, solche Differenzen nicht auszunutzen. Allerdings hat sich England bei mehreren Gelegenheiten schliesslich dazu durchgerungen, gemeinsamen Erklärungen über die Notwendigkeit der Unabhängigkeit Österreichs, zusammen mit Frankreich und Italien,

zuzustimmen. London machte indessen jeweils die bezeichnende Einschränkung, dass es keine bindenden Verpflichtungen übernehmen könne. Über dieses Thema kam es im britischen Kabinett bzw. im Foreign Office wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen, wie noch zu zeigen sein wird.

Wenn man in London das schwer amputierte und zum Kleinstaat geschrumpfte Österreich nicht für lebensfähig gehalten hat, so stand man mit dieser Meinung nicht allein – im Gegenteil: sie war weit verbreitet, und manche Autoren vertreten die Ansicht, dass in dieser pessimistischen Beurteilung der Lebensfähigkeit des neu erstandenen österreichischen Staates bereits auch schon sein späteres Schicksal vorweggenommen worden ist. Man sprach im britischen Aussenministerium schon bald einmal von der Notwendigkeit eines Anschlusses an ein grösseres Land. Dass dabei Deutschland im Vordergrund stand, lag umso näher, als die österreichische Nationalversammlung sofort nach dem Untergang der alten k. u. k. Monarchie im November 1918 den neuen Staat als Teil des Deutschen Reiches erklärt hatte, was einem Anschluss gleichgekommen wäre. Sie berief sich dabei auf das vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson in seinen berühmten «Vierzehn Punkten» proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ohne Zweifel stellte das Anschlussverbot eine schwerwiegende Verletzung dieses Grundsatzes dar, der indessen noch keineswegs völkerrechtlich fest verankert war. Jedenfalls stand fest, dass das übrig gebliebene Deutsch-Österreich selbst gar keinen eigenen Staat bilden wollte. Darin waren sich alle massgebenden politischen Kräfte einig. Zu bedenken ist, dass das Deutsche Reich damals, nach der Revolution von 1918, eine demokratische Republik gewesen ist.

### *Zweifel an der Lebensfähigkeit Österreichs*

Bereits im Juli 1933, also ein ganzes Jahr vor dem gescheiterten Versuch einer NS-Machtergreifung in Österreich, wurde ein Bericht des britischen Gesandten in Wien von Beamten des Foreign Office mit Bemerkungen versehen, wonach der Kampf um Österreich «von vorneherein» verloren und die Lage «fast hoffnungslos sei». Im Februar 1934 verfasste ein Beamter ein ausführliches Memorandum über «The Austrian Problem», dessen Pessimismus, wenn nicht gar Defaitismus erschreckend ist, aber irgendwie doch wohl bezeichnend für gewisse Strömungen im britischen Aussenministerium. Darin steht zu lesen:

«Das unabhängige Österreich ist tot und der Erbe des Nachlasses muss entweder Italien oder Deutschland sein.» Dann heisst es weiter, die italienische Lö-

sung könne nicht die gleiche Stabilität haben wie die deutsche, «die sich auf Rasse (!), Sprache und Tradition stützt». Und dann die Schlussfolgerung: «Wenn man erkennt, dass die deutsche Lösung früher oder später unvermeidlich ist, dann ist es besser, wenn sie bald kommt... Wirtschaftlich und politisch bietet die deutsche Lösung auch langfristig die grössere Aussicht auf Stabilität.»

Immerhin wurde diese Lagebeurteilung, von der man glauben könnte, dass sie aus irgend einer «braunen» Küche stammt, nicht überall goutiert. So wurde dagegen ins Feld geführt, dass Deutschland damit «zum Herrn in Mitteleuropa» würde. Sir Robert Vansittart, als ständiger Staatssekretär im Aussenministerium dessen höchster Beamter und bekannt für seine skeptische Einstellung gegenüber dem Reich, bemerkte sarkastisch zu diesem merkwürdigen Papier, er sei «einer jener einfachen Leute, die ein Deutschland von 80 Kilo einem Deutschland von 100 Kilo vorziehen – denn auf dieser Basis würde es sich später noch ein oder zwei Dutzend Kilo zulegen». (Carsten, a.a.O., S 41-43.) Es wundert nicht, dass Vansittart unter Chamberlain später entmachtet und auf ein Stumpengeleise geschoben wurde. Solche unangenehmen Prophezeiungen konnte der Mann nicht brauchen, der, wie Winston Churchill es formulierte, «zutiefst davon überzeugt war, dass ihm die persönliche Mission zufalle, eine freundschaftliche Verständigung mit den Diktatoren von Deutschland und Italien zu erreichen». (Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Band I. S. 299.)

### *England hilflos gegenüber der deutschen Drohung*

Ungefähr zur gleichen Zeit betonte der damalige Aussenminister, Sir John Simon, die Gefährlichkeit der NS-Propaganda und meinte, es bestünde die Aussicht, «dass Österreich nationalsozialistisch würde». Doch England könne nichts Konkretes tun. Immerhin schlug er dann vor, den Tourismus nach Österreich zu fördern! Heilige Einfalt, ist man versucht zu sagen. Prof. Carstens Kommentar dazu: «Die ganze Diskussion zeigte, wie wenig die britische Regierung für Österreich tun konnte und wie hilflos sie der deutschen Drohung gegenüberstand.» Nach dem gescheiterten Putsch vom Juli 1934 und der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuss schrieb der Aussenminister an den Premier MacDonald: «Unsere Politik ist eindeutig. Wir müssen uns auf jeden Fall aus allen Verwicklungen in Mitteleuropa heraushalten.» Die Erklärung im Unterhaus, wonach Grossbritannien gemeinsam mit Frankreich und Italien für die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit sei,

habe keine militärische Bedeutung. An dieser Einstellung Londons änderte sich in den kommenden Jahren nichts. Im Gegenteil: diese Haltung versteifte sich wenn möglich noch unter dem prononcierten Appeasementkurs, den der neue Premierminister Neville Chamberlain (seit Mai 1937) steuerte.

Damit steht schon Jahre vor dem eigentlichen Anschluss fest, dass Hitler von Seiten Englands (und damit praktisch auch Frankreichs) nichts zu befürchten hatte, wenn er die österreichische Ernte in die deutsche Scheune einbringen wollte. Wenn man damit die Hoffnungen auf eine feste Haltung der Westmächte im Falle Österreich vergleicht, wie sie auch in der Schweizer Presse zum Ausdruck gebracht wurden, dann könnte die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit nicht grösser gewesen sein.

### *Wechsel im Foreign Office: Verstärkung des Appeasement*

Genau nach dem beschriebenen Szenario verhielt sich England denn auch, als die erwartete Krise ausbrach, die eigentlich gar keine war. Gerade als die Lage sich zuspitzte, fand zudem ein bedeutsamer Wechsel in der Führung der britischen Aussenpolitik statt (21. Februar 1938) – bedeutsam, weil der Wechsel von Anthony Eden zu Lord Halifax einer Stärkung der Appeasementlinie gleichkam. Im Gegensatz zu Chamberlain, der durch möglichst weites Entgegenkommen die Diktatoren zufriedenstellen wollte, hat Eden der Politik Hitlers und Mussolinis aufs Tiefste misstraut und insbesondere die Gefahr erkannt, die vom Dritten Reich ausging. Kein Wunder, dass man in Italien und Deutschland den «Sturz» Edens als grossen Sieg der eigenen Sache feierte. Dazu bestand umsomehr Grund, als mit Edens Nachfolger Lord Halifax eben ein unbedingter Anhänger der vom Premierminister inszenierten Politik das Kommando im Foreign Office übernahm. Dass dieser Wechsel ganz im Sinne Hitlers gewesen ist, darf füglich angenommen werden. Wir haben ja bereits früher dargelegt, wie sehr Halifax bei seinem Besuch vom Herbst 1937, «als Sendbote der neu entworfenen Appeasementpolitik» (Hildebrand), britische Verständigungsbereitschaft signalisiert hat. Ganz auf dieser Linie bewegte sich auch seine Politik in der Österreichfrage. Der neue Aussenminister machte gleich klar, dass er nicht gewillt war, irgendetwas zu tun, das geeignet war, das über den Haufen zu werfen, was er «a broad understanding with the Führer» nannte. Er versagte sich auch dem französischen Vorschlag, in Berlin eine schärfere Sprache zu führen, weil sich Österreich sonst falsche Hoffnungen auf militärische Hilfe machen könnte, die für London ausserhalb jeder Diskussion stand. (Gordon Brook-Shepherd, *Britain and the Anschluss*, in: *Österreich, Deutschland und die Mächte*, S. 277 ff.).



Der fundamentale Gegensatz zwischen Eden und seinem Premierminister in der Einschätzung der internationalen Lage und der daraus sich ergebenden Konsequenzen für die britische Aussenpolitik trat anlässlich des Rücktritts des Aussenministers deutlich zutage. Am Schluss der Rede, mit der Eden sich von seinem Amt verabschiedete, sagte er:

«Ich glaube nicht, dass wir in den europäischen Friedensbestrebungen Fortschritte erzielen können, wenn wir im Ausland den Eindruck entstehen lassen, dass wir fortgesetztem Druck nachgeben.» Er fühle die Gewissheit, dass diese Fortschritte vor allem von der Gesinnung der Nation abhängig seien und dass diese Gesinnung sich in einem entschlossenen Geist ausdrücken müsse. «Ich bin sicher, dass dieser Geist vorhanden ist. Ihm keinen Ausdruck zu geben, ist meines Erachtens weder diesem Land gegenüber richtig noch gegenüber der Welt.»

### *Chamberlains Absage an die kollektive Sicherheit*

Edens Worte stellten eine klare Distanzierung von der bevorzugten aussenpolitischen Linie Chamberlains dar. Der Premierminister bestätigte diesen Tatbestand ebenso klar, als er am folgenden Tag, also am 22. Februar, in einer programmatischen Rede seinen eigenen aussenpolitischen Kurs und nicht zuletzt die «Entlassung» Edens zu rechtfertigen versuchte. Von der Politik der kollektiven Sicherheit, wie sie Eden im Rahmen des Völkerbundes zusammen mit Frankreich und Sowjetrussland zur Verteidigung Abessiniens gegen den Angriff Italiens propagiert hatte, blieb in der Tat nicht viel übrig. Die Rede Chamberlains stellte vielmehr eine ziemlich unverhüllte Absage an diese Art von Politik dar. Besonders bemerkenswert ist dabei die äusserst kritische Beurteilung des Völkerbundes und seiner Möglichkeiten, die in folgenden Worten zum Ausdruck kam:

«Wenn ich, wie ich annehmen darf, berechtigt bin zu erklären, dass der Völkerbund in seiner heutigen Form die kollektive Sicherheit nicht gewährleisten kann, dann dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben, und noch weniger dürfen wir die kleinen Nationen irreführen, indem wir sie glauben machen, dass sie der Völkerbund vor Angriffen schütze, während wir genau wissen, dass sie von Genf keine Hilfe erwarten können.»

Die Gegner der Regierung, meinte Chamberlain weiter, hörten nicht auf, Phrasen und Clichés zu verwenden, die jegliche Bedeutung verloren hätten. Wie könne man vom Völkerbund erwarten, dass er die Aufgaben erfülle, für die er geschaffen wurde, nachdem ihn die Mehrheit der grossen Mächte verlassen habe. Wo könnte man heute im Völkerbund selbst noch jemand finden, rief der

Premierminister aus, der überzeugt wäre, dass kollektive Sicherheit durch den Völkerbund, so wie er gegenwärtig beschaffen sei, verwirklicht werden könnte. Er möchte zwar keinen Artikel der Satzung ändern oder gar löschen, fuhr Chamberlain fort, auch nicht den Artikel 16 (betreffend Sanktionen), in der Hoffnung, der Bund werde zu einem späteren Zeitpunkt wieder funktionsfähig gemacht werden können. «Für den Augenblick aber könne der Völkerbund den Völkern, die ihm weiter angehörten, nicht auferlegen, Verpflichtungen und Risiken auf sich zu laden, die sie offensichtlich nicht bereit sind zu übernehmen.»

Die Worte des britischen Premierministers wurden aus naheliegenden Gründen vor allem auch von den ausdrücklich erwähnten «kleinen Nationen», zu denen auch die Schweiz gehörte, mit Interesse aber auch Besorgnis zur Kenntnis genommen. Das unter ihnen bereits seit längerem vorhandene Malaise über den Zustand des Völkerbundes war nun sozusagen von «höchster» Stelle bestätigt worden. Sie konnten sich nun gleichsam als legitimiert betrachten, wenn sie sich nicht mehr an die Verpflichtungen gegenüber der Satzung und insbesondere an den ungeliebten Artikel 16 betreffend Sanktionen gebunden fühlten.

### *Der Pferdefuss der Appeasementpolitik*

Man kann Chamberlain nicht absprechen, dass seine Lagebeurteilung «realistisch» war. Ob es aber auch diplomatisch klug war, diese derart offen und zu diesem Zeitpunkt darzulegen? Zweifel sind angebracht, berechnete und wohl begründete Zweifel. Natürlich wollte der britische Premierminister dem ausersehenen Opfer Österreich ein Zeichen geben, dass es mit britischer Unterstützung nicht rechnen könne. Doch gab er eben gleichzeitig auch dem Täter Hitler einen Wink, dass er von Seiten Englands bei seinem Vorhaben nichts zu befürchten habe (soweit ein solcher Wink überhaupt noch nötig war). Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit der zwiespältige Charakter der Appeasementpolitik: die Entmutigung des Opfers kam einer Ermutigung des Täters gleich. Dass dem so war, hat ein hoher Beamter des Foreign Office unmittelbar nach dem Treffen Schuschniggs mit Hitler in Berchtesgaden ausdrücklich festgestellt:

«Die seit dem Halifax-Besuch – im Herbst 1937 in Berlin – wachsende Überzeugung, man könne sich darauf verlassen, dass wir uns in die friedliche Penetration Österreichs nicht einmischen würden, ist, daran habe ich wenig Zweifel, einer der Faktoren gewesen, die Hitler zu seinem Vorgehen ermuntert haben.» Zwar hat sich das Kabinett bis zum März 1938 nie förmlich dafür ent-

schieden, Österreich aufzugeben, «die Preisgabe geschah stillschweigend». Die Bekundungen der Besorgnis, die in der entscheidenden letzten Phase in Berlin vorgebracht wurden, waren, so die erwähnte britische Historikerin Anne Orde, «mehr für die Akten als zur Beeinflussung Hitlers bestimmt».

*«Gott sei Dank, das Problem Österreich ist erledigt»*

Die Reaktion Englands auf den Gewaltstreich Hitlers lief ganz im Rahmen des von Halifax dargelegten Konzepts ab: erste Priorität behielt das «overall settlement with Germany». Man war zwar im Prinzip an der Unabhängigkeit Österreichs interessiert, doch mehr nicht. «Hände weg von Mittel- und Südosteuropa» – so hiess die Devise während der ganzen Zwischenkriegszeit, also keine automatischen Verpflichtungen in diesem Raum. (Erst mit der Garantie für Polen im Frühjahr 1939 fand diese Politik ein abruptes Ende.) 1936 hat Admiral Sir Chatfield, britischer Minister für Verteidigungskoordination, an Sir Robert Vansittart geschrieben, dass britische Militärhilfe für Westeuropa (Frankreich, Belgien, Holland) nötig sei, aber gleich hinzugefügt: «If Germany tried to expand to the Southeast, we must accept it.» Das lief praktisch auf das hinaus, was Hitler von England immerzu verlangte: Freie Hand im Osten. (Alfred D. Low, *The Anschluss Movement 1931-1938*, New York 1985, S. 277.)

Der ständige Unterstaatssekretär, Sir Alexander Cadogan, gab der vorherrschenden Stimmung im Foreign Office und darüber hinaus wohl treffend Ausdruck, wenn er – nach vollbrachter (Gewalt) tat – kurz und bündig feststellte: «Gott sei Dank, das Problem Österreich ist erledigt ...» (*The Diaries of Sir Alexander Cadogan*, London 1971, zitiert bei Hildebrand, S. 650.) Der italienische Aussenminister Graf Ciano vertraute seinem Tagebuch an, Englands Reaktion werde sich erschöpfen in «entrüsteter Ergebenheit». («Traggo la convinzione ehe la Gran Bretagna accoglierà l'accaduto con indignata rassegnazione.» *Diario 1937-1938*, 1948, p.132.)

Winston Churchill dagegen stellte in einer Rede im Unterhaus vom 14. März fest: «Die Tragweite des Ereignisses vom 12. März lässt sich kaum übertreiben. Europa sieht sich vor einem Angriffsplan, der sorgfältig ausgedacht und zeitlich berechnet ist und sich von Stufe zu Stufe entwickelt, und es steht nur eine einzige Wahl offen, nicht nur für uns, sondern auch für andere Länder: sich entweder wie Österreich zu unterwerfen oder wirksame Massnahmen zu treffen, solange noch Zeit ist, die Gefahr abzuwenden ... Wo werden wir heute in zwei Jahren stehen, zum Beispiel, wenn die deutsche Armee zweifellos viel

grösser sein wird als die französische, und wenn alle kleinen Nationen aus Genf geflohen sein werden ...» Und der ewige Warner vergisst nicht, auf die äusserst gefährdete Lage der Tschechoslowakei hinzuweisen, die das nächste Opfer sein könnte.

Zwei Tage später, als wieder eine aussenpolitische Debatte im Unterhaus stattfand, wurde die Regierung ausdrücklich gefragt, welche Haltung sie im Falle eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei einnehmen würde. Der Premierminister bezeichnete die Pflichten Grossbritanniens als die eines jeden Mitgliedstaates des Völkerbundes. Als der Fragesteller Chamberlain vorhielt, dass die gleiche Antwort seinerzeit in bezug auf Österreich abgegeben worden sei, und daraus den Schluss ziehen wollte, dass die Regierung im Ernstfall wohl die gleiche Haltung einnehmen werde, verwahrte sich der Premier gegen eine solche Folgerung. Er bestritt etwas gesagt zu haben, was eine derartige Interpretation rechtfertigen könnte. Fazit: Politik hat offensichtlich nicht immer etwas mit Logik zu tun. Mit «nervöse Stimmung im Unterhaus» überschrieb die NZZ diesen Bericht ihres Londoner Korrespondenten.

### *Kommentare der britischen Presse*

Auf die britische Presse schien der Umstand, dass es zu einem Anschluss Österreichs kommen könnte, keinen grossen Eindruck zu machen. Die Hilferufe des Bundeskanzlers Schuschnigg fanden kaum Beachtung. Wie im Foreign Office befand man die kommende Vereinigung des Landes mit dem Reich als unvermeidliche, wenn nicht gar begrüssenswerte Entwicklung. Auch diese Revision des Friedensschlusses von 1919 fand Zustimmung.

### *Scharfe Kritik am Anschlussverbot*

Die Times übte einige Wochen vor dem Ereignis scharfe Kritik an dem damals festgelegten Verbot des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich. Sie nannte diese Klausel der Friedensbestimmungen «one of the least rational, most brittle, and most provocative artificialities of the peace settlement». Die Sunday Times blies ins selbe Horn und gab die Schuld für die entstandene Krise dem Versailler Vertrag. Man würde von den begangenen Torheiten der Vergangenheit nun eingeholt. Wenn man eine Barriere gegen deutsche Expansion hätte errichten wollen, hätte man nicht das alte Österreich zerstören dürfen (wobei übersehen wird, dass das Habsburgerreich bereits in seine ethnischen Bestandteile zerfallen war, als die Friedensverhandlungen in Paris begonnen haben.)

England habe zwar Interessen in Zentraleuropa, aber die beträfen nicht die Grenzen, die nicht die Knochen eines einzigen britischen Soldaten wert seien (wie es in Abwandlung eines berühmten Wortes von Bismarck über den Balkan hiess).

Als die Vereinigung der beiden Staaten dann nicht in der von der Times und andern Blättern erwarteten friedlichen Form stattfand, sondern durch eine militärische Aktion, gab es doch etwelches Unbehagen. Es sei «the latest and worst demonstration of the methods of German foreign policy» kritisierte die Times. Doch sie fügte hinzu, dass früher oder später eine engere Verbindung unvermeidlich gewesen wäre. Denn das kleine Österreich sei kein lebensfähiges Gebilde gewesen. Die Sunday Times setzte noch eins drauf, wenn sie meinte, es sei immer klar gewesen, «that the most hopeful future for Austria in any case lay in some form of union with Germany».

### *Englische Zeitung als Sprachrohr Hitlers*

Die Daily Mail brachte prompt wieder ein Interview ihres Reporters Ward Price, das er mit Hitler gleich in Wien machen konnte. Ein deutliches Indiz dafür, wie wichtig es Hitler gewesen ist, sich direkt an die britische Öffentlichkeit wenden zu können. Der Diktator verfehlte nicht, die Proteste der Westmächte als Einmischung zurückzuweisen. Es sei dasselbe wie wenn er gegen die Beziehungen der britischen Regierung mit Irland protesieren würde. Da haben wir wieder die Parole von der «innerdeutschen» Angelegenheit. Im Übrigen sei er nur in seine Heimat zurückgekehrt, um das österreichische Volk von Leiden und Unterdrückung zu erlösen, dozierte Hitler den Engländern. Der begnadete Demagoge wusste auch genau, wie man den berühmten «Mann auf der Strasse» beeindrucken konnte. So antwortete er auf eine diesbezügliche Frage des englischen Journalisten, er könne es sich nicht leisten, in Wien zu wohnen, da seine einzigen Einkünfte von seinen Schriften herrührten (d.h. von seinem Buch «Mein Kampf», dem eine dauernde Riesenaufgabe sicher war, da es praktisch zur Pflichtlektüre jedes Volksgenossen gehörte). «I am in fact of the same profession as you», lässt Daily Mail den «Fuehrer» verkünden. Fazit: Der deutsche Diktator ist der einfache Mann des Volkes geblieben, der von seinen ehrlich verdienten Einkünften lebt. Die Zeitung lässt sich so ihre eigene Ansicht durch Hitler direkt bestätigen. Wenn man solches liest, denkt man unwillkürlich an Churchills Urteil von der «einfältigen» englischen Presse.

Man kann sich ein solches Gespräch in einer Schweizer Zeitung nur schwer vorstellen – es sei denn in einem Frontistenblatt. Doch sich dort vernehmen zu

lassen, würde der Herr über das Deutsche Reich wohl kaum viel Lust gehabt haben.

### *Liberale Wunschenken*

Weniger Erfolg hatte Hitlers Versuch, die Gewaltanwendung zu rechtfertigen, in den liberalen Zeitungen. Sie verurteilten die Aggression mit scharfen Worten. Wenn Manchester Guardian schrieb, die Regierungen Europas wüssten nun, was sie erwartete, so sollte dies allerdings ein frommer Wunsch bleiben, gerade hinsichtlich der britischen Regierung. Dasselbe gilt wohl von dem Wort in News Chronicle, wonach Nazideutschland die Welt aufgeweckt habe, seine Methoden zu erkennen. Mit deutlicher Spitze gegen die Regierung und die von ihr verfolgte Politik der Beschwichtigung fügte die Zeitung hinzu:

«We hope that among the awakened will be those Conservatives who have been working on the Nazi behalf in Britain».

Daily Herald, das Sprachrohr der Labour party, machte auch in Wunschenken, wenn es schrieb, die friedliebenden Nationen hätten nun zu beweisen, nicht nur dass Aggression sich nicht bezahlt mache, sondern dass legitime Beschwerden besser durch Verhandlung als durch Krieg erledigt werden könnten. Und wörtlich hiess es:

«If we are prepared to realize that and build our policy from henceforth on that basis, then Austria can be the last page of an evil chapter in the world's history». Leider sollte Österreich nicht das Ende, sondern erst der Beginn dieses «üblen Kapitels der Weltgeschichte» sein.

### *Warum sich gegen die Geschichte auflehnen?*

Die Times, auch wohl hier Sprachrohr der Regierung, hatte sich bald mit dem Verschwinden Österreich abgefunden. Warum sollte sich Europa aufregen über einen «act of union in line with the course of history?» So hiess es schon wenige Tage nach dem Anschluss. Warum sich gegen die Geschichte auflehnen? Diese Art von historischem Fatalismus, der sozusagen im Gewände einer Geschichtsphilosophie daherkommt, ist ganz typisch für die Schreibweise des Flaggschiffes der Appeasement Policy. Wie damalige Kenner der Szene glaubhaft versichern, sei dies vor allem auf eine Vorliebe des Herausgebers zurückzuführen. Dawson habe zwar keinerlei gründliche Kenntnisse der europäischen oder gar der deutschen Geschichte gehabt, was ihn nicht gehindert habe, sich als Spezialist für europäische (und deutsche) Fragen aufzuspielen. Auch in dieser Bezie-

hung war er His Masters Voice. IDenn auch Chamberlain war nicht gerade mit tieferen Kenntnissen über die meistens geschichtlich bedingten Verhältnisse Europas ausgestattet, wie er immer wieder bewiesen hat – ganz im Gegensatz zu Churchill.

Die angemessene Antwort auf die Haltung der konservativen Zeitungen hat in der Unterhausdebatte über den Anschluss eine Abgeordnete von Labour gegeben. Sie habe jeden Sonntag Mr. Garvin (Herausgeber des Observer) gelesen, sagte Miss Wilkinson, um zu sehen, welchen Teil des Britischen Empire dieser Gentleman an dem Tag wohl vorschlagen werde, Deutschland zu übergeben. Und dann wörtlich: «The hole attitude of The Times and the Observer until this week had been not merely to plead for an understanding with Germany but to give the impression that certain ambitions of the German Chancellor could be rightfully fulfilled.» (Nach Rolf Kieser, Englands Appeasementpolitik und der Aufstieg des Dritten Reiches im Spiegel der britischen Presse, Winterthur 1964.)

### *«The way of appeasement»*

James Louis Garvin, der als Europakenner galt, hatte sich übrigens schon anlässlich des Besuchs von Lord Halifax bei Hitler im November 1937 als Befürworter weitestgehender Konzessionen gegenüber dem Reich hervorgetan. Niemals würde das englische Volk die Zustimmung geben für eine militärische Intervention «on the other side of Europe» – womit offensichtlich Europa jenseits des Rheins gemeint war, speziell Österreich und die CSR. Dass durch die Friedensverträge dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche der Beherrschung durch sieben Millionen Tschechen unterworfen wurden, sei fern von jeglicher Übereinstimmung mit britischen Prinzipien. Dieser Artikel stammt vom 22.11.1937! Schon fast ein Jahr bevor die Frage akut wurde, machte die Zeitung also Stimmung für eine britische Distanzierung von den mitteleuropäischen Angelegenheiten.

Der Observer lehnte auch schon damals eine Allianz zwischen England, Frankreich und Russland als Gegengewicht zur antikommunistischen Dreierkombination (Deutschland, Italien, Japan) ab, da dies in einen neuen Weltkrieg führen würde. Der einzige Schlüssel zum Frieden sei «an Anglo-German settlement», womit der Grossteil der britischen Presse durchaus einverstanden gewesen ist.

Der unverdrossen deutschfreundliche Lord Rothermere ging noch einen Schritt weiter, indem er offen den Anschluss Londons an die Achse Berlin – Rom forderte. «The extension of the Rom – Berlin axis to London would transform the

line up between Germany and Italy from a danger into a safeguard for the peace of Europe.» (Daily Mail vom 24.9.1937.)

Die Times überschrieb ihren Leitartikel vom 25.11.1937 mit «Way of Appeasement», in welchem sie das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 als Modell anpries. Die Regierung von Neville Chamberlain und Lord Halifax konnte der Unterstützung durch die Presse sicher sein, wenn sie diesen Weg nun konsequent beging.

Der Vollständigkeit halber sei doch auch noch erwähnt, dass der Manchester Guardian als einzige unter den bedeutenderen Zeitungen davor gewarnt hat, ein Abkommen mit dem Reich auf Kosten anderer Staaten zu erreichen. Wo würden wir stehen und welche Figur würden wir machen, schrieb sie am 24.11.1937, wenn die bedrohten Staaten mit gutem Grund an die «League» appellieren würden, während wir uns als desinteressiert erklärten? Nur drei Monate später sollte der Premierminister dieses lästige Hindernis auf seinem Weg des Appeasement beseitigen, als er erklärte, der Völkerbund sei nicht mehr in der Lage, die Sicherheit seiner Mitglieder, insbesondere der kleineren unter ihnen zu garantieren.

Lord Beaverbrooks Evening Standard hat bereits damals eine (angebliche) Liste der deutschen Forderungen vorgelegt. Danach habe Deutschland seine kolonialen Ansprüche zurückgestellt, doch verlange es dafür freie Hand in Mitteleuropa, insbesondere freie Wahlen in Österreich und Garantie der Rechte für die deutschen Minderheiten. Als einzige unter den wichtigeren Zeitungen warnte der liberale Manchester Guardian vor einem solchen Nachgeben.

## Die Haltung Frankreichs in der Österreichfrage

### *Weder Habsburg noch Anschluss*

«Plus de monarchie des Habsbourg, et pas d'union avec l'Allemagne, tels sont et vont demeurer les deux impératifs entre lesquels se définit la politique de la France à l'égard de l'Autriche pendant l'entre-deux-guerre.» Keine Rückkehr der Habsburger und keine Vereinigung mit dem Deutschen Reich sind nach Prof. Jacques Bariéty die beiden Grundsätze, von denen sich die französische Österreichpolitik seit dem Ende des Weltkrieges leiten lässt. (Vgl. dazu und auch für das Folgende: La France et le problème de l'Anschluss mars 1936 – mars 1938 in: Deutschland und Frankreich 1936-1939. Beihefte der Francia Band 10. München 1981, S. 553-574.) Dementsprechend widersetzte sich Frankreich einer



deutsch-österreichischen Zollunion, wie sie unter der Kanzlerschaft Brüning im Frühjahr 1931 zu verwirklichen versucht wurde. Man sah darin eine «*préparation camouflée*» für den politischen Anschluss. Man verwehrte also dem damals noch demokratischen Deutschland den wirtschaftlichen Zusammenschluss, während man 7 Jahre später ohne grösseren Widerstand der NS-Diktatur gleich die totale Einverleibung gewährte.

Dies ist nur ein Beispiel für die fatale Inkonsequenz der französischen Politik gegenüber Deutschland, von der Hitler dermassen profitieren sollte. Der Misserfolg der Weimarer Republik war natürlich Wasser auf die Mühlen der nationalkonservativen und rechtsextremen Opposition, die nun behaupten konnte, ein demokratisches Regime sei eben nicht in der Lage, Deutschland die ihm zustehende Grossmachtstellung wieder zu verschaffen. So hat die französische Politik letztlich den Feinden der demokratischen Republik in die Hände gearbeitet. Auch Bariéty meint, die Haltung von Paris sei in den 30er Jahren dem kleinen Österreich gegenüber strenger gewesen als gegenüber dem grossen Reich. («*A l'égard de l'Autriche la menace, à l'égard de l'Allemagne la négociation*».) Dabei spielte die Rücksicht auf die «Kleine Entente» eine grosse Rolle, in der sich nach 1918 die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien als Hauptnutznießer des Zerfalls der Donaumonarchie gegen allfällige revisionistische Bestrebungen zusammengeschlossen hatten. Die französische Diplomatie förderte grundsätzlich den Abschluss von Verträgen, welche die Aufrechterhaltung der Bestimmungen der Friedensverträge bezweckten. Denn sie waren geeignet, die Stellung Frankreichs als wichtigsten Hüter der Friedensregelungen von 1919/20 auf dem Kontinent zu stärken.

Die Politik der «Kleinen Entente» hat durch ihre feindselige Haltung gegenüber Österreich viel zu dessen Untergang beigetragen. Durch ihre Fixierung auf das nie wirklich drohende Ereignis einer Wiederherstellung der Donaumonarchie erzeugten sie ein völlig verzerrtes Bild der bestehenden Situation und, insbesondere, der darin lauernden Gefahren. Das ging so weit, dass in diesen Ländern sogar das Wort umging, lieber Hitler in Wien als die Habsburger. Selbst der tschechische Gesandte in Wien, Fierlinger, notabene ein Sozialdemokrat, war dieser Auffassung – «ein klassisches Beispiel der Diplomatiegeschichte dafür, wie sehr die Erinnerung an Vergangenes den Blick für Gefahren der Zukunft trüben kann», wie der österreichische Historiker Gerald Stourzh es treffend formuliert hat.

## *Österreich ist ein ungeliebter Staat*

Der Umsturzversuch der österreichischen Rechtsextremisten vom Juli 1934 mit der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß erzeugte zwar in Frankreich einstimmige Empörung («une indignation unanime»). Doch dies konnte die Tatsache nicht verdecken, dass das österreichische Regime mit seinem «halbfaschistischen Charakter» – man sprach von Austrofaschismus – in weiten, natürlich vor allem linken Kreisen der öffentlichen Meinung verabscheut («détesté») wurde. Diese vehemente Ablehnung verschärfte sich dann noch, als mit dem Front populaire die Linke in Paris in den Jahren 1936 bis 1938 an die Regierung kam. Es waren die Jahre, in denen die Schlinge um das ausersehene Opfer immer enger zusammengezogen wurde. Das vom Anschluss bedrohte Land war ein in Frankreich ungeliebtes Land, wie Bariéty es formuliert. Diese emotionale Ablehnung gab keinen guten Ratgeber ab für eine von kühler Staatsräson geleitete Politik! Dass das österreichische Regime vom faschistischen Italien gestützt wurde, machte die Sache in den Augen der in Paris regierenden Antifaschisten auch nicht gerade besser. Eine derart unter ideologischen Zwängen betriebene Aussenpolitik war offensichtlich nicht in der Lage oder nicht willens, die weitreichenden Konsequenzen strategischer und rüstungswirtschaftlicher, aber auch psychologisch-politischer Natur eines Anschlusses Österreichs an Hitlerdeutschland realistisch einzuschätzen.

Es ist bezeichnend, dass sich in den «Documents Diplomatiques Français» für die ganze Zeit zwischen Juli 1936 und Mitte Februar 1938 kein einziges offizielles Papier der französischen Regierung findet, das sich mit Österreich befasst. Keine einzige Antwort oder Nachfrage auf den regen ; diplomatischen Verkehr, der sich in der Gegenrichtung abwickelte, von der Gesandtschaft in Wien an den Quai d'Orsay nach Paris. Alle Depeschen und Anfragen für Instruktionen an die Zentrale blieben in dieser ganzen Zeit, in der sich das Schicksal eines unabhängigen österreichischen Staates entschied, unbeantwortet. «Un silence absolu de vingt mois ... On est donc amené a cette brutale vérité: de 1936 à 1938 Paris n'a pas eu de politique autrichienne», schreibt Bariéty. Es handle sich aber nicht um einen «dialogue des sourds», vielmehr wollte man die Appelle Wiens in Paris ganz bewusst nicht zur Kenntnis nehmen.

Alarmiert durch die Wiederbesetzung des Rheinlandes und die lahme Reaktion der Westmächte, unternahm die Regierung in Wien alles, um die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu verbessern. «Das nächste Mal sind wir an der Reihe» liess man den französischen Gesandten unmittelbar nach Hitlers Coup am

Rhein wissen. Doch dem Versuch, durch Kauf von Rüstungsgütern die militärische Abwehrbereitschaft zu verbessern, wurden überall Schwierigkeiten bereitet. Weder vom französischen Rüstungsfabrikanten Creuzot noch von den tschechischen Skodawerken konnte Wien Waffen bekommen – dafür fielen sie dann Hitler bei seinem Überfall auf die «Resttschechei» im Frühjahr 1939 in die Hände!

Die Bemühungen Wiens, sich gegen einen möglichen Überfall militärisch besser zu wappnen, erweckten den Argwohn insbesondere der Länder der «kleinen Entente», die in ihrer bereits beschriebenen Kurzsichtigkeit die Gefahren, die von dem kleinen Österreich ausgingen, offensichtlich für grösser hielten als diejenigen, die von dem mächtigen Deutschen Reich drohten. Es nützte wenig, wenn der österreichische Aussenminister betonte, die Wiedereinführung der militärischen Aushebung liege mindestens ebenso sehr im europäischen wie im eigenen Interesse. Es versteht sich von selbst, dass die NS-Diplomatie alle Register zog, um die Interessengegensätze der Nachfolgestaaten der untergegangenen Donaumonarchie für ihre eignen Zwecke auszunutzen. Dies ist ihr zweifellos in hohem Masse gelungen und hat zum reibungslosen Ablauf des Anschlusses beträchtlich beigetragen

### *Dilemma der französischen Aussenpolitik*

Eine kritische Analyse der damaligen französischen Politik, die auch historisch gerecht sein will, wird nicht darüber hinwegsehen dürfen, dass diese Politik durch einen fundamentalen Widerspruch gewissermassen paralyziert war. Der Widerspruch besteht darin, dass eine Rettung der österreichischen Unabhängigkeit nur in Zusammenarbeit mit Italien möglich erschien (was eine «entente franco-italienne» erfordert hätte), während andererseits die Politik der Sanktionen gegen Italien wegen dessen Angriff auf Abessinien eine solche Entente gerade verhinderte. Es ging in gewisser Weise um eine Güterabwägung: was war wichtiger, Treue zum Völkerbund durch Teilnahme an den verordneten Sanktionen oder Schutz Österreichs vor einem deutschen Zugriff. Das Dilemma, in dem sich die Volkfrontregierung in Paris befand, wurde beträchtlich beeinflusst durch die bereits erwähnte ideologisch bedingte Abneigung gegen das faschistische Regime in Rom wie auch gegen das pseudofaschistische Regiment in Wien.

Nach getaner «Schlacht» war es relativ leicht, diese Frage zu beantworten. Eingedenk des Umstandes, dass die Sanktionen die Eroberung Abessiniens nicht zu verhindern vermochten, andererseits aber Italien auf die deutsche Seite trieben und damit den Untergang Österreichs besiegelten, kann man nur ein to-

tales Fiasko der französischen und darüberhinaus der westlichen Politik feststellen.

### *Churchills Alternative: italienische Aggression im Keime ersticken*

Es gab indessen eine Alternative, auf die z.B. Winston Churchill mit Vehemenz hingewiesen hat, in der allerdings England die Hauptrolle hätte spielen müssen. Sie hätte darin bestanden, die italienische Aggression in Ostafrika im Keime zu ersticken. Churchill hat sich in seinem monumentalen Werk über den Zweiten Weltkrieg ziemlich ausführlich mit dieser Problematik beschäftigt. Dabei ging es vor allem um die Perspektiven eines Seekrieges im Mittelmeer. Er kommt zu folgendem recht eindeutigen Befund:

«Auf Grund unserer heutigen Einblicke steht es äusser Zweifel, dass ein kühner Entschluss die italienischen Verbindungswege nach Abessinien (Suezkanal!) abgeschnitten hätte und dass wir aus jedem daraus folgenden Seegefecht erfolgreich hervorgegangen wären.» Nun wird man Churchill gerade in Fragen der Seekriegführung einen erheblichen Sachverstand kaum absprechen wollen. Zudem bewiesen die diesbezüglichen Ereignisse während des folgenden Krieges, wie wenig die italienische Rüstung zur See den grosssprecherischen Prahlerien des Duce entsprochen hat. Die derart hochgelobte Flotte, die das Mittelmeer zu einem «mare nostro» machen sollte, ist schon nach kurzer Zeit von der britischen «Royal Navy» durch einige Seegefechte ausgeschaltet worden.

Weiterhin gibt Churchill, ebenfalls mit Recht, zu bedenken, dass Hitler seinen Coup im Rheinland nicht gewagt hätte, wenn Mussolini vorher in die Schranken gewiesen worden wäre. Auch hätte der Völkerbund nicht einen derartigen Imageverlust erlitten, wie dies nach den gescheiterten Sanktionen der Fall gewesen ist. Churchills Fazit wird man ebenfalls zustimmen können und müssen: dass durch die Entfremdung Italiens das europäische Gleichgewicht gestört und für Abessinien nichts gewonnen wurde. Dem Völkerbund hat diese verfehlte Politik «ein vollständiges Fiasko» gebracht, «das für dessen Wirksamkeit als Institution schwersten Schaden, wenn nicht gar den Todesstoss bedeutete». (Vgl. Churchill, Zweiter Weltkrieg, Band I / 1, S. 220 ff.)

### «Unwirksamer Attentismus»

Mussolini gab Paris – durch verschiedene Kanäle – übrigens klar zu verstehen, dass er eine Geste in der Frage der Sanktionen erwartete (wie er dies auch gegenüber der Schweiz getan hat). Das war unmittelbar nach Hitlers Rheinlandcoup. Er machte deutlich, dass seine Haltung davon abhängen würde, welche Einstellung die Mächte in der Abessinienaffäre einnehmen würden. Seinem Traum vom «Impero» war alles untergeordnet, auch das Österreichproblem.

Man befürchtete übrigens gerade zu diesem Zeitpunkt eine Gewaltaktion Hitlers gegen Österreich. Würde Mussolini nochmals seine schützende Hand über den kleinen Nachbarstaat halten, wie er dies nach dem missglückten Juliputsch von 1934 getan hatte? Dem französischen Botschafter in Rom sagte er jedenfalls noch im April 1936, er werde alles unternehmen, um die «Donaulinie» gegen eine deutsche Bedrohung zu halten. Doch Frankreich befand sich wieder mal im Wahlkampf, aus dem bekanntlich die Volksfront als Sieger hervorgehen sollte – die denkbar schlechteste Voraussetzung, um mit dem faschistischen Italien eine gemeinsame aussenpolitische Linie zu finden.

Wir haben bereits im Kapitel über die Rheinlandkrise dargestellt, dass man in Frankreich und zwar gerade in linken Kreisen weit davon entfernt gewesen ist zu erkennen, dass es neben dem Übel Faschismus in Italien bereits ein grösseres Übel gab, das ein wesentlich grösseres Gefahrenpotential in sich barg, nämlich den deutschen Nationalsozialismus. Das Gebot der Stunde aber hätte geheißen, sich für das kleinere bzw. gegen das grössere Übel zu entscheiden. Doch statt einer klaren Konzeption herrschte in Paris Verwirrung und Ratlosigkeit. So kam es, dass man den Dingen ihren Lauf liess und sich vor allem als Zuschauer betätigte. «Unwirksamer Attentismus» nennt der deutsche Historiker Karl-Dietrich Bracher diese Haltung Frankreichs und auch Englands.

Der Kommentar des italienischen Historikers Ennio di Nolfo, Professor für Geschichte der internationalen Beziehungen an der Universität Florenz, dazu:

«Mit ihrer Feindseligkeit gegenüber Mussolini begünstigten die Franzosen letztlich die Hitlersche Aussenpolitik.» (Der zweideutige italienische Revisionismus in: 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Berlin – New York 1990, S. 98.)

### «Silence absolu» in Paris

Die Lage entwickelte sich immer mehr zugunsten Deutschlands. Alle Pläne (oder vielleicht sollte man bescheidener nur von Ansätzen sprechen) für eine internationale Übereinkunft zur Rettung der Unabhängigkeit Österreichs waren offensichtlich als gescheitert anzusehen. Daraus hat der österreichische Bundeskanzler die Konsequenz gezogen, dass der Augenblick gekommen sei, mit Hitler direkt zu verhandeln. Das Resultat war das deutsch-österreichische Abkommen vom 11. Juli 1936, dessen äusserst fragwürdigen Charakter wir bereits kennen. In Paris sah man keine Veranlassung, sich dazu vernehmen zu lassen, weder öffentlich noch gegenüber dem diplomatischen Vertreter in Wien. So blieb eine der, wie sich zeigen sollte, entscheidenden Vorstufen des Anschlusses ohne französischen Kommentar und der diplomatische Vertreter Frankreichs in Wien ohne Instruktion (worüber sich dieser übrigens mehrmals beklagte). Das versprach nichts Gutes für die Zukunft. Es ist der Beginn der erwähnten, mehr als anderthalbjährigen Periode des «silence absolu», in der es praktisch keine französische Österreichpolitik gegeben hat. Erst auf dem Höhepunkt der Krise, Mitte Februar 1938, sollte sich Paris wieder zurückmelden – aber da war es schon zu spät.

Dass in dieser langen Zeit allerhand geschah, das auch Paris hätte interessieren müssen, leuchtet ein. Insbesondere erfolgte in dieser Zeit der längst in der Luft liegende Positionswechsel Italiens, der nach Lage der Dinge das «Aus» für Österreich bedeuten musste. Am 15. April 1937 kam die Bestätigung aus Rom, zunächst noch via Wien: Italien wolle in Wien nicht mehr den Gendarmen spielen zugunsten der Westmächte und einen Konflikt mit Deutschland riskieren für Interessen, die nicht die seinigen seien, hiess es. Man wisse es auch in Österreich, dass sich der italienische «Energieanfall» von 1934 nicht wiederholen werde. 10 Tage später war es offiziell, als Aussenminister Ciano einem französischen Journalisten ein Interview gab, in welchem er den Anschluss als «unvermeidlich» bezeichnete. Auch als von Wien aus der Versuch gemacht wird (der eigentlich nahe lag), näher an Prag heranzurücken und dabei auf die Hilfe Frankreichs hofft, bleibt Paris in seiner Reserve («d'une prudence paralysante»). Der Kuriosität halber sei erwähnt, dass das einzige Österreich betreffende Dokument, das sich in den publizierten französischen Akten für diese ganze Periode findet, ausgerechnet vom schweizerischen Nachrichtendienst stammt. Es handelt sich um eine Information vom 23. September 1937, wonach ein «coup de force allemand contre l'Autriche» unmittelbar bevorstehen könnte (Documents Diplomatiques Français, Tome VI, Numero 486.)

## *Ein dubioser Besucher in Frankreich*

Eine ziemlich undurchsichtige, aber nichtsdestoweniger aufschlussreiche Episode ereignet sich im Spätherbst 1937. Es geht dabei um einen recht dubiosen Besuch in Frankreich, und zwar inkognito durch den deutschen Botschafter und persönlichen Abgesandten Hitlers in Wien, Franz von Papen. Darüber findet sich wiederum nichts in den französischen Akten, wohl aber in den deutschen. Was wohl ein Grund dafür sein mag, dass man diesem Ereignis in der französischen Geschichtsschreibung kaum Beachtung geschenkt hat.

Nicht nur der Besuch war dubios, sondern auch der Besucher selbst. Daher muss dieser doch etwas genauer unter die Lupe genommen werden. Franz von Papen ist eine der umstrittensten Gestalten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. So kann er für sich das fragwürdige Verdienst in Anspruch nehmen, bei der «Machtergreifung» Hitlers als Steigbügelhalter gedient zu haben. Dank seinen Beziehungen zum Reichspräsidenten von Hindenburg hat er entscheidend dazu beigetragen, dass Hitler durch die «Hintertreppe» an die Macht bugsiert worden ist, und das in einem Moment, wo sich die NSDAP bereits auf dem absteigenden Ast befand. Bracher nennt den Vorgang «eine der folgenreichsten Fehlhandlungen unserer Geschichte». Nach Hitlers blutiger Mordaktion vom 30. Juni 1934 verlor Papen seine Position als Vizekanzler, da auch er es gewagt hatte, Kritik am Regime zu üben. Der Diktator schickte ihn nach dem missglückten Putsch vom Juli 1934 als «Botschafter des Deutschen Reiches in besonderer Mission» nach Wien und unterstellte ihn gleich sich selbst. Nach aussen wurde diese besondere Mission propagandistisch geschickt als Auftrag zur Wiederherstellung normaler Beziehungen mit Österreich dargestellt, in Tat und Wahrheit bestand sie darin, «von innen die österreichische Unabhängigkeit auszuhöhlen». (J.R. von Salis) Papen war für ein solches Amt wie geschaffen, war er doch ein Charakter voller List und Tücke und ein begnadeter Intrigant dazu. Er gehörte indessen nicht zum engeren Kreis um Hitler, und so war nicht er es, der den «Anschluss» bewerkstelligte, sondern Hermann Göring, der die Aktion auf seine (brutale) Weise von Berlin aus leitete – an Papen vorbei.

Das muss man sich vergegenwärtigen, wenn man den Stellenwert des geheimnisvollen Besuches von Papens in Frankreich richtig einschätzen will. Sein Einfluss auf Hitlers Entscheidungen war gering. Trotzdem ist sein Bericht, den er in Berlin erstattet hat, von Interesse, und zwar wegen der Aussagen seiner französischen Gesprächspartner. Denn sie werfen ein bezeichnendes Licht auf die damalige Befindlichkeit Frankreichs. Nach seinem Bericht muss die gehei-

me Visite – die selbstverständlich nur mit Wissen Hitlers überhaupt stattfinden konnte – recht erfolgreich verlaufen sein. Er habe Unterredungen mit den führenden Persönlichkeiten der Regierung gehabt, so mit dem Präsidenten und Vizepräsidenten, Chautemps und Blum, sowie dem Finanzminister Bonnet nebst einigen weiteren Politikern und Zeitungsleuten.

### *Weitgehendes Verständnis für deutsche Bedürfnisse*

Im Gespräch mit Bonnet zeigte dieser, wie auch die andern Gesprächspartner, weitgehendes Verständnis für die «deutschen Bedürfnisse», darunter die Kolonialfrage sowie der deutsche Einfluss im Donauraum. Da Frankreich volle Sicherheit für seine Ostgrenze habe, meinte Papan, sollte Frankreich auf seine «Gleichgewichtspolitik» verzichten und aufhören, «jede Erweiterung des deutschen Einflusses im Donauraum als eine Bedrohung französischer Interessen anzusprechen». Es wird deutlich, dass dem Deutschen insbesondere die «immer wieder erneuerten Allianzen mit den verschiedensten Kräften des mitteleuropäischen Raumes» ein Dorn im Auge sind. Bonnet habe hinsichtlich Österreichs keine Einwände gehabt gegen «eine evolutionäre Weiterentwicklung des Abkommens vom 11. Juli 1936», wobei Papan die Aufrechterhaltung der österreichischen Selbständigkeit betonte. Bezüglich der Tschechoslowakei habe Bonnet auch keinen Widerspruch angemeldet gegen eine «weitgehende Autonomie für die Minderheiten».

Im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Chautemps habe Papan «erstaunt» feststellen können, dass «der Kabinettschef eine Neuorientierung der französischen Politik in Zentraleuropa für durchaus diskutabel hielt». Unter der Voraussetzung, dass man die endgültigen deutschen Ziele in Zentraleuropa kenne, hatte Chautemps auch nichts einzuwenden gegen «eine auf dem Wege der Evolution zu gewinnende starke Erweiterung des deutschen Einflusses in Österreich».

Was die Innenpolitik anbetrifft, habe der Regierungschef mit besonderem Stolz von der «Gesundung der innerpolitischen Zustände Frankreichs» gesprochen. Die Revolution jedenfalls sei «zurückgeschlagen». Wenn es dennoch zu öffentlichen Zusammenstößen käme, so könnte man sich «voll und ganz auf die Exekutive und die Armee» verlassen. «Die Armee werde schiessen», rapportiert Papan. «Jedenfalls sei das Bild falsch», so Chautemps, «das man sich im Auslande von dem bevorstehenden Zerfall und der innerpolitischen Auflösung Frankreichs zu machen angewöhnt habe». Auch die andern Gesprächspartner



von der französischen Rechten hätten ihrem Glauben Ausdruck gegeben, dass kein Zerfall Frankreichs drohe und die Armee intakt sei.

Papen verliess Paris mit dem Eindruck, dass der Wunsch zu einem Ausgleich der deutsch-französischen Interessengegensätze stark sei, aber nicht etwa «einem Gefühl materieller Schwäche» entspringe. Es gebe also keine Chance, «unseren politischen Fernzielen (!) durch Abwarten einer wesentlichen Schwächung der Westmächte näherzukommen». Es stelle sich somit die Frage «ob es zweckmässig wäre, den heute noch vorhandenen Spannungszustand so weitgehend als möglich für unsere eigenen Wünsche auszunutzen». (Text des Berichts in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Band I, S 34-38.)

### *Hitler fühlt sich bestätigt*

Wie Hitler den Bericht seines geheimen Abgesandten aufgenommen hat, darüber gibt es keine Angaben. Man kann indessen ruhig davon ausgehen, dass der Diktator auch hier, wie bei andern Gelegenheiten ähnlicher Natur, nur das herausgepickt hat, was ihm, etwas salopp gesagt, in den Kram passte. Das war sicher nicht die übrigens ziemlich schönfärberische Darstellung des innenpolitischen Zustandes Frankreichs. Da hatte Hitler seine eigene wesentlich kritischere Meinung, und leider lag sie näher bei der Wirklichkeit. Hingegen wird er sicher beifällig Kenntnis genommen haben von der fast flehentlichen Bitte der Franzosen um «Ausgleich» mit Deutschland und den weitgehenden Konzessionen, die sie dafür offensichtlich zu machen bereit waren. Für einen Machtmenschen wie Hitler wurde eine solche Haltung ganz einfach als Kompromissbereitschaft, als Bereitschaft zum Nachgeben, als mangelnder Wille zur Macht, kurz als Schwäche ausgelegt.

Besonders die Aussage, dass man in Paris «eine Neuorientierung der französischen Politik in Zentraleuropa für durchaus diskutabel hielt», wurde von einem Mann wie Hitler zweifellos sofort als Bereitschaft Frankreichs zum Rückzug aus dieser Region, allenfalls inklusive Aufgabe der Bündnisverpflichtungen, interpretiert. Jedenfalls muss es für ihn eine Bestätigung dafür gewesen sein, dass er für den Fall deutscher Aktionen keinerlei ernsthaften Widerstand von dieser Seite zu befürchten haben werde. Dass man in Frankreich schon seit geraumer Zeit über eine solche grundsätzliche Neuorientierung der Aussenpolitik sich Gedanken machte, wissen wir bereits, auch dass dabei die Frage der Zweckmässigkeit der bestehenden Bündnisverpflichtungen keineswegs ausgeklammert wurde. Ebenso bekannt war in Paris seit Langem, dass England diese

französische Bündnispolitik stets schief angesehen hat und nicht gewillt war, daraus irgendwelche eigene Verpflichtungen abzuleiten. Es war eine der Hauptursachen, wenn nicht sogar die wichtigste, dass es zu keiner engeren und vor allem rechtzeitigen Zusammenarbeit zwischen den beiden westlichen Demokratien gekommen ist.

«Wäre Grossbritannien früher auf das französische Ersuchen um eine engere Partnerschaft eingegangen, hätten die beiden Nachbarn den internationalen Sturm vielleicht überstehen können», meint der britische Historiker Anthony Adamthwaite. Eine britisch-französische militärische Kooperation hätte «entscheidende Ergebnisse» haben können. Doch die Entwicklung lief in der Gegenrichtung. Es sei für das von Hitler beabsichtigte Vorgehen von «entscheidendem Gewicht» gewesen, so der deutsche Autor Gottfried Neidhart, «dass das französische System der ‚Ostrabanten‘ 1937 nicht mehr funktionierte ... Frankreichs Bindung an Grossbritannien gab dem französischen Bündnisystem an der Ostgrenze Deutschlands den Todesstoss.»

Wir legen besonderen Wert auf die Betonung dieses Sachverhalts, weil daraus ersichtlich wird, dass die Nichteinlösung des vertraglichen Hilfsversprechens gegenüber der Tschechoslowakei während der Sudetenkrise ihre lange Vorgeschichte hat. Zwar hat man in Paris immer wieder hören können, dass im Unterschied zum (nicht verbündeten) Österreich der Casus foederis im Falle einer Bedrohung der verbündeten Tschechoslowakei eintreten werde. Doch schliesslich hat man auch hier an der beschriebenen Grundströmung eines Rückzugs aus Zentral- und Südosteuropa festgehalten. Worte und Taten stimmten in der französischen Aussenpolitik schon lange nicht mehr überein. Wie wir gesehen haben, sollte sich das auch im Fall Polen nicht ändern.

### *Hitlers «Testament»: es gibt nur den Weg der Gewalt*

Man kann jedenfalls davon ausgehen, dass die Informationen, die sein heimlicher Abgesandter aus Paris brachte, für Hitler äusserst willkommen gewesen sein müssen. Gerade zu jenem Zeitpunkt. Denn sie waren geeignet, seine Lagebeurteilung zu bestätigen, die er wenige Tage zuvor, am 5. November 1937, den höchsten militärischen Befehlshabern und dem Reichsaussenminister Neurath vorgetragen hatte. Es handelt sich um die legendäre Zusammenkunft, die uns als «Hossbach-Niederschrift» überliefert ist, so genannt nach dem damaligen militärischen Adjutanten der Wehrmacht bei Hitler, Oberst Friedrich Hossbach, der an der Besprechung teilnahm und anschliessend deren Inhalt für sich privat

niedergeschrieben hat. Solche geheimen Ansprachen des «Führers» zu protokollieren, war aus naheliegenden Gründen streng verboten. (Der Text ist auszugsweise abgedruckt in: Dokumente des Nationalsozialismus, herausgegeben und kommentiert von Walther Hofer, Fischer Taschenbuch Verlag, S. 193.)

In dieser Ansprache teilt Hitler seinen überraschten Zuhörern mit, dass es nur einen Weg zur Lösung der «deutschen Frage» gebe, den Weg der Gewalt. Es sei sein «unabänderlicher Entschluss», spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen. Er sieht aber durchaus auch die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit zu einem früheren Handeln. Dabei spielt gerade die Befindlichkeit Frankreichs eine entscheidende Rolle. Sollten sich die sozialen Spannungen in diesem Land zu einer derartigen Krise auswachsen, dass die Armee für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, dann wäre «der Zeitpunkt zum Handeln» gekommen». Etliche Hoffnungen macht sich Hitler auch auf einen Mittelmeerkonflikt zwischen Italien und den Westmächten. In jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung müsse es «unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen». Das könne auch bereits im Jahre 1938 geschehen!

### *Berufung auf Friedrich den Grossen*

Damit kein Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Absichten besteht, bezeichnet der Diktator seine Pläne als «politisches Testament». Dass er sich mit diesem Ausdruck bewusst in die Tradition Friedrichs des Grossen stellen wollte, darf füglich angenommen werden. Auch der preussische König hat zu Lebzeiten solche Testamente verfasst. In dem «Testament politique» von 1752 heisst es zwar, zunächst sei die Erhaltung des Friedens im Interesse Preussens. Doch bei Veränderungen oder Erschütterungen der europäischen Machtverhältnisse oder bei sonst sich bietender Gelegenheit müsse die Arrondierung des preussischen Staates, auf friedlichem oder kriegerischem Wege, angestrebt werden. Eine solche Anweisung war indessen für das Zeitalter der Kabinettspolitik nichts Aussergewöhnliches. Sie hätte von jedem andern Monarchen oder auch politischen Theoretiker der Zeit stammen können – Friedrich II. war ja beides, Praktiker als Monarch und Theoretiker in seinen politischen Schriften, und er verstand sich selbst auch so. Die Frage war aber doch, ob man im 20. Jahrhundert unbesehen politische Anweisungen und Praktiken des 18. Jahrhunderts übernehmen konnte. Hitler bezeichnet den Preussenkönig in seiner Ansprache denn auch wegen dessen «Risikofreudigkeit» als sein Vorbild – ob zu Recht, steht

allerdings auf einem andern Blatt. Jedenfalls trennen Welten den «Roi philosophe» von Sanssouci und den halbgebildeten Emporkömmling aus Braunau.

Die NS-Propaganda hat auch später immer wieder die «einsame Heldengestalt» des Preussenkönigs für die eigenen Bedürfnisse auszubeuten versucht, nicht zuletzt auch mit dem Medium des Films. Dies gilt insbesondere für die letzten Kriegsjahre, wo es galt, den Durchhaltewillen um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Man müsse nur ausharren, wie dies Friedrich getan habe. (Vgl. Ernest Prodoliet, *Der NS-Film in der Schweiz im Urteil der Presse*. Zürich 1999, S. 179 und 221.)

Dabei spekulierte man vor allem auch auf einen Bruch der gegnerischen Koalition und hoffte auf eine Wiederholung der Ereignisse von damals. Es sei nur eine Frage der Zeit, wurde noch und noch verkündet, bis die Koalition gegen Deutschland auseinanderbreche. Dieser Bruch werde und müsse kommen, und er werde die grosse Wende bringen, wie dies gegen Ende des I siebenjährigen Krieges der Fall gewesen sei und Preussen in letzter Stunde gerettet habe. Als US-Präsident Roosevelt im April 1945 plötzlich verstarb, sah man darin eine Wiederholung des entscheidenden Ereignisses von 1762, als der ebenso plötzliche Tod der russischen Zarin Elisabeth den Preussenkönig aus einer fast ebenso hoffnungslosen Situation gerettet hat. «Die Berufung auf das friderizianische Beispiel hat in der Durchhaltepropaganda des Ersten und erst recht des Zweiten Weltkrieges eine grosse und verhängnisvolle Rolle gespielt, was man dem grossen Preussenkönig allerdings kaum zum Vorwurf machen kann.» (Adam Wandruszka.)

### *Ausnutzung kriegerischer Konflikte*

Es ist für jeden Kenner augenfällig, dass in der Ansprache vom 5. November 1937 die für Hitler typische Denkweise zum Ausdruck kommt. Schon von daher ist es absurd, wie es wiederholt versucht worden ist, die Echtheit der «Hossbach-Niederschrift» anzuzweifeln. Doch Professor Walter Bussmann hat in einer akribischen Studie überzeugend nachgewiesen, dass solche Zweifel völlig unbegründet sind. (Vgl. *Zur Entstehung und Überlieferung der Hossbach-Niederschrift*, in: *Wandel und Kontinuität in Politik und Geschichte* 1973, S. 229 ff.)

Die Studie geht zurück auf ein Seminar, das Bussmann und der Autor seinerzeit über «Schlüsseldokumente des Nationalsozialismus» an der Hochschule für Politik in Berlin durchgeführt haben. Damals, in den 1950er Jahren, gab es Nostalgiker des untergegangenen Dritten Reiches, die versucht haben, das NS-Regime von seiner unermesslichen Schuld zu entlasten. Um diesem Vorhaben einen

«wissenschaftlichen» Anstrich zu geben, versuchten sie besonders belastende Dokumente als Fälschungen zu «entlarven». Dasselbe Verfahren wurde übrigens auch angewendet, um meine These von der «Entfesselung» des Zweiten Weltkrieges durch Hitler zu «widerlegen». Auch die Forschungen über den Reichstagsbrand, deren Ergebnisse ich zusammen mit Prof. Christoph Graf und weiteren Autoren in den 1970er Jahren herausgegeben habe, sahen sich mit völlig unhaltbaren Fälschungsvorwürfen konfrontiert, nur weil es einigen Leuten nicht passte, dass wir den Nachweis für die Urheberschaft des NS-Regimes an diesem Verbrechen erbracht haben.

In dem fraglichen Dokument über Hitlers Ausführungen vom 5. November 1937 springt zunächst die unbedingte und uneingeschränkte «Philosophie der Gewalt» in die Augen, welche noch so viel Unheil über die Welt bringen sollte. Ferner ist zu beachten, dass Hitler entschlossen ist, die Interessenkonflikte unter den andern Mächten für seine Zwecke zu instrumentalisieren, sozusagen in deren Windschatten zu operieren. Das tat er dann auch mit Erfolg, auch wenn der von ihm prophezeite kriegerische Mittelmeerkonflikt nicht ausgebrochen ist. So nutzte er den definitiven Zerfall der ehemaligen Siegerkoalition zwischen Italien und den Westmächten für den Anschluss Österreichs und das Scheitern einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zur Zerschlagung der Tschechoslowakei. Schliesslich gelang ihm dann auch noch das Kunststück, unter Ausnutzung der bestehenden Interessengegensätze den Abschluss einer grossen Allianz zwischen West und Ost zu hintertreiben und selbst mit Stalin ins Reine zu kommen.

Bezeichnend für Hitlers Mentalität ist auch der Umstand, dass er das Problem Österreich vor allem unter rein strategischen bzw. militärpolitischen Aspekten betrachtet, nicht anders als die «Tschechei». Von «Verbesserung der militärpolitischen Lage» des Reiches ist die Rede, durch Beseitigung der Flankenbedrohung im Falle eines Vorgehens gegen Westen. Womit auch schon klar ist, dass die Operation Österreich/Tschechei keineswegs den Abschluss einer angeblichen Revisionspolitik im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts der Völker bilden soll, wie man sich im Westen, insbesondere in England, aber auch Amerika zur eigenen Beruhigung einredete. Was dem liberalen Westen in propagandistisch höchst geschickter Weise als «Wiedergutmachung begangenen Unrechts» präsentiert wurde, war in Tat und Wahrheit der Auftakt zum grossen Krieg zur «Eroberung neuen Lebensraums» für das deutsche Volk.

Gegen Ende des Jahres 1937 werden die Depeschen der französischen Gesandtschaft aus Wien, aber auch der Botschaft in Berlin «de plus en plus alarmistes». Botschafter François-Poncet befürchtet, dass die Deutschen angesichts der (angeblichen) Fortschritte der monarchistischen Propaganda (Rückkehr der Habsburger) bald handeln werden. Wie österreichische Historiker nachgewiesen haben, hatte eine monarchistische Restauration zu keinem Zeitpunkt wirklich eine Chance. Sie wurde vor allem als Mittel zum Zweck benutzt und diente so als Vorwand für die deutsche Führung, um unter dem Kennwort «Otto» – unter Anspielung auf den Namen des habsburgischen Thronprätendenten – militärische Vorbereitungen für einen Einmarsch in Österreich zu treffen.

Im Januar 1938 wird der Quay d'Orsay überflutet von Meldungen der verschiedenen Aussenposten – sogar aus dem Vatikan –, wonach die Operation «Anschluss» unmittelbar bevorstehe. Anfang Februar zeigt sich der tschechoslowakische Präsident überzeugt, dass Hitler die Operation bald durchführen werde, falls er mit einer ähnlich ineffektiven Reaktion der Westmächte rechnen könne wie 1936, aber er würde es nicht wagen, wenn er wüsste, dass sie sich dem widersetzen.

Der Kommentar von Bariéty zu diesen alarmierenden Nachrichten: «Paris se tait toujours» – Paris schweige also weiter. Ist diese schwer verständliche aussenpolitische Impotenz eine Folge der desolaten innenpolitischen Lage?

Frankreich stolpert wieder mal von einer Regierungskrise in die andere. Am 10. Januar 1938 hat Camille Chautemps seine Regierung umgebildet. Blum gehört nicht mehr dazu. Duroseile nennt das umgebildete Kabinett «faible et sans prestige». Bariéty spricht von «Agonie du front populaire». Die nächste Regierungskrise ist vorprogrammiert.

Dies ist die Situation, als die Nachricht vom Ergebnis des Treffens zwischen Hitler und Schuschnigg Paris erreicht. Doch ist Frankreich angesichts der geschilderten innenpolitischen Situation überhaupt fähig, auf diesen «coup de tonnerre» (Bariéty) angemessen zu reagieren? Hitler jedenfalls, auf den jetzt alles ankommt, glaubt nicht daran. Frankreich und England würden nichts tun, hat er dem eingeschüchternen Schuschnigg an den Kopf geworfen anlässlich der turbulenten Begegnung in Berchtesgaden am 12. Februar. Die Besetzung Österreichs sei für ihn zehn Mal weniger gefährlich als seinerzeit die Besetzung des Rheinlandes. Dass Österreich ohne fremde Hilfe verloren ist, weiss auch der Bundes-

kanzler nur zu genau. Der Chef des Generalstabes, Jansa, hat dem französischen Militärattache gesagt, das Bundesheer werde frühestens in zwei Jahren in der Lage sein, «auch nur eine Zinne seiner Grenzen wirksam zu verteidigen».

### *London macht nicht mit*

Das Aussenministerium in Paris tut angesichts der sich verschärfenden Krise das, was es immer getan hat in den letzten Jahren. Es wendet sich an London mit dem Vorschlag, ob es nicht möglich wäre, gemeinsamen Druck auf Hitler auszuüben, um ihn vom Anschluss abzuhalten. Das war immerhin etwas. Das war am 17. Februar. London lässt sich eine Woche Zeit. Die Frage war an Eden gerichtet worden. Beantworten tut sie nun sein Nachfolger Lord Halifax. Auch England leistete sich wie dargestellt ausgerechnet jetzt eine Regierungskrise – nur eine kleine zwar, weil «nur» der Aussenminister ging –, doch der Abgang Edens tat seine Wirkung. Denn die Antwort seines Nachfolgers auf den Vorschlag aus Paris war ein klares Nein. Sie ist ein «Prunkstück» britischer Appeasementpolitik. Sie sei daher auszugsweise zitiert:

Was Paris vorschlage, könnte, falls es in Wien bekannt würde, die österreichische Regierung dazu verführen, auf militärische Unterstützung von Frankreich und England zu hoffen, die nicht beabsichtigt sei. Was Paris vorschlage, würde die Bereitschaft implizieren, notfalls zu kriegerischen Massnahmen zu greifen, um dem Vorgehen Nachachtung zu verschaffen. Das würde ein Engagement bedeuten, das einzugehen die Regierung seiner Majestät bis jetzt stets abgelehnt habe.

So kam es an Stelle der gemeinsam zu unternehmenden Machtprobe zu getrennt vorgetragenen Protesten. Diese aber waren nur noch von einem «intéret anecdotique» (Bariéty).

### *Unklarheit über die vitalen Interessen*

Als das Unglück schon geschehen war, versuchte Aussenminister Delbos in einem letzten Rundschreiben an die diplomatischen Aussenposten – die Regierung, der er angehört hatte, war eben zurückgetreten – seine Haltung zu rechtfertigen. Er schob wie zu erwarten der britischen Regierung den schwarzen Peter zu. Was Frankreich anbetreffe, so habe es Österreich gegenüber keine anderen Verpflichtungen gehabt als alle anderen Staaten, welche die Friedensverträge seinerzeit unterzeichnet hätten, also habe Frankreich auch keine andere Haltung einnehmen müssen als die andern interessierten Länder. Frankreich trage infolgedessen auch

keine besondere Verantwortung für die Lage, die es Deutschland erlaubt habe, seine Aktion mit einem Maximum an Erfolgchance durchzuführen. Wenn man in Paris daher geglaubt habe, die Verantwortung für einen Widerstand gegen Hitlers Vorgehen nicht vollständig (!) übernehmen zu müssen, so werde die Lage ganz anders sein, wenn eines Tages die deutsche Expansion sich gegen die Unabhängigkeit oder Existenz von Staaten richten würde, mit denen uns «besondere Verpflichtungen» verbinden. (Prag lässt grüssen, ist man versucht zu sagen.)

Diese Argumentation eines französischen Aussenministers ist typisch für eine weit verbreitete Denkweise: es herrscht offensichtlich Unklarheit darüber, wie man die eigentlichen Sicherheitsinteressen des Landes definieren soll. Das ist umso erstaunlicher, als man sich in Paris durchaus Rechenschaft abgelegt zu haben scheint, welche eminente Bedeutung der Unabhängigkeit Österreichs für die Aufrechterhaltung des 1919 begründeten Systems zukam.

«Frankreich hat immer betont, dass die österreichische Selbständigkeit und die Stabilität Mittel- und Osteuropas eine Notwendigkeit für die Sicherheit Frankreichs und ganz Europas seien», so urteilt der schon erwähnte US-Historiker Alfred D. Low, Verfasser eines grundlegenden Werkes über die Vorgeschichte des Anschlusses und die Haltung der Grossmächte. (Vgl. Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 347.)

Mit andern Worten: Massgebend für die Beurteilung der Lage konnte also nicht die Frage sein, ob es sich um ein verbündetes Land handelte, sondern welcher Stellenwert dem betreffenden Land im Sicherheitsdispositiv Frankreichs beizumessen war. Diese grundlegende Einsicht scheint man im entscheidenden Moment aus den Augen verloren zu haben. Oder vielleicht kommt man der Wirklichkeit näher, wenn man sagt: die einstige Maxime französischer Sicherheitspolitik war lästig geworden und wurde einfach aus dem Bewusstsein verdrängt. Wie anders ist es zu erklären, dass damals zu hören und zu lesen war, Frankreich könne doch schliesslich nicht allein für «kollektive Sicherheit» kämpfen? Und wenn es um ein Problem der «nationalen» Sicherheit ging?

### *Der «Anschluss» ist für Frankreich ein Desaster*

Wenn man versucht eine Bilanz zu ziehen über das Verhalten Frankreichs während der Anschlusskrise, so wird man nicht darum herumkommen festzustellen, dass von einem Krisenmanagement – um diesen modernen Ausdruck zu gebrauchen – nicht die Rede sein kann. Frankreich hat in den Jahren 1936 bis 1938 überhaupt keine Österreichpolitik gehabt, die diesen Namen verdient. Oder wie Bariéty es in seiner mehrmals zitierten Abhandlung sarkastisch ausdrückt:



Frankreichs Österreichpolitik bestand darin, keine solche Politik zu haben. Und Duroseile nennt das ganze unumwunden ein Desaster.

In der Einleitung zu seinem hier oft zitierten Standardwerk «La Decadence» beklagt Duroselle mit bewegten Worten die «Instabilité» des französischen politischen Systems der III. Republik, insbesondere gerade in den entscheidenden 30er Jahren. Er erinnert daran, dass zwischen Juni 1932 und März 1940 16 Regierungen verbraucht wurden, was weniger als ein halbes Jahr Regierungszeit pro Kabinett ausmacht. Frankreich war in diesen Jahren, wo es nicht nur um das Schicksal des eigenen Landes, sondern ganz Europas ging, «structurellement mal gouvernée». Der Autor scheut nicht davor zurück, von einer «caricature de gouvernement parlementaire» zu sprechen. Diese Instabilität habe sich besonders unheilvoll in Perioden externer Schwierigkeiten ausgewirkt, betont der Verfasser. Die parteipolitische Zerstrittenheit habe auch dazu geführt, dass zu keiner Zeit eine stringente und konsequente Aussenpolitik geführt werden konnte. Vielmehr hätten die innenpolitischen «querelles» die aussenpolitischen Probleme in den Hintergrund gedrängt. Man wird dieser Beurteilung, nach allem was wir hier dargestellt haben, wohl vorbehaltlos zustimmen müssen.

Dieses wenig erbauliche Szenario bot sich nun gerade im Augenblick des «Anschlusses». Als Frankreich eine Regierung der «nationalen Einheit» gebraucht hätte – wovon zwar immer wieder mal geredet wurde –, hatte es überhaupt keine Regierung. Das Kabinett Chautemps trat aus nicht sehr triftig erscheinenden Gründen zurück, als Hitler gerade zum Sprung auf Österreich ansetzte. Als ob es sich der Verantwortung hätte entziehen wollen. Die Tatsache, dass Paris ohne handlungsfähige Exekutive dastand, als Hitler seinen Triumphzug nach Wien veranstaltete, hat zwar auf den Gang der Dinge keinen Einfluss mehr gehabt. Trotzdem erscheint uns dieser pitoyable Zustand als ein symbolträchtiges Zeichen dafür, dass die einstige Ordnungsmacht des Kontinents sich aus der grossen Politik verabschiedet hatte. Frankreich schaute tatenlos zu, wie ein weiterer Pfeiler des Sicherheitssystem, das es nach dem Ersten Weltkrieg aufgebaut und ausgebaut hatte, einstürzte. Natürlich wurde mit dem Anschluss Österreichs auch das an Frankreich angelehnte Bündnis der «Kleinen Entente» schwer in Mitleidenschaft gezogen. Dass es kaum mehr funktionsfähig sein würde, zeichnete sich ab. Mithin ging durch Hitlers erfolgreiche Aktion die ganze bisherige französische Einflusszone im Donaunraum praktisch verloren.

## «*Sauve qui peut*»

Was sich schon 1936 angekündigt hatte, nämlich dass Frankreich nicht mehr fähig war, seine Interessen als Grossmacht wahrzunehmen, wurde jetzt bestätigt. Entsprechend katastrophal war der Eindruck weit herum in der ganzen Welt – auch in der Schweiz, wie wir noch sehen werden. Die Folge war denn auch eine Stimmung des «sauve qui peut», die sich mit rasender Eile in Europa verbreitete. Vor allem mittlere und kleinere Staaten fühlten sich verlassen, auf sich allein gestellt. Gar manchen schien es nur noch eine Alternative zu geben. Entweder sich neutral zu erklären oder sich mit dem neuen Herrn Europas zu arrangieren. Es ist dieser internationale Zusammenhang, in den auch die Rückkehr der Schweiz zur «integralen» Neutralität hineingehört. Für die Schweiz bedeutete der Untergang Österreichs, dass nur noch ein einziger Nachbarstaat dem Völkerbund angehörte: Frankreich. Doch was war von dieser einstigen «Vormacht» Europas nach dem erneuten Versagen noch zu erwarten? Das war die Frage, die man sich allenthalben stellte.

Man kann dem deutschen Historiker Klaus Hildebrand nur zustimmen, wenn er schreibt: «Mit der beinahe unkomplizierten Schaffung des ‚Grossdeutschen Reiches‘ schien es endgültig so zu sein, als dominierten die Mächte des Antikominternpaktes nahezu uneingeschränkt über die Geschicke der Welt.»

Das ebenso krasse Versagen des Völkerbundes gehört mit ins traurige Bild. Als Italien Abessinien angriff, das einzige schwarzafrikanische Mitglied, da kamen wenigstens noch Sanktionen zustande, wenn auch lahme und wenig effektive. Nun da ein europäisches Mitglied unterging, tat sich überhaupt nichts – nicht nur Paris schwieg, auch Genf schwieg. Ein unabhängiger Staat verschwand sozusagen über Nacht von der europäischen Landkarte, ohne dass ein Schuss gefallen wäre. Das war neu. Es wurde möglich, weil keine Macht mehr da war, die für die Respektierung des geltenden Völkerrechts zu kämpfen bereit war. Man beeilte sich vielmehr, den neuen Zustand anzuerkennen. Mit «würdeloser Hast» (J.R. von Salis) verwandelten die überrumpelten Staaten ihre Gesandtschaften in Wien in konsularische Vertretungen, die westlichen Demokratien eingeschlossen.

Chamberlain schien also recht zu bekommen mit seinem Abgang auf die kollektive Sicherheit. Sie funktionierte wirklich nicht mehr. Nun konnte der Völkerbund natürlich nicht mehr sein, als was seine Mitglieder aus ihm machten, insbesondere die sogenannten «Vormächte», Frankreich und England. So gesehen war die Rede des britischen Premierminister eben auch, wenn nicht gar

vorwiegend, als Rechtfertigung seiner Politik gemeint. Denn diese Politik setzte an die Stelle des Grundsatzes der kollektiven Sicherheit das Modell der bilateralen Verständigung, insbesondere mit den europäischen Diktatoren. Doch diese «neue» Politik hatte einen Pferdefuss:

Der britische Premier begab sich mit dieser Politik praktisch jeder Handlungsfreiheit, weil er voll und ganz vom guten Willen seiner Kontrahenten auf dem Kontinent abhängig wurde. Die Stunde der Wahrheit liess denn auch nicht allzulange auf sich warten.

## **Der Anschluss Österreichs und die Schweiz**

### *Reaktionen in der Presse*

Aus den Zeitungskomentaren sprechen Entrüstung und Empörung über das deutsche Vorgehen gegen Österreich. Sie gingen weit über das hinaus, was anlässlich der Remilitarisierung des Rheinlandes geschrieben worden war. Die Unterschiede zwischen den beiden Ereignissen springen in die Augen, insbesondere auch in bezug auf die Schweiz.

1936 ist ein internationaler Vertrag verletzt worden, von dessen Sicherheitsgarantien auch die Schweiz profitiert hatte. Immerhin konnte man sich damit «trösten», dass die Deutschen sozusagen in eigenes Land einmarschiert waren. Diesmal war es ganz anders. Hitler hat erstmals über die eigenen Staatsgrenzen hinausgegriffen und einen unabhängigen Staat attackiert. Auch wenn die einmarschierenden Truppen mit Jubel begrüsst wurden, blieb es eine völkerrechtswidrige Gewaltaktion. Und sie richtete sich gegen einen Nachbarstaat der Schweiz, berührte somit direkt ihre nationale Sicherheit. Es lag nahe, die Frage zu stellen, ob die Schweiz ein ähnliches Schicksal erleiden könnte.

### *«Eine tiefenste Warnung»*

Die Neue Zürcher Zeitung schrieb denn auch bereits am Tag danach, der Untergang des kleinen Nachbarn bilde für die Schweiz «eine tiefenste Warnung». Österreich sei dem Zugriff eines Mächtigeren nicht zuletzt deshalb zum Opfer gefallen, «weil es im Innern gespalten war, weil sein Wille zur Unabhängigkeit nicht äusser allem Zweifel stand». Daher dürfe die Schweiz, so das Blatt weiter, «nie den Schatten eines Zweifels aufkommen lassen, dass ihre Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit auf dem Willen aller Bürger gründet, das Land seine

Würde und Existenz, mit Einsetzung aller Kräfte zu verteidigen». (NZZ vom 13.3.1938)

Es waren grosse Worte. Doch sie brachten die im Lande herrschende Stimmung treffend zum Ausdruck. Denn die überwältigende Zahl der Kommentare bewegte sich auf derselben Ebene. Selbst die doch recht unterschiedliche Beurteilung, die das im untergegangenen Nachbarland herrschende Regime gefunden hatte, spielte jetzt kaum mehr eine Rolle. Auch die Kritik am erneuten Versagen der westlichen Demokratien war allgemein. Fred Luchsinger fasst die Stimmung folgendermassen zusammen:

«Das allgemeine politische Fazit war bitter. Man konnte den Westmächten den Vorwurf nicht ersparen, sie hätten Österreich auf sträfliche Weise im Stich gelassen.» (Luchsinger, S. 141)

Es wird deutlich, dass sich die Schweiz diesmal existentiell bedroht fühlt. «Die äussere Bedrohung der Schweiz war nun mit Händen zu greifen», meint Luchsinger. Rundum wird die Befürchtung geäussert, dass mit der Annexion Österreichs nur ein erster Schritt getan sei und dass weitere mit Sicherheit zu erwarten seien. Als nächstes Ziel der NS-Angriffspolitik wurde ebenfalls übereinstimmend die Tschechoslowakei ausgemacht.

«Nächster Überfall: Tschechoslowakei» titelte z.B. die sozialdemokratische Berner Tagwacht zwei Tage nach dem Anschluss.

Allgemein wird auch die Auffassung vertreten, dass Hitler das Resultat der Volksabstimmung, die Schuschnigg in letzter Minute angeordnet hatte, gefürchtet habe. Dazu die Basler Nachrichten vom 13. 3. 1938:

«Wenn Hitler, der durch sein Spionagenetz genauer als irgendjemand über die innerösterreichischen Verhältnisse unterrichtet ist, ein für ihn ungünstiges Resultat des Plebiszits nicht sicher vorausgesehen hätte, so hätte er sich niemals die Blöße gegeben, die Volksbefragung zu verhindern ...»

Es werden jetzt auch die Methoden genauer studiert, mit denen Österreich kapitulationsreif gemacht wurde. Die Basler National-Zeitung schrieb dazu am 15. März:

«Eine fremde Propaganda raffiniertester Art hatte das österreichische Volk sturmreif gemacht und lieferte es, genau wie vor fünf Jahren das deutsche, dem Zugriff einer entschlossenen und vom Ausland her obendrein noch machtvoll unterstützten Minderheit widerstandslos aus.»

## *Die Schweiz ist nicht Österreich*

Die Schweiz muss sich also vorsehen, auch wenn der Gewissheit immer wieder Ausdruck verliehen wird, dass eine ähnliche innere Aushöhlung wie in Österreich nicht möglich sein werde. Die «Zürichsee-Zeitung» beschrieb den «grossen Unterschied». Sie war zwar lediglich eine Regionalzeitung, aber ihr Chefredaktor Theodor Gut war einer der massgebenden (freisinnigen) Parlamentarier der damaligen Zeit, der auch einen beträchtlichen Einfluss auf die Gestaltung der Aussenpolitik auszuüben vermochte. Er war ein unerbittlicher Gegner jeglicher antidemokratischen Ideologie, und als solcher stand er allen Tendenzen zur «Anpassung» an das von Berlin und Rom propagierte «Neue Europa» ablehnend gegenüber.

So sprach Theodor Gut in einer Rede vor dem Nationalrat im Frühjahr 1939 davon, in welchen prinzipiellen Gegensatz die Schweiz zu der sie umgebenden Welt geraten sei, «in eine Spannung von noch nie dagewesener Wucht und Problematik». Der «eidgenössische Gedanke», betonte er, sei nicht aus Rasse und Volkstum geboren, sondern aus der Sehnsucht nach Freiheit und Recht. Aus der Schweizer Geschichte wisse man, «dass die Leidenschaft zur Freiheit die Mutter grosser Dinge sein könne». Und er beschwor den eisernen Willen gegenüber jeder Gefährdung der Unabhängigkeit. (Nach Edgar Bonjour, Neutralität III, S. 386.)

Ganz in diesem Sinn hat seine Zeitung nach dem Untergang der Nachbarrepublik zu dem erschütternden Ereignis Stellung genommen. Während in Österreich die einmarschierenden Truppen mit frenetischem Jubel empfangen worden seien, schrieb sie am 14. März, also zwei Tage nach vollbrachter Gewalttat, «wären bei uns unter ähnlichen Umständen die Gewehre von selbst losgegangen». Das Volk wäre wie ein Mann aufgestanden und jeder wäre totgeschlagen worden, der von Verhandlungen gesprochen hätte. Und dann kommt der Satz, der ohne Zweifel die allgemeine Stimmung im Lande der Eidgenossen wiedergibt:

«Hier liegt der grosse Unterschied, der nicht zu übersehen ist: der schweizerische Unabhängigkeitswille ist intakt und über jeden Zweifel erhaben.»

## *Angriffe auf die Existenzberechtigung der Schweiz*

Wenn man solche pathetisch klingende Worte liest, dann gilt es zu bedenken, dass sie auch dazu bestimmt waren, keine Resignation oder gar Defaitismus aufkommen zu lassen, sondern den Widerstandsgeist zu stärken. Der Fall Österreich ging den Schweizern nicht nur deswegen unter die Haut, weil es sich

um ein Nachbarland und um einen Kleinstaat handelte. Es gilt ebenfalls zu berücksichtigen, dass gewisse scharfmacherische Stimmen im Chor der NS-Propaganda nicht müde wurden darauf hinzuweisen, dass die («deutsche») Schweiz eigentlich auch ein historischer Bestandteil des Reiches gewesen sei und daher zu gegebener Zeit «heimgeholt» werden müsse. Die braunen Demagogen erhielten sogar Unterstützung von «wissenschaftlicher» Seite, wenn von deutschen Geschichtswissenschaftlern argumentiert wurde, die Schweiz habe deswegen keine «historische» Daseinsberechtigung, weil sie sich in einem Moment der Schwäche vom deutschen «Volkkörper» gelöst habe. Damit war natürlich die völkerrechtliche Anerkennung der Schweiz durch den Frieden von 1648 gemeint, der den dreissigjährigen Krieg beendete. Dass zu jenem Zeitpunkt die Alte Eidgenossenschaft bereits auf eine über 350-jährige Geschichte zurückblicken konnte und ihre (praktische) Unabhängigkeit vom Reich seit dem Schwabenkrieg von 1499 Tatsache gewesen ist, all das wurde grosszügig übergangen.

Durch solche, auch im Gewände der Wissenschaft daherkommende Angriffe auf die Existenzberechtigung der Schweiz fühlten sich die Historiker des Landes naturgemäss besonders herausgefordert. Einer meiner damaligen akademischen Lehrer, Professor Werner Näf von der Universität Bern, hielt dieser Argumentation das Wort entgegen:

«Die Eidgenossenschaft ist nicht ein Staat geworden, indem sie sich vom Reiche löste; sie löste sich vom Reiche, weil sie ein Staat geworden war.»

Die einprägsame Formel stammte aus einem Vortrag mit dem bezeichnenden Titel: «Die Entwicklung des schweizerischen Staates im Rahmen der europäischen Geschichte» – bezeichnend weil es nicht hiess «im Rahmen der deutschen oder der Reichsgeschichte», wie die Antipoden von jenseits des Rheins es gerne gehabt hätten. Der Vortrag wurde im Jahre des Anschlusses 1938 gehalten.

Schweizerischer Beunruhigung angesichts solcher Versuche, die Existenzberechtigung des Landes in Frage zu stellen, wurde deutscherseits entgegengehalten, dass der «Führer» wiederholt Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz ausdrücklich anerkannt habe. Doch was war von solchen «feierlichen» Erklärungen zu halten? Man wies daraufhin, dass es solche Versprechungen von höchster Stelle auch an die Adresse Österreichs gegeben habe, z.B. beim Abschluss des «berühmt-berüchtigten» deutsch-österreichischen Abkommens von 1936, das immer deutlicher als entscheidender Schritt auf dem Weg in die Kapitulation erkannt wurde.

In diesem Dokument hat es ohne Wenn und Aber geheissen, die Reichsregierung anerkenne «die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich». Und

was war daraus geworden? Ist es verwunderlich, dass die Glaubwürdigkeit des NS-Regimes und seines unbestrittenen Führers allmählich auf den Nullpunkt gesunken war – jedenfalls in der Schweiz, währenddem man z.B. in London unbeirrt daran festhielt, dass man sich auf das Wort von «Herrn Hitler», wie Neville Chamberlain ihn hartnäckig zu titulieren pflegte, verlassen könne.

Allgemein wurde gefordert, es gelte nun aus dem dramatischen Geschehen, das zum Verschwinden eines unabhängigen Österreich geführt habe, die notwendigen Konsequenzen für das eigene Verhalten – und Überleben – zu ziehen.

### *Forderung Nr. 1: Verstärkung der Wehrbereitschaft*

An erster Stelle steht im Katalog der Forderungen die Verstärkung der Wehrbereitschaft. (Darauf soll an späterer Stelle noch näher eingegangen werden.) Ein ähnlicher Coup wie gegen Österreich lasse sich mit denselben Argumenten gegen die Tschechoslowakei inszenieren, meint die NZZ am 17. März. Er könne eines Tages aber auch mit einer andern Begründung gegen einen andern Staat geführt werden, gibt das Blatt zu bedenken, fährt dann aber fort:

«Er wird allerdings misslingen, sobald der Staat, der unter militärischen Druck gesetzt oder angegriffen wird, sich mit dem äussersten Einsatz verteidigt.» Man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, dass hier vom eigenen Land die Rede ist.

In diesem Zusammenhang ist es auch erwähnenswert, dass trotz aller Sympathie für das Nachbarvolk und der Trauer um dessen Untergang auch Bedauern darüber geäussert wurde, «dass Österreich auf jeden militärischen Widerstand verzichtet hatte». (Zitiert nach Bonjour, Neutralität III, S. 234.) Hier ergibt sich ein offensichtlicher Gegensatz zwischen Volksmeinung und Haltung des Bundesrates, der es ausdrücklich begrüsst, dass die Aktion ohne Blutvergiessen abgelaufen sei. (Was allerdings nur für den militärischen Einmarsch gilt. Als anschliessend die Folter- und Mordkommandos des Dritten Reiches begannen, Gegner des Regimes, vor allem natürlich Juden, zu verfolgen, zu drangsalieren, zu berauben und auch umzubringen – eifrig unterstützt von Helfershelfern aus dem «befreiten» Land –, da ist wahrlich noch genug Blut vergossen worden.)

Der Umstand, dass beim Einmarsch der Deutschen nicht der geringste österreichische Widerstand festzustellen war, hat offensichtlich auch die Regierung in Rom in Erstaunen versetzt. Dies berichtete der Schweizer Gesandte in

Rom über eine Unterredung mit dem italienischen Aussenminister vom 14. März. Dabei habe Graf Ciano gesagt, Österreich habe sich selbst preisgegeben. Es sei doch unglaublich, dass kein einziges Detachement Widerstand geleistet und kein einziger Soldat oder eine andere Person sich für die «idée autrichienne» habe töten lassen. Selbst bloss irgendein isolierter Widerstand hätte zu einer Meinungsänderung führen können, um zu sagen dass die «idée autrichienne» doch existiere und daher verteidigt werden sollte. Doch das sei eben nicht eingetreten. (Text des Berichts in DDS, Volume 12, No. 232.)

Gerade angesichts der kampflosen Preisgabe der österreichischen Unabhängigkeit wird in den Schweizer Blättern immer wieder darauf hingewiesen, dass nur der eine Chance zum Überleben habe, von dem man wisse, dass er zum unbedingten Widerstand entschlossen sei. «Der Grad unseres gemeinschaftlichen und einigen Behauptungswillens, er ist unser Schicksal», so die Nationalzeitung. Von rechts bis ganz links ist solches unbestritten.

### *Szenario der Bedrohungen*

Die Bedrohung, die man in der Schweiz im Verlaufe der dreissiger Jahre in zunehmendem Masse von Seiten unseres grossen Nachbarn im Norden wahrnehmen musste, war in der Tat gleich eine mehrfache.

### *Demokratie in Bedrängnis*

Erstens musste der totalitäre Staatsgedanke als Gefahr für die demokratischen Ideale und Institutionen empfunden werden. Dabei ist zu bedenken, was oft übersehen wird, dass die Demokratie in Europa als Staatsform während der Zwischenkriegszeit immer mehr in Bedrängnis geraten ist. Hatte sie am Ende des Weltkrieges, besonders unter dem Einfluss des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, noch sozusagen als einzige legitime Form staatlichen Zusammenlebens gegolten, so verschwand sie im Verlaufe der Jahre aus einem Staat nach dem andern, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, aber auch auf der Iberischen Halbinsel. Portugal hatte schon ein autoritäres Regime seit Beginn der dreissiger Jahre, Spanien war gerade im Begriff, mit dem Sieg Francos eines zu werden.

Im mittellöstlichen Europa bildete die Tschechoslowakei eine einsame Insel der Demokratie. Doch hier bestand das grosse und wie sich bald zeigen sollte verhängnisvolle Handicap eines ungelösten Nationalitätenproblems. Die tschechischen Politiker hatten sich als unfähig erwiesen, ihren 1919 neu gegründeten



Staat nach Schweizer Vorbild, d.h. föderalistisch zu organisieren, wie sie es ursprünglich selbst versprochen hatten. Gerade ethnische Gegensätze, sogenannte «unerlöste» Minderheiten lasteten schwer auf den Staaten jener Region. Sie haben, zusammen mit dem historischen Erbe feudalistischer Strukturen und sozialen Folgen einer unbewältigten Wirtschaftskrise, den demokratischen Staatsgedanken überall ausgehöhlt. Die historische Grossmacht Osteuropas, Russland, hatte bekanntlich schon 1917 den eben eingeschlagenen Weg zu einer demokratischen Entwicklung wieder verlassen und ein ebenfalls ausgesprochen antedemokratisches kommunistisches System errichtet.

Europa litt also an einem zunehmend akuten Demokratiedefizit. Die Schweiz befand sich in dieser Beziehung insofern in einer besonders heiklen Situation, als ja ausgerechnet in zwei ihrer drei grossen Nachbarländer die Demokratie beseitigt worden war: 1922 in Italien und 1933 in Deutschland.

### *Umsturz des europäischen Gleichgewichts*

Die Gefahr erhöhte sich, als die dortigen diktatorischen Regimes ab Mitte der dreissiger Jahre auch noch zu einer aggressiven und expansiven Aussenpolitik übergingen. Die missliche Lage der Schweiz wurde noch dadurch verschärft, dass das parlamentarische System in Frankreich gleichzeitig in eine Dauerkrise hineinschlitterte. Dies hat, wie wir gesehen haben, zu einer verhängnisvollen aussenpolitischen Lähmung der einzigen noch verbliebenen demokratischen Grossmacht auf dem Kontinent geführt. Damit ist das potentiell stärkste Gegengewicht, das auf Seite der Demokratie noch hätte in die Wagschale gelegt werden können, weitgehend ausgefallen. Umso mehr stellte sich die Frage nach der Haltung Grossbritanniens. Doch aus London kam auch keine ermutigende Antwort. Durch diese französische (und britische) Untätigkeit gegenüber den Herausforderungen der Diktatoren hat sich die «Balance» der Macht mehr und mehr zuungunsten der Demokratie gesenkt. Es gab definitiv kein Machtgleichgewicht mehr, als durch den Anschluss Österreichs, wiederum ohne den geringsten Widerstand der westlichen Demokratien, «Grossdeutschland» entstand. Daran ändert auch nichts, dass der Bundesrat in seiner feierlichen Erklärung vom 21. März 1938 die «Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts» heraufbeschwor sowie die Rolle, welche die Neutralität der Schweiz dabei zu spielen habe. Darauf wird noch zurückzukommen sein. Doch in diesem Augenblick war das Deutsche Reich bereits auf dem Weg zur europäischen Hegemonie, was bekanntlich das Gegenteil von Gleichgewicht ist.

Der nun beginnende Kampf der Schweiz um ihre Selbstbehauptung musste also in einer ausgesprochen demokratiefeindlichen Umwelt geführt werden. Auch im Lande selbst machte sich ja mehr oder weniger fundamentale Kritik an der Demokratie bemerkbar. Der Kampf musste tatsächlich nach aussen und nach innen geführt werden.

### *Die Schweiz als «Eiterbeule» im «neuen Europa»*

Auf die zweite Gefahr, die von Norden kam, wurde schon hingewiesen: Rassenlehre und Volkstumsideologie trafen den schweizerischen Staat mit seiner Mehrsprachigkeit und damit seiner Zugehörigkeit zu drei der grossen europäischen Kulturen recht eigentlich in seinem Kern. Die geschichtlich gewordene föderalistische Struktur dieses Staatswesens mit dem ausgeprägten Eigenleben seiner Glieder widersprach völlig der autokratischen Diktatur mit ihrer Zentralisierung aller Macht in einer Spitze. Ebenso unvereinbar war mit dem in Deutschland errichteten totalitären System das weitgehende Mitspracherecht des Volkes auf allen Stufen des mehrschichtigen Staatsaufbaus.

Der so ganz und gar nicht ins nationalsozialistische Weltbild passende eidgenössische Bund wurde von jenseits des Rheines während der ganzen NS-Zeit in äusserst aggressiver Weise mit Hohn und Spott übergossen. Wenn man alle die Schimpfwörter aufzählen wollte, mit denen die Schweiz durch die braune Propaganda überschüttet wurde, könnte man ganze Seiten füllen. Selbst höchste Repräsentanten des Regimes nahmen an dieser Schlammschlacht teil. So bescheinigte Hermann Göring – immerhin der «zweite Mann» im NS-Staat – den Eidgenossen in einer Rede am 10. Mai 1935, dass sie «Dreck in der Hirnschale» hätten. Auch der «Führer» selbst beteiligte sich an der Schimpfkanonade, wenn auch nicht öffentlich. So soll er die Schweiz in vertrautem Kreis u.a. als «Eiterbeule an Europa» bezeichnet haben, für die es keinen Platz in dem von ihm geplanten «neuen Europa» geben könne. (Vgl. dazu: Stefan Schäfer, Hitler und die Schweiz, Berlin 1998, S. 9.)

Besonders intensiv wurde indessen die dritte Gefahr empfunden: die potentielle militärische Bedrohung durch die massiv aufrüstende und jetzt auch noch expandierende Grossmacht Deutsches Reich. In wenigen Jahren, von der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 über die Remilitarisierung des Rheinlandes 1936 und jetzt die Überwältigung Österreichs 1938, hatte sich die militärpolitische Lage in Europa derart verändert, dass man von einem Umsturz oder, wie die NZZ es nannte, von einem «Erdrutsch» sprechen musste. Als mitten im euro-

päischen Spannungsfeld gelegener Kleinstaat bekam die Schweiz diese radikale Veränderung der machtpolitischen Verhältnisse direkt zu spüren. Ihre militärpolitische bzw. strategische Lage verschlechterte sich von Jahr zu Jahr. So ist es nur logisch, wenn rundum vor allem energische Massnahmen zur Verstärkung der Landesverteidigung gefordert wurden.

### *Schulterschluss der Nation*

In dieser für den schweizerischen Staat schwierigsten Stunde seit der Gründung des Bundesstaates kam es zu einem bemerkenswerten Schulterschluss. Die Einigkeit der Nation, abgesehen von kleinen extremistischen Zirkeln, war schon in den Reaktionen der Presse zum Ausdruck gekommen. Die parteipolitischen Fehden und Zänkereien schienen vergessen, wie Schnee von gestern. Alles Denken fokussierte sich auf ein Ziel: Behauptung der Unabhängigkeit des Staates und der Existenz in Freiheit des Volkes. Dazu bedurfte es des innenpolitischen Burgfriedens, der allumfassenden Solidarität. Darauf wird zurückzukommen sein.

### **Die Lage in der Berichterstattung der Schweizer Diplomaten**

Wie schon anlässlich der Krise von 1936 ist auch diesmal ein bemerkenswert deutlicher Unterschied festzustellen in der Beurteilung der Lage durch die Zentrale in Bern und ihre diplomatischen Aussenposten. Dem Leiter der schweizerischen Aussenpolitik, Bundesrat Motta, ging es um die Erhaltung des Friedens um (fast) jeden Preis, soweit er nicht durch das eigene Land zu berappen war. Daher begrüßte er die Zurückhaltung der Westmächte, weil damit ein Konflikt vermieden werden konnte. Dass das Opfer Österreich hiess, musste dann eben in Kauf genommen werden. Die schweizerischen diplomatischen Vertreter waren auf ihren Aussenposten auch diesmal grundsätzlich anderer Meinung.

### *Wo ist das Gewicht des britischen Empire?*

Am schärfsten verurteilte wiederum der Gesandte Dinichert in Berlin die Haltung der westlichen Demokratien, insbesondere Englands. So schrieb er am 12. März an Motta:

«Einmal mehr wird London offenbar versagen, und man kann sich füglich fragen, was der Bestand des britischen Reiches für die dritten, Frieden, Recht und Unabhängigkeit liebenden Staaten noch für einen Wert hat. Das schon schwer ge-

minderte britische Prestige dürfte in dieser Sache erneut eine starke Einbusse erleiden. Von Frankreich ist ja bekanntlich ohne Beteiligung Grossbritanniens überhaupt nichts zu erwarten.»

Schon einen Tag zuvor hatte Dinicherts Kollege in London, Paravicini, dasselbe berichtet: Die Empörung in England sei zwar gross und allgemein. Es sei aber keine «action gouvernementale» vorgesehen, die zu einem Konflikt führen könnte. Frankreich, «en état de crise», marschiere auch nicht, sicher aber nicht ohne England.

Fazit: Frankreich marschiert, wenn überhaupt, dann nur mit England. Dieses aber marschiert sicher nicht, also wird Frankreich auch nicht marschieren.

### *Der Teufelskreis der westlichen Politik*

In diesem, nennen wir es ruhig: «circulus vitiosus» oder Teufelskreis kommt die ganze verhängnisvolle Problematik der westlichen Politik geradezu formelhaft zum Ausdruck. Chamberlain und seine Gefolgsleute auf dem Kurs des Appeasement entschuldigten ihre (Zurück)haltung gegenüber den Herausforderungen der Diktatoren immer wieder mit dem Argument, man solle nicht drohen, wenn man sowieso nicht die Absicht habe, der Drohung allenfalls Taten folgen zu lassen. Diese Politik war das genaue Gegenteil dessen, was Hitler auf so virtuose und zugleich skrupellose Art und Weise betrieb. Man hat dies treffend als Bluff bezeichnet. Hitler bluffte im Fall der Rheinlandbesetzung wie im Fall des Anschlusses. In beiden Fällen hätte selbst er den Konflikt nicht gewagt, ganz abgesehen von seinen militärischen Beratern. Im dritten Fall, der Sudetenkrise, wo er möglicherweise zum Krieg entschlossen war, hätte er sich eine blutige Nase geholt, selbst wenn die Tschechoslowakei allein hätte kämpfen müssen. Es bestand aber auch die durchaus reale Möglichkeit, dass der Diktator von den zum Putsch entschlossenen Generälen kaltgestellt worden wäre, falls er den Angriffsbefehl gegeben hätte. So oder so ist hier höchst wahrscheinlich ein drittes Mal verpasst worden, Hitler zu stoppen, bevor er seinen Krieg mit Aussicht auf Erfolg entfesseln konnte.

Als dann Chamberlain, nach dem offensichtlichen Scheitern seiner Politik durch Hitlers Bruch des Münchner Abkommens, nicht mehr anders konnte, als endlich ebenfalls die Zähne zu zeigen, da war es offensichtlich zu spät. Die Garantie an Polen verfehlte die beabsichtigte Wirkung. Chamberlain war so oft vor Hitlers Drohungen zurückgewichen, dass der deutsche Diktator glaubte, die britische Ak-

tion nicht ernst nehmen zu müssen. Das zeigt deutlich seine Reaktion auf die Kriegserklärung Englands (und Frankreichs) am 3. September 1939. Hätte die britische Regierung bei den genannten früheren Gelegenheiten so reagiert, dann wäre Hitler höchst wahrscheinlich zurückgewichen oder er wäre gescheitert. Und dann hätte nicht England an Prestige eingebüsst, wie Dinichert es formuliert hat, sondern der deutsche Diktator selbst. Das wiederum hätte die gesamte internationale Atmosphäre verändert, sozusagen «gesäubert». Statt Resignation wäre Hoffnung aufgekommen. Der grassierende Defaitismus, der Hitlers Absichten derart entgegenkam, wäre eingedämmt worden oder ganz verschwunden.

Die schwere Verantwortung Chamberlains und damit der westlichen Demokratien besteht darin, den von Hitler stets beabsichtigten Krieg mit falschen Mitteln verhindern zu wollen. So hat diese verfehlte Politik letztlich dazu beigetragen, Hitlers Kriegskurs zu begünstigen. Dieses hart erscheinende Urteil muss wohl gefällt werden. Auch wenn es schliesslich dann Stalin gewesen ist, der durch seinen Pakt Hitler definitiv «grünes Licht» zur Entfesselung des Krieges gegeben hat.

### *«Renversement des alliances»?*

Eine entschlossene Haltung der Westmächte im Falle Österreich hätte sogar Italien mitreissen können. Diese Meinung bringt ebenfalls der wohl informierte Dinichert zum Ausdruck. Am 15. März berichtet er über die italienische Enttäuschung sowohl wegen der Überrumpelung durch Deutschland wie wegen der Untätigkeit der Westmächte. Und er meint, wenn Frankreich und England sofort mobilisiert und ihren Beschluss bekundet hätten, «es für Österreich auf einen Krieg ankommen zu lassen, dann hätte sich für Italien die Frage der Verbindung mit den beiden Westmächten in einer Weise gestellt, bei der die Achse Italien – Deutschland keinerlei Rolle mehr zu spielen brauchte».

Dinichert lag mit dieser Beurteilung keineswegs völlig falsch, wie durch andere diplomatische Berichte, aber auch durch italienische Dokumente sowie die spätere Geschichtschreibung bestätigt wird. Wenn man einen Blick hinter die Kulissen wirft, zum Beispiel in das Tagebuch von Graf Ciano, dann erweist sich rasch, dass die vielberufene Achse Rom – Berlin keineswegs so fest geschmiedet war, wie die offizielle Propaganda der Weltöffentlichkeit vorgaukelte, ganz im Gegenteil. Vor allem die öffentliche Meinung in Italien war infolge des deutschen Vorgehens gegen Österreich aufs Höchste aufgebracht, wie aus der zeitgenössischen Berichterstattung zu entnehmen ist. Ein «renversement

des alliances» war also keineswegs von vorneherein ausgeschlossen und wäre wohl von einem grossen Teil der Bevölkerung inklusive Angehörigen der Partei begrüsst worden.

«Das ‚Achsenbündnis‘ nach 1936 war in Italien nicht populär». Zu diesem Urteil kommt der Italienkenner Jens Petersen als Fazit einer Studie über die Beziehungen der beiden Diktaturen. (In: Helmut Altrichter / Josef Becker, Kriegsausbruch 1939. München 1989, S. 131 ff.) Der Autor setzte den Begriff mit Bedacht in Anführungszeichen. Denn die Achse «war alles andere als ein enges Bündnis», wie Di Nolfo feststellt. Vielmehr sei Mussolini bis zuletzt der Überzeugung gewesen, «dass ein regelrechtes Bündnis mit Deutschland nur das letzte Mittel seiner Diplomatie sein könnte». Daher sei die Entwicklung ab 1936 auch «nicht unabwendbar» gewesen. Mussolini bewies es selbst, dass dem so war, wenn er sich gerade zu der Zeit bemühte, ein besseres Verhältnis zu England herzustellen. Er fürchtete im Grunde eine einseitige Abhängigkeit von dem unberechenbaren Regime Hitlers.

Ganz auf dieser Linie hat Mussolini im Februar 1938, als die deutschen Absichten immer deutlicher zutage traten, durch seinen Botschafter in London, Dino Grandi, «eine gemeinsame englisch-italienische Aktion zugunsten Österreichs angeregt». Sie sei jedoch «wegen Chamberlains Nachgiebigkeit gegenüber Hitler nicht mehr zustande gekommen». Dies schreibt der deutsche Spezialist für italienische Geschichte, Prof. Rudolf Lill. (Geschichte Italiens in der Neuzeit. Darmstadt 1986, S. 343/344.) Immerhin führten Verhandlungen zwischen den beiden Ländern schliesslich im April 1938 doch noch zu einem Abkommen über schwebende Fragen insbesondere betreffend die Lage im Mittelmeer, die Anerkennung der Annexion Abessiniens und den spanischen Bürgerkrieg. Nach Di Nolfo war dies «eine Antwort auf den Einmarsch in Österreich», während ein anderer italienischer Historiker darin «den ersten Schritt der neuen Phase in Mussolinis Politik» sieht. Wir werden auf dieses hochinteressante Thema noch zurückkommen. Jedenfalls zeigt sich erneut die unheilvolle Auswirkung der westlichen Politik des Friedens um jeden Preis.

Es müsse aus dieser Sachlage der Schluss gezogen werden, so Dinichert, «dass sich infolge des Anschlusses von Österreich an Deutschland die europäische Politik plötzlich an einem entscheidenden Wendepunkt befindet». Mehrere Staaten würden sich dessen gewahr und richteten sich darauf ein, «dass die Gefahr eines hegemonischen Deutschlands nähergerückt ist».

### «The disastrous Henderson»

Auch der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, kriegt sein Fett ab. Dieser habe insofern eine «nicht besonders heilsame Rolle» gespielt, als er längst durchblicken liess, «dass seine Regierung aus dem Anschluss Österreichs keine kriegerischen Konsequenzen ziehen werde». Auch hier wird Dinichert durch die Geschichtschreibung voll und ganz bestätigt.

Henderson gilt allgemein als einer der unbedingtesten, aber auch uneinsichtigsten «Appeaser» in der britischen Diplomatie. Das Unheil, das er durch seine Anbiederung bei den NS-Bonzen und die entsprechende Berichterstattung angerichtet hat, ist kaum hoch genug einzuschätzen. Es passt ins Bild, dass Henderson am entscheidenden Abend des 11. März an einer Galaveranstaltung teilgenommen hat, und zwar ausgerechnet bei Göring, dem Mann, der am heftigsten zur Vereinnahmung des Nachbarlandes gedrängt hat. Kurz vor Beginn des «Balls der Flieger» hat Göring «im Namen des Führers» den Befehl zum Einmarsch der Wehrmacht erteilt. Etwas sarkastisch könnte man sagen: Göring und die NS-Prominenz feierten zusammen mit dem diplomatischen Corps das Ende des unabhängigen Österreichs. Wirklich eine «schon fast grotesk zu nennende Art und Weise, in der der Untergang Österreichs herbeigeführt wurde», wie ein deutscher Historiker in seiner Göring-Biografie feststellt. (Alfred Kube, *Pour le mérite und Hakenkreuz, Hermann Göring im Dritten Reich*, München 1986, S. 246.) Ein britischer Historiker nennt den damaligen Botschafter in Berlin unumwunden «the disastrous Henderson». Der unglückselige Diplomat selbst gab seinem Rechenschaftsbericht, den er nach Kriegsbeginn publizierte, den wohl zutreffenden Titel «Failure of a mission» – Fehlschlag einer Mission.

### *Ganz Mitteleuropa geht verloren*

Schon im Vorfeld des Anschlusses hieb die Gesandtschaft in Paris in dieselbe Kerbe. Um weiteren Druck des Reiches zu vermeiden, berichtete der Geschäftsträger de Torrente am 16. Februar, müssten die Westmächte «à tout prix» (um jeden Preis) ohne Verzug handeln. Sonst werde nicht nur die Unabhängigkeit Österreichs, sondern auch diejenige der Tschechoslowakei und ganz Zentraleuropas in Frage gestellt. Nachdem das befürchtete Unheil geschehen war, beschrieb der Bericht die Stimmung in Frankreich als «mélange de stupeur et d'humiliation», also eine Mischung von Empörung und Demütigung. Allerdings habe niemand im Lande an eine militärische Intervention gedacht. Das

österreichische Volk hätte es auch gar nicht verdient, so die gängige Meinung, dass französisches Blut vergossen worden wäre, um eine Freiheit zu schützen, die es offenbar gar nicht gewollt habe.

Völlig anders stelle sich das Problem dar, wenn es um das zweite Ziel der pangermanistischen Politik gehe: die Tschechoslowakei. Hier würde es sich nicht mehr um eine «affaire de famille» handeln (wie die deutsche Propaganda den Fall Österreich darzustellen liebte). Die Tschechen seien entschlossen sich zu verteidigen und Frankreich würde sie unverzüglich unterstützen, wie es der französische Aussenminister Delbos öffentlich im Parlament erklärt habe. Der Berichtersteller meint aber, man könne sich schwer des Gedankens erwehren, dass Frankreich sich gegenwärtig nicht ohne Zögern in einer offensiven militärischen Aktion engagieren würde. Denn rechtzeitige Hilfe wäre gar nicht möglich, wenn Frankreich schon am Rhein aufgehalten würde. Die Sowjetunion aber wäre durch Polen und Rumänien von dem Opfer eines deutschen Angriffs getrennt. Also käme nur ein Krieg von langer Dauer in Frage, in welchem die britische Flotte durch eine Blockade wie im vergangenen Krieg die Hauptrolle zu spielen hätte. Doch Chamberlain habe schon im November 1937 anlässlich einer Visite französischer Minister erklärt, England würde keine militärische Operation unternehmen, falls sich das tschechische Problem stellen sollte.

Pessimistische Töne waren auch aus Prag zu vernehmen – wen wundert. So berichtete der Gesandte Bruggmann schon am 19. Februar, eine Gleichschaltung Österreichs würde nach aller Meinung auch die Tschechoslowakei unter die Abhängigkeit von Deutschland bringen. Die Mutlosigkeit sei so gross, dass in Gesprächen mit gut informierten Personen «als Unterton zu hören war, zuletzt müsse man sich eben auch mit Deutschland auf irgendeine Weise verständigen, wenn Mitteleuropa von den Verbündeten und von England im Stich gelassen werde». Dass zu solcher Mutlosigkeit kaum Anlass bestand, weil die tschechoslowakische Armee einem deutschen Angriff auch allein erfolgreich hätte Widerstand leisten können, dies wird später noch näher zu begründen sein. Nun zu Italien.

### *«Gute Miene zum bösen Spiel»*

Die oben beschriebene ungemütliche Lage, in die Mussolini durch das eigenmächtige Vorgehen seines Achsenpartners geriet, hat der schweizerische Gesandte in Rom sofort erkannt. Schon am 17. Februar berichtete er, die italienische Politik gründe auf der Hoffnung, dass ein autonomer österreichischer Staat so lange wie möglich aufrechterhalten werden könne. Nachdem das Unwider-



rufliche geschehen war, berichtete Minister Ruegger aus Rom, die italienische Regierung sei durch die Ereignisse um Österreich selbst völlig überrascht worden. Gleiches berichten die Aussenposten in Paris und Berlin. Es ist also in diplomatischen Kreisen ein offenes Geheimnis. Man frage sich in Rom, meint Ruegger einigermassen sarkastisch, «ob Italien nicht unter die Achse geraten sei». Es scheine daher, «que l'Italie a dû faire bonne mine à mauvais jeux». Mit dem gängigen Sprichwort von der guten Miene zum bösen Spiel wurde die italienische Befindlichkeit treffend charakterisiert. So gebraucht der italienische Historiker Enno Di Nolfo in dem erwähnten Aufsatz genau dieselben Worte, um die Haltung Mussolinis zu umschreiben.

Wie Di Nolfo weiter ausführt, war die Verärgerung der Italiener darauf zurückzuführen, dass sie nicht, wie das von deutscher Seite versprochen worden war, vor der Aktion konsultiert worden sind. «Mussolini war nun zum ersten Mal nicht mehr mit Worten, sondern mit Taten konfrontiert, und diese Taten zeigten, wie gross die italienischen Illusionen waren.» Noch schlimmer sei es gewesen, dass man die Tragweite dessen, was da geschehen war, nicht offenkundig machen konnte, denn sonst wäre der faktischen Niederlage noch der Prestigeverlust hinzugefügt worden. «Eine heftige Reaktion auf das deutsche Vorgehen hätte die Isolation und Schwäche Italiens blossgelegt.» Es blieb also nichts anderes übrig, als die vollendete Tatsache hinzunehmen oder eben gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

So sehen es auch die andern italienischen Historiker, die wir konsultiert haben. Unter ihnen auch der wohl beste Kenner Mussolinis, sein Biograf Renzo de Felice, der feststellt, der Anschluss sei für Mussolini eine «sehr schwere Niederlage» gewesen (Mussolini il Duce, Torino 1981, S. 467). Dass dem so war, konnte übrigens schon dem berühmten «Diario» seines Aussenministers und Schwiegersohns Graf Galeazzo Ciano entnommen werden. Aus diesen vertraulichen Tagebuchnotizen geht die delikate Lage, in die Rom durch das eigenmächtige Vorgehen der Deutschen hineingeraten war, recht deutlich hervor. (Vgl. Galeazzo Ciano, 1937-38 Diario, Bologna 1948.)

### *Ciano: Es war kein Vergnügen*

«Non è stato un piacere per noi: certamente no», heisst es mit unterschwelligem Sarkasmus. Es war nicht nur kein Vergnügen, sondern auch ein «evento fatale», also ein verhängnisvolles Ereignis, wie Ciano am gleichen Tag, es ist der Tag «danach», der 13. März, notiert. Und noch einmal ist von «fatalità» die Rede, sogar von einer schwer lastenden («magari pesante»), wenn er von den 80 Mil-

lionen Deutschen schreibt, die es jetzt im Herzen von Europa gebe. Und nun stehen diese Deutschen am Brenner, an einer der «blutenden Grenzen», welche die Verträge von 1919 geschaffen haben. Zwar versicherte Hitler seinem Partner in Rom mit überschwänglichen Worten seine innige Freundschaft und wiederholte feierlich die ausdrückliche Anerkennung der neu entstandenen deutsch-italienischen Grenze im Tirol. Der Duce sei von dieser Erklärung sehr befriedigt gewesen und habe dem «Führer» mitteilen lassen, Italien verfolge die Ereignisse mit vollkommener Ruhe («con assoluta calma»).

Dass dem überhaupt nicht so ist, muss Ciano gleich selbst zugeben. So habe sich Mussolini entschlossen müssen, am 16. März vor der (faschistischen) Kammer eine Rede zu halten, weil das Land ziemlich erschüttert sei («abbastanza scosso»). Die Ängste reichen offensichtlich bis in die höchsten Parteigremien. Er und der Duce hätten in den letzten Tagen viele anonyme Briefe erhalten, alle gegen den Anschluss. Dass in zahlreichen Universitätsstädten spontane studentische Protestdemonstrationen stattgefunden haben – ein unerhörtes Ereignis im «stato totale» –, erwähnt Ciano nicht. Jedenfalls wurde deutlich, dass das Volk nicht ohne weiteres bereit war, ebenfalls «gute Miene zum bösen Spiel» zu machen.

Bemerkenswert für die Stimmungslage in Rom ist es auch, dass Ciano über die Westmächte schimpft, die die Verantwortung nun auf Italien überwälzen wollten. Doch seien sie (unterstrichen!), Frankreich und England, schuld am Verlust Österreichs. Nach all den Widerwärtigkeiten, die sie Italien seit 1935 angetan hätten, glaubten sie nun, in einer Stunde «Stresa», also die ehemalige Koalition mit Italien, wiederherstellen zu können, und das «con Annibale ante portas». Auch diese Kennzeichnung der Situation mit dem Schreckensruf des alten Rom vor dem heranstürmenden Feldherrn von Karthago spricht Bände über die herrschende Gemütslage.

### *Die Rede hör ich wohl...*

Von all dem liess sich Mussolini in seiner Rede vor der Kammer nichts anmerken. Überrascht worden seien nur diejenigen, sagte er, die mit Unkenntnis den Tatsachen gegenübergestanden hätten. Italien habe nie eine Verpflichtung übernommen, betonte er, die österreichische Unabhängigkeit zu garantieren. Dann kommt der Kernsatz: «Die diplomatische Solidarität mit den Westmächten wurde durch die Sanktionen aufgelöst und durch den offen eingestandenen Versuch, das italienische Volk abzuwürgen. Im Oktober 1936 trat die Achse Rom – Berlin ins Leben.»

Die Methoden während der italienischen Einigung in den Jahren 1859 bis 1871 seien die gleichen gewesen wie die von Deutschland in Österreich angewandten. Den Vorgang des Anschlusses bezeichnete er als «Revolution», und «wir in Italien sind die ersten, die das anerkennen».

Der Diktator wandte sich dann gegen die «unbelehrbar dummen Elemente», die glaubten, dem faschistischen Italien mit dem Hinweis Angst machen zu können, dass Deutschland jetzt eine gemeinsame Grenze mit Italien habe. (Dass es von diesen «Elementen» selbst in dem längst gleichgeschalteten Parlament nicht wenige gegeben haben dürfte, kann man getrost annehmen.) Es handle sich um eine Grenze zwischen zwei befreundeten Völkern. Dass sie unantastbar sei, habe der deutsche Reichskanzler stets betont. Heute wisse das deutsche Volk, so schloss er, dass die Achse Rom – Berlin keine «diplomatische Konstruktion» sei, «die lediglich für normale Verhältnisse geschaffen ist.» Es handle sich vielmehr um einen Block, in dem «beide Nationen mit ihren totalen Staaten» vereint seien, «wie es das Beispiel der letzten Tage gezeigt hat».

«Man darf annehmen», so der Kommentar der NZZ, «dass diese Ausführungen Mussolinis dazu angetan sind, die chaotische (!) Stimmung, die sich zufolge der Haltung Italiens im Augenblick des Anschlusses gebildet hat, zu beschwichtigen.» Wie wenig diese Ausführungen mit den Gegebenheiten übereinstimmten, muss auch dem Redner selbst klar gewesen sein. Aber es war ja nicht das erste und auch nicht das letzte Mal, dass der italienische Diktator sich mit einer offensichtlichen Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit auseinandersetzen hatte. Um das «credibility gap» – wie man heute sagen würde – zu übertünchen, stand ihm ja ein beeindruckendes Repertoire an theatralischer Rhetorik zur Verfügung.

### *Folgenswerer Wechsel auf der Schweizer Gesandtschaft in Berlin*

Gerade in jenen turbulenten Tagen des Frühjahrs 1938 fand ein Wechsel auf dem Posten in Berlin statt. Paul Dinichert wurde durch Hans Frölicher ersetzt. Während Dinichert ein kompromissloser Gegner des NS-Regimes gewesen ist, war sein Nachfolger «ausgesprochen deutschfreundlich». Es verwundert daher nicht, dass sich mit diesem Wechsel auch die Tonlage der Berichterstattung aus der Reichshauptstadt änderte. Waren die Berichte von Dinichert gerade deswegen von «grosser politischer Klarsicht» geprägt, weil er dem herrschenden Regime misstrauisch gegenüberstand, neigte sein Nachfolger zeitweise dazu, optimistischer zu berichten, «als es die Umstände rechtfertigen». Frölicher habe, in der Überzeugung, im besten Landesinteresse zu handeln, einen «nachhaltigen

Anpassungskurs» vertreten. So urteilt Paul Widmer in seinem vorzüglichen Buch über die Geschichte der Schweizer Gesandtschaft in Berlin. Widmer ist ausgebildeter Historiker und schrieb das genannte Buch, als er selbst in den 1990er Jahren den Berliner Posten innehatte, wenn auch unter völlig veränderten Umständen. Den im Frühjahr 1938 abtretenden Schweizer Gesandten, den wir auch in unserer Arbeit oft zitiert haben, charakterisiert Widmer mit folgenden Worten:

«Schnörkellos, aber präzise, informierte Dinichert den Bundesrat über die nationalsozialistische Herrschaft. In seinen Berichten schimmert nie die geringste Sympathie für jene Bewegung durch, die ein neues Europa zu bauen beanspruchte. Keine Faser seines Wesens war vom nationalsozialistischen Bazillus befallen. Die Schweizer Regierung war mit Dinichert in dieser Hinsicht von Anfang an gut bedient.» Dinichert habe nicht zu jenen gehört, «die Memoiren schreiben mussten, um darin zu behaupten, sie hätten früher das gesagt, was sie eben nicht gesagt hatten, aber nachträglich gern gesagt gehabt hätten». Dinichert stand «von Anfang an Gewehr bei Fuss». Weiter schreibt Widmer: «Ein instinktsicherer, ja prinzipienfester Ton durchzieht Dinicherts politische Korrespondenz ...»

Dinichert liess seinen wachen Verstand auch nicht von der propagandistischen Verschleierungstaktik des neuen Regimes einlullen. Seine Skepsis machte ihn hellhörig und bewahrte ihn davor, sich irreführen zu lassen. Das zeigte sich schon, als in der Phase der «Machtergreifung» der Brand des deutschen Reichstages die Welt erschütterte. Von Anfang an glaubte er nicht an die offiziellen Verlautbarungen und schloss nicht aus, «dass das Regime selbst Komplize des Verbrechens war». Dass ein solch scharfsinniger Beobachter der braunen Szenerie zu diesem Verdikt kam, sollte eigentlich all jenen zu denken geben, die nach wie vor wider alle historische Evidenz an der These festhalten, das Regime habe mit diesem Feuer, dem nicht nur das Parlamentsgebäude, sondern gleich die ganze Demokratie zum Opfer gefallen ist, nichts zu tun gehabt. (Vgl. dazu: Paul Widmer, Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin, Zürich 1997, vor allem die Kapitel «Ein politisch standfester Diplomat: Paul Dinichert» und «Der umstrittene Gesandte: Hans Frölicher».)

### **Offizielle Stellungnahmen der Schweiz**

Im Unterschied zur Presse, die wie wir gesehen haben, sofort und entschieden auf die Überrumpelung des kleinen Nachbarstaates reagiert hat, liess sich die offizielle Schweiz reichlich Zeit, bis sie sich zu Wort meldete. Erst nachdem der Bundesrat von verschiedenen Seiten dazu gedrängt worden war, hat er sich

zu einer offiziellen Verlautbarung entschlossen. Dies geschah dann zwar in eindrücklicher Form, indem eine Erklärung zur Lage von drei Mitgliedern der Regierung in den drei Amtssprachen zu Beginn der Parlamentssession am 21. März 1938 in den beiden Räten verlesen wurde.

Der Bundesrat hatte diesen Entschluss drei Tage zuvor in seiner Sitzung vom 18. März gefasst. Wie es im Protokoll heisst, sei einstimmig die Ansicht zum Ausdruck gekommen, «dass in der Tat eine Proklamation des Bundesrates notwendig und angezeigt wäre. Eine solche entspreche auch den Erwartungen des Volkes und diene zu der durchaus erforderlichen allgemeinen Beruhigung.» Der Zweck der «Proklamation» war also Beruhigung einer offensichtlich beunruhigten Öffentlichkeit. Man muss sich diese Zielsetzung merken, um zu verstehen, warum diese Proklamation dann kaum der rauhen Wirklichkeit entsprochen hat, mit der sich das Land durch die grundlegende Veränderung seiner politischen (und strategischen) Lage infolge des Verschwindens eines seiner Nachbarländer konfrontiert sah.

Bezeichnend für die Haltung der Bundesregierung ist es auch, dass sie durch die Entwicklung eines regelrechten Szenarios jegliche Diskussion über die offizielle Erklärung im Keime zu ersticken versuchte. Die Fraktionen (der einzelnen Parteien) so wird beschlossen, sollten, wie es im schönsten Bürokratendeutsch heisst, «davon Umgang nehmen, ebenfalls Einzelerklärungen abzugeben». Auch persönliche Erklärungen einzelner Mitglieder sollten unterbleiben. Es wäre «verhängnisvoll», wenn solches geschähe. Das Richtige wäre, heisst es weiter, wenn nach dem Verlesen der Proklamation «sämtliche Fraktionen gemeinsam eine kurze Zustimmungserklärung abgeben». Das Politische Departement, also Bundesrat Motta, wird damit beauftragt, einen Entwurf für die Proklamation vorzubereiten. Sie sollte denn auch unverkennbar die Handschrift des Aussenministers tragen. (Text des Protokolls sowie der Erklärungen der Regierung und der Fraktionen in DDS, 12, Dokument Nr. 239.)

### *«Grundlose Befürchtungen zerstreuen»*

Die oben genannte Zielsetzung kommt im Text der Erklärung erneut zum Ausdruck, wenn es darin heisst, der Bundesrat benutze die Gelegenheit, «um die öffentliche Meinung aufzuklären und grundlose Befürchtungen zu zerstreuen». Zwar hat der Bundesrat Verständnis dafür, «dass diese Vorgänge unser Volk stark bewegen». Doch die obrigkeitliche Aufklärung war ganz darauf ausgerichtet, die Ereignisse und ihre Folgen für das Land herunterzuspielen. Manche Passagen erinnern mehr an Beschwörungsformeln als an nüchterne Analyse der

Lage. So etwa der Satz: «Die Veränderung, die die politische Karte Europas dieser Tage erfahren hat, kann keine Schwächung der politischen Lage der Schweiz zur Folge haben.» Als Begründung für diese nicht so recht überzeugende Aussage wird angeführt: «Die Unabhängigkeit und die Neutralität der Eidgenossenschaft erweisen sich im Gegenteil mehr denn je als unentbehrlich für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts.» Auch diese Aussage erscheint eher als Ausfluss eigenen Wunschenkens denn als Versuch vorurteilsloser Lagebeurteilung. Eine solche hätte doch wohl darauf hinweisen müssen, dass das angesprochene europäische Gleichgewicht durch die letzten Ereignisse gerade aufs Schwerste erschüttert wenn nicht überhaupt umgestürzt worden war. Es werden dann noch die feierlichen Zusicherungen erwähnt, die hinsichtlich schweizerischer Neutralität und Unabhängigkeit von allen Seiten gegeben worden seien. «Keiner unserer drei Nachbarstaaten kann den Untergang der Schweiz wünschen oder anstreben», wird weiter verkündet. Und keiner bedrohe «unsere demokratischen Einrichtungen». Auch diese Behauptung nicht gerade eine Bestätigung der Erfahrungen der zurückliegenden Jahre, wenn man sich die dauernde ideologische Aggression durch Hitlerdeutschland vor Augen hält.

Schliesslich wird auf «die jahrhundertealte Mission der Schweiz in Europa» hingewiesen, «im Interesse aller die Alpenpässe zu hüten». Die Schweiz decke und schütze «lebenswichtige Grenzabschnitte unserer Nachbarn». Der Wille des Schweizer Volkes, diese Aufgaben zu erfüllen und seine Unabhängigkeit unter Einsatz seines Blutes zu bewahren, sei «einhellig und unerschütterlich». Ein Angriff auf die Unversehrtheit der Schweiz würde «ein verabscheuungswürdiges Verbrechen gegen das Völkerrecht darstellen».

### *«Die Lehre aus den Ereignissen ziehen»*

Erscheint dieser erste Teil der Erklärung mehr an das Ausland gerichtet, geht es in einem zweiten Teil um «die Lehre, die unser Land aus den Ereignissen zu ziehen hat». Diese liege klar zutage: «Mehr als je müssen die Bestrebungen zur Anerkennung unserer umfassenden Neutralität fortgesetzt und zum Ziele geführt werden». Jede Zweideutigkeit müsse beseitigt werden. Es versteht sich, dass hier die von Motta schon seit geraumer Zeit anvisierte Rückkehr zur absoluten bzw. integralen Neutralität angesprochen wird. Der Untergang Österreichs war sozusagen das letzte Beweisstück, dessen es noch bedurfte, um das Land von der Richtigkeit dieser aussenpolitischen Neuorientierung zu überzeugen. Die Bemühungen zur Erreichung dieses Zieles sind denn auch ab sofort ver-

stärkt weitergeführt worden. Ferner wird als Notwendigkeit postuliert, «dass wir mit allen unsern Nachbarn in gleicher Weise korrekte und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten bestrebt sind».

Die Erklärung gipfelt in dem feierlichen Aufruf an das Schweizer Volk, einig zu bleiben in dem Willen, «das unvergleichliche Vaterland, das Gott ihm gegeben hat, koste es was es wolle, gegen jedermann und bis zum letzten Atemzug zu verteidigen». Zeigen wir, heisst es zum Schluss, «dass eine Demokratie wie die unsrige auf dem Grundsatz der Freiheit in Ordnung beruht und dass nichts den Bund der Eidgenossen zu erschüttern vermag.»

Rückblickend macht das Schriftstück einen recht zwiespältigen Eindruck. Auch Edgar Bonjour hat schon angemerkt, dass sich der Bundesrat aus neutralitätspolitischen Gründen, wie er mutmasst, «nicht mit letzter Deutlichkeit aussprach». Das ist wohl das Mindeste, was man dazu sagen muss. Auch Bonjour räumt ein: «Natürlich hatte sich durch den Sturz Österreichs die Lage der Schweiz arg verschlimmert; darüber konnten alle noch so beschwichtigenden Kundgebungen nicht hinwegtäuschen.» (Vgl. Geschichte der Neutralität III, S. 238/39.)

Genau dies ist es aber, was die Erklärung des Bundesrates unternimmt. Er versucht durch Beschwichtigung über das ganze Ausmass der Katastrophe, die auch über die Schweiz hereingebrochen ist, hinwegzutäuschen. Zwar kann man durchaus ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, dass sich die Regierung in dieser heiklen internationalen Situation veranlasst gesehen hat, anders als die Presse sich in Zurückhaltung zu üben. Trotzdem erstaunt es, dass man zum Untergang des kleinen Nachbarstaates, «mit dem die Schweiz herzliche nachbarliche Beziehungen unterhalten hat», nichts anderes zu sagen hat, als dass er als unabhängiger Staat aufgehört hat zu bestehen. Kein Wort der Betroffenheit oder des Bedauerns, geschweige denn auch nur eine leise Andeutung von Kritik oder gar Protest gegen die Gewaltanwendung und die Verletzung des Völkerrechts, auf das man sich sonst so gern beruft. Zwar heisst es: «Das historische Ereignis, das sich vor unseren Augen vollzogen hat, ist von grösster Tragweite». Doch worin diese «Tragweite» besteht, wird nicht mal angedeutet. Auf die Schweiz hat das «historische Ereignis» jedenfalls, wie dargelegt, offenbar keine Auswirkung. Diese Rechnung geht irgendwie nicht ganz auf.

## *Wirkung auf das Ausland*

Solcher Kritik gegenüber könnte man anderseits geltend machen, dass es ohnehin klar gewesen ist, gegen wen sich diese nationale Manifestation des unbedingten Widerstandswillens gerichtet hat. So wie die Dinge lagen, konnte eine Gefahr für die Schweiz nur von einer Seite kommen. Dies ist im Ausland auch so verstanden worden. So schrieb die französische Zeitung «Ere Nouvelle»: «Die Länder, die an Deutschland stossen ... sind nicht gewillt, alles mit sich geschehen zu lassen. Das zeigt uns die schweizerische Demokratie.» Dagegen schrieb die «Berliner Börsen-Zeitung», «deren griesgrämiger Ton gegenüber der Schweiz bekannt ist» – wie der Korrespondent der NZZ vermerkte –, «die Sorge um die Verteidigung des Vaterlandes scheint uns etwas übertrieben». Bezeichnend ist für die deutsche Reaktion, dass vor allem der Wille der Schweiz in den Vordergrund gerückt wird, «in verstärktem Masse nach unbedingter Neutralität zu streben» und sich vom Völkerbund zu distanzieren. In diesem Sinne kam der Erklärung des Bundesrates nach dem «Berliner Tageblatt» sogar «historische und europäische» Bedeutung zu. Es versteht sich, dass dies Berlin und Rom ins Konzept passte. Trotzdem wäre es verfehlt, wie dies einige Schweizer Autoren tun, von einer Annäherung der Schweiz an das System der Achse zu sprechen. Wir werden darauf noch zurückkommen.

In der Presse der westlichen Demokratien dagegen wird der unbedingte Wille der Schweiz, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, besonders betont. In Frankreich wurden die Erklärungen des Bundesrates und der Parteien meistens in vollem Wortlaut wiedergegeben. In britischen Zeitungen gab es Überschriften wie «Die Schweizer sind gewillt, ihre Freiheit zu verteidigen» oder «Die ganze Nation würde bis zum letzten Mann kämpfen». Über das Ausmass der Wirkung, welche die Manifestation vom 21. März im Ausland erzielte, konnte man in Bern sehr zufrieden sein.

## *Einigkeit und Widerstand des ganzen Volkes*

Die Erklärung, auf die sich die Fraktionen geeinigt hatten, stellte keineswegs lediglich eine Zustimmung zu derjenigen des Bundesrates dar. Vielmehr legte sie das Gewicht mehr auf die aus den Ereignissen sich ergebenden Konsequenzen für die Landesverteidigung und den auf nationaler Einigkeit beruhenden Widerstand des ganzen Volkes. In diesem Sinne wird feierlich erklärt, «dass das gesamte Schweizer Volk, ohne Unterschied der Sprache, der Konfession oder der Partei, entschlossen ist, die Unverletzlichkeit seines Vaterlandes bis zum



letzten Blutstropfen gegenüber jedem Angreifer, wer es auch sei, zu verteidigen. Je stärker der Wille des Schweizer Volkes zur Wahrung seiner Rechte auf dem Boden der verantwortungsbewussten Zusammenarbeit im Staate zum Ausdruck kommt, desto wirksamer wird dieser Widerstand sein.» Das Schweizer Volk wird aufgerufen, «die Opfer für seine nationale Verteidigung zu bringen». Die Einigkeit müsse «den Sieg über politische und wirtschaftliche Gegensätze davontragen.»

Damit ergänzte diese Erklärung die etwas einseitig auf Aussenpolitik und Neutralität ausgerichteten Ausführungen des Bundesrates. Sie befand sich eindeutig näher bei der Stimmung im Volk und seinen Erwartungen. Allerdings enthielt sich auch das Parlament jeder Kritik an dem Vorgehen Deutschlands. Dass dies im Falle einer Diskussion wohl nicht so geblieben wäre, darf man füglich annehmen. Der Bundesrat hatte von seinem Standpunkt aus daher sicher guten Grund, eine solche Diskussion zu verhindern. Auch da kann man natürlich einwenden, nicht nur Presse und Regierung, sondern auch Regierung und Parlament brauchen nicht unbedingt dieselbe Sprache zu sprechen.

### *«Geist des 21. März»*

Was die Wirkungen auf die Innenpolitik anbetrifft, könne man ohne Übertreibung von einem des «Geist des 21. März» sprechen, meint der Autor der bislang ausführlichsten Untersuchung zu unserem Thema. (Vgl. Rolf Zaugg-Prato, Die Schweiz im Kampf gegen den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1918-1938, Bern und Frankfurt 1982, S. 236.) Aus diesem Geist sei die Organisation der «Nationalen Zusammenarbeit» hervorgegangen mit den fünf Unterausschüssen «Arbeitsbeschaffung», «Wirtschafts- und Finanzfragen», «Staatspolitische Fragen», «Militärische Landesverteidigung» und «Geistige Landesverteidigung». Diesen Gremien gehörten prominente Mitglieder aller Parteien an, mit Ausnahme der Links- und Rechtsextremisten. Es wurden Berichte über die anstehenden Probleme ausgearbeitet und in den betreffenden Bereichen wichtige Vorlagen angeregt. Es wurde aber auch versucht, für parlamentarische Geschäfte sozusagen ausserparlamentarisch einen Konsens zu finden. Dies ist dann allerdings in der Frage einer Bundesfinanzreform gründlich misslungen. Das «mühsam erarbeitete Verständigungswerk» wurde in der Sommersession des Parlaments in einen «Scherbenhaufen» verwandelt. Die Lage war also bereits nach wenigen Monaten wieder so, dass die NZZ sich veranlasst gesehen hat, «das sparsam verwendete Wort Staatskrise» zu verwenden. (Nach

Luchsinger, S. 188.) Diese harsche Kritik äusserte ausgerechnet jenes Blatt, das zuvor der Manifestation vom 21. März noch «den Stempel der historischen Stunde» aufgedrückt hatte. War der viel berufene neue Geist bereits verflogen? Zwar kam es auch später noch zu einer Konferenz der «Nationalen Zusammenarbeit», aber bezeichnenderweise ohne die Sozialdemokraten.

### *Sozialdemokraten in den Bundesrat?*

Im Nachklang der Manifestation vom 21. März mit ihrem Anruf zur nationalen Einigung hat der Präsident der SPS, Hans Oprecht, in einem Artikel der «Roten Revue», einmal mehr die Beteiligung seiner Partei am Bundesrat zum Thema gemacht. Auf der Seite der Arbeiterschaft sei der Wille zur gegenseitigen Verständigung vorhanden, schrieb er, um dann die Forderung zu erheben: «Die Umbildung der Landesregierung wäre die logische Folgerung solcher Bundespolitik.» Angesichts der Verunsicherung, die durch den Gewaltstreik gegen das Nachbarland Österreich entstanden war, fand diese Forderung mehr Gehör als früher. Auch bürgerliche Politiker fingen an, sich ernsthaft mit dieser Frage zu befassen. Mit guten Gründen konnte man sich auf bürgerlicher Seite dieser Forderung eigentlich nicht widersetzen. Doch als es dann im Dezember 1938 so weit war und es darum ging, für den zurückgetretenen Albert Meyer einen Nachfolger zu wählen, setzte sich nach einigem Gerangel jene Richtung durch, welche die freisinnige Mehrheit in der Landesregierung verteidigen wollte. Entscheidend war der fast einhellige Sakkurs der Konservativen für den freisinnigen Kandidaten Ernst Wetter. Bemerkenswert ist, dass der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagene Ständerat Emil Klöti dagegen von der Mehrheit der BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei), darunter allen Vertretern der bernischen (und grössten) Gruppe, unterstützt wurde. (Vgl. dazu: Beat Junker / Rudolf Maurer, Kampf und Verantwortung. Bernische BGB 1918-1968, Bern 1968, S. 78.)

Wetter hatte deswegen seine Kandidatur sogar – allerdings nur vorübergehend – zurückgezogen. Entsprechend gross war denn auch die Stimmzahl des sozialdemokratischen Kandidaten. Zwar wurde Wetter mit 117 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt, doch auf Klöti entfiel die eindruckliche Zahl von 98 Stimmen. Einmal mehr war der Anspruch der Sozialdemokraten gescheitert. Aber die bürgerliche Allianz hatte sich inzwischen sichtbar aufgesplittert. Es war deutlich geworden, dass der Eintritt eines Sozialdemokraten in den Bundesrat nähergerückt war.

### *Voreilige Anerkennung des Anschlusses?*

Ist die schweizerische Anerkennung des Anschlusses bzw. der «Vereinigung Österreichs mit dem deutschen Reich», wie es offiziell hiess, voreilig geschehen, wie immer wieder, gerade in jüngster Zeit, behauptet wird? Bei dieser Frage muss zunächst unterschieden werden zwischen dem Akt der offiziellen Anerkennung, wie sie am 18. März vom Bundesrat beschlossen wurde, und der persönlichen Auffassung von Motta, wie er sie in einem Gespräch mit dem deutschen Gesandten Köcher bereits am 14. März zum Ausdruck gebracht hat.

Was den Vorgang der offiziellen Anerkennung anbetrifft, so wird man bei näherer Betrachtung kaum von Voreiligkeit sprechen können. Zu einer objektiven Würdigung wird man nur gelangen, wenn man das internationale Umfeld berücksichtigt, in dem sich das Ganze abgespielt hat. Und dieses Umfeld war durch eine markante Verschlechterung der Lage der Schweiz gekennzeichnet. Dessen war man sich allenthalben bewusst, was auch immer an Beschönigung offiziell vorgebracht wurde. Die aussenpolitischen Machtverhältnisse, in denen die Schweiz seit dem Ende des Weltkrieges gelebt hatte, waren grundlegend verändert worden, wie wir das bereits dargelegt haben. Nicht nur war eines der vier Nachbarländer regelrecht über Nacht von der europäischen Landkarte verschwunden. Der bereits übermächtige Nachbar im Norden war ebenso über Nacht zur Hegemonie in Europa aufgestiegen. Sich weiterhin auf das Gleichgewicht der Mächte zu berufen, das die eigentliche Lebensluft der schweizerischen Neutralität stets gewesen ist, entsprach mehr einem Wunschdenken als einer vorurteilslosen Beurteilung der Lage. Die Politik der kollektiven Sicherheit war nun definitiv am Ende, wie es der britische Premierminister drei Wochen zuvor verkündet hatte. Wenn von all dem in der feierlichen Erklärung vom 21. März nicht die Rede war, heisst das nicht, dass man es nicht erkannt hätte. Man hielt es nur nicht für opportun, öffentlich davon zu sprechen. Umso mehr war in den folgenden internen Beratungen verschiedener Gremien davon die Rede. Besonders der Chef des Militärdepartements, Bundesrat Minger, zog sehr rasch und unbeirrt die notwendigen Konsequenzen, wie noch zu zeigen sein wird.

### *Moralische Entrüstung und Staatsräson*

Die Schwäche der westlichen Demokratien hatte sich einmal mehr in geradezu peinlicher Weise offenbart. Von dieser Seite war offensichtlich auch fürderhin kein Widerstand gegen weiteres deutsches Auftrumpfen zu erwarten.

Was konnte man von einem Kleinstaat in einer solchen Situation erwarten? Von einem Kleinstaat, der sich nicht in irgendeiner weit entfernten geografischen Region befindet, sondern im Zentrum des Geschehens, das sich an seinen eigenen Grenzen abspielt?

Wer unter solchen Umständen eine Art von Protestaktion erwartet, und sei es nur durch Hinauszögern der Anerkennung der neuen Lage, der begeht den Fehler, die zweifellos vorhandene moralische Entrüstung zum Gebot der Staatsräson zu machen. Es zeugt auch nicht gerade von grossem Respekt vor den historischen Tatsachen, wenn in diesem Zusammenhang einfach unterdrückt wird, dass nicht nur eine ganze Reihe kleinerer Staaten, sondern auch Frankreich und England in der «De facto»-Anerkennung der neuen Lage der Schweiz schon vorangegangen waren.

Um den Vorgang dokumentarisch genau zu rekonstruieren, genügt ein Blick in die Documents Diplomatiques Suisses, wo sich in Band 12 unter No. 236 das Protokoll der Bundesratssitzung vom 18. März befindet. An diesem Tag fasste man in Bern den entsprechenden Entschluss, nachdem die deutsche Gesandtschaft das Reichsgesetz über die – wie es fälschlicherweise heisst – «Wiedervereinigung Österreichs» mit dem deutschen Reiche bereits am 15. März notifiziert hatte. Der österreichische Gesandte hatte sich inzwischen beim Politischen Departement schon abgemeldet und war nach Wien zurückgereist. Es frage sich nun, ob und wie die deutsche Note beantwortet werden solle, heisst es im Protokoll.

### *Die Westmächte geben klein bei*

Der entscheidende Satz lautet: «Nach Ansicht des Politischen Departements sollte man nicht zögern, aus den feststehenden und unabänderlichen Tatsachen die in Betracht kommenden Folgerungen zu ziehen. Die schweizerischen Interessen in Österreich sind zu wichtig, als dass man deren Schutz durch unnütze Vorbehalte gefährden dürfte.» Zunächst rechnete man noch damit, dass die Westmächte durch Abwarten zum Ausdruck bringen wollten, «dass sie mit dem Vorgehen Deutschlands in Österreich nicht einverstanden sind».

Doch dann kommt mitten in die Sitzung eine telefonische Meldung des Schweizer Gesandten in Wien, Maximilian Jaeger, wonach Ungarn und Frankreich (!) ihre dortigen diplomatischen Vertretungen bereits in Generalkonsulate umgewandelt hätten und der englische Gesandte nach London abgereist sei. Auch Schweden und Brasilien verhielten sich dementsprechend. Jaeger befürwortet daher ebenfalls die sofortige Umwandlung der Gesandtschaft in ein Ge-

neralkonsulat. Er schlägt weiter vor, dass er «in Anbetracht der grossen Schweizerkolonie» gleich selbst in Wien bleiben sollte. Daraufhin wird beschlossen, den Empfang der Note vom 15. März zu bestätigen und die schweizerische Gesandtschaft in Wien in ein Generalkonsulat umzuwandeln. Damit ist die Anerkennung vollzogen. Aus der detaillierten Rekonstruktion des damaligen Vorganges dürfte sich wohl ergeben, dass von einer voreiligen Handlung nicht gesprochen werden kann. Sie kann vielmehr als angemessen bezeichnet werden, wenn man sie im Rahmen der gegebenen internationalen Rahmenbedingungen beurteilt.

### *Das umstrittene Telegramm*

Ein wesentlich anderes Bild ergibt sich, wenn es um die von Motta persönlich zum Ausdruck gebrachte Meinung geht, wie sie in einem Telegramm des deutschen Gesandten Otto Köcher vom 14. März 1938 an das Auswärtige Amt in Berlin wiedergegeben ist. Danach habe Motta dem Gesandten Köcher von «Bewunderung» gesprochen über die Art und Weise, wie der Anschluss durchgeführt worden sei, den er infolge der inneren Zerrissenheit Österreichs «seit langem als unabwendbar» angesehen habe. Motta habe den Anschluss «als grösstes weltgeschichtliches Ereignis seit dem Weltkrieg» bezeichnet. Obschon er bei Motta und Minister Frölicher – bereits designierter Gesandter für Deutschland – «fast freudige Stimmung» angetroffen habe, so Köcher weiter, wurde nicht unterlassen darauf hinzuweisen, «dass natürlich für die Schweiz der Wegfall des vierten Nachbarstaates eine erhebliche Umstellung nötig mache». Weiter habe Motta hervorgehoben, «er werde wie bisher – auch in Presseangelegenheiten – alles tun, um mit dem jetzt grösseren Deutschen Reich die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen». Köcher selbst habe nicht verfehlt, die in Presse und öffentlicher Meinung zum Ausdruck gebrachte Befürchtung, «dass jetzt auch bald die Schweiz von uns ‚vergewaltigt‘ werde ... als absurd hinzustellen.»

Es ist leicht nachzuvollziehen, dass es einen Sturm der Entrüstung auslöste, als dieses Dokument 1949 zuerst in der englischsprachigen und 1950 in der Originaledition der «Akten zur deutschen auswärtigen Politik» publiziert wurde (abgedruckt in: Serie D, Band I, Nr. 382 sowie bei Bonjour, Neutralität III, S. 235). Der Sturm in der Schweizer Presse richtete sich, je nach parteipolitischer Einstellung, gegen die Publikation des Aktenstückes an sich, die man als Unfreundlichkeit, Geschmacklosigkeit und Provokation bezeichnete, oder aber gegen die damalige Regierung, insbesondere Motta, die eine derart deutschfreundliche Haltung an den Tag gelegt hätten. Dabei stand natürlich die Frage im Vor-

dergrund, welcher Stellenwert dem Bericht des deutschen Gesandten beizumessen war. Sind in diesem Schriftstück Mottas Äusserungen korrekt wiedergegeben worden oder hatte der deutsche Gesandte, aus welchen Gründen auch immer, übertrieben und dem Bericht «ein den Tendenzen der Wilhelmstrasse entsprechendes Kolorit und im Besonderen den Äusserungen Bundesrat Mottas eine für Berlin wohlklingende und erwünschte Fassung verliehen», wie die NZZ mutmasste (24. Juli 1949)?

Dieses Urteil war nicht aus der Luft gegriffen. Vielmehr haben die Herausgeber der deutschen Akten selbst auf diesen Tatbestand hingewiesen. In einer «allgemeinen Einleitung» zu der Aktenpublikation haben sie ausdrücklich festgehalten, dass gerade gegenüber Berichten deutscher Diplomaten, die im Ausland stationiert waren, «Vorsicht» angebracht sei: «Sehr oft schrieben deutsche Diplomaten das, was ihrer Ansicht nach bei Hitler auf gute Aufnahme rechnen konnte» und, so muss man hinzufügen, auch bei seinem Aussenminister Ribbentrop. «Sogar diejenigen», heisst es dann weiter, «denen daran lag, unliebsame Wahrheiten mitzuteilen, bedienten sich einer Ausdrucksweise, die darauf berechnet war, auf die Führer der NSDAP überzeugend zu wirken.» Gerade wer, wie der Autor, sich jahrzehntelang mit der Erforschung des NS-Regimes befasst hat, wird dieser Auffassung nur zustimmen können. Ehemalige hohe Beamte des Auswärtigen Amtes berichten übereinstimmend von einem Ausspruch Ribbentrops, wonach er jeden, der eine von Hitler abweichende Auffassung der aussenpolitischen Lage zum Ausdruck bringe, persönlich erschiessen und die Verantwortung dafür gegenüber dem Führer übernehmen werde! Damit wäre man dann wieder bei jenen Zeiten angelangt, wo Überbringer unangenehmer Nachrichten umgebracht wurden.

### *Motta gratuliert Schuschnigg*

Natürlich hat der Entrüstungssturm über die Veröffentlichung des «peinlichen» Aktenstücks auch vor dem Bundeshaus nicht halt gemacht – im Gegenteil: man machte sich auf die Suche in den Akten von damals, um allenfalls Beweise für ein Dementi zu finden. Doch es fand sich kein zeitgenössisches Aktenmaterial, das sich zur Widerlegung des «ominösen» Telegramms geeignet hätte. Daran hat sich bis heute nichts geändert, wie eigene Recherchen ergeben haben. Es gibt keine aktenmässigen Aufzeichnungen über den in Frage stehenden Besuch Köchers bei Motta, wie schon Edgar Bonjour festgestellt hat (Neutralität III,

S. 253/36). Dagegen stiess man im Nachlass von Motta auf die Abschrift eines persönlichen Briefes, den er am 28. Februar 1938 an den österreichischen Bundeskanzler geschrieben hatte. Darin gab Motta seiner «echtsten Bewunderung» Ausdruck für die Rede, die Schuschnigg am 24. Februar vor dem Parlament in Wien gehalten hatte und in welcher er mit grosser Entschiedenheit seine Unabhängigkeitspolitik gegenüber den deutschen Anmassungen verteidigte. «Ihre Rede war eine weltgeschichtliche Tat», heisst es in dem Schreiben von Motta, und «alle meine Wünsche begleiten sie in ihrer segensreichen Tätigkeit». (Der Text in: DDS 12, No. 220.)

Man glaubte mit diesem Schreiben einen Beweis dafür gefunden zu haben, dass die in dem ominösen Telegramm enthaltenen Formulierungen Mottas so nicht stimmen konnten. Man befragte auch einige Zeitzeugen wie den ehemaligen Bundesrat und Nachfolger Mottas als Chef des politischen Departements, Pilet-Golaz, sowie Diplomaten, die damals wichtige Posten innegehabt hatten. Pilet-Golaz übte Kritik an Köchers Art der Berichterstattung, die nicht immer um «exakte Wahrheit» bemüht gewesen sei. Der Anschluss habe Motta schmerzlich berührt und beunruhigt. Paul Rüeegg, der seinerzeitige Gesandte in Rom, sagte aus, dass Motta die damaligen Ereignisse mit grosser Erregung und tiefer Sorge verfolgt habe. Dem widersprach der ehemalige Gesandte in Deutschland Hans Frölicher zwar nicht, aber er meinte, dass der Bericht Köchers im wesentlichen richtig sein dürfte, abgesehen von Nüancen. Denn Motta habe «eine Aussenpolitik der klugen Vorsicht und nicht der mutigen Worte» vertreten. Sein Ziel sei die Rückgewinnung der traditionellen Neutralität gewesen, und dazu habe er die formelle Anerkennung durch Deutschland und auch Italien gebraucht. Daher sei es nicht der Moment gewesen, «durch eine moralische und verbale Verurteilung des Anschlusses den Erfolg dieser Bemühungen zu kompromittieren». (Vgl. dazu: Sacha Zala, *Gebändigte Geschichte*, Bundesarchiv Dossier 7, Bern 1998, S. 45 ff.)

### *Was dachte Motta wirklich?*

Diese Sicht der Dinge hat Edgar Bonjour zwar übernommen, aber er wehrt sich entschieden dagegen, die Worte Mottas als «Gratulation» zu interpretieren. Doch auch Bonjour räumt ein, «man hätte die deutsche Notifikation vom Anschluss Österreichs im Bundeshaus ohne Schaden mit etwas mehr Zurückhaltung entgegennehmen können». Motta habe eben verhindern wollen, «dass die Empörung, die der Anschluss in der Schweiz auslöste und die er ebenfalls empfand, zur Verstärkung der Spannung in den Beziehungen zu Deutschland bei-

trage». Dies aber hätte die Bemühungen kompromittieren können, für die Rückgewinnung der absoluten Neutralität die formelle Anerkennung durch die Achsenmächte zu erlangen.

Auch Bonjour zitiert Mottas Schreiben an Schuschnigg und meint, hier habe er «seinen wahren Gefühlen Ausdruck gegeben», und nicht, so wird man hinzufügen dürfen, in den Äusserungen gegenüber Köcher. Sollte nicht zwischen den beiden so widersprüchlichen Dokumenten ein Zusammenhang dahingehend bestehen, so fragen wir, dass das zweite sich nur aus dem ersten erklären lässt? Und zwar so, dass die (allzu) freundlichen Worte für Hitler letztlich eine Folge sind der ebenso freundlichen Worte für Schuschnigg? Rekapitulieren wir kurz:

Am 24. Februar hat der österreichische Kanzler seine patriotische Rede für die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes gehalten. Sie endete mit dem Ruf: «Bis in den Tod Rot-Weiss-Rot», was nur als Wille zum Kampf für diese Unabhängigkeit verstanden werden konnte und weitherum auch so verstanden wurde, nicht zuletzt im anvisierten Berlin. Man darf sicher annehmen, dass der sonst so vorsichtige Motta wohl kaum Schuschnigg vier Tage später zu dieser Rede gratuliert und sie gar als «weltgeschichtliche Tat» gerühmt hätte, wenn er geahnt hätte, dass dieses Österreich kaum 10 Tage später kampfflos von Hitler vereinnahmt würde.

### *Bern vom Anschluss überrascht*

In der Tat hat man in Bern die Ereignisse in und um Österreich nicht vorausgesehen, sondern wurde von ihnen vollkommen überrascht. Wenn also Motta im Köcher-Telegramm sagt, er habe den Anschluss «seit langem als unabwendbar angesehen», so sagt er hier, wenn er es überhaupt so gesagt hat, eindeutig die Unwahrheit. Diente diese Aussage vielleicht auch dazu, das Schreiben an Schuschnigg zu «relativieren» oder gar zu «korrigieren»? Wenn man in Bern die Situation Österreichs falsch eingeschätzt hat, dann hat auch die Berichterstattung des sonst so trefflichen Gesandten in Wien dazu beigetragen, weil sie viel zu optimistisch war. So hat Jaeger in der Rede Schuschniggs eine gute Voraussetzung gesehen «für eine organische und friedliche Entwicklung der Verhältnisse im innerösterreichischen Bereich wie auch in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen (!) Staaten», wie er nach Bern berichtete. Der Gesandte in Berlin, Dinichert, meinte einige Tage später: «Die bereits berühmt gewordene Rede des Bundeskanzlers Schuschnigg hat hier in den ausländischen Kreisen (!) ermutigend gewirkt.» Noch am 9. März, also drei Tage vor dem Ein-



marsch der deutschen Truppen, kablete der Gesandte Jaeger aus Wien, «dass Österreich in den nächsten Wochen (!), wenigstens in aussenpolitischer Beziehung, mit einer Atempause rechnen darf». Bei der Beurteilung dieser doch wohl eher seltenen Fehlleistung im damaligen diplomatischen Betrieb der Schweiz gilt es indessen zu berücksichtigen, dass erst Schuschniggs Entschluss, eine Volksabstimmung zu veranstalten, zu der rasanten Beschleunigung der Entwicklung geführt hat. Allerdings hat der Gesandte in Rom, Paul Ruegger, schon zwei Tage früher, am 7. März, mitgeteilt, wenn seine Informationsquellen zuverlässig seien, stehe ein Anschluss unmittelbar bevor.

Und nun die Frage: Wie stand Motta mit seinen euphorischen Glückwünschen an den österreichischen Kanzler da, als dieser nur wenige Tage später sang- und klanglos verschwand und sein Volk den Verlust der Unabhängigkeit, die er so emphatisch beschworen hatte, mit Jubel, Trubel und Heiterkeit feierte? Die «weltgeschichtliche» Tat war zur Episode geworden. Dazu kam, was Motta sicher bewusst gewesen ist, dass sein Schreiben, in welchem er sich derart deutlich für ein unabhängiges Österreich engagiert hatte, dem deutschen Eroberer alsbald bekannt geworden sein dürfte. War das nicht Grund genug, sozusagen Gegensteuer zu geben? Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass nun plötzlich Hitlers Coup zum «weltgeschichtlichen Ereignis» emporstilisiert wird, während die «weltgeschichtliche Tat» Schuschniggs sich in nichts aufgelöst hatte.

Wenn wir das Verhältnis der beiden Dokumente zueinander in diesem Licht sehen, was unseres Wissens bislang nicht geschehen ist, dann erscheint der Schuschnigg-Brief nicht als Widerlegung des Köcher-Telegramms, sondern als dessen Erklärung. Dies scheint uns jedenfalls eine plausiblere Interpretation für die als «peinlich» empfundenen Äusserungen Mottas als die letztlich mühsigen Spekulationen über die Richtigkeit der Berichterstattung des deutschen Gesandten.

### *Enttäuschung über Mussolini*

Manches spricht dafür, dass Motta nicht nur vom deutschen Vorgehen gegen Österreich «geradezu konsterniert» (so Bonjour) gewesen ist, sondern auch enttäuscht über die Haltung Mussolinis, von dem er offensichtlich immer noch Widerstand gegen Hitlers Absichten erwartet hatte. Die hohe, gelegentlich allzuhohe Wertschätzung des Tessiner Bundesrates für den «Duce» ist bekannt und in der Geschichtschreibung entsprechend unter die kritische Lupe genommen worden. Auch hier sollte man indessen nicht unter Vernachlässigung der zeitgeschichtlichen Umstände vorschnell urteilen. Motta befand sich mit seinem

günstigen Urteil über den italienischen Diktator damals keineswegs allein, sondern durchaus in guter Gesellschaft. Die (seit der neomarxistisch geprägten sogenannten 68er-Revolution) Mode gewordene «generalisierende Benutzung des Faschismusbegriffs» und seine Verwendung als Allerweltsschimpfwort ist auch nicht gerade geeignet, historisch differenziert zu urteilen. Man sollte Mussolini auch nicht einseitig von seinem unrühmlichen Ende her betrachten. Immerhin war er bis 1935 – Konferenz von Stresa – ein einigermaßen verlässlicher Partner der westlichen Demokratien, nicht zuletzt in der Abwehr der seit Hitlers Machtantritt verschärften deutschen Vorstösse gegen das etablierte System von 1919. Rein rechnerisch gesehen befand sich das faschistische Italien also länger an der Seite der Westmächte als an Hitlers Seite. Kein Geringerer als Winston Churchill hat rückblickend gesagt, Mussolini hätte auch den Zweiten Weltkrieg überleben können, wenn er ihm ferngeblieben wäre und sich so verhalten hätte wie Franco statt mit Hitler gemeinsame Sache zu machen.

Für die Schweiz und damit vor allem auch für ihren Aussenminister Motta fiel Mussolinis Teilnahme am Sicherheitspakt von Locarno besonders ins Gewicht.

Motta versuchte mit allen Mitteln, die natürlich äusserst beschränkt waren, Mussolini sozusagen «bei der Stange zu halten», d.h. davon abzuhalten, auf die deutsche Seite zu gehen. Dass Motta dies offensichtlich nicht gelang, ihm nicht gelingen konnte, kam für ihn einer Katastrophe gleich. Das zeigte sich schon beim Zerfall des Locarnosystems, dem Motta für die Sicherheit der Schweiz mit Recht zentrale Bedeutung beimass. Das Ausmass der Katastrophe wurde noch grösser, als Mussolini die Achse Rom – Berlin verkündete und Italien sich anschliessend aus dem Völkerbund zurückzog.

Wie und warum Motta trotz aller gegenteiligen Anzeichen offenbar der Auffassung war, Mussolini würde etwas gegen Hitlers Vorstoss nach Österreich unternehmen, ist schwer nachvollziehbar. Dass er dieser Ansicht gewesen sein muss, ergibt sich aus dem Auftrag an seinen Gesandten in Rom, im italienischen Aussenministerium vorzusprechen. Das war am 14. März. Das Unglück war also schon geschehen. Trotzdem entschloss sich Motta, seinen Vertreter in Rom zu beauftragen, dort auf die ernsten Folgen des Anschlusses Österreichs aufmerksam zu machen – ein Vorgehen, das nicht ohne weiteres einleuchtet. Was sollte oder konnte eine solche Unterredung noch bringen? Ruegger hat über diese Unterredung mit Graf Ciano einen sehr ausführlichen Bericht nach Bern geschickt. (DDS 12, No. 232.) Viel Substantielles enthält er nicht. Gefahren wollte Ciano jedenfalls keine sehen, auch am Brenner nicht. Als der Schweizer

Diplomat eine Anspielung auf den Umstand machte, dass Italien im Falle des Anschlusses offenbar vor ein «fait accompli» gestellt worden sei, versicherte Ciano, in Zukunft werde die vorgesehene Konsultation «obligatorisch» sein, jedenfalls in den Italien interessierenden Gebieten, wie er einschränkend hinzufügte.

### *Der unhöfliche Graf Ciano*

y/hs Motta von seinem ungewöhnlichen Vorstoss erwartet hat, ist zwar unklar. Aber jedenfalls ging er ins Leere. Ciano liess sich keine kritische Bemerkung Richtung Deutschland entlocken. Dass er am deutschen Vorgehen keinen Gefallen fand, vertraute er seinem Tagebuch an, wie wir gesehen haben. Doch nach aussen liess er sich nichts anmerken, sondern folgte genau den Direktiven seines «Meisters», eben gute Miene zum bösen Spiel zu machen, wie Ruegger treffend bemerkt hat. Der eher unglückliche Vorstoss Mottas brachte so kein verwertbares Resultat.

Interessant ist die Art und Weise, wie Ciano über diese Unterredung berichtet. In seinem Tagebuch findet sich lediglich eine kurze Notiz darüber. Sie ist äusserst unfreundlich, um nicht mehr zu sagen. Er habe «die Ängste dieses überheblichen Kretins (cretino) von einem Ruegger beschwichtigt, der für uns und für die ganze Welt grosse Gefahren voraussah», notiert Ciano mit deutlicher Abneigung. Nun war Ruegger zweifellos alles andere als ein «Kretin», sondern ein feiner und hochgebildeter Herr mit vollendeten Manieren, Diplomat vom Kopf bis Fuss.

Zwischen dieser abfälligen Bemerkung von Ciano und dem Umstand, dass der italienische Aussenminister in dieser turbulenten Zeit fast eine Stunde für die angeblich so unwillkommene Unterredung geopfert hat, ergibt sich eine augenfällige Diskrepanz. Nun sollten Cianos rasch hingeworfene Notizen sicher nicht überschätzt werden. Doch seltsam mutet die ganze Episode trotzdem an. Ist das ungewöhnliche Verhalten des jungen Ministers auf innere Unsicherheit zurückzuführen? Ist sein so drastisch zum Ausdruck gebrachter Unwille über die Vorhaltungen des Schweizers vielleicht ein Zeichen dafür, dass er im Grunde dessen Befürchtungen teilte? Jedenfalls sollte Ciano in den noch verbleibenden anderthalb Jahren bis zur Entfesselung des Krieges durch Hitler zu Einsichten über das wahre Wesen der deutschen Politik kommen, die durchaus denjenigen des so arg beschimpften Schweizers entsprachen.

## *Mussolini spricht der Schweiz das Existenzrecht ab*

Auf was die «Bewunderung» Mottas für den italienischen Diktator letztlich zurückzuführen ist, darüber ist viel spekuliert worden. Wie dem auch sei, eines ist sicher: Mottas «Liebe» blieb ziemlich einseitig. Seine freundlichen Worte wurden zwar gerne zur Kenntnis genommen, spürbare oder sichtbare Wirkung hatten sie praktisch kaum. Wie wenig Mottas Bewunderung sich für die Schweiz auszahlte, dafür gibt es gerade für diese Zeit einen dokumentarischen Beweis. Am Tage nach dem Anschluss sagte Mussolini zu seinem Schwiegersohn, mit Österreich sei ein «zweideutiges Ding» (equivoco) von der Landkarte Europas gestrichen worden. Und dann habe er drei weitere solche zweideutige Dinge aufgezählt, «die seiner Meinung nach in dieser Reihenfolge ebenso gelöst werden müssen: Tschechoslowakei, Schweiz und Belgien.» (Ciano, Diario, Notiz vom 13. März 1938.)

Die Schweiz also auf der «Abschussliste»? Es stellt sich natürlich die Frage, wie ernst diese bedenkliche Äusserung des faschistischen Diktators zu nehmen ist. Jedenfalls widersprach sie vollkommen der Meinung, die Mussolini zwei Jahre zuvor beim Antrittsbesuch des neuen Schweizer Gesandten geäußert hat und die wir früher zitiert haben. Da gab er sich als «grosser Freund der Schweiz», der er im Falle von Gefahr sogar Hilfe leisten wollte. Hingegen findet die Äusserung von 1938 ihre Bestätigung in einem Brief, den er im Oktober 1940, also nach dem Kriegseintritt Italiens, an Hitler gerichtet hat. Darin bezeichnet er die Schweiz als eine der noch verbliebenen Positionen Grossbritanniens auf dem Kontinent. Mit ihrer unverständlichen feindlichen Haltung stelle die Schweiz selbst das Problem ihrer Existenz. Daraus ergibt sich, dass die beiden Diktatoren sich über die Frage einer weiteren Existenz der Schweiz bzw. ihrer Zerstörung und Aufteilung unterhalten haben müssen.

## *Teilungspläne*

Es gab auch operative Studien des italienischen Generalstabes für einen Angriff auf die Schweiz zur Inbesitznahme der begehrten Gebiete im Süden des Landes. Die Gesandten der Achsenmächte in Bern unterhielten sich schon im Juni 1940 über eine allfällige Aufteilung des Landes. Doch es zeigte sich, dass die Forderungen der beiden Diktatoren nicht in Übereinstimmung zu bringen waren. Dies wirkte sich zugunsten der Schweiz aus. Die Interessen Hitlers wandten sich bald anderen, grösseren (Sowjetunion) Objekten zu, während das faschistische Italien militärisch derart auf allen Fronten versagte, dass ein Angriff auf die

Schweiz bald nicht mehr aktuell war. (Vgl. Hans Senn, Der schweizerische Generalstab, Volume VII, S. 260 ff.)

So viel ist sicher: weit entfernt davon, der Schweiz Hilfe leisten zu wollen, hegte der angebliche Freund der Schweiz durchaus feindselige Gefühle gegen das Land. Dies erstaunt eigentlich nicht angesichts der faschistischen Ideologie und der imperialistischen Tendenzen in der italienischen Aussenpolitik. Für überzeugte Faschisten war die Schweiz, nicht anders als für überzeugte Nationalsozialisten, ein Unikum, ein «Bastard». In dem geplanten «neuen Europa» gab es keine Existenzberechtigung für ein solches Gebilde. In diesem Punkt war man sich in Berlin und Rom durchaus einig. Erstaunlich ist hingegen, dass man sich in Bern, besonders im Politischen Departement von Bundesrat Motta, über diese doch relativ klar zutage liegende Tatsache zu wenig Rechenschaft ablegte.

Während des Zweiten Weltkrieges kursierte in der Schweiz folgende Geschichte, die ich selber gehört und dann auch weitererzählt habe. Danach seien Hitler und Mussolini sich nicht einig geworden, wo die neue Grenze nach der Aufteilung der Schweiz verlaufen sollte. Schliesslich habe der «Führer» gesagt: Also «Duce», dann marschieren wir von Norden los und Sie von Süden, und dort wo wir uns treffen, ist die neue Grenze. Mussolini schien einverstanden, habe aber Hitler noch nachgerufen: «Was auch geschehen mag, Mailand ist und bleibt italienisch.»

Wir konnten damals nicht wissen, dass diese sarkastische Geschichte, in der man sich über die wenig beeindruckende militärische Effektivität der Italiener lustig machte, nicht gänzlich erfunden war. Nachdem die entsprechenden Dokumente vorliegen, wissen wir, dass diese Geschichte vielmehr einen sehr realen, auch Unheil verheissenden Hintergrund hatte. Wir haben sie erzählt, weil daraus hervorgeht, wessen wir damals unsere Nachbarn im Norden und Süden für fähig gehalten haben.

### **Rückkehr zur integralen Neutralität**

Niemand wird bestreiten wollen, dass Motta zu den überzeugten Anhängern des Völkerbundes gehört hat. Er spielte in Genf während vieler Jahre eine Rolle, die weit über die Bedeutung hinausging, die seinem Land in der Staatengemeinschaft erfahrungsgemäss zukam. Er gehörte zu den «Grossen» auf dem internationalen Parkett in Genf. Die Schweiz hat durch das Ansehen, das sich Motta durch seine ausserordentlich erfolgreiche Aktivität in Genf erworben hat, international beträchtlich an Statur gewonnen. Man geht wohl kaum fehl, wenn man

feststellt, dass die Schweiz zu keiner Zeit seit der Bundesstaatsgründung von 1848 eine international derart beachtete und geachtete Position eingenommen hat wie in den «goldenen» Jahren der Völkerbundszeit, vor allem in der zweiten Hälfte der 20er Jahre.

Man muss das in Erinnerung rufen, um zu der Einsicht zu kommen, dass es Motta nicht leicht gefallen sein kann, nun den «Weg zurück» einzuschlagen. Es gibt Anzeichen, dass er vielmehr darunter gelitten hat, diesen «neuen Kurs» steuern zu müssen. Immerhin war es in gewisser Weise auch ein persönliches Scheitern, hatte er doch entscheidend dazu beigetragen, dass das Land die verschiedenen innenpolitischen Hürden für einen Beitritt seinerzeit überhaupt geschafft hat.

Die Verdüsterung der internationalen Szenerie liess Motta, dessen war er überzeugt, keine Wahl. Je mehr im Verlaufe der 30er Jahre die mangelnde Effektivität des Völkerbundes und das Versagen der kollektiven Sicherheit offensichtlich wurde, desto skeptischer wurde seine Einstellung gegenüber der Genfer Liga. Dabei konnte er auf eine mit der Zeit immer breiter werdende Unterstützung in Parlament und öffentlicher Meinung zählen. Wir können hier darauf verzichten, den Weg zur Wiedergewinnung der integralen Neutralität im Detail nachzuzeichnen. Dies hat bereits Edgar Bonjour in hervorragender Weise in seinem Monumentalwerk über die Geschichte der schweizerischen Neutralität getan (vgl. dazu Band III, S. 241 ff.).

### *Verschlechterung der Lage in Etappen*

Der Niedergang des Ansehens des Völkerbundes hatte schon mit dem Versagen gegenüber der japanischen Aggressionspolitik im Fernen Osten begonnen, als das «Reich der aufgehenden Sonne» dem dahinsinkenden China 1932 die Mandchurei entriss. Als der Völkerbund sich immerhin dazu aufraffte, Japans Vorgehen zu missbilligen, kündigte dieses seine Mitgliedschaft im März 1933 auf. Damit trat eine der Grossmächte aus dem Völkerbund aus, die zu den Gründungsmitgliedern gehört hatte. Statt universeller zu werden, wie Motta es einem «ceterum censeo» gleich immer wieder verlangt hatte, kam damit eine Entwicklung in Gang, die in die Gegenrichtung lief. Immerhin konnte man sich in diesem Fall noch damit trösten, dass es sich dabei um eine Angelegenheit handelte, die sich weitab von Europa zugetragen hat – frei nach dem Wort aus Goethes Faust: wenn weit hinten in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen.

Doch nur ein halbes Jahr später, im Herbst 1933, trat auch Deutschland, in dem Hitlers Partei Ende Januar an die Macht gekommen war, aus dem Bund

aus. Jetzt wurde die Sache mit einem Schlag wesentlich kritischer. Denn Deutschland war schliesslich einer der grossen Nachbarstaaten der Schweiz. Dies war ja seinerzeit auch der Grund gewesen für den unermüdlichen Einsatz Mottas zugunsten einer möglichst raschen Aufnahme dieses Landes in den Völkerbund. 1926 ist es endlich dann soweit gewesen. Deutschland wurde nicht nur gewöhnliches Mitglied, sondern kriegte ebenfalls, was Motta stets verlangt hatte, gleich einen der ständigen Sitze im Rat. Da letzteres einer (Wieder)anerkennung des Deutschen Reiches als Grossmacht gleichkam, gab es darüber langwierige Debatten und beträchtliche Turbulenzen. Denn auch andere Länder, wie Spanien, Polen und Brasilien, beanspruchten diesen Sonderstatus. Vom schweizerischen Standpunkt aus war die ganze Operation aber ein grosser Erfolg. Denn die Hypothek, die nicht nur nach Ansicht Mottas, sondern vor allem auch der Sozialdemokraten, die schweizerische Neutralitätspolitik belastet hatte, war damit beseitigt. Nachdem Österreich schon früher beigetreten war, gehörten nun alle Nachbarstaaten der Schweiz dem Völkerbund an. Es begann die schon angesprochene «goldene» Zeit der schweizerischen Völkerbundspolitik. Doch sie sollte eben nur etwas mehr als ein halbes Dutzend Jahre dauern. Sie endete mit dem Austritt Deutschlands im Herbst 1933.

Da sich das Deutsche Reich gleichzeitig auch aus der Abrüstungskonferenz verabschiedet hat, war auch dieses von so vielen Hoffnungen begleitete Unternehmen des Völkerbundes zum Scheitern verurteilt. Dabei ist gerade hier die so bitter vermisste Universalität erreicht gewesen, indem die dem Bund nicht angehörenden grossen Mächte USA und Sowjetunion ebenfalls an den Arbeiten teilgenommen haben. Da die Rüstungsbeschränkung zu den zentralen Aufgaben des Völkerbundes zählte, kam dieses Fiasko einem weiteren schweren Autoritäts- und Gesichtsverlust der Weltorganisation gleich.

### *Italiens Austritt macht das Mass voll*

Noch schwieriger wurde die Lage für die Schweiz, als sich auch Italien im Dezember 1937 anschickte, Genf zu verlassen und dem Völkerbund den Rücken zu kehren. Motta schrieb seinem Gesandten in Rom, dass ein solcher Schritt von schweizerischer Seite aufs Tiefste bedauert würde. Italiens Austritt würde die Situation der Schweiz als eines neutralen Staates nicht gerade erleichtern, meinte der Aussenminister. Zwei der drei grossen Nachbarstaaten würden dann nicht mehr Mitglieder des Völkerbundes sein. Dieser Umstand könnte für die Schweiz mit der Zeit ziemlich schwere Konsequenzen haben.

Motta reagierte übrigens prompt und sagte bereits am 22.12.1937 im Nationalrat, nachdem nun auch Italien nicht mehr dem Völkerbund angehören wolle, könne die schweizerische Neutralität nicht länger nur eine «differentielle» sein. Er sprach von der Gefahr, dass der Völkerbund zu einer Koalition werden könnte, die sich gegen eine andere Koalition richtet, d.h. die völkerbundsfeindlichen Achsenmächte (plus Japan). Eine solche Entwicklung würde, so Motta, für die Genfer Organisation sehr rasch tödlich werden. Auch führende Völkerrechtsexperten wie William Rappard, Max Huber und Walter Burckhardt befürchteten, dass sich die Schweiz, wenn sie im Völkerbund verbliebe, dem Vorwurf aussetzen könnte, gemeinsame Sache mit einer Staatengruppe zu machen, die in ideologischem Gegensatz zu einem gegnerischen Block steht. (Vgl. DDS, Band 12, No. 157, 169 und 187.) Das Verschwinden eines souveränen österreichischen Staates nur wenige Wochen später vervollständigte das betrübliche Bild.

In der Tat war die Lage nun noch wesentlich heikler als zur Zeit des Beitritts der Schweiz im Jahre 1920. Damals hatte immerhin noch ein gewisses «Gleichgewicht» bestanden, indem zwei Nachbarstaaten dem Völkerbund angehörten – Frankreich und Italien – und zwei nicht – Deutschland und Österreich. Aber schon diese Situation hatte viel zu reden (und schreiben) gegeben. Zahlreiche Schweizer hielten einen Beitritt des Landes unter den damaligen Umständen für unvereinbar mit der Neutralität, auch Völkerrechtsexperten waren darunter. Motta selbst glaubte damals einen Beitritt des Landes nur unter dem Aspekt verantworten zu können, dass die nicht zugelassenen Nachbarstaaten möglichst bald ebenfalls aufgenommen würden. Daher sein schon erwähntes unermüdliches Engagement zur Erreichung dieses Zieles. Erstaunlich ist übrigens, wie optimistisch prominente britische Politiker, so Lord Edward Grey und Lord Robert Cecil, die zu den wichtigsten Promotoren der Völkerbundsidee gehörten, die Frage einer Aufnahme Deutschlands damals beurteilten. Sie waren überzeugt, dass dies spätestens bis Ende 1920 geschehen werde. In der Tat scheinen alle grossen Mächte inklusive der USA einem baldigen Beitritt Deutschlands durchaus freundlich gesinnt gewesen zu sein. (Vgl. DDS Band 7, II, No. 36.)

Doch den befürwortenden Voten seiner ehemaligen Kriegsverbündeten setzte Frankreich sein Veto entgegen. Es ist bezeichnend, dass die Siegermächte auch in dieser Frage nicht am selben Strick zogen. Die Kriegsallianz begann zu zerfallen, kaum dass der gemeinsame Feind am Boden lag. Übrigens eine alte geschichtliche Erfahrung. So war es auf dem Wiener Kongress nach der Niederlage Napoleons gewesen, und so sollte es sich nach der Niederlage Hitlerdeutschlands erneut ergeben.



Der Rückblick auf die Situation, wie sie anlässlich des Beitritts der Schweiz geherrscht hat, schien uns notwendig, um den Entschluss einer Rückkehr zur integralen Neutralität in den richtigen Proportionen zu sehen. Insbesondere die grosse Bedeutung, die man einer Mitgliedschaft Deutschlands beigemessen hat, musste dabei in Erinnerung gerufen werden. Die Schweiz hat zwar damals einen Beitritt Deutschlands nicht zur Voraussetzung des eigenen Beitritts gemacht – wie sie dies ursprünglich hinsichtlich der USA geplant hatte –, doch war klar gemacht worden, dass man einen solchen Beitritt für die allernächste Zukunft erwartete.

### *Blockbildung statt kollektive Sicherheit*

Wer die Lage an der Wende 1937/38 vorurteilslos analysierte, musste eigentlich zur Überzeugung kommen, dass der Völkerbund im Zerfall begriffen war. Das Versagen der Politik der kollektiven Sicherheit war offensichtlich geworden, lange bevor ihr der britische Premierminister im Februar 1938 dann eine Art von Grabrede gehalten hat. Als besonders bedenklich musste es erscheinen, dass von den sieben zu den grossen Mächten zählenden Staaten nur noch deren drei in Genf präsent waren: Grossbritannien, Frankreich und die Sowjetunion, die 1934 im Völkerbundsrat den Platz des Deutschen Reiches eingenommen hat. Von den andern vier grossen Mächten waren drei ausgetreten, Japan, Deutschland und Italien, während die USA dem Bund nie angehört haben. Die Amerikaner verfolgten nach wie vor den unseligen Kurs des Isolationismus und taten so, als ob sie die Querelen der Weltpolitik nichts angingen.

So haben sich zwei – potentiell feindliche – Dreierblöcke gebildet, die allerdings keineswegs homogen gewesen sind. Vor allem gilt dies für die drei Grossmächte, die dem Bund noch angehörten. Im Prinzip wäre eine schlagkräftige Politik der kollektiven Sicherheit durchaus noch möglich gewesen, wenn sich die beiden westlichen Demokratien, England und Frankreich, mit dem bolschewistischen Russland über eine solche Politik hätten einigen können. Doch davon waren die Mächte weit entfernt. Chamberlains schon mehrmals erwähnte Absage an die kollektive Sicherheit legte nicht zuletzt mit schonungsloser Offenheit dar, dass eine solche gemeinsame Politik mit der Sowjetunion von London nicht beabsichtigt war. Sie wäre ja auch mit seiner hartnäckig verfolgten Linie einer «Appeasement Policy» unvereinbar gewesen. Insofern mussten die Thesen für einen Ausbau der kollektiven Sicherheit, wie sie der sozialdemokratische Parteivorstand am 16.12.1937 formulierte, ins Leere laufen.

Wenn der britische Premierminister – und nicht nur er – Bedenken hatte gegen eine engere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, so gab es für eine solche Haltung auch respektable Gründe. Der blutige Terror, der in Moskau gerade zu jener Zeit seinen Höhepunkt erreichte, brachte das Land um jeglichen internationalen Kredit. Diesen traurigen Sachverhalt hat J.R. von Salis schon damals in einem Kommentar für die NZZ wenige Tage nach dem Anschluss schonungslos angeprangert. Er schrieb am 18. März 1938:

«Stalin hat frevelhaft und ruchlos durch seinen zaristisch-chauvinistischen Terror Russland geschwächt, seine aussenpolitischen (!) Chancen vernichtet, seine möglichen Freunde vor den Kopf gestossen und seinen unerbittlichsten Feinden wahrhaft unbezahlbare Dienste geleistet. Niemand weiss heute, was Russland ist oder nicht ist, vermag oder nicht vermag; es hat sich selbst aus der Weltpolitik ausgeschaltet.»

Wie wir schon früher festgestellt haben, war letztlich Hitler der Nutzniesser dieser katastrophalen und, wie sich zeigen sollte, selbstmörderischen Politik des von Verfolgungswahn besessenen sowjetischen Diktators. Dies sollte sich bereits ein halbes Jahr nach dem Anschluss Österreichs in der Sudetenkrise erneut zeigen.

### *Motta gegen Austritt aus dem Völkerbund*

Es verwundert eigentlich nicht, dass angesichts des betrüblichen Zustandes, in dem sich der Völkerbund befand, auch Stimmen laut wurden, die den Austritt der Schweiz verlangten. So war sogar eine Volksinitiative geplant gewesen, die den Rückzug des Landes aus der Völkerorganisation verlangen wollte. Später wurde die Zielsetzung dahingehend abgeändert, dass die uneingeschränkte Neutralität nun in der Bundesverfassung verankert werden sollte, was jede Teilnahme an Zwangsmassnahmen ausgeschlossen hätte. Nachdem der Bundesrat Ende Dezember 1937 dem Komitee mitteilte, dass er sich in Bezug auf das ins Auge gefasste Ziel in voller Übereinstimmung mit den Initianten befinde, wurde das Unternehmen eingestellt. (Vgl. DDS Band 12, No. 171.)

Aber auch einer der führenden Völkerrechtler, Prof. Walter Burckhardt von der Universität Bern, schloss in einem Gutachten über «Neutralität und Völkerbund» vom 9. 1. 1938 diese Möglichkeit nicht aus. Er geht auch von der schwierigen Lage aus, die für die Schweiz dadurch entstanden sei, dass ihre Nachbarstaaten zwei verschiedenen Gruppen angehörten, zwischen denen «ein unvermeidlicher Gegensatz» bestehe. Wenn die Schweiz bei der einen dieser Gruppierungen mitmache, sei das «dem Geiste unserer Neutralität zuwider und für

den Erfolg unserer Neutralitätspolitik gefährlich». Hätten wir das vorausgesehen, so wären wir dem Völkerbund gar nicht beigetreten. Die politische Lage habe sich seit 1919 total verändert. Und so kommt er zum Schluss: «Wenn sie sich nicht wieder im Sinne der Universalität verändert, müssen wir aus dem Völkerbund austreten ...» (Text bei Bonjour, Neutralität III, S. 246.)

Motta selbst hat diese Eventualität indessen wohl nie ernsthaft ins Auge gefasst. Das Land, das den Sitz der Organisation beherberge, könne diese nicht verlassen, ohne Schaden zu nehmen, pflegte er zu antworten.

### *Die Reihen schliessen sich*

Der Anschluss Österreichs hat auf die bereits seit geraumer Zeit im Gange befindlichen Bemühungen um eine Rückkehr zur vollen Neutralität beschleunigend gewirkt. Dank der Unterstützung durch die Erklärung der Fraktionen vom 21. März 1938 konnte Motta seinen Kurs ohne nennenswerten Widerstand fortsetzen. Schon drei Wochen zuvor, anfangs März, hat die aussenpolitische Kommission des Nationalrates dem Aussenminister volle Deckung gegeben. Zwei Wochen später hat sich die Völkerbundskommission des Ständerates im gleichen Sinne ausgesprochen. Dabei hat offensichtlich die bereits mehrfach erwähnte Rede des britischen Premierministers vom 22. Februar eine wichtige Rolle gespielt. Insbesondere die Iohne Wenn und Aber abgegebene Erklärung Chamberlains, wonach die kleinen Nationen von Genf keine Hilfe mehr erwarten könnten, muss auf nicht wenige wie ein Schock gewirkt haben. All denen, die nach wie vor dem Völkerbund die Treue hatten halten wollen, war damit sozusagen der Boden unter den Füßen weggezogen. So verwundert es nicht, dass nur wenige Tage später das führende sozialdemokratische Blatt «Berner Tagwacht» in einem aufsehenerregenden Artikel die Opposition gegen den Kurs zurück zur integralen Neutralität aufgab. Zur Begründung dieser Richtungsänderung berief sich der Autor insbesondere auf die seinerzeitige Opposition der Sozialdemokraten gegen den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund. Allerdings hatten sich die Fronten in der Zwischenzeit erheblich verschoben. Ein kurzer Blick zurück in die Jahre 1919/20 wird dies aufzeigen.

## *Die Sozialdemokratie, Deutschland und der Völkerbund*

Wir haben auf die Bedeutung, welche man in der Schweiz einer Mitgliedschaft des Deutschen Reiches von allem Anfang an beigemessen hat, schon mehrfach hingewiesen. Zu den dargelegten aussenpolitischen Gründen trat ein innenpolitischer. Die Gegner eines Beitritts der Schweiz operierten damals vor allem mit dem Argument der Neutralität. Denn ohne Mitgliedschaft der besiegten Mittelmächte mit dem Deutschen Reich an der Spitze sei die geplante Organisation, so argwöhnten sie, ein «Sonderbund der Entente» und eine «Fortsetzung der Kriegsallianz», in der die neutrale Schweiz nichts zu suchen habe. Zu den traditionell deutschfreundlichen Kreisen, die eher im konservativen Milieu beheimatet waren, gesellten sich damals auch die Sozialdemokraten als Gegner eines Beitritts. Seitdem aus dem Kaiserreich eine demokratische Republik geworden war, in der die deutsche Sozialdemokratie zu den tragenden Kräften gehörte, fühlten sich ihre schweizerischen Genossen diesem neuen deutschen Staat besonders verbunden. Zwar ist der Beitritt der Schweiz, nachdem es gelungen war, einen Sonderstatus für das Land zu erreichen, schliesslich von Volk und Ständen genehmigt worden – wenn auch mit dem kleinsten möglichen Ständemehr! Doch konnte die Regierung kaum auf volle Unterstützung ihrer Völkerbundspolitik rechnen, solange der beklagte Zustand weiterbestand. Bundesrat Motta, der 1920 die Leitung des Politischen Departements und damit der Aussenpolitik übernommen hatte, machte daher konsequenterweise die möglichst frühe Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zur Hauptaufgabe seiner Tätigkeit in Genf. Nachdem dieses Ziel 1926 erreicht war, bekannte sich auch die Sozialdemokratie voll zur schweizerischen Mitgliedschaft. (Vgl. dazu: Walther Hofer, *Die Schweiz, das Deutsche Reich und der Völkerbund 1919-1926*, in: *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht*, Köln/Wien 1985, S. 111-132.)

Es leuchtet ein und bedarf kaum weiterer Begründung, dass sich die Haltung der Sozialdemokratie Deutschland gegenüber erneut änderte, nachdem dort die Nationalsozialisten an die Macht gekommen waren und alsbald eine terroristische Diktatur errichteten. Die grosse Schwesterpartei gehörte zu den ersten Opfern der neuen Gewalthaber. Aus dem grossen befreundeten Land im Norden war sozusagen über Nacht ein intimer Feind geworden. Als sich dieses «neue» Deutschland aus dem Völkerbund verabschiedete, weinten ihm die Sozialdemokraten, wie übrigens auch viele andere Schweizer, keine Träne nach. Ähnlich verhielt es sich mit dem faschistischen Italien. Doch das konnte die Tatsache nicht verdecken, dass sich damit die aussenpolitische Situation der

Schweiz zu verschlechtern begann. Die Hoffnung, dass sich unter den «antifaschistischen» Mächten eine gemeinsame Front aufbauen liesse, der sich die Schweiz dann anschliessen könnte, musste spätestens nach Chamberlains abrupter Absage begraben werden. So blieb auch den Sozialdemokraten wie allen andern verbliebenen Völkerbundsfreunden nichts anderes übrig, als resigniert zur Kenntnis zu nehmen, dass der Kurs Mottas, Rückkehr zur absoluten Neutralität, die einzige der Situation angemessene Lösung darstellte. Dieser Exkurs über die Wandlungen der Sozialdemokratie in ihrer Einstellung zum Völkerbund schien mir notwendig, um meine historische Beurteilung der Rückkehr zur integralen Neutralität begründen zu können.

### *Ein diplomatisches Meisterstück*

Wie konsequent und effektiv dieser Kurs verfolgt wurde, zeigt sich daran, dass nur zwei Monate nach dem Anschlussdebakel die Sache bereits perfekt war. Am 14. Mai 1938 war das hartnäckig anvisierte Ziel erreicht: die Schweiz hatte die traditionelle Neutralität zurückgewonnen. Nach knapp 20 Jahren «differenzieller» war man nun zur «integralen» Neutralität zurückgekehrt. Dieses keineswegs einfache Unterfangen in so kurzer Zeit zum Erfolg geführt zu haben, darf wohl als «diplomatisches Meisterstück» bezeichnet werden. Das wird selbst von den Kritikern Mottas, den damaligen und den heutigen, zugegeben. Andererseits wird von manchen heutigen Historikern die Auffassung vertreten, diese Distanzierung vom Völkerbund sei einer Anpassung an die Achsenmächte oder gar einer Annäherung an diese gleichgekommen. Wir können diese Auffassung nicht teilen und werden im folgenden versuchen, dies zu begründen. Um eine Anpassung ist es zweifellos gegangen, aber eben nicht an die Achsenmächte, sondern an die veränderten Machtverhältnisse in Europa und insbesondere an den Grenzen der Schweiz. Das sind zwei ziemlich verschiedene Dinge.

### *Anpassung ja, aber welche?*

Wer die Rückkehr zur integralen Neutralität als Annäherung an die Achsenmächte interpretiert, bringt damit, zum mindesten unterschwellig, einen ideologisch gefärbten Vorwurf zum Ausdruck. Mit einer mehr oder weniger diffusen antifaschistischen Ideologie im Hinterkopf kann man aber zu keinem adäquaten historischen Urteil kommen. Wenn die Schweiz sich gezwungen sah, sich der radikal veränderten Umgebung anzupassen, so ging es dabei nicht um Ideolo-

gien, sondern um Machtverhältnisse. «Die für den schweizerischen Kleinstaat wichtige Balance der Nachbarschaftsverhältnisse» (Georg Kreis) war aber empfindlich gestört, seitdem Deutschland eine hegemoniale Stellung anstrebte und Italien sich ihm angeschlossen hatte. Eine solche Mächtekonstellation war an und für sich schon schwierig für den neutralen Kleinstaat, der sich sozusagen im Epizentrum des machtpolitischen Bebens befunden hat. Die Lage komplizierte sich nun noch durch den Umstand, dass die mächtigere Gruppierung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft dem Völkerbund den Rücken gekehrt hat. Damit wurde dieser sozusagen selbst zur Partei, jedenfalls wurde das von seinen Gegnern, und nicht nur von ihnen, so gesehen. Dass eine solche Situation die schweizerische Neutralitätspolitik schwer beeinträchtigen musste, liegt wohl auf der Hand. Sie konnte gegebenenfalls als Parteinahme verunglimpft werden. Da die kollektive Sicherheit definitiv nicht mehr funktionierte, wie sich zuletzt beim Untergang Österreichs gezeigt hatte, wurde die weitere Zugehörigkeit der Schweiz zu einem Problem ihrer nationalen Sicherheit. Wäre die Schweiz als Folge dieser unerquicklichen Lage aus dem Völkerbund ausgetreten, dann hätte man ihr allenfalls den Vorwurf machen können, sich dem Block der Völkerbundsgegner angeschlossen zu haben. Aber dies tat sie eben nicht. Die Genialität der gefundenen Konstruktion besteht darin, dass es der Schweiz gelang, sich von den die Neutralität belastenden Verpflichtungen zu lösen, ohne den Bund selbst verlassen zu müssen. Damit blieb das Land politisch immer noch näher beim Völkerbund als bei seinen Gegnern, was diese auch entsprechend vermerkten.

Dass in Mottas politischer Konzeption die Staaten als Glieder eines europäischen Mächtesystems die eigentlichen Subjekte waren, und zwar unbeschadet des gerade dort herrschenden politischen Systems, lässt sich gerade am Beispiel Deutschland eindrucklich nachweisen. Als er, mit vielen andern Schweizern zusammen, anlässlich des Beitritts des Landes zum Völkerbund, die Mitgliedschaft gerade des Deutschen Reiches als entscheidendes Kriterium ansah, war dieses eine demokratische Republik. Zweifellos wäre es auch Motta lieber gewesen, weiterhin die friedliche Weimarer Republik zum Nachbar zu haben. Trotzdem plädierte gerade er dafür, auch mit dem inzwischen zur Diktatur gewordenen Deutschen Reich «freundschaftliche» Beziehungen weiter zu pflegen, sehr zum Missfallen mancher Eidgenossen. Die Sozialdemokraten vertraten die Auffassung, dass «freundschaftliche» Beziehungen nur für die Demokratien Geltung haben, während für die übrigen Staaten (lies: Diktaturen) «korrekte» Beziehungen genügen sollten. In der Sache selbst, d.h. der Notwendig-

keit einer Rückkehr zur vollen Neutralität, war man sich einig. Bei der nachträglichen Beurteilung des Vorgehens von Motta sollte man nicht aus den Augen verlieren, dass sich der Aussenminister spätestens seit der gemeinsamen Erklärung der Fraktionen vom 21. März 1938 auf den Konsens aller massgeblichen politischen Kräfte im Lande stützen konnte, als er die heikle Operation in Genf in Angriff nahm. Den Sozialdemokraten, die Mottas neuen Kurs ebenfalls billigten, wird man ja wohl kaum den Vorwurf machen wollen, sie hätten einer Annäherung an die Achsenmächte zugestimmt.

### *Keine falschen Massstäbe*

Man muss sich ebenfalls in Acht nehmen, dass man die damalige Politik und ihre Akteure nicht an Massstäben misst, die erst in einer späteren Epoche zum Tragen gekommen sind. Noch gab es keine allgemein verbindliche Kodifizierung der Menschenrechte, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in den Vereinten Nationen und im Europarat vorgenommen werden sollten. Noch war man meilenweit entfernt von der Schlussakte von Helsinki, die 1975 die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu einem internationalen Prinzip erklärte, woraus man dann eine politische Intervention im Falle der Verletzung dieses Grundsatzes ableiten konnte. Diese ganze Entwicklung gehört in die Nachkriegszeit und ist ja in hohem Masse gerade auch eine Konsequenz der durch das Terror- und Horrorsystem des Dritten Reiches verübten Untaten gewesen.

Doch damals herrschte noch strenge Trennung zwischen Aussen- und Innenpolitik. Für die damals herrschende Lehre und Praxis war das politische System eines Landes dessen ausschliessliche Angelegenheit. Auf keinen Fall durfte dies die massgeblichen aussenpolitischen Interessen tangieren. Einmischung in die inneren Verhältnisse eines andern Staates war tabu. Eine geradezu idealtypische Aussage dazu stammt von dem damaligen britischen Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson. In seinem «endgültigen Bericht» über seine Berliner Tätigkeit schreibt er (Deutsche Ausgabe Basel 1939):

«Solange der Nationalsozialismus eine Ware für den inneren deutschen Gebrauch blieb, mochte man in der Welt draussen ganz nach persönlichem Geschmack kritisieren, sympathisieren oder sich lediglich auf sorgenvolle Beobachtung beschränken, die Regierung Deutschlands blieb Sache des deutschen Volkes.» Und etwas später kommt noch der Satz, nachdem er Hitlers Erfolge gebührend hervorgehoben hat: «Die tyrannischen Methoden, die innerhalb Deutschlands zur Anwendung kamen, um dieses Ergebnis herbeizuführen, verdienen Abscheu, aber sie gingen nur Deutschland etwas an.»

Zugegeben: es fällt uns heute schwer, eine solche Aussage zu ertragen, Aber dass sie prinzipiell den Zeitgeist wiedergibt, ist nicht zu bestreiten. Insbesondere ist Henderson auch hier «His Masters Voice», d.h. das Sprachrohr Chamberlains. Aber selbst ein Mann wie Léon Blum, bekanntlich selber Jude, glaubte als französischer Ministerpräsident, das Ziel einer «entente franco-allemande» trotz aller Untaten im Dritten Reich, inklusive Judenverfolgung, auch weiterhin anstreben zu sollen. Die inneren Vorgänge in einem andern Staat notfalls zu kritisieren, war Sache der öffentlichen Meinung, der «Medien», wie man heute sagen würde, nicht der Diplomatie.

### *Allgemeiner Ruf nach Verstärkung der Landesverteidigung*

Unter dem Motto «Lehren ziehen aus dem Schicksal Österreichs» sahen sich die Behörden mit einer ganzen Flut von Forderungen zur Stärkung der Abwehrbereitschaft konfrontiert. Artikel in der Presse, Aufrufe in Versammlungen, Vorstösse im Parlament wetteiferten miteinander und gelegentlich auch gegeneinander. Der schwere Schock über das plötzliche Verschwinden des kleinen Nachbarstaates führte zu teilweise geradezu hysterischen Reaktionen. In einer Art von «Treibhausklima», wie es ein Autor genannt hat, schossen Forderungen derart in die Höhe und wohl auch über das Ziel hinaus, dass sich selbst der Verteidigungsminister veranlasst sah, zur Mässigung aufzurufen. Das trug ihm prompt den Vorwurf ein, die Zeichen der Zeit nicht richtig zu deuten. Einer aufgeschreckten öffentlichen Meinung ging plötzlich alles zu langsam. Doch die vorhandenen Strukturen der Militärverwaltung waren dem erhöhten Druck nicht gewachsen. Neue Rüstungsvorhaben waren ohnehin nicht einfach aus dem Boden zu stampfen.

An sich ist es nicht verwunderlich, dass die Kampagne für eine stärkere Armee auch zu parteipolitischen Zwecken missbraucht wurde, indem man sich gegenseitig zu übertrumpfen versuchte. Den Vogel schoss dabei der Migroschef und Nationalrat Gottlieb Duttweiler ab, als er sich mit der Forderung auf die Beschaffung von nicht weniger als 1'000 Flugzeugen äusserst publikumswirksam in Szene setzte. Die NZZ konterte kühl, in Armeefragen seien Volksbegehren am unrichtigen Ort, war aber selbst in ihren Forderungen auch nicht gerade bescheiden. Zwei Bereiche standen in der Prioritätenliste militärischer Beschaffungen und Verstärkungen unbestrittenerweise im Vordergrund: Flugwaffe und Fliegerabwehr sowie Befestigungsbauten.

Was letzteres anbetrifft, so war es augenfällig, dass durch die deutsche Besetzung Österreichs die strategische Lage des Landes sich erheblich verschlechtert hatte. Denn statt des friedlichen österreichischen Bundesheeres hatte man nun



die deutsche Wehrmacht als neuen Nachbar an der Ostgrenze. Diese aber war im wesentlichen unbefestigt, und somit eine geradezu «ideale Eingangspforte» für einen (deutschen) Angreifer. Es liegt auf der Hand, dass man über diese neue, wenig erfreuliche Lage besonders in der unmittelbar betroffenen Ostschweiz verunsichert war. Die gemeinsame Grenze mit dem unruhigen Dritten Reich, dem potentiell gefährlichsten Nachbar, hatte sich durch den Anschluss Österreichs um 164 km auf insgesamt 532 km verlängert. Selbst der italienische König, Viktor Emanuel, sah sich veranlasst, dem Schweizer Gesandten gegenüber auf diese strategisch problematische Veränderung hinzuweisen.

«Cette perte de votre quatrième frontière pose donc des problèmes tout nouveaux pour votre défense nationale», sagte er zu unserem diplomatischen Vertreter Minister Ruegger wenige Tage nach dem Anschluss. Dass dem Monarch die eigene neue Grenze mit dem Deutschen Reich am Brenner ebenso wenig gefiel, darf man füglich unterstellen. Er war von Anfang an ein entschiedener Gegner der vom Duce verfolgten engen Zusammenarbeit mit Deutschland gewesen. Doch machtlos, wie er inzwischen war, konnte er – vorläufig – nichts unternehmen. Seine Stunde sollte erst kommen, als Mussolini mit seiner Weisheit am Ende war. Dann aber griff der lange gedemütigte König mit einer Wucht durch, die ihm niemand mehr zugetraut hätte. Doch das ist ein anderes Kapitel der Geschichte.

### *«Wir sind auf uns selbst angewiesen»*

Am 16. März 1938, nur drei Tage nach dem triumphalen Einzug Hitlers in Wien, fand in Bern eine Sitzung der Landesverteidigungskommission, des obersten militärischen Führungsorgans der schweizerischen Milizarmee statt. Vor der Behandlung der eigentlichen militärischen Angelegenheiten ging Bundesrat Minger auf die «weittragenden Umwälzungen» ein und die Folgen, die für die Schweiz daraus entstünden. Schon an dieser Wortwahl kann man ablesen, dass die Beurteilung des für die militärische Verteidigung verantwortlichen Mannes kaum mit der beschönigenden Darstellung übereinstimmte, die einige Tage später offiziell verbreitet wurde. In den Völkerbund dürfe die Schweiz keine Hoffnungen mehr setzen, führte er aus. «Für uns ist die Entwicklung höchst unerfreulich, sie ist nicht gefährlich, solange wir ein geschlossenes Volk hinter einer schlagkräftigen Armee haben.» Bis heute sei der Fall eines isolierten Angriffes einer Grossmacht gegen das Land undenkbar gewesen, doch nun «müssen wir diese Gefahr wenigstens als möglich ins Auge fassen und bedenken, dass wir in Zukunft auf uns selbst angewiesen sind». Es ist bemerkenswert, dass Minger

schon im Frühjahr 1938 eine Situation voraussieht wie sie dann zwei Jahre später nach dem unerwarteten Zusammenbruch Frankreichs tatsächlich eintreten sollte: die Schweiz allein auf weiter Flur.

### *Das offene Tor an der «neuen» Ostgrenze*

Viel zu reden gab aus naheliegenden Gründen die neue Situation an der Ostgrenze, doch bringt das überlieferte Protokoll keine Einzelheiten (Vgl. DDS, 12, No. 234.) Dass der Talkessel von Sargans, die quasi offene Eingangstür, noch völlig ungenügend befestigt war, darüber herrschte Einigkeit. In diesem Zusammenhang bekamen auch die Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein, das sozusagen vor dieser offenen Türe gelegen war, erhöhte Bedeutung. Das Militärdepartement verlangte denn auch nähere Auskünfte über die Gestaltung der Beziehungen zu dem kleinen Fürstentum im Lichte der neu entstandenen Situation. Im Zentrum des Interesses stand die Frage eines Einbezugs in die schweizerische Verteidigung mit dem Recht einer militärischen Besetzung bei drohender Kriegsgefahr. Am gleichen Tag wie die Sitzung des militärischen Führungsgremiums fand bereits auch eine Konferenz zwischen Vertretern der Schweiz und des Fürstentums statt, an der sogar dessen Regierungschef und sein Stellvertreter teilnahmen. Dabei begrüßten die Vertreter Liechtensteins die Einbeziehung des Fürstentums in die schweizerische Neutralität, während die Frage des Besetzungsrechts durch schweizerische Truppen noch geprüft werden sollte. (DDS 12, No. 241 Annexe.) Nur wenige Tage später lag ein ausführliches Memorandum des Generalstabschefs zu dieser Frage vor. (DDS 12, No. 243 Annexe.)

«Die militärische Bedeutung des Fürstentums Liechtenstein für uns ist sehr gross» heisst es einleitend. Denn das fürstliche Gebiet sei das unmittelbare Vorgelände des Beckens von Sargans. Würde Liechtenstein in die Hand des Gegners fallen, so wäre Sargans «in hohem Masse gefährdet». Es bestehe daher ein grosses Interesse, «liechtensteinisches Gebiet einem solchen Angriff zu entziehen». Das günstigste für die Schweiz wäre «volle Militärhoheit über Liechtenstein», um das kleine, aber strategisch so wichtige Land in das schweizerische Befestigungssystem einbeziehen zu können. Natürlich müsse beachtet werden, in welcher Richtung sich die Sympathien der dortigen Bevölkerung entwickelten. Es müsse also mit grösster Vorsicht und nur schrittweise vorgegangen werden. Das Fazit war daher, für den Augenblick keine Veränderungen in den gegenseitigen Beziehungen vorzunehmen, aber die Entwicklung der Dinge genau im Auge zu behalten.

Die deutsche Gesandtschaft hatte bald einmal Wind bekommen von den erwähnten Vorgängen und berichtete darüber nach Berlin. Die deutsche Stellungnahme zu den schweizerischen Bemühungen liess denn auch nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. So hiess es in einem Erlass aus Berlin für die Gesandtschaft in Bern, alle Bestrebungen seien unerwünscht, «die darauf hinzielen, das Fürstentum in einen noch engeren Zusammenhang mit der Schweiz zu bringen, als er bisher schon besteht». Und noch direkter. «Insbesondere könnten wir eine Einbeziehung Liechtensteins in das schweizerische Verteidigungssystem nur als eine gegen Deutschland gerichtete Massnahme auffassen, mit der wir uns nicht einverstanden erklären können.» (Vgl. Hans Senn, *Der schweizerische Generalstab Volume VI*, 5. 325 ff.)

### *Sargans wird zur dritten Grossfestung*

Der Ausbau der Festung Sargans musste also ohne die gewünschte Bereinigung des Problems Liechtenstein an die Hand genommen werden. Die Notwendigkeit einer Verstärkung der Fortifikationen an dieser militärisch heiklen Stelle war allerdings schon vor dem Verschwinden Österreichs erkannt worden. Ab 1936/37 wurde an der Planung gearbeitet. Sargans sollte als sogenannte Grenzbefestigung ausgebaut werden. «Grenzbefestigungen nannte man jene Werke, welche den Grenztruppen helfen sollten, die Mobilmachung und den Aufmarsch der Armee gegen eine Überraschung durch feindliche Erdkampftruppen zu sichern, allenfalls einen Einbruch des Gegners ins Land zu verhindern.» (Vgl. *Die Festung Sargans im Wandel der Zeit*, Mels 1994, S. 23.) Die verschärfte Lage nach dem Verschwinden Österreichs veranlasste die Generalstababteilung, bereits im April 1938 den Vollausbau der Festung zu verlangen. «Die sehr grosse Bedeutung des Talkessels von Sargans für unsere Landesverteidigung erfordert den Bau einer eigentlichen Festung wie Gotthard und St-Maurice», heisst es in der Begründung. Sargans wurde sogar für wichtiger eingestuft als die zentrale Festung am Gotthard. Wie St-Maurice den Auftrag hatte, den Zugang zum Wallis zu sperren, so war es die Aufgabe von Sargans, einen Einbruch in die östliche Schweiz zu verhindern. Jedenfalls wurden die drei genannten Festungen während des bald beginnenden Zweiten Weltkrieges zu Eckpfeilern der auf der Reduitkonzeption basierenden Landesverteidigung.

Der eigentliche Baubeginn in Sargans verzögerte sich allerdings, sodass er praktisch mit dem Kriegsbeginn zusammenfiel. Der Ausbau dauerte schliesslich den ganzen Krieg über an. Der Verlauf des Krieges mit dem völlig unerwarteten totalen Zusammenbruch Frankreichs führte dann aber dazu, dass die stärkste Be-

drohung plötzlich von einer Seite kam, wo man sie am allerwenigsten erwartet hatte, nämlich von Westen. Die ganze strategische Konzeption der Schweiz wurde durch die Niederlage Frankreichs völlig aus den Angeln gehoben. Während man sich bemühte, im Osten das offene Tor zu verriegeln, entstand im Westen sozusagen über Nacht eine neue äusserst bedenkliche Lücke im Verteidigungssystem. Die Niederlage Frankreichs wurde so zu einer verlorenen Schlacht auch der Schweiz. Glücklicherweise hatte diese ernste Lage keine unmittelbaren negativen militärischen Konsequenzen für das Land. Umso fühlbarer sollten dann die langfristigen politischen Konsequenzen sein, als die Schweiz völlig von der einen Kriegspartei umschlossen wurde. Es war ein Zustand, wie es ihn seit den französischen Hegemonialkriegen unter Napoleon nicht mehr gegeben hatte, auch im Ersten Weltkrieg nicht.

### **Arbeitsbeschaffung als Teil der Landesverteidigung**

Wie sehr das Verschwinden Österreichs und die dadurch entstandene Verschlechterung der strategischen Lage die Massnahmen zur Verstärkung der Landesverteidigung beschleunigt hat, geht klar aus den entsprechenden Dokumenten hervor. In der Märzsession des Parlamentes, also nur wenige Tage nach dem Anschluss, hatte der Nationalrat eine von Bundesrat und Ständerat bereits vorher abgelehnte Volksinitiative der Sozialdemokraten für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu beraten. Im Zeichen der soeben neu beschworenen nationalen Einigkeit wurde nun beschlossen, den Bundesrat zu beauftragen, bis zur nächsten Session im Juni eine Vorlage auszuarbeiten, in welcher Arbeitsbeschaffung und Ausbau der Landesverteidigung gleicherweise berücksichtigt würden. Auch der christlich-nationale Gewerkschaftsbund vertrat in einer Eingabe die Auffassung, dass die neu entstandene Lage es erfordere, «die Bedürfnisse der wirtschaftlichen mit denjenigen der militärischen Landesverteidigung zu koordinieren».

Der Vorsteher des Vblkswirtschaftsdepartementes, Bundesrat Obrecht, reagierte prompt und schrieb am 6. April an seinen Kollegen Minger, dass nach den Vorgängen in Österreich die öffentliche Meinung dreierlei erwarte:

- «1. einen weiteren Ausbau der Landesverteidigung
2. eine verstärkte Aktion im Gebiete der Arbeitsbeschaffung
3. verstärkte Anstrengungen zur Wirtschaftsbelebung.»

Am 25. April des Jahres wurden gleich mehrere Vorlagen veröffentlicht, die der Verstärkung der Landesverteidigung gewidmet waren. Dabei wurde

ebenfalls auf die Ereignisse der vergangenen Jahre und ihre Folgen für die Schweiz hingewiesen. «Seit 1934 ist für unser Land die militärpolitische Lage noch bedeutend ungünstiger geworden», heisst es da. Österreich, «das unsere Ostgrenze zu einem wesentlichen Teil deckte», habe zu bestehen aufgehört. Der Völkerbund habe durch die abessinische Angelegenheit, den Austritt Italiens und den neuen japanisch-chinesischen Krieg «einen weiteren Teil seines Ansehens und seiner Macht verloren». Und auch hier wird dann die Konsequenz gezogen:

«Mehr denn je seit dem Weltkrieg ist die Schweiz auf sich selbst angewiesen, und dem entsprechend müssen wir auch unsere Massnahmen treffen, um den Willen zur vorbehaltlosen Aufrechterhaltung unserer Neutralität und Selbständigkeit durchzusetzen.» (Bundesblatt 1938, 1, 5. 626)

Am 7. Juni wurde die verlangte grosse Vorlage über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Es wurde für die Verwirklichung der Vorhaben eine für die damalige Zeit ausserordentlich hohe Summe von 415 Millionen Franken verlangt. Auch hier wird zur Begründung auf «die Ereignisse in Mitteleuropa» hingewiesen. Diese hätten auf die militärpolitische Lage der Schweiz einen Einfluss gehabt, «welcher uns zwingt, die bisherigen Anstrengungen zur militärischen Sicherung unseres Landes mit aller Energie und unverzüglich zu verstärken».

### *Vorbereitungen für eine Kriegswirtschaft*

Neben der militärischen wurde auch der wirtschaftlichen Landesverteidigung schon früh die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. Am 15. Juni 1936 hatte der Vorsteher des Militärdepartementes in einem Memorandum über die Notwendigkeit der Vorbereitung des Landes auf die Kriegswirtschaft festgehalten: «Für den Kriegsfall muss, neben der militärischen, die wirtschaftliche Rüstung vorbereitet sein. Nur dadurch wird es möglich, die Friedenswirtschaft innert nützlicher Frist und ohne gefährliche Erschütterungen auf die Bedürfnisse des Krieges umzustellen ... Die Kriegswirtschaft hat einen doppelten Zweck zu erfüllen. Vorab und in unbedingtem Vorrang hat sie alles das rechtzeitig bereitzustellen, was die Armee für die militärische Landesverteidigung benötigt. Ferner muss sie die Lebensmöglichkeiten und damit das Durchhalten des Volkes im Kriege sichern» (zitiert bei Hans Senn, Generalstab, Volume VI, S. 223.)

In der Folge setzte sich der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Hermann Obrecht, mit aller nötigen Energie für die rechtzeitige kriegswirtschaftliche Vorbereitung ein. Kurz vor der Anschlusskrise, am

8. März 1938, erliess die Regierung bereits eine Verordnung über die Organisation der Kriegswirtschaft. Schon am 1. April 1937 war ein Delegierter für Kriegswirtschaft ernannt worden. Die gemischt privat-öffentliche Organisation umfasste mehrere Ämter. Das Kriegsernährungsamt sollte die landwirtschaftliche Versorgung mit in- und ausländischen Nahrungs- und Futtermitteln sicherstellen. Das Kriegsindustrie- und -arbeitsamt hatte die Aufgabe, die Beschäftigung, Gütererzeugung und -Verteilung auf gewerblichem und industriellem Gebiet zu überwachen und zu lenken. Das Kriegstransportamt hatte sich mit der Beförderung schweizerischer Ausfuhrgüter und mit der Aufrechterhaltung der lebenswichtigen auswärtigen Verbindungen zu Wasser und zu Land zu befassen. Das Kriegsfürsorgeamt sollte helfen, Nöte sozialer Art zu lindern. Der Handelsabteilung oblag die Erhaltung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Schliesslich sollte eine Preiskontrollstelle den Markt überwachen und Missbräuchen vorbeugen. Am 1. April 1938 beschloss das Parlament dann noch ein Gesetz über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern (Bundesblatt 1938, 1, Nr. 14). Damit war für alle Massnahmen der Regierung, die damit weitreichende Kompetenzen erhielt, die rechtliche Grundlage geschaffen. Vor allem ging es um eine Bestandesaufnahme des Bedarfs sowie der Produktionsmöglichkeiten von lebenswichtigen Gütern sowohl im Lebensmittel- wie im Rohstoffsektor; um die Anlegung von ausreichenden Vorräten bei Importgütern sowohl durch den Staat wie durch die Privatwirtschaft; um die Sicherstellung der Transportwege, wozu umfangreiche Verhandlungen mit denjenigen Staaten notwendig wurden, durch deren Gebiet die Transportwege führten; um die Beschaffung des notwendigen Rollmaterials wie der Charterung des benötigten Schiffsraums, sowie schliesslich um Massnahmen für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere durch vermehrten Anbau von Getreide und Kartoffeln.

### *Schweizer Wirtschaft besonders «kriegsanfällig»*

Es mag erstaunen, mit welcher Selbstverständlichkeit hier mitten im Frieden Vorbereitungen für einen Krieg getroffen wurden. Wenn man bei den massgebenden Behörden nicht ernsthaft mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet hätte, würde man sich wohl kaum all diesen Mühen unterzogen haben. Bei einer historischen Würdigung dieser Massnahmen gilt es indessen auch der Tatsache bewusst zu sein, dass es sich bei der Schweiz um ein Land handelt, das wirtschaftlich in ausserordentlich hohem Masse auslandsabhängig bzw. mit der internationalen Wirtschaft stark verflochten war und übrigens nach wie vor ist.

Die Schweiz gehörte schon damals zu den höchst-industrialisierten Ländern der Welt, doch verfügt sie bekanntlich über keine nennenswerten eigenen Rohstoffe. Diese mussten aus europäischen wie überseeischen Ländern importiert werden. Andererseits war (und ist) die schweizerische Industrie ausgesprochen exportorientiert. Auf dem lebenserhaltenden Wechselspiel von Import und Export beruhte die wirtschaftliche Existenz der Schweiz. Das A und O dieser Existenz bildeten gut funktionierende Handelsbeziehungen. Doch diese konnten nur allzu rasch durch kriegerische Ereignisse beeinträchtigt oder gar ganz unterbunden werden, wie sich nur allzubald auf schmerzliche Weise zeigen sollte.

Diese an sich schon delikate Situation wurde noch durch den Umstand erschwert, dass die Schweiz als Binnenstaat keinen direkten Zugang zum offenen Meer hat und somit alle überseeischen Transportwege über fremdes Territorium führen. Die Benutzung von fremden Häfen für den Umschlag schweizerischer Güter bot zwar in Friedenszeiten kaum nennenswerte Schwierigkeiten. Doch konnte sich dies in Zeiten des Krieges rasch ändern. Die Schweiz war daher bemüht, mit den verschiedenen in Frage kommenden Ländern Übereinkommen zu erzielen zur Sicherstellung der eigenen Versorgung im Kriegsfall. Da man sich darüber im klaren war, dass ein kommender Krieg in noch höherem Masse als alle früheren Kriege zum Wirtschaftskrieg werden würde, war es nicht allzuschwer vorauszusehen, dass die Situation für die Schweiz sehr schwierig werden könnte.

Ähnlich wie im industriellen Bereich präsentierte sich die Lage auf dem Gebiet der Versorgung mit Nahrungsmitteln. Die zunehmende Industrialisierung hatte dazu geführt, dass die landwirtschaftliche Produktion zurückging und die eigene Bevölkerung nicht mehr zu ernähren vermochte. Auch in diesem Bereich musste man vermehrt auf Importe zurückgreifen. Im Ersten Weltkrieg war gerade die Versorgung mit Nahrungsmitteln völlig ungenügend gesichert worden, was vor allem gegen Ende des Krieges zu einer eigentlichen Notlage für breite Bevölkerungsschichten geführt hatte. Aus der mangelhaften kriegswirtschaftlichen Vorbereitung von damals sollten die erforderlichen Lehren gezogen werden. Die schlechten Erfahrungen durften sich auf keinen Fall wiederholen. Es hatte sich auch gezeigt, dass der Status der Neutralität das Land nicht davor zu bewahren vermochte, durch die Kriegereignisse arg in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Die ausserordentliche, ja extreme Auslandsabhängigkeit, sowohl im Bereich des Exports wie des Imports, musste im Fall arg gestörter Handelsbeziehungen zu besonders schwierigen Problemen führen. Ein allfälliger allgemeiner Konflikt musste das kleine Binnenland daher viel schwerer treffen als die meisten andern Staaten Europas. Die Wirtschaft der Schweiz

war, um es mal so zu formulieren, in ganz besonderem Masse «kriegsanfällig». Die weitsichtige Planung, wie sie angesichts der sich verschlechternden internationalen Lage systematisch vorgenommen wurde, sollte sich denn auch bezahlt machen. Kein anderes Land war auf einen kommenden Krieg in dieser Beziehung derart vorbereitet wie der neutrale Kleinstaat Schweiz. Doch trotz aller weisen Voraussicht brachte der Krieg, als er wirklich kam, Schwierigkeiten und Prüfungen mit sich, die in dieser Form und in diesem Ausmass niemand hatte voraussehen können. Den damals Verantwortlichen kann jedenfalls nicht der Vorwurf gemacht werden, sie hätten sich irgendwelche Unterlassungen zuschulden kommen lassen.

### *Geistige Landesverteidigung*

Je stärker die Propaganda des Dritten Reiches auf die Schweiz einwirkte, desto dringender wurde die Forderung erhoben, Versuchen der Zersetzung und Unterwanderung, sei es von aussen her oder durch entsprechende Umtriebe im Innern des Landes, auch mit den Waffen des Geistes entgegenzuwirken. Besonders nachdem man am Beispiel Österreichs hatte erleben müssen, welche tödliche Wirkung die Kombination von politischem Druck und ideologischer Zersetzung haben konnte, erschallte der Ruf nach Gegenmassnahmen immer lauter.

Das hier entstehende Phänomen der «geistigen Landesverteidigung» ist nur im Zusammenhang mit dem Geschehen der 1930er Jahre und als Reaktion auf dieses Geschehen zu verstehen. Solche «geistige Landesverteidigung» wurde bald zu einer allgemeinen und unbestrittenen Forderung breiter Volkskreise, durch alle sozialen Schichten und politischen Gruppierungen hindurch. Prinzipielle Unterschiede zwischen «rechts» und «links» sind da kaum auszumachen. Bei der (demokratischen) Linken ist die Ideologie vom internationalen Klassenkampf immer mehr durch das Bekenntnis zur nationalen Volksgemeinschaft ersetzt worden. Max Weber, bedeutender Wirtschaftspolitiker der Gewerkschaftsbewegung und später Bundesrat, hat damals gesagt, man müsse doch nicht auf gewisse Ideale und Begriffe wie Heimat, Nation und eben Volksgemeinschaft nur deswegen verzichten, weil die Machthaber des Dritten Reiches sie «besetzt» hätten und für ihre Zwecke missbrauchten. Weber, der 1930 als überzeugter Pazifist noch den Militärdienst verweigert hatte, kaufte sich 10 Jahre später selbst ein Gewehr und verrichtete seinen Dienst während des Krieges in der Ortswehr – ein besonders eindrückliches Beispiel dafür, wie unter dem Druck der Ereignisse einstige Antimilitaristen zu Vaterlandsverteidigern geworden sind.



Geistige Landesverteidigung ist weder von oben befohlen, noch von oben geleitet worden, geschweige denn zwangsweise oktroyiert (was unter den spezifischen Bedingungen helvetischer Befindlichkeit ohnehin chancenlos gewesen wäre). In der Botschaft des Bundesrates vom 9. Dezember 1938 hiess es ausdrücklich: «Wenn die militärische und wirtschaftliche Verteidigung des Landes, ihre Vorbereitung und Organisation, eine Sache des Staates sind, so möchten wir die geistige Landesverteidigung vor allem der Initiative des Bürgers überlassen ... Die Kräfte des Landes müssen sich selbst mobilisieren, um eine gemeinsame Front zu bilden.»

Und so geschah es auch. Das Bedürfnis nach Verteidigung auch auf geistigem Gebiet war eine ganz natürliche Konsequenz des im Volk tief verwurzelten Willens zum Widerstand gegen Anmassung und Versuchung durch fremde Ideologien und zur Selbstbehauptung der eigenen nationalen Identität. Insofern ist es völlig absurd, von «helvetischem Totalitarismus» zu reden. Es ging überhaupt nicht um eine geistige Gleichschaltung nach totalitärem Vorbild, sondern um eine freiwillige Bündelung der geistigen Abwehrkräfte. Es ging insbesondere auch darum, den Propagandisten im Reich und ihren Sympathisanten im eigenen Lande deutlich zu machen, dass die alemannische (deutschsprachige) Schweiz keine «deutsche Minderheit» war, die der Erlösung harrete und auf ihre «Rückkehr ins Reich» wartete. Es ist daher ganz natürlich, dass die geistige Landesverteidigung in der deutschsprachigen Schweiz vielleicht mehr als in den welschen Kantonen als eine Existenzfrage empfunden worden ist. Doch auch wenn die romanische Schweiz von den deutschen Volkstumsideologen nicht direkt ins Visier genommen worden ist, so ging es doch auch für sie um die weitere Existenz des schweizerischen Bundesstaates schlechthin.

Wenn man sich zur Stärkung des nationalen Bewusstseins auf die geschichtlichen Wurzeln in der Alten Eidgenossenschaft berief, so konnte dies nicht alle Schweizer Bürger in gleicher Weise berühren. Denn diese Alte Eidgenossenschaft war im wesentlichen ein alemannisch-deutschsprachiges Gebilde gewesen, grosse Teile der italienisch und französisch sprechenden Schweiz dagegen Untertanengebiete wie das Tessin und die Waadt. Sie verdankten ihre Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit nicht den Schlachtsiegen der alten Eidgenossen, sondern dem Zusammenbruch des Ancien Regime unter dem Einfluss der Französischen Revolution. Als sprachliche Minderheiten legten sie den Ton weniger auf gemeinsame Geschichte als auf die Respektierung der «*particularités ethniques et linguistiques*». Dies sei die beste Verteidigung des «*patrimoine intellectuel de la Suisse*», wie ein welscher Nationalrat es formulierte.

Alle die Männer und Frauen, die sich im Sinne der geistigen Landesverteidigung engagiert haben, sahen es als ihre Aufgabe an, wie Edgar Bonjour es zusammengefasst hat, «das Erbgut an nationalen Traditionen und staatspolitischen Grundsätzen zu bewahren, das Volk politisch aufzuklären und vor gefährlichen Verirrungen zu bewahren, den Zusammenhalt der Eidgenossen aller Sprachen und Konfessionen zu stärken, die Angriffe von aussen und innen gegen die schweizerische Staatsidee abzuwehren» (Neutralität Band III, S. 387).

### *Kein kultureller Isolationismus*

Für die deutschsprachige Schweiz ist diese Distanzierung von Deutschland ein Prozess gewesen, der auch seine schmerzliche Seite gehabt hat. Denn wir waren und blieben doch ein Teil der deutschen Sprachgemeinschaft, wir blieben eben doch der deutschen «Kulturnation» verbunden, wenn wir diesen Begriff Friedrich Meineckes hier anwenden wollen. Es gab nicht nur die gemeinsame (Literatur)sprache, sondern auch gemeinsame kulturelle Werte, die aus einer langen geschichtlichen Tradition herrührten. Die Situation ist grundsätzlich die gleiche für das Verhältnis der französischsprachigen Schweiz gegenüber Frankreich und des Tessins Italien gegenüber. Die Abgrenzung von Deutschland konnte nur eine ideologisch-politische sein, nicht eine geistig-kulturelle, Ablehnung des dort herrschenden totalitären Regimes, nicht eine Absage an die deutsche Kultur. Im Gegenteil: die deutschsprachige Schweiz wurde in mancher Hinsicht zum letzten Refugium freier und nicht dirigierter und manipulierter deutscher Kultur. Sie war das einzige Land im deutschsprachigen Raum mit einer freien Bühne, ob man dabei an das Schauspielhaus Zürich denkt oder an das bissige Cabaret «Cornichon».

Wir konnten es ja schliesslich nicht die grossen Vertreter der deutschen Literatur büssen lassen, nur weil sie von den neuen Machthabern im Reich vor ihren Karren gespannt und missbraucht worden sind. Wir konnten und wollten doch nicht verdrängen, dass es einer der grossen deutschen Dichter gewesen ist, dem wir unser «Nationaldrama» zu verdanken hatten. Wenn die Aufführung von Wilhelm Tell im Zürcher Schauspielhaus zur nationalen Demonstration gerät, dann tritt dieses Dilemma besonders klar zutage: der Deutsche Friedrich Schiller wird zum Kronzeugen schweizerischen Selbstbehauptungswillens.

Wenn eine angeblich «übersteigerte» Betonung der kulturellen und politischen Andersartigkeit von damals wegen ihrer Nachwirkungen auf die heutige

Zeit im Namen Europas bedauert wird, so ist dazu Folgendes zu sagen: Die starke Betonung der Sonderstellung und des Sonderweges der Schweiz bedeutete keineswegs eine Abkehr von Europa. Vielmehr wurde in der erwähnten Botschaft des Bundesrates «die Zugehörigkeit zu drei grossen geistigen Lebensräumen des Abendlandes» als eine der Konstanten des schweizerischen Wesens genannt. Damit bekannte man sich ausdrücklich auch weiterhin zur deutschen Kulturgemeinschaft – neben der französischen und italienischen. Was man aber ablehnte, war das «neue Europa», das vom NS-Regime propagiert wurde. Zu *diesem* Europa wollten die Schweizer – jedenfalls die weit überwiegende Zahl – nicht gehören. Es ist ebenso unangebracht, damaliges Verhalten vom Standpunkt der heutigen europäischen Lage aus zu verurteilen, wie es verkehrt ist, die damalige ausserordentliche Bedrohungssituation auf den gegenwärtigen Zustand zu projizieren.

Auch wenn im Rahmen dieser Darstellung nicht näher auf die vielfältigen Aktivitäten eingegangen werden kann, so sei doch noch ein unserer Ansicht nach besonders eindrückliches Beispiel geistiger Landesverteidigung erwähnt. Wir meinen das Cabaret «Cornichon».

Die folgenden Ausführungen möchte der Autor auch als Hommage an eine aussergewöhnliche Frau verstanden wissen, mit der er in jahrzehntelanger Freundschaft verbunden gewesen ist: an Elsie Attenhofer, die dem Cabaret mit dem Symbol der sauren Gurke während der ganzen Zeit seines Wirkens die Treue gehalten hat. Elsie Attenhofer war nicht nur eine grosse Künstlerin – «Grand Old Lady» des Cabarets hat man sie später genannt –, sondern auch eine glühende, aber ebenso kritische Patriotin, eine tapfere Kämpferin für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit und gegen Intoleranz, Machtgier und Rassendünkel. So schrieb sie das erste schweizerische Bühnenstück, das den Antisemitismus thematisierte: «Wer wirft den ersten Stein?». Es war 1943. Sie war mit einem ebenso bedeutenden Mann verheiratet: Karl Schmid, Literaturprofessor an der ETH, eine der herausragenden Persönlichkeiten des schweizerischen Geisteslebens im 20. Jahrhundert.

### *«Das Salz der geistigen Landesverteidigung»*

So nannte Attenhofer ihr Cabaret in dem Buch, das sie ihm gewidmet hat. (Cornichon. Erinnerungen an ein Cabaret. Bern 1979. Zweite Auflage Schaffhausen 1994.) «Bastion», wie man es auch bezeichnet hat, war ihr offenbar zu bombastisch – obschon es doch eigentlich etwas von einer uneinnehmbaren Festung gehabt hat. Die Machthaber im Norden und Süden, die es so oft geärgert hat,

konnten es jedenfalls nicht zu Fall bringen. In einem Geleitwort zu dem erwähnten Band finden sich die Sätze:

«Es wird einem wieder bewusst, wie sehr das Cabaret den Widerstandswillen von Tausenden von Besuchern gegen die totalitäre Bedrohung gestärkt hat... Damit hat es in entscheidendem Masse innere Abwehrkräfte mobilisiert und der geistigen Landesverteidigung durch seine satirischen Attacken und Blossstellungen auf seine Weise gedient.»

Diese anerkennenden Worte stammen von einer Persönlichkeit, die sich damals ebenfalls um die Selbstbehauptung des Landes in ausserordentlicher Weise verdient gemacht hat: alt Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen, der Schöpfer des nach ihm benannten Planes von 1940, dessen Ziel es gewesen ist, durch Vergrösserung der landwirtschaftlichen Anbaufläche die Versorgung der Bevölkerung während des Krieges mit Nahrungsmitteln sicherzustellen.

Nicht zufällig ist das «Cornichon» kurz nach der Machtübernahme der braunen Schlägertrupps in Deutschland gegründet worden. Dieses unheilvolle Ereignis ist vielmehr der eigentliche Anstoss für die Gründung im Jahre 1934 gewesen. Seine Hauptaufgabe haben die Initianten von Anfang an darin gesehen, die Sympathisanten des NS-Regimes im Lande, die Fröntier (samt ihren Hintermännern im Ausland), «mit Ironie, Satire und gepfeffertem Witz» anzuprangern. Nach dem Motto: «C'est le ridicule qui tue.»

Auch dem Thema unseres Buches hat sich das Cabaret «liebervoll» angenommen: der Appeasementpolitik Chamberlains und seinem «Frieden» von München. Anlass dazu bot eine nicht besonders glückliche Rede von Motta, in welcher er Anfang Oktober 1938 ein Hohelied auf den britischen Premierminister, aber auch auf den italienischen Diktator Mussolini angestimmt hat. Chamberlain lobte Motta dabei als «fliegenden Boten des Friedens». Das stach den Leuten vom «Cornichon» in die Nase. Denn sie hielten, genau wie der Grossteil der Schweizer Presse, nicht allzuviel von dieser Politik. Und so kam es zum «Schaukelstuhl-Duett», in welchem sie ihren Hohn und Spott über den «Regenschirmfrieden» ausgossen. Wenn wir nicht «schaukelten» und nicht «gaukelten», so die Pointe, «käm uns der Friede verdächtig vor».

Das «Cornichon» legitimierte sich, wie Attenhofer betont, im Unterschied zu reinen Unterhaltungsbühnen dadurch, «dass es gegen etwas kämpfte, weil es *für etwas* war, nämlich für die Erhaltung unserer Form der Demokratie». Die politische Wirkung der Kleinbühne im Cafe Hirschen im Zürcher Niederdorf war nicht zu unterschätzen, auch wenn man sie nicht mit einem Massenmedium wie Presse und Radio vergleichen kann. Viele der witzigen Satiren und der trefenden Pointen machten weitherum die Runde.

Wenn sein Wirkungsbereich trotzdem relativ beschränkt geblieben ist, so gereichte dies dem Cabaret auch zum Vorteil. Denn manches, was da in Sketchs und Couplets vorgetragen wurde, hätte niemals in einer Zeitung stehen dürfen. Das gesprochene Wort hatte mehr «Narrenfreiheit» als das geschriebene. Der Paragraph des Strafgesetzbuches, der Verächtlichmachung fremder Staatsoberhäupter verbietet, wurde sozusagen dauernd verletzt. Noch und noch wurden die Diktatoren der Nachbarländer mit böser Ironie attackiert. Interventionen der betroffenen diplomatischen Vertretungen erfolgten denn auch mit schöner Regelmässigkeit, was beweist, dass die Sticheleien die anvisierten Machthaber nicht kalt gelassen haben. Die Schweizer Behörden sahen sich auf Grund dieses Drucks von aussen mehrere Male gezwungen einzuschreiten. Doch blieb es bei Verwarnungen. Niemals ist eine Aufführung verboten worden oder gar das ganze Unternehmen selbst.

Ein einziges Mal musste eine besonders aggressive Nummer, die den Untertitel «Grössenwahn» trug, gestrichen werden. Darin wird ein Gespräch zweier unheilbar Geisteskranker wiedergegeben, die zwar Schweizerdeutsch reden, aber die vielsagenden Initialen A und B tragen. Obschon also keine Namen genannt wurden, erkannte das Publikum in den Grössenwahnsinnigen ohne Mühe hinter den Initialen den deutschen (Adolf) und den italienischen (Benito) Diktator. Es war Ende April 1939. Hitler hatte gerade das Münchner Abkommen gebrochen, und sein Image war in der Schweiz auf einem Tiefpunkt angelangt. Entsprechend gut ist natürlich die Satire angekommen. Doch «diesmal war das Vergnügen von kurzer Dauer», wie Attenhofer berichtet.

In einer Stellungnahme des Nachrichtendienstes der Kantonspolizei Zürich wird festgehalten:

«Inhaltlich ist das ganze Stück gegen die Achsenmächte und deren Regierungsköpfe gerichtet. Dabei sind einzelne Akte durchaus geeignet, die Persönlichkeit der HH. Hitler und Mussolini sowie deren Politik ins Lächerliche zu ziehen.» Das war zweifellos eine korrekte Wiedergabe des inkriminierten Stücks.

Diesmal war der Druck nun so stark, dass die Nummer gestrichen werden musste, um eine Schliessung des Unternehmens zu vermeiden. Doch es durfte, so die verantwortlichen Leiter der Bühne, kein Präzedenzfall werden. Trotz aller Drohgebärden aus Nord und Süd überlebte so das freche Cabaret die spannungsreiche Zeit und damit auch die beiden Diktatoren und ihre Regimes, die bevorzugte Zielscheiben seines bissigen Humors gewesen sind. Falls die Schweiz in den Machtbereich des Dritten Reiches gelangt wäre, hätten die Mitglieder des

«Cornichon» allerdings nichts zu lachen gehabt. Doch sie sind sich wohl bewusst gewesen, dass sie sich auf eine Gratwanderung begeben hatten.

Elsie Attenhofer zeigte dem Autor einmal eine «schwarze Liste» der Gestapo, auf der Namen von Persönlichkeiten standen, die nach einem allfälligen Einmarsch der Deutschen sofort hätten «unschädlich» gemacht werden sollen. Ihr Name befand sich auch darunter.

### *Geistige Landesverteidigung der besonderen Art*

Im Sommer des Jahres 1938 fand in Paris die Fussballweltmeisterschaft statt. Dabei kam es im Achtelfinal zur Begegnung Schweiz – Deutschland. Das Spiel musste wiederholt werden, da es unentschieden ausgegangen war. Schon dieses Remis war ein ungeahnter Erfolg und wurde in der Schweiz entsprechend gefeiert. Denn erstmals waren die Deutschen mit einer «grossdeutschen», d.h. mit einer durch Österreicher «angereicherten» Mannschaft, angetreten. Der Anschluss, der nur wenige Monate zurücklag, wurde also auch auf sportlichem Gebiet prompt ausgenutzt. Doch es sollte noch besser kommen. Am 9. Juni siegte die Schweiz mit 4:2 Toren, nachdem sie in der Pause «hoffnungslos», wie man allgemein annahm, zurückgelegen hatte. Nun kannte der Jubel im Land keine Grenzen. (Dass man sich auch im Gastgeberland Frankreich über den Schweizer Sieg oder noch mehr über die deutsche Niederlage freute, kann man sich denken.) Unzählige Landsleute hatten das Spektakel am Radio mitverfolgt, so auch der Verfasser als damals 18-jähriger Gymnasiast (und Hobbyfussballer). Teilweise war die Radioreportage durch Lautsprecher ins Freie übertragen und von ganzen Menschenmassen angehört worden.

Unmittelbar nach dem Schlusspfiff kam es zu spontanen Freudenkundgebungen im gesamten Land. Bei der Mannschaft in Paris trafen «stapelweise» Gratulationen ein. So auch von Bundesrat Minger, dem Vorsteher des Militärdepartementes (obschon Sport damals noch nicht zu seinen Obliegenheiten gehörte). Aber auch der Präsident des Nationalrates, der Sozialdemokrat Hauser, übermittelte die Glückwünsche der grossen Kammer. Das Land war, weit über die normalerweise Fussballbegeisterten hinaus, völlig «aus dem Häuschen». Zeitungen gaben Extrablätter heraus, in denen der Sieg überschwänglich gefeiert wurde.

Nun war ein Fussballsieg eines Kleinen gegen einen der (ganz) Grossen schon an und für sich ein Anlass zur Freude und Genugtuung, besonders an einer Weltmeisterschaft. Doch hier ging es ganz offensichtlich um mehr als um

eine rein sportliche Angelegenheit. Das konnte man u.a. daraus entnehmen, dass in gewissen Kommentaren die Heldentaten der «alten Eidgenossen» beschworen wurden, von Morgarten bis St. Jakob an der Birs. Es war ein Akt der nationalen Selbstbehauptung eines sich bedroht fühlenden Kleinstaates gegen die als Bedrohung empfundene Machtentfaltung des grossen Nachbarn im Norden. Diese Gemütslage kommt auch in zahlreichen Pressekommentaren zum Ausdruck.

### *Fussballsiege als nationale Selbstbestätigung*

Die NZZ schrieb in ihrem Kommentar, die Schweizer hätten die «deutsche Festung» unaufhörlich berannt, «bis diese schliesslich kapitulierte». Die Wortwahl, eher ungewöhnlich für diese Zeitung, liess das Bild einer gewonnenen Schlacht aufkommen. Noch ungewöhnlicher war der Umstand, dass das in Sachen Aufmachung eher konservative Blatt den Bericht über den sensationellen Fussballsieg zweispaltig auf der Titelseite brachte, «wohin er wohl auch hingehörte», wie Fred Luchsinger schreibt; «denn der Sieg war angesichts seiner Auswirkungen auf das nationale Bewusstsein zweifellos ein Politikum». Die «Basler Arbeiter-Zeitung» meinte, mit recht deutlicher ideologischer Stossrichtung, die Schweizer Mannschaft habe den «Unbesiegbarkheitsfimmel der braunen Bataillone» gestoppt. Der «Sport» schrieb einigermassen sarkastisch: «Da spielten also 60 Millionen Deutsche gegen uns, aber uns genügten elf Spieler.» Es war eine Anspielung auf das NS-Parteiblatt «Völkischer Beobachter», das eine Vorschau auf das Spiel mit dem Titel versehen hatte: «60 Millionen Deutsche spielen in Paris». Der nationalistische Unterton war deutlich. Es waren also die Deutschen selbst, die das sportliche Duell zweier Mannschaften zu einem Politikum gemacht hatten, zu einem Kampf zwischen Nationen.

Doch dieser Ton war ja keineswegs neu. Man hatte ihn anlässlich der olympischen Spiele noch und noch zu hören bekommen. Noch nie zuvor waren diese eigentlich dem Völkerfrieden verpflichteten Spiele in solch penetranter Weise für eine politische Propagandaschau, für eine Demonstration eigener nationaler Macht und Grösse missbraucht worden. Die Deutschen waren also die letzten, die sich über eine Politisierung des Sports beklagen durften, wie sie zweifellos auch in den erwähnten schweizerischen Reaktionen zum Ausdruck gekommen ist. (Der «Führer» selbst dürfte sich über diese «grossdeutsche» Blamage ebenso geärgert haben wie anlässlich der Olympiade, wo die deutsche Mannschaft von dem ebenfalls «kleinen» Norwegen besiegt worden war. Er war seit her ein Gegner von solchen Sportarten, in denen die Entscheidung über Sieg

oder Niederlage derart unberechenbar war, wie dies im Mannschaftssport eben der Fall ist.)

Drei Jahre später, nun schon mitten im Krieg, kam es übrigens zu einer Neuauflage der beschriebenen Situation. Die deutschen Fussballer erlitten am 20. April 1941 erneut eine Niederlage. Der Autor, nun Student an der Universität Bern, hat es «live» miterlebt. Es lag eine unheimlich anmutende Spannung über dem Berner Wankdorfstadion, das bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Hass gegen das kriegführende Deutschland hatte einen neuen Höhepunkt erreicht. Denn zwei Wochen zuvor hatte die deutsche Wehrmacht wieder zwei kleinere Länder überfallen und mit dem sprichwörtlich gewordenen Blitzkrieg heimgesucht: Jugoslawien und Griechenland.

Besonders letzteres genoss eine ausgeprägte Sympathie in der Schweiz, seitdem die Griechen dem faschistischen Italien, das sie im Herbst 1940 überfallen hatte, Niederlage um Niederlage beibrachten. Wie zuvor schon Finnland mit seinem erfolgreichen Widerstand gegen die übermächtige Sowjetunion im Winterkrieg 1939/40, wurde auch Griechenland als Beweis dafür angesehen, dass ein kleines Volk gegen den Angriff einer Grossmacht keineswegs chancenlos war. Solche Erfahrungen waren geeignet, den Widerstands- und Durchhaltewillen der Schweizer in der ungemütlichen Situation, in der sie sich inzwischen befanden – eingeschlossen von den Achsenmächten – zu stärken. Und nun war dieses tapfere Griechenland auch noch von Deutschland überfallen worden. Für uns Miterlebende kam es einem feigen Rückenschuss gleich. Das war in der Presse auch deutlich genug, so deutlich wie es unter den gegebenen Umständen möglich war, zum Ausdruck gebracht worden.

An jenem 20. April 1941 jedenfalls herrschte eine Art emotionaler Kriegszustand. Die Sicherheitsmassnahmen waren denn auch entsprechend umfangreich. Doch die Wogen der Begeisterung, die auch diesmal hoch schlugen wie 1938, vermochte<sup>e</sup> keine polizeilichen Massnahmen zu hindern. Weitherum wurde auch dieser sportliche Sieg als Demonstration des schweizerischen Selbstbehauptungswillens gegen den «bösen Feind» empfunden. Die Schmach der Deutschen erhöhte sich noch durch den Umstand, dass diese erneute Niederlage ausgerechnet am «Führergeburtstag» stattfand. Goebbels notiert sich einen Tag darauf die Worte: «Gott erhalte uns den Führer noch sehr lang. Dann ist uns jeder Sieg gewiss.» Die Niederlage in der Schweiz hat der Propagandaminister grosszügig übersehen.



## Fazit: Der Anschluss bedeutet Hegemonie des Dritten Reiches

Die Bedeutung der Einverleibung Österreichs in das vom NS-Regime beherrschte Deutschland kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Einer der besten Kenner dieser Materie, der österreichische Historiker Norbert Schausberger, kommt zu folgendem recht eindeutigen Urteil:

«Das Deutsche Reich konnte mit dem Gewinn Österreichs seine kritische wirtschaftliche Situation überwinden sowie Tempo und Vorsprung der Rüstung durch mindestens 9 Monate aufrechterhalten. Der Anschluss Österreichs bedeutete eine entscheidende Kräfteverlagerung und einen wichtigen Schritt Hitlers auf dem Weg in den Grosswirtschaftsraum. Das ganze System der Kleinen Entente, des Balkanpaktes und der französischen Balkanpolitik hatte damit einen tödlichen Schlag erhalten. Es war eine Machtverschiebung von grösster Bedeutung, die dem Dritten Reich die militärische und wirtschaftliche Hegemonie in Europa sicherte.»

(Vgl. den Aufsatz «Deutsche Wirtschaftsinteressen in Österreich» in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 199.)

Bereits 1936 sah Hitler seine weitreichenden Pläne durch wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten gefährdet. Seine «Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplanes» vom August 1936 war eine Folge dieser Schwierigkeiten und sollte Richtlinien geben für eine Überwindung der vorhandenen Engpässe. Diese bestanden vor allem in Rohstoffknappheit und Devisenmangel. Im Verlaufe des Jahres 1937 musste man in Berlin zur Kenntnis nehmen, dass die in diesen Plan gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllten. Zwar hatte Deutschland inzwischen in Europa die politische Initiative ergriffen und militärisch einen Rüstungsvorsprung erreicht, doch die gesamtökonomische Lage begann immer kritischer zu werden. Die Devisenvorräte waren praktisch erschöpft, sodass die fehlenden Rohstoffe auch nicht eingekauft werden konnten. Es musste «eine akute Bedrohung des errungenen Rüstungsvorsprungs» befürchtet werden. Die Auswirkungen des Rohstoffmangels waren derart, dass die Kapazitätsauslastung in gewissen Bereichen der Rüstungsindustrie, z.B. in der Munitionsfabrikation, auf unter 50 Prozent abgesunken ist. (Wilhelm Deist u.a.: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1989, S. 532.)

Angesichts dieser wenig erfreulichen Gesamtlage richteten sich die Augen der verantwortlichen «Rüstungsmanager» Deutschlands sehr bald auf Österreich, das gerade an Rohstoffen einiges zu bieten hatte. Denn um den Rüstungsvorsprung zu erhalten, «blieb nur noch die Gewinnung zusätzlichen Wirt-

schaftspotentials». Oberster Verantwortlicher für die Durchführung des Vierjahresplans war bekanntlich Göring. Es verwundert daher nicht, dass er es war, der darauf drängte, die wirtschaftlichen Ressourcen der Alpenrepublik für den deutschen Bedarf besser auszunutzen: zunächst durch wirtschaftliche Durchdringung, schliesslich dann durch politischen Anschluss. Folgerichtig spielte Göring im März 1938 auch die Hauptrolle, und die Initiative ging zeitweilig ganz auf ihn über. Noch einmal wird deutlich, dass es in erster Linie wirtschaftliche und dann auch strategische Gründe gewesen sind, die zur Einverleibung Österreichs geführt haben. Dies stellte auch der gestürzte Bundeskanzler Kurt Schuschnigg rückblickend fest:

«Die wahren Motive des Anschlussdrängens, die schliesslich auch zeitlich den Ausschlag gaben, waren jedoch, was der Öffentlichkeit weder in Deutschland noch in Österreich bewusst geworden ist, strategischer und wirtschaftlicher Natur ... Insbesondere auf dem wirtschaftlichen Sektor war Österreich keineswegs eine ‚quantité négligeable« ...» (Im Kampf gegen Hitler, Wien 1969, S. 335.)

Neben der Erweiterung der Rohstoffbasis – Eisenerze, aber auch Mangan, Wolfram, Antimon, Kupfer etc. – und der Erschliessung neuer Energieressourcen (Erdölfelder, Elektrizitätserzeugung durch Ausbau der Wasserkraftwerke, Holzreserven) waren die begehrtesten Blicke auf die Gold- und Devisenvorräte gerichtet, die in Wien lagerten. Schon eine Woche vor dem eigentlichen Anschluss wurde durch ein deutsches Ultimatum die Unterstellung der gesamten Devisenpolitik der österreichischen Nationalbank unter die Kontrolle der Reichsbank gefordert!

Wie Schausberger berechnet hat, fiel den Deutschen in der österreichischen Nationalbank ein Goldschatz von über 91 Tonnen und ein Devisenbestand von 217 Millionen Schilling in die Hände. Wenn die Gold- und Devisenbestände, die in einem regelrechten Raubzug privaten Besitzern entwendet wurden, dazugezählt werden, dann ergibt sich eine Summe von 1,3 Milliarden Reichsmark, die durch die Besetzung Österreichs der deutschen Kriegsvorbereitungswirtschaft zugeflossen sind. Diese Zahlen gewinnen noch an Bedeutung, wie der Autor betont, wenn man sie mit dem damaligen Valutenbestand der deutschen Reichsbank vergleicht. Er machte nämlich die «lächerliche Grösse» von 76 Millionen Reichsmark aus. Mit andern Worten: Was die Deutschen im besetzten Österreich erbeuteten, kam dem «siebzehnfachen Betrag des deutschen Barschatzes» gleich! (Vgl. dazu auch vom selben Autor: Der wirtschaftliche Anschluss Österreichs 1938 in: Österreich in Geschichte und Literatur 5, 1971.) Bei dem erwähnten Raubzug erging es den jüdischen Österreichern besonders

schlimm. «Sie hatten nicht nur unmenschliche Drangsalierungen zu erdulden, ihnen wurde auch der grösste Teil ihres Besitzes geraubt. Die Bezeichnung für diesen Raubzug lautete ‚Arisierung‘, an der leider auch viele Österreicher teilgenommen haben.»

Das Schicksal der Juden war allerdings das letzte, was den «Führer» interessierte. Am 25. März 1938 hielt er in Königsberg eine Triumphrede, in der er u.a. sagte:

«Wir haben in wenigen Tagen mehr gewonnen, als früher nach siegreichen Kriegen heimgebracht werden konnte: 84'000 Quadratkilometer und 6,8 Millionen Menschen. Es ist ein gewaltiger Zuwachs für unser Reich. Deutschland ist heute grösser als 1914. Das ist ein gewaltiger, gewaltiger Erfolg.»

Wunder, Sieg, Grösse, Erfolg – all das hatte Hitler erreicht, ohne auf den geringsten Widerstand anderer Mächte zu stossen. Der Grösse des deutschen Erfolges entsprach die Grösse der Niederlage der andern Mächte, insbesondere der westlichen Demokratien. Der Schweizer Historiker J.R. von Salis stellte dazu in einem Kommentar für die NZZ vom 18. März 1938 mit spürbarer Enttäuschung fest: «Theoretisch waren die vier andern Grossmächte – England, Frankreich, Russland, Vereinigte Staaten – die mächtigeren, grösseren, reicheren, die zusammengenommen über beinahe die Gesamtheit der Rohstoffe der Welt und über die Herrschaft auf den Weltmeeren verfügten. Praktisch stehen sie jedoch wie gelähmt da, ohne von irgendeinem ihrer Vorteile Gebrauch zu machen ... Der Dynamik ihrer Rivalen haben sie nichts entgegenzusetzen als leere Formeln, als tote Verträge und eine Ratlosigkeit, die ihresgleichen in der Geschichte sucht.»

### 3 Die Preisgabe der Tschechoslowakei (CSR)

Uneinigkeit der westlichen Demokratien England und Frankreich, sowohl unter sich wie in Bezug auf Sowjetrußland, war die Hauptursache für Hitlers leichte Erfolge bei der Demontage des Friedenssystems von 1919 in den Jahren seit 1935/36. Die mangelnde Solidarität seiner Gegner war die «hauptsächliche Prämisse seiner Diplomatie» stellt der britische Historiker und Hitler-Biograf Alan Bullock fest. Diese kaum zu bestreitende These findet eine weitere Bestätigung in der sogenannten Sudetenkrise, die mit der Preisgabe der tschechoslowakischen Republik endet. Wir verwenden mit Absicht das Wort «Preisgabe»; denn der einzige demokratische Staat in Mitteleuropa hatte im wahrsten Sinne des Wortes den Preis zu bezahlen für die Erhaltung des europäischen Friedens. Dieses Ziel schien in den Augen der unermüdlichen Verfechter einer Beschwichtigungspolitik gegenüber den Diktaturen offensichtlich jeden Preis zu rechtfertigen – solange man ihn nicht selbst zu bezahlen hatte (wie man fälschlicherweise annahm). Der Fall Tschechoslowakei wurde zur Probe aufs Exempel. Diese Probe hat die insbesondere von England mit grossem Einsatz verfochtene Friedenspolitik nicht bestanden. Sie führte vielmehr, wie sich bald zeigen sollte, direkt in den europäischen Krieg, den man unbedingt hatte vermeiden wollen. Somit fällt die Geschichte selbst ihr Urteil.

Die Preisgabe der Tschechoslowakei hat Hitler einen weiteren unblutigen Erfolg eingebracht, dessen Auswirkungen weit über die «Befreiung» der deutsch besiedelten Gebiete des Vielvölkerstaates hinausgehen sollten. Dies wird in diesem Kapitel darzulegen sein. Zwar ist es dem deutschen Diktator im Herbst 1938 zunächst noch nicht gelungen, den verhassten Staat «durch eine militärische Aktion zu zerschlagen», wie er dies beabsichtigt hatte. Mit den Deutschland zugesprochenen Grenzregionen gingen aber auch die für eine erfolversprechende Verteidigung des Landes unentbehrlichen Befestigungen verloren. Damit war der durch die Beschlüsse der Konferenz von München vorläufig nur amputierte Staat praktisch wehrlos geworden. Er war auf Gnade und Ungnade dem Deutschen Reich ausgeliefert – und das bedeutete bei einem Mann vom Schlage des deutschen Diktators nichts Gutes.

Das edle Vorhaben, dem Nationalitätenprinzip zum Durchbruch zu verhelfen, endete in einem totalen Fiasko. Mit dem Untergang ihres Staates verloren

die Tschechen auch ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung, in dessen Zeichen die ganze Übung ja eigentlich gestanden hat. Operation gelungen, Patient gestorben, möchte man sagen. Doch das ist nur eine Seite der vielschichtigen Problematik. Die Preisgabe der Tschechoslowakei hat auch weitreichende geopolitische und strategische, sowie finanzielle und wirtschaftliche, insbesondere die Rüstungswirtschaft betreffende Konsequenzen gehabt, die zusammengekommen einen ausserordentlichen Machtzuwachs des Deutschen Reiches darstellten. Seine Kriegsfähigkeit wurde durch die umfangreiche Beute, die ihm die Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates eingebracht hat, enorm gesteigert, ja überhaupt erst ermöglicht. Darauf wird später noch ausführlicher einzugehen sein.

### *Beunruhigung über die Entwicklung in der Tschechoslowakei*

Dass Frankreich und England auch in der neu heraufziehenden Krise um die Tschechoslowakei nur schwer zu einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik finden würden, stand bald einmal fest. So kam die Diskrepanz der politischen Auffassungen bereits deutlich zum Ausdruck, als sich führende Mitglieder der Regierungen der beiden Länder Ende April 1938 in London trafen, und zwar erstmals zur Besprechung der Lage in der Tschechoslowakei.

In diesem Land hatte sich seit dem Anschluss Österreichs die Unruhe in den sudetendeutschen Gebieten laufend verschärft. Am 24. April verkündete die Sudetendeutsche Partei, die beanspruchte, das Deutschtum insgesamt zu vertreten, das «Karlsbader Programm». Es enthielt in acht Punkten die Forderungen gegenüber der Prager Regierung. Volle Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der deutschen Volksgruppe wurde verlangt sowie Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung mit eigenen Angestellten. Diese Forderungen liefen somit auf volle Autonomie hinaus, wenn auch noch innerhalb des bestehenden Staates. Bedenklicher war aber die letzte Forderung, die «volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volk und zur deutschen Weltanschauung», was natürlich nur Bekenntnis zum Nationalsozialismus und seinem Programm heissen konnte. Und zu diesem Programm gehörte bekanntlich die Vereinigung aller «Deutschen» in einem Reich! Der Interpretation dieses Punktes waren somit buchstäblich keine Grenzen gesetzt.

## Frankreichs Politik auf dem Probestand

Wenn möglich noch bedenklicher war indessen die Forderung auf «Revision der aussenpolitischen Stellung des tschechoslowakischen Staates». Nach Lage der Dinge konnte das nichts anderes bedeuten als die Aufkündigung der Verträge Prags mit Paris und Moskau. Im Unterschied zu England war Frankreich davon direkt betroffen. Die Ausgangslage für die Herstellung einer gemeinsamen Politik in der tschechischen Frage war also für die beiden Gesprächspartner höchst unterschiedlich. Für Frankreich war der durch den aggressiven deutschen Nationalismus in seiner Existenz bedrohte Staat ein wichtiger Verbündeter, ja der einzige noch zuverlässige in dem bereits schwer angeschlagenen französischen Bündnissystem. Für die Engländer dagegen war dieser Staat, wie Chamberlain sich einmal ausdrückte, «ein fernes Land, von dem wir nicht viel wissen». Nun waren aber, wie wir schon früher gezeigt haben, auch in Frankreich selbst die Meinungen über die Zweckmässigkeit dieses «östlichen» Vertragssystems geteilt, ganz besonders über den Pakt mit der Sowjetunion. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Regierung. Insofern traf diese Forderung der Sudetendeutschen – deren Berliner Regie eigentlich unschwer zu erkennen war – einen höchst empfindlichen Nerv der französischen Politik.

Die Uneinigkeit im eigenen Land erschwerte dem französischen Ministerpräsidenten zusätzlich die Aufgabe, der unter dem Kommando von Chamberlain unbeirrt auf Appeasementkurs segelnden britischen Regierung eine klare französische Position entgegenzusetzen. Wie sollte er dies tun können, wenn sein Land nicht mit einer Stimme sprach, sondern eher mit einem Stimmengewirr? Das hat doch seit Jahren schon zur Aushöhlung der Machtposition der einstigen Grossmacht Nr. 1 auf dem Kontinent entscheidend beigetragen. Die Schwäche der französischen Stellung ist denn auch in den Gesprächen mit London erbarmungslos entblösst worden. Es erscheint daher irgendwie logisch, wenn die Führung der «gemeinsamen Geschäfte» der beiden westlichen Demokratien immer deutlicher und immer ausschliesslicher auf den britischen Premierminister überging. Chamberlains Taktik, den französischen Partner regelrecht auszumanövrieren, wurde wesentlich erleichtert durch den Umstand, dass er «Parteigänger» auch im französischen Kabinett hatte, den Aussenminister Georges Bonnet an der Spitze. In diesem Mann sah Winston Churchill nicht nur den führenden Appeaser unter den französischen Politikern, sondern geradezu die «Quintessenz des Defaitismus»! (Der Zweite Weltkrieg, Band 1,1 S. 368) Während der ganzen Sudetenkrise war die französische Regierung in Gefahr

auseinanderzubrechen. Einmal drohten die «pacifistes», sie zu verlassen, ein ander Mal die «résistants». Wenig hat gefehlt, und Frankreich wäre auch auf dem Höhepunkt dieser Krise ohne Regierung gewesen wie schon anlässlich des Anschlusses Österreichs. Man braucht nicht besonders boshaft zu sein, um zum Urteil zu kommen, dass es kaum einen grossen Unterschied ausgemacht hätte, ob Frankreich nun eine Regierung hatte oder nicht. Denn eine aussenpolitisch wirklich handlungsfähige hatte das Land so oder so nicht – traurig aber wahr. Ja man kann sogar darüber spekulieren, ob im Falle einer Regierungskrise Daladier der Canossagang nach München erspart geblieben wäre. Die «résistants» in seiner Regierung waren ohnehin der Meinung, Frankreich hätte an diesem unehrenhaften und schmutzigen Schacher gar nicht teilnehmen sollen. Eine Dreierkonferenz der Achsenmächte mit England allein hätte durchaus den damals bestehenden Machtverhältnissen in der internationalen Politik entsprochen. So tief war das Ansehen der «grande nation» bereits gesunken.

### *Prag soll den Preis für den Frieden bezahlen*

Doch zurück zur erwähnten Konferenz. Chamberlain stellt zunächst fest, dass England zwar Verpflichtungen gegenüber Frankreich habe. Doch diese hätten keine Gültigkeit, wenn Frankreich in einen Krieg eintreten würde, um der Tschechoslowakei zu Hilfe zu eilen. Die Risiken einer derartigen militärischen Aktion würden enorm sein, meinte der britische Premierminister. England und Frankreich müssten daher von dem tschechischen Staatspräsidenten Benesch Konzessionen verlangen, die Deutschland zufriedenstellten. Der britische Premierminister glaubt nicht, dass Hitler die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen annektieren wolle. Man müsse Benesch dazu zwingen, die Forderungen der Sudetendeutschen zu erfüllen, um den Frieden in Europa zu retten.

Es war Appeasement Policy reinsten Wassers: die Tschechoslowakei sollte den Preis für die Erhaltung des Friedens bezahlen. Diesen Entschluss hatte Chamberlain offensichtlich schon einen Monat früher, gleich nach dem Anschluss gefasst, wie aus einem Brief an seine Schwester hervorgeht, den sein Biograf Feiling zitiert (vgl. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Band I, 1, S. 336).

Edouard Daladier, seit einigen Tagen neuer französischer Ministerpräsident, nimmt einen unterschiedlichen Standpunkt ein. Zwar ist er einverstanden, dass man Benesch veranlassen müsse, Konzessionen zu machen. Doch falls keine Einigung zustande kommen sollte, müssten England und Frankreich sich

entschlossen zeigen, die Tschechoslowakei zu unterstützen, um ihre Zerstückelung oder ihr Verschwinden («démembrement ou disparition») zu verhindern. Im Gegensatz zu Chamberlain ist Daladier der Auffassung, dass Hitler sich nicht mit dem zufrieden geben würde, was man ihm anbiete. Deutschland gehe auf die Zerstörung all dessen aus, was von den Friedensverträgen noch übriggeblieben sei. Es wolle die letzten Spuren des europäischen Gleichgewichts beseitigen, um eine Herrschaft auf dem Kontinent zu errichten, der gegenüber die Ambitionen Napoleons verblassten. Für Frankreich sei die Allianz mit der Tschechoslowakei von vitaler Bedeutung und es sei entschlossen, die Verpflichtungen zu erfüllen. (Nach Duroseile, p. 336)

Trotzdem stimmte Daladier dem britischen Vorschlag schliesslich zu, die Tschechen dringend aufzufordern, den Sudetendeutschen so weit wie möglich entgegenzukommen. Da dies Lord Halifax offensichtlich noch nicht genüge, beauftragte er seinen Botschafter in Berlin, Ribbentrop davon zu unterrichten, dass man die Tschechen gedrängt habe, mit Henlein zu einer Verständigung zu gelangen. Daraufhin konnte der Reichsaussenminister dem Botschafter seiner Majestät die freudige Botschaft übermitteln, dass der «Führer» dieses Vorgehen der Westmächte aufs Wärmste begrüsse. Der britische Historiker Alan Bullock meint dazu einigermassen sarkastisch:

«Hitler dürfte entzückt gewesen sein von der Art und Weise, wie seine beiden Hauptgegner die Arbeit für ihn taten.» (Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Fischer Bücherei Frankfurt 1964, S. 479)

### *General Gamelins illusionäre Beurteilung der Lage*

Zwar hat der französische Ministerpräsident Edouard Daladier die Absichten Hitlers wesentlich realistischer beurteilt als sein britischer Kollege Neville Chamberlain. Ob allerdings seine Ausführungen über den französischen Willen, die Bündnisverpflichtungen zu erfüllen, ebenso realistisch waren, ist ziemlich fraglich. Die Zweifel beginnen damit, dass Daladier zu seinem Aussenminister einen Mann erwählt hat, der wie angedeutet eher mit Chamberlain als mit seinem eigenen Regierungschef übereinstimmte: Georges Bonnet. Wie aber sollte eine klare und feste aussenpolitische Linie Zustandekommen, wenn die beiden wichtigsten Männer des französischen Kabinetts praktisch gegensätzliche Auffassungen vertraten? Doch das war der Preis, den Daladier bezahlen musste, wenn er eine Mehrheit im Parlament erreichen wollte. Diese gegensätzlichen Auffassungen waren indessen lediglich das Spiegelbild der – seit Jahren – in zwei Lager gespaltenen Nation. Dieses Dilemma sollte die französische Politik



während der ganzen Krise im Sommer und Herbst 1938 nicht nur beeinträchtigen, sondern regelrecht lähmen. Dazu kommt ein weiteres: der Oberkommandierende General Gamelin hatte schon am Tag nach dem Anschluss Österreichs einige grundsätzliche Notizen darüber gemacht, wie ein kommender Krieg seiner Ansicht nach geführt werden müsste.

Es heisst da, weil Belgien sein Territorium nicht zur Verfügung stellen werde, sei eine Offensive gegen Deutschland kaum mehr möglich. Frankreich könne einen siegreichen Krieg nur mit Allianzen führen. Allein vermöge es allenfalls sein eigenes Territorium und dasjenige seines afrikanischen Imperiums zu verteidigen. Mehr als je zuvor sei es in erster Linie notwendig, England und Polen mit sich zu haben, ferner die Petite Entente verstärkt durch die «Entente balkanique».

In dieser Lagebeurteilung des französischen Oberkommandierenden kommt die ganze Misere zum Vorschein, in der sich die Militärpolitik des Landes inzwischen befindet. Die kleineren Verbündeten im Osten sollen also der einstigen Grossmacht aus den Schwierigkeiten helfen, in die sie sich selbst manövriert hat, gerade durch das Versagen der militärischen Führung. Das bedeutet nichts weniger als dass die ganze Konzeption des französischen Bündnissystems auf den Kopf gestellt wird. Denn beim Zustandekommen der verschiedenen Hilfsverträge mit den Staaten im Osten ist Frankreich als Schutzmacht aufgetreten, nicht als hilfsbedürftiger Bittsteller.

Die kleineren Verbündeten gingen seinerzeit davon aus, dank der Macht Frankreichs ihre eigene militärpolitische Lage verbessern zu können. Sie waren allesamt Nutzniesser der Friedensverträge von 1919/20 und hatten sich vor revisionistischen Forderungen der besiegten Staaten in Acht zu nehmen. So richtete sich die Kleine Entente gegen Ungarn und der Balkanpakt gegen Bulgarien. Gemeinsame Abwehr allfälliger Attacken von dieser Seite war ihr einziger Zweck, nicht Hilfe für Frankreich zu leisten in einem Krieg gegen Deutschland. Es waren Allianzen zur Selbstverteidigung, für die man allenfalls französische Hilfe erwartete, mehr nicht. In dieser Beziehung sind die Ausführungen Game-lins bar jeglichen Realitätssinns.

Dazu kommt, dass die Kleine Entente', die zu Beginn der 20er Jahre entstanden war, Auflösungserscheinungen zeigte, da Jugoslawien ins deutsche Fahrwasser abdriftete. Rumänien wäre allenfalls noch bereit gewesen, einer von Deutschland bedrohten Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen. Entsprechend wurde es von Hitler unter Druck gesetzt. So blieb als einziger sicherer Wert die Tschechoslowakei, die in der Tat eine wesentliche Verstärkung in einem gemeinsamen Abwehrkrieg gegen Hitlerdeutschland dargestellt hätte. Aber gera-

de diesen zum Kampf bereiten und auch fähigen Partner hat man im entscheidenden Moment fallengelassen.

### *Das alte Lied: Unvereinbarkeit von Aussenpolitik und Strategie*

Es gibt aber noch mehr Ungereimtheiten zu verzeichnen. Wie Gamelin sich in diesem Zusammenhang auf Polen berufen kann, ist schwer nachvollziehbar. Denn Warschau hatte nicht nur 1934 seinen «Frieden» mit Deutschland gemacht. Es gedenkt sich sogar am Beutezug gegen den tschechoslowakischen Staat zu beteiligen! Hier wird der Pferdefuss des französischen Bündnissystems sichtbar: die Interessen der verschiedenen Verbündeten sind nicht auf einen Nenner zu bringen. Neben dem tschechisch-polnischen gibt es auch noch den polnisch-sowjetischen Gegensatz. In Warschau denkt man über den Hilfsvertrag, den Prag mit Moskau abgeschlossen hat, nicht viel anders als in Berlin – als Offerte an die Rote Armee, sich in mitteleuropäische Angelegenheiten einzumischen. Vielleicht hat Gamelin deswegen die immerhin auch verbündete Sowjetunion, die eigentlich doch der wichtigste Faktor in seiner Bilanz hätte sein müssen, überhaupt nicht genannt.

Dabei ist allerdings zu bedenken, dass der militärische Wert der Roten Armee in den Augen westlicher Beobachter ausserordentlich gesunken ist, nachdem der grösste Teil ihrer obersten militärischen Führung dem Terror Stalins zum Opfer gefallen war. Auch politisch und moralisch wurde es immer schwieriger für die westeuropäischen Demokratien, mit einem solchen Partner zusammenzuarbeiten. Dass die NS-Propaganda ihr möglichstes getan hat, um diese Situation zu Gunsten der reichsdeutschen Politik zu nutzen, gerade in der Sudentenkrise, versteht sich.

Was schliesslich England anbetrifft, so hätte dieses für einen Krieg gegen Deutschland während mehrerer Monate kaum nennenswerte Hilfe zu Lande bringen können. Doch Gamelin rechnete eben mit einer langen Dauer eines kommenden Krieges, ganz im Stile von 1914-18. Abgesehen davon hat London ja immer wieder recht deutlich zu verstehen gegeben, dass sein Hilfsversprechen Frankreich gegenüber für dessen osteuropäische Verbündete keine Geltung habe. Mit der Sowjetunion wollte die konservative britische Regierung schon gar nichts zu tun haben. Sie lehnte denn auch die Idee einer Konferenz, wie sie von sowjetischer Seite vorgeschlagen wurde, kategorisch ab. Auch einem Einbezug des Völkerbundes stand Chamberlain ablehnend gegenüber, obschon der Schutz der territorialen Integrität seiner Mitglieder einst zu dessen Hauptaufgaben gehört hatte. Die Organisation von Genf war tatsächlich definitiv am Ende.

Duroseile, der die erwähnten, wenig überzeugenden Gedankenspiele von Gamelin zitiert, meint dazu: «Ainsi, la totale incompatibilité entre une diplomatie de petites alliances et une stratégie défensive, continua à échapper au général Gamelin.» (Duroselle, p. 330)

Es ist das alte Lied, das wir schon kennen: die Unvereinbarkeit zwischen Bündnisdiplomatie und defensiver Strategie. Man wird auch hier wieder den Verdacht nicht los, dass Gamelin mit seinen wirklichkeitsfremden Auslassungen einmal mehr nach Ausflüchten sucht, um sein eigenes Versagen zu über-tünchen.

### *Die britische Flotte auf der böhmischen Gebirgsfront?*

Aber auch Daladier selbst hatte offenbar keine klare Vorstellung davon, was Frankreich auf militärischem Gebiet für seinen bedrohten Verbündeten tun konnte. So äusserte er sich, Frankreich könne der Tschechoslowakei keine «direkte Hilfe» bringen. Was heisst das? War damit gemeint, dass man keine Truppen dorthin schicken oder dass man keinen Angriff auf Deutschland unternehmen konnte? Chamberlain argumentierte in ähnlicher Weise, indem er schrieb, man brauche nur einen Blick auf die Landkarte zu werfen um festzustellen, dass nichts, was der Westen tun könne, die Tschechoslowakei davor retten könnte, von den Deutschen überrannt zu werden. Churchill gab dazu den sarkastischen Kommentar ab, es gehe tatsächlich klar genug aus der Landkarte hervor, «dass man die britische Flotte und die französische Armee nicht auf der böhmischen Gebirgsfront entfalten könne, zum Schutz der tschechoslowakischen Republik vor Hitlers Invasionsheer». Aber die Gewissheit, so Churchill weiter, «dass die Überschreitung der böhmischen Berge einen allgemeinen europäischen Krieg entfesseln würde, hätte vielleicht damals noch Hitlers nächsten Überfall abwenden oder doch verzögern können». Der unerbittliche Kritiker vergisst auch nicht darauf hinzuweisen, dass der britische Premier weniger als ein Jahr später an Polen eine Garantie geben sollte und dabei sein ganzes bisheriges Konzept quasi über Nacht auf den Kopf stellte. Und dies sei unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen geschehen, «nachdem der gesamte strategische Wert der Tschechoslowakei verloren war und Hitlers Macht und Ansehen sich fast verdoppelt hatten!» (Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Band 1,1 S. 336.)

Es ist in der Tat erstaunlich, wie wenig die Leute, die in London damals das Sagen hatten, sich der Mühe unterzogen haben, die Lage sowohl politisch wie militärisch unter gesamteuropäischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Es schien, wie Winston Churchill kritisch vermerkte, dass das altbewährte Prinzip

der britischen Politik, die «Balance of Power», das europäische Gleichgewicht, definitiv zum alten Eisen geworfen worden war. Stattdessen betrachtete man die Querelen der Sudetendeutschen mit Prag als «regionales Problem», um dessentwegen es sich nicht lohne, einen europäischen Krieg zu riskieren. Dass dieser so gefürchtete Krieg gerade hätte vermieden werden können, wenn man den deutschen Herausforderungen nicht derart hilflos und mutlos gegenübergestanden wäre, dieser an sich nahe liegende Gedanke wollte nicht in den Kopf des stur seine eigene Linie verfolgenden Neville Chamberlain. Es ist jetzt der Moment gekommen, auf die deutsche Seite hinüberzuwechseln und zu sehen, was der deutsche Diktator im Schilde führt.

### *Die Tschechoslowakei als «ständige Provokation»*

Während der Operation «Anschluss Österreich» hatte man sich deutscherseits bemüht, die begreiflicherweise aufgeschreckte Regierung in Prag zu beruhigen: Man hege keine feindlichen Absichten gegen die Tschechoslowakei, hiess es. Wie sehr man in Berlin um die Irreführung des bereits ausersehenen nächsten Opfers bemüht war, zeigt folgende Episode:

In seinem Brief an Mussolini hatte Hitler die Einverleibung Österreichs nicht zuletzt mit einer potentiellen Bedrohung begründet, die aus einer (deutschfeindlichen) Zusammenarbeit zwischen Wien und Prag entstehen könnte. Er habe mit wachsender Besorgnis gesehen, schrieb er (wider besseres Wissen notabene), wie sich allmählich eine Beziehung zwischen Österreich und der Tschechoslowakei entwickelt habe, «die schon im Frieden für uns schwer erträglich ist, im Falle eines Deutschland aufgezwungenen Krieges aber die Ursache einer äusserst ernstesten Bedrohung der Sicherheit des Reiches werden würde». Diese und einige andere verräterische Stellen bat die «Reichsregierung» auszulassen, als sie Rom die Bewilligung erteilte, den Brief Hitlers zu publizieren. Mussolini seinerseits brauchte diese Veröffentlichung, um der aufgeregten italienischen Öffentlichkeit zu «beweisen», dass von der neuen gemeinsamen Grenze mit dem vergrösserten Reich keine Gefahr drohe, da ja Hitler die Brennergrenze in diesem Schreiben feierlich als endgültig anerkannt habe.

Also erschien der Brief Hitlers ohne die Stellen, die seine wahren Absichten gegen die Tschechoslowakei offenbart hätten. Die fraglichen Passagen sind offenbar so gründlich ausradiert worden, dass kein vollständiger Text dieses Dokumentes im Archiv des Auswärtigen Amtes gefunden werden konnte. Man musste für die offizielle Publikation auf eine italienische Abschrift zurückgrei-

fen und die fehlenden Stellen rückübersetzen! (Vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D (1937-1945), Band II, S. 468-470.)

Auf deutscher Seite stellte die Tschechoslowakei nicht nur für Hitler eine ständige Provokation dar. Dies galt vor allem in militärischer bzw. strategischer Hinsicht. Sie ragte weit in den «deutschen Volkskörper» hinein und engte ihn zur Wespentaille. Ja man empfand sie als «Pfahl im Fleisch des deutschen Volkskörpers». Zudem galt sie als vorgeschobene Position der Sowjetunion, als sowjetischer Flugzeugträger sozusagen, seitdem Prag mit Moskau durch einen gegenseitigen Hilfsleistungspakt verbunden war. Hitler selbst hasste die Tschechen, die er als minderwertige Rasse ansah, seit seiner Wiener Zeit. Sie hatten seiner Ansicht nach die Vorherrschaft der Deutschen im Habsburgerreich in Frage gestellt und dann aus der Konkursmasse der auseinandergebrochenen Doppelmonarchie einen Staat gebildet. Diesem Staat, den er als «künstliches Gebilde der Friedensverträge» bezeichnete, sprach er rundweg jede Daseinsberechtigung ab. Dass dem Prediger der völkischen Ideologie ein Vielvölkerstaat als ein Unding erscheinen musste, leuchtet ein. (Übrigens unterschied sich in dieser Hinsicht die Einstellung der eingefleischten Nazis gegenüber der Schweiz nicht wesentlich von diesem Verdikt. Erinnern wir uns daran, dass auch Mussolini die beiden Länder als solche, die zu verschwinden hätten, in einem Atemzug genannt hatte.)

### *Problematische Struktur der Tschechoslowakei*

Wenn man deutscherseits nicht müde wurde zu beklagen, dass bei der Entstehung der Tschechoslowakei Verrat am Selbstbestimmungsrecht begangen worden sei, so kann man diesem Vorwurf natürlich nicht jede Berechtigung absprechen. Die deutschsprachige Bevölkerung der Länder der ehemaligen böhmischen Krone befand sich nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches grundsätzlich in der gleichen Situation wie die Österreicher, und so verlangte sie wie diese damals den Anschluss an das inzwischen zur demokratischen Republik gewordene Deutsche Reich. Hier nun geriet Wilsons wohlgemeiner Grundsatz in Konflikt mit der Staatsräson, zunächst der französischen und dann der tschechischen. Von Frankreich konnte vernünftigerweise nicht verlangt werden, dass es mehr als vier Jahre Krieg gegen Deutschland geführt hatte, um anschliessend einem grösseren Deutschland gegenüberzustehen. Denn dies wäre der Fall gewesen, wenn die deutschsprachigen Gebiete der untergegangenen Doppelmonarchie dem besiegten Deutschland zugesprochen worden wären. Also verbot man den Deutsch-Österreichern den Anschluss und verordnete

ihnen einen eigenen Staat. Auch wenn diese selbst ihren Staat gar nicht wollten, so waren sie doch Herren im eigenen Hause. Die später sogenannten Sudetendeutschen dagegen wurden durch die Pariser Friedenskonferenz definitiv dem neuen tschechoslowakischen Staat zugeschlagen. Von der ehemals herrschenden Mehrheit in der Habsburgermonarchie wurden sie zur Minderheit in dem neuen Staat.

Es leuchtet ein, dass so etwas schwer zu verkraften war, und niemand wird sich wundern, dass die deutschsprachige Minderheit grosse Mühe bekundete, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Schon im alten Österreich-Ungarn war der Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschböhmen immer wieder aufgeflammt, und er belastete nun auch den neuen Staat. Dazu kommt, dass auch ein Teil der Slowaken, obschon als staatstragendes Volk anerkannt, eine separatistische Richtung einschlug – ganz abgesehen von der zahlenmässig zwar viel kleineren ungarischen Bevölkerung, die ebenfalls vom einstigen Herrenvolk in der Doppelmonarchie zur Minderheit im neuen Staat abgesunken ist.

Die «Friedensmacher» in Paris entschieden sich angesichts dieser heiklen Situation gegen das Nationalitätenprinzip und für die «Staatsräson» des neuen Staates. Dieser würde, so die Argumentation der tschechischen Vertreter in Paris, ohne die von den Sudetendeutschen bewohnten Randgebiete weder wirtschaftlich noch militärisch lebensfähig sein. Dass diese Beurteilung richtig war, sollte sich sogleich nach der erfolgten Amputation von 1938 erweisen. Jedenfalls bestand der 1918 ins Leben gerufene neue Staat nun neben den 6½ Millionen Tschechen aus über 2 Millionen Slowaken, mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen und 700'000 Magyaren, wozu im Osten noch 500'000 Ukrainer und Ruthenen kamen. Von dem ursprünglich verkündeten «Schweizer Weg» für die Gestaltung des neuen Staates waren seine Gründer abgekommen, weil sie befürchteten, zentrifugale Kräfte könnten sonst seine Einheit gefährden.

So entstand schliesslich ein nach französischem Vorbild eingerichteter Zentralstaat. Dies hinderte allerdings nicht die Gewährung weitreichender Freiheiten auf kulturellem und sprachlichem Gebiet für die Minderheiten. Allerdings wurden diese garantierten Freiheiten und Rechte auf den unteren Ebenen der staatlichen Verwaltung durch das Wirken bornierter Bürokraten leider nur allzuoft wieder in Frage gestellt. Jedenfalls gab es genug Gründe für Unzufriedenheit, gerade in den sudetendeutschen Gebieten, die nur auf den geeigneten Augenblick wartete, sich politisch aktivieren zu können.

### *Strategie ist entscheidend, nicht Autonomie*

Angesichts der später von den neuen Herren des Deutschen Reiches eingeschlagenen Taktik erscheint allerdings die Frage der inneren Gestaltung des tschechoslowakischen Staates reichlich akademisch. Auch ein föderalistisch organisierter Staat wäre vor deutscher Aggression nicht gefeit gewesen. Denn Hitler ging es ja zu keinem Zeitpunkt um Selbstbestimmungsrecht, um mehr oder weniger grosse Autonomie für die deutschsprachige Bevölkerung, sondern, wie er selbst sagte, um «Arrondierung des deutschen Lebensraums» und um «Verbesserung der strategischen Ausgangslage» (für den beabsichtigten Krieg). Umgekehrt wäre wohl ohne die Entstehung einer aggressiven und expansiven völkischen Diktatur in Deutschland das Sudetenproblem kaum zu einer Existenzfrage des tschechoslowakischen Staates geworden. Immerhin beteiligten sich seit 1926 sudetendeutsche Politiker an der Zentralregierung in Prag. Sie verliessen diese erst im März 1938, bezeichnenderweise im Augenblick der Annexion Österreichs. Diese war das Zeichen für den Aufbruch der bereits mehrheitlich der NS-Gesinnung verfallenen Sudetendeutschen Richtung Deutsches Reich. Am Tage des Besuchs ihres Parteiführers Henlein bei Hitler, Ende März 1938, zogen sie schon zu Tausenden durch die Strassen mit dem Ruf: «Ein Volk, ein Reich, ein Führer». Es verdient auch festgehalten zu werden, dass es zuerst Tschechen in den deutsch besiedelten Gebieten gewesen sind, die Opfer des (deutschen) Terrors wurden, bevor die Zentralregierung zurückgeschlagen hat. Noch gehörte es schliesslich zu ihren angestammten Pflichten, für Ruhe und Ordnung im Land zu sorgen. Dem Propagandaminister Goebbels war es aufgetragen, daraus Terror der «tschechischen Soldateska» zu machen. Was er denn auch mit gewohnter Tüchtigkeit vollbrachte. (Wobei nicht gesagt sein soll, dass es keine tschechischen Übergriffe gegeben hätte. Doch muss gleich hinzugefügt werden, dass die Sudetendeutschen den Auftrag hatten, Provokationen zu verüben, um die Stimmung nach dem von Berlin aus gesteuerten Plan anzuheizen.)

### *Fragwürdiges Selbstbestimmungsrecht*

Was schliesslich das gerade von der deutschen Propaganda so vielberufene Selbstbestimmungsrecht der Völker angeht, so handelte es sich dabei weder um einen völkerrechtlich allgemein anerkannten Grundsatz noch um einen klar umschriebenen Begriff. Ganz abgesehen davon, dass Hitler dieses so hochgelobte Prinzip gleich selbst verletzte, nachdem es als moralisches Mäntelchen ausgedient hatte. Falls man das Prinzip im völkisch-sprachlichen Sinn versteht – was

nur eine der möglichen Interpretationen darstellt –, so erweist sich bald, dass eine konsequente Anwendung gerade im mittel- und südöstlichen Europa angesichts der dortigen «Gemengelage» auf unüberwindliche Hindernisse stossen würde. Die Staatsgrenzen mit den Nationalitätengrenzen in Übereinstimmung zu bringen, käme dort einer Quadratur des Zirkels gleich. Aber auch prinzipiell kann das so verstandene Recht nicht unbesehen zur Grundlage einer vernünftigen und stabilen internationalen Ordnung werden. Es hätte «eine endlose Auflösung der Staaten mit Umsiedlungen und Vertreibungen zur Folge». Kurz: Eine unbeschränkte Anwendung des Rechts auf Selbstbestimmung müsste verheerende Folgen für das ganze Staatensystem haben. (Vgl. dazu: Urs Allematt, *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa*. Verlag NZZ 1996, S. 79 ff.)

Das wichtigste Element in Hitlers Beurteilung der tschechischen Frage indessen war das strategische: dieser Staat musste als mögliche Flankenbedrohung für eine zukünftige grössere kriegerische Auseinandersetzung ausgeschaltet werden. Dies galt naturgemäss vor allem für eine solche mit den Westmächten. Es versteht sich, dass in diesem Zusammenhang der tschechisch-französische Vertrag ein besonderes Ärgernis darstellte. Diese Ansicht kommt in Hitlers Lagebeurteilungen immer wieder vor. Für Vorstösse nach Osten andererseits bot die Besitznahme des verhassten Staates aussichtsreiche militärische Möglichkeiten. Das sollten die Polen, die so kurzsichtig waren, sich an der Zerschlagung der Tschechoslowakei zu beteiligen, als erste erfahren.

Wie schon aus der Kriegsgeschichte hervorging, war das sogenannte «böhmische Viereck» von grosser strategischer Bedeutung für denjenigen, dem es zur Verfügung stand. Dieser militärpolitischen Interessenbekundung gegenüber trat das Problem der deutschen Minderheit im Vielvölkerstaat völlig in den Hintergrund. Die emphatische Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte Hitlers Vorgehen eine höhere Legitimation verschaffen, sowohl vor seinem eigenen Volk wie auch gegenüber dem Ausland. Anvisiert waren da vor allem England, aber auch die USA, war es doch deren Präsident Wilson gewesen, der dieses Prinzip als obersten Grundsatz einer gerechten internationalen Ordnung verkündet hatte.

### *Die Sudetendeutschen als Sprengsatz*

In England wurde der Köder denn auch bereitwillig geschluckt. So wurde der Führer der sudetendeutschen Partei Konrad Henlein mehrmals zu Vorträgen und Besprechungen nach England eingeladen – sogar im exquisiten Chatham



House durfte er auftreten! Dabei mimte er den vernünftigen Politiker, der lediglich das eigentlich doch selbstverständliche Recht auf Selbstbestimmung für die deutsche Minderheit, und zwar innerhalb des bestehenden Staates verlangte. Das fiel ihm umso leichter, als er seit 1933 eine äusserst geschickte Taktik verfolgt hatte unter der Devise, gleichzeitig dem deutschen Volk und dem tschechischen Staat die Treue zu halten. Die Ausführungen Henleins fand man in England offensichtlich durchaus einleuchtend. So kam es denn auch, dass man die sudetendeutsche Frage bald einmal unter dem alleinigen Gesichtspunkt betrachtete, ob es nicht vernünftig und gerecht sei, dieser Minderheit im tschechischen Staat die verlangte Autonomie zu gewähren statt sie zu zwingen, gegen ihren Willen weiterhin unter tschechischer Herrschaft zu leben. Es erschien den Engländern als innertschechisches Problem, nicht als solches der «grossen Politik».

Natürlich verschwieg Henlein, dass er bereits seit Ende März im Besitz von klaren Weisungen war, die er in Berlin erhalten hatte und die keineswegs auf eine «vernünftige» Lösung des Problems hinausliefen. Er hatte selbst nur wenige Tage nach dem Anschluss Österreichs, der die Sudetendeutschen aus verständlichen Gründen in grosse Aufregung versetzte, um eine persönliche Aussprache beim «Herrn Reichsaussenminister» zur Überprüfung seiner Politik im Lichte dieses Ereignisses nachgesucht. Aber Henlein war auch Hitler selbst wichtig genug, um von ihm empfangen zu werden. So erhielt der massgebliche sudetendeutsche Politiker die Weisungen für das weitere Vorgehen von allerhöchster Stelle. Er fasste das Gehörte treffend in den Worten zusammen: «Wir müssen also immer soviel fordern, dass wir nicht zufriedengestellt werden können.» (ADAP, Serie D, Band II, S 158 sowie W. Hofer, Nationalsozialismus, Dokument 114.)

Der Kompass war nun eindeutig auf Konflikt eingestellt. Henlein war damit zum willigen Instrument der Reichsregierung geworden, ohne dass diese selbst, wie der Aussenminister ausdrücklich festhielt, dabei in Erscheinung treten wollte. Hitler liess den Führer der Sudetendeutschen nicht im unklaren darüber, dass er das tschechische Problem «in nicht allzulanger Zeit» zu lösen beabsichtige. Selbstredend war strengste Geheimhaltung vereinbart. Von da an trieb Henlein Prag gegenüber ein hinterhältiges Doppelspiel. Prof. Klaus Hildebrand gibt dazu folgenden Kommentar ab:

«Die Sudetendeutschen, die in der tschechoslowakischen Republik ein von Anfang an benachteiligtes Dasein führten, gedachte Hitler als Sprengsatz zu benutzen, um die nächste Station auf seiner der Welt den Atem verschlagenden Jagd durch Mitteleuropa zu erreichen.» Und dann heisst es weiter:

«Wohl gemerkt: Es ging ihm nicht darum, die Lage der Sudetendeutschen innerhalb der Tschechoslowakei zu verbessern. Sie und ihr Gebiet in das Deutsche Reich zu holen, genügte ihm gleichfalls nicht. Hitler ging aufs Ganze: Den ihm tief verhassten Staat der Tschechen und Slowaken zu zerschlagen, war sein radikales Ziel.» (Das vergangene Reich, S. 651)

### *Die Deutschen täuschen ihre italienischen Freunde*

A propos Geheimhaltung. Anfang Mai 1938 stattete Hitler Italien einen pompösen Besuch ab – einen Gegenbesuch sozusagen, nachdem dem «Duce» im Jahr zuvor in Berlin ein grossartiger Empfang bereitet worden war. Wie «innig» die Achsenfreundschaft gewesen ist, kann man u.a. daran ermessen, wie Ribbentrop versucht hat, seinen Kollegen Graf Ciano über die wahren Absichten in der Sudetenfrage hinwegzutäuschen. Die Frage sei nicht aktuell, behauptete er wider besseres Wissen. Und das in einem Moment, wo er die Italiener zum Abschluss eines Paktes auf Gedeih und Verderb überreden wollte! Ciano war von der Idee, im Gegensatz zu Mussolini, nicht gerade begeistert. Ob er das Wort von Hitler aus seinem Kampfbuch vor Augen hatte, wonach jeglicher Vertrag, falls er überhaupt Sinn haben sollte, dem Kriege dienen müsse? Jedenfalls müssten die Deutschen, darauf kommt Ciano immer wieder zurück, Italien die wahren Absichten zu erkennen geben. Am 28. Mai, dem Tag, an dem Hitler den Spitzen der Wehrmacht seinen definitiven Entschluss zur «Zerschlagung» des tschechoslowakischen Staates bekannt geben sollte, notiert sich Ciano in sein Tagebuch, die Deutschen hätten in Rom zu verstehen gegeben, «dass eine Kantonalisierung («cantonalizzazione») der Tschechoslowakei ihnen für den Augenblick genügen könnte. Aber sind sie immer noch dieser Ansicht? Oder wollen sie nicht vielmehr ein Auseinanderbrechen («dislocazione»)? Wie dem auch sei, wir müssen es wissen.»

Die Deutschen wollen also ihren italienischen Freunden allen Ernstes einreden, dass sie die Tschechoslowakei lediglich in einen föderativen Staat umzubauen wünschen! (Als ob sie gleichsam das nachholen möchten, was der erste Präsident, Thomas Masaryk, zwar versprochen, aber dann doch nicht gehalten hat: den neuen Vielvölkerstaat nach Schweizer Vorbild einzurichten.)

## *Bedenken in Rom gegen ein Bündnis mit Berlin*

Doch so leicht liessen sich Mussolini und sein Schwiegersohn auch nicht einlullen. Dafür sorgte schon das Benehmen Ribbentrops während des Staatsbesuches. Der deutsche Reichsaussenminister rede unentwegt von Krieg, notiert sich Ciano unter dem 5. Mai in sein Tagebuch. Nach allen Seiten wolle er Krieg führen, «ohne einen bestimmten Gegner oder ein klares Ziel vor Augen zu haben». «Das veranlasst mich», schreibt Ciano weiter, «seine Pläne stets mit grosser Vorsicht zu betrachten.» Dem Chefdolmetscher Schmidt ist während des Staatsbesuches in Italien aufgefallen, wie Ciano, aber auch der «Duce» selbst, immer wieder versucht haben, allen politischen Gesprächen wenn möglich auszuweichen.

Diese Haltung gilt auch gegenüber dem Versuch, den Italienern ein Bündnis mit dem Reich «anzudrehen». Die Solidarität zwischen den beiden Regimen sei doch so offensichtlich, soll Ciano gesagt haben, dass sich ein formeller Bündnisvertrag erübrige. Wenn die Italiener nur bei dieser Meinung geblieben wären! Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, dass die schwächliche Haltung der Westmächte in der tschechischen Angelegenheit – und natürlich der entsprechende deutsche Machtzuwachs – schliesslich den Stimmungsumschwung in Rom herbeigeführt hat.

Ennio Di Nolfo meint sogar, Mussolini habe dem gewünschten Pakt im Mai 1939 endlich zugestimmt, um Hitler angesichts von dessen Kriegslust in ein «verbindliches Konsultationssystem» hineinzuzwingen. So viel bei diesem offenbar einsamen Entschluss Mussolinis auch ungeklärt bleiben mag, feststeht, dass die beiden Bündnispartner unterschiedliche Auffassungen vom Zweck dieses Vertrages gehabt haben. So wurden die Erwartungen der Italiener gerade hinsichtlich dieses Systems der Konsultation in keiner Weise erfüllt. Die Italiener wurden immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Insbesondere geschah dies auch, als Hitler entgegen den abgegebenen Versprechungen bereits im Herbst 1939 den Krieg entfesselte. Darüber beklagte sich Ciano ausdrücklich in einer Art von Vorwort, das er für sein «Diario» kurz vor seinem gewaltsamen Tod im Kerker von Verona geschrieben hat. Es wurde in einer von Renzo de Felice, dem Biografen Mussolinis, betreuten kritischen Ausgabe erstmals, so weit wir sehen, abgedruckt. (Ciano, *Diario 1937-1943*, a cura di Renzo de Felice, Biblioteca Universale Rizzoli 1990.)

Auch wenn Hitler sogar den «Freund» in Rom über seine geheimen Absichten im unklaren gelassen hat, so konnte er andererseits nicht verhindern, dass seine finsternen Pläne bei seinem «Feind» in London bekannt wurden.

Dafür sorgten Leute teilweise aus seiner nächsten Umgebung, die der Kriegstreiber Hitlers und Ribbentrops auf diese Weise entgegenwirken wollten. Doch die Engländer sind – leider unserer Ansicht nach – auf das Ansinnen dieser Hitler-Gegner nicht eingegangen, wie wir noch sehen werden. Nun zurück zu den Ereignissen in Berlin, wo die Entscheidung über Krieg und Frieden nach Lage der Dinge fallen musste.

### **Hitler stellt die Weiche auf Krieg**

Bereits drei Wochen nachdem er seinem «Statthalter» im Sudetengebiet angekündigt hatte, er werde das tschechische Problem in naher Zukunft lösen, schritt der Diktator zur Tat. Am 21. April 1938 besprach er mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General Keitel, den «Fall Grün», Deckname für den Angriff auf die Tschechoslowakei. Was in der schriftlichen Zusammenfassung dieser Besprechung unter dem Titel «Politisch» festgehalten wurde, verdient es in toto zitiert zu werden. Denn es ergibt einen erschreckenden Einblick in die zutiefst unmoralische, um nicht zu sagen verbrecherische Gesinnung des Mannes, der das Deutsche Reich in seltener Allmacht regierte.

- «1. Strategischer Überfall aus heiterem Himmel ohne jeden Anlass oder Rechtfertigungsmöglichkeit wird abgelehnt. Da Folge: feindliche Weltmeinung, die zu bedenklicher Lage führen kann. Solche Massnahmen nur zur Beseitigung des letzten (!) Gegners auf dem Festland berechtigt.
2. Handeln nach einer Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen, die sich allmählich zuspitzen und zum Kriege führen.
3. Blitzartiges Handeln auf Grund eines Zwischenfalls, z.B. Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluss an eine deutschfeindliche Demonstration.» (Der Text findet sich in W. Hofer, Nationalsozialismus, Dokument 115)

Im Abschnitt «militärische Folgerungen» ist vom «blitzschnellen Zupacken» die Rede. Darunter ist offensichtlich jenes militärische Vorgehen zu verstehen, das später als «Blitzkrieg» in die Geschichte eingehen sollte. Doch ob «durchschlagende militärische Erfolge» wirklich in wenigen Tagen erreichbar gewesen wären, wie das Hitler vorschwebte, ist äusserst fraglich. Massgebende Generäle, vor allem der Hitler besonders kritisch gegenüberstehende Generalstabchef Ludwig Beck, hatten ihre wohl begründeten Zweifel, ob die Wehrmacht für ein solches Unternehmen wirklich gerüstet sei. Sie befürchteten zudem, dass ein Krieg gegen die Tschechoslowakei nicht lokalisiert werden könnte, sondern zu einem euro-

päischen Krieg führen würde. Und den könnte das Deutsche Reich, so nicht nur Beck, unter keinen Umständen gewinnen. Doch darüber später noch mehr.

### *Frankreich im Schlepptau Englands*

In das Szenario, das der deutsche Diktator für den Verlauf der sich anbahnenden Krise entworfen hatte, platzte plötzlich ein Ereignis, mit dem er nicht gerechnet hatte. Die Regierung in Prag ordnete am 20. Mai eine Teilmobilmachung ihrer Streitkräfte an, da sie Meldungen über deutsche Truppenkonzentrationen erhalten hatte. In London und Paris war man alarmiert. Man raffte sich immerhin dazu auf, in Berlin zu intervenieren. Frankreich verwies auf seine Bündnispflicht und auch gleich auf diejenige der Sowjetunion. Die britische Regierung liess verlauten, dass sie Frankreich unterstützen würde, falls dieses sich veranlasst sehen sollte, Prag beizustehen. Bestand tatsächlich die Aussicht, dass eine Abwehrfront gegen Hitler zustande kommen würde?

Zweifel sind angebracht. Denn London liess Paris gleichzeitig wissen, dass man die britischen Vorstellungen in Berlin nicht überbewerten sollte. Mit andern Worten: an der britischen Einstellung zur tschechischen Frage hatte sich nichts geändert. Nicht genug damit, verlangte London in einem «ton autoritaire», wie Duroselle feststellt, dass die französische Regierung jeweils die britische konsultieren sollte, bevor sie irgendetwas unternähme, was zu einer Verschärfung der Lage führen könnte. Ausdrücklich genannt werden eine Teil- oder Generalmobilmachung. Während derart die britische Regierung in quasi ultimativer Form vorherige Konsultierung seitens Frankreichs verlangt, denkt man in London nicht im Traum daran, Gegenrecht zu halten. So wird z.B. die folgenschwere Mission von Lord Runciman, den man als Vermittler nach Prag schickt, ohne Absprache mit Paris beschlossen. Analog wird sich Chamberlain verhalten, wenn er sich aufmacht, Hitler zu besuchen. Nicht nur dass London ein Doppelspiel betreibt. Es behandelt Frankreich praktisch wie einen Vasallen. Auch Duroselle urteilt: «Tout le jeu est mené par l'Angleterre; la France suit...» (Duroselle, p. 340.) So erscheint es nur folgerichtig, dass die Krise schliesslich in einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem britischen Premier und dem deutschen Diktator kulminiert.

Die (scheinbare) Solidarität der andern Grossmächte hat den deutschen Diktator verunsichert, wenn auch nur vorübergehend. So hielt er es für angebracht, dem tschechischen Gesandten in Berlin mitteilen zu lassen, dass Deutschland keinerlei Angriffsabsichten gegen sein Land habe. Daran war nur so viel

richtig, dass Hitler für den Augenblick keine solchen Absichten hatte. Denn nach dem vorgesehenen Szenario musste sich die Lage in den Sudetengebieten vorher «planmässig» derart verschlechtern, dass man einen plausiblen Grund für eine Intervention vorweisen konnte. Die Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen Richtung tschechische Grenze waren denn auch unrichtig

### *Der beleidigte Diktator gerät äusser Kontrolle*

Als Hitler vernehmen musste, dass die ausländische Presse triumphierte, der deutsche Diktator habe eine Blamage erlitten und den Rückzug antreten müssen, geriet er völlig äusser Fassung. Eine derartige Demütigung konnte ein Mann vom Zuschnitt Hitlers unmöglich hinnehmen. «Die verletzende Schmach liess den gekränkten Diktator in unbändige Wut verfallen» (Hildebrand), Wut, die sich in erster Linie gegen die Tschechen richtete und ganz persönlich gegen den Präsidenten Benesch, der es gewagt hatte, ihn herauszufordern. Von da an wurde die Sudetenkrise immer mehr zu einer persönlichen Auseinandersetzung des deutschen Diktators mit dem Präsidenten der tschechoslowakischen Republik. War schon solches ungewöhnlich in der Geschichte der internationalen Beziehungen, so musste der Grad der Gehässigkeit und der Diffamierung des Gegners definitiv den üblichen Rahmen des Umgangs zwischen souveränen Staaten sprengen. Diplomatie konnte man solches Verhalten längst nicht mehr nennen. Hitler sollte sich im weiteren Verlauf der Krise schliesslich in einen «Zustand exaltierter Hysterie» (Guido Knopp) hineinsteigern, vor allem in seinen Reden, in denen er vollends jegliche Beherrschung verlor. Höchste Alarmstufe war angesagt, gerade auch in Hitlers unmittelbarer Umgebung. Die deutsche Aussenpolitik war zum Problem der persönlichen Befindlichkeit eines Mannes degeneriert, der eigentlich in eine psychiatrische Heilanstalt gehört hätte. Das ist kein Urteil «ex post», also eines, das nachträglich gefällt wird. Schon damals bezeichnete ein Mann wie General Halder, der am 1. September 1938 das Amt des Generalstabschefs übernommen hat, Hitler kurz und bündig als «Geisteskranken». Folgerichtig kam er zum Schluss, dass dieser Mann von der Spitze von Staat und Wehrmacht entfernt werden musste. Armes Deutschland, armes Europa.

### *Der «unabänderliche Entschluss»*

Nach der öffentlichen Blamage, die ihm sein Widersacher in Prag zugefügt hatte, beschleunigte Hitler die Angriffsvorbereitungen, die vorübergehend eingestellt worden waren, ohne Rücksicht zu nehmen auf die immer lauter werdenden Bedenken der verantwortlichen militärischen Befehlshaber. So besammelte er am 28. Mai die Spitzen von Staat, Wehrmacht und Partei, um ihnen mitzuteilen, dass es sein «unabänderlicher Entschluss» sei, «die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen». Hitler ging davon aus, dass man es mit der Tschechoslowakei allein zu tun haben werde. Er sprach von «gigantischen Befestigungen» im Westen, die den Franzosen jegliche Lust nehmen würden, «sich aus der Maginotlinie herauszuwagen». Leider sollte er mit dieser Voraussage Recht behalten. Zwar war seine Behauptung von dem unbezwingbaren Westwall masslos übertrieben, wie das für ihn üblich war, doch die Hauptsache war, dass die Franzosen daran glaubten. Seine eigenen Generäle hingegen sind da wesentlich anderer Ansicht gewesen. Das musste der Diktator, sehr zu seinem Unwillen, während der ganzen Sudetenkrise immer wieder erleben.

### *Das Versagen des Generalfeldmarschalls*

Sogar Göring, nicht nur ranghöchster Offizier der Wehrmacht, sondern auch zweiter Mann in der Partei, teilte die Meinung der andern militärischen Befehlshaber, dass die deutsche Armee nicht kriegsbereit sei. Sicher nicht für einen grossen (europäischen) Krieg, möglicherweise aber nicht einmal für einen isolierten Waffengang mit der Tschechoslowakei, das war die vorherrschende Meinung. Letzteres versetzte den «obersten Befehlshaber der Wehrmacht», der Hitler seit dem grossen Revirement vom Frühjahr 1938 ja auch war, ganz besonders in Rage, und er scheute nicht davor zurück, die verdutzten Armeeführer abzukanzeln wie Schulbuben, die ihre Aufgaben nicht richtig gemacht haben. Besonders aufgescheucht wurden die an jenem 28. Mai anwesenden hohen Offiziere durch Hitlers Bemerkung, nach der Bereinigung im Osten werde er ihnen drei bis vier Jahre Zeit geben, «und dann bereinigen wir die Lage im Westen». Göring war nach der Strafpredigt des «Führers» offensichtlich das Herz in die Hosen gefallen. Statt wie vorgesehen die Bedenken der militärischen Führung vorzutragen, beglückwünschte er den «obersten Kriegsherrn» zu seiner «einzigartigen Idee». Zivilcourage war ganz offensichtlich ein Fremdwort für den höchsten Offizier der Wehrmacht. Dafür hat Göring dann den persönlichen Ad-

jutanten des «Führers» zu gewinnen versucht, «Hitler beizubringen, dass die Armee noch nicht kriegsbereit sei». (Alfred Kube, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 267.) Was der Generalfeldmarschall nicht zu tun wagte, sollte also der Hauptmann vollbringen.

Dieses Trauerspiel, dass Göring zwar immer wieder Bedenken gegen die unbändige Kriegslust Hitlers hatte, im entscheidenden Moment aber doch kuschte, sollte sich noch mehrmals wiederholen. So konnten sich die Hoffnungen, die man im Westen auf den «mässigenden» Einfluss Görings immer wieder setzte, logischerweise nicht erfüllen.

### *Kommandosache «Fall Grün»*

Zwei Tage nach dieser denkwürdigen «Besprechung» erscheint dieselbe Wendung vom «unabänderlichen Entschluss» wieder in der geheimen Kommandosache «Fall Grün», Deckname für den Krieg gegen die Tschechoslowakei. Auf Grund der Weisung vom 30. Mai 1938 sollte die Wehrmacht spätestens am 1. Oktober bereit sein, «Böhmen und Mähren rasch in Besitz zu nehmen und in das Herz der Tschechoslowakei vorzustossen». (ADAP Serie D Band II, S. 282.) Das ominöse Datum, das hier erstmals genannt wird, hing von nun an wie ein Damoklesschwert über den kommenden Ereignissen. Hitler selbst ging in der Folge kein Jota von diesem Termin ab. Man hat den Eindruck, dass er damit nicht nur alle mit der Sache befassten Untergebenen unter Druck setzen wollte, sondern letztlich auch sich selbst. Genau so verfuhr er bei der Planung des Angriffs gegen Polen, wo der Termin des 1. September 1939 auch bereits in der Weisung zum «Fall Weiss» im April des Jahres festgelegt wurde. Und da gibt es immer noch Historiker, welche die Meinung vertreten, Hitler habe nie nach Plan gehandelt, sondern stets improvisiert ...

### *Trügerische Ruhe im Sommer 1938*

Während der Sommermonate des Jahres 1938 ist eine gewisse Beruhigung auszumachen, wenigstens was die grosse Politik anbetrifft. Ciano schreibt in seinem Tagebuch öfters als sonst «Niente di notevole». Diese (trügerische) Ruhe ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Hauptakteur sich merkwürdig still verhält. In der sonst so turbulenten Hauptstadt des «Grossdeutschen Reiches» passiert nicht viel – jedenfalls nichts Sicht- und Hörbares. Der Chefdolmetscher Schmidt schreibt, dass in seiner Tätigkeit eine «ominöse Ruhe» eingetreten sei, «während der Ton der deutschen Presse in der tschechoslowakischen Frage im-



mer ungestümer wurde». (Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, Bonn 1949, S. 392.)

Die Ruhe auf der diplomatisch-politischen Ebene konnte also nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Sudetenland weiter brodelte. Dass dem so blieb, dafür sorgten andere. Hitler selbst konnte sich ohne weiteres im Hintergrund halten. Er sass meistens auf seinem Berghof bei Berchtesgaden, auch «Adlerhorst» genannt. Dort brütete er seine finsternen Pläne aus, wie er es immer tat, wenn eine grosse Entscheidung herannahte. Auch die befohlenen militärischen Vorbereitungen gingen weiter. Sie waren mit den Ereignissen im Sudetenland bestens synchronisiert. Diese sollten, wenn alles nach Plan verlief, im gegebenen Zeitpunkt den Anlass bieten, um die militärische Operation zu starten.

Alan Bullock hat die Taktik, die im Sommer 1938 von deutscher Seite befolgt wurde, mit folgenden Worten beschrieben:

«Scheinbar handelte es sich immer noch um eine Auseinandersetzung zwischen der Sudetendeutschen Partei und der tschechischen Regierung; die deutsche Regierung war behutsam darauf bedacht, jede Verantwortung abzulehnen. Man tat alles, um in London und in Paris und bei den Botschaftern in Berlin den Eindruck zu erwecken, dass die Tschechen widerspenstig und unvernünftig seien, dass dadurch eine Situation entstehen könnte, die, wenn nichts dagegen unternommen werde, Hitler zum Handeln zwingen müsse, und schliesslich, dass es ein Wahnsinn sei, Krieg zu führen wegen der Rückkehr von drei Millionen Deutschen in ihr Vaterland.» (Bullock, Hitler, S. 481/82.)

### *Der Westen beginnt sich von Prag abzusetzen*

Die Reaktionen des Westens zeigen nur allzu deutlich, dass diese Taktik ihren Zweck voll und ganz erreichte. So sagte der französische Aussenminister, sein Land sei nicht bereit, einen Krieg zu führen, nur damit drei Millionen Deutsche weiterhin unter tchechischer Herrschaft leben müssen. Der englische Historiker Donald Cameron Watt, Professor an der London School of Economics, fasst die Politik der Regierung Chamberlain in der Sudetenfrage mit den Worten zusammen, sie sei ganz darauf ausgerichtet gewesen, «an diesem regionalen Problem keinen europäischen Krieg entstehen zu lassen». Auch in der britischen Presse herrschte die Meinung vor, dass die Tschechen schuld seien, wenn die Verhandlungen mit den Sudetendeutschen nicht vorankämen. Dass sie von höchster Stelle die Anweisung erhalten hatten, es unter keinen Umständen zu einem positiven Ergebnis kommen zu lassen, konnte man zwar nicht mit Bestimmtheit

wissen. Immerhin war genug durchgesickert, nicht zuletzt durch Kontakte von Angehörigen der Antihitlerfronde mit der britischen Regierung, um die hinterlistige Taktik der Deutschen zu erkennen. Das Problem lag nicht in der mangelnden Information, sondern am mangelnden politischen Willen, dem ungeliebten Staat von Prag irgendwelche Unterstützung angedeihen zu lassen. Grosse englische Blätter machten Stimmung gegen den Staat, für dessen Integrität oder gar Existenz man unter keinen Umständen einen kriegerischen Konflikt riskieren wollte. Die Zeitungen des Beaverbrook- und des Rothermere-Konzerns taten sich besonders hervor mit ihren Stellungnahmen gegen die CSR und für Deutschland.

### *Grosses Verständnis für die deutsche Politik in der britischen Presse*

Die Daily Mail plädierte schon im Frühjahr 1938 zur Lösung des Sudetenproblems für eine «bloodless absorption similar to that of Austria into the Reich, the subjected minority ... could return to the German Fatherland, to which they wish to belong ...» Die CSR sei «not of the remotest concern to us». Die englischen Interessen lägen nicht in Europa. Die Briten seien ein «oceanic people», als Nachkommen der Wikinger hätten sie ihre historische Rolle zu spielen als «maritime people». Wenn Deutschland nach dem Schwarzen Meer strebe, dann passe dies vielleicht einigen nicht, «but what has it to do with us?» Eine auf das Empire und die Seeherrschaft ausgerichtete und dem Kontinent gegenüber isolationistische Tendenz liegt solchen Urteilen zugrunde. Völlig unter die Räder kommt dabei, dass auch die Wacht über ein gewisses Gleichgewicht auf dem Kontinent zu der historischen Rolle Englands gehört (hat). Die Argumentation des Daily Express bewegt sich auf der gleichen Ebene.

Wichtiger als die Meinung dieser Massenblätter war für die Deutschen, welche natürlich die Äusserungen in der Presse sehr genau verfolgten, das, was in den konservativen Zeitungen stand, von denen man annahm, dass sie der Regierung naheständen. Der Observer, die älteste Sonntagszeitung Englands mit beträchtlichem politischem Einfluss, hatte schon kurz nach dem Anschluss dem tschechischen Staat jede Existenzberechtigung abgesprochen, da er ein künstliches Gebilde von Versailles sei. Die Zeitung unterstützte mit Begeisterung Chamberlains Politik, Hitlers «berechtigten» Forderungen mit Verständnis zu begegnen. «The Observer offered enthusiastic support for the policy of appeasement and constantly suggested that Hitler wanted a peaceful and negotiated settlement of German grievancies.» (Frank McDonough)

Die Times ist, nicht zu Unrecht, als Sprachrohr der Regierung angesehen worden, vor allem im Ausland. Umso grössere Beachtung schenkte man ihren Artikeln, gerade auch in Berlin. Der britische Historiker Franklin Reid Gannon nennt sie (in seiner Untersuchung «The British press and Germany 1936-1939, Clarendon Press Oxford) «unofficial spokesman for official thought». Die Zeitung machte schon Anfang Juni in einem Leitartikel (!) den Vorschlag, das anstehende Problem durch eine Radikalkur zu lösen. Es sei «wrong and unwise», ein Volk zu zwingen, gegen seinen Willen in einem Staat verbleiben zu müssen, heisst es da. Das gelte nicht nur für die Deutschen, sondern für alle Minderheiten. Auf lange Sicht würden die Herrschenden in der CSR sogar die Gewinner sein, wenn sie ein homogenes und zufriedenes Volk hätten, das immer noch grösser wäre als die Bevölkerung Belgiens und Hollands und doppelt so zahlreich als diejenige Dänemarks oder der Schweiz. Es würde zwar ein drastisches Mittel sein, aber etwas Drastisches sei eben notwendig. Mit dieser Ansicht würde sicher die Mehrheit der Engländer übereinstimmen, meint das Blatt. Die Times hat solche Gedankengänge also keineswegs erst in dem Artikel vom 7. September publiziert, der weltweites Aufsehen erregen und es dadurch zu einer allerdings eher zweifelhaften Berühmtheit bringen sollte.

Es ist bezeichnend, dass die deutsche Botschaft in einem Bericht nach Berlin die Vermutung äusserte, der betreffende Artikel entspreche wohl «Chamberlainschen Gedankengängen». Denn es sei allgemein bekannt, dass das Blatt für derartige «offizielle Versuchsballons» benutzt werde. (ADAP Serie D, Band II, No. 247.) In Berlin hat man solche Gedankengänge bestimmt mit grosser Genugtuung zur Kenntnis genommen.

### *Blauäugige Rezepte*

Erstaunen muss, dass kaum irgendwo die Rede ist von allfälligen strategischen und andern machtpolitischen Konsequenzen solcher mehr oder weniger radikaler Rezepte. Daher muten diese denn auch reichlich naiv und blauäugig an. Aber sie entsprachen zweifellos weitgehend den Ansichten des britischen Premierministers, der ja glaubte, gerade solche Konsequenzen in seiner Appeasementpolitik äusser Acht lassen zu können.

Der prokonservative Daily Telegraph, gegenüber einer Beschwichtigung Hitlers eher skeptisch, brachte im Juli und August 1938 trotzdem eine ganze Serie von Artikeln, in denen insbesondere der tschechische Präsident Benesch schlecht gemacht wurde. Sein Staat wurde als künstliches, kaum lebensfähiges Gebilde dargestellt, als Teil eines französischen Plans, um Deutschland nieder-

zuhalten. Die Schuld an der entstandenen Krise wurde allenthalben dem Friedensvertrag von Versailles (und damit letztlich Frankreich) angelastet, nicht etwa dem aggressiven deutschen Vorgehen. Die Ansicht war weit verbreitet, dass die Friedensregelung von 1919 grundlegend revidiert werden müsste, so eben auch im Falle der CSR. Die Zeitungen des Presseimperiums von Lord Rothermere scheuten nicht davor zurück, gegen die «bolschewistische Tschechoslowakei» zu hetzen – und das gegenüber dem einzigen noch verbliebenen demokratischen Staat jenseits des Rheins! (Vgl. dazu: Hans Herzfeld, Zur Problematik der Appeasement-Politik, in: Festschrift für Hans Rothfels, Göttingen 1963.)

Als die Times den bereits erwähnten Artikel vom 7. September publizierte, hatte der Wind offensichtlich gedreht. Die Zeitung hat erneut vorgeschlagen, das Sudetenproblem durch Abtretung der deutschen Gebiete an das Reich zu lösen. Wiederum suchte sie den Tschechen die Radikalkur zu versüßen mit der Behauptung, der Nachteil des Verlustes dieser Randgebiete würde mehr als aufgewogen durch den Vorteil, dass sie nachher über einen homogeneren Staat verfügen würden. Der Artikel verursachte entsprechendes internationales Aufsehen, da man annahm, er gebe die Meinung der Regierung wieder. Dazu kam, dass die Sudetendeutschen ihre Verhandlungen mit Prag am gleichen Tag abbrachen. Dem tschechischen Botschafter Masaryk, der sich sofort ins Foreign Office begab, versicherte man dort, die Regierung seiner Majestät habe in keiner Weise mit dem beanstandeten Artikel zu tun. Was steckte nun wirklich dahinter?

Der englische Historiker Stephen Ross kommt in seiner gründlichen Untersuchung zum Schluss, es sei nicht mit Sicherheit festzustellen, ob die Zeitung aus eigener Initiative oder als Sprachrohr der Regierung gehandelt habe. Doch die umgehende Distanzierung des Foreign Office könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass die in dem Artikel geäußerten Ansichten denen von Lord Halifax entsprochen hätten. In diesem Sinne liess sich jedenfalls der Herausgeber der Times, Geoffrey Dawson, vernehmen, nachdem er sich am selben Tag mit dem Aussenminister zum Lunch getroffen hatte. (The Rise and Fall of the Political Press in Britain, London 1984.) Es wurde damals gesagt, Dawson sei einer der vier einflussreichsten Männer im öffentlichen Leben Englands zusammen mit dem König, dem Premierminister und dem Erzbischof von Canterbury.

### *Labour verlässt die pazifistische Linie*

Der aufsehenerregende Artikel führte aber auch zu vehementer Kritik in anderen britischen Zeitungen. Der Artikel leiste einer gefährlichen Fehlinterpretation der öffentlichen Meinung im Lande Vorschub, hiess es etwa. Am selben Tag wurde auf dem Gewerkschaftskongress der Labour Party eine Resolution verabschiedet, mit der die Partei endlich ihre pazifistische Linie verliess. Die britische Regierung sollte keinen Zweifel bei der deutschen (Regierung aufkommen lassen, hiess es darin, dass sie gemeinsam mit der französischen und der sowjetischen Regierung einem Angriff auf die Tschechoslowakei Widerstand leisten werde.

Beachtenswert ist auch, in welcher Weise die Times Hitlers Schmäherei gegen Benesch auf dem Nürnberger Parteitag zu verharmlosen versuchte. Für die Zeitung war die Rede «essentially a moderate utterance by a statesman confident in the justice of his claims and the strength of the Reich». (Gannon, *The British press*, p. 183.)

Der Entschluss Chamberlains, sich zu Hitler zu begeben, fand somit in einem Augenblick statt, wo die Bereitschaft zum Widerstand offensichtlich geworden war. Ein regelrechter Umschwung hatte stattgefunden. Zeitungen, die zuvor auf der deutschfreundlichen Linie operiert hatten, schwenkten jetzt um und sendeten Zeichen der Warnung nach Berlin bzw. nach Berchtesgaden. Der Daily Telegraph kam jetzt zu der Einsicht, dass der Frieden nicht erhalten werden könne durch Indifferenz gegenüber Zwang, der gegen eine kleine Nation durch ihren mächtigen Nachbar ausgeübt werde.

Der Daily Herald verkündete jetzt, dass weder «Herr Hitler» noch irgendeiner seiner Berater im Zweifel darüber sein sollte, «that a united British people will meet that challenge». Der Observer schliesslich, nachdem er eben noch der CSR die Existenzberechtigung abgesprochen hatte, nahm den bedrohten Staat jetzt mit geradezu pathetischen Worten in Schutz. Ein Angriff des «grossen Reiches» gegen die CSR, so liess er verlauten, wäre bei weitem das grösste Verbrechen, das jemals begangen worden sei in der Weltgeschichte.

### *Erwachen des Widerstandsgeistes*

Dieses plötzliche Erwachen des Widerstandsgeistes hinderte indessen nicht, dass Chamberlains Besuch beim deutschen Diktator allgemein mit Beifall aufgenommen wurde. Man erwartete offensichtlich, dass der Premierminister Hitler Paroli bieten werde. Chamberlain wurde, voreilig, wie sich bald herausstellen

sollte, als grosser Friedensmacher gefeiert, dem jetzt ein Platz in der Geschichte sicher sei. Der frühere Kurs, «that of virtual capitulation», sei völlig ausgeschlossen beim Namen und bei der Natur des Premierministers, schrieb der Observer und fügte hinzu «and by the name and nature of Britain itself.» Die gegenwärtige Regierung könnte eine solche nicht überleben. «There would be a political revolution in this country.» Bekanntlich brach diese «politische Revolution» aber nicht aus, als Chamberlain in München genau diese Kapitulation unterzeichnet hat – ganz im Gegenteil: ‘er feierte bei seiner Rückkehr von München einen kaum je erlebten Triumph und die ganze Presse mit ihm.

Nach dem Treffen von Berchtesgaden aber war von «schändlichem Verrat» die Rede gewesen. News Chronicle hatte von einer Kapitulation geschrieben, die den «smaller countries of Europe» unvermeidlich den Eindruck geben musste, dass sie auf keine Hilfe durch die Westmächte rechnen könnten, und den Diktatoren, dass sie alles erreichen könnten, wenn sie nur genug Druck machten. Der Manchester Guardian schrieb von einem «moral defeat», der unabsehbare Konsequenzen haben werde. Und über die Stellung und Aufgabe Englands in der Welt schrieb die Zeitung, ein machtvoller Staat, der Besitzungen und Interessen in der ganzen Welt habe und von jedem Kontinent Reichtum und Prestige beziehe, könne sich nicht betragen, als ob die Welt keinen Anspruch auf seine Weisheit und seine Macht haben würde. Bedenkenswerte Worte sicher. Es war genau das, wie wir noch sehen werden, was man auch in der Schweiz von England eigentlich erwartete und dann so schmerzlich vermisste.

Nach dem Fiasko von Godesberg, wo das zweite Treffen Chamberlains mit Hitler einige Tage später stattfand, verschärfte sich die Kritik noch. Der Observer rief jetzt zum unbedingten Widerstand auf gegen die «Nazi Power», die nun die Maske abgeworfen habe. Diese zähle offenbar darauf, dass der Rüstungsvorsprung sie bereits zum Herrn der Erde gemacht habe. «Not yet» meint die Zeitung. «If we are now forced to make up arms with no option left us but subjection, we shall never yield. Here we make the stand.» Und schliesslich holte der Artikel aus zu einer Apotheose auf die Freiheit, die es wieder sicher zu machen gelte gegen offene Tyrannei.

Aus solchen und einer Reihe ähnlicher Stellungnahmen geht eindrücklich hervor, dass sich in England unmittelbar vor der sogenannten Münchner Konferenz ein zum letzten entschlossener Willen zum Widerstand bemerkbar macht. Chamberlain hätte somit das Land hinter sich gehabt, wenn er sich dazu durchgerungen hätte, Hitler die Stirn zu bieten. Als er am 28. September, dem Tag, an dem das deutsche Ultimatum ablaufen sollte, vor dem Unterhaus eine Rede hielt,

in der er über seine Friedensbemühungen Rechenschaft ablegte, wurde allgemein erwartet, er werde das Scheitern seiner Friedensbemühungen eingestehen und die Nation zum Widerstand aufrufen. Doch der starrköpfige Mann mit dem legendären Regenschirm hatte noch keineswegs aufgegeben. Während seiner Rede erhielt er auf einem Zettel die Meldung, dass Hitler damit einverstanden sei, sich mit ihm, Daladier und Mussolini am folgenden Tag zu treffen. Nun schwenkte die Presse erneut um, allerdings mit einigen Ausnahmen.

Wenn man die in aller Kürze geschilderten Schwankungen und Kehrtwendungen eines grossen Teils der britischen Presse im Verlaufe der Sudetenkrise auf sich wirken lässt, bekommt man unwillkürlich den Eindruck einer beträchtlichen Labilität und Unsicherheit. England ging in jenen Tagen spürbar durch ein Wechselbad der Gefühle. Es wäre aber schon damals und nicht erst ein Jahr später, das ist unsere Überzeugung, ohne Zögern in den Kampf gezogen, wenn die Regierung es verlangt hätte. Die Euphorie über die Bewahrung des Friedens durch das Abkommen von München ist denn auch sehr rasch durch eine deutliche Ernüchterung abgelöst worden.

### **Neutralisierung der Tschechoslowakei?**

Wie aus Dokumenten des Foreign Office hervorgeht, hat sich Lord Halifax bereits Mitte Juni 1938 Gedanken darüber gemacht, wie die aussenpolitische Situation der Tschechoslowakei modifiziert werden könnte. Ein «Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs» vom 16. Juni 1938 trägt den Titel: «Possibility of modifying Czechoslovakia's Treaties of mutual Assistance with France and Russia».

Das Memo geht davon aus, dass nicht die Lösung der Sudetenfrage das eigentliche Ziel der deutschen Regierung sei, sondern dass die Wurzel des Problems in der aussenpolitischen Orientierung des tschechischen Staates liege, eben in den erwähnten Verträgen. Die Tschechoslowakei werde dadurch nach deutscher Ansicht zu einem Glied in der Einkreisung Deutschlands. Halifax hat den Eindruck, dass die französische Regierung glücklich sein würde, wenn sie ohne Prestigeverlust von der Verpflichtung hinsichtlich der Tschechoslowakei befreit werden könnte, die seinerzeit unter wesentlich günstigeren Umständen eingegangen worden sei.

Es wird dann zunächst vorgeschlagen, das gegenwärtige Vertragssystem zu ersetzen durch ein «system of guaranteed neutralisation», wie es im Fall der Schweiz existiere und vor dem Krieg (gemeint ist der Erste Weltkrieg) im Falle Belgiens und Luxemburgs existiert habe. Was indessen den Fall der Tschecho-

slowakei von den drei genannten Staaten unterscheide, sei der Umstand, dass diese die Neutralität selbst gewollt hätten und dass deren Nachbarstaaten an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität dieser neutralen Länder als «buffer states» interessiert gewesen seien. Die drei Nachbarstaaten der Tschechoslowakei seien aber gerade nicht interessiert an deren Unabhängigkeit und Integrität, sodass eine Garantie nicht auf diese Nachbarstaaten beschränkt werden könnte. (Halifax spricht von den drei Nachbarstaaten, womit er offensichtlich Polen, Deutschland und Ungarn meint. Es gibt aber einen vierten Nachbarstaat, nämlich Rumänien, das bekanntlich durch die Kleine Entente mit der CSR verbunden ist.)

Es sei zweifelhaft, so geht die Argumentation weiter, ob ein System denkbar sei, mit dem Deutschland sich einverstanden erklären könnte, insbesondere wenn Frankreich und Russland als Garanten teilnehmen würden. Das Memo ruft dann in Erinnerung, dass Grossbritannien unter den Staaten figurierte, die seinerzeit die Neutralität der Schweiz, Belgiens und Luxemburgs garantierten, sodass es für die Regierung seiner Majestät schwierig sein würde, sich im Falle einer neutralisierten Tschechoslowakei einer Garantie zu entziehen.

### *Ein neues Sicherheitssystem?*

Da die Neutralisierungsidee doch recht vielen Schwierigkeiten begegnen könnte, wird nun eben auch eine Modifizierung des bestehenden Vertragssystems ins Auge gefasst. Dies wird in einem als «Annexe» beigefügten Schreiben von Lord Halifax an den britischen Botschafter in Paris, Sir E. Phipps, näher ausgeführt. Nochmals wird festgestellt, dass die Wurzel der deutschtschechischen Schwierigkeiten nicht die Lage der Sudetendeutschen sei, sondern die auswärtigen Beziehungen von Prag, vor allem eben die Hilfsverträge mit Frankreich und Russland. Es müsse davon ausgegangen werden, dass diese Frage früher oder später, sei es von Henlein oder von der deutschen Regierung, aufgeworfen werden könnte. Es gehe darum, mögliche Anpassungen zu erwägen, im Hinblick auf das, was Deutschland als provokative Elemente in der tschechischen Aussenpolitik betrachte.

Halifax hat den – sicher richtigen – Eindruck, dass Bonnet glücklich sein würde, wenn die französische Regierung von der Angst befreit wäre, ihre eingegangenen Verpflichtungen erfüllen zu müssen. Es wird nun vorgeschlagen, Prag aus der Verpflichtung zu entlassen, Frankreich oder Russland im Falle eines Angriffs zu Hilfe eilen zu müssen. Dafür sollte Deutschland versprechen, die Tschechoslowakei nicht anzugreifen, ja ihr gar im Falle eines Angriffs bei-



zustehen. Eine solche Lösung würde zwar die Verpflichtungen Frankreichs und Russlands stehenlassen, doch würde die Wahrscheinlichkeit reduziert, dass sie angewendet werden müssten – immer vorausgesetzt, Deutschland würde einer solchen Lösung zustimmen. Schliesslich wird auch noch der alte Plan eines kollektiven Sicherheitssystems hervorgeholt, an welchem eine Anzahl von Staaten teilhaben würden inklusive Deutschland und der Sowjetunion.

Diese Vorschläge soll der britische Botschafter der französischen Regierung unterbreiten, um herauszufinden, was sie darüber denkt oder ob sie ein anderes Verfahren anregen möchte. (Das zitierte Schreiben an Botschafter Phipps ist, mit einigen Abweichungen, abgedruckt in: Documents on British Foreign Policy 1919-1939, Third Series Volume I, No. 421. Das Memorandum von Halifax ist in den betreffenden Band der britischen Akten nicht aufgenommen worden, hingegen als Appendix IV ein «Memorandum on the possibility of neutralising Czechoslovakia», das dieselben Gedanken enthält. Uns liegen Fotokopien der Originale aus dem Foreign Office vor.)

### *Beseitigung «provokativer Elemente»*

Wir haben diese Dokumente nicht zuletzt deswegen so ausführlich zitiert, weil sie einen selten tiefen Einblick in das Denken geben, das der Appeasement Policy zugrunde liegt. Der Hauptzweck (the main purpose) der ganzen Aktion ist «to reduce the risk of a European war arising out of the Czechoslovak question». Es geht also darum, das Risiko eines europäischen Krieges, der wegen der tschechoslowakischen Frage entstehen könnte, zu reduzieren. Es wird in diesem Dokument so deutlich wie nur möglich, dass den Preis für die Erhaltung des Friedens Prag zu bezahlen haben wird. Von irgendwelchen Konzessionen deutscherseits dagegen ist überhaupt nicht die Rede – im Gegenteil: man hat offensichtlich Verständnis für die deutschen Beschwerden, und dies nicht nur hinsichtlich der Frage der Sudetendeutschen, sondern auch hinsichtlich der aussenpolitischen Orientierung der Tschechoslowakei, ihrer Verpflichtungen also aus den Verträgen mit Frankreich und der Sowjetunion. Es geht um die Beseitigung dessen, was Deutschland als «provokative Elemente» in der tschechischen Aussenpolitik bezeichnet.

Dazu wäre grundsätzlich einmal festzuhalten, dass die Gestaltung der Aussenpolitik integraler Bestandteil der Souveränität jedes Staates ist. Wer dies in Frage stellt, stellt damit auch die Souveränität in Frage. Halifax übernimmt praktisch die deutsche These, welche die Aussenpolitik eines andern Staates al-

lein deswegen als «provokativ» bezeichnet, weil ihr die Instrumente nicht passen, die anzuwenden dieser Staat für die eigene Sicherheit als angemessen betrachtet. Dies stellt nach dem damals geltenden und auch noch heute gültigen Völkerrecht eine flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates dar.

### *Wo bleibt der Einsatz für das Völkerrecht?*

Wenn der Aussenminister Grossbritanniens so etwas nicht nur duldet, sondern ganz offensichtlich sogar akzeptiert, dann ist dies schon an sich eine äusserst bedenkliche Erscheinung. Es ist umso bedenklicher, als er der Aussenminister eines Landes ist, zu dessen vornehmsten Grundsätzen es gehört hat, der Respektierung des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen wo immer möglich Nachachtung zu verschaffen. England habe aufgehört, «die traditionelle Hüterin des internationalen Rechts» zu sein, als es begann, die Vertragsbrüche Hitlers nicht mehr zu ahnden, schreibt der deutsche Historiker Klaus Hildebrand (S. 610). 1914 hatte England dem Deutschen Reich noch den Krieg erklärt, weil es durch die Verletzung der belgischen Neutralität einen schweren Völkerrechtsbruch begangen hatte. (Dass auch noch andere Motive mitgespielt haben, ist uns wohlbekannt.)

Ferner ist zu bedenken, dass Berlin nun schon zum zweiten Mal mit der fadenscheinigen Begründung, es fühle sich bedroht, eine Angriffshandlung zu rechtfertigen versucht. Das erste Mal ging es um das entmilitarisierte Rheinland im März 1936, dessen völkerrechtlicher Status, wie wir dargelegt haben, durch das Vertragssystem von Locarno garantiert gewesen ist. Der Abschluss eines Beistandsvertrages mit der Sowjetunion durch Frankreich sei, so lautete die deutsche Argumentation 1936, unvereinbar mit dem Garantievertrag von Locarno. Im Übrigen stelle dieser französisch-sowjetische Vertrag eine Gefahr für die deutsche Sicherheit dar. Als England diese Behauptung akzeptierte und Frankreich sich nicht zur Wehr setzte, begaben sich die Westmächte auf eine schiefe Ebene, auf der sie, nach physikalischem Gesetz sozusagen, immer tiefer abrutschten. Das vorliegende Dokument scheint uns genug des Beweises für diese Feststellung zu sein.

### *Das Märchen von der «Einkreisung»*

Man kann nicht übersehen, dass es sich 1936 wie 1938 im Prinzip um die gleiche Konstellation gehandelt hat: um Verträge, welche die Nachbarn Deutschlands abgeschlossen haben, um sich gegen mögliche aggressive Absichten und

Aktionen dieses «neuen» Deutschlands abzusichern – Verträge, die Berlin seinerseits als Gefährdung seiner Sicherheit und damit auch des europäischen Friedens denunzierte. Auch von «Einkreisung» ist die Rede, damals wie jetzt, so auch in dem vorliegenden Dokument. Dieses Schlagwort Ivon der «Einkreisung» des Reiches durch die andern Staaten ist übrigens schon vor dem Ersten Weltkrieg ein Dauerbrenner in der deutschen Propaganda gewesen. Hitler und Goebbels haben es wieder aus der Mottenkiste I hervorgeholt. Im Grunde genommen geht es dabei um nichts anderes als um die altbewährte Methode des «Haltet den Dieb». Doch das vermag den britischen Aussenminister nicht davon abzuhalten, auch auf diese «Beschwerde» Berlins einzugehen.

Daher möchte er die bestehenden Verträge, welche die betroffenen Staaten zum Schutz vor einer deutschen Aggression abgeschlossen haben, «modifizieren», um dem Reich das Gefühl der «Einkreisung» zu nehmen. Auch in diesem Punkt übernimmt Halifax also letztlich die deutsche Sicht der Dinge.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt ist wichtig bei der Beurteilung dieser Dokumente bzw. der darin zum Ausdruck kommenden politischen «Philosophie». Deutschland ist nämlich selbst daran schuld, wenn es sich eingekreist fühlt. Denn die beanstandeten Verträge – zwischen Paris, Moskau und Prag – sind erst zustande gekommen, als die Reichsregierung (sprich Hitler) es mehrfach abgelehnt hatte, an einem allgemeinen System der kollektiven Sicherheit teilzunehmen, an dem auch Deutschland beteiligt gewesen wäre. Es war in den Jahren 1934/35 das Bestreben der französischen, aber auch englischen Politik gewesen, die auch die Unterstützung Moskaus genoss, ein solches System auf die Beine zu stellen. Es hätte eine östliche Ergänzung des westlichen Locarnovertragssystem darstellen sollen, daher in der damaligen diplomatischen Sprache auch «Ostlocarno» genannt. Der Plan von 1934 hatte einen kollektiven Nichtangriffs- und Hilfeleistungspakt der folgenden acht Staaten vorgesehen: Sowjetrussland, Polen, Tschechoslowakei und Deutschland sowie Finnland und die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland. Frankreich hätte als Garantiemacht dieses Ostpaktes fungieren sollen, während Russland als neue Garantiemacht in das westliche Vertragssystem aufgenommen worden wäre. Der Pakt wäre im Einvernehmen mit dem Völkerbund abgeschlossen worden, was die Rückkehr Deutschlands nach Genf vorausgesetzt hätte. Es war klassische französische Sicherheitspolitik. Doch so schön dieses wohlkonstruierte Werk auf dem Papier aussah, es blieb ein untauglicher Versuch, das 1925 ausgebliebene Ostlocarno zehn Jahre später nachzuholen. Besonders wenn man bedenkt, dass nun nicht mehr ein Stresemann, sondern ein Hitler die deutsche Aussenpolitik machte. Warum Halifax

auf die Idee kommt, der deutsche Diktator könnte jetzt einem Vertragssystem zustimmen, das er schon 1934/35 abgelehnt hat, ist schwer einzusehen.

### *Hitler treibt ein unredliches Spiel*

In der ablehnenden Antwort der deutschen Reichsregierung vom 14. April 1935 hatte es übrigens geheissen: «Da sie selbst keine aggressiven Absichten hegt, fühlt sie sich von wirklichen Defensivabkommen auch nicht betroffen. Zu dieser Auffassung bekennt sich die deutsche Regierung auch heute noch.» Aber offenbar eben jetzt, 1938, nicht mehr. Denn dass die beanstandeten Verträge zwischen Frankreich, der Sowjetunion und der CSR reine Defensivabkommen darstellten, darüber konnte es gar keine begründeten Zweifel geben. Sie waren nach den Vorschriften des Völkerbundes konzipiert, was bedeutete, dass die gegenseitige Hilfeleistung nur für den Fall Geltung hatte, wenn einer der Vertragspartner Gegenstand eines «unprovokierten» Angriffs geworden wäre. Die deutsche Ablehnung hatte einen ganz einfachen Grund: ein System kollektiver Sicherheit in Mittel- und Osteuropa war in den Augen Hitlers folgerichtig ein Vertrag aller sich bedroht fühlenden Staaten gegen deutsche Revision und Expansion. Wie sollte er daran interessiert sein, sich in eine Organisation einbinden zu lassen, welche die Realisierung seiner aussenpolitischen Zukunftspläne unmöglich gemacht hätte?!

Da er schon zu Beginn des Jahres 1934 einen Nichtangriffsvertrag mit Polen abgeschlossen hatte, konnte Hitler bei seiner Ablehnung des britischfranzösischen Ostpaktplans auf seine erfolgreiche Politik der «zweiseitigen» Verträge verweisen. Er hat dann auch, sozusagen im Gegenzug, allen Nachbarstaaten solche zweiseitigen Nichtangriffspakte angeboten, falls sie sich von Deutschland bedroht fühlen sollten. Der sowjetische Aussenminister Litwinow, ein unermüdlicher Prediger der kollektiven Sicherheit, hat in einer seiner Reden vor dem Völkerbund gesagt, jeder Staat, mit dem Hitlerdeutschland einen Nichtangriffsvertrag abschliesse, sei als Opfer eines Angriffs ausersehen. Das sagte er allerdings, bevor Stalin einen solchen Vertrag mit Hitler abschloss. Nicht von ungefähr war Litwinow da nicht mehr Stalins Aussenminister. In der Tat hat der deutsche Diktator keinen der abgeschlossenen Verträge gehalten. Bekanntlich auch den mit Moskau nicht.

### *London nimmt Hitler die Arbeit ab*

Natürlich waren diese Zusammenhänge auch dem britischen Außenminister oder seinen Mitarbeitern bekannt. Doch bei einer Politik, die das Ziel der Erhaltung des Friedens um (fast) jeden Preis ansteuerte, durften früher gemachte (schlechte) Erfahrungen keine Rolle mehr spielen. Die hier skizzierte und kritisierte Politik beruhte letztlich auf einer äusserst prekären Grundlage: um der Erwartungen für die Zukunft willen die Erfahrungen der Vergangenheit zu vergessen.

Als Fazit sei Folgendes festgehalten: Die Konzessionsbereitschaft Englands beschränkt sich nicht darauf, das Selbstbestimmungsrecht der Sudeten-deutschen anzuerkennen. London ist auch bereit, Deutschland bei dem Vorhaben behilflich zu sein, das bestehende Sicherheitsdispositiv zu beseitigen, das errichtet worden war, um den befürchteten Expansionsdrang des Reiches einzudämmen. Wie schrieb doch Alan Bullock: Hitler werde sich gefreut haben, dass die Westmächte ihm die Arbeit abnehmen wollten.

Was die Vorschläge hinsichtlich einer neuen Sicherheitsstruktur für die Tschechoslowakei anbetrifft, so sind sie allesamt nicht realisiert worden. Sie sind durch die Dynamik des deutschen Vorgehens ganz einfach vom Tisch gewischt worden. Der durch die Abmachungen von München amputierte und wehrlos gemachte Staat war damit völlig dem Willen Berlins ausgeliefert. Zwar ist immerhin von einer internationalen Garantie der neuen Grenzen die Rede gewesen. Doch als Hitler sich desinteressiert zeigte, taten die Westmächte wenig, um das gegebene Versprechen einzufordern. Sie kapitulierten erneut, obchon das Verhalten des Reiches einen flagranten Bruch des kurz zuvor abgeschlossenen Abkommens von München dargestellt hat. Um das Mass voll zu machen, erklärte Chamberlain nach der Besetzung Prags und dem definitiven Zerfall der CSR, das britische Garantieverprechen sei damit hinfällig geworden. Die CSR ist somit vom Westen gleich zweimal verlassen (oder sollte man nicht eher sagen verraten?) worden. Man hat die einzige Demokratie im mitteleuropäischen Raum dem unersättlichen totalitären Regime in Berlin regelrecht zum Frass vorgeworfen.

### *Die kleineren Staaten sind verunsichert und besorgt*

Die anderen kleineren Staaten Europas betrachteten dieses unrühmliche Verhalten der westlichen Demokratien mit zunehmender Erschütterung. Sie sahen ihrer eigenen Zukunft mit dementsprechender Sorge entgegen – die Schweiz inbegriffen, wie wir noch sehen werden.

Der bulgarische Gesandte in Moskau habe zu dem dortigen französischen Botschafter angesichts dieser verhängnisvollen Entwicklung gesagt: «Wenn das den Tatsachen entspricht, so bleibt uns und allen kleinen Völkern Europas nichts anderes übrig, als den Schutz Deutschlands zu suchen und uns seinem Willen zu unterwerfen, um dem Schicksal zu entgehen, das die Tschechoslowakei zu erwarten hat.» (Robert Coulondre, Von Moskau nach Berlin 1936-39, Bonn 1950, S. 234.) Weniger als drei Jahre später hatten fast alle kleineren Staaten auf dem europäischen Kontinent ihre Unabhängigkeit verloren oder waren gar ihrer nationalen Existenz beraubt worden. Wobei Stalin seinen neuen «Freund» Hitler bei diesem «Aufräumen» eifrig unterstützte, indem er im Schatten des Krieges die versprochene Beute einheimste.

Die Schweiz gehörte, mit Portugal und Schweden, zu den wenigen Ausnahmen.

### *Die Mission des Lord Walter Runciman*

Ende Juli 1938 hatte sich die Lage in den Sudetengebieten derart zugespitzt, dass Chamberlain sich veranlasst sah, einen «Vermittler» dorthin zu schicken. Diese undankbare Mission übertrug er einem alten Freund, Lord Walter Runciman. Dieser war zwar ein erfahrener Politiker. Er war 30 Jahre lang, von 1908 bis 1937, Mitglied des Unterhauses gewesen, als (national)liberaler Abgeordneter. In mehreren Kabinetten hatte er Ministerposten innegehabt, meistens zuständig für Handel. Im britischen Handelsinteresse war er denn auch in der ganzen Welt umhergereist und hatte nebenbei ein Millionenvermögen verdient. Runciman galt denn auch als erfahrener und wohl informierter Experte in Wirtschaftsfragen. Dasselbe konnte man von aussenpolitischen Fragen sicher nicht behaupten. Das Land, in das er geschickt wurde, kannte er kaum oder gar nicht, wie die meisten Engländer. (Man soll in London zeitweise gar an einen Gouverneur aus Indien gedacht haben, der Erfahrungen mit Minderheitenproblemen habe.) Jedenfalls hatte der «Vermittler», den eigentlich niemand wollte, kaum die notwendigen Voraussetzungen für diese schwierige Aufgabe (wenn sie denn überhaupt lösbar war). Er soll denn auch gesagt haben, er fühle sich wie jemand, den man mitten im Atlantik in einer Nusschale aussetzte.

Runciman war fast 70 Jahre alt, als er diesen Auftrag, offensichtlich ohne viel Enthusiasmus, übernahm. In Berlin betrachtete man die Entsendung dieses «Privatmannes» als unerbetene Einmischung in eine Angelegenheit, die nach NS-Sprachregelung eine «innerdeutsche» war. Die Regierung in Prag musste,

äusserst widerwillig, ihr Einverständnis erklären, nachdem entsprechend Druck aus London ausgeübt worden war. Die Franzosen wurden wie üblich vor ein *Fait accompli* gestellt. An einen Erfolg dieser, diplomatisch gesehen, recht unüblichen Mission glaubten sie nicht. Der französische Gesandte in Prag meldete nach Paris, dass der tschechische Präsident dem ungebetenen Engländer misstrauete.

Dazu hatte Benesch allen Grund. Denn Runciman war nicht in sein Land geschickt worden, um zwischen Prag und der Sudetendeutschen Partei zu vermitteln, sondern um Prag zum Nachgeben zu bewegen. Die «guten Dienste», die man zu Recht von einem Vermittler erwartet, kamen in der Folge höchst einseitig zum Einsatz. Profitiert davon hat nur die eine Seite, die deutsche. So konnte der deutsche Botschafter in Prag bald einmal über ein Gespräch mit Lady Runciman melden, bei ihr sei «ein bemerkenswertes Verständnis für die Sache der Sudetendeutschen festzustellen». Man darf füglich annehmen, dass die Dame, die den Lord begleitete, um den (angeblich) privaten Charakter der Mission zu betonen, die Meinung ihres Gemahls zum Ausdruck brachte. Hitler hatte dem diplomatischen Vertreter in Prag nämlich verboten, Lord Runciman zu empfangen, also nahm sein Botschafter mit Lady Runciman vorlieb. Die gewünschte Auskunft scheint er auch so erhalten zu haben.

### *Benesch bekommt den «schwarzen Peter»*

Der tschechische Historiker, Prof. Otto Novak, hat sicher mit Recht festgestellt, Runciman sei nur der «verlängerte Arm» des Foreign Office gewesen. (Knopp, Die Saat des Krieges, S. 58.) Der Auftrag, den der «Vermittler» vom britischen Aussenminister Lord Halifax, dem Chef des Foreign Office, erhalten hat, zeigt dies deutlich genug: er solle, selbstverständlich «ganz privat», dem tschechischen Präsidenten klar machen, dass er den deutschen Forderungen nachgeben müsse, weil ein Zusammenbruch der Verhandlungen sonst Gefahren für den europäischen Frieden mit sich bringen könnte.

Hier wird das üble Spiel sichtbar, das die Engländer mit den Tschechen treiben, indem sie ihnen den «schwarzen Peter» zuschieben. Der Angegriffene, nicht der Aggressor wird also mit dem Odium belastet, durch seine Haltung den Frieden zu gefährden. Der französische diplomatische Vertreter in Prag, Victor de Lacroix, hat dieses Spiel schon durchschaut, bevor Runciman auf dem Platz erschienen ist. Zwar hatte auch er den Auftrag, Benesch unter Druck zu setzen, um den sudetendeutschen Forderungen entgegenzukommen. Er machte indessen kein Hehl daraus, dass er diesen Auftrag «à contre-cœur» ausführte. So

machte er auch gegenüber Paris aus seinem Herzen keine Mördergrube. Die Vorstösse, die dazu führten, die tschechische Position zu schwächen, kämen immer von London, klagte er. Dieser Druck der Engländer werde die Unnachgiebigkeit des Reiches und damit der Sudetendeutschen nur noch mehr ermutigen. Der französische Diplomat misstraut der britischen Politik, die ihm bereit dazu scheint, «im Namen des Friedens die Aufrechterhaltung der Integrität und der effektiven Unabhängigkeit der Tschechoslowakei zu opfern». (Duroselle, p. 342.)

### *Die Führer der Wehrmacht stellen sich quer*

Wie erwähnt sass der Mann, der Regie führte in dem vor den Augen der ganzen Welt sich abspielenden Politspektakel, meistens in seinem «Adlerhorst» und wartete den Moment ab, wo er sich – um im Bild zu bleiben – auf das ausersehene Opfer stürzen konnte. Doch je näher dieser Termin rückte, desto deutlicher traten die Bedenken der militärischen Befehlshaber gegen die Auslösung eines Krieges zu dem vorgesehenen Zeitpunkt zutage. Da Hitler offenbar der Meinung gewesen ist, der Widerstand komme vor allem von den älteren Generälen, denen es an Schwung und Idealismus fehle, lud er die jüngere Generation von Armeeführern und Staboffizieren am 10. August zu einer Konferenz auf den Berghof ein. Obschon der Diktator drei (!) Stunden lang auf sie einredete und alle Register seiner Beredsamkeit zog, war das Ergebnis der anschliessenden Diskussion für den «obersten Kriegsherrn» äusserst unbefriedigend. Als der Stabchef der im Westen stationierten Armeegruppe erklärte, die von Hitler hochgelobten Befestigungen könnten höchstens drei Wochen gehalten werden, kriegte dieser einen Tobsuchtsanfall und zieh die ganze Armee der Unfähigkeit. Die Bedenken gegen den Krieg waren ganz offensichtlich nicht eine Generationenfrage. Hitler soll übrigens nach dem für ihn missglückten Ausgang der Aussprache nie mehr eine solche zugelassen haben. Es blieb fürderhin bei der Ansprache bzw. beim Monolog.

Es ist also kein Zweifel möglich, dass fast die gesamte höhere militärische Führung gegen einen Krieg im Herbst 1938 eingestellt war. Natürlich waren diese Generäle nicht grundsätzlich gegen Krieg, sie waren ja keine Pazifisten. Aber sie lehnten den Krieg in der damaligen Situation aus militärischen Gründen ab, weil sie die deutsche Wehrmacht nicht für fähig hielten, einen solchen Krieg überhaupt zu führen geschweige denn zu gewinnen.



## Opposition wird zur Verschwörung

Bei einigen wenigen von ihnen, aber auch bei hohen Beamten im zivilen Bereich, besonders im Auswärtigen Amt, verdichtete sich der Widerstand gegen Hitlers (und Ribbentrops) Kriegstreiberei zur grundsätzlichen Opposition gegen das Regime überhaupt. Sie waren zur Einsicht gekommen, dass noch so gut begründete Einwände gegen die Absichten des Diktators nichts auszurichten vermochten. Sie prallten samt und sonders ab an seinen vorgefassten Meinungen, an seiner totalen Unbelehrbarkeit, an seiner Unfähigkeit, irgendwelche Kritik an seinen Plänen zu akzeptieren. Was sie als nicht nur berechnete, sondern notwendige Kritik ansahen, die sich aus ihrem Sachverstand herleitete, war für ihn nichts als Kleingläubigkeit, mangelnde Risikobereitschaft und – last but not least – fehlendes Vertrauen in die überlegene Urteilskraft und das «Genie» des «obersten Kriegsherrn». Von da aus war es nicht mehr weit zum Vorwurf der Befehlsverweigerung oder gar der Sabotage und des Verrats. Es lag im Wesen des in Deutschland herrschenden Systems, dass Opposition gegen die unumschränkte persönliche Diktatur des Mannes, von dem alles abhing, letztlich nur in einer «Verschwörung» enden konnte, in der es um Leben und Tod gehen musste.

### *Ein Mann geht seinen Weg: Ludwig Beck*

Der Mann, der diesen Weg ging, ja <sup>^</sup>mwging muss man sagen, war kein Geringerer als der Chef des Generalstabes, Ludwig Beck. Er muss nach den zeitgenössischen Schilderungen eine aussergewöhnliche Persönlichkeit gewesen sein. Diese zeitgenössischen Eindrücke werden indessen durch die Historiker vollauf bestätigt. Er beeindruckte seine Mitmenschen und insbesondere seine Mitarbeiter und Untergebenen durch «die glückliche Verbindung von Soldatentum und allgemeiner Geistigkeit, vornehmer Gesinnung und hohem Verantwortungsgefühl», so porträtiert ihn ein deutscher Historiker. (Vgl. Helmut Krausnick, Ludwig Beck, in: 20. Juli, Porträts des Widerstands, hrsg. von Rudolf Lill und Heinrich Oberreuter, Düsseldorf-Wien, 1984, S. 73 ff. Zu diesem Band habe ich einen Beitrag geleistet unter dem Titel: Das Attentat der Offiziere und das Ausland», S. 47 ff.)

Nach dem Philosophen Eduard Spranger verkörperte Beck «nicht den Typus des Militärs, sondern eher den eines Denkers». Für den bekannten Historiker Gerhard Ritter, der eine grundlegende Studie über die deutsche Widerstandsbewegung gegen Hitler verfasste, war Beck als Soldat «geradezu das Gegenteil des nationalsozialistischen Ideals».

Schon vom Charakter her also war der Zusammenprall dieses hochbegabten Offiziers mit dem «Möchtegern»strategen Hitler sozusagen vorprogrammiert. Was der «oberste Befehlshaber der Wehrmacht» brauchte, waren nicht in erster Linie Generale, die seine «genialen» strategischen Entwürfe kritisch beurteilten, sondern sie ohne Wenn und Aber in die Tat umsetzten. Da war Beck eindeutig falsch am Platz. Die Abneigung der beiden so ungleichen Männer beruhte durchaus auf Gegenseitigkeit. Hitler tat denn auch alles, um den Chef des Generalstabes auszuschalten, wenn es um die entscheidenden Beschlüsse ging, obschon Beck kraft seines Amtes eigentlich sein nächster Ratgeber hätte sein müssen. Seit dem (staatsstreichartigen) Umbau der obersten militärischen Führung durch die Bildung des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) im Februar 1938 fiel es Hitler noch leichter, sich den unbequemen Warner möglichst vom Leibe zu halten. Denn durch die Schaffung des OKW hatte sich Hitler mit voller Absicht eine Art von persönlichem Supergeneralstab geschaffen, den er mit willigen Gefolgsleuten bestückte. Der Chef des OKW, General Wilhelm Keitel, war im Gegensatz zu Beck der geeignete Mann, um Hitlers strategische «Visionen» ohne Bedenken in die Tat umzusetzen – nicht von ungefähr erhielt er den wenig schmeichelhaften Spottnamen «Lakeitel».

So war denn Beck auch nicht dabei, als Hitler in der legendären Ansprache vom 5. November 1937 in engstem Kreise deutlich machte, dass seine in «Mein Kampf» entwickelten Phantasien über die Notwendigkeit der Eroberung neuen Lebensraums blutiger Ernst werden sollten.

Als Beck vom Inhalt dieser geheimen Ansprache Kenntnis erhielt, war er entsetzt, und er unterzog die dort geäusserten Gedankengänge des Diktators einer tiefgreifenden und im Ganzen vernichtenden Kritik. Mit Recht mahnte er, dass solch weitgehende Änderungen am territorialen Status quo «ohne schwerste Erschütterungen» (lies: ohne grossen Krieg) nicht erreichbar sein würden. Einen solchen allgemeinen Krieg aber würde Deutschland nicht durchstehen können, vielmehr würde er mit «einer allgemeinen Katastrophe für Deutschland endigen». Diese Einsicht wiederholt Beck in weiteren «Denkschriften» wie ein *Ceterum Censeo*.

Als im Sommer 1938 die Absicht Hitlers, die CSR militärisch zu erledigen, immer deutlicher Gestalt annahm, warnte Beck vor der Illusion eines Blitzkrieges und liess sich nicht überzeugen, dass die Westmächte einem solchen militärischen Unternehmen einfach tatenlos zusehen würden. Insbesondere konnte sich der deutsche Generalstabchef nicht vorstellen, dass Frankreich seinen Verbündeten einfach im Stich lassen könnte. Dieser Meinung war nun allerdings in der militärischen Führung des Reiches nicht nur Beck. Vielmehr ist die Mehr-

heit der Generäle durchaus seiner Meinung gewesen und lehnte infolgedessen ein militärisches Vorgehen gegen Prag als zu riskant ab.

### *Generalstreik der Generale?*

Mitte Juli 1938 war es soweit, dass Beck an die höchsten Führer der Wehrmacht die Aufforderung richtete, Hitler zur Aufgabe seiner Kriegspläne zu zwingen, indem sie mit ihrem geschlossenen Rücktritt drohten – also nichts weniger als ein «Generalstreik der Generale». Er begründete dieses zweifellos ausserordentliche Vorgehen mit den berühmt gewordenen Worten.

«Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo Ihr Wissen, Ihr Gewissen und Ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbietet.»

Es war Beck durchaus klar, dass eine solche kollektive Befehlsverweigerung, sollte sie denn je zustande kommen, zu innenpolitischen Erschütterungen führen musste. So drängte sich ein weiterer Schritt auf dieser gefährlichen Gratwanderung auf. Dem Oberbefehlshaber des Heeres, General Walter von Brauchitsch, sagte Beck, es werde zu prüfen sein, «ob man diesen Schritt nicht dahin aktivieren sollte, dass man es zu einer für die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände unausbleiblichen Auseinandersetzung mit der SS und der Bonzokratie kommenlassen muss.» Damit hatte Beck den Rubikon überschritten; denn eine solche Aktion musste zum Sturz des Regimes führen bzw. zum Bürgerkrieg. Wenn Beck es offensichtlich für möglich hielt, aus einer solchen Auseinandersetzung die Person Hitlers herauszuhalten, so mutet das allerdings reichlich naiv an. Denn die ins Auge gefasste Aktion hätte ja, falls sie gelang, die entscheidenden Grundlagen von Hitlers Machtposition zerstört. So ist es kein Wunder, dass andere Mitwisser von Becks Plänen den Stier bei den Hörnern packen wollten, indem sie beabsichtigten, Hitler selbst festzunehmen oder gar umzubringen. So oder so war Beck auf seinem Weg endgültig von der Opposition zur (hochverräterischen) Verschwörung gelangt.

Auch wenn die grosse Zahl der kommandierenden Generale die Beurteilung der Lage durch Beck teilte, schreckten sie letztlich eben doch davor zurück, sich offen gegen Hitler aufzulehnen und den geleisteten Eid zu brechen. Es zeigte sich eben, wie K.-D. Bracher betont, «dass die deutsche Militärtradition im Grunde kein tragfähiges Fundament für einen politischen Widerstand bot» (a.a.O., S. 17). Als Beck einsehen musste, dass die Generale trotz grundsätzlichem Einverständnis ihm keine Folge leisten würden, resignierte er und trat am 18. August 1938 von seinem Amt zurück.

Hitler beeilte sich, den Rücktritt zu genehmigen, den er ohnehin erwartet und vor allem gewünscht hatte. Beck fügte sich – leider muss man sagen – Hitlers Ersuchen, den Rücktritt aus «ausenpolitischen Gründen» vorläufig geheim zu halten. London wusste trotzdem spätestens am 5. September Bescheid. Die britische Regierung war durch verschiedene Kanäle stets auf dem Laufenden, was sich in Berlin in Sachen Opposition gegen Hitler tat. Ihr war ja auch eine wichtige Rolle zugedacht in diesem Unternehmen. Die Probe hat London dann allerdings nicht bestanden, wie wir noch sehen werden.

Was Beck anbetrifft, so ist er den Weg des Widerstandes gegen das NS-Regime und seine Kriegstreiberei unverdrossen weitergegangen. Es spricht für die Ausstrahlungskraft seiner Persönlichkeit, dass er auch im Ruhestand unbestrittener Mittelpunkt der Opposition geblieben ist – bis hin zum tragischen Ende nach dem Scheitern des Attentats vom 20. Juli 1944. Ludwig Beck ist eine der nicht gerade zahlreichen Gestalten, die das Dunkel, das die Jahre der NS-Herrschaft über Deutschland gebracht haben, etwas aufzuhellen vermögen.

### *Der Staatsstreich wird geplant*

Der Rücktritt Becks tat den Plänen der Opposition keinen Abbruch, weil sein Nachfolger General Franz Halder, der sein Amt am 1.9.1938 antrat, ebenfalls ein entschiedener Gegner des NS-Regimes und insbesondere von Hitler persönlich war. Er nannte das Staatsoberhaupt des Dritten Reiches bei Gelegenheit einen «Verbrecher und Blutsäufer». Einem andern General gegenüber sagte der neue Generalstabchef, «es gebe nur ein Mittel, den Lauf der Dinge aufzuhalten: einen gewaltsamen Sturz Hitlers». (Vgl. auch für das Folgende: Klaus Jürgen Müller, *Das Heer und Hitler*, Stuttgart 1969, Kapitel VIII «Der Kampf gegen den Krieg. Die Septemberverschwörung 1938, S. 345 ff.)

Unter Halder nahmen die technisch-organisatorischen Vorbereitungen für den Staatsstreich konkrete Formen an. Eine führende Rolle spielten unter den Militärs die Generale Erwin von Witzleben und Erich Hoepner – nicht zufällig finden wir sie wieder bei den Opfern des gescheiterten Attentats von 1944. Dass der Putsch durch den bewaffneten Arm des Staates durchgeführt werden musste, lag auf der Hand. Doch beschränkte sich die Verschwörung keineswegs auf den militärischen Bereich.

Eine massgebliche Rolle spielte bei den Vorbereitungen auch das Amt des deutschen militärischen Nachrichtendienstes (auch «Abwehr» genannt) unter

dem legendären Admiral Wilhelm Canaris. Nicht dass der Chef der Abwehr persönlich an der Verschwörung beteiligt gewesen wäre. Aber er wusste davon und befürwortete sie. Sein Verdienst um die Militäropposition

I bestand darin, zum Handeln entschlossene Untergebene seines Amtes gewähren zu lassen und sogar seine schützende Hand über sie zu halten. Davon profitierte insbesondere sein enger Mitarbeiter Oberst Hans Oster. Mit Wissen von Canaris machte Oster aus der «Abwehr» einen Kristallisationspunkt all derer, die zum Handeln gegen das Regime entschlossen waren.

Zu diesen Persönlichkeiten, die zum Letzten bereit waren, gehörten auch hohe Beamte des Auswärtigen Amtes, vor allem die Gebrüder Erich und Theodor Kordt. Ihr Chef, Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, spielte dabei eine ähnliche Rolle wie Canaris in der «Abwehr»: er machte nicht direkt mit, aber er duldete die Aktivitäten seiner Untergebenen und schirmte sie gegen oben und gegen aussen ab.

Dabei ist zu bedenken, dass der unmittelbare Vorgesetzte des Staatssekretärs der Reichsaussenminister von Ribbentrop gewesen ist, der zu den notorischen Kriegstreibern in der Umgebung Hitlers gehörte.

Theodor Kordt war damals auf der deutschen Botschaft in London positioniert und diente vor allem als Verbindungsmann zu den Engländern.

Aber auch Leute von ausgesprochen parteinahen Organisationen machten mit wie Hans Bernd Gisevius, welcher der Gestapo angehörte, und der Polizeipräsident von Berlin, Graf Helldorf, immerhin hoher SA-Führer, der dafür sorgen wollte, dass beim Staatsstreich, der sich im Zentrum der Reichshauptstadt abgewickelt hätte, die Polizei nicht eingreifen würde. Wenn letzterer eher ein unsicherer Kantonist gewesen sein mag, so gehörte der Gestapomann Gisevius zu der radikalen Gruppe, die unbedingt Hitler unschädlich machen wollte, wenn möglich durch seinen Tod.

Es bestand insofern ein gewisser Gegensatz zwischen der jüngeren und der älteren «Generation» unter den Verschwörern, als diese noch an die Möglichkeit glaubte, den gestürzten «Führer» gerichtlich aburteilen zu lassen. Diesen wohl etwas naiven Glauben teilten die Jüngeren nicht und wollten Maher «reinen Tisch machen». Oster vertrat die – sicher zutreffende – Meinung, dass ein lebendiger Hitler ein «unkalkulierbares Risiko» darstellen würde. Das sollten dann die Verschwörer von 1944 mit für sie katastrophalen Folgen erleben.

Auf Einzelheiten der Staatsstreichplanung kann hier nicht eingegangen werden. Halder ist jedenfalls der Meinung gewesen, dass der Coup hätte gelingen können. Dass die militärischen Vorbereitungen zweckmässig und durchaus erfolgversprechend gewesen seien, war auch die Meinung von Dr. Paul Gygli, ehe-

maligem Generalstabchef der Schweizer Armee (1965-1971). Zu diesem Urteil kam der hohe Offizier, der sich sehr für die deutsche Opposition gegen Hitler interessierte, in einem Referat, das er seinerzeit im Rahmen eines von mir veranstalteten Seminars gehalten hat. Natürlich blieben allerlei Unsicherheitsfaktoren und Unwägbarkeiten bestehen, wie das bei einem solchen Unterfangen nur natürlich ist. Da der Gang der Ereignisse es nicht zur entscheidenden Bewährungsprobe kommen liess, ist ein historisch eindeutiges Urteil über das Vorhaben vom September 1938 ohnehin nicht möglich.

«Unter Berücksichtigung aller damaligen Umstände sowie vor allem der Tatsache, dass die Verschwörer im September 1938 noch nicht unter den später durch den Kriegszustand gegebenen zusätzlichen Belastungen gestanden haben, wird eine Erfolgchance nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sein. Vielleicht war sie damals grösser denn je.» So das Fazit des zitierten Historikers K.-J. Müller.

### *Geheime Kuriere informieren London*

Dass der Ernstfall nicht eingetreten ist, wurde letztlich aber nicht in Berlin, sondern in London entschieden. Der Plan sah vor, den Putsch in dem Moment auszulösen, da Hitler durch den geplanten Angriff auf die CSR die Schwelle zum Krieg überschreiten würde. Voraussetzung für dieses Szenario war eine feste Haltung der westlichen Demokratien, insbesondere Englands, die keine weiteren Konzessionen mehr machen sollten. Die Verschwörer waren sich dieser Abhängigkeit von London und damit von Entschlüssen, die anderswo gefasst wurden, durchaus bewusst. Sie waren deshalb bemüht, London über den Gang der Vorbereitungen zu informieren und gleichzeitig zu versuchen, die britische Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. So wurden in den Monaten August und September mehrere Emissäre in die britische Hauptstadt geschickt.

Ludwig Beck selbst hat noch kurz vor seinem Rücktritt einen Vertrauten mit der Botschaft nach London geschickt:

«Bringen Sie mir den sicheren Beweis, dass England kämpfen will, wenn wir die Tschechoslowakei angreifen, und ich werde diesem Regime ein Ende bereiten.» (Zitiert in Saat des Krieges, S. 152.)

Beck machte gegenüber den Engländern übrigens auch klar, dass es nicht nur um die Verhinderung eines allgemeinen Krieges ging, sondern auch um die Beseitigung des in Deutschland herrschenden Unrechtssystems. Die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse und damit Wiedergewinnung interna-

tionalen Vertrauens standen ganz oben auf der «Wunschliste» des Generalstabchefs.

Weitere Kontakte mit britischen Politikern folgten, was jeweils ganz besonderer Sicherheits- und Tarnungsmassnahmen bedurfte, die grösstenteils von der «Abwehr» übernommen wurden. Als massgebliche Stelle für die Auslandspionage hatte sie den notwendigen Handlungspielraum für solche heikle Missionen zur Verfügung.

Trotzdem waren solche Aktivitäten natürlicherweise mit höchstem Risiko verbunden; denn es lief ja darauf hinaus, «hochverräterische» Missionen als Spionageaktionen zu tarnen. Rückblickend erscheint es geradezu abenteuerlich, was da vor sich ging, und fast unwahrscheinlich, dass es immer wieder gelang, den umfangreichen Überwachungs- und Bespitzelungsapparat des Terrorregimes zu übertölpeln.

### *Chamberlain setzt weiterhin auf Hitler*

Entscheidend für das Scheitern der Pläne der Opposition wurde also die Haltung der britischen Regierung, insbesondere von Chamberlain selbst. Die Abgesandten der Verschwörer trafen in London auf taube Ohren. Eine löbliche Ausnahme stellte wieder mal Churchill dar, doch der konnte eben nicht im Namen der Regierung sprechen. Dort war man durch nichts davon abzubringen, das Sudetengebiet Hitler zu überlassen und die CSR rettungslos zu verstümmeln. Es war nicht etwa so, dass die massgeblichen Leute in der britischen Hauptstadt nicht erkannt hätten, welch ungeheuren Zuwachs an Macht und Prestige dies dem deutschen Diktator einbringen werde. Doch das vermochte sie nicht zu erschüttern, da sie damit einverstanden waren. Sie zogen die enorme Stärkung der NS-Diktatur ihrer Beseitigung durch einen Umsturz vor. Diese für uns heute schwer nachvollziehbare Politik beruhte auf einer fundamentalen Fehleinschätzung Hitlers und seines Regimes. Im Grunde ging es gleich um eine mehrfache Fehleinschätzung.

So erschien den Leitern der britischen Aussenpolitik Hitler keineswegs als das, was er für die Leute des Widerstandes schon damals war und was in der Geschichtschreibung inzwischen längst unbestritten ist, nämlich als verantwortungsloser radikaler Fanatiker, dessen erklärtes Ziel es gewesen ist, Europa mit Krieg zu überziehen. Für den britischen Premierminister und seinen Botschafter in Berlin galt der Diktator vielmehr als Gemässigter, mit dem man vernünftig reden und verhandeln könne. Die herbe Enttäuschung von Godesberg, wo Hitler ohne Zögern sein gegebenes Wort gebrochen und die einvernehmliche Verhandlungsgrundlage mutwillig zerschlagen hat – diese böse Erfahrung hat of-

fensichtlich keine nachhaltige Wirkung gezeigt. Chamberlain hielt weiterhin unentwegt daran fest, dass man den braven Hitler gegen seine kriegstreiberische Umgebung à la Ribbentrop stützen müsse. Sein Aussenminister Lord Halifax vertrat die Überzeugung, durch Konzessionen in der Sudetenfrage würden die «Gemässigten» in der Reichshauptstadt gestärkt. Der unselige Henderson spielte in dieser «Tragikomödie der Irrungen» (Golo Mann) eine besonders trübe Rolle. So liess er London in einer seiner unsäglich peinlichen Fehldiagnosen wissen, man müsse dem eigentlich friedenswilligen Hitler Vertrauen schenken und ihm Gelegenheit geben, «to be a good boy» (!). So nachzulesen in den Documents on British Foreign Policy 1919-1939, Bd. III, 1, S. 604. Eine verkehrtere Einschätzung der damaligen Lage ist schwer vorstellbar.

Ebenso völlig daneben ist die Vorstellung, dass ein starkes Drittes Reich die beste Garantie sei gegen ein allfälliges Übergreifen des Bolschewismus auf den Westen. Es war genau das, was die deutsche Propaganda unaufhörlich urbi et orbi verkündete: Hitler als Bollwerk gegen den Bolschewismus. Eine Unterstützung der Pläne der Opposition gegen Hitler hätte nach dieser Auffassung zu einer Destabilisierung des Deutschen Reiches führen können, was eben die erwähnte Schreckensvision heraufbeschwor.

Ziemlich genau ein Jahr später wird der «grosse Führer des Nationalsozialismus» Adolf Hitler einen Pakt mit dem «grossen Führer des Bolschewismus» Josef Stalin schliessen, um den Rücken frei zu bekommen für seinen beabsichtigten Krieg zunächst gegen Polen und dann gegen die westlichen Demokratien.

Chamberlain hat es 1938 abgelehnt, Hitler zu isolieren. Dafür steht er ein Jahr später selbst allein da. England aber und mit ihm die ganze demokratische Welt Westeuropas befinden sich ein Jahr nach dem Akommen von München in einer grösseren Gefahr, als sie je zuvor bestanden hat. Denn am Horizont zeichnet sich das Schreckbild einer Aufteilung Europas durch die beiden totalitären Diktaturen ab. Das Fiasko der vom britischen Premier so selbstherrlich geleiteten westlichen Politik ist total. Zurück zur deutschen Opposition von 1938.

### *Den Widerstand der Besten im Keime erstickt*

Es leuchtet ein, dass bei der geschilderten Einstellung der britischen Regierung alle Bemühungen der Opposition gegen Hitler chancenlos bleiben mussten. Dazu kam, dass Chamberlain in den Frondeuren von Berlin national-konservative Reaktionäre gesehen hat, deren Ziel es sei, Preussens Gloria wilhelmini-



scher Prägung wieder auferstehen zu lassen. Sie waren in seinen Augen Vertreter jene Kaste, der man die deutsch-britische Rivalität der Zeit vor 1914 und den daraus entstehenden Krieg zu verdanken hatte. Diese Sicht auf die Vergangenheit versperrte dem britischen Premier offenbar eine klare Sicht auf die Gegenwart. Grottesker geht es nimmer: die Männer in Berlin, die durch ihren Staatsstreich einen weiteren grossen Krieg verhindern wollten, werden beschuldigt, sozusagen postum, bereits einen grossen Krieg verursacht zu haben. Oder anders herum gesagt: als das «dritte» Reich längst Tatsache geworden war und sich anschickte, einen neuen Krieg zu entfesseln, fürchtete der britische Premierminister eine Wiederauferstehung des «zweiten» Reiches, das 1918 untergegangen war.

Als mit dem 28. September der Tag nahte, an dem das deutsche Ultimatum ablaufen sollte und die Lage sich immer mehr zuspitzte, standen die Verschwörer mit den Generälen Halder und Witzleben Gewehr bei Fuss, um im Falle eines Angriffsbefehls Hitlers sofort loszuschlagen. Da kam völlig unerwartet die Meldung vom Eingreifen Mussolinis und der bevorstehenden Zusammenkunft in München. Damit war die entscheidende Voraussetzung für die geheime Aktion weggefallen. Das Unternehmen wurde im letzten Moment abgeblasen. Erst nach dem Krieg sollte die Öffentlichkeit davon erfahren, «wie nahe Deutschland und die Welt einer Befreiung von dem Dämon Hitler gewesen waren». (Erich Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 278.)

Bei Golo Mann kann man nachlesen, dass die Politik Chamberlains dazu geführt hat, «die Stellung des Diktators gegenüber seinem eigenen Volk zu stärken und den Widerstand der Besten im Keim zu ersticken». Damit war die letzte Chance vertan, den Krieg zu verhindern (der ein Jahr später kommen sollte) und «im letzten Moment die verderbte Parteidiktatur zu stürzen». Der grosse deutsche Geschichtschreiber, mit dem ich viele Jahre freundschaftlich verbunden war, schreibt von dem Kummer, den es dem Historiker heute noch bereite, wenn er in den Plänen und Zeugnissen lese, die von dem gescheiterten Versuch berichteten, das Hitler-Regime zu beseitigen. Der Kummer, meint er, «wird nur gemildert durch die Bewunderung, welche die menschliche Grösse der Beteiligten erregt ... Sie waren sehr einsam, handelten unter schrecklichen Gefahren für sich selber in einem Bereich, der ihrer Erziehung und Standestradiation fremd wie der Urwald war.» (Deutsche Geschichte, 861 ff.)

## Das grosse Spektakel: Der Parteitag

Der deutsche Diktator hatte sich mehrere Monate lang kaum mehr öffentlich vernehmen lassen – was wohl zu seiner Taktik gehörte, die von ihm ferngesteuerten Ereignisse selbst ihre Wirkung tun zu lassen. Nun nahte aber der Parteitag, der jeden Herbst in Nürnberg stattfand und sich inzwischen zu einem propagandistisch immer pompöser aufgezogenen Spektakel entwickelt hatte. Die zu Zehntausenden in Marschkolonnen aufmarschierenden verschiedenen Parteiformationen gaben den sozusagen physisch sichtbaren Rahmen ab, den der «Führer» benötigte, um im «Namen des gesamten deutschen Volkes» zu sprechen. Die Diplomaten der Mächte, an die er seine «berechtigten» Forderungen richtete, waren als Gäste eingeladen – nicht aus Courtoisie, sondern aus Berechnung. Sie sollten mit ansehen, wie das deutsche Volk geschlossen hinter seinem «Führer» stand. Und sie sollten auch beeindruckt werden von dem perfekt dargebotenen Schauspiel. Die Lichteffekte – es wurden sogar Flakscheinwerfer aufgestellt, um einen «Lichtdom» zu erzeugen – erinnerten an eine grandios inszenierte Wagner-Oper, die der «Führer» ja so innig verehrte. Tatsächlich wurden während des Parteitages, der eigentlich mehrere Tage dauerte, nämlich vom 5. bis zum 12. September, «Die Meistersinger» aufgeführt. Sie wurden diesmal von den Wiener Philharmonikern interpretiert, als Zeichen der «neuen völkischen Gemeinschaft» mit dem inzwischen angeschlossenen Österreich. Überhaupt war es das neu entstandene «Grossdeutschland», das auf dieser Parteiveranstaltung gewürdigt und gefeiert werden sollte.

Doch der «Führer» hatte weitere Forderungen im Zeichen des «Selbstbestimmungsrechts der Deutschen» vor der Weltöffentlichkeit anzumelden: die «Rückkehr» der Sudetendeutschen ins Reich, dem sie eigentlich gar nie angehört hatten. Sie waren Teil der Habsburgermonarchie gewesen, nicht des Deutschen Reiches Bismarckscher Prägung. Doch das «Reich» war in der NS-Sprachregelung ein derart dehnbare Begriff, dass jeder darunter verstehen konnte, was er wollte. Und das war gut so. Je unklarer die Grenzen dieses «tausendjährigen» Reiches waren, desto besser. Schon ein halbes Jahr später haben diese Grenzen auch nichtdeutsche Gebiete umfasst und damit Hitlers emphatische Berufung auf das «Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen» als lügnerische Heuchelei entlarvt.

Nachdem mehrere andere NS-Prominente wie Göring, Goebbels und Hess in ihren Parteitagsreden den Hass gegen die Tschechen und ihren Präsidenten weiter angestachelt hatten, wartete man am letzten Tag auf den traditionellen Höhepunkt, die Rede des «Führers». Er sollte seine deutsche Zuhörerschaft

nicht enttäuschen und seine Feinde das Fürchten lehren. Seine Rede vom 12. September gipfelte in den bereits erwähnten geradezu hysterischen Attacken gegen die Tschechen, die die Sudetendeutschen grausam unterdrückten und massakrierten. Hauptziel seiner wütenden Ausfälle aber war sein Intimfeind Benesch, der es gewagt hatte, ihn, den Herrscher über Grossdeutschland, zu demütigen. «Das war nicht der Auftritt eines Politikers, sondern die hollywoodreife, freilich etwas chaplineske Präsentation eines Staatsschauspielers.» (Guido Knopp)

Er sei nicht gewillt, so Hitler, «hier mitten im Herzen Deutschlands durch die Tüchtigkeit (!) anderer Staatsmänner ein zweites Palästina entstehen zu lassen.» Das war ein deutlicher Seitenhieb auf die britische Politik. «Die armen Araber sind wehrlos und vielleicht verlassen», fuhr er fort. «Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos, noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen.»

Das war eine nur schlecht kaschierte Drohung mit einer deutschen Intervention. In der Tat hatte der Diktator zwei Tage vorher die Befehlshaber der Wehrmacht nach Nürnberg bestellt, um mit ihnen letzte technische Einzelheiten des militärischen Operationsplans zu besprechen. Dabei versuchte der ehemalige Gefreite seine Generäle davon zu überzeugen, dass gegen die CSR ein «Blitzkrieg» geführt werden könne und müsse, weil er einen schnellen Erfolg brauche. Es ist typisch für das Denken Hitlers, dass für seine Entschlüsse seine politischen Ziele massgebend waren, nicht die militärischen Möglichkeiten. Da die Westmächte nicht eingreifen würden, sei nur eine dünne Verteidigungslinie im Westen notwendig, behauptete der Diktator unbeirrt weiter. Andere Meinungen prallten an ihm ab wie an einem Panzer. Das übliche Risiko- und Vabanquespiel also. Der britische Botschafter, der auch in Nürnberg weilte, erhielt gleichzeitig von London den Auftrag, Hitler mitzuteilen, dass ein gewaltsames Vorgehen gegen die CSR die Westmächte auf den Plan rufen würde. Doch dieser wich jeglichem Kontakt mit den westlichen Vertretern der Westmächte aus, als ob er geahnt hätte, dass seine Rechnung nicht aufgehen würde. Henderson wurde seine Botschaft jedenfalls nicht los (was dem unbedingten Appeaser wohl gar nicht so unangenehm gewesen sein dürfte).

### *Hitler selbst führt Regie*

Gerade als der Parteitag in Nürnberg begonnen hat, ist etwas völlig Unerwartetes eingetroffen, mit dem man in Berlin nicht gerechnet hatte: die Prager Regierung akzeptierte nämlich am 5. 9. 1938 die Forderungen der sudetendeutschen Partei,

die sie in ihrem sog. Karlsbader Programm erhoben hatte – umfassende Autonomie innerhalb des bestehenden Staates. Hitlers Konzept drohte durcheinander zu geraten; denn wenn es zu einer Einigung kam, dann entfiel ja der Vorwand für eine gewaltsame Intervention, die für ihn nach wie vor die beste Lösung war. Also gab er Henlein die Weisung, die Verhandlungen mit Prag abzubrechen. Den Vorwand dazu gaben zu diesem Zweck provozierte Zwischenfälle. Diese sollten bis zu Hitlers Rede die Lage am Kochen halten. So lautete das neue taktische Konzept.

Eigentlich hätte jetzt auch dem naivsten Beobachter klar werden müssen, dass da ein abgekartetes Spiel betrieben wurde. Doch weit gefehlt. Ausgerechnet in diesem Moment publizierte die Londoner Times den berühmterberichtigten Artikel vom 7. 9., in welchem die Idee einer vollständigen Abtretung der Sudetengebiete an das Deutsche Reich lanciert wurde. Die Hintergründe dieser aufsehenerregenden Story haben wir schon zu erhellen versucht. Wieder einmal schien man in London dem deutschen Diktator die Arbeit abnehmen bzw. erleichtern zu wollen. Damit war der Trumpf, den Chamberlain bei den kommenden direkten Gesprächen mit Hitler hätte einsetzen können, praktisch bereits ausgespielt. Wenn es kein Rückenschuss gewesen ist, dann mindestens miserable Diplomatie.

Der ganze Vorgang war so ungewöhnlich, dass man selbst in Berlin verwirrt war. Hitler soll über die Vorstellung gelacht haben, dass Prag freiwillig diese Gebiete samt ihren für die CSR lebenswichtigen militärischen Befestigungen und Rüstungsbetrieben freiwillig abtreten könnte. Er habe gesagt, so dumm könnten die Tschechen doch gar nicht sein! Denn im Unterschied zu den für diesen Artikel verantwortlichen Presseleuten in London hatte der Diktator durchaus ein scharfes Auge für die militärischen Aspekte einer solchen Operation. Dass die CSR dadurch wehrlos dem Reich ausgeliefert würde, schien man in London entweder nicht zu merken oder jedenfalls nicht für wichtig zu halten. Man berauschte sich lieber an dem Bild von dem «homogenen» neuen Staat ohne Minderheiten, der dann wohl wie Phönix aus der Asche wiederauferstehen würde.

Wie Hitler persönlich die Sudetenkrise manipulierte, darüber berichtet auf anschauliche Weise ein damaliger Offizier der «Abwehr», Helmut Groscurth. Er überliefert auch das Wort von Hitler, er wolle Benesch lebend haben, um ihn persönlich aufzuhängen. (Drastischer könnte wohl kaum zum Ausdruck kommen, dass die beabsichtigte militärische Aktion gegen einen andern Staat beim deutschen Diktator zum persönlichen und hasserfüllten Rachefeldzug gegen dessen Präsidenten degeneriert war.) Für den Chef der Abteilung II der Abwehr

war damit jedenfalls klar, dass Hitler den Krieg wollte. Durch nichts wollte er sich von seinem «unabänderlichen» Entschluss abbringen lassen. Als der deutsche Botschafter in Paris warnte, Frankreich könnte vielleicht doch gezwungen sein, den Tschechen zu Hilfe zu eilen, habe Hitler den Bericht beiseite gelegt und gesagt, das interessiere ihn nicht. (Vgl. Helmut Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, Stuttgart 1970, S. 104 ff.)

In jenen ersten Septembertagen war Henlein erneut zum Befehlsempfang beim «Führer» angetreten. Dieser liess den sudetendeutschen Chef nicht im Unklaren, dass er bald handeln werde. Obschon also Henlein wusste, dass der Diktator eine militärische Lösung des Problems beabsichtigte, sagte er seinem britischen Kontaktmann, dass der «Führer» eine friedliche Regelung wolle. Einen Tag nach dem Besuch Henleins setzte Hitler den Angriffstermin auf den 1.10. fest. Bei diesem Datum sollte es bleiben, auch wenn es dann auf Grund des Abkommens von München zu einem «friedlichen» Einmarsch gekommen ist. Daraus kann man ermessen, in welchem Ausmass Hitler seinen Willen durchgesetzt hat.

### *Chamberlain als «Alleinherrscher»*

Die dramatische Zuspitzung der Lage liess den britischen Premier einen schon seit längerer Zeit erwogenen Plan in die Tat umsetzen: das direkte Gespräch mit Hitler zu suchen. Eine derartige recht ungewöhnliche Personalisierung der Politik hatte sich bereits seit geraumer Zeit im britischen Kabinett abgezeichnet. Der Autor Frank McDonough stellt in seinem schon erwähnten Buch über Chamberlain und die Appeasementpolitik fest:

«Control over British Policy came more and more into the hands of the prime minister.» Von regelmässigen Sitzungen des Kabinetts war bald keine Rede mehr, und das ausgerechnet in einer Zeit, da eine internationale Krise ihrem Höhepunkt zustrebte. Im August habe das Kabinett einmal getagt, «and little more than a handful of times» im September. Das «foreign policy committee» sei in den Monaten Juli, August und September überhaupt nicht zusammengetreten. Das Parlament wurde trotz aller Proteste der Opposition erst auf den 28. 9. einberufen – es war der Tag, an dem Hitlers Ultimatum gegen die CSR ablaufen sollte!

Es hätte also sehr wohl geschehen können, dass das Unterhaus an seinem ersten Sitzungstag nach den Ferien gleich mit der schwerwiegenden Frage einer Beteiligung des Landes an einem europäischen Krieg konfrontiert gewesen wäre. Diese Feststellungen über die ungewöhnliche Veränderung und Verlage-

rung der politischen Kompetenzen in der britischen Politik sind wichtig, weil sie deutlich werden lassen, dass Chamberlain offensichtlich planmässig auf einen Zustand hinsteuerte, in welchem er praktisch allein die entscheidenden Entschlüsse fassen konnte – allenfalls beraten oder auch nur umgeben von einer Art «inner cabinet», in dem nur die unbedingten Anhänger seines aussenpolitischen Kurses vertreten waren. Zudem hörte er besonders auf die Meinung seines Botschafters in Berlin – «perhaps unwisely», wie McDonough kommentiert.

Auch Winston Churchill geht in seinen Memoiren auf diesen aussergewöhnlichen Zustand ein. «Chamberlain hatte jetzt die britische Aussenpolitik völlig in der Hand», schreibt er. Sein nächster Vertrauter sei Sir Horace Wilson gewesen. (Er war es auch, der dann in letzter Minute zu Hitler geschickt wurde, als die «Pendeldiplomatie» seines Chefs offensichtlich gescheitert war.) Der Aussenminister Lord Halifax, so Churchill weiter, folge trotz zunehmenden Zweifeln in seinem Ministerium der Linie seines Vorgesetzten. Das Kabinett sei «tief beunruhigt, aber fügsam». Und schliesslich: «Ein einziger Mann leitete unsere Angelegenheiten.» (Churchill, Zweiter Weltkrieg, Band I, S. 364) Mit dieser Eigenmächtigkeit einher ging die Unfähigkeit des Premier, Ansichten zur Kenntnis zu nehmen, die mit seinen eigenen nicht übereinstimmten. Kein anderer musste das derart über sich ergehen lassen wie gerade Winston Churchill.

Das eigenmächtige Vorgehen sollten auch die Franzosen zu spüren bekommen. Als nämlich Daladier am 13. 9. dem britischen Premier «une réunion commune des chefs des gouvernements d'Angleterre, d'Allemagne et de France» vorschlug, liess Chamberlain den französischen Ministerpräsidenten kalt abblitzen. Er studiere gerade eine andere Möglichkeit eines direkten Kontakts mit Berlin, liess er Paris wissen. Am nächsten Morgen wurde bereits öffentlich mitgeteilt, ohne die Franzosen auch nur anzuhören, dass der britische Premier nach Berchtesgaden fliegen werde.

«Chamberlain n'aimait guère voir la France se mêler directement de la négociation anglo-allemande ... Daladier n'avait absolument pas été consulté sur cette initiative capitale.» So der Kommentar von Duroseile zu diesem höchst merkwürdigen Verhalten der Engländer. Ebenso eigenmächtig, um nicht zu sagen unhöflich, benahm sich Chamberlain auch nach seiner Visite bei Hitler. Der Partner in der angeblich so herzlichen «Entente» musste drei Tage lang warten, bis der britische Premier geruhte, die Franzosen zur Berichterstattung nach London einzuladen.

### *Chamberlains Angebot sorgt für Verwirrung in Berlin*

Die persönliche Unterredung, die der britische Premierminister dem deutschen Diktator vorschlug, wurde umgehend von deutscher Seite positiv beantwortet. Die Begegnung sollte am 15.9.1938 stattfinden. Die Krise hatte sich weiter zugespitzt. Doch der allgemeine Aufstand in den Sudetengebieten, den Hitlers Rede ausgelöst hatte, wurde von der Regierung in Prag alsbald unterdrückt. Die Behörden waren rasch wieder Herr der Lage und verhängten das Kriegsrecht. Henlein flüchtete mit einigen tausend seiner Anhänger ins Reich. Der tschechoslowakische Staat machte somit nicht den Eindruck, dass er sich wie ein Opferlamm werde abschlachten lassen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich der bedrohte Staat nicht auch gegen eine Aggression von aussen mit derselben Entschlossenheit zur Wehr gesetzt hätte. Er ist schliesslich auch nicht von seinem Erzfeind besiegt, sondern von seinen Freunden verraten worden.

Wie aus der Umgebung des Reichskanzlers bekannt wurde, schwankte dieser zwischen freudigem Stolz darüber, dass der Premierminister des britischen Weltreiches ihn aufsuchen wolle, und dem Ärger oder der Sorge darüber, dass ihm der bald legendär werdende Mann mit dem Regenschirm seinen wohldurchdachten Plan durcheinanderbringen könnte.

Die Unsicherheit, die das überraschende Angebot in Berlin verursacht hat, kommt auch in der Presseanweisung zum Ausdruck, die das Propagandaministerium für den 15.9.1938 herausgab. Dort hiess es:

«Die neuesten Zwischenfälle in der Tschechoslowakei, vor allem die militärischen Massnahmen (es geht um die Niederschlagung des Aufstandes), sind vierspaltig aufzumachen und ganz scharf zu kommentieren ... Der Chamberlain-Besuch steht erst an zweiter Stelle ... Der Besuch ist eine Weltsensation und für den Führer die grösste Genugtuung, die er in seiner politischen Laufbahn erlebt hat. Die Presse möge nicht überschwenglich werden, Chamberlain darf nicht als Friedensengel erscheinen ...» (Text in: W. Hofer, Nationalsozialismus, S. 91.) Doch dieser Wunsch sollte nicht in Erfüllung gehen. Die Presse konnte Goebbels gängeln. Die Massen noch nicht. Diese jubelten dem britischen Premier zu, als er im offenen Wagen durch München fuhr. Dies gefiel Hitler ganz und gar nicht, musste er doch feststellen, dass die Volksmeinung offensichtlich nicht so kriegerisch gestimmt war, wie er es für sein Vorhaben gebraucht hätte. Weitere ähnliche Zeichen sollten noch dazukommen und verunsicherten den Diktator so sehr, dass er beschloss, unverzüglich etwas gegen diese unwillkommene Friedensliebe und mangelnde Kriegsbegeisterung zu unternehmen.

## *Berchtesgaden*

Für den Besuch hatte sich Hitler auf seinen Adlerhorst bei Berchtesgaden zurückgezogen, sodass der schon bald 70jährige Mr. Chamberlain in die äusserste Südostecke Deutschlands reisen musste. Unser britischer Gewährsmann meint dazu. «It was the Start of an amazing display of personal diplomacy ...» Immerhin war es die erste Reise eines britischen Premierministers nach Deutschland seit 1878, als Disraeli an dem berühmten Berliner Kongress teilnahm, zu dem Bismarck eingeladen hatte.

Der Verlauf dieser im wahrsten Sinne des Wortes «historischen» Zusammenkunft – denn sie machte Geschichte, wenn leider eben negative –, dieser Verlauf ist schon unzählige Male bis in alle Einzelheiten dargestellt worden. Wir wollen uns hier auf das Wesentliche beschränken.

Hitler verlangte, wie nicht anders zu erwarten war, den Anschluss aller deutschsprachigen Gebiete an das Reich. Nur nebenbei sei angemerkt, dass die betroffene Bevölkerung gar nicht gefragt wurde, ob sie diesen Anschluss überhaupt wollte. Wahrscheinlich hätte eine Mehrheit dafür gestimmt. Doch es gab ja auch Sudetendeutsche, die entschiedene Gegner des NS-Regimes gewesen sind. So hat es z.B. eine beachtliche sozialdemokratische Partei gegeben. Doch von dieser und andern demokratisch gesinnten Sudetendeutschen war bei der ganzen Operation merkwürdigerweise in den westlichen Demokratien kaum die Rede. Um ihr Schicksal kümmerte sich niemand. Die Szene wurde von den fanatisierten «Schreiern» beherrscht, von derselben Sorte, wie man sie von den Parteiveranstaltungen im Reich kannte. Aber auch unter diesen Fanatikern hätten sich wohl nicht wenige zweimal überlegt, ob sie wirklich Untertanen Hitlers werden wollten, wenn sie geahnt hätten, welches Schicksal Abertausenden von ihnen im kommenden Krieg noch beschieden sein würde.

Gegen die Forderung Hitlers auf Gewährung des «Selbstbestimmungsrechts» für die Sudetendeutschen, was deren «Heimkehr ins Reich» bedeutete, hatte der britische Premier grundsätzlich nichts einzuwenden. Doch machte er dem Diktator klar, dass er darüber nicht selbst entscheiden könne, sondern sein Kabinett informieren müsse. Anschliessend werde er zu einem zweiten Treffen zurückkommen. Dann könnten die Einzelheiten der Umsetzung des Plans in die Praxis besprochen werden. Hitler versprach immerhin, inzwischen keine militärischen Schritte zu unternehmen, was ihn nicht hinderte, die militärischen Angriffsvorbereitungen eifrig fortzusetzen (Wenn er bloss auch diesmal sein Wort nicht gehalten hätte. Dann hätte sich die CSR nämlich zur Wehr gesetzt. Es wäre



dann zwar Krieg gewesen statt der von Chamberlain so sehnlich gewünschte Frieden. Aber dieser Krieg, und das ist nicht nur unsere Überzeugung, hätte den viel schlimmeren Krieg von 1939 verhindert.)

### *Der «gemeinsame» Plan: Frankreich lässt die CSR im Stich*

Vor seinem Kabinett führte der Premierminister aus, man könne Hitler vertrauen, wenn er sage, seine Ziele seien auf die «Befreiung» der Sudetendeutschen limitiert. Er habe versichert, keine anderen territorialen Forderungen mehr in Europa zu haben. Die Franzosen waren in dieser Beziehung nicht so optimistisch. Bei einer Zusammenkunft in London machte Daladier auf den neuralgischen Punkt aufmerksam, dass die CSR durch eine Abtretung dieser Gebiete ihre Befestigungen verlieren würde und damit weitgehend ihre Verteidigungsfähigkeit. (Es gibt Anzeichen dafür, dass diese nicht ganz unerhebliche Tatsache Chamberlain gar nicht bekannt gewesen ist. Jedenfalls hat er nie von diesem militärischen Aspekt der in Aussicht genommenen Operation gesprochen.) Auf die Forderung der Franzosen, als Gegenstück sollte England dem französischen Allianzsystem im östlichen Europa beitreten, ging Chamberlain gar nicht ein. Das kann man ihm auch nicht wirklich verdenken; denn dieses System lag ja in Trümmern. Hingegen musste sich die britische Seite damit einverstanden erklären, an der von Frankreich vorgeschlagenen internationalen Garantie der neuen tschechischen Grenzen mitzumachen. Auch dies dürfte Chamberlain nicht leicht gefallen sein, gehörte es doch zu den zentralen Prinzipien seiner Europapolitik, keine Verpflichtungen jenseits des Rheins zu übernehmen. Die Ironie der Geschichte (oder war es Hegels «List der Vernunft»?) wollte es, dass Chamberlain nach dem Scheitern seiner Appeasementpolitik im Frühjahr 1939 die Initiative ergreifen sollte, um das zerfallene ehemalige Allianzsystem Frankreichs wiederherzustellen, indem er Garantien für Polen und Rumänien aussprach.

Als Resultat dieser britisch-französischen Besprechungen kam es zu einem gemeinsamen Plan, der im Prinzip auf die Übernahme der deutschen Forderungen hinauslief. Duroselle schreibt zu diesem trüben Kapitel in seinem Buch: «La France abandonne la Tchecoslovaquie ... le soir du 18 septembre les Français avaient cédé sur toute la ligne.» Nichts war geblieben von den grossen Worten Daladiers, der zu Beginn der Sitzung feierlich verkündet hatte:

«Les obligations contractées par la France sont claires et inévitables ... Il n'y a pas un de ses compatriotes qui accepterait de commettre une félonie.» (Duroselle, p. 346/355)

Da war allerdings der Wunsch der Vaters des Gedankens gewesen. Einer, der diesen Treuebruch längst beschlossen hatte, befand sich in Daladiers Begleitung und war kein Geringerer als sein Aussenminister Georges Bonnet.

### *Prag weicht dem Druck der Westmächte*

So kam es, dass Hitlers Forderungen als gemeinsamer britisch-französischer Plan der Regierung in Prag weitergeleitet wurden. Das war am 19.9.1938. Am Tage zuvor hatte der Aussenminister Lord Halifax im Kabinett gesagt, wenn die Tschechen diesen Plan nicht annehmen würden, «they would be left to face the Third Reich alone» – Prag würde dann also dem angriffsbereiten Hitler allein gegenüberstehen. Genau in diesem Sinn präsentierte Chamberlain den Tschechen den gemeinsamen Plan. In Prag, wo man über alle diese Vorgänge im Dunkeln gelassen worden war, musste man nun definitiv zur Kenntnis nehmen, was man zwar befürchtet hatte, aber eigentlich doch nicht glauben mochte: dass auch das verbündete Frankreich nicht mehr zu seinen so oft feierlich beschworenen Verpflichtungen stehen würde.

Man kann sich vorstellen, dass der Eindruck bei Benesch und seinen Landsleuten katastrophal gewesen ist. Der tschechische Gesandte in Paris soll gesagt haben, als man ihn mit dem Plan bekannt machte, er komme sich vor wie ein zum Tode Verurteilter, der sich nicht verteidigen dürfe. Unrecht hatte er nicht; denn ein halbes Jahr später existierte der Staat, dessen diplomatischer Vertreter er war, bereits nicht mehr. Es war tatsächlich der Auftakt zum Untergang.

Der Vorgang war von einer traurigen Einzigartigkeit im Ablauf der Geschichte: die Grossmacht Frankreich verliess ihren zuverlässigsten Verbündeten im Moment akuter Bedrohung und beging damit die «Felonie», die der französische Ministerpräsident noch eben feierlich weit von sich gewiesen hatte. Winston Churchill meinte dazu: «Wenn es jemals einen Fall feierlicher Verpflichtung gab, dann war es jetzt und hier ... Es war ein unheilvolles Omen, als eine französische Regierung das von Frankreich gegebene Wort nicht hielt.» (Churchill, S. 369)

Entsprechend war denn auch die Reaktion der öffentlichen Meinung in dem preisgegebenen Land, wo die Stimmung alle Stufen der Emotion durchlief, von totaler Resignation bis zu grimmiger Kampfbereitschaft. Die letztere schien aber zu überwiegen. Auf dem Wenzelsplatz in Prag riefen Tausende von aufgebrachten Demonstranten nach Waffen. Auch forderten sie die Übernahme der Regierung durch den General Johann Sirovy, von dem sie eine Politik des unbedingten Widerstandes erwarteten. Am 22.9. wurde der hochdekorierte Ge-

neral tatsächlich zum Ministerpräsidenten berufen, was auf eine entschiedene Versteifung des Widerstandes von Prag hindeutete.

Nach zwei Tagen heftigster Auseinandersetzungen hat sich Prag unter dem anhaltenden Druck der Westmächte trotzdem zur Annahme des Plans durchgerungen. Es half auch nichts mehr, dass der sowjetische Aussenkommissar Litwinow in einer Rede vor dem Völkerbund beteuerte, die Sowjetunion werde ihre Bündnisverpflichtungen einhalten, wenn Frankreich dasselbe tue. Für den britischen Premierminister war dies alles von geringem Interesse: den Völkerbund hatte er längst abgeschrieben und Moskau wollte er tunlichst aus dem Spiel heraushalten. Eines der «Prunkstücke» der kollektiven Sicherheit, das französisch-sowjetisch-tschechische Vertragssystem, ist damit sang- und klanglos zusammengebrochen.

Vergeblich hatte auch Winston Churchill immer wieder darauf hingewiesen, dass nur eine grosse Allianz der Westmächte mit der Sowjetunion dem Machtstreben des NS-Regimes Einhalt zu gebieten vermöchte. Insgeheim anti-chambrierte der entschiedene Gegner der Appeasementpolitik sogar in Paris, indem er dort den «résistants» innerhalb der Regierung den Rücken stärkte. So brachte Churchill diese davon ab, zu demissionieren, was zu einer Kabinettskrise geführt hätte. Wenig hat jedenfalls gefehlt, und Frankreich wäre auch angesichts dieser neuen Krise ohne handlungsfähige Regierung gewesen.

### *Die Hetzkampagne der deutschen Presse*

Die deutsche Propaganda bemühte sich auch weiterhin, durch gesteuerte Greuelmeldungen die Krise am Kochen zu halten bzw. zu verschärfen. So wurden der deutschen Presse im Hinblick auf das zweite Treffen zwischen Hitler und Chamberlain, das in Godesberg stattfinden sollte, folgende Richtlinien verordnet:

Es sei völlig überflüssig, dass zahlreiche Sonderkorrespondenten nach Godesberg fahren würden. Dass Chamberlain einen Regenschirm trage und das Hotel hundert Zimmer habe, könne auch der Lokalberichterstatter melden. Sonst komme äusser einem Kommunique nichts heraus. Im Vordergrund sollten ausschliesslich die Zustände im Sudetengebiet stehen. Und dann wörtlich:

«Die Zeitungen, die bisher nur mit 7,5-Zentimeter-Geschützen geschossen haben, sollen sich erinnern, dass es auch 21-Zentimeter-Geschütze gibt. Die zahlreichen Meldungen über neue Greuel, Mordtaten, Misshandlungen sollen

in knapper und dramatischer Form ohne Beiwerk herausgebracht werden. Es geht darum zu zeigen, was für eine barbarische Nation die Tschechen sind, und dass dieser Staat unmöglich ist...» (Aus dieser letzten Passage kann man ablesen, dass an der Zerstörung dieses Staates weiter festgehalten wird.) Am Schluss heisst es dann noch. «Die deutsche Presse hat im übrigen glänzend gearbeitet, der Führer hat sich über die Presse ausserordentlich gefreut.»

(Text in: W. Hofer, Nationalsozialismus S. 92)

### *Godesberg: Erpressung pur*

Der Diktator kam dem britischen Premier für dieses zweite Treffen immerhin ein gutes Stück entgegen, als er dafür das Hotel Dreesen in Godesberg am Rhein auswählte. Dort traf Chamberlain am 22.9. ein, um Hitler die gute Nachricht zu überbringen, dass Franzosen und Tschechen seine Forderungen angenommen hätten. Der Diktator, als der Machtmensch, der er war, hatte es wie erwähnt zunächst für unmöglich gehalten, dass die Tschechen «so dumm sein könnten», solche Forderungen anzunehmen. Inzwischen wusste er aber durch seinen Geheimdienst, dass die Tschechen das westliche Ultimatum doch angenommen hatten. Er wusste auch, dass die Westmächte offensichtlich nicht gewillt waren, für die Erhaltung der CSR in den Krieg zu ziehen. Der Diktator fühlte sich in seiner (vorgefassten) Meinung bestätigt, und entsprechend selbstbewusst ging er mit dem britischen Premier in die zweite Runde. Da er nach wie vor an seinem Vorhaben einer militärischen Lösung festhielt und andererseits von der westlichen Angst vor einem Krieg wusste, entschied er sich, die Forderungen nochmals heraufzuschrauben. So konnte er hoffen, seinen Krieg doch noch zu bekommen. Diesem Zweck diente es vor allem, wenn er die Ungarn und die Polen drängte, ihre Forderungen auf territoriale Konzessionen ebenfalls anzumelden. So brachte Hitler in der Zwischenzeit rasch eine Art von revisionistischer Interessengemeinschaft zwischen Deutschland, Ungarn und Polen zustande.

Dass Chamberlain geglaubt hat, die Krise sei überwunden und damit der Frieden gerettet, zeigen seine Worte vor dem Abflug zu diesem zweiten Treffen. Sein Ziel sei Frieden in Europa, sagte er zu Journalisten, «and on this trip I hope to get it». Daran kann man die Grösse der Enttäuschung und auch des Zorns ermessen, die er empfinden musste, als der deutsche Diktator ihm seelenruhig erklärte, die Lage habe sich inzwischen gewandelt und die Lösung von Berchtesgaden komme daher nicht mehr in Betracht. Damit hatte Hitler die Verhandlungsgrundlage mutwillig zerschlagen. Nicht nur, dass er sich zum Fürsprecher

der ungarischen und polnischen Forderungen machte, er verlangte jetzt in ultimativer Form, dass die Lösung des Problems «so oder so» – in Hitlers Sprache hiess das: friedlich oder gewaltsam – spätestens am 1.10.1938 erfolgen müsse.

Es war reine Erpressung. Den Friedenswillen seines Gesprächspartners hat Hitler schamlos ausgenutzt. Chamberlain sah sich gedemütigt und blossgestellt. Resigniert habe der Engländer zu dem Deutschen gesagt, wie der Dolmetscher Schmidt überliefert:

«Das ist ja ein Ultimatum ... Mit grosser Enttäuschung und tiefem Bedauern muss ich feststellen, dass Sie mich in meinen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens auch nicht im geringsten unterstützt haben.» (Schmidt, S. 405)

### *Chamberlain «der Missionar»*

Noch immer nicht hatte der Engländer offenbar begriffen, was die eigentliche Absicht des Deutschen war. Denn wie sollte dieser den Engländer in seinen Friedensbemühungen unterstützen, wo er selbst doch Krieg wollte? Wie ein immerhin erfahrener Politiker so naiv gewesen sein sollte, noch immer nicht begriffen zu haben, was da eigentlich gespielt wurde, ist schwer nachvollziehbar. Es ist durchaus möglich, ja wahrscheinlich, dass Chamberlain so naiv gar nicht gewesen ist.

Sir Julian Bullard, ehemaliger britischer Diplomat, u.a. Botschafter in Bonn von 1984-1988, schreibt in einem Essay über die britische Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zur Persönlichkeit des umstrittenen Premierministers Folgendes:

«Auf der Suche nach einem einzigen Adjektiv zur Charakterisierung Chamberlains zögerte ich zwischen «engstirnig» und «phantasielos», bevor ich mich auf «unflexibel» festlegte. Falls ein Mensch nicht genau weiss, wo seine Grenzen liegen, sollte er sich wenigstens darüber im klaren sein, dass er Grenzen hat. Chamberlain, so scheint mir, verdient auf diesem Hintergrund strenge Kritik. In der Retrospektive wirkt er in den letzten Friedensmonaten genau so fehl am Platz wie in den ersten Kriegsmonaten, ehe Churchill ihn ablöste.» (Kriegsausbruch 1939, S. 96/97)

Wie dem auch sei. Jedenfalls war Chamberlain geradezu besessen von der Idee, dass es seine Aufgabe sei, den Frieden zu retten, koste es was es wolle und gegen alle Widerstände. Diese Interpretation wird bestätigt durch die Art und Weise, wie sich Chamberlain auch nach dieser demütigenden Erfahrung benommen hat.

Auch Churchill war der Meinung, dass Chamberlain es als seine «Mission» angesehen habe, den Frieden zu retten, und dass er sich dazu «auserwählt» gefühlt habe, dieses Werk zu vollenden. Das ausserordentliche, rational kaum mehr zu erklärende, vielmehr auch stark emotionale persönliche Engagement hat es Chamberlain so schwer gemacht, auf dem Weg, der sich nur allzubald als Irrweg erweisen sollte, noch rechtzeitig umzukehren. Churchill hatte übrigens gerade am Tag vor dem Godesberger Treffen in der Londoner Presse nochmals, wenn natürlich auch diesmal ohne Erfolg, seine warnende Stimme erhoben:

«Die Zerstückelung der Tschechoslowakei unter dem von England und Frankreich ausgeübten Druck bedeutet die vollständige Kapitulation der Demokratien des Westens vor den nazistischen Gewaltdrohungen. Ein derartiger Zusammenbruch wird weder England noch Frankreich Frieden oder Sicherheit bringen ...» (Churchill, Zweiter Weltkrieg, Band I, S. 370)

### *Das Kabinett macht nicht mehr mit*

Als Chamberlain mit dem deutschen «Ultimatum», das Hitler hartnäckig als «Memorandum» bezeichnet hatte, nach London zurückkehrte, um dem Kabinett Bericht zu erstatten, schlug die Stimmung um. Es nützte wenig, dass der Premierminister versuchte, die Sache zu verharmlosen: Hitler werde sein Wort halten, erklärte er unverdrossen, und dieser habe nicht die Absicht, die CSR zu zerschlagen oder Europa zu dominieren. Da sich die neuen Vorschläge in der Substanz nicht gross von dem vorherigen Plan unterschieden, sollten sie akzeptiert werden. Nun stellte sich sein Aussenminister Lord Halifax, bislang fast übereifriger Befürworter der vom Premier verfolgten politischen Linie, plötzlich quer. Auch nach drei Sitzungen des Kabinetts, die allein am 24.9. stattfanden, kam keine Einigung zustande.

Als das Kabinett am nächsten Tag, es war ein Sonntag, erneut zusammentrat, hatte sich der Widerstand noch deutlich versteift. Die widerspenstigen Kabinettmitglieder werden wohl auch den Kommentar des Observer, der wichtigsten Sonntagszeitung, vor Augen gehabt haben, in dem zum unbedingten Widerstand gegen die Anmassungen der «Nazi Power» aufgerufen wurde. «We shall never yield» hat es da geheissen. Dieser Meinung war nun auch die Mehrheit in dem bislang so gefügigen Gemium. Lord Halifax, der eine schlaflose Nacht gehabt hatte, «dropped a bombshell by stating he could not support a policy based on the Godesberg proposals», wie McDonough in seinem schon zitierten Buch es drastisch formuliert. (Unsere Darstellung der Vorgänge wäh-

rend dieser entscheidenden Tage basiert vor allem auf seinem reich dokumentierten Buch, das insbesondere auch die Kabinettsprotokolle auswertet.)

In der Tat kam die unerwartet scharfe Intervention seines wichtigsten Mitarbeiters und Gefolgsmanns für den Premier, wie er bekannt hat, als «a horrible blow». Nach diesem «Bombenschlag» waren die Meinungen gemacht. Halifax setzte sich durch mit seinem Wort, die Ereignisse von Godesberg hätten ihn überzeugt von der «immorality of yielding to force» – man beachte die Übereinstimmung mit der Formulierung im Observer. Halifax schlug vor, man sollte Tschechen und Franzosen die Fakten vorlegen, und wenn diese sich entschieden zu kämpfen, dann sollte England seine volle Unterstützung zusagen.

Lord Halifax hatte, wie aus dem Foreign Office bekannt wurde, jegliche Illusionen in Bezug auf Hitler verloren. Er halte den deutschen Diktator für einen «criminal lunatic», also für einen mondsüchtigen Kriminellen. Das war dicke Post und widersprach völlig der Auffassung des Premierministers, der entgegen allen noch so eindeutigen Anzeichen weiterhin daran festhielt, dass man mit Hitler vernünftig reden könne.

Um seinem Widerstand gegen weitere Konzessionen Nachdruck zu verleihen, liess der Aussenminister, ohne Wissen Chamberlains, vom Foreign Office ein Communiqué verbreiten, in dem es hiess (in eigener deutscher Übersetzung):

«Wenn trotz aller Anstrengungen des Premierministers ein deutscher Angriff auf die Tschechoslowakei erfolgen sollte, würde die unverzügliche Folge sein, dass Frankreich ihr zu Hilfe kommt und Grossbritannien und Russland Frankreich zweifellos beistehen.»

Unser britischer Autor McDonough gibt zu diesem aufsehenregenden Schritt folgenden Kommentar:

«For the first time, Chamberlain, on a key foreign policy issue, was in a minority in the cabinet... Halifax, the foreign office and the majority of the cabinet were now prepared openly to threaten force against Hitler, while Chamberlain still wanted to conciliate and keep negotiations open.»

### *Chamberlain am Scheideweg*

Wir haben diese Vorgänge innerhalb des britischen Machtzentrums deshalb so detailliert dargestellt, um ganz klar zu machen, dass Chamberlain in dieser letzten Phase der Krise völlig isoliert gewesen ist. Nicht nur haben Paris und Prag («absolut und bedingungslos unannehmbar») die Godesberger Forderungen abgelehnt, sondern auch sein eigenes Kabinett leistet ihm keine Folge mehr. In

Frankreich und der CSR begann man mit Mobilisierungsmassnahmen. Alles was der Premier von jetzt an im Alleingang unternimmt, geht ausschliesslich auf sein persönliches Konto. Es ist also keineswegs so, dass sich «Chamberlain und mit ihm das britische Kabinett auf eine festere Haltung» zu bewegen, wie Ian Kershaw in seiner Hitler-Biografie schreibt. (Vgl. dazu Band II, Stuttgart 2000, S. 172.) Vielmehr stand die Mehrheit des Kabinetts gegen den Premier auf, der aber unverdrossen seine persönliche Diplomatie weiterführte. Das war ja auch der Grund für den Alleingang von Lord Halifax mit dem erwähnten Communiqué, das der Linie des Premierministers völlig widersprach.

Andererseits: Hätte der Premierminister sich der breiten Front des «bis hierher und nicht weiter» angeschlossen, dann wäre er nicht nur der Unterstützung im eigenen Land sicher gewesen, sondern auch eines weitgehenden Verständnisses in der übrigen Welt. Hätte Hitler dann tatsächlich zu den Waffen gegriffen, dann wäre die Verantwortung für einen darob ausbrechenden Krieg vollständig und ausschliesslich auf den deutschen Diktator gefallen – falls er es überhaupt darauf hätte ankommen lassen, was eher unwahrscheinlich ist. Wobei noch das beabsichtigte und auch vorbereitete Eingreifen der inneren Opposition in Rechnung zu stellen wäre, die ja für das Losschlagen nur noch auf ein klares Wort aus London wartete.

Im günstigsten Fall hätte es 1. keinen Krieg gegeben und 2. wäre man Hitler los gewesen. Im ungünstigsten Fall wäre es zu einem bürgerkriegsähnlichen Chaos gekommen – z.B. Truppen der Wehrmacht gegen Parteiformationen –, was wohl weitgehende Lähmung der Staatsgewalt zur Folge gehabt hätte. Auch in diesem Fall wäre es wohl kaum zu einem Angriff auf die CSR gekommen. Immerhin war ja der Generalstabschef Halder selbst an dem Komplott beteiligt.

Chamberlain hat diese Chance nicht genutzt. Damit fällt die Verantwortung für die letztlich verfehlte Politik des dauernden Zurückweichens vor der deutschen Erpressung und ihren katastrophalen Folgen ganz auf ihn selbst zurück. Dies mindert allerdings in keiner Weise Hitlers volle Verantwortung für die Entfesselung des Krieges im folgenden Jahr – im Gegenteil: seine Schuld wird noch grösser durch die schamlose Ausbeutung des westlichen Friedenswillens.



## *Eine undiplomatische Begegnung*

Tatsächlich gab der starrsinnige alte Herr immer noch nicht auf. Er sagte dem Kabinett, er wolle seinen engen Berater Sir Horace Wilson nach Berlin schicken, um dem «Führer» vorzuschlagen, die Krise auf einer internationalen Konferenz beizulegen. Das Kabinett bestand aber darauf, dass Wilson Hitler klar machen sollte, welches die Konsequenzen einer Ablehnung dieses Vorschlages und eines militärischen Vorgehens Deutschlands sein würden. Damit nahm die Konferenzidee erstmals konkrete Gestalt an. Nach Chamberlains Vorschlag sollte immerhin auch Prag eingeladen werden, was bekanntlich dann in München nicht mehr der Fall war.

Es war der 26.9.1938 – ein denkbar ungünstiger Tag, um mit Hitler vernünftig zu sprechen (soweit das überhaupt möglich war); denn auf den Abend hatte Hitler eine grosse Rede im Berliner Sportpalast angesagt, in der er mit den Tschechen und Benesch «abrechnen» wollte.

Der Diktator war innerlich ganz offensichtlich schon auf seinen Abendauftritt eingestellt und daher einer rationalen Erörterung völlig unzugänglich. Vielmehr geriet er von einem Wutanfall in den andern – eine halbwegs diplomatische Unterredung konnte man dies beim besten Willen nicht mehr bezeichnen. Halifax hatte schon recht: Deutschland wurde von einem Irren regiert.

Der persönliche Abgesandte Chamberlains erreichte also gar nichts. Vielmehr hielt Hitler an seinen ultimativen Forderungen fest. Er zeigte nicht die geringste Bereitschaft, von der in Godesberg genannten Frist vom 1.10.1938 abzugehen. Er fügte sogar noch ein neues Ultimatum hinzu, wonach die Tschechen bis am Mittwoch, dem 28. September 1938, 14 Uhr Zeit hätten, einzuwilligen, ansonsten würde eben die Wehrmacht in Marsch gesetzt. An Zynismus war die deutsche Haltung kaum zu überbieten. So wurde die tschechische Mobilmachung als «unerhörte Provokation» bezeichnet, obschon handkehrum ganz offen zugegeben wurde, deutscherseits seien die Vorbereitungen zum Einmarsch abgeschlossen. Dasselbe üble Spiel trieb man ein Jahr später gegenüber Polen, sodass die polnische Mobilisierung tatsächlich beim deutschen Überfall längst noch nicht abgeschlossen war.

### *«Grauensvolles und unwürdiges Gebrüll»*

Am Abend des 26.9. fand dann die erwähnte Kundgebung im Sportpalast zu Berlin statt, welche die ganze Welt mit Spannung erwartete. Der Diktator schilderte zunächst die Lage in den sudetendeutschen Gebieten in wilden Übertrei-

bungen und überhäufte Benesch und seinen Staat mit einem Wortschwall voller unerhörter Schmähungen. In einer Weise, wie dies in den Beziehungen zwischen souveränen Staaten wohl noch nie dagewesen sein dürfte. Dabei inszenierte er die Krise in dramatisch wirkungsvoller Weise als Kampf zwischen zwei Männern, die nun gegeneinander anzutreten hätten: «Dort ist Herr Benesch, und hier stehe ich!» Der einfache anständige Soldat des Ersten Weltkrieges, der nie feige gewesen sei, stand dem Zivilisten gegenüber, der sich während des grossen Völkerringens in der Welt «herumgedrückt» habe. «Ich gehe meinem Volk jetzt voran als sein erster Soldat» und hinter ihm marschiere das ganze Volk, schrie er wild gestikulierend in den Raum. So wenig das Wort vom ersten Soldaten, der dem Volk vorangeht, mit der Wirklichkeit zu tun hatte, Hauptsache, es tönte heroisch.

Der Sportpalast war jedenfalls ein einziger Hexenkessel. Fanatisierte Massen von Parteianhängern schrien sich wie ihr «Führer» die Seele aus dem Leib. Von Goebbels angespornt, skandierten sie: Führer befiehl, wir folgen. Dieser selbst schien «seine Selbstbeherrschung völlig verloren zu haben», wie ein anwesender ausländischer Journalist es geschildert hat. Der schon erwähnte Abwehroffizier Helmut Groscurth bezeichnet die Rede in seinem Tagebuch als «grauenvolles und unwürdiges Gebrüll». Und der ehemalige preussische Finanzminister Johannes Popitz, der später als Angehöriger der Verschwörung vom 20. Juli 1944 sein Leben verlieren sollte, meinte dazu, jeden anständigen Menschen packe «der physische Ekel», wenn er solche Reden höre.

«Selten ist die Entscheidung über Krieg oder Frieden so unverblümt von dem persönlichen Groll und der Eitelkeit eines einzelnen Mannes abhängig gemacht worden.» (Alan Bullock)

### *Exkurs über die Stimmung in der Schweiz*

Auch wir in der Schweiz, die wir uns die Rede am Radio anhörten, sind entsetzt gewesen über das Ausmass von Hass und Aggressivität, das sich da explosionsartig entladen hat. Und nicht wenige fragten sich insgeheim, ob sich Ähnliches nicht auch gegen unser eigenes Land richten könnte. Gar manches, was die deutschen Ultrationalisten gegen die Existenz der CSR vorbrachten, konnte sich jederzeit auch gegen uns wenden. Auch unser Land gehörte zu der verhassten Gruppe der Demokratien, die für den NS-Propagandaminister nichts anderes waren als bolschewistisch verseuchte Anarchien. Auch unser Land hatte eine Presse, die angeblich vom «internationalen Judentum» beherrscht wurde. Auch

wir waren ein Land, dessen Staat der im Dritten Reich herrschenden Rasenideologie in keiner Weise entsprach. Und last but not least: auch in unserem Land gab es eine «deutsche Volksgruppe», die eigentlich «heim ins Reich» geholt werden müsste. Der Scharfmacher im Reich gab es jedenfalls genug, die uns ganz offen Derartiges immer wieder androhten und sehnlichst den Moment erwarteten, wo sie zur Tat schreiten konnten. Die Existenzberechtigung als Staat war uns ja bereits in unzähligen Artikeln und Traktaten abgesprochen worden.

Mit diesen stillen Ängsten verband sich die bange Frage, ob wir dann wohl auch so verlassen dastehen würden wie diejenigen, die jetzt das alles über sich ergehen lassen mussten. Wir fragten uns, ob es im Westen im Ernstfall dann wohl auch heissen würde, die Erhaltung des Friedens sei eben wichtiger als unsere nationale Unversehrtheit, und wir hätten eben diesen Preis für den Frieden zu entrichten. Und wir fragten uns weiter, ob es im Westen dann wohl auch heissen würde, auf das furchtbare Geschehen eines Krieges könne man sich nur einlassen, wenn die wirklich «grossen Werte» auf dem Spiel stünden, wie der britische Premier sich ausdrücken sollte.

Würde Appeasement auch uns zum Verderben gereichen oder würde vielleicht die verlorene Solidarität der Demokratien dann doch wieder auferstehen? Das war die Frage, dessen waren wir fest überzeugt, die über unser Schicksal entscheiden konnte. Das Gefühl, ja das Bewusstsein, dass vieles von dem, was sich da in solch dramatischer Form vor unseren Augen abspielte, auch uns direkt berührte, war weitverbreitet. Dies wird sich zeigen, wenn wir die Haltung der Schweizer Presse zur Sudetenkrise und zur Freigabe der CSR darstellen und analysieren. Nun zurück zur «grossen Politik».

### *Die wahre Stimmung des deutschen Volkes*

Hitler hatte Mr. Wilson gesagt, er solle an dieser Kundgebung im Sportpalast teilnehmen, dann würde er die wahre Stimmung des Volkes kennenlernen. Doch wie sich bald zeigen sollte, entsprach die hysterische Kriegsbegeisterung der fanatisierten Zuhörer überhaupt nicht der wahren Volksstimmung. Darüber hatten sich Hitler und seine Mannschaft, Goebbels als grosser Manipulator an der Spitze, völlig falschen Vorstellungen hingegeben. Sie waren sozusagen Opfer ihrer eigenen Propaganda geworden. Als am Tag nach der denkwürdigen Rede mit der Fahrt einer motorisierten Division durch die Strassen von Berlin die deutsche Kampfentschlossenheit demonstriert werden sollte, reagierte die Bevölkerung gar nicht nach dem Gusto der Machthaber. Keine Jubelrufe wie am Tag zuvor, sondern betretenes Schweigen, keine freudige Zustimmung, sondern bedrückende Stille. Von Kriegslust keine Spur. «Mit diesem Volk kann

ich noch keinen Krieg führen» soll der Diktator gesagt haben. Auch die Herren in der britischen Botschaft, an der, wohl nicht ganz zufällig, der martialische Aufmarsch vorbeizog, sahen das kühle Verhalten der Berliner Bevölkerung. Diese Übung war also gründlich missglückt.

Wir erwähnen diese Episode, weil sie wahrscheinlich dazu beigetragen hat, die Kriegslust des «Führers» merklich abzukühlen. Jedenfalls war Staatssekretär von Weizsäcker der Ansicht, Hitler habe nur deswegen die «friedliche» Methode gewählt, weil er Zweifel am Kriegswillen des Volkes bekommen habe. In der zweiten Unterredung mit Sir Horace Wilson, die ebenfalls am Tag nach dem Spektakel im Sportpalast stattgefunden hat, wich Hitler allerdings noch kein Jota von seiner starren Position ab. Von der Ankündigung des Briten, im Falle eines deutschen Angriffs auf tschechisches Territorium würde es zu einem europäischen Krieg kommen, zeigte sich Hitler – zunächst wenigstens – unbeeindruckt. Wenn die Westmächte Krieg wollten, dann sollten sie das nur tun. Er sei auf alle Eventualitäten vorbereitet, was die meisten seiner Generäle allerdings entschieden bezweifelten.

### *Der letzte Strohalm*

Auch die Mission von Chamberlains Sendboten Horace Wilson schien offenbar ohne Wirkung auf Hitlers Intransigenz geblieben zu sein. Am Abend dieses 27. 9., des letzten Tages vor Ablauf des deutschen Ultimatums, wurde daher in England allgemein ein europäischer Krieg erwartet. Der Premierminister hielt am Abend im Radio eine Ansprache an das englische Volk, in der er sagte, wie furchtbar und unvorstellbar es sei, dass man sich nun auf einen Krieg vorbereiten müsse, «weil in einem weitentfernten Land (!) Völker im Streit liegen, von denen wir nichts wissen». Er würde Deutschland sogar einen dritten Besuch abstaten, wenn er sich davon irgendeinen Nutzen verspräche. Der Krieg sei «ein furchtbares Geschehen», und bevor man sich darauf einlasse, müsse man sich völlig darüber klar sein, «dass wirklich die grossen Werte auf dem Spiel stehen». Welche Werte das waren, sagte er allerdings nicht.

Es ist typischer Chamberlain. Er will es einfach nicht wahrhaben, dass es in diesem angeblich weitentfernten Streit gerade eben um «die grossen Werte» geht, nämlich um die Behauptung der Demokratie gegen totalitäre Aggression, wie dies sein Widerpart Churchill in aller Klarheit erkennt. Doch Chamberlain klammerte sich buchstäblich an den letzten Grashalm am Rande des Abgrunds, wie McDonough schreibt. Tatsächlich zeigte sich nochmals Aussicht auf Ret-

tung. Sie erschien in Form eines Briefes von Hitler, in welchem der Diktator nun plötzlich in allerletzter Stunde eine friedliche Lösung der Krise nicht mehr ausschloss.

Nicht nur Chamberlain, sondern auch sein Gegenspieler klammerte sich also an diesen letzten Strohalm, der ihn vor dem Absturz in den Abgrund bewahren sollte. Die aufregenden Erlebnisse der letzten Tage und Stunden waren auch an Hitler nicht spurlos vorbeigegangen. Vor allem die entschiedene britische Warnung hat ihn eben doch mehr beeindruckt, als er vor sich selbst zugeben wollte. Dass es keine leeren Worte waren, wie Hitler sich immer einredete, musste er spätestens einsehen, als am Abend desselben Tages die britische Flotte für den folgenden 28. 9. mobilisiert wurde. Wie wenig sein eigenes Volk auf Krieg eingestimmt war, hatte er soeben selbst erleben müssen. Seine Generäle waren mit wenigen Ausnahmen auch alles andere als kriegslüstern.

Sogar Göring, höchster Offizier der Wehrmacht, gesellte sich immer eindeutiger zu den Kriegsgegnern. Dass er als Oberbefehlshaber der Luftwaffe ebenfalls Bedenken gegen eine kriegerische Entwicklung hatte, lässt tief blicken. Zwar war es Göring gelungen, die andern Mächte durch seine grosssprecherischen Auftritte von der überwältigenden Übermacht seiner Luftwaffe zu überzeugen. Seine eigenen Generäle aber konnte er nicht bluffen. Sie wussten um die Unfertigkeit der hochgelobten deutschen Luftwaffe. Nach deren Auffassung war sie z.B. für einen strategischen Luftkrieg gegen England überhaupt noch nicht gerüstet – weder technisch noch taktisch.

### *Deutscher Bluff und westliche Angstpsychose*

Gerade am 22.9.1938, also in dem Moment, wo die Krise durch das Scheitern des Treffens von Godesberg erneut zum Krieg zu führen drohte, erhielt Göring von seinem Generalstab eine entsprechende Denkschrift. Selbstverständlich war der Chef der Luftwaffe äusserst ungehalten über eine solch kritische Beurteilung seines «Lieblingskindes». So etwas war geeignet, auch seine Stellung gegenüber dem «Führer und obersten Befehlshaber der Wehrmacht» zu beeinträchtigen (was dann auch prompt geschehen ist). Jedenfalls veranlasste dies Göring, kürzer zu treten, indem er nun ganz entschieden einer friedlichen Lösung der Krise das Wort redete. Die Krux war nur eben, dass er mit seinen aufbauscherischen Reden auch Hitler selbst geblufft hat. Jedenfalls dürften «vor allem die ungünstig beurteilten Erfolgsaussichten eines Luftkrieges gegen England Göring dazu veranlasst haben, Hitler davon abzuraten, schon während der Sudetenkrise das

Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung mit den Westmächten einzugehen». Andererseits stehe fest, «dass gerade die Furcht vor deutschen Luftangriffen den Handlungsspielraum der Westmächte erheblich beeinträchtigt hat». Die Luftwaffen Deutschlands und Italiens hätten in der Krise um die CSR vor allem als «gewaltige politische Druckmittel gewirkt, ohne dass sie ihren militärischen Wert hätten unter Beweis stellen müssen», urteilt der Generalstab der Luftwaffe. Im September 1938 sei in London und Paris eine an Panik grenzende Auffassung der Lage festzustellen gewesen, die zu wiederholten Vermittlungsversuchen der in die Enge getriebenen britischen und französischen Staatsführung und schliesslich zum Münchner Abkommen geführt habe. Bei der deutschen Luftwaffenführung machte man sich lustig über die Angstpsychose, die dazu geführt habe, dass die Engländer begonnen hätten, in ihren Parks und Gärten Unterstände auszuheben und Gasmasken zu verteilen. Diese Angstpsychose müsse man nutzen und steigern, heisst es abschliessend.

Wie wenig die Furcht vor deutschen Luftangriffen auf London begründet war, beweisen sogar noch Ergebnisse eines Planspiels der Luftwaffe vom Mai 1939. Selbst wenn man sich auf Terrorangriffe gegen England beschränke, würde die vorhandene Ausrüstung nicht genügen, stellt Görings Fliegergeneral Felmy fest. Er schlägt daher vor, zu Aushilfen zu greifen. Und man lese und staune: diese Aushilfe sah der Fliegergeneral allen Ernstes im Einsatz von grossen (zivilen) Lufthansamaschinen, aus denen man ein paar Brandbomben und leichte Bomben mit der Hand abwerfen könnte! (Alle Angaben nach Klaus A. Meier, *Aufbau und strategische Konzeption der Luftwaffe*, in: *Deutschland und Frankreich 1936-1939*, München 1981, S. 292-325.)

### *Verhängnisvolle Wirkung auf Frankreich*

Auch in Paris hat die Hochstapelei Görings Wirkung gezeitigt. Dazu hat ausgerechnet der Chef der «Aviation française», General Vuillemin, am meisten beigetragen, als er die Auffassung vertrat, im Falle eines Krieges würden die französischen Flugzeuge nach spätestens 2 Wochen alle vom Himmel verschwunden sein. Dieser Pessimismus, um nicht zu sagen Defaitismus war die Folge einer Besichtigungsreise, zu der Göring seinen französischen Kollegen für den August 1938, also schon mitten in der Krise um die CSR, eingeladen hatte. Dabei haben Göring und seine Leute alle Register einer höchst eindrucksvoll aufgezogenen Schau gezogen, um die französischen Gäste zu beeindrucken, um nicht zu sagen das Fürchten zu lehren. Es ist erwiesen, dass dabei viel Bluff im

Spiel gewesen ist. Doch die Franzosen scheinen es nicht bemerkt zu haben. Dass es damals nicht immer mit rechten Dingen zugegangen ist, hat man uns auch im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam bestätigt. (Vgl. auch Ernst Udet, *Ein Fliegerleben*, Stuttgart 1954, S. 159.)

Der Fliegergeneral Wilhelm Speidel hat zu diesem Thema die entlarvende Bemerkung gemacht, nirgends sei vor dem Krieg und im Krieg selbst «so mit Zahlen geblufft worden wie in der deutschen Luftwaffe». Allerdings nicht im Generalstab und bei den Führungsstäben der Truppe, wo man Stärken und Schwächen genau gekannt habe. «Aber an den Spitzen, vor allem beim Oberbefehlshaber der Luftwaffe selbst, der nur *die* Stärkezahlen gelten liess, die er hören und an die er glauben wollte ...» (Vgl. Frieser, *Blitzkrieglegende*, S. 53.)

Diese Prahlucht ist bei Göring immer wieder festzustellen. So etwa, wenn er dem «Führer» verspricht, England ganz allein mit der Luftwaffe zur Kapitulation zu zwingen oder die eingeschlossene Armee von Stalingrad mit I der Luftwaffe versorgen zu können. Bekannt wurde sein Ausspruch, er wolle «Meier heissen», wenn ein einziges feindliches Flugzeug je über dem Gebiet des Reiches erscheinen sollte. So verwundert es nicht, dass Göring zunehmend an Prestige verlor, je deutlicher wurde, dass er seine Versprechen nicht einlösen konnte.

Der damalige «Attaché de l'Air adjoint» Frankreichs in Berlin schreibt über die folgenschwere Episode des Vuillemin-Besuchs in seinen Erinnerungen: «La visite du général Vuillemin a donc eu lieu en un moment particulièrement inopportun. Les Allemands ont cherché à l'impressionner ... Ils ont réussi et son avis aura d'autant plus de poids sur les décisions de notre gouvernement ... Nous nous demandons entre Français, si son séjour en Allemagne ne va pas contribuer davantage encore à encourager Hitler et son gouvernement dans ses mauvaises intentions à l'égard de la Tchécoslovaquie.» (Paul Stehlin, *Témoignage pour l'histoire*, Paris 1964, p. 92/93.)

Die Auffassung, wonach die pessimistische Lagebeurteilung des französischen Luftwaffenchefs nachweislich auf Daladiers Entschluss eingewirkt hat, nach München zu gehen und, anders kann man es kaum formulieren, dort zu kapitulieren, wird durch den Nachlass des damaligen Luftfahrtministers Guy La Chambre vollauf bestätigt. (Vgl. Elisabeth du Réau, in: 1939. *An der Schwelle zum Weltkrieg*, S. 178.) Inwiefern bei dieser verhängnisvollen Fehlbeurteilung der militärischen Lage auch ein Versagen des «2ème Bureau», also des französischen Nachrichtendienstes, vorliegen dürfte, haben wir bereits im ersten Kapitel über die Rheinlandkrise behandelt.

Stehlins Zeugnis scheint uns übrigens nicht das volle Ausmass der Irreführung wiederzugeben, deren Opfer sein oberster Chef (und letztlich wohl auch er selbst) damals geworden sind. Denn auch Stehlin hat sich von der «Camaraderie» Görings wohl allzusehr vereinnahmen lassen. Noch in seinem «témoinage», fast 25 Jahre später, schreibt er voller Stolz, dass er von Göring wie ein Familienmitglied behandelt worden sei. («J'ai été introduit dans la famille des Goering», S. 64.) Dabei scheint sich gar eine zarte Beziehung zu Görings Schwester angebahnt zu haben. Wenn Stehlin noch nachträglich allen Ernstes glaubt, dass sich diese intimen Beziehungen günstig auf seine amtliche Tätigkeit ausgewirkt haben, dann scheint uns da doch etwas zu viel Naivität im Spiel zu sein. Diese Interpretation rechnet nicht mit der bekannten Hinterhältigkeit des deutschen Luftwaffenchefs. Ganz abgesehen von dem Umstand, dass Göring eine der rücksichtslosesten Figuren in dem Verbrecherkartell gewesen ist, das sich damals deutsche Reichsregierung genannt hat.

Dieser kleine Exkurs ins Persönlich-Allzupersönliche schien uns doch angebracht, um zu zeigen, welche Versuchungen von der Fassade von Macht und Reichtum (und gelegentlich auch Schönheit) ausgegangen sind, mit der sich das Dritte Reich, übrigens mit grossem Erfolg, seinen äusseren Glanz verschafft hat. So wird übereinstimmend berichtet, dass nirgendwo im damaligen Europa derart glanzvolle Feste gefeiert worden sind wie in der Hauptstadt des Dritten Reiches. Der Faszination der mit grossem Geschick aufgebauten Fassade sind selbst solche Leute erlegen, die eigentlich nach Berlin geschickt wurden, sich nicht vom äusseren Glanz blenden zu lassen, sondern vielmehr hinter die Kulissen zu blicken. Auch Leute von ganz anderem Kaliber als der damals verhältnismässig bescheidene stellvertretende Luftattaché Frankreichs sind Opfer dieser Faszination geworden. Wir rufen in Erinnerung, was wir in dieser Beziehung über die olympischen Spiele geschrieben haben.

### **Die Konferenz, die keine war**

Buchstäblich fünf Minuten vor Zwölf ist der deutsche Diktator tatsächlich von seinem «unabänderlichen Entschluss» abgekommen, an dem er mit unbeschreiblicher Sturheit durch die ganze Krise hindurch festgehalten hatte. Wie schwer ihm das bei seinem Charakter gefallen sein muss, kann man ihm nachfühlen. Denn ein solcher Rückzug bedeutete allemal auch Gesichtsverlust. Doch dieser sollte alsbald mehr als kompensiert werden durch seinen «diplomatischen» Sieg auf der ganzen Linie. Die Situation hätte paradoxer nicht sein können: am Ende



sollte der Mann, der eigentlich den Krieg gewollt hatte, von seinem Volk als grosser Friedensfürst gefeiert werden.

Hitler hasste Konferenzen. Er schwor, obschon er doch als Sieger aus der Zusammenkunft von München hervorgehen sollte, nie mehr an einer Konferenz teilzunehmen. Doch München war ja gar keine richtige Konferenz. Nicht einmal die primitivsten Anforderungen formaler Natur sind erfüllt worden. Sie war unter dem Druck des deutschen Ultimatus, das wie ein Damoklesschwert über dem ganzen Geschehen hing, ja auch vollkommen überstürzt einberufen worden. So gab es keine Tagesordnung, es gab keinen Vorsitzenden, und es ist auch kein ordentliches Protokoll geführt worden. Es herrschte gelegentlich ein Durcheinander, wo mehrere Teilnehmer gleichzeitig gesprochen haben, und das in drei oder gar vier verschiedenen Sprachen. Kein Wunder, dass bei einem solchen babylonischen Sprachwirrwarr der Übersetzer die grösste Mühe hatte, seine schwierige Arbeit überhaupt ordentlich verrichten zu können. Dabei ist zu bedenken, dass Hitler keine fremde Sprache verstand. Aber auch die andern Teilnehmer waren, vielleicht mit Ausnahme Mussolinis, nicht besonders sprachkundig. (Vgl. dazu die Schilderung des damaligen Chefdolmetschers Paul Schmidt in: Statist auf diplomatischer Bühne, Bonn 1949, S. 413 f.)

Da die Entscheidung über das anstehende Problem, die Sudetenfrage, bereits vor der Zusammenkunft im Sinne Hitlers gefallen war, gab es eigentlich gar nichts mehr zu verhandeln; es ging höchstens noch um Modalitäten.

### *Ein «beispielloses Angebot»*

Dabei scheint der britische Premier, so kann man aus seiner Antwort an Hitler entnehmen, immerhin noch an eine wirkliche Konferenz gedacht zu haben oder zum mindesten an Verhandlungen, die diesen Namen verdienen. Denn er hatte in seinem Brief an Hitler geschrieben, er sei überzeugt, dass man «innerhalb einer Woche» ein Agreement erzielen könne. Tatsächlich sollte die Zusammenkunft in München dann wenig mehr als 12 Stunden dauern. Auch ging der Premierminister offenbar noch davon aus – was an sich ja selbstverständlich gewesen wäre –, dass tschechische Vertreter ebenfalls zu der Zusammenkunft eingeladen würden. Andererseits versprach er dem ungeduldigen Diktator, dass er «alles Wesentliche ohne Krieg und ohne Verzögerung» erreichen könne. Golo Mann nennt diese Offerte «ein in der diplomatischen Geschichte Europas beispielloses Angebot» (Deutsche (Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1958, S. 855). Das «beispiellose Angebot» läuft darauf hinaus, dass der britische Premi-

erminister dem deutschen Diktator das Ergebnis der «Konferenz» schon vor deren Beginn sozusagen auf dem Servierteller präsentiert. Ungeschicktere Diplomatie, als sie von britischer Seite in dieser Krise betrieben worden ist, kann man sich schwer vorstellen. So ist auch kaum etwas unternommen worden, dem ganz offensichtlich in eine Sackgasse geratenen Diktator wenigstens einige Konzessionen zugunsten der in ihrer Existenz bedrohten CSR abzutrotzen.

### *Mussolini ah «Deus ex machina»*

Das Treffen der «vier Grossen» war auf dem Umweg über Rom zustande gekommen, das bislang während der ganzen Krise praktisch überhaupt keine Rolle gespielt hatte. Chamberlain hat nämlich gleichzeitig mit seinem Antwortbrief an Hitler auch Mussolini informiert und ihn gebeten, sich als Vermittler zur Verfügung zu stellen. Beide Briefe hat der Premierminister übrigens wieder im Alleingang abgesandt, ohne die Franzosen oder auch nur sein eigenes Kabinett zu konsultieren – «impromptu decisions» nennt es unser britischer Gewährsmann.

Beim «Duce» ist diese Anfrage auf fruchtbaren Boden gefallen. Es schien, als ob der italienische Regierungschef darauf gewartet hatte, endlich in die grosse Politik eingeschaltet zu werden und eine Rolle spielen zu können, die seinem bekanntlich nicht gerade unterentwickelten Selbstbewusstsein und Ehrgeiz entsprechen würde. Eine frühere ähnliche Anfrage aus London vom 12.9. hatte er noch verächtlich beiseite geschoben und gesagt, das sei absurd und ein Beweis (und dann gebraucht er eine vulgäre italienische Redewendung, die man unmöglich wörtlich wiedergeben kann, aber dem Sinne nach etwa bedeutet), dass die Engländer nicht mehr ganz bei Trost seien. Überhaupt äussert sich Mussolini in jenen Tagen wiederholt höchst abfällig über England und die Demokratien ganz allgemein, die offenbar da seien, «um Kröten zu schlucken». Dem Machtmenschen, der er war, musste es unverständlich vorkommen, wie das britische Weltreich vor Hitler in die Knie ging. So kommentierte er Chamberlains Gang nach Berchtesgaden mit den Worten:

«Ma questa è la liquidazione del prestigio inglese. In due anni l’Inghilterra è andata due volte sul tappeto.» (Ciano, Diario, 12.-14.9.)

Mit dieser Meinung über das angeschlagene Prestige Englands, das von Hitler aufs Kreuz gelegt wurde, stand der Italiener sicher nicht allein. Auch in der Schweiz tönte es nicht viel anders, wie wir noch sehen werden. Auch bei uns konnte man diese britische Politik nur schwer verstehen, soweit es über-

haupt etwas zu verstehen gab. Allerdings gab es da einen nicht unerheblichen Unterschied: der faschistische Diktator empfand darüber Schadenfreude, in der Schweiz dagegen herrschte Niedergeschlagenheit und Ratlosigkeit, aber auch Trauer und Zorn.

### *Der «Duce» in der Pose des Schiedsrichters Europas*

Warum wohl hat Mussolini bei dieser zweiten Anfrage aus London so ganz anders reagiert als zuvor? Denn diesmal nimmt er das Angebot sofort an und instruiert unverzüglich seinen Botschafter in Berlin, um bei Hitler entsprechend vorstellig zu werden. Für eine Erklärung dieses eklatanten Gesinnungswandels ist man auf Vermutungen angewiesen. Es scheint aber, dass es dem «Duce» langsam ungemütlich geworden ist, als es immer mehr nach Krieg ausgesehen hat. Der gerissene Machiavellist musste wohl oder übel einsehen, dass er sein Doppelspiel nicht mehr lange würde durchhalten können, nämlich seinen Partner in Berlin der festen Treue auch für den Ernstfall zu versichern und insgeheim auf die Erhaltung des Friedens zu hoffen. Nun offerierte London ihm die Möglichkeit, diesem Dilemma zu entinnen, und das erst noch auf elegante Weise. Denn er konnte Hitler weiterhin versichern, im Ernstfall an seiner Seite zu stehen, und gleichzeitig alles tun, um zu verhindern, dass dieser Ernstfall wirklich eintrat. Jetzt durfte er damit rechnen, nicht nur sein eigenes Gesicht zu wahren, sondern auch noch gleich dasjenige seines «Freundes» in Berlin.

Der so spöttisch verunglimpfte Engländer muss in Rom wohl nun in ganz anderem Licht erschienen sein. Der Brite, den Mussolini, nicht ohne Grund, soeben noch beschuldigt hatte, das Prestige Englands aufs Spiel gesetzt zu haben, war nun zu einer Art von Heilsbringer für das angeschlagene Prestige des italienischen Diktators geworden. Die unter dem faschistischen Regime entwickelte aussenpolitische Doktrin, wonach Italien dazu bestimmt sei, das «ausschlaggebende Gewicht» in der europäischen Waagschale zu sein, konnte nun endlich die so sehnlich erwartete Bestätigung erfahren. Dass diese Theorie vom «peso déterminante» einer gewaltigen Überschätzung der Macht Italiens gleichkam, sollte sich nur allzubald erweisen. Ciano vergass übrigens nicht, seinem Tagebuch noch die Worte anzuvertrauen, dass Hitler nicht ablehnen könne, ohne sich den Hass der ganzen Welt zuzuziehen und die ganze Verantwortung für den Konflikt aufzuladen. (Diario, 28.9.1938)

Der «Führer» dachte aber gar nicht mehr daran, eine solche Verantwortung zu übernehmen (was ihn nicht hinderte, es ein Jahr später doch zu tun, als er

Polen überfiel und den Krieg mutwillig auslöste). Er stimmte dem Plan einer «Konferenz» der vier beteiligten Grossmächte zu. Zum britischen Botschafter sagte er, dass er dies auf Wunsch seines «grossen Freundes und Verbündeten, Signor Mussolini» tue. Er habe daher die Mobilmachung seiner Truppen um 24 Stunden verschoben. In Wahrheit standen sie längst zum Angriff bereit.

Chamberlain hat gerade eine Rede vor dem Unterhaus gehalten, das eigentlich eine Kriegserklärung erwartete, als die Nachricht aus Berlin eintraf. Augenblicklich schlug die angespannte düstere Stimmung in helle Begeisterung um. Statt des erwarteten Krieges schien nun plötzlich der Frieden gerettet. Diese überschäumende Freude darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Parlament und Volk auch die andere Lösung mit Fassung ertragen hätten, wie sie es ein Jahr später beweisen sollten.

### *Der Westen gibt auf der ganzen Linie nach*

Die Zusammenkunft der Regierungschefs der beiden westlichen Demokratien, Chamberlain und Daladier, mit den Diktatoren Deutschlands und Italiens, Hitler und Mussolini, fand am 29./30. September 1938 in München statt. Nicht erst durch das Abkommen, sondern schon in der Zusammensetzung der «Konferenz» hat Hitler seinen Willen durchgesetzt. Weder die » direkt betroffene Regierung von Prag noch gar die mit Prag verbündete f Sowjetunion wurden nach München eingeladen.

Es ist unverkennbar, dass insbesondere die Regierungschefs der westlichen Demokratien unter einem enormen Erwartungsdruck gestanden haben müssen. Keiner wollte die Verantwortung für ein mögliches Scheitern der Zusammenkunft übernehmen. Nur so ist es einigermassen erklärbar, wenn auch nicht entschuldbar, dass Daladier die Forderung auf Zulassung einer Delegation der CSR sogleich fallen liess, als der deutsche Diktator dies kategorisch ablehnte. Der Macht- und Prestigeverlust Frankreichs kam nun unbarmherzig ans Licht. Die (ehemalige) Grossmacht vermochte nicht einmal, ihrem Verbündeten, um dessen Schicksal es ja schliesslich ging, einen Platz am Verhandlungstisch zu sichern. Vom andern «Quasi»verbündeten, der Sowjetunion, ganz zu schweigen. Die Brüskierung Moskaus sollte noch schwerwiegende Folgen haben, wie aufmerksame Beobachter der diplomatischen Szene alsbald vermuteten. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Das Resultat der Zusammenkunft von München war praktisch die vollständige Annahme der Forderungen, die Hitler in Godesberg erhoben hatte. Die wichtigste Konzession, die der Westen durchzusetzen vermochte, war eine Garantie der be-

teiligten Grossmächte für die neuen tschechischen Grenzen. In Kraft getreten ist sie allerdings nie. Deutschland war daran nicht interessiert und hatte bekanntlich andere Pläne. Aber die Westmächte unternahmen auch nicht gerade viel, um Hitler zu veranlassen, das gegebene Wort einzulösen. Wenn man so will, war es Verrat Nr. 2 an dem gepeinigten Staat von Prag.

### *Die Folgen sind verheerend*

Die Abgeordneten aus der tschechoslowakischen Hauptstadt mussten in einem Nebenraum warten, bis ihnen das Ergebnis der Zusammenkunft mitgeteilt wurde. Der Generalsekretär des französischen Aussenministeriums, Alexis Léger, nannte es den armen Tschechen gegenüber unverblümt «ein Urteil ohne Berufung».

Der tschechische Aussenminister meinte dazu: «Wir sind bestimmt nicht die letzten, nach uns werden andere an die Reihe kommen.» Wie Recht er damit haben sollte!

Der Ministerpräsident der Prager Regierung, General Sirovy, sagte in einer Radioansprache an das Volk: «Wir können nichts anderes tun als nachgeben, indem wir vor der Welt gegen die uns auferlegte Behandlung protestieren. Wir sind im Stich gelassen worden. Wir sind allein.» (Zitate bei Guido Knopp, Die Saat des Krieges, S. 163 ff.)

Diese Reaktion ist schwer verständlich. Denn der General war ja zum Regierungschef gemacht worden, weil man von ihm eine harte Haltung erwartete. Wenn er bloss gekämpft hätte! Die Weltgeschichte hätte bestimmt einen anderen Verlauf genommen – mit Bestimmtheit einen weniger schlimmen.

Zum Schluss noch die Urteile einiger Historiker aus verschiedenen Ländern. Der Franzose Jean-Baptiste Duroselle schreibt, die Westmächte hätten auf der ganzen Linie nachgegeben: «Daladier, comme Chamberlain, cédèrent pratiquement sur toute la ligne.» (p. 355)

Der Engländer Frank McDonough ist der Meinung, Hitler sei in München noch besser bedient worden, als er in Godesberg verlangt habe: «In reality, the actual territory gained by Nazi pressure was even more favourable than that set out in the Godesberg Memorandum.» (p. 70)

Der deutsche Historiker Klaus-Jürgen Müller kommt zu einem eindeutigen Urteil: «Die Folgen der Konferenz von München waren verheerend: Durch ein Diktat der Grossmächte war mit der CSR ein souveränes Mitglied des Völkerbundes verstümmelt worden. Sodann hatte sich bei Hitler der Eindruck verfestigt,

tigt, dass die Westmächte zu jeder Konzession bereit seien, wenn man nur kräftig mit dem Säbel rasselte ...» (Wie Kriege entstehen, Krieg in der Geschichte Band 4, Paderborn 2000, S. 272)

### *Das Abkommen von München verletzt Völkerrecht*

Durch «Diktat der Grossmächte» sei «ein souveränes Mitglied des Völkerbundes verstümmelt worden». Diese zweifellos zutreffende Aussage wirft ein grundsätzliches Problem auf, nämlich die Frage nach der rechtlichen Qualität des Abkommens von München. Unserer Ansicht nach ist das Abkommen von München schlicht völkerrechtswidrig gewesen, weil es nicht im Einklang stand mit der Satzung des Völkerbundes. Zwar hatte die Genfer Liga ihre Hauptaufgabe, die Gewährung der kollektiven Sicherheit, offensichtlich nicht zu erfüllen vermocht. Chamberlain hat in der erwähnten Rede vom Februar 1938 diese Ära ausdrücklich für beendet erklärt. Doch dies vermochte nichts daran zu ändern, dass der Völkerbund weiter existierte und damit seine Satzung nach wie vor geltendes Völkerrecht gewesen ist. Dass dem so war, geht u.a. schlüssig daraus hervor, dass der Völkerbund noch am 14. Dezember 1939 die Sowjetunion wegen ihres Angriffs auf Finnland ausgeschlossen hat.

Wenn die Völkerbundssatzung somit im Augenblick des Abschlusses des Abkommens von München geltendes Völkerrecht gewesen ist, dann haben England und Frankreich in flagranter Weise gleich mehrfach gegen diese Satzung verstossen. Dies betrifft insbesondere den Artikel 10 der Satzung, den man als das Herzstück des ganzen Vertragswerkes bezeichnet hat. Er lautet:

«Die Mitglieder verpflichten sich, die territoriale Integrität und gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Mitglieder zu achten und gegen jede Aggression von aussen aufrechtzuerhalten.»

Der Artikel ist klar und braucht keiner langen weiteren Erörterungen. Die dem Völkerbund weiterhin angehörenden Mitglieder England und Frankreich haben zugelassen bzw. daran mitgewirkt, dass die territoriale Integrität der CSR in schwerster Weise beeinträchtigt und verletzt worden ist. Sie haben den bedrohten Staat daran gehindert, den Völkerbund anzurufen. Sie haben ihn im Stich gelassen statt ihm zu Hilfe zu kommen, wozu sie als Mitglieder des Bundes nach Artikel 11 der Satzung verpflichtet gewesen wären.

Weiter fällt für die rechtliche Beurteilung des Münchner Abkommens in Betracht die Bestimmung, wonach alle internationalen Verträge mit der Satzung übereinstimmen müssen, ansonsten sie als ungültig anzusehen sind.

Vom Standpunkt des damals geltenden Völkerrechts könnte bzw. müsste das Abkommen von München als ungültig betrachtet werden.

Als die völkerrechtlichen Verpflichtungen, die sich aus der Satzung ergaben, noch ernst genommen wurden, bemühten sich die Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes waren, Verträge abzuschliessen, welche mit der Satzung übereinstimmten. Dies trifft z.B. auch zu für die Beistandsverträge, welche die CSR mit Frankreich und der Sowjetunion abgeschlossen hatte und auf welche sie ihre nationale Sicherheit gut und effektiv abgestützt zu haben glaubte.

Als das Deutsche Reich durch den Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland 1936 eine schwerwiegende Vertragsverletzung beging, wurde der Völkerbundsrat noch eingeschaltet. Er bezeichnete damals erneut «die gewissenhafte Achtung aller Vertragspflichten als fundamentales Prinzip des internationalen Zusammenlebens und als Grundbedingung für die Erhaltung des Friedens». (Vgl. dazu: Winfried Baumgart, *Vom europäischen Konzert zum Völkerbund*, Darmstadt 1974, S. 142.) Leider fand diese nur allzu berechnete Erklärung in der von Chamberlain inaugurierten «neuen Politik» keine Berücksichtigung mehr. Man könnte einwenden, dass der Völkerbund bereits beim Untergang Österreichs nicht mehr aktiv geworden sei. Dieser Fall lag aber anders; denn Österreich hat durch einen einseitigen Akt des Deutschen Reiches seine Unabhängigkeit verloren. Andere Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes waren, sind an der Aktion weder aktiv noch passiv beteiligt gewesen – ganz im Gegensatz zu München, wo sich die Westmächte zu Helfershelfern des potentiellen Aggressors machten. Der Frieden wurde nicht nur «gerettet» durch die Vergewaltigung eines souveränen Staates, sondern auch durch massive Missachtung des geltenden Völkerrechts.

### *Rückfall in die Zeiten von Metternich*

Auch dass dieses Abkommen durch «Diktat der Grossmächte» zustande gekommen ist, widerspricht dem Geist der Satzung des Völkerbundes. Dieser «neue» Geist, mit dem Präsident Wilson die internationalen Beziehungen erfüllen wollte, bestand u.a. in der Anerkennung der grundsätzlichen Gleichheit aller Mitglieder und der Unantastbarkeit ihrer Souveränität. Dass «Grosse» über «Kleine» zu Gericht sitzen, sollte definitiv der Vergangenheit angehören. Doch genau das geschah 1938 in München, und damit ist man weit hinter die Errungenschaften von 1919 zurückgefallen, im Grunde genommen bis in die Zeit Metternichs.

Denn damals, in der Epoche, die durch den Wiener Kongress von 1815 eingeleitet worden war, bestimmte allein der Kreis der Grossmächte, das «europäische Konzert», über den Gang der Dinge. Was in diesem Kreis beschlossen wurde, hatten die andern Staaten zu akzeptieren, falls sie nicht Sanktionen bzw. Interventionen riskieren wollten.

All das zusammengenommen stellt einen immensen Rückschritt in der Entwicklung der internationalen Beziehungen dar, aber auch eine äusserst bedenkliche und, wie sich zeigen sollte, folgenschwere Untergrabung der internationalen Moral. Es kann daher auch nicht verwundern, dass das Abkommen, von dem man voreilig die Erhaltung des Friedens erwartet hat, weniger als ein halbes Jahr später bereits nur noch ein wertloser Fetzen Papier gewesen ist. Insofern ist die völkerrechtliche Beurteilung des Abkommens von München keineswegs graue Theorie.

### *Peace for our time?*

In der geradezu euphorischen Begeisterung, mit der das Münchner Abkommen in England und Frankreich gefeiert worden ist, war von solchen völkerrechtlichen Bedenken und machtpolitischen Konsequenzen wenig zu spüren. Nur eines galt: der drohende Krieg war verhindert worden und der Frieden gerettet. Nach dem Preis, der dafür hatte bezahlt werden müssen, fragte kaum jemand. Man kann Verständnis dafür aufbringen, dass die Menschen erleichtert aufatmeten, nachdem sie wochenlang durch ein nervenaufreibendes Wechselbad der Gefühle hatten gehen müssen: ein dauerndes Auf und Ab zwischen Frieden und Krieg. Nachdem noch eben Krieg gedroht hatte, war nun plötzlich der Frieden gerettet. Die Erleichterung ist verständlich. Das Ausmass der Begeisterung, die kritiklose Übernahme des Glaubens an einen «ewigen» Frieden, erscheint rückblickend doch befremdlich.

Der Mann, dem dabei das grösste Verdienst zukam, darüber gab es in England keinen Zweifel, war der britische Premierminister. Dieser selbst tat, alles, um seine Friedensrat in hellstem Licht erstrahlen zu lassen. Den jubelnden Massen, die sich vor seinem Regierungssitz angesammelt hatten, rief er zu, es sei das zweite Mal in der Geschichte, «dass aus Deutschland ein ehrenvoller (!) Frieden in die Downing Street gebracht wird. Ich glaube, es bedeutet Frieden für unsere Zeit.» Dabei schwenkte er das Papier, welches die von ihm und Hitler unterzeichnete Erklärung enthielt, wonach Deutschland und England entschlossen seien, «niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen». Dieses «Peace for our time» ist wohl in die Geschichte eingegangen, aber nicht in dem Sinne, wie sich dies Chamberlain vorgestellt haben mag.



Es wurde vielmehr zum Codewort für die grösste Täuschung, der sich ein Politiker je hingegeben hat.

Mit der Bemerkung, es sei «das zweite Mal in der Geschichte», dass aus Deutschland ein «ehrvoller» Frieden nach London gebracht wurde, nahm Chamberlain offensichtlich auf die Rückkehr Benjamin Disraelis vom Berliner Kongress im Jahre 1878 Bezug. Der Vergleich, den er damit herausfordert, fällt für ihn nicht besonders schmeichelhaft aus – ganz im Gegenteil. Der Frieden, den Chamberlain 1938 aus München brachte, dauerte nicht mal ein ganzes Jahr. Der Frieden, den Disraeli 60 Jahre früher aus Berlin brachte, hielt dagegen 36 Jahre, d.h. bis zum Beginn des Weltkrieges von 1914. 36:1 steht es also zugunsten von Disraeli. Man wird sicher dieses Zahlenverhältnis nicht *tel quel* zu einem Vergleich zwischen Disraeli und Chamberlain heranziehen wollen. Denn schliesslich hatte es Disraeli mit einem vernünftigen Partner zu tun, einem Otto von Bismarck. Chamberlain aber stand in Adolf Hitler die personifizierte Unvernunft gegenüber. Trotz dieser Einschränkung sagt das nackte Zahlenverhältnis der «eingebrachten Friedensjahre» eben doch etliches aus über die hohe Kunst der Diplomatie im 19. und ihren Niedergang im 20. Jahrhundert. Das Abkommen von München war von Anbeginn ein Scheinfrieden, ganz abgesehen von den wenig ehrenvollen Begleiterscheinungen. Es wäre sicher besser gewesen, es wäre gar nie dazu gekommen.

(Nebenbei gesagt: So besonders «ehrvoll» war jener Frieden von 1878 bei näherem Zusehen übrigens auch nicht. Wie 1938 die CSR, so hatte 1878 Bulgarien die Zeche zu bezahlen: eben durch russische Truppen vom 500-jährigen türkischen Joch befreit, wurde es auf dem Berliner Kongress wieder zum tributpflichtigen Fürstentum zurückgestuft und territorial auf ein Drittel des ursprünglich vorgesehenen Umfangs reduziert.)

### *Euphorische Lobpreisung...*

Die Flammen der Begeisterung griffen in England auch auf die Presse über. Der Lobpreisungen war kein Ende. An der Spitze stand nicht von ungefähr die Times, die ja von jeher den Appeasementkurs entschieden unterstützt hatte. So brachte sie Chamberlain zu seiner Rückkehr die wahrhaft enthusiastische Widmung dar:

«No conqueror returning from a victory on the battlefield has come home adorned with nobler laurels than Mr. Chamberlain from Munich.»

Der Vergleich mit einem lorbeergeschmückten Feldherrn, der als Sieger vom Schlachtfeld zurückkehrt, zeigt anschaulich und erschreckend zugleich,

welche geradezu unglaubliche Fehleinschätzung der Lage solcher Lobpreisung zugrundeliegen musste. Was war denn in München geschehen? Man hat einem Ultimatum des deutschen Diktators zugestimmt und einen demokratischen Staat dem totalitären Aggressor ausgeliefert. Was daran so «nobel» und «ehrentvoll» sein soll, ist schwer nachzuvollziehen. Das ist keineswegs eine Feststellung «post festum». Man konnte das schon damals sehen, wenn man nur wollte. Die Schweizer Presse ist ein schlagender Beweis dafür, wie wie noch sehen werden. Doch auch in England gab es einige (wenige?), die der Wirklichkeit ins Auge zu blicken wagten. Einer von ihnen war ein prominentes Mitglied der Regierung selbst, der «erste Lord der Admiralität», d.h. der Marineminister Duff Cooper. Bei der Eröffnung der dreitägigen Debatte über München im Unterhaus erklärte er seinen Rücktritt und hielt eine äusserst bemerkenswerte Abschiedsrede. Aus ihr geht hervor, welche Spannungen es in dem vom Premierminister so autoritär geführten Kabinett gegeben hat. Die «grosse Meinungsverschiedenheit» zwischen dem Marineminister und dem Premierminister lag in der Frage, welche Politik gegenüber einem Mann wie Hitler die richtige war.

### *... und erbarmungslose Kritik*

«Der Premierminister versprach sich etwas davon», so Duff Cooper, «Hitler in der Sprache sanfter Vernunft anzusprechen. Ich war überzeugt, dass er für die Sprache der gepanzerten Faust zugänglicher sein würde.»

Und der «Erste Lord der Admiralität» verfügte über eine solche gepanzerte Faust, im Unterschied zu den andern Bereichen der britischen Landesverteidigung. Es war die «Royal Navy», die ruhmreiche britische Flotte. Natürlich wusste auch Duff Cooper, dass die britische Flotte nicht auf der böhmischen Gebirgsfront auffahren konnte, wie sich Chamberlain ausgedrückt hat. Aber es war die einzige Waffe, mit der England Eindruck machen konnte. Also hat Cooper, schon lange bevor der Premierminister seine Wallfahrten nach Deutschland begann, darauf gedrängt, etwas in dieser Richtung zu tun. Als die Krise ihrem Höhepunkt zustrebte und Hitler offen mit Krieg drohte, wollte der Marineminister die Flotte mobilisieren, weil er der Ansicht war, dass der deutsche Diktator diese Sprache besser verstehen würde als «die abgewogene Sprache der Diplomatie». Doch Chamberlain weigerte sich bis zum letzten Moment, seine Zustimmung zu geben. Cooper weist mit Recht darauf hin, dass der «Führer» in dem Augenblick nachgiebig geworden sei, als er die Kunde von der Mobilisation der britischen Flotte erfahren hatte. (Zitate nach Churchill, Der Zweite Weltkrieg, I, 1, S. 394.)

Stellte schon der Rücktritt Duff Coopers einen beträchtlichen Dämpfer für die im Unterhaus herrschende euphorische Stimmung dar, so schlug die Rede des unbeugsamen Kritikers Churchill wie eine Bombe ein. Als er die Worte sprach: «Wir haben eine vollständige, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten», brach nach seiner eigenen Schilderung ein Sturm aus, der ihn längere Zeit hinderte, weitersprechen zu können. Doch der unbequeme Warner hatte noch weitere bittere Wahrheiten bereit.

Er kritisierte die ungeschickte Diplomatie des Premierministers, die dazu geführt habe, «eine Position nach der andern unter schönklingenden und plausiblen Entschuldigungen zu untergraben und preiszugeben». Wenn man die Tschechen selbst hätte machen lassen, dann wären sie imstande gewesen, bessere Bedingungen zu erreichen. «Schlechter hätten die Bedingungen kaum sein können.» Er missgönne dem tapferen britischen Volk keineswegs den spontanen Ausbruch der Freude und der Erleichterung über die Nachricht, dass es für den Augenblick nicht weiter auf diese harte Probe gestellt werde. Aber die Wahrheit müsse es doch erfahren. Und diese Wahrheit ist für Churchill eindeutig: durch Vernachlässigung der Verteidigung habe man ohne Krieg eine Niederlage erlitten, die noch schwerwiegende Folgen haben werde. Das Volk sollte wissen, «dass wir an einem furchtbaren Markstein unserer Geschichte vorübergekommen sind, dass das ganze europäische Gleichgewicht gestört wurde und dass jetzt das unheilvolle Urteil über die Demokratien des Westens gefällt worden ist:

«Man hat dich in einer Waage gewogen und zu leicht befunden.»

Man solle nicht glauben, fuhr Churchill fort, dass es damit sein Bewenden habe. «Es ist erst der Beginn der Abrechnung. Es ist nur der erste Schluck, der erste Vorgeschmack des bitteren Kelches, der uns Jahr für Jahr vorgesetzt werden wird, es sei denn, dass wir unsere moralische Gesundheit und kriegerische Kraft in höchstem Masse wiedergewinnen, dass wir uns wieder erheben und wie in alten Zeiten für die Freiheit einstehen.»

Heute ist es leicht, solchen Worten zuzustimmen, nachdem sich die Geschichte genau so entwickelte, wie Churchill es vorausgesehen hat. Wenn man diese grossartige und prophetische Rede auf sich wirken lässt, hat man unwillkürlich das Gefühl, dass Churchill innerlich, ob bewusst oder unbewusst, sich bereits auf den Augenblick vorbereitet, wo er das Steuer in die Hand nehmen wird. Welches Martyrium muss es für diesen Mann bedeutet (haben, mit all seinem Wissen und seiner genialen Intuition so wenig politischen Einfluss gehabt zu haben. Vor dem verhängnisvollen Weg, den die britische Politik eingeschlagen hatte, konnte er zwar mit der Kraft des Wortes warnen, doch ihren Kurs zu ändern, vermochte er nicht – noch nicht.

## *Komfortabler Sieg des Premierministers*

Das Unterhaus, bzw. die regierende konservative Mehrheit, zeigte sich vom Abgang Duff Coopers und der Intervention Churchills wenig beeindruckt: Mit 366 gegen 144 Stimmen wurde die Politik des Premierministers komfortabel gebilligt. Die Gegenstimmen stammten von der Opposition (Labour Party und Liberale), die Chamberlain mit äusserst scharfen Attacken überschütteten. Der Vorsitzende der Labour Party hieb in dieselbe Kerbe wie Churchill. Clement Attlee bezeichnete München als «one of the gravest diplomatic defeats that this country and France have ever sustained». Die Tschechen seien allein gelassen worden und England und Frankreich isoliert, «with all our potential allies gone». Mit den möglichen Bündnispartnern, die nun fehlten, spielte der Labourchef vor allem auf die Sowjetunion an. Mit ihrer ständigen Forderung, eine Allianz mit Moskau einzugehen, hat sich die Opposition mit Churchills Intentionen getroffen.

Andererseits gingen die Meinungen zwischen Churchill und Labour in der Frage der Rüstungsanstrengungen weit auseinander. Labour musste sich rückblickend vorwerfen lassen, durch den allzulange beibehaltenen pazifistischen Kurs die fatale Verteidigungsbereitschaft des Landes mit verursacht zu haben. In diesem Punkt ging Labour eine «unheilige Allianz» mit Chamberlain ein und hat damit, zum mindesten indirekt, seinen aussenpolitischen Kurs unterstützt. Antifaschismus und Antimilitarismus waren in England ebenso wenig unter einen Hut zu bringen wie in andern Ländern, die Schweiz eingeschlossen.

Churchill und die andern konservativen Gegner Chamberlains zogen es jedenfalls vor, nicht mit der Opposition zusammenzugehen, und drückten ihre Missbilligung durch Stimmenthaltung aus. Diese Enthaltungen dürften dreissig bis vierzig an der Zahl gewesen sein.

## *Si vis pacem para bellum?*

Was die Verstärkung der Rüstung anbetrifft, steckte die Regierung bald in einem schweren Dilemma. Denn einflussreiche Mitglieder von Chamberlains Team wie z.B. der Aussenminister Lord Halifax verlangten entschieden mehr Anstrengungen für die Verteidigung. In der Zeit der Sudetenkrise hatten sich schwere Lücken und Mängel in der militärischen Bereitschaft des Inselreiches gezeigt. Halifax ging nach der Devise: «We must hope for the best, but prepare for the worst.» Er war der Ansicht, dass München klar gezeigt habe, was er als «the un wisdom of having a foreign policy with insufficient armed strength» be-

zeichnete. (Vgl. Frank McDonough, Neville Chamberlain, appeasement and the British road to war, p. 41)

Das ungute Gefühl, dass das Abkommen von München etwas mit der Schwäche der militärischen Bereitschaft des Landes zu tun habe, kam auch bald einmal in entsprechenden Zeitungskomentaren zum Ausdruck. Der Premierminister, der etwas voreilig «Frieden für unsere Zeit» verkündet hatte, fand es indessen schwierig, warum München ein Anlass sein sollte, das Rüstungsprogramm zu verstärken. In der Tat war sein überschwängliches Bekenntnis zum angeblich so sicheren Frieden schwer in Einklang zu bringen mit dem Ruf nach mehr Rüstung.

Bereits am Tag nach der denkwürdigen Unterhausdebatte schrieb der den Liberalen nahestehende News Chronicle, es sei wirklich «a poor peace», der immer mehr und mehr Rüstungen brauche. Das sei ein Dilemma, das die Regierung nur schwer werde erklären können. Und dann wörtlich: «If Munich has brought us ‚Peace for our time‘, why must we intensify rearmement, and against whom are we arming?» (Vgl. Kieser, a.a.O. S. 105.)

Damit war die Kernfrage gestellt: Warum waren vermehrte Rüstungsanstrengungen notwendig, wenn doch der Frieden gesichert war? Und gegen wen sollte aufgerüstet werden?

Selbst der prokonservative Daily Telegraph schrieb schon vor Beginn der grossen parlamentarischen Debatte vom 3. Oktober, die Lektion von München sei klar: England müsse rüsten.

Gegen wen sich die Aufrüstung richten musste, stand von vorneherein fest, nämlich gegen das Dritte Reich, mit dem England soeben feierliche Friedensbeteuerungen ausgetauscht hatte, allenfalls auch gegen Italien und Japan, falls sie gemeinsame Sache mit Deutschland machen sollten. Dieses Dilemma hat Chamberlain ganz offensichtlich Bauchschmerzen bereitet

### *Hitlers Reaktion: Zerschlagung der CSR*

Was den deutschen Diktator anbetrifft, so reagierte dieser sofort, als er den Stimmungsumschwung in England bemerkte. Da er ja selbst mit der gefundenen Lösung von München nicht zufrieden war, dürfte ihm dieser Umschwung durchaus zustatten gekommen sein. Bereits 10 Tage nach dem Abschluss des Abkommens hielt er eine für England wenig freundliche Rede, in welcher er Chamberlain zwar schonte, aber dessen innerparteiliche Gegner – er nannte namentlich Duff Cooper, Eden und Churchill – umso schärfer attackierte. Wenn diese an die Macht kämen, so verkündete er dem deutschen Volk, würden sie sofort einen Weltkrieg beginnen. Mit dieser böswilligen Unterstellung hat sich der Diktator

die notwendige propagandistische Plattform geschaffen, von der aus er nun seinerseits weitere Rüstungen, insbesondere den Ausbau der Befestigungen im Westen, in Aussicht stellen und rechtfertigen konnte. Der legendäre «Westwall» war also noch keineswegs das unüberwindliche Hindernis, das die deutsche Propaganda nicht müde geworden war, während der Sudetenkrise hochzuloben. Dieser «riesige Bluff», wie General Keitel es selbst nannte, hatte seinen Zweck, die Westmächte einzuschüchtern und von einem möglichen Angriff auf Deutschland abzuhalten, voll und ganz erreicht. (Vgl. Keitel. Verbrecher oder Offizier. Erinnerungen, Briefe und Dokumente des Chefs OKW, herausgegeben von Walter Görnitz, Göttingen 1961, S. 193.)

Die französische Armeeführung hat denn auch zu keinem Zeitpunkt, weder 1938 noch 1939/40, nach Beginn des Krieges, einen solchen Angriff ernsthaft geplant, geschweige denn in die Tat umgesetzt. Nicht mal der leiseste Versuch wurde gemacht, die Stärke der deutschen Befestigungen auch nur zu testen.

Während Chamberlain sein Volk glauben machte, einen ehrenhaften und dauerhaften Frieden von Deutschland zurückgebracht zu haben, erhielten im Reich die Propagandastellen die Anweisung, das deutsche Volk systematisch auf einen Krieg vorzubereiten. Mit Datum vom 21.10.1938 erhielt die deutsche Wehrmacht von ihrem «obersten Befehlshaber» dann eine Weisung, in der es hiess: «Es muss möglich sein, die Resttschechoslowakei jederzeit zerschlagen zu können ...» (Text in: W. Hofer, Dokumente des Nationalsozialismus, S. 219.)

Nur drei Wochen nach dem Abschluss des Abkommens von München hatte sich Hitler also bereits entschlossen, dieses feierlich unterzeichnete Vertragswerk nicht einzuhalten.

### *War der Preis für den Frieden zu hoch?*

Wenn sich in Teilen der britischen Presse schon bald ein Umschwung von der Euphorie zur Nachdenklichkeit, ja zum Unbehagen bemerkbar machte, so war dies also sehr wohl begründet. Vor allem wurde die Frage gestellt, ob München wirklich einen «peace with honour» gebracht habe. Dabei spielte das Schicksal der preisgegebenen CSR naturgemäss eine wichtige Rolle. So mahnte der liberale Manchester Guardian, wenn man nun wieder freier atmen könne, so geschehe das auf Kosten eines andern. Und der News Chronicle schrieb, man dürfe bei aller Erleichterung nicht vergessen, dass der Frieden teuer erkaufte worden

sei. Der Preis sei «the sacrifice of a small and noble people» gibt er seinen Lesern zu bedenken. Und das sei keine komfortable Erkenntnis für die britische Nation.

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, dass die traditionelle Meinung, die Appeasementpolitik sei im Volk allgemein akzeptiert worden und populär gewesen, einer näheren Betrachtung nicht standhält. Mehrere Autoren, so auch McDonough, weisen auf Umfragen («opinion polls») hin, die zeigen, «that appeasing Hitler was not a popular policy». So hätten 86 Prozent der Befragten zur Zeit von München nicht geglaubt, dass das Sudetengebiet Hitlers letzte territoriale Forderung sei. Eine Politik der Unterstützung für den Völkerbund – was Chamberlain ja gerade ablehnte – hätte in der britischen Öffentlichkeit bei weitem am meisten Anklang gefunden. Eine Politik des Widerstandes, des «standing up to Hitler», wäre wahrscheinlich viel populärer gewesen als die von Chamberlain verfolgte Linie. Eine Umfrage im Jahre 1939 – leider macht der Verfasser keine nähere zeitliche Angabe – habe ergeben, dass 84 Prozent der Befragten eine britisch-sowjetische Allianz wollten, was der Premierminister bekanntlich ebenfalls strikte ablehnte – bis es dann (möglicherweise) zu spät war. (Vgl. McDonough, p. 159/60.)

Die im Sommer 1939 endlich aufgenommenen Verhandlungen sollten indessen zeigen, dass eine solche Allianz mit der Sowjetunion kaum zu Bedingungen zu haben war, denen man in London und Paris hätte zustimmen können. (Es ging insbesondere auch um das Schicksal der baltischen Staaten, die der sowjetische Diktator so oder so dem «Vaterland aller Werktätigen» einzuverleiben beabsichtigte.) Diese Rechnung, dies muss gerechterweise gesagt werden, ging eben auch nicht auf. (Vgl. dazu mein Buch über «Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges», Ausgabe 1984, S. 52 ff.)

### *Frankreich: Munichois contre Antimunichois*

Auch in Frankreich wurde der Regierungschef bei seiner Rückkehr aus München von jubelnden Menschenmengen empfangen, worüber sich niemand mehr gewundert haben dürfte als Daladier selbst. Denn im Unterschied zum britischen Premier war er nämlich überzeugt, eine schwere Niederlage erlitten zu haben. Das bekannte er bereits zwei Tage nach München gegenüber dem amerikanischen Botschafter Bullitt. (Duroselle, p. 356/527.) Doch in der Chambre des Députés, die ihn mit einer langen Ovation empfing, sprach er am gleichen Tag von «victoire effective de la paix». Die Kammer billigte denn auch das Abkommen mit 515 gegen 75 Stimmen, wofür letztere vor allem von den Kommunisten kamen. Sie liessen verlauten, die kommunistische Partei wolle nicht

bei diesem «acte de brigandage» mitmachen. Ein Frieden ohne Moskau war für sie ohnehin nicht akzeptabel. Ein anderer Abgeordneter, der sich der Stimme enthielt, sprach von einem Frankreich, das vor der ganzen Welt seinen Verfall (*déchéance*) habe bekennen müssen.

Auch in Frankreich folgte dem Enthusiasmus die Ernüchterung also auf dem Fusse, nämlich das Gefühl, dass man vor dem Unvermeidlichen resigniert habe und dass München eine Katastrophe sei. Die Mehrheit der Franzosen, so Duroseile, hätte bald entdeckt, dass man kapituliert habe. Die öffentliche Meinung – und die Regierung – spaltete sich in zwei Gruppen auf: *Munichois* und *Antimunichois*. Die Grenzen zwischen ihnen stimmen nicht mit Parteigrenzen überein. Vielmehr sind beide Haltungen in praktisch allen Parteien vertreten – vielleicht mit Ausnahme der Kommunisten, die auch hier der in Moskau ausgegebenen Parole folgen. Dagegen meinte der Schriftsteller Charles Maurras, intellektuelles Haupt der nationalistischen und antisemitischen (aber zugleich antideutschen) *Action Française*, dass die Niederlage von München einem sowjetischen Sieg vorzuziehen sei. Trotz seiner wohlbekannten autoritären Gesinnung und antidemokratischen Einstellung war Maurras im Juni 1938 in die *Académie Française*, also unter die «vierzig Unsterblichen», aufgenommen worden. Die berühmten Heerführer und legendären Nationalhelden Pétain und Weygand unterstützten seine Kandidatur – auch ein Indiz für die verwirrliche geistige Befindlichkeit, in der sich Frankreich und seine Elite am Vorabend schwerster nationaler Prüfungen befunden haben. (Vgl. dazu Duroseile, p. 360.)

Auch in Frankreich wurden, nach dem in den USA erprobten Gallupsystem, Umfragen («sondages») gemacht. Danach antworteten auf die Frage, ob man dem Abkommen von München zustimme, 57 Prozent mit Ja und 37 Prozent mit Nein. Auf die zweite Frage, ob man gegen jede weitere Forderung Hitlers Widerstand leisten müsse, antworteten hingegen 70 Prozent mit Ja und nur 17 Prozent mit Nein. Das sei ein Beweis, dass viele Franzosen München nur mit zornigem Herzen akzeptiert hätten.

Was die Regierung anbetrifft, so läuft die Grenze weiterhin dort, wo sie schon vor München verlaufen war: zwischen Appeasern mit dem Aussenminister Georges Bonnet an der Spitze, die mit der Linie von Chamberlain übereinstimmten, und «résistants», Widerständlern also wie Paul Reynaud und Georges Mandel, die mit stiller Unterstützung von Churchill rechnen konnten. Dazwischen musste der Regierungschef immer wieder lavieren, wenn er seine Mannschaft beisammen halten wollte.

Neuere Forschungen haben ergeben, dass Daladier schliesslich das Risiko eines Krieges in der Endphase der Sudetenkrise doch ins Auge gefasst hatte, al-



lerdings nur falls englische Hilfe zugesichert war. Er liess damals auch die Möglichkeit einer französischen Intervention auf dem Luftwege zugunsten der CSR prüfen. Als er sich entschliessen musste, nach München zu gehen, habe er gehofft, zusammen mit Chamberlain einen Plan zu entwerfen, «mit dem die tschechischen Befestigungslinien hätten bewahrt werden können». (Vgl. Elisabeth du Reau, *Edourd Daladier et la sécurité de la France, 1937-1939*, Lille 1980, sowie das Referat der gleichen Autorin auf dem Berliner Kongress von 1989 in: 1939, An der Schwelle zum Weltkrieg, Berlin 1990, S. 173 ff.)

Daraus ist, wie wir gesehen haben, nichts geworden. Immerhin war man sich in Paris, ganz im Unterschied zu London, der militärischen Aspekte einer Abtretung des Sudetengebietes bewusst. Daher erstaunt es eigentlich, dass Daladier nicht entschiedener an diesem Postulat festgehalten hat. Die Schwierigkeit bestand allerdings darin, dass der Grossteil der tschechischen Verteidigungsanlagen sich aus einsichtigen geomilitärischen Gründen in den an das Reich angrenzenden Gebieten befand. Und diese waren eben von Sudetendeutschen bewohnt. Eine glatte Lösung gab es nicht mehr, nachdem man der Abtretung der entsprechenden Gebiete zugestimmt und sich damit auf die schiefe Bahn begeben hatte. Nun kam es der Quadratur des Zirkels gleich. Dass die Westmächte durch ihre Zustimmung zum Münchner Abkommen die CSR praktisch verteidigungsunfähig gemacht haben, war schon damals für jedermann klar, der die Dinge so sah, wie sie waren, und nicht so, wie sie in der Einbildung der Verfechter des Friedens um jeden Preis ausgesehen haben mochten. Die Folgen sollten verheerend sein und sich entscheidend auf den Verlauf des bald danach entfalteten Krieges auswirken. Darüber wird noch mehr zu sagen sein.

### *Unkalkulierbare Konsequenzen*

Wenn Duroseile feststellt, Frankreich habe durch München den letzten Rest des bereits schwer angeschlagenen Prestiges verloren, so dürfte dieses Urteil in der französischen Geschichtsschreibung unbestritten sein. Das Prestige aber sei nicht, wie man noch oft glaube, unnütze Eitelkeit, sondern Prestige sei «un élément de la force». Wenn man es verliere, führe dies zu unkalkulierbaren Konsequenzen. Damit folgt der bekannte Historiker einem Wort, das damals schon der hellssichtige französische Diplomat Robert Coulondre in einem Bericht an die Regierung zu bedenken gegeben hat.

Coulondre hatte besondere Veranlassung zu dieser Feststellung, hat er sie doch von seinem Botschafter- und Beobachterposten in Moskau ausgemacht.

Und in der Hauptstadt des Sowjetreiches gab es aus naheliegenden Gründen über die Politik der Westmächte wenig Gutes zu hören. Für den Kreml bedeutete der Abschluss des Abkommens von München Kapitulation vor Hitler, nicht Rettung des Friedens. Besonderen Argwohn erregte bei dem ohnehin krankhaft misstrauischen sowjetischen Diktator die Erklärung, wonach England und Deutschland nie mehr gegeneinander Krieg führen wollten. Wenn zwei kapitalistische Grossmächte derart «intim» wurden, dann konnte sich das nach der in Moskau herrschenden Doktrin nur gegen das «Vaterland aller Werktätigen» richten.

Coulondre sieht mit dem geschärften Blick des erfahrenen Diplomaten, als Folge der Brückierung Moskaus durch den Westen, eine mögliche Übereinkunft Stalins mit Hitler voraus. So erscheint ihm «die Möglichkeit eines geheimen Einverständnisses über eine Teilung Polens durchaus wahrscheinlich». Geschrieben am 4. Oktober 1938! (Vgl. Robert Coulondre, Von Moskau nach Berlin 1936-1939, Bonn 1950, S. 240 ff.) Frankreich und der Westen waren also gewarnt. Genützt hat es allerdings wenig. Insbesondere Chamberlain selbst wollte und konnte die möglichen bösen Folgen seines leichtsinnigen «Flirts» mit Hitler nicht einsehen.

Ganz scharf urteilt der israelische Historiker Charles Bloch – mehrere Jahre Gastprofessor an der Universität Paris-Nan terre – über die Folgen der westlichen Politik. München habe nicht den Frieden gerettet, schreibt er, «sondern im Gegenteil den Krieg unvermeidlich gemacht». Es sei zweifelhaft, ob Deutschland damals überhaupt einen Krieg gewagt hätte, wenn der Westen festgeblieben wäre. Er bestreitet auch die (letztlich apologetische) These, wonach die Westmächte durch das Abkommen von München Zeit für mehr Rüstungen gewonnen hätten. Objektiv gesehen, meint er, habe die Zeit bis zum Kriegsbeginn im Westen «für Deutschland weit mehr als für die Alliierten gearbeitet». Diese Aussage wird durch neuere Forschungen bestätigt, wie wir noch sehen werden. Die Nachgiebigkeit gegenüber dem Aggressor habe «einen allgemeinen Geist des Defaitismus in der französischen Nation» hervorgerufen. Und Bloch schliesst mit dem bedeutungsschweren Satz:

«In jeder Beziehung führte München nach Vichy».

(Vgl. Charles Bloch, Die dritte französische Republik, Stuttgart 1972, S. 488 ff.)

### *Schwerer Imageverlust Frankreichs in der ganzen Welt*

Das Ansehen der einst so stolzen Grossmacht Frankreich ist nach der Kapitulation von München in der ganzen Welt schwer angeschlagen. Die eingehenden diplomatischen Berichte beweisen es. Am schlimmsten sind die Rückwirkungen natürlich in der unmittelbar betroffenen CSR, aber auch in den andern Ländern des Donauraums und des Balkans. Frankreich existiert dort schlicht nicht mehr. Die Ressentiments in dem verlassenen und verratenen einstigen Verbündeten von Prag sind derart, dass daraus das schlimmste Zerwürfnis resultiert. Tschechische Akademiker schicken ihre in Frankreich erworbenen Diplome zurück, Offiziere ihre Auszeichnungen. Französische Institutionen im Lande werden boykottiert oder gar aufgelöst. Der französische Gesandte Lacroix berichtet, Benesch habe ihm gesagt, sein grösster Fehler vor der Geschichte sei es gewesen, Frankreich treu zu sein.

Der langjährige Chef der französischen Militärmission in Prag, General Faucher, reichte seine Demission ein und übte scharfe Kritik an der Haltung seines Landes. Frankreich habe die Doktrin vom «Fetzen Papier» übernommen, schreibt der schwer enttäuschte Militärattache. «Nous pleurons la trahison de la France que nous aimions» hätten ihm viele Tschechen unter Tränen gesagt. Ähnlich tönt es aus Bukarest, Belgrad und Athen.

### *USA – Die grösste Demokratie stets abseits*

Der amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles zeigte sich bei einem Besuch in Paris beunruhigt über den Verlauf der Dinge in Europa. Doch die USA selbst hatten wenig getan, um diesen verhängnisvollen Lauf der Dinge in andere Bahnen zu lenken. Dem amerikanischen Präsidenten war angesichts der isolationistischen Grundhaltung des Kongresses nicht viel anderes übriggeblieben, als einen Friedensappell an die betroffenen Staaten zu richten. Als «Message Diplomacy» bezeichneten innenpolitische Gegner des herrschenden Isolationismus einigermassen spöttisch diese Art von Aussenpolitik, die sie einer Grossmacht vom Format der USA unangemessen, ja unwürdig empfanden. Dass der Frieden erhalten blieb, konnte man in Washington auch als eigenen Erfolg ausgeben. Gefallen am Ergebnis von München hat man mit Sicherheit weniger gefunden. Die Lähmung jeglicher aktiven Aussenpolitik der USA durch die Neutralitätsgesetzgebung hat sich letztlich zugunsten der deutschen Expansionspolitik ausgewirkt. Darüber besteht weitgehend Einigkeit in der internationalen Geschichtschreibung. Das Urteil von J.R. von Salis ist noch rela-

tiv milde ausgefallen, wenn er schreibt: «Für eine Weltmacht wie die amerikanische war der Isolationismus und die Neutralität eine fragwürdige, in ihren Ergebnissen enttäuschende Politik» (Weltgeschichte Band III, S. 389). Andere Autoren urteilen weniger zurückhaltend und machen die verfehlte Politik der Weltmacht jenseits des Atlantik mitverantwortlich für den unaufhaltsamen Aufstieg Hitlers. Schon vor Jahrzehnten (1964) habe ich in einer erweiterten Fassung meines Buches über die «Entfesselung des Zweiten Weltkrieges» geschrieben: «Die potentiell stärkste Macht der Welt verzichtete darauf, ihre Macht und ihr Ansehen in die Waagschale der Weltpolitik zu werfen, als die kollektive Sicherheit versagte und internationale Anarchie an ihre Stelle zu treten drohte» (Ausgabe 1984, S. 35). Nicht ganz zu Unrecht hat der französische Außenminister Bonnet, «Apeaser vom Dienst» sozusagen, die Amerikaner auf die Widersprüche ihrer Politik hingewiesen, um seine eigene Haltung zu rechtfertigen. Sie könnten nicht einerseits jegliche Hilfe für den Fall eines europäischen Konfliktes ablehnen, gab er zu bedenken, und dann gleichzeitig die Versuche einer europäischen Verständigung verurteilen.

### *Japan: Der Westen verliert sein Gesicht*

Besonders vielsagend im Hinblick auf kommende Dinge ist die Reaktion der Grossmacht des Fernen Ostens. Japan kündigt nämlich das Neunmächteabkommen von 1922, das auf der Konferenz von Washington seinerzeit abgeschlossen worden war und vor allem die Unabhängigkeit Chinas garantiert hatte. Allerdings hatten die Japaner schon lange vorher begonnen, die Souveränität des Nachbarreiches in schwerster Weise zu beeinträchtigen, bis sie dann im Sommer 1937 einen regelrechten, wenn auch unerklärten Krieg gegen China begannen.

Die Haltung Frankreichs und Englands auf der Konferenz von München, so berichteten französische Diplomaten aus dem Fernen Osten, hätten die japanischen Extremisten davon überzeugt, dass Tokio bei der Errichtung einer «domination asiatique» keinerlei Schwierigkeiten von Seiten dieser Staaten zu gewärtigen haben werde. Die beiden Westmächte seien offenbar entschlossen, einen Konflikt «coûte que coûte» zu vermeiden, indem sie allen Forderungen der totalitären Mächte nachgäben. Der Umstand, dass der Westen es bei Protesten bewenden lasse statt den Weg der Gewalt zu beschreiten, komme in den Augen aller Völker des Fernen Ostens einem Eingeständnis der Ohnmacht der demokratischen Länder gleich. M.a.W: die westeuropäischen Demokratien haben ihr Gesicht verloren – bekanntlich das Schlimmste, was nach japanischer Auffas-

sung einer Person oder hier eben einem Staat bzw. seiner Regierung passieren kann. Dieser Gesichtverlust hat sich mit der erwähnten Kündigung des Vertrags über China auch sofort ausgewirkt.

### *Wasser auf die Mühlen der japanischen Extremisten*

Auch hier ist Chamberlains Kalkül letzten Endes nicht aufgegangen. Er begründete ja seine Politik des Entgegenkommens und der Beschwichtigung gegenüber den europäischen Diktatoren nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die Lage im Fernen Osten. Eine Verwicklung in einen europäischen Konflikt, so meinte er, könnte die Expansionslust der Japaner ermutigen. Im Grunde war es gerade umgekehrt: die gezeigte Schwäche der Westmächte animierte jene Leute, die zu weiteren Taten bzw. Untaten bereit gewesen sind, notfalls auch gegen den Willen der politischen Führung in Tokio.

In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, daran zu erinnern, dass die beiden folgenschwersten Schritte auf dem Weg in den Krieg, nämlich die Besetzung der Mandschurei und die Eröffnung des Krieges gegen China, keineswegs auf Beschlüsse der japanischen Regierung zurückgingen. Sie waren von untergeordneten und unbotmässigen Teilen der japanischen Armee vor Ort eigenmächtig inszeniert worden, sogar ohne Einwilligung der Armeespitze. Diese Eigenmächtigkeiten sind zwar nachträglich gebilligt worden, eher unwillig übrigens. (Vgl. dazu u.a. Eberhard Jäckel, *Der Weg Japans in den Zweiten Weltkrieg*, in: Helmut Altrichter / Josef Becker, *Kriegsausbruch 1939*, München 1989, S. 247 ff.)

Solche Eigenmächtigkeit bzw. Unbotmässigkeit gegenüber der eigenen Regierung liessen sich übrigens auch die japanischen Botschafter in Berlin und Rom zuschulden kommen, wobei sie sich auf die japanische Heeresführung stützen konnten. Sie befolgten in den Verhandlungen Tokios mit den Achsenmächten über eine Dreierallianz 1938/39 nicht etwa die Weisungen ihrer Regierung, sondern diejenigen der Heeresführung. Dabei ging es um die Frage, ob sich das geplante Bündnis nur gegen die Sowjetunion oder auch gegen die Westmächte richten sollte. Die Regierung lehnte letzteres entschieden ab, während die Heeresführung – nicht aber die Marine – es befürwortete. Erst der grosse Sieg der deutschen Wehrmacht in Westeuropa im Jahre 1940 machte dann den Weg frei für den Abschluss eines allumfassenden Bündnisses. Eine wirkliche Koordination der strategischen Planung der Partner ist allerdings nie zustande gekommen. (Vgl. Masaki Miyake, *Die Lage Japans beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, in: Sommer 1939. *Die Grossmächte und der europäische Krieg*, Stuttgart 1979, S. 195 ff.)

Die (noch) relativ gemässigte Staatsführung in Tokio geriet natürlicherweise unter Druck, wenn die Extremisten auf die schwächliche Haltung der westlichen Demokratien verweisen konnten. Diese unersättlichen Imperialisten haben wie Hitler nur die Sprache der Macht verstanden. So aber stärkte die in Europa verfolgte «weiche» politische Linie der westlichen Demokratien die extremistischen Elemente im fernöstlichen Konflikt bzw. schwächte sie die Position der gemässigeren Kräfte innerhalb der japanischen Regierung, die vor einer totalen Konfrontation noch zurückschreckten.

### Aus den diplomatischen Berichten der Schweizer Gesandten

Wie die Presse, so beschäftigt auch die Diplomatie das Schicksal der Tschechoslowakei gleich unmittelbar nach dem Anschluss Österreichs. Man brauchte offenbar nicht an Hitlers Geheimkonferenzen teilgenommen zu haben, um zu wissen oder zum mindesten zu ahnen, dass da nach einem umfassenden Plan vorgegangen wurde, in welchem die «Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich» nur den ersten Schritt darstellte. Der Charge d'affaires in Paris, Henri de Torrente, schrieb bereits am Tage des deutschen Einmarsches in Österreich: «L'invasion de l'Autriche a profondément modifié la situation de la Tchécoslovaquie.» Er meint damit die strategische Verschlechterung der Situation des Landes durch den Umstand, dass die Südgrenze «largement ouverte» sei, da die tschechische «Maginotlinie» vor allem gegen Norden und Westen orientiert sei.

In Prag war man der (nicht von vorneherein irrigen) Auffassung gewesen, die Grenze gegen das kleine und militärisch praktisch bedeutungslose Österreich brauche nicht befestigt zu werden. Jetzt musste man plötzlich mit der Möglichkeit rechnen, dass ein (deutscher) militärischer Angriff auch gegen den «weichen Unterleib» erfolgen könnte. Eine analoge Situation sollte sich 1940 für Frankreich ergeben, als die Maginotlinie durch den deutschen Angriff über belgisches (und holländisches) Gebiet ausmanövriert wurde. Man hatte es nicht für nötig gehalten, die legendäre Befestigungslinie der belgischen Grenze entlang weiterzuführen. Auch dafür konnte man einen plausiblen Grund angeben, da Belgien zur Zeit des Baus der Maginotlinie noch mit Frankreich verbündet gewesen ist. Ab 1936 allerdings bekannte es sich zur Neutralität. Weniger überzeugend hingegen war die Annahme, wie sich dann zeigen sollte, dass ein Angriff durch die Ardennen unmöglich sei.

## *Die Bündnispflicht Frankreichs im Zwielicht*

Was die veränderte Lage der Tschechoslowakei anbetrifft, so genügte ein Blick auf eine entsprechende geografische Karte, um die offensichtliche strategische Verschlechterung zu konstatieren. Das Land grenzte nun nicht mehr nur im Norden und Westen an das Deutsche Reich, sondern eben auch im Süden. Es war regelrecht in eine deutsche Umklammerung geraten. Diese gleichsam in die Augen springende Tatsache beschäftigte naturgemäss nicht nur die militärischen Experten. Es ging dabei auch um hochpolitische Probleme, z.B. um den Beistandpakt, den Paris 1935 mit Prag abgeschlossen hatte. Auf Grund dieses Vertrages war Frankreich zu sofortiger militärischer Unterstützung im Falle einer Aggression gegen den Vertragspartner verpflichtet. (Selbstverständlich galt auch der umgekehrte Fall.)

Es ist angesichts der unsicheren Haltung, die Frankreich in den Jahren seit 1936 an den Tag gelegt hatte, nicht verwunderlich, dass sogleich ein Rätsekrat begann, ob Paris wohl seine Verpflichtungen gegebenenfalls einhalten werde. An diesem Rätsekrat beteiligten sich auch die Diplomaten in Paris (und natürlich auch anderswo). Die Unsicherheit in dieser Frage kommt in den schweizerischen Berichten deutlich zum Ausdruck. In dem bereits erwähnten Schreiben kam de Torrente zum Schluss, man könne sich nicht des Gefühls erwehren, «quelle que soit la menace qui pèse sur Prague, qu'aujourd'hui encore la France n'engagerait pas sans hésitations une action militaire offensive» – den Begriff «offensiv» hat der Berichterstatter wohl mit Bedacht hinzugefügt, weil eine effektive Hilfe für den Verbündeten im Osten ja nur geleistet werden konnte, wenn die französische Armee Deutschland im Westen angriff. Es war aber längst kein Geheimnis mehr, dass die französische Strategie einseitig auf die Maginotlinie abgestützt war und dort ihrerseits einen Angriff von deutscher Seite abwarten wollte. Damit konnte einem bedrohten Verbündeten an Deutschlands Ostgrenze allerdings keine effektive Hilfe geleistet werden. Das sollte sich ein Jahr später, als es wirklich zum Kriege kam, im Falle des polnischen Verbündeten mit erschreckender Deutlichkeit zeigen.

Erschreckend ist es auch für den schweizerischen Zuschauer gewesen, feststellen zu müssen, dass die buchstäblich um ihre nationale Existenz kämpfenden Polen von ihrem scheinbar so mächtigen Verbündeten im Westen keine nennenswerte Hilfe erhalten haben. Es war kein gutes Omen für das, was noch kommen konnte.

Der Chef von Torrente, Minister Walter Stucki, hatte zunächst keine Zweifel an der Bündnistreue der Franzosen. (26.3.) Aber bereits eine Woche später

korrigierte er seine Meinung und schrieb: «Die ganz überwiegende Überzeugung der hiesigen Diplomaten geht dahin, dass entgegen allen feierlichen Erklärungen die französische Armee für die Tschechoslowakei nicht marschieren wird.» (1.4.)

### *Was wird England tun?*

Dinichert in Berlin vertritt ungefähr gleichzeitig die Auffassung, Frankreich würde im Falle eines deutschen Angriffs unverzüglich die allgemeine Mobilmachung durchführen. Doch was käme dann, fragt er und schreibt. «Dann würde offenbar Frankreich nach England schauen, wo die Entscheidung fallen dürfte.» (27.3.)

Die Antwort, was England wohl tun würde, gab der schweizerische Vertreter in London, Minister Charles R. Paravicini. Chamberlain werde an seiner Politik festhalten. Der Gesandte bezeichnet sie als «élastique et malléable» (nachgiebig). Der Mann von der Strasse denke nicht daran, der Regierung zu erlauben, England in Verpflichtungen zu engagieren, wie sie in Paris erwartet würden. (24. 3.) Einige Tage später fügt er hinzu, Grossbritannien, «the troubled giant», sei nicht in der Lage, die Sicherheit des Empire in allen Teilen der Welt, die Verteidigung der Interessen im Mittelmeer und die Erhaltung des Friedens in Kontinentaleuropa gleichzeitig zu garantieren. (28.3.)

### *Unsicherheit über die sowjetische Hilfe*

Bekanntlich war die Tschechoslowakei nicht nur mit Frankreich verbündet, sondern auch mit der Sowjetunion. Es bestand also ein Dreiecksverhältnis, wobei die sowjetische Hilfe an das vorausgehende Engagement Frankreichs gebunden war.

Auch die Schweizer Diplomaten stellten sich die Frage, ob dieses Allianzsystem überhaupt funktionieren werde. Man sehe nicht, urteilte Stucki, wie die sowjetischen Streitkräfte eine effektive Hilfe bringen könnten, ohne dass Polen und Rumänien ebenfalls an einem solchen Konflikt beteiligt wären. (8.4.) Er nimmt damit auf die Tatsache Bezug, dass es keine gemeinsame Grenze zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei gab, sodass Moskau (oder eben auch Paris) militärisches Durchmarschrecht in Polen und Rumänien hätte verlangen oder allenfalls erzwingen müssen. Auf diese heikle Frage geht auch Dinichert ein. Über die polnische Haltung macht er sich keine Illusionen. Und



er schreibt von einem «Scheitern der slawischen Solidarität»: «Dass Polen den Russen den Durchgang gewähren würde, wird für ausgeschlossen gehalten. Wahrscheinlicher wäre, dass Polen sich gegebenenfalls an einer Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligen möchte», womit der klarsichtige Analytiker einmal mehr die kommende Entwicklung genau vorausgesagt hat. (27.4.)

Bei der Beurteilung möglicher sowjetischer Hilfe spielt natürlich auch die Einschätzung der Kampfkraft der Roten Armee eine Rolle. Diese wird nach den grossen Säuberungen, denen bekanntlich der grösste Teil der militärischen Führung zum Opfer gefallen ist, im Westen allgemein als schwer beeinträchtigt angesehen, vor allem auch bei den Generalstäben der Westmächte. Aus Paris berichtet Stucki darüber, dass in Prag auf irgendwelche russische Hilfe niemand rechne, «da die russische Armee infolge der Massakrierung ihrer Generäle durch Stalin für mindestens zwei Jahre aktionsunfähig geworden sei». (1.4.) Dem mag der schweizerische Gesandte in Prag, Minister Karl Bruggmann, gar nicht zustimmen. Doch die Einschätzung Stuckis, die von französischen (militärischen) Kreisen inspiriert worden sein dürfte, kommt der Wirklichkeit wohl ziemlich nahe. Wie schwer die Rote Armee tatsächlich angeschlagen war, wurde in den folgenden zwei Jahren der ganzen Weltöffentlichkeit «ad oculos» vordemonstriert. So hat sie im Winterkrieg 1939/40 gegen das kleine Finnland völlig versagt, wie auch noch in der Anfangsphase des deutschen Angriffs im Sommer 1941. Dinichert meint, Prag sei überzeugt, «dass jeder Konflikt um die Tschechoslowakei in einen allgemeinen europäischen Krieg ausarten müsste». Man vertraue aber vor allem auf die «eigene ausgezeichnete Armee», rechne aber auch fest mit der militärischen Unterstützung sowohl Frankreichs als auch Russlands. (5. 5.) Er vertritt auch die (richtige) Ansicht, dass wie für Österreich auch für die Tschechoslowakei 1938 zum Entscheidungsjahr werden könnte. Deutschland werde sich «einen entscheidenden Eingriff gestatten», aber nur wenn es keinen grossen Krieg in Kauf zu nehmen riskiert, «andernfalls nicht». (27.4.)

### *Hitlers Salamtaktik und die Westmächte*

Ob diese Aussage richtig ist, kann angesichts der rational schwer durchschaubaren Haltung Hitlers kaum schlüssig beantwortet werden. Die Frage, ob Hitler 1938 einen allgemeinen Krieg riskiert hätte oder ob er davor zurückgeschreckt wäre, kann dokumentarisch jedenfalls nicht entschieden werden. Es gehörte zu Hitlers Taktik, «sich beide Möglichkeiten bis zum letzten Augenblick offenzuhalten», wie Alan Bullock es einmal formuliert hat.

Das Risiko jedenfalls sei Hitler eingegangen, und es habe auch 1938 durchaus schon bestanden. Natürlich spekulierte der deutsche Diktator, und mit Recht, wie sich zeigen sollte, auf den unbedingten Friedenswillen der westlichen Demokratien. Wie lange dieser vorhalten würde, ist eine andere Frage. Irgendwann musste der Konflikt unvermeidlich werden, wie Bullock mit Recht feststellt, «falls die andern Mächte nicht bereit waren, ruhig zuzusehen, wie Hitler seine Salamtaktik verfolgte ...» Klar hebt der britische Historiker dabei die Verantwortung der Westmächte für die verhängnisvolle Entwicklung hervor: «Wenn die Westmächte die bedrohlichen Anzeichen früher erkannt und grössere Entschlossenheit gezeigt hätten, den Forderungen Hitlers (und Mussolinis) entgegenzutreten, hätte der Konflikt vielleicht nicht zum Krieg geführt. Oder jedenfalls nicht zu einem Krieg in dem Umfang, in dem er dann schliesslich (gemeint ist 1939) ausgefochten werden musste. Je länger sie zögerten, desto höher war der Preis des Widerstandes.» (Kriegsbeginn 1939, herausgegeben von Friedrich Niedhard, Darmstadt 1976, S. 124 ff.)

Was der Historiker nachträglich als Ergebnis seiner wissenschaftlichen Forschungen vorlegt, hat der Diplomat Paravicini bereits in einem Bericht vom 5. Mai 1938 erkannt. Dass nun möglicherweise der letzte Moment gekommen sei, um zu handeln und der deutschen Tendenz zuvorzukommen, «de régler ses affaires an applicant une tactique de choc». Hitler müsse wissen, dass seine Methode ernsthafte und gefährliche Konsequenzen für sein Land haben könnte: «que sa façon d'agir dans la soi-disant sphère des intérêts allemands – sphère qui d'ailleurs s'étend plus en plus – est pour lui comme pour les autres une menace de guerre». Im Unterschied zum britischen Premierminister erkennt der Schweizer Gesandte den Trick mit der immer weiter sich ausdehnenden «deutschen Interessensphäre», in der andere Mächte nichts zu suchen hatten – bis sie sich – nach Deutschlands Siegeszug von 1940/41 – schliesslich auf ganz Europa erstreckte. Quasi zur völkerrechtlichen «Legitimation» dieses deutschen Herrschaftsanspruchs hatte der bekannte deutsche Jurist Carl Schmitt damals die Theorie von der «Grossraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte» entwickelt. Hitler selbst dürfte sich allerdings schwerlich für diese Theorie besonders interessiert haben. Für ihn zählte nur die Macht, und die brauchte seiner Ansicht nach keiner rechtlichen Begründung. Wenn der Krieg einmal gewonnen sei, pflegte er zu sagen, frage niemand den Sieger nach Recht und Unrecht.

### *Schwankungen in der britischen Haltung*

Mit Genugtuung registrierte Dinichert die ernste britische Warnung an Berlin anlässlich des (falschen) Alarms vom 20. Mai 1938, als Prag Truppen mobilisierte, weil es einen deutschen Angriff befürchtete. «Diese Sprache hat ihren Zweck erfüllt», berichtet er nach Bern. (23. 5.) Dies sei die Haltung, die am ehesten geeignet sei, unter den heutigen Verhältnissen den Frieden zu erhalten. Leider sollte dann diese feste Haltung, entgegen seiner zum Ausdruck gebrachten Hoffnung, nicht «von bleibender Wirkung» sein. Er konnte auch nicht wissen, dass die Engländer Paris gleichzeitig wissen liessen, man solle ihren Protest in Berlin nicht überschätzen. Stucki wusste darüber zu berichten, dass Daladier London geantwortet habe, dass Frankreich nicht die Tschechoslowakei verteidige, wenn es seine Verpflichtungen erfülle, sondern «toute l'Europe centrale» (24.5.)

In der Beurteilung der Mission von Lord Runciman herrscht ziemliche Unsicherheit. Während Paravicini meint, sie könnte sich zugunsten der Interessen von Prag auswirken, ist der Gesandte an Ort anderer Auffassung. Bruggmann schreibt, «dass eine möglichst rasche und klare Verhandlung den tschechischen Interessen besser entsprochen hätte». Man müsse Verständnis dafür haben, wenn Prag zögere. «Solange Deutschland offen und versteckt mit Interventionen droht, ist es schwer, Zugeständnisse zu machen, welche die Staatsgewalt schwächen und den Anschluss erleichtern könnten.» Bruggmann ist der Auffassung, dass die Aussichten auf eine Verständigung zwischen den Sudetendeutschen und der Regierung in Prag gar nicht so schlecht wären, «wenn es nur auf die inneren Verhältnisse ankäme». Die tschechische Regierung wäre seiner Ansicht nach zu grossen Zugeständnissen bereit. Auch auf der Seite der Sudetendeutschen wünschten «die gemässigten, nominell führenden Persönlichkeiten sehnlich einen Ausgleich mit den Tschechen». Es wage aber im Schosse der Partei keiner, «sich als gemässigt zu geben und sich für versöhnliche Anregungen einzusetzen». Aber eben: «Im Schatten des Dritten Reiches können die extremen Sudetendeutschen ihre demagogischen Künste ungestört spielen lassen.» (27.8.)

### *Pessimistischer Lord Vansittart*

Höchst aufschlussreich ist, was Paravicini über ein Gespräch mit Lord Vansittart zu berichten weiss. Der ganz auf Frankreich ausgerichtete englische Aristokrat – seine Mutter war Französin – habe nie Sympathie für Deutschland gehabt und für diejenigen, die dem deutschen Einfluss erlegen seien. Er entwirft denn

auch ein ziemlich pessimistisches Bild von der deutschen Politik, von der eigentlich alles abhängt. Man steuere einer gefährlichen Krise entgegen. Einer direkten Kritik an der Haltung der britischen Regierung enthält er sich, wohl weil er als hoher Beamter des Foreign Office immer noch in deren Diensten steht. Doch sein Einfluss auf den Gang der Dinge in London war offensichtlich minim, um nicht zu sagen gleich Null. Zwar hatte Chamberlain extra für ihn einen «hohen» Posten geschaffen. Doch es kam eher einer Abschiebung gleich.

Chamberlain hörte auf diesen Warner ebensowenig wie auf Churchill. Insofern täuscht sich der Schweizer Gesandte über die Position Vansittarts. Immerhin widerspricht dieser der Auffassung seines schweizerischen Gesprächspartners nicht, der durchblicken liess, dass der Kurs der britischen Aussenpolitik, wenn er weiter so andauere, in einen Krieg führen werde. (12.8. Text in DDS, Band 12, No. 359.)

Der Besuch des britischen Premierministers bei Hitler am 15.9. in Berchtesgaden veranlasst die Schweizer Diplomaten zu äusserst kritischen Kommentaren – immer mit Ausnahme von Frölicher in Berlin natürlich.

### *Frankreich ist an starker Schweizer Armee interessiert*

Stucki berichtet schon am Tage des Besuchs, die Stimmung in Paris, die äusserst gedrückt gewesen sei, habe völlig umgeschlagen, nachdem das überraschende Ereignis bekannt geworden sei. Zwei wichtige Zeitungen hätten sich für die Durchführung eines Plebiszits in der Tschechoslowakei eingesetzt, ohne auf grossen Widerspruch zu stossen. Man rede jetzt von Selbstbestimmungsrecht wie von etwas völlig Selbstverständlichem. Aussenminister Bonnet, der den Schweizer zu einem Gespräch empfing, habe auf diesen Umschwung hingewiesen. Es werde immer stärker die Meinung vertreten, «man dürfe nicht die französische Armee gefährden und Europa dem Ruin preisgeben, um die Sudetendeutschen daran zu hindern, selber über ihr Schicksal zu entscheiden». Bedingung sei allerdings, «dass aus dieser Besprechung die Grundlage für eine endgültige Lösung und für dauernde Ruhe in Mitteleuropa geschaffen würde». Bonnet habe auch zugegeben, «dass die Reise für Deutschland und Hitler persönlich einen gewaltigen Zuwachs an Prestige bedeutet». Die andere Konklusion, fügt Stucki etwas maliziös hinzu, «dass Frankreich eine empfindliche Schlappe erleidet und seinen letzten Verbündeten in Mitteleuropa verliert, zog er nicht». Bonnet befürwortet auch offen «die Umgestaltung der Tschechoslowakei in einen Föderativstaat von dauernd neutralem Charakter» – womit sich

der französische Aussenminister eo ipso für die Nichteinhaltung der immer wieder feierlich beschworenen Bündnisverpflichtungen ausspricht! Er befindet sich jetzt voll auf britischem Kurs. Lord Halifax hatte ja, wie wir gesehen haben, schon im Juni dieselben Ideen entwickelt. Aber es ging in dem Gespräch auch noch um schweizerische Interessen.

Angesprochen auf die gelegentlich in der Schweiz geäusserte Meinung, Frankreich könnte im Kriegsfall ein Ultimatum für einen Durchmarsch stellen, erklärte Bonnet sofort, dass eine solche Massnahme absurd wäre. Er holte auch gleich zu einer offiziellen Erklärung aus:

«Je vous donne la déclaration solennelle que jamais et sous aucune condition, la France posera un tel ultimatum à la Belgique, ou à la Hollande, ou à la Suisse.»

Frankreich habe ein grosses Interesse an einer starken Schweizer Armee und namentlich an einer raschen Mobilisation, betonte der französische Aussenminister. Er habe genaue Informationen, wonach Deutschland entgegen allen gegenteiligen Versicherungen versuchen könnte, in die Schweiz einzubrechen. Dabei könnte das Reich es nicht nur auf einen strategischen Vorteil abgesehen haben, sondern auch auf das in den Schweizer Banken liegende Gold, «da es zum Kriegführen Geld brauche und Deutschland keines habe». (Ob Bonnet wohl dabei an die französische Invasion von 1798 gedacht hat?) Dem Wunsch der Schweiz, «sich mit Frankreich über die Sicherung ihrer Zufuhren an Lebensmitteln und Rohstoffen rechtzeitig zu verständigen», steht Bonnet durchaus positiv gegenüber. (DDS, 12, No. 385.)

### *Gefährdet der deutsche Devisenhunger auch die Schweiz?*

Der belgische Gesandte überbringt am 24. September im Bundeshaus die interessante Mitteilung, bei der Bank für internationale Zahlungen in Basel (BIZ) habe man unmittelbar nach dem Anschluss Österreichs grosse internationale Zahlungen Deutschlands feststellen können. Diese finanziellen Transaktionen hätten nun aufgehört, woraus man schliessen könne, dass das Gold und die Devisen, die man in Wien erbeutet habe, aufgebraucht seien. Man nehme an, dass der deutsch-tschechische Konflikt durch die Notwendigkeit bedingt sei, neue Ressourcen finden zu müssen, und dass die Deutschen daher auch die Goldreserven in Prag im Visier hätten. Wenn dann diese Reserven auch aufgebraucht seien, werde Deutschland mit einem andern reichen Nachbar Streit suchen, aus den gleichen Gründen, aus denen es gegen Wien und Prag vorgegangen sei.

Welcher Nachbar das sein könnte, sagte der Belgier nicht. Dass er aber nicht nur an sein Land gedacht haben wird, darf man füglich annehmen. Andernfalls hätte er sich den Besuch im Bundeshaus in Bern ja ersparen können. (DDS, 12. No. 402.)

### *Die Visite Chamberlains bedeutet Kapitulation*

Zurück zur Beurteilung des Besuchs von Chamberlain bei Hitler. Bruggmann berichtet aus Prag, dieser Besuch habe sofort den Eindruck erweckt, «die Grossmächte würden sich auf Kosten der Tschechoslowakei wiederum mit Deutschland verständigen». Eine furchtbare Enttäuschung habe die französische Presse hervorgerufen, die nun ein Plebiszit verlange. (16. 9.) Aber auch die moderaten Elemente bei den Sudetendeutschen seien über die Wendung, die die Ereignisse genommen haben, konsterniert. Stucki meint, Prag habe nun die französisch-britische Unterstützung verloren. «Ob es den Heroismus aufbringt, sich allein zu widersetzen und dabei zermalmt zu werden, werden die nächsten Tage zeigen.» (19.9.) Paravicini spricht unverblümt von Kapitulation. «Vous pouvez constater de ce qui précède qu'il y a tout simplement capitulation devant les demandes de Hitler.» Es wäre aber falsch, diese Kapitulation nur auf die Visite Chamberlains zurückzuführen, sie sei auch der französischen Regierung zuzuschreiben. (20. 9.) Schon am Tage des Besuchs selbst hatte Paravicini einmal mehr sein *ceterum censeo* verkündet: «A partir de maintenant, l'alternative sera, à chaque nouvelle tentative d'expansion, infailliblement la guerre. Cette alternative sera chaque année, peut-être chaque mois, une chose plus formidable et plus terrible.» (15.9.) Erneut darf man feststellen, dass diese vorausschauende Analyse genau mit derjenigen des zurückblickenden Historikers übereinstimmt.

### *Gewaltige Niederlage Frankreichs*

Am 22.9. berichtet Minister Stucki aus Paris über ein Gespräch mit René Masigli, als Directeur des affaires politiques einer der höchsten Beamten im französischen Aussenministerium, nach Duroselle «une des plus fortes personnalités du Quai d'Orsay». Er war dank seiner langjährigen Tätigkeit einer der erfahrensten Diplomaten des Landes. Der französische Historiker bezeichnet ihn als «le principal champion d'une résistance effective à Hitler». Er war auch «un fidèle de la SDN», d.h. des Völkerbundes, und er spielte während Jahren in Genf eine massgebliche Rolle. Dieser treue Diener Frankreichs sei, so berichtet Stucki, äusserst deprimiert und erschüttert gewesen und mehrmals den Tränen

nahe. Er betrachte die Entwicklung der letzten Tage – «wohl mit Recht», wie Stucki hinzufügt – «als eine gewaltige Niederlage Frankreichs und als einen entsprechend grossen Sieg Deutschlands, der sich in der Zukunft noch sehr bitter rächen werde». Das Schlimmste schein ihm zu sein, «dass ganz Mittel- und Osteuropa Frankreich nicht mehr ernst nehme und als bündnisfähig ansehe, sondern zwangsläufig in die Arme f Hitlers getrieben werde». Dabei liess er durchblicken, was Stucki schon von anderer Seite mit Nachdruck erklärt worden sei, «dass die englisch-französische Verständigung (mit Hitler) gegen den Willen und den Rat der obersten Beamten des Quai d'Orsay zustande gekommen ist». Das ist eine äusserst schwerwiegende Aussage. Sie bestätigt die Vermutung, dass der aussenpolitische Dilettant Bonnet die Ratschläge seiner Sachverständigen konsequent in den Wind geschlagen hat. Damit ergibt sich im Prinzip die gleiche Situation, wie wir sie schon für das Verhältnis Vansittart – Chamberlain festgestellt haben.

Massigli ist überzeugt, dass Hitler auf eine kriegerische Auseinandersetzung zusteure. Er wolle nicht nur die Sudetendeutschen. Er wolle sich «unter keinen Umständen um das militärische Manöver und das Schauspiel einer Eroberung der Tschechoslowakei bringen lassen». Er wolle Skoda (die grosse Rüstungsfabrik), die Kornkammer und die Grenze zu Ungarn. Deshalb werde er Herrn Chamberlain in Godesberg (bei seinem zweiten Besuch) «noch ruppiger und schlechter behandeln als das letzte Mal» und so sprechen, «dass eine sofortige Verständigung unmöglich sei» – wie richtig der erfahrene Diplomat die Entwicklung hier vorausgesehen hat! Massigli sieht auch voraus, dass Chamberlain mit den Forderungen der Ungarn und Polen, zu deren Anwalt Hitler sich machte, konfrontiert werden würde, ebenso dass die Westmächte schliesslich auch diese akzeptierten. Denn wegen dieser neuen Forderungen an einen Krieg zu denken oder ihn eventuell zu führen, schein nach allem Vorausgegangenem vollkommen unmöglich.

### *Der französische Aussenminister als Defaitist*

Den Gegensatz in der Beurteilung der Lage zwischen dem Chef und dem zweithöchsten Beamten des Aussenministeriums könnte man sich kaum grösser vorstellen. Angesichts solcher doch eher ungewöhnlicher Verhältnisse ist es nicht verwunderlich, dass es in Frankreich seit Jahren keine klare und kohärente aussenpolitische Linie geben konnte, sondern ein Zickzackkurs gefahren wurde. Gerade in der Frage der Bündnisverpflichtungen, die ebenso oft feierlich bestätigt wie handkehrum wieder in Frage gestellt wurden.

Es gehört ins selbe Kapitel, was ein Mitarbeiter der Schweizer Gesellschaft in London nach Bern zu berichten hat (DDS, 12, No. 402 vom 24.9): auf der französischen Botschaft herrsche «une grande antipathie contre M. Bonnet». Der Aussenminister habe sich in den Gesprächen, die zwischen der englischen und der französischen Regierung in der letzten Zeit stattfanden, «extrêmement défaitiste» gezeigt und er habe «beaucoup affaibli la ligne plus ferme que M. Daladier cherchait de défendre» – womit bestätigt wird, was wir schon früher festgestellt haben. (Mir kommt dabei der Titel eines Films mit Julia Roberts in den Sinn: Der Feind im eigenen Bett.)

### *Folgeschwere Wachablösung in Berlin*

Eine entscheidende Veränderung fand in der Berichterstattung aus Berlin statt, seitdem auf diesem Posten Paul Dinichert durch Hans Frölicher ersetzt worden war. Wir sind auf dieses Problem schon im vorigen Kapitel kurz eingegangen. An Stelle der kritischen und dadurch hellsichtigen Analysen von Dinichert wurden nun Berichte nach Bern geschickt, die in höchst unkritischer Weise sich jeweils den offiziellen Standpunkt des NS-Regimes zu eigen machten. Da sich Frölicher, aus welchen Gründen auch immer, über die wahren deutschen Absichten täuschen liess, hat er mit seiner entsprechenden Berichterstattung auch die massgeblichen Instanzen in Bern irreführt. Das hat nicht zuletzt auf die Haltung Mottas abgefärbt. Solches Verhalten des neuen Berliner Gesandten war nicht von vorneherein zu erwarten gewesen. Frölicher hatte nämlich anlässlich seiner ersten Berliner Mission, 1930 bis 1934 als Stellvertreter Dinicherts, keineswegs unkritisch über die damaligen Ereignisse berichtet – im Gegenteil. Er hat damals die Gefahren, die von der zur Macht strebenden Hitler-Partei drohten, sehr wohl erkannt. Er hat damals auch als militärischer Berichterstatter wichtige Arbeit geleistet. (Vgl. die aus meinem Seminar hervorgegangene Dissertation von Peter Martig, Die Berichte der schweizerischen Diplomaten zur nationalsozialistischen «Machtergreifung» in Deutschland in den Jahren 1933 und 1934, Bern 1978.) Warum das ab 1938 so ganz anders gewesen ist, bleibt «rätselhaft». (Vgl. Widmer, a.a.O., S. 184.)

Frölicher wurde vom Bundesrat vor allem auch deshalb zur Ablösung von Dinichert nach Berlin geschickt, weil man sich von ihm bessere Kontakte zu massgebenden deutschen Stellen erhoffte, als sie sein stramm antinazistisch eingestellter Vorgänger gehabt hatte. Dieser hatte sich – wen wundert's? – bei eben diesen Stellen äusserst unbeliebt gemacht. Aber auch in der Schweiz selbst wurde Kritik am Verhalten Dinicherts immer lauter. Diese Kritik betraf natür-



lich nicht seine Tätigkeit als hervorragender Analytiker des NS-Regimes, denn seine diesbezüglichen Berichte waren im Prinzip geheim und waren nur einem relativ kleinen Kreis zugänglich. Anlass zu Kritik gab vielmehr sein Auftreten in der Öffentlichkeit, und das war in der Tat oft nicht gerade glücklich. Wenn der Bundesrat den unbequemen Mann ablöste, dann nicht zuletzt, um Wünschen Rechnung zu tragen, wie sie aus wirtschaftlichen Kreisen vorgebracht wurden, die am Handel mit Deutschland interessiert waren. Uns geht es im Rahmen dieser Darstellung nicht um eine Würdigung der gesamten Aktivitäten des neuen Gesandten, sondern um eine kritische Beurteilung seiner politischen Berichte, in denen er seine Auffassung über die deutsche Politik zuhanden des Bundesrates darlegte. Dabei gilt es im Auge zu behalten, dass die Berichterstattung des Gesandten in Berlin einen beträchtlichen, um nicht zu sagen bestimmenden Einfluss auf die schweizerische Aussenpolitik ausgeübt hat.

### *«Erfolgreicher» Antrittsbesuch bei Hitler*

Es ist denkbar, dass sich Frölicher bereits bei seinem Antrittsbesuch von Hitlers äusserst positiven Ausführungen über die Schweiz derart beeinflussen liess, dass er nachher jegliche kritische Distanz dem deutschen Reichskanzler und seiner Politik gegenüber verloren hat. Dies gilt jedenfalls für seine Berichte während der Sudetenkrise. Über seine Antrittsvisite bei Hitler berichtete Frölicher in geradezu euphorischen Worten am 9. Juni 1938 nach Bern. Der deutsche Diktator hat dem neuen Schweizer Gesandten in der Tat Dinge gesagt, die man in Bern nur allzu gerne hörte. Hitlers Worte liefen auf eine uneingeschränkte und vorbehaltlose Anerkennung der schweizerischen Neutralität hinaus.

Jedermann in Deutschland sei auch vor der Rückkehr der Schweiz zur umfassenden Neutralität der Auffassung gewesen, so Hitler, «dass die Schweiz im Ernstfälle neutral bleiben werde». Er führte weiter aus, dass es von grösster Bedeutung für die Erhaltung des Friedens sei, wenn es neutrale Staaten gebe wie Holland und Belgien und eben auch die Schweiz, die ihre Neutralität auch zu verteidigen wüssten. In Deutschland denke kein Mensch daran, die schweizerische Neutralität zu missachten. Mit der neutralen Schweiz wolle Deutschland in Freundschaft leben. (DDS Band 12, No. 318.) Auf dieses «Bekenntnis» Hitlers kam Frölicher denn auch immer wieder zurück, und er betrachtete es offensichtlich als seine vornehmste Aufgabe, seinerseits alles zu tun, um diese Freundschaft zwischen den beiden so ungleichen Ländern zu verwirklichen. Es war dies

denn auch der neuralgische Punkt in seiner Haltung gegenüber der Schweizer Presse, die er wiederholt beschuldigte, diese Freundschaft durch ihre kritische Einstellung zu Deutschland zu gefährden. Darüber wird im Abschnitt Presse noch einiges zu sagen sein.

### *Der deutsche Diktator als «Friedensfürst»*

In welchem Ausmass Frölicher die politischen Ansichten seiner deutschen Gesprächspartner zum Nennwert nimmt oder sie sich gar zu eigen macht, kann durch die ganze Sudetenkrise hindurch verfolgt werden. Pressehetze gibt es in Prag, nicht in Deutschland; Provokationen kommen von tschechischer, nicht von deutscher Seite; eine Kriegspartei gibt es in Prag, nicht in Berlin; der Frieden wird durch Benesch gefährdet, weil er berechnete deutsche Forderungen ablehnt und so fort. Geradezu peinlich wird es, wenn Frölicher darzulegen versucht, warum Deutschland bzw. Hitler keinen Krieg wollen kann. Ein militärisches Vorgehen würde «nicht den bisherigen bewährten Methoden Hitlers entsprechen», berichtet er am 15. Juli. (DDS 12, No. 344.) Es sei unwahrscheinlich, dass Hitler heute, «nachdem er sein Lebensziel (!), nämlich die Vereinigung seiner Heimat mit Deutschland, erreicht hat», sein Land in einen unabsehbaren Krieg verwickeln werde. Und dann kommt eine Passage, die aus einer NS-Propagandaschrift stammen könnte: «Es liegt ihm (Hitler) auch viel zu viel an dem nationalsozialistischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Staates, an dem Bau der Autobahnen und Wasserstrassen, dem Ausbau der Städte» – Hitler als Friedensfürst, der nur durch die widerspenstigen Tschechen an der Ausführung seines grossartigen Aufbauprogramms gehindert zu werden droht. Fazit dieses Berichts: von deutscher Seite droht keine Gefahr für den Frieden. (Zur Erinnerung: bereits Ende April hat Hitler den Befehl zum militärischen Eingreifen auf den 1. Oktober 1938 festgelegt.) *Difficile est satiram non scribere.*

### *Mit Henlein kann man reden*

In einem weiteren Bericht vom 27. Juli rühmt Frölicher, im Anschluss an ein Gespräch mit dem britischen Botschafter, die Mission von Lord Runciman. Mit Henlein könne man reden, rapportiert er weiter. Henderson habe den Eindruck, «dass bei gutem Willen man sich mit ihm verständigen könne». (Zur Erinnerung: seit Ende März hat Henlein von Hitler persönlich die Devise, unter keinen Umständen zu einer Verständigung Hand zu bieten.) Weiter rapportiert er: «Chamberlain mache auch in der Tschechenfrage eine mutige Politik. Er werde

von den Juden (!) und allen denjenigen bekämpft, die bei einer allgemeinen Ordnung ihre Geschäfte machen.» Motta hat zu diesem Satz die handschriftliche Bemerkung gemacht «Richtig». Den Satz, dass man mit Henlein sprechen könne, hat er unterstrichen. Hier ist es mit Händen zu greifen, dass der Aussenminister diese äusserst fragwürdigen Informationen ganz offensichtlich für bare Münze nimmt.

Frölicher berichtet weiter, immer nach Henderson, das englische Volk habe für die Politik seines Premierministers «zur Zeit» noch wenig Verständnis, und es sehe nur das grosse deutsche Volk, das das kleine tschechische bedränge. Hier irrt der Botschafter seiner Majestät zweifellos. Man werde aber mit der Zeit auch in England einsehen, «dass es nicht angehe, einen Weltkrieg zu starten, damit die Tschechen ihre Vorherrschaft über die nichttschechischen Volksteile weiter aufrechterhalten können». Etwas überraschend äussert der britische Botschafter die Meinung, in einem solchen Krieg würde Deutschland innerhalb von 6 Monaten besiegt, was Frölicher jedoch bestreitet. Jedenfalls würde das bolschewistische Russland der Nutzniesser dieser Katastrophe sein. Hier haben wir den ewig wiederkehrenden Refrain der Appeasementmelodie.

### *Dinichert und Frölicher im Vergleich*

Auch wenn Frölicher in der Einschätzung von Deutschlands militärischer Stärke einmal nicht der gleichen Meinung ist wie sein britischer Kollege, so hat er sich doch immer wieder auf dessen Beurteilung der Lage bezogen. : Damit hat sich der schweizerische Gesandte weitgehend mit der britischen Appeasementpolitik identifiziert, zu deren konsequentesten Befürwortern Henderson bekanntlich gehörte. Auch in dieser Beziehung ergibt sich ein wichtiger Unterschied zu der Berichterstattung seines Vorgängers. Dinichert hatte sich nämlich den französischen Botschafter als wichtigste Informationsquelle ausgewählt, und dieser, André François-Poncet, galt als bestinformierter ausländischer Diplomat in der Reichshauptstadt. (Duroselle: «le mieux informé des Français à l'égard d'Hitler et du national-socialisme».) Und, was noch wichtiger ist, er war gegenüber dem NS-Regime, anders als sein britischer Kollege, sehr kritisch eingestellt. Im Grunde gehörte beides zusammen: gut informiert konnte nur sein, wer kritisch war; wer es nicht war, wurde eben Opfer der Propaganda und der Desinformation, wie sie ja von deutscher Seite mit seltener Perfektion betrieben worden sind.

Die kritische Einstellung seines französischen Mentors hat sich entsprechend auf die Berichte Dinicherts ausgewirkt. Sein enger Kontakt zu dem fran-

zösischen Kollegen dürfte nicht zuletzt durch den Umstand erleichtert worden sein, dass Dinichert Sohn eines französischen Staatsbürgers war und daher Französisch seine Muttersprache gewesen ist. Einer seiner Mitarbeiter behauptete gar, Dinichert habe sich den Deutschen gegenüber immer als Franzose gefühlt (was ihm von gewissen Schweizer Kreisen dann auch vorgeworfen wurde). Andererseits beherrschte François-Poncet die deutsche Sprache, er war studierter Germanist. Er sprach, wie der deutsche Chefdolmetscher Paul Schmidt berichtet, «ein grammatikalisch perfektes Deutsch, dem lediglich ein leichter französischer Akzent anhaftete». Diese Sprachfertigkeit war für den Franzosen von immensem Vorteil für den Umgang mit den massgeblichen Leuten des Regimes, die sich im allgemeinen nicht gerade durch Sprachbegabung hervortaten. Der Reichskanzler selbst verstand bekanntlich überhaupt keine andere Sprache.

Im Gegensatz zu Frölicher stand sein Vorgänger dem britischen Botschafter sehr reserviert gegenüber und kritisierte in seinen Berichten oft dessen Auffassung. So auch in der Frage des vielberufenen Selbstbestimmungsrechts, das die legitime Grundlage abgeben sollte für die deutschen Forderungen gegenüber Prag. Im Gegensatz zu Henderson und Frölicher erlag Dinichert dem von deutscher Seite inszenierten Täuschungsmanöver nicht. In einem seiner letzten Berichte (vom 9. Mai 1938) führt er aus, dass der solchen Grundsätzen «frönende Diplomat» (Henderson) wohl vergesse, «dass das Selbstbestimmungsrecht sich zu einem höchst gefährlichen Instrument der Aussenpolitik gestalten kann». Es könne nämlich auch künstlich gezüchtet werden, meint er und zeigt, dass er die deutsche Taktik durchschaut, wenn er schreibt: «Wäre der Nationalsozialismus nicht gekommen, so hätten wir die sudetendeutsche Gefahr, wie sie sich augenblicklich offenbart, wahrscheinlich nicht.» Folgerichtig kommt Dinichert auch zu einer wesentlich anderen Beurteilung der britischen Politik, indem er schreibt:

«Die Macht des Britischen Reiches würde sich für die Erhaltung des europäischen Friedens unter den heutigen Verhältnissen nützlicher und sicherer auswirken, wenn es erklären würde, dass territoriale Veränderungen in unserem Erdteil nicht mehr ohne seine Zustimmung und gegebenenfalls der Mächte sich vollziehen dürfen.»

Der Schweizer Gesandte lag mit dieser Auffassung ganz auf der Linie der sich gerade im Sommer 1938 bildenden Opposition gegen den Kriegskurs Hitlers, über deren erfolglose Bemühungen in London wir berichtet haben. Auch der Grundtenor der Schweizer Presse stimmte ganz mit dieser Überzeugung von der eigentlich notwendigen Rolle Englands überein.

## *Frölicher überschätzt die Stärke Deutschlands*

die Beurteilung der militärischen Macht des Reiches anbetrifft, so erliegt Frölicher auch hier der deutschen Propaganda. Dabei befindet er sich allerdings in «bester Gesellschaft», wenn man bedenkt, wie die Nachrichtendienste fast aller Länder auf den Schwindel hereingefallen sind. So macht er sich auf dem Höhepunkt der Krise lustig über die «bekannteren» Realpolitiker, die immer noch der Auffassung seien, dass man «jetzt oder nie den vermeintlichen Hegemonieplänen (!) Deutschlands» entgegentreten müsse. Doch diese verkannten die heutige machtpolitische Lage. Und dann holt er aus: «Deutschland ist dank der Aufrüstung, der Befestigungen im Westen, der kriegswirtschaftlichen Vorbereitung und nicht zuletzt seiner Bündnisse (!) so stark geworden, dass die Westmächte heute nicht mehr in der Lage sind, mit Aussicht auf Erfolg Deutschland an der Durchführung seiner Pläne in der Tschechoslowakei zu hindern.»

Falls Frölicher mit diesen Sätzen ein Beispiel für seine eigene Auffassung von «Realpolitik» hatte geben wollen, so muss diese Übung als total gescheitert bezeichnet werden. Denn an seiner Beurteilung der Lage ist praktisch alles schief gewesen: der sogenannte «Westwall» bestand mehr in der Einbildungskraft Hitlers als in der Realität, sogar sein nächster militärischer Berater, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, bezeichnete ihn rückblickend als «grossen Bluff»; die kriegswirtschaftliche Vorbereitung befindet sich in einem geradezu pitoyablen Zustand, wie die Sachverständigen nicht müde wurden, wenn auch ohne Erfolg, dem «Führer» klarzumachen; was der Berichterstatter mit den «Bündnissen» (in Mehrzahl) meint, bleibt unerfindlich, denn solche gab es gar nicht. Falls er Italien ansprechen wollte, so weiss man, dass der «Duce» zwar mit grossen Worten nicht gerade sparsam umging, doch im Grunde eine Heidenangst gehabt hat, er könnte von Hitler in einen europäischen Krieg verwickelt werden.

Von Rom aus betrachtet sah die «Achsenfreundschaft» ziemlich anders aus. Wie sehr sich Mussolini von seinem deutschen Partner überspielt fühlte, hat Ruegger aus Rom anschaulich berichtet. Der Schweizer Gesandte in Italien ist nicht Opfer der propagandistischen Manöver geworden wie sein Kollege in Berlin. Diese Situation hat bekanntlich auch 1939 noch bestanden, als Hitler den Krieg nun wirklich entfesselte und Mussolini ihm eine Absage erteilen musste. Dass Frölicher von «vermeintlichen» Hegemonieplänen Deutschlands schreibt, rundet das Bild seiner Fehlbeurteilung ab.

Zusammenfassend könnte man sagen: Frölicher's Berichterstattung war eine Mischung aus übertriebener Einschätzung der deutschen Stärke und einer

verharmlosenden Darstellung der deutschen Absichten. (Die nicht in den DDS abgedruckten Berichte finden sich im Bundesarchiv unter der Chiffre E 2300. Ich zitiere diese nach der seinerzeit bei mir an der Universität Bern eingereichten Lizentiatsarbeit von Folco Galli, Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges im Spiegel der schweizerischen diplomatischen Akten, Bern 1980.)

## **Die Sudetenkrise in der schweizerischen Presse**

### *Die deutsche Taktik wird durchschaut*

Wie wir feststellen konnten, hatten mehrere Zeitungen schon gleich nach dem Anschluss vorausgesehen, dass die CSR das nächste Opfer des deutschen Expansionswillens sein werde. Insofern war der Ausbruch einer Krise wegen der sudetendeutschen Frage keine Überraschung. Man brauchte auch nicht in die Geheimnisse von Hitlers Anweisungen eingeweiht zu sein, um ziemlich rasch die Berliner Regie zu erkennen. Wenn in der Presse im Verlaufe des Sommers 1938 die Gereiztheit in Berichterstattung und Kommentaren zugenommen hat, so hatte dies nicht nur mit der Verschärfung der deutsch-tschechischen Krise zu tun. Es war auch eine Reaktion auf die zunehmenden nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz selbst. Immer dringlicher wurde eine Unterbindung solcher staatsbedrohender Aktivitäten durch die Bundesbehörden verlangt. So verband sich die deutlich zutage tretende Bedrohung des tschechischen Staates mit der Bedrohung, die man für das eigene Land empfand. Ganz im Gegensatz etwa zur britischen Presse betrachtete man die Ereignisse um die CSR nicht als eine ferne Angelegenheit, die einem nichts anging, sondern als einen Vorgang, der eben auch die eigene Existenz betreffen und bedrohen konnte. Dabei dachte man nicht so sehr an die Möglichkeit eines Krieges, sondern an eine entsprechende deutsche Aktion auch gegen die Schweiz.

### *Nachgiebigkeit des Westens erweckt Unbehagen*

Nur von daher ist es zu verstehen, dass in der Presse nicht nur das aggressive deutsche Verhalten immer schärfer kritisiert wurde, sondern auch das schwächliche Verhalten der westlichen Demokratien der deutschen Herausforderung gegenüber. Das kommt vor allem dort zum Ausdruck, wo von den Rückwirkungen ihrer Nachgiebigkeit auf die Situation der kleineren Staaten die Rede ist. Eine

solche Reaktion auf die westliche Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Reich hat es nicht nur in der Schweiz gegeben, sondern auch in allen andern kleineren Staaten, die im Machtbereich des Deutschen Reiches lagen. Ähnliche Befürchtungen hatte es schon beim sang- und klanglosen Untergang Österreichs gegeben; aber auch schon vorher bei der Ankündigung des britischen Premierministers, dass der Völkerbund nichts für die «smaller states» tun könne, um sie vor allfälliger Aggression wirksam zu schützen. Kurz: man fühlte sich allein gelassen.

Gerd Padel hat in seiner Presseanalyse vier Schwerpunkte in der Behandlung der Sudetenkrise ausgemacht:

Kritik am deutschen Vorgehen, Kritik am Verhalten der Westmächte, Folgen für die kleineren Staaten und Konsequenzen für das eigene Land. (Vgl. dazu: Dämme gegen die Flut, Zürich 1998, wo auch die meisten der im folgenden erwähnten Zitate zu finden sind.)

### *Bürgerliche Presse um Sachlichkeit bemüht*

Hinsichtlich des deutsch-tschechischen Konfliktes ergibt sich zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Presse insofern ein Unterschied, als die erstere – zu Beginn wenigstens – sich bemühte, «ein möglichst objektives Bild von den Verhältnissen in der Tschechoslowakei zu geben». Das heisst, dass auch auf Seiten des tschechischen Staates kritische bzw. kritikbedürftige Punkte festgestellt wurden. Vom Standpunkt des eigenen föderalistischen Systems gab es in der Tat nicht wenig zu beanstanden an Auswüchsen des zentralistischen Systems von Prag. «Dem schweizerischen Beobachter stehen die Haare zu Berg, wenn er das Sündenregister dieses Zentralismus mustert», so der Chefredaktor der Basler Nachrichten Albert Oeri, als er von einer mehrtägigen Besichtigungstour zurückkehrte. Er schreibt von einer sturen – unteren und mittleren – Bürokratie, «die nur eine Fähigkeit besitzt, aber diese reichlich, nämlich die vernünftigeren Intentionen der oberen Prager Stellen zu sabotieren». In diesem «Drahtverhau» seien alle bisherigen Reformversuche, an denen es keineswegs ganz gefehlt habe, «elend steckengeblieben». Diese kritische Bestandesaufnahme hindert die Zeitung allerdings keineswegs, ebenso scharf die Haltung der sudetendeutschen Führung in ihren Verhandlungen mit der Regierung in Prag zu kritisieren, indem Henlein «böser Wille» attestiert wird. Neben den vernünftigen und friedlichen Elementen, die es unter den Sudetendeutschen auch gebe, bestehe eine radikale Richtung, die auf Kurzschluss hoffe, «d.h. auf den baldigen Einmarsch des Reichsheeres».

Die NZZ hatte schon kurz nach dem Anschluss geschrieben, die Sudeten-deutschen hätten nie einen ihrer Stärke entsprechenden politischen Einfluss gehabt und nicht einmal das verfassungsmässige Recht auf offiziellen Gebrauch der deutschen Sprache zu behaupten vermocht. Der NS-Umschwung in Deutschland habe dann die Bestrebungen, diese Rechte «in zäher Kleinarbeit» durchzusetzen, zunichte gemacht und zu einem verhängnisvollen *circulus vitiosus* gegenseitiger Radikalisierung von Tschechen und Sudetendeutschen geführt. Damals, im März 1938, glaubte die Zeitung noch, Henlein den guten Willen nicht absprechen zu können, «selbst wenn die von ihm geführte Sudetendeutsche Partei ein Werkzeug dämonischer Mächte und er selbst durch ihre Dynamik anderen Zielen dienstbar geworden sein sollte».

### *Berlin hat die Fäden in der Hand*

Zwei Monate später kam die Zeitung dann zum Schluss, Henlein sei von seiner ursprünglichen Konzeption abgewichen, «getrieben von der pangermanistischen und nationalsozialistischen Strömung und unwiderstehlich angezogen von der Macht des Dritten Reiches». Damit habe Henlein die Chance für einen Ausgleich mit dem tschechischen Staat aufs Spiel gesetzt «und das Schicksal seiner Heimat zum Objekt der Politik einer auswärtigen Macht werden lassen». Im August schreibt die NZZ dann, es sei unsicher, ob es auf Seiten der Sudetendeutschen Partei überhaupt Kompromissbereitschaft gebe, denn ihre Haltung hänge mehr denn je von Berlin ab. Für die Zeitung ist klar: Berlin hält die Fäden in der Hand. Der Aufruf Henleins zur Notwehr am 26. August veranlasst die NZZ zu einer scharfen Kritik an den NS-Methoden, wie sie schon im Fall Österreich angewandt worden seien.

### *Scharfe Abrechnung mit Hitler*

Der Ton verschärfte sich nochmals nach der Rede Hitlers am Parteitag in Nürnberg am 12. September 1938, von der Alan Bullock schrieb, sie sei eine «so brutale Attacke auf einen andern Staat und seinen Präsidenten», wie man sie in Friedenszeiten wohl kaum je gehört habe.

Durchaus auf dieser Linie hat die NZZ geschrieben, es sei eine Rede, «wie sie in der Auseinandersetzung zwischen europäischen Staaten wohl noch nicht dagewesen ist». Das katholisch-konservative Organ Vaterland dachte sich wohl, auf einen groben Klotz gehöre ein grober Keil, wenn es über die Hitler-Rede



schrrieb: «Sie war keulenhaft grob, bewusst beleidigend, warf auch mit krasser Entstellung um sich, wie der einäugige Zyklop der Odyssee mit Felsblöcken.»

Das offensichtliche Bemühen bürgerlicher Blätter, auch für die deutsche Seite ein gewisses Verständnis aufzubringen, fand mit der Hetzrede des Diktators in Nürnberg ein abruptes Ende. Drei Tage später stellte die NZZ fest, Hitler habe durch seine Rede den Zusammenbruch aller Verständigungsversuche herbeigeführt. Die Erhaltung des Friedens hänge nun davon ab, ob dieser überhaupt noch gewillt sei, «den unbestreitbaren Interessen der Westmächte in Mitteleuropa Rechnung zu tragen».

Die sozialdemokratische Presse war von Anfang an alles andere als zimperlich mit der deutschen Politik umgegangen. Sie machte aus ihrem Herzen keine Mördergrube und gab unumwunden ihrer Sympathie für die tschechische Seite Ausdruck. Der Widerstandswille der CSR wurde sehr hoch eingeschätzt, was er auch gewesen ist, bis er von der westlichen Politik des sich laufend verschärfenden Druckes mehr und mehr ausgehöhlt wurde. Für die Haltung der schweizerischen Sozialdemokraten spielte eine nicht unerhebliche Rolle, dass es im Sudetengebiet eine Bruderpartei gab –, darunter zahlreiche Emigranten aus dem Reich – deren Situation immer prekärer wurde. Als Henlein die Hatz gegen «marxistische Gegner» eröffnete, waren nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten an Leib und Leben gefährdet, Juden ohnehin, lange bevor die Deutschen einmarschierten. Nachher besorgte dann die Gestapo, die dem Heer auf dem Fusse folgte, den Rest. Was das bedeutete, hatte man zuerst im Reich und nachher in Österreich erlebt.

Nach den üblen Schimpfkanonaden am Nürnberger Parteitag sprach die gesamte Schweizer Presse, ob mehr rechts oder mehr links, mit einer Stimme. (Immer mit Ausnahme der Rechtsextremisten natürlich.) Und diese Stimme war eine solche der Empörung, aber auch der Sorge, nicht zuletzt um das eigene Land. Schon der berüchtigte Timesartikel vom 7. September, in dem ohne Umschweife die Abtretung der Sudetengebiete an Deutschland gefordert worden war, hat auch in der Schweizer Presse für unliebsames Aufsehen gesorgt.

### *Die Times gerät unter Beschuss*

Das Vaterland bezeichnete den Timesartikel «als eine Ermunterung Verwegener». Es gebe Situationen, «in denen nur blitzblanke Unzweideutigkeit Wirkung tut». Die CSR sei jetzt dabei, Unrecht wieder gutzumachen, «und wenn ein solch heroischer Akt auf unserem Welttheater den Akteur in den Abgrund

schleudern könnte, ohne dass ihm jemand zu Hilfe eilen würde, dann wären wir alle böse dran! Das sollten vor allem die Grossmächte bedenken, die behaupten, mit dem Gewicht ihres Daseins ... für den Weltfrieden und das Gleichgewicht der Kräfte zu sorgen!» Die Times habe mit ihrem Artikel diesem schönen Prinzip einen schlechten Dienst erwiesen, denn es sei wahrhaftig nicht gleichgültig, «ob in Millionen von Köpfen plötzlich die Überzeugung aufwächst, England würde gegebenenfalls die Tschechoslowakei ihrem Schicksal überlassen». Die Basler Nachrichten bezeichneten diesen Artikel der führenden englischen Zeitung als «Rückenschuss gegen die eigene Regierung».

Die westliche Politik, vor allem die britische, geriet nun verstärkt unter das Feuer publizistischer Kritik. Die katholischen Neuen Zürcher Nachrichten gaben der Befürchtung Ausdruck, dass die Abtretung dieser Gebiete eine Brücke bedeuten könnte für den «Marsch nach Osten». Die NZZ gab zu bedenken, wie stark sich das europäische Gleichgewicht verschieben würde, wenn Deutschland durch die Annexion der tschechischen Grenzgebiete den ganzen böhmischen Kessel beherrschen würde und mit dem verbleibenden Rumpfstaat nach Belieben umspringen könnte. Die Schweizer Presse hat die machtpolitischen und strategischen Konsequenzen der in Aussicht genommenen «Grenzberichtigungen» in ihrer vollen Tragweite erkannt, während sie in den Überlegungen der britischen Publizistik (und auch Politik!) kaum in Erscheinung getreten sind.

### *England gibt die kleinen Völker preis*

Das Volksrecht hatte schon bei der Forschung nach den Gründen für den Untergang Österreichs die britische Politik ins Visier genommen. Das kleine Land sei vor allem deswegen untergegangen, «weil das England Chamberlains die kollektive Sicherheit und den Schutz der kleinen Völker preisgab». Der britische Protest in Berlin anlässlich des falschen Alarms im Mai 1938 und der dadurch bedingte Rückzug Hitlers haben vorübergehend etwas Optimismus aufkommen lassen. Durch dieses feste Vorgehen habe England, meinte die NZZ, «sein Prestige in Mitteleuropa, das schwer erschüttert und fragwürdig geworden war, mit einem Schlage wieder hergestellt». England sei damit seiner Verantwortung gegenüber der CSR gerecht geworden. Erstmals sei «die lähmende Suggestion gewichen, dass niemand dem deutschen Vormarsch in Mitteleuropa Einhalt gebieten könne». (Man konnte ja nicht wissen, wie wenig Bedeutung diesem Ereignis in London selbst beigemessen wurde und dass sich an der grundsätzlichen britischen Einstellung überhaupt nichts geändert hatte.) Das

Volksrecht sah sich zu dem Kommentar veranlasst, es sei zum ersten Mal deutlich sichtbar geworden, «dass die bisherigen Erfolge der deutschen Aussenpolitik nahezu ausschliesslich auf das Konto der Unentschlossenheit der Westmächte verbucht werden müssen. Der gleiche Widerstand, zu dem sie sich in der sude-tendeutschen Frage endlich aufgerafft haben, hätte die Rheinlandbesetzung rück-gängig machen und den Einmarsch in Österreich verhindern können.» Das war sicher alles richtig gesehen, aber leider war diese gelobte Festigkeit des Westens eben nicht viel mehr als eine Fata Morgana. Solche Kommentare zeigen aber, mit welcher Inbrunst man in der Schweiz an der Hoffnung festgehalten hat, die west-lichen Demokratien würden dem deutschen Expansionismus schliesslich doch noch einen Riegel schieben. Man konnte sich schlechthin nicht vorstellen, dass Frankreich mit seiner grossen Armee und England mit seiner mächtigen Flotte und dem mächtigsten Imperium der Weltgeschichte im Rücken angesichts der deutschen Herausforderung einfach die Segel streichen würden.

### *Krise der Demokratie und Niederlage des Westens*

Nachdem sich herausstellte, dass die Festigkeit der Westmächte eine Eintags-fliege gewesen war, nahm der Pessimismus wieder zu. Er erwies sich als gerech-tfertigt, als die britisch-französischen Forderungen an die CSR vom 19. Septem-ber bekannt wurden. Durch die gesamte Schweizer Presse ging ein regelrechter Aufschrei. Das Volksrecht vertrat unter dem Titel «Schwarze Tage für die De-mokratie» die Auffassung, dass es nicht um eine Krise der CSR gehe, sondern um eine solche der Demokratien, «teils aus dem Friedenswillen der anständigen Menschen, teils aus der Unfähigkeit, die Methoden des Faschismus zu erfassen, teils aus der Gegensätzlichkeit der Interessen und der Unfähigkeit zur Solidarität im Zeichen der Freiheit». Für die Zeitung war der britisch-französische Teilungs-plan feiger Verrat und ungeheures Unrecht. Die Neuen Zürcher Nachrichten nannten den Plan eine «Kapitulation», ein «Canossa», zu dem der Chamberlain-Besuch in Berchtesgaden geworden sei, nicht anders als im Februar des Jahres der Besuch Schuschniggs. Mit Blick auf das eigene Land rief die katholische Zeitung aus: «Wehe den kleinen Demokratien, die noch an Verträge, internatio-nale Erklärungen, an den Völkerbund und an die eigene Widerstandskraft glau-ben!» Wie auch andere Blätter vertritt die Zeitung die Meinung, dass Hitler vor einer klaren Kampfbereitschaft der andern Mächte im letzten Augenblick zurück-gewichen wäre.

Die NZZ schrieb von einer «diplomatischen Niederlage der Westmächte». Die Zeitung sah in der militärischen Schwäche einen wichtigen Grund für das Zurückweichen der westlichen Demokratien. (Dass diese militärische Schwäche mehr eingebildet als real gewesen ist, genau so wie die deutsche Überlegenheit, wird noch zu zeigen sein.)

Das Volksrecht bezweifelt den Wert der in Aussicht genommenen britischen Garantie für die neuen tschechischen Grenzen. Wer erinnere sich noch des Locarnopaktes mit den feierlichen Unterschriften, durch welche England auch die entmilitarisierte Zone am Rhein garantierte, fragt das Blatt. Die NZZ andererseits hat etliche Mühe, Hitlers Versprechen von der «letzten territorialen Forderung in Europa» Glauben zu schenken. Auch sie macht auf geschichtliche Erfahrungen aufmerksam, die man mit Versprechen des deutschen Diktators gemacht habe. Angesichts solcher Tatsachen werde wohl niemand geneigt sein, das als letztes Wort Hitlers gelten zu lassen. Schon vor dem Abschluss des Abkommens von München glaubt die Zeitung Grund zur Annahme zu haben, dass der Reichskanzler es später auf die vollständige Zertrümmerung der CSR abgesehen habe.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass das rechtsextremistische Blatt «Die Front» selbstverständlich in allen Punkten gegenteiliger Ansicht war. In sklavischer Abhängigkeit vertrat es ohne Einschränkung den Standpunkt des Dritten Reiches. Durchaus im Einklang mit der längst gleichgeschalteten deutschen Presse bezeichnete die Zeitung die Kritik der Schweizer Presse am deutschen Imperialismus und an der nachgiebigen Haltung des Westens schlicht und einfach als «Kriegshetze». So fragte die Front z.B. Mitte September: «Soll die Schweiz von diesen Landesverrätern um jeden Preis in eine tschechische Situation hineinmanövriert werden?» Zu solchen und ähnlichen Auslassungen des rechtsextremistischen Blattes erübrigt sich jeglicher Kommentar – umso mehr als der Einfluss dieser Postille auf die öffentliche Meinung im Lande äusserst bescheiden gewesen ist.

### *Die merkwürdige Kehrtwendung des Professors von Salis*

Mit wenigen Ausnahmen war in der Schweiz von der Euphorie wenig zu spüren, welche die westlichen Demokratien erfasst hat, nachdem durch das Abkommen von München der Krieg abgewendet und, wie man glaubte, der Frieden gerettet sei. An eine dauerhafte Lösung glaubte kaum jemand.

Überraschenderweise ist es ausgerechnet der Historiker und Publizist J.R. von Salis gewesen, der zu diesen Ausnahmen gehört hat. Überraschend, weil er es gewesen ist, der noch ein halbes Jahr zuvor, nach dem Anschluss Österreichs,

eine äusserst kritische Haltung eingenommen hatte. Damals hatte er, wie wir es am Schluss des Kapitels über den Anschluss zitiert, die schwächliche Politik der andern Grossmächte scharf kritisiert. Sie hätten der Dynamik ihrer Rivalen nichts entgegenzusetzen gehabt, schrieb er damals, «als tote Verträge und eine Ratlosigkeit, die ihresgleichen in der Geschichte sucht». Diesmal nun, nach dem Abkommen von München, ist er der Meinung, eine ethnisch homogenere CSR werde sich rasch an die neuen Bedingungen gewöhnen. Er vertraut auch Hitlers Wort, dass er keine neuen territorialen Forderungen mehr anmelden werde. München sei der Beweis, schrieb von Salis in der NZZ, dass ein gewisses, mit friedlichen Mitteln erhaltenes Gleichgewicht der Mächte bestehe.

Parallel zu dieser Meinungsänderung über die grosse Politik vollzieht sich bei ihm auch eine Kehrtwendung in der Beurteilung der führenden britischen Persönlichkeiten. In dem erwähnten Artikel vom 18. März 1938 hatte von Salis noch geschrieben: «Ob ein in europäischen Fragen einflussloses England weiter in der Lage sein wird, seine Autorität im Mittelmeer, im Niltal, in Arabien und im Fernen Osten aufrechtzuerhalten, ist eine Frage, für die offenbar in London nur noch zwei Staatsmänner ohne Portefeuilles, Winston Churchill und Anthony Eden, Verständnis haben.» Kurz vorher hatte von Salis schon den Rücktritt Edens als Aussenminister ausserordentlich bedauert.

Nach dem Abkommen von München nun schreibt er von einer löblichen diplomatischen Wiedererstarkung Englands, die von imperialistischen Politikern wie Churchill, Eden und Duff Cooper gestört worden sei. (Letzterer war erster Lord der Admiralität in der Regierung Chamberlain gewesen und ist, wie wir gezeigt haben, aus Protest gegen München zurückgetreten.) Aus dem hellsichtigen Kritiker der Appeasementpolitik ist Churchill plötzlich deren Störenfried geworden. «Dem englischen Volk sind die Neville Chamberlain, Sir John Simon (sein Schatzkanzler) und Sir Samuel Hoare (sein Innenminister) sympathischer als die Winston Churchill, Anthony Eden und Duff Cooper», stellt von Salis jetzt fest. Es ist wahrscheinlich, dass er damit Recht hatte, denn das britische Volk war ja doch wohl mehrheitlich der Appeasementpolitik zugetan. Die Frage ist nur, warum sich die Sympathien des sonst so scharfsinnigen Schweizer Beobachters so radikal verschoben haben. Ist er der westlichen Euphorie über München erlegen?

## *München bedeutet Machtzuwachs des Deutschen Reichs*

Wie dem auch sei. Die Redaktion der renommierten Zeitung, in der von Salis als Gastautor schrieb, ist jedenfalls entschieden anderer Meinung. Zwar zollt sie dem Friedensapostel aus London durchaus ihren Respekt für sein moralisches Engagement. Doch die politische Bilanz sieht wesentlich nüchterner aus. Chamberlain habe sich einem Optimismus des Friedens hingegeben, «der nicht begründet und gerechtfertigt erscheinen konnte unter dem noch frischen Eindruck einer Politik der Pression und der Drohung mit Gewalt...» Und ganz anders als ihr Gastautor meint die Zeitung, dass es trügerisch wäre, «das Viermächteabkommen als Grundlage eines neuen europäischen Gleichgewichts ausgeben zu wollen». Vielmehr sei mit dem Abkommen von München eine Gewichtsverschiebung eingeleitet worden, deren Ende und Folgen noch nicht abzusehen seien. Die NZZ, wie übrigens auch andere Schweizer Zeitungen, erkennt vor allem auch eine besonders schwerwiegende Konsequenz des Schachers von München, eine Konsequenz, die bei den britischen Reaktionen völlig «übersehen» wird, nämlich der Zugewinn an wirtschaftlicher Macht und damit an Kriegspotential, den das Deutsche Reich einheimen konnte. Eine weitere folgenschwere Gewichtsverschiebung könne nur verhindert werden, so die NZZ, durch neue wirtschaftliche und militärische Anstrengungen der Westmächte. In diesem Sektor habe vor allem Frankreich «gesündigt». In den beiden für die militärische Kräfteentwicklung der europäischen Mächte so ausserordentlich wichtigen Jahren seit der Remilitarisierung des Rheinlandes habe sich Frankreich «in erster Linie mit dem Problem der bezahlten Ferien, der Vierzigstundenwoche und mit seinen übrigen sozialen Konflikten beschäftigt ...»

## *Drei Gründe für die Skepsis gegenüber München*

Nach Gerd Padels Analyse sind es vor allem drei Gründe gewesen, welche die Presse zu einer solch skeptischen Haltung gegenüber dem «Friedensabkommen» von München veranlasst haben.

Erstens galt es festzustellen, dass sich Deutschland auf der ganzen Linie durchgesetzt hatte, und zwar mit offener Androhung von Gewaltanwendung. Das Abkommen von München brachte dem Reich einen weiteren beträchtlichen Machtzuwachs und Hitler persönlich einen neuen grossen Prestigeerfolg. Das Bündnissystem Frankreichs in Mittel- und Osteuropa dagegen war vollends zusammengebrochen. Die Machtbalance in Europa hatte sich damit weiter entscheidend zugunsten des Deutschen Reiches verschoben.

Zweitens fand die Versicherung des deutschen Diktators, dass die Sude-  
tengebiete seine letzte territoriale Forderung in Europa gewesen seien, keinen  
Glauben. Man war vielmehr überzeugt, dass Hitler durch seinen Erfolg; zu noch  
kühnerem und rücksichtsloserem Vorgehen angespornt werde. Andererseits war  
der Glaube an Garantien der Westmächte auf einen Tiefpunkt gesunken. Nach-  
dem die internationalen Sicherungen durchgebrannt waren, werde sich noch ent-  
schiedener der blanke Wille zur Macht durchsetzen.

Und drittens schliesslich, und dies betraf auch das eigene Land, konnte man  
nicht vergessen, dass der Frieden auf Kosten eines kleineren Staates erkauf-  
t worden war und dass die vier Grossen das Abkommen abgeschlossen haben, ohne  
den betroffenen Staat auch nur anzuhören. Diese Art der Friedenserhaltung, so  
war man weithin überzeugt, eröffne schlimme Aussichten für die Existenz aller  
kleineren Staaten.

### *Erhaltung des Friedens auf Kosten der kleinen Staaten?*

Wir wollen uns hier im wesentlichen darauf beschränken, Äusserungen über den  
letzten Punkt etwas näher anzusehen. Das Vaterland stellt sich die Frage: «Was  
sollen schon die Kleinstaatler alle miteinander denken? Müssen sie sich nicht  
vorstellen, dass eine Stunde schlagen könnte, da die Grossen auch aus ihrer Haut  
die Riemen schneiden, um den Weltfrieden ein klein wenig fester zu machen?»  
Dieses Vorgehen der Grossen müsse in den Nachbarstaaten (des Reiches) «einen  
natürlichen und gerechtfertigten Argwohn hervorrufen». In der deutschen  
Schweiz «als sprachlichem und ‚rassischem‘ Grenzgebiet ist dieser Argwohn  
eine Erscheinung gesunder Abwehr».

Das Volksrecht schreibt, die Freude über den vorläufig vermiedenen Krieg  
werde gedämpft, «ja in Bitternis verwandelt durch den Gedanken, dass der ‚Frie-  
de‘ auf Kosten eines freien demokratischen Staates erfolgt ist». Und dann heisst  
es weiter. «Wahrlich, die Namen Daladier und Chamberlain – die andern zwei  
brauchen wir gar nicht zu nennen – sind mit einem Akt verknüpft, der für die  
kleinen Nationen bedenkliche Zukunftsaussichten eröffnet. Mancher legt sich die  
Frage vor, welches die Sicherheit aller Kleinstaaten sei, wenn durch Säbelrasseln  
und Kriegsdrohungen eines Mächtigen die andern Grossmächte bewogen wer-  
den, die Teilung vorzunehmen, ohne auch nur das Opfer an den Verhandlungs-  
tisch zu laden.»

### «Frieden schändlich ermarktet»

A propos der Vier von München: Das «Journal des Nations», das in Genf erschien, hat sie kurzweg als «club des charcutiers» bezeichnet. Es wurde daraufhin mit einem dreimonatigen Erscheinungsverbot belegt – wobei der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, dass ihm dieses Schickais vor allem auch deswegen widerfahren ist, weil es von Emigranten herausgegeben wurde. Es galt sozusagen als auswärtiges Organ. Doch Schweizer Journalisten und Redaktoren haben gelegentlich nicht weniger scharf geschossen. Dafür zum Abschluss das Beispiel der sozialdemokratischen Berner Tagwacht. Sie schrieb unmittelbar nach dem Treffen von München:

«Nie stand Hitlers machtpolitische Erpressertaktik vor einem schlimmeren Fiasko. Nie war der Mann deutlicher mit Kriegsschuld beladen ... Nie war der Bundesgenosse Mussolini schwächer. Nie war die Gelegenheit günstiger, diesen hemmungslosen Friedensstörern ein für allemal die Möglichkeit der Brandstiftung zu nehmen. Hitler stand vor seiner grössten Niederlage, die segensreich für Deutschland, für Europa und die ganze Welt geworden wäre – Hitler wurde von denen gerettet, die morgen schon diese Rettung bereuen müssen, von Mussolini, Daladier und Chamberlain ... Die nichtfaschistische Welt wird es bitter bereuen, dass hier ein Frieden schändlich ermarktet, statt durch Niederwerfung der Gewaltpolitiker erkämpft worden ist.»

Der rückblickende Historiker wird nicht bestreiten können, dass hier die nachherige Entwicklung durchaus richtig vorausgesehen worden ist. So schreibt der britische Historiker Anthony Adamthwaite:

«Der einzige Kurs, mit dem ein grösserer Krieg hätte vermieden werden und die Macht der Briten und Franzosen hätte erhalten werden können, wäre eine feste Haltung 1937/38 gewesen ... Statt nach München zu gehen, hätte man kämpfen müssen. Deutschland war nicht auf einen grossen Konflikt vorbereitet. Aber man hat es niemals wirklich mit der Abschreckung versucht.» (1939. An der Schwelle zum Weltkrieg, S. 213.)

Andererseits kann man verstehen, um auf den Artikel der «Tagwacht» zurückzukommen, dass es angesichts solcher Äusserungen der deutschen Seite relativ einfach gemacht worden ist, die Schweizer Presse der «Kriegshetze» zu bezichtigen. Wobei man allerdings bei diesem Vorwurf gar nicht so sehr die «linke» Presse im Visier hatte, für die man sich jenseits des Rheins kaum interessiert hat, sondern die führenden bürgerlichen Blätter.



## *Pressefreiheit contra nationale Sicherheit?*

Frölicher meint in einem seiner Berichte, die Lösung für dieses deutsche Verhalten gefunden zu haben. Die Vorwürfe richteten sich deshalb weniger gegen die linke Presse – «obschon deren Schreibweise ganz besonders zu beanstanden wäre» –, weil man im Reich verstehe, «dass diese Zeitungen bei ihren früheren nahen Beziehungen zum deutschen Marxismus keine freundlichen Töne anschlagen können». Der Gesandte glaubt auch die Gründe zu kennen, warum sich die Vorwürfe «fast ausschliesslich gegen die deutsch geschriebene Schweizer Presse richteten». Man weise in Berlin nicht ohne Berechtigung darauf hin, «dass in der welschen Presse die deutschen Verhältnisse objektiver beurteilt werden». Vor allem aber würden die Zeitungen der deutsch geschriebenen Presse mit kritischeren Augen angesehen, weil die Zeitungen der deutschen Schweiz «die einzigen deutschsprachigen sind, die nicht der Dirigierung der deutschen Stellen unterstehen». Man anerkenne zwar, dass die besonders anvisierten bürgerlichen Zeitungen sich keine Beschimpfungen und Beleidigungen zuschulden kommen lassen und auf Falschmeldungen verzichteten. Man stosse sich auch nicht daran, dass sie sich mit den deutschen Verhältnissen kritisch auseinandersetzten. «Was man aber auf die Dauer nicht erträgt, ist die Tatsache, dass das hiesige Regierungssystem journalistisch bekämpft wird, dass man also darauf verzichtet, die hiesigen Verhältnisse objektiv zu würdigen.»

Dies sei, meint der Gesandte, auch vom schweizerischen Standpunkt aus ein Fehler. Diese «grundsätzlich ablehnende kämpferische Haltung» sei nämlich unvereinbar mit der Neutralität. Freundliche Beziehungen mit allen Nachbarstaaten seien nicht nur wegen der Auslandschweizer wichtig, wegen «unseren eingefrorenen Milliarden», oder «unseren wirtschaftlichen Beziehungen» (Deutschland sei der wichtigste Handelspartner der Schweiz). Es gehe auch um die schweizerische Sicherheit, «nachdem zwei Drittel unseres Landes von den Mächten der Achse umschlossen sind». Man sollte doch erwarten dürfen, «dass die massgebliche Presse in unserem Land diese Zusammenhänge endlich begreift und diese Politik und Diplomatie nicht stört oder geradezu durchkreuzt».

Der Hinweis auf die Notwendigkeit der geistigen Landesverteidigung vermag den Diplomaten nicht zu überzeugen. Wir brauchten doch nicht unsere aussenpolitischen Beziehungen zu gefährden, «um den schweizerischen Unabhängigkeitswillen zu erhalten». Als kleines Land neben grossen Staaten sollten wir alles Interesse daran haben, die Auffassung zu vertreten, «dass jeder Staat das Recht hat, seine inneren Einrichtungen nach eigenem Ermessen zu bestim-

men». Dieser Standpunkt entspreche «der natürlichen Friedensmission eines neutralen Landes». Wenn wir in einem Krieg neutral bleiben wollen, sollten wir nicht die Gegensätze im Frieden steigern, sondern unseren Beitrag zur Überbrückung dieser Gegensätze leisten. Zum Schluss seiner Philippika kommt er auf «das betrübliche Schauspiel» zu sprechen, das man in den letzten Wochen erlebt habe, «dass ein grosser Teil unserer Presse nicht nur im Gegensatz stand zu den Mächten der Achse, sondern auch zu Frankreich und England, deren Völker und deren einsichtige Regierung trotz neutraler Ideologen keinen Weltkrieg wollten». (Text in DDS, 12, No. 431.)

### *Frölicher geniesst Unterstützung einflussreicher Kreise*

Wenn wir die Auslassungen des Gesandten in Berlin so ausführlich referiert haben, dann aus einem besonderen Grund: Was Frölicher hier ausführt, entspricht nämlich durchaus der Auffassung verschiedener, gerade auch einflussreicher Kreise in der Schweiz. Dazu gehört zunächst das Politische Departement selbst, also das Aussenministerium in Bern. Dessen Vorsteher, Bundesrat Motta, liegt durchaus auf der Linie seines Mannes in Berlin, wie viele Dokumente bezeugen. Auch sein wichtigster Mitarbeiter, Minister Bonna, Chef der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten, stimmt der Beurteilung Frölichers grundsätzlich zu.

«Die Schaltzentrale der eidgenössischen Aussenpolitik sparte nicht mit Kritik an der Schweizer Presse. Sie stand gewiss unter dem Eindruck von Frölichers Ratschlägen.» So Paul Widmer in seinem Buch über die Geschichte der Schweizer Gesandtschaft in Berlin. Auch Motta sieht in der kritischen Haltung grosser Teile der Schweizer Presse gegenüber dem Dritten Reich eine Beeinträchtigung der aussenpolitischen Interessen des Landes.

Grundsätzlich einverstanden sind die leitenden Herren der schweizerischen Aussenpolitik ebenfalls mit der Interpretation der Neutralität, wie sie der Schweizer Gesandte vornimmt. Gerade das Thema Pressefreiheit und Aussenpolitik bzw. Neutralität wird zum Kernproblem der Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Presse und den Leitern der Aussenpolitik, wie wir noch sehen werden.

### *Wirtschaftsvertreter mahnen zur Zurückhaltung*

Führende Vertreter der von Frölicher angesprochenen «wirtschaftlichen Interessen» stimmen mit seinem Standpunkt ebenfalls überein. Dies gilt auch für die Leiter der schweizerischen Handelspolitik. Die Betrauung Frölichers mit dem zentralen, aber eben auch schwierigen Posten in Berlin ist gerade von diesen Kreisen lebhaft begrüsst worden. So werden in einer Eingabe des «Vorortes» der schweizerischen Vereinigung für Handel und Industrie vom April 1938 an Bundesrat Motta neben den staatspolitischen Erwägungen auch die handelspolitischen angeführt für die verlangte Zurückhaltung der Presse in ihrer Kritik an den Diktaturstaaten, die zu den wichtigsten Handelspartnern der Schweiz gehören. Es bedürfe gerade nach der Angliederung Österreichs, heisst es da, schwieriger Verhandlungen mit dem Deutschen Reich. «Für solche Verhandlungen darf nicht eine Atmosphäre geschaffen werden, die eine rein sachliche Lösung erschwert oder gar verunmöglicht.» (DDS 12, No. 265.)

Zu dieser Intervention sahen sich die Vertreter von Wirtschaft und Handel wohl nicht zuletzt deswegen veranlasst, weil die deutschen Verhandlungspartner – natürlich auf höhere Weisung – nicht müde wurden, die feindselige Haltung der Schweizer Presse als Hindernis für einen positiven Verlauf der Besprechungen anzuführen. Auch der neue Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Bern wollte auf diesen Wink mit dem Zaunpfahl nicht verzichten, als er bei Nationalrat Feldmann seine «Antrittsvisite» machte. (Tagebuch 27. Juni 1938.)

### *Grossdeutsche Arroganz*

Im Übrigen habe der neue Mann, wie Feldmann weiter notiert, den bekannten Standpunkt seines Vorgängers eingenommen, wonach die Schweizer Presse verantwortlich sei für «die gegenseitige Trübung der Beziehungen». Der neue Attaché habe «mit der üblichen Arroganz auf den Unterschied zwischen dem grossen Deutschland und der kleinen Schweiz hingewiesen». Er habe auch auf die Gefahr aufmerksam gemacht, «dass der Nationalsozialismus, der auf ‚plötzliche Entschlüsse‘ eingestellt sei, sich auch einmal des kleinen Landes an der Südwestecke in aggressivem Sinne erinnern könnte, und schliesslich den Wunsch nach einer Mässigung der schweizerischen Presse als deutsche Forderung (unterstrichen!) scharf und schneidend geltend gemacht». Welchen Hitze-grad die Pressefehde erreicht hatte, kann man an solchen Äusserungen ablesen:

der Deutsche spricht mit dem Schweizer Presseemann etwa so wie man deutscherseits mit Vertretern Österreichs wegen angeblicher Nichteinhaltung des Presseabkommens kurz vor dem Anschluss gesprochen haben dürfte. Daran kann man ermessen, was der Schweizer Presse und damit dem ganzen Land gedroht hätte, wenn man sich auf ein solches Presseabkommen eingelassen hätte.

Dass dieser Mann aus eigenem Antrieb einen solchen Ton anschlägt, ist angesichts der totalitären Befehlsstruktur seines Landes wohl eher auszuschliessen. Es geschah zweifellos auf Anordnung seines obersten Dienstherrn im Propagandaministerium in Berlin. Und dieser wiederum agierte auf Befehl des «Führers», der sich nachgewiesenermassen gerade zu dieser Zeit höchst persönlich über die Schweizer Presse in Rage versetzen liess.

### *Militärische Führung für Überwachung der Presse*

Besorgt über die Rückwirkungen der harten Haltung der Schweizer Presse gegenüber Deutschland zeigten sich auch die höchsten Verantwortlichen in der Armeeführung. Als kurz nach dem Anschluss von Österreich eine Sitzung der Landesverteidigungskommission, des obersten militärischen Führungsorgans in Friedenszeiten, stattgefunden hat, beklagten sich alle anwesenden Korpskommandanten über die Haltung der Presse gegenüber Deutschland. Sie verlangten, wie Guisan, der spätere General sich ausdrückte, «eine schärfere Überwachung der Presse von Seiten der Landesregierung». (DDS, Volume 12, No. 234.)

Der Generalstabchef, Oberstkorpskommandant Labhart, berichtete seinem Vorgesetzten, Bundesrat Minger, über eine Unterhaltung auf der deutschen Gesandtschaft von Ende November 1938, «die nicht gerade sehr taktvoll war». Wiederum ging es dabei um das Thema Presse, das von dem ebenfalls anwesenden Presseattache wie üblich in provokativer Weise zur Diskussion gestellt wurde, wobei er vom Gesandten selbst Unterstützung bekam. Labhart hatte, wohl richtigerweise, den Eindruck, dass die Attacke verabredet war. Die Auslassungen des Pressechefs müssten, so Labhart in seinem Bericht, «als Drohung aufgefasst werden». (DDS, Volume 12, No. 464.)

### *Schwierige militärische Lage der Schweiz*

Die Besorgnisse der Männer, die für die Landesverteidigung verantwortlich waren, dürfen sicher nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Denn die militärische Lage der Schweiz war alles andere als beruhigend. Nach der Entstehung der Achse Berlin – Rom und der Einverleibung Österreichs war das

Land bereits zu drei Vierteln von den beiden totalitären Mächten umzingelt. Vor allem die Lage im Osten, wo das Verschwinden des kleinen Nachbarn eine Lücke im Verteidigungsdispositiv aufgerissen hat, erfüllte die Verantwortlichen mit grosser Sorge, wie wir im vorigen Abschnitt dargelegt haben. Die potentielle Gefahr aus dem Norden wurde mit jedem erfolgreichen Schritt Hitlers auf seinem Weg der Expansion offensichtlicher. Die für die Schweiz unverständliche Nachgiebigkeit der westlichen Demokratien dieser Entwicklung gegenüber liess schon lange vor Kriegsbeginn ein Gefühl des Alleingelassenseins aufkommen. In einer solch schwierigen Lage, so die Meinung der Militärs, sei Zurückhaltung geboten und alles zu unterlassen, was geeignet sein könnte, den unberechenbaren deutschen Diktator zu reizen. Wessen dieser fähig war, hatte er gerade auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise vordemonstriert, als er in seinen Tiraden gegen die Tschechen und ihren Präsidenten jegliche Fassung verlor.

### *Eskalation der Pressefehde*

An sich ist es nicht verwunderlich, dass die deutsch-schweizerische Pressefehde im Zusammenhang mit der Sudetenkrise und der Preisgabe der CSR einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Zu weit gingen die Auffassungen auseinander über die «Berechtigung» der deutschen Forderungen und die Politik der westlichen Demokratien. Eine regelrechte Kampagne wurde gegen die Schweizer Presse losgetreten, nachdem das Abkommen von München nicht den erwarteten Beifall gefunden hatte. Es waren die Münchner Neuesten Nachrichten, die mit schwerstem Geschütz aufgefahren sind. Von «planmässiger Kriegshetze» war die Rede. Wie angedeutet standen die führenden bürgerlichen Blätter im Zentrum des Trommelfeuers, nicht die linken, die doch die schärfere Sprache geführt haben. So erhielt die NZZ die fragwürdige Qualifikation zugesprochen, zusammen mit den beiden grossen Basler Zeitungen, «abgesehen von den Kommunisten die einzige Kriegspartei Europas» gewesen zu sein. Das deutsche Blatt verstieg sich zur Behauptung, diese bürgerlichen Zeitungen seien «mit dem Bolschewismus verbündete grosskapitalistische Organe» – Glied also der «bolschewistisch-plutokratischen Weltverschwörung», wie es später dann hiess, um die Gegner des Krieges in einen Topf werfen zu können.

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode, möchte man mit Shakespeare ausrufen. Denn selbstverständlich war das ganze absurde Theater von oben lanciert und gesteuert. Oben, das hiess Goebbels. Er war zweifellos der Verantwortliche für den ganzen Unfug, und er führte ja selbst durchaus eine vergleich-

bare Sprache, zum Beispiel auf dem Nürnberger Parteitag, was Markus Feldmann veranlasst hat, seinem Tagebuch anzuvertrauen: «idiotenhafte Rede von Goebbels, der Demokratie und Bolschewismus in den (gleichen) Tiegel schmiss». (Eintrag vom 10. September 1938.)

Man schreckte auf deutscher Seite auch nicht vor Drohungen zurück. So schrieb das erwähnte deutsche Blatt: «Dort, wo man aus dunklem Winkel vergiftete Pfeile abschiess, werden wir nicht nur den Schild gebrauchen, um sie abzuwehren, sondern auch anderes.»

### *NZZ im Zentrum der Kritik*

Man kann die Auffassung vertreten, dass von Presseorganen, die im Dienste eines totalitären und aggressiven Regimes stehen, nicht anderes zu erwarten war. Dass aber der diplomatische Vertreter der Schweiz in Berlin ins selbe Horn stiess, lässt schon aufhorchen. So schrieb Frölicher in einem seiner zahlreichen Berichte, in denen er sich mit der kritischen Haltung der Schweizer Presse befasste: «Man wird sich aber keinen Illusionen darüber hingeben können, dass auf die Dauer für Grossdeutschland (!) diese Hetze gegen den nationalsozialistischen Staat unerträglich wird ...» (DDS, 12, No. 431.) Etwas über die Hetze der deutschen Presse gegen den tschechischen Staat und seinen Präsidenten, die sich von Tag zu Tag verschärfte, sucht man bei unserem Mann in Berlin vergeblich.

Es ist augenfällig, dass die im Vergleich zu linken Blättern eher zurückhaltende Schreibweise gerade der NZZ den braunen Machthabern besonders in die Nase gestochen hat. Auch hier befindet sich Frölicher ganz auf der offiziellen deutschen Linie. So schrieb er am Tage von München an Bundesrat Motta: «Wenn ich während der Krise die Kommentare deutschschweizerischer Zeitungen, insbesondere der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘, gelesen habe, so war ich empört über die ideologische Kriegshetze, die dabei gemacht wurde.» (DDS, 12, No. 406.)

Die anvisierte führende Schweizer Zeitung hatte schon 2 Jahre zuvor die angemessene Antwort gegeben. Es sei gewiss lange nicht alles zu billigen, hatte es da geheissen, «gerade vom Standpunkt unserer nationalen Interessen aus», was in der schweizerischen Presse über ausländische Vorgänge, Zustände und Persönlichkeiten geschrieben werde. Man begrüsst es daher, dass Massnahmen gegen publizistische Ausschreitungen ergriffen wurden, «die unsere auswärtigen Beziehungen stören könnten». Doch dann betonte das Blatt: «Aber man darf sich doch auch nicht darüber täuschen, dass heute im Dritten Reich so ziemlich alles als ‚Hetze‘ gilt, was nicht hundertprozentige Zustimmung zum National-

sozialismus bedeutet, und dass wir uns einer recht vollständigen ‚Gleichschaltung‘ unterwerfen müssten, um die Klagen über schweizerische Pressehetze‘ zum Verstummen zu bringen.» (Zitiert bei Luchsinger, S. 203.)

Aber nicht nur die deutsche Presse, sondern auch die deutsche Gesandtschaft in Bern hatte ganz offensichtlich den Auftrag, Dauerfeuer gegen die Schweizer Presse zu schiessen. Vom Chef bis zum Attache beteiligte sich die ganze Mannschaft an diesem üblen Manöver. Der Zweck war ebenso offensichtlich, «die schweizerischen Zeitungen durch Drohungen und diplomatischen Druck mundtot zu machen» (Luchsinger, S. 201). Die dauernden Vorwürfe und persönlichen Vorsprachen des Gesandten im Bundeshaus taten durchaus ihre beabsichtigte Wirkung, insbesondere beim Aussenminister Bundesrat Motta.

### *«Gleichschaltungspsychose» im Bundeshaus?*

So berichtete sein engster Mitarbeiter Bonna dem Schweizer Gesandten in Berlin am 14. Oktober 1938 von «Bemühungen des Departements, die Schweizer Presse zu einer grösseren Disziplin zu erziehen». Zu diesem Zweck habe der «Herr Departementschef» Unterredungen mit führenden Presseleuten gehabt. Auch die Konsultative Pressekommission sei einberufen worden, «welcher Herr Bundesrat Motta die ernste Situation in eindringlichen Worten auseinandersetzte». Auch mit den Führern der sozialdemokratischen Partei habe der Chef eine Aussprache gehabt, «in welcher von diesen die Notwendigkeit einer Mässigung in der Sprache ihrer Parteipresse nicht bestritten wurde». (DDS, 12, No. 428.)

Aus Feldmanns Tagebuch vernehmen wir, Motta habe bei der genannten Pressekommission «buchstäblich auf den Tisch geschlagen und kategorisch Verbote verlangt». Feldmann hat den Eindruck, «dass die Behandlung der Presse im Bundeshaus in keiner Weise mehr den Anforderungen der Zeit entspricht». Im Bundeshaus sei man «von einer geradez brüllenden Ahnungslosigkeit» schreibt Feldmann. Man stehe offenbar dort schon weitgehend unter einer Art von «Gleichschaltungspsychose». Er stellt die Frage, welche Massnahmen denn der Bundesrat zu ergreifen gedenke gegen die Verunglimpfungen der Schweizer Presse durch deutsche Blätter. Er warnt davor, eine «Gefälligkeitsaktion für Motta und Frölicher» zu unternehmen. Vielmehr gehe es darum, die Position der Presse «mit aller Energie und rücksichtslosem Einsatz der zur Verfügung stehenden Kräfte zur Verteidigung einzurichten». Die Gefahr treffe die Presse nicht nur

aussenpolitisch, sondern auch innenpolitisch. Einmal schreibt er sogar von der «Maginotlinie der Schweizer Presse», die es zu verteidigen gelte. (Eintragungen vom 1. und 12.10.1938.)

### *«Zweifrontenkrieg» der Presse*

Die Wahl solch martialischer Ausdrücke kommt sicher nicht von ungefähr. Denn für den streitbaren Zeitungsmann geht es bereits um eine Art Kampf, und zwar einen Zweifrontenkrieg: gegen Berlin und gegen Bern! Es wird deutlich, dass die Pressefehde nicht nur aussenpolitische Turbulenzen, sondern auch innenpolitische Erschütterungen zur Folge hat. Indem die Deutschen die Presse attackierten und den Bundesbehörden gleichzeitig guten Willen bescheinigten, gelang es ihnen, eine Bresche in die nationale Einheit zu schlagen, die nach dem Anschluss Österreichs so feierlich beschworen worden war. Beide Seiten, Behörden wie Presseleute, glaubten, im wahren nationalen Interesse zu handeln. Und in gewisser Weise traf das wohl auch zu, selbst für den hier scharf kritisierten Gesandten Frölicher. Aber eben, man kann auch mit den falschen Mitteln das Richtige tun wollen.

Zu diesen falschen und wohl auch unerlaubten Mitteln gehörte es, dass Frölicher auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise sogar gegen den Chefredaktor der ihm verhassten NZZ, Willy Bretscher, zu intrigieren begann. Er und auch sein Stellvertreter Franz Kappeler schrieben Briefe an einflussreiche Leute in Zürich, um nichts weniger als die Absetzung Bretschers zu betreiben. In einem Brief an einen Verwaltungsrat der NZZ hiess es, wenn «Herr Bretscher und Konsorten» unbelehrbar seien und sich nicht davon abbringen liessen, «auf Kosten der Landesinteressen ihren aus der Hörigkeit gegenüber einer fremden und unschweizerischen Mentalität (welcher wohl?) entspringenden Hetzfeldzug gegen unseren nördlichen Nachbar fortzusetzen», müsse eben der Verwaltungsrat «dem Treiben ein Ende setzen». Diese flagrante und massive Einmischung in die internen Angelegenheiten einer grossen Schweizer Zeitung durch die Gesandtschaft in Berlin war natürlich völlig unvereinbar mit dem diplomatischen Kodex. Frölicher nahm damit Forderungen vorweg, wie sie dann in der schweren Krise von 1940 aus den Kreisen der sog. «Zweihundert» erhoben worden sind. Folgerichtig unterstützte der Gesandte deren Eingabe dann auch. Tatsächlich kam es in der Folge zu Auseinandersetzungen im Verwaltungsrat über den richtigen Kurs der Zeitung. Doch die Redaktion setzte sich mit ihrem bewährten Konzept durch. (Vgl. dazu: Paul Widmer, Schweizer Gesandtschaft in Berlin, S. 233 ff.)



Diese gegenüber deutschen Pressionen unnachgiebige Haltung verteidigten Bretscher und die Chefredaktoren der Basler Nachrichten, Albert Oeri, sowie des Berner Bund, Ernst Schürch, erfolgreich auch in einem Gespräch mit Bundesrat Motta, das am 22. 10. 1938 stattgefunden hat. Darüber gibt es eine Aufzeichnung des Letztgenannten. (Text in Bonjour, Neutralität Band VIII, S. 108.) Wir sollten eine Stellung beziehen, heisst es da u.a., «auf der Behörden, Presse und öffentliche Meinung entschlossen Widerstand leisten». Wenn Motta am Schluss gesagt haben soll, «dass wir grundsätzlich einig seien», so täuscht dies über die weiterbestehenden Meinungsverschiedenheiten hinweg. Es war wohl mehr ein «agree to disagree». Motta orientierte dabei die anwesenden Chefredaktoren, dass eine neue Schwierigkeit im Verhältnis zu Deutschland aufgetaucht sei: eine höchst unterschiedliche Interpretation der Neutralität.

### *Deutscher Generalangriff auf die Neutralität*

Nach bewährter militärischer Methode stiess man also von deutscher Seite gleich mit einem neuen Angriff in die Bresche, die man zwischen Behörden und Presse geschlagen zu haben glaubte. Dass die Deutschen über diesen Zwiespalt informiert waren, kann man getrost unterstellen. Diesmal war das Angriffsobjekt also der Neutralitätsbegriff. Um was ging es?

In den «Nationalsozialistischen Monatsheften» vom Oktober 1938 lancierte ein gewisser Bockhoff einen Generalangriff auf das schweizerische Neutralitätsverständnis. Er war ein Schüler des berühmten, durch seine Stellungnahmen zugunsten von verbrecherischen Taten des NS-Regimes inzwischen allerdings auch berüchtigten Juristen Carl Schmitt. So hatte der Rechtsprofessor die blutige Abrechnung Hitlers mit der SA-Führung vom 30. Juni 1934 mit der Formel gerechtfertigt, der Führer schütze das Recht, «wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft». Schmitt hat damit kräftig dazu beigetragen, dass im deutschen Volk das Vermögen, Recht von Unrecht zu unterscheiden, drastisch abgenommen hat. (Vgl. W. Hofer, Nationalsozialismus, Dokument Nr. 54.)

Aus dieser «Küche» also stammte das Gebräu, das uns sein Schüler Bockhoff vorsetzte. Schon der Erscheinungsort lässt darauf schliessen, dass es sich um ein von oberster Parteispitze genehmigtes, wenn nicht gesteuertes Manöver zur Anpassung des Neutralitätsbegriffs an die Bedürfnisse der NS-Ideologie handeln musste. Tatsächlich hatte auch hier einmal mehr der unermüdliche Propagandist Goebbels das Stichwort gegeben, als er, durchaus im Zusammenhang

mit der heftigen Pressepolemik, der «Staatsneutralität», wie die Schweiz sie verstand, eine «Volksneutralität» entgegensetzte. Nun sollte der zitierte Autor offenbar die «wissenschaftliche» Grundlage für den Vorstoss des Propagandaministers nachliefern.

Neutralität, so die neu konstruierte Theorie, konnte nicht mehr nur eine solche des Staates und seiner Regierung sein – wie die geltende Völkerrechtsdoktrin es vorsah – sondern musste das Volk in seiner Gesamtheit umfassen, insbesondere die Haltung der Presse, die man ja dabei eigentlich im Visier hatte. Die Neutralität müsste also eine «totale» oder besser noch «totalitäre» sein. Es lief also auf eine Art von «Gesinnungsneutralität» hinaus, was der traditionellen Auffassung diametral widersprach. Hinsichtlich ihrer Pressepolitik vertrete die Schweiz offensichtlich den Standpunkt, dass «Staatsneutralität» mit «Volksfreundschaft» vereinbar sei. Ablehnung der «Volksneutralität» müsste betrachtet werden «als gewolltes, selbsttätiges, rechtswirksames Erlöschen der Neutralitätsposition» gegenüber dem (angefeindeten) NS-Staat. «Wir verlangen anstatt böswilliger Gesinnung eine freundschaftliche Einstellung gegenüber dem Neutralitätspartner, so wie es sich zwischen Neutralen gehört», dozierte Bockhoff, indem er das Dritte Reich gleich selbst zum Neutralen machte. Dass es vor allem um die Haltung der Presse ging bzw. um deren Knebelung, geht aus den folgenden Worten hervor: «Eines solchen Anstandes sollen sich nicht nur die lauten Schreier, sondern vor allen Dingen auch die ‚vornehmen‘ Demagogen der ‚seriösen‘ bürgerlichen Presse zu befleißigen trachten.» Die Einstellung der ‚vornehm‘ und ‚objektiv‘ getarnten bürgerlichen Diskriminierung sei nämlich «viel gefährlicher als die Flut marxistischer Wutausbrüche». Da haben wir den besonderen Zorn gegen die bürgerliche Presse wieder, den wir schon kennen. (Vgl. dazu: Walther Hofer, Neutraler Kleinstaat im europäischen Konfliktfeld, in: Helmut Altrichter / Josef Becker, Kriegsausbruch 1939, München 1989, S. 205-228, sowie Luchsinger, S. 202.)

### *Nachgeben bedeutet Aufgeben*

Es war starker Tabak. Besonders wenn man bedenkt, dass der allmächtige «Führer» die Neutralität der Schweiz nicht lange vorher ohne Wenn und Aber anerkannt hatte. Offensichtlich ist da mit verteilten Rollen gespielt worden. Denn es war unter den im Führerstaat herrschenden Umständen völlig undenkbar, dass da irgend ein Publizist ohne allerhöchste Erlaubnis das öffentlich gegebene Wort des Führers in Frage stellen konnte. Es war wie gesagt ein Versuchsballon, von dem man sich ganz oben jederzeit distanzieren konnte. Wenn möglich noch

unter Berufung auf die längst nicht mehr existierende Meinungs- und Pressefreiheit! Der Umgang mit der schweizerischen Neutralität ist längst nicht der einzige Fall, wo dieses scheinheilige Getue nachweisbar ist.

«Wäre man solchen Auffassungen auch nur einen Schritt weit entgegengekommen, so hätte man sich alsbald in einer Situation befunden, wo einem vom Ausland die Meinungsäusserungen in Inhalt und Ton vorgeschrieben worden wären», kommentiert Fred Luchsinger die allfälligen Konsequenzen dieser neuen Doktrin. Man hätte die eigenen Auffassungen von Recht und Unrecht, von den Grenzen der Macht und der Funktion des Kleinstaates verleugnen müssen. Allen Bemühungen um den nationalen Selbsterhaltungswillen und die geistige Landesverteidigung wäre der Boden entzogen worden. (Luchsinger, S. 202.)

Die Schweizer Presse hat denn auch den deutschen Vorstoss, soweit sie überhaupt darauf eingegangen ist, entschieden abgelehnt (immer mit Ausnahme der frontistischen Blätter natürlich). Etwas bildhaft könnte man sagen: Der Versuchsballon, den man im Reich hatte aufsteigen lassen, konnte in der Schweiz nicht landen.

Hat Motta diese Gefahr ebenso klagesehen? Zweifel sind angebracht. Zwar hat er es entschieden abgelehnt, sich von Deutschland eine «Volksneutralität» aufzwingen zu lassen. Doch handkehrum war er doch wieder geneigt, den deutschen Forderungen ein Stück weit entgegenzukommen. So sagte er in einer Konferenz vom 26. 10. 1938 mit den für die Aussenpolitik zuständigen Redaktoren aller wichtigeren Schweizer Zeitungen – die Präsenzliste führt deren 58 auf – gemäss Protokoll: «Die Neutralität sei eine Staatsmaxime, und die Versuche deutscher Schriftsteller, sie in eine sog. Volksneutralität umzudeuten, müssten entschieden zurückgewiesen werden.» Doch dann folgt sogleich die Einschränkung, es sei nicht zu verkennen, «dass das staatliche Neutralitätsprinzip gewisse Reflexwirkungen auf die öffentliche Meinung ausübe, und es wäre natürlich ausgeschlossen, dass die Regierung eine Politik der Neutralität verfolgen könnte, die in den Äusserungen der öffentlichen Meinung keinen Widerhall finde.» Und dann kommt auch noch der Satz: «Die Schweiz müsse sich von einer Parteinahme im Kampfe der verschiedenen ideologischen Auffassungen fernhalten ...»

## *Der Gegensatz bleibt bestehen*

Mit dieser Auffassung stand Motta allerdings ziemlich isoliert da, wie der Verlauf der Konferenz mit den Vertretern der Presse zeigen sollte. Sofort hat ihm der Chefredaktor der NZZ widersprochen. Zwar seien Beschimpfungen von Völkern und Staatsoberhäuptern als unsinnig abzulehnen, führte Bretscher aus. Doch dann fügte er hinzu: «Hingegen könne sich die schweizerische Presse das Recht nicht nehmen lassen, zu den fremden ideologischen Auffassungen sich sachlich zu äussern und abwehrend Stellung zu beziehen.» Die Schweiz sei einer intensiven deutschen Radiopropaganda ausgesetzt und müsse sich gegen diese auf dem Wege der Presse zur Wehr setzen.

Deutlicher könnte der Gegensatz zwischen dem Aussenminister und einem der führenden Zeitungsleute wirklich nicht zum Ausdruck kommen. Dass die gesamte Korona der anwesenden Presseleute die Meinung von Bretscher teilte und nicht diejenige von Motta, zeigte der Verlauf der Konferenz sehr deutlich. So wandte sich der sozialdemokratische Redaktor und Nationalrat Arthur Schmid gegen die Gefahr, «die in einer Art Defaitismus und Gleichschaltung der Presse für unser Land liege». Und dann fügte er hinzu: «Die Neutralität gelte nur für den Staat und nicht für die Presse.» Er verwies auf die verhängnisvollen Konsequenzen des mit dem Reich abgeschlossenen Presseabkommens in Österreich. Jeder Einmischung von nationalsozialistischer Seite müsse von Anfang an und mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Zwischen «rechts» und «links» herrschte in dieser Frage eine grundsätzliche Übereinstimmung. Es bestand also eine geschlossene pressepolitische Front gegenüber den die Meinungsfreiheit einschränkenden Forderungen nicht nur von aussen, sondern auch von oben. In seinem Schlusswort hat Motta betont, die «wirklich sachliche» Kritik solle unberührt bleiben, «hingegen könnten Presseauschreitungen, die sich mit unserem Landesinteresse nicht vertragen, nicht länger geduldet werden.» (Vgl. DDS, 12, No. 435.)

So weit so gut. Doch was hiess «sachliche» Kritik oder «objektive» Berichterstattung gegenüber einem Regime wie demjenigen in Deutschland? Die Erfahrung zeigte doch, dass man in Berlin mit «sachlich» und «objektiv» eigentlich schlicht «unkritisch» gemeint hat. Die – übrigens unbestrittenen – «Errungenschaften» des Dritten Reiches sollten Gegenstand der Berichterstattung sein, die weniger schönen Begleiterscheinungen dagegen nicht. Also z.B. Autobahnen ja, Judenverfolgungen nein.

Wir haben diese Auseinandersetzung etwas ausführlicher dargestellt, um darzutun, dass der Gegensatz zwischen Presse und Regierung trotz aller Aus-

sprachen und Konferenzen bestehen blieb. Und so sollte es auch bleiben, solange das Dritte Reich existierte. Der Gegensatz war recht eigentlich unüberbrückbar, da sich das Problem des Verhältnisses zwischen Pressefreiheit und Neutralität der Regierung und der Presse unter verschiedenen Blickwinkeln darbot. Den politischen Behörden ging es darum, die ohnehin schwierigen Beziehungen mit dem unangenehmen grossen Nachbar im Norden durch allzu kritische Presseberichte nicht noch zusätzlich zu belasten. Die Presse aber hielt daran fest, dass es ihre Aufgabe sei, gegen totalitäre Ansprüche den geistigen Abwehrkampf zu führen und bei den eigenen Behörden dafür um Verständnis zu werben.

### *Nationale Selbstbehauptung in schwierigem Umfeld*

Rückblickend, nachdem die damaligen Gefahren glücklich überstanden sind, wird man natürlicherweise dazu neigen, in diesem Streit die Partei der Presse zu ergreifen. Um ein gerechtes und historisch angemessenes Urteil bemüht, wird man indessen auch für die Bedenken der für die Aussenpolitik (und übrigens auch für die Landesverteidigung) Verantwortlichen Verständnis aufbringen müssen. Denn der im Sturmzentrum gelegene Kleinstaat Schweiz hatte sich in Machtverhältnissen zu behaupten, die sich grundlegend zu seinem Nachteil verändert hatten. Zu diesen nachteiligen Veränderungen gehörte einerseits der Umstand, dass in zwei der drei noch verbliebenen Nachbarstaaten sich antidemokratische und aggressive Regimes etabliert hatten, die eine ständige potentielle Bedrohung darstellten. Damit in direktem Zusammenhang stand andererseits die ebenfalls höchst unerfreuliche Tatsache, dass das System der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes, auf den Motta so grosse Hoffnungen gesetzt hatte, praktisch völlig äusser Kraft gesetzt war.

Der Völkerbund war gerade von den kleineren Staaten als ein Hort ihrer Sicherheit angesehen worden. Jetzt war an die Stelle der erhofften gemeinsamen Sicherheit eine äusserst beunruhigende allgemeine Unsicherheit getreten. Die schwächeren Mitglieder der europäischen Staatengesellschaft fühlten sich allein gelassen, so auch die Schweiz. Diese unselige Entwicklung war nicht nur auf die aggressive und völkerrechtsverachtende Politik militaristischer Regimes zurückzuführen, sondern eben auch auf die erschütternde Ohnmacht jener Staaten, die man als «Vormächte» des Völkerbundes zu bezeichnen sich angewöhnt hatte: die westlichen Demokratien Frankreich und England. Es ging, gerade auch für die Schweiz, um das staatliche Überleben schlechthin in einer ausgesprochen feindseligen Umwelt. Nach den Ereignissen des Jahres 1938 war auf

Hilfe von dritter Seite kaum zu rechnen. Man muss sich dieses wenig erfreuliche Bild der Lage, in der sich die Schweiz damals befand, vor Augen halten. Erst dann kann man einen Begriff davon bekommen, welche Schwierigkeiten die mit der Leitung des Staates betrauten Persönlichkeiten auf dem Weg der nationalen Selbstbehauptung zu bewältigen hatten. Voreilige und billige Kritik ex post scheint uns daher nicht am Platz.

*Wo es keine Neutralität geben kann (oder darf)*

Trotzdem aber mutet es irgendwie befremdlich an, dass man im Aussenministerium – und nicht nur dort – die Auffassung vertreten hat, die Schweiz könne sich aus dem damaligen Kampf der verschiedenen «ideologischen Auffassungen» heraushalten. Insofern diese ideologische Auseinandersetzung eine solche zwischen totalitärem und demokratischem Staatsverständnis gewesen ist, war die Schweiz zweifellos Partei. *Nostra res agitur*, konnte man da nur sagen: es geht auch um unsere Sache. Die äusserst schwierige Lage, in die das Land im Verlaufe der 30er Jahre hineingeraten war, hatte nichts daran zu ändern vermocht, dass sich das Schweizervolk trotz aller von aussen kommenden Unkenrufen nach wie vor in seiner überwältigenden Mehrheit zur Demokratie bekannte. Wenn diese Demokratie nun von der totalitären Propaganda pausenlos mit wüsten Beschimpfungen überschüttet wurde; wenn man sie mit dem Bolschewismus in einen Topf schmiss (wie Feldmann es formuliert hat) oder wenn der Schweiz schlichtweg das Existenzrecht abgesprochen wurde, dann konnte man doch wohl nicht so tun, als ob man davon nicht betroffen wäre.

Es dürfte auch einleuchten, dass unter solch unerfreulichen Umständen die Gefühle der Eidgenossen für die totalitären Nachbarn alles andere als «freundschaftlich» gewesen sind. Motta glaubte indessen, dies dürfe den Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen nicht beeinflussen. Unbeirrt hielt er an seiner Formel fest, das Land müsse mit allen Nachbarstaaten «freundschaftliche» Beziehungen pflegen. Die Sozialdemokraten sind sicher nicht allein gewesen, wenn sie einen Unterschied machen wollten zwischen Beziehungen zu demokratischen und zu «faschistischen» Staaten. Für letztere, meinten sie, sei der Begriff «korrekte» Beziehungen angebracht.

Motta und alle, die so dachten wie er, wollten nicht zur Kenntnis nehmen, dass sich Europa lange vor Beginn des (militärischen) Krieges in einem geistig-politischen oder eben ideologischen Krieg befunden hat. Und in einer solchen Auseinandersetzung konnte es eben keine Neutralität geben. Unter denen, die

so taten, als ob das möglich sei, befanden sich auch all jene, die im Grunde hinter einer solchen Politik lediglich ihre Sympathie für das doch so «erfolgreiche deutsche Experiment» verbergen wollten.

Nur allzu leicht und allzu rasch hätte Mangel an Abwehr und Widerstand als Bereitschaft zur geistigen und politischen Kapitulation ausgelegt werden können. Dass genau dies das eigentliche Ziel der totalitären Propaganda sei, hatte der «Führer» schon in seinem Kampfbuch verkündet. Goebbels hat sich dann sofort daran gemacht, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen. Er werde die kleinen Neutralen «weichklopfen», so oder ähnlich, hat er sich mehrmals geäußert. Dieser Gefahr entgegenzutreten, und zwar mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, das war eine Aufgabe, zu deren Bewältigung die Presse in vorderster Front gestanden hat. Es gereicht ihr zur Ehre, dass sie diese Herausforderung angenommen und, nimmt man alles in allem, mit Bravour gemeistert hat.

*«Die Völker bezahlen die Scheiben, die die Zeitungen einwerfen»  
(frei nach Otto von Bismarck)*

Das Problem, wo die Grenzen zwischen Meinungs- bzw. Pressefreiheit und Neutralität zu ziehen seien, blieb auch in den folgenden Jahren ungelöst. Die bald anbrechende Zeit des von Hitler entfesselten Krieges sollte immer wieder Gelegenheit geben zu entsprechenden Auseinandersetzungen. Vor allem die zahlreichen völkerrechtswidrigen Aggressionen gegen neutrale und kleinere Staaten führten in der Schweizer Presse jeweils zu scharfer Kritik an dem deutschen Vorgehen. Und natürlich zu entsprechenden Reaktionen (und Überreaktionen) aus dem Reich. Nach dem überwältigenden deutschen Sieg im Westen, über den in der Schweiz die in Berlin erwartete Freude und Bewunderung nicht so recht aufkommen wollte, reagierte man von drüben besonders gereizt.

So schrieben die Innsbrucker Nachrichten am 4. Juli 1940 vom «Juden- und Judendienerpack in der eidgenössischen Lügenpresse», die sich seit Jahren grösste Mühe gebe, «direkt oder indirekt im Dienste der Juden gegen den Nationalsozialismus zu wühlen». Der Anlass für diese antisemitische Tirade eines damaligen (und verdientermassen auch vergessenen) Ordinarius für Geschichte war eine angebliche «hundsgemeine Verleumdung unserer Fallschirmjäger», die der Berner Bund anlässlich des Einmarsches deutscher Truppen in Holland und Belgien sich habe zu Schulden kommen lassen.

Die ehemals österreichische Zeitung regte sich noch nachträglich auf über die Reaktion der Schweizer Presse auf die «Vergewaltigung Österreichs».

Sie schrie, «dass die Kuhmäuler schäumten», und benahm sich unanständiger als die englische und französische Presse, wettete der Autor. Dass die Schweizer Presse der deutschen Aggressionspolitik gegenüber in den Jahren 1936-38 kritischer gewesen ist als diejenige der westlichen Demokratien, ist sogar richtig, wie wir dargelegt haben. Man kann bis zu einem gewissen Grad übrigens nachvollziehen, dass dieser Umstand die Deutschen irritierte. Auch Staatssekretär von Weizsäcker kam zu wiederholten Malen auf dieses ihm offenbar ebenfalls unverständliche Phänomen zu sprechen: dass in der neutralen Schweiz die öffentliche Meinung Deutschland gegenüber wesentlich kritischer gestimmt gewesen ist als diejenige in den potentiell feindlichen Staaten Frankreich und England.

Als dann das Sudetenland «heimgeholt» worden sei, so geifert die erwähnte Zeitung weiter, hätten der Berner Bund und «die verschiedenen Zürcher Presereptile die Grosslogentrommel für den Oberfreimaurer und Judenknecht Benesch geschlagen». In diesem Stil, der dem antisemitischen Hetzblatt «Der Stürmer» in nichts nachstand, ging es noch ellenlang weiter. Richtig wiederum ist hingegen die Feststellung, in diesem Krieg stehe «die Sympathie der erdrückenden Mehrheit der in deutscher Sprache geschriebenen eidgenössischen Presse auf der Seite der Feinde des Reichs». (Text bei Bonjour, Neutralität VIII, S. 117 ff.)

Nicht nur in diesem, sondern auch in andern ähnlichen Artikeln in der gleichgeschalteten deutschen Presse ist auffallend oft die Rede von den eingeschlagenen Fensterscheiben. Die etwas vornehmere Frankfurter Zeitung schrieb von zerschlagenem «Porzellan». Ganz im Sinne des viel zitierten Wortes von Bismarck, wonach die Völker die Fensterscheiben zu bezahlen hätten, welche ihre Zeitungen einwerfen.

## **Die Haltung der Behörden**

### *In Bern rechnet man nicht mit Krieg*

Auf Grund der Lektüre der politischen Berichte unserer Diplomaten, vor allem aus London und Paris, musste man in Bern bald einmal den Eindruck gewinnen, dass die westlichen Demokratien die CSR fallenlassen würden. Dieser Meinung war Bundesrat Minger schon am 17.9., wie Feldmann seinem Tagebuch anvertraut. Er selbst war am 20.9. der Ansicht, Frankreich und England hätten «vor Hitler vollständig kapituliert». Am gleichen Tag hat der schweizerische Gesandte aus London ebenfalls von Kapitulation gesprochen, wie wir gesehen ha-



ben. Es würde also mangels Widerstandes der Westmächte keinen allgemeinen europäischen Konflikt geben. Wie der Chef des Militärdepartements wiederholt feststellte – auch gegenüber später aufkommender Kritik an den spärlichen militärischen Abwehrmassnahmen –, liessen auch die Meldungen des Nachrichtendienstes darauf schliessen, «dass von deutscher und französischer Seite keinerlei Anzeichen einer Gefährdung unserer Grenze vorliege». Die Regierung werde «stündlich über die Ergebnisse unseres politischen und militärischen Nachrichtendienstes orientiert» (Tagebuch Feldmann, 29.9.1938).

Auf Grund dieser Lagebeurteilung kam man in der obersten militärischen Führung zum Schluss, dass keine unmittelbare Kriegsgefahr drohe und daher vorläufig auf die Mobilisierung von Kampftruppen verzichtet werden könne. Dieser Entschluss sollte, wie gleich zu zeigen sein wird, sowohl in der Öffentlichkeit wie innerhalb des Generalstabes zu einer teils heftigen Auseinandersetzung führen. Als am 24. 9. die Verhandlungen zwischen England und Deutschland abgebrochen wurden und kleinere Länder wie Belgien und Holland Reservisten einberiefen, drängten die engsten Mitarbeiter des Generalstabchefs auf Mobilisierung von Grenztruppen.

Doch ganz oben glaubte man nach wie vor, sich mit Alarmdetachementen begnügen zu können. Auf dem Höhepunkt der Krise, am 28.9., an dem Hitlers Ultimatum ablaufen sollte, beriet die Regierung immerhin über eine Teilmobilmachung. Als die Meldung über das Zustandekommen einer Viererkonferenz in München eintraf, wurde der Entscheid verschoben. Man wollte jetzt das Ergebnis dieser Konferenz abwarten. Am 29. 9. beschloss der Bundesrat, sofort die Grenztruppen zu alarmieren und auch die Wahl des Generals vorzubereiten, sobald sich Anzeichen für ein Scheitern dieser Konferenz zeigen sollten. Nach der Unterzeichnung eines Abkommens und der sich daraus ergebenden Beruhigung der Lage wurden die getroffenen Massnahmen stufenweise rückgängig gemacht. (Vgl. DDS, 12, No. 404, 408.)

### *Kritik an den militärischen Massnahmen*

In der Generalstabsabteilung kam es nach «geschlagener Schlacht» zu einer «Manöverkritik». Der Unterstabschef Front, schärfster Kritiker an den seiner Ansicht nach ungenügenden militärischen Abwehrmassnahmen, fasste seine Bedenken in einem ausführlichen Memorandum mit Datum vom 7.10. zusammen. Die Lagebeurteilung, so kritisierte er, habe lediglich auf Vermutungen über die Absichten der Grossmächte beruht. Ein Verzicht auf das Ergreifen von umfassenden Massnahmen könne damit nicht gerechtfertigt werden. Angesichts

der Stärke der in den Nachbarländern mobilisierten Truppen hätte ein Überfall auf unser Land ohne die mindeste Vorbereitung jederzeit stattfinden können. Wären die Grenztruppen erst dann aufgeboten worden, dann wären sie zu spät gekommen. Es gelte daraus für eine kommende Krise, die bestimmt eintreffen werde, die notwendigen Lehren zu ziehen. Zwar hielt der Chef des Militärdepartementes daran fest, «dass so, wie die Dinge damals lagen, eine Mobilmachung nicht am Platze gewesen wäre». Immerhin zeigte sich auch Minger von der internen und externen Kritik nicht ganz unbeeindruckt. Jedenfalls zog er aus dem Erlebten den Schluss, «dass es notwendig ist, schon in Friedenszeiten alle Vorkehrungen zu treffen, die erforderlich sind, um die Kriegsbereitschaft des gesamten Landes schlagartig auslösen zu können». (Vgl. DDS, 12, No. 421 sowie Hans Senn, Geschichte des Generalstabes, Band VI, S. 329 ff.)

In dem erwähnten Memorandum wurde auch darauf hingewiesen, dass die Öffentlichkeit ebenfalls beunruhigt gewesen sei über das Ausbleiben wirksamer Massnahmen gegen eine mögliche Bedrohung des Landes während der Septemberkrise. Im Pressebereich hat sich die NZZ mit ihrer pointierten Kritik besonders hervorgetan. So gab sie zu bedenken: «Die vollkommenste Bewaffnung und die beste Ausbildung unserer Armee würden im Ernstfall nutzlos sein, wenn wir nicht verstehen, diese so rechtzeitig einzusetzen, dass sie in der Stunde der Not bereit sind ...»

Als man in Bern solche Warnungen als «zürcherische Nervosität» abtun wollte, replizierte der bekannte Historiker und Professor für Geschichte an der ETH Gottfried Guggenbühl mit den Worten, man habe in Bern sicher sehr *klug* gehandelt, wenn man die Nerven nicht verlor. «Aber man hätte die Nerven auch noch nicht verloren und vielleicht sogar *weise* gehandelt, wenn trotz allem die Armee ganz oder teilweise aufgeboten worden wäre. Wer zu früh kommt, ist zur rechten Zeit schon da.» (Zitiert bei Luchsinger, S. 194.)

### *Erfolge in der Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft*

Die teilweise heftigen Auseinandersetzungen über das richtige Mass der zu treffenden militärischen Vorbereitungen in der Krise von 1938 haben sich anlässlich des Überfalls auf die CSR im März 1939 wiederholt. Dass die Deutschen ein scharfes Auge auf die schweizerischen militärischen Massnahmen gerichtet hatten, geht aus entsprechenden Interventionen hervor, positiven wie negativen. So zeigte sich der Gesandte des Reiches im Herbst 1938 erfreut darüber, dass der Bundesrat «Rückgrat» bewiesen habe, als er auf die Forderungen nicht eingegangen sei, weitergehende militärische Massnahmen zu ergreifen. In glei-

chem Sinne äusserte sich Staatssekretär Weizsäcker dem schweizerischen Gesandten in Berlin gegenüber. Man habe es «als Zeichen eines berechtigten (!) Vertrauens begrüsst, dass die Schweiz keine besonderen militärischen Massnahmen ergriffen habe». (DDS 12, No. 430.)

Umgekehrt zeigte sich der deutsche Militärattache bereits besorgt über die immer noch sehr zurückhaltenden Massnahmen, die im Frühjahr 1939 nach dem Überfall auf Prag getroffen wurden. Er glaubte, sie seien einseitig gegen Deutschland gerichtet. Was besorgten Eidgenossen eindeutig zu wenig gewesen ist, war für die Deutschen also schon zu viel. In Berlin ist man offensichtlich beleidigt, wenn man die Nacht- und Nebelaktionen der deutschen Wehrmacht als latente Bedrohung empfindet. Unwillkürlich denkt man an Lafontaines Fabel vom Schaf und vom Wolf.

Ob all den Kritiken am Verhalten der militärischen Behörden sollte indessen nicht aus den Augen verloren werden, welche Fortschritte in der Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft des Landes zwischen 1933 und 1939 erreicht worden sind. Wenn es diese (unbestreitbaren) Fortschritte zu würdigen gilt, muss man bedenken, dass der Nachholbedarf ausserordentlich gross gewesen ist. Erst um 1935/36, als Hitler begann, die Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages einseitig äusser Kraft zu setzen und Deutschland in grossem Massstab wieder aufzurüsten, ist breiteren Volksschichten in der Schweiz die Gefahr bewusst geworden, in der man schwebte. Nun ging es bald einmal manchem besorgten Bürger zu wenig rasch voran mit der Verbesserung der militärischen Abwehrbereitschaft. Doch dem Tempo der Aufrüstung waren aus verschiedenen Gründen enge Grenzen gesetzt. So gab es kaum beschaffungsreife Prototypen der wichtigsten Waffen. Die schweizerische Rüstungsindustrie hatte nicht die notwendige Kapazität. Die andern Staaten hielten sich zurück, wenn es um den Kauf moderner Waffensysteme ging – ausgerechnet Deutschland zeigte sich grosszügig und stimmte dem Verkauf moderner Flugzeuge an die Schweiz zu. (Diese Messerschmittmaschinen sollten sich dann nach Kriegsbeginn, wohl eher unvorhergesehenerweise, in Luftkämpfen mit deutschen Flugzeugen bewähren, was dem deutschen Luftwaffenchef Göring allerdings wenig Freude bereitete.) Schliesslich war auch die bestehende Organisation des Militärdepartementes leistungsmässig dem erhöhten Druck nicht gewachsen. Angesichts dieser Schwierigkeiten können sich die bis zum Kriegsbeginn erreichten Fortschritte in der Aufrüstung der Armee durchaus sehen lassen. ISO wurde die Infanterie – nach wie vor das eigentliche Rückgrat der Armee – mit schweren Waffen ausgerüstet; die Artillerie, die zum Teil aus dem vorher-

gehenden Jahrhundert stammte, erhielt neue modernere Geschütze; die Ausbildungszeiten wurden verlängert und den neuen Anforderungen angepasst; die Flugwaffe ist wie erwähnt entscheidend, wenn auch noch längst nicht genügend verstärkt worden; die Grenzbefestigungen wurden ausgebaut (von dem wichtigsten Bauvorhaben Sargans war schon die Rede); Armeeführung und Logistik reorganisiert. Schliesslich hat das Militärdepartement die Schaffung des passiven Luftschutzes an die Hand genommen und die Initiative ergriffen, um die wirtschaftliche Kriegsvorsorge auf die Beine zu stellen.

### *Schaffung eines militärischen Nachrichtendienstes*

Der Aufbau eines militärischen Nachrichtendienstes war lange vernachlässigt worden. Erst die Krisen des Jahres 1938 führten zu einem beschleunigten Ausbau der völlig unterentwickelten Strukturen, wenn auch immer noch in höchst bescheidenem Rahmen. «Das Bedürfnis nach einem strategischen Nachrichtendienst wurde massgeblich durch die Überraschungserfolge des Dritten Reiches geweckt.» (Pierre Braunschweig, Geheimer Draht nach Berlin, Zürich 1989, S. 69. Bei diesem Buch über die Geschichte des schweizerischen Nachrichtendienstes während des Zweiten Weltkrieges handelt es sich um eine seinerzeit aus meinem Seminar an der Universität Bern hervorgegangene Dissertation. Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich vor allem auf diese massgebliche Untersuchung.)

Die Leitung des äusserst rudimentären Dienstes hatte im August 1936 Roger Masson übernommen. Damals bestand diese Sektion des Generalstabes lediglich aus dem Chef und seinem Sekretär (!). Allmählich erhöhte sich der Personalbestand auf 5 im Herbst 1938 und schliesslich auf 10 bei Kriegsbeginn. Die Mittel, die Masson zur Verfügung gestellt wurden, waren aber weiterhin sehr bescheiden. Von zunächst 10'000 Franken erhöhte sich der Kredit auf 50'000 Franken im März 1938 und auf 250'000 Franken im Jahre 1939. Es ist leicht einzusehen, dass es äusserst schwierig gewesen sein muss, mit derart bescheidenen finanziellen Mitteln einen einigermaßen zufriedenstellend funktionierenden Nachrichtendienst auf die Beine zu stellen.

Die bedrohliche Entwicklung der internationalen Lage hat die Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Informationsdienstes gefördert. Rechtzeitige Informationen waren umso dringlicher angesichts des neuen «Stils» in der deutschen Aussenpolitik, einer «neuartigen kombinierten Strategie, worin die eigentlichen militärischen Kampfmittel nur *ein* Element bildeten und hauptsäch-

lich dazu dienen, die Wirkung der wirtschaftlichen und psychologischen Waffen zu unterstützen, um damit Hitlers politische Ziele zu erreichen». Bei dieser neuen Taktik und Strategie wurden die Grenzen zwischen Frieden und Krieg absichtlich verwischt, und das eine konnte jederzeit, ohne Vorwarnung, in das andere übergehen. Dazu gehört auch, dass keine öffentliche Generalmobilmachung im Stile von 1914 mehr notwendig gewesen ist, sondern in aller Stille stufenweise Kriegsbereitschaft erstellt wurde. Dieses Vorgehen war die Voraussetzung für das überfallartige, oder wie Hitler es zu nennen pflegte, «blitzartige» Zuschlagen. Nach diesem Schema ist die Besetzung Österreichs abgelaufen und hat entsprechenden Eindruck auch in der Schweiz gemacht, wie wir an Hand von Pressestimmen gezeigt haben.

Der Chef des Generalstabes, Labhart, hat nach dem plötzlichen Untergang des Nachbarstaates sofort reagiert. Die jüngsten Ereignisse hätten gezeigt, schrieb er an den Verteidigungsminister Bundesrat Rudolf Minger am 29. März 1938, dass der Nachrichtendienst nicht ausreichend dotiert sei, um rechtzeitig die Informationen beschaffen zu können, welche als Unterlagen für die Entschlüsse der verantwortlichen Stellen notwendig seien. Schon kurz vor dem Überfall auf das Nachbarland hatte Labhart umfassende und detaillierte Weisungen für den Neuaufbau des Nachrichtendienstes erlassen. Darin nahm «die Sicherung gegen Überfall» einen zentralen Platz ein. Danach sollte in einem 30-100 km breiten Streifen entlang der Schweizer Grenze «ein Netz schweizerischer Vertrauensleute» aufgebaut werden, «die nach einem vereinbarten System jede Truppenverschiebung zu melden hatten». Bezeichnenderweise wurde hinzugefügt, dass das Schwergewicht auf dem süddeutschen Raum liegen sollte.

Es leuchtet ein, dass für eine solche Operation mehr Personal und entsprechend mehr Finanzen unentbehrlich waren. Es ist erstaunlich, dass es Masson und seinen Leuten unter den gegebenen Umständen gelungen ist, während der Sudetenkrise «befriedigende Resultate zu erbringen». Im Frühjahr 1939, nach der ebenfalls überfallartigen Besetzung von Prag, begründete Minger einen neuen Antrag auf wesentliche Erhöhung der Kredite für die Nachrichtenbeschaffung ausführlich in seinem Gesuch an das Finanzdepartement. Er stellte darin u.a. fest, «dass in der Tat ein rasch und zuverlässig arbeitender Nachrichtendienst die beste Gewähr bietet für eine rechtzeitige Bereitschaft der Armee». Die Investitionen in diesen Dienst haben sich zweifellos bezahlt gemacht, wie sich im bald nachfolgenden Krieg zeigen sollte, auch wenn Pannen nicht vermieden werden konnten.

## 4 Das Ergebnis der Appeasement Policy: Statt Frieden Krieg zum falschen Zeitpunkt

### Tendenziöse Beurteilungen der militärischen Lage

Während der Sudetenkrise wird von französischer wie vor allem auch von britischer Seite immer wieder mit nachweislich falschen Beurteilungen der militärischen Kräfteverhältnisse operiert. Die Tendenz dabei ist eindeutig: Überschätzung des deutschen Angriffs- bei gleichzeitiger Unterschätzung des tschechischen Verteidigungspotentials – falls man das letztere überhaupt der Erwähnung wert findet. Darüber beklagt sich auch der schon erwähnte seinerzeitige französische Militärattache in Prag, General Faucher, in einem Rechenschaftsbericht. So zitiert er u.a. eine Rede des französischen Aussenministers Georges Bonnet, der (offensichtlich zur Rechtfertigung seiner Haltung während der Sudetenkrise) erklärt habe, «qu'en septembre 32 divisions allemandes étaient prêtes à attaquer la Tchécoslovaquie, mais il ne dit rien des forces tchécoslovaques». Er wisse nicht, schreibt Faucher, ob man in den Verhandlungen rund um München die militärischen Möglichkeiten der CSR überhaupt in Betracht gezogen habe. Was er aber wisse, sei, dass man nachher so argumentiert habe, als ob eine tschechische Armee gar nicht existierte. (*L'année politique française et étrangère 1939*, p. 85-102.) Inzwischen weiss man, dass die tschechischen Verteidigungsmöglichkeiten in den französisch-britischen Begegnungen und Gesprächen, die auf den Weg nach München führten, kaum eine Rolle gespielt haben. Es sei denn, dass man sie, vor allem in der Umgebung von Chamberlain, entgegen den Tatsachen als äusserst gering eingeschätzt hat.

Bonnets Rede ist also symptomatisch für die Haltung aller Verfechter der Appeasementpolitik: die deutsche Wehrmacht als derart überlegen darzustellen, dass es keine Rettung für die bedrohte CSR geben könne, auch nicht im Falle einer Hilfe durch Frankreich und eventuell England. Eine solche würde lediglich zu einem allgemeinen europäischen Krieg führen und dem bedrohten Staat gar nichts nützen. Das ist die Ansicht, die sich schliesslich in beiden Ländern durchsetzte und zur Kapitulation von München führte. Aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen, könnte man dieses Verhalten auch nennen.

## *Masslose Überschätzung der deutschen Stärke in Frankreich*

Diese offensichtliche Tendenz zur Schwarzmalerei ist auch andern Autoren aufgefallen. So stellt der US-Historiker Gerhard L. Weinberg, einer der besten Kenner der betreffenden Epoche, fest, man habe in Frankreich ein falsches Bild vom deutschen Rüstungsstand gehabt. «Die Ursachen der grossen Überschätzung der deutschen Stärke sind noch nicht völlig geklärt», meint er, «aber es gibt keine Rätsel über ihr Resultat.» Und dann fährt Weinberg fort: «Die französischen Befehlshaber sahen einem Krieg gegen Deutschland mit resignierendem Defaitismus entgegen; sie übertrugen diese Haltung zuerst auf die politische Leitung ihres Landes und zuletzt auf ihre eigenen Soldaten.» (Vgl. Weinbergs Aufsatz über «Deutschlands Wille zum Krieg» in: Sommer 1939. Die Grossmächte und der europäische Krieg, Stuttgart 1979, S. 15 ff)

Was Frankreich anbetrifft, ist die Tendenz der Überschätzung des deutschen Militärpotentials keineswegs erst 1938 festzustellen, sondern schon anlässlich der Rheinlandkrise von 1936, wie wir gezeigt haben. Schon damals hat Gamelin die Zahl der ins entmilitarisierte Gebiet einmarschierten deutschen Truppen um «nur» gerade das Zehnfache überschätzt. Mit dieser höchst wahrscheinlich bewusst falschen Angabe hatte der französische Oberkommandierende der Regierung einzureden versucht, dass eine Generalmobilmachung notwendig sei, von der er genau wusste, dass die Regierung sie unter keinen Umständen verfügen würde. Damit war er fein raus und hatte die offensichtlich erstrebte Entschuldigung, militärisch nichts unternehmen zu müssen.

Dasselbe Vorgehen ist auch in der Krise von 1938 wieder festzustellen. Erneut spielte sich dasselbe penible Szenario ab. Wiederum überschätzte Gamelin die für den Fall eines deutschen Angriffs auf die CSR im Westen stationierten Truppen der Wehrmacht um denselben Faktor 10!

Schon im März des Jahres hatte Gamelin in einem Bericht an die Regierung ein äusserst pessimistisches Bild von den militärischen Kräfteverhältnissen entworfen. Nach diesem Bericht sollten die Deutschen bereits damals über 40 Divisionen in Friedenszeiten verfügen, die in Kriegszeiten auf die Zahl von 120 hätten anwachsen können. Ihr Programm sehe die Erhöhung auf 60 bzw. 180 Divisionen vor, heisst es dort weiter. Und schliesslich: Deutschland werde schon bald in der Lage sein, durch Generalmobilmachung sogar 200 Divisionen auf die Beine zu stellen. (!) Der israelische Militärhistoriker Katriel Ben-Arie, der sich auf Akten aus den Documents Diplomatiques Français beruft, meint

dazu einigermaßen sarkastisch, die deutschen Divisionen seien bei Gamelin wie Pilze aus dem Boden gewachsen, und das lediglich drei Jahre nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. (Vgl. dazu den sehr aufschlussreichen Artikel «Czechoslovakia at the time on Munich: The military situation» in: Journal of Contemporary History, vol. 25, 1990, p. 431 ff.)

### *Widersprüchliche Berichte des «deuxième bureau»*

Solche schiefen Beurteilungen der militärischen Lage mochten zum Teil auf entsprechende Fehlinformationen der Nachrichtendienste zurückgehen.

So schätzte das legendäre «deuxième bureau» im März 1938 die Stärke der deutschen Wehrmacht auf 126 Divisionen, was masslos übertrieben war. Unrichtig war auch die Meldung, wonach die deutschen Panzerdivisionen durch «chars lourds», also schwere Panzer, laufend verstärkt würden. Tatsächlich verfügten die Deutschen noch beim Überfall auf Polen im Herbst 1939 über keine schweren Panzer, geschweige denn ein Jahr zuvor, als sie einen Angriff auf die CSR planten. Über die Panzerfrage wird gleich noch mehr zu sagen sein.

Andererseits steht fest, dass man in der militärischen Führung entgegen anderslautender geheimer Informationen an den krassen Fehlbeurteilungen der militärischen Kräfteverhältnisse festgehalten hat. So hat der französische Nachrichtendienst im September 1938 nach Paris berichtet, dass die gut ausgerüstete tschechische Armee substantiellen Widerstand leisten werde, auch wenn sie der deutschen unterlegen sei (was, wie wir noch zeigen werden, gar nicht der Fall gewesen ist). Gleichzeitig wurde gemeldet, dass Deutschland nicht nur schwere wirtschaftliche Probleme habe, sondern auch militärische, indem der Wehrmacht 20'000 Offiziere fehlten, die Luftwaffe zu wenig Piloten habe und der Westwall noch lange nicht fertig gestellt sei, sondern noch grosse Lücken aufweise. Alle diese Meldungen entsprachen, wie inzwischen längst feststeht, den Tatsachen. (Vgl. Steven Ross in: Calculations. Net Assessment and the coming of the World War II, New York 1992, p. 157 ff.)

Trotz diesen zutreffenden Informationen über die deutschen Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten und über die relativ starke tschechische Armee wurde in Frankreich die militärische Situation also weiterhin pessimistisch beurteilt. (Dem Irrtum von der «supériorité de l'armée allemande» ist auch Duroseile noch zum Opfer gefallen. Sein Buch war aber schon Ende der 1970er Jahre erschienen.) Der israelische Historiker Ben-Arie meint, der französische Generalstab habe mit der unrealistischen Schwarzmalerei die eigene Regierung abschrecken wollen. Er wie auch andere Autoren sind der Ansicht, diese (zweifel-



los bewusste) «Fehleinschätzung» sei letztlich darauf zurückzuführen, dass Gamelin gewusst habe, wie wenig die im sturen Defensivdenken befangene französische Armee (führung) in der Lage gewesen wäre, offensive Aktionen grösseren Umfangs zur Entlastung des angegriffenen Verbündeten überhaupt bewerkstelligen zu können. Als «Nonstrategie» hat dies der bekannte französische Militärtheoretiker General Beaufre einmal bezeichnet.

### *Britischer Zweckpessimismus*

Wenn möglich noch pessimistischer hat der britische Generalstab die militärische Lage beurteilt. Zwar wurde man mit der Zeit in London etwas realistischer. So gingen die britischen Schätzungen der deutschen Stärke von 90 Divisionen im März 1938 auf 48 Divisionen im September zurück. Auch die Grösse der tschechischen Armee wurde jetzt einigermaßen korrekt angegeben, nämlich mit 21 Divisionen, die innerhalb weniger Tage durch Reserveeinheiten verdoppelt werden könnten. Die britischen Staatschefs hielten indessen an ihrer Meinung fest, dass nichts die Niederlage der CSR zu verhindern vermöge und daher ein Engagement Englands sinnlos wäre. Dies war genau die Botschaft, die Neville Chamberlain hören wollte, um seine Politik der Nachgiebigkeit auch militärisch rechtfertigen zu können.

(Vgl. dazu: Milan Hauner, *Czechoslovakia as a Military Factor in British Considerations of 1938*, in: *Journal of Strategie Studies* 2, 1978)

Die Berichte des britischen Militärattachés in Prag, Lieutenant-Colonel H. C.T. Stronge, die unvoreingenommen die Lage zu beurteilen versuchen, haben offensichtlich in London keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Zwar sind diese Analysen über die militärische Lage der CSR keineswegs unkritisch und erwähnen auch die Schwächen und Lücken in der Verteidigungspolitik des Landes. Zu einer derart pessimistischen Beurteilung, wie sie die militärischen Vorgesetzten in London vorgenommen haben, gaben sie indessen in keiner Weise Anlass – im Gegenteil.

### *Die Berichte des britischen Militärattachés in Prag*

So berichtet Stronge am 29. März 1938, die tschechische Armee sei wahrscheinlich «die beste in den kleineren Staaten Europas, speziell im Hinblick auf Ausrüstung und Bewaffnung». Er äussert zwar seine Zweifel, ob die Tschechen tatsächlich kämpfen würden, wenn ihre Verteidigungslinien überrannt würden und ihre Mobilisierung dadurch unterbrochen wäre. Doch wenn sie genügend Zeit

zur Vorbereitung hätten und mit Frankreichs Unterstützung rechnen könnten, würden sie standhalten («they will stand»). Zur Frage, ob sie einen längeren Widerstand leisten könnten, meint Stronge, dies sei vor allem in der Slowakei möglich. Die dortigen Bergregionen stellten ausgezeichnete Stützpunkte für längeren Widerstand dar. Wenn die Moral der Armee entsprechend gut sei, könnte sie sich dort für einen beachtlichen Zeitraum halten («for a considerable period of time»). Stronge weist auch auf die offensichtliche Schwäche der Grenze zum früheren Österreich hin, weil dort kaum Befestigungen angelegt worden seien. Andererseits ergebe das Gelände (Flüsse und Wälder) viele natürliche Hindernisse und verhindere eine leichte Durchquerung des Landes. Der Feind würde auch dort zu ernsthaften Kämpfen gezwungen sein.

In einem Bericht vom 3. September 1938 zeigt sich Stronge kritisch, was die höhere Militärführung der Tschechen anbetrifft, und meint, sie sei der deutschen unterlegen. Hingegen sei die Armee überraschend gut mit Waffen ausgerüstet. Das Land verfüge ja auch über den Vorteil einer Waffenindustrie, die jeder anderen in der Welt ebenbürtig sei. Andere Autoren bezeichnen sie als beste der Welt, insbesondere die Skodawerke. Dieser Ansicht sind offensichtlich auch die Deutschen gewesen. Denn als sie im März 1939 die «Resttschechei» liquidierten, wie man den amputierten Staat vielsagend titulierte, standen kriegswirtschaftliche und rüstungstechnische Interessen im Vordergrund. Welche Bedeutung der damit eingebrachten «Kriegsbeute» für die weitere Entwicklung zugekommen ist, wird noch zu zeigen sein.

Die durchschnittliche Ausrüstung der tschechischen Armee stehe hinter jener der deutschen nicht zurück, schreibt Stronge weiter. Die Tschechen seien sogar überzeugt, dass ihre eigene Ausrüstung jener der deutschen Armee überlegen sei (was für bestimmte Waffentypen durchaus zutreffend gewesen sein dürfte). Was schliesslich die Moral angehe, so sei diese Frage am schwierigsten zu beantworten. «Nach meiner persönlichen Ansicht ist die Moral der tschechischen Armee und der Nation hoch», urteilt der britische Militärattache – ganz im Gegensatz zu Frankreich, möchte man hinzufügen.

«Man würde kämpfen für die eigene Existenz und Unabhängigkeit», schreibt Stronge. Alles weise darauf hin, dass die Tschechen auch über ein gutes Durchhaltevermögen verfügten. Die Moral sei wahrscheinlich höher als auf deutscher Seite, da für die tschechischen Soldaten die Existenz des Vaterlandes auf dem Spiel stehe.

Zusammenfassend kommt dieser Bericht zum Schluss, es seien keine Mängel ausgemacht worden, die zu dem Glauben führen müssten, die tschechische Armee könnte sich selbst kein gutes Zeugnis ausstellen. Der grösste Nachteil

gegenüber Deutschland sei «die harte Wahrheit der numerischen Unterlegenheit». Nun wird aber der sonst so zuverlässige Stronge selbst Opfer der Manie, die deutsche Stärke zu überschätzen, wenn er von einem Verhältnis von 1:4,5 ausgeht. Davon konnte keine Rede sein. Demgegenüber sei der Ausbau der Befestigungen stark fortgeschritten und selbst der schwächste Sektor müsse noch einige Verteidigungskraft aufweisen. Obwohl sie von verschiedenen Seiten gleichzeitig angegriffen würden, hätten die Tschechen den strategischen Vorteil der inneren Linien. Und dann kommt das bedeutsame Schlussurteil:

«Aus meiner Sicht besteht daher kein wirklicher Grund, warum die Tschechen nicht in der Lage sein sollten, ganz alleine einen anhaltenden Widerstand aufrechtzuerhalten. Alles hängt von ihrer Moral ab. Wenn sie fällt, kann der Krieg nicht mehr als eine oder zwei Wochen dauern. Falls sie bestehenbleibt, kann er Monate dauern. Die Eroberung von Prag sollte nicht lebenswichtig sein.» (Die zitierten Berichte liegen uns als Fotokopien der Originale aus dem Public Record Office London vor.)

Dieser doch recht positive Bericht, auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise abgegeben, ist offenbar «schubladiert» worden. Ein entsprechender Einfluss auf das Verhalten der Regierung in London ist jedenfalls nicht auszumachen. Vielmehr fasste der britische Premier einige Tage später den Entschluss, sich auf die Pilgerfahrt nach Berchtesgaden zu begeben.

#### *40 «unfertige» (deutsche) Divisionen*

Die Schätzungen der verschiedenen Autoren über die Stärke der gegen die CSR aufmarschierten deutschen Kräfte pendeln sich bei der Zahl von ungefähr 40 Divisionen ein. Diese Zahl kann umso weniger angezweifelt werden, als der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General Wilhelm Keitel, sie selber angibt. In seinen nachgelassenen «Selbstzeugnissen» beklagt er die organisatorischen Schwierigkeiten, die sich bei den Vorbereitungen für den Aufmarsch gegen die CSR, dem sogenannten «Fall Grün», ergeben hätten. «Wie sollten bei den unfertigen 40 Divisionen (einschliesslich der Ostmark) die Kräfte und Angriffsmittel bereitgestellt werden», so fragt er sich rückblickend, «ohne die geringsten Mobilmachungsmassnahmen, die Hitler strengstens verboten hatte?»

Man beachte zwei Dinge: erstens schreibt Keitel von «unfertigen» Divisionen und zweitens vom Verbot einer Mobilmachung. Den letzteren Punkt haben wir schon früher einmal berührt. Es gehörte zur Taktik des deutschen Diktators, die eigenen Streitkräfte nur noch im Geheimen zu mobilisieren, also keine Mo-

bilmachung im traditionellen Sinn, d.h. mit öffentlicher Ankündigung, durchzuführen. Entsprechend heisst es dann im Befehl für den Angriff auf Polen vom 25.8.1939: «Der Führer und Reichskanzler hat für die Masse der Wehrmacht die Mobilmachung ohne öffentliche Verkündung (X-Fall) befohlen.» (Vgl dazu: Walter Hubatsch, Hitlers Weisungen für die Kriegführung, München 1965, S. 28.)

Auf diese Weise konnte das ausersehene Opfer unter Druck gesetzt werden, falls es in traditioneller Weise, und das heisst eben öffentlich, eine solche ankündigen sollte. (Auch die Schweiz kannte 1939 noch die herkömmliche Methode der öffentlichen Mobilmachung.)

Anders Hitler. Er konnte immer wieder mit einer deutschen Mobilmachung drohen, die er gar nicht brauchte, da seine Truppen ohne diese Massnahme zum Angriff bereitgestellt werden konnten. Damit wollte er sich einen strategischen Vorteil verschaffen, um den gegnerischen Staat möglichst vor der Vollendung von dessen eigener Mobilmachung überfallen zu können. Das ist Hitler 1939 im Falle Polen dann auch vollauf gelungen. Dabei arbeiteten die westlichen Verbündeten des Opfers dem Aggressor einmal mehr in die Hände, wenn sie Polen vor einer Generalmobilmachung bis zum letzten Augenblick abhielten. Eine solche könnte den «Führer» provozieren, warnten sie. So ist es gekommen, dass die polnischen Streitkräfte noch keineswegs voll mobilisiert gewesen sind, als die Deutschen angriffen.

Es bleibt ein Rätsel, warum die Nachrichtendienste der andern Mächte diesen deutschen Trick nicht durchschaut haben. Keitel beschreibt ganz offen, wie das gemacht wurde. Das wesentliche Mittel sei die Durchführung grösserer Manöver gewesen, die möglichst routinemässig aussehen sollten, damit man nicht entdecken konnte, «was hinter dieser ‚Manöver‘-Vorbereitung steckte». Dazu kamen, wie Keitel ausführt, «alle nur erdenklichen unauffälligen Hilfsmassnahmen». (Vgl. das von Werner Maser herausgegebene Buch: Wilhelm Keitel, Mein Leben, Berlin 1998, S. 225.)

Im Falle der CSR hätte diese perfide Überrumpelungstaktik allerdings nicht funktioniert. Denn Prag hat nach etwelchem Zögern am 23. September die Generalmobilmachung verkündet, nachdem auch die Westmächte angesichts der Verschärfung der Krise nach dem gescheiterten Rendez-vous von Godesberg nicht mehr davon abraten mochten. Jedenfalls war damit «das Überraschungsmoment, erstrangige Vorbedingung des Blitzkrieges» zunichte gemacht. (Vgl. dazu Iwan Pfaff, Die Modalitäten der Verteidigung der Tschechoslowakei 1938 ohne Verbündete, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 57, Heft 1, 1998, herausgegeben vom deutschen Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam.)

Was die «unfertigen» deutschen Divisionen anbetrifft, so geben sie einen doch recht deutlichen Hinweis auf die mangelnde Kriegstauglichkeit der deutschen Wehrmacht. Dessen war sich nicht nur der hitlerfeindliche Ludwig Beck bewusst, sondern auch der hitlerfreundliche, um nicht zu sagen hitlerhörige Wilhelm Keitel. Wütend über Einwände des damaligen Generalstabchefs Beck, soll der ehemalige Gefreite einmal geschrien haben: «Was sind das für Generale, die ich als Staatsoberhaupt womöglich zum Kriege treiben muss! ... Ich verlange nicht, dass meine Generale meine Befehle verstehen, sondern dass sie sie befolgen.» Keitel gehörte zur zweiten Kategorie. Auch da, wo er mit dem «obersten Befehlshaber» nicht einverstanden war, gehorchte er – wider besseres Wissen, auch wenn es später um verbrecherische Befehle ging. Resigniert schreibt Keitel in seinen Erinnerungen über Hitlers Verhalten:

«Wenn er sich etwas in den Kopf gesetzt hatte, vermochte ihn kein Mensch davon abzubringen. Er setzte seinen Willen durch, wenn nicht mit seinen Beratern, dann gegen sie.» (Mein Leben, S. 228.)

### *Deutsche Generale zweifeln am Erfolg eines Krieges gegen die CSR*

So verwundert es nicht, dass Keitel vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal bekennen musste, man habe damals – im Herbst 1938 – gewusst, dass die deutschen Angriffsmittel für ein Durchstossen der tschechischen Grenzbefestigungen unzureichend gewesen seien. Trotzdem war er bereit, genau das auf Geheiss Hitlers zu versuchen. Wie der damalige schweizerische Gesandte in Berlin, Minister Frölicher, berichtet, habe ihm die Frau des Generals Keitel bei einer Abendveranstaltung auf dem Höhepunkt der Krise die schweren Zweifel ihres Herrn Gemahls anvertraut. Diese Episode, über die Frölicher in seinen nur als Privatdruck herausgekommenen Erinnerungen berichtet, ist nicht nur pikant wegen der Redseligkeit der Generalsgattin, sondern auch deswegen, weil doch gerade Frölicher von der unbezwingbaren Überlegenheit der deutschen Wehrmacht überzeugt gewesen ist. Dieser Umstand macht die Mitteilung Frölichers auch besonders glaubwürdig.

Auch andere deutsche Heerführer äusserten sich skeptisch über die Erfolgsmöglichkeiten einer deutschen Blitzaktion gegen die CSR im Herbst 1938. Der Nachfolger Ludwig Becks als Chef des Generalstabes, Franz Halder, meinte nach Kriegsende rückblickend, das tschechische Befestigungssystem sei uneinnehmbar und unüberwindlich gewesen und viel stärker als die Maginotlinie (die, wenigstens teilweise, als Vorbild gedient hatte). Darüberhinaus bekannte Halder – was schon die Meinung seines Vorgängers Beck gewesen war –, dass die deut-

sche Wehrmacht im September 1938 auf einen Krieg «total unvorbereitet» gewesen sei. So habe damals lediglich eine einzige vollausgerüstete Panzerdivision bestanden. Sogar die Gesamtzahl der Divisionen sei auf tschechischer Seite höher gewesen.

Der spätere Generalfeldmarschall Erich von Manstein kam zum Schluss:

«Wir wären auch ganz zweifellos, wenn die Tschechoslowakei sich zur Wehr gesetzt hätte, an ihren Befestigungen hängengeblieben, denn wir hatten praktisch nicht die Mittel, sie zu durchbrechen.»

Dass auch Hitler selbst einen Heidenrespekt vor dem Festungswerk hatte, zeigt seine wiederholt geäußerte Furcht vor einem «neuen Verdun», was für einen Teilnehmer am Ersten Weltkrieg dem absoluten Horror gleichkam. Auch der spätere Rüstungsminister Albert Speer beurteilte die schweren Festungen der Tschechen als «überraschend massiv, ausserordentlich geschickt angelegt und unter vorzüglicher Ausnutzung des Geländes weit in die Tiefe gestaffelt». Er stellte die Möglichkeit ihrer Überwindung entschieden in Frage.

Die Deutschen konnten den Grossteil dieser gefürchteten Befestigungswerke bereits nach der Besetzung des Sudetenlandes besichtigen, da sie mit der Abtretung dieser Gebiete an das Reich ja in ihre Hände fielen. Durch Schiessversuche konnte die wahre Tauglichkeit der viel gelobten Befestigungen getestet werden, allerdings eben ohne Einwirkung eines Gegners. Die gewonnenen Eindrücke haben sich entsprechend in den zitierten Äusserungen deutscher Sachverständiger niedergeschlagen

### *Logistische Mängel bei der Wehrmacht*

Auch von Seiten der Kriegs- und Rüstungswirtschaft kamen damals Bedenken und Warnungen. So protestierte der Chef des Wehrwirtschaftsstabes, General Georg Thomas, im August 1938 vergeblich dagegen, das Risiko eines Krieges einzugehen. Im November des Jahres, nachdem der Krieg noch einmal vermieden worden war, bezeichnete er den Stand der Munitions- und Sprengstoffvorräte als katastrophal. Sein Stellvertreter, General Hünemann, bestätigte in einem Verhör im Jahre 1948 diese äusserst prekäre Lage in der Bevorratung. Wörtlich sagte er damals:

«Wäre es im Oktober 1938 zu einem Krieg gegen die Tschechoslowakei gekommen, so wäre es wahrscheinlich schon nach einem Monat, spätestens jedoch nach sechs Wochen, zur schweren Munitions- und Treibstoffkrise gekommen.» (Alle Zitate nach Pfaff, S. 32/70.) Der Munitionsvorrat war im Herbst 1938 tatsächlich auf 15 Kampftage beschränkt gewesen, wie in dem Standard-

werk «Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg» nachzulesen ist (Band I, Stuttgart 1979, S. 446).

Noch im Krieg gegen Polen ein Jahr später stand es mit der Munitionsvorsorgung nicht besser. Die deutschen Truppen wären nicht mehr in der Lage gewesen, den Kampf wesentlich länger fortzusetzen: «Sie hatten ihr Pulver verschossen.» Nur das rasche Ende des Krieges «bewahrte die Wehrmacht vor dem logistischen Kollaps auf dem Munitionssektor». (Karl-Heinz Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 25/26.) Damit ist auch gleich gesagt, dass die Wehrmacht schon nur aus Gründen des Nachschubs in grösste Schwierigkeiten geraten wäre, wenn sie während des Polenfeldzuges von der französischen Armee in ernsthafte Kämpfe verwickelt worden wäre. Doch Gamelin zog es vor, Gewehr bei Fuss zuzusehen, wie sein einziger noch verbliebener Verbündeter auf dem Kontinent von den Deutschen überrannt wurde.

Alle Bedenken über mangelnde Vorbereitung auf einen (längeren) Krieg vermochten den Diktator nicht abzuschrecken. Er verliess sich auf seine Intuition, dass er den Feind in wenigen Tagen besiegen werde. Diese Rechnung ist im Falle Polen aufgegangen. Doch alles spricht dafür, dass sie im Falle der CSR nicht aufgegangen wäre.

### Wie stark war die Tschechoslowakei?

Wenn man sich die Zahlen und Fakten etwas näher ansieht, gibt es keinen Grund für die Unterschätzung der tschechischen Verteidigungsfähigkeit, wie dies damals allgemein üblich gewesen ist. Selbst wer die militärischen Möglichkeiten der CSR als beträchtlich angesehen hat, glaubte ihr doch eben keine Chance einräumen zu können, wenn sie von der «Grossmacht» Deutschland angegriffen würde. Es werde zu einem Kampf zwischen David und Goliath kommen, so dachte man, nur dass der Kampf eben anders als in der Bibel nicht zugunsten des Kleineren ausgehen werde.

Der französische Oberkommandierende General Gamelin, der, wie wir gesehen haben, stets dazu neigte, die deutsche Stärke zu überschätzen, tat dies interessanterweise hinsichtlich seines Verbündeten von Prag nicht – was ein Hinweis mehr darauf ist, dass diese (ungerechtfertigte) Überschätzung des Gegners offenbar nur für den eigenen Hausbedarf Gültigkeit hatte. Denn was die CSR anbetrifft, so glaubte Gamelin an die Möglichkeit eines längeren erfolgreichen Widerstandes gegen den deutschen Aggressor. Er bezweifelte, ob die deutsche Wehrmacht wirklich einen schnellen Erfolg erzielen könnte, ja ob sie überhaupt erfolgreich sein würde. So teilte es Gamelin auch den Engländern mit. Was er selbst zu tun beabsichtigte, sagte er allerdings nicht. Von offensiven

Aktionen zugunsten des angegriffenen Verbündeten ist jedenfalls nicht die Rede gewesen. Wohl aber von der (angeblichen) Unüberwindlichkeit des deutschen Westwalls und der Notwendigkeit einer raschen Hilfe von Seiten Englands. Man muss leider davon ausgehen, dass die französische Armee im Herbst 1938 ebensowenig aktiv geworden wäre wie ein Jahr später beim deutschen Überfall auf Polen. Somit hing damals wohl alles von der Widerstandsfähigkeit der CSR ab. (Vgl. dazu: Pierre Le Goyet, *Le mystère Gamelin*, Paris 1975, p. 157 ff.) Die Autoren, die sich mit der Verteidigungsbereitschaft der tschechischen Armee im Herbst 1938 befasst haben, kommen hinsichtlich ihrer numerischen Stärke zu einem im wesentlichen übereinstimmenden Resultat. Danach konnten auf den Beginn des mutmasslichen deutschen Angriffs 1,25 Millionen Mann mobilisiert werden, was ungefähr der Zahl von 40 Divisionen entspricht. (Vgl. dazu: David Vital, *Czechoslovakia and the powers, September 1938*, in: *Journal of Contemporary History*, Volume I, 1966, p. 37-67; Katriel Ben-Arie, *Czechoslovakia at the time of Munich: The military situation*, ebenda, Volume 25, 1990, p. 431-446; Marian Zgorniak, *Forces armées allemandes et tchécoslovaques en 1938*, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale*, No. 121, 1981, p. 61-72.)

Je nach Einschätzung der vorhandenen und noch mobilisierbaren Reserven ergibt sich auch eine höhere Zahl von Grossverbänden. Doch es geht uns im Rahmen dieser Abhandlung nicht um Details, sondern nur um die Grössenverhältnisse.

Die Stärke der im Falle eines deutsch-tschechischen Krieges sich gegenüber stehenden Armeen ist also derart ausgeglichen gewesen, dass von einer nennenswerten numerischen Überlegenheit der deutschen Angriffskräfte jedenfalls nicht gesprochen werden kann. Von einer Übermacht im Verhältnis 2:1 oder gar 3:1, wie sie nach der klassischen strategischen Doktrin für einen Angreifer verlangt wird, konnte also keine Rede sein. Auch örtlich bestand nirgends ein solches Übergewicht, da der deutsche Angriffsplan vorgesehen hatte, das Land von drei Seiten gleichzeitig anzugreifen, also von Norden, Westen und Süden. Bei einer derartigen Verzettelung der Angriffskräfte konnte nirgends das entscheidende Schwergewicht geschaffen werden, das für einen überraschenden Durchbruch und Erfolg wohl notwendig gewesen wäre. Das wird dann im Krieg gegen die Westmächte im Frühsommer 1940 auf Grund des berühmten «Sichelschnitts» ganz anders sein. Zwar ist auch 1940 die deutsche Wehrmacht den alliierten Streitkräften quantitativ nicht überlegen gewesen. Aber die deutsche Führung hat es verstanden, eine solche Überlegenheit dort zu haben, wo der strategisch entscheidende Durchbruch erfolgen und auch gelingen sollte.



## *Die Deutschen unterschätzen die tschechische Kampfkraft*

Die tschechischen Kräfte sind nachweislich von deutscher Seite erheblich unterschätzt worden. So soll das Oberkommando des Heeres die Stärke des tschechischen Kriegsheeres im August bzw. September 1938 lediglich auf 750'000 oder gar nur 560'000 Mann beziffert haben. Nachdem der Krieg nicht stattgefunden hatte, entwarf dann das Auswärtige Amt in Berlin in einer Aufstellung über die «Gliederung der tschechischen Wehrmacht» vom 13. Oktober 1938 ein wesentlich zutreffenderes Bild, wobei auch die Zahl von ungefähr 40 Divisionen herausgekommen ist. (Vgl. dazu Pfaff, S. 39.)

Auf dieses Problem geht auch der polnische Historiker Zgorniak ein. Da die Deutschen nicht die Überlegenheit hatten, die sie offenbar zu haben glaubten, hätten die Tschechen für die Realisierung ihres Verteidigungsplans wesentlich grössere Chancen gehabt, als sich das Oberkommando der deutschen Wehrmacht dies vorgestellt habe. Die Lagekarte, die auf Grund der Angaben der Nachrichtendienste erstellt wurde, zeige, dass man auf deutscher Seite über die Bereitstellung der tschechischen Armee nicht gut informiert gewesen sei. Überraschungen waren also durchaus möglich. Zusammenfassend kommt Zgorniak zum Urteil: «Les Allemands estimèrent donc de façon erronée la valeur de leur adversaire, de même que l'opinion publique mondiale d'alors.»

Die Deutschen hätten also den Wert ihres Gegners falsch eingeschätzt d.h. unterschätzt. Die CSR habe über ein grosses Verteidigungspotential verfügt und über eine Armee, die unter den besten der Welt figurierte. Das Abkommen von München und die nachfolgenden Ereignisse hätten dann dazu geführt, dass diese Militärmacht im Kampf gegen das Dritte Reich nicht eingesetzt werden konnte. (Vgl. Zgorniak, p. 72.)

Über die Ausrüstung der tschechischen Armee schreibt David Vital: «Their equipment was generally first-rate.» Die ausgezeichnete Ausrüstung und die aus hervorragenden Rüstungsbetrieben wie den weltberühmten Skodawerken stammende Bewaffnung werden von allen Autoren betont. Wir werden noch zu zeigen haben, welche Dienste diese Waffen aus tschechischer Produktion den Deutschen später erwiesen haben.

Auch die nicht zu unterschätzenden Vorteile, die dem Verteidiger zur Verfügung standen, werden betont. Vital bezeichnet als solche «strategie advantages»: keine strategische Überraschung durch den Gegner, die mächtigen Festungswerke und der Vorteil der «inneren Linien». Es gibt aber noch einen weiteren grossen strategischen Trumpf, den man nennen muss und der gerade uns Schweizern sehr vertraut ist: das Gelände.

Die Grenzen gegen das Deutsche Reich waren fast rundum durch relativ hohe Bergketten mit schwer begehbareren geschweige denn befahrbaren tiefen dichten Wäldern auf natürliche Weise geschützt – aber eben nur *fast* rundum. Die Ausnahme bildete die Südgrenze zum ehemaligen Österreich, wo solche natürlichen Hindernisse, mit Ausnahme von Flüssen, weitgehend fehlten. Die unbefestigte Südgrenze stellte nach dem Untergang des Nachbarlandes die eigentliche Achillesferse der tschechischen Landesverteidigung dar. Es bestand die Gefahr einer Umgehung der Fortifikationen via Österreich, ähnlich wie im Falle Frankreichs via Belgien. Doch deutscherseits nutzte man diese sich eigentlich aufdrängende Möglichkeit nicht oder nur in sehr begrenztem Masse. Vor allem auf Hitlers Willen ist es zurückzuführen, dass der Hauptstoss schliesslich nicht von Süden (und Norden) her, sondern von Westen, also aus Bayern geführt werden sollte. (Gegen einen Grossaufmarsch im Süden konnte man allerdings die schlechten Nachschubbedingungen ins Feld führen.) Auf weitere Details der operativen Planungen kann hier nicht eingegangen werden.

Alle Autoren, die wir konsultiert haben, stimmen darin überein, dass die Kräfte zwischen den gegnerischen Parteien Deutsches Reich und CSR im Ganzen ausgeglichen gewesen sind. Vital fasst diesen Tatbestand folgendermassen zusammen: «Thus in roughly measured terms of order of battle, quality of commanders and troops, morale and equipment, neither side was obviously superior to the other.» Fazit also: im gesamten gesehen war keine Seite der andern überlegen. Der Autor kommt denn auch folgerichtig zum Schluss, dass der deutsche Plan einer «blitzartigen» Besetzung des Landes kaum hätte gelingen können – höchstens «on the long run», wie er hinzufügt. Denn die Tschechen hätten durchaus mehrere Monate Widerstand leisten können. Falls aber der Krieg andauert hätte, wäre es unweigerlich zu einem europäischen Konflikt gekommen – falls nicht die oppositionellen Generäle dem ganzen NS-Spuk selbst ein Ende bereitet hätten.

### *Einige Bemerkungen zum Thema «Blitzkrieg»*

Hitler hatte bekanntlich eine blitzartige Entscheidung – innerhalb von 4 oder 5 Tagen – in dem beabsichtigten Krieg gegen die CSR gefordert. War da der später so legendär gewordene «Blitzkrieg» bereits geplant? Was ist denn «Blitzkrieg», falls man diesen Begriff überhaupt anwenden will, gewesen? Nach allgemeiner Auffassung ist der deutsche «Westfeldzug» von 1940 das erste Beispiel für die äusserst erfolgreiche Anwendung und Durchführung dieser neuen Strategie in der modernen Kriegführung. Ihre hervorstechenden Merkmale wa-

ren, neben manchen anderen, insbesondere das Zusammenwirken von massiven gepanzerten Vorstössen zu Lande mit direkter Unterstützung durch die Luftwaffe. Der kombinierte Angriff von Panzern und Flugzeugen, beide relativ neue Waffen, wäre demnach das entscheidende Element der neuen Doktrin gewesen. Ohne auf die Problematik dieser neuen Kriegführung hier weiter einzugehen, gilt es für unseren Fall zu untersuchen, ob die deutsche Wehrmacht im Herbst 1938 überhaupt imstande gewesen wäre, diese «neue» Kriegführung gegenüber der CSR anzuwenden. Die Antwort lautet nein.

Zunächst gilt es festzustellen, dass es im Herbst 1938 noch nicht einmal die theoretischen Grundlagen für eine solche «neue» Strategie gegeben hat.

Es gab sie nämlich auch ein Jahr später noch nicht. Der uns schon bekannte deutsche Militärgeschichtler und strategische Theoretiker, Karl-Heinz Frieser, schreibt über den Krieg gegen Polen, dieser sei «weder auf strategischer noch operativer Ebene nach einem völlig neuartigen Konzept» geplant worden. Im Unterschied zum Westfeldzug sei die Panzerwaffe noch nicht selbständig im grossen Massstab operativ eingesetzt worden, sondern in der Regel auf taktischer Ebene im Divisionsrahmen. Der Polenfeldzug sei erst ein «Experimentierfeld» gewesen. Unmittelbar vor Kriegsbeginn hätte in einer grossangelegten Übung «die taktische Unterstützung des Heeres durch Stuka- und Bomberverbände getestet» werden sollen. Doch die Übung sei im letzten Augenblick wegen des Beginns des Krieges gegen Polen abgesagt worden. Das entscheidende Element des «Blitzkrieges», eben «der kombinierte Einsatz von Panzerwaffe und Luftwaffe in grösserem Rahmen», ist also in Deutschland vor Kriegsbeginn nie erprobt worden. Soviel zur grundsätzlichen Seite des Problems.

Wie Frieser überzeugend nachweist, ist selbst noch der sogenannte Westfeldzug von 1940 keineswegs als «Blitzkrieg» geplant gewesen. Er nennt diesen sogar einen «Mythos». Der durchschlagende Erfolg habe sich aus der Situation heraus ergeben, sozusagen «ad hoc», nicht zuletzt aus dem von niemand erwarteten geradezu kläglichen Versagen der französischen Führung. Immer wieder habe der deutsche Erfolg an einem seidenen Faden gehangen. Doch die Alliierten waren nicht fähig, aus den entstandenen, teilweise äusserst kritischen Situationen des deutschen Angreifers Nutzen zu ziehen. Wer das damalige Debakel noch miterlebt hat wie der Autor, dem stehen noch heute die Haare zu Berge angesichts der verpassten Gelegenheiten, die durchaus vorhanden gewesen wären, den deutschen Siegeszug zu stoppen oder gar in eine Niederlage zu verwandeln. Es wäre auch 1940 ein «Wunder» möglich gewesen wie 1914, nur nicht an der Marne,

sondern zum Beispiel an der Maas. (Vgl. Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 22 ff. und S. 401 ff.) Doch dazu hätte es auf französischer Seite eben einer anderen Einsatzdoktrin und anderer Führungsgrundsätze bedurft.

Zusammenfassend kann hinsichtlich der Lage von 1938 gesagt werden, dass der CSR 1938 jedenfalls kein «Blitzkrieg» drohte wie Frankreich 1940, weil ganz einfach die elementaren Voraussetzungen für einen solchen fehlten. Es wäre wohl auch kaum angebracht, vom schnellen Sieg über Polen im Jahre 1939 voreilige Rückschlüsse auf die Lage von 1938 zu ziehen. Die polnische Armee war in keiner Weise der tschechischen ebenbürtig, weder in der Ausrüstung noch in der Organisation, ganz abgesehen von der aussichtslosen strategischen Lage, in der sie sich von allem Anfang an befunden hat.

Es gibt noch weitere Aspekte zu berücksichtigen, um die Chancen eines deutschen Blitzsieges gegen gegen die CSR realistisch einzuschätzen. Sie betreffen gerade den Einsatz der «Entscheidungswaffen» Panzer und Flugzeuge.

Was die Luftwaffe anbetrifft, so sind sich die zitierten Untersuchungen darin einig, dass die deutsche Seite beträchtlich überlegen war. In welchem Ausmass dies der Fall gewesen ist, bleibt allerdings stark umstritten. Wie gross die Anzahl der gegen die CSR einzusetzenden Flugzeuge gewesen wäre, hing nicht zuletzt auch vom Verhalten Frankreichs ab. Falls der grosse Verbündete im Westen tatsächlich militärisch aktiv geworden wäre, dann hätte man deutscherseits entsprechend mehr Flugzeuge nach dem Westen verlegen müssen. Es kommt uns hier indessen gar nicht so sehr auf die Anzahl der verfügbaren Flugzeuge an, als vielmehr auf die Frage ihrer Einsatzfähigkeit.

### *Wenig günstige Bedingungen für die Luftwaffe*

In diesem Zusammenhang spielen die meteorologischen Bedingungen eine entscheidende Rolle. Diese aber waren zur Zeit des vorgesehenen deutschen Angriffs ausserordentlich schlecht, gerade in den ersten kritischen Tagen, in denen Hitler den entscheidenden Erfolg suchen wollte. Die Tage waren regnerisch und neblig. Aber auch darüber hinaus herrschte über dem vorgesehenen Kampfgebiet während des ganzen Winterhalbjahres, mit wenigen Ausnahmen, ausgesprochen schlechtes (Flug)wetter. «Rain, fog, heavy cloud, followed by snow and frost», wie Ben-Arie feststellt. Er stützt sich dabei auf Untersuchungen von Williamson Murray (The Change in the European Balance of Power 1938/39, Princeton 1984), der sich die Mühe gemacht hat, die damaligen Wetterberichte in der tschechischen Presse zu studieren und auszuwerten.

In der Tat dauerte die Schlechtwetterperiode noch an, als die deutsche Wehrmacht Mitte März 1939 die «Resttschechei» überfallartig besetzte. Hitler selbst betonte diesen Umstand, als er in einem Erlass den einmarschierten Invasionstruppen seine Anerkennung aussprach. «Trotz der Unbilden stürmischer Wintertage und schwieriger Wegeverhältnisse» hätten sie «wenige Stunden nach Ausgabe des Befehls die Grenze überschritten und ihre Marschziele erreicht». Und der Luftwaffe bescheinigte er speziell, sie habe «durch ihren kühnen Einsatz trotz ungünstiger Wetterverhältnisse höchste Einsatzbereitschaft und persönlichen Mut bewiesen». Man könnte meinen, die deutsche Wehrmacht habe einen regelrechten Feldzug siegreich bestanden. Doch war weit und breit kein Feind zu sehen, und kein Schuss ist gefallen. Vollends grotesk wird es, wenn der «Führer» den beiden Generälen Keitel und Brauchitsch das goldene Ehrenzeichen der Partei verleiht «aus Anlass des so erfolgreichen Abschlusses der militärischen Operationen in Böhmen und Mähren». Wenn es schon so schwierig gewesen sein muss, ohne Feindkontakt, quasi manöverbässig, in die CSR einzumarschieren – wie hätte dann wohl der Ernstfall ausgesehen? (Zitierte Texte bei Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945, II. Band, Würzburg 1963, S. 1100.)

Bei derart schlechtem Wetter hätte im Ernstfall natürlich auch der völlig durchnässte Boden eine gewisse Rolle gespielt, nicht nur für die Flugzeuge, die weder richtig starten noch landen konnten, sondern auch für die Beweglichkeit der motorisierten Truppen, an ihrer Spitze die Panzer, also die andere Waffe, auf die man deutscherseits so grosse Hoffnungen gesetzt hat. Ben-Arie kommt zum Schluss: «One can only conclude that for more than half a year the Luftwaffe would have hardly been able to operate over Czechoslovakia. And the Luftwaffe was perhaps Hitlers strongest card ...» (Ben Arie, p. 441.) Die eigentliche Trumpfkarte in Hitlers Poker hätte wohl kaum so gestochen, wie sich dies der Diktator vorgestellt hat.

Welche Bedeutung den Wetterbedingungen in der damaligen Zeit für die erfolgreiche Durchführung militärischer Operationen gerade mit motorisierten Truppen und Flugwaffe zukam, ist unbestritten. So wurde z.B. der von Hitler bereits für November 1939 vorgesehene Angriff im Westen mehrere Male wegen schlechter Wetterbedingungen verschoben, bis er dann im Mai 1940 schliesslich gestartet worden ist. Es gab zwar auch andere Gründe für die zahlreichen Verschiebungen des Angriffstermins wie vor allem Bedenken der militärischen Führer. Doch Hitler liess jeweils nur einen Grund gelten, und das war das ungünstige Wetter. In der Tat wurden dann die im Frühjahr 1940 eröffneten Operationen der Deutschen durch langanhaltendes ausserordentlich schönes

Wetter begünstigt, das die perfekte Zusammenarbeit von Bodentruppen und Luftwaffe in geradezu idealer Weise möglich gemacht hat. Umgekehrt hat schlechtes Wetter die Deutschen bei ihrer zweiten Ardennenoffensive vom Dezember 1944 in der Anfangsphase begünstigt und die Alliierten, welche die Luftüberlegenheit hatten, benachteiligt. Sobald dann der Himmel aufklarte und die gegnerische Luftwaffe in die Kämpfe eingreifen konnte, war es mit dem deutschen Vormarsch auch vorbei. Unser militärischer Experte fasst es in die einprägsamen Worte: «Begünstigte im Mai 1940 das sogenannte ‚Göringwetter‘ den reibungslosen Einsatz der Luftwaffe, so war für die Neuauflage dieser Operation 1944 eine längere Schlechtwetterperiode Voraussetzung.» (Frieser, S. 440.)

Doch nicht nur das Wetter hätte den von Hitler beabsichtigten Blitzkrieg Gehindert, wenn nicht überhaupt z<sup>^</sup>rhindert. Die Luftwaffe hatte, wie die gesamte Armee, auch schwerwiegende logistische Probleme, worauf wir schon einmal hingewiesen haben. Dies betraf einerseits die fehlenden Munitionsvorräte und andererseits den Mangel an genügend ausgebildeten Piloten. Die Situation war 1938 bestimmt nicht weniger angespannt als ein Jahr später, wo der Generalinspekteur der Luftwaffe Hitler warnte, die Piloten würden nach 14 Tagen ihre Bombenvorräte aufgebraucht haben und «könnten dann Skat spielen». (Zitiert bei Frieser, S. 26.)

### *Deutsche Panzerwaffe in der Aufbauphase*

Was die Panzer, die andere typische «Blitzkrieg»waffe, angeht, sollten nicht aus den späteren spektakulären Erfolgen voreilig Rückschlüsse auf die Lage von 1938 gezogen werden. Damals befand sich die Panzerwaffe noch in der Phase des Aufbaus. Das überstürzte Tempo der Fabrikation hatte zur Folge, «dass die deutschen Panzer technisch noch nicht ausgereift waren», stellt Frieser fest. Das gilt sogar noch für die Zeit des so erfolgreichen «Westfeldzuges» von 1940, geschweige denn für die Jahre davor. Beim «friedlichen» Einmarsch in Österreich seien Panzer «reihenweise aus technischen Gründen» liegengeblieben. «Welch eine Peinlichkeit für den gebürtigen Österreicher Hitler, der sich den Einmarsch in seine Heimat erheblich triumphaler vorgestellt hatte!» Noch im «Westfeldzug» habe die Zahl der ausgefallenen Panzer bisweilen «alarmierende Höhen» erreicht. (Vgl. Frieser, Blitzkrieglegende, S. 47.)

Dasselbe Provisorium gilt auch für die Aufstellung von gepanzerten Grossverbänden, der eigentlichen Voraussetzung für den «Blitzkrieg» zu Lande. Wie viele davon bereits für den geplanten Angriff auf die CSR zur Verfügung ge-

standen hätten, ist auf Grund der Literatur umstritten. Angeblich waren es drei. Doch der Generalstabchef Halder, der es eigentlich hätte wissen müssen, sprach von einer einzigen vollausgerüsteten Panzerdivision. Andere dürften sich im Aufbau befunden haben.

Die Unfertigkeit, ja teilweise sogar Kriegsuntauglichkeit der deutschen Wehrmacht im Zeitpunkt des geplanten Angriffs auf die CSR wird gerade von deutschen Autoren bestätigt. So habe bei den motorisierten Truppen noch im Winter 1938/39 nur ausgebildet werden können, und erst auf den 1. April sei die «Ausrückefähigkeit» gewährleistet gewesen. Doch noch aus einer Notiz des Oberkommandos des Heeres vom 15. April 1939 geht hervor, dass es der Wehrmacht an Waffen und Gerät fehle. So seien 34 Divisionen nur teilweise mit den erforderlichen Waffen ausgerüstet. Das Ersatzheer verfüge nur über 10 Prozent (!) der eingeplanten Gewehre und Maschinengewehre. Von dem mangelnden Munitionsvorrat war schon die Rede. Er war infolge Rohstoffknappheit auf 15 «Kampftage» abgesunken. (Vgl. dazu u.a. Wilhelm Deist, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Fischer Taschenbuch Verlag, 1989, S. 532, sowie derselbe, Heeresrüstung und Aggression, in: Deutschland und Frankreich 1936-1939, München 1981, S. 129ff.)

Um auf die Panzer zurückzukommen: Was die verfügbare Anzahl betrifft, so dürfte die deutsche Seite der tschechischen um ein Mehrfaches überlegen gewesen sein. Doch etwas anders sieht es aus, wenn man die Kampfkraft vergleicht. Auf deutscher Seite existierten nur leichte Modelle, von denen eines nicht einmal über ein Geschütz verfügte. Dieses Modell mit der Bezeichnung Mark I war eigentlich nur als Übungsfahrzeug und nicht für den Kriegseinsatz vorgesehen. Auch das Modell Mark II war unzureichend bewaffnet und «stellte bestenfalls eine Notlösung dar». Da sich die Entwicklung und Herstellung schwerer Panzer immer mehr verzögerte, waren diese beiden leichten Modelle noch im Krieg gegen Polen die einzigen einsatzfähigen Panzer. Aber sogar noch im Krieg im Westen 1940 stellten sie fast zwei Drittel der eingesetzten Panzerarmee dar.

Demgegenüber besass die tschechische Armee neben leichten Modellen auch solche, die den deutschen Panzern an Gewicht, Feuerkraft und Panzerung überlegen waren. Nicht von ungefähr griffen die Deutschen auf diese inzwischen erbeuteten tschechischen Modelle zurück, als sie ihre Panzerdivisionen für den Angriff im Westen ausrüsteten. Darauf wird zurückzukommen sein (vgl. die Tabelle «Wichtigste Panzertypen im Vergleich» bei Frieser, S. 48). Jedenfalls wurde die numerische Unterlegenheit auf tschechischer Seite durch diese qualitative Überlegenheit der schwereren Modelle einigermaßen gemildert.

Auch bei der Panzerabwehr scheint die tschechische Seite qualitativ insofern gut abzuschliessen, «als die erstklassigen 1180 Panzerabwehrkanonen des Kalibers 3,7 cm nicht nur vergleichbare deutsche Kanonen durch ihre Leistungsfähigkeit übertrafen, sondern mit ihrer Wirkung jeden damaligen deutschen Panzer hätten ausschalten können». (Pfaff, S. 44 unter Berufung auf Militärgeschichte der Tschechoslowakei, Band 3, Prag 1987, S. 405.)

### *Abschlussbericht der britischen Gesandtschaft in Prag*

Mit Datum vom 14. Januar 1939 erstattete der britische Gesandte in Prag für das Foreign Office in London einen «annual report on Czechoslovakia» für das Jahr 1938. Darin finden sich verschiedene Bemerkungen über den Zustand der Verteidigungsbereitschaft des Landes angesichts der deutschen Bedrohung im September 1938. Sie bestätigen insgesamt die Auffassung, wonach die tschechische Armee einem deutschen Angriff entschiedenen und höchst wahrscheinlich erfolgreichen Widerstand geleistet hätte. (Das umfangreiche Dokument ist uns ebenfalls vom Public Record Office London zur Verfügung gestellt worden. Es trägt die Signatur FO 371/22903-C 1720.)

So wird die von uns eruierte Zahl der seit dem 23. September mobilisierten Grossverbände in etwa bestätigt: 33 Infanterie- und 4 mobile Divisionen (ohne Reserven, die nochmals mehrere Divisionen ausmachten). Am Ausbau der Befestigungen sei das ganze Jahr über intensiv gearbeitet worden. Wörtlich heisst es: «It can, however, be asserted without a doubt that the great bulk of the defences were ready in their entirety in late September and that they formed a continuous system ...» Die grosse Masse der Befestigungen wäre also zur Verteidigung bereit gewesen. Der Bericht betont auch, dass die durch die Abtretung der Sudetengebiete kampflos in die Hände des Feindes gefallen schweren Werke von deutschen Offizieren in der Folge als «uneinnehmbar» (impregnable) bezeichnet worden seien.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass die meisten Rüstungsbetriebe neue Fabriken im Innern des Landes errichtet hätten, sodass sie nicht riskierten, in Feindeshand zu fallen. Die Skodawerke von Pilsen, die besonders exponiert waren, hätten in der Slowakei ein neues Werk fertiggestellt. Dasselbe gelte für das Werk in Brünn. Diese neuen Werke wären im Stande gewesen, die Armee mit dem benötigten Ersatz in Artillerie zu versehen «in the first two years of a war» (!). Es wird also offensichtlich mit einem lange dauernden Krieg gerechnet.



Was die Ausrüstung angeht, so könne festgestellt werden, dass sie in jeder Beziehung «excellent and sufficient» sei. Der Militärattache frage sich, ob irgendeine andere Armee zur Zeit in dieser Beziehung derart fortschrittlich sei wie die tschechische. Die Tschechen selbst glaubten, «through and through» besser ausgerüstet zu sein als die Deutschen. Auch was die Masse der eingesetzten Truppen angeht, fühlten sich die Tschechen dem Feind überlegen. Daher sei der Generalstab überzeugt, einer deutschen Invasion für eine Periode von mehreren Monaten widerstehen zu können. Selbst wenn das zu optimistisch sein sollte, so gäbe es andererseits sicher gute Gründe, wenn jeder Anflug von Defaitismus zurückgewiesen werde. Der Militärattache sei in Übereinstimmung mit andern britischen Beobachtern der Auffassung, dass eine numerische Überlegenheit des Angreifers notwendig wäre im Verhältnis von 3 zu 1 oder 2 zu 1 nach akademischer Einschätzung – «to overcome and finally defeat the Czech army».

Über einen Punkt gebe es keine Meinungsdivergenz unter all denen, welche die tschechische Armee im Zustand der Mobilisierung gesehen hätten, und das sei die Moral. Die Truppe sei in exzellenter geistiger Verfassung und voll Vertrauen in ihre Führung, ihre Ausrüstung, ihre Tapferkeit, «and, last of all, their cause». Von einem «high standard of discipline» ist die Rede. Es sei beeindruckend gewesen zu sehen, mit welchem Enthusiasmus der Mann von der Strasse der Einberufung gefolgt sei.

Der Bericht verfehlt nicht darauf hinzuweisen, welche niederschmetternde Wirkung es auf die moralische Verfassung des Volkes ausgeübt habe, als bekannt wurde, dass die westlichen Demokratien die CSR nicht unterstützen würden. Vor die Alternative gestellt, die von Hitler verlangten Gebiete abzutreten oder allein zu kämpfen, habe man sich schliesslich unter dem Druck der Verhältnisse für die Annahme des Münchner Ultimatums – denn etwas anderes ist es nicht gewesen – entschieden.

### *Warum hat Prag das Ultimatum von München akzeptiert?*

Nach unseren Erkenntnissen ist die Frage umstritten, warum sich Präsident Benesch und die Regierung des Generals Syrový trotz der optimistischen Beurteilung der militärischen Verteidigungsbereitschaft des Landes entschieden haben, vor den Forderungen der Grossmächte zu kapitulieren. Auf der einen Seite wird behauptet, die tschechische Generalität habe Benesch «flehenlich beschworen, trotz des Verrats der Verbündeten das Risiko eines Krieges um jeden Preis einzugehen» (Iwan Pfaff, a.a.O., S. 23, unter Berufung auf das Buch von Benesch

«Mnichovské dny» – Die Tage von München; Prag 1968, S. 340). Andererseits wird festgestellt, dass General Syrový in der entscheidenden Sitzung der Regierung vom 30. September 1938 gesagt habe, «die vier Mächte hätten der Tschechoslowakei die Wahl gelassen, ermordet zu werden oder Selbstmord zu begehen». Um 12.30 Uhr an diesem schicksalsschweren Tag habe der tschechische Aussenminister den Gesandten der Westmächte mitgeteilt, dass Prag «das Münchner Diktat» annehme. (So Igor Lukes in dem Artikel «Benesch, Stalin und die Komintern» in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1993, 3. Heft, S. 325-353.)

In dem genannten Aufsatz geht der Verfasser, Professor an der Boston University, auch der seinerzeit umstrittenen Frage nach, welche Haltung die Sowjetunion im Kriegsfall eingenommen hätte. Moskau hat nach dem Fiasko von München stets behauptet, die Sowjetunion sei der einzige Staat gewesen, der zur Unterstützung des bedrohten Landes bereit gewesen wäre, notfalls auch allein, d.h. ohne die vertraglich vorausgesetzte Teilnahme Frankreichs am Krieg. Auf Grund der erstmaligen Auswertung von tschechischen Akten, die nach dem politischen Umschwung von 1989 zugänglich geworden sind, kommt der Verfasser zum Schluss, «dass die Sowjetunion zu einer unilateralen Unterstützung der Tschechoslowakei gegen das Dritte Reich nicht bereit war». Zu einer analogen Auffassung sind auch weitere Autoren auf Grund anderer Quellen gekommen. Heute vertritt kaum jemand noch den damaligen sowjetischen Standpunkt, selbst die russischen Historiker nicht, seitdem sie sich aus der ideologischen Zwangsjacke zu befreien vermochten.

Lukes weist, wie wir meinen, überzeugend nach, dass Benesch bis zuletzt auf eine militärische Lösung gehofft hat. Er habe sogar davon gesprochen, «eine weltweite Koalition gegen den Ansturm des Faschismus zu bilden». Nachdem er aber von seinem Verbündeten Frankreich im Stich gelassen worden sei und auch von Moskau auf seine dringende Anfrage keine positive, jedenfalls keine *rechtzeitige* positive Zusage erhalten habe, wollte er nicht allein gegen Hitler zu Felde ziehen.

Benesch ist für diesen Entschluss seither immer wieder scharf kritisiert worden. Heute weiss man längst, dass es nicht nur für sein eigenes Land, sondern für die ganze Welt besser gewesen wäre, den Kampf aufzunehmen. Schlimmer hätte es im Vergleich zu dem, was nachher gekommen ist, jedenfalls nicht werden können. War Benesch zu schwach?

Ein Mann, der ihn aus jahrelanger Zusammenarbeit bestens gekannt und seine Bücher ins Deutsche übersetzt hat, ist Wolfgang Bretholz gewesen, glänzender Journalist, überzeugter Demokrat und unbeugsamer Gegner der totalitä-

ren Diktaturen von rechts *und* links und – last but not least – unermüdlicher Globetrotter. Seine eindruckliche Persönlichkeit ist mir noch in bester Erinnerung. Wir waren in den 1950er Jahren gemeinsam für die National-Zeitung in Basel tätig gewesen. (Damals habe ich, neben meiner Professur an der Freien Universität, als Sonderkorrespondent dieser Zeitung aus Berlin berichtet wie übrigens auch für das unvergessliche «Radio Beromünster», wie der schweizerische Landessender seinerzeit noch hiess.)

In seinem hervorragenden und noch heute lesenswerten Buch «Ich sah sie stürzen» (München 1955), in welchem Bretholz u.a. die Bolschewisierung Ost- und Mitteleuropas schildert, die er aus nächster Nähe miterlebt hat, entwirft er auch ein knappes, aber aufschlussreiches Porträt vom damaligen tschechischen Präsidenten. Benesch habe zwar, so Bretholz, «glänzende Analysen der weltpolitischen Situation» geben können, auch habe er «mit klarem Verstand die Gefahren frühzeitig erkannt», aber er sei nicht imstande gewesen, «ihnen mit Mut und Entschlossenheit entgegenzutreten». Also Entscheidungsschwäche als Grund für die Kapitulation? Wie dem auch sei: die Hauptschuldigen für das verhängnisvolle Versagen gegenüber der Herausforderung des NS-Regimes sind jedenfalls nicht in Prag zu suchen.

Es vervollständigt das Bild, wenn Lukes nachweist, Benesch sei auch von einer Reihe anderer Staaten unter Druck gesetzt worden, dem Münchner Abkommen zuzustimmen, darunter offenbar auch von Seiten der USA. Der einzige demokratische Staat in Mitteleuropa ist also von sämtlichen «Schwesternationen» schmählich im Stich gelassen worden. Von Solidarität der «freien» Völker weit und breit keine Spur.

### *Undurchsichtige Haltung der Sowjetunion*

Wie Lukes kommen auch andere Autoren zur Überzeugung, Stalin habe während der Sudetenkrise eine doppelbödige Politik verfolgt, wie das sowjetischer Tradition entsprach. Dabei kommt wiederum das tiefe Misstrauen an den Tag, das zwischen Moskau und dem Westen geherrscht hat. Stalin verdächtigte die Westmächte, die Sowjetunion in einen Krieg mit Hitlerdeutschland verwickeln zu wollen. Die Zusammenkunft von München, zu der die Sowjetunion nicht eingeladen worden war, schien diesen Verdacht zu bestätigen. Doch er war nicht berechtigt. Es mag Leute im Westen gegeben haben, die so dachten. Die es als beste Lösung angesehen hätten, wenn die beiden Diktatoren hintereinander geraten wären. Doch die offizielle Linie ist es nie gewesen, weder in London noch gar in Paris. Derart gerissene Machiavellisten, die zur Inszenierung einer

solchen Politik notwendig gewesen wären, hat es in den westeuropäischen Demokratien nicht gegeben. Jedenfalls waren sie nicht an der Macht.

Richtig ist indessen, dass man der von Stalin diktatorisch beherrschten Sowjetregierung nicht über den Weg getraut hat. Man hegte Moskau gegenüber genau denselben Verdacht, den Stalin dem Westen gegenüber hatte, nämlich einen Krieg mit Deutschland zu provozieren, an dem die Sowjetunion sich dann nicht beteiligen würde. Also Selbsterfleischung der «kapitalistischen» Mächte, getreu den nach wie vor gültigen Prinzipien Lenins. Aber auch einer allerdings höchst unwahrscheinlichen sowjetischen Hilfeleistung sah man in den betroffenen Staaten mit eher gemischten Gefühlen entgegen. Würden der Roten Armee im Falle einer solchen Hilfeleistung nicht die Funktionäre der Komintern unter der Fahne der Weltrevolution auf dem Fusse folgen? Würde man «die Geister, die man rief», überhaupt wieder los werden? Solche und ähnliche Fragen stellte man sich während der Sudetenkrise allenthalben, auch in den mit der Sowjetunion verbündeten Staaten. Daran kann man ermessen, wie hohl das äusserlich so imponierende Gebäude des Hilfeleistungsvertrages Paris-Prag-Moskau gewesen ist. Hitler brauchte sich in der Tat keine Sorgen zu machen, dass es funktionieren würde.

Die westlichen Befürchtungen über die Absichten Moskaus waren nicht aus der Luft gegriffen. Dies geht aus tschechischen Akten hervor, auch solchen der damaligen kommunistischen Partei, die, wie schon erwähnt, in den 1990er Jahren für die freie Forschung zugänglich geworden sind. Danach hat die von Moskau aus gesteuerte Komintern die Parole ausgegeben, der Kampf gegen Hitler um die Unabhängigkeit des Landes müsse zum Sturz der «kapitalistischen Ordnung» genutzt werden. Stalin hat sogar einen Mann aus seinem engsten Führungsgremium auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise nach Prag geschickt, um die tschechischen Genossen entsprechend zu instruieren. Die Ansprache, die dieser gewichtige Abgesandte Moskaus – es war Andrei Schdanow – auf der Sitzung des Zentralkomitees der tschechischen KP am 21. August 1938 gehalten hat, ist brav protokolliert und fein bürokratisch zu den Akten gelegt worden. Als «Schlussfolgerung» hat der illustre Redner ausdrücklich festgehalten, seine Ausführungen «zur zweiten Runde proletarischer Revolutionen» seien «keine Phrasen». Hitlers Überfall auf die CSR werde, so der protokollierte Text, «der Vorabend zum Ende der faschistischen Übermacht sein», zugleich aber auch «das Ende der Herrschaft der Bourgeoisie im eigenen Lande bringen». (Text abgedruckt in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1990, 4. Heft, S. 584-86.) Wie ernst sind solche ideologischen Planungen und Prophezeiungen zu nehmen?

Sicher nicht zum Nennwert. Wenn dem so wäre, dann hätte die prophezeite Weltrevolution längst Wirklichkeit sein müssen, wovon ja keine Rede sein konnte. In Tat und Wahrheit hatte die «glorreiche sozialistische Revolution» nirgends die Grenzen der Sowjetunion zu überschreiten vermocht, jedenfalls nicht auf Dauer. Planungen der Komintern hin oder her.

Das wichtigste Unternehmen ausserhalb dieser Grenzen war die Intervention in den spanischen Bürgerkrieg. Doch dessen totaler Misserfolg zeichnete sich schon deutlich ab. Der Einfluss der Komintern war im Schwinden. «Einen grossen Teil der Schuld daran trug Stalin ... Er hatte die Komintern seinem Diktat unterworfen und sie dadurch diskreditiert.» Seine Machenschaften «schwächten den Einfluss der Kommunisten auf die Massen und förderten objektiv den Faschismus». (Dimitri Wolkogonow, Stalin, Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1989, S. 460.)

Nach dem in Moskau gültigen Herrschaftsprinzip büssten für Fehlentscheidungen diejenigen, die sie befolgt haben, nicht diejenigen, welche sie getroffen haben, Stalin an der Spitze. Dementsprechend erfassten die Wellen der Verfolgung nun auch die Internationale und ihre Funktionäre. «Die furchtbaren Harken des Terrors dünnten ihre Reihen aus ...», stellt der Stalin-Biograf fest. Neben der Führung der Roten Armee, wie gleich zu zeigen sein wird, ist so auch die Führungsorganisation des internationalen Kommunismus dezimiert worden.

### *Angst vor sowjetischer Hilfe*

Das waren sicher nicht günstige Voraussetzungen für die Realisierung solch weitgehender Pläne, wie sie Schdanow den tschechischen Genossen verkündet hat. Trotzdem ist der tschechischen Regierung, die durch eingeschleuste Agenten über das Treiben der Kommunisten bestens informiert war, nicht ganz wohl gewesen bei dem Gedanken an sowjetische Hilfe und an das Erscheinen von Truppen der Roten Armee im Lande. Die Haltung der tschechischen Führung sei widersprüchlich gewesen. «Einerseits wünschte sie die sowjetische Intervention im erwarteten Krieg mit Deutschland, andererseits fürchtete sie die Präsenz der Sowjetarmee im Lande.» Der General Syrový soll gesagt haben: «Wir wünschen nicht, die Russen hier zu haben. Wir werden sie nie wieder herausbringen können.»

Genau so reagierten ein Jahr später die Polen, als die Westmächte sie überreden wollten, angesichts der deutschen Bedrohung sowjetische Hilfe anzunehmen. Inzwischen hatte sich die Lage aber grundlegend geändert, da Chamberlains Appeasementpolitik Deutschland gegenüber durch den Bruch des Münch-

ner Abkommens als gescheitert betrachtet werden musste. Die Sowjetunion wäre jetzt als Bündnispartner des Westens zwar nicht gerade willkommen gewesen, wurde aber doch als eine Art notwendiges Übel angesehen.

Im Herbst 1938 war das noch anders. Im Westen, besonders in England, setzte man noch auf die deutsche Karte. Moskau sollte aus den europäischen Dingen herausgehalten werden. Entsprechend misstrauisch sah man einer möglichen Hilfeleistung der Roten Armee für die CSR entgegen. Chamberlain soll gesagt haben, dass es ein Unglück wäre, wenn die CSR mit Sowjethilfe gerettet würde. Und der französische Aussenminister Bonnet habe das «gefährliche» Interesse Beneschs an sowjetischer Hilfe angeprangert. Man kann also davon ausgehen, dass man es im Westen gar nicht gerne gesehen hätte, wenn Prag um sowjetische Hilfe nachgesucht hätte; denn dies hätte mit dem Kernanliegen des verfolgten Appeasementkurses kollidiert, nämlich zu einem «Friedensabkommen» mit dem Dritten Reich zu gelangen.

Auch die Furcht vor der «spanischen Variante» ist damals umgegangen. Damit war eben jene «Hilfeleistung» gemeint, wie sie die Komintern im spanischen Bürgerkrieg angewandt hat. Und das war nicht geeignet, beruhigend zu wirken. Wieviel hinter solchen (Horror)visionen steckte, ist schwer auszumachen. Immerhin sah sich der tschechische Gesandte in der Sowjetunion veranlasst, darüber nach Prag zu berichten. Es gebe ernste Befürchtungen, warnte dieser noch kurz vor der Münchner Konferenz, «dass bei einer einseitigen Intervention der Sowjets aus der tschechoslowakischen Frage ein Problem wie in Spanien entstände mit allen furchtbaren politischen Folgen für ganz Europa und insbesondere dann für die Tschechoslowakei». Man muss bedenken, dass der spanische Bürgerkrieg während der Sudetenkrise unvermindert weiter tobte. Die geplante sozialistische Revolution hätte, so die Visionen der Kominternstrategen, von der CSR aus auf ganz Mitteleuropa, aber auch auf Westeuropa (inklusive Schweiz!) übergreifen sollen. (Vgl. dazu den Aufsatz von Iwan Pfaff «Stalins Strategie der Sowjetisierung Mitteleuropas 1935-1938» in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1990. 4. Heft, S. 543-587 sowie die dort angegebene Literatur.)

### *Die Rote Armee ist «ausgeblutet»*

Bei der Beurteilung der Frage, ob Moskau im Herbst 1938 zu einer Intervention bereit gewesen wäre, spielt schliesslich auch der Zustand der Roten Armee nach den unmittelbar vorhergehenden grossen Säuberungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Manche Beobachter hielten die Sowjetmacht einer grösseren mili-

tärischen Operation gar nicht mehr fähig, was durchaus einleuchtend erscheint, wenn man die unglaubliche Zahl der exekutierten hohen Offiziere zur Kenntnis nimmt. Es hatte mit dem Fall des Marschalls Tuchatschewski, des höchstrangigen Kommandeurs der Roten Armee, im Mai 1937 begonnen. Die Anklage wegen Hoch- und Landesverrats, insbesondere der geheimen Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland, ist schon kurz nach Stalins Tod (1953) als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet worden. Die Exekution des populärsten Offiziers der Roten Armee riss in der Folge an die 90 Prozent (!) der Generalität ins Verderben. Als gesichert gelten folgende Zahlen: 3 von 5 Marschällen, 13 von 15 Armeekommandeuren, 110 von 195 Korpskommandanten und über die Hälfte aller Divisions- und Brigadekommandanten. Ähnlich wütete der Diktator in den Führungskadern der Militärverwaltung, wo alle 11 Stellvertreter des Verteidigungskommissars, d.h. -ministers, sowie 75 von 80 Mitgliedern des Militärates und alle Wehrkreiskommandeure seinem Verfolgungswahn zum Opfer fielen. «In den obersten Rängen der Roten Armee waren die Verluste der Jahre 1937/38 höher als die während des Zweiten Weltkrieges.» So kam es, dass noch am Vorabend des deutschen Angriffs im Juni 1941 weniger als 10 Prozent der Offiziere der Roten Armee eine höhere militärische Ausbildung genossen hatten. (Zahlenangaben nach Helmut Altrichter, Professor für osteuropäische Geschichte, in: Kriegausbruch 1939, München 1989, S. 80.)

Dimitri Wolkogonow, früher selbst oberster Politkommissar der Roten Armee, hatte im Rahmen der von Gorbatschew proklamierten neuen Politik der Öffnung als erster Zugang zu den hinter Schloss und Riegel aufbewahrten Geheimakten des Kreml. So schrieb er die erste wissenschaftlich dokumentierte Biografie über Stalin. Darin zitiert er ein Dokument, datiert vom 15. Oktober 1938, in dem es heisst: «In der Zeit vom 1. Oktober 1936 bis zum 30. September 1938 wurden durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR und durch Lokaltermine des Kollegiums in sechzig Städten verurteilt: Zum Tod durch Erschiessen: 30'514 Menschen. Zu Gefängnisstrafen: 5'643 Menschen. Insgesamt: 36'157.» Im Oktober kamen nochmals 3'588 Menschen dazu.

«Die Streitkräfte erlitten einen furchtbaren Schlag», schreibt Wolkogonow. Vielen, äusser den Hauptschuldigen an dem Massaker selbst, sei klar gewesen, «dass die Armee am Vorabend der furchtbaren Prüfungen ausgeblutet wurde». Damit «schmiedeten» Stalin und seine Helfershelfer «die ^Niederlagen des Jahres 1941, die das Land weitere Millionen von Menschenleben kosten sollten». (Siehe das Kapitel über die «Schauprozesse» in: Stalin, Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1989, S. 386 ff.)

Angesichts dieses pitoyablen Zustandes der Armee ist es höchst unwahrscheinlich, dass Stalin den Befehl zu einer grösseren militärischen Aktion zugunsten der CSR gegeben hätte. Westliche Beobachter, Diplomaten wie Militärexperten, berichteten denn auch übereinstimmend, es seien keine entsprechenden Vorbereitungen zu erkennen gewesen. Nicht zu vergessen ist dabei, dass sich Moskau jederzeit für ein allfälliges Stillesitzen damit herausreden konnte, Polen und Rumänien hätten sich geweigert, Durchmarschrecht für sowjetische Truppen zu gewährleisten. Doch letztlich sind das wohl alles müssige Spekulationen. Weil Stalin nämlich gar nie die Absicht gehabt hat, einen gemeinsamen Krieg mit den Westmächten gegen Hitlerdeutschland zu führen.

Es lag vielmehr in seinem Interesse, sich aus einem solchen Krieg herauszuhalten, in der Hinterhand zu bleiben und die andern Mächte sich zerfleischen zu lassen. Wie er es dann ein Jahr später beim deutschen Angriff auf Polen mit so durchschlagendem Erfolg getan hat. Prof. Lukes vertritt entschieden die Auffassung, dass Stalin schon 1938 dieses Szenario vor Augen gehabt habe.

«Er wollte einen langen blutigen Krieg der französisch-britischen Streitkräfte gegen Deutschland. Was er von der tschechoslowakisch-deutschen Krise nicht bekommen hatte, gedachte er sich von der polnisch-deutschen zu verschaffen.» (Vgl. a.a.O., S. 353.)

Ich kann dieser Auffassung umso eher zustimmen, als ich sie schon vor mehreren Jahrzehnten in meinem Buch über «Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges» vertreten und auch begründet habe. Ich habe damals zur Dokumentation folgende Worte von Stalin zitiert: «Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden auftreten müssen, aber wir werden als letzte auftreten. Und wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein *Gewicht*, das ausschlaggebend sein dürfte.» (Vgl. das genannte Buch, Ausgabe 1964, Dokument 25, S. 148.)



## Hitler erbeutet das tschechische Militärpotential

### «Ungeheurer Kraftzuwachs»

Die Preisgabe der CSR führte nicht nur dazu, dass die kampfstärke tschechische Armee mit ihren rund 40 Divisionen nicht gegen Deutschland zum Einsatz gekommen ist. Da Hitler im März 1939 auch die «Resttschechei» ibesetzte, fiel das gewaltige militärische und industrielle Potential des Landes praktisch unversehrt an das Reich – ein halbes Jahr bevor der Diktator den Krieg entfesselte.

Ganz ähnlich wie im Falle der Annexion Österreichs hat auch die Besetzung Böhmens und Mährens dem Deutschen Reich aus einer schweren Wirtschaftskrise geholfen, eine Krise, die sich insbesondere auf die Rüstungsindustrie ausgewirkt hat. Wiederum fehlte es an Rohstoffen für die Fertigung von Waffen und Munition sowie an Devisen für den Einkauf der benötigten Waren im Ausland. Die beträchtlichen Devisen- und Goldbestände, über welche die tschechische Nationalbank verfügt hat, fielen samt und sonders in deutsche Hand. Es soll sich um einen Betrag von fast einer halben Milliarde Schweizer Franken gehandelt haben. Dazu kamen die seit der Besetzung Österreichs üblichen Raubzüge gegen private Vermögen, insbesondere gegen Juden.

Beim Transfer des Goldes ins Reich scheinen die Bank für Internationale Zahlungen (BIZ) in Basel und der Präsident der Bank von England, Montagu Norman, eine ziemlich trübe Rolle gespielt zu haben. Sie veranlassten nämlich, dass die dort deponierten 23 Tonnen tschechischen Goldes auf das Konto der deutschen Reichsbank überwiesen wurden. Winston Churchill warf daraufhin der Bank von England, dem Schatzamt und der gesamten Regierung vor, zur Verstärkung der deutschen Rüstung und damit zur Schädigung der nationalen Verteidigung beigetragen zu haben.

Der Generalquartiermeister des deutschen Heeres sprach vom «ungeheuren Kraftzuwachs», den die Einverleibung der tschechischen Kernlande dem Reich in strategischer und wehrwirtschaftlicher Hinsicht eingebracht habe.

Zu diesem Kraftzuwachs gehörte insbesondere auch die Beute an Waffen und anderem Kriegsmaterial samt den grossen Rüstungsfabriken, die den Deutschen kampfflos in die Hände gefallen sind. Diese Beute hat direkt zur Erhöhung des Rüstungsstandes der deutschen Wehrmacht beigetragen und dies in geradezu gigantischem Ausmass. Darüber hat Hitler selbst in einer Rede vom 28. April 1939 detailliert Auskunft gegeben.

Seit der Besetzung des Gebietes seien «beschlagnahmt und sichergestellt» worden, so führte der Diktator aus:

«a) Luftwaffe: 1. Flugzeuge 1'582, 2. Flakgeschütze 501

b) Heer: 1. Geschütze (leichte und schwere) 2'175, 2. Minenwerfer 785, 3. Panzerkampfwagen 469, 4. Maschinengewehre 43'876, 5. Pistolen 114'000, 6. Gewehre 1'090'000.»

Dann werden noch Zahlen genannt über die erbeutete Munition, nämlich über 100 Millionen Schuss für die Infanterie und 3 Millionen für die Artillerie. Darüberhinaus «Kriegsgerät aller Art» wie Brückengerät, Horchgeräte, Scheinwerfer, Messgeräte, Kraftfahrzeuge und Sonderkraftfahrzeuge «in grössten Mengen!» (Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen, II. Band, S. 1156.)

Wir haben diese Zahlen aus zwei Gründen in aller Ausführlichkeit genannt. Erstens weil damit Hitler selbst zugeben muss, über welch imponierende Ausrüstung die tschechische Armee verfügt hat, und zweitens um einen Eindruck zu geben von dem Zuwachs, den diese enorme Beute für die deutsche Wehrmacht darstellte. Zur Beute zählten aber auch die ausgezeichneten tschechischen Waffenfabriken, die ab sofort ausschliesslich für die deutschen Bedürfnisse zu produzieren hatten.

Bezeichnend für Hitler ist nun aber, dass er diese Beute nicht etwa als Zuwachs für die deutsche Rüstung darstellt, sondern als Aktion zur Beseitigung eines «mitteleuropäischen Gefahrenherdes» und «internationalen (!) Sprengstofflagers». Es habe damit gerechnet werden müssen, so fabulierte er, «dass sich irgendwelche Wahnsinnige der aufgestapelten ungeheuren Kriegsmaterialien bemächtigen konnten». Dies habe «die Gefahr von Explosionen unabsehbaren Umfanges» mit sich gebracht. Es sei «ein Glück für Millionen und Abermillionen von Menschen», dass es ihm gelungen sei, «eine solche Explosion» in letzter Minute zu verhindern.

Nun war man sich ja in Sachen Zynismus von dem «Führer und Reichskanzler des Grossdeutschen Reiches» inzwischen allerhand gewohnt. Doch das Schmierentheater, das er hier vor dem Deutschen Reichstag zum Besten gab, ganz nach der altbewährten Methode «haltet den Dieb», stellte wohl alles Bisherige in den Schatten. Der Diktator suchte der Welt allen Ernstes weiszumachen, sie müsste ihm dankbar dafür sein, diesen Gefahrenherd unschädlich gemacht zu haben. Wer sich indessen seinen gesunden Menschenverstand bewahrt hatte, brauchte wohl nicht allzulange, um herauszufinden, welchem Zweck dieses ausgehobene «Sprengstofflager» zugeführt werden würde. Auch der von Hitler so emphatisch beschworene «Wahnsinnige», der sich dessen bedienen würde, war wohl bald einmal identifiziert.

Die Bedeutung dieses Vorganges für die Entwicklung der deutschen Wehrmacht zur Kriegstauglichkeit und damit letztlich zum Kriege hin kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dazu das Urteil eines führenden deutschen Militärhistorikers: «Die industrielle Kapazität, die Rohstoff- und Devisenvorräte des besetzten Gebietes waren für die Fortführung der deutschen Wehrwirtschaft im Rahmen des Vierjahresplanes von entscheidender Bedeutung.» (Wilhelm Deist, Heeresrüstung und Aggression, in: Frankreich und Deutschland 1936-1939, München 1981, S. 147.) Bereits zum zweiten Mal innerhalb Jahresfrist ist Görings Vierjahresplan durch Eroberung und Ausraubung eines andern Landes praktisch vor dem Kollaps bewahrt worden!

Um welche Größenordnungen es hier gegangen ist, kann man daran ermes- sen, dass nach deutschen Berechnungen mit dem erbeuteten Material 15-18 der von Keitel beklagten «unfertigen» Divisionen voll ausgerüstet werden konnten. Von besonderer Bedeutung war auch die von den Tschechen übernommene schwere Artillerie, an der es den Deutschen ganz besonders mangelte. Auch der nachhinkenden Motorisierung hat der beträchtliche Zustupf gutgetan. Eine ganz besondere Rolle spielt dabei die Panzerwaffe.

### *Tschechische Panzer entscheiden den «Blitzkrieg» gegen Frankreich*

Welche Bedeutung dem deutschen Fischzug vom März 1939 im Bereich der Panzer zukam, geht aus dem Umstand hervor, dass von den zehn Panzerdivisionen, die im Frühjahr 1940 Westeuropa überrannt haben, drei mit tschechischen Modellen ausgerüstet waren. (Vgl. Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, herausgeg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1975, S. 308 ff.)

Auf diese Tatsache habe ich schon in dem Artikel «War die Tschechoslowakei ohne Chance? Zur internationalen Lage im Herbst 1938» (erschieden in der NZZ vom 12. Oktober 1998) hingewiesen. Bei den Arbeiten zu dem vorliegenden Buch habe ich dann an das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam die Frage gestellt, welche Bedeutung der tschechischen Militärbeute für den deutschen «Westfeldzug» zugekommen sei. Daraufhin erhielt ich mit Brief vom 16. Mai 2000 die Antwort, «dass die tschechische Ausrüstung von ganz entscheidender Bedeutung für den deutschen Sieg gegen Frankreich gewesen ist».

Weiter wird dann in dem vom wissenschaftlichen Direktor, Dr. Rolf-Dieter Müller, unterzeichneten Schreiben ausgeführt, am wichtigsten sei der Einsatz der

tschechischen Kampfpanzer vom Typ 35 und 38 mit insgesamt 334 Fahrzeugen gewesen. «Sie bildeten ein Drittel der kampfkraftigen deutschen Panzerarmada, darunter auch die 7. Panzerdivision von Generalmajor Rommel, die mit tschechischen Kampfpanzern ausgerüstet war und den entscheidenden Stoss zur Niederwerfung der französischen Armee führte. Im Vergleich dazu besass die Wehrmacht 349 Panzer III und 278 Panzer IV.»

Nur diese letzteren verdienten, wie Frieser in seinem bereits mehrmals erwähnten Buch dargelegt hat, die Bezeichnung «echte Kampfpanzer», nicht aber die Modelle I und II, welche die grosse Masse der angreifenden Armee ausmachten. Diese seien ausgesprochen «unterbewaffnet» gewesen und daher für den Panzerkampf ungeeignet. (Vgl. Frieser, a.a.O., S. 44 ff.)

Im Schreiben des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes heisst es dann weiter: «*Angesichts der deutlichen zahlenmässigen Unterlegenheit der Deutschen im Panzerbereich muss dem Einsatz der modernen und kampfkraftigen tschechischen Panzer zweifellos eine entscheidende Bedeutung beim Sieg über Frankreich zugesprochen werden.*»

### *Die Zeit arbeitete nicht für den Westen*

Dieser eindeutige Befund führender Militärexperten ist geeignet, einige wichtige Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Abkommen von München ergeben, klar zu beantworten. Die Preisgabe der CSR, ihres Waffenarsenals und Industriepotentials hat zu einer enormen Machtverschiebung zugunsten des Reiches geführt. Wenn man die Panzerwaffe als Massstab nimmt, dann ist die deutsche Wehrmacht durch die tschechische Beute mit einem Schlag um etwa ein Drittel stärker geworden. Ohne diese Beute wäre also der «Blitzkrieg» und damit der «Blitzsieg» von 1940 nicht möglich gewesen. Man wird wohl nicht zu weit gehen, wenn man gleichzeitig den Schluss zieht, dass es 1938 daher auch noch keinen «Blitzsieg» gegen die CSR geben konnte, wie er Hitler vorgeschwebt hat.

Die verfehlte Politik der Westmächte hat es nicht nur verpasst, das beträchtliche Kriegspotential der CSR für die gemeinsame Verteidigung gegen die deutsche Aggression und Expansion einzusetzen, sondern noch dazu geführt, dass es dem Angriffspotential des Gegners zugeschlagen worden ist. Die Folgen waren bekanntlich verheerend.

Es gibt einen weiteren Punkt, welcher der Klärung bedarf. Es ist immer wieder behauptet worden, das Abkommen von München habe, auch wenn es alsbald Makulatur werden sollte, für den Westen eben doch einen kostbaren Zeitgewinn gebracht – Zeitgewinn im Sinne einer besseren Vorbereitung auf den Krieg. Danach

hätte sich also die Verschiebung des Krieges um ein Jahr oder gar anderthalb Jahre (denn der eigentliche Krieg im Westen begann ja erst im Mai 1940), zugunsten der Alliierten ausgewirkt. Diese These wurde vor allem von jenen verfochten, Politikern und ihren Gefolgsleuten in der Presse, die für ihre gescheiterte Politik des Appeasement nach einer Rechtfertigung Ausschau gehalten haben.

Doch dieser ziemlich durchsichtigen apologetischen Argumentation gegenüber hat etwa Winston Churchill schon 1948, als seine Geschichte des zweiten Weltkrieges zu erscheinen begann, die ketzerische Frage gestellt, «ob während des Jahres nach München Hitler oder die Alliierten einen grösseren Zuwachs an Stärke erreichten». Seine Antwort war schon damals eindeutig: Die Zeit arbeitete für Deutschland, nicht für die Westmächte. Churchill erwähnt in seiner Bilanz zunächst die Einbusse, welche der Westen durch den Ausfall von etwa 35 tschechischen Divisionen erlitten habe. Dazu seien die Skodawerke gekommen, die nun für die Gegenseite arbeiten mussten und «deren Produktion von August 1938 bis September 1939 allein fast ebenso gross war wie die der ganzen britischen Rüstungsindustrie». (Churchill, Zweiter Weltkrieg, Band I, 1, S. 408 ff.)

Bestätigt wird auch die Angabe Churchills, dass die grossen Massen von Panzern, die die französische Front zertrümmerten, erst 1940 einsatzbereit gewesen sind. «Die deutschen Panzer, die im September 1939 Furcht und Schrecken bei der schwachen polnischen Armee verbreiteten, hätten ein Fiasko erlitten, wenn sie unmittelbar darauf gegen die überlegene französische Panzerwaffe angetreten wären ... Doch die deutsche Panzerwaffe, die im Mai 1940 aus den Ardennenwäldern hervorbrach, unterschied sich beträchtlich von derjenigen, die Hitler bereits im vergangenen Herbst in die Schlacht hatte werfen wollen.» (Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 28.)

Fazit: Die deutsche Wehrmacht war nicht nur zur Zeit von München, sondern auch noch ein Jahr später nicht in der Lage, einen «grossen» Krieg für sich zu entscheiden. Im Gegenteil: eine Niederlage gegen eine Koalition England-Frankreich-CSR wäre ihr wahrscheinlich sicher gewesen. Selbst wenn die Sowjetunion nicht mit von der Partie gewesen wäre, was wahrscheinlich ist, so hätte sie doch wenigstens noch nicht auf der Gegenseite gestanden, wie dies nach dem Pakt mit Hitlerdeutschland vom August 1939 praktisch der Fall gewesen ist. Auch sollte in diesem Zusammenhang zum mindesten nicht äusser Acht gelassen werden, dass ein Scheitern des Angriffs auf die CSR günstige Voraussetzungen geschaffen hätte für ein Vorgehen der inneren Opposition (mit dem Generalstabchef an der Spitze!) gegen den kriegswütigen Diktator.

## Der Spezialfall Luftrüstung

Die gewonnene Zeit hat nur in *einem* Bereich für die westliche Seite gearbeitet: in der Luftrüstung, aber auch hier nur insoweit es England betraf. Wie schon Churchill festgestellt hat, gelang es den Engländern, bis zum deutschen Angriff im Westen (Mai 1940) ihre Position gegenüber Deutschland erheblich zu verbessern, ja mit der deutschen Flugzeugproduktion gleichzuziehen. Wenn argumentiert wird, dieser Zeitgewinn habe sich auf den Ausgang der «Luftschlacht um England» von Sommer/Herbst 1940 im positiven Sinne ausgewirkt, so mag dies im Prinzip richtig sein. Aber andererseits sollte man nicht vergessen (oder unterschlagen), dass die deutsche Luftwaffe in ihrem Zustand von 1938 an eine solche Luftschlacht gar nicht denken konnte. Ihr damaliger Rüstungs- und Ausbildungsstand hätte eine solche Grossoperation gar nicht erlaubt. Es wäre also, wie wir schon gezeigt haben, zu den befürchteten deutschen Luftangriffen auf England gar nicht gekommen, falls man sich entschlossen hätte zu kämpfen statt zu kapitulieren.

Noch 1940 waren wirksame Luftangriffe auf die britische Insel nur möglich, weil die deutsche Wehrmacht inzwischen dank ihrem Sieg im «Westfeldzug» über Basen in den eroberten Gebieten verfügte, die sich in nächster Nähe der englischen Küste befanden. Der Sieg über Frankreich (sowie Holland und Belgien) war also Voraussetzung eines aussichtsreichen Luftkrieges gegen England. Ein solcher Sieg stand aber 1938, auch noch 1939, völlig äusser Reichweite.

Die Verletzung der Neutralität Hollands und Belgiens und deren Einbeziehung in die deutschen Angriffsoperationen ist von Hitler selbst stets mit dem Argument «gerechtfertigt» worden, man müsse über küstennahe Basen verfügen für den Luftkrieg gegen England. So heisst es in der entsprechenden «Weisung für die Kriegführung» im Westen, Zweck der vorgesehenen Operation sei es, neben der Vernichtung der gegnerischen Armeen, «möglichst viel holländischen, belgischen und nordfranzösischen Raum als Basis für eine *aussichtsreiche* Luft- und Seekriegsführung gegen England ... zu gewinnen».

Dasselbe Argument wurde übrigens auch für die Eroberung Norwegens angeführt. (Vgl. dazu: Walter Hubatsch, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung*, dtv – dokumente, München 1965, S. 37 und 54.)

## *Frankreich bleibt zurück*

Was Frankreich angeht, so hat die zweifellos vorhandene (wenn auch übertrieben dargestellte) Überlegenheit der Deutschen in der Luftrüstung bekanntlich einen massgeblichen Einfluss auf die Entscheidung Daladiers ausgeübt, den Canossagang nach München anzutreten. Das Land hat in der Folge grosse Anstrengungen unternommen, «pour combler son retard aérien vis-à-vis de l'Allemagne». Aber es konnte Deutschland in dieser Zeit nicht einholen. «L'évidente conclusion est que l'effort a été entrepris plusieurs années trop tard.» Deutschland habe mit der Wiederaufrüstung in der Luft im Mai 1934 begonnen, England im Mai 1935 und Frankreich im März 1938 (!). «Le retard de la France était donc énorme.»

Frankreich hat auch versucht, Flugzeuge in den USA einzukaufen. Doch von den über 500 Ende 1938 bestellten Maschinen sind bis Kriegsbeginn lediglich 200 geliefert worden. Der französische Luftattaché in Berlin schätzte die Zahl der in Deutschland produzierten Flugzeuge in einem Bericht vom 9.11.1938 auf ungefähr 600 pro Monat – dreimal so viel wie in Frankreich. (Duroselle, p. 447 ff.)

Henry Dutailly vom Service historique de l'armée de terre trifft die Feststellung, dass trotz aller Anstrengungen im Jahre 1939 «le plan d'armement de l'armée de terre a pris un retard notable». Vor allem die neuen Waffen wie schwere Panzer sowie Luftabwehr- und Panzerabwehrkanonen existierten nur in ungenügender Zahl. Es gab bei Beginn des Krieges noch keine einzige Panzerdivision (während die Deutschen in der Zeit zwischen München und dem Angriff im Westen deren 10 aufstellten). Nach wie vor fehlte schliesslich, und das ist wohl das schlimmste Versäumnis gewesen, «un concept tactique précis, fondé sur les exigences de la guerre moderne». (Vgl. die Ausführungen von Henry Dutailly «Programmes d'armement et structures modernes dans l'armée de terre 1935-1939» in: Deutschland und Frankreich 1936-1939, München 1989, S. 105 ff. sowie 638-41.)

Was Frankreich anbetrifft, ist somit der Befund recht eindeutig: der «Zeitgewinn» von München hat sich nicht zu seinen Gunsten ausgewirkt. Wie der Brite Winston Churchill hat dies auch der Franzose Robert Coulondre schon damals erkannt. Die beiden waren sich sehr ähnlich, was ihre Klarsicht und analytische Fähigkeit angeht. Coulondre, eine der herausragenden Persönlichkeiten im Dienste der französischen Diplomatie, hat unmittelbar nach dem Abkommen von München als Botschafter von Moskau nach Berlin gewechselt. Auf das Abkommen von München wendet er das berühmte Wort von Talleyrand an, es sei mehr

als ein Verbrechen gewesen, nämlich ein Fehler. Die Historiker müssten sich über einen Punkt eigentlich einig sein, schreibt er, «dass es für die Alliierten eher vorteilhaft gewesen wäre, wenn der Krieg schon 1938 ausgebrochen wäre». (Erinnerungen, S. 260.) Unsere Darstellung sollte, so hoffen wir, die Richtigkeit dieses Urteils definitiv bestätigt haben.

### **Die Schweiz unter dem Eindruck des deutschen Überfalls auf Prag**

Das Verschwinden eines weiteren souveränen Staates durch militärischen Überfall mitten im Frieden, sozusagen über Nacht, hinterliess in der Schweiz naturgemäss einen starken, ja niederschmetternden Eindruck. Zwar hatte die Öffentlichkeit, Presse und Volk, zu keiner Zeit von der Parole vom «peace for our time» besonders viel gehalten – im Unterschied zum Aussenminister Motta, der damit allerdings ziemlich allein auf weiter Flur gestanden haben dürfte. Von der Schnelligkeit, mit der das Ende von «München» gekommen ist, war man aber dann doch überrascht.

Die Stimmung im Volk ist durch diese neue deutsche Gewaltaktion besonders aufgewühlt, da allenthalben befürchtet wird, man könnte das nächste Opfer sein.

Warum sollten die Deutschen nicht eines Morgens vor dem Bundeshaus in Bern aufkreuzen, wie es in Prag vor dem Hradschin geschehen ist? Die zögerlichen militärischen Massnahmen, die seit der Sudetenkrise getroffen worden waren, erhöhten das Unbehagen. Die verantwortlichen Behörden bekamen äusserst scharfe Kritik zu hören. Wie sollte man eine solche Nacht- und Nebelaktion verhindern, wenn es nicht mindestens einen grösseren ständigen Grenzschutz gab? Eine Kriegsmobilmachung herkömmlichen Stils würde auf jeden Fall zu spät kommen, wurde nicht zu Unrecht moniert. Die Forderung eines «Volkskrieges» wurde erhoben und ernsthaft diskutiert. Also nicht nur die Armee sollte kämpfen, sondern das ganze Volk, Männer und Frauen. Das «schrankenlose Recht der Selbstverteidigung mit allen Mitteln» wurde postuliert, «Haager Konvention hin oder her». Wenn das geltende Völkerrecht von einem aggressiven Staat nicht mehr respektiert werde, dann sei es «theoretischer Unsinn», sich weiterhin daran zu halten.

Auch wenn die Idee eines solchen Volkskrieges von militärischer Seite scharf abgelehnt wurde, teilte man doch im Generalstab die geäusserten Befürchtungen über einen handstreichartigen Überfall. So schrieb der spätere Generalstabchef Huber in einem Memorandum vom 18. März 1939, also nur drei Tage nach der Besetzung Prags durch die deutsche Wehrmacht, er habe zwar bis jetzt an einen Überfall, «der wie ein Blitz aus heiterem Himmel käme», auch



nicht geglaubt. Doch der «von langer Hand vorbereitete, aber raffiniert camouflierte Überfall» auf die Tschechoslowakei beweis, «dass wir damit rechnen und uns darauf vorbereiten müssen». Das Datum sei vielleicht schon festgesetzt. Die Schweiz sei «als Loch im französischbelgisches Befestigungssystem das wichtigste und erste Ziel eines handstreichartigen Überfalls». Die Deutschen könnten ihre motorisierten Kolonnen drei Autostunden von der Grenze entfernt unter irgendeinem Manöर्वorwand bereitstellen, «um Mitternacht über alle Rheinbrücken fahren und bei Tagesgrauen in Bern stehen».

Dieses Szenario ist keineswegs weltfremd. So hätte es durchaus sein können. Genau nach diesem Schema ist z.B. im April 1940 die Besetzung Dänemarks erfolgt. Am Morgen des 9. April 1940 wurden die Einwohner Kopenhagens (und auch anderer Städte) durch marschierende Truppen aufgeweckt: die Deutschen waren über Nacht in das Land einmarschiert. Jeglicher Widerstand wäre sinnlos gewesen. Inzwischen weiss man natürlich längst, dass der Schweiz, jedenfalls damals, keine Gefahr gedroht hat. Mit Bestimmtheit wissen konnte man es allerdings nicht. Man hielt weitherum die militärische Bereitschaft des Landes angesichts solcher überfallartiger Aggressionen für völlig ungenügend.

Dieser Auffassung war auch der Chef der Operationssektion, also eines der wichtigsten Posten im Generalstab, Oberst von Erlach. Es sei bestimmt damit zu rechnen, gab er in einem Schreiben vom 4. April 1939 zu bedenken, «dass der gegenwärtige politische Zustand mit seinen Spannungen und Unsicherheiten noch lange dauert». Es gebe daher seiner Überzeugung nach «nichts anderes als die Einführung eines Systems, das uns gestattet, eine ständige erhöhte militärische Bereitschaft an der Grenze zu schaffen».

Die Sorgen und Ängste der Bevölkerung wurden also durchaus auch von massgeblichen militärischen Experten geteilt. Doch die oberste militärische Führung, die Landesverteidigungskommission, lehnte solche weitergehende Massnahmen ab, weil sie keine akute Gefahr für das Land zu sehen vermochte. Zwar haben ihr die Ereignisse nachträglich recht gegeben. Eine Entschuldigung für ausgebliebene Vorsichtsmassnahmen stellt dies nicht dar. Denn die Armee hatte, so die weitverbreitete Auffassung, für alle Eventualitäten gewappnet zu sein. Doch man schreckte offensichtlich zurück «vor einer Demonstration des Verteidigungswillens durch massive Truppenaufgebote», wie Hans Senn feststellt. Ob es aus Rücksicht auf die Reizbarkeit der Diktatoren geschah? Oder wegen möglicher Kritik von innen, wenn sich militärische Vorkehren nachträglich als übertrieben erweisen sollten? Senn lässt die Fragen offen. Doch meint auch er, man habe damit in Kauf genommen, «dass die zögernden Reaktionen das Ge-

genteil einer Abhaltewirkung erzeugten und zu einer beträchtlichen Verunsicherung im eigenen Volk führten». (Der schweizerische Generalstab Vol. VI, S. 333/34.)

Natürlich lag es auf der Hand, gegen wen sich das Verlangen nach erhöhter militärischer Bereitschaft richtete. Entsprechend reagierte man auch beim nördlichen Nachbar: man hielt die Aufregung für übertrieben und war beleidigt, da man in der Tat – wenigstens im Augenblick – nichts gegen die Schweiz im Schilde führte. Die Bundesregierung versuchte denn auch, die Bevölkerung zu beruhigen, indem man sich auf die von allen umliegenden Mächten anerkannte Neutralität berief. Doch dieser «tröstliche behördliche Zweckoptimismus» (Bonjour) behagte offensichtlich nicht allen Mitgliedern der Regierung. Der Chef des Volkswirtschaftsdepartements, Hermann Obrecht, scherte aus. Schon am Tage nach dem deutschen Überfall schlug er in einem Vortrag vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Basel einen ganz anderen Ton an.

### *Dem Angreifer wartet der Krieg*

«Das Ausland muss es wissen», sagte er. «Wer uns ehrt und in Ruhe lässt, ist unser Freund. Wer dagegen unsere Unabhängigkeit und unsere politische Unversehrtheit angreifen sollte, dem wartet der Krieg. Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehn.»

Die Anspielung auf die Reise des tschechischen Staatspräsidenten zum «Befehlsempfang» bei Hitler, der den Untergang seines Landes besiegelte, war deutlich. Und damit auch, an welche Adresse diese Worte gerichtet waren. Der Redner schreckte auch nicht davor zurück, das ominöse Wort Krieg auszusprechen. Das Echo auf diese Rede und diese Worte zeigt: Obrecht hat der Stimmung des Volkes schlagend Ausdruck verliehen. Die Presse nimmt es auf.

Der «Bund» spricht sich ziemlich deutlich für den «Volkskrieg» aus, wenn er schreibt: «Wer uns angreift, der hat für alle Fälle den Krieg. Er hat den Krieg, denken wir, auch wenn die schweizerische Armee nicht mehr aufmarschieren könnte. Auch wenn das Funktionieren der grossen Verbände gestört würde ... Das ganze Volk wäre ein feindliches Heerlager.» In Anspielung auf die französische Invasion von 1798 wird der «alte Nidwaldnergeist» beschworen. Im Knechtendienst als entehrtes Hirtenvolk könnten die Schweizer nicht atmen. Und schliesslich: «Der Tod fürs Vaterland ist noch bei weitem nicht das Schlimmste, das einem Menschen widerfahren kann.» Praktisch einhellig ruft die Presse zum unbe-

dingten Widerstand auf. Die sozialdemokratischen Blätter stehen dabei hinter den bürgerlichen Zeitungen keineswegs zurück. Allenthalben werden Erinnerungen an den Kampfgeist der Vorfahren, der «alten Eidgenossen», wachgerufen. Die NZZ beendet einen ihrer Artikel mit dem Zitat aus Schillers Wilhelm Teil: «Lieber den Tod als in der Knechtschaft leben.»

Rudolf Minger, der Chef des Militärdepartements, sagt einige Wochen später bei einer Ansprache anlässlich des 75-jährigen Bestehens des schweizerischen Offiziersvereins: «Ein Land, das den Willen zur Verteidigung nicht mehr aufbringt, verdient, dass es untergeht.»

Dem heutigen Leser mögen solche Bekundungen befremdlich, weil allzu pathetisch vorkommen. Wer die Zeit miterlebt hat – der Autor stand damals kurz vor der Maturität – wird bestätigen, dass es sich nicht um ein hohles Pathos gehandelt hat. Es war den Leuten, die das schrieben und lasen, bitter ernst. Dabei mag es durchaus sein, dass die meisten damals sich nicht so recht vorstellen konnten, wie ein solcher Krieg aussehen und was er dem Einzelnen abverlangen würde. Wie schwer es hätte werden können, wusste man noch nicht. Noch hatte sich die deutsche Kriegsmaschine nicht im wirklichen Kampf bewähren müssen. Polen war noch nicht niedergewalzt, der Orkan der Panzer und Flugzeuge noch nicht über Westeuropa hinweggefegt. Solch atemberaubende militärische Demonstrationen überlegener Macht haben dann bei gar manchem Eidgenossen den Mut zum Widerstand merklich sinken lassen.

Doch noch war es nicht so weit. Der Grundtenor war klar: die Schweiz würde sich nicht kampfflos ergeben, sondern kämpfen, ohne vorher irgendjemand um Unterstützung zu bitten. Man wusste, dass man auf sich selbst gestellt sein würde, wie Bundesrat Minger es formuliert hatte.

Das Gefühl war weit verbreitet, dass die schwierige Lage, in die man hingeraten war, nicht nur der Aggressivität des NS-Regimes, sondern ebenso der schwächlichen Politik des Westens zu verdanken war. Nicht nur das «Image» des deutschen Diktators war auf einem Tiefpunkt angelangt, sondern auch das Ansehen der Westmächte war schwer angeschlagen. Bittere Enttäuschung, ja tiefe Trauer empfand man ob dem schmachvollen Versagen der grossen Demokratien. Sollten diese wirklich nicht mehr fähig sein, der Herausforderung der Diktaturen mit Erfolg entgegenzutreten? Was sollte man davon halten, dass das Land, das auf den Rat des Westens gehört hatte, um seine Existenz zu retten, nun sang- und klanglos untergegangen war? Fragen über Fragen, auf die es keine klare Antwort gab. Auf Hilfe von aussen zu vertrauen, erschien jedenfalls nicht ratsam, ja geradezu selbstmörderisch. In der öffentlichen Meinung lagen die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens und die Einsicht, dass es

auf dem Wege der einseitigen Konzessionen nicht weitergehen konnte, dicht beieinander. Oder sollte am Ende ganz Europa dem unersättlichen Machtmenschen an der Spitze Deutschlands kampflos in die Hände fallen? Nachdem nun aber London und in seinem Gefolge auch Paris durch ihre Garantieerklärungen an verschiedene bedrohte Länder endlich Flagge zeigten, mussten beim nächsten deutschen Vorstoss die Kanonen losgehen. Die Befürchtung, dass es Krieg geben werde und dass dieser Krieg auch uns in Mitleidenschaft ziehen könnte, war allenthalben anzutreffen. «Hochgemuten Pessimismus» hatte der Zürcher Historiker Karl Meyer, einer der unermüdlichen Verkünder des unbedingten Widerstandes, als Parole ausgegeben.

Jean-François Bergier schreibt in dem von ihm herausgegebenen Band der Documents Diplomatiques Suisses betreffend die Jahre 1939/40, die Schrecken des Krieges seien der Schweiz erspart geblieben. «Wir, die Menschen von heute, wissen dies. Doch die Menschen, die in diesen beiden Jahren in der Schweiz lebten, wussten es noch nicht. Sie hatten sogar allen Anlass, das Schlimmste zu befürchten.» (DDS, 13, Einleitung.)

### *Eine persönliche Erinnerung an den Beginn des Krieges*

Es ist dem Autor bewusst, dass er die Stimmung, die damals geherrscht hat und die er miterlebt hat, nur unvollkommen in Worte zu fassen vermochte. Dazu hätte es der Fähigkeiten eines Dramatikers bedurft. Voller Sorgen, aber doch gefasst, sahen wir den kommenden Dingen entgegen. Weniger als 6 Monate später war der befürchtete Krieg da. Es war der 1. September 1939, ein Freitag.

Als wir die Kunde vernahmen, dass Hitler beschlossen habe, «zurückzuschliessen», verliessen wir ohne weitere Umstände das Gymnasium in Biel und gingen nach Hause. Auf dem Heimweg begegnete ich meinem Vater bereits in Uniform. Er müsse auf dem Waffenplatz Lyss einrücken, sagte er mir. Und, ich müsse dann eine Abteilung berittener Artillerie in unserem Dorf einquartieren. Alle notwendigen Unterlagen seien in seinem Büro. Er war Lehrer und Gemeindegemeinschafter in Kappelen bei Aarberg. So wurde ich als knapp 19-Jähriger ein Rädchen in der Mobilmachung der Armee. Am Sonntag, dem 3. September, erklärten die Westmächte dem Deutschen Reich den Krieg. Am folgenden Tag, nach drei Tagen und Nächten ununterbrochenem Einsatz für das Vaterland, hatte ich in die Prüfungen für die Maturität einzusteigen. So begann der Zweite Weltkrieg für den noch nicht dienstpflchtigen jungen Mann in der neutralen Schweiz.

Herbert R. Reginbogin

**Enemies and Friends**

**Eine Analyse der finanzwirtschaftlichen Verflechtungen  
zwischen den kriegführenden und neutralen Ländern  
1938-1945**

Für meine Frau Karin.  
Ohne ihre Unterstützung  
hätte dieses Buch nicht  
entstehen können.

## Einleitung

Das vorliegende Buch enthält eine Analyse der wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen zwischen den kriegführenden und neutralen Staaten Grossbritannien, Deutschland, USA, Schweden und der Schweiz in den Jahren 1938-1945. Es wird dargestellt

- a) inwieweit in den Zwischenkriegsjahren Chamberlains Wirtschaftspolitik und die Sprunghaftigkeit der amerikanischen Neutralitätsgesetzgebung den britischen, amerikanischen und deutschen Unternehmensinteressen ermöglicht haben, die Strasse zu pflastern, auf welcher Hitler den Weg nach Polen einschlagen konnte,
- b) wie die Alliierten bei Ausbruch des Krieges das Wirtschafts- und Finanzpotential der Schweiz für ihre sicherheitspolitischen Ziele einzusetzen versuchten, und
- c) in welchem Ausmass noch 1940 globalisierte Grossindustrie und Finanz die ‚Neue Ordnung Europas‘ unterstützt haben.

Bei der Entwicklung der historischen Ereignisse von 1938-1941 wird die Verschmelzung von strategischen Zielen von Unternehmen, Finanz und Aussenpolitik näher beleuchtet.

Dieser Kontext eröffnet eine neue Betrachtungsweise über die Verantwortung der westlichen Mächte, welche durch ihre wirtschaftlich-finanziellen Verflechtungen mit Deutschland die Voraussetzungen geschaffen haben, dass Hitler ‚seinen Kampf‘, der in der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges mündete, überhaupt erst in Angriff nehmen konnte. Die engen Wirtschaftsbeziehungen speziell der USA und Englands mit Deutschland bildeten einen Grundstein für die Finanzierung des Krieges, während Frankreichs ohnehin eher laue (‘Economic appeasement’-Bemühungen nur von kurzer Lebensdauer waren. Obwohl die amerikanische Regierung bereits eine klar antideutsche Politik verfolgte, tätigten beispielsweise US-Firmen und der amerikanische Kapitalmarkt noch nach der Niederlage Frankreichs bis in das Jahr 1941 beachtliche Investitionen bzw. finanzielle Konsolidierungen im ‚Grosswirtschaftsraum‘ Deutschland. Auf britischer Seite haben gewisse Ministerien sowohl unter Chamberlain wie auch unter Churchill die Geschäftsbeziehungen und Kartellvereinbarungen zwischen Imperial Chemical Industries, I.G. Farben, General Electric Company

und Philips nicht unterbrochen. Der Grund dafür war, dass die Kontakte mit dem Feind kriegswirtschaftliche Vorteile während des Krieges erbrachten und nach dessen Beendigung von allen beteiligten Industrien fortgesetzt werden sollten. Die Briten räumten deshalb dem Erhalt dieser Verbindungen eine höhere Priorität ein als der Respektierung des ‚Trading with the Enemy Act‘, dessen Befolgung die Alliierten 1939 bei den europäischen neutralen Staaten so nachdrücklich durchzusetzen versuchten.

Jedoch nicht nur die widersprüchliche Aussenpolitik der Vereinigten Staaten, sondern auch die Bestrebungen des englischen Premierministers Neville Chamberlain, mittels Economic Appeasement den deutschen Beschwerden über den Versailler Vertrag von 1919 und Hitlers Expansionsbestrebungen entgegenzukommen, spielten bei der Entwicklung des Zweiten Weltkrieges eine erhebliche Rolle. Viele Historiker verwenden den Ausdruck Appeasement (Beschwichtigung) bei der Beschreibung der britischen Aussenpolitik und dem besonderen Engagement der Regierung Chamberlain gegenüber Deutschland in den Jahren 1937-1940.<sup>1</sup>

Das Feld Appeasement wurde nach dem Zweiten Weltkrieg für Jahrzehnte von Historikern für diplomatische Geschichte besetzt. Inzwischen hat dieses Thema, insbesondere Chamberlains ‚Economic Appeasement, auch die Aufmerksamkeit der Wirtschaftshistoriker geweckt. Es ist ganz offensichtlich, dass sich die Struktur der englischen Industrie in der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise – von den Briten ‚Great Slump‘ genannt – wesentlich verändert hat. Grössenteils äusserten sich diese Veränderungen in Form von Kartellen, oft in Verbindung mit Rationalisierungsprogrammen.<sup>2</sup> Für Wirtschaftshistoriker ist dabei von besonderem Interesse, ob und inwieweit ‚Economic Appeasement‘ prägenden Einfluss auf Geschäftsstrategien oder die Organisationsstruktur von britischen Firmen ausübte.<sup>3</sup> Die dreissiger Jahre waren durch eine Wirtschaftspolitik mit überdurchschnittlicher Sensibilität für Firmeninteressen gekennzeichnet und es stellt sich die Frage, ob Regierung und Industrie in der Entwicklung einer spezifischen Strategie zur Unterstützung von Kartellen und einem international organisierten Markt aktiv kooperiert haben.<sup>4</sup> Leslie Hannah glaubt in diesem Zusammenhang, dass die britische Regierung wenig unternahm, um Schritte in Richtung Reorganisation zu fördern, obwohl sie grundsätzlich ein lebhaftes Interesse daran besass,<sup>5</sup> während Sidney Pollard die Ansicht vertritt, dass in den 1930er Jahren «the State thus played an active part in the cartelization of industry ... »<sup>6</sup> Scott Newton analysierte das zwischen der britischen Wirtschaft und dem Staat im Zusammenhang mit dem internationalen Handel bestehende Ver-



hältnis und wie es benutzt wurde, um auf dem wirtschaftlichen Sektor die britische Wettbewerbsposition gegenüber Deutschland zu stärken.<sup>7</sup>

Manche Historiker deuten Chamberlains Appeasementpolitik als Bestandteil einer Empire-Strategie des britischen Regierungsprogramms zur Wiederbelebung des internationalen Handels, die von der britischen Regierung permanent und entschlossen verfolgt wurde, um Herausforderungen, die zu einer Erhöhung des Inflationspotentials führen könnten, zu vermeiden, wie dies dann doch als Folge der eskalierenden militärischen Konfrontationen der späten 30er Jahre geschehen ist.<sup>8</sup> Andere wiederum sehen Appeasement als Teil der britischen imperialen Strategie, Spannungen in Europa zu reduzieren, um an der heimischen Front genügend Ressourcen aufbauen zu können, die es erlaubt hätten, die japanische Aggression in Ostasien in Schach zu halten.<sup>9</sup> Eine wieder andere Variante wird von den Historikern P. J. Cain und A. G. Hopkins vertreten. Sie betrachten Appeasement als eine Strategie zur Absicherung, dass nach Beendigung der Wirtschaftskrise die Erholung der britischen Wirtschaft im Kontext einer global liberalen kapitalistischen Wirtschaftsstruktur erfolgen könnte. Sie argumentieren in Band zwei von ‚British Imperialism: Crisis and Destruction 1914-1990‘, Appeasement reflektiere die Anstrengungen des britischen Finanzestablishments, die ‚gentlemanly order‘ zu erhalten, um sich vor den destabilisierenden Einflüssen eines Krieges zu schützen.<sup>10</sup>

Der Historiker Ian Kershaw vertritt die Auffassung, dass Chamberlain nach dem Münchner Abkommen vom Herbst 1938 und der Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland nicht mehr geglaubt habe, ‚Hitler sei ein Mann, dessen Wort man trauen könne‘. Chamberlain habe die Hoffnung aufgegeben, das Münchner Abkommen könne einen dauerhaften Frieden bringen. Er und die britische Regierung hätten sich mit einer weiteren Expansion Deutschlands in Südosteuropa abgefunden, seien aber der Auffassung gewesen, Hitler solle für wenigstens zwei Jahre in Schranken gehalten werden, damit England und Frankreich diese Zeit zu einer verstärkten Aufrüstung nutzen könnten.<sup>11</sup> Ian Kershaw bezieht sich bei dieser Schilderung des weitsichtigen Chamberlain auf Michael Jabara Carleys Beschreibung, wo Home Secretary Samuel Hoare zu dem russischen Botschafter in London, Ivan Maisky, einige Wochen nach der Münchner Konferenz sagt: «... the government was well satisfied with the present situation in Europe: war had been avoided in Czechoslovakia ...»<sup>12</sup> Hoare meinte weiter, durch den Einsatz der Appeasementbemühungen bei der Münchner Konferenz «... we can therefore count on at least two years of peace», und «rearmament could be brought up to a ‚suitable‘ level ‚by normal means.‘»<sup>13</sup>

Im Gegensatz zu Ian Kershaws Bemühungen, die britische Geschichte zu verschonen und in einem Metamorphoseversuch das Münchner Abkommen als Hinhaltetaktik zu porträtieren, die für eine massive Aufrüstung genutzt werden sollte, wird aufgezeigt, dass Chamberlain bereit war, einen langen Weg zu gehen, um mit Hilfe von Economic Appeasement im Tausch gegen wirtschaftliche Konzessionen Sicherheit und Kooperation zu erhalten. Er sah nach der Münchner Konferenz keinen Grund für umfassende Aufrüstungsmassnahmen, obwohl gewisse Beschleunigungen stattfanden. Chamberlain wollte nichts hören über kriegsnützliche Aufrüstungsmassnahmen, sein Interesse galt ausschliesslich der Weiterführung von business as usual.<sup>14</sup> Der britische Premier betrachtete Economic Appeasement als einen ‚fourth arm of defenso und im Gegensatz zu dem Historiker Robert Caputi, der Economic Appeasement als ein «significant issue, albeit an ancillary one»<sup>15</sup> beurteilt, zeigt dieses Buch, dass Economic Appeasement’ ein Instrument der nationalen Politik und ein wichtiger Bestandteil von Chamberlains grundsätzlicher Absicht war, die durch einen militärischen Konflikt mit Deutschland drohende Transformation der britischen Gesellschaft und des britischen Empires zu verhindern.

Aber ‚Economic Appeasement’ ist nicht nur eine Lehre von engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und England. Der britischen Wirtschaft ging es auch darum, die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1931 und das Verschwinden europäischer Absatzmärkte wie jenen von Österreich, 1938, zu kompensieren. Das Bekenntnis und der Versuch führender britischer Wirtschaftsverbände, im Verlauf der dreissiger Jahre durch den Wechsel vom bisher praktizierten ‚laissez faire’, also einer freien Marktwirtschaftsphilosophie, zu einer ‚managed economy’ (*staatliche Intervention, basierend auf einer rationalen und verteidigungsbezogenen Ansicht, wie die Wirtschaft zu funktionieren habe, verbunden mit dem Bestreben, die Wirtschaft nicht den Kräften des Marktes zu überlassen, sondern sie in Richtung der von der Regierung definierten Ziele zu steuern*), und durch zusätzliche Förderung des Kartellwesens mittels Intervention der britischen Regierung die englische Wirtschaft international zu stärken, ergab eine enge Zusammenarbeit von ‚big business’ und britischer Bürokratie. Dabei bildeten sich Interessengruppen, die selbst noch nach Beginn des Zweiten Weltkrieges und der Machtübernahme Winston Churchills weiterbestanden. Gleichzeitig bedeutete diese Entwicklung jedoch auch eine grundsätzliche Existenzbedrohung des britischen demokratischen Nationalstaates. Doch nicht nur die britische Demokratie, sondern auch die Doktrin einer freien Marktwirtschaft wären auf Dauer wohl untergraben

worden, als in England Kartelle und ‚managed economy‘ integrale Bestandteile der britischen ausländischen Economic-Appeasement-Politik wurden und in den USA die Beibehaltung der Neutralitätspolitik amerikanischen und deutschen Grossfirmen den Ausbau ihrer wirtschaftlich-finanziellen Verflechtungen in einer Form erlaubte, die in Krisenzeiten sogar nationale Interessen negativ tangieren konnte. Erst der Eintritt Amerikas in den Zweiten Weltkrieg und das damit einhergehende verstärkte Interesse der US-Justizbehörden, deutsche kriegswirtschaftliche und finanzielle Interessen in den USA zu beschlagnahmen und mit Hilfe des Anti-Monopolgesetzes (Sherman Antitrust Act von 1890) dieser Art von Globalisierungsbestrebungen ein Ende zu bereiten, veranlasste dann auch die zuständigen Abteilungen der britischen Bürokratie zu dem (erfolglosen) Versuch, ihre Verletzung des ‚Trading with the Enemy Act‘ von 1939 zu verschleiern.

Ein sehr zweifelhafter Umgang mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges zeigt sich im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen, als im Jahr 1996 von amerikanischer Seite Klage gegen schweizerische Grossbanken erhoben wurde. Die Beschuldigungen entfachten in der amerikanischen Presse eine Sturzwelle von Kritik nicht nur gegen Schweizer Banken und Versicherungen. Auch das Verhalten der schweizerischen Regierung im Zweiten Weltkrieg wurde an den Pranger gestellt. Manche politische Verantwortliche der USA fühlten den Drang, sich der öffentlichen Empörung anschliessen zu müssen. Es folgte eine Untersuchung über das *Benehmen der neutralen Staaten Europas während des Zweiten Weltkrieges*. In dem ersten von Undersecretary of Commerce Stuart Eizenstat ausgearbeiteten Bericht vom Jahr 1997 wird primär die Schweiz hervorgehoben und der Eindruck erweckt, sie habe während des Zweiten Weltkrieges ihre Finanz- und Wirtschaftstransaktionen ausschliesslich mit dem Hitler-Regime durchgeführt.<sup>16</sup> Weiter wird dem kleinen Land Schweiz unterstellt, durch ‚Unterstützung des Nazi-Regimes‘ *massgebend* für eine Verlängerung des Krieges verantwortlich gewesen zu sein. Historische Grundlagen werden grosszügig ignoriert; stattdessen wird in einer Art Patchworkdecke zusammenhangslos über das Europa der 20er und 30er Jahre berichtet.

Die einseitige Darstellung des Finanzplatzes Schweiz als williger Helfer der Deutschen geht an den Tatsachen vorbei. Die Schweiz – wie auch die USA oder England – pflegte bereits vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten enge Beziehungen zu Deutschland, das mit Abstand der grösste Handelspartner der Schweiz war. Sie unterhielt jedoch auch zu den Staaten Grossbritannien und USA beträchtliche wirtschaftliche Verbindungen. Von einer einseitigen Bevorzugung des NS-Staates Deutschland durch die Schweiz kann keine Rede sein.

Kenntnisse über die Geschichte der Zwischenkriegszeit und eine sorgfältige Differenzierung sind erforderlich, um die Haltung und Handlungsweise der schweizerischen Führung und der anderen neutralen Staaten Europas beurteilen zu können. Eine verbreitete amerikanische Auffassung ist, dass die schweizerische Regierung und ihre Beamten nicht, oder zu spät – gegen Ende des Krieges – erkannten, dass die Neutralität mit ihrer historischen Tradition von Demokratie, Souveränität und Selbstbestimmung abgewertet wurde, als man in der letzten Phase des Krieges mit einem kriminellen Regime, das sich jeder menschlichen Tugend entzogen hatte, immer noch Verhandlungen führte. Kein Wort darüber, dass erst die widersprüchliche Aussenpolitik der USA, Frankreichs und Grossbritanniens die neutralen Staaten Europas in die heute so vehement kritisierte wirtschaftliche und politische Abhängigkeit manövriert hatte. Die sicherheitspolitische Halbherzigkeit und Schwäche der alliierten Pläne verschafften Hitler ausreichend Spielraum zur Ausführung seiner Eroberungsgelüste. Sie führten im Sommer 1940 zur Entstehung eines riesigen Wirtschaftsimperiums, dessen Potential in der Anfangsphase des Krieges von dem Vierjahresplanbeauftragten Hermann Göring benützt wurde, seine ‚Entschuldungsaktion‘ durchzuführen. Dazu war geplant, unter Inanspruchnahme der Finanzplätze von neutralen Ländern wie USA, Schweden und Schweiz, die deutschen Auslandsschulden aufzukaufen. Göring und andere sogenannte ‚gemässigte‘ Elemente in der Nazihierarchie wollten mit der Entschuldungsaktion Deutschland nach Beendigung des Krieges eine starke finanzielle Ausgangsposition verschaffen, damit es sich nicht wieder in einer wirtschaftlich so hoffnungslosen Lage befinden würde wie nach dem Ersten Weltkrieg.

Verzerrung historischer Zusammenhänge und Unkenntnis, gekoppelt mit moralisierenden Massstäben, brüteten auch Artikel aus wie jenen des amerikanischen Journalisten Thomas L. Friedman, der am 23. Mai 1997 in der *International Herald Tribune* schrieb: «The cynical form of neutrality is to stay out of war but do business with all sides to enrich yourself. (*Die zynische Form von Neutralität ist, sich nicht selbst am Krieg zu beteiligen, aber sich zu bereichern, indem man mit allen Seiten Geschäfte macht.*) ... That was the Swiss in World War II.»<sup>17</sup> (*Dies war die Schweiz im Zweiten Weltkrieg*) Hier ist zu betonen, dass diese Beschreibung – zumindest für den Zeitraum zwischen September 1939 bis zur Bombardierung von Pearl Harbor durch die Japaner am 7. Dezember 1941 – auch auf die ‚USA in World War II‘ zutrifft. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren jedoch niemals von den Achsenmächten umzingelt. Freiwillig, ohne wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Zwang, gewährten ei-

nige ihrer Schlüsselindustrien dem Nazi-Staat Deutschland intensive Unterstützung vor, und sogar noch nach dem Beginn des Krieges.

In dem Bericht des Undersecretary of State, Stuart Eizenstat, wird die Schweiz beschuldigt, zu einer Verlängerung des Zweiten Weltkrieg beigetragen zu haben. Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass dieser Vorwurf auf die USA und Grossbritannien zutrifft. Aus isolationistischen und imperialistischen Gründen, Gleichgültigkeit und Schwäche. Trotzdem sollen die Verdienste jener Staaten, die Europa und die Welt unter grossen Opfern vom Totalitarismus faschistischer Prägung befreit haben, nicht geschmälert werden. Es soll aber auch nicht bedeuten, widerstandslos Thesen zu akzeptieren, wonach Verdienste so gross seien, dass kritische Bemerkungen über Versäumnisse und Fehlverhalten gar nicht zur Sprache kommen dürfen.

In dem vorliegenden Buch wird deshalb primär das finanziell-wirtschaftliche Beziehungsgeflecht zwischen den USA, Grossbritannien, Schweden, der Schweiz und Deutschland im historischen Verlauf der Zwischenkriegszeit von 1938-1941 näher betrachtet, um damit – im Gegensatz zur Darstellung im Eizenstat-Bericht vom Mai 1997 – ein besseres Verständnis für die Proportionalität der Ereignisse und die Ursachen des Zweiten Weltkrieges zu vermitteln.

# **1 Economie Appeasement und industrielle Strategien**

# England und Economic Appeasement

## Englands Lage

Im Mai 1937 trat Arthur Neville Chamberlain sein Amt als britischer Premierminister an.<sup>18</sup> Als Schatzkanzler war es ihm in den Jahren zuvor gelungen, die hohen Soziallasten der Weltwirtschaftskrise abzubauen und die britischen Finanzen zu sanieren. Neville Chamberlain verfügte über genügend Weitsicht, um zu erkennen, dass durch einen Krieg mit Hitlerdeutschland nicht nur der Erfolg seines persönlichen Einsatzes verloren ginge, sondern – und dies war der wichtigste Punkt – auch das britische Empire zerstört werden könnte, selbst dann, wenn der Krieg von England gewonnen werden sollte. Zu dieser Bedrohung gesellte sich noch die Befürchtung einer neuen von den USA ausgehenden Weltwirtschaftskrise (world depression period).<sup>19</sup> Hier waren die Besorgnisse des britischen Premiers jedoch mehr politischer als wirtschaftlicher Art. Sie bezogen sich auf die empfindliche Erhaltung der Machtpositionen der beiden Länder USA und England, wobei wirtschaftliche Belange zwar einen bedeutenden, aber eben doch nur einen Teil des Beziehungsgeflechtes darstellten. Vor allem missbilligte Chamberlain ein neues wirtschaftliches Engagement der USA in Europa. Er war nicht damit einverstanden, dass die USA sich wieder in europäische Angelegenheiten mischten, wie sie dies bereits einmal in so leichtfertiger Weise getan hatten, als die Amerikaner glaubten, den Frieden durch eine Strategie der kollektiven Sicherheit erhalten zu können, und 1919-1920 die Nationen aufforderten, einem Völkerbund beizutreten, dem sie selbst aber fernblieben.<sup>20</sup> Chamberlain wünschte die Rolle und den Einsatz der USA eher in einem distanzierteren Sinne wie zum Beispiel bei wichtigen Vereinbarungen, wo er sich «a friendly and sympathetic President to give the fresh stimulus we required» vorstellte.<sup>21</sup> Ausserdem sollten die USA unterstützend eingreifen, wenn Hilfe von Nöten war, etwa bei einem Krieg, wie sie dies auch in der Vergangenheit getan und damit Zweifel über die amerikanische Zuverlässigkeit ausgeräumt hatten. Unterschiedliche Auffassungen darüber, wie man den Auswirkungen der Depression in den 1930er Jahren begegnen sollte, hatten allerdings wieder zu einer Abkühlung des britisch-amerikanischen Klimas geführt.

Als eine Folge des Anschlusses Österreichs vom 12. März 1938 verdüster-

ten sich die ohnehin mageren Aussichten für den britischen Export in Europa noch mehr. Das Fell des britischen Löwen war dünn geworden, und die ‚Federation of British Industries‘ (FBI) sah sich genötigt, marktstabilisierende Massnahmen auszuarbeiten. Sie unterstützte in diesem Sinne den von ihrer Regierung eingeschlagenen Weg des ‚Political und Economic Appeasement‘ als eine Möglichkeit, die britische Industrie zu stärken. Der Wechsel von den bislang befolgten konventionellen wirtschaftlichen Regeln hinüber zur Befürwortung einer organisierten Wirtschaft, welche auf der Basis präziser Abmachungen zwischen Industrie und Staat funktionierte, bereitete der FBI offenbar keine Probleme. Sie bemühte sich zwar, den direkten Einfluss der britischen Regierung auf Firmenentscheide so gering wie möglich zu halten, war aber doch gezwungen, die Durchsetzung industrieller Interessen mit dem Einfluss staatlicher Macht zu verbinden, um wirtschaftlich international bestehen zu können. Tatsächlich sah man generell in einer möglichst ausgedehnten staatlichen Einmischung die einzige Möglichkeit, den neuen wirtschaftlichen Anforderungen standhalten zu können. Deshalb kann nicht behauptet werden, der in England seit der amerikanischen Depression 1929 wachsende staatliche Einfluss auf die Industrie und deren Management sei allein eine aggressive Durchsetzung politischer oder bürokratischer Kräfte gewesen. Die Frage war nur, in welcher Weise bei zentralisierten Entscheidungen die Ziele der betroffenen Gruppen vereinigt werden konnten.

Dieses komplizierte Beziehungsmuster zwischen Bürokraten, Politikern und Industriellen der britischen Gesellschaft, wo nicht selten institutionelle Aussagen und Verpflichtungen für demokratische Werte in Konflikt gerieten mit den Voraussetzungen für eine permanente wirtschaftliche Expansion, wird in dem kommenden Kapitel näher betrachtet. Es bestand ein fast paradoxer Widerspruch zwischen dem staatlicherseits unterstützten Bekenntnis zu demokratischen Prinzipien und der Notwendigkeit, das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes mit Hilfe einer staatlichen gelenkten Wirtschaft, Kolonialismus und wirtschaftlichem Imperialismus zu sichern.<sup>22</sup> Chamberlain gelangte zu dem Schluss, dass nur eine Ausweitung der bereits bestehenden engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und England eine Möglichkeit bot, allen Gefahren zu entrinnen. Einerseits würden profitable wirtschaftliche Vereinbarungen die durch Nazideutschland drohenden unabwägbaren machtpolitischen Gefahren entschärfen, und andererseits bestünde durch eine deutsch-englische Wirtschaftskooperation auch die Chance einer Verminderung der durch eine neue Rezession aus den USA drohenden wirtschaftlichen und finanziellen Einbussen. In der Folge gingen von Grossbritannien unter Chamberlains Füh-



rung in den Jahren 1937 bis in den Krieg hinein intensive Versuche aus, im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland eine enge Partnerschaft zu etablieren. Die ‚Economic Appeasement Policy‘ bildete einen wichtigen Bestandteil von ‚Political Appeasements Ziel beider Komponenten war, Hitler sowohl durch politische als auch wirtschaftliche Zugeständnisse von seinen Expansions- und Kriegsgelüsten abzubringen – wie die Geschichte zeigt, ohne Erfolg.

Allerdings war ‚Economic Appeasement‘ substantiell mehr als nur eine Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Grossbritannien. Der Versuch, mittels internationaler Industrieallianzen, Marktaufteilungen und – im Falle Deutschlands – Marktüberlassungen Frieden einzutauschen, beinhaltete auch die Benützung international tätiger Kartelle als ein Mittel zur Sicherung von wirtschaftlichem Wachstum und Stabilität. Die Ausübung der einen zunehmenden Akzeptanzgrad genießenden ‚managed economy‘ und eine verstärkte Ausrichtung auf internationale industrielle Vereinbarungen, die auch für den Aufbau weiterer internationaler Kartelle genutzt werden konnten, bildeten einen besonderen Pfeiler in der Friedenssicherungspolitik Englands.<sup>23</sup> Hochgestecktes Endziel der Aktivitäten war eine umfassende Detente im politisch-diplomatischen ebenso wie im wirtschaftlichen Bereich als Vorstufe zu einer europäischen Friedenskonferenz der ‚Grossen Vien, England, Deutschland, Frankreich und Italien.

Whitehall verfolgte den einmal eingeschlagenen Pfad unbeirrt. Selbst der deutsche Einmarsch in Polen 1939 war für die Regierung Chamberlain kein Anlass, ihre Gesprächsbereitschaft für eine friedliche Lösung zu beenden.<sup>24</sup> So unglaublich es erscheinen mag, diese ‚Friedensbemühungen‘ wurden von der Bürokratie sogar noch fortgesetzt, als Winston Churchill bereits Premier war, angeblich ohne dessen Wissen.<sup>25</sup> Die Bemühungen Chamberlains und führender politischer Kreise in Grossbritannien, vor Ausbruch des Krieges mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu einem ‚general settlement‘ zu gelangen, lassen sich anhand von fünf wesentlichen Beispielen im Rahmen der ‚Economic Appeasement-Bestrebungen‘ gut darstellen.<sup>26</sup>

1. Im November 1937 Reise von Lord Halifax, damals noch Lord President of the Privy Council und kurz darauf Aussenminister, nach Berlin zu Sondierungsgesprächen.
2. Am 1. Juli 1938 Abkommen zwischen Deutschland und Grossbritannien über Transfer- und Handelsfragen. Das Abkommen beinhaltete eine Absichtserklärung über eine künftige Koordination der bilateralen Handelsziele mit dem Zweck einer Ausweitung und Verbesserung der Handelsbeziehungen.

3. Im September 1938 folgte das ‚Münchener Abkommens mit der britischerseits ausdrücklich formulierten Hoffnung, das Treffen zwischen Adolf Hitler und Neville Chamberlain solle zum Vorreiter einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa zwischen den «Grossen Vier» werden.
4. Am 16. März 1939 Abschluss des ‚Düsseldorfer Abkommens‘ zwischen den führenden Industrieverbänden Englands und Deutschlands. Gemäss dem Inhalt dieser Vereinbarung sollten Kartelle und ihre spezifischen Industrieverbindungen bei der Aufteilung der Weltmärkte kooperieren und dabei von ihren Regierungen unterstützt werden.
5. Im Juli 1939 schlägt die britische Seite im Rahmen der ‚Wohlthat Mission den Deutschen wirtschaftliche und finanzielle Konzessionen vor. Als Gegenleistung erwartete Chamberlain, dass Hitler eine grundsätzliche Gewaltverzichtserklärung abgab. Dies hätte das Ende der Durchsetzung deutscher Expansionspolitik mittels Gewalt bedeutet und – angenehmer Nebeneffekt – auch die britische Garantie gegenüber Polen hinfällig gemacht.

## **Britische Avancen**

### *November 1937 – Reise von Lord Halifax nach Berlin*

Der Berlinreise des Lordpräsidenten Halifax gingen seit Anfang 1937 zahlreiche Sondierungsgespräche voraus, insbesondere mit dem deutschen Botschafter in London, von Ribbentrop. Hauptthema bildete die Aufarbeitung aller zwischen den beiden Nationen bestehenden Probleme. Eine Einladung zu einer Jagdausstellung nach Berlin Mitte November 1937 bot Halifax eine willkommene Gelegenheit, mit Göring und Goebbels konkrete Punkte wie Kolonien, Exportmärkte, Rohstoffquellen, Danzig, Memel, Anschluss Österreichs, Sudeetenfrage und, für Hitler besonders interessant, ‚freie Hand im Osten zu erörtern. Auf die Besprechung in Berlin folgte dann am 19. November in Berchtesgaden ein Treffen mit Hitler zu informellen Gesprächen, wobei Halifax von Hitler auch auf die bereits mit Göring und Goebbels erörterten Punkte angesprochen wurde.<sup>27</sup>

Lord Halifax hatte bei seinem Besuch in Berchtesgaden vor allem die Aufgabe, Hitler von seinem Wunsch nach freier Hand im Osten abzubringen. Um ihm eine Richtungsänderung schmackhaft zu machen, bot ihm die britische Regierung sogar das Zuckerbrot ‚Kolonien‘ an und hoffte, Hitler mit diesem Köder

zu einem ‚guten Europäer umpolen zu können, der seine Ambitionen auf friedliche Weise verfolgte.<sup>28</sup> Es besteht eine gewisse Ironie darin, dass Hitler zu diesem Zeitpunkt sehr wohl ‚europäisch‘ dachte, jedoch unter anderen Vorzeichen.

Um überzogenen Erwartungen zuvorzukommen, deren Zurückschneidung möglicherweise das Gesprächsklima unnötig verschlechtert hätte, sah sich Aussenminister Anthony Eden doch genötigt – ähnlich wie dann auch Halifax –, die deutschen Spekulationen über die Belastungsfähigkeit der britischen Verteidigungsbereitschaft einzugrenzen. Er erklärte, «Veränderungen, selbst Veränderungen von grosser Bedeutung, könnten nur als Ergebnis einer friedlichen Diskussion stattfinden», es sei «wichtig, dass weitere Entwicklungen eher in Form einer Evolution als in der einer Revolution» durchgeführt würden.<sup>29</sup> In Grossbritannien werde es keinen Widerstand geben, «solange die Evolution in verfassungsmässigen Bahnen und in einem gemässigten und vernünftigen Geist vor sich geht».<sup>30</sup>

### *Transfer- und Handelsfragenabkommen (Payment Agreement) – Juli 1938*

Der zweite Anlauf für einen umfassenden Ausgleich mit Deutschland entwickelte sich eigentlich als Folge der zwischen Berlin und London entstandenen Differenzen über die Behandlung der österreichischen Schulden nach dem ‚Anschluss‘ im Frühjahr 1938. Deutschland weigerte sich strikt, die Schulden von Österreich zu übernehmen. Dabei handelte es sich vor allem um drei internationale Bundesanleihen, deren britischer Garantieanteil 14 Mio. Pfund ausmachte, wovon sich Bonds im Wert von 11 Mio. Pfund in den Händen britischer Staatsbürger befanden. Die Deutschen argumentierten, die Anleihen seien politischen Ursprungs. Ausserdem habe Österreich nun den Status einer deutschen Provinz. Seine Aussenschulden würden deshalb genauso behandelt wie die der anderen deutschen Länder.<sup>31</sup> England hielt dagegen, die deutsche Regierung sei jetzt eindeutig Nutzniesser der Anleihen, da sie in Wien von der Österreichischen Nationalbank Gold- und Devisenvorräte von etwa 100 Mio. Pfund oder 1250 Mio. Reichsmark übernommen habe, «welche Summe zur vollständigen Deckung der österreichischen Auslandsschulden genügt hätte!»<sup>32</sup> Offenbar teilte der Gouverneur der Bank of England, Montagu Norman, die restriktive Auffassung seiner Landsleute nicht. Noch während die britischen Handelsdelegationen sich mit den Deutschen wegen der Anerkennung der österreichischen Schulden herumzankten, gab er aus einem Depot Österreichs bei der Bank von England 5 Mio. Pfund an Berlin frei.<sup>33</sup>

Die Verhandlungen über die österreichische Schuldenfrage verliefen in einem sehr scharfen Klima. Die Briten gingen sogar soweit, den Deutschen mit einem unilateralen Clearing, also einem Boykott deutscher Waren, zu drohen. Die Umsetzung dieser Drohung hätte jedoch unweigerlich das Erliegen der gesamten Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland zur Folge gehabt. Angesichts der schlechten Konjunkturlage und der durch die Aufrüstung bedingten wirtschaftlichen Belastung besannen sich die Engländer dann rasch eines Besseren und signalisierten Kompromissbereitschaft. Man einigte sich schliesslich und unterzeichnete am 1. Juli 1938 ein Transfer- und Handelsfragenabkommen. Im wesentlichen bestand es darin, dass Deutschland gewisse österreichische Schulden anerkannte und die Zinsen für deren Rückzahlung herabgesetzt wurden.<sup>34</sup>

Für die Engländer boten die Verhandlungen im Zusammenhang mit der österreichischen Anleihe eine willkommene Gelegenheit, die Probleme des deutsch-britischen Warenverkehrs aufzugreifen. Bei den britischen Ausfuhren nach Deutschland war der Anteil der Fertigprodukte im Jahr 1937 auf 22,2% zurückgegangen (25,2% im Jahr 1932), während der Fertigprodukteanteil aus Deutschland nach England von 80% (1932) auf 89% (1937) gestiegen war.<sup>35</sup>

England zeigte sich über den Abschluss des Handelsabkommens ausserordentlich zufrieden, denn die Alternative hätte nur ein Abbruch der Finanzbeziehungen mit Deutschland sein können mit für England äusserst negativen Auswirkungen. Alleine eine derartige Vorstellung war für die Briten hoch alarmierend:

- Die Bestimmungen des Zahlungsabkommens räumten Deutschland Devisen ein, um britische Waren und Güter von Herstellern aus Übersee einzukaufen. Einige dieser Überseeproduzenten waren Mitglieder des britischen Commonwealth und gegenüber England hoch verschuldet. Die Möglichkeit, Güter auszuführen, verringerte die Gefahr einer Insolvenz dieser Länder.
- Die Zahlungsfähigkeit der Londoner Banken hatte unter der im Mai/Juni 1938 aufgetretenen Verschlechterung der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen sehr gelitten. Die Banken waren deshalb dringend auf Einkünfte aus der Erweiterung des deutschen Handels angewiesen.

Sir Frederick Leith-Ross, ein hoher Vertreter des Finanzministeriums, meinte dazu, bei einem Nicht-Zustandekommen des Zahlungsabkommens wäre der Londoner Markt nicht in der Lage, die kurzfristigen Rechnungen von etwa 40 Mio. Pfund voll zu verkraften. Ein Teil dieses Betrages müsste dann von der Regierung übernommen werden. Zusätzlich würde England mit der Begleichung der langfristigen Schulden von 80-90 Mio. Pfund in Zahlungsschwierig-

keiten geraten. Der Netto-Effekt hätte eine schwere Desorganisation des Londoner Marktes zur Folge und würde nutzlos zu einer Schwächung der englischen Zahlungsbilanz führen.<sup>36</sup>

Mit dem erfolgreichen Abschluss des Transfer- und Handelsfragenabkommens fühlten sich die Engländer einen wichtigen Schritt weiter auf dem Weg zu zwischenstaatlichen industriellen Absprachen. Man kam überein, unmittelbar nach dem Abkommen detaillierte Verhandlungen über die spezifischen deutschen und englischen Wünsche aufzunehmen. Die englischen Interessen waren auf den Abbau der Exportsubsidien und Rückkehr zu fairen Wettbewerbsmethoden konzentriert, während die Deutschen über eine Verbesserung der Zollkonzessionen im Vereinigten Königreich und im Empire sprechen wollten. Was dabei die Hoffnungen der Engländer auf einen raschen Ablauf ganz besonders beflügelte, war ein begleitender Briefwechsel zwischen den Delegationsführern, in dem beide Regierungen vereinbarten, umgehend, d.h. möglichst im November 1938, in umfassende Verhandlungen über eine Steigerung des gegenseitigen Handels einzutreten.<sup>37</sup>

Unterstaatssekretär Hudson und weitere Kreise im Foreign Office beurteilten die Juniverhandlungen als «Sieg der Vernunft und der vernünftigen Geister in Deutschland»<sup>38</sup> und hofften, das Funktionieren des Zahlungsabkommens sowie eine weitere positive Handelsentwicklung als Folge des Abkommens würden «dazu dienen, diese vernünftigen Elemente zu ermutigen und ihre Position im Reich zu stärken».<sup>39</sup> Mit den ‚vernünftigen Elementen‘ waren Vertreter der Deutschen Reichsbank, des Finanzministeriums, des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums gemeint, also Männer wie Hjalmar Schacht oder Schwerin von Krosigk. Die Engländer glaubten tatsächlich, dass Hitler die Undurchführbarkeit des deutschen Autarkieprogrammes erkennen und – wenn auch nur aus Selbsterhaltungsgründen – zu dem freien Welthandel zurückkehren werde, sobald eine gewisse untere Grenze des deutschen Lebensstandards erreicht sei. Für diesen Zeitpunkt wollte man gewappnet sein und schon jetzt entsprechende handelspolitische Absicherungen treffen.<sup>40</sup>

Inzwischen hielt es die britische Regierung für zeitlich ideal, laut über ein «economic appeasement» nachzudenken. Die Finanzinstitutionen der beiden Länder pflegten schon viele Jahre ein aussergewöhnlich gutes Arbeitsverhältnis. Deutschland war für Grossbritannien der wichtigste Kunde ausserhalb des Empires. Dies war auch einer der Hauptgründe gewesen, warum der Hauptgläubiger England sich – zusammen mit anderen Ländern – im Jahr 1931, also zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, bereitgefunden hatte, mit Deutschland ein Stillhalte-Abkommen zu unterzeichnen, kraft dessen alle deutschen Schulden auf

Eis gelegt wurden. Trotz vieler Schwierigkeiten hatte sich zwischen den Verhandlungspartnern ein gegenseitiger Respekt entwickelt, der auch charakteristisch war für das Verhältnis zwischen dem Gouverneur der Bank of England, Montagu Norman, und dem Präsidenten der Reichsbank, Hjalmar Schacht. Es war diese bewährte professionelle Zusammenarbeit, welche die Briten glauben liess, Hitler könne durch Leute wie Schacht auf einen wirtschaftspolitischen Kurs und damit auf den Weg zum Frieden gebracht werden. Die jetzt ausgegebene Parole war ebenfalls eine Art ‚Standstill‘, nämlich, bis zu diesem erhofften Zeitpunkt, also bis Hitler ‚vernünftig‘ würde, jede Konfrontation mit Berlin zu vermeiden. Es sollte weder über Schulden, noch über die Nazi-Aussenpolitik geredet werden, damit Berlin auf keinen Fall Gelegenheit erhalte, verärgert zu sein. Man befürchtete, eine den Nazis nicht genehme öffentliche Kritik könnte eine Schwächung oder gar Zurückdrängung der gemässigten Elemente zur Folge haben, und dabei wäre nicht auszuschliessen, dass es zu einer Kündigung des Transfer- und Handelsfragenabkommen vom 1. Juli käme mit den bereits oben erwähnten Folgen für die englische Wirtschafts- und Finanzwelt.<sup>41</sup>

Es stand sehr viel auf dem Spiel im Zusammenhang mit den anglo-deutschen Beziehungen. Der 1935 zwecks Förderung guter Beziehungen zwischen England und Deutschland gegründete ‚Anglo-German-Fellowship‘-Verein rekrutierte sich nicht umsonst aus Direktoren der wichtigen Banken Schroders, Lazards, Guinness Mahon, Midland Bank sowie der Bank of England. Der ‚AGF‘ war eine mächtige und einflussreiche Lobby. Seine Mitglieder kamen nicht nur aus der Finanzwelt, sondern auch aus so bedeutenden Firmen wie Firth-Vickers Stainless Steels, Unilever and Dunlop, Imperial Chemical Industries (ICI), Anglo-Iranian Oil, Tate and Lyle und The Distillers Company. Dieser Club stand voll hinter den Bemühungen der Regierung und forderte, dass jedes Mittel zu einer Ausweitung der finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern voll ausgeschöpft werden müsse.<sup>42</sup>

Während Chamberlains Streben nach einem Economic Appeasement primär von dem Wunsch diktiert war, Englands und – last but not least – seine eigene Macht zu erhalten, begrüsst die englische Industrie eine wirtschaftliche Kooperation mit Deutschland als einen logischen Schritt. Die Wirren der Finanz- und Weltwirtschaftskrise in den dreissiger Jahren hatten gezeigt, dass Grossbritanniens Wirtschaftspolitik der ‚Imperial Preferences die auf Käufer von britischen Waren aus den englischen Dominions setzte, auf tönernen Füssen stand. Auch die klassische liberale Lehre, dass Märkte sich selbst korrigieren, rief etliche Zweifel hervor. Das neu angebrochene Zeitalter der Massenproduk-

tion verschlang immense Kosten für Research und Development. Es war folgerichtig, dass grosse Firmen wie Unilever, Vickers Armstrong oder ICI grösstes Interesse daran besaßen, ihre Risiken durch die Kontrolle der Verteilungswege und Ausschaltung der Konkurrenz zu vermindern. Am schmerzlosesten war das Zurückdrängen der Konkurrenz durch den Aufbau von Monopolen und Quasi-Monopolen zu erreichen. Die Lösung des Problems erforderte neue Denkweisen. Industrie und Regierung fanden sich dabei in ungewohnter Einigkeit, durch Abbau von Zolltarifen und Aufbau von internationalen Kartellen das Überleben der englischen Industrie zu sichern.<sup>43</sup>

### Die Evian-Konferenz – Juli 1938

Gerechtigkeitshalber sollte doch erwähnt werden, dass Chamberlain nicht der einzige Staatsmann war, der gegenüber Nazi-Deutschland ‚Beschwichtigung‘ betrieb. Bei Betrachtung der im gleichen Zeitraum auftretenden sozialen Herausforderungen in Europa ist ganz klar auch eine Beschwichtigungshaltung der übrigen europäischen Staaten in ihrem Verhältnis zu Deutschland zu erkennen. Als Paradebeispiel für diese Haltung und gleichzeitig das damalige ‚soziale Verständnis‘ sollen die Umstände der Evian-Konferenz näher betrachtet werden, wo die Behandlung des durch Deutschland hervorgerufenen jüdischen Flüchtlingsproblems eklatante Unterschiede zum heutigen Menschenrechtsgedanken erkennen lässt. Der dabei versuchte Spagat zwischen der Wahrung nationaler Interessen und dem Bemühen, Menschenleid zu verhindern, musste im Interesse der nationalen Prioritäten, die zu jener Zeit in erster Linie eine Beschwichtigungspolitik gegenüber Deutschland erforderlich zu machen schienen, misslingen.

Sowohl die jüdischen Verbände wie auch ihre Regierungen, darunter Staaten wie die USA, Grossbritannien oder Frankreich, waren an der Evian-Konferenz nicht bereit, die Lösung der Flüchtlingsfrage in der Form voranzutreiben, dass man Deutschland zu einer Änderung seiner antisemitischen Haltung zu pressen versucht hätte, indem man – wie heute oft gehandhabt – zu wirtschaftlichen Sanktionen oder direkten Konfrontationsformen gegriffen hätte.<sup>44</sup> Allerdings konnten zu jenem Zeitpunkt die Regierungen Europas und auch die Führung der USA die künftige teuflische Entwicklung des Problems nicht voraussehen. Sie setzten deshalb auf Diplomatie, was Hitler und seinen unzähligen willigen Helfern einige Jahre später problemlos erlaubte, Millionen unschuldige Männer, Frauen und Kinder in Konzentrationslagern ermorden zu lassen. Zum

Zeitpunkt der Evian-Konferenz glaubten nicht nur die Regierungen, sondern auch viele der in Deutschland und anderen Ländern der Welt lebenden Juden und Nichtjuden, man könne mit Hitler rational arbeiten und eine akzeptable Lösung für das jüdische Flüchtlingsproblem finden. Diese politische und vor allem menschliche Fehleinschätzung erreichte im September 1938 ihren Höhepunkt, als in München die Demokratien Frankreich und England Hitler das Sudetengebiet überreichten, zu jener Zeit Bestandteil einer souveränen Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei war noch nicht einmal an der Konferenz in München vertreten.

Wie zuvor erwähnt, fand am 1. Juli 1938 zwischen England und Deutschland die Unterzeichnung eines Zahlungsabkommens statt. Der Streit über die Rückzahlung der vor dem Datum des ‚Anschlusses‘ im März 1938 von Österreich gegenüber England eingegangenen finanziellen Verpflichtungen war damit in einer für beide Seiten befriedigenden Form beigelegt worden. Der in Deutschland herrschende Naziterror gegen die jüdischen Mitbürger scheint zwischen den Verhandlungspartnern offenbar kein Thema gewesen zu sein, obwohl in der westlichen Presse, auch der englischen ‚Times‘, in zahlreichen Artikeln auf die hasserfüllten antijüdischen Aktionen der deutschen Politik und deren verheerende Auswirkungen nicht nur auf die in Deutschland, sondern auch in dem kurz zuvor annektierten Österreich lebenden Juden aufmerksam gemacht wurde. Keine besonderen Reaktionen I erfolgten, als etwa zwei Wochen vor Abschluss des deutsch-englischen Zahlungsvertrages die Kriminalpolizei im ganzen Reich mehrere tausend Männer verhaftete. Wie später in den Konzentrationslagern, wo man unzählige Menschen an derselben ‚Krankheit‘ sterben liess, gaben sich die Nazis bei der Rechtfertigung der Verhaftungen auch jetzt schon keine besondere Mühe. Man bezeichnete die jüdischen Mitbürger einfach als Asoziales die nicht arbeiten wollten und damit den Vierjahresplan sabotierten. Dies war bereits die zweite Verhaftungswelle im Rahmen der ‚Aktion Arbeitsscheu Reich‘. Die jüdischen Kreise beurteilten die Aktion als Einschüchterungsversuch, um die im NS-Staat verbliebenen Glaubensgenossen zur Auswanderung zu veranlassen. Ein weiterer Zweck schien, indirekt Druck auf die Regierungen der Teilnehmerländer an der von dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt einberufenen internationalen Konferenz zur Lösung der Flüchtlingsprobleme in Evian auszuüben. Es gab für die deutschen Juden keine Möglichkeit mehr, das Land auf normale Weise zu verlassen. Sie bangten deshalb dem Ausgang der Evian-Konferenz entgegen, in der Hoffnung, dass durch Bereitstellung ausländischen jüdischen Kapitals oder internationale Anleihen eine Massenauswanderung von



200'000 Juden ermöglicht werden könnte.<sup>45</sup> Allerdings variierte unter dem deutschen Judentum die Einschätzung seiner tatsächlichen Lage. Die führenden Gestalten der jüdischen Gemeinschaft versuchten im Allgemeinen, ihre Bedrückung hinter Fassaden der Zuversicht zu verbergen. «Trotz aller Schwierigkeiten betrachtete man die Zukunft des jüdischen Lebens in Deutschland noch nicht unwiderruflich bedroht.»<sup>46</sup> (Heute aber wird Rabbiner Leo Baeck, der bis 1938 Leiter der jüdischen Reichsvertretung, zusätzlich noch Vorsitzender des Allgemeinen Rabbinerverbandes Deutschlands und ausserdem ein renommierter Gelehrter gewesen ist, scharfer Kritik ausgesetzt. Man wirft ihm Unterwürfigkeit gegenüber den Nationalsozialisten und gar Kooperation mit ihnen vor.)<sup>47</sup> Tatsache jedoch ist, dass die nationalkonservativen deutschen Juden, ultraorthodox religiöse Gruppierungen bis hin zur Zionistischen Organisation, sich damals in verzweifelterm Zweckoptimismus gegenseitig in der Ansicht bestätigten, dass ein Dialog mit den Nazis vielleicht doch noch zu Lösungen führen könne. Diese Haltung widerspiegelt sich auch in den überraschend geringen Emigrationszahlen während der ersten fünf Jahre der Naziherrschaft: Die Zahl der Auswanderungen von 37'000 Juden im Jahr 1933 fiel in den folgenden vier Jahren auf einen Durchschnitt von nur jeweils 20'000 bis 25'000. Ende 1937, also nach vier Jahren Repression, Terror und Gewalt, hatten erst 130'000 jüdische Mitbürger das Deutsche Reich verlassen, dies waren weniger als 25% der jüdischen Bevölkerung.<sup>48</sup>

Die im deutschen Reich seit 1933 gegen die jüdische Minderheit verübten Gewaltverbrechen waren bekannt. Die Regierungen der grossen europäischen Demokratien sahen dennoch keinen Handlungsbedarf für eine Intervention. Gemäss damaligem Staatsverständnis akzeptierte man ohne weiteres die Erklärung des Dritten Reiches, wonach das Vorgehen gegen die deutschen Juden die interne Angelegenheit eines souveränen Staates sei. Hinzu kam, dass die Regierungen der europäischen Länder aus den verschiedensten Gründen ein hohes Interesse daran besaßen, mit Deutschland gute Beziehungen zu etablieren. Eine nähere kritische Beschäftigung mit der deutschen Judenpolitik konnte sich in diesem Sinne kontraproduktiv auswirken. Deshalb befolgte man schon seit 1935, als Hitler mit den Nürnberger Gesetzen dem jüdischen Bevölkerungsanteil die bürgerlichen Rechte aberkannte, Berufsverbote verhängte und ihm damit die Lebensgrundlage entzog, die bekannte Praxis des möglichst ‚nicht sehen, nicht hören, nicht sprechen‘.

Bevor sich die Nazi-Regierung entschloss, die jüdische Frage endgültig durch Ausrottung zu lösen, räumte man den jüdischen Mitbürgern die Möglichkeit ein, dem deutschen Terror durch Emigration zu entkommen. Es wäre für

das deutsche Gemüt jedoch untragbar gewesen, wenn die deutschen Juden nun im Ausland ein angenehmes Leben hätten führen können, und so unternahm man wirkungsvolle Schritte, dies zu verhindern. Juden, die das gelobte Deutsche Reich verlassen wollten, wurden vor die Wahl gestellt, ihr Eigentum entweder an den Staat oder deutsche Bürger zu verkaufen, im Allgemeinen zu einem Preis, der weit unter dem tatsächlichen Wert lag. Damit war schon eine Limitierung der Emigrationsmöglichkeiten erreicht, denn die Aufnahmeländer zeigten sich im Allgemeinen nicht willig, Visa an verarmte Juden zu erteilen. Obwohl der Terror bekannt war, mit dem die Nazis ihre jüdischen Mitbürger zum Verlassen Deutschlands zwingen wollten, konnte sich die westliche Welt nur sehr zögerlich zu einer Aufnahme der Flüchtlinge durchringen. Es waren in der Hauptsache jüdische Verbände, die durch finanzielle Unterstützungen und Zusagen sicherstellten, dass sich die Soziallasten der jeweiligen Länder durch die Immigranten nicht erhöhten. Aber selbst diese Organisationen wagten nicht, ihre Regierungen zu einem grösseren Engagement zu drängen, aus Furcht vor einem Ansteigen des latent vorhandenen Antisemitismus unter den eigenen Landsleuten. Irrationale Überfremdungsangst, gekoppelt mit dem Glauben, die Flüchtlinge würden in den Aufnahmeländern mit der einheimischen Bevölkerung um die vorhandenen Arbeitsplätze konkurrieren, verhinderte eine Erhöhung der jeweiligen Aufnahmequoten und liess die internationale Gemeinschaft untätig zusehen, wie die jüdische Bevölkerung Deutschlands in einem Käfig von Terror und Hass gefangen war.<sup>49</sup>

Der Einmarsch der Deutschen in Österreich löste eine weitere Welle brutalster Ausschreitungen gegen Juden aus. Tausende flohen. Die benachbarten Länder begannen, ihre Grenzen fester gegen die verarmten Migranten abzuschotten. Dies war ganz im Sinne der Nazis, denn «auf diese Weise wurde aller Welt vor Augen geführt, dass die aus Deutschland verstossene jüdische Minderheit auch anderswo keine Aufnahme finden würde».<sup>50</sup>

Die durch den Anschluss Österreichs bewirkte Expansion des Deutschen Reiches erhöhte den politischen Druck auf andere europäische Staaten noch mehr. Das ängstliche Bemühen, insbesondere der Nachbarländer, nationalsozialistische Empfindlichkeit zu schonen (und sich selbst möglichst auch), resultierte um die Zeit des 28. März 1938 in strikten Kontrollmassnahmen, die dazu dienen sollten, die unerwünschte Flut hauptsächlich jüdischer Flüchtlinge mit österreichischem Pass von anderen Ländern fernzuhalten.<sup>51</sup>

Die *französische* Regierung hatte nach einigen Tagen ihre überstürzte Forderung nach einem Einreisevisum zwar wieder rückgängig gemacht, bestand

aber darauf, dass Personen mit österreichischem Pass nur einreisen durften, wenn sie mindestens 1'000 französische Franc vorweisen konnten. In Anbetracht der Tatsache, dass jüdische Österreicher bei Verlassen ihres Landes nur 20 österreichische Schillinge oder den Gegenwert von 30 Schillingen in ausländischer Währung mitnehmen durften, stellte diese Lösung eine etwas weniger spektakuläre, aber mindestens genauso wirkungsvolle Einwanderungshürde dar.

Der *Schweiz* bereitete die französische Regelung grosse Sorgen, da in den ersten Wochen nach dem Anschluss über 3'000 österreichische Flüchtlinge in die Schweiz eingereist waren. Sie fürchtete, die Flüchtlinge nicht mehr loszuwerden, wenn diese aufgrund von Geldmangel ihre Reise nach Frankreich nicht fortsetzen konnten. Zur helvetischen Erleichterung zeigte sich aber rasch, dass die finanzielle Situation der Mehrzahl der in die Schweiz Eingereisten entweder durch Bekannte, Verwandte oder in früheren Zeiten deponierte Vermögen gesichert war. Ein weiterer beruhigender Faktor bildeten die in den Zügen Richtung Schweiz schon bei Salzburg durchgeführten deutschen Ausreisekontrollen – es war vorauszusehen, dass nicht allzu viele Flüchtende die Weiterreise in die Schweiz schaffen dürften. Die Schweiz betrachtete sich nur als Transitland. Da es nach ihrer Ansicht keine aufnahmewilligen europäischen Staaten mehr gab und die Gefahr einer Überfremdung und eines aufkommenden Antisemitismus täglich wuchs, plante sie die Einführung eines Visumzwangs für österreichische Pässe. Dieses Vorhaben konnte allerdings nicht realisiert werden, da sich die Österreicher am 10. April 1938 mit einer freudigen Zustimmungsquote von 98% für den Beitritt zum ‚Reich‘ und die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden. Somit würden auch die Juden Österreichs deutsche Pässe erhalten. Was tun? Ein Visumszwang für deutsche Pässe kam aufgrund befürchteter ungünstiger deutscher Reaktionen nicht in Frage, auch wollte man eine Reziprozität für den schweizerischen Pass verhindern. Die Schweiz nahm zwecks Problemlösung umgehend bilaterale Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf, die sich mit Unterbrüchen bis Ende September 1938 erstreckten.

*Jugoslawien* hatte bereits in der Vergangenheit Visa für Inhaber österreichischer Pässe verlangt und sah nun unter der veränderten politischen Konstellation erst recht keinen Grund, diese Praxis zu ändern. Die Konsulate erhielten Order, jüdische Einreisebegehren extrem restriktiv zu behandeln. Obwohl man hätte annehmen können, der von Wien ausgehende Hauptstrom der Flüchtlinge würde sich primär in Richtung Jugoslawien, Tschechoslowakei oder Ungarn orientieren, blieb der Andrang österreichischer Flüchtlinge in Jugoslawien zu diesem Zeitpunkt eher gering.

*Ungarn* hatte den Visumszwang für Österreicher schon vor zehn Jahren aufgehoben und wollte ihn auch jetzt nicht wieder einführen. Allerdings konnten österreichische Passinhaber das Land nur betreten oder durchqueren, wenn ihr Pass eine durch ein ungarisches Konsulat eingetragene Bewilligung des Innenministeriums enthielt. Eine endlose Geschichte. Pro Tag wurden in Wien etwa 1'500 Gesuche eingereicht, und die Konsulate waren gezwungen, für jeden einzelnen Antrag in Budapest anzufragen. Im Hinblick darauf, dass Österreicher künftig wohl deutsche Pässe erhielten, beabsichtigte auch Ungarn, mit der deutschen Regierung Gespräche aufzunehmen, wie man künftig die Einreise von Juden und anderen politischen Emigranten mit deutschem Pass verhindern konnte.

Die *Tschechoslowakei* war von derartigen Sorgen nicht belastet. Ihre Grenzen waren für Inhaber österreichischer Pässe grundsätzlich geschlossen. Sie wollte möglichst unbemerkt bleiben und mit Deutschland keine neuen Probleme aufkommen lassen. Nur in Fällen speziell nachzuweisender Beziehungen zur Tschechoslowakei konnten Ausnahmen vom Einreiseverbot erreicht werden.

*Italien* forderte zwar kein Einreisevisum für österreichische Pässe, jedoch wurde jüdischen Flüchtlingen nur als Transitreisende Einlass gewährt.

Im März 1938 bestand für die Einreise nach *England* für Österreicher keine Visumspflicht. Weil die Zahl der sich bereits in London aufhaltenden jüdischen Flüchtlinge nach britischer Auffassung bereits sehr hoch war, erwog man aber auch hier, speziell im Zusammenhang mit der Einreise jüdischer Flüchtlinge, die liberale Einreisepaxis aufzugeben

*Belgien* verlangte für österreichische Pässe wieder ein Visum, *Holland* beabsichtigte ebenfalls die Wiedereinführung der Visumspflicht.

Aus heutiger Sicht mag das Verhalten der demokratischen Grossmächte Europas, Frankreich und England, sowie der anderen Staaten unmenschlich, feige und egoistisch erscheinen. Der Fairness halber sollte man jedoch der Handlungsweise der damaligen Regierungen zugute halten, dass das allgemeine Verständnis für Menschenrechte und die Behandlung von Flüchtlingen im Vergleich zur heutigen Zeit völlig unterentwickelt war. Das Konzept Menschenrechte existierte im Völkerrecht nur als ein Hauch, und auch die Einstellung zu Grundrechten basierte auf eher autoritären Vorstellungen. Es gab keine völkerrechtlichen Normen über den Rechtsstatus von Flüchtlingen. Das Individuum als solches fand durch das zeitgenössische Recht nur extrem schwachen Schutz.<sup>52</sup>

In der Schweiz beispielsweise war der Flüchtlingsbegriff der Vorkriegszeit noch von den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts geprägt und sehr viel enger

ausgelegt als heute. Die mit dem Wort ‚Asylrecht‘ verbundenen Rechte bezogen sich ausschliesslich auf Personen, die in ihrem Herkunftsland wegen verbotener politischer Aktivitäten verfolgt wurden. Ihnen gewährte man Asyl und einen gesetzlich verankerten Schutz vor Rücksendung. Für Personen, die wegen anderer Gründe wie Rasse, Religion usw. verfolgt wurden, gab es keinen besonderen Schutz, sie waren vom Asylrecht nicht erfasst. Genau genommen, bestand also für die Staatsmacht keinerlei Verpflichtung, jüdische Flüchtlinge überhaupt aufzunehmen. Auch die in einzelnen Ländern vorhandene Internierungspraxis befand sich weitgehend in Übereinstimmung mit dem damals geltenden Landes- und Völkerrecht.<sup>53</sup>

Die ‚Kopf-in-den-Sand-Praxis‘ gegenüber den Nazis war schon weit über Europa hinaus zur allgemeinen politischen Linie gegenüber Deutschland gediehen. Der sich in Österreich abspielende Terror gegen die jüdischen Bevölkerungsteile, an dem sich nicht wenige ‚arische‘ Österreicher willig beteiligten, begann sich aber trotz der Demutshaltungen langsam zu einem europäischen und internationalen Skandal auszuweiten, der auch in der heterogenen politischen und sozialen Struktur der USA heftige Diskussionen auslöste. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt sah sich deshalb zu einem politischen Balanceact veranlasst: «to get out in front and attempt to guide a strategy to hold off pressure for more liberal immigration legislation by liberals and Jews and on the other hand to be careful about losing crucial support among isolationists and restrictionists by taking a too prominent part which would appear to assist refugees. It was significant to find a means that would aid emigrants from Germany and Austria and enable their absorption elsewhere.»<sup>54</sup> (*Vorzutreten und eine Strategie zu befolgen, die einerseits dem Druck seitens der Liberalen und Juden, eine noch freizügigere Einwanderungsgesetzgebung in Auge zu fassen, standhält, und andererseits darauf zu achten, nicht die wichtige Unterstützung der Isolationisten und Befürworter einer restriktiven Einwanderungspolitik zu verlieren, die durch eine zu starke Anteilnahme den Eindruck erhalten könnten, man wolle die Flüchtlinge wirklich unterstützen. Es ist notwendig, eine Möglichkeit zu finden, den Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich zu helfen und ihre Aufnahme anderswo zu ermöglichen.*) – Aus diesem ‚lobenswerten‘ Vorhaben Roosevelts entstand die Evian-Konferenz.

Wie dramatisch beurteilten die amerikanischen Juden und humanitären Organisationen die europäische Flüchtlingssituation? In einem Bericht von Undersecretary Messersmith an Secretary of State Cordell Hull stellt Messersmith Ende März 1938 als Resultat verschiedener Gespräche mit Experten, darunter Rabbi Stephen Wise, Präsident der ‚Zionist Organisation

of Americas Paul Baerwald vom Jewish Distribution Committee' und Professor Joseph P. Chamberlain sowie einer ausgezeichneten Sozialarbeiterin, Cecilia Razovsky vom ‚National Coordinating Committee for Aid to Refugees and Emigrants coming from Germany', fest: «Sie sind überzeugt, dass dieses Land mit unseren existierenden Gesetzen in der Lage ist, jedes Jahr soviel Emigranten die Einreise zu erlauben, wie das Land aufnehmen kann ... Sie sind aber der Ansicht, dass zur Lösung des Problems auch die Mitarbeit anderer Länder gefordert ist in dem Sinne, dass diese wenigstens eine liberalere Haltung gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen einnehmen – eine Haltung, die ungefähr unserer eigenen entspricht.»<sup>55</sup> Der Undersecretary meinte weiter: «Sie verwiesen allerdings auf die sich in diesem Land ergebenden Gefahren bei einer zu aktiven Forderung nach einer weiteren Liberalisierung der Einwanderungspraxis.»<sup>56</sup> Dieses Gefahrenpotential veranlasste Rabbi Wise in seinem Gespräch mit Messersmith dann auch zu der Äusserung, dass «die Aktivitäten der jüdischen Organisationen im Hintergrund bleiben müssten».<sup>57</sup> Generell herrschte die Ansicht, dass die zum damaligen Zeitpunkt gesetzlich bewilligte Einwanderungsquote von etwa 157'000 Personen pro Jahr nicht erhöht werden sollte, und der Kongress erhielt Hunderte von Briefen mit dem Inhalt, dass man sehr wohl die Initiative der Regierung im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsproblem schätze, aber «there is a definite sentiment that under no circumstances must our immigration laws and practice be changed in any major respect».<sup>58</sup> (*Deutliche Meinung, dass die Einwanderungsgesetze und ihre Anwendung unter keinen Umständen geändert werden sollten.*)

Grundsätzlich war das Schicksal der europäischen Juden also kein Thema bei dem durchschnittlichen Amerikaner. Die einzige Organisation, die wirklich Geld in beachtenswerter Menge sammelte, war das jüdische Joint Distribution Committee. Aber auch diese Organisation befand – notgedrungen – die Immigrationspraxis für ausreichend.<sup>59</sup> In der Befürchtung, dass damit eine Steigerung der Überfremdungangst und des Antisemitismus provoziert werden könnte, unterliess es das Joint Distribution Committee, öffentliche Demonstrationen für ein grosszügigeres Einwanderungsgesetz durchzuführen.

### *Beginn der Konferenz*

Der amerikanische Präsident hatte zur Teilnahme an der Flüchtlingskonferenz gerufen, und Delegierte aus 32 Ländern waren in das französische Evian gekommen. Die Konferenz wurde am 6. Juli 1938 eröffnet. Ursprünglich hatten

die Amerikaner eigentlich beabsichtigt, die Konferenz in Genf, als Residenz der ‚Societe des Nations‘ (Völkerbund), durchzuführen. Aber die schweizerische Regierung legte sich quer. Sie weigerte sich, als Gastgeber einer Zusammenkunft aufzutreten, welche die Behörden in Berlin als eine deutschfeindliche Veranstaltung einstufen könnten. Für die Deutschen besaßen solche diplomatischen Rücksichtnahmen natürlich Signalwirkung. Das Lavieren um den Konferenzort war bereits ein Indikator, wie halbherzig die Versuche waren, den aus Deutschland fliehenden Juden Schutz zu gewähren.<sup>60</sup> Frankreich erklärte sich endlich bereit, die Rolle des Gastgebers zu übernehmen, und stellte das etwa 50 km von Genf auf der anderen Seite der Genfersees liegende ‚Evian‘ als Tagungsort zur Verfügung.<sup>61</sup> (Merkwürdigerweise wird noch heute der Name ‚Evian‘ kaum mit der internationalen Flüchtlingskonferenz im Jahr 1938 verknüpft. Selbst bekannte amerikanische Geschichtsbücher aus den siebziger Jahren lassen jeden Hinweis auf dieses Zusammentreffen vermissen.<sup>62</sup> Die Bekanntheit des Ortes rührt vielmehr von der dort im Jahr 1962 abgehaltenen Abschlusskonferenz des algerischen Krieges her.) Roosevelt hatte kein hochrangiges Regierungsmitglied, wie beispielsweise einen Secretary of State, nach Evian geschickt, sondern seinen engen Freund und Geschäftsmann Myron C. Taylor gebeten, die Vereinigten Staaten an der Konferenz zu repräsentieren. Bekannte jüdische Führer wie Nah‘um Goldmann und H‘aim Weizmann erhielten die Möglichkeit, an der Konferenz teilzunehmen.<sup>63</sup> Die Briten wollten jedoch jede Diskussion des palästinensischen Problems verhindern, und so musste der Amerikaner Myron Taylor seinem britischen Kollegen versprechen, nicht mit H‘aim Weizmann zusammenzukommen. Während des zehn Tage dauernden Meetings beteuerte ein Delegierter nach dem anderen die Sympathie seines Landes für die Flüchtlinge. Offenbar war jedoch nicht genügend Sympathie vorhanden, um die jeweiligen Aufnahmequoten zu erhöhen, denn wiederum ein Land nach dem anderen, inklusive die Vereinigten Staaten und Grossbritannien, überbot sich – wie zu Beginn bei der Sympathiekundgebung – nun mit der Beteuerung der sich auftürmenden Schwierigkeiten bei einer Ausweitung der Flüchtlingsaufnahme. Sie wollten so gerne neutral und unberührt bleiben, die Länder der westlichen Welt. Schliesslich aber waren sie doch gezwungen, sich dem lästigen Problem der vor den Nazis fliehenden Juden zu stellen. Sie taten dies mit einer Haltung, die in ihrer Gleichgültigkeit dem Zweck der einberufenen Konferenz diametral gegenüberstand.<sup>64</sup>

Die *Vereinigten Staaten* blieben strikt bei ihrer engen Immigrationsquote, deren limitierte Zahl keine grossen jährlichen Einwanderungen aus zentral- und

osteuropäischen Ländern erlaubte. Selbst die extreme Not, in der sich die jüdischen deutschen Männer, Frauen und Kinder befanden, prallte an den Washingtoner Bürokraten ab. Nichts konnte sie dazu bewegen, die Einwanderungsquoten auch nur um einen geringen Level anzuheben. *Grossbritannien* auf der anderen Seite tat sein Bestes, den Juden eine Ein- oder Heimreise zu verunmöglichen, indem es den Zugang zu Palästina blockierte und die Zahl der Entrypermits limitierte. Die *westeuropäischen* Delegierten verwiesen auf die Überbevölkerung ihrer hochindustrialisierten Länder und die grosse Zahl von Arbeitslosen. Alle boten sich als Transitländer an, wenn Garantie bestünde für eine dauernde Niederlassung in Übersee. Die *britischen Dominions* beriefen sich auf ihre Bindungen an das Mutterland und erklärten mehr oder weniger unverblümt, äusser angelsächsischen Einwanderern habe kaum jemand eine Chance. Am offensten äusserte sich der Vertreter *Australiens*, der meinte, sein Land habe bisher keine Rassenpolitik gekannt und denke nicht daran, diese zu importieren. Länder in Südamerika oder Staaten wie *Australien* oder *Kanada*, die in der Lage gewesen wären, eine grosse Menge von Immigranten zu absorbieren, verwiesen auf ihre Agrarstrukturen und wünschten vor allem die Einwanderung von Bauern, allen anderen Berufszweigen wurde die Einreiseerlaubnis versagt. – Eine Groteske angesichts der Tatsache, dass von den Juden Deutschlands und Österreichs keine 2% in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren. – Die Delegationen aus Mittel- und Südamerika betonten zudem noch den geschlossenen, lateinischen und katholischen Charakter ihrer Länder. Man wolle vielleicht Einwanderer, aber sicher nicht Juden aus Deutschland und Österreich.

Die Resultate der zehn Tage dauernden Konferenz waren ernüchternd. In öffentlichen Sitzungen erklärte jeder der 32 Staatenvertreter ausführlich, weshalb man nicht in der Lage sei, eine grössere Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen. Als Grund wurden meist wirtschaftliche Überlegungen und immer wieder Überfremdungsangst angeführt.

Wesentlich knapper als die Darlegungen der einzelnen staatlichen Delegationen, die während Tagen Gelegenheit erhalten hatten, ausführlich ihren guten Willen zu demonstrieren, fiel die Anhörung der verschiedenen privaten Organisationen aus, die an der Konferenz zugelassen waren. Meistens handelte es sich um jüdische Vereinigungen, die vor allem auch zur Finanzierung der Auswanderungsprojekte beisteuern sollten. Obwohl es sich dabei um etwa vierzig Organisationen handelte, durften sie nur jeweils drei Minuten, gerade einen Nachmittag lang, ihre Meinungen vortragen.<sup>65</sup> Es war ein trauriges Bild. Die Verbände waren untereinander derart zerstritten, dass es ihnen nicht gelang, als



grössere Gruppe aufzutreten, um ihr Gewicht gemeinsam zur Geltung bringen. Nicht einmal die Existenznot ihrer Glaubensbrüder konnte die Egozentrik und Selbstgerechtigkeit dieser Gruppierungen durchdringen und sie veranlassen, ihre Uneinigkeit in verschiedenen Fragen beiseite zu legen. Allerdings gingen die jüdischen Organisationen davon aus, dass die Regierungen der an der Konferenz präsenten Länder eine konstruktive Lösung für das Flüchtlingsproblem finden würden; schliesslich war dies ja der Zweck des ganzen Aufwandes. Sie ihrerseits waren gewillt, sich an deren Umsetzung mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu beteiligen, ungeachtet der zwischen den einzelnen Verbänden herrschenden Meinungsverschiedenheiten.

32 Länder hatten Delegierte nach Evian gesandt, um zu signalisieren, dass sie an einer Lösung des Flüchtlingsproblems interessiert und willig seien, einen Beitrag zu leisten. Man klopfte sich gegenseitig auf die Schulter, hielt seine wohleinstudierten Reden – und damit war das grosse Treffen beendet. Es hatte dazu gedient, sich und der übrigen Welt zu bestätigen, dass man alles versucht habe, aber natürlich könne man das Problem nicht alleine lösen, wenn die ‚anderen‘ nicht mitmachten. Sie machten in der Tat nicht mit. Keines der bedeutenderen Länder war bereit, in Überschreitung der bereits jeweils existierenden Reglemente zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, und die kleineren Länder folgten willig diesem Beispiel. Um der ganzen Aktion doch noch einen seriösen Anstrich zu geben, beschloss man pflichtbewusst, in London ein internationales Komitee zu etablieren, das Lösungsmöglichkeiten in der Flüchtlingsfrage auszuhandeln sollte. Die neu gegründete Institution erhielt den Namen Intergovernmental Committee on Refugees (IGC). Der Gesandte des amerikanischen Präsidenten, Myron Taylor, musste die Gründung dieses Komitees gegen den heftigen Widerstand der Briten durchsetzen, deren Chefdelegierter, Lord Winterton, sich nicht nur weigerte, über eine mögliche Lockerung der Einwanderungsbestimmungen für Palästina auch nur nachzudenken, er zeigte auch demonstrativ sein Desinteresse am Konferenzthema überhaupt. Kaum erwähnenswert, dass das Komitee praktisch keine finanziellen Mittel erhielt und ohnehin kein Ort zur Verfügung stand, wohin es die Flüchtlinge hätte schicken können. Ausserdem schien dem kritischen Beobachter mit der gleichgültigen Wahl ausgerechnet des jüdenfeindlichen Lord Winterton zum Präsidenten des Komitees vorgesorgt, dass dieses sicher nicht aus Effizienzgründen kollabieren würde. Zum Direktor machte man übrigens einen 70-jährigen amerikanischen Juristen, George Rublee. Es zeigte sich dann auch, dass das IGC – trotz lebhaftem Aktionismus – nichts wirklich Substantielles zur Lösung des Flüchtlingsproblems

beitragen konnte. Madagaskar wurde noch bis 1940 als Möglichkeit für polnische und deutsche Juden gehandelt, aber Frankreich war nicht einverstanden, deutschsprechende Minoritäten in einer seiner Kolonien zu dulden (obwohl Hitler dieser Lösung geneigt war).<sup>66</sup> Eine gewisse Anzahl Juden konnte in südamerikanische Länder emigrieren, fünfzehntausend fanden Zuflucht in Schanghai, das aber anschliessend flugs seine Türen schloss. Viele andere Plätze wurden anvisiert, so die Philippinen, Britisch-Guinea, Angola usw. Nicht eine einzige Regierung der in Frage kommenden Länder war bereit, offiziell die Juden des Deutschen Reiches aufzunehmen. Nur Rafael Trujillo, Präsident der Dominikanischen Republik, war willens, jüdische Flüchtlinge in grosser Zahl einzuladen. Sie sollten die Sklavenarbeit der von ihm 1937 erschlagenen 20'000 Haitianer übernehmen ...<sup>67</sup> Aber wen kümmerte die ganze Angelegenheit wirklich? Alle hatten sich redlich bemüht, die sozialen Belange der Welt zu verarbeiten. Nun konnte man sich beruhigt wieder den wirtschaftlichen und nationalen Fragen zuwenden. Business as usual.

Die deutsche Regierung hatte den Verlauf der Evian-Konferenz mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt und äusserte sich nun mit genüsslicher Häme darüber, wie erstaunlich es doch sei, dass andere Länder Deutschland wegen der Behandlung seiner Juden kritisierten, aber keines bereit sei, die Gelegenheit zu ergreifen und die eigene Türe zu öffnen. Der ‚Völkische Beobachter‘ brachte die triumphierende Schlagzeile: «Niemand will sie.»<sup>68</sup>

Nicht einmal Kinder ...

Auch Anstrengungen einiger amerikanischer Bürger, wenigstens Kinder aufzunehmen, waren zum Scheitern verurteilt. Der amerikanische Senat verweigerte zwischen 1939 und 1940 die Wagner-Rogers-Vorlage, mit der etwa 20'000 jüdische Kinder hätten in die USA einreisen können.<sup>69</sup> Die weitverbreiteten rassistischen Vorurteile unter den Amerikanern, einschliesslich antisemitischer Denkweise unter den führenden Beamten der verschiedenen Behörden, trugen in einem beachtlichen Ausmass zum Scheitern einer Erhöhung der Aufnahmezahlen bei.

### *Scheitern der Konferenz und die Folgen*

Das komplette Scheitern der Evian-Konferenz war vor allem auf zwei Gründe zurückzuführen: Auf *politischer* Ebene war der internationale Unwille erkennbar, sich mit Deutschland anzulegen oder wenigstens Schritte zur Rettung der vom Nazi-Regime Verfolgten zu unternehmen und diese auch vor dem eigenen Volk zu vertreten. Die Bevölkerung der Teilnehmerstaaten war im Allgemei-

nen, wenn nicht offen, dann doch unterschwellig, antisemitisch eingestellt, hegte starke Überfremdungsängste und war keinesfalls bereit, Arbeitsplätze an Ausländer, schon gar nicht an Juden, abzugeben. Auf *völkerrechtlicher* Ebene bildete zum Zeitpunkt der Evian-Konferenz auch das völlige Fehlen völkerrechtlicher Normen über den Rechtsstatus von Flüchtlingen einen nicht zu unterschätzenden Faktor. Sie wurden juristisch nicht als Menschen mit speziellen Schutzbedürfnissen wahrgenommen, sondern anderen unerwünschten Ausländern gleichgestellt. Das vom Völkerbund schon im Jahr 1933 eingerichtete Hochkommissariat zum Schutz der Flüchtlinge bewegte sich praktisch auf völlig rechtlosem Boden. Seine Wirkungsmöglichkeit wurde zusätzlich nicht nur durch die Intransigenz Deutschlands behindert, das sich an Massnahmen für die ‚Entjudung Deutschlands) völlig desinteressiert zeigte, sondern auch durch die mehr und mehr schwindende Autorität und Beachtung des Völkerbundes.

Bereits im April und Mai hatten verschiedene Staaten wie beispielsweise die Schweiz in bilateralen Verhandlungen mit NS-Deutschland nach Massnahmen gesucht, um die jüdische Flüchtlingswelle in den Griff zu bekommen. Die Ausreisen aus der Schweiz «nach Übersee sind seit der Konferenz von Evian nicht leichter, sondern schwerer geworden».<sup>70</sup> Nachdem also in Evian eine internationale Lösung gescheitert war, nahm die Schweiz die Verhandlungen mit Deutschland wieder auf. Laut Protokoll der Bundesratssitzung vom 18. August 1938 machten Saly Mayer, Präsident des Schweizerisch-Israelitischen Gemeindebunds (SIG) und Silvain Guggenheim, Leiter der jüdischen Fürsorgestellen, in einer Besprechung mit Heinrich Rothmund, Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EPJD), auf ihre Sorge aufmerksam, die finanziellen Belastungen für die Unterbringung der jüdischen Flüchtlinge nicht mehr aufbringen zu können. – Dem Gemeindebund und dem Verband Schweizerischer Israelitischer Armenpflege war nämlich von der Fremdenpolizei die Verpflichtung auferlegt worden, für die jüdischen Flüchtlinge in der Schweiz und ihre Ausreise aufzukommen.<sup>71</sup> – «Wenn aber der Zustrom der letzten Tage weiter anhalte, sehe er (Silvain Guggenheim) keine andere Möglichkeit als eine Sperre der Einreise.»<sup>72</sup> (In den Protokollen des Central-Comités des SIG über die Sitzung wird diese Äusserung allerdings ganz anders gesehen. Gemeint sei gewesen, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssten, um in den jüdischen Gemeinden Geld zu sammeln. Andernfalls würden die Behörden eigene Massnahmen treffen und jede Verantwortung für die Folgen ablehnen.) Als die Vertreter des SIG den Behörden schliesslich erklären mussten, dass die finanziellen Mittel der jüdischen Hilfswerke fast auf-

gebraucht seien, interpretierten dies die Behörden als Zustimmung des SIG zur Grenzschliessung.<sup>73</sup> Die jüdischen Organisationen reagierten mit verstärkten Bemühungen, die öffentliche Hand zu entlasten und das erforderliche Geld national und international zusammenzubringen.<sup>74</sup> Die deutsch-schweizerischen Gespräche fanden zwischen dem 27. und 29. September 1938 einen vorläufigen Abschluss und resultierten in der von den Deutschen zugesagten Einführung des ‚J‘-Stempels, womit der Schweiz eine Unterscheidung zwischen ‚Ariern‘ und ‚Nicht-Ariern‘ ermöglicht wurde.<sup>75</sup> Dies erinnert an alte Zeiten, wo man im Jahr 1914 Einbürgerungsgesuche von Ostjuden mit einem handschriftlichen ‚J‘ und im Jahr 1936 Akten der Fremdenpolizei mit einem analogen Stempel versehen hatte, um «die Verjudung des Landes systematisch zu verhindern und erst recht keine dieser mittellosen, wesensfremden Flüchtlinge aufzunehmen.»<sup>76</sup> Es soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass die Schweiz trotz ihrer Überfremdungsangst (nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs flüchteten 5‘500 bis 6‘500 Personen in die Schweiz) ca. 10‘000 bis 12‘000 Flüchtlinge aufgenommen hat.<sup>77</sup> «Im Sommer 1939 schätzte der Direktor des Council for German Jewry (London) die Zahl der jüdischen Flüchtlinge auf 12‘000 für Belgien, auf 10‘000 für die Schweiz und auf 5‘000 für die skandinavischen Länder.»<sup>78</sup>

Als Folge des Eizenstat-Berichtes von 1997 erschien eine Reihe historischer Publikationen, die ein sehr einseitiges Bild der Schweiz über ihr Verhalten im Zweiten Weltkrieg vermitteln. Die gleiche Fragwürdigkeit ‚historischen Geschichtsschreibung taucht auch bei der Berichterstattung über die Evian-Konferenz auf, wo die Juden als Opfer weltweiten Antisemitismus dargestellt werden, deren Aufnahme wichtigen staatlichen Interessen untergeordnet und daher verweigert wird. Revisionistische Historiker Israels erheben heute den Vorwurf, dass zionistische Gruppierungen Interesse daran besaßen, den Eindruck aufrechtzuerhalten, niemand würde die deutschen Juden aufnehmen, um finanzielle Einnahmen für die Auswanderung in den künftigen Staat Israel nicht zu gefährden. Gab es deshalb keine Erwähnung verschiedener Fakten, z.B., dass die lateinamerikanischen Staaten, trotz ihrer in der Konferenz geäußerten Ablehnung, in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1938 bis zum 31.12.1939 rund 50‘000 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland aufgenommen haben?<sup>79</sup> Wie auch immer, hätten die Teilnehmer der Evian-Konferenz sich wirklich bemüht, Programme zur Organisation des Flüchtlingsstromes zu Nachbarstaaten wie der Schweiz ordentlich auszuarbeiten, wäre mit grosser Wahrscheinlichkeit die Einführung des J-Stempels unterblieben. Es besteht allerdings Grund zur Annahme, dass nicht nur im Falle der Evian-Konferenz Historiker aus propagandistischen,

ideologischen oder sonstigen Überlegungen darauf verzichten, Aussagen der Vergangenheit trotz vorliegender neuer Erkenntnisse zu revidieren.<sup>80</sup> Zweifellos bedürfen die Gründe für das Fehlschlagen der Evian-Konferenz und die Rolle der jüdischen Organisationen einer eingehenderen Untersuchung, als dies in der Vergangenheit geschehen ist, und diese Untersuchung sollte auch eine sorgfältige Prüfung der von revisionistischen Historikern wie Norman G. Finkelstein und S.B. Beit-Zvi aufgeworfenen Fragen einschliessen.<sup>81</sup> Doch nun wieder zurück zu den englisch-französischen Appeasementbemühungen.

### Münchener Abkommen – September 1938

Der britische Premier Chamberlain und der französische Ministerpräsident Daladier waren nach München gereist, um sich mit Hitler über den ‚tschechischen Spannungszustand‘ zu unterhalten. Sie erhielten dort die beruhigende Zusage Hitlers, es handle sich ausschliesslich darum, das Sudeten-, gebiet wieder ‚heim ins Reich‘ zu holen, was seitens Chamberlains und Daladiers keine Opposition hervorrief. – Dieses Entgegenkommen Frankreichs und Englands gegenüber den Forderungen Hitlers stellt ein Musterbeispiel der Appeasementpolitik dar. Die beiden Staatsmänner hofften, dass Hitler mit dem Bissen des Sudetenlandes gesättigt und damit der Frieden erhalten werden könne.

Nachdem man sich ‚politisch‘ geeinigt hatte, hing für Chamberlain der Himmel voller Geigen, und er gab am 30. September 1938 Hitler hoffnungsvoll zu verstehen, dass man mit Erreichung dieses politischen Abkommens jetzt zur Behandlung wirtschaftlicher Fragen übergehen könne. Chamberlain liess keinen Zweifel daran, dass die Gespräche mit Hitler als eine Fortsetzung der bereits von Halifax im Vorjahr geknüpften Kontakte gedacht waren und hauptsächlich dazu dienten, den Weg für wirtschaftliche Sondergespräche freizumachen. Der britische Premier sagte zu Hitler, die politische Beruhigung‘ sollte nun in gemeinsame Anstrengungen zur Reduzierung der Aufrüstungslasten münden. Das für die Rüstung aufzuwendende Kapital könne wesentlich effizienter in anderen Bereichen eingesetzt werden, z.B. zur Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards. Er schlug vor, durch Delegationen beider Länder die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen eruieren zu lassen. Dieser Vorschlag führte am 9. November 1938 zu einem ersten Treffen von Wirtschaftsvertretern beider Länder in London.

Der britische Premier erhielt für die staatsmännische ‚Entschärfung‘ der deutsch-tschechischen Spannungen zu Hause viel Beifall und Sympathie, beson-

ders aus Wirtschafts- bzw. Aussenhandelskreisen. Er war Liebling der Nation. Allerdings – nach seiner Rückkehr aus München musste Chamberlain vor dem Unterhaus die mit Hitler ausgehandelten Bedingungen erläutern. Die Zuhörerschaft war geschockt, und die anfängliche Euphorie schlug um in Ernüchterung, die sich in heftigen und emotional aufgeladenen Attacken gegen die ‚schmachvolle Kapitulation‘ des Premiers und seinen Verrat an den tschechischen Freunden äusserte. In einer bemerkenswerten Rede im Unterhaus am 5. Oktober 1938 sagte Winston Churchill mit grosser Klarsicht: «Ich glaube, wenn man die Tschechen sich selbst überlassen und ihnen gesagt hätte, dass sie von den Westmächten keine Hilfe zu erwarten haben, so wären sie imstande gewesen, bessere Bedingungen zu erzielen, als sie nun nach all der schrecklichen Unruhe erhalten haben ... Ich wage die Voraussage, dass sich der tschechoslowakische Staat fortan nicht mehr als ein unabhängiges Gemeinwesen wird erhalten können. Ich glaube, dass die Tschechoslowakei im Laufe einer Periode, die vielleicht nach Jahren, vielleicht aber nur nach Monaten bemessen ist, von dem Naziregime verschlungen werden wird ... Aber wir können die Preisgabe und den Untergang der Tschechoslowakei nicht bloss im Lichte der Ereignisse des letzten Monats betrachten. All das ist die höchst schmerzliche Folge dessen, was wir während der letzten fünf Jahre getan und zu tun unterlassen haben – fünf Jahre voll wirkungsloser guter Absichten, voll eifriger Bemühungen, die Linie des geringsten Widerstandes zu finden, fünf Jahre ununterbrochenen Rückzugs der britischen Macht, fünf Jahre der Vernachlässigung unserer Luftverteidigung. Dies sind die charakteristischen Züge, ... in fünf Jahren wurden wir von einem Zustand der Sicherheit und Unbedrohtheit dahin gestellt, wo wir heute stehen.»<sup>82</sup>

Der Aussenhandel mochte sich der allgemeinen Kritik jedoch nicht richtig anschliessen und unterstützte nach wie vor Chamberlains Bemühungen um einen Ausgleich mit Deutschland. Trotz der im Land aufgeflamnten Proteste gegen die Opferung eines kleinen Volkes erfolgte nur eine temporäre Reduzierung der wirtschaftlichen Kontakte; ein Abbruch wurde nicht in Erwägung gezogen.<sup>83</sup>

### **Düsseldorfer Abkommen – 16. März 1939**

Auf privatwirtschaftlicher Ebene verliefen die Gespräche für industrielle Vereinbarungen ziemlich reibungslos. Das aus verschiedenen Gründen aufsehenerregende Düsseldorfer Abkommen war das Resultat der im Herbst 1938 eingeleiteten Initiative der industriellen Spitzenverbände beider Länder, der ‚Federa-

tion of British Industries' (F.B.I.) und der ‚Reichsgruppe Industrie‘ (RI).<sup>84</sup> Dieses explosive Dokument soll im folgenden näher betrachtet werden, denn es vermittelt einen Eindruck von der *Qualität* der Weltanschauung, in der sich die Vertreter der beiden Wirtschaftsverbände bewegten. Die britische Regierung unterstützte ausdrücklich die aus den Kontakten resultierenden Vereinbarungen und betrachtete sie als ‚Wegbereiter‘ für die Lösung anderer noch offener Fragen zwischen England und Deutschland.

### *Vorgeschichte*

Am 9. November 1938, dem Tag der Reichskristallnacht, trafen in London Vertreter des Board of Trade und der F.B.I mit einer deutschen Wirtschaftsdelegation zusammen. Auf deutscher Seite nahmen je ein Vertreter der Reichsbank, des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums teil. In der Hauptsache besprach man die von Deutschland zu erbringenden Voraussetzungen für eine eventuelle Reduzierung der englischen Einfuhrzölle. Das Treffen endete mit dem Beschluss, umgehend durch das geschäftsführende Personal der beiden industriellen Spitzenverbände die Basis für mögliche Einzelbesprechungen mit den Industrieverbänden der verschiedenen Branchen erarbeiten zu lassen.

Diese Vorbesprechungen zwischen der Reichsgruppe Industrie und der F.B.I. fanden am 21./22. Dezember 1938 in London statt. Ein deutscher Sitzungsteilnehmer zeigte sich erfreut über die Verhandlungen, die «wider Erwarten sehr glatt» verlaufen seien.<sup>85</sup> Glatt deswegen, weil die Federation nämlich auf ihre ursprüngliche Bedingung, sofort grundsätzliche Fragen der Exportförderung zu diskutieren, verzichtet habe. Mit Erleichterung hatte die deutsche Seite auch registriert, dass die Engländer die Reichskristallnacht nicht speziell ins Visier genommen hatten.<sup>86</sup>

Die Deutschen vermuteten, dass der Grund für die überraschend sanfte Haltung der F.B.I. auf die kurz vor dem Meeting erfolgte Ablehnung des deutschen Wunsches nach staatlichen Exportsubventionen zurückzuführen war. Die englische Regierung hatte sich mit dem Aufbau des dafür notwendigen Prüfungsapparates, wie er in Berlin bestand, nicht anfreunden können. Einerseits aufgrund des aufwendigen und komplizierten Kontrollsystems an sich und andererseits wegen der durch Aufbau und Unterhalt entstehenden Kosten. Nach Abschluss des Treffens gingen die beiden deutschen Verhandlungspartner mit dem Eindruck nach Hause, dass die britische Industrie jede wirtschaftliche oder politische Abhängigkeit von den USA vermeiden wollte und einer einseitigen Bindung an Washington ablehnend gegenüberstand.

Für die Deutschen hätte es nicht besser klingen können. Sie hatten umgehend die Gelegenheit wahrgenommen, gegenüber den britischen Sitzungsteilnehmern die Zugehörigkeit Englands zu Europa herauszustreichen, und waren dabei auch nicht davor zurückgescheut, Chamberlains Credo zu propagieren, indem sie eine Laudatio über die Vorzüge des Aufbaus eines starken Wirtschaftsblockes, bestehend aus den Staaten Deutschland-England-Frankreich-Italien, hielten.<sup>87</sup>

Die englische Regierung und die Exportkreise liessen sich also durch Hitlers fragwürdige Einverleibung des Sudetengebietes und die Ereignisse der Reichskristallnacht vom November 1938 in der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht stören. Dem obigen Gespräch folgten noch zahlreiche andere, in denen zwischen der F.B.I. (Federation of British Industries) und der Reichsgruppe Industrie (RI) Vereinbarungen zur Regulierung des Wettbewerbs auf den Weltmärkten erarbeitet wurden. Im Dezember sandte das ‚Board of Trade‘ zur Einleitung von Gesprächen eine Handelsdelegation nach Deutschland, während die britische Regierung Mitglieder der F.B.I. aufforderte, ihre Kontakte mit deutschen Industriellen zu nutzen und auf verschiedenen Ebenen einen Dialog über den Ausbau von Kartellen in dritten Ländern zu eröffnen. In den nächsten beiden Monaten erreichte man Vereinbarungen über ein anglo-deutsches Kohlenkartell. Zudem wurden die Weichen gestellt für eine umfassende Konferenz zwischen der Federation of British Industries und der deutschen Reichsgruppe Industrie zwecks Aufbau weiterer Kartelle. Das Board of Trade arrangierte nicht nur Vorgespräche zwischen der F.B.I. und der RI in London, es gelang ihm auch, der deutschen Reichsgruppe Industrie eine Zustimmung für die Durchführung von Schlussverhandlungen in Deutschland abzurufen mit dem Versprechen, die Regierung des United Kingdom höchstselbst würde sich der Frage der Handelskontrollen annehmen, falls keine vernünftigen Bedingungen ausgehandelt werden könnten.<sup>88</sup>

### *Unterstützung durch die Presse*

Auch die englische Presse unterstützte die deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen. In ihrem Leitartikel *«Peace Through Trade»* äusserte die Times am 21. Februar 1939 die Hoffnung, dass die Diskussionen mit der ‚Reichsgruppe Industrie‘ denselben Erfolg wie die Kohleverhandlungen haben und *«zu einer Regulierung des Wettbewerbs auf neutralen Märkten auf freundschaftlicher Basis»*<sup>89</sup> führen würden. Die unmittelbare Aufgabe in den Besprechungen werde darin liegen, *«die Gefahr eines Handelskrieges zu vermeiden, der nur die*



Industrien beider Länder schädigen könnte». <sup>90</sup> Sich des Ernstes der Lage bewusst, rief Sir Walter Runciman am Abend vor der Abreise nach Deutschland Mitglieder der EB.I. zu einem Meeting, wo er ihnen mitteilte: «Gentlemen, the peace of Europe is in your hands.» <sup>91</sup>

### *Hauptkonferenz der deutsch-englischen Spitzenverbände*

Die Hauptkonferenz wurde am 15. März 1939 in Düsseldorf abgehalten. Mehrere Dutzend Vertreter aus Handel und Industrie von Deutschland und England waren anwesend. Man sonnte sich in dem Gefühl, dass dieses Treffen die volle Unterstützung der britischen Regierung fand. Die Sitzung wurde mit vielen Hoffnungen eröffnet – und erhielt zugleich die letzte Desillusion, als Hitler am selben Tag in Böhmen einmarschierte, dem Herzen der Tschechoslowakei, und damit das Abkommen von München brach. Die Konferenz wurde nicht aufgehoben. Der Direktor Locock von der Federation of British Industries war der Ansicht, dass ‚politische Schwierigkeiten‘ nichts mit industriellen zu tun hätten. <sup>92</sup> Nach zweitägigen Diskussionen veröffentlichten am 16. März 1939 die Federation of British Industries und die Reichsgruppe Industrie gemeinsam eine 12-Punkte-Erklärung, das sogenannte Düsseldorfer Abkommen. <sup>93</sup>

In den *Punkten 1 und 2* bezieht man sich auf die ‚freundschaftlichen‘ Beziehungen und die Übereinstimmung, dass ein grosser und profitabler Exporthandel für die Wirtschaft Deutschlands und Grossbritanniens von ‚lebenswichtigem‘ Interesse sei. In *Punkt 3* folgt die Erläuterung, welche Aspekte des Exporthandels als lebenswichtig einzustufen waren. <sup>94</sup>

Eine der in diesem Zusammenhang aufgeführten Begründungen, ‚Deviseneingänge zur Deckung wirtschaftlicher Bedürfnisse geriet prompt in die Schusslinie der Kritiker des Abkommens. Die so harmlos bezeichneten wirtschaftlichen Bedürfnisse welche mit dem Devisenerlös aus den Exporten gedeckt werden sollten, bestanden auf deutscher Seite nämlich in einem hohen Masse aus kriegswichtigen Rohmaterialien. Die Kritiker argumentierten, damit werde mit Sterlingdevisen (die englischen Importeure/Banken bezahlten die deutschen Exporte mit Devisen) indirekt ein Beitrag zur Finanzierung der deutschen Aufrüstung geleistet. <sup>95</sup>

In *Punkt 4* und *Punkt 9* wollte man darauf hinarbeiten, dass der weltweite destruktive Wettbewerb durch konstruktive Zusammenarbeit ersetzt wurde zum gegenseitigen Nutzen Deutschlands, Grossbritanniens und anderer Länder. Diese Punkte wiederum waren besonders wichtig für England. Als Industriena-tion mit hohen Weltmarktpreisen war es für sie von höchstem Interesse, dass

ihre Preise nicht von Staaten mit niedrigeren Produktionskosten unterboten wurden. Damit war weniger Deutschland angesprochen, das eher zu Dumpingmethoden neigte, als asiatische Länder wie Japan oder europäische Exporteure, die sich nicht an die vereinbarten Preise mit Deutschland und England hielten.<sup>96</sup>

In *Punkt 5* wird folgerichtig beschlossen, dass England und Deutschland sich darum bemühen wollten, die zur ‚konstruktiven Zusammenarbeit nötigen Industrieabmachungen zu treffen. Ausserdem hält man in *Punkt 6* und *7* den Beitritt anderer Nationen zu den Abmachungen über Preise und andere Faktoren (Ausschaltung der Konkurrenz) für wünschenswert.

Hier werden andere Staaten aufgefordert, sich den deutsch-britischen Kartellen anzuschliessen. Bei der Erarbeitung dieser Punkte hatte wohl niemand daran gedacht, dass eine derartige Aufforderung von findigen Politikern auch als politisches Druckmittel eingesetzt werden könnte. Eine Vorschau auf den Sommer 1939 zeigt jedoch, dass Whitehall diese mögliche Variante nicht entgangen war. Die englische Regierung machte den Beitritt Polens zum anglo-deutschen Kohlenkartell zur Vorbedingung für die Gewährung einer politischen und finanziellen Unterstützung gegen Deutschland und versuchte damit, einen unliebsamen Konkurrenten des britischen Bergbaus auszuschalten.<sup>97</sup> Nicht nur *Punkt 7*, sondern ganz besonders *Punkt 8* eröffnete aber diesen gefährlichen politischen Spielraum. Der Inhalt dieses Absatzes war dann auch der am heftigsten attackierte der ganzen Deklaration.

*Punkt 8*: «Die beiden Organisationen erkennen an, dass in bestimmten Fällen die Vorteile der Abmachungen zwischen den Industrien der beiden Länder oder einer Gruppe von Ländern nullifiziert werden können durch die Konkurrenz seitens der Industrie in einem anderen Land, das sich weigert, sich an der Abmachung zu beteiligen. Unter solchen Umständen könnte es für die Organisationen notwendig sein, die Hilfe ihrer Regierungen zu erlangen, und die beiden Organisationen könnten vereinbaren, bei der Herbeiführung dieser Hilfe zusammenzuarbeiten.»<sup>98</sup>

Die einflussreichen Wirtschaftsverbände zweier weltweit führender Industrienationen äussern ihre Absicht, die machtpolitische Unterstützung ihrer Regierungen als Druckmittel gegen unliebsame Konkurrenten oder Preise einzusetzen. Der alarmierende Eindruck wurde durch die erschreckende Erkenntnis noch verstärkt, dass das liberal-demokratische England diese Abmachung mit dem wirtschaftlich stark reglementierten und machtpolitisch unberechenbaren Nazideutschland ausgerechnet zum Zeitpunkt des Einmarsches der Deutschen in die Tschechoslowakei getroffen hatte.

Amerika fuhr hoch wie von einer Tarantel gestochen. Die nach Washington gedungenen Gerüchte über die britische Appeasementpolitik waren schon seit längerem vom amerikanischen Aussenministerium mit grossem Argwohn verfolgt worden. Nun sahen sich die USA in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Durch den amerikanischen Botschafter in London, Joseph J. Kennedy, forderte man die britische Regierung auf, wieder zu Bedingungen zurückzukehren, die einen internationalen Handel unter Gewährung gegenseitig gleicher Chancen erlauben würden.<sup>99</sup> Artikel 8 der Vereinbarung beinhalte die Absicht, gegebenenfalls die deutsche und britische Regierung aufzufordern, zusammen machtpolitischen Druck auf Länder auszuüben, deren Industrien es ablehnten, den jeweiligen Abkommen beizutreten. Ein Beamter des Board of Trade beeilte sich gegenüber Botschafter Kennedy zu versichern, bei Erarbeitung von Punkt 8 habe man niemals an die USA gedacht.<sup>100</sup> Man wolle *nur* verschiedene andere Länder in die Abmachung hineinführen. Im Visier seien japanische und europäische Exporteure, die in Drittländern versuchen könnten, ein zwischen Deutschland und Grossbritannien vereinbartes Preisniveau zu unterbieten.<sup>101</sup>

*Punkt 10* befasst sich mit der Förderung und dem weiteren Ausbau der zwischen britischen und deutschen Industriezweigen bereits abgeschlossenen Abmachungen. Weiterhin folgt die Feststellung, dass 10 Industriegruppen bereits Verhandlungen aufgenommen hatten, um vorteilhafte Preise auszuarbeiten, und 40 andere Gruppen kurz vor dem Abschluss von Verträgen standen.<sup>102</sup> *Punkt 11* greift nochmals den unter Punkt 5 angesprochenen Gedanken einer Erhöhung des internationalen Konsums auf. Man will in enger Zusammenarbeit „konkrete Schritte zur Steigerung des Weltverbrauches von Erzeugnissen unternehmen, «which are of interest to German and British industry.»<sup>103</sup> *Punkt 12* sieht die Bildung eines ständigen gemeinsamen Ausschusses vor, der die Fortschritte bei der Realisierung des Programmes kontrollieren sollte. Für die erste Sitzung dieses Ausschusses wird die deutsche Seite nach London eingeladen. Vorgesehener Termin: Juni 1939.<sup>104</sup>

Die Delegierten der Federation of British Industries kehrten nach London zurück in der Überzeugung, dass die Expansion der Industrie endlich in eine konstruktive Phase eingetreten war und die erweiterte europäische Industrie-Allianz auch die Akzeptanz der imperialistisch orientierten Interessen der britischen Hersteller finden würde. Es war eine besondere Ironie, dass zur gleichen Zeit, in der sich die rivalisierenden Industrien Deutschlands und des United Kingdom aufeinander zu bewegten, die Regierungen Frankreichs und Englands gezwungen waren, ihre Aufrüstungsanstrengungen für einen eventuellen Krieg gegen Deutschland zu verstärken.

Die Einladung für die Sitzung des gemeinsamen Ausschusses wurde nie realisiert. Alleine die Tatsache, dass sie – wenn auch auf privatwirtschaftlichem Level – *nach* dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei ausgesprochen und dann nicht umgehend widerrufen worden, sondern einfach in der Luft hängengeblieben war, brachte die Regierung vor dem Unterhaus in eine äusserst unangenehme Situation. Worte wie Ignoranz zählten zu den milderen Ausdrücken. Manche Abgeordnete äusserten den Verdacht, Chamberlain warte nur auf eine Gelegenheit, mit Berlin die wirtschaftlichen Gespräche zur Erreichung einer politischen Detente wieder fortsetzen zu können.<sup>105</sup>

### Frankreichs Appeasementbemühungen

Parallel zu den britischen Appeasementbemühungen, aber unabhängig davon, waren von Frankreich im Winter 1938/39 ebenfalls Fühler in Richtung «economic appeasement» ausgestreckt worden. Diese Bemühungen erwiesen sich als nicht so zählebig und bei weitem auch als nicht so ernsthaft wie die der Briten, waren aber aus ähnlichen Überlegungen hervorgegangen. Die Entwicklung der kurzlebigen französischen Verständigungsabsichten im Gewände eines «Economic Appeasement» soll hier nur in den Grundzügen skizziert werden. Sie fanden mit dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei am 15. März 1939 ein abruptes Ende.

Der drastische Rückgang des Handelsvolumens zwischen Deutschland und Frankreich um etwa 50% zwischen Juli und Dezember 1938 brachte sowohl der deutschen als auch französischen Exportwirtschaft hohe Einbussen. Die französische Regierung interessierte sich naturgemäss dafür, diesen unbefriedigenden Zustand zu ändern, und setzte sich für eine Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ein. Die Umsetzung dieses löblichen Gedankens erfuhr zusätzlich eine nicht unbeachtliche Dringlichkeit, als es galt, das etwas angeschlagene Prestige des französischen Ministerpräsidenten Daladier wieder herzustellen. Nach seiner Rückkehr von der Münchner Konferenz im September 1938 konnte Daladier keine Erfolgsstory vorweisen, wie sie der britische Premier im Gepäck hatte. Chamberlain hatte nach der Abreise von Daladier im Alleingang eine gemeinsame Erklärung mit Deutschland unterzeichnet, worin die gegenseitige Absicht zum Ausdruck gebracht wurde, keinen Krieg gegeneinander zu führen und über Fragen von beidseitigem Interesse Konsultationen abzuhalten.<sup>106</sup> Der französische Ministerpräsident befand sich

in einer etwas misslichen Lage, weil die Grande Nation nicht auch ein ähnliches Abkommen mit Deutschland vorweisen konnte. Im Quai d'Orsay beschloss das französische Aussenministerium daher umgehend, dieses Manko auszugleichen und ebenfalls eine entsprechende Vereinbarung mit Deutschland anzustreben.<sup>107</sup> Aussenminister Bonnet liess auch gleich den amerikanischen Botschafter William C. Bullitt wissen, dass man an einem möglichst raschen Beginn von deutsch-französischen Gesprächen über Finanz-, Wirtschafts- und Abrüstungsfragen interessiert sei.<sup>108</sup> Während in Paris die Vorbereitungsstudien auf Hochtouren liefen, begann der französische Botschafter François-Poncet in Berlin mit Sondierungsgesprächen und fand auf der deutschen Seite eine positive Aufnahme. Anlässlich eines Besuches des französischen Botschafters in Berchtesgaden, «der bei dieser Gelegenheit die Fragen aufwarf, die sich als Gegenstand einer französisch-deutschen Erklärung anzubieten schienen: eine bilaterale Grenzgarantie, ein Konsultativabkommen, eine zweiseitige Garantie Belgiens und Luxemburgs, eine Absprache über Rüstungsbegrenzung, Vereinbarungen im Wirtschafts- und Währungsbereich», unterstrich Hitler das deutsche Interesse an einem guten Verhältnis zu Frankreich.<sup>109</sup> Zu diesem Zeitpunkt war er jedoch bereits entschlossen, Krieg zu führen, um den restlichen Teil der «Tschechei» zu erledigen.<sup>110</sup> Kein Wunder, dass sich in Berlin der nötige Enthusiasmus nicht richtig einstellen wollte. Stattdessen hielt es die deutsche Regierung während der Vorbereitungsphase für wichtig, sich als die passive Seite darzustellen, und bestand auf der Feststellung, dass die Initiative der gemeinsamen Erklärung von französischer Seite ausgegangen sei.<sup>111</sup>

Der französische Aussenminister hingegen sah sich in Frankreich wachsender Kritik an seiner ‚Deutschlanddiplomatie‘ ausgesetzt. Er konnte sich den Luxus nicht leisten, die Angelegenheit gelassen zu handhaben, und drängte die Deutschen auf eine möglichst rasche Unterzeichnung des Abkommens. Unbeeindruckt von diesen Nöten liessen die Deutschen die französische Seite unter immer neuen Vorwänden in einer fast provozierenden Weise schmoren.<sup>112</sup> Selbst dann, als endlich eine Einigung auf den 6. Dezember 1938 als Unterzeichnungsdatum erfolgt war, konnte sich Ribbentrop einen Tag vor der Unterzeichnung den Seitenhieb nicht verkneifen, dass man den Besuch auch ohne weiteres auf den Januar verschieben können.<sup>113</sup>

Die französische Regierung musste sich dieses demütigende Verhalten der Deutschen gefallen lassen. Es waren nicht alleine finanzielle und wirtschaftliche Belange, welche die Franzosen eine gemeinsame Erklärung mit Deutschland anstreben liessen, sondern der Glaube, Frankreich sei Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt militärisch unterlegen. Der französische Premier Daladier stützte diese Annahme auf die ihm vom Generalstabschef Gamelin am 3. Dezember

1938 vorgelegte Lagebeurteilung, gemäss welcher die Franzosen aufrüstungsmässig der deutschen Macht am Rhein nicht gewachsen waren und die Deutschen nach der (falschen) Einschätzung der französischen Generäle bereits im Frühjahr 1939 in der Lage sein würden, problemlos gegen Frankreich und Polen gleichzeitig Krieg zu führen.<sup>114</sup> Die von den französischen Generälen mit Absicht übertrieben dargestellte militärische Stärke der deutschen Militärmacht führte die französische Regierung zu dem Glauben, mehr Zeit zu benötigen, um die eigene Aufrüstung voranzutreiben und sich aus der Position der Schwäche herauszuarbeiten.<sup>115</sup>

In ihrer gemeinsamen Erklärung vom 6. Dezember 1938 beauftragten die beiden Aussenminister Ribbentrop und Bonnet Experten beider Länder mit der Prüfung, wie der gegenseitige Warenaustausch gesteigert werden könne. Ausserdem sollte die Frage einer Ausweitung der über den gegenwärtigen Stand hinausgehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert werden, und zwar «im Geiste der heutigen Erklärung».<sup>116</sup> Einen Tag später, am 7. Dezember, erkannten die Experten, dass doch ein ausserordentlich umfangreiches Programm vorzubereiten war und dafür eine weitere Sitzung etwa Mitte Januar 1939 notwendig sein würde. Man einigte sich auf die Konzentration folgender Hauptfragen:

- Mittel zur Ausdehnung des gegenseitigen Austausches von Waren
- Förderung des deutschen Warenverkehrs mit den französischen Kolonien
- Förderung von Vereinbarungen zwischen einzelnen Wirtschaftsgruppen beider Länder
- Förderung von Reisen einzelner Personengruppen zwischen den beiden Ländern
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs in dritten Ländern.<sup>117</sup>

Nachdem am 15. Januar 1939 sowohl die deutsche als auch die französische Regierung sich mit der Wahl dieser Hauptthemen einverstanden erklärt hatten, konnten die am 7. Dezember begonnenen Wirtschaftsgespräche in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1939 fortgesetzt werden. Merkwürdigerweise wurde das primäre Thema, nämlich die Intensivierung der deutschfranzösischen Wirtschaftsbeziehungen, überhaupt nicht diskutiert. Stattdessen konzentrierten sich die Sitzungsteilnehmer auf Fragen des bestehenden Handelsvertrages und seiner Erweiterung im Hinblick auf die ‚Eingliederung‘ des Sudetengebietes in das Deutsche Reich und auf den Reiseverkehr.

Die gemächlich vor sich hindümpelnden Bemühungen um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland erhielten aber einen raketenartigen

Schub, als Hitler in einer Rede vom 30. Januar 1939 andeutete, dass die existentielle Sicherheit des auf engem Raum lebenden deutschen Volkes nur gewährleistet werden könne entweder durch einen drastischen Ausbau der Exportmöglichkeiten oder die Erweiterung des Lebensraumes. Da letztere Möglichkeit nicht gegeben sei, müsse mit dem Ausbau der ersteren begonnen werden. Weiter sagte Hitler in dem ihm eigenen pathetischen Ton: «Deutsches Volk, lebe, das heisst, exportiere – oder stirb.»<sup>118</sup>

Als Folge dieser Rede erhielten die bereits seit längerem laufenden englischen Bemühungen um ein «economic appeasement» neuen Schwung, und Paris wandte dem Abschluss einer wirtschaftlichen Übereinkunft, die man auch als Vorstufe zu einer möglichen politischen Verständigung betrachtete, ebenfalls wieder mehr Aufmerksamkeit zu. In der allgemeinen Euphorie fand ein anderer Bestandteil von Hitlers Rede, in der er die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa prophezeite, keine Beachtung:<sup>119</sup> («*Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!...*») Die gleiche Null-Reaktion hatte die Regierung Frankreichs übrigens auch nach der Entfesselung der Reichskristallnacht vom 9./10. November 1938 gezeigt, als sie sich nicht einmal zu einer symbolischen Protestgeste durchringen konnte, während die Vereinigten Staaten ihren Botschafter von Berlin zurückriefen. Hitler hatte auf diesen ‚Affront‘ umgehend reagiert und den deutschen Botschafter in Washington ebenfalls zurückbeordert. Für die nächsten drei Jahre, bis zum 11. Dezember 1941, dem Tag der Kriegserklärung Hitlers an die Vereinigten Staaten von Amerika, verzichteten beide Staaten auf die gegenseitige Entsendung eines Botschafters. Wie gesagt, Frankreich konzentrierte sich nach der Hitler-Rede wieder vermehrt auf seine Pläne für eine deutsch-französische Beschwichtigungspolitik und warf sich mit Elan auf die Ausarbeitung der für eine langfristige wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland notwendigen Voraussetzungen.<sup>120</sup> Grundsätzlich waren dabei vier Überlegungen massgebend:

1. In seiner Rede vom 30. Januar hatte Hitler die Westmächte zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufgefordert. Der französischen Führung blieb nichts anderes übrig, als auf dieses Angebot positiv zu reagieren. Coulondres, Bonnet und Daladier fürchteten, andernfalls den Kriegstreibern unter Hitlers Beratern genügend Argumente zu liefern, die Hitler überzeugen könnten, dass Deutschland sich seiner wirtschaftlichen Malaise nur durch einen grossen

Krieg werde entledigen können. Auf keinen Fall wollte die französische Regierung Hitler die Rechtfertigung für eine kriegerische Aktion auf dem Präsentierteller überreichen.<sup>121</sup>

2. Die französische Regierung redete sich ein, dass eine Begünstigung des deutschen Exports quasi automatisch zu einer Rüstungsbegrenzung führen werde. Die Erklärung für diesen etwas naiven Gedankengang war die Spekulation, dass die deutsche Produktionskapazität bereits an ihren Grenzen angelangt sei. Ergo könne die Ausweitung der deutschen Exportindustrie nur zu Lasten der Rüstungsproduktion erfolgen!<sup>122</sup>
3. Eigentlich wollten die Franzosen die wirtschaftlichen Gewinne ihrer Kolonien nicht gerne teilen und hofften, die deutsche Regierung werde im Falle einer vorteilhaften Entwicklung ihres Aussenhandels und der damit einhergehenden Verbesserung der Versorgungssituation mit den fehlenden Ressourcen ihre Kolonialforderungen reduzieren oder weiter aufschieben.<sup>123</sup>
4. Die französische Regierung hoffte ausserdem, dass ein Entgegenkommen gegenüber den deutschen Exportinteressen ein Auslöser für umfassende wirtschaftliche und politische Verhandlungen im Sinne einer europäischen Generalvereinbarung werden könne.<sup>124</sup>

Am 25. Februar einigte sich der Wirtschaftsausschuss unter Leitung von Ministerpräsident Daladier auf folgende Punkte:

- Deutschland erhält eine erleichterte Ausnutzung und Ausweitung der zugestandenen Handelskontingente.
- Aufnahme von Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Experten über die Zusammenarbeit in den Industriekartellen und auf Drittmärkten.
- Verstärkte deutsche Beteiligung an Entwicklungsprojekten in französischen Kolonien.
- Abschluss eines definitiven Reiseabkommens.

Nach mehrtägigen Sondierungsgesprächen wurde dieser Vorschlagskatalog am 11. März in Berlin offiziell übergeben. Die Realität sah allerdings so aus, dass bei Hitler die Begeisterung für eine umfassende wirtschaftliche Verständigung zur Vorbereitung einer politischen Detente praktisch nicht mehr (wenn überhaupt jemals) vorhanden war. Vier Tage nach Übermittlung der französischen Vorschläge begann der deutsche Einmarsch in Prag. Die französische Regierung musste erkennen, dass Hitler auf die ‚zweite Möglichkeit‘ gesetzt hatte, nämlich Existenzsicherung durch Eroberung von Lebensraum. Mit dem deutschen Überfall auf die Tschechoslowakei am 15. März 1939 war nach Ansicht der Franzosen allen Bemühungen um ein «economic appeasement» die Grundlage entzo-



gen und damit einhergehend auch die kurzlebige Erwartung einer politischen Detente demontiert.

Wie die Engländer hatten auch die Franzosen sich darum bemüht, einen Frieden zu stabilisieren, der in wirtschaftlichen und politischen Vereinbarungen eine feste Verankerung finden sollte. Die französischen Abmachungen waren an dem Postulat orientiert, dass Hitler auf Gewalt als ein Mittel zur Lösung von Interessenkonflikten und auf freie Hand im Osten verzichtete. Dazu ist jedoch zu bemerken, dass die deutsch-französischen ‚Wirtschaftsverhandlungen‘ immer von Taktik geprägt und die Erklärungen – von beiden Seiten – bewusst in einer provisorischen und vieldeutigen Form gehalten waren. Es war ein Pokerspiel, und der Einsatz der Spieler war Zeit. Frankreich benötigte Zeit für die Aufrüstung und hoffte, diese durch die Appeasementbemühungen zu gewinnen, Hitler benötigte ebenfalls Zeit. Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember mit ihrer Grenzgarantie und den Bekundungen guter Nachbarschaft und gegenseitiger Konsultationsabsicht bot ihm die Möglichkeit, den Ausbau der Siegfriedlinie voranzutreiben, die er für das bereits seit dem 21. Oktober 1938 einkalkulierte militärische Vorgehen gegen die Rest-Tschechoslowakei als ‚Grenzsicherung West‘ benötigte.<sup>125</sup> Möglicherweise gab man auf der französischen Seite auch der Hoffnung etwas Raum, das ‚deutsche Problem‘ vielleicht doch mit wirtschaftlichen Massnahmen bewältigen zu können, und stützte sich dabei auf die Worte Hitlers. Wie berechtigt es jedoch gewesen war, in diesem Zusammenhang nicht allzuvielen Illusionen aufzubauen, zeigte sich am 15. März 1939, als Hitler dem Deutschen Reich den restlichen Teil der Tschechoslowakei einverleibte. Frankreichs ‚Appeasementanstrengungen‘ waren damit beendet.

### Fortsetzung der deutsch-englischen Kontakte

Nach dem Einmarsch Hitlers in die Tschechoslowakei besass die britische Regierung immerhin soviel Anstand, ihren Botschafter Sir Nevile Henderson für zwei Tage aus Berlin abzurufen, um damit ihrer Empörung gegen die deutsche Aggression Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig machte sie aber auch deutlich, dass der normale Ablauf des britisch-deutschen Handelsverkehrs unangestastet bliebe. Vom Unterhaus geforderte Sanktionsmassnahmen wie wirtschaftlicher Boykott oder einseitige Kündigung der bestehenden Handels- und Zahlungsabmachungen standen nicht einmal zur Diskussion. London gab zwar zu verstehen (die empörte öffentliche Meinung und den Druck der USA im Na-

cken), dass man die Kontakte mit Deutschland für eine gewisse Zeit würde ruhen lassen. Im Grunde war die britische Regierung aber nicht bereit, sich durch politische oder gar moralische Erwägungen in ihrem Bestreben nach einer weltweiten Umstrukturierung des Welthandels stören zu lassen. Auch die am 6. Mai an die Adresse der englischen Regierung formulierte Befürchtung des britischen Botschafters Henderson, dass wegen der «zunehmend ungesunden Wirtschaftslage in Deutschland»<sup>126</sup> ein Krieg in den Bereich des Denkbaren rücke, weil Hitler dadurch eine Möglichkeit habe, dem ökonomischen Zusammenbruch zu entkommen, verursachte in London keine weitere Reaktion.<sup>127</sup>

### Die Geschichte des tschechischen Goldes

Nicht nur die britische Regierung zeigte sich von der deutschen Vorgehensweise ziemlich unbeeindruckt. Wie am folgenden Beispiel ersichtlich, waren auch bei dem Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, moralische Überlegungen kein geeignetes Mittel, seine deutschfreundliche Haltung oder besser gesagt, sein formaljuristisches Denken, ins Wanken zu bringen.

In Ahnung kommender unheilvoller Entwicklungen hatte die Tschechische Nationalbank schon einige Zeit vor dem März 1939 begonnen, in zunehmendem Masse im Ausland Gold zu deponieren. Während der Münchner Konferenz befanden sich in den Stahlkammern der tschechischen Nationalbank nur noch 6'336,6 kg Gold. Der Löwenanteil, nämlich 88'435,4kg, lag bereits in den Depots verschiedener ausländischer Banken, die man als sicher betrachtete.<sup>128</sup> Eine (fast) nutzlose Anstrengung. Es gelang den Nazis trotzdem, Kontrolle über den Hauptteil des tschechischen Goldes zu erlangen. Nach der Besetzung des Sudetenlandes am 29. September 1938 forderte Deutschland unverfroren ‚Schadensersatz‘ mit der Begründung, das Gold des Sudetenlandes sei Eigentum des Deutschen Reiches. Die Tschechen sollten das ins Ausland transferierte Gold gefälligst wieder herbeischaffen. Die erfindungsreichen Deutschen griffen zu vielschichtigen Manövern, um des tschechischen Vermögens habhaft zu werden. Dazu gehörte z.B. auf privatwirtschaftlicher Seite auch die Erlangung der Kontrolle über interessante industrielle Beteiligungen, indem man in den annektierten Gebieten den Niederlassungen von Prager Banken diese Beteiligungen abkaufte. Staatliches Eigentum wie tschechisches Rüstungsmaterial und Militäranlagen wurden dagegen einfach beschlagnahmt. Mit dem schleppenden Ver-

lauf der ‚Goldrückführung‘ nicht zufrieden, gingen Hitlers Schergen im Januar 1939 zu Drohungen über, die dann am 23. Februar in einem Ultimatum kulminierten. Die Tschechoslowakei sah keine Möglichkeit, dem deutschen Druck auszuweichen. Am 4. März 1939 unterzeichnete eine tschechoslowakische Delegation, die Tage zuvor in Berlin eingetroffen war, ein Dokument, in welchem 769 Millionen tschechische Kronen (Kc) zu Gunsten Deutschlands teilweise durch Übereignung von tschechischem Besitz und Darlehen abgesichert wurden. Der noch verbleibende Betrag musste durch Gold gedeckt werden. Am 7. März schickte die tschechische Nationalbank ein Telegramm an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ) mit dem Auftrag, das in Brüssel und Bern deponierte tschechische Gold an die Deutsche Reichsbank zu überweisen. Auch an die Schweizer Nationalbank erging die Aufforderung, das in Bern deponierte Gold an Deutschland auszuhändigen.<sup>129</sup> (Nach Kriegsende wurde dieses Gold von den Westmächten wieder an die Tschechoslowakei zurückgegeben.)<sup>130</sup>

Die Habgier des deutschen Molochs war damit noch nicht gestillt. Nach Besetzung des restlichen Teils der Tschechoslowakei am 15. März 1939 wurde Dr. Müller, Sonderbeauftragter der Reichsbank beim Heeresgruppenkommando III, mit der wichtigen Aufgabe betraut, auch den Rest des von der Tschechoslowakei ins Ausland verlagerten Goldes für das Deutsche Reich zu sichern. In bewährter Manier bedrohte Müller die Direktoren der Tschechischen Nationalbank mit sofortiger Exekution, falls sie sich nicht bereitfänden, zwei Transferorders für das in England deponierte tschechische Gold abzuschicken. Eine Order ging an die Bank of England mit der Aufforderung, 26793 Kilogramm Gold (2106 Barren Gold) an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel zu transferieren. In einer zweiten Order wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich aufgefordert, von dem Konto der Tschechischen Nationalbank, das die BIZ bei der Bank of England unterhielt und welches zu diesem Zeitpunkt 28 309,30 kg Gold auswies, 23 087,30 kg an die Deutsche Reichsbank zu transferieren.<sup>131</sup> Die Tschechen hatten diese Aufträge jedoch nicht schicksalsergeben abgeschickt, denn gleichzeitig mit der Abgabe der Orders an die beiden Banken erging an die britische Botschaft der Hinweis, dass diese Zahlungsaufforderungen unter Gewaltanwendung zustande gekommen seien und als ungültig betrachtet werden sollten.<sup>132</sup>

Wie bereits erwähnt, hatte die tschechische Nationalbank schon im September 1938 ihr Gold in ausländischen Banken deponiert. Dies geschah in der Hoffnung, dass – wie in solchen Fällen üblich – bei einem Einmarsch der Deutschen in die Tschechoslowakei das Gold der tschechischen Nationalbank umgehend

eingefroren würde, um damit dem Aggressor jede Zugriffsmöglichkeit zu verwehren. Nach Eingang der tschechischen ‚Aufträge‘ befolgte Norman Montagu aber ohne zu zögern die zweite Order der tschechischen Nationalbank und transferierte am 22. März vom Konto der BIZ bei der Bank von England rund 23 Tonnen tschechisches Gold auf das BIZ-Unterkonto der deutschen Reichsbank bei der Bank of England.<sup>133</sup> Im Auftrag der Reichsbank wurde später der grössere Teil dieses Goldes gegen Gold ausgetauscht, das sich in Amsterdam und Brüssel befand (23./24. März 1939). Von dort wurde zwischen dem 3. und 5. April dieser Goldanteil zur Reichsbank nach Berlin geschickt, während der noch verbliebene Rest an andere Zentralbanken verkauft wurde. Die erste Order jedoch, mit der Anweisung, 26 793 kg Gold an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zu transferieren, wurde seitens der Bank of England nicht ausgeführt («pending clarification»),<sup>134</sup> weil inzwischen das englische Parlament die tschechischen Guthaben hatte einfrieren lassen.

In den folgenden Wochen hatte auch die britische Presse von der Goldaffäre Kenntnis erhalten. In einer Sitzung des Unterhauses am 18. Mai 1939 erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Man kritisierte nicht nur das Vorgehen der Bank von England, sondern warf auch dem Schatzamt und der Regierung vor, mit tschechischem Gold die Deutschen besänftigen zu wollen. Winston Churchill wies empört daraufhin, dass mit den 23 Tonnen Gold, die bereits für die Deutsche Reichsbank freigegeben worden waren, britischerseits nicht nur bereitwillig ein Beitrag zur Verstärkung der deutschen Bewaffnung geleistet worden sei, sondern damit auch die Anstrengungen für eine Erhöhung der nationalen Verteidigung Grossbritanniens geschädigt würden. (Es sei noch erwähnt, dass die bei der Bank von England verbliebenen 26 793 kg tschechischen Goldes als Kompensation für die dem Königreich entstehenden Kosten für den Aufenthalt der tschechischen Exilregierung in London und der in England, Nordafrika und dem Mittleren Osten operierenden tschechischen Militärs benützt wurden.)<sup>135</sup>

Das Paradoxon in der Handhabung der beiden Orders ist symptomatisch für eine technokratische Denkweise. Es stellt sich die Frage, warum die zweite Order, nämlich 23 087,30 kg an die Deutsche Reichsbank zu transferieren, überhaupt ausgeführt wurde. Die Antwort liegt begründet in dem von der BIZ entwickelten Goldclearingsystem. Rechtlich basierte dieses System auf Artikel 10 des BIZ-Gründungsgesetzes, das die Unterzeichner des Abkommens von Den Haag verpflichtete, auf jegliche Transferbeschränkung oder Beschlagnahme der bei der BIZ deponierten Gelder zu verzichten, gleichgültig, ob Krieg oder Frieden.<sup>136</sup> Im Vergleich zu anderen Kreditinstituten besass die BIZ da-

durch eine einzigartige Immunität. Der Deutschen Reichsbank kam eine derartige Regelung natürlich sehr gelegen, und es verwundert nicht, dass die Deutschen diese Struktur der BIZ für ihre eigenen Zwecke nach Kräften ausnutzten. Schliesslich erlaubte sie dem Deutschen Reich, als Angreifer über das Gold und die Devisen von den Zentralbanken der einverleibten Staaten, die bei der BIZ deponiert waren, legitim zu verfügen, ohne dass seitens der BIZ ein Veto erfolgen konnte. Sind nun die unterzeichnenden Länder des Artikels 10 zu kurzfristig gewesen, um eine derartige Entwicklung in ihre Überlegungen einzuschliessen, oder stellte die Weltwirtschaftskrise eine derartige Existenzbedrohung dar, dass man selbst das Risiko für diesen nicht auszuschliessenden Fall einzugehen bereit war?

Trotzdem erstaunt es, dass das Vermögen eines souveränen Staates ohne einen einzigen Protest der britischen Regierung an seinen Eroberer ausgeliefert wurde. Juristische Klauseln alleine können dafür nicht ausschlaggebend gewesen sein. Eine Erklärung für diese Verhaltensweise liegt in der Interessenlage der britischen Regierung gegenüber Deutschland im Zusammenhang mit der Economic-Appeasement-Politik und der daraus resultierenden Haltung gegenüber dem Stillhalteabkommen von 1931 und gegenüber den Londoner Banken.

### **England wird Hauptgläubiger Deutschlands**

Im Jahr 1935 hatte die Abwertung des amerikanischen Dollars der Reichsmark einen Gewinn von schätzungsweise 500 Millionen erbracht, wodurch die deutschen Schulden bei den USA massiv reduziert werden konnten. Die Folge war, dass England, als Nachfolger der USA, in die mühsame Rolle des grössten Gläubigers des Deutschen Reiches aufrückte.<sup>137</sup> Die Mehrzahl der ausländischen Kreditoren hatte sich schon in den vergangenen Jahren zu den bestmöglichen Bedingungen aus dem am 19. September 1931 in Basel bei der BIZ vereinbarten Stillhalteabkommen verabschiedet. Nicht so die britischen Kreditoren. Sie wollten die Hoffnung nicht aufgeben, durch lang andauernde geschäftliche Verbindungen doch noch ihre Forderungen eintreiben zu können, sobald Deutschlands internationaler Handel eine Wiederbelebung erfahren würde. Die englische Finanzwelt, genannt ‚die City‘, harpte aus in der Erwartung, dass die Anstrengungen des Präsidenten der Deutschen Reichsbank, Hjalmar Schacht, zur Erhaltung des vereinbarten Stillhalteabkommens schliesslich in Deutschland zur Aufhebung der Devisenbeschränkungen und Rückzahlung des Kredi-

tes führen würden. Aus englischer Sicht hätte dies bedeutet Beendigung der Autarkie, Rückkehr zur freien Marktwirtschaft und Kauf der britischen Produkte durch Nützung der verschiedenen ‚City‘-Serviceleistungen (Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Finanzhäusern und Versicherungen Londons).

Zwei Jahre später, 1937, geriet das Stillhalteabkommen aufgrund der sich rapide verschlechternden politischen Situation noch weiter unter Druck. Die bis anhin verbliebene Front der britischen und internationalen Kreditoren brach nun endgültig auseinander, denn die Kreditoren realisierten, dass sie mit der in den vergangenen drei Jahren geübten Zurückhaltung in der Forderung ihnen zustehender Zahlungen eigentlich einen Beitrag zur deutschen Wiederaufrüstung geleistet hatten. England dagegen konnte sich nicht verabschieden. Das Wohlergehen der britischen Wirtschaft war eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands verflochten. Hjalmar Schacht als Leiter der deutschen Reichsbank wurde international und speziell von der britischen Finanzwelt als einer der moderateren Nazis eingestuft. Ein Abbruch des Stillhalteabkommens britischerseits hätte eine Schwächung seines Ansehens gegenüber den radikaleren Elementen der Nationalsozialisten verursacht und zur Folge haben können, dass die englischen Gläubiger noch lange Zeit auf den Eingang ihrer Forderungen warten mussten. Die City besass daher ein grosses Interesse daran, den Reichsbankpräsidenten nicht zu verärgern oder seine Position zu schwächen, und stimmte deshalb der jährlichen Erneuerung des Stillhalteabkommens zu.

Auf den ersten Blick scheinen die bei den Londoner Banken gehaltenen deutschen kurzfristigen Schulden eine wesentliche Rolle bei der Festlegung der britischen Haltung gegenüber Deutschland gespielt zu haben. Rufe nach strengen Währungskontrollen, wie sie in vielen anderen Ländern praktiziert wurden, fanden kein Gehör. Stattdessen wurde am 1. Juli 1938 ein Transfer- und Handelsfragenabkommen unterzeichnet als ein Instrument, welches die Benutzung von Sterlingdevisen in den wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland ermöglichte. Es lag zwar absolut nicht im britischen Interesse, dass Deutschland die durch seinen Exportüberschuss erhaltenen beträchtlichen Sterlingeinnahmen behalten und für den Kauf von Kriegsmaterial verwenden konnte, aber der Einfluss der Londoner Banken, deren Vorstellungsvermögen sich mit den psychologischen und materiellen Folgen einer Clearingpolitik nicht einmal spekulativ befassen mochte, bildete einen wesentlichen Grund für die Zurückhaltung der britischen Regierung bei der Einführung einer Clearing Policy.

## Der Sterlingraum

Der Wechsel vom freiem Handel zu ‚imperial preference‘ (Bevorzugung der Gebiete des englischen Empire) als Antwort auf die ‚Great Depression‘ hatte bereits in den Jahren 1931/1932 begonnen, als die britische Regierung ein System von Schutzzöllen einfuhrte. Unter dem weiteren Druck der Dominions, speziell während der Ottawa-Konferenz im Sommer 1932, steigerte die britische Regierung ihre Diskriminierung gegen ausländische Güter dann nochmals, entweder durch höhere Zölle oder mit Hilfe von Einfuhrquoten. Bis zum Jahr 1937 schloss England über 15 Handelsabkommen mit Ländern in Lateinamerika, Skandinavien und Osteuropa ab, die mehrheitlich ihren Handel in Sterling abwickelten, ihre eigene Währung an das britische Pfund banden und einen grossen Teil oder gar sämtliche ihrer Währungsreserven in Sterling hielten.<sup>138</sup> Bei den Unterzeichnerstaaten handelte es sich in der Hauptsache um verschuldete Länder, die verpflichtet waren, Zinsen für ihre Darlehen zu zahlen und Sterlingreserven in London aufzubauen.<sup>139</sup> Die Idee hinter diesen Verträgen, zusammen mit der Annahme der imperial preference 1932, liess das Muster der Entwicklung eines ‚Sterlingblocks‘ erkennen, der die Bedürfnisse der Sterlingwährung unterstützen sollte. Als Grossbritannien den Goldstandard im Oktober 1931 aufgab, schlossen sich die meisten Dominions und einige grössere Länder, die enge wirtschaftliche, finanzielle und politische Verbindungen zu Grossbritannien unterhielten, dem Schritt der britischen Regierung an und stützten ihre Währungen auf das englische Pfund.<sup>140</sup> Ende 1932 bildete der Schutz des Sterlingraumes einen zentralen Punkt der britischen internationalen Wirtschaftspolitik, mitgetragen sowohl vom Finanzministerium als auch von der Bank von England. Beide Institutionen zeigten ausserdem ein starkes Bestreben, mit Hilfe des Sterlinggebietes Englands internationale Handelsposition wiederherzustellen und – noch wichtiger – für den Sterling eine Weltrolle zu sichern und dadurch der City von London zu helfen, die Trümmer von 1931 zu beseitigen. Ein kontrolliertes ‚Sterlinggebiet‘ mit Währungsbestimmungen und restriktivem Währungsumtausch innerhalb des Sterlingraumes existierte jedoch erst mit Beginn des Krieges.

Die Aufrechterhaltung des Gebildes von Schutzzöllen und ‚imperial preferences‘ erfreute sich auch der breiten Unterstützung bedeutender Wirtschaftsorganisationen wie der Empire Industries Association, der Federation of Business Industries (F.B.I.) und der National Union of Manufacturers. Die Hoffnung auf Verbesserung der politischen, aber vor allem wirtschaftlichen Situation in Deutschland, wovon man sich nicht nur eine Steigerung des allgemeinen Wohl-

standes, sondern auch die Eliminierung der Kriegsgefahr versprach, bildeten das Ziel der Economic-Appeasement-Bemühungen. Um in der Zwischenzeit trotzdem die Stabilität der eigenen Wirtschaft erhalten zu können, wurde der britischen Regierung eine breite Einflussmöglichkeit bei der Unterstützung der Industrie und der Finanzhäuser Londons eingeräumt. Die britische Öffentlichkeit unterstützte diesen Schritt und war zuversichtlich, dass ihre Regierung Ressourcen für eine Lösung der internationalen Wirtschaftskrise finden würde. Ein so hohes Ziel war jedoch nicht alleine erreichbar, denn eine globale Krise kann nur durch eine globale Lösung beigelegt werden.

Als die zehn Gläubigerländer im Jahr 1931 der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) die Aufgabe übertrugen, die Zinszahlungen Deutschlands den verschiedenen Ländern ordentlich gutzuschreiben, ging es deshalb um mehr als nur administrative Tätigkeiten. Es handelte sich darum, einen Grundstein zu legen, damit Ereignisse wie das Stillhalteabkommen und die internationale Finanzkrise in einem sicheren Hafen behandelt werden konnten, wo trotz Kriegen und anderen Katastrophen stets Stabilität herrschte. Stabilität zu erhalten war das oberste Ziel der Londoner Banken, der britischen Industrie und der englischen Regierung, und die BIZ wurde dafür ausgewählt, die Rolle eines Stabilitätshüters zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass Kapitalismus und internationaler Handel nicht wieder zurückgeworfen würden. Doch nicht nur das Streben nach einer Verbesserung des Lebensstandards und Wiederherstellung weltweiter wirtschaftlich-finanzieller Stabilität waren von Bedeutung. Es ging auch um die Befürchtung, dass der aufkommende Kommunismus die kapitalistischen Weltinteressen zerstören oder Katastrophen wie Kriege oder finanzielle Krisen das kapitalistische System so weit schwächen könnten, dass die Grundlagen der Macht, auf denen Reichtum und Handel von Ländern, Regierungen und Industrien basierten, aufhören würden zu existieren. Die supranationale Organisation der BIZ und die Frage der Rolle des Staates in der Wirtschaft bildeten dann auch die grundsätzlichen Voraussetzungen unzähliger politischer Vorschläge und Konzepte, darunter das bekannte ‚economic appeasements‘.



## Die ‚BIZ‘

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wurde von einem internationalen Gremium als ‚Reparationsbank‘ gegründet. Die Hauptfunktion der Bank sollte zwar die Abwicklung der deutschen Reparationszahlungen an die Alliierten sein, ihre Entstehung hatte sie aber dem schon 1927 aufgetretenen Bedürfnis nach internationaler Zentralbankenkooperation der Industrieländer zu verdanken, was dann im Mai 1930 zur Eröffnung der BIZ führte.

In den Monaten nach den Reichstagswahlen vom 20. September 1930 flatterten als Folge des schwindenden Vertrauens in die politische Stabilität der Weimarer Republik und des raschen wirtschaftlichen Niedergangs den deutschen Banken Massenkündigungen ihrer kurzfristigen Kredite im Ausland auf den Tisch. Reichskanzler Heinrich Brüning forderte daraufhin eine Beendigung der Reparationen. Nach einigem Hin und Her einigten sich auf Initiative von USA-Präsident Hoover (Hoover-Moratorium) die alliierten Kreditoren, also die Unterzeichnerstaaten des Versailler Vertrages, auf einen einjährigen Zahlungsstopp für Reparationen, der ab 1. Juli 1931 in Kraft trat. Die sich fortsetzenden Kreditkündigungen der Auslandsbanken zeigten jedoch, dass das Hoover-Moratorium bzw. der gewährte Zahlungsaufschub das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft nicht wieder herstellen können. Selbst in Deutschland setzte ein Run auf die Geldinstitute ein. Die deutschen Banken und Sparkassen büsstten aufgrund der abgezogenen Spargelder ihre Solvenz ein und wurden auf Anordnung des Reichskanzlers für drei Wochen geschlossen.

Nach Ablauf des Hoover-Moratoriums im Juni 1932 herrschte eine weltweite Wirtschaftskrise, und von einer Wiederaufnahme der deutschen Reparationszahlungen konnte nicht die Rede sein. Die Gläubigerländer beugten sich dieser Einsicht und legten an der Lausanner Konferenz am 9. Juli 1932 die deutschen Reparationszahlungen offiziell ad acta. Damit wäre nun eigentlich auch das Leben der BIZ beendet gewesen. Es liegt jedoch in der menschlichen Natur, Vorhandenes nicht gerne aufzugeben, schon gar nicht Institutionen. Nach einigen Übergangsschwierigkeiten, die der BIZ dann doch noch beinahe das Leben gekostet hätten, wurde ihr ein neues Betätigungsfeld übertragen. Sie erhielt den Auftrag, ein Komitee zu bilden, das die Höhe der deutschen kommerziellen Aussenschulden ermitteln sollte, deren Zahlungsfrist verlängert werden musste. Dieses Komitee trat Anfang August 1931 zum ersten Mal in Basel zusammen. Es stellte fest, dass die deutschen Kreditschulden bei den ausländischen Banken

rund sechs Milliarden Reichsmark betrogen, und empfahl den Abschluss eines Stillhalteabkommens für kurzfristige deutsche Auslandsschulden.<sup>141</sup> Dem Komitee gelang es tatsächlich, die Gläubigerbanken zu einem Stillhalteabkommen zu bewegen, indem der Zentralbanken-Kredit über 100 Millionen Dollar an Deutschland erneuert wurde. Damit konnte ein Kreditkollaps der Deutschen verhindert und die weitere Kooperationsbereitschaft der Banken erhalten werden, die auf die Kündigung ihrer Kredite verzichteten. Das Stillhalteabkommen wurde am 19. September 1931 unterzeichnet, mit einer Laufzeit von sechs Monaten. Bereits existierende Kredite und in Deutschland getätigte finanzielle Investitionen seit dem Young-Plan (der Young-Plan wird in einem anderen Kapitel näher erläutert) wurden zu den ursprünglichen Konditionen eingefroren, die entsprechenden Zinszahlungen aber liefen weiter. Aber, mit des Geschickes Mächten ...

Am 30. Januar 1933 gelangte Hitler an die Macht. Es zeichnete sich rasch ab, dass ‚old boys‘, wie Reichsbankpräsident Hans Luther, ihre Positionen nicht behalten würden. Am 17. März 1933 schob ihn Hitler als deutschen Botschafter in die Vereinigten Staaten ab. Luthers Sessel bei der Deutschen Reichsbank wurde von seinem Nachfolger und Rivalen, Hjalmar Schacht, übernommen. Schacht machte sofort klar, dass er den Zentralbankencredit loswerden wollte, der in seinen Augen nur eine Schaufensterdekoration war, eher geeignet, die Position der Reichsbank zu schwächen, denn zu stärken.<sup>142</sup> Schacht verwarf die von Luther vertretene Klausel, dass 40% der Goldreserven bei der Reichsbank verbleiben sollten, und offerierte den Gläubigern des Reichsbankkredites eine volle Vergütung. Die Zentralbanken beeilten sich, ihre Zustimmung zu signalisieren. Am 13. April 1933 veranlasste Schacht die Rückzahlung des Kredites in Form von Gold an die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Federal Reserve Bank von New York und die BIZ. Damit war der am 1. Juli 1931 von den Zentralbanken erhaltene Kredit zurückbezahlt. Als Resultat dieser rigorosen Aktion fielen die Goldreserven der Reichsbank auf 15%, nur noch ein Schatten der 40%, die zu erhalten sich Schachts Vorgänger Luther im Sommer 1931 stets bemüht hatte. Die Reichsmark, obwohl theoretisch an den Goldstandard gebunden, hatte de facto aufgehört, eine umtauschbare Währung zu sein. Die von Brüning's Kabinett im Sommer 1931 eingeführten Währungskontrollen wurden von NS-Deutschland in der Folge noch verschärft. Sture Verfolgung der Autarkiebestrebungen, Mangel an Devisen und Goldreserven versetzte Deutschland weniger denn je in die Lage, seine noch ausstehenden Schulden zurückzubezahlen. So blieb den privaten Gläubigern und Gläubigerländern, die in den 20er Jahren in Deutschland und durch den Young-Plan investiert hatten,

nur zähneknirschend übrig, das Stillhalteabkommen jedes Jahr zu verlängern, die Zinsen bzw. Dividenden dafür in Empfang zu nehmen und die Hoffnung nicht aufzugeben, dass Deutschland wieder zu einer freien Marktwirtschaft mit umtauschbarer Währung zurückkehren würde. Am 3. September 1939, bei Ausbruch des Krieges, kündigten die britischen Finanzhäuser das Stillhalteabkommen mit Deutschland durch das American Bankers Committee. Deutschland schuldete Grossbritannien 34 Millionen Pfund.<sup>143</sup> Noch eine interessante Feststellung: Selbst ein so gesetzloser und Vertragsbrüchiger Staat wie das Dritte Reich hielt sich auch nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges noch an die Stillhalte-Vereinbarung von 1931 und überwies durch die Deutsche Reichsbank weiterhin die Dividenden für Auslandskredite, d.h. für Investitionen aus dem Young-Plan, via BIZ an die ausländischen (feindlichen) Gläubiger, so auch zu Gunsten der Kontos Grossbritannien, Frankreich und USA, bis 1944/1945.<sup>144</sup>

Ist dies nicht merkwürdig? Die Antwort liegt darin, dass die Struktur der BIZ und die unter ihrem Dach unterzeichneten Verträge für alle Teilnehmerstaaten im Hinblick auf die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Nachkriegszeit von so grosser Wichtigkeit waren, dass selbst das Dritte Reich bereit war, wertvolle Devisen, die dringend für Rohmaterialkäufe benötigt wurden, praktisch nutzlos ins Ausland fliessen zu lassen. Auch der britische Chancellor of the Exchequer, Sir Kingsley Wood, teilte die Ansicht, dass die Struktur der internationalen Finanz nicht angetastet werden dürfe, und meinte in einer Rede vor dem House of Commons am 13. Oktober 1942 «the bank (BIZ) is so situated that no transaction has taken or can take place under the present arrangements which confer any economic or financial advantage on a belligerent nation to the detriment of another.» (*Die Bank ist so situiert, dass im Rahmen der gegenwärtigen Arrangements keine Transaktion stattfinden kann oderstattgefunden hat, die einer kriegführenden Nation irgend einen wirtschaftlichen oder finanziellen Vorteil zum Nachteil der anderen verschaffen würde.*«... Association with the Bank (BIZ) brings no economical or financial advantage to the enemy.» (... *Verbindung mit der Bank (BIZ) bringt keinen ökonomischen oder finanziellen Vorteil für den Feind*, Somit wurden die britischen Einlagen von schätzungsweise 2 bis 3 Mio. Pfund sowie die noch übrigen 3 Mio. Pfund an vorhandenem Aktienkapital nicht angetastet, und man ersparte sich durch eine Kündigung der Mitgliedschaft bei der BIZ auch den möglichen Verlust der Zinsen aus dem Young-Plan.<sup>147</sup> Was vor dem Parlament nicht zum Ausdruck kam, war das grosse Interesse (nicht nur) der britischen Regierung am Erhalt der bestehenden internationalen Struktur der BIZ im Hinblick auf die Bewältigung der Nach-

kriegszeit. Der politische und ideologische Sprengstoff dieses Themas war offensichtlich, denn es führte zu der Frage, ob heute ein Krieg gegen Deutschland geführt wird, um mit dem Feind morgen noch Handel treiben zu können.

In diesem Zusammenhang sei eine Betrachtung erlaubt über die zeitlose chamäleonartige Fähigkeit von Oppositionspolitikern, ihre eigenen Worte über Bord zu werfen, sobald sie sich selbst in einer exekutiven Position befinden. So kritisierte beispielsweise Churchill das Vorgehen von Montagu Norman, als dieser am 20. März 1939 im Rahmen der BIZ-Bestimmungen die Order der tschechischen Nationalbank befolgte und 23 Tonnen tschechisches Gold auf das Konto der Deutschen Reichsbank transferierte. Churchill warf sowohl der Bank of England wie dem Schatzamt und der Regierung vor, zur Verstärkung der deutschen Bewaffnung und einer Schädigung der nationalen Verteidigung Grossbritanniens beigetragen zu haben. Vier Jahre später werden unter seiner Regierung genau dieselben Vereinbarungen eingehalten.

Die BIZ entwickelte sich zu einem Zentrum der Appeasementpolitik, jener speziell von Chamberlain vertretenen Bewegung, die einen Ausgleich mit dem Dritten Reich suchte. Chamberlains Appeasementbemühungen bestanden zum Teil darin, eine Überwindung der Weltwirtschaftskrise durch Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den parlamentarischen, privat-kapitalistischen Demokratien Frankreichs, Englands, USA und den faschistischen staatskapitalistischen Diktaturen Deutschlands und Italiens zu erreichen. Im Rahmen dieser Bemühungen bot die Struktur der BIZ die einzigartige Möglichkeit, weiterhin regelmässige Kontakte zu den Achsenmächten aufrechtzuerhalten, selbst nachdem Deutschland und Italien aus dem Völkerbund ausgetreten waren. Diese Kontakte wurden inoffiziell von den Vertretern der Zentralbanken mittels der BIZ in Basel während des ganzen Zweiten Weltkrieges gepflegt. Ausserdem diente die BIZ als Vehikel zur Sicherung des privaten Eigentums und eines stabilen internationalen Geldwertes. (Auch heute noch existiert die BIZ als ‚Hausbank‘ der Zentralbanken. Neben dieser Funktion organisiert sie den informellen Meinungsaustausch zwischen den Notenbanken sowie zwischen den mit der Beaufsichtigung und Regulierung des Finanzsystems beauftragten Kreisen. Die BIZ entschloss sich jedoch im September 2000, alle von privaten Aktionären gehaltenen Anteile der Bank aufzukaufen mit der Begründung, «dass die Existenz privater Aktionäre mit vorrangig finanziellen Interessen in Konflikt mit dem Auftrag der Bank stehe, die Kooperation der Zentralbanken zu fördern und dadurch zur Stabilität des globalen Finanzsystems beizutragen».)<sup>148</sup>

Die BIZ konnte den Charakter einer supra-nationalen Einheit ohne moralische und ethische Einschränkungen entwickeln, weil souveräne Nationen ihr Rechte übertragen hatten, die sie ohne demokratische Kontrolle ausüben konnte, nur ihren eigenen juristischen, von den Gründern festgelegten Regeln verpflichtet. Deshalb konnte die Überweisung des Vermögens eines souveränen Staates an seinen Eroberer mit juristischen Klauseln legitimiert werden. Dass diese nicht *nur* massgebend waren, zeigt die Betrachtung der Interessenlage der britischen Regierung gegenüber Deutschland im Zusammenhang mit der Economic-Appeasement-Politik und der daraus resultierenden Haltung gegenüber dem Stillhalteabkommen von 1931 und gegenüber den Londoner Banken. Diese Art von organisatorischem Denken ist auch wieder in den britischen Überlegungen von 1944/45 und auf der deutschen Seite bereits 1940 zu finden, als sich beide Länder mit Planungen für die Zeit nach dem Krieg befassten. England und Deutschland benützten das internationale Finanzsystem und die Gesetze als Instrumente für die Zeit nach dem Krieg, wo beide Länder wünschten, sich in einer starken wirtschaftlichen Position zu befinden. Zu Beginn ihrer ehrgeizigen Pläne blieb aber den Technokraten aller Seiten noch verborgen, was sich erst im Rahmen des Zweiten Weltkrieges herauskristallisieren sollte, nämlich der Untergang beider Grossmächte mit ihren imperialistischen Vorstellungen von Kolonialismus auf der einen, militärischer Eroberung von Lebensraum und Beherrschung möglichst der ganzen Welt auf der anderen Seite. Stattdessen begannen die Länder nach Kriegsende sich an den amerikanischen aussenpolitischen Vorstellungen von Selbstbestimmungsrecht und offenen Märkten zu orientieren. Aber noch befinden wir uns bei den Entwicklungen der Vorkriegszeit ...

### **England überdenkt Osteuropapolitik**

Es sei hier erlaubt, einen kurzen Abstecher in den politischen Bereich zu machen: Chamberlain hatte gehofft, er könne die Nazis dazu bewegen, auf den Weg des wirtschaftlichen Liberalismus umzuschwenken. Offenbar wurde Chamberlain immer noch von der Vorstellung beherrscht, dass die Welt – und Hitler – zu kaufen seien. In der Neigung, die Welt nach seinen Vorstellungen zu ordnen, war Chamberlain nicht alleine. Neben ihm stand auch Sir Neville Henderson, der englische Botschafter in Berlin. Henderson war sehr empfänglich für die Lügenmärchen der Nazis und schätzte diese höher ein als die Wahrheit, die ihn über andere Kanäle erreichte. Von ihm stammte auch der Vorschlag, die britische

Presse solle «Hitler als Friedensapostel ausführlich porträtieren».<sup>149</sup> Während der eine Hitler die Flügel eines Friedensengels anpassen wollte, schwelgte der andere in Zweckoptimismus, nach dem Motto, ‚was nicht sein kann, das nicht sein darf. So schrieb Chamberlain noch am 19. Februar 1939 hoffnungsvoll an seine Schwester: «Alle Nachrichten, die ich erhalte, weisen in Richtung des Friedens ... Ich glaube, wir haben die Diktatoren schliesslich überwunden.»<sup>150</sup>

Bei der Besetzung von Prag am 15. März 1939 waren Chamberlain und sein Kabinett der Ansicht, dass Prag «had fallen undefended».<sup>151</sup> Chamberlain meinte: «Die Angelegenheit (gemeint ist die britische Garantie der tschechischen Grenzen von 1938) wurde von uns ohnehin nur als vorübergehend betrachtet und hat nun aufgehört zu existieren ... wir können uns nicht länger an diese Verpflichtung gebunden fühlen.» («*The condition of affairs*», said Chamberlain «was regarded by us as of being only of a transitory nature and has now ceased to exist, and ... cannot hold themselves any longer bound by this obligation.»)<sup>152</sup> Wie dem auch sei, die Besetzung von Prag besass immerhin insofern Signalwirkung, als «many members of Parliament, some of his own Cabinet, Foreign Office officials, even some time Halifax himself, favored sable-rattling threats»<sup>153</sup> (viele Parlamentsmitglieder, einige in seinem eigenen Kabinett, Foreign-Office-Beamte, sogar manchmal Halifax selbst, befürworteten säbelrasselnde Drohungen). Nach dem Fall von Prag verstärkte sich der Widerstand der Bevölkerung gegen die Nazigreuel, und Chamberlain sah sich gezwungen, Berlin gegenüber eine härtere Gangart einzuschlagen. Andernfalls hätte er riskiert, die Unterstützung seiner Partei und die Majorität im Parlament zu verlieren. Nicht ganz freiwillig deutete deshalb Chamberlain am 17. März bei einer Rede in Birmingham eine neue Politik an, indem er fragte: «Steht hinter diesem Vorgehen tatsächlich der Versuch, die Welt mit einer Gewaltherrschaft zu überziehen?»<sup>154</sup> Er meinte weiter, dass Appeasement nur *eine* Möglichkeit sei, die faschistische Aggression in Europa zu verhindern. (Andeutung, dass es auch eine militärische Lösung gäbe.) Chamberlains Rede vom 17. März widerspiegelt seine Haltung. Er spricht von britischer Freiheit und meint, er würde «sacrifice almost anything for peace save the liberty that we have enjoyed for hundred of years, and which we shall never surrender».<sup>155</sup>

Dass dem so war, hatte er bewiesen, indem er die Souveränität und Freiheit der Tschechoslowakei, ohne mit der Wimper zu zucken, zu Grunde gehen liess. (Übrigens, drei Tage nach dem Überfall auf Prag forderte Hitler, quasi in einem Aufwaschen, Litauen zur Rückgabe des Memelgebietes auf.) Ian Kershaw schildert Chamberlain als einen Premierminister, der eine politische Kehrtwendung

vollzieht. «Dem Mann auf der Strasse als auch der Regierung war klar: Hitler musste gestoppt werden.»<sup>156</sup> Parker hingegen vertritt die Ansicht, «the German occupation of Prague did not change Chamberlain's policy but it made it more difficult for him to put it into effect.»<sup>157</sup>

Am 31. März 1939 gab England eine Garantieerklärung für die Erhaltung der nationalen Souveränität Polens ab. Diese Beistandszusage Chamberlains gründete in erster Linie auf dem Bestreben der Briten, die politische Initiative in Europa nicht zu verlieren. Um zu vermeiden, dass England in einen wegen Grenzstreitigkeiten eskalierten Konflikt miteinbezogen würde, vermied er aber vorsichtshalber jeden Bezug auf den aktuellen Grenzverlauf Polens zu Deutschland.<sup>158</sup> Chamberlain gab die Beistandszusage, wohl wissend, dass ohne Teilnahme der Roten Armee bzw. einen Einmarsch sowjetischer Truppen auf das Gebiet Polens ein Abwehrkrieg seitens Englands unwirksam sein musste, da die geografische Entfernung eine sofortige und wirksame Reaktion Englands verunmöglichte. Polen jedoch hätte der Sowjetunion niemals die Erlaubnis erteilt, Truppen auf polnischen Boden zu schicken. Damit war die tatsächliche Umsetzbarkeit einer militärischen Unterstützung Englands im Falle eines deutschen Angriffes gegen Polen gleich Null, und wie sich herausstellte, war auch Hitler von der Gefahr eines englischen Beistandes nicht beeindruckt. Parker schreibt: «Chamberlain's continued struggle for peace involved combativeness at home as an essential part of curbing it abroad.»<sup>159</sup> Tatsächlich vermochte der Fall von Prag Chamberlains tiefsitzendes Vertrauen in die Effizienz seiner Appeasement-Bemühungen nicht zu erschüttern, denn er schreibt am 29. April 1939 voll Zuversicht an seine Schwester: «Je länger der Krieg vermieden wird, desto unwahrscheinlicher ist es, dass er überhaupt kommt ... Ich denke, es gibt unzweideutige Entspannung.»<sup>160</sup>

### Als wäre nichts geschehen ...

Die Zwangspause, welche London notgedrungen wegen des deutschen Einmarschs in die Tschechoslowakei verordnet hatte, währte nicht allzu lange. Die einzelnen Industriezweige traten rasch wieder in Verhandlungen ein, und auch die Diplomatie zierte sich nicht übermässig. Mit Wissen des wichtigsten wirtschaftlichen Beraters des englischen Premiers nahm am 10. Mai 1939 der konservative Unterhausabgeordnete Henry Drummond-Wolff seine Kontakte mit dem Leiter des Referates W VI im Auswärtigen Amt (zuständig für Grossbritannien, Dominien, britische Besitzungen äusser Kanada), wieder auf.<sup>161</sup> Alle

Verhandlungen mit Nazi-Deutschland wurden stets unterstützt oder gar durchgeführt von hochrangigen Mitarbeitern sowohl aus der nächsten Nähe des Premierministers als auch von Mitgliedern des Amtes für Übersee. Als Anfang September 1939 der Krieg ausbrach, waren zwischen Deutschland und England 133 Kartellvereinbarungen unterzeichnet worden, deren grösster Teil in den Zeitraum 1938 und 1939 fiel. Diese Erfolgsstory strahlte jedoch nicht fleckenlos, denn zumindest einige Vertreter der englischen Industrie äusserten die Ansicht, dass ihnen die bilateralen Verhandlungen mit Deutschland von der Regierung aufgezwungen worden seien, anstelle der Ausarbeitung von Alternativen, um den britischen Markt zu schützen. In der Folge wurden dann auch 30 von 50 neuen in Aussicht gestellten Vereinbarungen mit der deutschen Industrie innerhalb von zwei Wochen nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei wieder zurückgezogen.<sup>162</sup>

Englands Botschafter Henderson in Berlin hatte anlässlich eines Besuches in Karinhall am 27. Mai 1939 von Göring erfahren, «dass die Dinge nicht wie bisher weiterlaufen konnten und nur noch die Wahl zwischen einem gewaltigen Anstieg der Steuern oder Krieg bestand».<sup>163</sup> Keiner der beiden Männer war ein Anhänger der Alternative Krieg, und sowohl Henderson als auch Göring befürworteten deshalb am 30. Mai 1939 den Vorschlag einer Reise des Reichswirtschaftsministers Walther Funk nach London. Die Verbesserung der Beziehungen zu Grossbritannien, berichtet Henderson, sei für Funk und Göring von grösster Wichtigkeit «aus dem einfachen Grund, weil sie lebenswichtig für Deutschlands Prosperität und Wirtschaft sind, für die beide in erster Linie die Verantwortung tragen».<sup>164</sup> Obwohl man in England an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland nach wie vor interessiert war, sah sich das Auswärtige Amt gezwungen, Rücksicht auf die anti-deutsch eingestellte Öffentlichkeit zu nehmen, und äusserte sich deshalb hinsichtlich einer Einladung des Reichswirtschaftsministers nach London negativ.

Die geheimen Kontakte auf mittlerem diplomatischem Niveau liefen indessen ungehindert weiter. Am 6./7. Juni 1939 hielt sich Görings Ministerialdirektor und Staatsrat Helmut Wohlthat in der britischen Hauptstadt auf. Er sollte mit dem im Juli 1938 in Evian gegründeten ‚Intergovernmental Committee über eine internationale Anleihe zur Erleichterung der jüdischen Auswanderung verhandeln (allerdings konnte er sich dabei nicht auf ein echtes Interesse Hitlers an dieser Frage berufen). Aus diesem Besuch entwickelte sich dann im folgenden Monat die ‚Wohlthat-Mission‘.<sup>165</sup>



## Die Wohlthat-Mission

Helmuth Wohlthat verfügte in London über ausgezeichnete Beziehungen sowohl zu britischen Finanz- und Wirtschafts- als auch politischen Kreisen, die teilweise noch auf die Zeit vor 1933 zurückgingen. Zu seinem politischen Bekanntenkreis zählten besonders Sir Horace Wilson, Staatssekretär des britischen Schatzamtes und Chef des Staatsverwaltungsdienstes, der das besondere Vertrauen des Premierministers besass. Mit Wilson verband Wohlthat ein sehr freundschaftliches Verhältnis. Auch zu Ashton-Gwatkin, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Foreign Office, unterhielt er gute Beziehungen. Beide suchte er anlässlich seiner Besuche in London regelmässig auf. Gesprächsthemen bildeten naturgemäss die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation und insbesondere die deutsch-britischen Beziehungen.<sup>166</sup> Vom 17. bis 20. Juli 1939 hielt sich Wohlthat wieder einmal in London auf, wo er als Leiter der deutschen Delegation an einer Walfangkonferenz teilnahm. Wie bei früheren Besuchen bot sich auch dieses Mal Gelegenheit für Gespräche mit verschiedenen britischen Regierungsstellen, darunter Unterstaatssekretar Hudson, Leiter der Überseeabteilung im britischen Handelsministerium. Der wichtigste Gesprächspartner aber war Sir Horace Wilson. Wohlthat führte diese Gespräche aus eigener Initiative, hatte aber die Zustimmung des deutschen Botschafters in London eingeholt. Göring ist übrigens niemals soweit gegangen, Wohlthat in geheimer Mission nach London zu entsenden, um die englische Verständigungsbereitschaft zu testen.<sup>167</sup> Auch dieses Mal hatte ihn Wohlthat über die geplante Reise nach London und über seine Absicht, mit britischen Regierungsvertretern die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu besprechen, lediglich informiert. Göring gab Wohlthat freie Hand, bestand aber darauf, dass er seine Mission nicht als Vertreter der deutschen Regierung, sondern als Privatmann durchführte. Das Auswärtige Amt hatte von der Kontaktnahme keine Kenntnis, ebensowenig wie das Foreign Office. Auf britischer Seite scheint nur der Premierminister um die Gespräche gewusst zu haben.<sup>168</sup>

In den Gesprächen mit Wohlthat offerierten die Engländer unter der Voraussetzung einer Abkehr Hitlers von seiner gewaltsamen Expansionspolitik weitgehende Angebote wirtschaftlicher und finanzieller Natur wie z.B. weltweite Zusammenarbeit, denkbar unter Teilnahme der USA, Deutschlands und Englands.<sup>169</sup> Auch von der Anerkennung Ost- und Südosteuropas als «besondere wirtschaftliche Interessensphäre des Grossdeutschen Reiches» war die Rede.<sup>170</sup>

Abschaffung von Clearingverträgen, Devisenbeschränkungen und Importquoten, finanzielle Hilfe bei der Umstellung der deutschen Industrie auf Friedenswirtschaft standen ebenfalls auf der Liste.<sup>171</sup> Das Ganze war ein an Größenwahn grenzender Plan zur Aufteilung der Weltmärkte zwischen England, Deutschland und den USA. In einem Aufwaschen schlug Hudson auch gleich noch die gemeinsame Förderung von Märkten innerhalb von Afrika, China und der Sowjetunion durch die Schwerindustrie der drei kapitalistischen Staaten vor. Aber Wilson betonte in aller Bescheidenheit, «Britain was only interested in keeping her share of European trade».<sup>172</sup> Es ist jedoch wichtig darauf hinzuweisen, dass die britische Regierung nicht nur aus kritiklosen Anhängern der Appeasementbestrebungen bestand, wie auch ein Gespräch am 7. Juni zwischen Wohlthat und Ashton-Gwatkin zeigt. Wohlthat hatte bei diesem Treffen in Erfahrung bringen wollen, ob seitens der Handelspolitiker im Foreign Office Widerstand gegen eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und England bestünde. Ashton-Gwatkin, eigentlich ein überzeugter Befürworter der Appeasementpolitik, konnte sich inzwischen jedoch gewisser Zweifel an der Tragfähigkeit einer britisch-deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht mehr erwehren. Nach seiner Auffassung hatte das Nazi-Regime die Grenzen der Vernunft überschritten, und er warnte Wohlthat, dass England bei einem deutschen Angriff auf Polen zu seinen eingegangenen Verpflichtungen stehen würde. Grundsätzlich begrüßte Ashton-Gwatkin aber nach wie vor eine weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit, hielt es jedoch für unumgänglich, zuerst eine Regelung der politischen Fragen zu erreichen, bevor man sich dem wirtschaftlichen Sektor zuwende. Die beste Möglichkeit, dies schnell zu erreichen, sei ein klares Signal Hitlers über seine Friedensabsichten, wobei es am überzeugendsten sei, wenn Hitler eine Umbildung seines Kabinetts vornähme und einige Männer aus seiner nächsten Umgebung entferne.<sup>173</sup> Wohlthats Gespräche endeten mit der Einigkeit beider Seiten, dass zuerst durch Verhandlungen die Grundlage für eine friedliche Atmosphäre geschaffen werden müsse, auf deren Basis dann allgemeine Abkommen geprüft werden könnten.<sup>174</sup> Wohlthat erstattete nach seiner Rückkehr seinem Vorgesetzten Göring ausführlich Bericht über den Inhalt der Gespräche.

Kaum aber hatte Wohlthat den britischen Boden verlassen, erhielt die Presse Informationen über die am 19. und 20. Juli 1939 in der britischen Hauptstadt zwischen Wohlthat und Hudson geführten Gespräche. Im internationalen Blätterwald brach ein Orkan los; phantastisch übertriebene Berichte überschlugen sich. Es folgten *sehr* peinliche diplomatische Anfragen aus Paris und ein ebenso peinvolles parlamentarisches Hearing im Unterhaus. Chamberlain be-

kam weiche Knie. Er erklärte am 24. Juli, Hudson habe nicht im Auftrag des Kabinetts gehandelt, sondern nur private Ansichten geäußert. Dies traf sicher zu für Hudson, aber nicht für Wilson, der Wohlthat gegenüber ausdrücklich betont hatte, Chamberlain sei über die Gespräche informiert und sogar bereit, Wohlthat zu einer persönlichen Unterredung zu empfangen. Im Hinblick auf seine inoffizielle Position konnte Wohlthat es allerdings nicht wagen, dieser freundlichen Einladung Folge zu leisten (übrigens hatte die Nachricht über die ohne sein Wissen zwischen Wohlthat und Wilson durchgeführten Gespräche bei dem an Selbstüberschätzung leidenden deutschen Aussenminister Ribbentrop einen Tobsuchtsanfall hervorgerufen). Die gezielten Indiskretionen, deren Herkunft niemals aufgeklärt wurde, hatten ihren Zweck erfüllt.<sup>175</sup> Am 3. August 1939 fand noch eine Unterredung zwischen Wilson und dem deutschen Botschafter Dirksen statt, in dessen Verlauf der Engländer das Wohlthat vorgeschlagene Verhandlungsprogramm auch Dirksen gegenüber bestätigte.<sup>176</sup>

### Chamberlains Darlehensangebot

Verschiedene Historiker verneinen die Bedeutung der Wohlthat-Mission. Darunter befindet sich auch Donald Cameron Watt, der meint, «the Wohlthat Mission has been subject to more misunderstanding than any other single question of the years before the war».<sup>177</sup> Ian Kershaw schreibt, «die britische Regierung hatte wenig übrig für Initiativen, die wichtige Konzessionen an Deutschland voraussetzten, sich auf unklare Vollmachten stützten und Hitlers Macht ebenso wie das zukünftige Angriffspotential Deutschlands unberührt liessen.»<sup>178</sup> Im Gegensatz dazu sieht Alistair Parker die Wohlthat-Mission als eine seriöse Entwicklung und meint, «the balance of evidence points to counter-revisionist interpretations».<sup>179</sup>

Es erschienen neue Gerüchte, die behaupteten, Chamberlain habe am 22. Juli 1939 den Deutschen ein Darlehen in Höhe von 1 Milliarde britischer Pfund angeboten.<sup>180</sup> (Dies entsprach einem Fünftel des englischen Bruttosozialproduktes von 1938, das rund 5 Milliarden Pfund betrug.)<sup>181</sup> Das Angebot wurde dem deutschen Aussenminister Ribbentrop im Auftrag Chamberlains von einem britischen Börsenmakler namens E. W. Tennant übermittelt.<sup>182</sup> Der glücklose Hudson wollte zur Klärung der Angelegenheit beitragen und gab dem *Daily Express* ein Interview, in dem er die Vorfälle aus seiner eigenen Sicht schilderte. Statt eine Beruhigung zu erreichen, steigerte sich der Aufruhr in der Presse nur

noch mehr. Am 23. Juli verneinte die *Sunday Times* offiziell, dass England an irgendwelche Konzessionspläne auch nur ‚denke‘, und am folgenden Tag dementierte Chamberlain die Existenz eines Darlehensangebotes.<sup>183</sup>

Im Jahr 1991 bezieht sich Scott Newton in einem Artikel<sup>184</sup> auf die Memoiren von Fritz Hesse, ehemals deutscher Presseattaché in London. In diesen Memoiren erinnert sich Hesse, wie Sir Horace Wilson über Chamberlains Bestreben nach einer «defensive alliance for a period of twenty-five years between the two countries, an agreement which delimited respective spheres of economic interest, and a *loan*» sprach.<sup>185</sup> Fünf Jahre später, 1996, ändert Scott Newton seine ursprüngliche Aussage, das Darlehensangebot sei tatsächlich erfolgt, und schreibt, dass Dirksens (ehemals deutscher Botschafter in London) und Chamberlains Versionen, die beide jegliches Darlehensangebot an Hitler verneinen, ihm nicht zur Verfügung gestanden hätten.<sup>186</sup> Diese Erklärung ist nicht ganz nachvollziehbar, denn schliesslich gibt Newton in seinem 1991 erschienen Artikel die Version Dirksens als Referenz an. Gemäss einer von Dirksen verfassten Notiz hatte er übrigens am 3. August 1939 Horace Wilson auf den Wahrheitsgehalt der in den Sonntagsblättern publizierten Gerüchte über eine von England an Deutschland zu gewährende Anleihe über 1 Milliarde Pfund Sterling für die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Friedenswirtschaft angesprochen. Horace Wilson bestätigte daraufhin, dass er und Hudson öfters erörtert hätten, wie die durch eine Rüstungsbeschränkung auftretenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgefangen werden könnten. Diese Frage sei aber jetzt ad acta gelegt worden.<sup>187</sup> – Im Hinblick auf die britische Finanzsituation und die Tatsache, dass England gegen Ende 1940, also 16 Monate nach Kriegseintritt, bereits bankrott war und Churchill die USA um Überlassung von Kriegsmaterial bitten musste, ist nicht auszuschliessen, dass tatsächlich ein grosszügiges Darlehensangebot erfolgte, um einen Krieg mit Deutschland zu vermeiden. Das Darlehen wäre für England immer noch erschwinglicher gewesen als ein Krieg.

Abgesehen von der Meinungsänderung im Zusammenhang mit dem britischen Darlehen an Nazi-Deutschland bleibt Newton jedoch bei seiner Ansicht, dass mit Chamberlains Einverständnis auf offiziellem Level mit den Deutschen ein Wirtschaftsprogramm diskutiert wurde, und kritisiert Donald Cameron Watts Verneinung der Wohlthat-Mission.<sup>188</sup> – Es ist nicht auszuschliessen, dass Wohlthat und Dirksen ihren Berichten einen Pro-detente-Unterton verabreichten und Wilsons Warnung herunterspielten, dass England nicht zögern würde, Deutschland anzugreifen, falls Polen militärisch bedroht würde. Aber die vorhandenen Unterlagen unterstützen die Auffassung, dass nicht Wohlthat die

Agenda für die Meetings aufsetzte. Diese Agenda war eine Kulmination aller Vorschläge, welche die britische Regierung je an Deutschland gemacht hatte, seit Chamberlain Premierminister geworden war. Es handelte sich dabei um Themen wie Zahlungsabkommen, Weltmarktaufteilung, Deutschlands Devisenmangel, koloniale Zugeständnisse usw. Die Vorschläge bildeten eine natürliche Folge vorausgegangener Aktionen wie das Stillhalteabkommen, das englisch-deutsche Zahlungsabkommen und die bei der Düsseldorfer Konferenz zwischen der FBI (Federation of British Industries) und der RI (Reichsgruppe Industrie) mit dem Rückhalt der britischen Regierung eingegangenen Wirtschaftsvereinbarungen.

Die Wohlthat-Episode zeigt, dass es nicht nur auf britischer, sondern auch auf deutscher Seite Kräfte gab, welche einer kriegerischen Entwicklung entgegenzuarbeiten versuchten. Der Verlauf der letzten Gespräche, speziell jener von Wohlthat, signalisierte jedoch einen Wandel im deutsch-britischen Verhältnis, das sich – wohl nicht zuletzt aufgrund der öffentlichen Opposition – merklich verhärtet und inzwischen so festgefahren hatte, dass keine der beiden Seiten neue Anknüpfungspunkte für eine Wiederaufnahme der Gespräche finden konnte.

### Ende der Gespräche

Die Gespräche – auf deutscher und englischer Seite – waren von einem wirtschaftlich interessierten Personenkreis angeregt worden in dem Bestreben, durch eine weltweite ökonomische Zusammenarbeit den Frieden und ihren Ländern wirtschaftliche Macht und Prosperität zu sichern. Auch Wohlthat gehörte zu dem Kreis dieser Deutschen, obwohl er wusste, dass wirtschaftliche Überlegungen in den Plänen des Führers eine sehr geringe Rolle spielten'. In diesem Sinne hatte er sich auch in London geäußert. In einer fast naiven Überschätzung des Einflusses von Göring und Funk hoffte er jedoch, dass es diesen gelingen könnte, Hitlers Zustimmung für eine wirtschaftliche Lösung zu erhalten, um die Spannungen zwischen den beiden Ländern abzubauen. Trotz ihrer eher friedliebenden Ambitionen waren Göring und Funk nur willfährige Vasallen Hitlers, die sich niemals seinem Willen entgegengestellt hätten. Hitlers Wille aber war, Europa auf militärischem Weg zu erobern. Jeden Versuch, ihn von diesem Ziel mit dem Köder wirtschaftlich-finanzieller Vorteile abzubringen, empfand er als Bestechung. Als getreues Sprachrohr ihres Herrn reagierte dann auch die deut-

sche Presse, die den britischen Plan als ein «wahnwitziges Manöver» bezeichnete, der dem britischen «Krämer-und Händlergeist» entsprungen sei, um Deutschland zu «kaufen».<sup>189</sup>

Obwohl Hitler nach Beginn seiner politischen Tätigkeit sich in Europa rasch zu einem bedrohlichen Faktor entwickelte, hatte es offenbar keiner der regierenden Herrschaften, weder in England noch in Frankreich, der Mühe wert gefunden, Hitlers ‚Mein Kampf und seine beinahe buchstabengetreu an dessen Inhalt ausgerichteten Aktionen einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Hitler nämlich hielt «das Gerede (von) der ‚wirtschaftsfriedlichen‘ Eroberung der Welt», für den «grössten Unsinn, der jemals zum leitenden Prinzip der Staatspolitik erhoben wurde».<sup>190</sup> Diese klare Absage an wirtschaftliche Lösungen, gepaart mit ein bisschen Menschenkenntnis, hätte die Politiker in London und Paris eigentlich veranlassen müssen, den Ambitionen des ‚Führers‘ entschiedener entgegenzutreten; *möglicherweise* wäre dadurch der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verhindert worden.

Die Hauptthemen der grosszügigen und weitreichenden Vorschläge aus London nach Berlin im Sommer 1939 waren

- Anerkennung von Ost- und Südosteuropa als besondere wirtschaftliche Interessensphäre des Grossdeutschen Reiches.
- Im Austausch dafür behält Grossbritannien entscheidenden Einfluss im Commonwealth und Empire.
- Ablehnung von Gewalt als ein Mittel, um territorialen Streit zu lösen.<sup>191</sup>

### Nochmals ein Versuch ...

Nach dem Eklat der Wohlthat-Mission verfolgte Chamberlain «other and discreeter channels by which contact can be maintained».<sup>192</sup> C. Roden Buxton war ein Mitglied der National Labour Party und deutschfreundlich eingestellt. So meinte er am 1. August 1939, man müsse den Polen klarmachen, dass sie nicht Richter über das Schicksal des britischen Empire sein könnten, und drängte darauf, dass man Osteuropa als Deutschlands natürlichen Lebensraum anerkenne – genau das, was Hitler von England wollte.<sup>193</sup> Kurz vor Ausbruch des Krieges reiste C. R. Buxton nach Deutschland. Er traf zwischen dem 8. und 21. August mit führenden Nationalsozialisten zusammen, darunter auch mit dem ‚Stellvertreter des Führers‘ Rudolf Hess. Im Namen Chamberlains machte Buxton den Nazis den Vorschlag, eine endgültige Vereinbarung zur Eliminierung aller aus

dem Versailler Vertrag entstandenen Beschwerden zu treffen. Die Vereinbarung sollte die Anerkennung der deutschen Hegemonie in Zentral- und Osteuropa, Rückgabe der Kolonien und Verteilung afrikanischer Territorien unter dem System einer internationalen Zusammenarbeit beinhalten.<sup>194</sup> Die von Buxton an die Nazis übermittelten Vorschläge waren von Chamberlain autorisiert<sup>195</sup> mit Zustimmung von Wilson, Halifax und dessen Stellvertreter R.A. Butler. Die englischen Vereinbarungswünsche bildeten zwischen August und Dezember 1939 Inhalt von Gesprächen zwischen britischen Industriellen und Hermann Göring.<sup>196</sup> Ungeachtet des deutschen Überfalls auf Polen. Man bemühte sich damit auf britischer – und vielleicht auch auf deutscher – Seite in letzter Minute, ein Mittel für einen Frieden zu finden. Diese Initiative war ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Hitler spielte nicht mit.

## Economie Appeasement – zum Scheitern verurteilt

Der eigentliche Grund für das Scheitern der Economic-appeasement-Politik lag in Chamberlains uneinsichtiger Fehleinschätzung von Hitlers Charakter. Nach einem Treffen 1938 in Berchtesgaden schrieb Chamberlain, dass er es bei Hitler «mit einem Mann zu tun habe, auf dessen Wort man sich verlassen konnte». <sup>197</sup> Chamberlain wollte oder konnte nicht erkennen, dass Hitlers Versprechungen nur taktische Schachzüge waren, die jedem ernsthaften Aufbläckern von Widerstand zuvorkommen sollten. Der Historiker Robert J. Caputi meint, «the Prime Minister sincerely believed that he could deal with the gangsters from Berlin just as he would rivals interests in the Birmingham business community». <sup>198</sup> Hitler hatte kein Interesse an Handelspolitik und kolonialen Konzessionen. Sein Ziel war die Eroberung von Lebensraum im Osten. Chamberlain war gegenüber Hitlers Vorstellungen über eine Veränderung der Landesgrenzen in Europa nicht unsensibel, denn er stimmte Hitler zu, dass Deutschland durch den Versailler Vertrag ungerecht behandelt worden war. Der Historiker Anthony Adamthwaite schreibt, dass Chamberlain den Völkerverbund für unfähig hielt, den Frieden bewahren zu können, und er damit rechnete, dass die Völkervereinigung unmittelbar vor ihrer Auflösung stand. <sup>199</sup> Chamberlain glaubte, das Ziel einer friedlichen europäischen Ordnung könne nur erreicht werden, wenn Hitler jeder Grund für ein aggressives Verhalten entzogen würde. Der britische Premier hoffte, dies durch den Abschluss vorteilhafter wirtschaftlicher Abkommen zwischen England und Deutschland mit dem Endziel einer friedlichen europäischen Ordnung erreichen zu können. Den wirtschaftlichen Vereinbarungen sollten territoriale Anpassungen folgen, welche die Legitimität der Nazi-Aspirationen anerkannten, das deutschsprachige Volk zu vereinen. <sup>200</sup>

1938 akzeptierte England den Anschluss Österreichs. Hitler gelang es auch, die Engländer davon zu überzeugen, dass er jedes Recht habe, die Sudetendeutschen gleichfalls ‚heim ins Reich‘ zu holen. Um den eigenen Friedenswillen zu betonen, überreichten Chamberlain und Daladier daher Hitler eilfertig das sudetendeutsche Gebiet der Tschechoslowakei. Nur am Rande sei erwähnt, dass damit im Namen der ‚Appeasement Policy‘ de facto auch gleich der Rest der Tschechoslowakei gegenüber einem eventuellen deutschen Angriff jeder wir-



kungsvollen Abwehrmöglichkeit beraubt wurde, denn der grösste Teil der tschechoslowakischen Verteidigungsvorrichtungen befand sich auf sudetendeutschem Gebiet. Mit dem Geschenk des Sudetenlandes an Hitler wurde somit auch die Möglichkeit vergeben, in Osteuropa einem deutschen Angriff mit einer wirksamen militärischen Sicherheitspolitik entgegenzutreten zu können.<sup>201</sup>

### Englands Motive

Die grosszügigen wirtschaftlichen Zugeständnisse der britischen Regierung an Deutschland waren nur auf ein Ziel ausgerichtet, nämlich von Hitler eine prinzipielle Erklärung über den Verzicht von Aggression zu erhalten, «a joint Anglo-German declaration not to use aggression».<sup>202</sup> Auch die Bereitschaft, Hitlers Ansichten über Danzig zu akzeptieren, zog ihre Wurzeln aus demselben Motiv, wobei für die Engländer nur eine friedliche und gewaltfreie Revision in Betracht kam.<sup>203</sup> Die gleiche Haltung widerspiegelt sich auch in dem Schriftverkehr zwischen Hitler und Chamberlain, der dem deutschen Angriff auf Polen vorausging. In Erwartung eines Krieges erteilte am 24. August 1939 das Parlament Chamberlain die ‚Emergency Powers Act‘. Kraft dieser Vollmacht unterzeichnete Chamberlain am darauffolgenden Tag eine formelle anglo-polnische Militärallianz. Damit sollte eindeutig signalisiert werden, dass England im Falle eines deutschen Angriffes Polen auf keinen Fall preisgeben würde. – Vielleicht in einem Anflug von Menschlichkeit, oder Unsicherheit, ob die Engländer Polen wirklich beistehen würden; oder einer plötzlichen Angst vor den Folgen des grauenhaften Infernos, das zu entfesseln er im Begriff war; oder, was wahrscheinlicher ist, vielleicht auch nur wieder einmal als ein taktischer Schachzug, um zu beweisen, dass er ja alles versucht habe<sup>204</sup> – jedenfalls verschob Hitler seine ursprüngliche Absicht, Polen am 26. August anzugreifen, und richtete stattdessen am 25. August 1939 an den englischen Premier ein Schreiben, in dem er forderte, die Fragen des Danziger und polnischen Korridors unverzüglich zu lösen. Als Gegenleistung offerierte Hitler einen Nichtangriffspakt mit England und versprach die Aufrechterhaltung des britischen Empire. Er übertraf sich selbst und signalisierte sogar Bereitschaft, einen Abrüstungsvertrag zu unterzeichnen.<sup>205</sup> Nach Beratung mit seinen Ministern schlug Chamberlain in seinem Antwortschreiben am 28. August vor, direkte deutsch-polnische Gespräche abzuhalten, um die bestehenden Probleme friedlich zu lösen, setzte jedoch hinzu, man würde aber nicht einer Verein-

barung zustimmen, welche die Unabhängigkeit eines Staates gefährde, dem man eine Sicherheitsgarantie gegeben habe («not to acquiesce in a settlement which put in jeopardy the independence of the state to whom they had given their guarantee»).206 Hitler forderte in seinem Antwortschreiben, dass ein polnischer Vertreter, ausgestattet mit allen diplomatischen Vollmachten, bis zum 30. August in Berlin eintreffen solle. Die polnische Regierung lehnte ab. Am 30. August riet Chamberlain der polnischen Regierung, Hitler um Übermittlung der Konditionen für einen Ausgleich anzufragen. Am 1. September erfolgte der deutsche Angriff auf Polen.<sup>207</sup>

Warum zeigte sich Britannien gegenüber Hitlers Forderungen derart willfährig? Gesamthaft betrachtet war die Appeasementpolitik gegenüber Deutschland nicht einfach nur eine Reaktion auf die Erpressung der Nazis. Bedeutende englische Interessen waren im Spiel. Ende der 30er Jahre befand sich die englische Wirtschaft in einer schweren Krise. Sie war strukturell und teilweise auch technologisch recht veraltet. Obwohl in manchen Industriezweigen wie Elektro-, Motor- und Chemieindustrie Wachstum herrschte, waren die traditionellen Wirtschaftszweige Kohle, Stahl, Baumwolle und Schiffbauindustrie von Arbeitslosigkeit und Wettbewerbsunfähigkeit gezeichnet. Nicht umsonst gab es im britischen Empire den Spruch ‚Poverty in the Midst of Plenty‘.<sup>208</sup>

Tatsächlich fanden sich im Falle Englands überhaupt keine ökonomischen Fakten, die einen Krieg gegen Hitlerdeutschland auch nur halbwegs tragbar gemacht hätten. Die Wirtschaft des Landes hatte sich Ende der dreissiger Jahre von den Folgen des Ersten Weltkrieges immer noch nicht erholt, und eine zweite Kriegsanstrengung in so kurzer Folge musste die bisherigen Schäden noch verdoppeln. Die englische Regierung war sich darüber im klaren, dass man im Falle eines Krieges nicht mehr in der Lage sein würde, die für das Land notwendigen Nahrungsmittel und Rohmaterialimporte wie bisher durch Exporte oder die Bereitstellung von Dienstleistungen zu bezahlen, weil Industrie und Dienstleistungsgewerbe für Kriegszwecke eingesetzt werden müssten. Importrechnungen (*current trade balance*) würden steigen (*would run a deficit*), und es war vorauszusehen, dass die Importe nach etwa einem Jahr konzentrierter Kriegsanstrengungen aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht mehr finanziert werden könnten. Auch die in früheren Jahren mögliche Option, bei derartigen Krisen in den USA Anleihen aufzunehmen, war für England jetzt nicht nur einfach, sondern gar doppelt verschlossen. Die im Jahr 1937 festgelegte amerikanische Neutralitätsgesetzgebung untersagte nämlich den Export von Kriegsgeräten an kriegführende Länder, und auch der Export anderer Materialien aus den USA

konnte dort nicht mehr durch Anleihen oder Kredite finanziert werden. Hinzu kam noch, dass die aus dem Jahr 1934 stammende Johnson Act es jeder Regierung, die mit der Rückzahlung ihrer Schuld in den USA in Verzug geraten war – wozu auch Grossbritannien zählte –, verbot, in Amerika nochmals ein Darlehen aufzunehmen.<sup>209</sup> Damit nicht genug. Das Problem einer militärischen Aufrüstung wurde noch zusätzlich durch die bereits oben erwähnte Frage erschwert, wie die Importrechnungen zu bezahlen seien, da zwischen 25% und 30% der Aufrüstung durch Importe gedeckt werden mussten. Ausserdem beinhaltete der Problemerkatalog noch den Lösungsbedarf für die Frage der Wirtschaftsführung.<sup>210</sup> Die britische Regierung wünschte den Erhalt der Marktwirtschaft, aber die rapide Aufrüstung und die Notwendigkeit der Entwicklung einer staatlichen Wirtschaftslenkung, genannt ‚managed economy‘, begann die Rivalität der wirtschaftlichen Philosophien von Dirigismus mit marxistischer bzw. faschistischer Färbung vs. freier Marktwirtschaft nach den Prinzipien des *daissez faire*‘ und den dahinter stehenden Interessengruppen herauszufordern. – Aus britischer Sicht ein trauriger Strauss von Gründen, sich mit allen Mitteln – oder mit denen, die man dafür hielt – für den Frieden einzusetzen.

Die englische Regierung Neville Chamberlain fasste deshalb den ehrgeizigen Plan, wirtschaftsschädigende internationale Spannungen ein für allemal durch ein umfassendes Abkommen zwischen England und Deutschland zu entschärfen und damit das Fundament für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der führenden europäischen kapitalistischen Mächte zu legen. Die potentielle Belohnung für einen erfolgreichen Abschluss der «economic ; appeasement policy» war für Britannien so wichtig, dass gewisse Politiker den Vorrang der Verfolgung dieser Politik weit über die Invasion der Tschechoslowakei stellten. Stabilität würde Vertrauen schenken, Welthandel und Investitionen expandieren. Die daraus resultierende Prosperität würde das politische Überleben von Chamberlains Partei in den spätestens 1940 stattfindenden Parlamentswahlen sichern und den liberalen kapitalistischen status quo zu Hause und in Übersee bewahren. Man wäre auch von dem leidigen Zwang befreit, mit den Vereinigten Staaten ‚compromising economic agreements‘ eingehen zu müssen. Hinzu kam, dass Chamberlain gegenüber der Sowjetunion eine ausserordentliche Abneigung hegte. Die Konsolidierung deutscher Macht in Zentral- und Osteuropa würde automatisch ein starkes Gegengewicht gegenüber Russland bilden, und dies war – last but not least – eine äusserst erfreuliche Begleiterscheinung einer wirtschaftlichen Allianz mit Deutschland. Damit sind die primären Interessen des britischen Premiers genannt. Sie wurden bis in den Krieg hinein verfolgt, unbe-

eindrückt davon, dass die Integrität oder Souveränität anderer Länder missachtet wurde. Dem in Deutschland herrschenden Naziterror und den täglich stattfindenden Menschenrechtsverletzungen begegnete Chamberlain und seine Crew mit Ignoranz. Ebenso wenig scheinen ihn die Wortbrüche Hitlers beeindruckt zu haben (Hitler war schliesslich ein Mann, auf dessen Wort man sich verlassen konnte).

Die Gründe für das beispiellose Entgegenkommen Chamberlains gegenüber Hitler sind nur schwer nachvollziehbar. Eines der wesentlichsten Motive für Chamberlains Ausharren lag sicher in seinem Wunsch begründet, unter (fast) allen Umständen einen Krieg zu vermeiden. In diesen Bemühungen stand Chamberlain unter den westlichen Staaten nicht alleine, aber die falsche Einschätzung von Hitlers Gefährlichkeit und der Konsequenzen der deutschen Hegemonie in Mitteleuropa trug dazu bei – zusammen mit der Neutralitätspolitik der USA –, die Welt in den Zweiten Weltkrieg zu führen. Chamberlains Versuch des ‚economic appeasement‘ war zum Scheitern verurteilt, nicht nur, weil Hitler ohnehin nicht gewillt war, in dieses Boot einzusteigen, sondern auch auf Grund der mangelhaft entwickelten militärischen, politischen, ökonomischen und diplomatischen Kanäle mit anderen demokratischen Staaten. Dieses fehlende Kommunikationsnetz machte es unmöglich, gemeinsam ein von allen Teilnehmern unterstütztes Konzept zu erarbeiten. Das Versagen in der Beurteilung von Hitlers Person und seiner Ziele, die Benutzung bilateraler Abkommen anstelle einer Stärkung der internationalen Sicherheitssysteme und endlich die Preisgabe des strategischen Gleichgewichts bereiteten den Boden, auf dem Hitlers furchtbare Saat aufgehen konnte.

## **2 Handel mit dem Feind 1939-1941**

## „Trading with the Enemy Act“ und Kartelle

Am 3. September 1939, zwei Tage nach dem deutschen Überfall auf Polen, erklärten die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs dem Deutschen Reich den Krieg. Am 5. September 1939 wurde die Beachtung der „Trading with the Enemy Act“ verordnet. „Trading with the Enemy“ untersagte sämtliche Beziehungen zum Feind, die geeignet waren, dessen Widerstandskraft zu verstärken. Englischen Unternehmen war somit verboten, Güter an den Feind zu liefern oder Güter vom Feind zu empfangen. Diese Verordnung musste auch von den neutralen Ländern Europas befolgt werden.<sup>211</sup> Die britische Regierung erlaubte Ausnahmen in der Befolgung der verordneten Regel nur dann, wenn es sich um kriegswirtschaftliche Vorteile handelte; ansonsten verschafften die Alliierten der Beachtung von „Trading with the Enemy“ mit eiserner Hand Nachdruck.

### Ausnahme von der Regel

Bei genauerem Hinsehen entdeckte man in der Makellosigkeit der „Trading with the Enemy Act“ allerdings gewisse dunkle Stellen, denn auch nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland blieben die zwischen den beiden Ländern bestehenden Kartellarrangements unangetastet. So wurden die Vereinbarungen der Vorkriegszeit wie z.B. zwischen Imperial Chemical Industries (ICI) und I.G. Farben nicht angerührt, gleichgültig, ob es sich dabei um den Austausch von Patenten im Bereich Sprengstoffherstellung, die Preisgestaltung für die Herstellung und Verteilung von Gütern oder gar die Aufteilung der Weltmärkte handelte. Der Kartellhandel mit Alkali und den amerikanischen Alkaliherstellern (Alkasso) ist ein weiteres Beispiel. (In beiden Fällen erhob das amerikanische Justizdepartement im Jahr 1944 Anklage.)<sup>212</sup> Bei Ausbruch des Krieges tolerierte die britische Regierung den Widerspruch zu der Verordnung der „Trading with the Enemy Act“ auch im Zusammenhang mit den Kartellarrangements des International-Rolling-Stock-Kartells, dem International-Lamp-Kartell (Phoebus) und dem internationalen Telekommunikationskartell. Bei dem ersten dieser drei Kartelle (International Rolling Stock) war der modus operandi so, dass

eine Anlaufstelle des Kartells in den Niederlanden (die Hauptsitze der Kartelle befanden sich mehrheitlich in neutralen europäischen Ländern) über die Nachfrage für die Herstellung von ‚rolling stock‘ (Eisenbahnwagen, Lokomotiven, Autos usw.) informiert wurde. Delegierte der jeweiligen industriellen Kartellorganisation vergaben die Ausschreibung an eine ihrer Mitgliedsfirmen. Die anderen Kartellmitglieder verzichteten entweder ganz auf die Abgabe eines Angebotes oder forderten so überhöhte Preise, dass sie mit Sicherheit nicht berücksichtigt würden. Die leer ausgegangenen Kartellmitglieder wurden entschädigt, indem der erfolgreiche Anbieter 2,5% des Vertragswertes in den Kartelltopf einzuzahlen hatte.<sup>213</sup>

Das International-Lamp-Kartell managte den Austausch von Lizenzen (cross licensing) von Patenten, und auf Länderebene die Aufteilung der Märkte.<sup>214</sup> In der Telekommunikation existierte ebenfalls ein Kartell: Cable and Wireless, Radio Corporation of America, Telefunken, Compagnie Générale de Télégraphie und Italcable waren alle Mitglieder desselben Telekommunikationskartells. Die Kollaboration dieser Firmen zum gegenseitigen Nutzen erfolgte nicht nur in ihren heimischen Märkten bei der Herstellung von Radios, der Produktion von Telefonnetzwerken und im Bereich des telegrafischen Verkehrs. Man versuchte auch, den Wettbewerb in Ländern wie Brasilien, Argentinien und Chile auszuschalten, indem ein Konsortium mit dem Namen ‚Transradio‘, in Brasilien auch bekannt als ‚Radiobras‘, gegründet wurde, dessen Management für Kommunikation grosse Teile Lateinamerikas kontrollierte. Das neu gegründete Konsortium war eine Fassade. Es besass keine Unabhängigkeit, denn die Mitglieder des Verwaltungsrates, welche für die Kontrolle der Finanzen zuständig waren, wurden nach wie vor von den deutschen und britischen Mutterhäusern nominiert. Transradio führte während der Kriegszeit gleichzeitig Übermittlungen der Deutschen und der Briten durch.<sup>215</sup> Der Fluss von Informationen mit den kriegführenden Parteien, welcher über die Radio- und Telegrafestationen des Konsortiums lief, versetzte Deutschland in die Lage, die Route der alliierten Schiffe ausfindig zu machen und diese zu versenken – und vice versa. Die Frage war, «who got more in the intelligence trade-offs».<sup>216</sup>

### **Schutz der deutsch-britischen Kartelle**

Im Januar 1940 bewilligte das ‚Trading with the Enemy Department die Fortsetzung der britischen Beteiligung am Transradio-Konsortium. Das Gleiche traf zu auf das International-Rolling-Stock-Kartell, wo eine Koalition des Board of

Trade, des Department of Overseas Trade und der Rolling Stock Manufacturers Association die Beibehaltung der Teilnehmerschaft gegen die Proteste des Foreign Office durchsetzte.<sup>217</sup> Als die Deutschen im Mai 1940 in den Niederlanden einmarschierten, wurde das International-Rolling-Stock-Kartell aufgehoben. Die britische Beteiligung an Transradio blieb aufrechterhalten.<sup>218</sup>

Die Interessen des Board of Trade waren stets darauf fixiert, Stabilität in den Weltmärkten zu erhalten. Die Politik der Toleranz gegenüber den Kartellen beruhte auf zwei Grundsätzen:

1. Einerseits wollte man den Deutschen im Rahmen der Tarnungsmissionen nach wie vor wirtschaftliche Kooperationsbereitschaft signalisieren, wobei offenbar eine Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland nicht ausgeschlossen wurde.
2. Zum anderen sollten die bestehenden Kartellverbindungen nach Beendigung des Krieges als Mechanismen für wirtschaftliche Stabilität und Ordnung dienen; damit sollte ein wirtschaftliches Chaos wie nach dem Ersten Weltkrieg möglichst vermieden werden.

Die britische Regierung und Teile der englischen Industrie wünschten keine Wiederholung des totalen Krieges gegen Deutschland wie zwischen 1914 und 1918. Man suchte nach Kompromissen, die es England, Deutschland und möglichst auch den USA erlaubten, die weltweiten Strukturen des ‚corporate capitalism‘ und der internationalen Finanz, die sich zwischen den Kriegsjahren entwickelt hatten, beizubehalten, und damit auch die Aufteilung der Weltmärkte in Interessensphären.

Seit dem 18. Oktober 1939 lag dem Board of Trade ein Antrag der International General Electric Company New York Ltd. vor, die eine 100%ige Tochter der International General Electric Corporation Inc. USA war. Es ging dabei um das International-Lamp-Kartell. Der Antrag enthielt den Vorschlag, zwei Verbände unter einem Dach zu bilden. Mit dieser raffinierten Konstruktion wollten die Antragsteller innerhalb des Kartells einen direkten Kontakt zwischen den Alliierten und Deutschland umgehen.<sup>219</sup> Ein Verband sollte nur aus den USA, Deutschland und den europäischen neutralen Ländern bestehen, der andere nur aus den USA, den Alliierten und den neutralen Ländern. Die ursprüngliche Regelung, den zur Verfügung stehenden Markt in fixe Marktanteile bzw. Verkaufquoten für jedes Mitgliedsland aufzuteilen, wurde durch die neue Struktur nicht tangiert. Wenn ein Teilnehmer seine Quote in einem definierten Exportland überstieg, war er verpflichtet, eine Kompensation an andere Mitglieder zu leisten, die dadurch ihre Quoten nicht erreichen konnten. Dies bedeutete, dass



Deutschland für entgangene Geschäfte eine finanzielle Entschädigung zahlbar in Gold erhielt.<sup>220</sup> Bei der ganzen Angelegenheit wurde mit verdeckten Karten gespielt.

Am 2. Januar 1940 erhielt Mr. Willis vom Board of Trade den Besuch der Herren Railing und Fletscher von der Londoner Niederlassung der International General Electric Company New York Limited. Die beiden Gentlemen nannten als Grund für die Antragstellung, dass man mit dieser Variante unter Anwendung der Kartellregeln dem Feind Deutschland kriegswirtschaftlichen Schaden zufügen könne. Als Beispiel wurden die neutralen Länder Skandinaviens genannt, wo die britische Industrie durch eine aggressive Exportstrategie ihr Exportkontingent an Lampenlieferungen weit überziehen könne, wodurch sich der deutsche Marktanteil beträchtlich verringern würde. Zwar kamen die Herren von der General Electric Company nicht um die Bestätigung herum, dass gemäss den bestehenden Kartellregeln auch in diesem Falle das britische Kartellmitglied an deutsche Kartellmitglieder für die Überschreitung der vereinbarten Quoten eine finanzielle Strafe in Form von Gold zu entrichten hatte. Aber die beiden Herren meinten beruhigend, diese Entschädigung falle bei weitem nicht so hoch aus wie der Gewinn, den die deutsche Industrie im Normalfall gehabt hätte, und ausserdem würden die Präsenzverluste Deutschlands im skandinavischen Wirtschaftsraum damit ebenfalls nicht aufgewogen. Diese Argumentation sollte das Board of Trade überzeugen, dass die gewünschte Regelung eine vorteilhafte kriegswirtschaftliche Massnahme und im Interesse der englischen Exportwirtschaft war. In Wirklichkeit wollten die Kartellmitglieder einen Zusammenbruch ihrer Organisation verhindern. Mit der künstlichen Trennung von den deutschen Herstellern konnte sicher eine gewisse Schädigung des ‚Feindes Deutschland‘ erreicht werden, aber, und dies war weitaus wichtiger, durch stillschweigendes Übereinkommen aller Beteiligten blieben die deutschen Firmen nach wie vor im Besitz ihres Anteils an den neutralen Märkten, den sie vor Ausbruch der Feindseligkeiten schon besessen hatten.<sup>221</sup>

Am 2. Mai 1940 genehmigte das Board of Trade den Antrag der International General Electric von New York und setzte sich mit der Annahme des Vorschlags, ein Kartell, zwei Verbände, in direkten Widerspruch zu der von Winston Churchill im Mai 1940 bei seinem Amtsantritt erklärten Absicht, einen totalen Krieg gegen Hitlerdeutschland zu führen. Im Laufe des Jahres 1940 erfolgte kein Rückzug des Board of Trade; es blieb bei seiner Entscheidung. Die Aushandlung der Kartellvereinbarungen mit den beiden Verbänden für das neue ‚Phoebus‘-Kartell wurde vorangetrieben, und am 21. Januar 1941 schreibt Direktor James Fletcher von General Electric Company Ltd. An Captain Oliver

Lyttleton, President of the Board of Trade, «we ask you to let us know whether you have any objections to our making this Agreement „...»<sup>222</sup> Worauf am 7. Februar 1941 dessen privater Sekretär J.A. Knott antwortete: «he sees no reason to ask you to withdraw your signature from the New General Agreement.»<sup>223</sup> Hiermit wurde das alte Agreement offiziell durch das neue ersetzt, operativ war es aber bereits seit Juli 1939 in Kraft. Der zweite Verband bestand nun aus neun britischen Konzernen zusammen mit Philips (Philips war eine niederländische Firma, die sich in Curaçao hatte registrieren lassen, wodurch sie immer noch einen quasi ‚neutralen‘ Status besass, obwohl die Niederlande inzwischen von den Deutschen besetzt worden waren) und einer amerikanischen Gruppe, General Electric. Philips fungierte als Manager der Gruppe, and alle Zahlungen und Bussen erfolgten in ‚Phoebus Dollars‘, welche einen fixen Goldwert besaßen. Übrigens sollte die so leichtfertig und in Widerspruch zu Churchills Anordnung erteilte Genehmigung dem Board of Trade noch beträchtliche Kopfschmerzen verursachen, als 1943 die Kompensationszahlungen an Philips als Manager des Phoebus-Kartells in Curaçao fällig wurden.

Das Board of Trade wand sich wie ein Wurm an der Angel und meinte, es habe die Genehmigung unter dem Aspekt der ‚Trading with the Enemy Act‘ erteilt, das Treasury sei eigentlich für die Auszahlung des Goldes verantwortlich. Das Treasury jedoch liess jede Kooperation vermissen und verweigerte die Kompensationszahlung unter Berufung auf Artikel 24 des General Agreements, «that no party shall be required to do anything contrary to any Government Regulations in any country. This presumably means in particular that if we refuse to allow one of the parties to pay to Curaçao, or to acknowledge any debt under the agreement to Curaçao, there is no breach of the agreement ...»<sup>224</sup> – Die Zeiten hatten sich geändert! Eher durch eine zufällige Fügung der Umstände als durch ehrliche Absicht wurde nun die britische Bürokratie zur Akzeptanz der politischen Realitäten und der Einsicht gezwungen, dass die begünstigte Rolle der Kartelle ein Ende gefunden hatte. Keine Geldtransfers mehr an den Feind oder sonstige Kartellmitglieder.

## Raison d’être

Im Rahmen der ‚Economic Detento, besser bekannt als ‚Economic Appeasement‘, existierten quasi ausserwirtschaftliche Organisationen, genannt Kartelle, welche die Grösse eines mittleren Unternehmens erreichten. Als ‚orderly marketing tool‘ sollten wirtschaftlich zusammenarbeitende Firmengruppen welt-

weit den Wettbewerb kontrollieren, Preisgefüge und Produktionsmengen regulieren. Zusätzlich fungierte die weltweite Verflechtung der Kartelle aber auch als Netzwerk für internationale Verständigung. Ihre Kanäle dienten nicht nur der Weiterleitung wirtschaftlich relevanter Daten, sondern wurden auch zur Übermittlung von Nachrichten und Friedensvorschlägen eingesetzt wie im Falle des International-Lamp-Kartells oder des internationalen elektrischen Kartells, deren Beziehungsgeflecht für direkte Kontakte mit der deutschen Regierung genutzt wurde. Beispielsweise diskutierten in den ersten vier Monaten des Krieges Sir Robert Renwick und Charles Spencer die Bedingungen für einen Kompromissfrieden mit Birger Dahlerus, einem schwedischen Emissär Görings. Die drei Herrschaften waren zusammengebracht worden durch die elektrische Industrie und gemeinsame Interessen: Dahlerus hatte die Position eines Managing Director der Elektrolux in England, Spencer, gleichzeitig Direktor von AEI, war Chairman von Swan Edison Cables, und Renwick besetzte den Stuhl des Direktors einer elektrischen Versorgungskette, die sich quer über Südengland von Bournemouth bis Folkestone ausdehnte. Obwohl das Foreign Office die Netzwerkarbeit von Spencer, Renwick und Dahlerus ursprünglich eher skeptisch beurteilt hatte, stieg aber Ende Dezember 1939 doch das Interesse, als sich abzeichnete, dass der Schwede Dahlerus vielleicht eine nützliche Kontakt- bzw. Vermittlerrolle im Krieg gegen Deutschland übernehmen könnte. Diese halb offizielle Industriediplomatie war auch bei der Roosevelt-Administration registriert worden, denn sie informierte im November 1939 Chamberlain über ähnliche Friedenshandel-Aktivitäten eines beträchtlichen Anteils englischer Geschäftsleute, darunter auch Lord Inverforth, Chairman von Cable and Wireless, die zu 10% dem britischen Staat gehörte.<sup>225</sup>

### **Behandlung der neutralen Länder**

Statt nach dem deutschen Angriff auf Polen umgehend eine militärische Offensive durchzuführen – wozu sie sich in dem Beistandsabkommen mit Polen verpflichtet hatten –, starteten England und Frankreich erst einmal einen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland. Alle diplomatischen Mittel wurden darauf ausgerichtet, die aktive Unterstützung der neutralen Länder Europas und insbesondere der Vereinigten Staaten zu gewinnen. Der Wirtschaftsboykott galt nicht für die Kartelle. Dort liefen die Seilschaften (und Gewinne) der jeweiligen Industriezweige innerhalb der bestehenden Kartelle zwischen England, Deutsch-

land und den neutralen Ländern als ‚external economic environment? ungehindert weiter. Das übrige immense Handelsvolumen der neutralen Länder Europas mit Deutschland war von diesen Sonderregelungen natürlich ausgeschlossen.

Zu Kriegsbeginn haben Frankreich und England eine gemeinsame kriegswirtschaftliche Front gebildet und die neutralen Länder eingeladen, mit ihren Schiffen freiwillig die Häfen der Alliierten anzulaufen und sich dort der Konterbandekontrolle zu unterziehen. Offenbar wurde der freundlichen Einladung nicht in dem erwarteten Ausmass Folge geleistet, so dass man nach dem Motto ‚und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt) dazu überging, die neutralen Schiffe aufzubringen und sie zu zwingen, Häfen Frankreichs oder Englands anzulaufen, um sie dort zu kontrollieren.

Das zu Beginn der Konterbandekontrollen praktizierte Verfahren verursachte durch den oft lange währenden Aufenthalt in den Häfen eine Verknappung neutralen Kargo-Schiffsraumes. Dies lag nicht im Interesse Englands, für das die Ausnützung neutraler Tonnagen hohe Priorität besass. Ausserdem beanspruchte der Geleitschutz für die neutralen Schiffe zu den Kontrollhäfen die britische Kriegsmarine erheblich und setzte sie zudem der Gefahr aus, von der deutschen Kriegsmarine angegriffen zu werden, die ebenfalls in den Gebieten der Kontrollhäfen patrouillierte. England suchte deshalb nach einer weniger aufwendigen Alternative, um die Konterbandekontrolle in dem gewünschten Umfang aufrechterhalten zu können.<sup>226</sup> Als Resultat intensiven Nachdenkens griff Grossbritannien dann ab 1. Dezember 1939 auf das bereits im Ersten Weltkrieg benützte *Navicertsystem* zurück. Die neutralen Im- und Exporteure durften sich schon im Ausgangshafen der Seekontrolle unterziehen und erhielten mit den von den Blockadebehörden erhaltenen Geleitspässen eine gewisse Sicherheit, ihre Schiffsladungen unbehindert in den Zielhafen zu bringen. Der Anwendungsbereich der Navicerts erstreckte sich am Anfang auf den neutralen Seeverkehr von Übersee nach Norwegen, Schweden, Dänemark, Italien, Belgien und den Niederlanden und wurde im Januar 1940 auf alle anderen europäischen Neutralen ausgedehnt.<sup>227</sup>

Trotz dieser Massnahmen konnten die Alliierten den Handel mit Deutschland nicht völlig kontrollieren. In einem nächsten Schritt forderte man daher die neutralen Länder Europas auf, sich indirekt an dem Kampf gegen Hitlerdeutschland zu beteiligen, indem sie ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland mindestens reduzieren und auf gewissen Gebieten ganz unterbrechen sollten. Dass dieser Forderung genügend Nachdruck verliehen wurde, dafür sorgten die von den Alliierten ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Stabilität und unter Missachtung der Souveränität der neutralen Staaten exerzierten Blockade- und Kontroll-

massnahmen. Durch die Beschlagnahmung ihrer Güter und den nahezu stagnierenden Handelsverkehr wirtschaftlich bedroht, blieb den neutralen Ländern nur übrig, folgsam mit den Alliierten in Blockadeverhandlungen einzutreten und zu versuchen, unter Ausnutzung bestimmter alliierter Interessenlagen in den Verhandlungen möglichst viele und weitgehende Handelserleichterungen zu erreichen. Während Grossbritanniens Kartelle unbehindert ihr (business as usual' fortsetzten, waren die neutralen Länder Europas gezwungen, nach Mitteln Ausschau zu halten, die sie im Kampf um ihre Rechte der Souveränität und des Überlebens wirksam einsetzen konnten.

Als die Kartelle mit Genehmigung (oder Duldung) ihrer jeweiligen Regierungen gegründet wurden, geschah dies in der Absicht, weltweit den Wettbewerb zu kontrollieren, Preisstabilität zu erreichen und die Produktionskapazität der Nachfrage anpassen zu können, damit teure Überkapazitäten vermieden werden konnten. Wie später noch am Beispiel der Farbstoffindustrie gezeigt wird, bildete dann die Blockadepolitik mit ihren Kontrollmechanismen und dem bis ins Detail geregelten Wirtschaftsverkehr ein weiteres Instrument, insbesondere der Engländer, zur Bekämpfung und Kontrolle des internationalen Wettbewerbes.

Wie wirkte sich die kompromisslose Durchsetzung der 'Trading with the Enemy'-Verordnung auf die europäischen neutralen Länder aus? Stellvertretend für die *Neutralen* Europas (u.a. Belgien, die Niederlande, Schweden, Spanien) wird im folgenden Kapitel am Beispiel der Schweizer Blockadeverhandlungen ein tiefgehender Einblick in den scheinbar endlosen Kampf um das wirtschaftliche Überleben und das zähe, nervenaufreibende und unerbittliche Tauziehen um Produkte, Lieferquoten und Märkte gegeben.

# Blockadeverhandlungen

## Vorgeplänkel ...

**D**ie wirtschaftlich starke Abhängigkeit der Schweiz versetzte England in die angenehme Lage, durch Gewährung gewisser Konzessionen (z.B. vermehrter Import von Rohmaterialien wie Kohle), nicht nur die Lieferung des in der Schweiz bestellten Kriegsmaterials, sondern zusätzlich noch eine Finanzierung für neue Kriegsmaterialbestellungen aushandeln zu können. Die Franzosen hingegen verfügten über kein derartiges Druckmittel. Ihnen blieb nur die Möglichkeit, der Schweiz im Rahmen der Blockadeverhandlungen die Bedingung zu stellen, mit dem Abschluss eines Blockadeabkommens gleichzeitig eine Übereinkunft über die Lieferung von Waffen zu treffen.<sup>228</sup>

Die Schweiz war naturgemäss an einer Konzentrierung der Behandlung der Blockadefragen interessiert. Ein Vorstoss, die britisch-französisch-schweizerischen Verhandlungen gesamthaft in London durchzuführen, hatte jedoch keine positive Aufnahme gefunden. Die Engländer machten den Eidgenossen unmissverständlich klar, dass man die Blockadefragen getrennt von den Handelsbeziehungen zu erörtern gedachte. England sei erst nach dem Abschluss eines War Trade Agreement zwischen der Schweiz und Frankreich bereit, ebenfalls ein derartiges Abkommen mit der Schweiz zu unterzeichnen.<sup>229</sup> Dabei behalte man sich vor, das zwischen der Schweiz und Frankreich ausgehandelte Vertragswerk einer genauen Prüfung zu unterziehen und eventuell unbefriedigende Punkte zu klären, bevor man sich den in Paris getroffenen Vereinbarungen anschliesse.<sup>230</sup> Inzwischen wolle man sich auf die Erörterung der Handelsbeziehungen konzentrieren.

## Beginn der Verhandlungen

In London wurden die Verhandlungen über die gegenseitigen Handelsbeziehungen am 7. November 1939 eröffnet, in Paris begannen die Blockadeverhandlungen über die wirtschaftlichen Boykottmassnahmen der Alliierten am 14. November.

Mit Hilfe des Blockadeabkommens versuchten die Alliierten durchzusetzen, dass bestimmte Güter überhaupt nicht oder höchstens in kontingentierter Menge nach Deutschland gelangten. Ausserdem bestand die Absicht, die als Folge der Blockademassnahmen entstehende Umstrukturierung der Wirtschaft der neutralen Staaten zu Gunsten der alliierten Bedürfnisse einzusetzen. Im Falle der Schweiz beispielsweise sollte die wegen der Ausfuhrbeschränkungen freierwerdende Produktionskapazität der schweizerischen Industrie für kriegswirtschaftliche Aufträge der Alliierten benützt werden.

Die Schweiz konnte die aus den Blockademassnahmen resultierende wirtschaftliche Strangulierung nur lindern, wenn es ihr gelang, mit Paris ein französisch-schweizerisches Handelsabkommen auszuhandeln.<sup>231</sup> Dies war jedoch leichter gesagt als getan. Es war nicht möglich, die schweizerisch-französischen Blockadeverhandlungen völlig von den Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu trennen, und so entwickelten nicht nur das Handelsministerium, sondern auch andere französische Ministerien ein ausserordentlich lebhaftes Interesse für den Verlauf der Verhandlungen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Blockadegespräche als Folge des komplizierten französischen Dienstweges ins Stocken gerieten. Auch bei England erhob sich bei der Erörterung der Handelsfragen, trotz wohlwollender Einstellung Londons, ebenfalls die stets und allgegenwärtig lauernde Bürokratie und drohte, die schweizerische Initiative in ihrem Labyrinth verschwinden zu lassen. Sowohl in London als auch Paris mit einem fast unüberwindlichen und zeitraubenden Bürokratismus konfrontiert (Zeit war genau das, was die Schweiz nicht hatte), griffen die erfinderischen Schweizer zu einer aussergewöhnlichen Massnahme. Man schlug vor, die Verhandlungen von Bern nach Paris zu verlegen, um den aufwendigen Bürokratismus zu reduzieren<sup>232</sup> und die Verhandlungen in Form von Sondermissionen voranzutreiben. In London sollten diese von Minister H. Sulzer, Industrieller,<sup>233</sup> und Professor P. Keller, Delegierter für Handelsverträge, und in Paris durch den Gesandten Minister Walter Stucki geführt werden. Im Zusammenhang mit der Kriegsmaterialherstellung wurde schweizerischerseits übrigens sehr bedauert, dass man England gegenüber nicht über ähnliche Repressalien verfügte wie bei Frankreich.<sup>234</sup>

## „Substanz“ der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen

Die Blockadegespräche zwischen Frankreich und der Schweiz begannen am 14. November 1939. Englands Handelsattache in Paris, S. Irving, nahm als Beobachter an den Gesprächen teil. Als Basis für die Gespräche diente der bereits von den Franzosen redigierte schweizerische Entwurf, den der französische Handelsattache Jean-Ferdinand Juge am 31. Oktober 1939 den Schweizern wieder übergeben hatte.

Bei dem ersten Zusammentreffen der Alliierten mit der schweizerischen Delegation entsprach das allgemeine Gefühlsklima der Temperatur eines Kühlhauses. Auf alliierter Seite zeigte man sich über das zwischen der Schweiz und Deutschland am 24. Oktober 1939 abgeschlossene Handelsabkommen höchst verstimmt, während das schweizerische Lager einen tiefen Groll wegen des durch die Blockademassnahmen entstandenen wirtschaftlichen Drucks hegte.<sup>235</sup>

Zum Auftakt gaben die Schweizer eine Schilderung über die allgemeine Natur der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen: Die alliierten Käufe von schweizerischen Produkten waren nach Ausbruch des Krieges stark zurückgegangen. Zur Sicherung des Rohstoffbedarfs des Landes sei man gezwungen gewesen, den Verrechnungsverkehr mit Deutschland aufrechtzuerhalten. Dieser gestalte sich so, dass 50% des Wertes der deutschen Exporte nach der Schweiz aus Nebenkosten des Warenverkehrs wie Kommissionen, Provisionen und dergleichen bestehe. Die verbleibenden 50% des Einfuhrwertes könnten von Deutschland wiederum für den Kauf schweizerischer Güter verwendet werden. Unter diesem Arrangement erhalte die Schweiz deutsche Kohle, Eisen und Stahl und beliebere ihrerseits Deutschland mit veredelten Rohstoffen als Kompensationsware. Die Schweizer legten dabei besonderen Wert auf die Tatsache, dass Deutschland für an die Schweiz gelieferte Rohmaterialien nicht freie Devisen erhielt, sondern mit der Veredelung eines Teils des Materials entschädigt wurde. Die Rohstoffbilanz stehe zwei zu eins zu Gunsten der Schweiz, weil aus der Schweiz nur 50% des von Deutschland erhaltenen Rohmaterials in veredelter Form wieder nach Deutschland zurückgelangen. Zur Untermauerung ihrer Aussagen verwiesen sie noch auf ein im Jahr 1935 erlassenes Gesetz, welches nicht-schweizerische Güter vom Verrechnungsverkehr mit Deutschland ausschloss, woraus sich automatisch der Zwang für einen Veredelungsprozess ergab, bevor Güter dieser Art in den Verrechnungsverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland integriert werden konnten.<sup>236</sup> Mit dieser langatmigen Einführung in das tiefere Wesen der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbezie-



lungen versuchten die Schweizer den Argwohn der Alliierten auszuräumen, die von ihnen in die Schweiz gelieferten Güter könnten in unveredeltem Zustand nach Deutschland gelangen. Während der gesamten Ausführungen über die Komplexität der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen berief sich die Schweizer Delegation seltsamerweise nicht auf die Neutralität ihres Landes. Auf wirtschaftlichem Gebiet hatte die Schweiz nämlich keine andere Neutralitätsverpflichtung, als im Falle eines Landkrieges gleiches Mass anzuwenden. Dies bedeutete, für alle Kriegführenden die Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen und Ausrüstungsgegenständen für Heer und Flotte zu gestatten. Besondere Handelsverträge mit den einzelnen Staaten blieben dieser Regelung vorbehalten.<sup>237</sup>

Die Franzosen zeigten sich von der schweizerischen Darstellung und speziell von dem angeblich aus dem Handel mit der Schweiz resultierenden Rohmaterialverlust Deutschlands nicht besonders beeindruckt.<sup>238</sup> Sie bestanden auf der Beschlagnahme schweizerischer Waren und begründeten diese Entscheidung mit der angeblichen Befürchtung, die Anhäufung von Waren in der Schweiz könne eine zusätzliche Verlockung für einen deutschen Angriff bilden. Die ‚Gefahr‘ eines deutschen Angriffs auf die Schweiz im Oktober/November 1939 bezog sich auf die einige Tage zuvor von H.L. Setchell, Handelssekretär bei der britischen Gesandtschaft in Bern, erhaltenen Information über deutsche Truppenkonzentrationen in Süddeutschland und im Schwarzwald. Im Falle eines Angriffes seien Frankreich und England allerdings bereit, die zurückgehaltenen Waren unverzüglich an die Schweiz freizugeben (wobei im Dunkeln blieb, wie dieser Transfer bei einem deutschen Angriff bewerkstelligt werden könnte und wer wohl schliesslich der Nutzniesser wäre). Sollte jedoch ein deutscher Angriff auf die Schweiz unterbleiben, würden die zurückgehaltenen Waren weiterhin exterritorialen ‚Schutz‘ geniessen, wie dies auch bereits mit Belgien vereinbart worden sei.<sup>239</sup>

Trotz französischer Arroganz gab die schweizerische Delegation so schnell nicht auf. Am nächsten Tag, dem 15. November 1939, verwahrte sie sich nochmals ausdrücklich gegen die Unterstellung, ein Umschlagplatz für Deutschland zu sein, machte aber gleichzeitig deutlich, dass es für die Schweiz lebensnotwendig war, weiterhin die Herstellung und Lieferung von Produkten an ihre Hauptlieferanten, wozu auch Deutschland gehörte, aufrechterhalten zu können. Die Schweizer versicherten, alle aus Frankreich, Grossbritannien oder Übersee kommenden und unter die Konterbandekontrolle fallenden Güter in keine anderen Länder als in das Herkunftsland oder an andere neutrale Staaten zu exportieren. Nur Waren, die in der Schweiz einem grundsätzlichen Umwandlungsprozess unterworfen würden, seien von dieser Regelung ausgenommen.

Zum besseren Verständnis wurde nochmals erklärt, dass ein Minimum von 50% des Verkaufspreises der Waren den Umwandlungsprozess reflektiere.<sup>240</sup> Aber auch diese detaillierte Erläuterung konnte dem französischen Vorstellungsvermögen die Natur eines derartigen Veredelungsprozesses nicht näher bringen. Die Schweizer Truppe wurde aufgefordert, für das nächste Meeting die aus ihrer Sicht für eine Rationierung in Frage kommenden Güter listenmässig zu erfassen und weitere Vorschläge für die Erstellung eines Blockadeabkommens auszuarbeiten.<sup>241</sup>

Die Schweizer arbeiteten prompt. Schon am Morgen des 16. Novembers lagen ihre Vorschläge auf dem Tisch. Der Einsatz schweizerischer Präzision hat allerdings nicht viel gebracht. In dem anschliessenden dritten Treffen zwischen den Alliierten und der Schweiz lehnten die Franzosen den grössten Teil der schweizerischen Vorschläge rundweg ab. Aus diplomatischen Gründen bestand der französische Handelsminister H. Alphand jedoch auf der Abfassung eines neuen Blockadeentwurfes, in den zumindest gewisse Teile des schweizerischen Katalogs integriert werden sollten.<sup>242</sup> Der neue Entwurf war am 20. November fertiggestellt. Einzelne Punkte sollen etwas näher beleuchtet werden:

– Den schweizerischen Vorschlag in dem Entwurf vom 16. November 1939, alle von Frankreich, Grossbritannien oder Übersee *importierten* Waren ausschliesslich in der Schweiz zu behalten oder bei einer Wiederausfuhr die betreffenden Güter einem Veränderungsprozess zu unterwerfen, hatten die Franzosen in dem neuen Entwurf vom 20. November abgeändert. Er war als zu vage betrachtet worden, weil das Hauptaugenmerk nur auf die *Herkunft* der Güter gerichtet war. Wichtig aber war, dass die Güter aus den genannten Ländern *stammten*. Mit dieser Forderung wollte man verhindern, dass deutsche Waren über Drittländer in die Schweiz geliefert werden konnten, was der deutschen Handelsbilanz zugute gekommen wäre.<sup>243</sup> Der neue Blockadeentwurf sprach deshalb nicht mehr von Waren mit Herkunft Frankreich, Grossbritannien usw., sondern von aufgelisteten Gütern, die für die Landesverteidigung oder Ernährung der schweizerischen Bevölkerung notwendig waren. Diese Güter durften niemals in unverändertem Zustand aus der Schweiz ausgeführt werden.<sup>244</sup> – Zu diesem Punkt konnten die Eidgenossen durchsetzen, dass Landwirtschaftsprodukte der Schweiz in unverändertem Zustand exportiert werden konnten. Von der Regelung ausgenommen waren rohe Felle, Häute und Eisenerz sowie Abfälle aller Art.<sup>245</sup>

- In ihrem Entwurf hatte die Schweiz sich bereit erklärt, veredelte Produkte an Deutschland nur im Rahmen des *courant normalen* liefern. In der neuen Version erweiterte Frankreich diese Massnahme auch auf gewisse neutrale Staaten wie die Niederlande, Dänemark, Italien, Russland, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien. Den Grund für diese Entscheidung sieht der Historiker D.C. Watt darin, dass «the closer those policy makers came to embracing the concepts of economic warfare, total war and ideological conflict, the more their perception of neutrality came to be influenced by the geopolitical, strategic, economic and ideological relations between each neutral state and the enemy coalition.»<sup>246</sup> (*Je mehr die politischen Entscheidungsträger sich mit den Konzepten wirtschaftliche Kriegsführung, totaler Krieg und ideologischer Konflikt befreundeten, desto mehr wurde ihre Auffassung von Neutralität beeinflusst durch die geopolitischen, strategischen, wirtschaftlichen und ideologischen Beziehungen zwischen jedem neutralen Staat und der feindlichen Koalition.*) – Die Antwort der schweizerischen Seite war ein Proteststurm gegen die Einteilung neutraler Staaten in ‚gute und schlechte Neutrale‘ und die weitere Begrenzung (*courant normal*) des schweizerischen Exports.<sup>247</sup> Zumindest dieses Mal war der schweizerische Aufstand von partiellem Erfolg gekrönt. Alphonse zeigte sich bereit, auf die Differenzierung neutraler Staaten zu verzichten, machte aber zur Bedingung, dass diese entweder Frankreich oder der Schweiz zu garantieren hätten, die von der Schweiz bezogenen Produkte nicht wieder auszuführen.<sup>248</sup> Doch die Schweizer erklärten, sie seien nicht bereit, diese Garantien von den betreffenden neutralen Staaten einzuholen, das sei Sache der Alliierten. – Auch hier wollte Frankreich mit der Forderung nach Abgabe von Garantien über Nichtwiederausfuhr verhindern, dass über den schweizerischen Export französische oder britische Produkte über Drittländer nach Deutschland gelangen konnten.<sup>249</sup>
- Der ursprüngliche Vorschlag der Schweiz hatte gelautet, im Rahmen des *traffic de perfectionnement* mit allen Ländern (exklusiv Rohstofflieferanten und Neutrale) Spezialvereinbarungen über die Reduzierung gewisser Güter zu treffen.<sup>250</sup> Frankreich hatte diesen Vorschlag nicht nur für gut befunden, sondern ihn auch noch gleich auf die *schlechten* Neutralen ausgedehnt. (Zu diesem Punkt nahm die schweizerische Delegation erst am 23. Dezember Stellung.) – Die Franzosen gedachten mit dieser Änderung gleich zwei Ziele zu erreichen. Einmal kalkulierten sie, dass die in Befolgung dieser Forderung freiwerdende schweizerische Produktionskapazität von den Schweizern zur Herstellung von französischem Kriegsmaterial eingesetzt würde. Zweitens

gingen sie davon aus, dass die französischen Kriegsmaterialbestellungen die schweizerische Produktionskapazität so auslasten würden, dass für die Produktion von Bestellungen anderer Rohstoffländer wie Deutschland oder der ‚schlechten‘ Neutralen praktisch keine Chance bestand.<sup>251</sup>

- Gestützt auf den im Blockadevorschlag vom 31. Oktober enthaltenen *trafic de perfectionnement* durfte die Schweiz Veredelungen für kriegführende Länder vornehmen.<sup>252</sup> In Erweiterung dieses Begriffes hatten die Schweizer nun ursprünglich vorgeschlagen, andere Länder, beispielsweise Deutschland, sollten auch Veredelungen für die Schweiz durchführen können, und verliehen dieser Variante des *trafic de perfectionnement* den Zusatz *passif*.<sup>253</sup> Frankreich hatte diesen Passus gestrichen, um Deutschland keine Möglichkeit einzuräumen, als Entschädigung für die Veredelungsarbeit einen Prozentsatz des erhaltenen Rohmaterials für den eigenen Bedarf zu behalten. Im nachhinein schienen die Franzosen die Richtigkeit ihrer Entscheidung doch bezweifelt zu haben und konsultierten die Meinung der Engländer.<sup>254</sup> H.L. Setchell meinte dazu, der *trafic de perfectionnement passif* sei zumindest in einem Punkt nützlich, und der sei, dass Deutschland bisher für die Schweiz Kupferrohre veredelt habe, die für die Ausführung der englischen Kriegsmaterialbestellungen grosse Wichtigkeit besässen.<sup>255</sup> England erklärte sich mit der Beibehaltung des *trafic de 'perfectionnement passif'* einverstanden unter der Bedingung, dass Deutschland keine Rohstoffe, sondern nur bereits halbfertige Produkte zur Veredelung erhielt.<sup>256</sup>

In ihren Vorschlägen vom 16. November wünschte die Schweiz, dass a) die Alliierten den Transport schweizerischer Güter in keiner Weise behinderten und b) das schweizerische Überwachungsverfahren für Einfuhr und Ausfuhr anerkannten. Die Überwachung der aus Frankreich, Grossbritannien oder Übersee importierten Waren sollte so gehandhabt werden, dass die Güter unter gleichzeitiger Angabe des schweizerischen Importeurs an die Zentralstelle für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr bei dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartment in Bern als dem einzig autorisierten Empfänger adressiert würden.<sup>257</sup> Diese Zentralstelle überwachte die kriegswirtschaftlichen Syndikate, die man gemäss Bundesratsbeschluss vom 22. September 1939 in Branchenorganisationen zusammengefasst hatte. Ihre Aufgabe bestand darin, die benötigten Materialien vom Ausland zu beschaffen und an die einzelnen schweizerischen Firmen weiterzugeben.<sup>258</sup> Gewisse Syndikate belieferten auch Firmen, die auf den englischen und französischen schwarzen Listen (statutory lists) standen, wie

zum Beispiel die Waffenfabrik Solothurn. Zu den Syndikaten gehörte auch die (feindliche) Ruhr-Saar-Kohle AG. Deren Hauptsitz befand sich in Deutschland, die ihre Tochter in der Schweiz mit Kohle belieferte.<sup>259</sup>

Dies alles war nun wieder überhaupt nicht im Sinne der Franzosen. Sie bestanden darauf, dass nur die von den Alliierten anerkannten Syndikate Waren von England oder Frankreich erhalten durften.<sup>260</sup> Ein ähnliches Problem ergab sich auch mit dem rechtlichen Status der schweizerischen Handelskammern, die von privater Seite organisiert wurden und damit einen privaten Charakter besaßen, aber mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben betraut waren.<sup>261</sup> Hier wiederum legte der englische Beobachter sein Veto ein. Laut Mitteilung vom 11. November 1939 wurde die Qualifikation der Handelskammern zur Beglaubigung von Ursprungserklärungen von der englischen Regierung nicht anerkannt. Die schweizerische Delegation wehrte sich gegen die Ablehnung der Syndikate und Handelskammern mit dem Argument, diese Institutionen seien von der schweizerischen Regierung als vertrauenswürdig anerkannt.<sup>262</sup> Diese Aussage war für die Franzosen irrelevant. Sie bestanden weiterhin auf dem Recht der Kontrolle des Inhalts und der Benutzung der für die Schweiz bestimmten Sendungen.<sup>263</sup> Frankreich beharrte auch auf der monatlichen Einsichtnahme in die schweizerischen Im- und Exportstatistiken für alle europäischen Bestimmungsorte,<sup>264</sup> obwohl man sich seitens der Schweiz heftig gegen die Einsichtnahme gewehrt und beteuert hatte, die monatlichen Veröffentlichungen würden alle benötigten Informationen enthalten.<sup>265</sup>

Die Schweiz wurde aufgefordert, die französische Botschaft in Bern auf Anfrage über den genauen Handelsweg der von Frankreich importierten oder als Transitware gekommenen Güter zu informieren, wie auch über den Verlauf des Bahnverkehrs in der Schweiz Auskunft zu geben.<sup>266</sup> – Grund für diese französische Forderung war der Wunsch, Einsicht in den Warenaustausch zwischen der Schweiz und primär Deutschland zu erhalten und den Alliierten eine Kontrolle zu ermöglichen, ob die gelieferten Waren eventuell an Firmen auf der schwarzen Liste weitergeleitet wurden.

### *Abbruch der Verhandlungen*

Bereits im November hatte sich als Folge der Blockadepolitik die wirtschaftliche Situation der Schweiz verschlechtert. Noch vor ihrer eigentlichen Stellungnahme zu dem neuen Blockadeentwurf hatten deshalb am 21. November 1939 die Schweizer quasi als Notmassnahme den Franzosen ein provisorisches Reglement für die Freigabe der noch immer durch die Blockademassnahmen zu-

rückgehaltenen Güter vorgelegt. Dieses Provisorium sollte nur bis zum Inkrafttreten der vorgesehenen Kontrollen des Blockadeabkommens Gültigkeit besitzen. Die Schweiz wollte darin ihren Importeuren die Unterzeichnung der von den Alliierten geforderten *Undertakings* erlauben und die Verantwortung für die Einhaltung der Deklarationen selbst übernehmen. In Fällen, wo die verlangten Deklarationen nicht ausgestellt werden konnten, sollte die Regierung die betreffenden Güter in Empfang nehmen und nur mit dem Einverständnis der Franzosen weiterleiten.<sup>267</sup>

Frankreich aber blieb stur und lehnte das Provisorium ab mit der Begründung, es sei überflüssig, da man ohnehin mit einem raschen Abschluss der Verhandlungen rechne.<sup>268</sup> Dies war nun der berühmte Tropfen, der das helvetische Gemüt zum Überlaufen brachte. Am 23. November bestanden die Schweizer klipp und klar auf ihrem Recht, den Handel mit allen Neutralen ohne fremde Einmischung nach ihrem eigenen Gutdünken durchzuführen.<sup>269</sup> Damit torpedierten sie die bisherigen Bemühungen Frankreichs, die Schweiz dazu zu bringen, gewisse neutrale Länder nur in *courants normaux* zu beliefern. Jetzt klappete die französische Seite das Visier ebenfalls herunter. Kurz angebunden forderte man die unbotmässigen Eidgenossen auf, die strittigen Punkte nochmals mit ihrer Regierung in Bern abzuklären, worauf die schweizerische Delegation Paris verliess.<sup>270</sup>

### *Wiederaufnahme der Gespräche*

In Paris bemühte sich unterdessen Minister Stucki, die Wogen zu glätten. Am 5. Dezember 1939 waren alle Teilnehmer soweit besänftigt, dass die Gespräche wieder fortgesetzt werden konnten. Die schweizerische Delegation hatte sich in der Zwischenzeit zu Hause Rückenstärkung geholt und beharrte weiterhin wohlgenut auf ihrem Einwand gegen eine Unterscheidung zwischen *guten* und *schlechten* Neutralen. Gleichzeitig forderte sie England und Frankreich noch auf, in der Schweiz in grösserem Umfang Waren zu kaufen, worauf Alphand maliziös entgegenhielt, dass die Bestellungen Frankreichs ja schon im Monat Oktober 1939 eine Höhe von 921 Millionen Franken erreicht hätten.<sup>271</sup> Zum Pech der Schweizer waren offenbar auch die Franzosen in der Zwangspause nicht untätig geblieben. Bezugnehmend auf den von helvetischer Seite so rigoros beanstandeten Unterscheidungszwang zwischen *guten* und *schlechten* Neutralen zitierte Alphand nun genüsslich Artikel 4 des am 22. September von Frankreich und der Schweiz unterzeichneten provisorischen Abkommens:<sup>272</sup>

«La Suisse s'engage à veiller à ce que les produits manufacturés avec des marchandises importées de France ne soient exportées sans limitation que dans les pays expéditeurs de ces marchandises ou dans les pays qui auront été désignés d'un commun accord.»<sup>273</sup>

No way out! Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens hatte die Schweiz sich tatsächlich verpflichtet, die von Frankreich importierten Produkte nach einem in der Schweiz durchgeführten Verarbeitungsprozess nur in *courants normaux* zu exportieren. Von der Regelung ausgenommen waren die Versandländer und Länder, die dem Blockadeabkommen beigetreten waren. Das implizierte auch eine unterschiedliche Behandlung von Neutralen.<sup>274</sup>

Nun stellt sich natürlich die Frage, von welchen Überlegungen die Schweizer bei der Unterzeichnung des provisorischen Vertrages kurz nach Ausbruch des Krieges wohl ausgegangen sein mochten. Als Frankreich und die Schweiz im September 1939 das Provisorium unterzeichnet hatten, befanden sich die Blockademassnahmen im Anfangsstadium ihrer Entwicklung. Die Schweiz war in der Lage, mit anderen Ländern Handel zu treiben und deren Waren über Italien und Belgien zu beziehen. Durch diese vielseitigen Handelsbeziehungen konnte die Schweiz davon ausgehen, Länder, die laut Vertrag französische Produkte nur im Rahmen des *courant normal* erhalten durften, zusätzlich mit gleichartigen Gütern anderer Herkunft beliefern zu können. Ganz anders bot sich die Situation Anfang Dezember 1939. Die schnell zunehmende Durchschlagskraft der Blockademassnahmen verursachte bei den über Italien und Belgien transportierten Waren grosse zeitliche Verzögerungen und erhöhte die Verletzlichkeit der Schweiz gegenüber der alliierten Blockadetaktik. Nun musste sie darum kämpfen, sich wenigstens die Märkte der neutralen Länder unbeeinflusst offenhalten zu können, um einen wirtschaftlichen Ausgleich zu erhalten.<sup>275</sup>

### *Die ‚accords spéciaux‘*

Am 5. Dezember schlug die Schweizer Delegation vor, die *accords spéciaux* (spezielle Vereinbarungen mit den Unternehmen) ohne Beteiligung der schweizerischen Regierung durchzuführen. Frankreich lehnte den Vorschlag glatt ab und bestand bei den *accords spéciaux* auf einer Garantieabgabe seitens der schweizerischen Regierung.<sup>276</sup> Der Wunsch der Franzosen nach einer Garantieabgabe der Regierung für die *accords spéciaux* zwischen den Firmen war doppelbödig. Der tatsächlich angestrebte, aber von der Erwartungshaltung her etwas naive Teil war, dass sie glaubten, falls die Regierung bei dem Zustandekommen einer Bestellung zwischen Frankreich und einer schweizerischen Firma eine Ga-

rantie abgäbe, dieser ‚Segen der Regierung‘ die betreffende Firma automatisch zu einer termingerechten Lieferung veranlassen würde. Um die Waffen auch wirklich zu dem gewünschten Zeitpunkt zu erhalten, müsste man dann nur noch die schweizerischen Regierung auf eine terminierte Zusage für die Ausfuhr von französischem Kriegsmaterial festlegen. Voilà! Schon bei der geheimen Übereinkunft über die Lieferung von Waffen an Frankreich am 22. September 1939 schien die Lieferproblematik angesprochen worden zu sein. Die Schweiz hatte zwar eine Lieferbestätigung gegeben, aber mit der Einschränkung, dass die Produktion für die nationale Verteidigung Vorrang genieße. Obwohl bei der Bewilligung einer Waffenbestellung durch die Regierung auch mit der Erteilung einer späteren Ausfuhr gerechnet werden konnte, durften terminliche Ausfuhrzusagen von der schweizerischen Regierung nicht gegeben werden, weil sie sich damit in Widerspruch zu einer Verordnung vom 8. Juli 1938 gesetzt hätte. Diese Verordnung schrieb für jede einzelne Bestellung die Einholung einer Ausfuhrbewilligung von der Regierung vor und war für den Fall höherer Gewalt, unter anderem dringende unerwartete Bedürfnisse der Armee, erlassen worden. Gegen die Zusage einer definitiven Ausfuhrbewilligung sprach auch der spätere Bundesratsbeschluss vom 16. Februar 1940. Darin wurde ausdrücklich festgehalten, dass das eidgenössische Militärdepartement jederzeit Eigenaufträge als dringlich bezeichnen könne und der Produzent bis zur Erledigung dieser Bestellungen sämtliche anderen Arbeiten zurückzustellen habe.<sup>277</sup> Als sich die Eidgenossen endlich eingestehen mussten, dass sämtliche ausgeklügelten Argumentationen zur Erzielung eines Kompromisses wirkungslos verpufften, erklärte man sich dann doch bereit, der Forderung Frankreichs zu entsprechen und meinte: «the real difficulty was more a question of form than of the object in view».<sup>278</sup>

### *Weiterer Verlauf der Gespräche*

Im weiteren Verlauf der Verhandlung schlug Alphand vor, die Schweizer sollten den zwischen Frankreich und Belgien am Tag zuvor unterzeichneten Blockadevertrag unter dem Aspekt einer den schweizerischen Interessen entsprechenden Modifikation durchsehen.<sup>279</sup>

Ärger und Frustration über den Zwang, sich den Begehren der Alliierten zu beugen, waren ständige Begleiter der schweizerischen Delegation. Während der belgische Vertrag in dem besprochenen Sinne geprüft wurde, hielten es die Eidgenossen daher wieder einmal für notwendig, zu demonstrieren, dass sie nicht machtlos waren. Sie taten dies, indem sie Importen gewisser französischer Gü-



ter und – die Achillesferse Frankreichs – ebenso schweizerischen Rüstungsexporten für die Verteidigung Frankreichs Restriktionen auferlegten. Damit gelang es den Schweizern umgehend, ihre Widersacher zum Siedepunkt zu treiben – die französische Seite brach die Verhandlungen ab.<sup>280</sup> Einige Tage später waren die erhitzten und wohl auch erschöpften Gemüter wieder bereit für die nächste Runde. In einem zwischen Hotz und Alphand geführten Gespräch am 8. Dezember wurden der Schweiz französischerseits Erleichterungen für Seide, Stickerereien und Uhren versprochen, während die Schweizer zusagten, bis Ende des Jahres die Restriktionen wieder aufzuheben.<sup>281</sup>

Am 10. Dezember konnten die Verhandlungen im Zusammenhang mit der Annahme des belgischen Blockadevertrags durch die Schweiz fortgesetzt werden.<sup>282</sup> Gemäss dem bisherigen Muster fanden auch hier die Modifizierungswünsche der Schweizer bei dem französischen Nachbarn wenig Gnade. Die Verhandlungen erstreckten sich bis zum 21. Dezember 1939. Nach zwei Tagen schlug Alphand zur Beschleunigung der Angelegenheit vor, eine Kommission, bestehend aus Juge, Setchell und einem schweizerischen Experten, solle in Anlehnung an den belgischen Vertrag vier Kategorien von Listen erstellen:<sup>283</sup>

1. Waren mit totalem Exportverbot
2. Waren, die unter den *courant normal* (begrenzter Export bezogen auf ein früheres Jahr) fielen
3. Waren, welche aufgrund spezieller Vereinbarungen einer Kontingentierung unterlagen
4. Waren mit totaler Exportfreiheit

Die Schweizer erklärten sich einverstanden. Ende Februar 1940 hatten die Gespräche in Bern über die zu erstellenden vier Listen ein derart fortgeschrittenes Stadium erreicht, dass die Verhandlungen wieder nach Paris verlegt werden konnten.

## Verhandlungen mit England

### *Britische Zahlungswünsche*

Parallel laufend zu den Blockadeverhandlungen in Paris waren am 7. November 1939 in London die Gespräche über Wirtschaftsfragen eröffnet worden. Nachdem die Engländer unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hatten, sie seien erst nach Vorliegen des französisch-schweizerischen Abkommens bereit, Blo-

ckadefragen zu behandeln, konzentrierten sich zwangsläufig die in London geführten Gespräche auf Fragen des Im- und Exports. Im ‚Nahkampf‘ inzwischen schon ein bisschen geübt, nutzten die Schweizer jede sich bietende Gelegenheit, die britische Mauer für die Bedeutung schweizerischer Exporte nach Deutschland zu attackieren.<sup>284</sup> Insgesamt scheinen die Gespräche jedoch in einer etwas ruhigeren Atmosphäre als in Frankreich verlaufen zu sein.

Am 1. Dezember 1939 gelangte man zu den die britische Seite grundsätzlich interessierenden Punkten, nämlich der Aushandlung des vom Treasury Department (Finanzministerium) vorgeschlagenen Zahlungsabkommens.<sup>285</sup> Das zur Diskussion stehende Finanzmodell sollte dort zum Einsatz gelangen, wo beide Regierungen Zahlungen für gegenseitige Staatsaufträge zu erbringen hatten. Die Erörterung des finanziellen Vorschlages fand auf der schweizerischen Seite zwischen P. Keller und A.C. Nussbaumer (einer der Generaldirektoren des schweizerischen Bankvereins und Delegationsmitglied) und S.D. Waley (Unterstaatssekretär der Treasury), Carr vom Board of Trade, Jones und einem anderen Sachverständigen der Bank von England statt. Die schweizerische Delegation nahm den britischen Zahlungsvorschlag zum Studium entgegen.<sup>286</sup>

Im wesentlichen sah das Abkommen vor, dass alle Zahlungen Grossbritanniens für die aus der Schweiz bezogenen Waren zum offiziellen Kurs Pfund/Franken auf ein Sonderkonto bei der Bank of England gehen sollten. Die Schweizerische Nationalbank würde gegen diese Gutschriften die entsprechenden Auszahlungen an die schweizerischen Exporteure tätigen. Es war ihr erlaubt, über dieses Sonderkonto für Pfund-Zahlungen innerhalb des British Commonwealth frei zu verfügen. Zu dem Britisch-Pfund-Sterling Kreis gehörten auch Ägypten, Irak und der Sudan, nicht angeschlossen waren Kanada, Neufundland und Hongkong. Der Pfund-Bestand des Sonderkontos sollte durch eine Goldgarantie gedeckt werden und der Saldo zu Gunsten der Schweiz auf diesem Konto 5 Mio. Pfund (100 Mio. sFr.) nicht überschreiten. Zahlungen, die über diesen Plafond hinausgingen, durften von der Schweiz in freien Devisen verlangt werden. Obwohl der Vorschlag primär von Zahlungen sprach, die der britische Staat für staatliche Aufträge an die Schweiz zu zahlen hatte, war die Absicht erkennbar, in diese Regelung auch die Privatwirtschaft einzubeziehen. Sie sollte ebenfalls die Zahlungen für aus der Schweiz bezogene Waren auf das Sonderkonto bei der Bank of England leisten.<sup>287</sup>

Nun wurde es interessanter. Im weiteren Verlauf des Gespräches erwähnte Unterstaatssekretär Waley, dass die Schweiz im Handelsabkommen vom

24. Oktober 1939 Deutschland gewisse Erleichterungen zugestanden habe, um damit dem Deutschen Reich einen Abbau seiner Zahlungsrückstände zu ermöglichen. Die schweizerische Delegation beeilte sich daraufhin, Unterstaatssekretär Waley aufzuklären, dass es sich dabei nicht um Regierungskredite handle, denn die Schweiz lehne in Befolgung ihrer Neutralitätspolitik die Erteilung von Regierungskrediten grundsätzlich ab. Die Privatbanken könnten aber mit Erlaubnis der Schweizerischen Nationalbank Auslandskredite gewähren. Nun war Waley gezwungen, Farbe zu bekennen. Er meinte, die britische Regierung ersuche zwar nicht um solche Kredite, sähe in ihnen aber eine willkommene Möglichkeit zur Erleichterung gewisser Zahlungsverpflichtungen. Die Schweizer, endlich einmal wieder in einer etwas stärkeren Position, erwiderten, dass für die Schweiz eine Krediteröffnung an Grossbritannien selbstverständlich nur von Interesse sein könne, wenn daraus eine befriedigende Vergrößerung der schweizerischen Exporte nach Grossbritannien resultiere. Keinesfalls sei man jedoch an einer Krediterteilung zum Zwecke der Finanzierung britischer Kriegsmaterialbezüge aus der Schweiz interessiert. Worauf es von Waley verlockend zurückschaltete, die grosse Zurückhaltung Englands im Zusammenhang mit der Einfuhr von Waren aus der Schweiz könne sicher günstig beeinflusst werden, wenn eine schweizerische Kreditgewährung für England vorliege. Die eidgenössische Delegation versprach auch hier ein Studium der Angelegenheit.<sup>288</sup>

Das Streben der Bank of England konzentrierte sich in erster Linie darauf, das englische Pfund gegen Inflation und Abwertung zu schützen. Indem man versuchte, einen möglichst hohen Prozentsatz der Einfuhren mit britischen Waren zu begleichen bzw. bilaterale Abkommen zu treffen, sollte ein Überangebot an englischen Pfund auf dem freien Markt verhindert werden. Es existierte in diesem Zusammenhang jedoch keine Gesetzgebung zur Devisenbeschränkung. Allerdings besaßen bilaterale Abkommen gegenüber einer starren Gesetzgebung den Vorteil einer gewissen Flexibilität, die ein individuelles Eingehen auf die jeweils besonderen Verhältnisse des Partnerlandes ermöglichten. Im Zahlungsabkommen Englands mit Frankreich war beispielsweise überhaupt kein Bartransfer vorgesehen, im britisch-schwedischen Zahlungsabkommen wurden die Einzahlungen für den gesamten Warenverkehr auf ein Sonderkonto gebucht.<sup>289</sup>

## Was tun?

Die Schweizer befanden sich in einer Zwickmühle. Es war nicht zu übersehen, dass durch das gewünschte Zahlungsabkommen die britischen Kriegsmaterialkäufe in der Schweiz kreditiert werden sollten.<sup>290</sup> Die Annahme des englischen Vorschlages hätte aber einen einzigen Negativkatalog ergeben: – Die Schweiz wäre in Befolgung ihrer Neutralitätsgesetzgebung, die besagte, dass bei kriegsführenden Parteien der Grundsatz der Parität zu beachten sei, gezwungen gewesen, beispielsweise auch Deutschland die gleichen Rechte einzuräumen (woraufhin seitens der Alliierten gegenüber der Schweiz irgendwelche ‚Massnahmen‘ sicher nicht ausgeblieben wären).

- Abgesehen davon, dass eine derartige Vereinbarung die Schweiz gegenüber Deutschland in eine unerwünscht heikle Lage gebracht hätte, was an sich schon als Grund für eine Ablehnung ausgereicht hätte,
- resultierten im Endergebnis erhebliche Kursverluste für die Schweiz<sup>291</sup> – und hätte das Ansehen der Schweiz durch die Annahme eines Abkommens, das als eindeutige Kreditaktion zur Finanzierung von britischen Kriegsmaterialbestellungen interpretiert werden musste, im Ausland einen kaum reparablen Schaden erlitten.
- Zu beachten war auch, dass die öffentliche Meinung in der Schweiz seit den Ereignissen des Ersten Weltkrieges eine starke Aversion gegen Kriegslieferungen und -gewinne einzelner schweizerischer Firmen hegte.<sup>292</sup>

Man wollte das britische Ansinnen nicht rundweg ablehnen und suchte nach einer Lösung, die beispielsweise den schweizerischen Exporteuren erlaubt hätte, den Briten im normalen Warenverkehr mittels einer Exportgarantie längere Zahlungsfristen einzuräumen (im Gegensatz zu Kriegsmateriallieferungen). Es war auch unbedingt darauf zu achten, «dass sich die zu treffenden Massnahmen als Hilfe für die schweizerische Exportindustrie und *nicht* als Unterstützung der britischen Währungspolitik darstellen».<sup>293</sup> Die Schweizer entschlossen sich allerdings (mit wieviel Mühe, ist nicht feststellbar), die hochgehaltene Frage der Neutralität auf den zweiten Platz zu verweisen, als man bewusst notierte, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zu Grossbritannien einerseits und zu Deutschland andererseits «ihrer Natur nach zu unterschiedlich strukturiert seien, um sie einer analogen Behandlung unterwerfen zu können».<sup>294</sup> Trotz dieser selbst ausgestellten Unbedenklichkeitserklärung empfahl aber das Eidgenössische Politische Departement am 7. Dezember dem Bundesrat, «... diesen formalen Parallelismus soweit als tunlich aufrechtzuerhalten»<sup>295</sup>

und nach einer Regelung zu suchen, die sich eng an die des deutsch-schweizerischen Handelsabkommens vom 24. Oktober 1939 betreffend die Bevorschussung der Guthaben schweizerischer Exporteure aus Warenlieferungen nach Deutschland anlehne.

### *Ablehnung des britischen Zahlungsabkommens*

Nach eingehenden Beratungen in Bern mit Sachverständigen des Politischen-, des Finanz- und Zolldepartementes sowie der Nationalbank gelangte die schweizerische Regierung am 11. Dezember 1939 unisono zu der Auffassung, dass man die britischen Vorschläge für ein Zahlungsabkommen nicht akzeptieren könne, weil als Konsequenz die schweizerische Wirtschaft zu einem Dienstleistungsbetrieb für die englische Währungspolitik und Kriegswirtschaft degradiert worden wäre. Ausserdem befürchtete man, mit der Annahme des britischen Vorschlags dem schon öfters geäusserten englischen Wunsch nach einem Clearingabkommen Vorschub zu leisten, was eine beengende Auswirkung auf den Waren- und Finanzverkehr zur Folge gehabt hätte.<sup>296</sup> Ein weiterer, nicht unwesentlicher Grund für die Zurückweisung des britischen Vorschlages war das durchgespielte Szenario, was passieren könnte, wenn man die Devisenbeschränkung akzeptierte. Einmal angenommen, die schweizerischen Exporteure würden gewisse Güter nicht nach England verkaufen. Vielleicht weil sie nicht den gewünschten Preis erhielten oder auch aus anderen Gründen – sie konnten nicht gezwungen werden, ihre Waren in England abzusetzen. In der Zwischenzeit müsste jedoch die Schweizerische Nationalbank für die Zahlung der aus England bezogenen Waren das englische Pfund zu einem offiziellen festen Preis kaufen. Dies würde für die Nationalbank ein nicht akzeptierbares Kursrisiko heraufbeschwören, weil möglicherweise das Handelsdefizit nicht durch Schweizer Güter kompensiert werden könnte. Last but not least tauchte als letzter Grund für die Ablehnung des englischen Vorschlages wieder die Neutralitätspolitik auf. Das Abkommen bezog sich auf die Finanzierung des in der Schweiz bestellten Kriegsmaterials für England, und die vorgeschlagene Praxis war mit der Neutralitätspolitik nicht vereinbar.<sup>297</sup>

Die Schweizer Regierung kam überein, die Ablehnung des englischen Zahlungsvorschlags etwas zu dämpfen, indem man den Engländern stattdessen einen Kredit über 100 Millionen Franken offerierte. Ziel der Schweizer war, mittels dieses Kredites ein besseres Verhandlungsklima für den normalen Austausch von Waren zwischen den beiden Ländern, speziell im Zusammenhang mit den Vorkriegsverträgen, zu erreichen. Der Regierungskredit sollte in das

Gewand einer Übereinkunft zwischen englischen und schweizerischen Banken gesteckt werden, um damit ein Prinzip der Neutralität, nämlich das der Parität, nicht offiziell antasten zu müssen (inoffiziell schon).<sup>298</sup>

Wieder zurück in London, informierte die Verhandlungsdelegation die Engländer am 12. Dezember 1939 über den Entschluss der Schweiz.<sup>299</sup> In seinem Antwortschreiben vom 16. Dezember honorierte S.D. Waley vom Treasury zwar das schweizerische Entgegenkommen, lehnte aber den Kreditvorschlag als den Absichten Englands nicht entsprechend ab.<sup>300</sup>

### *Neuer Vorschlag Englands*

Am 20. Dezember 1939 erhielt die schweizerische Delegation von den Engländern einen zweiten Vorschlag über ein Zahlungsabkommen. Er stellte eine Weiterentwicklung des Vorschlags Nummer eins vom 1. Dezember dar und liess den eindeutigen Willen der Briten erkennen, den Zahlungsverkehr zwischen der Schweiz und England in Form eines Clearing abzuwickeln.<sup>301</sup> Im Anschluss an die Besprechung kehrte die eidgenössische Delegation in die Schweiz zurück, um dort die Weihnachtsfeiertage zu verbringen und den neuen britischen Zahlungsvorschlag zu diskutieren.<sup>302</sup>

Wieder waren die Sachverständigen aufgerufen, und aufgrund ihrer Stellungnahme fasste der schweizerische Bundesrat am 9. Januar 1940 folgenden Entscheid: Nachdem England das schweizerische Kreditangebot abgelehnt habe, bliebe keine andere Möglichkeit, als den britischen Clearing-Vorschlag grundsätzlich zu akzeptieren. Es seien aber noch offene Fragen zu klären und man hoffe, diese in einem für die Schweiz positiven Sinne regeln zu können. Erst nach deren Bereinigung wolle man sich definitiv zu dem britischen Zahlungsvorschlag äussern. Also machten sich die schweizerischen Unterhändler wieder auf den Weg nach London. Sie hatten vom Bundesrat die Befugnis erhalten, dort mit den Clearing-Verhandlungen zu beginnen, sobald gewisse Voraussetzungen abgeklärt waren:

- a) Sicherstellung der britischen Zusage betreffend die Einfuhr schweizerischer Waren nach Grossbritannien und deren Ausdehnung auf die verbotene Einfuhr wichtiger und im englisch-schweizerischen Warenverkehr altgewohnter Güter wie Seidengewebe, Seidenbänder, Schuhe usw.
- b) Die britische Regierung sollte zu einer liberaleren Praxis im Hinblick auf eine Aufhebung der Lieferquoten und eine allgemeine Erhöhung des Kaufes von schweizerischen Gütern übergehen. Der Schweiz wäre es im Gegenzug möglich, Grossbritannien eine Zahlungsstundung bis zu 5 Millionen Pfund zu ge-

währen, ohne in eine allzu kritische Zahlungsbilanz zu geraten, die alleine schon durch die im Handel mit Deutschland zu erwartenden Verluste erheblich strapaziert würde.

Der Wille der Briten, den schweizerischen Wünschen zu entsprechen, sollte in den wieder aufzunehmenden Verhandlungen getestet werden.<sup>303</sup>

Die schweizerische Delegation befand sich am 16. Januar 1940 wieder in London. Am nächsten Tag war das Treffen mit den britischen Kollegen von der Treasury, der Bank of England und des Ministeriums of Economic Warfare (M.E.W) angesetzt. Zur nicht geringen Überraschung der Eidgenossen schienen die Vertreter der Treasury und des Ministry of Economic Warfare (M.E.W.) plötzlich von den Gründen der schweizerischen Vorbehalte beeindruckbar zu sein, während der Vertreter der Bank of England weitere Einwände vorbrachte. Die Schweizer erhielten den irritierenden Eindruck, dass die Bank of England andere Ziele verfolgte als die britischen Regierungsvertreter. Während erstere aus währungs- und handelspolitischen Gründen an einem restriktiven Umlauf des Pfundes interessiert war, suchte das Treasury nach einem Weg, wie die schlechte Handelsbilanz mit der Schweiz verbessert werden konnte. Zwischen dem 17. und 24. Januar signalisierte das Board of Trade der schweizerischen Delegation, dass man die Besprechungen über die Ein- und Ausfuhrpolitik der Schweiz gegenwärtig für beendet ansehe. Die Schweizer nahmen die Mitteilung gelassen entgegen, denn sie hegten im Stillen die Absicht, nach der Lösung des finanziellen Fragenkomplexes die Erörterung einer positiveren Ein- und Ausfuhrregelung auf jeden Fall wieder aufzugreifen.<sup>304</sup>

### *Meinungsänderung*

Am 26. Januar 1940 akzeptierte das Board of Trade den schweizerischen Kreditvorschlag.<sup>305</sup> Mit dieser Zusage waren die britischen Stellen von ihrem Grundsatz abgerückt, im Falle einer für England passiven Handelsbilanz mit dem betreffenden Land ein Zahlungsabkommen zu treffen. Während beispielsweise Schweden bereits zu Beginn des Jahres den von England geforderten weitgehenden Beschränkungen seines freien Zahlungsverkehrs zugestimmt hatte (zustimmen musste) und den Niederlanden bald ähnliche Vorschläge unterbreitet werden sollten, wich man im Falle der Schweiz aufgrund ihrer Finanzhilfe an England von der üblichen Praxis ab. Offenbar war es Treasury und M.E.W. gelungen, das Board of Trade davon zu überzeugen, dass die schweizerischen Überlegungen für England wichtiger waren als jene der Bank of England.<sup>306</sup>

Die Schweizer nützten sofort die veränderte Situation. Umgehend meldeten sie beim Board of Trade im Zusammenhang mit der Kreditaktion neue Begehren an, die auf den seit ihrer Rückkehr nach London am 16. Januar mit den verschiedenen Ministerien geführten Diskussionen basierten. Sie verlangten, dass alte Kontrakte wieder reinstalled würden, und forderten eine künftige Steigerung der Lieferung von nichtmilitärischen Gütern aus der Schweiz nach England. Ausserdem bestand die schweizerische Delegation auf einer Erleichterung der Blockadepolitik Englands und wünschte eine grundsätzliche Zustimmung des M.E.W., Warenexporte nach Deutschland durchführen zu können.

Die Engländer wünschten die schweizerische Kreditgewährung zwischen der Bank of England und der Schweizerischen Nationalbank abzuwickeln. Aber für die Eidgenossen besass ein derartiges Vorgehen einen zu offiziellen Charakter. Sie wollten unter allen Umständen vermeiden, im Ausland, in erster Linie Deutschland, publik werden zu lassen, dass die schweizerische Regierung nun den Briten einen Kredit gewährte, den man im letzten Oktober den Deutschen mit Hinweis auf Neutralitätsverpflichtungen mehrfach abgelehnt hatte. Die Briten bestanden jedoch auf der offiziellen Natur des Kredites. Die Bank of England war aber immerhin bereit, direkt mit der Treasury die britische Kreditwürdigkeit abzusichern, statt wie üblich ein Konsortium englischer Banken zur Ausarbeitung der Konditionen beizuziehen. In der Verhandlung vom 26. Januar 1940 erklärte England, es wolle die Kreditdauer auf 3 Jahre festsetzen, zu einem (äusserst geringen) Zinsfuss von höchstens 2¾%.<sup>307</sup>

Fest entschlossen, sich ihr Entgegenkommen teuer bezahlen zu lassen, forderten die Engländer, dass nach Ablauf von 6 Monaten die Höhe des Kredites erneut diskutiert werden müsse. Die schweizerische Seite ‚was not amused‘ und erklärte 100 Millionen Schweizer Franken als Maximum, ausreichend, das Handelsdefizit für ein Jahr auszugleichen. Worauf die Engländer prompt argumentierten, dass aufgrund der vorhandenen Belege über die 1940 an die Schweiz zu leistenden Zahlungen bereits in diesem Jahr ein Defizit von etwa 200 Millionen Franken erreicht werde, und dies sei der Grund, warum man in sechs Monaten die Kredithöhe nochmals diskutieren müsse. Den Schweizern blieb nichts anderes übrig, als sich mit einer Wiederaufnahme der Besprechungen nach 6 Monaten einverstanden zu erklären. Sie verbanden aber ihre Zusage noch mit dem Hinweis, dass aus dieser Zustimmung keine grundsätzliche Bereitschaft für eine Krediterhöhung abgeleitet werden dürfe.<sup>308</sup> Der Wunschkatalog der Engländer war damit aber noch nicht am Ende. Man wollte die von den Schweizern in



ihrem Memorandum geforderte Garantie, nicht vor Ablauf von 12 Monaten neue Vereinbarungen über den Gütertausch zu erhalten, auf 6 Monate reduzieren. Dieses Mal jedoch liess sich die schweizerische Delegation nicht (ganz) erweichen. Sie bestand auf einer Garantie für «12 Monate oder doch zumindest auf der Bestimmung ‚für das Jahr 1940»<sup>309</sup>.

### *Finanzierungsprobleme*

Nun ging es darum, die den Engländern vorgeschlagene Kreditaktion auch zu realisieren. Am 12. Februar 1940 versammelte deshalb in Bern der Direktor der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Jean Hotz, alles um sich, was Rang und Namen hatte. Das erlauchte Gremium, bestehend aus den Generaldirektoren der bedeutendsten schweizerischen Grossbanken, Direktoren der Handels- und Industrievereine und Vertretern des Finanz- und Zolldepartementes und der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes erfuhr bei dieser Gelegenheit, dass man es zur Kasse bitten wollte.<sup>310</sup> Hotz meinte beredt, eines der wichtigsten Motive für das Kreditangebot an England in Höhe von 100 Millionen Franken sei gewesen,

1. Umgehung des britischen Clearingvertrages
2. Finanzierung schweizerischer Warenimporte, deren Überschuss von der Bank of England für das laufende Jahr auf etwa 200 Millionen Franken errechnet worden sei.
3. Erwartung einer vernünftigeren Haltung Englands in der Blockadefrage und Akzeptanz des schweizerischen Wunsches nach vermehrter Einfuhr der Produkte besonders notleidender Industrien wie beispielsweise Textilien, Aluminiumfolien und Hutgeflechte.

Um aus der Verantwortung für eine Neutralitätsverletzung entlassen zu sein, müsse der Kredit allerdings auf privater Basis finanziert und als streng vertrauliche Aktion behandelt werden, was England bereits zugesagt habe. Die technische Durchführung des Kredites über 75-100 Millionen Franken sei derart, dass die Hälfte der Summe von England in Pfund Sterling als Sicherheit hinterlegt und für den Rest Schatzbriefe zum Lombardzinsfuss ausgestellt würden, die jederzeit von den schweizerischen Banken liquide gemacht werden könnten. Laufzeit des Kredites 3 Jahre zu einem Zinsfuss von höchstens 2¾%.<sup>311</sup>

Obwohl die Anregung zu der Kreditaktion ursprünglich von schweizerischen Bankenkreisen ausgegangen war, gab es nun auf der Bankenseite Stirnrunzeln und lange Gesichter. Hotz betonte nochmals, es sei absolut wichtig,

dass dem Kredit nicht einmal der Hauch eines staatlichen Charakters anhafte, damit gegenüber anderen Ländern zu Recht behauptet werden könne, der Kredit sei von privater Seite gegeben worden. Aus diesem Grund habe man auch darauf verzichtet, den behördlichen Wunsch in schriftlicher Form niederzulegen. Es zeigte sich rasch, dass gewisse Banken überhaupt nicht gewillt waren, sich an der Aktion zu beteiligen, und andere sich nur aufgrund des ausdrücklichen Wunsches der Behörden zu einer Teilnahme durchringen konnten.<sup>312</sup>

Nach halbstündiger Beratung informierte Golay, Generaldirektor des Schweizer Bankvereins, im Namen der ‚mitmachenden‘ Banken, man könne 60 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Die restliche Summe hoffe man von Versicherungsgesellschaften und grösseren Handels- und Industrieunternehmen zusammenzubringen. Allerdings müsse der Zinssuss mindestens 3% betragen. Der von England gewünschte Satz von 2¾% sei zu niedrig und würde in einem Jahr zu einem Verlust von 1 Million Franken führen. Mehrfach wurde auch der Verdacht geäussert, der Kredit könne zur Finanzierung von Kriegsmaterialbestellungen dienen. Trotz dieser Gefahr wog die durch den Kredit mögliche Unterstützung der notleidenden Industrien schwerer, und Dr. Kellenberger vom Finanz- und Zolldepartement meinte deshalb suggestiv, die Banken seien sicher ebenfalls am «Wohlergehen der gesamten schweizerischen Wirtschaft» interessiert, während Hotz die Vertreter der Grossbanken aufforderte, «das Problem in allen Einzelheiten erneut zu studieren».<sup>313</sup>

Also ‚studierten‘ die Banken das Problem, und in einem Bericht vom 24. Februar 1940 konnte das Volkswirtschaftsdepartement dem Bundesrat bestätigen, dass sich die schweizerischen Banken bereit gefunden hatten, einen Kredit auf 3 Jahre zu gewähren. Der Zinssatz müsse aber mindestens 3% betragen und stets 1½% über dem offiziellen Diskontsatz der Schweizerischen Nationalbank liegen. Jedoch, teilte das Volkswirtschaftsdepartement weiter mit, könne die Aufbringung der 100 Millionen Franken nicht mit Sicherheit garantiert werden. Es werde deshalb unter Umständen notwendig sein, den Banken das gesamtwirtschaftliche Interesse an dieser Lösung vor Augen zu führen (also Druck zu machen) und darauf hinzuweisen, dass die britische Forderung auf die Anleihe-summe von 100 Millionen Franken erfüllt werden müsse, um die handelspolitischen Belange auch wirklich so gestalten zu können, dass die ganze Transaktion verantwortet werden könne.<sup>314</sup>

Inzwischen hatten die Banken eine Reihe schweizerischer Industrie- und Versicherungsunternehmen zur Beteiligung an dem Kredit eingeladen. Zum

Entsetzen der Politiker stand in dem betreffenden Schreiben, die Banken würden «den Kredit an England auf Wunsch des Volkswirtschaftsdepartementes und der Schweizerischen Nationalbank aufbringen».<sup>315</sup> Diese unbedachte Formulierung verlieh der Kreditaktion einen unerwünscht staatlichen Charakter, und da das Schreiben auch an Firmen mit Verwaltungsräten deutscher Staatsangehörigkeit gegangen war, konnte nicht ausgeschlossen werden, dass die deutschen Behörden von dem Inhalt des Schreibens Kenntnis erhielten.<sup>316</sup> Dies hätte zu einer für die Schweiz äusserst ungemütlichen Situation führen können, weil sie, wie bereits erwähnt, im September/Oktober 1939 ein von Deutschland formell gestelltes Begehren, zur Tilgung eines Teils der Rückstände auf dem Warenkonto des Clearings einen Vorschuss von 50 Millionen Franken zu erhalten, unter dem Hinweis auf ihre Neutralität einige Male abgelehnt hatte. Da der nun an England zu gewährende Kredit effektiv einen Teil des britischen Warenbezuges aus der Schweiz finanzieren sollte, befürchtete man, erhebliche Schwierigkeiten mit der Hitler-Regierung zu erhalten. Zaghaftigkeit befiel die Akteure und veranlasste das Eidgenössische Politische Departement, in einem Schreiben an Bundesrat Obrecht, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, Zweifel zu äussern, ob unter diesen Umständen die Kreditgewährung an England überhaupt noch aufrechterhalten werden sollte.<sup>317</sup> Nun bewies die Politik ihre Existenzberechtigung. Auf Veranlassung von Bundesrat Obrecht wurde das betreffende Schreiben ‚richtiggestellt‘ und der von den Banken gewünschte staatliche Zinszuschuss als politisch unerwünscht bezeichnet. Im Hinblick auf die Bedeutung des Kredites für die schweizerisch-britischen Handelsbeziehungen beschloss man, die Kreditaktion an England trotz der aufgetretenen politischen Bedenken beizubehalten.<sup>318</sup>

### **Unterzeichnung des Blockadeabkommens**

Ende Februar 1940 war man in der Schweiz bereit. Die Kreditaktion mit England konnte durchgeführt werden, und in den letzten Wochen waren auch in Bern die Warenlisten für die Wiedereröffnung der Verhandlungen in Paris erstellt worden. In der neuen Verhandlungsrunde am 29. Februar 1940 kam man überein, die noch strittigen Punkte wie landwirtschaftliche Produkte, Textilien und Kriegsausrüstung von drei Arbeitskreisen abklären zu lassen.

## *Französische und britische Kriegsmaterialbestellungen*

Am 19. März lag, abgesehen von einigen noch offenen Fragen, eine grundsätzliche Einigung über ein Blockadeabkommen vor. Am selben Tag versuchten die Franzosen die Gunst der Stunde zu nutzen und drängten die eidgenössische Delegation, eine feste Terminzusage für die französischen Kriegsmaterialbestellungen abzugeben. Die schweizerische Delegation versicherte, die Ausführung der französischen Kriegsmaterialbestellungen würde grundsätzlich den schweizerischen Bestellungen gleichgestellt. Sie wiederholte ihre frühere Litanei, dass eine feste Terminzusage ein Verstoß gegen die schweizerische Gesetzgebung darstelle, die den Interessen der Landesverteidigung absoluten Vorrang einräume. Allerdings würde nur in wirklichen Notfällen von dem Recht der bevorzugten Produktion für die Zwecke der Landesverteidigung Gebrauch gemacht. Man bemühe sich nach Möglichkeit, eine fristgerechte Ausführung der alliierten Kriegsmaterialaufträge zu sichern.<sup>319</sup> Diese Goodwill-Erklärung fand auf der französischen Seite nicht das erhoffte Echo. Vielmehr schallte harsch zurück, man bestehe auf einer schriftlichen Liefergarantie, die eine termingebundene Zusage der Waffenlieferungen ohne jede Prioritätensetzung für schweizerische Bedürfnisse enthalten sollte.<sup>320</sup> Das französische Beharren kam nicht von ungefähr. Am 28. Februar hatten sich neben Mitgliedern verschiedener Departemente die Engländer J. M. Graham vom Board of Trade, Irving und Setchell mit dem Franzosen Alphand getroffen und dabei den französischen Plan, die Blockadeverhandlungen als ein Druckmittel zum Erhalt der in der Schweiz bestellten Waffen zu benützen, voll unterstützt.<sup>321</sup> Warum wohl?

Auch die Briten verfügten über gewisse Erfahrungen im Zusammenhang mit Kriegsmateriallieferungen aus der Schweiz. Dem britischen Gesandten in Bern, David Kelley, war es nämlich durch geschickte Einwirkung auf die Herren Fierz (Direktor der Kriegstechnischen Abteilung) und Minger (Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes) gelungen, die gewünschten Liefergarantien für das von England bestellte Kriegsmaterial zu erhalten. Minger hatte dem Engländer ein detailliertes Lieferungsprogramm vorgelegt, wonach der grösste Teil des bei den Oerlikon-Werken bestellten Kriegsmaterials im Laufe des Jahres 1940 zur Auslieferung kommen sollte. Fierz hatte versprochen, keine weiteren Kriegsmaterialaufträge zu geben, welche die fristgerechte Ausführung der britischen Lieferungen verzögern könnten. Seit dem 16. Februar 1940 hatte die Schweiz aber das Waffenlieferungsgesetz verschärft. Alle Waffenlieferungsverträge mussten nun dem Eidgenössischen Militärdepartement zur Genehmigung eingereicht werden, wodurch der Staat ein vollständiges Kontroll-

und Einspracherecht erhielt. Kelley hatte dem Foreign Office deshalb empfohlen, die bereits akzeptierten Verträge und abgegebenen Garantien im Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz zu verankern.<sup>322</sup> Diesem Ratschlag folgend hatten die Engländer einen Text entwickelt, den sie der schweizerischen Delegation im Zusammenhang mit den in London laufenden Gesprächen für ein Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Grossbritannien vorzulegen beabsichtigten.<sup>323</sup> Damit sollte sich die schweizerische Regierung verpflichten, mit der Annahme der britischen Kriegsmaterialaufträge gleichzeitig die Zusage zu verbinden, die Ausführung der Bestellungen nicht durch unvernünftige Bevorzugung schweizerischer Aufträge zu behindern. Die Engländer empfahlen den Franzosen, als Bedingung für den Abschluss des Blockadeabkommens von der Schweiz eine Auslieferungszusage für das von Frankreich bestellte Kriegsmaterial zu verlangen und dafür den englischen Text zu verwenden.<sup>324</sup>

Offensichtlich griffen nun die Briten die mit den Franzosen vereinbarte Taktik für den terminierten und garantierten Erhalt schweizerischer Waffenlieferungen auf (die schweizerische Zusage für termingerechte Lieferung der französischen Waffen war ja immer noch pendent). Als die Briten das Blockadeabkommen, dem sie am 19. März 1940 zugestimmt hatten, unterschreiben sollten, verzögerten sie die Unterzeichnung mit dem Argument, sie hätten noch keine Möglichkeit gehabt, das Vertragswerk zu studieren.<sup>325</sup> Die Verhandlungen wurden vertagt.

### *Englische Wünsche*

Am 27. März 1940 liessen die Engländer wissen, sie hätten noch Korrekturwünsche, wobei sie sich speziell auf den von der Schweiz abgehenden Waffentransport für Russland bezogen. Dieser Waffenexport besass immerhin einen Wert von 2 Millionen Pfund, und sein Weg führte durch Deutschland. Die Engländer befürchteten eine Beschlagnahme durch die Deutschen (was sich allerdings nicht bewahrheiten sollte). Nicht nur dieser Punkt, sondern auch die Tatsache, dass für den Transfer von Gütern durch Deutschland Devisen bezahlt werden mussten, erregte die Abneigung der Briten, die den Deutschen jeden Zugang zu den begehrten Devisen verwehren wollten (von gewissen Ausnahmen einmal abgesehen). Die Briten forderten mehr Kontrollmöglichkeiten über den Warenverkehr der Schweiz mit den anderen neutralen Ländern und Mitbestimmung darüber, welche neutralen Länder als ‚gut oder schlecht‘ zu kategorisieren seien. Diese sollten dann wie im Falle Russlands und Finnlands auf die schwarze Liste

gesetzt werden. Unerwarteterweise erhielten die Schweizer nun einen Verbündeten in den Franzosen, die am 2. April den Schweizern gegenüber durchblicken liessen, «dass sich Frankreich mit diesem neuen englischen Begehren nicht solidarisiere und es eigentlich als verspätet und unbegründet betrachte».<sup>326</sup> Mit altbewährter französischer Diplomatie gab man den Schweizern den Rat, «wenn irgend möglich einen nicht sehr vielsagenden Gegenvorschlag zu machen, etwa in dem Sinne, die Schweiz sei damit einverstanden, dass solche Fragen in der Commission mixte behandelt und dort bezüglich der beiden Punkte wohlwollend geprüft würden».<sup>327</sup>

Frankreich war für die Führung der Blockadeverhandlungen mit der Schweiz verantwortlich, und eigentlich hatten die Briten erwartet, dass die französische Delegation sich schnell um die Abklärung der ihnen am 27. März 1940 übermittelten Beanstandungen des Vertragstextes bemühen würde. Als sich diese Erwartung nicht erfüllte, beschlossen die Engländer am 15. April, die strittigen Punkte direkt mit den Schweizern aufzugreifen. Die Franzosen erhoben keine Einwände, solange aus den Gesprächen keine fundamentale Änderung des Vertragstextes resultierte. Mit dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen am 9. April 1940 wurden diese beiden von den Deutschen besetzten Länder von der Liste der guten Neutralen gestrichen, ebenso Schweden und Finnland.<sup>328</sup> Somit verblieben für die Schweiz als ‚gute‘ neutrale europäische Handelspartner nur noch Belgien, Griechenland, Holland, Island, Luxemburg, Portugal und die Türkei.<sup>329</sup> Der Beitrag der Nationalsozialisten zur Veränderung der europäischen Landkarte erledigte auch das Problem von Warentransporten durch deutsches Gebiet. Zu diesem Zeitpunkt blieben nur noch Belgien und Luxemburg, deren Importe aus der Schweiz auf ihrem Weg durch Deutschland beschlagnahmt werden konnten.

Die Unterzeichnung des Blockadeabkommens zwischen Grossbritannien und der Schweiz in Bern und zwischen Frankreich und der Schweiz in Paris am 25. April 1940 stellte aufgrund der Kriegereignisse für alle Beteiligten einen wichtigen Meilenstein dar. Die noch nicht bereinigten Fragen, – schweizerische Kreditgebung an England – britische Kohlelieferungen an die Schweiz – Einfuhr schweizerischer Luxusartikel – Waffen nach England wurden nach der Unterzeichnung des Blockadevertrages im Rahmen der Verhandlungen über den Abschluss eines Handelsvertrages zwischen der Schweiz und England ausgearbeitet. Der deutsche Einmarsch in Belgien und den Niederlanden am 10. Mai 1940 liess aber auch diese Verhandlungen in den Hintergrund treten.<sup>330</sup>

### *Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...*

Am 15. Mai 1940 zogen die schweizerischen Banken ihre Zusage über die Kreditgewährung an England in Höhe von 100 Million Franken zurück. Sie begründeten dies mit der allgemeinen militärischen und politischen Lage in Europa und der dadurch veränderten finanziellen Liquidität der britischen Treasury Bills. Man sah in der von der Schweizerischen Nationalbank zugesagten jederzeitigen Bereitschaft zum Rückdiscount der britischen Treasury Bills keine praktische nutzbare Hilfe mehr und äusserte im Hinblick auf die gegenwärtige Kriegsentwicklung Besorgnis wegen möglicher politischer Konsequenzen des Kredites.<sup>331</sup> Als weitere Begründung nannte man die allgemeine Situation und Bedenken wegen Neutralitätsverletzung. Die Schweizer wollten jetzt unbedingt aus jeder Verantwortung für eine Neutralitätsverletzung entlassen sein.<sup>332</sup> Trotz des zurückgezogenen Kredites schaffte es die eidgenössische Hartnäckigkeit dann aber doch noch, von England die Erlaubnis für eine Fortsetzung des Warenhandels mit Deutschland zu erhalten, allerdings mit festgelegten Quoten.

Wie das Beispiel der Tschechoslowakei gezeigt hatte, brachten die Alliierten und insbesondere die Regierung Chamberlain der Souveränität eines kleinen Landes wenig Achtung entgegen. Die Schweiz verfügte aber über zwei wirksame Mittel zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile: Waffenproduktion und Finanzkraft. Dass diese beiden Trumpfkarten mit Erfolg eingesetzt werden konnten, beweist das am 22. September 1939 mit Frankreich abgeschlossene provisorische Handelsabkommen, wo die Waffenabhängigkeit Frankreichs benutzt wurde, beschlagnahmte schweizerische Waren frei- und Vorkriegsverträge bis zum Jahresende erfüllt zu bekommen. Unter dem Druck der durch die Blockademassnahmen verursachten Versorgungsprobleme und dem Streben nach wirtschaftlicher Absicherung hob die Schweiz das Waffenausführverbot auf. Sie war sogar bereit, Neutralitätsüberlegungen auf den zweiten Rang zu verweisen, indem sie England unter dem Deckmantel einer privaten Initiative einen Kredit in Höhe von 100 Millionen Franken zusagte, während sie bei den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen im September/Oktober 1939 die Erteilung eines Kredites über 50 Millionen Franken mehrfach als neutralitätsverletzend abgelehnt hatte.

## Blockadeabkommen und Kartelle – Werkzeuge wirtschaftlichen Überlebens

Hinter der alliierten Blockadepolitik stand die Absicht, den gesamten Output der neutralen Länder zu kontrollieren, um möglichst jede Art von Warenhandel nach Deutschland zu unterbinden. Stellvertretend für ähnliche Vereinbarungen zwischen den Alliierten und den neutralen Ländern, bedeutete das Blockadeabkommen im Falle der Schweiz den Versuch einer Umstrukturierung des Produktionsausstosses ihrer nationalen Wirtschaft zu Gunsten der alliierten kriegswirtschaftlichen Interessen.

Die britischen Überlegungen griffen aber auch schon über den Krieg hinaus, und hier spielte die Existenz bzw. Nutzung von Kartellen als Werkzeuge eigenen wirtschaftlichen Überlebens eine nicht unbeträchtliche Rolle in dem Szenario. Europa würde nach dem Krieg einige Zeit benötigen, seine Industrie wieder aufzubauen, Kontakte zu erneuern, Rohstoffe zu besorgen. Es war naheliegend, dass kurz nach Kriegsende die bereits bestehenden Produktions- und Distributionssysteme der von England favorisierten Kartelle sehr hilfreich sein könnten, weltweiten Einfluss auf Produktionsmengen und Preisgestaltung zu nehmen und damit eine mögliche Wirtschaftskrise wie nach dem Ersten Weltkrieg zu vermindern oder gar zu vermeiden.

Aber jetzt befand man sich im Sommer 1940, und von den beiden Alliierten war nur noch Grossbritannien ‚unbesetztes Land‘.

Mit der Wahl Winston Churchills zum Premierminister verschwand ‚Economic Appeasement Policy‘ umgehend von der Bildfläche. Der neue Mann in der Downing Street 10 kannte nur ein Ziel: Hitlerdeutschland musste vernichtet werden, und Winston Churchill duldet auf diesem Weg kein Hindernis. Gesellschaft und Wirtschaft wurden auf dieses Ziel ausgerichtet, alle industriellen und diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft, um Waren und Material zur Verteidigung Englands einzukaufen, selbst um den hohen Preis des Einsatzes von Sterlingreserven. (Als England Ende 1940 zahlungsunfähig war, griffen die USA mit dem Lend-and-Lease-Abkommen den Engländern unter die Arme.) Churchill verbot jede Art von getarntem Kontakt mit Deutschland. Zuwiderhandlungen wurde strafrechtliche Verfolgung angedroht. Trotzdem sahen gewisse Abteilungen der englischen Bürokratie keinen Anlass, die Kartelle aufzuheben, und liessen damit der privaten Industrie die Option, mit dem Feind einen begrenzten Handel zu betreiben. Der Kompromiss, eine Struktur am Leben zu erhalten, die ironischerweise nur durch Zahlungen an den Feind zur Be-



wältigung einer wirtschaftlich desolaten Situation der Nachkriegszeit tauglich sein konnte, und gleichzeitig einen Blockadekrieg zu führen, der Deutschland wirtschaftlich isolieren sollte, stellte für gewisse englische Staatsdiener unter Chamberlain und auch Churchill eine kontinuierliche Herausforderung dar. Es war ein Tanz auf dem Drahtseil, der die Bürokraten des Board of Trade und des Ministry of Economic Warfare eine gehörige Portion Nerven kosten sollte. Die doppelte Strategie des Board of Trade wird an dem Beispiel der Farbstofflieferungen nach England erkennbar.

## Die Seiltänze des Board of Trade

### Farbstoffe ...

Am 27. Mai 1940, als sich die militärischen Niederlagen der Alliierten ausweiteten, trafen sich Vertreter des Ministers of Economic Warfare (M.E.W.), Board of Trade (BOD), Foreign Office und anderer Stellen zu einer wichtigen Besprechung.<sup>333</sup> Thema der Beratung war das Problem *deutsche Farbstoffe* und die Frage, mit welchen politischen Abwehrmassnahmen die Einfuhr von deutschen Farbstoffen nach England, Indien und ‚neutralen‘ Ländern wie USA, Japan oder Italien blockiert werden konnte. Nach einer Analyse der im Rahmen der Blockademassnahmen zur Verfügung stehenden Instrumente musste das erlauchte Gremium allerdings die trübe Erkenntnis verarbeiten, dass keine Möglichkeit bestand, die Ausfuhren nach Italien und Japan zu unterbinden oder den Transportweg in die USA, der über Wladiwostok in Russland lief, zu blockieren. Ergo blieb der englischen Exportindustrie wohl oder übel nur der Versuch übrig, der deutschen Konkurrenz wenigstens an den neutralen Märkten der Welt soviel Steine wie möglich in den Weg zu legen.<sup>334</sup> Dieses hochrangige Treffen bildete die abschliessende Besprechung einer Problematik, die schon seit längerer Zeit schwelte:

Der englische Textilmarkt befand sich in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zu schweizerischen Farbstoffimporten, wobei speziell die Lieferungen der Firma Durand & Huguenin aus der Schweiz einen beträchtlichen Anteil des jährlichen britischen Einfuhrbedarfs deckten. Diese Firma verfügte über eine hochwertige Farbstoffpalette, deren Qualität andere Farbstoffhersteller wie der englische Konkurrent Imperial Chemical Industries (ICI) oder die französische Farbstoffindustrie nicht erreichen konnten. Bereits in den ersten vier Monaten nach Kriegsausbruch wies die Einfuhr von schweizerischen Farbstoffen nach England eine Steigerung von etwa 10% im Vergleich zwischen Juli 1938-1939 aus. Etwa 10% der Farbstoffimporte wurden für Regierungsaufträge benützt, 90% gingen an die Textilindustrie für deren Exporte nach Südamerika oder Ländern wie Indien mit einem hohen Textilbedarf. Die Veredelung von Farbstoffen für die englische Textilindustrie wie auch die Ausfuhr von englischen Farbstof-

fen nach Indien und Südamerika waren für England von weitreichender volkswirtschaftlicher Bedeutung, sowohl in Bezug auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen wie auch im Hinblick auf dringend benötigte Devisen. Es galt nun, zwei Ziele zu verfolgen. Im eigenen Interesse musste unbedingt verhindert werden, dass Deutschland seine Präsenz auf den Farbstoffmärkten der Welt erweitern konnte. Im Hinblick auf die Blockadeziele sollte jede Liefermöglichkeit deutscher Farbstoffe blockiert und damit verhindert werden, dass Deutschland Devisen erlangen könnte, die im Krieg gegen die Alliierten, sprich England, eingesetzt würden.

Die aus der Schweiz angelieferte und so dringend benötigte qualitativ hochwertige Farbenpracht der Firma Durand & Huguenin wies leider einen schwerwiegenden Makel auf, der dem Board of Trade beträchtliche Schluckbeschwerden verursachte. Durand & Huguenin mit Sitz in Basel besaßen zwar ausserordentlich gute Produkte, wurden aber besessen von der I.G. Farbenindustrie bzw. I.G. Chemie Basel, einer Tochter von I.G. Farben Deutschland. Es waren also zu einem grossen Teil *deutsche* Farbstoffe, die das englische Überleben auf dem internationalen Textilmarkt sicherten. Eine undenkbbare Situation. Das Board of Trade besann sich deshalb Anfang Januar 1940 auf seine patriotischen Pflichten und untersagte den Handel zwischen der englischen Textilindustrie und Durand & Huguenin, weil deren Eltern nicht mehr aus gutem Hause stammten. Ein schweizerisches Konsortium, bestehend aus den Firmen Ciba, Geigy und Relioz (Sandoz)<sup>335</sup> erbot sich daraufhin, Durand & Hugenin zu kaufen, wodurch diese dem deutschen Besitz entzogen würden und die helvetische Flagge schwingen könnten. In seiner Antwort äusserte das Board of Trade aber Bedenken, der Verkaufserlös könne möglicherweise nach Deutschland fliessen, und liess eine definitive Antwort auf den Kaufvorschlag des Konsortiums mehrere Wochen in der Luft hängen.<sup>336</sup> (Dem schweizerischen Konsortium blieb natürlich verborgen, dass die angeführten Bedenken nur Zeit bringen sollten, die das Board of Trade für die Prüfung der zwischenzeitlich von ICI übermittelten Vorschläge zur Strangulierung von D&H benötigte.)<sup>337</sup> Das Board of Trade setzte nun zu einem einzigartigen Kapriolenstück an. Gemäss dem erklärten Ziel, D&H-Produkte vom Markt auszusperrn, lehnte es in der Folge sämtliche Exportanträge der Firma Durand & Huguenin ab, äusser für Ausfuhren nach England und Frankreich. Damit waren die Textilindustrien Amerikas, Indiens und anderer Länder von der Belieferung mit D&H-Erzeugnissen abgeschnitten. Die für England aufrechterhaltene Exporterlaubnis galt aber nur für die britische Regierung, welche die ausgezeichnete Qualität der D&H-Produkte für ihre eigenen Aufträ-

ge an die Textilindustrie nicht missen wollte. Dem englischen Textil *export* hatte das BOT aber ebenfalls den Hahn zugekehrt. Er sass genauso auf dem Trockenen wie seine Konkurrenten in den anderen Ländern.

Frankreich besass einen geschützten Farbstoffmarkt, der im Vergleich zum Weltmarkt nur Sub-Standard-Qualität führte. Um Konkurrenz zu den eigenen Produkten auszuschliessen, hatten die Franzosen deshalb hohe Schutzzölle auf die Einfuhr von Farbstoffen gelegt. Die Wirtschaft Grossbritanniens dagegen war global exportorientiert und weltweit an verschiedenen Märkten engagiert. Das Farbstoffgeschäft stellte für England eine beträchtliche Einnahmequelle dar. Während Deutschland durch den Export von Farbstoffen nach England via Schweiz zwischen 250'000 und 300'000 £ verdiente, war der Gewinn Grossbritanniens durch die Veredelung von Textilien mit Farbstoffen von Durand & Hugenin zwanzigmal höher. Ein beachtlicher Betrag. Ein abzusehender Blockaderfolg gegen die schweizerischen, sprich deutschen Farbstoffe hätte aber nicht nur den Interessen der englischen und französischen Farbstoffindustrie gedient, er wäre auch dem Ministry of Economic Warfare (M.E.W.) hoch willkommen gewesen. Dieses befand sich nämlich ebenfalls in einer unerquicklichen Situation: Im Rahmen des Blockadeabkommens waren Firmen verpflichtet, für Exporte in andere Länder, wie z.B. in die USA, die Zustimmung des M.E.W. einzuholen, die aber im Falle von Durand & Hugenin nicht mehr erteilt wurde. Bis zur Erörterung und möglicherweise Implementierung des von ICI und der französischen Farbstoffindustrie angestrebten Planes einer weltweiten Boykottierung der D&H-Produkte beantwortete das M.E.W. die von der US-Botschaft in London übermittelten Reklamationen amerikanischer Firmen im Zusammenhang mit Genehmigungsverzögerungen für Ausfuhranträge von D&H-Produkten durch alliierte Gewässer deshalb mit der hinhaltenden Taktik «we are considering the matter», anstatt mitzuteilen, dass man beschlossen hatte, diese Anträge abzulehnen.<sup>338</sup>

Es lag nun natürlich nicht im Interesse des M.E.W., sich dem Vorwurf einer Diskriminierung des internationalen Wettbewerbs auszusetzen, schon gar nicht im Zusammenhang mit den wichtigen Beziehungen zu den USA, wo man auf keinen Fall die politische und materielle Unterstützung der Regierung Roosevelt gefährden wollte. In den USA wurde ein gewisser Anteil der importierten hochwertigen D&H-Farbstoffe von der Textilindustrie veredelt und in andere Märkte exportiert, wo sie mit den britischen Textilien konkurrierten.<sup>339</sup> Die Blockadepolitik bot nun die Möglichkeit, diesem Konflikt von Interessen und der ganzen Wettbewerbsmisere ein Ende zu bereiten. ICI und die französische Farbstoff-

industrie hatten deshalb die lange herbeigesehnte Chance ergriffen, sich eines mächtigen Konkurrenten entledigen zu können und dem Board of Trade den Vorschlag gemacht, die deutschen Farbstoffe durch eine effiziente Blockierung aller D&H-Produkte, die sonst keine andere Quelle hatten, ein für allemal von den Weltmärkten zu fegen. Die französisch-britische Allianz gedachte, 60% der Farbpalette anbieten zu können und die anderen 40%, welche eine wichtige blaue Farbe wie die von D&H enthielten, in 18 Monaten zu ersetzen und bis zu diesem Zeitpunkt die jetzt vorhandenen Farben zu benützen.

Wie zuvor erwähnt, musste das Board of Trade in seiner Sitzung vom 27. Mai 1940 dann allerdings feststellen, dass das Ministry of Economic Warfare nicht über das notwendige Instrumentarium verfügte, die Ausfuhr von deutschen Farbstoffen, speziell jener von Durand & Hugenin, weltweit zu unterbinden. Damit war die angestrebte Monopolisierung des Weltmarktes für britische und französische Farbstoffe fürs erste gescheitert. Als Reaktion auf die alliierte Blockadepolitik hatte I.G. Farben damit begonnen, ihre Produktionskapazität in anderen neutralen Ländern, wie den USA, erheblich auszubauen. Im Rahmen ähnlicher Aktivitäten versuchten die deutschen Unternehmen gleichzeitig, einer Sequestrierung, die im Falle eines Kriegsbeitritts der USA drohte, zuvorzukommen. Sie tarnten ihre amerikanischen Niederlassungen, indem Aktienmehrheiten oder einfach die Namen geändert wurden. Wie I.G. Farben erkannte jetzt auch die britische ICI die Vorteile von Produktionsstätten im Ausland und erweiterte ebenfalls ihre Niederlassungen, speziell in Indien, dies jedoch ohne die Notwendigkeit einer Tarnung.

Im Hinblick auf Durand & Hugenin entwickelte sich die Angelegenheit derart, dass am 12. Juli 1940 das schweizerische Konsortium der I.G. Chemie die deutsche Beteiligung an D&H abkaufte.<sup>340</sup> I.G. Chemie Basel behauptete inzwischen, keine ihrer Aktien befände sich mehr in deutschem Besitz. Sie sei eine schweizerische Firma geworden, an der die deutsche I.G. Farben keinerlei Anteile mehr habe. Dokumente aus den National Archives belegen indessen, dass bereits seit 1936 Bemühungen im Gange waren, die Identität zwischen I.G. Farben und I.G. Chemie zu verschleiern.<sup>341</sup> So schob man beispielsweise absolut vertrauenswürdige langjährige schweizerische Funktionäre der I.G. Farben in Schlüsselstellungen der I.G. Chemie vor, um den schweizerischen Charakter zu verstärken. Felix Iselin, ein prominenter schweizerischer Anwalt, wurde Präsident der I.G. Chemie. Am Rande sei noch erwähnt, dass Felix Iselin einen Cousin hatte, der C. Koechlin hiess. Dieser war Generalmanager der Chemiefirma Geigy AG, Basel, und ein Mitglied des schweizerischen Kartells, das Durand & Huguenin aufgekauft hatte.<sup>342</sup>

Die Engländer akzeptierten die Argumentation der I.G. Chemie. Offenbar befürchteten sie nicht mehr, der Verkaufserlös für D&H könne im Dritten Reich landen, sondern *gingen davon aus*, dass er in der Schweiz blieb.<sup>343</sup> Abgesehen von der gelungenen Maskierung gelang es der Firma Durand & Huguenin im Sommer 1940, den deutschen Materialanteil der in Basel hergestellten Farbstoffe auf 14,5% reduzieren. Man entsprach damit den Bestimmungen des War Trade Agreement und konnte wieder offiziell weltweit exportieren. Die englischen Bürokraten pflegten jedoch noch immer ihre ausserordentliche Abneigung gegen D&H. Board of Trade und M.E.W. nahmen deshalb Mitte Oktober 1940 die Exportlizenzen der Firma Durant & Huguenin genau unter die Lupe. Sie stellten fest, dass ein hoher Anteil des Exportes der inzwischen ‚schweizerisch‘ gewordenen Firma D&H an die General Dyestuffs Corporation in den USA geliefert wurde – ihres Zeichens Exklusiv-Distributor für I.G. Farben Deutschland –, die dann Farbstoffe von D&H in andere Länder exportierte.<sup>344</sup> In diesem speziellen Falle erwies sich das Werkzeug Blockademassnahmen als nutzlos für die Kriegsführung, denn es war unmöglich, den amerikanischen Markt durch die Blockadepolitik ausreichend kontrollieren bzw. effizientere Massnahmen ergreifen zu können, ohne die USA zu entfremden, und dieses Risiko wollten die englischen Behörden auf keinen Fall eingehen (das machte man nur mit kleinen Staaten).

Im Falle Indiens jedoch sah das Board of Trade eine grössere Chance, den Exporthandel als ein Instrument der Kriegsführung zu benützen, und beschloss, zusammen mit anderen Departementen, die von ICI vorgeschlagene Strategie zu unterstützen. Indien besass eine grosse Textilindustrie, und die Weber (hand loom weavers) waren speziell von den deutschen Farbstoffen abhängig. Bereits im Mai 1940 betrug die Nachfrage für Farbstoffe 75% der Vorjahresmenge, eine enorm hohe Zahl. Man einigte sich also, mittels der Blockadepolitik die getarnten Lieferungen und alle Einfuhren aus Deutschland aufzuspüren und provisorisch zurückzuhalten. Damit könnte man den indischen Farbstoffmarkt ‚trockenlegen‘. Gesagt, getan. Die auf dem indischen Farbstoffmarkt künstlich hochgetriebene Nachfrage erlaubte den Indern keine qualitativen Beanstandungen, und so konnte ICI seine Produkte problemlos absetzen.

Erneuter Seiltanz des Board of Trade: Neben seinen Weltmarktträumen war ICI ganz nebenbei auch Mitglied eines Chemiekartells, bestehend aus den deutschen I.G. Farben, der amerikanischen DuPont und der englischen ICI. Im Rahmen dieses Kartells war ICI verpflichtet, von dem indischen Distributor Chemdyes, dessen Besitzverhältnisse zwar geschickt getarnt waren, der aber zu

I.G. Farben gehörte,<sup>345</sup> eine gewisse Menge (deutscher) Farbstoffe zu kaufen, um seine Quote zu erfüllen. Das Board of Trade genehmigte dieses Vorgehen «in light of the cartel arrangements»,<sup>346</sup> betonte aber, es halte ein Auge darauf, dass von Deutschland nur so viel bestellt werde, wie für die Einhaltung der Kartellvereinbarungen für Indien unbedingt notwendig. Welch ein Pflichtbewusstsein!

Gewisse Beamte des britischen Staates massen sich hier an, offizielles Recht zu ignorieren, und setzen sich eigenmächtig über die von Churchill ausdrücklich betonte Absicht, einen totalen Krieg gegen Deutschland zu führen, hinweg. Sie wiegen sich in dem Glauben, England zu dienen, indem sie immer noch Chamberlains Politik des Appeasement befolgen, Kompensationsgeschäfte sanktionieren und Kartellarrangements aufrechterhalten, die dem Feind Deutschland nach wie vor eine internationale Handelspräsenz erlaubten und ihm zusätzlich noch wertvolle Devisen erbrachten.

War Churchill vielleicht doch nicht der Mann, der alles im Griff hatte? Der Mann, der keinen wie auch immer gearteten Kontakt mit dem Feind dulden wollte und der vor dem Unterhaus sagte: ‚we will fight to the death against Germany‘? Dessen Wirtschaftsabteilungen aber frisch und fröhlich Kartellverbindungen mit eben diesem Feind unterhielten und dessen Aussenministerium einige Wochen nach seiner erklärten ‚Fight to death‘-Rede seinen Undersecretary zu einem Minister Schwedens sagen lässt, dass England zu vernünftigen Bedingungen einem Kompromissfrieden zustimmen würde? Hat Churchill als Regierungschef Grossbritanniens von diesen Aktivitäten gewusst und war er pragmatischen Lösungen zugänglicher, als uns das heute von Churchill vermittelte Bild glauben lässt?<sup>347</sup> Fragen, deren Antwort vielleicht erst spätere Historikergenerationen finden werden. Wie auch immer. Noch nach Eintritt der USA in den Krieg wird diese von Teilen der englischen Bürokratie gepflegte Haltung der Halbherzigkeit zu einer Benachteiligung gegenüber dem Feind führen. Die gleiche Halbherzigkeit, die in der Aussenpolitik der USA zu finden ist, als sie noch den Status eines neutralen Landes beanspruchte.

## Ende der Kartelle

Das ‚Ableben‘ der Kartelle begann mit der alliierten Erklärung gegen Kriegsverbrechen im Dezember 1942, die bei den Briten ein Umdenken in der Beurteilung neutraler europäischer Staaten in Gang setzte. Neutralität wurde nun zusehends als moralisch verachtenswert und als kriegsgewinnlerisches Abseits-

stehen in einem Kampf «um Recht und Unrecht» beurteilt.<sup>348</sup> Die Abwertung der Neutralität als aussenpolitisches Instrument wirkte sich nun auch auf die Toleranz, den Handel mit dem Feind weiterzuführen. Aber erst 1943, als die drei Verbündeten in Teheran erklärten, nur eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands werde den Krieg beenden, erkannten die englischen Bürokraten die geringen Chancen eines (für Englands Wirtschaft) nützlichen Weiterlebens der Kartelle. Das Kartellwesen wurde nun nicht mehr länger befürwortet und wie im Falle des Geldtransfers an Philips bei dem International-Lamp-Kartell einfach verboten. Die Weltanschauung hatte sich geändert.

Anfang 1944 erhob die amerikanische Justiz Anklage gegen amerikanische und englische Firmen, wobei die letzteren mit Wissen und Genehmigung des englischen Board of Trade und anderer Abteilungen der englischen Bürokratie in den Jahren zuvor ihre Kartellfunktionen wahrgenommen hatten. Eine offizielle Distanzierung der englischen Regierung von der Kartellpolitik erfolgte auch jetzt nicht.

Wiederbelebungsversuche von Elementen der Kartellstrategie entstehen auch heute noch von Zeit zu Zeit. Aufsichtsbehörden in den verschiedenen Ländern sorgen aber in einem hohen Masse dafür, dass gesetzeswidrige Abkommen zur Manipulation der Weltpreise oder Kontrolle der Märkte juristisch verfolgt und teilweise in Millionenhöhe bestraft werden. Doch Kartelle oder, besser gesagt, Bestrebungen, Märkte durch gegenseitige Absprachen dem Wettbewerb zu entziehen, scheinen die Widerstandsfähigkeit einer Hydra zu besitzen. Trotz aller gegenteiligen Bestrebungen erheben immer wieder neue Monopol- oder Kartellarrangements ihr Haupt wie beispielsweise das unangefochten existierende Ölkartell, ins Leben gerufen von den Öl fördernden Ländern. Dieses Kartell dient dem Zweck, die Liefermengenquoten gegenseitig abzusprechen und das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage stabil zu halten. Es ist ein Monopol mit Genehmigung der Regierungen und Firmen auch der industriellen Länder, die über keine Ölvorkommen verfügen.



### **3 Widersprüchliche Politik der USA – Globale Verflechtungen**

## Amerikas Position

### Szenario nach dem Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg forderte von Europa einen hohen Zoll; 9 Millionen Menschen starben, 20 Millionen wurden verwundet. Die Kosten des Krieges betragen mehr als 400 Milliarden Dollar.<sup>349</sup> Die Beendigung des kollektiven Wahnsinns brachte weitere Belastungen für die europäischen Länder. Sieger und Besiegte litten gleichermassen unter den Folgen des Niederganges der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, welcher, verbunden mit einer hohen Inflationsrate, soziale und politische Instabilität hervorrief.

Die Auswirkungen der europäischen Krise tangierten auch die USA. Präsident Wilson gelangte zu der Auffassung, dass nur eine kollektive Sicherheitsstruktur stark genug wäre, den gerade errungenen Frieden für die Zukunft zu sichern. Der amerikanische Präsident bemühte sich deshalb um den Aufbau einer derartigen Staatenorganisation, des ‚Völkerbunds‘. Es gelang auch, viele Nationen zu einer Teilnahme zu bewegen, die USA selbst traten der Organisation jedoch nicht bei. Amerika konnte sich nicht dazu durchringen, sein eigenes politisches Gewicht mit dem Status einer Grossmacht als stabilisierenden Faktor auf die Waagschale des Völkerbundes zu legen und damit als Garant für Frieden in Europa und der Welt aufzutreten.

Der Erste Weltkrieg hatte den USA wirtschaftlich einen ungeheuren Aufschwung gebracht und auf den Platz einer Weltmacht katapultiert. Aus der Schuldnation vor 1914 mit 3,7 Milliarden Dollar Schulden gegenüber europäischen Gläubigern entwickelten sich die Vereinigten Staaten zu einer Gläubignation mit einem Guthaben von 12 Milliarden Dollar, wovon über 10 Milliarden Dollar Kriegsschulden anderer Nationen waren. Das Land hatte alle ehemaligen europäischen Gross- und Wirtschaftsmächte überholt und stand am Ende des Krieges unbestritten an der Spitze der Welt. Die Wirtschaft florierte und die amerikanischen Banken waren bereit, das am Boden liegende Europa mit Investitionen zu unterstützen. Die dann erfolgte Absage der USA an eine kollektive Sicherheit durch das Fernbleiben vom Völkerbund und ihr Rückzug in den Isolationismus verursachte eine befremdende, im Grunde widersinnige

Diskrepanz zwischen der finanziell-wirtschaftlichen Machtstellung der USA in der Welt und ihrer weltpolitischen Abstinenz.

### Widersprüchliche Sicherheitspolitik der USA

Die zwanziger und dreissiger Jahre waren gekennzeichnet von vielen Herausforderungen. Vier Aspekte davon:

1. Beitritt zum Völkerbund
2. Abrüstung
3. Wirtschaftlicher Internationalismus
4. Isolationismus und Neutralitätsgesetzgebung

illustrieren besonders deutlich die sich widersprechenden Konzepte der amerikanischen Aussenpolitik. Als ein Beispiel sei die Handhabung der Neutralitätspolitik zwischen 1939 und 1941 genannt, wo die USA sich seit 1935 offiziell als neutrales Land erklärten, tatsächlich aber bereits seit Herbst 1940 einen un-deklarierten Krieg gegen Nazi-Deutschland führten, und zwar in einem Ausmass, «as the destroyer bases deal and lend-lease took us further and further away from the traditional rules of neutrality».<sup>350</sup> Mit seinen antideutschen Kampagnen bewegte sich Roosevelt allerdings auf schwachem Grund. Die Bevölkerung wollte auf keinen Fall in Feindseligkeiten hineingezogen werden, und die international tätigen amerikanischen Grossfirmen und Banken waren ohnehin nicht gewillt, auf ihre einträglichen Geschäfte zu verzichten. Sie ignorierten geflissentlich den gegen Deutschland gerichteten politisch-militärischen Schattenkrieg ihrer Regierung und tätigten zwischen 1939 und 1941 ungeachtet der Aggressionspolitik Hitlers bereitwillig weitere Investitionen und Dienstleistungen in Deutschland. – Wie hatte doch die Federation of British Industries am 16. 3. 1939 in Düsseldorf gesagt? Politische Schwierigkeiten hätten nichts mit Wirtschaft und Industrie zu tun!

Business as usual hielt auch stand, als im Sommer 1940 ein grosser Teil Europas unter NS-Herrschaft fiel. Amerikanische Investitionen unterstützten nicht nur die internationale Finanzkraft des neu entstandenen Grosswirtschaftsraums Deutschland, sondern gleichzeitig auch den Aufbau und die Umstrukturierung von Firmen und Verwaltungen für die deutsche Kriegswirtschaft. Während das Dritte Reich gegen Ende 1940, nicht zuletzt durch Ausnützung der von den Finanzplätzen neutraler Länder (auch des US-Marktes) zur Verfügung gestellten Dienstleistungen, eine positive finanzpolitische Entwicklung verzeichnen konnte,<sup>351</sup> waren Englands finanzielle Reserven schon im Dezember 1940

durch die Kosten des Krieges erschöpft. Man hegte bereits den Gedanken, britische Unternehmen an Käufer in den USA zu veräußern, als Churchill sich entschloss, den amerikanischen Präsidenten um Hilfe zu bitten. In seinem Schreiben vom 8. Dezember 1940 erwähnte er den dringenden Bedarf Englands an Kriegsmaterial. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass England die Waffenlieferungen nicht bezahlen könne, da seine Auslandsguthaben erschöpft seien, und forderte eine grosse Anzahl amerikanischer Kriegsschiffe als «gift or Ioan» (Geschenk oder Darlehen)<sup>352</sup>. Mit diesem Schreiben setzte Churchill Roosevelt in Kenntnis, dass England nicht länger über die notwendige Finanzkraft verfügte, zu den Cash-und-Carry Bedingungen weiterhin kriegswichtiges Material einzukaufen. Da die Neutralitätsgesetze Anleihen an Kriegführende verboten, vertiefte sich bei Roosevelt eine bereits längere Zeit schwelende Idee, nämlich an England Kriegsmaterial zu verpachten bzw. zu leihen. Zur Erläuterung seines Leih-Pacht-Programmes (Lend-Lease) benützte Roosevelt den Vergleich mit einem Mann, der dem Nachbarn bei einem Brand zur Löschung seines Hauses einen Gartenschlauch leiht, und meinte «... I may help him to put out his fire. Now, what do I do? I don't say to him before that operation „Neighbor, my garden hose cost me 15 dollars; you have to pay me 15 dollars for it’.»<sup>353</sup> (*Ich kann ihm helfen, das Feuer zu löschen. So, was tue ich? Ich sage nicht zu ihm vorher: «Nachbar, mein Schlauch kostet mich 15 Dollar; Du musst mir 15 Dollar dafür bezahlen.*)

Am 30. Dezember 1940 wurde Henry Morgenthau, Head of Treasury, beauftragt, ein Programm für ‚Lend and Lease‘ zur Vorlage an den Kongress auszuarbeiten. Man ging die Sache gründlich an, ungeachtet der am Abgrund stehenden Finanzsituation des Vereinigten Königreiches. Drei Monate nach der Anfrage Churchills, am 11. März 1941, wurde die Lend and Lease Act genehmigt. Die befürwortenden Abgeordneten und der Präsident waren sich darüber im klaren, dass Amerika a) mit ‚Lend and Lease‘ stark von der Neutralität abwich, b) das Völkerrecht verletzte, dessen Bestimmungen die Lieferung von Verteidigungsmaterial an nur einen Kriegführenden durch einen Neutralen bereits als Kriegsakt auslegten, und c) die USA sich mit diesem Schritt gefährlich nahe an den Rand einer aktiven Kriegsbeteiligung manövrierten. Die Zustimmung kam gegen den heftigen Widerstand eines Teils der Kongressabgeordneten zustande.<sup>354</sup>

England indessen hatte die drei Monate auf der Wartebank nicht ohne Schaden überstanden. Die Finanzlage des Landes war verheerend (wozu nicht zuletzt auch die aus dem Stillhalteabkommen herrührenden hohen Bankenverluste beigetragen hatten), und die englische Industrie musste zu Beginn des Jahres 1941

Courtaulds amerikanische Tochter, die American Viscose Corporation, verkaufen und viele andere US-Niederlassungen von britischen Firmen auf die Verkaufsliste setzen.<sup>355</sup>

Doch wieder zurück zum Ende des Ersten Weltkrieges, wo die Regierung der USA hoffte, dass die internationale Verknüpfung bedeutender wirtschaftlicher Interessen die Wirtschaftsverbände der im Völkerbund präsenten Länder automatisch zu einer Gegensteuerung kriegerischer Neigungen veranlassen würde. Trotz ihrer Bemühungen um Friedenserhaltung nahmen die USA jedoch davon Abstand, entscheidende Verträge mit klaren militärischen Verpflichtungen zu unterzeichnen, die im Falle der Vertragsverletzung automatisch in Kraft getreten wären. Diese Januspolitik verursachte ein sicherheitspolitisches Vakuum, das später die ungestörte Entwicklung von Faschismus und Militarismus in Europa und Asien begünstigen sollte.

# Sicherung des Weltfriedens

## Die USA und der Völkerbund

Bereits vor dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg hatte Präsident Wilson erkannt, dass der künftige Frieden nur gesichert werden konnte, wenn es gelang, die europäischen Mächte in eine Allianz gleichberechtigter Staaten einzubinden. In einer Rede vor dem Senat im Januar 1917 sagte Wilson über den europäischen Krieg: «Wenn es bloss ein Kampf für ein neues Gleichgewicht der europäischen Macht ist, wer wollte und könnte dann die Garantie dafür übernehmen, dass die neugeschaffene Ordnung der Verhältnisse sich im stabilen Gleichgewicht befindet? Was uns not tut, ist nicht ein Gleichgewicht der Macht, sondern die gemeinsame Ausübung der Macht, nicht eine Organisation gegenseitiger Nebenbuhlerschaft, sondern die Organisation eines allen Völkern gemeinsamen Friedens.»<sup>356</sup> «Not balance of power, but community of power» sei die Lösung für einen dauerhaften Frieden – und genau diese ‚community of powen, einen gleichberechtigten Bund der beteiligten Staaten, einen ‚Völkerbund‘, hielt Wilson für den einzigen Weg, Frieden in Europa zu sichern. Wilsons Konzept enthielt zwei bedeutende Prinzipien, nämlich Selbstbestimmungsrecht der Völker (Nationalitätsprinzip) und kollektive Sicherheit. Der Völkerbund sollte ein weltumfassender Sicherheitsvertrag sein. Kollektive Sicherheit als Ersatz für die Machtpolitik alten Stils, deren Geheimdiplomatie und Allianzen nach Ansicht des amerikanischen Präsidenten für die Katastrophe des Ersten Weltkrieges verantwortlich gewesen waren.

Wilson's Einschätzung der europäischen Machtpolitik war sicher richtig, berücksichtigte aber nicht die im Vergleich zu Amerika unterschiedlich verlaufene geschichtliche Entwicklung Europas. «Seit dem Westfälischen Frieden von 1648 basierten die verschiedensten Regelungen in Europa auf dem Konzept der Balance of Power, eines Gleichgewichts der Macht ... Europa (war) die einzige Region auf der Welt, in der ein multistaatliches System existierte. Alle anderen Grossmächte dominierten ihre jeweiligen Sphären. Nur in Europa koexistierten ähnlich starke Staaten, deren Überleben von der bewussten Manipulation eines Gleichgewichtes abhing, das periodisch neu justiert wurde, wenn sich gewisse Änderungen eingestellt hatten.»<sup>357</sup> Im Spannungsfeld des europäi-

schen Systems lasteten auf den europäischen Völkern und ihren Führern jahrzehntelange oder gar jahrhundertalte Rivalitäten, Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen mit den damit verbundenen Ängsten und Vorurteilen. Auch die in Versailles versammelten führenden Männer Europas waren in diesem System verwurzelt. In Amerika hat sich für dieses geschichtlich bedingte Balancieren mit dem Gleichgewicht der Macht nie ein wirkliches Verständnis entwickelt.

Die Denkweise des Amerikaners Wilson verlief in ‚amerikanischen‘ Bahnen. Er war ein Produkt der amerikanischen Geschichte, in deren Verlauf die Vereinigten Staaten sich ausdrücklich von Europa abgekoppelt und zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein eigenes amerikanisches System und Verständnis entwickelt hatten. Nun, hundert Jahre später, kehrten die USA, sozusagen als Macht von ausserhalb, nach Europa zurück, um dieses Europa nach amerikanischen Grundsätzen und Idealen umzugestalten, die tief in der amerikanischen Tradition verwurzelt waren.

Der überzeugenden Argumentation Wilsons folgend, waren England, Frankreich, Italien und Japan bereits dabei, Mitglieder des Völkerbundes zu werden, als im November 1919 die Meldung aus den USA wie eine Bombe einschlug, dass der Senat der Vereinigten Staaten den Vertrag von Versailles nicht ratifiziert hatte. Die USA würden dem Völkerbund nicht beitreten.

Die primäre Ursache für die ablehnende Haltung des Senats gegenüber dem Völkerbund gründete in dem tief verwurzelten isolationistischen Denken des amerikanischen Volkes. Der in den USA praktizierte Isolationismus schloss Kontakte mit anderen Ländern keinesfalls aus. Das Engagement mit der ‚Aus-senwelt‘ beschränkte sich aber ausschliesslich auf wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen.

Die isolationistische Einstellung der amerikanischen Aussenpolitik, welche die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg prägen sollte, war ein Kaleidoskop verschiedener Faktoren. Zunächst einmal traditionelle Abneigung gegen weltpolitische Verantwortung, Reaktion auf ‚undankbare‘ Europäer, welche die Zahlung von Kriegsschulden nicht einhalten wollten und den durch die Teilnahme der USA gewonnenen Krieg dazu missbraucht hatten, ihre Imperien zu vergrössern. Nicht zuletzt spielten auch die provinzielle Beschränktheit mancher Abgeordneter und sture Parteipolitik eine Rolle. Bei Betrachtung dieser Argumente sollte jedoch nicht äusser acht gelassen werden, dass die amerikanische Einstellung zur Weltpolitik traditionsgemäss isolationistisch war. Die Amerikaner berufen sich auf die historischen Väter der Verfassung wie Washington und Jef-

ferson und auf Monroe, die alle eine Doktrin der Trennung des europäischen und amerikanischen politischen Systems vertreten haben.

Vorwiegend diesem traditionellen Isolationismus entsprang zweifellos der Wunsch einer Abkehr von Europa, nachdem man hatte erkennen müssen, dass sich die Europäer nicht nach amerikanischen Vorstellungen umformen und leiten lassen wollten. Das isolationistische Gedankengut verursachte jedoch auch eine gewisse geistige Inflexibilität. Ein überwiegender Teil des amerikanischen Volkes und seiner gewählten Vertreter war nicht fähig, die Bedeutung des Aufstiegs zu einer Weltmacht zu erkennen. Man war deshalb auch nicht in der Lage einzusehen, dass die USA nun gefordert waren, sich nicht länger an den isolationistischen Grundsätzen der Vergangenheit zu orientieren. Wilson, in realistischer Anerkennung der neuen Führungsrolle, wollte das Land aus der alten Denkstruktur herausreißen. Er sah die verhängnisvollen Konsequenzen des Isolationismus in einer geradezu visionären Weise voraus, als er am Ende seiner politischen Karriere, nachdem der Senat den Pakt mit dem Völkerbund abgelehnt hatte, sagte: «Das Volk wird jetzt aus bitterer Erfahrung lernen, was es verloren hat. Wir hatten eine Chance, die Führung der Welt zu übernehmen; wir haben sie verspielt, und wir werden bald die tragischen Folgen erleben.»<sup>358</sup>

### **Schwächung der kollektiven Sicherheit Europas**

Der Nichteintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund verursachte von Anfang an eine Schwächung dieser internationalen Organisation. Die Staatengemeinschaft war durch das Fehlen der USA der führenden Stütze beraubt, und es gelang der Vereinigung eigentlich nie wirklich, ihre Grundsätze in der angestrebten Form umzusetzen. Durch das Abseitsstehen der USA verlor die amerikanische Aussenpolitik in der Welt beträchtlich an Ansehen. Max Silberschmidt, damals Professor für amerikanische Geschichte an der Universität Zürich, schrieb 1941 darüber, noch während des Zweiten Weltkrieges: «Sie erscheint widerspruchsvoll, sinnlos, ja geradezu unehrenhaft. Widerspruchsvoll, weil sich die Interventions- und Kooperationspolitik plötzlich in eine radikale Isolierungspolitik verkehrt. Sinnlos, weil eine solche Haltung jedes tieferen Sinnes entbehrt, nur als eine von den Tagesinteressen bestimmte Behandlung politischer Fragen erscheint. Unehrenhaft, weil die amerikanische Staatsführung, die ihre Interventionspolitik mit der Berufung auf allgemein verpflichtende moralische Grundsätze und das Interesse der Staatenkollektivität gerechtfertigt



hatte, sich nun plötzlich jeder möglichen Einschränkung ihrer nationalen Hoheitsrechte im Interesse der Allgemeinheit widersetzte.»<sup>359</sup>

In ihrer Auswirkung eigentlich noch unheilvoller als die Nichtteilnahme der USA am Völkerbund war der Wegfall der am 28. Juni 1919 abgeschlossenen Garantieverträge, die Frankreich auf Drängen seines Ministerpräsidenten George Clemenceau von den USA und England erhalten hatte. Die Garantieverträge der Vereinigten Staaten und Englands hätten Frankreich die Unterstützung der angelsächsischen Mächte zugesichert für den Fall einer Verletzung der Artikel 42-44 des Friedensvertrages von Versailles. Diese Artikel bezogen sich auf die Entmilitarisierung der Rheingrenze. Bei einer unprovokierten Verletzung der Entmilitarisierungsbestimmungen durch Deutschland hätte Frankreich sich als bedroht erklären können, und England und Amerika wären automatisch zur Hilfe verpflichtet gewesen. Es sind keine seherischen Gaben erforderlich, um sagen zu können, dass die Weltgeschichte in eine andere Bahn gelenkt worden wäre, wenn 1936 die USA und England ihre Macht gegen Deutschland aufgeboten und Hitler an der Remilitarisierung des Rheinlandes gehindert hätten!

Unglücklicherweise waren die beiden Garantieverträge miteinander verknüpft, und zwar derart, dass der englische Premier Lloyd George dem Garantievertrag nur zustimmen wollte, wenn die USA den Beistandspakt mit Frankreich vorher ratifizierten. Der amerikanische Senat weigerte sich aber grundsätzlich, Bündnisverpflichtungen einzugehen, so dass auch der Garantievertrag mit Frankreich nicht ratifiziert wurde. Genau genommen gelangte dieser ohnehin nicht zur Kenntnis des Senates, sondern blieb bereits im Gestrüpp des Auswärtigen Ausschusses hängen. Damit war Frankreich eo ipso auch der Unterstützung Grossbritanniens verlustig gegangen. Neben dem oben erwähnten Aspekt ist dieses Ereignis noch deshalb besonders erwähnenswert, weil Frankreich auf das Scheitern der westlichen Bündnisverträge mit dem Aufbau eines eigenen Sicherheitssystems reagierte. Die französische Regierung machte eine Drehung um 180 Grad nach Osten und unterzeichnete Bündnisverträge mit den Ländern Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien – bekannt als ‚kleine Entente‘ – und Polen. Neben der Reparationsfrage und den Abrüstungsbestrebungen entwickelte sich übrigens die Frage der französischen Sicherheit zu einem der am meisten umstrittenen Probleme der Zwischenkriegszeit.<sup>360</sup>

## Umstrittener Beitritt zum Völkerbund

Wie zuvor schon erwähnt, war die Gegnerschaft im amerikanischen Senat verantwortlich für das Abseitsstehen der Vereinigten Staaten vom Völkerbund. Viele Senatoren stiessen sich ganz besonders an Artikel 10, Garantieartikel und Herzstück des kollektiven Sicherheitspaktes:

*«Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die territoriale Unversehrtheit und die gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden Angriff von aussen her zu wahren.»<sup>361</sup>*

Dieser Teil des Artikels beinhaltete die Verpflichtung, die im Versailler Vertrag festgelegte territoriale Integrität aller Länder zu respektieren und zu verteidigen, auch die der neu hinzugekommenen Länder Mittel- und Osteuropas. Nun waren durch den Versailler Vertrag drei neue unabhängige Staaten entstanden: Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien, und als Folge der russischen Revolution gewannen die Länder Finnland, Estland, Lettland und Litauen ihre Unabhängigkeit zurück. Dieser Staatengürtel von Finnland bis nach Rumänien wurde als ‚cordon sanitaire‘ (sanitary zone) bezeichnet und sollte die Expansion des Kommunismus nach dem Westen verhindern.<sup>362</sup> Alle diese jungen Staaten bargen jedoch in sich den Keim von Instabilität und damit für die Mitglieder des Völkerbundes wiederum die Gefahr, für friedenssichernde Aktionen gefordert zu werden. Speziell der zweite Teil dieser Verpflichtung:

*«Im Fall eines Angriffes, einer Bedrohung oder einer Angriffsgefahr trifft der Rat die zur Durchführung dieser Verpflichtung geeigneten Sicherheitsmassnahmen»<sup>363</sup>*

war für manche der Senatoren in dreierlei Hinsicht nicht akzeptabel, denn mit der Annahme dieses Artikels hätten die Vereinigten Staaten ihre Zustimmung gegeben,

– sich in einem Krieg engagieren zu müssen, den sie nicht wünschten, – der vielleicht in einer grossen geografischen Entfernung stattfinden würde – und der in keiner Weise die Sicherheit oder sonstige vitale Interessen der

USA tangierte.

Wilson bemühte sich, diese Kritik zu zerstreuen und die Senatoren davon zu überzeugen, dass mit Artikel 10 nicht wieder die alte Ordnung von Allianzen und Aufrüstung etabliert würde. Eine neue Zeit sei angebrochen, in welcher die Nationen zu einer kollektiven gegenseitigen Verteidigung aufgerufen waren. Wilson beharrte unnachgiebig auf seiner Ansicht, dass ohne Ratifizierung von Artikel 10 die Fähigkeit des Völkerbundes, Frieden zu sichern, zum Scheitern verurteilt sei.

Die oppositionellen Senatsmitglieder kritisierten nicht nur Artikel 10 an sich, sondern sahen damit einhergehend auch eine Verletzung der Monroe-Doktrin<sup>364</sup> sowie Einschränkungen der Kompetenzen des Kongresses und der amerikanischen Souveränität. Um die Besorgnisse des Senats zu entkräften, setzte Wilson auf dringendes Anraten der Anhänger des Völkerbundes die Erwähnung der Monroe-Doktrin im Vertragstext durch, und zwar gegen den starken Widerstand der europäischen Mächte. Artikel 21 des Völkerbundespaktes hatte nun folgenden Wortlaut:

*«Internationale Abkommen wie Schiedsgerichtsverträge und regionale Verständigungen wie die Monroe-Doktrin, welche die Aufrechterhaltung des Friedens sichern, werden nicht als unvereinbar mit irgendeiner Bestimmung des gegenwärtigen Bundesvertrages angesehen.»<sup>365</sup>*

An dieser Stelle ist besonders auf Artikel 20 hinzuweisen, der besagte, dass alle Verträge, die mit der Völkerbundsatzung nicht vereinbar waren, als null und nichtig zu gelten hatten. In Artikel 21 wurde nun ausdrücklich festgestellt, die Monroe-Doktrin sei etwas, das sich mit den Statuten des Völkerbundes in Übereinstimmung befinde. Obwohl die Monroe-Doktrin beim besten Willen nicht als internationale Abmachung oder gar völkerrechtliche Vereinbarung interpretiert werden konnte, sondern eine einseitige Erklärung der amerikanischen Regierung war, liessen sich Frankreich und Grossbritannien ihre Zustimmung zur Einbringung dieses Artikels ‚abkaufen‘. Den Franzosen musste Wilson die Verwaltung über das Saargebiet und den Engländern die Aussicht auf Flottenabrüstung versprechen.

Die Senatoren hegten noch eine weitere Befürchtung, nämlich dass der Kongress bei der Verhängung von Sanktionen übergangen und damit die Souveränität der USA eingeschränkt werden könnte. Um auch diesem letzten Oppositionspunkt den Wind aus den Segeln zu nehmen, schlugen Wilsons Getreue vor, zusätzlich in die Statuten aufzunehmen, dass die Vereinigten Staaten ohne Zustimmung des Kongresses keine Interventionsverpflichtung übernehmen könnten. Amerika sollte im Exekutivrat ein Vetorecht ausüben. Die besondere Erwähnung dieser Bestimmung war eigentlich überflüssig, da die Mittel für derartige Aktionen sowieso nur mit Bewilligung des Kongresses freigestellt werden konnten. Wilson, gereizt durch die Anstrengung der endlosen Verhandlungen, war nicht mehr bereit, diesen Vorschlag auch noch einzubringen. Der amerikanische Präsident hatte mehrere Zugeständnisse in Paris gemacht, um die vom Senat kritisierten Punkte zu entschärfen. Es waren dies – die ausdrückliche Anerkennung der Monroe-Doktrin, – die Nichteinmischung des Völkerbundes in innere Angelegenheiten – und eine förmliche Anerkennung des Austrittsrechtes der Mitglieder.

Als die Opposition trotz der teuer erkauften Anerkennung der Monroe-Doktrin in Artikel 21 immer noch an dem Vertragswerk herumäkelt, war Wilson am Ende seiner Geduld. Der Präsident beschloss, den Vertrag so durchzupfeitschen, wie er nun einmal war. Mit einem gewissen Recht hatte Wilson angenommen, dass in dieser Frage nach wie vor eine Mehrheit des amerikanischen Volkes hinter ihm stand. Aber das Schicksal des Völkerbundes wurde nicht vom amerikanischen Volk entschieden, sondern im Senat der Vereinigten Staaten. Dieser Senat jedoch war nicht übermässig daran interessiert, Wilson zu folgen. Ganz im Gegenteil – die Gegner des Völkerbundbeitritts bliesen zum Halali. Senator Cabot Lodge benutzte seine Position als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Senat, um zeitraubende Befragungen (Hearings) massgebender Persönlichkeiten vorzunehmen und dabei ‚sorgfältig‘ alle Argumente, die gegen eine Annahme des Versailler Vertrages sprachen, durchzudiskutieren.

Gleichzeitig wurde eine Kampagne gegen den Völkerbund aufgezogen, finanziert durch der republikanischen Partei nahestehende Industrielle wie den Stahlmagnaten Henry Clay Flick und den Aluminium-Grossindustriellen Andrew C. Mellon. Wilson beging nun einen grundlegenden Fehler. Seine Einzelverhandlungen mit den Senatoren kamen nicht von der Stelle. Er spürte, wie die Zeit gegen ihn arbeitete. Statt sich der Herausforderung von Lodge in Washington zu stellen und zu versuchen, den Senat doch noch für seinen Standpunkt zu gewinnen, beschloss er in einer für seinen politischen Stil charakteristischen Wendung, über die Köpfe der unbequemen Politiker hinweg direkt einen Appell an das Volk zu richten. Es war eine Flucht aus Washington und den sich dort auftürmenden Schwierigkeiten. Wilsons Redetouren in die Zentren des Isolationismus fanden dank seiner Redegewandtheit und seines Engagements beim Volk eine sehr positive Aufnahme, wodurch sich aber der Präsident die Sympathie vieler Senatoren erst richtig verscherzte. Ende September 1919, während einer Redetournee in Pueblo, Colorado, erkrankte Wilson und musste die Reise abbrechen. Als der Senat im November zur ersten Abstimmung des Beitritts zum Völkerbund schritt, war Wilson aufgrund eines Gehirnschlages nicht in der Lage, sich für sein grosses Ziel einzusetzen. Diese Katastrophe beraubte die sich für einen Beitritt zum Völkerbund einsetzenden Kräfte ihres populären und mächtigen Führers und entschied im Grunde bereits das Schicksal der noch offenen Frage.<sup>366</sup>

Im November 1919 wurde der Kandidat der republikanischen Partei Warren G. Harding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Die Zeit bis zum März 1920 war in der Folge geprägt durch den noch heftigeren Widerstand

der nunmehr republikanischen Administration, das Aufeinanderprallen der gegensätzlichen Meinungen der Senatoren und die intensiven Bemühungen Wilsons und seiner Anhänger, den Senat zu einer Ratifizierung des Versailler Vertrages und damit zu einer Mitgliedschaft im Völkerbund zu bewegen. Wilson selbst war nach seinem Zusammenbruch gesundheitlich sehr geschwächt und verfügte nicht mehr über die nötige Kraft für ein wirkungsvolles Eintreten für den Völkerbund. Die letzte Abstimmung über die Annahme des Versailler Vertrages fand am 19. März 1920 statt. Zur Erreichung der Zweidrittelmehrheit fehlten sieben Stimmen. Damit war der Antrag auf einen Beitritt der USA zum Völkerbund definitiv verworfen.

Trotz ihres Nichtbeitrittes konnten und wollten die USA den Völkerbund nicht ignorieren. Bereits 1922 leitete Präsident Harding eine Zusammenarbeit mit dem Völkerbund ein, indem er ,inoffizielle Beobachter ohne Stimmrecht entsandte (indirekt partizipierten die USA auf diese Weise auch an der Bekämpfung von Drogenschmuggel und Mädchenhandel).<sup>367</sup> 1925 waren die USA schon offiziell vertreten an der Völkerbundskonferenz über Waffen- und Munitionshandel. 1932-1934 nahmen sie gar als ordentliches Mitglied an der internationalen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes teil. Die Zusammenarbeit der Amerikaner mit dem Völkerbund verstärkte sich laufend. 1932 gingen die USA so weit, auch auf dem politischen Parkett mit dem Völkerbund zusammenzuarbeiten, indem man einen amerikanischen Vertreter in die Kommission schickte, die den japanischen Einfall in die Mandschurei zu untersuchen hatte und in ihrer Schlussfolgerung das japanische Vorgehen als Aggression verurteilte.

Die USA hatten das Bedürfnis, im Völkerbund Präsenz zu demonstrieren. Diese zwiespältige inoffizielle Teilnahmetaktik an den Anlässen des Staatenvereins vermochte indessen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die amerikanische Führung immer noch nicht bereit war, mit dem Einfluss und der Durchsetzungskraft der grössten Wirtschafts- und Militärmacht der Welt zur Erhaltung des Friedens beizutragen und notfalls künftige Expansions- und Kriegsgelüste bereits in ihren Anfängen zu stoppen.

## Abrüstung statt kollektive Sicherheit

Der Wille der Vereinigten Staaten, Frieden durch Abrüstung zu erreichen, blieb in den 20er Jahren ungebrochen und wurde auch von anderen Nationen gezwungenermassen geteilt. Zur Beschleunigung der Umsetzung des Abrüstungsgedankens begannen die USA damit, Konstruktionsprogramme für den Bau von Kriegsschiffen zu erarbeiten, worauf erwartungsgemäss Japan und Grossbritannien alarmiert ihre Stimme zur Forderung von Abrüstungsmassnahmen erhoben. Der wirkliche Grund für diesen vereinten Chor von Abrüstungswilligen lag jedoch auch in der einfachen Tatsache, dass für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Erholung nach dem Krieg dringend finanzielle Mittel benötigt wurden, und so einigte man sich auf die Abhaltung der Washingtoner Konferenz 1921/1922. Teilnehmerstaaten waren die USA, Grossbritannien, Japan, Frankreich, Italien, China, Belgien sowie auch Portugal und die Niederlande. Die Einberufung der Washingtoner Konferenz bildete in der Zwischenkriegszeit eine der wenigen aussenpolitischen Aktivitäten der USA zur Sicherung des Friedens.

Die Konferenz erarbeitete ein Abrüstungskonzept, das eng mit der Lösung territorialer und sicherheitspolitischer Probleme im pazifisch-ostasiatischen Raum gekoppelt war. Das Wichtigste an dieser Konferenz unterzeichnete Dokument bildete das Flottenabkommen. Darin einigte man sich auf die Einhaltung eines bestimmten Paritätsverhältnisses im Gesamttonnagegehalt der Kriegsflotten von 5:5:3:1, 75:1,75 für die Schlachtflottenstärke der USA, Grossbritanniens, Japans, Frankreichs und Italiens. Auch hier widerspiegelt sich in dem Vertragswerk das amerikanische Dilemma zwischen ernsthaftem Streben nach Friedenssicherung und der gleichzeitigen Abneigung, sich vertraglich zu einer aktiven Verteidigung des Friedens zu verpflichten. Das Washingtoner Abkommen enthielt deshalb auch keine Verpflichtungen irgendwelcher Art, die bei Missachtung der getroffenen Vereinbarungen durch einen oder mehrere Unterzeichnerstaaten automatisch eine Gegen- oder Strafaktion der restlichen Staaten ausgelöst hätten.

Auf Dauer konnte die in Washington erreichte Vereinbarung das Wettrüsten zur See nicht verhindern. Die getroffene Regelung des Abkommens von 1922 forderte die Ausschaltung sowohl älterer wie auch im Bau befindlicher Schiffe, wovon die Vertragsstaaten jeweils in irgendeiner Form betroffen waren. Andere Schiffstypen wie z.B. U-Boote, leichte Kreuzer und Zerstörer waren von der Regelung ausgenommen. Japan, und in einem geringeren Masse England, betrieben den Bau dieser Art von Schiffen, während der Schiffsbau in den USA fast zum Erliegen kam. Präsident Calvin Coolidge (1923-1929) wollte

auch bei diesen Kategorien einen Rüstungswettlauf ausschliessen und berief 1927 eine neue Flottenkonferenz nach Genf ein, die ergebnislos verlief. Italien und Frankreich waren nicht einmal erschienen. Die amerikanische Presse machte den massiven Druck der Rüstungsindustrie für den Fehlschlag verantwortlich. Der neue Präsident Herbert C. Hoover und der britische Premierminister MacDonald ergriffen 1930 erneut die Initiative für eine Flottenkonferenz. In deren Verlauf einigten sich die USA, Grossbritannien und Japan darauf, bis zum Jahr 1936 auf den Bau weiterer Schlachtschiffe zu verzichten. Die kleineren Schiffstypen wurden proportional aufgeteilt, aber mit einer Anpassungszeit bis 1936. Dem erreichten Rüstungsfrieden war nur ein kurzes Leben beschieden. Im Dezember 1934 teilte Japan mit, dass es sich nach 1936 nicht mehr an die Bestimmungen des Flottenabkommens gebunden fühlen werde. Auf diese alarmierende Botschaft folgte 1935 eine zweite Londoner Flottenkonferenz, in der man sich bemühte, die Uneinigkeiten über das Stärkeverhältnis unter den Mächten zu bereinigen – ohne Ergebnis. In der japanischen Aussenpolitik hatte sich der militärische Kurs endgültig durchgesetzt, und Italien hatte die expansive faschistische Phase seiner Geschichte begonnen.<sup>368</sup> – Die warmen Lichter des Friedens begannen bereits wieder zu erlöschen.

Mit der Unterzeichnung des Flottenabkommens hatte sich das republikanische Weisse Haus dem Gedankengut Wilsons genähert und schwenkte damit in Richtung eines Friedens, der auf einer internationalen wirtschaftlichen Kooperation basieren sollte. Der Historiker Akira Iriye schreibt: «To reduce arms, thereby removing restrictions on peacetime economic development and to do so with cooperation were significant achievements.»<sup>369</sup> In den 20er und 30er Jahren bildeten Rufe nach Abrüstung, Reduzierung militärischer Stärke, Aufhebung von Restriktionen, wirtschaftlicher Stabilität und freier Bewegung amerikanischen Kapitals die Ecksteine aller politischen Anlässe in den USA. Dahinter stand auch der Wille, diese Ziele in Zusammenarbeit mit anderen Nationen zu erreichen. Es war ein ernstgemeinter Versuch, die Fehler des Vorkriegseuropas 1914 nicht zu wiederholen und die Welt in Richtung Frieden statt Krieg zu steuern. Japan, Deutschland und Italien, Staaten, die nur Macht und Stärke zur Kenntnis nahmen, liessen sich von den hohltönenden Friedensschalmeien nicht beeindrucken.

# Die zwanziger Jahre

## Der wirtschaftliche Aspekt

Der Erste Weltkrieg hatte den USA nicht nur einen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Ein bedeutendes Ergebnis des Ersten Weltkrieges stellte auch die Verschiebung des Finanzzentrums der Welt von London nach New York dar. Die New Yorker Börse bildete von nun an den Seismographen der Finanz- und handelspolitischen Aktivitäten der Weltwirtschaft. Die hier stattfindenden Ereignisse sollten die Zukunft der ganzen Welt beeinflussen. So hat der Börsenkrach von 1929 in verhängnisvoller Weise den Gongschlag zum Auftakt der Weltwirtschaftskrise gegeben.

Deutschland war nach dem Ersten Weltkrieg von den USA als ergiebiges Feld für Investitionen identifiziert worden. Die amerikanischen Banken verfügten über beträchtliche Investmentfonds und beteiligten sich mit einem Teil dieses Kapitals in deutschen Unternehmen in Form von Industrieanleihen oder Direktinvestitionen. Spezialisierte Banken, Anwaltsfirmen und mächtige Unternehmen wie z.B. General Motors, Ford oder Standard Oil of New Jersey waren eng mit deutschen Wirtschaftsgruppen verflochten. Einige dieser Unternehmen und auch einzelne ihrer führenden Manager sollten noch über viele Jahre hinweg eine bedeutende und einflussreiche Rolle in den deutsch-amerikanischen Beziehungen spielen.<sup>370</sup>

Als 1923 Deutschland die von den Alliierten geforderten Reparationszahlungen nicht aufbringen konnte, besetzten Frankreich und Belgien das deutsche Ruhrgebiet, um mit Gewalt zu holen, was ihnen vorenthalten worden war. Die dortigen Kohlegruben wurden nun unter militärischer Aufsicht zu Gunsten der beiden Staaten ausgebeutet. Die Vereinigten Staaten drückten ihre Missbilligung durch die Abziehung ihrer Truppen im Rheinland aus. Auch Grossbritannien war mit den scharfen französischen Methoden nicht einverstanden. Es betrachtete die Besetzung als kontraproduktiv und hielt sich abseits. Die Richtigkeit dieser Beurteilung sollte sich bald erweisen, denn Deutschland reagierte auf den Gewaltakt Frankreichs und Belgiens mit passivem Widerstand. Rapides Absinken der Produktion und völliger Zusammenbruch der deutschen Währung waren die Folge. Der französische Franc war ebenfalls betroffen. Er verlor ein Viertel seines Wer-



tes, und die entstandene Inflation verminderte den Wert der Reparationszahlungen derart, dass England, Frankreich und Belgien nun ihrerseits die Rückzahlung ihrer Darlehen aus dem Ersten Weltkrieg an die USA nicht mehr aufbringen konnten.

Aufgrund dieser Vorgänge setzte sich in Amerika mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass man angesichts der ständig drohenden (bolschewistischen) Umsturzgefahr in Mitteleuropa die Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen dürfe. Bereits Ende 1922 hatte Staatssekretär Hughes eine internationale Expertenkommission unter amerikanischer Beteiligung zur Lösung der deutschen Zahlungs- und Währungsprobleme vorgeschlagen. Doch erst im Herbst 1923 konnte Frankreich sich endlich zu einer Zusage durchringen, als das katastrophale Versagen seiner Zwangspolitik in Deutschland offenbar geworden war. Um die Krise unter Kontrolle zu bekommen, legte die Kommission unter Vorsitz des amerikanischen Finanzverständigen und Generals Charles G. Dawes (1925-1929 Vizepräsident) am 9. April 1924 einen zeitlich befristeten Zahlungsplan vor. Neu an dem Plan war die Verkoppelung der Reparationen mit den Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten und deren (Kommerzialisierung) Letztere bedeutete, dass die Schuldtitel auf dem Geldmarkt privaten Käufern angeboten werden konnten. Der nach Dawes genannte Plan begrenzte die von Deutschland bis 1928/29 aufzubringenden Jahresraten an Reparationsleistungen auf 2,5 Mrd. Reichsmark. Damit verbunden war eine internationale, vor allem in den USA gezeichnete Anleihe von 800 Mio. Goldmark zur Stützung der deutschen Reichsmark. Der (Dawes-Plan) wurde am 21. August 1929 durch den (Young-Plan) (genannt nach dem Manager der J.P. Morgan Bank, Owen D. Young) abgelöst. Die Tilgung der Reparationszahlungen sollte über die nächsten 59 Jahre erfolgen. Zur bankmässigen Verwaltung der Zahlungen errichtete man in Basel/Schweiz die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), in die beide Parteien Betriebskapital einzahlten. Sie übernahm die letzten 21 Zahlungen aus ihren Reservefonds. Es war ein genialer Schachzug: Deutschland wurde in die Lage versetzt, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, und die Alliierten konnten ihre Darlehensrückzahlungen an die USA wieder aufnehmen. In den Jahren 1924 bis 1931 erhielt Deutschland unter dem Dawes- und dem Young-Plan von den USA 33 Milliarden Reichsmark und bezahlte an die Siegermächte, insbesondere Frankreich und England, 36 Milliarden Reparationen, die diese dann grossenteils als Kriegsschulden an die USA zurückzahlten, während die USA ebensolche Milliardenbeträge wiederum als Kredite nach Deutschland vergaben – «thus making a net German pay-

ment of only three billion marks for reparations» (*folglich hat Deutschland in dieser Zeit nur netto 3 Milliarden Reichsmark für Reparationen bezahlt*).<sup>371</sup>

Bereits 1922 hatte man allerdings in den USA eine merkwürdige und verhängnisvolle Zollgesetzgebung, genannt «Fordney-McCumber Tarif», eingeführt, und dieser Zolltarif wirkte sich äusserst negativ auf die Bezahlung der alliierten Kriegsschulden an die USA aus. Normalerweise exportierten Schuldnerländer wie Frankreich und England eigene Waren in die USA, um den Erlös zum Abbau ihrer Schulden zu verwenden. Durch die neu eingeführten hohen Zollschatzgebühren wurde der Import europäischer Waren viel zu teuer und damit praktisch unmöglich. Diese Schutzzollpolitik bescherte den USA zwar eigene Exportüberschüsse, stürzte aber die Schuldnerländer in immer tiefere Schulden gegenüber Amerika. Sie konnten ihre Rückzahlungen nicht mehr aus dem Erlös von Exporten in die USA finanzieren, sondern waren zur Begleichung ihrer Kriegsschulden auf den Erhalt deutscher Reparationszahlungen angewiesen. Die Situation führte daher zu verstärktem Druck auf Deutschland und, als dieses aufgrund der verheerenden Wirtschaftslage mit seinen Zahlungen in Verzug kam, zu den oben erwähnten Auswirkungen.

Präsident und Kongress wurden von Experten auf dieses Problem hingewiesen, ohne jedoch eine nennenswerte Reaktion auslösen zu können. Das mangelnde Interesse an einer Veränderung des Systems lag darin, dass es funktionierte. Die grossen Banken der Wallstreet erwirtschafteten beträchtliche Gewinne mit deutschen Obligationen, die sie an Ausländer verkauften, wodurch die Last der deutschen Reparationszahlungen eigentlich von ausländischen Teilnehmern getragen wurde. Übrigens war es in diesen mächtigen Finanzhäusern nicht unüblich, ihre führenden Angestellten den ‚Bankhut‘ abnehmen und mit der neuen Aufschrift ‚Staatsmann‘ wieder aufsetzen zu lassen. Als ‚Staatsmann‘ kreierte sie den Dawes- und den Young-Plan, als ‚Bankmann‘ vergaben sie Darlehen.<sup>372</sup>

Die Widersprüchlichkeit der amerikanischen Wirtschafts- und Handelspolitik trat so lange nicht allzu stark in Erscheinung, als US-Kredite nach Europa flossen und andere Länder noch in der Lage waren, ihre Haushaltsbilanzen auszugleichen. Als Folge des Zusammenbruchs der Börse 1929 versiegte aber der stetige Fluss amerikanischer Kredite nach Europa, und die aus dem Ausbleiben der Kredite resultierenden Rezessionserscheinungen führten rasch zur Weltwirtschaftskrise.

Das Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität war erschüttert. Bankzusammenbrüche sowie fallende Aktien- und Warenpreise liessen immer weniger Spielraum für ausländische Investitionen. Geschäftszusammenbrüche, Firmen-

schliessungen und hohe Arbeitslosenzahlen waren an der Tagesordnung. Regierungen rückten vom «Gold-Exchange-Standard» ab und inflatierten ihre Währungen, um die Waren billiger in der Welt anbieten zu können, während gleichzeitig die protektionistische Anhebung der Zolltarife eine positivere Handelsbilanz erwirken sollte.<sup>373</sup>

### Zurück zum Isolationismus

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise verstärkte in den USA wieder die Neigung zum Isolationismus. Bereits 1930 wurden unter Anwendung des «Harley-Smoot-Tarifs» die Schutzzölle noch weiter erhöht. Man versuchte, das Vertrauen in die Wirtschaft wieder herzustellen – ohne internationale Zusammenarbeit, da sich ohnehin nur sehr wenige Länder zu einer Kooperation bereitfanden –, und spielte mit dem Gedanken an eine Wirtschaftsautarkie, deren Regeln Investitionen und Handel mit dem Ausland nicht mehr vorsahen. Das frühere Credo, nämlich Kapitalismus und Demokratie zu Hause, verbunden mit internationaler ökonomischer Kooperation und kulturellem Austausch als Garantie für internationale Ordnung und Stabilität, geriet unter Beschuss. Die anscheinend nicht enden wollende Wirtschaftskrise provozierte Fragen über Kapitalismus und Liberalismus. Eine Welle von Kritik überflutete das Land. 1932 diskutierten eine steigende Anzahl von Kommentatoren das Ableben des Kapitalismus. Radikale Alternativen sowohl des linken als auch rechten Flügels des politischen Spektrums wurden erörtert. ‚The American way of life‘, dessen Bestimmung noch vor wenigen Jahren schien, die ganze Welt in seinem Sinne zu orientieren, strahlte nun in einem trügerischen Glanz. Weit davon entfernt, andere Länder gemäss amerikanischen Vorstellungen beeinflussen zu können, begannen die Amerikaner sich zu fragen, ob andere Nationen nicht wirkungsvollere Instrumente entwickelt hätten, mit denen die Weltwirtschaftskrise gemeistert werden konnte. Man spekulierte, ob nicht Sozialismus, Kollektivismus oder gar Diktaturen besser funktionierten als das laissez-faire des kapitalistischen Systems. Das politische System des Landes schien offensichtlich unfähig, eine Wendung zum Besseren herbeiführen zu können. Der geringe ideologische Unterschied zwischen den beiden grossen Parteien provozierte Rufe nach einer alternativen Partei, die weniger an Wirtschaftsinteressen ausgerichtet sein würde.<sup>374</sup> Der ‚Internationalismus der 20er Jahre‘ wurde jetzt als eine misslungene Spielart des Kapitalismus betrachtet, die nur den Reichen zu noch mehr Reichtum verholfen hatte, aber nicht dem Land als Ganzes.

Wallstreets Banker, Spekulanten und Investoren waren bekannt als Förderer des ‚economic internationalisms Da diese Berufsgruppen in Misskredit geraten waren, wurde auch ‚economic internationalism‘ suspekt.

Präsident Hoover (1928-1932) versuchte mit allen Kräften, diesem Trend entgegenzuwirken, aber seine Gegner strebten mit Volldampf die Errichtung einer Wirtschaftsautarkie an, also eine radikale Neudefinierung des amerikanischen Aussenhandels. Man wollte sich vor der ‚Ansteckungsgefahr‘ und damit einer Verschlechterung der ökonomischen Situation schützen, indem man alle ausländischen Wirtschaftsbeziehungen zu Gunsten des heimischen Marktes auf das Notwendigste reduzierte. Dies war der Weg, auf den auch der Historiker Charles Beard mit dem Titel seines 1934 erschienen Buches «The Open Door At Home» hinweisen wollte. Die Wiedererlangung wirtschaftlicher Prosperität sollte «through focusing on the home front, not by bringing back multilateralism» erreicht werden (*durch Konzentration auf die heimische Front und nicht durch Wiederbelebung des Multilateralismus*).<sup>375</sup>

Die Amerikaner zogen sich vollends in ihr isolationistisches Schneckenhaus zurück. Man hatte sich auswärts die Finger verbrannt und wollte nichts anderes mehr als die Rückkehr zum heimischen Herd. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, trug dieses egozentrische Verhalten der Vereinigten Staaten in einem entscheidenden Mass zur Entwicklung der späteren Katastrophe bei.

# Amerikas Neutralität

## The New Deal

Nach 12 Jahren republikanischer Führung erhielten die USA 1932 mit Franklin D. Roosevelt (FDR) einen demokratischen Präsidenten. Oberste Priorität der neuen Regierung war die Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft. Die neue Devise hiess deshalb Planung und Lenkung des Wirtschaftslebens durch die Regierung. Die Politik sollte das Elend der notleidenden Farmer und der stellungslosen Arbeiter und Angestellten beenden, mit politischen Programmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft beitragen und Arbeitsplätze schaffen. Die zu diesem Zweck eingeführten Arbeitsbeschaffungsprogramme wurden bekannt als «The New Deal». In den ersten 4 Jahren seiner Amtszeit konzentrierte Roosevelt seine Aufmerksamkeit primär auf die Behebung der wirtschaftlichen Krise im Lande. Beschäftigt mit den eigenen Nöten, schenkte man der inzwischen in Europa und Asien heraufdämmernden Gefahr wenig Beachtung.

Als die Vereinigten Staaten grösstenteils aufhörten, sich um die Ereignisse in der Welt zu kümmern, und ihre Energie auf die inneren Angelegenheiten konzentrierten, endeten auch die internationalen Abrüstungskonferenzen von 1933 und 1934 mit einem Misserfolg. Der Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus in Europa, Hitlers Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Vergrösserung der Armee auf 36 Divisionen bzw. 500'000 Mann – fünfmal mehr, als in dem Vertrag von Versailles erlaubt –, die Unfähigkeit des Völkerbundes, Japans Angriff gegen China zu verhindern, ereigneten sich in diesem Zeitraum.

Die Auswirkungen der weltweiten ‚Great Depression‘ auf die USA in Verbindung mit den wachsenden Spannungen in Europa veranlassten den Senat im Herbst 1934, ein Komitee zu beauftragen, die Ursachen für die Verwicklung der Vereinigten Staaten in den Krieg von 1917 zu eruieren. Die Kenntnis der massgebenden Faktoren sollte es Amerika in der Zukunft ermöglichen, sich aus Kriegen in anderen Kontinenten herauszuhalten. Das Komitee, dessen geistige Fähigkeiten nicht geeignet waren, komplizierte Zusammenhänge zu erfassen, hielt unter Führung von Senator Nye öffentliche Sitzungen ab. Man kam zum Schluss – zur grossen Befriedigung eines breiten Teils der Bevölkerung –, der

Erste Weltkrieg sei als Folge krankhafter Machtgelüste europäischer Nationen ausgebrochen. Die Vereinigten Staaten seien durch die Propaganda mächtiger, von den Banken finanzierter Waffenproduzenten verleitet worden, die militärische Verteidigung der europäischen Alliierten zu unterstützen bzw. in den Krieg einzutreten.<sup>376</sup> Als eine direkte Folge dieser ‚Erkenntnisse‘ wurde am 31. August 1935 ‚The First Neutrality Act‘ kreiert, zwei weitere folgten 1936 und 1937.

### Neutralitätsgesetzgebung I-III

Roosevelt und seine Berater erstrebten eine wirksame Neutralitätsgesetzgebung, die dem Präsidenten die Entscheidungsbefugnis überliess, ob und für welche Produkte ein Embargo verhängt werden sollte und gegen welche Staaten. Die Mehrheit des Kongresses aber war (noch) nicht gewillt, die Vollmachten des Präsidenten so zu erweitern, dass man ihm erlaubt hätte, in einem militärischen Konflikt eine Seite zu bevorzugen. Eine derartige Haltung wäre eindeutig eine Verletzung der Neutralität gewesen und barg ausserdem die Gefahr einer möglichen Verwicklung in kriegेरische Konflikte. Das Neutralitätsgesetz von 1935 hatte deshalb vor allem den Zweck, der Exekutive die Hände zu binden und bei Eintritt eines Kriegsfall'es eine Automatik in Gang zu setzen, die der Präsident nicht umgehen konnte, vor allem ein Embargo für Kriegsmateriallieferungen gegen *alle* kriegführenden Mächte.

Als Italien im Herbst 1935 in Abessinien einfiel und damit den Abessinienkonflikt auslöste, wurde offensichtlich, wie viele Mängel die gerade im August erlassene Neutralitätsgesetzgebung aufwies. Die Lieferung von Erdöl und anderen Rohstoffen, für eine kriegführende Macht von immenser Bedeutung, war in der vorhandenen Gesetzgebung nicht verboten. Man hatte jedoch für derartige Güter ein ‚moralisches Embargo‘ ausgerufen. Aber man sollte sich nichts vormachen. Moralische Rufe haben im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Überlegungen kaum jemals den Sieg davongetragen! Auch dieser Ruf in der Wüste verhallte ungehört, denn die amerikanische Wirtschaft besass ein grosses Interesse am Verkauf solcher Güter. Niemand hatte den ernsthaften Versuch gemacht (oder gewagt), diese zur Führung eines Krieges unentbehrlichen Güter in die Embargopolitik einzubeziehen.<sup>377</sup> Die amerikanischen Erdölexporte nach Italien stiegen dann auch im letzten Viertel des Jahres 1935 auf das Dreifache des früheren Volumens an und bildeten damit eine wertvolle Unterstützung für Mussolinis Kriegsvorbereitungen.

«The Second Neutrality Act» von 1936, die die auf ein Jahr befristete von 1935 ablöste, brachte in diesem Zusammenhang keine Änderung. Der Aktionsradius des Präsidenten wurde aber doch entscheidend erweitert, indem er fortan nach eigenem Ermessen über das Bestehen von Feindseligkeiten entscheiden konnte und damit auch über die Frage, ob und gegen wen ein Embargo verhängt oder nicht verhängt werden sollte. Dies bedeutete, nur wenn der Präsident ein kriegführendes Land eindeutig als ein solches deklarierte, trat das amerikanische Embargo in Kraft. Offenbar störte sich niemand daran, dass mit der Bestätigung dieser Klausel gewisse Werte der noch vor einem Jahr so heftig beschworenen ‚Neutralität‘ und die darin implizierte Gleichbehandlung aller kriegführenden Länder praktisch ad acta gelegt wurde. Die sich zuspitzenden Ereignisse jenseits des Atlantiks durch den Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges am 18. Juli 1936 verursachten weiteren Druck der Isolationisten, der im Januar 1937 zu einem Ergänzungsgesetz führte, worin die Anwendung der Neutralitätsgesetze auch auf Bürgerkriege ausgedehnt wurde. Roosevelt nutzte sein Optionsrecht und verhängte über Spanien ein Waffenembargo. Dies geschah im Interesse einer Konfliktbegrenzung, aber auch angesichts einer starken Opposition der weithin Franco-freundlich eingestellten katholischen Wählerschaft in den USA. England und Frankreich wiederum fühlten sich durch den Schritt Roosevelts in ihrer offiziellen Nichteinmischungspolitik bestärkt.

„The Third Neutrality Act“ vom 1. Mai 1937 unterstrich erneut das Verbot von Waffenexporten und finanzieller Unterstützung für kriegführende Staaten. Aber die wichtigste Ergänzung war die sogenannte «Cash-and-Carry»-Klausel. Ihre Anwendung wurde vorerst auf zwei Jahre befristet. Die ‚Cash-and-Carry‘-Klausel erlaubte Kriegführenden, amerikanische Waren gegen Barzahlung zu erwerben und sie mit eigenen Schiffen abzutransportieren. Dank dieser erfindungsreichen Klausel war der lukrative Absatz von kriegsnützlichem Material wie Erdöl, Baumwolle, Kupfer, Stahl, Lastwagen usw. auch weiterhin gewährleistet.<sup>378</sup>

Als sich im gleichen Jahr ein neuer Konflikt zwischen Japan und China abzeichnet, wird die Unvollkommenheit der Neutralitätsgesetzgebung und speziell die Problematik der Cash-and-Carry-Klausel von neuem deutlich. Ihre Bestimmungen waren nur für die Kapitalkräftigen und Seemächtigen unter den künftigen Kriegführenden von Nutzen – wie beispielsweise Japan –, denn nur solchen Ländern war es möglich, mit ‚Cash-and-Carry‘ Kriegsmaterial aus den USA zu beschaffen. Die Bestimmungen der Cashand-Carry Klausel dienten nicht dem Frieden, sondern unterstützten finanzkräftige aggressive Staaten. Dies war den Schöpfern der ehrenwerten Klausel doch sicher nicht entgangen?

Weitere Schwächen der amerikanischen Neutralität wurden sichtbar, als Roosevelt entschied, unter Berücksichtigung amerikanischer Interessen kein Embargo zu verhängen, denn das hätte gegen beide Länder gerichtet werden müssen, sowohl China als auch Japan. Er wollte die Möglichkeit offenhalten, China mit Waffen zu beliefern und amerikanische Kriegsschiffe in China zu stationieren. Japan hätte diesem amerikanisch-chinesischen Waffen- und Warenaustausch durch eine offizielle Kriegserklärung an China ohne weiteres einen Riegel vorschieben können. Damit wäre automatisch die amerikanische Neutralitätsgesetzgebung berührt und die Anwendung der Cash-and-Carry-Klausel ausgelöst worden. China war keine Seemacht und hätte wohl kaum noch eine Möglichkeit gehabt, kriegsnützlich Material in den USA zu kaufen und zu transportieren. Der Pferdefuss aber war, dass eine offizielle Kriegserklärung an China auch Japan den Erwerb von Waffen verunmöglicht hätte, denn die Cash-and-Carry Klausel erlaubte nur den Einkauf von Rohmaterial und halbfertigen Produkten, nicht aber von Waffen und Munition. Japan verzichtete deshalb auf eine offizielle Kriegserklärung an China und kaufte weiterhin Kriegsmaterial in beträchtlichem Ausmass von Amerika.<sup>379</sup> Dieser offene Widerspruch in der amerikanischen Neutralitätspolitik wurde nie revidiert.

Der Historiker Akira Iriye schreibt «... the American people were confronted with a crisis of their neutrality and compelled to recognize that in a world so sharply divided between forces of democracy and totalitarianism, the policy of neutrality was not something to be innocently indulged in but would have serious implications for the struggle between these forces.»<sup>380</sup> (*Die Amerikaner hatten sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie sie die Einbeziehung in einen Krieg vermeiden konnten, ohne gleichzeitig durch ihre Haltung eine Unterstützung von Totalitarismus und Aggression zu fördern.*)

Der Historiker Foster Rhea Dulles bemerkt, dass Roosevelt später die Neutralitätsgesetzgebung «für einen Fehler hielt».<sup>381</sup> Auch Erich Angermann schreibt, «Roosevelt und anderen Internationalisten waren mithin ganz und gar die Hände gebunden durch die Neutralitätsgesetze ...»<sup>382</sup> Aber dies bedeutete nicht, schreiben William Langer und S. Everett Gleason, dass trotz der «inflexible provisions» der Neutralitätsgesetzgebung. Roosevelt «disapproved its general purpose». Im Wahljahr August 1936 sagte er: «We shun political commitments which might entangle us in foreign wars ... We are not isolationists except in so far as we seek to isolate ourselves completely from war .. .»<sup>383</sup> (*Wir meiden politische Verpflichtungen, welche uns möglicher' weise in fremde Kriege verwickeln könnten ... Wir sind nur insofern Isolationisten, als wir versuchen, uns total aus Kriegen fernzuhalten.*)



## Amerikas Neutralität begünstigt Expansion der aggressiven Staaten

Zwischen 1931 und 1937 demonstrierten die Regierungen von Japan, Italien und Deutschland, dass völkerrechtliche Verurteilungen oder die öffentliche Weltmeinung für sie keine Relevanz besaßen. Als sich die Gefahr eines Zusammenschlusses der faschistischen Staaten Europas mit dem expansiven Imperialismus Japans abzeichnete, hielt Roosevelt verschiedene Reden, die in zunehmender Schärfe aggressive Staaten anprangerten. Höhepunkt in dieser Reihe ist seine bekannte ‚Quarantäne-Rede‘ vom 5. Oktober 1937 in Chicago vor einem Publikum eingefleischter Isolationisten nach dem japanischen Angriff auf China. Er sagte, dass die Welt in Gefahr sei, «where the foundations of civilizations are seriously threatened». Auch Amerika könnte angegriffen werden. Um dies zu verhindern, «peace-loving nations must make a concerted effort in opposition to those ... creating a state of international anarchy and instability from which there is no escape through mere isolation and neutrality.»<sup>384</sup> (*Frieden liebende Nationen müssen in einer vereinten Anstrengung jenen widerstehen ... (die) einen Zustand internationaler Anarchie und Instabilität schaffen, denen man auch nicht durch Isolation und Neutralität ausweichen kann.*) Er verglich die Ausdehnung der Angriffe dieser Staaten mit einer Epidemie, die nur mit Quarantäne bekämpft werden könne. «When an epidemic of physical disease starts to spread, the community approves and joins in a quarantine of the patients in order to protect the health of the community against the spread of the disease ...»<sup>385</sup>

Roosevelt wusste also, dass die USA nicht unberührt bleiben konnten, wenn Gesetzlosigkeit und internationale Anarchie sich ausbreiteten. Die durch den Japan-China-Konflikt offenbar gewordenen Schwächen der amerikanischen Neutralitätspolitik sowie die Expansion von Faschismus und Militarismus in der Welt veranlassten den amerikanischen Präsidenten immerhin zu einer *verbalen* Abkehr von der doktrinären Neutralität in Richtung einer Konzeption der kollektiven Sicherheit. Manche Historiker kritisieren Roosevelt, dass er nach seiner Quarantäne-Rede kein entsprechendes Programm vorschlug. Walter Lippmann, bekannter Journalist und Autor, meint, Roosevelt schwankte zwischen dem, was er für nötig erachtete, und dem, was er dem Volk an Verständnis für dieses Nötige zutraute. Wie sehr die isolationistische Stimmung verbreitet war, zeigte eine Umfrage aus dem Jahr 1937: rund 70% der amerikanischen Bevölkerung waren dafür, sich aus allen kriegerischen Auseinandersetzungen herauszuhalten.<sup>386</sup>

In den Jahren 1938 und 1939 appellierte Roosevelt mit warnenden Noten an Hitler. Die erste Note datiert vom 27. September 1938, gefolgt von weiteren

Schreiben am 14. April 1939, 24. und 25. August 1939. Als Mussolini 1939 Albanien überfiel, wurde auch er gleichermassen adressiert. Roosevelt forderte beide Diktatoren zur Einhaltung des Friedens auf und mahnte zur Respektierung der bestehenden Verträge. Er offerierte sogar eine schiedsgerichtliche Schlichtung bestehender Meinungsverschiedenheiten. All dies geschah aber ebenfalls wieder ohne jegliche Androhung irgendwelcher Konsequenzen im Falle der Nichtbeachtung der amerikanischen Appelle. Roosevelts Noten lösten infolgedessen bei den Führern der totalitären Staaten nicht einmal eine Schrecksekunde aus. Hinzu kam noch, dass Roosevelt in seiner politischen Bewegungsfreiheit eingeschränkt war. In den Vereinigten Staaten hatte sich inzwischen die Stimmung, den Präsidenten zu kontrollieren, ihm quasi ‚auf die Finger zu schauen‘, sehr verbreitet. Im Januar 1938 wurde im House of Representatives eine Ergänzungsvorlage, genannt ‚Ludlow Amendmend‘, debattiert. Mit der Einreichung der Ergänzungsvorlage wollte man den Präsidenten daran hindern, eigenmächtig Einfluss auf die Aussenpolitik zu nehmen. Bei einer Annahme des Ludlow Amendmend wäre es dem mächtigsten Mann der Vereinigten Staaten verweigert gewesen, eine Kriegserklärung auszusprechen, ohne zuvor das Resultat eines Volksreferendums abgewartet zu haben.<sup>387</sup> Zur Zurückweisung dieses Antrages mobilisierte das Weisse Haus seine gesamten Kräfte. Es konnte sich mit knapper Mehrheit durchsetzen: die Vorlage wurde mit einer Mehrheit von 21 Stimmen zurückgewiesen. Behindert durch die innenpolitische Konzentration auf den Isolationismus und die Verweigerung, aussenpolitisch Verantwortung im Rahmen der kollektiven Sicherheit zu übernehmen, spielten deshalb Rücksichtnahme auf Macht und Einfluss der USA kaum eine strategische Rolle, als in den faschistischen Ländern die Führer und ihre Generäle begannen, Eroberungspläne vorzubereiten.

In seinem Streben, die Aufrüstung der Westmächte wirkungsvoll zu unterstützen, war Roosevelt durch die Zwänge der amerikanischen Neutralitätspolitik stark eingeschränkt. Es war für ihn absolut unmöglich, eine Aufhebung der Neutralitätsgesetze zu erreichen. Er versuchte deshalb im Frühjahr 1939, im Kongress wenigstens eine Mehrheit für die Verlängerung der am 1. Mai 1939 auslaufenden Cash-and-Carry-Klausel zu finden. Der Kongress spielte nicht mit. In einer dramatischen Sitzung unterlag der amerikanische Präsident eine Woche später den Neutralisten unter der Führung von William Borah. Befürchtungen über einen noch im gleichen Jahr möglichen Kriegsausbruch hielt Borah für Cassandra-Rufe.

Nach dem deutschen Einmarsch in Polen erklärten die USA am 5. September 1939 ihre Neutralität. Zu jener Zeit beschäftigte die überwiegende Zahl der

Amerikaner nur ein Gedanke, nämlich der Wunsch, sich unter allen Umständen aus dem Krieg herauszuhalten. Die nachfolgenden Kriegserklärungen Grossbritanniens und Frankreichs an Deutschland brachten dann aber doch einen gewissen Meinungsumschwung. Drei Wochen nach der Invasion Polens trat der Kongress zu einer Sondersitzung zusammen und bewilligte

- die Verlängerung der Cash-and-Carry Klausel,
- die Aufhebung des Rüstungsembargos und
- die Rückkehr zur völkerrechtlichen Neutralität<sup>388</sup>

Die Beschlüsse des Kongresses wurden am 4. November 1939 mit «The Fourth Neutrality Act» legalisiert. Der Präsident erhielt ausserdem die Befugnis, gewisse Kampfzonen festzulegen, aus denen sich amerikanische Schiffe und Bürger der USA fernzuhalten hatten.<sup>389</sup> Der amerikanische Markt war wieder geöffnet für Käufer von Waffen und militärischer Ausrüstung.

### Die amerikanischen Neutralitätsgesetze

Die Neutralitätsgesetzgebung war formell kein Vertrag zwischen den Staaten. Sie war ein Gesetz der USA und diente in erster Linie ‚to keep us out of war‘. Ausserdem sollte sie die Freiheit der Meere aufrechterhalten, die im amerikanischen Kongress je nach Standort als eine Illusion oder als Lebensinteresse der USA bezeichnet wurde. Immerhin war die Verteidigung der Freiheit der Meere einer der Gründe gewesen, warum man 1917 in den Krieg eingegriffen hatte. Die ‚geschmeidige‘ Handhabung der Neutralitätsgesetze, oft mit Blick auf die Interessen der heimischen Industrie und Wählerschaft, konnte nicht nur dem so eifrig gepredigten Standard von internationaler Moral nicht ganz gerecht werden. Sie verursachte auch eher eine Schwächung der kollektiven Sicherheit, denn die in den Jahren 1935-1939 gültigen Neutralitätsgesetze unterschieden nicht mehr zwischen Angreifer und Opfer. Die amerikanischen Neutralitätsgesetze signalisierten den Achsenmächten die beruhigende Botschaft, dass ihre Opfer nach einem Angriff «would be shut off from obtaining implements of war from America».<sup>390</sup> So konnten Deutschland, Japan und Italien ihre Aufrüstung vorantreiben, während England noch am Anfang stand. Roosevelt meinte einmal später, «our arms embargo played right into the hands of the aggressor nations».<sup>391</sup> Erst mit ‚The Fourth Neutrality Act‘ vom 4. November 1939 hob der Kongress das Waffenembargo auf – angeblich zur Ermöglichung einer ‚echten‘ Neutralität, in Wirklichkeit aber, um Frankreich und England den Kauf von

Waffen und Munition in den USA zu ermöglichen, sofern sie über das nötige Kleingeld und die Transportmittel verfügten. Für Frankreich war es allerdings schon zu spät, wie sich bald zeigen sollte.

Es wurde bereits erwähnt, dass die völkerrechtlichen und ethischen Grundsätze der amerikanischen Friedenspolitik durch die Neutralitätsgesetze arg unterlaufen wurden. Das Heraushalten der USA aus einem möglichen Krieg war oberstes Ziel. Obwohl man die Schrift an der Wand im Grunde richtig deutete, konnte Amerika sich nicht vorstellen, nochmals in einen Krieg hineingezogen zu werden. Die Amerikaner lebten in dem tiefen Glauben, dass die Vereinigten Staaten unangreifbar seien. In der Geschichte der USA war ihr Kontinent nie von fremden Mächten erobert worden, und so bildete die Überzeugung der Unangreifbarkeit quasi die ‚amerikanische‘ Maginotlinie, die, wie sich herausstellen sollte, ebenso trügerisch war wie jene von Frankreich. Was Hitlers Panzerarmee für Frankreich bedeutete, das war Japans kombinierter Flotten- und Luftwaffenangriff auf Pearl Harbor für die USA. Dann erst erwachte die amerikanische Bevölkerung.

### **Der Zweite Weltkrieg und die Neutralität der USA**

Die amerikanische Neutralität war in den Jahren 1936 bis 1941 einem ständigen Wechselbad unterworfen, bis 1941 die Japaner im Hafen von Pearl Harbor amerikanische Schiffe in den Grund bombten. Kraft der «Fourth Neutrality Act» bezeichnete Roosevelt die Ostsee und Gewässer von der Nordsee bis zur spanischen Grenze als Kriegsgebiet. Es war amerikanischen Schiffen verboten, sich in diesen Gewässern aufzuhalten. Nach den Kriegserklärungen Grossbritanniens und Frankreichs verhängten die beiden Länder eine Wirtschaftsblockade gegen Deutschland, um eine Schwächung der Widerstandskraft des Naziregimes zu erreichen. Folgerichtig konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der kriegführenden Länder nun auf die neutralen Staaten Europas. Auf der einen Seite forderten England und Frankreich von den neutralen europäischen Ländern mit Nachdruck eine Reduktion ihres Handels mit Deutschland. Das Dritte Reich auf der anderen Seite erwartete von ihnen mit eher noch stärkerem Nachdruck eine Fortsetzung des normalen Warenverkehrs. Damit wuchs den neutralen Ländern Europas und den neutralen USA im Bereich der Güterversorgung der Kriegskontrahenten eine wichtige Rolle zu, die sich auch auf den stetigen Austausch von kommerziellem und technischem Know-how und Investitionen ausdehnte. Formell gaben die Vereinigten Staaten die Neutralität niemals auf, aber ihre Aktionen differierten doch beträchtlich von den legal erlaubten Möglichkeiten

eines neutralen Staates. Obwohl die USA sich nicht direkt durch Entsendung von Bodentruppen engagierte, liess die amerikanische Regierung doch sehr deutlich ihre Abneigung gegen Hitler erkennen. Die Aussenpolitik des amerikanischen Präsidenten war von der Überzeugung bestimmt, dass die demokratischen Länder Europas durch die Erfolge der faschistischen Mächte in ihrer Existenz bedroht seien. Amerika befand sich lange vor dem Angriff auf Pearl Harbor im Atlantik in einem unerklärten Krieg mit Deutschland. Während die USA indessen aber immer noch unbekümmert die Fahne eines neutralen States hochhielten, bedeutete für andere neutrale Länder die Neutralität ein lebenswichtiges völkerrechtliches Instrument, um machtpolitischen Forderungen entgegenzuwirken. Im Gegensatz zur Grossmacht USA, die ihren Willen nicht nur völkerrechtlich, sondern auch militärisch und wirtschaftlich durchsetzen konnte, bildete beispielsweise für die kleine Schweiz ihre Neutralität die völkerrechtliche Grundlage ihrer Aussenpolitik zur Verteidigung ihrer Existenz – sofern ihrer Neutralität von den kriegführenden Staaten Beachtung geschenkt wurde.

Die verfehlte Strategie Frankreichs und die schwachen Kriegsvorbereitungen Englands machten aus beiden Ländern keine ernsthaften Gegner. Dies zeigte sich bei der deutschen Offensive gegen Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich am 10. Mai 1940. Mit dem Durchbruch bei Sedan begann der Vorstoss deutscher Panzerkeile, und die Deutschen gelangten binnen kurzer Zeit über eine Distanz von 200 km an die Kanalküste. Das Debakel des alliierten Widerstandes endete mit dem Rückzug des britischen Expeditionskorps aus Dünkirchen. Belgien kapitulierte am 27. Mai, und am 14. Juni marschierten die Deutschen in Paris ein. Kurz darauf brach Frankreich zusammen und unterzeichnete den Waffenstillstand vom 22. Juni 1940. Frankreich geriet etwa zur Hälfte unter deutsche Besetzung, wobei jedoch General de Gaulle von London aus den Krieg in den französischen Kolonien mit den Forces Françaises Libres weiterführte. Italien trat an der Seite Deutschlands am 10. Juni 1940 in den Krieg ein.

Als die Deutschen siegreich durch Europa rollten, wandte sich Premierminister Churchill an Präsident Roosevelt und forderte ihn auf «... mit allem, was wir brauchen» zu helfen, «mit Ausnahme der Entsendung von Truppen».<sup>392</sup> Der erbitterte Widerstandswille der Engländer in der Luftschlacht über England zwischen dem 8. August und 31. Oktober 1940 erweckte die Sympathien der Amerikaner, nicht zuletzt auf Grund des entschlossenen Führungsstils von Winston Churchill. Ein grosser Teil der amerikanischen Bevölkerung begann zu begreifen, dass für die USA der Ausgang des Krieges nicht gleichgültig sein konnte. Gestützt durch die Anteilnahme der Öffentlichkeit an den Ereignissen in Euro-

pa, war Roosevelt nun endlich in der Lage, eine effektive Aufrüstungspolitik einzuleiten. Deutschland reagierte auf die Neutralitätsverstöße der USA mit Zurückhaltung. Es lag keinesfalls im Interesse Hitlers, in den Vereinigten Staaten einen Kriegsgegner zu erhalten, denn der deutsche Generalstab hatte bereits im Sommer 1939 eindringlich auf die Versorgungsschwierigkeiten hingewiesen, die Deutschland bei einer langen Kriegsdauer drohen würden.<sup>393</sup> Die deutsche Luftwaffe verlor die Schlacht um England gegen die britische Royal Air Force, worauf Hitler auf die Invasion der Britischen Inseln verzichtete, mit Ausnahme der Kanalinseln Jersey, Guernsey und Alderney. Doch die von den Achsenmächten ausgehende Gefahr war immens. Innerhalb weniger Monate – von April bis August 1940 – verloren fünf Staaten, die versucht hatten, sich durch Neutralität aus dem Kriegsgeschehen herauszuhalten, ihre Unabhängigkeit: Belgien, Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Norwegen. Schweden blieb wohl verschont, weil Russland in einer Note an Deutschland die Respektierung der schwedischen Neutralität als vitales Interesse erklärt hat. Für Deutschland andererseits war eine von Kampfhandlungen unbeeinträchtigte störungsfreie Fortsetzung der Erzlieferungen aus Schweden wichtig.<sup>394</sup> Die Deutschen etablierten in dem von ihnen beherrschten Wirtschaftsraum eine neue ökonomische Ordnung. Bei dem systematischen Aufbau eines ‚kontinentalen Systems‘ planten sie die Ausbeutung von Arbeitskräften und Rohstoffen Europas. Mit dieser Umorientierung änderten sich auch die Besitzverhältnisse von Unternehmen und Banken in dem von Nazi-Deutschland beherrschten Gebiet. Die Konsolidierung und Stabilisierung des neuen Wirtschaftsimperiums war auf die Kooperation mit den von Deutschland nicht besetzten Staaten angewiesen. Speziell die Länder Schweden, Schweiz und USA erhielten wegen ihrer Banken und Finanzplätze für die Nazis einen neuen Stellenwert. Unter völkerrechtlicher Nutzung der Neutralität dieser Staaten erfolgte dann konsequenterweise eine beträchtliche Steigerung in der Beanspruchung ihrer Finanzdienstleistungen durch die neuen Machthaber Europas. Dies bedeutete auch, dass Wirtschafts- und Bankenkreise in Deutschland und den USA ihre bereits bestehenden Investitionsaktivitäten rege fortsetzen konnten. Obwohl die Investitionstätigkeit der US-Firmen in Deutschland eigentlich in Konflikt zur Aussen- und Sicherheitspolitik Amerikas stand, unterblieb unverständlicherweise seitens der Regierungsstellen jeder Versuch, diesen Kapitaltransfer zu stoppen. (Business as usual konnte weiter praktiziert werden. Zweifellos trugen in diesem Zusammenhang einige Unternehmen der Vereinigten Staaten wissentlich zur Stärkung der deutschen Wirtschaft und Kriegsrüstung bei.

## Wirtschaftsbeziehungen USA – Deutschland

### Enge Verflechtungen

Die Entwicklung der engen Wirtschaftsverflechtung zwischen Deutschland und den USA hatte in den 20er Jahren begonnen. Die deutsche Wirtschaft erhielt von den New Yorker Banken die zur Produktionsentwicklung erforderlichen Gelder. 1925 bekam I.G. Farben unter dem Dawes-Plan Darlehen von US-Banken. Amerikanische Dollars unterstützten nicht nur den gigantischen Wiederaufbau von I.G. Farben, sondern auch die Vereinigten Stahlwerke (Krupp AG). Wie sich später erweisen sollte, bildete diese Vereinigung von Geld und Know-how den Hauptanteil der von Hitler für den Aufbau seiner Kriegsausrüstung benötigten Ressourcen. Dank dieser finanziellen Unterstützung konnte die Firma ihre Expansionspläne durchführen und ein Kartell errichten.<sup>395</sup> In den USA besass I.G. Farben Tochtergesellschaften. Es waren dies die Firmen Bayer Company, General Aniline Works, Agfa, Ansco und Winthrop Chemical. Im Jahr 1928 wurden diese Töchter in einer Schweizer Holding zusammengefasst unter dem Namen I.G. Chemie (Internationale Gesellschaft für Chemische Unternehmungen AG). Die Holding wurde von I.G. Farben Deutschland kontrolliert. Ein Jahr später, 1929, schlossen sich die vier oben aufgeführten amerikanischen Firmen mit einem Gesamtkapital von 30 Millionen Dollar zu einer einzigen Firma zusammen und nannten sich fortan IG Chemical Corporation. Um die deutsche Beteiligung gegenüber der Öffentlichkeit zu verschleiern, führte man dann kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges nochmals eine Namensänderung durch.<sup>396</sup> Die Firma hiess nun General Aniline & Film (GAF). Mit Walter Teagle, Präsident der Standard Oil, nahmen Amerikaner Einsitz in den Verwaltungsrat der amerikanischen General Aniline & Film, die eng mit I.G. Farben Deutschland zusammenarbeitete.<sup>397</sup> Es war Walter Teagle gewesen, der die Fusion der vier Firmen durchgeführt hatte, zusammen mit Edsel, dem Sohn von Henry Ford.

Wie Ford investierte General Motors ebenfalls in beachtlichem Ausmass in die General Aniline & Film. General Motors wurde von der Familie Dupont kontrolliert. Der junge Dupont war in den 1920er Jahren ein begeisterter Anhänger Hitlers. Obwohl selbst Jude, befürwortete er 1926 öffentlich das von

Hitler vertretene Bild des Übermenschen. Die Duponts gründeten in Amerika die ‚American Liberty League‘. Dies war eine Naziorganisation, die Hass gegen Schwarze und Juden propagierte, Bewunderung für Hitler hegte und Roosevelt verachtete, den Dupont als Kommunisten bezeichnete. Dupont unterstützte die Nationalsozialistische Arbeiterpartei auch finanziell. Aus Dankbarkeit verzichtete Göring, wie auch im Falle der Ford-Fabriken, auf die Verstaatlichung der GM-Werke in Deutschland, die bis Kriegsbeginn in grossem Ausmass zur Motorisierung und Panzerung der Wehrmacht beigetragen haben.

Hauptprodukte des weltweiten Konzerns I.G. Farben waren Chemikalien, synthetisches öl und Gummi, Treibstoffe für Flugzeuge, Plastik und Nylon sowie zahlreiche Giftgase inklusive der Pflanzenschutzmittel, die später von der SS in den Konzentrationslagern zur Ermordung unzähliger Menschen eingesetzt wurden. Das deutsch-amerikanische Unternehmen verfügte über eine beachtliche Kapitalkraft. Die finanziellen Beteiligungen der amerikanischen I.G. Farben an anderen US-Firmen sahen folgendermassen aus: Bis 1941 investierte die amerikanische IG Chemical Corporation 5,5 Millionen Dollar in Standard Oil of New Jersey, 800'000 Dollar in Dupont / General Motors und 155'000 Dollar in Standard Oil of California.<sup>398</sup> Der Produktionsanteil der zwei Kartelle Vereinigte Stahlwerke und I.G. Farben an der Sprengstoffherstellung lag in den Jahren 1937/1938 bei fast 95%, wobei amerikanisches Kapital und zum Teil amerikanische Technologie wesentlich zur Erhöhung der Produktionskapazität beitrugen.<sup>399</sup>

### **US-Industrie unterstützt Nazi-Deutschland**

Als der Krieg unmittelbar bevorstand, übertrug I.G. Farben vor allem zum Schutz ihrer Patentrechte einen Teil ihres in den USA gehaltenen Besitzes an ihren Schweizer Ableger I.G. Chemie mit Sitz in Basel. Sie besass offiziell zahlreiche internationale Patentmonopole, durch die sie ganze Industriezweige kontrollierte. Darüber hinaus leisteten ihre ausländischen Tarnfirmen Forschungsarbeiten und waren im Besitz von Patenten für neue Produkte. Ausländisches Kapital und Know-how versetzten I.G. Farben in die Lage, neue technische und industrielle Entwicklungen im Ausland zu kontrollieren und für das Dritte Reich einige wichtige Entdeckungen zu reservieren. Bei dieser Gelegenheit (1940) wurde I.G. Chemie formell in ein unabhängiges neutrales Unternehmen umgewandelt. Offiziell war I.G. Farben nun nicht mehr an dieser Schweizer Tochtergesellschaft beteiligt. Die Besitzverhältnisse von I.G. Farben Chemie, nach dem



Krieg auch bekannt unter dem Namen Dnterhandeb, sind noch Gegenstand weiterer Forschungen.

Am 22. September 1939, als der Zweite Weltkrieg seinen Todeszug bereits begonnen hatte, trafen I.G. Farben und Standard Oil eine Vereinbarung, das ,Den Haag Memorandums Darin kam man überein, dass beide Firmen auch im Falle eines Krieges, d.h., wenn die USA in den Krieg eintreten würden, den gegenseitigen Kontakt aufrechterhalten sollten. I.G. Farben verkaufte in Den Haag mehrere Patente und Aktienpakete an Standard Oil oder, besser gesagt, gab sie an Standard Oil zur Aufbewahrung. Die beiden Konzerne hatten nämlich eine Sondervereinbarung getroffen, die es I.G. Farben erlaubte, ihre Aktien und Patente zurückzukaufen, sobald dies bedenkenlos geschehen konnte, also nach Beendigung des Krieges. Im Zusammenhang mit einem dieser Patente, nämlich der Erzeugung von synthetischem Gummi, entwickelte sich in Bezug auf die amerikanische Kautschukversorgung eine (fast) unterhaltsame Geschichte.

Gemäss dem Haager Abkommen erhielt Standard Oil von I.G. Farben zwar die Patente für Synthesegummi (Buna), nicht aber das technische Know-how. Der Grund dafür lag darin, dass dessen Weitergabe von der deutschen Regierung verboten worden war, aber hauptsächlich, weil zwischen dem Abschluss der Entwicklungsarbeiten in Deutschland und dem Kriegsausbruch nicht mehr genügend Zeit verblieben war, eine den gegenseitigen Interessen entsprechende Lizenzpolitik durchzuführen. Immerhin aber befand sich Standard Oil im Besitz der Verfahrensrechte und besass auch genügend Kenntnisse über das von I.G. Farben praktizierte Verfahren bei der Produktion von synthetischem Gummi. In der Annahme, dass der Bedarf des amerikanischen Naturkautschukmarktes wegen der kriegsbedingten Entwicklungen nicht mehr durch Lieferungen aus dem Fernen Osten würde gedeckt werden können, bot Standard Oil den staatlichen Rüstungsplanern ihre Verfahren zum Kauf an. Die Bürokraten der Roosevelt-Regierung lehnten das freundliche Angebot ab, und zwar a) weil man nicht besonders industriefreundlich war und b) vielleicht den Eindruck hatte, Standard Oil wolle sich an diesem Projekt bereichern, und c) zu diesem Zeitpunkt, also 1939/40, nicht über das Vorstellungsvermögen verfügte, dass sich die Kautschukversorgung des Landes zu einem ernsten Problem entwickeln könnte.

Erst nach dem Zusammenbruch Frankreichs begann der Amtsschimmel zu realisieren, dass es vielleicht weise wäre, sich um die Deckung des Kautschukbedarfes zu kümmern. Die neu erworbene Weisheit reichte allerdings nicht aus, um ein definitives Versorgungsprogramm zu entwickeln und durchzuführen.

In einem endlosen Tauziehen wurden Aufträge erteilt, reduziert, wieder erweitert usw. (neben Standard Oil auch an Dow Chemical). So schafften es die Bürokraten, dass sich nach Ausbruch des Krieges die Kautschukversorgung tatsächlich bald zu einem existentiellen Problem für die Rüstungswirtschaft entwickelte. Trotzdem gelang es der behördlichen Unfähigkeit nicht, die Angelegenheit in den Griff zu bekommen. Hinzu kam das Clownstück, dass die Justizbehörden in Verfolgung ihrer Anti-Trust-Politik nun Standard Oil beschuldigten, zusammen mit I.G. Farben die Kriegsvorbereitungen der USA unterminiert zu haben, obwohl die industriefeindliche Haltung der Wirtschaftsadministration für die Kautschukmisere verantwortlich war. Erst 1942 schaffte es die Regierung, das Amt eines Rubber-Direktors mit weitreichenden Vollmachten einzurichten. Die jetzt mögliche zielstrebige Verfolgung einer Kautschukpolitik schuf innerhalb kurzer Zeit die Grundlagen für den Ausbau der amerikanischen Synthesekautschukindustrie. Dabei konnte man glücklicherweise auf in Deutschland bereits erprobte Verfahren zurückgreifen – die Kenntnisse darüber waren vorhanden (auch wenn I.G. Farben ihre Verfahren nicht zur Verfügung gestellt hatte). Das zur Syntheseherstellung notwendige Butadien (Standard Oil) und Styrol (Dow Chemical) konnte übrigens auf diese Weise ebenfalls wirtschaftlich wesentlich günstiger gewonnen werden.<sup>400</sup>

Die Beziehungen von Standard Oil zu I.G. Farben Deutschland waren von ausgezeichneter Qualität: Mit Hitlers Aufstieg begann zwischen Standard Oil of New Jersey und I.G. Farben ein Technologietransfer zur Herstellung von synthetischem Benzin aus Kohle. Es ist wichtig zu erwähnen, dass für die deutsche Kriegsführung die Produktion von synthetischem Benzin absolut unentbehrlich war. Im Jahr 1934 betrug die deutsche Inlandproduktion etwa 300'000 Tonnen an natürlichen Petroleumprodukten und weniger als 300'000 Tonnen synthetisches Benzin. Der restliche Bedarf wurde importiert. Aber mit dem von Standard Oil of New Jersey erhaltenen Know-how zur Herstellung von synthetischem Benzin konnte die Produktion sukzessive erhöht werden, so dass diese 10 Jahre später auf insgesamt 6,5 Millionen Tonnen gestiegen war. 85% dieses Ausstosses, also 5,5 Millionen Tonnen, bestanden aus synthetischem Öl, dessen Produktion durch den Einsatz des von Standard Oil erhaltenen Öl-Härtungspatentes (Hydrierung) und der entsprechenden Technologie ermöglicht worden war.<sup>401</sup> Mit diesem synthetischen Öl konnte – neben anderen Einsatzmöglichkeiten – der Produktionsausstoss von synthetischem Benzin um Millionen von Tonnen gesteigert werden. Ein anderes Beispiel für die Unterstützung von Nazi-Deutschland durch Standard Oil zusammen mit General Motors war die Liefe-

nung des Know-how im Jahr 1935 für die Herstellung von Bleitetraäthyl und Äthylflüssigkeit, die im Luft- und Automobilverkehr benutzt wurden, um die Motoreffizienz zu steigern.<sup>402</sup> Äthylflüssigkeit, darunter auch Tetraäthyl, ist ein Antiklopfmittel, das die Effizienz des Motors erhöht und die Lebensdauer verlängert. Ohne derartige Zusätze war es unmöglich, eine moderne motorisierte Armee aufzustellen. Albert Speer äusserte 1977 gegenüber dem amerikanischen Rechtsanwalt Bradford Snell, dass Hitler «would never had conducted invading Poland without synthetic fuel technology provided by General Motors»<sup>403</sup>, *(Ohne die von General Motors erhaltene Treibstoff-Technologie hätte Hitler niemals einen Angriff auf Polen durchführen können.)* «General Motors was far more important to the Nazi war machine than Switzerland.»<sup>404</sup> *(Für die Kriegsmaschine der Nazis war General Motors weitaus wichtiger als die Schweiz.)* Bradford Snell, der bereits zwei Jahrzehnte lang wissenschaftliche Untersuchungen über die Geschichte des grössten Automobilherstellers der Welt durchgeführt hatte, sagte über die amerikanische Automobilindustrie: «GM was an integral part of the German war effort ... In certain instances, American managers of both GM and Ford went along with the conversion of their German plants to military production at a time when the U.S. Government documents show they were resisting calls by the Roosevelt administration to step up military production in their plants at home.»<sup>405</sup> *The Nazis could have invaded Poland and Russia without Switzerland. They could not have done so without General Motors.»*<sup>406</sup> *(GM war ein integraler Bestandteil der deutschen Kriegsanstrengungen ... US-Dokumente beweisen, dass in gewissen Fällen amerikanische Manager, sowohl von General Motors wie auch von Ford, den Umbau ihrer deutschen Tochtergesellschaften für eine militärische Produktion vorantrieben, während sie sich zu Hause weigerten, dem Aufruf der Roosevelt-Administration zu folgen und ihre militärische Produktion zu erhöhen. Die Nazis hätten ohne die Schweiz Polen und Russland überfallen können. Aber sie hätten dies nicht tun können ohne General Motors.)* Vor dem Senat der Vereinigten Staaten präsentierte ein Ausschuss beschlagnahmte deutsche Unterlagen folgenden Inhalts: «The fact that since the beginning of the war we could produce leadtetraethyl is entirely due to the circumstances that shortly before the Americans had presented us with the production plants complete with experimental knowledge.» «Without lead tetraethyl», fügt das Kriegsdokument hinzu, «the present method of warfare would be unthinkable.»<sup>407</sup> *(Dass wir seit Beginn des Krieges Bleitetraäthyl produzieren konnten, ist ausschliesslich der Tatsache zu verdanken, dass uns kurz zuvor die Amerikaner die Produktionsstätten zusammen mit ihren experi-*

*mentellen Kenntnissen übergeben haben. Ohne Tetraäthyl... wäre die jetzige Methode der Kriegsführung undenkbar.)*

Auch die 1920 von Sosthenes Behn gegründete Fernmeldegesellschaft International Telephone & Telegraph Corporation (ITT) hat mit den Nationalsozialisten während der gesamten Dauer des Zweiten Weltkrieges zusammengearbeitet. Unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme 1933 nahmen Nationalsozialisten Einsitz in der deutschen Filialeitung. ITT leistete Hilfe bei der Modernisierung sämtlicher Fernmeldesysteme von Gestapo, Heer, Luftwaffe und Marine in Hitlerdeutschland. Finanzminister Morgenthau kämpfte, unterstützt vom FBI-Direktor Edgar Hoover, vergebens gegen die vom State Department immer wieder erteilten Ausfuhrlicenzen. 1941 verlangte der amerikanische Präsident von ITT die Eliminierung deutscher Kontrolle über die Fernmeldeverbindungen in Lateinamerika. Auch diesem Druck konnte über eine mexikanische Tochtergesellschaft ausgewichen werden.

Parallel zu seinen ‚deutschen‘ Aktivitäten hatte Sosthenes Behn aber für die Dauer des Krieges der amerikanischen Regierung sämtliche Patente seiner Gesellschaft kostenlos zur Verfügung gestellt. Im Rahmen einer Untersuchung des amerikanischen Senats bestätigten Übermittlungsfachleute der Marine, dass Behns Forschungen der amerikanischen Rüstung grosse Vorteile gebracht hatten. Deshalb wurde am Ende des Krieges Behn die «Medal of Merit» verliehen, und er erhielt Jahre später eine Entschädigung für die in Deutschland durch den Krieg zerstörten Firmen.

## **Business und Aussenpolitik**

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass zweifellos einige amerikanische Grossunternehmen und deren Spitzenmanager wissentlich und aus reiner Profitgier zur Stärkung der deutschen Wirtschaft und damit der Kriegsvorbereitungen Deutschlands beigetragen haben. Manche von ihnen führten die Geschäfte sogar noch weiter, als der Krieg bereits begonnen hatte.

Aufgabe der Führung eines Unternehmens ist in erster Linie, dessen Produkte oder Dienstleistungen zu verkaufen und nicht danach zu fragen, was die Käufer mit diesen Produkten wohl zu tun beabsichtigen. ‚Business is in business to do business.‘ Dies ist durchaus nicht eine Beschäftigung ohne Ethik und Moral, vorausgesetzt, ein Staat und seine Gesellschaft schenken diesen Werten auch Beachtung. Die Ereignisse der Vergangenheit und auch der Gegenwart zeigen jedoch, dass die Versuchung gross ist, business as usual zu tätigen, unge-

achtet politischer Entwicklungen und Auswirkungen. Es liegt deshalb im staatlichen Interesse, geschäftliche Transaktionen zu stoppen, die sich diametral zu vitalen Interessen des Staates und seiner Gesellschaft auswirken könnten. Die amerikanische Neutralitätspolitik hat diesen Grundsatz unbegreiflicherweise nicht befolgt.

Die Geschäftsstrategie, einem Kartell aus praktischen Gründen beizutreten, stand nicht in direktem Widerspruch zu der bereits 1890 kreierte Sherman Anti-Trust Act. Das Gesetz konzentrierte sich nur auf die Wettbewerbssituation in den USA und griff das Problem des internationalen Wettbewerbs nicht auf. Auch die Webb-Pomerance Act von 1918 befasste sich eher nebelhaft mit einer teilweisen Klärung dieses Punktes. Die Grundidee hinter der Webb-Pomerance Act war, restriktive Praktiken von US Firmen auf dem ausländischen Markt zu erleichtern, vorausgesetzt, diese Tätigkeiten wirkten sich nicht nachteilig auf den Wettbewerb zu Hause aus (das Verbot der Wettbewerbsbehinderung im eigenen Land war in beiden Gesetzen verankert) oder behinderten Importe in die USA oder Exporte amerikanischer Firmen, die nicht Mitglieder eines internationalen Kartells waren. Mit anderen Worten, die Webb-Pomerance Act erlaubte die Erstellung von Exportverbindungen, um damit amerikanischen Firmen dieselben Wettbewerbsmöglichkeiten zu verschaffen, wie sie den europäischen Firmen zur Verfügung standen, die im Überseehandel eine Phalanx gegen die Amerikaner bildeten. Es bestand Unklarheit, ob unter US-Gesetzgebung erlaubt war, dass Niederlassungen amerikanischer Firmen in Europa Mitglied eines Kartells in Deutschland, Grossbritannien oder Frankreich werden durften. Es war auch unklar, ob US-Firmen sich mit ausländischen Unternehmen auf dritten Märkten zusammenschliessen konnten. Diese gesetzliche Unsicherheit dauerte an, weil sich Foreign Trade Commission und Antitrust Division des Justizdepartementes über diese Punkte nicht einigen konnten.<sup>408</sup> Das Resultat war, dass diese Grauzone von der amerikanischen Geschäftswelt in den dreissiger Jahren legal zur Verfolgung kommerzieller Interessen genutzt, dabei aber den sicherheitspolitischen Interessen ihres eigenen Landes Schaden zugefügt wurde.

Ethik und Moral wurden nicht beachtet. Diesen Mangel versuchen nun heute manche Industriekapitäne, in trauter Vereinigung mit etlichen Historikern, zu verschönern. Die damaligen Akteure möchten sich als Friedensmissionare darstellen, die durch Aufrechterhaltung oder gar Erweiterung internationaler Geschäftsverbindungen zum Frieden beitragen wollten. Manche Historiker meinen, dass die internationale Zusammenarbeit gute Profite erbrachte und die Aufrechterhaltung der internationalen Verbindungen zugleich als ein Weg be-

nutzt wurde, die deutsche Industrie, deren Regierung offensichtlich versuchte, sich von der Weltökonomie abzukoppeln, weiterhin in die Weltwirtschaft zu involvieren.<sup>409</sup> Der Historiker Volker Berghahn weist daraufhin, «... most members of the leading East Coast establishment scented danger whenever they began to study the practices of the Nazis regime and of German industry more closely» (*die meisten führenden Mitglieder des Establishments der Ostküste witterten Gefahr, wann immer sie die Praktiken des Nazi-Regimes und der deutschen Industrie näher betrachteten*). Er bezieht sich als Referenz auf einen anderen Historiker, K.D. Bracher, indem er bemerkt, dass nur wenige Unternehmer in den dreissiger Jahren die Entwicklung der deutschen Diktatur mit Bewunderung verfolgten.<sup>410</sup> Es ist aber nun einmal eine Tatsache, dass Geschäftsleute auch mit Leuten und Regierungen, welche sie nicht bewundern, Geschäfte tätigen. Niemand sollte sich etwas vormachen. Deutsche, amerikanische und britische Geschäftsleute, deren Tätigkeit man in der heutigen Geschichtsschreibung so gerne unter der Rubrik Friedensapostel aufgeführt sehen möchte, waren ausschliesslich an Stabilität durch Kontrolle von Märkten und Preisen interessiert und nicht daran, Pluralismus und Demokratie zu stärken. Speziell gewisse amerikanische Geschäftsleitungen möchten sich heute den ‚Missionarshut‘ aufsetzen, um ihre Unterstützung der deutschen Kriegswirtschaft zu bemänteln. Profite zu erzielen ist nach wie vor die einzige Existenzberechtigung eines Unternehmens. Die amerikanische Aussenpolitik existiert, um die nationalen Interessen des Landes zu schützen. Es kann niemals Sache der Geschäftswelt sein, diese Aufgabe zu übernehmen. Die amerikanische Gesetzgebung hat grundsätzlich versäumt, den US-Firmen klare Vorschriften zu machen, die den Transfer von hoch sensitivem Know-how, wie zum Beispiel die Herstellung von Äthylen, verboten hätten. Dieses Versäumnis hatte zur Folge, dass amerikanische Unternehmen aus Industrie und Finanz in den 1930er und 1940er Jahren Hitlers Wiederaufrüstung unterstützen konnten. Sie beeinträchtigten damit Amerikas nationale Sicherheit und trugen zu einer Verlängerung des Zweiten Weltkrieges bei.

# Finanzplätze und Banken neutraler Staaten im Dienste der NSDAP

## Der Zweite Vierjahresplan

Die Firmen I.G. Farben, Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat, Siemens, AEG und Vereinigte Stahlwerke AG (Krupp) waren die grössten Devisenlieferanten des deutschen Reiches und haben in einem beachtlichen Ausmass zur Umsetzung von Hermann Görings Zweitem Vierjahresplan, der 1936 entstand, beigetragen.<sup>411</sup> Allein I.G. Farben erzielte mindestens 10% der Gesamtdewiseneinkünfte des Reiches. Mit diesen Devisen konnte Nazi-Deutschland strategische Rohstoffe, Ausrüstungen und technische Verfahren erwerben, die für die Aus- und Aufrüstung unerlässlich, aber in Deutschland nicht erhältlich waren. Ausserdem setzten die begehrten Devisen Hitler in die Lage, seine Spionage, Propaganda und sonstigen militärischen und politischen Aktivitäten im Ausland zur Vorbereitung und Führung des Krieges zu finanzieren.<sup>412</sup> Mit dem Zweiten Vierjahresplan (dieser Plan war Nachfolger von Hitlers rhetorischem ‚Vierjahresplan‘ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von 1933) strebte man bis zum Jahr 1940 die Erreichung einer selbständigen militärischen Versorgung an, also einer militärischen Autarkie. So wie Stalin seinen ‚Ersten Fünfjahresplan von 1928 als ein Instrument zur politischen Disziplinierung innerhalb der Kommunistischen Partei und der sowjetischen Gesellschaft benützte, um seine persönliche Machtstellung und sein radikales ökonomisches Programm zu unterstützen, so konnte die NSDAP mit Hilfe des Vierjahresplans ebenfalls ihre Kontrollmechanismen ausbauen und verstärken und die radikalen Programme der Aufrüstung und territorialen Expansionen durchsetzen. Ausserdem bot der neue Vierjahresplan die Chance, den in früheren Jahren mit der konservativen Elite zweckdienlich eingegangenen (und inzwischen lästig gewordenen) Konsensus zu unterminieren.

Dieser Konsensus war 1933 zwischen wirtschaftlich konservativen Zirkeln und gemässigten Elementen in der NSDAP geschlossen worden. Beide Kreise wünschten wirtschaftliche Wiederbelebung und politische Stabilität. Jetzt bot sich die Möglichkeit, diese innerhalb politischer Rahmenbedingungen durchzusetzen, von denen sie vor Hitlers Ernennung zum Kanzler nur träumen konnten. Nach dem Scheitern des liberalen Wirtschaftsmodells, dessen sich selbst regu-

lierender Markt die Weltwirtschaftskrise nicht hatte verhindern können, existierte nun ein generelles Verständnis und Bestreben nach stärkerem staatlichem Eingriff, kontrolliertem Handel und Interventionsmöglichkeiten auf dem Kapitalektor. Nicht wenige Konservative begrüßten die Unterdrückung unabhängiger Organisationen zur Vertretung der Arbeiter (Gewerkschaften). Beide Seiten teilten einen wirtschaftlichen Nationalismus, der seinen Ursprung in den zwanziger Jahren hatte. Man strebte eine Restaurierung der deutschen Grossmacht an und die Beendigung der nach dem Empfinden dieser Kreise erniedrigenden Abhängigkeit von der internationalen Finanz.<sup>413</sup>

Im Frühling 1936 wurden die Gründe für die Erstellung des Ersten Vierjahresplans geprüft. Die dabei zu Tage tretenden unterschiedlichen Auffassungen strapazierten das zu Beginn noch bestehende Einvernehmen zwischen Hitler und den Konservativen erheblich. Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, einer der Hauptredner für die konservative Meinung, sprach sich für eine Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft aus und strebte eine Erhöhung des Lebensstandards an, sobald eine begrenzte und erschwingliche Wiederaufrüstung vollendet sein würde. Er sah dafür einen Zeitpunkt zwischen 1937 und 1938. Hjalmar Schacht konnte sich mit dieser Meinung nicht gegen die radikaleren Elemente in der NSDAP durchsetzen, die eine wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands und einen hohen Grad von Autarkie befürworteten. Während des Besprechungszeitraumes, also 1936/37, mündete ein erneuter Druck, jüdische Geschäftsbeteiligungen auszurotten, in der ersten Arierisierungswelle in Deutschland.<sup>414</sup> Als Göring dann am 18. Oktober 1936 im Berliner Sportpalast den Zweiten Vierjahresplan vorstellte, bezeichnete er die Wirtschaft der Weimarer Zeit als «ausgefegt und von den Juden geplündert».<sup>415</sup> Gleichzeitig sprachen sich Göring und Kreise der Wehrmacht für eine Beschleunigung des Tempos der Wiederaufrüstung aus.<sup>416</sup>

### *Weichenstellung*

Im Herbst 1937 war die Zwangsschonzeit vorbei. Hitler setzte auf eine radikale Agenda, die in grossem Umfang wirtschaftliche Stärke durch Autarkie und weitere Aufrüstung anstrebte. Die Ausweitung der ‚Arisierung‘ sollte die Finanzierung dieser Pläne massgeblich unterstützen. Hjalmar Schacht war kein Judenfreund. Aber er wusste, dass eine rücksichtslose ‚Arisierung‘ Rückwirkungen auf die Aussenhandelspolitik haben und ausserdem im wirtschaftlichen Bereich beträchtliche Unruhen erzeugen würde.<sup>417</sup> Diese erneute Disharmonie in einem



schon seit 1933 zwischen den Konservativen und Hitler schwelenden Konflikt bewog ihn, das kommissarisch mitverwaltete Amt des Reichswirtschaftsministers im November 1937 aufzugeben. Hitler bestand jedoch darauf, dass Schacht weiterhin das Amt des Reichsbankpräsidenten behielt aus der Befürchtung, dass sonst das internationale Vertrauen in die Deutsche Reichsmark leiden könnte, aber auch, um vorzubeugen, dass Hjalmar Schacht ein Sammelpunkt für die politische Opposition werden könnte.

Zwischen November 1937 und Februar 1938 restrukturierte Göring das von Schacht aufgegebene Wirtschaftsministerium und installierte seine eigene Vierjahresplan-Organisation. Offensichtlich wollte er sich nicht völlig auf die dort bestehende preussische Organisationsstruktur verlassen. Walther Funk folgte Schacht im Februar 1938 auf dem Stuhl des Reichswirtschaftsministers, und im gleichen Monat übernahm von Ribbentrop das Auswärtige Amt und ersetzte damit von Neurath. Werner von Blomberg verliess das Kriegsministerium, und Hitler nahm für sich das Oberkommando der Wehrmacht in Anspruch. Die Weichen waren gestellt. All diese Wechsel, zusammen mit dem angekündigten Zweiten Vierjahresplan, schufen die Voraussetzungen für eine radikalere politische Konstellation an der Spitze der NSDAP.<sup>418</sup>

Die in der Folge entstehenden engen Verbindungen zwischen Görings Organisation im Reichswirtschaftsministerium zur Durchführung des Zweiten Vierjahresplans und den grossen Firmen hatte beträchtliche Auswirkungen auf die Evolution von I.G. Farben und Krupp im Zusammenhang mit der Entwicklung von Geschäftsstrategien zur Führung der Wirtschaft und von ökonomischen Verfahren. Vorbereitung der Wirtschaft auf den Kriegszustand hatte oberste Priorität.<sup>419</sup>

Görings erlassene Instruktionen liessen an dem neuen wirtschaftlichen Kurs kein Missverständnis aufkommen: angestrebte Autarkie im Handel, Devisenbewirtschaftung und Ersatz von Einfuhren durch inländische Produkte (domestic import substitution), Zurückschneidung des Inlandkonsums, straffe Kontrollen des Arbeitsmarktes, Restriktionen im sozialen Bereich, stärkere Regulierung der Rohmaterialzuteilung und der Produktion und Verteilung von Lebensmitteln. Dieser Kreis von Aktivitäten bedeutete eine umfassende Steuerung der Wirtschaft.<sup>420</sup> Die Durchsetzung der gegebenen Ziele erforderte Devisen, deren wichtigste Lieferanten die Grossfirmen Deutschlands waren. Göring benötigte jedoch wesentlich mehr Devisen, als selbst diese heranschaffen konnten. Deshalb war die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei von immenser Bedeutung. Sie verschaffte Göring die Möglichkeit, nicht nur industrielles

Know-how, Produktionskapazität, Rohmaterial und Vermögen der privaten Firmen zu nutzen, erlangte auch Gewalt über die Goldreserven und Devisen der einverleibten Länder. Die Arisierung privater Vermögen der jüdischen Bevölkerung in Österreich und der Tschechoslowakei bzw. unter der Judenverfolgung erlassene Gesetze, jüdische Konzerne unter ‚kommissarische Verwaltung im Dienst der staatspolitischen Belange‘ zu stellen, dienten ebenfalls als Mittel zur Realisierung der im Vierjahresplan vorgegebenen Ziele. Als Beispiel sei genannt der Fall von Ignaz Petschek, einem der grössten Braunkohlen-Konzerne Europas. Formalrechtlich blieb der Konzern zwar unangetastet, die Verwaltung dieses Fremdvermögens oblag aber ausgerechnet den Hermann-Göring-Werken.<sup>421</sup>

Seine Behörde war es auch, die sich nun näher mit den künftigen Herausforderungen des seit 1940 entstandenen Wirtschaftsimperiums Deutschland zu befassen hatte. Dabei definierte man zwei miteinander verknüpfte Programme, deren Realisierung für Göring eminente Wichtigkeit besass. Es waren dies

- Lenkung des Grosswirtschaftsraums Deutschland
- Sicherung finanzieller Vorteile für das Reich bei Friedensschluss

### **Görings Entschuldungsaktion im Herbst 1940**

Im Frühsommer 1940 deutete noch alles auf einen raschen deutschen Sieg hin.<sup>422</sup> Görings Behörde sah einen Friedensvertrag am Horizont, sogar dann, wenn die USA Kriegsgegner werden sollten. Die Frage war nur, wie man Deutschland nach einem glücklichen Kriegsausgang eine wirtschaftlich und finanziell starke Präsenz in der Welt sichern konnte. (Im Prinzip die gleichen Überlegungen, die auch von England verfolgt wurden.) Deutschland sollte so mächtig werden, dass es nach dem Krieg fähig sein würde, seine wirtschaftlichen und finanziellen Interessen in anderen Ländern durchzusetzen und einen globalen Einfluss auszuüben.<sup>423</sup> Göring musste gleichzeitig noch die rivalisierenden Absichten des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop im Auge behalten. Der sehr von sich eingenommene Reichsaussenminister wünschte seine Fähigkeiten auch in der Wirtschaft zu demonstrieren und versuchte, mit diplomatischen Mitteln eine deutsch-dänische Wirtschaftsunion auszuhandeln. Dieser ehrgeizige Plan scheiterte aber, wodurch sich in dem Spiel der Kräfte die Position Görings gegenüber Ribbentrop wesentlich verstärkte. Die Wirtschaftsressorts des Reichsmarschalls entsandten zu allen Besatzungsverwaltungen Vertreter, und diese begannen nun Pläne zu entwickeln, die sich aufgrund der neu-

en Machtverhältnisse angenehmerweise ohne anstrengende Rücksichtnahmen durchsetzen liessen. Göring besass gegenüber den meisten Besatzungsverwaltungen Weisungsrecht und konnte die unterworfenen Staaten (praktisch wie Inland' behandeln.<sup>424</sup> Von einem raschen Kriegsende ausgehend, hegte er auch die feste Absicht, bei dem Abschluss von Friedensverträgen die Regelung der wirtschaftlichen Aspekte nicht aus der Hand zu geben.

### *Wirtschaftsraum Europa*

Doch zuvor mussten erst einmal die Vorbereitungen für die wirtschaftliche Neuordnung des deutschen Machtbereichs in Angriff genommen werden. In diesem Zusammenhang hatte der Vierjahresplanbeauftragte Hermann Göring am 22. Juni 1940 Reichswirtschaftsminister Funk beauftragt, Richtlinien für die zukünftige wirtschaftliche Gestaltung des von den Deutschen beherrschten Europa auszuarbeiten. Ministerialdirigent Gustav Schlotterer, der einem Sonderreferat (Vorbereitung und Ordnung' des Reichswirtschaftsminister für den europäischen Grosswirtschaftsraum vorstand, fiel die Ausarbeitung dieser ehrenwerten Aufgabe zu. Ende Juli legte er die Früchte seiner Arbeit einer durch das Reichswirtschaftsministerium koordinierten Ad-hoc-Gruppe vor, welche die Vorlage verabschiedete.<sup>425</sup> Anfang August konnte Reichswirtschaftsminister Funk die gewünschten Richtlinien an Göring weitergeben, die dann von dessen Behörde ab Mitte August in eine Reihe von Grundsatzentscheidungen umgesetzt wurden. Sie liefen im Prinzip darauf hinaus, die bislang praktizierte Abschottung der deutschen Wirtschaft vor weltwirtschaftlichen Einflüssen auf die gesamte europäische Herrschaftszone auszudehnen. Die Produktionskapazitäten der unter deutscher Kontrolle stehenden Staaten sollten im Dienste Deutschlands so ausgerichtet werden, dass sie zur Steigerung des Rüstungsvolumens und zur Überwindung von Engpässen, vor allem im Rohstoff- und Ernährungssektor, beitragen und damit zugleich eine politisch-ökonomische Verfestigung der militärisch erkämpften Vormachtstellung ermöglichten. Zur Durchsetzung dieses komplexen Vorhabens entwickelte Görings Mannschaft währungs-, handels- und eigentumspolitische Instrumente, die den von Land zu Land unterschiedlichen Bedingungen der jeweiligen Besatzungspolitik angepasst waren.<sup>426</sup>

Absolut oberste Priorität erhielten die Bemühungen um Ausweitung der bisherigen bilateralen Wirtschaftsverträge zu einem ‚Zentralclearing‘: Man beschloss, die in Berlin ansässige Deutsche Verrechnungskasse als Buchungsinstanz für den gesamten binneneuropäischen Warenverkehr sowie zur alleinigen

Vermittlungsstelle für die Austauschbeziehungen mit den aussereuropäischen Ländern zu benutzen. Leitwährung war die Reichsmark, hinter der die inzwischen in den eroberten Ländern geraubten Gold- und Devisenreserven standen.<sup>427</sup> Damit konnten den am Zentralclearing teilnehmenden europäischen Währungen feste Wechselkurse zur Reichsmark auferlegt werden. Dieses Währungsdiktat in Kombination mit der Beherrschung des kontinentalen Warenverkehrs bildete die Voraussetzung zur Konzentration der wichtigsten Handelsströme auf das deutsche Verkehrswesen und der Ausrichtung der gesamten Produktionsstruktur des Grosswirtschaftsraums auf das deutsche Zentrum. Zur weiteren Zementierung der Abhängigkeitsverhältnisse in den jeweiligen Schlüssel-sektoren wurde durch ineinandergreifende Massnahmen wie Übernahme strategisch wichtiger Beteiligungen, Arisierungen oder Treuhandschaften eine langfristig angelegte Kapitalverflechtung eingeleitet. Übrigens war geplant, dass Mittelafrika im Hinblick auf Rohstoffsicherung und als künftiger kolonialer Ergänzungsraum für das Grossdeutsche Reich ebenfalls der Ehre deutscher Beachtung teilhaftig werden sollte.<sup>428</sup>

Um sich der neuen Aufgabe auch richtig annehmen zu können, wünschte Göring, über mehr finanzielle Unabhängigkeit und Flexibilität in der Führung der deutschen Wirtschaft zu verfügen, ohne der ‚kleinlichen‘ Kontrolle der Finanzaufsicht unterworfen zu sein.<sup>429</sup>

Die Verwaltungsstruktur des NS-Staates war im Falle der Devisen so geregelt, dass alle Zahlungseingänge an frei konvertierbaren Devisen an die Reichsbank abgeliefert werden mussten. Diese verteilte den Reichsmark-Gegenwert an Partei, Regierung, private Organisationen usw.<sup>430</sup> Auch Göring war von der Beachtung dieser Vorschrift nicht ausgenommen und unterstand einer Reichsstelle für die Abgabe der eingenommenen Devisen. Dies bedeutete, dass Göring nicht nur alle erhaltenen Devisen abliefern, sondern im Bedarfsfall bei der Devisenbewirtschaftungsstelle die benötigten Devisen auch anfordern musste.<sup>431</sup> Der selbstherrliche Marschall des Dritten Reiches als Bittsteller! Der Wunsch, von anderen staatlichen Stellen finanziell unabhängig agieren zu können, beflügelte deshalb die Phantasie des nicht nur machthungrigen, sondern auch tatkräftigen Göring ungemein. Unter seiner Regie arbeiteten die Mitglieder seiner Behörde in der Folge einen ehrgeizigen Plan aus. Dieser Plan wurde bekannt unter dem Namen «Entschuldungsaktion», der sich eigentlich zu einem Devisenfonds entwickelte.<sup>432</sup> Die Verwaltung des Fonds der Entschuldungsaktion oblag Görings Geschäftsgruppe «Devisen des Vierjahresplans» und wurde von ihm persönlich überwacht.<sup>433</sup> Ziel dieser Aktion war, eine weltweite Reduktion oder gar

Tilgung von deutschen Auslandsschulden zu erreichen, um damit Deutschland nach Beendigung des Krieges eine starke finanzielle Position in der Welt zu sichern. Die Entschuldungsaktion dauerte von September 1940 bis Januar 1941. Der Bewältigungsbedarf von Görings Wunschkatalog sollte in den kommenden Wochen und Monaten die Finanzplätze neutraler Staaten wie USA, Schweiz und Schweden in einem erheblichen Mass beanspruchen.

Ende August 1940 wurde Göring informiert, dass sich die geschätzte deutsche Verschuldung gegenüber den USA, Schweden und der Schweiz auf etwa 2,5 Milliarden Reichsmark belief.<sup>434</sup> Der Betrag teilte sich auf die drei neutralen Länder folgendermassen auf:

USA	etwa 1,1 Milliarden
Schweiz	0,8 Milliarden

Schweden (davon 221 Mio. Kreuger-Anleihe) 700-800 Millionen Wegen des Krieges war der Preis für deutsche Obligationen niedrig, aber man erwartete, dass er nach einem Sieg Deutschlands stark ansteigen würde. Ein grosser Teil dieser Anleihen in Höhe von etwa 1 Milliarde RM, wie z.B. die Kreuger-Anleihe, war zu einem sehr günstigen Kurs, oft nur zu einem Fünftel ihres Wertes rückkaufbar. Das bedeutete, mit dem Einsatz eines vergleichsweise geringen Betrages von nur 100 Millionen Reichsmark konnten ½ Milliarden RM Auslandsschulden abgebaut und damit ein bedeutender Gewinn erzielt werden. Die Gunst der Stunde nutzend, wurde rasch ein Aktionsplan entwickelt, der vorsah, mit Unterstützung der Banken und Firmen in neutralen Ländern die deutschen Auslandsobligationen nach Deutschland zurückzuholen. Speziell die in den USA befindlichen Obligationen sollten so schnell wie möglich aufgekauft werden. Der Zeitfaktor war von doppelter Wichtigkeit: Man wollte Gewinnverlusten vorbeugen, die sich im Falle eines Krieges mit den USA durch eine Beschlagnahme dieser Wertpapiere hätten ergeben können, so dass diese Papiere nicht mehr für den Schuldenabbau Deutschlands eingesetzt werden konnten.<sup>435</sup>

### *Beginn der Entschuldungsaktion*

Göring ging mit beachtlicher Energie und Ausdauer an die Umsetzung seiner Entschuldungsaktion: Zur Durchführung des Planes benötigte man die Mitarbeit einer deutschen Privatfirma mit möglichst umfangreichen Auslandsbeziehungen und internationaler Kreditwürdigkeit. Hier bot sich in Köln die Firma Otto Wolff AG unter der Leitung von Gasper Siedersleben an.<sup>436</sup> In einem ersten Versuch gab die Reichsbank aus ihren Beständen fünf Millionen Dollar an die Firma Otto Wolff ab,<sup>437</sup> und die Firma startete den Aufkauf deutscher Verbind-

lichkeiten an den jeweiligen Finanzplätzen. Für die Bearbeitung der verschiedenen Länder waren spezifische Massnahmen geplant und der Einsatz verschiedener Personen vorgesehen.

In der Schweiz benützte die Firma Otto Wolff AG im Herbst 1940 zur Tarnung ihre dortige Tochtergesellschaft, das Holdingunternehmen Société Gestion Rodopia S. A.<sup>438</sup> Mit Hilfe dieser Tochter wurden eine Reihe von Bankkonten unter dem Namen der Firma eröffnet und Wertpapiere in Höhe von 2 Millionen Franken gekauft.<sup>439</sup> Zusätzlich engagierte man für die Geschäfte in der Schweiz als Privatperson noch Hermann Abs, der bei der Deutschen Bank tätig war. Seine Aufgabe war der Rückkauf von schweizerischen Bankforderungen an die Deutsche Reichsbahn im Wert von fast 2 Millionen RM zu einem Fünftel ihres Nennwertes.<sup>440</sup>

Bei Kriegsbeginn verboten die kriegführenden Staaten die Auszahlung von Zinsen und Dividenden an Angehörige und Einwohner feindlicher Staaten. Auch zur Rückzahlung fällige Obligationen konnten nicht eingelöst werden, sofern sie im Besitz von Personen oder Gesellschaften waren, die sich in Feindesland aufhielten. Die von den Deutschen angestrebte Rückführung von Wertpapieren war grundsätzlich nicht illegal, sofern die entsprechenden Vorschriften beachtet wurden. Die Ausführung derartiger Transaktionen in kriegführenden Ländern war erlaubt, wenn der Verkäufer a) eine eidesstattliche Erklärung über Herkunft der Papiere abgeben und b) nachweisen konnte, dass die betreffenden Wertpapiere seit dem 1. September 1939 ununterbrochen sein Eigentum gewesen waren. Als Folge dieser Vorgaben wurde vom Schweizerischen Effektenbörsenverein zusammen mit der Schweizerischen Bankiervereinigung die ‚Schweizer-Besitz-Erklärung‘ kreiert. Es handelte sich dabei um eine Erklärung des Verkäufers ausländischer Wertpapiere, dass sich die zum Verkauf gelangenden Titel seit dem pro Land jeweils festgelegten Stichtag ununterbrochen im Besitz des jeweiligen Verkäufers befunden hatten. Dabei war das Datum von entscheidender Bedeutung: Die Niederlande beispielsweise wurden am 10. Mai 1940 angegriffen. Indem man den 9. Mai 1940 als Erwerbsdatum angab, konnten die Obligationen im offiziellen Handel veräussert werden.<sup>441</sup>

Diese Regelung führte zwangsläufig zu zwei Handelsmärkten mit teilweise markanten Kursunterschieden von bis zu 30% zwischen Papieren mit und solchen ohne Erklärungen. Manche Angestellte verschiedener Bankhäuser konnten der Verlockung, durch gefälschte Erklärungen grosse Gewinne einzustreichen, nicht widerstehen. Ein von Walter W. Ostrow, U.S. Treasury Representative, signiertes Memorandum, datiert vom 4. März 1947 mit dem Titel ‚Falsified Affidavits of Ownership of Foreign Securities‘, weist darauf hin, dass der

Schweizerische Bankverein verfälschte eidesstattliche Erklärungen in einem Umfang von mehreren Millionen ausgestellt habe.<sup>442</sup> Ostrow erwähnt, dass auch die Kantonalbanken von Waadt und Bern für die Anwendung derselben Praktiken bekannt seien.<sup>443</sup> Weiter behauptet er, dass «under the very eyes of the Stock Exchange authorities depreciated securities of foreign origin were dumped in Switzerland on behalf of one of the belligerents, the proceeds being used to buy other foreign securities. For instance, one of the local big banks dumped Royal Dutch shares on the market valued at 6 million Swiss francs and it may be assume with a great degree of certainty that these securities were requisitioned in the Netherlands.»<sup>444</sup> (*Unter den Augen der Börsenaufsicht wurden im Auftrag eines der kriegführenden Länder herabgesetzte Wertpapiere ausländischer Herkunft auf dem Schweizer Kapitalmarkt verkauft, deren Erlös wiederum für den Kauf anderer ausländischer Wertpapiere benutzt wurde. Zum Beispiel warf eine der lokalen Grossbanken Royal-Dutch-Aktien in Höhe von 6 Millionen Schweizerfranken auf den Markt. Es darf mit grosser Sicherheit angenommen werden, dass diese Wertpapiere in den Niederlanden requiriert wurden.*) Ostrow versucht, den Ruf des Schweizer Bankvereins und damit auch der Bankenindustrie der Schweiz ins Zwielficht zu führen. Er nimmt Bezug auf eine Broschüre von Dr. Louis Schulthess mit dem Titel «Concerning the Ethics of Swiss Banks», welche Informationen über die Verfälschung von Affidavits durch den Schweizerischen Bankverein beinhaltet.<sup>445</sup> Ostrow weist daraufhin, dass diese Broschüre aus dem Jahr 1932 sich auf einen Fall aus dem Ersten Weltkrieg bezieht, bekannt als ‚Angelegenheit Metallwerte‘, der beweist, dass der Schweizerische Bankverein schon vor Jahren «used to make out false affidavits».<sup>446</sup> Was die von Ostrow vorgelegten Akten falsified Affidavits of Ownership of Foreign Securities’ über das Verhalten schweizerischer Banken in der Zeit des Zweiten Weltkriegs betrifft, werden einzelne Fakten und Literatur zusammengeschustert, um den Eindruck zu hinterlassen, schweizerische Grossbanken hätten während des Zweiten Weltkriegs weitgehend mit falschen Affidavits grosse Gewinne erzielt. Es besteht kein Zweifel, dass in der schweizerischen wie auch in der amerikanischen Bankenwelt tatsächlich schwarze Schafe vorhanden waren. Aber aus Einzelfällen einen allgemeinen Vorwurf zu konstruieren, geht zu weit. Schliesslich wird ja auch nicht die gesamte New Yorker Börse verurteilt, weil mit Hilfe amerikanischer Finanzhäuser Mittelsmänner wie Markus Wallenberg von der schwedischen Enskilda-Bank deutsche Aktien im Auftrag NS-Deutschlands gekauft haben.<sup>447</sup>

Der Rückführungsplan bot internationalen Anlegern eine Gelegenheit zu spekulieren und gab auf der anderen Seite kriegführenden Ländern wie

Deutschland auch die Möglichkeit, wirtschaftliche und finanzielle Vorteile zu erringen. Er wirkte somit kontraproduktiv gegenüber der amerikanischen Außenpolitik. In den Wochen nach Einleitung der «Entschuldungsaktion» boten die Finanzplätze Schweiz, Schweden und USA Gelegenheit zum Kauf deutscher Wertpapiere, was zu einer weiteren momentanen Steigerung der finanziellen Attraktivität Deutschlands führte. Die Gelegenheit, eine Nachfrage für deutsche Wertpapiere lancieren zu können, hatte den für Deutschland angenehmen psychologischen Nebeneffekt, dass Vertrauen in die neue Ordnung Europas aufgebaut wurde. In der Anfangsphase des Krieges im Herbst 1940 legte man Wert darauf, den Erwerb der deutschen Wertpapiere mit einwandfreien Affidavits durchzuführen. Das FBI (Federal Bureau of Investigation) in den USA verdächtigte allerdings relativ rasch Financiers wie Markus Wallenberg von der Enskilda-Bank in Schweden, an illegalen Transaktionen beteiligt zu sein, verfügte aber nicht über ausreichende Beweise, um die entsprechenden Wertpapiere zu beschlagnahmen.<sup>448</sup> – Ein anschaulicher Vergleich des Unterschiedes zwischen dem Rechtsstaatsprinzip einer Demokratie im Gegensatz zur Willkür eines NS-Staates.

Die günstige weltpolitische Lage im Grosswirtschaftsraum Deutschland im Herbst 1940 liess nicht nur deutsche Regierungskreise die Gunst der Stunde ergreifen, auch die deutsche Privatwirtschaft unternahm neue Vorstösse zur Konsolidierung ihrer Finanzkraft. Die Aachen-Leipziger Versicherungsgesellschaft, Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt in Berlin, Donau-Concordia Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien, Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft in Magdeburg, Union und Rhein Versicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin und die Württembergische Feuerversicherung AG in Stuttgart nahmen Verhandlungen mit der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft (Schweizer Rück) auf, um die deutschen Aktien zurückzukaufen. Die Schweizer Rück war offenbar mit diesem Rückkauf grundsätzlich einverstanden,<sup>449</sup> womit sich die Aktien der sechs bedeutendsten deutschen Versicherungsgesellschaften – soweit bekannt – wieder in deutschen Händen befanden (*Ob der Rückkauf definitiv erfolgte, kann nicht mit letzter Sicherheit behauptet werden. Zur Zeit der Anfrage gewährte die Schweizer Rück externen Historikern keine Einsicht in firmeninterne Dokumente und verwies auf andere Akten in verschiedenen Archiven.*)

Sowohl der Besitz wie auch der Erlös aus dem Auf- und Weiterverkauf deutscher Aktien und Anleihen konnten Göring genau das Machtinstrument verschaffen, welches er zur Lenkung und Kontrolle des deutschen Wirtschaftsraumes und seiner Unternehmen benötigte. Die Möglichkeit für Göring, in den Be-



sitz solcher Aktien zu gelangen, ergab sich beispielsweise, als er in Frankreich auf ein Aktienpaket der belgischen Ölgesellschaft ‚Concordia‘ in Rumänien stiess, das zum Verkauf stand. Göring kaufte dieses Aktienpaket unter dem Aspekt einer möglichen Neuordnung der internationalen Ölinteressen unter deutscher Führung.<sup>450</sup> Später wurden dann die Aktien der ‚Colombia‘ erworben, einer anderen rumänischen Erdölgesellschaft mit französischem Kapital. Der Aktienbesitz dieser beiden Firmen bildete den Grundstein für die im März 1941 vom Reichswirtschaftsministerium und der Vierjahresplanbehörde gegründete Holdingfirma mit Namen ‚Kontinentale Öl AG‘, Berlin, die von Karl Blessing als Vorsitzendem des Vorstandes geleitet wurde. Der Besitz dieser Aktienbestände ermöglichte Göring eine rücksichtslose Ausbeutung der Ölvorkommen in den besetzten Gebieten.<sup>451</sup>

### *Rückkauf der Kredite ‚Kreuger‘ und ‚Lee Higgenson‘*

Zu den aufwendigsten und abenteuerlichsten Aktionen im Rahmen des Entschuldungsprogramms zählen zweifellos die ‚Rückeroberung‘ der Kreuger- und der Lee-Higgenson-Kredite. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge soll kurz auf die Vorgeschichte eingegangen werden.

Im Jahr 1929, als Deutschland kaum mehr kreditwürdig war, hatte der schwedische Zündholzhersteller Kreuger dem Reich einen zinsgünstigen 90-Millionen-Dollar-Kredit angeboten. Bedingung für die Gewährung dieses Kredites war, dass Deutschland Kreuger ein langfristiges Monopol auf Zündwaren erteilte – Kreuger hatte sich durch die Vergabe ähnlicher Kredite bereits in einer Reihe anderer Staaten ein Monopol gesichert.<sup>452</sup>

1930 verschlechterte sich die deutsche Finanzlage immer mehr. Der Ausgang der Reichstagswahlen im September dieses Jahres führte zu grossen Abzügen von Auslandsgeldern. Das Ausland verkaufte deutsche Wertpapiere und zog Kredite zurück, während das inländische Publikum zur Kapitalflucht schritt. Zum vorläufigen Ausgleich der Reichsfinanzen arbeitete die deutsche Regierung ein Sofortprogramm aus und erhielt im Oktober 1930 von einem internationalen Bankensyndikat unter der Führung des New Yorker Bankhauses Lee, Higgenson & Co. einen 125-Millionen-Dollar-Kredit, der Deutschland eine Atempause verschaffte. Dadurch schlug die Börsenstimmung um und «ging Hand in Hand mit einer Entspannung der Lage an den Devisenmärkten».<sup>453</sup> Dieser Kredit wurde ‚Lee-Higgenson-Kredit‘ genannt. Die Weltwirtschaftskrise und daraus resultierende Konkurse führten zu einer Einstellung der Tilgung und

Zinsen für den Lee-Higgenson-Kredit im Jahr 1931. Kreugers Konzern brach 1932 wegen Zahlungsunfähigkeit zusammen. Der darauffolgende Selbstmord Kreugers gehörte zu den dramatischen Ereignissen der Zeit und erschütterte die Finanzwelt zusätzlich. Die Anteilscheine der Kreuger-Anleihe waren als Sicherheiten für Kredite an schwedische Banken verpfändet und wurden von diesen nun zu einem niedrigen Kurs übernommen. Die Familie Wallenberg, Eigentümerin der Enskilda-Bank in Schweden, erwarb eine grosse Tranche der Kreuger-Anleihe. Die gesamte Kreuger-Anleihe von nominal 90 Millionen Dollar befand sich ausschliesslich in Schweden, mit Ausnahme eines kleinen Anteils in den USA.<sup>454</sup> Es handelte sich dabei um zwei Kreuger-Anleihe-Scheine im Umfang von einer Million und 500'000 Dollar.<sup>455</sup> Beide Anleihen wurden später vom Reich mit 185 Kalo Gold zurückgekauft.<sup>456</sup>

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Stabilität der deutschen Reichsmark durch die hoffnungslose innere Verschuldung und Überforderung der Wirtschaft gefährdet.<sup>457</sup> Die Deutschen waren an dem Rückkauf der Kreuger-Anleihe besonders interessiert, weil damit kurzfristig das Vertrauen in die Reichsmark stimuliert und nach dem Krieg die finanzielle Position verstärkt werden konnte. Der Lee-Higgenson-Kredit gehörte in die gleiche Kategorie. Speziell letzteren betrachtete die Deutsche Reichsbank als eine politisch besonders unangenehme Verbindlichkeit, die sie schnellstens zurückkaufen wollte (der Kredit konnte bei einem Kriegseintritt der USA beschlagnahmt und damit für Deutschland ohne Nutzen werden). Der Gesamtbetrag war inzwischen auf 14,7 Millionen Dollar zusammengeschmolzen. Der grösste Teil der Anleihe, nämlich 10,9 Millionen, befand sich in den USA.<sup>458</sup>

Am 6. September informierte Staatssekretär Neumann den Reichsbank-Vizepräsidenten Emil Puhl über die Wunschliste des Reichsmarschalls und darüber, dass Abs wegen der Kreuger-Anleihe Kontakt mit dem schwedischen Bankier Jakob Wallenberg aufnehmen sollte.<sup>459</sup> In der Folge verhandelten vom 12. bis 14. September 1940 in Berlin Abs und Wallenberg als Kommissionäre die Modalitäten eines Rückkaufes der Kreuger-Anleihe.<sup>460</sup> Die von Wallenberg angebotenen Aktien befanden sich teilweise in den Händen der «Skandinaviska Bank», die als Hausbank von Kreuger noch immer unter den damaligen Verlusten zu leiden hatte, und der Wallenbergschen Enskilda-Bank. Wallenberg besass ein Kreuger-Paket im Wert von 40 Mio. Dollar und war bereit, dieses für 16 Millionen Dollar zu verkaufen, von denen ein Teil in Gold erstattet werden sollte. Das war ein akzeptables Angebot – und Hermann Abs wurde von Staatssekretär Neumann ermächtigt, Wallenberg die Anleihe abzukaufen.

Die Durchführung der Zahlungsmodalitäten erforderte die Zusammenarbeit der Deutschen Reichsbank und der schwedischen Nationalbank, denn Wallenberg wollte das Gold nur mit Zustimmung der schwedischen Reichsbank annehmen. Der Gouverneur der schwedischen Reichsbank, Ivar Rooth, war bekannt für seine Abneigung gegen Gold; er wollte bei einer Invasion wenig greifbare Werte im Land haben. Puhl stellte fest: «Er läuft lieber das Risiko, das sich aus dem Halten bedeutender Dollarbestände in New York ergibt», die möglicherweise von den amerikanischen Behörden eingefroren werden könnten.<sup>461</sup> Sofort nach dem Telefongespräch mit Ivar Rooth am 17. September 1940 wurde Hans Treue von der Abteilung Devisenhandel der Deutschen Reichsbank nach Stockholm geschickt, wo er mit Rooth die Details eines Goldtransfers besprach, ohne die genauen Hintergründe der Transaktion zu kennen. Zur gleichen Zeit traf Hermann Abs ebenfalls in Stockholm ein, und am 23. September war man sich über die Modalitäten einig. Die Zahlung für den 16-Millionen-Dollar-Kauf der Kreuger-Anleihe wurde aufgeteilt in 8 Millionen Dollar, etwas über 4 Millionen Kronen und etwa 4 Millionen Dollar in Gold.<sup>462</sup> Offensichtlich hatte der Leiter der schwedischen Reichsbank, Ivar Rooth, von seiner Abneigung gegen den Besitz von Gold geheilt werden können. Über die Herkunft des akzeptierten Goldes – Vorkriegsgold oder Raubgold von den eroberten Ländern – ist noch nichts bekannt. Bei dem Gold dürfte es sich jedoch kaum noch um Vorkriegsgold gehandelt haben.

Die Firma Otto Wolff, die sich während der ganzen Verhandlungen im Hintergrund gehalten hatte, übernahm die Verteilung der Vermittlungsprovision. Aus der gesamten Aktion resultierte ein Gesamtgewinn von 56,9 Millionen RM.<sup>463</sup> Emil Puhl von der Deutschen Reichsbank war sich des gesetzeswidrigen Charakters der ganzen Aktion wohl bewusst (es war verboten, ein Devisenkonto zu führen, ohne das Reichsfinanzministerium darüber zu informieren). Er empfahl zur Geheimhaltung dieses doch beträchtlichen Gewinnes, einen nennenswerten Betrag bei der Reichsbanktochter DEGO zu belassen.<sup>464</sup> Der restliche Betrag wurde auf ein Depot bei der Berliner Handelsgesellschaft und dem Bankhaus Delbrück und Schickler gegeben, «die den Charakter eines verschwiegenen Privatbankhauses in stärkstem Umfang gewährt haben».<sup>465</sup> «Die Konten bei Privatbanken sollten nach Möglichkeit nicht auf den Namen einer Privatperson, sondern einer Gesellschaft oder Vereinigung lauten, um neugierige Rückfragen zu vermeiden.»<sup>466</sup> Der ausgewählte Namen der Gesellschaft für das Konto bei der Berliner Handelsgesellschaft lautete Borussia.<sup>467</sup> Göring zeigte sich mit diesem Vorgehen einverstanden.<sup>468</sup>

Bereits am 8. Oktober 1940 diskutierte Hermann Abs mit Görings Behörde den Kauf einer zweiten Kreuger-Anleihe im Nominalwert von 48,7 Millionen Dollar. Das Vorhaben kam jedoch nie zur Durchführung.<sup>469</sup> Inzwischen zeichnete sich ab, dass der Krieg nicht rasch vorübergehen würde. Die für die Durchführung der Aktion notwendigen Devisen wurden künftig für Rohstoffe und Dienstleistungen in der Spionageabwehr benötigt.

Parallel laufend zu den Finanztransaktionen in Schweden und der Schweiz bestand immer noch ein hohes Interesse am Erwerb des Lee-Higgenson-Kredits und deutscher Wertpapiere in den USA. Man diskutierte alle möglichen Wege, wie man in den USA an die begehrten Anlagen herankommen könnte. Reichsbank-Vizepräsident Puhl berichtete über die Absicht, die Berlin-Niederlassungen amerikanischer Banken wie die Chemical Bank und Trust Company New York zu nutzen, um grössere Bestellungen von Wertpapieren unauffällig in Auftrag geben zu lassen.<sup>470</sup> Auch die amerikanische Bank Henry Schroder wurde in die Überlegungen einbezogen,<sup>471</sup> die zu den aktivsten Befürwortern des Handels mit Nazi-Deutschland zählte.<sup>472</sup> (1939, bei Ausbruch des Krieges, gab die Henry J. Schroder & Company eine Geschäftsorder heraus, die jeglichen Handel ihrer amerikanischen Tochtergesellschaften mit den Achsenmächten untersagte.<sup>473</sup> Auf Grund des vorliegenden Quellenmaterials erheben sich aber gewisse Zweifel über die tatsächliche Befolgung dieser Direktive.) In einer Besprechung am 7. Oktober 1940 zwischen Kadgien (Beauftragter für den Vierjahresplan) und Karl Blessing (Blessing gehörte zum Freundeskreis Himmlers und war Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium)<sup>474</sup> weist Blessing daraufhin, dass die Bank Henry Schroder in den USA beim Rückkauf der Lee-Higgenson-Anleihe behilflich sein könnte.<sup>475</sup> Offenbar nicht nur die amerikanischen Schroder-Töchter, auch die Tochtergesellschaften anderer britischer Banken haben in gewissen Fällen mit den Deutschen zusammengearbeitet. Beispielsweise als die DEGO (Tochtergesellschaft der Deutschen Reichsbank) beim Rückkauf deutscher Werte im besetzten Frankreich sich «natürlich» der Vermittlung der Westminster Bank bediente.<sup>476</sup> Es ist schon pikant, dass die Tochtergesellschaft einer britischen Bank in Frankreich, das ein Verbündeter Englands gegen Deutschland war und von den Deutschen erobert wurde, offenbar die Reichsbank-Tochter beim Rückkauf deutscher Werte unterstützt, die wiederum für die Finanzierung der Kriegführung gegen England eingesetzt werden konnten.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen um den Erwerb der Lee-Higgenson-Papiere erhielt Görings Behörde am 11. Oktober von Siedersleben (Fa. Otto Wolff) die Mitteilung, dass die amerikanische Besitzerin des grössten Aktien-

paketes des Lee-Higgenson-Kredits ihren Anleiheanteil voll abgeschrieben habe und ihn aus diesem Grund nicht abstossen wolle.<sup>477</sup> Inzwischen mussten die eifrigen Aktienkäufer allerdings feststellen, dass ein anderer deutscher oder europäischer Interessenkreis auch auf den Geschmack gekommen war und eine fast ebenso grosse Tranche der Lee-Higgenson-Anleihe gekauft hatte. Damit befanden sich von den ursprünglich 10,9 Millionen nur noch rund 5 Millionen Dollar auf dem amerikanischen Markt.<sup>478</sup>

Im Eilverfahren gelang es der Firma Otto Wolff mit Unterstützung von US-Banken dann doch, die amerikanische Besitzerin zu überzeugen, ihre Zertifikate im Wert von noch rund 3,5 Millionen Dollar zu verkaufen.<sup>479</sup> Welche Argumente diesen Erfolg ermöglichten, ist nicht bekannt. Die Deutsche Diskontbank, Tochter der Reichsbank, kaufte dann bereits am 13. Dezember 1940 von der Chase National Bank in New York und der Marine Midland Trust Company in Buffalo die 3,5 Millionen Dollar Anleihescheine der Amerikanerin und zusätzlich noch 1,5 Millionen Anleihen von anderen Besitzern. Das Reichsbankdirektorium hatte dabei ihre Tochter angewiesen, sie solle die erworbenen Zertifikate des Lee-Higgenson-Kredits in Höhe von 5 Millionen Dollar «zunächst nach Mexiko senden lassen, um sie vor etwaigen Beschlagnahmen zu sichern, die aus irgendwelchen Gründen erfolgen könnten».<sup>480</sup>

Im Zusammenhang mit den diversen Banktransaktionen leisteten nicht nur gewisse Schlüsselindustrien der USA, sondern auch amerikanische Finanzhändler Hitlerdeutschland gute Dienste. Beispielsweise war die wichtigste Bankverbindung deutscher Unternehmen in den USA die Chase National Bank in New York. Die von der Familie Rockefeller beherrschte Bank leistete zusammen mit der Bank Henry Schroder Mithilfe bei der deutschen Aufrüstung und bei der Finanzierung deutscher Nachrichtendienste in Nord- und Südamerika. Die Chase-Bank in Paris tätigte während des ganzen Krieges Geschäfte mit der deutschen Besatzungsmacht und der Gestapo. Die amerikanischen Direktoren der Bank wurden nach Kriegsende gerichtlich verfolgt, es kam aber nie zu einer Verurteilung.<sup>481</sup>

### **Beschaffung der deutschen Wertpapiere**

Für den Kauf der restlichen deutschen Wertpapiere benötigte man jemanden, der über Kenntnisse im internationalen Devisen- und Wertpapierhandel verfügte. Die Suche nach einer vertrauenswürdigen Person – und vor allem deren Transfer in die USA – liest sich wie ein schwarzes Komödienstück. In den USA

herrschte eine strenge Finanzkontrollaufsicht, die aber nicht über genügend Personal verfügte, um lückenlose Kontrollen der Wertpapier- und Devisentransaktionen zu gewährleisten. Trotzdem war äusserste Vorsicht geboten, denn die Deutschen wollten auf jeden Fall vermeiden, die Aufmerksamkeit der Behörden zu wecken.<sup>482</sup>

Verschiedene Massnahmen wurden diskutiert, um den Kontrollmassnahmen der amerikanischen Behörden ausweichen zu können: Einer der Pläne sah vor, den früheren deutschen Generalkonsul Moritz Schlesinger in New York in die Angelegenheit einzubeziehen, sobald es gelingen würde, Personen deutscher Staatsangehörigkeit in die USA zu bringen. Schlesinger hatte bereits früher für das Auswärtige Amt heikle Sonderaufgaben durchgeführt und konnte als loser Mitarbeiter der American Trading Co. betrachtet werden. Eine andere Möglichkeit bestand darin, wie im Falle Schweiz, einen Mitarbeiter des Hauses der Firma Otto Wolff namens Laupichler zu entsenden, der über sehr gute Kenntnisse des internationalen Geld- und Wertpapiermarktes in New York verfügte.<sup>483</sup> Aber auch hier gab es Probleme. Die Amerikaner hatten inzwischen strenge Einwanderungskontrollen errichtet. Es war nahezu unmöglich geworden, einen Deutschen unbemerkt in die USA zu schleusen. Görings Krisenkomitee überwand sich sogar, die Abwehr von Admiral Canaris einzuschalten, um die aussichtsreichsten Möglichkeiten zu besprechen, wie man Laupichler nach New York bekommen konnte.<sup>484</sup> Die Einwanderungsbehörde der USA liess Laupichler durch den amerikanischen Generalkonsul in Köln mitteilen, dass er unter Vorlage einer Einladung von amerikanischen Geschäftsfreunden ein Einreisevisum erhalten könne. Das war aber auch nicht die ersehnte Lösung, denn nun wiederum kam im Kreis von Görings Getreuen die Befürchtung auf, bei der Washingtoner Behörde würde eine derart ausdrückliche Erklärung unangenehmes Aufsehen erregen. Diese Aufmerksamkeit wiederum könnte sich auf den unbehinderten Einkauf deutscher Papiere sehr negativ auswirken. Nach reiflicher Überlegung verzichtete man auch auf diese mögliche Alternative.

Die gesamte Problematik wurde am 17. September 1940 im Hotel Ritz in Paris zwischen Reichsmarschall Göring und den Staatssekretären Landfried, Becke, Neumann und Körner diskutiert. Man beschloss, Laupichler ganz aus dem Spiel zu lassen und stattdessen für das Amerika-Geschäft Markus Wallenberg aus Schweden zu benutzen. Der nun definitiv gefasste Plan sah vor, Siedersleben von der Firma Otto Wolff unter falschem Vorwand bei Herrn Wallenberg einzuführen. Er sollte Wallenberg erzählen, die Firma Otto Wolff habe im China-Geschäft grosse Verluste erlitten. Diese Verluste könnten durch den Kauf von deutschen Wertpapieren im Ausland ausgeglichen werden, wenn die

Papiere zu etwa 20-30% ihres Wertes eingekauft und dann auf dem deutschen Markt mit ihrem vollen Wert wieder verkauft würden. Die Aktion, genannt Sperrmarkttransaktion, sei von den deutschen Behörden genehmigt worden.<sup>485</sup>

### *Hilfe von Markus Wallenberg*

Am 23. September 1940 fuhr Siedersleben von der Firma Otto Wolff nach Stockholm, wo er sich mit Markus Wallenberg traf, um ihn zu überreden, einen Mitarbeiter der Enskilda-Bank namens Kalissendorf nach New York zu schicken mit dem Auftrag, die deutschen Wertpapiere zu einem 20-30% billigeren Kurs als in der Schweiz erhältlich zu kaufen.<sup>486</sup> Wallenberg entschloss sich jedoch, selbst nach New York zu reisen. Er plante, dort etwa acht Wochen zu bleiben und während dieser Zeit mit dem Einsatz von zwei Millionen Dollar deutsche Auslandsverbindlichkeiten zu möglichst niedrigen Kursen zu kaufen. Wallenberg befand sich in dem Glauben, diese Papiere für die Firma Wolff zu erwerben, und wusste nicht, dass eigentlich Göring hinter der gesamten Aktion stand.

Vor seiner Abreise nach New York traf er sich nochmals mit Siedersleben von der Firma Otto Wolff. Während des Gespräches stellte sich heraus, dass in Amerika ein äusserst umfangreiches Programm auf Wallenberg wartete. Er hatte einen schwedischen Regierungsauftrag (vermutlich die Beschaffung von Treibstoff für Schweden) und ausserdem 11 Kommissionen verschiedener schwedischer, schweizerischer und deutscher Firmen, darunter auch der Firma Robert Bosch aus Stuttgart.<sup>487</sup> Wallenbergs Enskilda-Bank war bereits ein Grossaktionär von Bosch, und während seines Aufenthaltes in New York kaufte Wallenberg noch weitere Aktien für die Enskilda-Bank hinzu.

Der amerikanische Bosch-Konzern unter Leitung von G. Murnane, Verwaltungsratspräsident der American Bosch Corporation, tätigte Kriegsmaterialaufträge für die US-Regierung. Die amerikanischen Amtsstellen hatten lästigerweise begonnen, sich für die Besitzverhältnisse der Firma Bosch und der Enskilda-Bank zu interessieren. Um die lukrativen Regierungsaufträge nicht zu verlieren, autorisierte Wallenberg formell den Verwaltungsratspräsidenten der American Bosch, Aktien an amerikanische Aktionäre zu verkaufen, so dass man den Regierungsstellen versichern konnte, man ‚sei dabei‘, die Mehrheitsverhältnisse so zu verändern, dass die Bosch Corporation unter amerikanischer und nicht mehr ausländischer Kontrolle stünde. Nur die bisherigen schwachen Kurswerte und diverse andere Probleme hätten eine erfolgreiche Durchführung bis jetzt verhindert. Das Ganze war ein Täuschungsmanöver, und Ende Dezember

bestätigte die Enskilda-Bank gegenüber Murnane, dass sie Eigentümerin der amerikanischen Bosch Corporation war. Allerdings wusste Murnane nicht – und die Enskilda-Bank versuchte dies auch unter allen Umständen geheimzuhalten –, dass eine Vereinbarung bestand, wonach die Enskilda-Bank nach Beendigung des Krieges der Muttergesellschaft Bosch in Stuttgart die Aktien wieder zum Kauf anbieten würde (ein ähnliches Abkommen wie zwischen I.G. Farben und Standard Oil).<sup>488</sup>

A propos Tarnungsmassnahmen: In einer Denkschrift an das Reichswirtschaftsministerium schrieb der I.G.-Vorstand 1940: «Erst in den letzten Jahren, etwa seit 1937, als die Gefahr eines neuen Konfliktes immer deutlicher in Erscheinung trat, haben wir uns bemüht, die von uns getroffenen Tarnungsmassnahmen ... zu verfeinern, dass sie nach Möglichkeit auch kriegerischen Verwicklungen gegenüber standhielten.»<sup>489</sup> – Die Absicht dahinter war, die Beschlagnahme der Firmen nach Möglichkeit abzuwehren oder doch mindestens so lange wie möglich hinauszuzögern, um weiterhin profitable Geschäfte mit dem Feind betreiben zu können.

Bereits vor der Ankunft von Markus Wallenberg in New York begann sich Mitte Oktober 1940 in Görings Kreis eine gewisse Skepsis über den Erfolg des Amerika-Geschäftes auszubreiten. Die staatlichen Kontrollen und Überwachungsmassnahmen der amerikanischen Behörden schränkten die Bewegungsfreiheit zunehmend ein, und die weiteren Aussichten der Entschuldungsaktion waren schwer zu übersehen.<sup>490</sup> Nun bildete aber gerade die Entschuldungsaktion für Reichsmarschall Göring durch den ihm zufließenden Disagiogewinn die einzige Möglichkeit, ohne Kontrolle durch andere Ministerien der «Vielfältigkeit und den Besonderheiten der von ihm zu erfüllenden Aufgaben» nachzukommen, deren Aufwendungen ausserhalb der etatmässigen Kontrolle standen.<sup>491</sup> Trotz aufkommender Bedenken wurden deshalb die Bemühungen um eine Ausweitung des Geschäftes fortgesetzt – in den USA unter genauer und vorsichtiger Beobachtung der politischen Lage.

Nach seiner Ankunft in New York erwarb Markus Wallenberg auftragsgemäss deutsche Wertpapiere. Die drei wichtigsten Posten, die Wallenberg für die Firma Otto Wolff gekauft hatte, waren Aktien von I.G. Farben, Dynamit-Nobel und der Deutschen Gold- und Silberscheide-Anstalt (Degussa) mit einem Gesamtwert von 1,2 Millionen Dollar.<sup>492</sup> Bei dem Erwerb deutscher Auslandsanleihen an der New Yorker Börse reichte der Bogen des Interesses von AEG bis Golddiskontbank mit zweifelsfreier Bonität der deutschen Emissionsstelle und niedrigem Kurswert.<sup>493</sup> Die Rückkaufgeschäfte tätigte Wallenberg zur Tarnung auf eigenen Namen und eigene Rechnung. Eine Äusserung von Siedersleben



lässt darauf schliessen, dass Wallenberg in Amerika auch falsche Affidavits abgab, um die Rückkaufgeschäfte durchführen zu können.<sup>494</sup> Er war wohl auch deshalb auf strengste Geheimhaltung bedacht, selbst gegenüber seiner Bank.

Auf den ebenfalls geplanten (Rück) Kauf von Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) in den USA verzichtete man jedoch, als Ende Dezember 1940 Siedersleben von Puhl informiert wurde, dass der Generaldirektor der AEG, Herr Bücher, geäußert habe, er lege grossen Wert darauf, dass das Paket bei den Amerikanern bleibe. Zum einen, damit die Majoritätsverhältnisse innerhalb der AEG nicht verändert würden, und zum anderen, weil zwischen der AEG und General Electric ein Weg betreffend Erfahrungsaustausch bestehe, der für die deutsche Wirtschaft wertvoll sein werde. In der Folge beschloss dann auch die amerikanische General Electric Co., ihre Beteiligung von rund 40 Millionen Reichsmark an der AEG aus politischen Gründen nicht zu verkaufen.<sup>495</sup>

Die International General Electric vertrat damit denselben Standpunkt wie die Ford Corporation, die sich ebenfalls entschieden hatte, ihre Mehrheitsbeteiligung bei den Kölner Ford-Werken zu behalten und die Fortsetzung der industriellen Beteiligungen von USA-Werken an deutschen Betrieben zu unterstützen.<sup>496</sup> Die Amerikaner waren der Meinung, dass ein Abzug amerikanischer Investitionen ein «politisch ungünstiges Bild ergeben könnte».<sup>497</sup> Mit der Aufrechterhaltung oder gar Verstärkung ihrer Produktionsstätten in Deutschland setzten sich die Firmen über die amerikanische Aussenpolitik hinweg, die inzwischen offen eine feindselige Haltung gegenüber NS-Deutschland eingenommen hatte.

Die Handlungsweise der amerikanischen Industrie basierte auf dem sicheren Wissen, dass auch beim Eintritt der USA in einen Krieg gegen Deutschland die Respektierung des Privateigentums gesichert war. «Denn nach der bisherigen deutschen Praxis, die übrigens von allen kriegführenden Staaten geteilt wird, wird das private Feindeigentum bis zum Friedensschluss durch einen Pfleger verwaltet, also erhalten» und anschliessend zurückgegeben.<sup>498</sup> Die Devise war: ob Krieg oder Frieden – Sicherung der Firmenexistenz und, soweit wie möglich, business as usual.

## Erfolg der Entschuldungsaktion

Trotz der militärischen Erfolge auf dem europäischen Kontinent konnte Hitler im Juni 1940 die notwendigen politischen Voraussetzungen für einen Eroberungszug nach Osten nicht absichern. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs war man von einem raschen Kriegsverlauf ausgegangen. Auf dem Höhepunkt der Luftangriffe gegen England hatte Hitler am 15. September auf dem Berghof Göring zum ersten Mal detailliert über seine Absicht informiert, Russland anzugreifen zu wollen. Göring äusserte gegen diese neuen Angriffspläne Hitlers keine Bedenken. Er wiegte sich zu diesem Zeitpunkt noch in der sicheren Erwartung eines baldigen Sieges seiner Luftwaffe gegen die britischen Inseln und sah wenig Veranlassung, schwerwiegende Einwände gegen Hitlers weitere Kriegspläne geltend zu machen.<sup>499</sup> Das Gegenteil trat jedoch ein: Der Krieg im Westen drohte durch das immer stärker werdende Engagement der USA im Zuge der konsequenten Politik Roosevelts seit Mai/Juni 1940 eine Ausweitung zu erfahren, die schliesslich zu einem Material- und Produktionskrieg wie 1914-1918 führen musste, dem Deutschland auch mit seiner erweiterten kontinental-europäischen Bastion auf Dauer nicht gewachsen sein würde.<sup>500</sup>

Die Seekriegsleitung erwog daher, mit Hilfe der auch von Ribbentrop befürworteten Kontinentalblock-Konzeption den Seeweg nach England zu blockieren. Man strebte dabei nicht nur eine starke Unterstützung des italienischen Verbündeten an, sondern wünschte auch einen Kriegseintritt Spaniens und hoffte auf ein Einverständnis mit der Vichy-Regierung. Der Gedanke dahinter war, durch die Besetzung Gibraltars und des Suez-Kanals die englischen Zufuhrlinien (Dakar, Casablanca, atlantische Inseln) abzuschneiden. Zusätzlich wollte man eine Beherrschung Ägyptens erreichen und durch Schaffung einer Land- und Seeverbindung zu Italienisch-Ostafrika die britischen Positionen im Indischen Ozean erschüttern. Als positiver Nebeneffekt all dieser wunderschönen Pläne hätte sich auch eine nicht unbeachtliche Drosselung der amerikanischen Seewege ergeben, so dass «einem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gelassen entgegengesehen werden konnte».<sup>501</sup> Bei den Gesprächen mit Spaniens Franco und mit Pétain (Präsident der Vichy-Regierung) in Hendaye bzw. Montoire im Oktober 1940 holte sich Hitler bei der ‚Kontinentalblock-Konzeption‘ allerdings eine klare Abfuhr. Spanien war nicht gewillt, auf die Kriegswünsche des Diktators näher einzutreten, und entzog damit den Plänen für die Beherrschung Gibraltars (Unternehmen ‚Felix‘) die Grundlage. Auch Pétain konnte sich nicht für die gewünschte engere Zusammenarbeit erwärmen. Wäh-

rend die Generäle Raeder und Jodl insbesondere mit Blick auf den italienischen Bündnispartner, der nach dem ergebnislos abgebrochenen Vorstoss in Libyen am 28. Oktober mit einem Angriff auf Griechenland begonnen hatte, immer noch für eine Fortsetzung des Krieges gegen Grossbritannien im Mittelmeerraum eintraten, wandte Hitler sich nun um so entschlossener seinem Plan einer vorübergehenden Verlagerung des militärischen Schwerpunktes von West nach Ost zu. Am 4. November 1940 entwickelte Hitler gegenüber den drei Oberbefehlshabern der Wehrmacht seine Überlegungen, die es ihm nun geboten erscheinen liessen, Russland in absehbarer Zukunft anzugreifen.<sup>502</sup>

### *Bilanz*

Die von Göring initiierte Entschuldungsaktion sollte im Rahmen des neu geschaffenen europäischen «Grosswirtschaftsraums» (neben einer persönlichen Bereicherung Görings, notabene) in erster Linie dazu dienen, Deutschland nach Beendigung des Krieges eine starke finanzielle Ausgangsposition zu verschaffen, mit geringen Auslandsschulden.

Bei Beginn der Rückkäufe Mitte August wies der Fonds eine Höhe von 92 Millionen Reichsmark aus. Innerhalb weniger Wochen, zwischen September und November 1940, hatte Göring das angestrebte Ziel einer Aufstockung des Sonderfonds auf 100 Millionen Reichsmark erreicht. Bis zum 18. Dezember 1940 zeigte der Sonderfonds sogar ein Guthaben von rund 120 Millionen Reichsmark. Im Dezember 1940 wurden die weiteren Aussichten für die Weiterführung (und Erträge) der Entschuldungsaktion durchaus positiv beurteilt. Mit der Fortsetzung der Geschäfte wären innerhalb von 2-3 Monaten noch 20-30 Millionen Reichsmark an Erlös zu erwarten gewesen. An Devisen waren für die Entschuldungsaktion rund 54,4 Millionen Reichsmark aufgewendet worden. Mit der Durchführung der Entschuldungsaktion konnte der Sonderfonds um rund 30 Millionen Reichsmark aufgestockt werden.<sup>503</sup>

Als sich im Januar 1941 abzeichnete, dass es einen wohl lange andauernden Krieg geben würde, musste die Entschuldungsaktion beendet werden, um die wertvollen Devisen für die Kriegsführung einzusetzen. Abzüglich der logistischen Vorbereitungszeit war die reine Entschuldungsaktion, also der Aufkauf der im Ausland befindlichen deutschen Wertpapiere, etwa 10 Wochen gelaufen. Das Resultat konnte sich sehen lassen. Innerhalb dieser Zeit wurden Gewinne erreicht, die jeden Finanzminister zu einem Freudentanz veranlassen könnten. Die beträchtlichen Anstrengungen Görings zur finanziellen Ausbeutung der von

Hitler überfallenen europäischen Staaten unter Nutzung der Finanzhäuser und/oder Aktienmärkte der neutralen Staaten USA, Schweden und Schweiz hatten sich gelohnt. Aus dem Gesamterlös aller durchgeführten Programme resultierte eine Verdoppelung des Sonderfonds. Dieser Betrag alleine ist aus heutiger Sicht an sich keine sehr grosse Summe. Um die Begeisterung, ja beinahe schon Bessenseheit der Akteure besser zu verstehen, ist darauf hinzuweisen, dass die in nur 10 Wochen (erwirtschafteten) etwa 30 Millionen Reichsmark nach heutiger Schätzung einen Gewinn von rund einer halben Milliarde Deutsche Mark darstellten.<sup>504</sup> Hinzu kam der Wert des holländischen und belgischen Goldes, das man durch den Westfeldzug der deutschen Wehrmacht im Mai 1940 einkassieren wollte. Unter dessen Einbeziehung erwartete Göring innerhalb weniger Wochen Eingänge von über 1 Milliarde Reichsmark, nach heutigem Wert etwa 15 Milliarden Deutsche Mark. Solche Finanzdispositionen konnten schon eine gewisse Euphorie auslösen.

Nach Abbruch der Entschuldungsaktion wurde stattdessen der Verkauf von geplünderten ausländischen Wertpapieren an den neutralen Börsen stärker forciert. Die Erlöse versorgten Berlin mit Devisen für Spionage und geheime Aktionen im Ausland<sup>505</sup> und dienten dazu, den Kauf von Rohstoffen zu finanzieren.

Trotz der nur kurzfristigen Lebensdauer der Entschuldungsaktion war man dem ursprünglich angestrebten Ziel, Deutschland nach dem Krieg finanzielle Erleichterung zu verschaffen, einen nicht unbeträchtlichen Schritt nähergekommen. Alleine durch den Kauf der Kreuger-Anleihe hatte das Deutsche Reich bzw. sein Nachfolger, die Deutsche Bundesrepublik, in den Anfangsjahren nach dem Zweiten Weltkrieg etwa 40 Millionen Dollar weniger Schulden, was zu diesem Zeitpunkt gewiss noch eine grosse Summe war. Auch Schweden fiel 1940 wesentlich mehr Geld zu, als es nach dem Krieg erhalten hätte.<sup>506</sup> Die Akteure der Zeit hatten sich mit Erfolg um die Ausarbeitung der besten Konditionen bemüht. Dabei handelte es sich um Konditionen, die sich sogar bei einer eventuellen Niederlage des Deutschen Reiches noch in einen Vorteil verwandelten.

## Fazit

Mit der ersten Anklage am 6. Januar 1944 gegen eine Reihe britischer und amerikanischer Chemiefirmen wegen Verstosses gegen die Regeln der Sherman Anti-Trust Act (und als Folge der Kartellzusammenarbeit auch Unterstützung Hitlerdeutschlands) setzte das United States Justice Department dem bis dato gehandhabten ‚business as usuab ein jähes Ende.<sup>507</sup> Den angeklagten amerikanischen, britischen und deutschen Firmen war es gelungen, durch Kartellabsprachen die Märkte gewisser Sparten weltweit zu kontrollieren. Im Laufe des Jahres wurden mehrere Anklagen erhoben gegen die chemischen Giganten DuPont, Imperial Chemical Industries und I.G. Farben, ebenso auch gegen amerikanisch-britische Alkalihersteller wie Borax Consolidated Limited, Pacific Coast Borax, Goldfields American Development Co. Ltd. Chemie und ausserdem die deutsch kontrollierte American Potash & Chemical Corporation. Auch andere Industriezweige, die Kartellabsprachen vorgenommen hatten, wurden angeklagt, wie beispielsweise die Teilnehmer an einem internationalen Zündholzkartell, dazu geschaffen, die Entwicklung von Know-how und Patenten zu unterdrücken. Es bestand aus britischen, kanadischen, schwedischen Firmen, und auf amerikanischer Seite war die American Diamond Match Company beteiligt. Die Anstrengungen, mit Hilfe von Kartellen eine komplette Kontrolle über die chemische Industrie der gesamten Welt zu erhalten, sind in einem beträchtlichen Ausmass von der American DuPont Company ausgegangen, einem Giganten, der über genügend finanzielle Mittel, technische Effizienz und, falls erforderlich, auch über die nötige Rücksichtslosigkeit verfügte, um selbst so grosse Firmen wie I.G. Farben zu dominieren. Das einzige Hindernis, das den Ausbau einer totalen Eroberung und Kontrolle der Industrie und damit öffentlichen Abhängigkeit von Kartellpreisen empfindlich störte, waren die amerikanischen Antitrustgesetze, die grundsätzlich eine effiziente Barriere gegen derartige Ambitionen bildeten. Offensichtlich wurde ihrer Einhaltung aber nicht immer mit einer der Situation angemessenen Strenge Beachtung verschafft, denn es war den Chemieriesen DuPont, I.G. Farben und Imperial Chemical Industries of Great Britain gelungen, durch eine organisierte Produktion und in gemeinsamem Besitz befindliche Verkaufsfirmen in vielen Ländern der Welt die Chemiemärkte zu kontrollieren.

Es ist wichtig, sich in das Bewusstsein zu rufen, dass es einer Handvoll Männer beinahe gelungen wäre, ein praktisch undurchdringliches Kontrollnetz über alle chemischen und in diesem Bereich verwandten Industrien Europas zu legen. Eine gemeinsame zentrale Vertriebsorganisation der Kartellpartner existierte jedoch nicht. Wie das zwischen dem Continental-Dyestuff-Kartell und den Imperial Chemical Industries Ltd. (ICI) bestehende Abkommen vom 26. Februar 1932 zeigt, deckte das Agreement sämtliche Länder der Welt ab, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten.<sup>508</sup> Aber auch hier versuchte das europäische Kartellgespann einen Fuss zwischen die Türe zu setzen und – wenigstens – die Importe und Verkäufe von und nach den USA zu regulieren. Gesamthaft bestand das Kartellarrangement aus der ‚Continental Group‘ und der ‚English Group‘. Die Continental Group hatte sich bereits im April 1929 vertraglich zum gegenseitigen Nutzen zusammengeschlossen.<sup>509</sup> Sie konstituierte sich aus drei Mitgliedern, nämlich I.G. Farben AG, mit Sitz in Frankfurt am Main in Deutschland, den schweizerischen Mitgliedern, bestehend aus den drei grossen Chemiefirmen Ciba, Geigy und Sandoz, alle mit Sitz in Basel in der Schweiz, und sieben französischen Firmen, die das sogenannte CMC (Centrale des Matières Colorantes) ergaben. Teilnehmer der anderen Seite, also der ‚English Group‘, war Imperial Chemical Industries Ltd. (ICI) mit Sitz in London.

Wir stehen hier vor einem Viererkartell, gebildet von den mächtigsten Industriefirmen Europas. Das gemeinsame Abkommen schloss nicht nur die Unterzeichner und ihre Nachfolger ein, sondern bezog sich auch auf alle produzierenden und verkaufenden Organisationen für Farbstoffe, die sich zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Agreements oder in der Zukunft im Besitz der Unterzeichner befanden oder von ihnen kontrolliert wurden. Dem Abkommen war eine lange Liste von Firmennamen beigelegt. Der am 26. Februar 1932 unterzeichnete Kartellvertrag auferlegte keiner der beteiligten Parteien territoriale Restriktionen, womit die Absatzinteressen vor allem der deutschen und schweizerischen Firmen in Grossbritannien und dem Britischem Empire gewährleistet blieben, d.h. von ICI ‚in Ruhe gelassen‘ wurden. Dies beinhaltete aber kein wirkliches ‚laissez faire‘, denn es war sichergestellt, dass z.B. in Grossbritannien und den Dominions die britische ICI durch die Festlegung von Marktquoten eine ‚prädominierende‘ Stellung erhielt. Rechtlich wurde die Imperial Chemical Industries an das deutsch-schweizerisch-französische Dreierkartell assoziiert.<sup>510</sup>

Das neue Abkommen lehnte sich zwar an die Bestimmungen des Dreierkartells an, besass aber ausschliesslich marktregulierenden Charakter. Eine Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet war in diesem

Abkommen nicht vorgesehen.<sup>511</sup> Die Vereinbarung diente dem Zweck, den teilnehmenden Firmen zur Beherrschung der gesamten Farbstoffindustrie inklusive verwandter Produkte zu verhelfen, und sollte bis zum 31. Dezember 1968 in Kraft bleiben.<sup>512</sup> Unter dem Agreement verpflichteten sich beide Parteien, das Geschäft auf der Basis von festgelegten Quoten durchzuführen, die auf der Referenzzeit zwischen dem 1. Januar 1930 und 30. Juni 1931 gründeten. Wie auch in anderen Kartellen wurden bestimmte Regeln für die Kalkulation des von den Unterzeichnungsfirmen erreichten Umsatzwertes festgelegt. Die Mitglieder mussten ihre Verkaufsorganisationen stets in einer Grössenordnung halten, die es ihnen ermöglichte, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen. Wenn eine Partei die ihr zustehende Verkaufsquote überschritt, war das Kartellmanagement berechtigt, Massnahmen zur Wiederherstellung der Gleichheit zu treffen. Sollten diese wirkungslos bleiben, traten Kompensationsverpflichtungen in Kraft, gemäss denen der Mehrverkäufer den Unterverkäufern 15% des von ihm in Überschreitung seiner Quote zusätzlich erwirtschafteten Ertrages zu erstatten hatte. Falls notwendig, verfügte das Kartellmanagement über die Macht, auch weitergehende Strafen zu erlassen. Es war den Mitgliedern nicht erlaubt, ohne Zustimmung des Managements mit Aussenseiterfirmen Vereinbarungen zu treffen, und jedes Geschäft, das die Unterzeichner mit aussenstehenden Firmen tätigten, musste allen Mitgliedern des Kartells berichtet werden. Auch bestand die Auflage, dass keine Partei Massnahmen ergreifen durfte, die einem Aussenseiter Wettbewerbs erleichterungen verschaffen konnten.

Die englische Gruppe, also Imperial Chemical Industries (ICI), verpflichtete sich, ihre Anstrengungen fortzusetzen, Kontrolle über die noch nicht von ICI dominierten britischen Firmen zu erlangen, wie beispielsweise die L.B. Holiday Company of Huddersfield, welche immerhin 7% der britischen Farbenproduktion im Jahr 1925 abdeckte.<sup>513</sup> Sollte ICI die Umsetzung dieses Vorhabens gelingen, waren die Mitglieder bereit, ICI eine höhere Verkaufsquote zuzugestehen. Dasselbe galt für die Continental Group, die ebenfalls zusätzliche Firmen rekrutieren wollte in dem Bestreben, jede ‚Outsider‘-Konkurrenz auszuschalten und damit den eigenen Marktanteil zu vergrössern. Die einzigen Grenzen, welche die Clubmitglieder zu respektieren hatten, waren die vom Kartell selbst gezogenen Beschränkungen. So war es den Mitgliedern beispielsweise untersagt, ohne Zustimmung der Parteien Kapitalanlagen vorzunehmen. Es wurde streng darüber gewacht, dass keinem der Mitglieder durch das Fehlverhalten eines Kartellangehörigen Nachteile entstanden. Jede derartige Möglichkeit war durch Reglemente abgesichert.

Das Management des Kartells, das ‚Board of Directors‘, rekrutierte sich aus 10 Mitgliedern. Die englische Gruppe wurde von zwei Mitgliedern repräsentiert, die französische Seite hatte ebenfalls zwei, während die Deutschen und die Schweizer jeweils über drei Vertreter verfügten, die aufgrund der sehr engen Verflechtungen, respektive beträchtlichen deutschen Besitzanteile an schweizerischen Firmen, jedoch alle von I.G. Farben beherrscht wurden. Sitz des Kartells war Amsterdam, Holland.

Auf Gerechtigkeit bedacht, wurde ein Schiedsgericht etabliert, dessen Aufgabe es war, Strafen oder Bussgelder gegen unbotmässige Kartellmitglieder zu verhängen. Es musste jedoch in den 30er Jahren niemals angerufen werden.<sup>514</sup> Die Zuständigkeit des Schiedsgerichtes erstreckte sich nur auf Kartellmitglieder, Entscheidungen des Kartellmanagements unterlagen nicht seiner Verantwortung. Alles war wohl geregelt. Eine absolute Bedingung für das Funktionieren des Kartells war die Bereitschaft und Verpflichtung, sämtliche Regeln und Konditionen der Vereinbarungen streng geheim zu halten – ganz besonders vor den Kunden. Die Kontrolle über die chemische Industrie in Europa und den USA war praktisch lückenlos.<sup>515</sup> DuPont kontrollierte den Markt der Vereinigten Staaten, Imperial Chemical Industries beherrschte den grössten Teil des britischen Empire und I.G. Farben hatte unbestrittene Dominanz in Europa.

Es ist ganz offensichtlich, dass in der Zwischenkriegszeit nur die Existenz der Antitrustgesetze verhindert hat, dass die Chemie Giganten mit Hilfe der Kartellabsprachen weltweit die gesamte chemische Industrie kontrollieren konnten. Obwohl die Macht dieser Gesetze nur sporadisch ausgeschöpft wurde, verhalf sie doch dazu, dass die chemische Industrie der USA nicht total unter die Herrschaft einer einzigen Grossfirma fiel, und sie verhinderte auch die Gefahr einer kompletten Eliminierung jeglichen Wettbewerbs zwischen dem europäischen Chemiekartell und DuPont. Trotzdem war es den Managern in den Chefetagen von American DuPont, Imperial Chemical Industries und I.G. Farben gelungen, weltweit einen dominierenden Einfluss auf die Märkte der chemischen Industrie auszuüben und dabei einen Gewinn von mindestens 15-20% p.a. zu erwirtschaften.<sup>516</sup>

Die Anklagen der amerikanischen Justiz gegen verschiedene Kartelle waren ein Säbelrasseln zwischen zwei westlichen Demokratien. Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten sich wegen amerikanischer Kritik am britischen Imperialismus zwischen den USA und England Spannungen aufgebaut. Mit dem Fortschreiten des Zweiten Weltkrieges entwickelte sich dann eine beispiellose englisch-amerikanische Zusammenarbeit. Diese war aber niemals so tief und vertrauensvoll, dass sie die Vereinigten Staaten veranlasst hätte, wegen



ihrer Befürchtung über einen direkt nach dem Krieg auftretenden sowjetischen Imperialismus, mit England eine Allianz gegen Russland abzuschliessen. Trotz enger kriegsbedingter Verflechtung blieb in den Vereinigten Staaten die Abneigung gegenüber einem Grossbritannien erhalten, das im eigenen Land individuelle Freiheit und Prosperität förderte, diese Rechte aber den Ländern unter englischer Herrschaft nicht zugestehen wollte. Erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges und dem damit verbundenen Niedergang des britischen Empire entstand nicht nur eine enge – und dieses Mal vertrauensvolle – Zusammenarbeit zwischen den USA und England, auch die Demokratien Europas rückten näher zusammen. Sie lernten, die Anwendung einer antiliberalen Politik zu vermeiden, die stets in Widerspruch zu dem von ihnen propagierten Inhalt einer Demokratie stehen musste.

Bei Beginn der amerikanischen Anklagen wegen Kartellabsprachen war dieser ‚Entwicklungsprozess‘ jedoch noch nicht vollzogen, und die Atmosphäre gegenseitigen Missfallens bildete die Kulisse für den Auftritt der amerikanischen Justiz.

Die Anklagen folgten einander in kurzen Zeitabständen. Nach der Anklage gegen das internationale Chemiekartell ICI, American DuPont und I.G. Farben hatte das Justizdepartement der Vereinigten Staaten Schritte unternommen, die den profitträchtigen Handel zwischen diesen drei Grosskonzernen zum Erliegen brachten.

Mit Datum des 28. Juli 1944 lagen dem amerikanischen Gericht die Antworten der Rechtsanwälte von ICI auf die Anklagen vor.<sup>517</sup> Sie glichen mehr oder weniger der bereits von den DuPont-Anwälten vorgelegten Stellungnahme, d.h. ein beachtlicher Teil der Transaktionen wurde bestätigt, viele, viele Erläuterungen wurden abgegeben, im Grunde war man ohnehin nicht schuldig im Sinne der Anklage. Ausserdem bestritten die ICI-Leute noch die Zuständigkeit des amerikanischen Gerichtes, wobei sie nicht umhinkamen, immerhin zuzugeben, dass ICI New York eine ihrer Töchter war. Aber natürlich konnte die Muttergesellschaft in keiner Weise für deren Aktionen verantwortlich gemacht werden ... Welch ein Kreuz mit diesen Kindern!

In der Folge arbeitete sich das Gericht wacker und unverdrossen (Richter Ryan beantragte nach Abschluss der Untersuchungen drei Monate Ferien) durch unzählige Bände umfassendes Material. Man benötigte dazu 8 ½ Jahre, und war am 30. Juli 1952 bereit zur Urteilsverkündung (final judgement). Das Urteil basierte auf der bereits am 28. September 1951 erfolgten Schuldigsprechung, wo Richter Ryan sein auf 207 Seiten und mit beissender Schärfe zusammengefasstes Ergebnis vorgetragen hatte.<sup>518</sup> Er stimmte den Anklagen des Justizdeparte-

mentes in praktisch allen Punkten zu und sagte weiter: «The defendants entered into a conspiracy to divide among themselves the territories of the world, and that the agreements considered herein – principally, the Patents and Processes Agreements and the Joint Company Agreements – were but parts of that conspiracy, devices intended to carry out its purposes.»<sup>519</sup> (*Die Angeklagten haben sich auf eine Verschwörung eingelassen, um die Märkte der Welt unter sich aufzuteilen, und die in diesem Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen über Patente und Verfahren dienten dazu, dieses Ziel zu erreichen.*) Damit waren, wie der Historiker W.J. Reader festhält: «The Department of Justices demands, all of which, with minor exceptions, were met...» *{Mit wenigen geringfügigen Ausnahmen wurden damit alle Vorwürfe der Justiz bestätigt}*<sup>520</sup>

### Das Borax-Kartell

Am 14. September 1944 erhob die Federal Grand Jury kriminelle Anklage gegen einige in britischer oder deutscher Hand befindliche Firmen in den USA und deren Manager. Ihnen wurde vorgeworfen, unter Benützung eines der rücksichtslosesten und vollkommensten Kartelle, die jemals in den Anti-Trust-Berichten des amerikanischen Justizdepartementes erfasst worden waren, den Welthandel mit Borax, einer für die Kriegsführung ausserordentlich wichtigen Chemikalie, monopolisiert zu haben. Unter den beklagten Kartellmitgliedern befanden sich Borax Consolidated Ltd., Pacific Coast Borax, U.S. Borax Companies, Goldfields American Development Co. Ltd., ausserdem zwei Niederlassungen der American Potash, die Elephant Borax Corporation of New York und die Borax and Chemicals Ltd. in London. Eine stolze Reihe. Alle sieben Firmen wurden angeklagt wegen Verletzung des Sherman-Antitrust-Gesetzes mit sieben Personenanklagen; vier Personen lebten in England. Um jede weitere Aktivität des Borax-Kartells zu verunmöglichen, erhob Assistant Attorney General Berge neben den strafrechtlichen zugleich auch noch zivilrechtliche Anklagen.

Zur Zeit der Anklageerhebung übte Borax Consolidated Ltd. eine beinahe absolute Kontrolle über die Weltproduktion von Borax mit Abstammung von ‚crude borates‘ aus und verfügte ausserdem über eine 100%ige Kontrolle durch seine Kernite Mines in Kern County, Kalifornien. Eine fast hermetisch geschlossene Kette. – Die Weltproduktion von Borax stammte gesamthaft aus dem Gebiet des Lake Brines in der Mojave-Wüste von Kalifornien und wurde zu 90% von der American Potash & Chemical Corporation kontrolliert<sup>521</sup>. Doch

diese weltweite Monopolstellung war nur *ein* interessantes Merkmal dieser Firma.

Am 20. Oktober 1942, also zehn Monate nach Kriegseintritt der USA, hatte nämlich die Alien Property Custodian (Aufsicht für feindliches Vermögen) entdeckt, dass sich 90% der American Potash & Chemical Corporation, welche die Weltproduktion von Borax beherrschte, ausgerechnet in deutschem Besitz befanden! Dieser Coup war ermöglicht worden durch die Benützung einer niederländischen Strohfirma. Im Jahr 1929 hatte ein britisches Syndikat, bekannt als Consolidated Goldfields of South Africa, über die ‚Dummy‘-Firma Hope & Co. den Deutschen in einem geheimen Abkommen ihre Beteiligung an American Potash verkauft. Aus Gründen der Geheimhaltung einigte man sich darauf, dass die britische Goldfields American Development Company Ltd. mit Sitz in London die Managementkontrolle der Firma übernehmen sollte.<sup>522</sup> Erst nachdem England sich schon mehr als zwei Jahre mit Nazideutschland im Krieg befand, erhielt die britische bzw. amerikanische Regierung Kenntnis davon, dass die American Potash in deutscher Hand war. Sie diente zum Aufbau eines Borax-Kartells, mit dem Produktion und Verkauf von Borax weltweit gesteuert bzw. kontrolliert werden konnten. Bis zum Jahr 1942, als die Aufsicht für feindliches Vermögen die Kontrolle über die von den Deutschen gehaltenen Beteiligungen an American Potash & Chemical Corporation übernahm, wurden die Aktivitäten und Geschäfte der Firma von der Londoner Goldfields American Development Company Ltd. gemanagt, während die Deutschen durch ihre Strohfirma Hope & Co. in den Niederlanden 90% der American Potash & Chemical Corporation kontrollierten.<sup>523</sup> Wahrlich ein gelungenes Beispiel für internationale Zusammenarbeit!

Die Entscheidung des amerikanischen Gerichtes im Falle USA versus Borax Consolidated Ltd. wurde am 16. August 1945 vorgetragen. Das Gericht äußerte sich auf Grund der von den Angeklagten vorgebrachten Beweise gegen die Strafanzeige des Justizdepartementes über ihre ‚Unschuld‘ dahingehend, dass man in Zukunft die ‚Führung‘ der Angeklagten überwachen wolle («*future conduct of the defendants...* »).<sup>524</sup> Weiter untersagte das Gericht Borax Consolidated Group und American Potash künftig den Abschluss von Vereinbarungen in der Borax-Industrie und bestätigte seine bereits früher erlassene Anordnung, dass gewisse vom Gericht identifizierte Liegenschaften, die sich im Besitz der Borax Consolidated Ltd. und der Pacific Borax Company befanden, durch einen vom Gericht ernannten Verwalter verkauft werden sollten.<sup>525</sup> Damit war die Ära des amerikanischen Borax-Kartells beendet.

## Weitere Anklagen ...

Am 16. März 1944 war von der amerikanischen Justiz auch Anklage gegen verschiedene Alkali-Exporteure erhoben worden. Die Urteilsverkündung erfolgte am 12. August 1949. Alle angeklagten Firmen wurden der Verletzung des Sherman-Antitrust-Gesetzes für schuldig befunden. Die Liste der Angeklagten las sich wie ein ‚who is who‘ der Chemieindustrie. Es handelte sich dabei um Imperial Chemical Industries (ICI), United States Alkali Export Association (Alkasso) und California Alkali Export Association (Calkex), die sich aus den drei Firmen West Chemical Co. Inc., Pacific Alkali Co. Ltd. und American Potash & Chemical Corporation zusammensetzte. Die beiden letztgenannten Firmen existierten als Folge des Urteils im Borax-Fall bereits nicht mehr, so dass nur noch West Chemical als einziges Mitglied verblieb – und die zwar nicht mitangeklagten, aber als ‚co-conspirators‘ bekannten Namen von Solvay Process Company, ein bedeutender Inlandproduzent von Alkali, sowie Solvay et Cie., bekannt als ‚Belgische Solvay‘ im Königreich Belgien und Haupterzeuger von Alkali in Europa, und – last but not least – I.G. Farben.

Das Gericht betonte, dass «war did not bring about a general abandonment of all cartel practices» (*der Krieg verursachte nicht eine generelle Auflösung der Kartellpraktiken*), und meinte weiter, es sei der Krieg gewesen, der «perhaps ... even caused the demise of certain co-conspirators such as Belgian Solvay and I.G. Farben»<sup>526</sup> (*der vielleicht... verursachte, dass solche Co-Konspiratoren wie Belgische Solvay und I. G. Farben hatten ans Tageslicht kommen können*) – und leider nicht durch die amerikanischen und britischen Firmen selbst, die auf ihre Zusammenarbeit mit dem Feind hingewiesen hätten.

Der mangelnde Patriotismus der amerikanischen und britischen Grossfirmen gründete darin, dass der «state of war ... (was) an inopportune interlude necessitating retrenchment until the cessation of hostilities, when again the world markets ... could be apportioned.»<sup>527</sup> (*Der Kriegszustand war eine unangenehme Störung, die gewisse Sparmassnahmen erzwang, bis nach Beendigung der Feindseligkeiten die Weltmärkte wieder aufgeteilt werden konnten.*)

Trusts, Monopole und Kartelle sind Begriffe, die sich ständig durch die gesamte Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit ziehen. Eine durchaus vertraute Erscheinung. Die kombinierten Anstrengungen der chemischen und der Farbstoff-Industrie im Aufbau von nationalen und internationalen Kartellen während der Zwischenkriegszeit setzten jedoch neue Massstäbe und wurden weltweit von keiner anderen Industriesparte übertroffen. Die Organisation der Kartelle verlief horizontal und vertikal mit dem einzigen Ziel, jeden Winkel der Welt zu kon-

trollieren. Die Versuche der chemischen Industriegiganten I.G. Farben, American DuPont und Imperial Chemical Industries (ICI), die Weltmärkte mit eisernem Griff zu umschliessen, wurden speziell von den jeweiligen Regierungen in England und Deutschland unterstützt. Dieser paradiesische Zustand, gefördert durch englisch-deutsche Habgier und – zu einem späteren Zeitpunkt – durch die Bestrebungen der Nazidiktatur, mittels Aufbau und Nutzung von Kartellverbindungen eine Machtstellung in der Welt zu errichten, gelangte jedoch zu einem jähen Ende, als die Monopolbestrebungen mit den Gesetzen der Vereinigten Staaten von Amerika kollidierten, die das Prinzip einer liberalen Wirtschaft auf ihre Fahne geschrieben hatten und deren Antitrustgesetze das Wort ‚Kartell‘ zu einem Verbrechen degradierten.

Das wirtschaftliche und finanzielle Beziehungsgeflecht britischer, amerikanischer und deutscher Schlüsselindustrien und Banken vor und während des Zweiten Weltkrieges hatte als oberstes Gebot ‚business as usual‘. Dieses Gebot wurde unbeirrt und unter Missachtung der politischen Entwicklungen verfolgt mit dem einzigen Ziel der Erhaltung oder gar des weiteren Ausbaues von wirtschaftlichem Einfluss vor und während des Krieges, wie auch im Hinblick auf die Nachkriegszeit.

Im Vorwort des Eisenstat-Berichts von 1997 steht: «Der Schweiz kommt in diesem Bericht die grösste Aufmerksamkeit unter den neutralen Staaten zu.» Einige Zeilen weiter: «... in allen neutralen Ländern blieb man neutral aus Gewinnsucht, in einigen, weil man offene Sympathien mit Nazideutschland hegte. Auf jeden Fall aber führte ihr reger Handel mit dem Dritten Reich dazu, Nazideutschlands Kriegskraft zu stärken und den Krieg zu verlängern.»<sup>528</sup>

Wenn heute amerikanische Politiker, Journalisten, oder sogenannte ‚Historiker‘ europäische neutrale Länder bezichtigen, durch ihre Profitgier während des Zweiten Weltkrieges zu einer Kriegsverlängerung beigetragen zu haben, so muss es erlaubt sein, die Handlungen amerikanischer Wirtschaftsführer sowie deren Banken und Schlüsselindustrien dagegenzuhalten. Das Ausmass von Geschäften zwischen amerikanischen Industriellen und Financiers mit Hitlerdeutschland hat dazu beigetragen, das Rüstungspotential Deutschlands zu erhöhen und strategische Vorteile sowohl vor als auch noch während des Krieges zu erringen. Dazu seien nur einige Beispiele genannt:

1. Die von General Motors und Standard Oil of New Jersey gemeinsam geleistete technische Unterstützung durch Know-how-Transfer für die Herstellung von synthetischem Benzin und Lieferung von speziell verarbeitetem Benzin (lead tetraethyl) für die deutsche Luftwaffe.<sup>529</sup>

2. Investitionen und Kapitalerhöhungen für die Ford-Fabriken und GM-Werke in Deutschland bis zum Ausbruch des pazifischen Krieges Ende 1941, die in grossem Ausmass zur Motorisierung und Panzerung der Wehrmacht beigetragen haben.
3. ITT leistete Hilfe bei der Modernisierung amtlicher Fernmeldesysteme von Gestapo, Heer, Luftwaffe und Marine in Hitlerdeutschland.

Sie alle belegen nur einen kleinen Ausschnitt des Umfangs von Investitionen der Rockefellers, DuPonts und Fords. In den ‚National Archives‘ in Washington und im ‚Sonderarchiv‘ in Moskau bezeugen dort einsehbare Dokumente die Zusammenarbeit verschiedener amerikanischer Firmen mit dem nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges.

Es ist eine Tatsache, dass gewisse amerikanische Firmen und Banken für beide Seiten gearbeitet haben. Zwar bekundeten grosse amerikanische Unternehmen und Banken sowie ihre englischen Konkurrenten, die alle durch Vereinbarungen mit der deutschen Industrie verbunden waren, nach 1936 ebenfalls ihre Sympathie für die allgemeine öffentliche Abneigung gegenüber strategischer Hilfe an Deutschland. Tatsächlich aber verfolgten diese Firmen und Finanzinstitute ausschliesslich einen Kurs zur Sicherung der eigenen Interessen. Man bewegte sich in einer Gesellschaft mit einer eigenen Moral, einer ‚class of its own‘. In den Nürnberger Prozessen wurden nur die deutschen Nazi-Industriellen des Verbrechens gegen die Humanität angeklagt.<sup>530</sup> Die Kollaborateure in den Familien Ford, Dupont und Rockefeller und verschiedene andere wurden nicht zur Rechenschaft gezogen.

Die Exportphilosophie der international tätigen Industrie orientierte ihre Operationen im Allgemeinen einzig und allein an strengen geschäftlichen Richtlinien, die sich weder um die politische Orientierung des Managements kümmerten noch um die politische Ideologie des Landes, in oder mit dem man arbeitete. Die Geschäftspolitik der anglo-amerikanischen Konglomerate war geprägt durch bewusstes Desinteresse an politischen Folgen oder Auswirkungen auf die nationale Sicherheit ihrer eigenen Länder als Resultat von Verkäufen strategisch wichtigen Know-hows und Materials an Deutschland oder Investitionen in der deutschen Industrie. Zusätzlich war man noch miteinander verflochten durch Vereinbarungen der Vorkriegszeit, wonach die bestehenden Besitzverhältnisse nach dem Krieg wiederhergestellt werden sollten. Business as usual stellte die Fortsetzung der gegenseitigen profitablen Geschäfte auch nicht in Frage, als in Deutschland 1935 mit den Nürnberger Gesetzen die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerungsteile begann. Ebenso wenig störte sich die Geschäftsmoral an den Pogromen der Reichskristallnacht vom 9. auf den 10. November 1938.

Die kompromisslose Verfolgung geschäftlicher Interessen und die daraus resultierende Konfliktsituation zur politischen Haltung der amerikanischen und britischen Bevölkerung und vor allem zur amerikanischen Aussenpolitik bildete eine grundsätzliche Herausforderung der Grosskonzernstrategie auf den internationalen Märkten der dreissiger Jahre.

Als Friedensverträge mit Österreich und Deutschland noch in weiter Ferne lagen, reichte die von den Vereinten Nationen garantierte kollektive Sicherheit nicht aus, um die kommunistische Infiltration oder den Umsturz eines Landes durch den Kommunismus verhindern zu können. Die Führung der USA beschloss deshalb, zur Abwehr einer politischen Bedrohung durch den Kommunismus dem sowjetischen ideologisch-politischen Einfluss auf andere Länder ihre eigene wirtschaftliche und politische Einflussnahme in Form des Marshall-Planes, der einen Bestandteil der Truman-Doktrin bildete, entgegenzusetzen.<sup>531</sup> Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg unterstützten die USA auch nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges einen offenen Wettbewerb im Welthandel, nun jedoch mit dem eklatanten Unterschied, dass sie die Verteidigung der freien Wirtschaft als ein Instrumentarium in ihre nationalstaatliche Sicherheitspolitik integrierten. Diese Herausforderung erleichterte den USA ihre Befreiung aus dem früheren isolationistischen Denken und verstärkte ihre Überzeugung von der Richtigkeit eines weltweiten offenen Wettbewerbs. Als eine Folge dieser kompromisslosen Haltung wurden nach 1945 Industrieabkommen wie das Düsseldorfer Modell durch internationale Organisationen verdrängt, wie beispielsweise die Weltbank, GATT und dessen Nachfolger, die World Trade Organization, deren Aufgabe es ist, sich aktiv für einen freien, undiskriminierten Welthandel einzusetzen.

Die von Chamberlain und seinen Anhängern in der Industrie, der Bank of England und der ‚City‘ so vehement befürchteten politisch-wirtschaftlichen Konsequenzen eines totalen Krieges traten tatsächlich ein. Die Ära des Britischen Empire war zu Ende, und die Struktur der britischen Gesellschaft änderte sich. Im Jahr 1945 gelangte eine Labour-Regierung an die Macht. England beendete den Zweiten Weltkrieg als Juniorpartner einer ‚Special Relationship‘ mit den Vereinigten Staaten, während Sowjetrussland sich für die nächsten 45 Jahre im Herzen Europas festkrallte.

Es existiert ein Wort, das besagt, die Wirtschaft sei der Botschafter für den Frieden. Voraussetzung für die Richtigkeit dieser Aussage ist jedoch, dass die führenden Wirtschaftskräfte der jeweiligen Staaten ihr Handeln den allgemein gültigen moralischen Grundsätzen verpflichten. Wirtschaftliche Hilfeleistungen an das in Deutschland herrschende Nazi-Regime besaßen keinerlei friedenssichernden Charakter, sondern unterstützten ausschliesslich die jeden völker-

rechtlichen und moralischen Ansatz leugnende Tyrannei von Adolf Hitler und seinem Gefolge. Finanz und Wirtschaft in ihrem Bestreben nach Erfolg und Profit haben jedoch nicht alleine Willkür gestiftet. Der Verzicht der internationalen Gemeinschaft, alle Ressourcen zu sammeln und sich notfalls mit Waffengewalt Staaten (und Menschen) entgegenzustellen, welche Angriffe auf die Prinzipien der internationalen Ordnung und Menschenrechte ausübten, war schliesslich für die Entwicklung der Eskalation verantwortlich. Nur Regierungen und Gesellschaften, die sich der Beachtung der Menschenrechte verpflichten und ihre demokratischen Institutionen durch eine starke kollektive Sicherheitspolitik als Garanten für Frieden und Demokratie bejahen, sind in der Lage, die oben beschriebenen Auswüchse und bitteren Folgen des ‚business as usual‘ zu verhindern.



## Anmerkungen

- 1 Keith Middlemas, *Diplomacy of Illusion: The British Government and Germany, 1937-1939*. (London, 1972); A. J. P. Taylor, *The Origins of the Second World War*. (London, 1961); Ian Colvin, *The Chamberlain Cabinet*. (New York, 1971); Donald Cameron Watt, *How War Came. The Immediate Origins of the Second World War, 1938-1939*. (London, 1989); Frank McDonough, *Neville Chamberlain, Appeasement and the British Road to War*. (Manchester/New York, 1998)
- 2 G.C. Allen, *The Structure of Industry in Great Britain: A Study in Economic Change*. (London, 1968), S. 60-61
- 3 Kim Coleman, *I.G. Farben Aktiengesellschaft and Imperial Chemical Industries Limited: Strategies for Growth and Survival, 1925-1953*, Ph. D. thesis. (University of London, foreseeable late 2000)
- 4 Keith Middlemas, *Politics in Industrial Society. The Experience of the British System Since 1911*. (London, 1979) siehe Kapitel 8-9
- 5 Leslie Hannah, *The Rise of the Corporate Economy*. (London/New York, 1983), S. 53
- 6 Sidney Pollard, *The Development of the British Economy, 1914-1990*. (London, 1983), S. 106
- 7 Scott Newton, *Profits of Peace*. (Oxford, 1996)
- 8 Robert Paul Shay, Jr., *British Rearmament in the Thirties. Politics and Profits*. (New Jersey, 1977) und Brian Bond, *British Military Policy between Two World Wars*. (Oxford, 1980)
- 9 J.A. Gallagher, *The Decline, Revival and Fall of the British Empire*. (Oxford, 1982) 10 P.J. Cain and A.G. Hopkins, *British Imperialism: Crisis and Destruction 1914-1990*. Bd. 2, (London/New York 1993). Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement: Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939*. (Düsseldorf, 1971); Neil Forbes, «London Banks, the German Standstill Agreements, and „Economic Appeasement in the 1930s», in: *Economic History Review*, 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XL Nr. 4 (1987); P.M.H. Bell, *The Origins of the Second World War in Europe*. (London/New York, 1997)
- 11 Ian Kershaw, *Hitler 1936-1945*. (Stuttgart, 2000), S. 217
- 12 Michael Jabara Carley, *1939: the Alliance that Never Was and the Coming of World War II*. (Chicago, 1999), S. 78
- 13 *Ibid.*, S. 78-79
- 14 *Ibid.*, S. 78
- 15 Robert J. Caputi, *Neville Chamberlain and Appeasement*. (Selinsgrove/London, 2000), S. 253
- 16 William S. Slaney, *U.S. and Allied Efforts to Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II. Preliminary Study*. Coordinated by Stuart E. Eizenstat. Undersecretary of Commerce and International Trade. (Washington, D.C., May, 1997) Referred to as Eizenstat Bericht
- 17 Thomas L. Friedman, «Swiss Neutrality Was A Fraud», in: *International Herald Tribune*, 23. Mai 1997
- 18 Ian Colvin, *The Chamberlain Cabinet*. (New York, 1971)

- 19 John M. Blum (hrsg.) 'From the Morgenthau Diaries. Bd. III. vom 18. Februar 1938, S. 259-263. Siehe C.A. MacDonald, *The United States, Britain and Appeasement, 1936-1939.* (Oxford, 1981), S. 79
- 20 David Reynolds, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937-1941: A Study in Competitive Co-operation.* (Chapell Hill, 1981), S. 19
- 21 Keith Feiling, *The Life of Neville Chamberlain.* (London, 1946), S. 324.
- 22 R.F. Holland, «The Federation of British Industries and the International Economy, 1929-1939», in: *The Economic History Review*, 2<sup>nd</sup> Series Bd. XXXIV, Nr. 2 (1981), S. 298-299 Nach Ansicht von P. M. W. Bell, *The Origins of the Second World War.* (London/New York, 1997) wünschte die britische Regierung in den späten 1930er Jahren den Erhalt der freien Marktwirtschaft und verwarf eine ‚command economy‘, also eine Wirtschaftsform, in welcher die Regierung Prioritäten setzt und Anweisungen gibt, als ökonomisch und politisch unakzeptabel. Die britische Regierung war sich nicht bewusst, dass exakt dieses Dilemma der Philosophien von freier Marktwirtschaft und command economy bereits eine Art Co-Existenz eingegangen waren, wie das Beispiel des Düsseldorfer Abkommens vom 16. März 1939 zeigt.
- 23 Allan Booth, «Britain in the 1930's: A Managed Economy? A Reply to Peden and Middleton», in: *Economic History Review*. 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XLII, Nr. 4 (1989), S. 551 siehe auch Roger Middleton, «Britain in the 1930's: A Managed Economy? A Comment», in: *Economic History Review*. 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XLII, Nr. 4 (1989), S. 544-547 und G.C. Peden, «Britain in the 1930s: A Managed Economy? A Comment», in: *Economic History Review*. 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XLII, Nr. 4 (1989), S. 538-543
- 24 Scott Newton, «The Economic Background to Appeasement and the Search for Anglo-German Detente before and during World War 2», in: *Lobster*, Nr. 20 (1990), S. 30. Siehe auch Knightley, *The Second Oldest Profession.* (London, 1986), S. 129-134. Owen Chadwick, *Britain and the Vatican during the Second World War* (Cambridge, 1988), S. 86-100 Anthony Read and David Fisher, *Colonel Z: The Life and Times of a Master of Spies* (London/New York, 1984), S. 168-169.
- 25 Vgl. Phillip Knightley, *The Second Oldest Profession. Spies and Spying in the Twentieth Century.* (New York/London, 1986), S. 134 Am 1. November 1939 erfuhr Churchill als Mitglied des Kriegskabinetts unter Premierminister Chamberlain zum ersten Mal über die geheimen Kontakte und Wirtschaftsverbindungen mit Deutschland. Obwohl er im Prinzip dafür eintrat, gemäss dem ‚Trading with the Enemy Act‘ alle Kontakte mit den Deutschen abbrechen, fand er sich dann doch bereit, den Fortgang dieser Operationen zu akzeptieren. Nachdem Churchill Premierminister geworden war, untersagte er jeden Kontakt mit den Deutschen. Siehe auch Lonsdale Bryans, *Blind Victory.* (London, 1951), S. 72 und 119. Diese Politik wurde wiederholt im Sommer 1941 im Zusammenhang mit der Hess Affaire und Annäherungsversuchen von verschiedenen deutschen Gruppierungen: siehe PRO: FO 371/26543, 10855/610/G
- 26 Bernd-Jürgen Wendt, «Economic und Political Appeasement» in: *Grossbritannien in Geschichte und Gegenwart*, hrg. Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte. Bd. 9 (Hamburg, 1994) S. 202-203
- 27 *Documents on British Foreign Policy 1919-1939*, E. L. Woodward and R. Butler (hrsgs.), Second Series, Bd. XIX, No. 336
- 28 R.A.C. Parker, *Chamberlain and Appeasement: British Policy and the Coming of the Second World War.* (London, 1993), S. 100
- 29 Berndt-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement: Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939.* (Düsseldorf, 1971), S. 440
- 30 *Ibid.*
- 31 *Ibid.*, S. 465

- 50 Ibid.
- 51 Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848-1945, (DDS) Bd. 12, 1.1.1937 - 31.12.1938, préparé sous la direction d'Oscar Gauye par Gabriel Imboden et David Bourgeois. Dokument Nr. 249 (Bern, 1994), S. 568. Beinhaltet einen Lagebericht über die Auswanderungsmöglichkeiten der österreichischen Flüchtlinge als Folge des Anschlusses vom 15. März 1938. Siehe auch Paul Widmer, Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin: Geschichte eines schwierigen diplomatischen Postens. (Zürich, 1997)
- 52 Max Frenkel, «Die Flüchtlingspolitik in rechtlicher Sicht: Juristisches Lehrstück für historische Arbeit», in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 11/12 Dezember 1999 Nr. 289, S. 91
- 53 Ibid.
- 54 David S. Wyman, Paper Walls: America and the Refugee Crisis 1938-1941. (New York, 1985), S. 44
- 55 John Mendelsohn (Hrsg.), The Holocaust: Jewish Emigration from 1933 to the Evian Conference of 1938. Bd. 5 (New York, 1982), S. 172-179
- 56 Ibid., S. 172
- 57 Ibid., S. 173
- 58 Ibid.
- 59 Ibid., S. 72
- 60 Suzanne Heim, «Deutschland muss ihnen ein Land ohne Zukunft sein: Die Zwangsemigration der Juden 1933 bis 1938», in: Arbeitsmigration und Flucht: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 11 (Berlin, 1993), S. 61
- 61 Suzanne Heim und Thomas Schmid, «Wir sind kein Einwanderungsland» in: Die Zeit vom 2. Juli 1998 Nr. 28, S. 78
- 62 Vgl. Maldwyn Allen Jones, American Immigration. (Chicago/London, 1960) 7<sup>th</sup> Auflage 1970; Vgl. R. R. Palmer and Joel Colton, A History of the Modern World. (New York, 1950) 3<sup>rd</sup> Auflage 1965. Das Buch war ein sehr verbreitetes Textbuch in den USA und enthält keinen Hinweis auf Evian.
- 63 Victor Kuperminc, La Conférence d'Evian, ([http:// www.sefarad.org/publication/lm](http://www.sefarad.org/publication/lm)), S. Siehe auch Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden 1933-1939. S. 188-189. Im November 1935 kam in London eine Gruppe jüdischer Bankiers zusammen, um über die Finanzierung der Auswanderung aus Deutschland zu diskutieren. Dabei kam es zu einer offenen Spaltung zwischen Zionisten und Nicht-Zionisten. Chaim Weizman war besonders über Max Warburgs Projekt erbittert, mit den Nazis eine Vereinbarung ähnlich dem Haavarah-Abkommen auszuhandeln, um deutsch-jüdische Auswanderung in andere Länder, als Palästina, zu bezahlen.
- 64 Über die Konferenz von Evian siehe Eliahu Ben-Elissar, La Diplomatie du Ille Reich et les Juifs, 1933-1939. (Paris, 1969) Siehe auch Ralph Weingarten, Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage: Das «Intergovernmental Committee on Political Refugees» (IGC) 1938-1939. (Bern, 1981) sowie Actes du Comité Intergouvernemental. Evian, du 6 au 15 Juillet. Compte rendu des Séances plénières du Comité. Résolutions et Rapports. (1938) Als allgemeine Darstellung siehe Alfred Cattani, Hitlers Schatten über Europa: Brennpunkte der Zeitgeschichte 1933-1945. (Zürich, 1995) S. 40-44
- 65 Alfred Cattani, Hitlers Schatten über Europa: Brennpunkte der Zeitgeschichte 1933-1945. (Zürich, 1995), S. 42
- 66 Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Bd. 2 (Frankfurt/Main, 1990), S. 416; siehe auch Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie: Politik und Kriegsführung 1940-1941. (Düsseldorf, 1965), S. 245; John Lukacs, The Last European War September 1939/December 1941. (London, 1976), S. 432; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Series D XI. S. 635

- 67 Henry L. Feingold, *Bearing Witness: How America and Its Jews Responded to the Holocaust*. (New York, 1995), S. 192 – Weniger als 600 jüdische Flüchtlinge sind in der Dominikanischen Republik aufgenommen worden.
- 68 Eliahu Ben-Elissar, *La Diplomatie du Ille Reich et les Juifs, 1933-1939*. (Paris, 1969), S. 251
- 69 Wolfgang Benz (hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*. (München, 1989), S. 425
- 70 *Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848-1945, (DDS) Bd. 12, 1.1.1937 - 31.12.1938, préparé sous la direction d'Oscar Gauye par Gabriel Imboden et David Bourgeois. Dokument., Nr. 363 (Bern, 1994), S. 833-835*
- 71 *Ibid.*
- 72 *Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg «Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus.» – UEK-Flüchtlingsbericht (Bern, 1999), S. 208*
- 73 *Ibid.* S. 209 siehe *Betreffend der Kontroverse in der UEK-Flüchtlingsbericht, dass sich der SIG für die Sperrung der Einreise weiterer jüdischer Flüchtlinge aussprach. Siehe Urs Räuber «Von Kooperation zum Widerstand: Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die Flüchtlingspolitik von 1938 bis 1942» in Neue Zürcher Zeitung vom 15. März 2000, Nr. 63, S. 16*
- 74 *Ibid.*
- 75 *Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848-1945, Bd. 12, 1.1.1937-31.12.1938, préparé sous la direction d'Oscar Gauye par Gabriel Imboden et David Bourgeois. Dokument Nr. 414 (Bern, 1994), S. 933-939*
- 76 Thomas Maissen, «Der unvergängliche J-Stempel: Historiographische Übersicht und Streitschrift von Georg Kreis», in: *NZZ vom 18. April 2000 Nr. 92 S. 15.*
- 77 *Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg «Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus.» UEK-Flüchtlingsbericht (Bern, 1999), S. 86*
- 78 *Ibid.*, Fussnote Nr. 39, S. 44
- 79 Harry Schniederma (hrsg.), *The American Jewish Year Book*. 570, Bd. 42, October 3, 1940 to September 21, 1941. (Philadelphia, 1940), S. 455 und 600 Gemäss einer ersten Schätzung haben die Lateinamerikanischen Länder bis zum 1. Juli 1938 insgesamt 26 150 Flüchtlinge aufgenommen. Eine andere Quelle (S. 600) gibt die Zahl der Flüchtlinge in denselben Ländern Ende 1939 mit 84'000 an. Dieselbe Statistik gibt auch einen Überblick über die weltweite Verteilung von jüdischen Flüchtlingen mit Datum 31. Dezember 1939.
- 80 Siehe Jean-Christian Lambelet «Die Macht der Mythen: Politik und Praxis der Schweiz gegenüber Flüchtlingen im Zweiten Weltkrieg», in: *Neue Zürcher Zeitung vom 19/20 August 2000, S. 99.* Es handelt sich um eine Kritik des Flüchtlingsberichts (Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg «Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus.» – UEK-Flüchtlingsbericht (Bern, 1999), in dem behauptet wird, die Historiker der Bergier-Kommission hätten eine Selektion der Tatsachen vorgenommen, um zu einer bestimmten Aussage über die Flüchtlingspolitik der Schweiz zu gelangen.
- 81 Norman G. Finkelstein, *The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering*. (London/New York, 2000); sowie S. B. Beit Zvi, *Post-Ugandan Zionism on Trial: A Study of the Factors that Caused the Mistakes Made by the Zionist Movement during the Holocaust*. 2 Bde. (Tel-Aviv, 1991) Er behauptet, um finanzielle Einnahmen für die Auswanderung in den künftigen Staat Israels nicht zu gefährden, war es für die zionistischen Gruppierungen wichtig, den Eindruck aufrechtzuerhalten, *niemand* würde die deutschen Juden aufnehmen.

- 82 Randolph S. Churchill (hrsg.), Winston S. Churchill, Reden 1938-1940. (New York, 1941), S. 66. Vgl. Robert Rhodes James, (hrsg.), Winston S. Churchill. His Complete Speeches 1897-1963. vol. VI 1935-1942 (New York/London, 1974), S. 6007-6008.
- 83 Berndt-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement: Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939.*, (Düsseldorf, 1971), S. 484
- 84 Siehe R. F. Holland, «The Federation of British Industries and the International Economy, 1929-1939», in: *The Economic History Review*, 2<sup>nd</sup> Series Bd. XXXIV, Nr. 2 (1981), S. 287-300. Es handelt sich um einen kurzen historischen Abriss der Federation of British Industries im Rahmen der internationalen Wirtschaft der 30er Jahre.
- 85 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Series D, Bd. IV, Nr. 298
- 86 Ibid.
- 87 Ibid.
- 88 op.cit., S. 298-299.
- 89 Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939.* (Düsseldorf, 1971), S. 568
- 90 Ibid.
- 91 op. cit., S. 298 siehe Archives of the Federation of Business Industries (FBI) in the Modern Records Centre at Warwick University., MSS 200/F/S/3/E1 /15/9B ,Anglo-German Industrial Conversations» vom 10. Juli 1947
- 92 R. F. Holland, «The Federation of British Industries and the International Economy, 1929-1939», in: *The Economic History Review*, 2<sup>nd</sup> Series Bd. XXXIV, Nr. 2 (1981), S. 298; see Archives of the Federation of Business Industries (FBI) in: The Modern Records Centre at Warwick University, FBI/S/Walker/14 Locock to Walker, 15 March 1939. «We decided», schreibt der Director Locock der FBI nach Hause «that political difficulties have nothing to do with industrialists, and we are going to carry on our programme exactly as planned.»
- 93 United States Department of State (hrsg.), *Foreign Relations of the United States Diplomatic Papers 1939.* (FRUS), (Washington, DC, 1956), S. 77; Archives of the Federation of Business Industries (FBI) in: The Modern Records Centre at Warwick University, MSS 200 /F/3/51/21/19 Joint Declaration by the FBI and the RI on the results of the Dusseldorf Conference 16 March 1939'
- 94 Ibid.
- 95 Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement: Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939.* (Düsseldorf, 1971), S. 572-573
- 96 op. cit., S. 81
- 97 *Documents on British Foreign Policy 1919-1939*, E. L. Woodward and R. Butler (hrsgs.), Third Series, Bd. VI Nr. 492 und 222
- 98 Ibid, und siehe United States Department of State, (hrsg.), *Foreign Relations of the United States Diplomatic Papers 1939*, (FRUS), Bd. I. (Washington, DC, 1956), S. 77
- 99 Ibid., S. 76
- 100 Ibid., S. 81
- 101 Ibid.
- 102 Ibid., S. 77
- 103 Ibid.
- 104 Ibid.
- 105 Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939.* (Düsseldorf, 1971), S. 577
- 106 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Series D, Bd. II, Nr. 676

- 107 Franz Knipping, «Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938» in: Deutsches Historisches Institut Paris – Beihefte der Francia (hrsg.), Deutschland und Frankreich 1936-1939. Bd. 10 (München, 1981), S. 525; siehe auch Documents diplomatiques français 1932-1939 (DDF), Serie II Bd. XI, Nr. 490 ind 509 (Paris, 1961)
- 108 United States Department of State (hrsg.), Foreign Relations of the United States Diplomatic Papers 1938 (FRUS), Bd. I. (Washington DC, 1956) S. 83
- 109 op.cit., S. 526; siehe auch Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Series D, Bd. IV Nr. 338, 343 und 345
- 110 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Series D Bd. II, Nr. 81, S. 90 Weisung des Führers und Obersten Befehlhabers der Wehrmacht vom 21. Oktober 1938 und Nr. 152, S. 163-164 Zweiter Nachtrag zur Weisung vom 21. Oktober 1938 (Betr. «Erledigung der Resttschehei» hat der Führer noch folgendes befohlen: ...»
- 111 Ibid, siehe Nr. 346, 347, 350, 351, 352, 356, 368
- 112 Franz Knipping, «Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938» in Deutsches Historisches Institut Paris – Beihefte der Francia Deutschland und Frankreich 1936-1939 (hrsg.), Bd 10. (München, 1981), S. 528
- 113 op. cit., Nr. 365 Siehe auch Nr. 350, 351, 355, 359, 361, 363, 366
- 114 op.cit., S. 529 siehe Documents diplomatiques français 1932-1939 (DDF), Serie II Bd. XIII, Nr. 23 (Paris, 1961)
- 115 Ibid., siehe auch DDF Nr. 37. Zwei Tage später, am 5. 12. 1938, beschloss das Comité Permanent de la Défense Nationale die Bestellung von 1'000 Flugzeugen in den USA, Vgl. Anthony Adamthwaite, France and the Coming of the Second World War 1936-1939. (London, 1977), S. 289 Er weist daraufhin, dass im Sommer 1938 Bonnet von Bullitt mitgeteilt wurde, «dass Roosevelt im Falle eines Krieges verpflichtet wäre, die Bestimmungen der Neutralitätsakte von 1935 in ihrer ganzen Härte zu befolgen. Bonnet wurde ein Brief von Roosevelt an Guy la Chambre gezeigt, in dem Roosevelt warnt, dass im Falle eines Krieges die Auslieferung von bereits früher durch Frankreich bestellte Flugzeuge sehr schwierig werden dürfte.»
- 116 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Series D, Bd. IV Nr. 371
- 117 Franz Knipping, «Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938» in: Deutsches Historisches Institut Paris – Beihefte der Francia Deutschland und Frankreich 1936-1939 (hrsg.), Bd 10. (München, 1981), S. 543; siehe auch Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Series D, Bd. IV Nr 371
- 118 M. Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. II/1 (Wiesbaden, 1973), S. 1052-1053
- 119 Walther Hofer (hrsg.), Der Nationalsozialismus: Dokumente 1933-1945. (Frankfurt/Main, 1957), S. 277
- 120 Anthony Adamthwaite, France and the Coming of the Second World War 1936-1939. (London, 1977), S. 289; siehe auch Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden.: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. Bd I. (München, 1998), S. 322-323 Frankreich war nicht ungastlicher als andere Länder, aber es erlaubte sich nicht einmal eine symbolische Geste des Protests gegen das antijüdische Pogrom. Es war das einzige grosse demokratische Land, das nicht reagierte. Vicki Caron, «Prelude to Vichy: France and the Jewish Refugees in the Era of Appeasement», in: Journal of Contemporary History., Nr. 20 (1985), S. 161. Nach einem Rundschreiben vom 20. Dezember 1938, das vom Sonderreferat Deutschland verschickt wurde, protestierten die folgenden Länder gegen das Pogrom, gewöhnlich im Zusammenhang mit Schänden, die ihren in Deutschland ansässigen jüdischen Bürgern zugefügt worden waren: Italien, Grossbritannien, die Niederlande,

- Ungarn Brasilien, Litauen, die UdSSR, Guatemala, Lettland, Finnland, Polen, die USA. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1937-1945 (ADAP), Serie D, Bd. 5 (Baden-Baden, 1953), S. 769-773
- 121 Franz Knipping, «Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938» in: Deutsches Historisches Institut Paris – Beihefte der Francia Deutschland und Frankreich 1936-1939 (hrsg.), Bd. 10. (München, 1981), S. 546, siehe auch Ministère des Affaires Etrangères (MAE), Sous-Direction des Relations Commerciales, Dossier C 3-1, «Note sur les relations économiques franco-allemandes» am 21. Februar 1939. Für eine vergleichsweise Reaktion der britischen Regierung auf die Rede Hitlers am 30. Januar 1939, siehe Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939.* (Düsseldorf, 1971), S. 539 122 Ibid.
- 123 Ibid.
- 124 Ibid.
- 125 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP), Series D II Nr. 81, S. 90
- 126 Documents on British Foreign Policy 1919-1939, E. L. Woodward and R. Butler (hrsgs.), Third Series, Bd. V No. 403
- 127 Berndt-Jürgen Wendt, *Economie Appeasement: Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939.* (Düsseldorf, 1971), S. 602
- 128 Eduard Kubu, «Czech Republic: Czechoslovak Gold Reserves and their Surrender to Nazi Germany», in *Nazi Gold – The London Conference 2<sup>nd</sup>-4<sup>th</sup> December 1997.* (London, 1998), S. 245
- 129 Ibid., S. 246
- 130 Ibid., S. 248 siehe auch Jan Krejci, *Nekolik poznámek k historil navráceni ceskoslovenského menoveho zlata* (Comments on the History of Czechoslovak Gold Reserves Recovery), *Právník*, Bd. CXXXV Nr. 7 (Prague, 1996), S. 675
- 131 Von den restlichen, noch auf dem Konto der Tschechoslowakei verbliebenen 5'222 kg Gold wurden am 24. August 1939 211 Goldbarren an die Schweizerische Nationalbank und 210 Goldbarren an die Netherlandsbank transferiert. Beide Banken befanden sich am 25. August 1939 im Besitz des Goldes.
- 132 op. cit., S. 247
- 133 Bank for International Settlements, Basel, Historical Archive (HA), *Czech Gold (2/22e)* «Transfer of Czech Gold 1939 Diary of B.I.S. Correspondence» 18<sup>th</sup> March: «Letter from National Bank of Czech-Slovakia requesting B.I.S. to transfer to Reichsbank- Direktorium, Berlin, from gold deposit held by B.I.S. for National Bank of Cecho-Slovakia a/c with Bank of England, gold bars in weight approximately 23,100 kgs.» 20<sup>th</sup> March: «B.I.S. letter 9-12948 to Bank of England requesting them transfer to B.I.S. a/c 17 total gold held for B.I.S. a/c No. 2 with exception of 421 gold bars.» 22<sup>nd</sup> March: «Letter from Bank of England to B.I.S. acknowledging letter 9-12948 of 20<sup>th</sup> March informing that 1845 gold bars transferred from B.I.S. No. 2 a/c to No. 17 a/c.»
- 134 Bank for International Settlements, Basel, Historical Archive (HA), (2/2g) 21. März, 1939, Bank of England an Bank for International Settlements
- 135 Bei der Tschechischen Nationalbank befinden sich drei Dokumente mit Informationen über die 26793 kg Gold, die während des II. Weltkrieges bei der Bank von England deponiert waren:
- das erste Dokument datiert vom 7. Dezember 1940, trägt die Bezeichnung «Výkaz zlata nerazeného» (Gold Bullion Statement) und ist abgelegt in Karton 430a, Aufdruck NB-P XVII-332/2;
  - das zweite Dokument ist markiert «Vypis z rozboru bilance Národní banky pro Cechy a Moravu k 31. 12. 1940» (Auszug aus der Statement Analysis der Nationalbank für Böh-

men und Mähren vom 31 December 1940) and ist abgelegt in Karton 425, Aufdruck NB-P XVII-332;

- das dritte Dokument datiert ‚from the time just after the end of the occupation by the Germans’ is entitled «Stav hospodárství a možnosti úhrady» (The State of the Economy and Settlement Options) and ist ebenfalls in Karton 425, Aufdruck NB-P XVII, abgelegt. Diese Dokumente beweisen, dass dieser, der früheren Nationalbank der Tschechoslowakei gehörende Goldbetrag nicht an die BIZ zu Gunsten des Deutschen Reiches während des II. Weltkrieges überwiesen wurde.

Das Addendum zu dem dritten Dokument «The State of the Economy and Settlement Options» erhellt den Zweck und die Funktion dieses Goldes. Seite 8: «Pursuant to Article 4 (I) of the (Financial Agreement between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Interim Government of Czechoslovakia of 10 December 1940 in London, «the gold deposited in England was placed at the disposal of the Government of the United Kingdom for the pursuit of the Allied war effort, for the purpose of which it may have been sold to the Bank of England for sterling by the custodian of enemy property in the United Kingdom.»

- 136 op.cit., Vgl. S. 80 Im Vergleich zur Auslieferung des tschechoslowakischen Goldes an das Reichsbank Direktorium, Berlin machte die BIZ eine Kehrtwendung, als sie von den Zentralbanken Litauens, Lettlands und Estlands zwischen dem 13. und 15. Juli 1940 (nur wenige Tage nach der sowjetischen Besetzung dieser baltischen Staaten) den Auftrag erhielt, die bei der BIZ hinterlegten Golddepots dieser Länder der russischen Staatsbank in Moskau zur Verfügung zu stellen, und verweigerte den Goldtransfer. Siehe Bank for International Settlements, Basel, Historical Archive (HA), (I/19d) Professor D. Schindler an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Château-d’Oex, Zollikon, den 19. August 1940., S. 1-18 Mit Schreiben vom 25. Juli 1940 bat die BIZ Prof. Schindler um die Beantwortung der Frage im Zusammenhang mit den politischen Umwälzungen in den baltischen Staaten: «Hat die BIZ den ihr durch die Telegramme vom 13. und 15. Juli 1940 erteilten Aufträgen Folge zu leisten oder ist sie berechtigt, ihre Ausführung zu verweigern?»
- 137 Bank of England Archives, OV 34/133, 135, 137-139, 147, 190 Siehe Neil Forbes», London Banks, the German Standstill Agreements, and ‚Economic Appeasement» in the 1930’s», In Economic History Review, 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XL, Nr. 4 (London, 1987), S. 582
- 138 F.V. Meyer, Britain, the Sterling Area and Europe. (Cambridge, 1952), S. 40
- 139 P.J. Cain and A.G. Hopkins, British Imperialism: Crisis and Destruction 1914-1990. Bd. 2, (London/New York, 1993), S. 86-90
- 140 P. J. Cain, «Gentlemanly Imperialism at Work: the Bank of England, Canada, and the Sterling Area, 1932-1936», in: Economic History Review, Bd. XLIX, Nr. 2 (London, 1996), S. 337
- 141 Gian Trepp, Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg: Bankgeschäfte mit dem Feind. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans. (Zürich, 1993), S. 20
- 142 Bank of England Archive, OV 34/81 memo vom 28. April 1933, siehe Piet Clement, «The Bank for International Settlements and the 1931 Reichsbank Credit, Financial Crisis and European Politics», in: European Banking Overseas 19<sup>th</sup>-20<sup>th</sup> Century ABN-AMBRO Bank (hrsg.) (Amsterdam, 1999), S. 12.
- 143 Neil Forbes, «London Banks, the German Standstill Agreements, and (Economic Appeasement» in the 1930’s», In Economic History Review, 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XL, Nr. 4 (London, 1987), S. 585
- 144 Bank for International Settlements, 14<sup>th</sup> Annual Report. (Basle, End of 1944), S. 309; Bank for International Settlements, 15<sup>th</sup> Annual Report. (Basle, Autumn 1945), S. 54-155



- BIS, HA File 2/1 Federal Reserve Bank of New York; BIS HA File 2/2 Bank of England; BIS, HA File 2/3 Bank of France; BIS, HA File 2/4 Reichsbank
- 145 Parliamentary Debates (Hansard) House of Commons, 13. October 1942 Bank for International Settlements, S. 1594
- 146 Ibid.
- 147 Ibid.
- 148 Norbert Häring, «Bank für Internationalen Zahlungsausgleich kauft alle Anteile von privaten Aktionären zurück. Nach der Transaktion sind nur noch Zentralbanken an der Basler BIZ beteiligt.» in: *Financial Times Deutschland*. 12. September 2000
- 149 Documents on British Foreign Policy 1919-1939, E.L. Woodward and R. Butler (hrsg.), Third Series Vol. I (London, 1949-1955) No. 551
- 150 Julian Bullard «,Muss es sein? Es muss seinb Grossbritannien und der Kriegsausbruch» in: Helmut Alrichter und Josef Becker (hrsg.), *Kriegsausbruch 1939: Beteiligte, Betroffene, Neutrale*. (München, 1989), S. 97
- 151 Martin Gilbert und Richard Gott., *The Appeasers*. (Boston, 1963), S. 234
- 152 Parliamentary Debates (Hansard) House of Commons, (London, 15. März 1939), siehe auch Ian Colvin, *The Chamberlain Cabinet*. (New York, 1971), S. 186
- 153 R.A.C. Parker, *Chamberlain and Appeasement: British Foreign Policy and the Coming of the Second World War*. (London, 1993), S. 203. Siehe auch Charmley, J., *Churchill. The End of Glory*. (London/Sidney, 1993), S. 359
- 154 Ian Kershaw, *Hitler 1936-1945*. (Stuttgart, 2000), S. 237; siehe auch Neville Chamberlain., *The Struggle for Peace*. (London, 1939), S. 418
- 155 Keith Eubank, *Munich*. (Norman, 1963), S. 264
- 156 op. cit., S. 237
- 157 R.A.C. Parker, *Chamberlain and Appeasement: British Foreign Policy and the Coming of the Second World War*. (London, 1993), S. 203.
- 158 Stefan Martens, Hermann Göring. «Erster Paladin des Führers» und «Zweiter Mann im Reich.» (Paderborn, 1985), S. 174; siehe auch S. Neuman, *March 1939. The British Guarantee to Poland. A Study in the Continuity of British Foreign Policy*. (Oxford, 1976)
- 159 op.cit.
- 160 Julian Bullard «,Muss es sein? Es muss seinb Grossbritannien und der Kriegsausbruch» in: Helmut Alrichter und Josef Becker (hrsg.), *Kriegsausbruch 1939: Beteiligte, Betroffene, Neutrale*. (München, 1989), S. 97
- 161 Berndt-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement: Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939*. (Düsseldorf, 1971), S. 602-603
- 162 Frank McDonough, *Neville Chamberlain, Appeasement and the British Road To War*. (New York, 1998), S. 148
- 163 Documents on British Foreign Policy 1919-1939., E.L. Woodward and R. Butler (hrsg.), Third Series, Bd. V, Nr. 658 und 659
- 164 Ibid. Nr. 671
- 165 Berndt-Jürgen Wendt, *Economie Appeasement Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1938-1939* (Düsseldorf, 1971) S. 604
- 166 Helmut Metzmacher, «Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939» in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*. (Stuttgart, 1966), S. 372
- 167 Ibid., S. 373
- 168 Walther Hofer, *Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges 1933-1939*. (Konstanz, 1962), S. 183
- 169 Documents on German Foreign Policy 1918-1945, series D, Bd. VI (Washington, DC, 1954), S. 977-983. Vermerk Wohlthat an Göring über die Unterredungen mit Sir Horace Wilson, Sir Joseph Ball, vermutlich der Leiter der Forschungsinstitute der Konservativen, und Robert Hudson; 24. Juli 1939 (der Text von Wilsons Offerte kann

- gefunden werden auf S. 980–983); Documents and Materials Relating to the Eve of the Second World War, Bd. 2 (Moscow, 1948), S. 67–72, Dirksen's report of 24 July 1939, and S. 117–124, Dirksen's minute of a conversation with Sir Horace Wilson, 3. August 1939; and Documenti Diplomatici Italiani, 1935–1939, 8<sup>th</sup> Series, Bd. XII, (Rome, 1952), S. 557, Attolico to Ciano, 1 August 1939.
- 170 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP). D, Bd. 6, Nr. 716; siehe auch Walther Hofer, *Die Diktatur Hitlers*. (Konstanz, 1962), S. 186
- 171 Ibid.
- 172 Scott Newton, «The «Anglo-German Connection» and the Political Economy of Appeasement.», in: *Diplomacy and Statecraft.*, vol. 2 Nr. 3 (London, 1991), S. 197
- 173 Helmut Metzmacher, «Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939» in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*. (Stuttgart, 1966), S. 376. Siehe auch Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Third Series, Bd. 5, Nr. 741 Ashton-Gwarkin meinte vor allem Ribbentrop.
- 174 Walther Hofer, *Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges 1933–1939*. (Konstanz, 1962), S. 183
- 175 Berndt-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement: Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933–1939*. (Düsseldorf, 1971), S. 610–611
- 176 Documents and Materials Relating to the Eve of the Second World War, Bd. 2 (Moscow, 1948), S. 117–124, Dirksen's minute of a conversation with Sir Horace Wilson, 3. August 1939
- 177 Donald Cameron Watt, *How War Came. The Immediate Origins of the Second World War, 1938–1939*. (London, 1989), S. 395–396
- 178 Ian Kershaw, *Hitler 1936–1945*. (Stuttgart, 2000), S. 317
- 179 R. A. C. Parker, *Chamberlain and Appeasement: British Foreign Policy and the Coming of the Second World War*. (London, 1993), S. 347
- 180 Richard Lamb, *The Drift to War, 1932–1939*. (London, 1989), S. 320
- 181 Charles Feinstein, *National Income Expenditure and Output of the United Kingdom 1855–1965*. (Cambridge, 1972), table 1, T 6.
- 182 op.cit.
- 183 Donald Cameron Watt, *How War Came. The Immediate Origins of the Second World War, 1938–1939*. (London, 1989), S. 401
- 184 Scott Newton, «The «Anglo-German Connection» and the Political Economy of Appeasement.», in *Diplomacy and Statecraft.*, vol. 2 Nr. 3 (London, 1991), S. 178–207 siehe S. 197 und S. 206
- 185 Fritz Hesse, *Hitler and the English* (London, 1954), S. 68
- 186 Scott Newton, *Profits of Peace*. (Oxford, 1996), S. 125
- 187 Documents and Materials Relating to the Eve of the Second World War, Bd. 2 (Moscow, 1948), S. 121. Aufzeichnung über eine Unterhaltung mit Sir Horace Wilson am 3. August 1939
- 188 op.cit., S. 126
- 189 Walther Hofer, *Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges 1933–1939.*, (Konstanz, 1962), S. 185
- 190 Adolf Hitler, *Mein Kampf*. (München, 1934), S. 158; siehe Militärgeschichtlichen Forschungsamt (hrsg.), *Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges*. in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*. Bd. I: (Stuttgart, 1979)
- 191 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP). D, Bd. 6, Nr. 716; siehe auch Walther Hofer, *Die Diktatur Hitlers*. (Konstanz, 1962), S. 186
- 192 Donald Cameron Watt, *How War Came. The Immediate Origins of the Second World War, 1938–1939*. (London, 1989), S. 401

- 193 C. Roden Buxton Papers – MSS. Brit. Emp. S. 405 Box 3 / 4 S. 44, 1. August 1939.
- 194 Scott Newton, «Appeasement As An Industrial Strategy, 1938-1941», in *Contemporary Record: The Journal of Contemporary British History*. Vol. 9 Nr. 1 (London, 1995), S. 496. Er weist auf das Fehlen des von Wohlthat erwähnten Wilsonschen Memorandums. In den britischen Unterlagen hat sich jedoch bislang noch kein Exemplar nachweisen lassen. Die Historikerin, Alice Teichova, «Die geheimen britischdeutschen Ausgleichsversuche am Vorabend des Zweiten Weltkrieges», in *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Nr. 7 1959, S. 775 vermutet, dass die englischen Gesprächspartner nur gekürzte oder sogar leicht veränderte Unterredungen dem Aktenschränk überliessen «da die britischen Pläne geheim bleiben mussten» und «die Opposition gegen die Regierungspolitik bis in das Foreign Office reichte.» Im Rahmen der C. Roden Buxton papers, Rhodes House, Oxford, nehmen die englischen Memoiren Bezug auf ein Verhandlungsprogramm, das mit führenden Nationalsozialisten, darunter Rudolf Hess, im August 1939 besprochen wurde, das viele Aspekte des bereits erwähnten Wilsonschen Memorandums vom Juli 1939 wiedergab. Also eine weitere Erkenntnis, dass der Vorschlag auch von der britischen Seite gefördert wurde, obwohl noch nicht klar erkennbar ist, ob das Programm von deutscher oder englischer Seite entstanden ist. Siehe auch Helmut Metzmacher, «Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939» in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*. (Stuttgart, 1966), S. 372.
- 195 C. Roden Buxton Papers – MSS. Brit. Emp. S. 405 Box 3 / 4 S. 44 Aktennotiz eines Gespräches zwischen R.A. Butler und R. Buxton, in dem Buxton von Butler aufgefordert wird, vor seiner Abreise nach Deutschland noch den Premierminister anzurufen.
- 196 op.cit.
- 197 Keith Feiling, *The Life of Neville Chamberlain.*, (London, 1946), S. 367.
- 198 Robert J. Caputi, *Neville Chamberlain and Appeasement*. (Selinsgrove/London, 2000), S. 177
- 199 Anthony Adamthwaite, *Grossbritannien und das Herannahen des Krieges*, in: Klaus Hildebrand, Jürgen Schmädke und Klaus Zemack (hrsg.), *1939 an der Schwelle zum Weltkrieg*. (Berlin, 1990), S. 200
- 200 Berndt-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement: Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939*. (Düsseldorf, 1971), S. 484
- 201 Igor Lukes, *Did Stalin Desire War in 1938? A New Look at Soviet Behaviour during the May and September Crisis*, in: *Diplomacy and Statecraft* vol. 2. Nr. 1 (London, 1991), S. 15
- 202 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP). D, Bd. 6, Nr. 716
- 203 Siehe auch Frank McDonough, *Neville Chamberlain, Appeasement and the British Road to War*. (New York, 1998), S. 86-87
- 204 Es gibt verschiedene Studien, die dieses Problem aufgreifen. Vgl. A. Hillgruber, *Hitlers Strategie*. (Frankfurt, 1965) und Klaus Hildebrand, *The Foreign Policy of the Third Reich*. (London, 1973) Sie porträtieren Hitler als einen Mann mit einem ausgereiften Programm zur Eroberung der Welt. Im Gegensatz dazu zeichnet AJP Taylor Hitler als einen Kaffeehaus-Schwätzer und Träumer, bestenfalls ein Opportunist und Improvisateur, dem eher ein kleiner Fehler bei der Durchführung eines seiner diplomatischen Manöver gegen Polen unterlaufen ist. Dieses Interpretationsdilemma über die Frage, ob Hitler den Zweiten Weltkrieg eher ‚aus Versehen« oder mit voller Absicht ausgelöst hat, wurde von K. D. Bracher, *The German Dictatorship* (London, 1973) aufgegriffen, um zu zeigen, dass Hitler von Anfang an das Ziel verfolgte, Deutschlands Lebensraum zu vergrößern, indem er die Juden und die Slawen attackierte. Hitler benützte Improvisation innerhalb eines ernsthaft ausgearbeiteten Gedankensystems.

- 205 Ibid.
- 206 R.A.C. Parker, Chamberlain and Appeasement: British Foreign Policy and the Coming of the Second World War. (London, 1993), S. 333
- 207 siehe Walther Hofer, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. (Düsseldorf, 1984)
- 208 Sidney Pollard, The Development of the British Economy, 1914-1980. (London, 1983), S. 51
- 209 P.M.H. Bell, The Origins of the Second World War in Europe. 2<sup>nd</sup> Auflage (London und New York, 1997), S. 162
- 210 Ibid., 163 Im Gegensatz zu PMW Bells Überzeugung, dass Britannien in den späten 1930er Jahren eine «command economy» als «both economically and politically unacceptable» ausschloss, vertritt der Historiker R. F. Holland die Ansicht, dass es für die englische Regierung ein ‚Balance act‘ und Dilemma zugleich war, ihre direkte Intervention in Firmenangelegenheiten zu minimieren, während sie gleichzeitig gezwungen war, staatliche Macht mit industriellen Interessen zusammenzuspannen, um international wirtschaftlich bestehen zu können.
- 211 Rolf Stödter, Handelskontrolle im Seekrieg. Prisenrechtliche Betrachtungen zum Navicert-System. (Hamburg, 1940), S. 46
- 212 PRO: FO 371/38585 – 38589, complaint by US Department of Justice against Dupont de Nemours and Imperial Chemical Industries, March 16<sup>th</sup> 1944
- 213 Scott Newton, «Appeasement as an Industrial Strategy, 1938-1941» in Contemporary Record, Vol. 9, No. 3 (Winter 1995), S. 497
- 214 Ibid.
- 215 Ibid.
- 216 Charles Higham, Trading with the Enemy. The Nazi-American Money Plot 1933-1949. (New York, 1983), S. 108 und American Swastika (New York, 1985), S. 203
- 217 PRO: BT 64/322
- 218 PRO: BT 64/53/65798 vorn 2. Mai 1940
- 219 Ibid., International General Electric Company of New York, Ltd. an Board of Trade vorn 22. Februar 1940
- 220 Ibid., Treasury an Miss A. Kilroy von Board of Trade am 3. Februar 1943
- 221 Ibid., International Lamp Cartel, Meeting Railing und Fletschet mit Board of Trade, 2. Januar 1940
- 222 Ibid., James Fletcher an Captain Oliver Lyttleton, 21/1/41
- 223 Ibid., Private Secretary Knott schreibt an James Fletcher, General Electric Co. Ltd. 7<sup>th</sup> February 1941
- 224 Ibid., Treasury Chambers to Miss Kilroy of the Board of Trade 3. February 1943
- 225 Scott Newton, «Appeasement as an Industrial Strategy 1938-1941», in Contemporary Record vol. 9 Nr. 1 (London, 1995) S. 499
- 226 Rolf Stödter, Handelskontrolle im Seekrieg. Prisenrechtliche Betrachtungen zum Navicert-System. (Hamburg, 1940), S. 40
- 227 Adolph Vaudaux, Blockade und Gegenblockade. Handelspolitische Sicherung der schweizerischen Ein- und Ausfuhr im Zweiten Weltkrieg. (Basel, 1948), S. 36
- 228 Schweizerisches Bundesarchiv, Troutbeck an Fraser. London, 7. März 1940 FO 371/23174
- Die Schweiz befand sich wirtschaftlich in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zu England, aber auch Grossbritannien war zu einem nicht unbedeutenden Grad an dem Entgegenkommen der Schweiz interessiert. Dies traf insbesondere zu auf die Lieferung von Kriegsmaterial und die Gewährung eines schweizerischen Kredites. Der britische Bedarf an Holz, das zu Kriegsmaterial gerechnet wurde, war derart gross, dass England sogar bereit war, das von der Schweiz aus Deutschland bezogene Holz zu übernehmen.

- Dieses Holz war in der Schweiz grösstenteils zum Bau von Baracken verwendet worden, die, zusammen mit einzelnen Holzteilen, an England geliefert wurden. Schweizerisches Bundesarchiv, Bericht über den Stand des schweizerischen Holzverkaufs. Bern 26. Februar 1940 7110 EVD 1973/134 Bd. 14 sowie Besprechung Setchell-Glesinger vom 11. März 1940 7110 EVD 1973/134 Bd. 14
- 229 Schweizerisches Bundesarchiv, E 1004-1 Bundesratsprotokoll, 24. Februar 1940
- 230 PRO: FO371/24532 Ministry of Economic Warfare an Paul Morand. London 8. November, 1939
- 231 PRO: FO 371/24532 Alphand an Le Ministère du Blocus. Bern, 31. Oktober 1939
- 232 Schweizerisches Bundesarchiv, E 1004-1 Bundesratsprotokoll 30. Oktober, 1939
- 233 Hans Sulzer war ein sehr bekannter Industrieller in der Schweiz, Direktor der Fa. Gebrüder Sulzer, Präsident des Vorort (Wirtschaftsverband)
- 234 op. cit., 7110 EVD 1973/134 Bd. 15 Protokoll-Notizen betreffend Entsendung einer diplomatischen Mission nach London. Bern 30. Oktober, 1939
- 235 PRO: FO 371/24532 Stanley Irving, der englische Beobachter bei den französischschweizerischen Verhandlungen an Troutbeck. Paris, 14. November, 1939
- 236 Ibid.
- TU* Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität., Bd. VII. (Basel, 1974), S. 28-29
- 238 op. cit.
- 239 Ibid.
- 240 PRO: FO 371/24532 Irving an Troutbeck. Paris, 15. November, 1939
- 241 Ibid., Paris, 21. November, 1939
- 242 Ibid., Paris, 16. November, 1939
- 243 Ibid.
- 244 Ibid., Paris, 20. November, 1939
- 245 Schweizerisches Bundesarchiv, E 1004-1 Bundesratsprotokoll, 28. November, 1939
- 246 Was die Haltung der Alliierten gegenüber den neutralen Staaten betrifft, hat Donald Cameron Watt in einem Konferenzpapier die Grundsätze dargelegt, die in dem britischen Verhalten gegenüber neutralen Staaten zu Unterscheidungen geführt haben. Der Status der ‚guten‘ und schlechtem Neutralen wechselte gemäss dem Nutzen, den sie für die Alliierten besaßen. Vgl. Walther Hofer, «Neutralität im totalen Krieg», in: Mächte und Kräfte im 20. Jahrhunderts. (Zürich, 1985), S. 103
- 247 PRO: FO 371/24532 Paris, 20. November, 1939
- 248 Ibid.
- 249 Schweizerisches Bundesarchiv, E 1004-1 Bundesratsprotokoll, 28. November, 1939
- 250 PRO: FO 371/24532 Setchell an Troutbeck. Paris, 16. November, 1939
- 251 Ibid.
- 252 PRO: FO 371/24532 Pernod an Alphand. Paris. 31. Oktober, 1939
- 253 Ibid., Paris. 16. November, 1939
- 254 Ibid., Irving an Troutbeck, Paris. 24. November, 1939
- 255 Ibid., Paris. 20. November, 1939
- 256 Ibid., Swiss Negotiations, London. 9. Dezember, 1939
- 257 PRO: FO 371/24532 Setchell an Troutbeck. Paris, 16. November, 1939
- 258 Adolphe Vaudaux, Blockade und Gegenblockade. Handelspolitische Sicherung der schweizerischen Ein- und Ausfuhr im Zweiten Weltkrieg. (Basel, 1948), S. 88-89
- 259 PRO: FO 371/22935 Memorandum II von Setchell an M.E.W. Bern, 9. Oktober, 1939
- 260 PRO: FO 371/24532 Irving an Troutbeck. Paris, 20. November 1939
- 261 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 16 Entwurf: Verhandlungen mit Grossbritannien. Bern, 29. September, 1939

- 262 op. cit., Swiss Negotiations. London, 9. Dezember, 1939 und Schweizerisches Bundesarchiv EVD 1973/134 Bd. 16 Vollenweider an die schweizerische Verhandlungsdelegation
- 263 PRO: FO 371/24532 Setchell an Troutbeck. Paris. 16. November, 1939
- 264 Ibid., Irving an Setchell. Paris. 20. November, 1939
- 265 Ibid., Swiss Negotiations. London. 9. Dezember, 1939
- 266 op. cit.
- 267 PRO: FO 371/24532 Irving an M.E.W. Paris. 21. November, 1939
- 268 Ibid.
- 269 Ibid., Paris. 24. November, 1939
- 270 Ibid.
- 271 PRO: FO 371/24532 Irving an M.E.W. Paris, 5. Dezember 1939
- 272 Ibid.
- 273 PRO: FO 371/22935 Kopie des provisorischen Abkommens zwischen der Schweiz und Frankreich. Bern. 22. September, 1939
- 274 op. cit.
- 275 Schweizerisches Bundesarchiv E 1004-1 Bundesratsprotokoll, 28. November 1939
- 276 PRO: FO 371/24532 Irving an M.E.W. Paris. 5. Dezember, 1939
- 277 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1967/32 G. B. 821 Fierz an Handelsabteilung des EVD. Bern, 22. April, 1940
- 278 op. cit.
- 279 Ibid.
- 280 PRO: FO 371/24532 Irving an Troutbeck. Paris. 8. Dezember, 1939
- 281 Ibid, und Schweizerisches Bundesarchiv E 1004-1 Bundesratsprotokoll, 27. Dezember, 1939
- 282 Ibid., Irving an Troutbeck. Paris. 10. Dezember, 1939
- 283 Ibid., Paris., 21. Dezember, 1939
- 284 Schweizerisches Bundesarchiv E 1004-1 Bundesratsprotokoll, 24. Februar, 1940
- 285 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 15 Expose Professor Keller 28. Dezember, 1939
- 286 Ibid., Schweizerische Wirtschaftsverhandlungen mit Grossbritannien. London, 1. Dezember, 1939
- 287 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 15 Exposé Professor Keller vom 28. Dezember, 1939
- 288 Ibid.
- 289 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 16 Waley an Keller London, 16. Dezember 1939
- 290 op. cit.
- 291 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1967/32 G. B. 821 EPD an das EVD. Bern, 7. Dezember, 1939
- 292 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 15 Besprechung bei der Bank of England vom 18. Dezember 1939. London. 19. Dezember, 1939
- 293 op.cit.
- 294 Ibid.
- 295 Ibid.
- 296 Schweizerisches Bundesarchiv E 1004-1 Bundesratsprotokoll, 11. Dezember 1939
- 297 Ibid.
- 298 PRO: FO 371/24532 Memorandum. London. 11. Dezember, 1939
- 299 Ibid., J. G. Owen (M.E.W.) an S.D. Waley (Unterstaatssekretär der Treasury). London. 12. Dezember, 1939
- 300 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 16 Waley an Keller. London, 16. Dezember, 1939

- 301 Schweizerisches Bundesarchiv E 1004-1 Bundesratsprotokoll, 11. Dezember, 1939
- 302 PRO: FO 371/24532 Waley an Fraser (Board of Trade). London. 21. Dezember, 1939
- 303 op. cit., 9. Januar, 1940
- 304 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 15 London, 27. Januar 1940
- 305 Schweizerisches Bundesarchiv E 7110 1973/134 Bd. 15 Memorandum. London.  
30. Januar 1940
- 306 Ibid.
- 307 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 16 Outlines for a Credit Agreement. London, 21. Januar, 1940 sowie 7110 EVD 1973/134 Bd. 15 Memorandum, London 30. Januar 1940 und Protokoll über eine Kredittransaktion vom 12. Februar 1940
- 308 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Keller an Hotz. London. 27. Januar 1940
- 309 Ibid.
- 310 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 16 Protokoll über eine Kredittransaktion vom 12. Februar, 1940 Bern. 13. Februar, 1940
- 311 Ibid.
- 312 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 15 Baumann (EPD) an Bundesrat Obrecht (EVD). Bern, 4. März, 1940
- 313 op. cit., Der Schweizerische Bankverein, die Schweizerische Kreditanstalt, die Schweizerische Bankgesellschaft und die Eidgenössische Bank AG waren mit Kapital an dieser Kreditaktion beteiligt.
- 314 Schweizerisches Bundesarchiv E 1004-1 Bundesratsprotokoll. Bern. 11. März, 1940
- 315 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 14 Entwurf eines Bundesratsprotokolls. Bern. 11. März, 1940
- 316 Ibid.
- 317 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 15 Baumann an Obrecht. Bern. 4. März, 1940
- 318 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1967/32 G. B. 821 Obrecht an die Eidgenössische Bank AG. Bern. 26. März, 1940
- 319 PRO: FO 371/23174 Irving to M.E.W., 19<sup>th</sup> March 1940
- 320 Ibid.
- 321 Ibid., Report on Blockade Negotiations 28<sup>th</sup> February – 5<sup>th</sup> March 1940 from Graham, London, 8<sup>th</sup> March 1940
- 322 Edgar Bonjour, Die Schweiz und Europa. Bd. III (Basel, 1973), S. 132-133
- 323 Ibid.
- 324 PRO: FO 371/23174 Setchell to Cross. Paris, 5. März 1940
- 325 Ibid., M.E.W. an Irving und Setchell. London. 20. März, 1940
- 326 Aktenbestände von Heinrich Hornberger aus dem Archiv für Zeitgeschichte in Zürich: in Blockade und Gegenblockade. Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich und Grossbritannien. Stucki an Bundesrat Obrecht. Paris. 2. April, 1940
- 327 Ibid.
- 328 op. cit., Kelley an Foreign Office. Bern. 23. April, 1940
- 329 Ibid., Blockadeabkommen vom 25. April, 1940
- 330 Schweizerisches Bundesarchiv E 1004-1 Bundesratsprotokoll, 21. Mai 1940
- 331 Ibid.
- 332 Schweizerisches Bundesarchiv 7110 EVD 1973/134 Bd. 15 Baumann (EPD) an Bundesrat Obrecht (EVD). Bern. 4. März 1940
- 333 Das Meeting illustriert, was andere Historiker veranlasst, ihre Hauptkonzentration von Churchill und Roosevelt abzuziehen und stattdessen die ‚policy making élites‘ beider Nationen näher zu betrachten. Siehe Donald Cameron Watt, Personalities and Policies.

- (London, 1963) and Succeeding John Bull: America in Britain's Place 1900–1975 (Cambridge, 1984)
- 334 PRO: BT 64/53 Interdepartmental Conderence 27. Mai, 1940
- 335 Diese Firmen haben gegenseitig fusioniert und sind heute bekannt als Novartis and Ciba Specialty Chemicals.
- 336 op. cit., Black List Section an the Chancery in Berne 22. Januar, 1940 und 26. Januar, 1940
- 337 Ibid., Waddington calls Somervell 16. April, 1940
- 338 Ibid., M.E.W. an E. A. Cohen, Esq 27. Februar, 1940
- 339 Ibid., Waddington an Sommervell Point 5 27. Februar, 1940 und 18. Oktober, 1940 Cohen an Ward.
- 340 Compte-Rendu der Fa. Durand & Huguenin S. A. Båle, 1940
- 341 Schweizerisches Bundesarchiv, E-7160–07 (-) 1968/54 Bd. 1056 Notiz zur Frage der Sperre I. G. Chemie vom 22. Oktober 1945
- 342 Otto F. Fleischer an David L. Gordon Memorandum on the subject: Preliminary List of German Cloaks in Switzerland, January 17, 1945, S. 2, Office of Alien Property RG 131, National Archives, Declassified NOD 968103 on April 16, 1996
- 343 op. cit. Ministry of Economic Warefare an D. Carter, Esq., Board of Trade am 13. Juli 1940
- 344 Ibid., Cohen an Ward 18. Oktober, 1940
- 345 Gerard Aalders und Cees Wiebes. Die Kunst der Tarnung. (Frankfurt/Main, 1994), S. 94–95. Am 13. Juli 1939 wurde zwischen I. G. Farben, Enskilda Bank, AB Caritas und AB Akont (ein Wallenberg-Unternehmen) ein Geheimabkommen ausgearbeitet, um die wahren Besitzverhältnisse der Töchter von I. G. Farben zu tarnen. Die Firma Chehamij (eine Tarnfirma von I. G. Farben) mit Sitz in Amsterdam hat I. G.-Farben-Töchter in Grossbritannien, dem Commonwealth und den neutralen Staaten gekauft. Chehamij erwarb z. B. IG Dyestuffs Ltd. (Manchester), Chemdyes Ltd. (Bombay), Dychem Trading Company Ltd. (Melbourne), Consolidated Dyestuff Corporation Ltd. (Montreal), und AB Arto (Malmö).
- 346 PRO: BT 64/53 Interdepartmental Conference. 27. Mai, 1940
- 347 Richard Lamb, Churchill As War Leader – Right or Wrong? (London, 1991), S. 76 Rab Butler, Halifax' Undersecretary im Aussenministerium und Sprecher des Unterhauses für ausländische Angelegenheiten setzte sich über die von Churchill in einer geheimen Sitzung mit dem Unterhaus gemachte Äusserung, «dass die gegenwärtige Regierung und alle ihre Mitglieder bis zum Tode kämpfen würden», hinweg und erklärte während eines Gesprächs mit dem schwedischen Minister Björn Pyrtz am 17. Juni 1940, dass England zu einem Kompromiss-Frieden bereit sei, «if the chance was offered on reasonable conditions.» Dieses Treffen hatte mit Halifax' Zustimmung stattgefunden. In seinem Bericht nach Stockholm fügte Pyrtz hinzu, dass viele der Abgeordneten erwarteten, dass Halifax Nachfolger von Churchill als Premierminister würde. Als Churchill wenige Tage später von dem Gespräch Butlers erfuhr, musste dieser seinen Hut nehmen. Butler hatte jedoch nur formuliert, was innerhalb der Konservativen als Wunsch für einen Verhandlungsfrieden bekannt war. Lamb glaubt, dass dieser Vorfall später dafür verantwortlich war, dass Butler viele Jahre später nicht das Amt des Premierministers erhielt, als Eden 1957 zurücktrat und er 1957 ebenfalls nicht Macmillans Nachfolger wurde. Weiter meint Lamb, «Whatever the case, is the image of Churchill fighting to the death a picture that cannot or will not want to be altered.» (*Was auch immer sein mag, das Image von Churchill, der bis zum Tod kämpft, ist ein Bild, das nicht geändert werden kann oder das man nicht geändert sehen möchte.*)
- 348 Walther Hofer, Neutralität im totalen Krieg, in: Mächte und Kräfte im 20. Jahrhunderts. (Zürich, 1985), S. 103



- 349 Iriye Akira, *The Cambridge History of American Foreign Relations – The Globalizing of America, 1913-1945*. Bd III (New York, 1993), S. 74, siehe EL. Carsten, *The Reichswehr and Politics*. (Oxford, 1966). Der II. Weltkrieg forderte einen noch viel höheren Zoll. Es wird geschätzt, dass im Zweiten Weltkrieg 60 Millionen Menschen den Tod gefunden haben. Siehe Rüdiger Overmans, *Die Toten des Zweiten Weltkrieges in Deutschland: Bilanz der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Wehrmacht und Vertreibungsverluste*, in: Wolfgang Michalka (hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg*. (München/Zürich, 1989), S. 858-873; Martin K. Sorge, *The Other Price of Hitler's War: German Military and Civilian Losses Resulting from World War II*. (Westport, Conn.: Greenwood, 1986); und auch Gerhard L. Weinberg, *A World At Arms. A Global History of World War II*. (New York, 1994), S. 895-896
- 350 Detlev J. Vagt, «Switzerland, International Law and World War II.», in: *The American Journal of International Law*. vol. 91 (1997), S. 465-475
- 351 Sonderarchiv Moskau, Bestand 700-1-85 Effektenhandel zwischen der Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland. Der Bestand berichtet über die Bedeutung des amerikanischen Aktienmarkts in New York, der später beschrieben wird. Siehe auch Beitrag von Lutz Graf Schwerin von Krosigk, *Wie wurde der Zweite Weltkrieg finanziert?* in: *Bilanz des Zweiten Weltkrieges*, (Oldenburg, 1953), S. 313-328
- 352 Martin Gilbert (hrsg.), *The Churchill War Papers*. Vol. II (London, 1994), S. 1193-353  
Samuel I. Rosemann (hrsg.), *Pressekonferenz in Washington DC*, 17. Dezember 1940;
- 353 *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*. (New York, 1950), S. 607
- 354 Wolfgang Schlauch, *Rüstungshilfe der USA 1939-1945*. (Koblenz, 1985), S. 32-35
- 355 Richard Roberts, *Schroders. Merchants & Bankers*. (London, 1992), S. 294
- 356 *Committee on Public Information of the United States* (hrsg.), *Die Reden Woodrow Wilsons*. (Bern, 1919), S. 9
- 357 Henry A. Kissinger, *Die sechs Säulen der Weltordnung*. (Berlin, 1992), S. 18
- 358 Foster Rhea Dulles, *Amerikas Weg zur Weltmacht 1898-1956*. (Stuttgart, 1957), S. 132.
- 359 Max Silberschmidt, *Der Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika zur Weltmacht*. (Aarau, 1941), S. 251.
- 360 J.R. von Salis, *Weltgeschichte der Neusten Zeit*. Bd. III. (Zürich, 1960), S. 70. Einige Jahre später, im Rahmen des Locarno-Vertragssystem von 1925, ging zumindest England in gewisser Weise eine Verpflichtung als Garantmacht ein, aber dabei handelte es sich nicht mehr im ursprünglich angestrebten Sinne um ein Bündnis der Angelsachsen und Frankreichs gegen Deutschland, sondern um einen kollektiven Sicherheitspakt, in welchem Deutschland als gleichberechtigter Partner teilnahm.
- 361 Reimar Hobbing (hrsg.), *Der Friedensvertrag nebst Ausführungsgesetzen*. (Berlin, 1922), S. 7
- 362 R. R. Palmer and Joel Colton, *A History of the Modern World*. (New York, 1965), S. 699
- 363 op.cit.
- 364 Am 2. Dezember 1823 von Präsident Monroe in einer Kongressbotschaft dargelegte Prinzipien der amerikanischen Aussenpolitik. Der schon von George Washington und Thomas Jefferson ausgesprochene und unter entscheidender Beteiligung des Aussenministers John Quincy Adams formulierte Grundgedanke der Monroedoktrin – strikte politische Trennung der Alten und Neuen Welt – implizierte zwei Hauptaussagen: 1. Keine weitere Kolonisation der europäischen Mächte auf dem amerikanischen Kontinent; 2. Nichteinmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Europas.
- 365 A.G. Ploetz (hrsg.), *Der Grosse Ploetz: Konferenzen und Verträge, Teil II.*, Bd. IV. (Würzburg, 1958), S. 66

- 366 Erich Angermann, *Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917*. (München, 1966) S. 52-53
- 367 Julius W. Pratt, *A History of the United States Foreign Policy*. (Eaglewood Cliffs, 1972) S. 300
- 368 Max Silberschmidt, *Der Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika zur Weltmacht*. (Aarau, 1941), S. 417.
- 369 Akira Iriye, *The Cambridge History of American Foreign Relations – The Globalizing of America, 1913-1945*. Bd. III (New York, 1993), S. 79
- 370 Gerald Alders und Cees Wiebes, *Die Kunst der Tarnung*. (Frankfurt/Main, 1994), S. 43
- 371 Antony C. Sutton, *Wall Street and the Rise of Hitler.*, (Sudbury, Suffolk, 1976) S. 24
- 372 Ibid.
- 373 Akira Iriya, *The Cambridge History of American Foreign Relations – The Globalizing of America, 1913-1945.*, Bd. III (New York, 1993), S. 116-117
- 374 Alan Brinkley, *Voices of Protest*. (New York, 1982), S. 144
- 375 Charles Beard, *The Open Door at Home*. (New York, 1934)
- 376 William L. Langer und S. Everett Gleason, *The Challenge to Isolation 1937-1940*. (London, 1952), S. 14
- 377 Erich Angermann, *Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917*. (München, 1966), S. 208.
- 378 Ibid., S. 209-210
- 379 Max Silberschmidt, *Der Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika zur Weltmacht*. (Aarau, 1941), S. 433
- 380 Akira Iriye, *The Cambridge History of American Foreign Relations – The Globalizing of America, 1913-1945*. Bd. III. (New York, 1993), S. 155-156
- 381 Foster Rhea Dulles, *Amerikas Weg zur Weltmacht 1898-1956*. (Stuttgart, 1957), S. 180
- 382 Helmut Altrichter und Josef Becker (hrsg.), *Kriegsausbruch 1939 Beteiligte, Betroffene, Neutrale*. (München, 1989), S. 233.
- 383 William L. Langer and S. Everett Gleason, *The Challenge to Isolation 1937-1940*. (London, 1952), S. 16
- 384 Robert Dallek, *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932-1945*. (New York, 1979), S. 148
- 385 Ibid.
- 386 Klaus Laas, «Von der Neutralität zur Parteinahme» in: *Das Parlament*, Nr. 1/3 Januar 1981, S. 12
- 387 Hughes Brogan, *Longman History of the United States*. (London, 1985), 573
- 388 Samuel Eliot Morrison and Henry Steele Commager, *The Growth of the American Republic*. (New York, 1962), S. 538
- 389 Julius W. Pratt, *A History of the United States Foreign Policy*. (New Jersey, 1972), S. 371
- 390 Ibid., S. 761
- 391 Ibid.
- 392 Winston S. Churchill, *The Second World War.*, vol. II., ed., Chartwell, (Boston, 1983), S. 24-25
- 393 J.R. Salis, *Weltgeschichte der Neusten Zeit*. Bd. III. (Zürich, 1960), S. 646
- 394 Ibid., S. 644
- 395 Antony Sutton, *Wall Street and the Rise of Hitler*. (London, 1976), S. 31
- 396 Ibid., 34
- 397 Ibid., S. 43
- 398 Charles Higham, *Trading with the Enemy: Nazi-American Money Plot 1933-1949*. (New York, 1983), S. 131.

- 399 op. cit., S. 31
- 400 Gottfried Plumpe, Die I.G. Farbenindustrie AG – Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945. (Berlin, 1988) S. 393
- 401 Antony Sutton, Wall Street and the Rise of Hitler, (London, 1976), S. 22
- 402 Ibid., S. 73
- 403 Bradford Snell, «Ford and GM Scrutinized for Alleged Nazi Collaboration» in: Washington Post, November 30, 1998., s. A01.
- 404 Ibid.
- 405 Ibid.
- 406 Ibid.
- 407 In Hearings before a Subcommittee of the Senate Committee on Military Affairs on the Elimination of German Resources for War, 79<sup>th</sup> Congress 2<sup>nd</sup> Session (1946), pt. 10 especially at 1305-1306. Siehe auch, Hearings before a Subcommittee of the Senate Committee on the Industrial Reorganization Act, 93<sup>rd</sup> Congress 2<sup>nd</sup> Session (1974), Part 4A p. A-22
- 408 Ibid.
- 409 R. N. Stromberg, «American Business and the Approach of War, 1935-1941» in: Journal of Economic History, Winter, 1953, S. 57-98.
- 410 Volker R. Berghahn, The Americanisation of West German Industry 1945-1973. (New York, 1986), S. 31.
- 411 O.M.G.U.S. Ermittlungen gegen I.G. Farbenindustrie AG – September 1945. Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg. (Nördlingen, 1986), S. 447. Foreign currency receipts from former export trade and other sources. Erklärung des I.G.-Direktors Franz Anton Gierlichs über die Aussenhandelsentwicklung der I.G. Farben (21.8. 1945) im I.G. Farben Report Bernsteins vor dem Kilgore-Unterausschuss Dezember 1945
- 412 Ibid., 23
- 413 Richard J. Overy, The Four Year Plan., in: Arbeitskreis der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e. V. Arbeitskreis «Unternehmen im Nationalsozialismus» Nr. 1 (Frankfurt/Main, 1999), S. 3-4
- 414 Ibid., S. 4
- 415 E. Gritzbach (hrsg.), Herman Göring: Reden und Aufsätze (München, 1938), S. 258
- 416 op. cit.
- 417 Rolf Vogel, Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden. (München/Zürich, 1977) Siehe Rolf Vogel, Waren gegen Menschen, in: Hitlers Endlösung. Das Dritte Reich., Verlag für geschichtliche Dokumentation GmbH & Co. (Hamburg, 1977), S. 41
- 418 Ibid., S. 6
- 419 Joseph Borkin, The Crime and Punishment of I.G. Farben. (New York, 1978), 66-75; Arthur Schweitzer, Big Business and the Third Reich. (Bloomington, 1964), S. 540-543
- 420 op. cit., S. 8
- 421 L. M. Stallbaumer «Big Business and the Persecution of the Jews: The Flick Concern and the ‚Aryanization‘ of Jewish Property Before the War» in Holocaust and Genocide Studies, Vol. 13, Issue 1, (Oxford, 1999), S. 1-27
- 422 Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, (hrsg.), Bd 5/1: Organisation und Mobilisierung des Deutschen Machtbereichs, Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und Personelle Ressourcen, 1939-1941. (Stuttgart, 1988), S. 212. Die Ziele der Wirtschaftsressorts unterschieden sich nicht sonderlich von den Gedankengängen, die im Auswärtigen Amt Botschafter Karl Ritter und Gesandter Carl Clodius Ende

- Mai/Anfang Juni formuliert hatten. Siehe Akten zur Deutschen Politik 1918-1945 (ADAP), Series D, Bd. IX, Nr. 354, S. 390 und Nr. 367. S. 407
- 423 Sonderarchiv Moskau, Bestand Nr. 700-1-85 Effektenhandel zwischen der Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland. S. 9
- 424 op. cit., (ADAP), Nr. 399 S. 433 – Aufzeichnung des Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt vom 7.6.1940. Zuständigkeit für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen der besetzten Gebiete.
- 425 Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, (hrsg.), Bd. 5/1: Organisation und Mobilisierung des Deutschen Machtbereichs, Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und Personelle Ressourcen, 1939-1941. (Stuttgart, 1988), S. 213
- 426 Karl Heinz Roth, «Neuordnung’ und wirtschaftliche Nachkriegsplanungen», in: Dietrich Eichholtz Krieg und Wirtschaft. Bd 9 (Berlin, 1999), S. 202. Vgl auch Bundesarchiv R 2/230, 13696; R 7/592; R 43 11/311; Deutsche Reichsbank, Nr. 6528.
- 427 Vgl. Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (hrsg.), Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg – Zwischenbericht. (Bern, 25 Mai 1998); Werner Rings, Raubgold aus Deutschland. Die «Golddrehzscheibe» Schweiz im Zweiten Weltkrieg. (Zürich und München, 1985), S. 8-45; Ian Sayer und Douglas Botting, Nazi Gold. The Story of the World’s Greatest Robbery – and 1st Aftermath. (New York, 1984); Arthur L. Smith Jr., Hitler’s Gold. The Story of the Nazi Loot. (Oxford and Providence, 1989)
- 428 op. cit., Vgl. Kolonialpolitisches Amt der NSDAP, Amt Wirtschaft, Kolonialwirtschaftliche Denkschrift 1940, Bibliothek des Auswärtigen Amts, Berlin
- 429 Sonderarchiv Moskau, Bestand Nr. 700-1-85 Effektenhandel zwischen der Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland, S. 9 Hans Radandt hat 1974 bei der Darstellung «Hermann J. Abs – Bankier im Geheimauftrag Görings» in Jahrbuch für Zeitgeschichte., Bd. IV Kopien von Quellen aus dem Zentralen Staatsarchiv in Potsdam, Hist. Abt. I. Bestand Deutsche Bank, Nr. 700-1-29 Deutsche Reichsbank Reichsbanksonderaktionen betr. Devisen Geschäfte für Vierjahresplan von Januar 1940 bis Januar 1945 verwendet. Die Originale dieser Quellen befinden sich in Moskau mit der Bestand Nr. 700-1-85. Die Tätigkeit von Hermann Abs bildet einen Aspekt dieser Dokumente. Der Schwerpunkt dieser Quellen besteht aber in dem bisher unbeachtet und unbearbeitet gebliebenen Nachweis der vielfältigen Struktur der Globalfinanzierung, die es ermöglichte, dass der Krieg unter Benutzung von Aktienmärkten und Finanzhäusern neutraler Länder allen Akteuren, Russland, Deutschland, England und USA, einen hohen Nutzen erbracht hat. Es wäre noch zu untersuchen, ob und inwieweit Japan und Russland an den Finanzierungsmöglichkeiten auf den Weltmärkten beteiligt waren.
- 430 O.M.G.U.S. Ermittlungen gegen I.G. Farbenindustrie AG – September 1945. Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg. (Nördlingen, 1986), S. 23
- 431 Ibid. Es ist nicht bekannt, ob fixe Pauschalbeträge zugewiesen wurden, über die Görings Geschäftsgruppe «Devisen des Vierjahresplanes» ohne Einzelkontrolle durch die Devisenbewirtschaftungsstelle verfügen konnte.
- 432 Ibid. Es wird behauptet, dass der Devisenfonds zu einer Schieberzentrale wurde, aus der sich die Nazi-Hierarchie die Taschen füllte.
- 433 op. cit, S. 286
- 434 Ibid., S. 6 Darunter fielen nicht Dawes-Young-Anleihen, Mixed Claims, Österreichische Bundesanleihen, private Hypotheken, Grundbesitz und Beteiligungen.

- 435 Gerard Aalders und Cees Wiebes. Die Kunst der Tarnung. (Frankfurt/Main, 1994), S. 153
- 436 Siedersleben bediente sich bei der Unterzeichnung der Korrespondenz der Geschäftsleitung seines Konzerns des Namens des bereits am 22. Januar 1940 verstorbenen Otto Wolff.
- 437 Sonderarchiv Moskau, Effektenhandel zwischen Fa. Otto Wolf und der Schweiz und mit weiterem Ausland. Bestand 700-1-85 S. 12.
- 438 Ibid., 21
- 439 Ibid., S. 21-22
- 440 Ibid., S. 284
- 441 Gerard Aalders und Cees Wiebes, Die Kunst der Tarnung., (Frankfurt, 1994), S. 160
- 442 Ibid., S. 4
- 443 Walter W. Ostrow, Memorandum on the subject: Falsified Affidavits of Ownership of Foreign Securities March 4, 1947, Office of Alien Property RG 131, National Archives, Declassified NOD 968103 on April 16, 1996
- 444 Ibid., S. 2
- 445 Ibid., S. 3
- 446 L. Schulthess, Zur Geschäftsethik und Verantwortlichkeit der Banken. (Erlenbach-Zürich/Leipzig, 1932), S. 86-87. 1921 verlangten die Schweizerische Gesellschaft für Metallwerte und der Schweizerische Bankverein für Aktien der American Metal Company von den USA die Herausgabe von 7 Millionen Dollar, weil diese Aktien unmittelbar vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg von der American Metal Company an die Schweizerische Gesellschaft für Metallwerte mündlich abgetreten worden seien, und somit zur Zeit der Beschlagnahme nicht mehr feindliches, sondern neutrales Eigentum gewesen seien. Diese schweizerische Forderung wurde mit Zustimmung der Frankfurter Gesellschaften, die mit 49% an der American Metal Company beteiligt waren, erhoben.
- 447 op. cit., Sonderarchiv Moskau, Effektenhandel zwischen Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland. Bestand 700-1-85 S. 153. Vgl. Charles Higham, Trading with the Enemy: Nazi-American Money Plot 1933-1949. New York, 1983)
- 448 Sonderarchiv Moskau, Effektenhandel zwischen Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland. Bestand 700-1-85 S. 153.
- 449 Sonderarchiv Moskau, Effektenhandel zwischen Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland. Bestand 700-1-85, S. 305
- 450 Ibid., S. 172
- 451 Hans Radandt, «Hermann J. Abs – Bankier im Geheimauftrag Görings» in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte., Bd. IV (Berlin, 1974), S. 32. Siehe auch R.J. Overy, Görings Multi-national Empire', in: International Business and Central Europe, 1918-1939. AliceTeichova and P. L. Contrell, (hrsgs.), (New York, 1983), S. 269-298. Eine weitere Darstellung von Görings Reichswerke.
- 452 Lothar Gall, «A Man for all Seasons? Hermann Josef Abs im Dritten Reich», in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Nr. 2/1998 Jahrgang 43., (München, 1998), S. 149
- 453 Hermann J. Abs, Entscheidungen 1949-1955: Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens, (Mainz 1991), S. 35
- 454 op. cit., S. 149
- 455 Sonderarchiv Moskau, Effektenhandel zwischen Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland., Bestand 700-1-85, S. 189 und 296
- 456 op. cit., S. 151
- 457 Ibid.
- 458 op. cit., S. 111 und 175

- 459 Ibid., S. 49
- 460 Ibid., S. 58 und 65. Siehe auch Lothar Gall, *A Man For All Seasons?* in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte*. Nr. S/1998 43 Jahrgang, (München, 1998), S. 150.
- 461 Ibid.
- 462 Ibid., S. 109
- 463 Sonderarchiv Moskau, Effektenhandel zwischen Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland., Bestand 700-1-85, S. 194
- 464 Ibid., S. 286 und 198
- 465 Ibid., S. 182–182a
- 466 Ibid.
- 467 Ibid., S. 400
- 468 Ibid., S. 286
- 469 Ibid., S. 318 Am 23. Oktober 1940 informierte Oberregierungsrat Kadgien, ein Beauftragter des Vierjahresplans, den Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk über die Entschuldungsaktion und teilte mit, dass die Aktion auch vom Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten Funk gebilligt wurde. Kadgien erklärte, Göring benötige Geld ohne andere staatliche Kontrollen, und schlug vor, falls von Krosigk den Kauf der zweiten Kreuger-Anleihe unterstütze, könne der Disagio-Gewinn zwischen dem Reichsfinanzminister und Görings Behörden aufgeteilt werden. Der Vorschlag, obwohl gesetzeswidrig, fand «die Zustimmung des Reichsfinanzministers» (Ibid., S. 255) und wurde dann an den Sachbearbeiter Ministerialdirektor Bayrhammer zur Überprüfung weitergegeben. Als der Krieg gegen England nicht wie erwartet ein rasches Ende fand, teilte dieser dann am 26. November 1940 in einem Schreiben an Kadgien mit, dass man «unter diesen Umständen das Geschäft nicht weiter verfolgen wolle.» (Ibid., S. 318)
- 470 Ibid., S. 63 und 181
- 471 Ibid. S. 181
- 472 Gerard Aalders und Cees Wiebes, *Die Kunst der Tarnung.*, (Frankfurt/Main, 1994), S. 43
- 473 Richard Roberts, *Schrodgers – Merchants and Bankers*. (London, 1992), S. 292–293.
- 474 Hans Radandt, «Hermann J. Abs Bankier im Geheimauftrag Görings» in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Bd. IV (Berlin, 1974), S. 30. Nach Kriegsende wurde er 1948 Vorstand des Unilever Konzerns, Aufsichtsrat verschiedener Konzerne wie Daimler-Benz und 1957 Präsident der Deutschen Bundesbank der Bundesrepublik Deutschland und deutscher Gouverneur des Internationalen Währungsfonds (BIZ). Siehe zur Person Karl Blessing Mfs PA 2359 Bd. I und II bei Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. in Berlin
- 475 Sonderarchiv Moskau, Effektenhandel zwischen Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland., Bestand 700-1-85, S. 181
- 476 Ibid., S. 205
- 477 Ibid., S. 192
- 478 Ibid., S. 111 und 175
- 479 Ibid., S. 298 Verkauf wurde Anleihe mit 28 % Ankaufspreis zu \$ 1 061 377.44 – Nom Wert rund \$ 3,5 Mil.
- 480 Ibid., S. 381
- 481 Charles Higham, *Trading with the Enemy: Nazi-American Money Plot 1933–1949*. New York, 1983), S. 20–31
- 482 op. cit., S. 24
- 483 Ibid.
- 484 Ibid., S. 36a

- 485 Ibid., S. 92
- 486 Ibid., S. 110
- 487 Ibid., S. 240
- 488 Ulf Olsson, Stockholms Enskilda Bank and the Bosch Group, 1939-1950. (Stockholm, 1950), S. 19
- 489 O.M.G.U.S. Ermittlungen gegen I.G. Farbenindustrie AG – September 1945. Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg. (Nördlingen, 1986) S. 72-73
- 490 Sonderarchiv Moskau, Bestand 700-1-85, Effektenhandel zwischen Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland. S. 233
- 491 Ibid., S. 235
- 492 Ibid., S. 386
- 493 Ibid., S. 121 – Inlandsanleihen waren vom Kauf ausgeschlossen.
- 494 Ibid., S. 240
- 495 Ibid., S. 425
- 496 Ibid., S. 444-445
- 497 Ibid., S. 442
- 498 Ibid., S. 415
- 499 Stefan Martins, Hermann Göring: «Erster Paladin des Führers» und «Zweiter Mann im Reich» (Paderborn, 1985). S. 234
- 500 Andreas Hillgruber., Unternehmen ‚Barbarossa‘ in: Andreas Hillgrunder (hrsg.), Probleme des Zweiten Weltkrieges. (Köln, 1967), S. 105
- 501 Jürgen Förster, Hitlers Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. (Stuttgart, 1983), S. 25-26 und siehe auch Michael Salewski., Die deutsche Seekriegsleitung 1935-1941. Bd. I (Frankfurt/Main, 1970), S. 280
- 502 Stefan Martins, Hermann Göring: «Erster Paladin des Führers» und Zweiter Mann im Reich». (Paderborn, 1985) S. 234-235
- 503 Sonderarchiv Moskau, Bestand 700-1-85, Effektenhandel zwischen Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland, S. 400
- 504 In der Berechnung der deutschen Reichsmark zum heutigen DM-Wert schreibt Dr. Arz von der Deutschen Bundesbank in Frankfurt mit Datum 23. Februar 2000 betr. «Ihre Anfrage zur Währungsumrechnung.» «Wie problematisch derartige Kaufkraftvergleiche sind, können Sie daraus ersehen, dass man bei Verwendung unterschiedlicher Preisindizes zu ganz verschiedenen Ergebnissen kommen kann. Wenn man zum Beispiel statt des Preisindex für die Lebenshaltung den (ebenfalls vom Statistischen Bundesamt berechneten) Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden zugrunde legt, was in manchen Fällen sinnvoll sein kann, dann erhält man als heutiges Kaufkraftäquivalent für eine Reichsmark aus dem Jahr 1940 nicht 6 D-Mark, sondern knapp 15 D-Mark.»
- 505 Gerald Aalders und Cees Wiebes, Die Kunst der Tarnung., (Frankfurt/Main, 1994) S. 158
- 506 Lothar Gall, «A Man for All Seasons?» in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Nr. 8/1998 43 Jahrgang, (München, 1998), S. 150
- 507 Mit der zunehmenden Macht der Vereinigten Staaten wuchs auch das Ausmass der Geschäfte. Grosse Firmen und Finanzinstitute entstanden, geführt von Männern wie Andrew Carnegie, einen schottischen Immigranten, der mehr Stahl produzierte als ganz England zusammen. Im Jahr 1901 verkaufte er seine Firma an einen noch grösseren Koloss namens States Steel Corporation, dessen Gründung auf den früheren Financier J. P. Morgan zurückging. Es war die Besorgnis über die geballte Konzentration von Finanzkraft und Macht dieser Mega-Vereinigungen, welche schon 1890 in den USA zu der Einführung

- der ‚Sherman Act‘ führte, die aber erst in den 1930er Jahren und nach dem II. Weltkrieg wirklich substantielle Bedeutung erlangte.
- 508 Verena Schröter, *Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933*. (Frankfurt/Main, 1984), S. 297. Lediglich Exporte der Kartellfirmen in die Vereinigten Staaten und Ausfuhren der dortigen Tochterfirmen aus den USA wurden auf die jeweiligen Marktquoten angerechnet, nicht aber die Produktion der Tochterunternehmen für den amerikanischen Binnenmarkt. Diese Regelung hatte für die deutsche und die schweizerische IG, die beide umfangreiche amerikanische Produktionsinteressen besaßen, grosse Bedeutung.
- 509 *Ibid.*, S. 298 Vgl. Arthur Schnellenburger, *Die Geschichte des I.G.-Farben-Konzerns. Bedeutung und Rolle eines Grossunternehmens*. (Köln, 1998), S. 40. Im Jahr 1927 wird eine Aufteilung der Märkte zwischen Frankreichs CMC und I.G. Farben vereinbart, wonach I.G. Farben sich aus dem französischen Markt heraushielt und die französische Gruppe Kuhlmann (bekannt als CMC in Paris) ihr dafür den restlichen europäischen Markt überliess. 1928 verständigten sich beide mit der Schweizer Gesellschaft für chemische Industrie AG (Geigy, Sandoz, Ciba) und bildeten ein europäisches Dreierkartell.
- 510 *Ibid.*, S. 301
- 511 *Ibid.*,
- 512 *Ibid.*, S. 299 Es sollte auch nach diesem Zeitpunkt nur alle 10 Jahre – bei einer Kündigungsfrist von 5 Jahren – kündbar sein.
- 513 *Ibid.*, S. 356
- 514 *Ibid.*, S. 299 – Vgl. S. 298 Bei dem deutsch-französischen Vertragsentwurf im Januar 1929 sah die Kartellverflechtung der Parteien vor, nicht nur marktregulierende Vereinbarungen zu gestalten, sondern auch eine technische Zusammenarbeit, die über ein Produktionskartell hinausging – im Gegensatz zu der Kartellvereinbarung mit Imperial Chemical Industries im Jahr 1932. Bei diesem Entwurf war vorgesehen, dass die finanzielle Verflechtung (sollte) dem Zwecke der Pfandsicherung für die absolut Vertragstreue Durchführung des Abkommens dienen. Deshalb planten die Vertragsparteien die Gründung einer gemeinsamen schweizerischen Holdinggesellschaft mit einem Kapital von insgesamt 90-105 Mio. SFR (siehe S. 355.), das im Verhältnis der jeweiligen Kartellquoten aufgebracht und gehalten werden sollte. Die Holdinggesellschaft sollte Minderheitsbeteiligungen sowohl in der I.G. als auch in den wichtigsten französischen Firmen erwerben. Diese Massnahme zielte auf ein teilweises Pooling der Gewinne und insgesamt auf eine langfristige Stabilisierung der Kartellbeziehungen, wurde aber schliesslich auf Betreiben der französischen Seite – so die Aussage des I.G.-Direktors Kugler – nicht durchgeführt.
- 515 Verena Schröter, *Deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929-1933*. (Frankfurt/Main, 1984), S. 295-313
- 516 United States Congress. Senate Hearings before a Subcommittee on Military Affairs. «Economic and Political Aspects of International Cartels» Report Pursuant to 107, Part 78<sup>th</sup> Congress 2<sup>nd</sup> Session (Washington, 1944), S. 1-77
- 517 FO 371/38585 From Commercial Secretariat Washington to North American Department, Foreign Office. 4<sup>th</sup> August 1944
- 518 W. J. Reader., *Imperial Chemical Industries A History*, vol. II. (London, 1975), S. 441
- 519 Commerce Clearing House, Inc. (hrsg), *Trade Regulations Report*. (Washington, 1951), Case 62923, S. 64830
- 520 *op.cit.*
- 521 *op. cit.*, S. 64 827
- 522 New York Times, «Borax Companies Indicted as Trust: World Cartel with Nazi Links is Alleged, with Tight Control of Vital War Chemicals.» September 15, 1944



- 523 op. cit., case 57410 S. 57 953
- 524 Ibid.
- 525 Ibid., S. 57954
- 526 Ibid., (New York, 1949), Par. 62474, S. 63408
- 527 Ibid.
- 528 «Der Bundesrat zu Eizenstats Vorwürfen», in: Basler Zeitung vom 23. Mai 1997, S. 12
- 529 United States Congress. Senate Hearings before a Subcommittee of the Committee on Military Affairs. «Elimination of German Resources for War.» Report pursuant to S. Res. 107 und 146, July 2, 1945, Part, 78<sup>th</sup> and 79<sup>th</sup> Congress, (Washington, 1945), S. 945
- 530 Joseph Borkin, *The Crime and Punishment of I.G. Farben.* (New York, 1978), S. 135-156; Josiah E. Du Bois, Jr., *The Devils Chemists.* (Boston, 1952)
- 531 Vgl. Walter Vogel, «Deutschland, Europa und die Umgestaltung der Amerikanischen Sicherheitspolitik 1945-1949» in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.* Heft 1 (Stuttgart, 1971), S. 64-82

## Anhang

## Quellenverzeichnis

### Nicht veröffentlichte Quellen

#### Archiv für Zeitgeschichte, Zürich

Aktenbestände von Heinrich Hornberger:

- Blockade und Gegenblockade 1939-1941 Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich und Grossbritannien; Berichte der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaft Departements (EVD) an den Bundesrat November 1939 bis Januar 1940
- Protokolle der Sitzungen des Vororts des schweizerischen Handels- und Industrievereins 1939-1947
- Sitzung vom 6. Januar 1940. Wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland

#### Bank of England Archives, London

- OV 4/99 Bank for International Settlements – Gold
- OV 28/42 Austria Gold
- OV 34/81 Reichsbank Directorium
  - /133 Germany Standstill Negotiations
  - /135 Germany Foreign Debt Standstill Agreement
  - /137 Germany Standstill Negotiations
  - /138 Germany – Foreign Debt Standstill Negotiations
  - /139 Germany Standstill Negotiations
  - /147 Committee Appointed by London Conference August, 1931
  - /190 Germany Moratorium
- C 142/4 Bullion Section 1936-1943

#### Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

- BIS, HA File 2/1 Federal Bank of New York 1940-1948
- BIS, HA File 2/2 Bank of England 1930-1944
- BIS, HA File 2/3 Bank of France 1039-1943
- BIS, HA File 2/4 Reichsbank 1943-1958
- BIS, HA File 2/2g 1939
- BIS, HA File 1/19d 1940
- BIS, HA File 2/20d 1942
- BIS, HA File 2/4a
  - 1. June 1942-31. March 1943
  - 1. April 1943-1. March 1944
  - 1. April 1944-31. December 1944
  - 1. January 1945 until End of 1946

BIS, HA File 2/4c, 1. April 1941-31. March 1944  
1. April 1944-18. April 1945  
BIS, HA File 2/4, 1. April 1940-31. March 1946  
BIS, HA File 6/32 Granting of Credit of \$ 100'000'000 to Reichsbank  
Bank for International Settlements, 14<sup>th</sup> Annual Report 1st April 1943-31<sup>st</sup> March 1944  
(Basle, End of 1944)  
Bank for International Settlements, 15<sup>th</sup> Annual Report 1<sup>st</sup> April 1944-31<sup>st</sup> March 1945  
(Basle, Autumn 1945)

### **Bibliothek des Auswärtigen Amts, Berlin**

Kolonialpolitisches Amt der NSDAP, Amt Wirtschaft, Kolonialwirtschaftliche Denkschrift  
1940.

### **Bundesarchiv, Berlin**

R 2/230, 13696  
R 7/592  
R 43 11/311 Deutsche Reichsbank, Nr. 6528

### **Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin**

MfsPA2359 Bd.I  
Mfs PA 2359 Bd. II

### **Czech National Bank Archives**

NB-P XVII-332/2 in carton 430a, «Vykaz zlata nerazeného» (Gold Bullion Statement) a  
NB-P XVII-332 in carton 425, «Výpis z rozboru bilance Narodni banky pro Cechy a Mo-  
ravu k 31. 12. 1940» (Extract from the Statement Analysis of the National Bank for Bohe-  
mia and Moravia as of 31 December 1940)  
NB-P XVII in carton 425, «Stav hospodárství a možnosti úhrady» (The State of the Econ-  
omy and Settlement Options)

### **Deutsche Bundesbank, Frankfurt/Main**

Bücher, Mappen und Papiere von der Edelmetallabteilung der Deutschen Reichsbank,  
Berlin. (Mikrofilmkopien von den United States National Archives)  
Annex zum Manuskript von Herbert Herzogs Werk «Das Im Kriege Nach Deutschland Ver-  
brachte Münzgold Italiens.» (*Wurde errichtet mit Unterlagen der Deutschen Reichsbank*),  
(Wien, 1957)  
Korrespondenz S 30-2/Ha von Dr. Arz vom 23. Februar 2000 «Ihre Anfrage zur Währungs-  
umrechnung.»

## **Public Record Office, London**

PRO: BT 64/53  
PRO: BT 64/397 Economic and Political Aspects of International Cartels  
PRO: FO 371/23174  
    FO 371/24532  
    FO 371/22935  
    FO 371 /38585  
    FO 371/26543  
    FO 1039/773  
PRO: CO 847/17  
Akten zur Sudetenkrise 1938  
PRO: FO 371/22339  
    FO 371/21714  
    FO 371/21770  
    FO 371/22903  
    CAB 27/646

## **Schweizerisches Bundesarchiv, Bern**

Rapports politiques 1936-1939 (diplomatische Berichte der schweizerischen Vertretungen in Berlin, Paris, London, Rom, Prag, Wien, Brüssel)  
Dossier Anschluss Österreichs an Deutschland E-2001 (D) 1/97  
Erklärung des Bundesrates vom 21. März 1938, Dossier principal du DPF, E-2001 (D) 3/300  
Sammlung der Anträge der Departemente E-1001  
Notes du Vice-Chancelier Leimgruber E-1002 1/5  
Privatnachlass Motta J. 1.1/Schachtel 29  
Tagebuch von Markus Feldmann 1915-1958  
E 1004-1 Bundesratsprotokoll (BP)  
    6., 24., und 30. Oktober 1939  
    14. und 28. November 1939  
    II. und 27. Dezember 1939  
    9. Januar 1940  
    24. und 27. Februar 1940  
    1. und 23. April 1940  
    1. und 21. Mai 1940  
E-7160-07 (-) 1968/54 Bd. 1056  
7110 EVD 1973/134 Bd. 4 Handelsabteilung: Blockade Frankreich  
    Bd. 10 Handelsabteilung: XXXVI Commission Mixte:  
        Sitzungen 1939-1945  
    Bd. 11 Handelsabteilung: Überwachung  
    Bd. 12 Handelsabteilung: Überwachung  
    Bd. 13 Handelsabteilung: Überwachung  
    Bd. 14 Handelsabteilung: Überwachung

Bd. 15 Handelsabteilung: Überwachung  
Bd. 16 Handelsabteilung: Überwachung  
7110EVD 1973/135 Bd. 17  
1976/125 Bd. 28  
7800/1 (Box) 20, 22, und 152  
1967/32 Grossbritannien 821  
Frankreich 821.0

### **Sonderarchiv Moskau**

700-1-85 Effektenhandel zwischen der Fa. Otto Wolff und der Schweiz und mit weiterem Ausland

700-1-17 Bardevisenbilanz der Reichsbank / Vierjahresplan 1939-1944

700-1-29 Deutsche Reichsbank – Reichsbanksonderaktionen betr. Devisengeschäfte für Vierjahresplan von Januar 1940-Januar 1945

### **United States National Archives Collection**

Record Group: RG 60 Antitrust Division and Economic Warfare Section  
RG 84 Department of State: American Legation Bern: Economic  
Section: Safehaven Name Files, 1942-1949  
RG 131 Office of Alien Property  
RG 259 Board of War Communications

### **University of Oxford, Rhodes House**

C. Roden Buxton Papers – MSS. Brit. Emp. S. 405 Box 3 / 4 S. 35-50

### **University of Southern California (USC) Cinema – Television Library**

Charles Higham Collection «Trading with the Enemy» Boxes 1-4

### **Warwick University – Modern Records Centre**

Archives of the Federation of British Industries –

MSS 200/F/3/51/21/19 Joint Declaration by the FBI and the RI on the results of the Dusseldorf Convention 16 March 1939'

FBI/S/Walker/14 ,Locock to Walken – Anglo-German Industrial Conversations

MSS/F/3/E1/15/9B ,Anglo-German Industrial Conversations)

### **Wirtschaftsarchiv, Basel**

Compte-Rendu der Fa. Durand & Huguenin S.A. Bâle, 1940

## Veröffentlichte Quellen

- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP) Series C: 1933-1937, (Göttingen, 1971-1981), Series D: 1937-1945, (Baden-Baden, 1950-1961; Frankfurt/Main, 1962-1963; Bonn, 1965; Göttingen 1969-1970)
- Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. I September 1945-Dezember 1946 (München/Wien, 1976)
- Bonjour, Edgar., Geschichte der schweizerischen Neutralität. Dokumente 1939-1945. Bd. VIII (Basel, 1975)
- Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1938
- Commerce Clearing House, Inc., (hrsg.), Trade Regulations Report (Washington, DC, 1944-1952)
- Diario 1937-1943, a cura die Renzo de Felice, Ciano Galeazzo (hrsg.), (Milano, 1990)
- Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848-1945, Bd. 11 (1934-1936) und Bd. 12 (1937-1938), préparé sous las direction d'Oscar Gauye par Gabriel Imboden et David Bourgeois. (Bern, 1994)
- Documenti Diplomatici Italiani, ottava serie, 1935-1939, Libreria dello stato, (Roma, 1952)
- Documents on British Foreign Policy 1919-1939. E. L. Woodward und R. Butler (hrsg.), (London, 1947-1961)
- Documents Diplomatiques Français, série II, 1932-1939, (Paris, 1961 ff.)
- Dokumente und Materialien Aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Das Archiv Dirksens (1938-1939), Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (hrsg.), Bd. II., (Moskau, 1948)
- Dokumente des Nationalsozialismus 1933-1945. Kommentiert von Walther Hofer (hrsg.), neueste Auflage (Frankfurt/Main, 1999)
- Geschichte der schweizerischen Neutralität. Edgar Bonjour (hrsg.), Dokumente 1939-1945, Bd. VIII (Basel, 1975)
- Hessisches Statistisches Landesamt (hrsg.), Hessen im Wandel der Letzten Hundert Jahre 1860-1960. (Wiesbaden, 1960), S. 542-547
- League of Nations Treaty Series, (hrsg.), (Genf, 1941-1943) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank (hrsg.), «Das Ausmass der Geldentwertung seit 1950 und die weitere Entwicklung des Geldwertes.» 20. Jahrgang, Nr. 3 März 1968, S. 3-19
- The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt., Samuel I. Rosemann (hrsg.), Bd. 1940 (New York, 1950)
- Die Reden Woodrow Wilsons., (hrsg.) Committee on Public Information of the United States (Bern, 1919),
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972. (Stuttgart/Mainz, 1972)
- United Kingdom Parliament, (hrsg.), Parliamentary Debates (Hansard) House of Commons, (London, 1939-1945)

U.S. and Allied Efforts to Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II. Preliminary Study., von William Z. Slany, Historiker und koordiniert durch Stuart E. Eizenstat, Under Secretary of Commerce for International Trade, Special Envoy of the Department of State on Property Restitution in Central and Eastern Europe. (Washington, DC, May, 1997) Referred to as ‚Eizenstat-Bericht‘.

United States Congress Senate Hearings before a Subcommittee on Military Affairs. «Economic and Political Aspects of International Cartels» Report Pursuant to 107, Part 78<sup>th</sup> Congress 2<sup>nd</sup> Session (Washington, 1944) and «Elimination of German Resources for War» Report Pursuant to S. Res. 146, July 2, 1945, Part, 79<sup>th</sup> Congress. (Washington, 1945)

United States Department of State, (hrg.), «Bulletin» Bde. 11-16 (1942-1947)

United States Department of State, (hrg.), Foreign Relations of the United States Diplomatic Papers 1938-1945 (FRUS), (Washington, DC, 1955 und 1956)

United States Department of State, (hrg.), Documents on German Foreign Policy 1918-1945, Series D, Bde. I-XII (Washington, DC, 1954)

Zensurakten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Christoph Graf (hrg.), (Bern, 1979)



## Literatur

- Aalders, Gerald und Cees Wiebes. Die Kunst der Tarnung. (Frankfurt/Main, 1994)
- Abs, Hermann J., Entscheidungen 1949-1955: Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens (Mainz, 1991)
- Adams, R. J. Q., British Politics and Foreign Policy in the Age of Appeasement, 1935-1939. (Stanford, 1993)
- Adamthwaite, Anthony, Grossbritannien und das Herannahen des Krieges, in: 1939 an der Schwelle zum Weltkrieg, Klaus Hildebrand, Jürgen Schmädke und Klaus Zernack (hrsg.), (Berlin, 1990)
- Adamthwaite, Anthony, France and the Coming of the Second World War 1936-1939. (London, 1977)
- Adler-Rudel, S., «The Evian Conference on the Refugee Question», in Leo Baeck Institute, (hrsg.), Year Book. Bd. XIII. (London, Jerusalem/New York, 1968)
- Akira, Iriye, The Cambridge History of American Foreign Relations – The Globalizing of America, 1913-1945. Bd. III (New York, 1993)
- Allen, G. C., The Structure of Industry in Britain: A Study in Economic Change. (London, 1968)
- Allen, G. C., British Industry and Economic Policy. (London, 1979)
- Altermatt, Urs (hrsg.), Die Schweizer Bundesräte. Ein biographisches Lexikon. (Zürich/München, 1991)
- Altermatt, Urs, Das Fanal von Sarajewo. Ethnonationalismus in Europa. (Zürich, 1996)
- Altrichter, Helmut und Josef Becker (hrsg.), Kriegsausbruch 1939 Beteiligte, Betroffene, Neutrale. (München, 1989)
- Altrichter, Helmut, Unauflösbare Widersprüche. Die sowjetische Politik und der Kriegsausbruch, in: Kriegsausbruch 1939 Beteiligte, Betroffene, Neutrale. (München, 1989), S. 59-83
- Angermann, Erich, Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917. (München, 1966)
- Ansel, W, Hitler Confronts England. (Durham, 1960)
- Arendt, Hannah, Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen. (München, 1964)
- Attenhofer, Elsie, Cornichon. Erinnerungen an ein Cabaret. (Bern, 1979)
- Auer, Felix, Jean Ziegler ou l'histoire falsifiée. (Stäfa, 1997)
- Badia, G., Ein komischer Krieg? Der Krieg im Westen 1939/1940, in: Hitlers Krieg. Zu Kontroversen um Ursachen und Charakter des Zweiten Weltkriegs, (hrsg.), von U. Hörster-Philipps und R. Kühn. (Köln, 1989)
- Ball-Kaduri, Kurt Jakob, Olympiade gerettet, in: Hitlers Endlösung. Das Dritte Reich., Verlag für geschichtliche Dokumentation GmbH & Co. (Hamburg, 1977), S. 44
- Balzli, Beat, Treuhänder des Reichs: Die Schweiz und die Vermögen der Naziopfer: Eine Spurensuche (Zürich, 1997)
- Barger, Harold und Sam H. Schur, The Mining Industries 1899-1939: A Study of Output, Employment and Productivity, (New York, 1944)
- Bariéty, Jacques, La France et le problème de l'Anschluss, in: Deutschland und Frankreich 1936-1939. Deutsches Historisches Institut Paris – Beihefte der Francia, Bd. 10 (München, 1981), S. 553-574

- Barnett, Corelli, *The Collapse of British Power*. (New York, 1972)
- Bauer, Yehuda, *Jews for Sale? Nazi-Jewish Negotiations, 1933-1945* (New York, 1994)
- Bauer, Yehuda, *American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee, 1939-1945*. (Detroit, 1981)
- Bauer, Yehuda, *A History of the Holocaust*. (New York/London/Sidney/Toronto, 1982)
- Baumgart, Winfried, *Vom europäischen Konzert zum Völkerbund*. (Darmstadt, 1974)
- Beard, Charles, *The Open Door at Home*. (New York, 1934)
- Beck, Ulrich, *Was ist Globalisierung?* (Frankfurt/Main, 1997)
- Beiträge zur Geschichte der Chemischen Industrie, *Dokumente aus Höchst-Archiven* Nr. 48-50, (Frankfurt am Main, 1978)
- Beit-Zwi, S. B., *Post-Ugandan Zionism in the Crisis of the Holocaust: A Study of the Factors that Caused the Mistakes Made by the Zionist Movement during the Holocaust*. 2 Bde. (Tel-Aviv, 1991)
- Bell, P.M.H., *The Origins of the Second World War in Europe*. (London, 1997)
- Bell, P.M.H., *A Certain Eventuality. Britain and the Fall of France*. (London, 1971)
- Ben-Arie, Katriel, *Czechoslovakia at the time of Munich: The Military Situation*, in: *Journal of Contemporary History*, Bd. 25 1990, S. 431-446
- Ben-Elissar, Eliahu, *La Diplomatie du Ilie Reich et les Juifs, 1933-1939*. (Paris, 1969)
- Bennett, E. W., *Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931*. (Harvard, 1962)
- Benz, Wolfgang (hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*. (München, 1989)
- Berghahn, Volker, *The Americanisation of West German Industry, 1945-1973*. (Cambridge/NewYork, 1986)
- Berghahn, Volker, *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*. (Frankfurt am Main, 1985)
- Berghahn, Volker, *Westdeutsche Unternehmer, Weltmarkt und Wirtschaftsordnung. Zur Bedeutung des Kartellgesetzes*, in: *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*, (hrsg.), Lothar Albertin und Werner Link (Düsseldorf, 1981), S. 301-324
- Bindschedler, R. (hrsg.), *Schwedische und schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg*. (Basel/Frankfurt am Main, 1985)
- Birkenhead, Earl of, *Halifax: The Life of Lord Halifax*. (London, 1965)
- Black, Edwin, *IBM and the Holocaust*. (New York, 2001)
- Blake, Robert und Wm. Roger Louis (hrsg.), *Churchill*. (London/New York, 1993)
- Bloch, Charles, *Die dritte französische Republik*. (Stuttgart, 1972)
- Bloch, Marc, *L'étrange défaite. Témoignage écrit en 1940*. (Paris, 1940) *Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940*. (Frankfurt, 1995)
- Blum, John M. (hrsg.), *From the Morgenthau Diaries*. Bde. I-III (Cambridge, 1959-1967)
- Blumenhagen, Karl Heinz, *Die deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen 1939-1941*. in: *Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europas*. Bd. 2 (Hamburg, 1998)
- Bölcke, W.A., *Die deutsche Wirtschaft 1930-1945*. (Düsseldorf, 1983)
- Bohlen, Charles, *Witness to History 1929-1969*. (New York, 1973)
- Bond, Brian, *British Military Policy Between the Two World Wars*. (Oxford, 1980)
- Bonjour, Edgar, *Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik*, Bde. II-VI (Basel, 1967-1970), Bde. VII-IX (Basel, 1974-1976)
- Booth, Alan, «Britain in the 1930's: A Managed Economy? A Reply to Peden and Middleton», in: *Economic History Review*, 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XLII, Nr. 4 (London, 1989), S. 548-556
- Borkin, Joseph, *The Crime and Punishment of I.G. Farben*. (New York, 1978)

- Borkin, Joseph, Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich. (Frankfurt/Main, 1981)
- Born, K. E., «Die deutsche Bankenkrise, 1931», in: Finanzen und Politik (München, 1967)
- Bourgeois, Daniel, Business Helvétique et Troisième Reich, (Lausanne, 1998)
- Bourgeois, Daniel, Le troisième Reich et la Suisse 1933-1941. (Neuchatel, 1974)
- Bower, Tom, Blood Money. The Swiss, The Nazis and the Looted Billions. (London, 1997)
- Bower, Tom, Blind Eye to Murder. Britain, America and the Purging of Nazi Germany – A Pledge Betrayed. (London, 1981)
- Boyle, A., Montagu Norman. A Biography. (London, 1967)
- Bracher, Karl-Dietrich, The German Dictatorship. (London, 1973)
- Bracher, Karl-Dietrich, Zusammenbruch des Versailler Systems und Zweiter Weltkrieg, in: Propyläen Weltgeschichte. Golo Mann (hrsg.), Bd. IX (Gütersloh, 1980)
- Braubach, Max, Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936. (Köln, 1956)
- Braunschweig, Pierre, Geheimer Draht nach Berlin. (Zürich, 1989)
- Brinkley, Alan, Voices of Protest. (New York, 1982)
- Brogan, Hughes, Longman History of the United States. (London, 1985)
- Brook-Shepherd, Gordon, Britain and the Anschluss, in: Österreich, Deutschland und die Mächte. (Wien, 1990), S. 277 ff
- Broszat, M., K. Schwabe in Verbindung mit L. Herbst, (hrsgs.), Der Zweite Weltkrieg: Ein Krieg der alten Eliten, der Nationalsozialisten oder Hitlers Krieg? in: Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg. (München, 1989)
- Brown, Lewis, Report on Germany. (New York, 1947)
- Bryans, John Lonsdale, Blind Victory. (London/New York, 1951)
- Bucher, E., «Die Schweiz im Sommer 1940», in Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Nr. 29 (Zürich, 1979)
- Bütler, Hugo, et al., Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz: Reden und Analysen. NZZ Verlag (Zürich, 1997)
- Büttner, Michael, Der Interhandel Fall unter Besonderer Berücksichtigung seiner Kriegs- und Neutralitätsrechtlichen Aspekte. (Würzburg, 1972)
- Buffotot, Patrice, Le Réarmement aérien allemand et l'approche de la guerre vus par le Ile Bureau Air Français, in: Deutschland und Frankreich 1936-1939. Beihefte der Francia, Bd. 10 (München, 1981), 249-289
- Bussmann, Walter, Zur Entstehung und Überlieferung der Hossbach – Niederschrift in: Wandel und Kontinuität in Politik und Geschichte. (Boppard am Rhein, 1973)
- Bullard, Julian, «Muss es sein? Es muss sein?» Grossbritannien und der Kriegsausbruch, in: Kriegsausbruch 1939: Beteiligte, Betroffene, Neutrale, (hrsg.), Helmut Alrichter und Josef Becker (München, 1989), S. 84-103
- Bullock, Alan, Hitler. Eine Studie über Tyrannei. (Frankfurt, 1964)
- Busset, Thomas, Andrea Rosenbusch und Christian Simon (hrsgs.), Chemie in der Schweiz. (Basel, 1997)
- Cadogan, Alexander, The Diaries of Sir Alexander Cadogan. (London, 1971)
- Cain, P.J. and A. G. Hopkins, «Gentlemanly Capitalism and British Expansion Overseas II: New Imperialism, 1850-1945», in History Review, Bd. XL, Nr. 1 (London, 1987), S. 1-26
- Cain, P.J., «Gentlemanly Imperialism at Work: the Bank of England, Canada, and the Sterling Area, 1932-1936», in: Economic History Review, Bd. XLIV, Nr. 2 (London, 1996), S. 336-357

- Cain, P. J. and A. G. Hopkins, *British Imperialism: Crisis and Deconstruction 1688-1914 und 1914-1990*. Bde. I und II (London/New York, 1993)
- Caputi, Robert J., *Neville Chamberlain and Appeasement*. (Selinsgrove/London, 2000)
- Carley, Michael Jabara, *1939: the Alliance that Never Was and the Coming of World War II*. (Chicago, 1999)
- Carlgrén, W. M., *Swedish Foreign Policy during the Second World War*. (London, 1987)
- Caron, Vicki, «Prelude to Vichy: France and the Jewish Refugees in the Era of Appeasement», in *Journal of Contemporary History*. Nr. 20 (1985)
- Carsten, F. L., *The Reichswehr and Politics*. (Oxford, 1966)
- Cattani, Alfred, *Hitlers Schatten über Europa: Brennpunkte der Zeitgeschichte 1933-1945*. (Zürich, 1995)
- Chadwick, Owen, *Britain and the Vatican during the Second World War*. (Cambridge/London/New York, Sydney, 1986)
- Chamberlain, Neville, *The Struggle for Peace*. (London, 1939)
- Chandler, Alfred D., Jr., *Franco Amatori und Takashi Hikino., Big Business and the Wealth of Nations*. (Cambridge, 1997)
- Charmley, John, *Chamberlain and the Lost Peace*. (London, 1989)
- Charmley, John, *Churchill. The End of Glory*. (London/Sidney, 1993)
- Christienne, Charles, *L'armée de l'air française de mars 1936 à septembre 1939*, in: *Deutschland und Frankreich 1936-1939*. Beihefte der Francia, Bd. 10 (München, 1981), S. 215-248
- Churchill, Rudolph S. (hrsg.), *Churchill Reden 1938-1940*. (New York, 1941)
- Churchill, Winston S., *Great Contemporaries*. (London/Glasgow, 1937)
- Churchill, Winston S., *Der zweite Weltkrieg*. Bd. 1,1 *Von Krieg zu Krieg 1919-1939* (Bern, 1959)
- Churchill, Winston S., *The Second World War*. vol. II, Chartwell (hrsg) (Boston, 1983)
- Clement, Piet, *The Bank for International Settlements During the Second World War in: Nazi Gold – The London Conference 2<sup>nd</sup>-4<sup>th</sup> December 1997*. (London, 1998), S. 43-60
- Clement, Piet, *The Bank for International Settlements and the 1931 Reichsbank Credit. Financial Crisis and European Politics*, in: *European Banking Overseas 19<sup>th</sup>-20<sup>th</sup> Century*. ABN-AMRO Bank (Amsterdam, 1999)
- Coghlan, E., «Armaments, Economic Policy and Appeasement, Background to British Foreign Policy, 1931-1937», in *History*, Nr. 57 (Oxford, 1972)
- Coleman, Kim, *IG Farben Aktiengesellschaft und Imperial Chemical Industries Limited: Strategies for Growth and Survival, 1925-1953*, Ph. D thesis, (University of London, foreseeable late 2000)
- Colvin, Ian, *The Chamberlain Cabinet*. (New York, 1971)
- Colvin, Ian, *Vansittart in Office*. (London, 1965)
- Committee on Public Information of the United States of America (hrsg.), *Die Reden Woodrow Wilsons*. (Bern, 1919)
- Compton, J. V., *Hitler und die USA. Die Amerikapolitik des Dritten Reiches und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges*. (Hamburg, 1968)
- Cottrell, P. L., Hakan Lindgren und Alice Teichova (hrsg.), *European Industry and Banking Between the Wars. A Review of Bank-Industry Relations*. (Leicester/London/ New York, 1992)
- Coulondre, Robert, *Von Moskau nach Berlin 1936-1939*. (Bonn, 1950)
- Cowling, H., *The Impact of Hitler: British Politics and British Policy 1933-1940*. (Cambridge, 1975)

- Craig, Gordon, «Roosevelt and Hitler: The Problem of Perception», in: Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, (hrsgs.), K. Hildebrand und R. Pommerin. (Köln/Wien, 1985)
- Craig, Gordon, in: 100 Jahre Hitler, Spiegel-Spezial. (Hamburg, 1989)
- Czempiel, Ernst-Otto and Dankwart A. Rüstow., The Euro-American System. (Frankfurt, 1976)
- Czichon, Eberhard, Die Bank und die Macht. Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik. (Köln, 1995)
- Dallek, Robert, Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932-1945. (New York, 1979)
- Davenport-Hines, R. P. T., Markets and Bagmen. Studies in the History of Marketing and British Industrial Performance 1830-1939. (Hants/Vermont, 1986)
- De Felice, Renzo, Mussolini il Duce. (Torino, 1981)
- Deist, Wilhelm u.a., Ursachen und Voraussetzungen des zweiten Weltkrieges. Fischer Taschenbuchverlag (Frankfurt/Main, 1989)
- Deist, Wilhelm, Heeresrüstung und Aggression, in: Deutschland und Frankreich 1936-1939. Beihefte der Francia, Bd. 10 (München, 1981)
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Militärgeschichtliches Forschungsamt (hrsg.), Bde. 1-6 (Stuttgart, 1979-1988)
- Di Nolfo, Ennio, Der zweideutige italienische Revisionismus, in: An der Schwelle zum Weltkrieg. (Berlin, 1990)
- Divine, Robert A., Second Chance: The Triumph of Internationalism on America During World War II. (New York, 1971)
- Domarus, M., Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945. Bd. II (Wiesbaden, 1973)
- Dorn, Walter, «The Debate over American occupation Policy in Germany in 1944-1945», in: Political Science Quarterly, Nr. 72 December, 1957, S. 481-501
- Du Bois, Josiah E., Jr., Generals in Grey Suits. (London, 1953)
- Du Bois, Josiah E., Jr., The Devils Chemists. (Boston, 1952)
- Du Reau, Elisabeth, Frankreich vor dem Krieg, in: 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. (Berlin, 1990), S. 173-195
- Du Reau, Elisabeth, Edouard Daladier et la sécurité de la France 1937-1939. (Lille, 1980)
- Dulles, Foster Rhea, Amerikas Weg zur Weltmacht 1898-1956. (Stuttgart, 1957)
- Duroselle, Jean-Baptiste, La Décadence 1932-1939. (Paris, 1979)
- Dürrer, Marco, Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg. (Bern, 1984)
- Dutailly, Henri, Programmes d'armement et structures modernes dans l'armée de terre 1935-1939, in: Deutschland und Frankreich 1936-1939. Beihefte der Francia, Bd. 10 (München, 1981), S. 105-128
- Duttwyler, Herbert E., «Der Seekrieg und die Wirtschaftspolitik des neutralen Staates», in: Zürcher Studien zum Internationalen Recht. (Zürich, 1945), S. 1-243
- Eichengreen, Barry, «The Origins and Nature of the Great Slump Revisited», in: Economic History Review, Bd. XLV, Nr. 2 (London, 1992), S. 213-239
- Eichholtz, Dietrich (hrsg.), Krieg und Wirtschaft, Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945. (Berlin, 1999)
- Einzig, Paul, Appeasement Before, During and After the War. (1942)
- Einzig, Paul, World Finance 1939-1940. (London, 1940)
- Einzig, Paul, Economic Warfare 1939-1940. (London, 1941)
- Ellis, H. S., Exchange Control in Central Europe. (Cambridge, 1941)
- Erdmann, Karl-Dietrich, Die Ökumene der Historiker. (Göttingen, 1987)

- Esh, Shaul, «Between Discrimination and Extermination», in: Yad Washem Studies. Bd. II (Jerusalem, 1958)
- Eubank, Keith, Munich. (Norman, 1963)
- Feiling, Keith, The Life of Neville Chamberlain. (London, 1946)
- Feingold, Henry L., Bearing Witness: How America and its Jews Responded to the Holocaust. (New York, 1995)
- Feinstein, Charles, National Income Expenditure and Output of the United Kingdom 1855-1965. (Cambridge, 1972)
- Feis, Herbert, Churchill Roosevelt Stalin: The War They Waged and the Peace They Sought. (London, 1957)
- Fest, J., «Hitlers Krieg», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1990, S. 359-393
- Fforde, John, The Bank of England and Public Policy 1941-1958. (Cambridge, 1992)
- Fink, J., Die Schweiz aus der Sicht des Dritten Reiches 1933-1945. (Zürich, 1985)
- Finkelstein, Norman G., Holocaust Industry: Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering. (London/New York, 2000)
- Fleming, Keith., The Life of Neville Chamberlain. (London, 1946)
- Forbes, Neil., «London Banks, the German Standstill Agreements, ,Economic Appeasement) in the 1930s», in: Economic History review, 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XL, Nr. (London, 1987), S. 571-587
- Forstmeier, Friedrich und Hans-Erich Volkmann (hrsg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. (Düsseldorf, 1975)
- Fox, A. B., The Power of Small States. (Chicago, 1959)
- François-Poncet, André, Als Botschafter im Dritten Reich. Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin September 1931 bis Oktober 1938. (Mainz/Berlin, 1980)
- Friedländer, Saul, Das Dritte Reich und die Juden: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. Bd. I (München, 1998)
- Friedländer, Saul, Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939-1941. (Stuttgart, 1965)
- Frieser, Karl-Heinz, Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940. (München, 1996) Fuchser, Larry, Neville Chamberlain and Appeasement: A Study in the Politics of History. (New York/London, 1982)
- Funke, M. (hrsg.), Hitler und die Mächte. (Düsseldorf, 1976)
- Gall, Lothar, «A Man for All Season's?» in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Nr. 8/1998 43 Jahrgang, (München, 1998)
- Gallagher, John, The Decline, Revival and Fall of the British Empire. (Oxford, 1982)
- Galli, Folco, Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges im Spiegel der schweizerischen diplomatischen Akten. Lizentiatsarbeit unveröffentlicht, (Bern, 1980)
- Gannon, Franklin R., The British Press and Germany 1936-1939. (Oxford, 1971)
- Garside, W R., «Management and Men; Aspects of British Industrial Relations in the Inter-War Period», in: Essays in British History, (hrsg.), Barry Supple (Oxford, 1977)
- Gilbert, Felix and David Clay Large, The End of the European Era 1890 to the Present. (New York/London, 1991)
- Gilbert, Martin, The Roots of Appeasement. (London, 1967)
- Gilbert, Martin, The Churchill War Papers. Bde. I und II (London, 1994)
- Gilbert, Martin, Winston S. Churchill. Bd. VI: Finest Hour. 1939-1941. (London, 1983)
- Gilbert, Martin und Richard Gott, The Appeasers. (Boston, 1963)
- Gimbel, John, Science, Technology, and Reparations: Exploitation and Plunder in Postwar Germany. (Stanford, 1990)
- Gimbel, John, The Origins of the Marshall Plan. (Stanford, 1976)
- Gimbel, John, The American Occupation of Germany. Politics and Military, 1945-1949. (Stanford, 1968)

- Giordano, R., Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg. (Hamburg, 1989)
- Gordon, David L. and Dangerfield, The Hidden Weapon. The Story of Economic Warfare. (New York/London, 1947)
- Gritzbach, E. (hrsg.), Hermann Göring: Reden und Aufsätze. (München, 1938)
- Groscurth, Helmut, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940. (Stuttgart, 1970)
- Gruchmann, L., Nationalsozialistische Grossraumordnung. Die Konstruktion einer deutschen Monroe-Doktrin. (Stuttgart, 1962)
- Hadorn, Regula, Pressefreiheit und Aussenpolitik in der Zwischenkriegszeit. Unpublizierte Lizentiatsarbeit (Bern, 1987)
- Hannah, Leslie. The Rise of the Corporate Economy. (London/New York, 1983)
- Harrison, Richard A., «A Presidential Démarche: Franklin D. Roosevelts Personal Diplomacy and Great Britain, 1936-1937», in: The Journal of Diplomatic History. Bd. 5, Nr. 3 (Delaware, 1981), S. 245-272
- Harrocks, Sally M., «Enthusiasm Constrained? British Industrial R&D and the Transition from War to Peace, 1942-51», in: Business History, Bd. 41, Nr. 3 (London, 1999), S. 42-63
- Hathaway, Robert M., Ambiguous Partnership; Britain and America, 1944-1947. (New York, 1981)
- Hauner, Milan, «Czechoslovakia as a Military Factor in British Considerations of 1938», in: Journal of Strategic Studies 2, 1978
- Haupt, W., «Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg» in: Wehrwissenschaftliche Rundschau. Nr. 11 (Zürich, 1961)
- Hayes, Peter, Industry and Ideology. IG Farben in the Nazi Era. (London, 1987)
- Heim, Suzanne, «Deutschland muss ihnen ein Land ohne Zukunft sein: Die Zwangsemigration der Juden 1933 bis 1938», in: Arbeitsmigration und Flucht: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik. Bd. 11 (Berlin, 1993)
- Henderson, Nevile, Failure of a Mission. (London, 1939), deutsche Ausgabe Basel, 1939
- Herbst, Ludolf, «Der Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industrie-Konzerne in der Zwischenkriegszeit», in: Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg. (hrsg.), Martin Broszat und Klaus Schwabe (München, 1989)
- Herzfeld, Hans, «Zur Problematik der Appeasement-Politik», in: Festschrift für Hans Rothfels. (Göttingen, 1963)
- Hexner, E., International Cartels. (Durham, North Carolina, 1945)
- Higham, Charles, Trading with the Enemy. The Nazi-American Money Plot 1933-1949. (New York, 1983)
- Higham, Charles, American Swastika. The Shocking Story of Nazi Collaborators in Our Midst from 1933 to the Present Day. (New York, 1985)
- Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden. Bde. 1-3 (Frankfurt, 1999)
- Hilberg, Raul, Täter, Opfer, Zuschauer: Die Vernichtung der Juden 1933-1945. (Frankfurt/Main, 1992)
- Hildebrand, Klaus, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945. (München, 1969)
- Hildebrand, Klaus, The Foreign Policy of the Third Reich. (London, 1973)
- Hildebrand, Klaus, «Weltpolitik 1931-1941. Internationales System und auswärtige Mächte», in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Nr. 28 (1977)
- Hildebrand, Klaus, Das vergangene Reich. Deutsche Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler. (Stuttgart, 1995)
- Hildebrand, Klaus, «Die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs und das internationale System», in: Historische Zeitschrift, Nr. 251 (1990)

- Hildebrand, Klaus und Karl Ferdinand Werner (hrsgs.), Deutschland und Frankreich 1936-1939. Beihefte der Francia, Bd. 10 (München, 1981)
- Hildebrand, Klaus, Jürgen Schmädcke und Klaus Zemack. (hrsg.), 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. (Berlin, 1990)
- Hillgruber, Andreas (hrsg.), Probleme des Zweiten Weltkrieges. (Köln, 1967)
- Hillgruber, Andreas, Hitlers Strategie: Politik und Kriegsführung 1940-1941 (Düsseldorf, 1965)
- Hillgruber, Andreas, «England in Hitlers aussenpolitischer Konzeption», in: Historische Zeitschrift, Nr. 218 (1974)
- Hillgruber, Andreas, Der Zweite Weltkrieg. (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 1989)
- Hitler, Adolf, Mein Kampf. (München, 1934)
- Hobbing, Reimer (hrsg.), Der Friedensvertrag nebst Ausführungsgesetzen. (Berlin, 1922)
- Höhn, R., Reich, Grossraum, Grossmacht. (Darmstadt, 1942)
- Hörster-Philipps, U. und R. Kühnl, (hrsgs.), Hitlers Krieg? Zur Kontroverse um Ursachen und Charakter des Zweiten Weltkriegs. (Köln, 1989)
- Hofer, Walther, Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. (Konstanz, 1962)
- Hofer, Walther, Mächte und Kräfte im 20. Jahrhundert. (Düsseldorf, 1985)
- Hofer, Walther, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. (Düsseldorf, 1984)
- Hofer, Walther (hrsg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. (Frankfurt/Main, 1999)
- Hofer, Walther, Die Schweiz, das Deutsche Reich und der Völkerbund, in: Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. (Köln/Wien, 1985), S. 111-132
- Hofer, Walther, Neutralität im totalen Krieg, in: Mächte und Kräfte im 20. Jahrhundert. (Zürich, 1985), S. 98 ff.
- Hofer, Walther, Neutraler Kleinstaat im europäischen Konfliktfeld, in: Kriegsausbruch 1939 Beteiligte, Betroffene, Neutrale. (München, 1989), S. 205-228
- Hofer, Walther, Wer hat wann den Zweiten Weltkrieg verlängert? in: Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz. NZZ-Verlag (Zürich, 1997), S. 111 ff.
- Holland, R. E., «The Federation of British Industries and the International Economy.» in: The Economic History Review 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XXXIV Nr. 2 (1981), S. 287-300
- Hornberger, H., Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg. (Erlenbach-Zürich, 1970)
- Horn, Norbert und Jürgen Kocka (hrsgs.), Law and the Formation of the Big Enterprises in the 19<sup>th</sup> and Early 20<sup>th</sup> Centuries, in: Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 40 (Göttingen, 1979)
- Horrocks, Sally M., «Enthusiasm Constrained? British Industrial R&D and the Transition from War to Peace, 1942-1951», in: Business History, Bd. 41, Nr. 3 (London, 1999), S. 42-63
- Hubatsch, Walter, Hitlers Weisungen für die Kriegsführung. (München, 1965)
- Hüttenberger, Peter, «Zur Kartellgesetzgebung der Bundesrepublik 1949-1957. in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 1976, S. 287-307
- Hyde, H., Neville Chamberlain. (London, 1976)
- Ingham, Geoffrey, Capitalism Divided? The City and Industry in British Social Development. (London, 1984)
- Inglin, Oswald, Der Stille Krieg., (Zürich, 1991)
- Jacobsen, Hans-Adolf und Arthur L. Smith, Jr., World War II Policy and Strategy: Selected Documents with Commentary. (Santa Barbara/Oxford, 1979)
- Jäckel, Eberhard, German Policy in 1941., in: Beginnings of the Soviet-German and the U.S.-Japanese Wars and 50 Years After – Sophia Symposium 1991 (Sophia, 1993)



- Jäckel, Eberhard, Der Weg Japans in den zweiten Weltkrieg, in: Kriegsausbruch 1939 Beteiligte, Betroffene, Neutrale. (München, 1989), S. 247-261
- Jaggi, A., Bedrohte Schweiz. Unser Land in der Zeit Mussolinis, Hitlers und des Zweiten Weltkrieges. (Bern, 1978)
- James, Harold, The Reichsbank und Public Finance in Germany, 1924-1933. (Cambridge, 1982)
- James, Robert Rhodes (hrsg.), Winston S. Churchill. His Complete Speeches 1897-1963. vol. VI 1935-1942 (New York/London 1974)
- Jones, Maldwyn Allen., American Immigration. (Chicago/London, 1960)
- Jost, Hans-Ulrich., Die Schweiz 1938-1948. (Zürich, 1998)
- Junker, Beat und Rudolf Maurer., Kampf und Verantwortung. Bernische BGB 1918-1968 (Bern, 1968)
- Katz, Shlomo Z., «Public Opinion in Western Europe and the Evian Conference of July 1938.» in: Yad Vashem Studies Nr. 9 (Jerusalem, 1973)
- Keitel, Wilhelm, Mein Leben. (Berlin, 1998)
- Kershaw, Ian, Hitler. Bde. I und II (Stuttgart, 1998 und 2000)
- Kieser, Rolf, Englands Appeasementpolitik und der Aufstieg des Dritten Reiches im Spiegel der britischen Presse 1933-1939, (Winterthur, 1964)
- Kimball, Warren E, Swords or Plowshares? The Morgenthau Plan for Defeated Nazi Germany, 1943-1946. (Philadelphia, 1976)
- Kimball, Warren E, The Most Unsordid Act. Lend-Lease, 1939-1941. (Baltimore, 1969)
- Kimball, Warren F. und Bruce Bartlett, «Roosevelt and Prewar Commitments to Churchill: The Tyler Kent Affair», in: The Journal of Diplomatic History. Bd. 5, Nr. 4 (Delaware, 1981), S. 291-311
- Kindelberger, C. P, The World in Depression, 1929-1939. (1973)
- Kirchheisen, Peter, Die Deutschlandspolitik der Westmächte während des komischen Krieges. (Halle, 1965)
- Kissinger, Henry A., Die sechs Säulen der Weltordnung. (Berlin, 1992)
- Kitchen, M., «Winston Churchill and the Soviet Union during the Second World War», in: Historical Journal, Nr. 30 (1987)
- Knipping, Franz, «Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938». in: Deutschland und Frankreich 1936-1939. Beihefte der Francia, Bd. 10 (München, 1981)
- Knightley, Phillip, The Second Oldest Profession. Spies and Spying in the Twentieth Century. (New York/London, 1986)
- Knopp, Guido, and Harald Schott., Die Saat des Krieges. Hitlers Angriff auf Europa. (Bergisch Gladbach, 1989)
- Koistinen, Paul A. C., The Military-Industrial Complex: A Historical Perspective, (New York, 1980)
- Kolko, Gabriel, Main Currents in Modern American History. (New York, 1984)
- Kolko, Gabriel, «American Business and Germany, 1930-1941» in: The Western Political Quarterly. Vol. XV, No. 4 December, 1962
- Kordt, Erich, Nicht aus den Akten ..., (Stuttgart, 1950)
- Koss, Stephen, The Rise and Fall of the Political Press in Britain. (London, 1984)
- Kreikamp, Hans-Dieter, «Die Entflechtung der I.G. Farbenindustrie A. G. und die Gründung der Nachfolgesellschaften.» in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte. 1977, S. 220-251
- Kreikamp, Hans-Dieter, Deutsches Vermögen in den Vereinigten Staaten. Die Auseinandersetzung um seine Rückführung als Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1952-1962. (Stuttgart, 1979)

- Krejci, Jan, Nekolik poznamek k historii navrácení ceskoslovenského ménového zlata (Comments on the History of Czechoslovak Gold Reserves Recovery), Právník, Bd. CXXXV (Prague, 1996)
- Krockow (Graf von), Christian, Churchill – Eine Biographie des 20. Jahrhunderts. (Hamburg, 1999)
- von Krosigk, Lutz Graf Schwerin, Wie wurde der Zweite Weltkrieg finanziert?, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges. (Oldenburg, 1953)
- Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich. (München, 1986)
- Kubu, Eduard, Czech Republic: Czechoslovak Gold Reserves and their Surrender to Nazi Germany, in: Nazi Gold – The London Conference 2<sup>nd</sup>-4<sup>th</sup> December 1997. (London, 1998)
- Kuperminc, Victor, La Conference d'Evian, (<http://www.sefarad.org/publication/lm>)
- Kurz, Hans Rudolf, Die militärische Lage der Schweiz 1938/1939. Unveröffentlichtes Manuskript. (Bern, 1988)
- Lamb, Richard. The Drift to War, 1922-1939. (London, 1989)
- Lamb, Richard. Churchill As War Leader – Right or Wrong? (London, 1991)
- Langer, William L. and S. Everett Gleason, The Challenge to Isolation 1937-1940. (London, 1952)
- Langer, William L. and S. Everett Gleason, The Undeclared War. (New York/London, 1953)
- Le Goyet, Pierre, Le mystère Gamelin. (Paris, 1975)
- Leith, C. K., J.W Furness und Cleona Lewis., World Minerals and World Peace. (Washington, D.C., 1943)
- Lill, Rudolf, Geschichte Italiens in der Neuzeit. (Darmstadt, 1986)
- Lill, Rudolf und Heinrich Oberreuter., 20. Juli – Porträts des Widerstandes. (Düsseldorf/Wien 1984)
- Lindner, Stephan H., «Das Reichskommissariat für die Behandlung feindlichen Vermögens im Zweiten Weltkrieg», in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte. H. Pohl und W. Treue (hrsg.), Beiheft 67, (Stuttgart, 1991)
- Lisagor, Nancy and Frank Lipsius, A Law unto Itself. The Untold Story of the Law Firm Sullivan & Cromwell. (New York, 1988)
- Lomax, Sir John, The Diplomatic Smuggler. (London, 1965)
- Louis, Wm. Roger und Headley Bull (hrsg.), The „Special Relationships Anglo-American Relations Since 1945. (Oxford, 1986)
- Louis, Wm. Roger, Imperialism at Bay 1941-1945. The United States and the Decolonization of the British Empire. (Oxford, 1977)
- Louis, Wm. Roger (hrsg.), Imperialism. (New York/London, 1976)
- Low, Alfred D., The Anschluss Movement 1931-1938. (New York, 1985)
- Lucas, Arthur Fletcher, Industrial Reconstruction and the Control of Competition: The British Experiments. (London/New York/Toronto, 1937)
- Luchsinger, Fred, Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges. (Zürich, 1955)
- Lukacs, John, The Last European War. September 1939/December 1941. (London, 1976)
- Lukes, Igor, «Did Stalin Desire War in 1938? A New Look at Soviet Behavior during the May and September Crisis» in: Democracy and Statecraft. Vol. 2 Nr. 1 (London, 1991)
- Lukes, Igor, «Benesch, Stalin und die Komintern», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1993, S. 325-353
- MacDonald, C. A., The United States, Britain and Appeasement, 1936-1939. (Oxford, 1981)

- MacDonald, C.A., «Economic Appeasement and the German ‚Moderates‘ 1937-1939. An Introductory Essay», in: *Past & Present* Nr. 56 (Oxford, 1972), S. 105-135
- Mann, Golo, *Deutsche Geschichte des 19. Und 20. Jahrhunderts.* (Frankfurt, 1958)
- Martens, Stefan, Hermann Göring – «Erster Paladin des Führers» und «Zweiter Mann im Reich». (Paderborn, 1985)
- Martig, Peter, *Die Berichte der schweizerischen Diplomaten zur NS-Machtergreifung 1933/34.* (Bern, 1978)
- Martin, Bernd, «Friedens-Planungen der multinationalen Grossindustrie (1932-1940) als politische Krisenstrategie», in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2 Jahrgang 1976
- Martin, Bernd, *Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939-1942.* (Düsseldorf, 1976)
- Martin, Bernd, *Deutschland und die neutralen Staaten Europas im Zweiten Weltkrieg in: Les états neutres Europeéens et la seconde guerre mondiale,* (hrsg.), Louis Edouard Roulet. (Neuchatel, 1985)
- Martin, Bernd, *Weltmacht oder Niedergang? Deutsche Grossmachtpolitik im 20. Jahrhundert.* (Darmstadt, 1989)
- Martin, James Stuart, *All Honorable Men.* (Boston, 1950)
- Maurer, Rudolf, *Markus Feldmann (1897-1958),* (Bern, 1965)
- McCloskey, Donald N., *Economic Maturity and Entrepreneurial Decline: British Iron and Steel Industry, 1870-1931.* (London, 1971)
- McDonough, Frank, *Neville Chamberlain, Appeasement and the British Road to War.* (Manchester/New York, 1998)
- McNeill, William Hardy, *America, Britain, and Russia: Their Co-operation and Conflict 1941-1946.* (New York, 1953)
- Medlicott, W. M., *The Economic Blockade. Bd. I* (London, 1952)
- Medlicott, W. M., *The Economic Blockade. Bd II* (London, 1959)
- Meier, Klaus A., *Aufbau und strategische Konzeption der Luftwaffe,* in: *Deutschland und Frankreich 1936-1939. Beihefte der Francia Bd. 10* (München, 1981) S. 292-325
- Mendelsohn, John (hrsg.), *The Holocaust: Jewish Emigration from 1933 to the Evian Conference of 1938. Bd. 5* (New York, 1982)
- Metzmacher, Helmut, «Deutsch-englische Ausgleichsverhandlungen im Sommer 1939». in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.* 1966, S. 369-412
- Meyer, F. V., *Britain, the Sterling Area and Europe.* (Cambridge, 1952)
- Meyer, A., *Anpassung oder Widerstand? Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus.* (Frauenfeld, 1965)
- Michalka, W., *Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz.* (München/Zürich, 1989)
- Middlemas, Keith, *Politics in Industrial Society.* (London, 1979)
- Middlemas, Keith, *Diplomacy of Illusion. The British Government and Germany, 1937-1939.* (London, 1972)
- Middleton, Roger, *Britain in the 1930 s: A Managed Economy? A Comment»,* in: *Economic History Review., 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XLII, Nr. 4* (London, 1989), S. 544-547
- Middleton, R., *Towards the Managed Economy. Keynes, the Treasury and the fiscal policy debate of the 1930's.* (London/New York, 1985)
- Miller, William, «The Business Elite in Business Bureaucracies», in: *Men in Business,* (hrsg.), William Miller. (Cambridge, 1952), S. 286-305
- Millett, John H., «British Interest Group Tactics: A Case Study», in: *Political Science Quarterly,* Bd. LXXII, Nr. 1 (New York, 1957), S. 71-82
- Miyake, Masaki, «Die Lage Japans beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges», in: *Sommer 1939. Die Grossmächte und der europäische Krieg.* (Stuttgart, 1979), S. 195-222
- Moeller, Felix, *Der Filmminister. Goebbels und der Film im Dritten Reich.* (Berlin, 1998)

- Mommsen, Wolfgang und Lothar Kettenacker, *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*. (London, 1983)
- Moran, Lord Charles, Churchill: *Der Kampf ums Überleben 1940-1945*. Aus den Tagebuch seines Leibarztes Lord Moran. (München/Zürich, 1967)
- Morrison, Samuel Eliot, and Henry Steele Commager, *The Growth of the American Republic* (New York, 1962)
- Müller, Guido, *Erinnerungen, Reden, Schriften*. (Bern, 1970)
- Müller, Klaus Jürgen, *Das Heer und Hitler*. (Stuttgart, 1969)
- Müller, Klaus Jürgen, *Kriegsausbruch 1939*, in: *Wie Kriege entstehen*, (hrsg.), Bernd Wegner. (Paderborn, 2000)
- Murray, Williamson, *The Change in the European Balance of Power 1938/39*. (Princeton, 1984)
- Nelson, Donald M., *Arsenal of Democracy. The Story of American War Production*. (New York, 1946)
- Neuman, S., *March 1939. The British Guarantee to Poland. A Study in the Continuity of British Foreign Policy*. (Oxford, 1976)
- Newcomer, Marbel, *The Big Business Executive. The Factors that Made Him 1900-1950*. (New York, 1955)
- Newton, Scott und Dilwyn Porter, *Modernization Frustrated: The Politics of Industrial Decline in Britain Since 1900*. (London, 1988)
- Newton, Scott, *Profits of Peace*. (Oxford, 1996)
- Newton, Scott, «Appeasement as an Industrial Strategy 1938-1941», in: *Contemporary Record* vol. 9 Nr. 1 (London, 1995)
- Newton, Scott, «The Anglo-German Connection) and the Political Economy of Appeasement.» in: *Diplomacy and Statecraft.*, vol. 2 Nr. 3 (London, 1991)
- Newton, Scott, *The Economic Background to Appeasement and the Search for Anglo-German Detente Before and During World War II*», in: *Lobster*, 20 (Great Britain, 1990)
- Nolte, Ernst, *Der Faschismus in seiner Epoche*. (München, 1979)
- Nolte, Ernst, *Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*. (Berlin/Frankfurt am Main, 1987)
- Ogley, Roderick, *The Theory and Practice of Neutrality in the Twentieth Century*. (London, 1970)
- Olsson, Ulf, *Stockholms Enskilda Bank and the Bosch Group 1939-1950*. (Stockholm, 1950)
- OMGUS: *Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie AG. – September 1945*. Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, Hamburg (Nördlingen, 1986)
- Orde, Anne, «Grossbritannien und die Selbständigkeit Österreichs 1918-1938», in: *Vierteljahrsheft für Zeitgeschichte*, 1980, S. 224-247
- Overmans, Rüdiger, *Die Toten des Zweiten Weltkrieges in Deutschland: Bilanz der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Wehrmacht und Vertreibungsverluste*, in: *Der Zweite Weltkrieg*, (hrsg.), Wolfgang Michalka S. 858-873
- Overy, Richard J., «Görings (Multi-national Empire'», in: *International Business and Central Europe, 1918-1939*. (hrsg.), Alice Teichova und P. L. Cottrell, (New York, 1983)
- Overy, Richard J., *Hermann Göring. Machtgier und Eitelkeit*. (München, 1986)
- Overy, Richard J., «Germany (Domestic Crisis', and War in 1939», in: *Past and Present*, Nr. 116 (1987), S. 138-168
- Overy, Richard J., *War and Economy in the Third Reich*. (Oxford, 1994)
- Overy, Richard J., *The Four Year Plan.*, in: *Arbeitskreis der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e. V Arbeitskreis «Unternehmen im Nationalsozialismus» Nr. 1* (Frankfurt/Main, 1999)

- Overy, Richard J., *Why the Allies Won*. (London, 1995)
- Padel, Gerd, *Dämme gegen die braune Flut. Die Schweizer Presse und der Aufstieg des Dritten Reiches 1933-1939*. (Zürich, 1998)
- Palmer, R. R. und Joel Colton, *A History of the Modern World*. (New York, 1965)
- Parker, R.A. C., *Chamberlain and Appeasement: British Policy and the Coming of the Second World War*. (London, 1993)
- Passelecq, Georges and Bernard Suchecky, *Die unterschlagene Enzyklika: Der Vatikan und die Judenverfolgung*. (München, 1997)
- Peden, George, *British Rearmament and the Treasury, 1932-1939*. (Edinburgh, 1979)
- Peden, George, «A Matter of Timing, the Economic Background to British Foreign Policy, 1937-1939», in: *History*, Nr. 69 (Oxford, Februar 1984)
- Peden, George. C., «Britain in the 1930's: A Managed Economy? A Comment», in: *Economic History Review*, 2<sup>nd</sup> Series, Bd. XLII, Nr. 4 (London, 1989), S. 538-543
- Perrey, Hans-Jürgen, *Der Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft: Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit*, (München, 1985)
- Petersen, Jens, «Die Stunde der Entscheidung. Das faschistische Italien zwischen Mittelmeerimperium und neutralistischem Niedergang», in: *Kriegsausbruch 1939 Beteiligte, Betroffene, Neutrale*. (München, 1989), S. 131-152
- Petzina, Dietmar, Werner Adelshäuser und Anselm Faust, «Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945», in: *Soziales Arbeitsbuch*. Bd. III (München, 1978)
- Pfaff, Ivan, «Die Modalitäten der Verteidigung der Tschechoslowakei 1938 ohne Verbündete», in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen*. Nr. 57 (Potsdam, 1988), S. 23-77
- Pfaff, Ivan, «Stalins Strategie der Sowjetisierung Mitteleuropas 1935-1938», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1990, S. 543-587
- Pfiffner, Leo (hrsg.), *Die Festung Sargans im Wandel der Zeit*. (Mels, 1994)
- Philby, Kim, *My Silent War*. (London, 1966)
- Ploetz, A. G. (hrsg.), *Der Grosse Ploetz: Konferenzen und Verträge. Teil II., Bd. IV* (Würzburg, 1958)
- Ploetz, A. G. (hrsg.), *Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945*. (Würzburg, 1960)
- Plumpe, Gottfried, *Die I.G. Farbenindustrie AG – Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945*. (Berlin, 1988)
- Plumpe, Gottfried, «The Political Framework of Structural Modernisation: The I.G. Farbenindustrie AG, 1904-1945», in: *German Industry and German Industrialization. Essays in German Economic and Business History in the Nineteenth and Twentieth Centuries*, (hrsg.), W. R. Lee (London/New York, 1991), S. 220-265
- Poidevin, Raymond, und Jacques Bariéty, *Les relations franco-allemandes 1815-1975*. (Paris, 1977)
- Pollard, Sidney, *The Development of the British Economy 1914-1990*. (London, 1992)
- Pratt, Julius W., *A History of the United States Foreign Policy*. (Englewood-Cliffs, 1972)
- Prodolliet, Ernst, *Der NS-Film in der Schweiz*. (Zürich, 1999)
- Radandt, Hans, «Hermann J. Abs – Bankier im Geheimauftrag Görings» in: *Jahrbuch für Weltgeschichte*. Bd. IV (Potsdam, 1974)
- Range, Willard, *Franklin D. Roosevelts World Order*. (Atlanta, 1959)
- Read, Anthony, and David Fisher, *Colonel Z: The Life and Times of A Master of Spies* (London and New York, 1984)
- Reader, W. J., *Imperial Chemical Industries, A History*. Bd. 2 (London, 1975)
- Renouin Pierre, *Histoire des Relations Internationales. Tome 8, Les Crises du XX.e Siècle*. (Paris, 1958)
- Reynolds, David, *The Creation of the Anglo-American Alliance 1937-1941, A Study in Competitive Co-operation*. (Chapel Hill, 1981)

- Reynolds, David, Warren E Kimball and A. O. Chubarian (hrsg.), *Allies At War*. (New York, 1994)
- Richardson, H. W., «The Economic Significance of the Depression in Britain», in: *Journal of Contemporary History*, Bd. IV, Nr. 4 (1969), S. 3-19
- Rickman, Gregg J., *Swiss Banks and Jewish Souls*. (New Brunswick/London, 1999)
- Rings, Werner, *Raubgold aus Deutschland. Die «Golddrehzscheibe» Schweiz im Zweiten Weltkrieg*. (Zürich/München, 1985)
- Rings, Werner, *Schweiz im Krieg 1933-1945. Ein Bericht*. (Zürich, 1985)
- Roberts, A., *The Holy Fox. A Biography of Lord Halifax*. (London, 1991)
- Roberts, Richard., *Schroders: Merchants & Bankers*. (London, 1992)
- Rogge, H., *Die Neutralen und Deutschland*. (Berlin, 1940)
- Rönnefarth, Helmut K. G., *Die Sudetenkrise in der Internationalen Politik: Entstehung – Verlauf – Auswirkung. Teil I und II* (Wiesbaden, 1961)
- Rosenstock, Werner., «Exodus 1933-1939», in: *Leo Baeck Institute* (hrsg.), *Year Book*. Bd. I (London, 1956), S. 373-390
- Ross, Duncan M., «Commercial Banking in a Market-Oriented Financial System: Britain between the Wars», in: *Economic History Review*, Bd. XLIX, Nr. 2 (London, 1996), S. 314-335
- Ross, Steven, «French Net Assessment», in: *Calculations. Net Assessment and the coming of World War II*. (New York, 1992)
- Roth, Karl Heinz, «„Neuordnung“ und wirtschaftliche Nachkriegsplanungen», in: *Krieg und Wirtschaft: Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945*. (hrsg.), Dietrich Eichholtz, Bd. 9 (Berlin, 1999), S. 195-219
- Roulet, Louis-Edouard und Roland Blättler (hrsg.), *Les Etats neutres Européens et la seconde guerre mondiale*. (Neuchâtel, 1985)
- Ryan, Henry Butterfield, *The Vision of Anglo-America: The US-UK Alliance and the Emerging Cold War 1943-1946*. (Cambridge, 1987)
- Salewski, Michael, *Die deutsche Seekriegsleitung 1935-1941*. Bd. I (Frankfurt/Main, 1970)
- von Salis, J.R. , *Weltgeschichte der Neuesten Zeit*. Bd. III (Zürich, 1960)
- Sasuly, Richard, I.G. *Farben*, (Berlin, 1952)
- Sayer, Ian und Douglas Botting, *Nazi Gold. The Story of the World's Greatest Robbery – and Its Aftermath*. (New York, 1984)
- Sayers, R. S., *The Bank of England 1891-1944*. Bde. I, II & Appendixes. (London, 1976)
- Scharf, Claus und Hans-Jürgen Schröder (hrsg.), *Die Deutschlandpolitik Grossbritanniens und die Britische Zone 1945-1949*. (Wiesbaden, 1979)
- Schäfer, Stefan, *Hitler und die Schweiz*. (Berlin, 1998)
- Schausberger, Norbert, *Deutsche Wirtschaftsinteressen in Österreich*, in: *Österreich, Deutschland und die Mächte*. (Wien, 1990), S. 199 ff.
- Scheuner, U., «Die völkerrechtlichen Auswirkungen des modernen Wirtschaftskrieges», in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*. (1944), S. 237-273
- Schlauch, Wolfgang, *Rüstungshilfe der USA 1939-1945*. (Koblenz, 1985)
- Schlesinger, Helmut, «Zielkonflikte der Geldpolitik», in: *Hochschule St. Gallen für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften (HSG.) Aulavorträge Nr. 57* (St. Gallen, 1994)
- Schlie, Ulrich, *Kein Friede mit Deutschland. Die geheimen Gespräche im Zweiten Weltkrieg 1939-1941*. (München/Berlin, 1994)
- Schmidt, Gustav, *England in der Krise: Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik 1930-1937*. (Opladen, 1981)
- Schmidt, Paul, *Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945*. (Bonn, 1949)
- Schneiderman, Harry, *The American Jewish Year Book 5701*. Bd. 42, October 3, 1940 to September 21, 1941 (Philadelphia, 1940)

- Schröder, Hans Jürgen, Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen, in: Deutschland und Frankreich 1936-1939. Beihefte der Francia, Bd. 10 (München, 1981)
- Schröter, Verena, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929-1933 (Frankfurt/Main, 1984)
- Schuschnigg, Kurt, Im Kampf gegen Hitler. (Wien, 1969)
- Schwarz, Urs., Waffenausfuhrpolitik, in: Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik. (Bern, 1975), S. 813-824
- Schweitzer, Arthur, Big Business in the Third Reich. (Bloomington, 1964)
- Schwendemann, Heinrich, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm? (Berlin, 1993),
- Senn, Hans, Der schweizerische Generalstab. Bde. VI und VII (Basel, 1995)
- Shay, Robert Paul, Jr., British Rearmament in the Thirties. Politics and Profits. (New Jersey, 1977)
- Shepherd, Robert, A Class Divided: Appeasement and the Road to Munich, 1938. (London, 1988)
- Silberschmidt, Max, Der Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika zur Weltmacht. (Aarau, 1941)
- Slutch, Sergej, 17. September 1939: Der Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg. in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2000, S. 219-254
- Smith, Arthur L., Jr., Hitlers Gold. The Story of the Nazi War Loot. (Oxford and Providence, 1989)
- Smith, R. Harris, OSS: The Secret History of Americas First Central Intelligence Agency. (Los Angeles, 1972)
- Snell, Bradford C., American Ground Transport. (Washington, 1974)
- Snell, John L., Wartime Origins of the East-West: Dilemma Over Germany (New Orleans, 1959)
- Sorge, Martin K., The Other Price of Hitlers War. German Military and Civilian Losses Resulting from World War II. (Westport, Conn., 1986)
- Speich, Sebastian, Fred David, Shraga Elam und Anton Ladner, Die Schweiz am Pranger. (Wien/Frankfurt, 1997)
- Stallbaumer, L. M., «Big Business and the Prosecution of the Jews; The Flick Concern and the ‚Aryanization‘ of Jewish Property Before the War», in: Holocaust and Genocide Studies. Vol. 13, Issue 1 (Oxford, 1999)
- Stamm, K.W., Die guten Dienste der Schweiz. Aktive Neutralitätspolitik zwischen Tradition und Integration. (Bern, 1974)
- Stehlin, Paul, Témoignage pour l'histoire. (Paris, 1964)
- Stockes, Raymond G., Divide and Prosper. The Heirs ofl. G. Farben under Allied Authority 1945-1951. (Los Angeles/Berkeley, 1988)
- Stödter, Rolf, Handelskontrolle im Seekrieg. Preisrechtliche Betrachtungen zum Navicert-System. (Hamburg, 1940)
- Stoler, Mark A., The Politics of the Second Front. American Planning and Diplomacy in Coalition Warfare, 1941-1943. (Westport, CT/London, 1977)
- Stolper, Gustav, Die Deutsche Wirklichkeit. (Hamburg, 1949)
- Stourzh, Gerald und Brigitta Zaar (hrsg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. (Wien, 1990)
- Stromberg, R. N., «American Business and the Approach of War, 1935-1941», in: Journal of Economic History, Winter, 1953
- Stüssi-Lauterburg, Jürg (hrsg.), Entstehung und Wirken der Direktion der Militärverwaltung. (Brugg, 1989)
- Sutton, Antony C., Wall Street and the Rise of Hitler. (Salbury, Suffolk, 1976)

- Tammen, Helmuth, Die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft (1925-1933): ein Chemie-konzern in der Weimarer Republik. (Berlin, 1978)
- Taylor, Graham D., «The Axis Replacement Program: Economic Warfare and the Chemical Industry in Latin America, 1942-1944», in: The Journal of Diplomatic History, Bd. 8, Nr. 1 (Delaware, 1984), S. 145-164
- Taylor, Graham D., «The Rise and Fall of Antitrust in Occupied Germany, 1945-1948», in: Prologue, Bd. 11 (1979)
- Taylor, Graham D., und Patricia E. Sudnik., DuPont and the International Chemical Industry. (Boston, 1984)
- Teichova, Alice, «Internationale Grossunternehmen. Kartelle und das Versailler Staatensystem in Mitteleuropa», in: Institut für Europäische Geschichte Mainz Vorträge., Nr. 82 (Stuttgart, 1988)
- Teichova, Alice, «Die geheimen britisch-deutschen Ausgleichsversuche am Vorabend des Zweiten Weltkrieges», in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 7 1959
- Teichova, Alice, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Grossmächte. (München, 1988)
- Teichova, Alice, «Eastern Europe in Transition: Economic Development During the Interwar and Postwar Period», in: Central Europe in the Twentieth Century, (hrsg.), Alice Teichova (Brookfield, 1997)
- Teichova, Alice, Herbert Matis und Andreas Resch (hrsg.) Business History. Wissenschaftliche Entwicklungstrends und Studien aus Zentraleuropa. (Mainz, 1999)
- di Telia, Guido und D. Cameron Watt (hrsg.), Argentina between the Great Powers, 1939-1946. (Oxford, 1989)
- Thorne, Christopher, The Approach to War, 1938-1939. (London, 1967)
- Thorne, Christopher, Allies of a Kind: The United States, Great Britain and the War Against Japan, 1941-1945 (London, 1978)
- Thorne, Christopher, Border Crossings. (Oxford, 1988)
- Toynbee, A. und V. Toynbee (hrsg.), The War and the Neutrals. (London/New York/ Toronto, 1956)
- Trepp, Gian., Bankgeschäfte mit dem Feind. (Zürich, 1993)
- Trevor-Roper, H. R., «Hitlers Kriegsziele», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1960, S. 121-133
- Udet, Ernst, Ein Fliegerleben. (Stuttgart, 1954)
- Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (hrsg.), Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg – Zwischenbericht (Bern, 25 Mai, 1998)
- Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (hrsg.), Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus.» – UEK-Flüchtlingsbericht (Bern, 1999)
- Vagt, Detlev J., «Switzerland, International Law and World War II» in: The American Journal of International Law., vol. 91, 1997
- Vaisse, Maurice, La situation militaire de la France 1936-1939., unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrages. (Bern, 1988)
- Vaubel, Ludwig, Zusammenbruch und Wiederaufbau. Ein Tagebuch aus der Wirtschaft. (München, 1984)
- Vaudaux, Adolph, Blockade und Gegenblockade. Handelspolitische Sicherung der schweizerischen Ein- und Ausfuhr im Zweiten Weltkrieg. (Basel, 1948)
- Vital, David, «Czechoslovakia and the Powers, September 1938» in: Journal of Contemporary History, vol. 1, Nr. 4, 1966, S. yi-G7
- Vogel, Rolf, Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden. (München/Zürich, 1977)
- Vogel, Rolf, «Waren gegen Menschen», in: Hitlers Endlösung. Das Dritte Reich., Verlag für geschichtliche Dokumentation GmbH & Co. (Hamburg, 1977), S. 41-45



- Vogel, Walter, «Deutschland, Europa und die Umgestaltung der Amerikanischen Sicherheitspolitik 1945-1949» in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1971, S. 64-82
- Vogler, Robert U., Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941. (Basel/Frankfurt am Main, 1997)
- Voigt, Johannes H., «Hitler und Indien», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1971, S. 33-63
- Walker, Richard L., «E. R. Stettinius, Jr.» in: The American Secretaries of State and their Diplomacy. Vol. XIV (New York, 1965)
- Wallace, Jonathan, The Political Career of Walter Runciman (1870-1949), (Newcastle University, 1995)
- Wardley, Peter, «The Emergence of Big Business: The Largest Corporate Employers of Labour in the United Kingdom, Germany and the United States», in: Business History, Bd. 41, Nr. 4 (London, 1999), S. 88-116
- Watt, Donald Cameron, Succeeding John Bull. America in Britain's Place 1900-1975. (Cambridge/London/New York, 1984)
- Watt, Donald Cameron, How War Came. The Immediate Origins of the Second World War, 1938-1939. (London, 1989)
- Watt, Donald Cameron, «Britain and the Neutral Powers 1939-1945: Some General Considerations.» in: Les États Neutres Européens et la Seconde Guerre Mondiale. (Neuchâtel, 1985), S. 245-265
- Watt, Donald Cameron, «The European Civil War», in: The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement W. J. Mommsen und L. Kettenacker, (hrsg.), (1983), S. 3-21
- Wegmüller, Jürg, Das Experiment der Volksfront. Untersuchungen zur Taktik der Kommunistischen Internationale der Jahre 1934 bis 1938. (Bern, 1972)
- Weinberg, Gerhard L., A World At Arms: A Global History of World War II. (New York, 1994)
- Weinberg, Gerhard L., World in the Balance: Behind the Scenes of World War II. (London, 1981)
- Weinberg, Gerhard L., The Foreign Policy of Hitler's Germany. (Chicago, 1980)
- Weinberg, Gerhard L., «Hitler and England, 1933-1945: Pretense and Reality», in: German Studies Review, Nr. 8, (1985), S. 299-309
- Weinberg, Gerhard L., Germany, Hitler, and World War II: Essays in Modern German History and World History. (New York, 1995)
- Weinberg, Gerhard L., Deutschlands Wille zum Krieg. Die internationalen Beziehungen 1937-1939, in: Kriegsausbruch 1939 Beteiligte, Betroffene, Neutrale. (München, 1989), S. 15-32
- Weingarten, Ralph, Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage: Das «Intergovernmental Committee on Political Refugees» (IGC) 1938-1939. (Bern, 1981)
- Wendt, Bernd-Jürgen, Economic Appeasement: Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939. (Düsseldorf, 1971)
- Wendt, Bernd-Jürgen, «Economic Appeasement» – A Crisis Strategy», in: The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement. W. J. Mommsen und L. Kettenacker (hrsg.), (1983), S. 157-172
- Widmer, Paul, Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin: Geschichte eines schwierigen diplomatischen Postens. (Zürich, 1997)
- Wblkogonow, Dimitri, Stalin, Triumph and Tragödie. (Düsseldorf, 1989)
- Woods, Randall Bennett, A Changing of the Guard: Anglo-American Relations, 1941-1946. (Chapel Hill/London, 1990)
- Wurm, Clemens A., «International Industrial Cartels, the State and Politics: Great Britain between the Wars.» in: Historical Studies in International Corporate Business, (hrsg.),

- Alice Teichova, Maurice Lévy-Leboyer und Helga Nussbaum (Cambridge/New York, 1989), S. 111-122
- Wyman, David S., Paper Walls: America and the Refugee Crisis 1938-1941. (New York, 1985)
- Zala, Sascha, Gebändige Geschichte. Bundesarchiv Dossier 7. (Bern, 1998)
- Zaugg-Prato, Rolf, Die Schweiz im Kampf gegen den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, 1919-1938. diss. (Bern /Frankfurt/Main, 1982)
- Zgorniak, Marian, «Forces armées allemandes et tchécoslovaques en 1938», in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale. No. 121, 1981, S. 61-72

**Walther Hofer**

**Die Schweiz zwischen deutscher Aggression und westlichem  
Appeasement 1936-1939**

- Abetz, Otto 73  
Adamthwaite, Antony 17, 20, 49, 179, 369  
Altrichter, Helmut 31, 199  
Astor, Lady Nancy 47  
Astor, Viscont Waldorf 47  
Attenhofer, Elsie 244, 245-247  
Attlee, Clement 34, 333
- Baldwin, Stanley 32  
Balfour, Arthur 158  
Bariéty, Jacques 65-67, 69, 74, 91, 97, 99,  
116, 119, 131, 169-171, 183-185  
Beaverbrook, Lord William Maxwell 46,  
47, 169  
Beck, Ludwig 54, 63, 269, 270, 290, 291-  
293, 295, 389  
Becker, Josef 31  
Benesch, Edvard 256, 257, 271, 278, 288,  
300, 301, 307, 315, 340, 355, 385, 410-  
415  
Bergier, Jean-François 429  
Bethmann Hollweg, Theobald von 129  
Bismarck, Fürst Otto von 40, 166, 330, 385  
Bloch, Charles 339  
Bloch, Marc 62, 71, 74, 92, 96, 97  
Blum, Léon 26, 67f., 91, 98, 177, 183, 233  
Bockhoff, E. T. 378, 379  
Bonjour, Edgar 121, 126, 128, 190, 192,  
208, 215-218, 223, 243, 378, 385, 427  
Bonna, Pierre 110, 111, 371, 376  
Bonnet, Georges 99, 177, 257, 281, 337,  
349-353, 391, 415  
Bracher, Karl-Dietrich 17, 56, 57, 174, 292  
Bratschi, Robert 154  
Braubach, Max 55  
Brauchitsch, Walter von 292, 406  
Bretholz, Wolfgang 411, 412  
Bretscher, Willi 377, 378
- Briand, Aristide 22, 98, 130, 142, 143  
Bringolf, Walther 154  
Brüning, Heinrich 170  
Bruggmann, Karl 201, 346, 351  
Buffotot, Patrice 35  
Bullard, Sir William 19, 20, 310  
Bullitt, William 53, 99, 336  
Bullock, Alan 19, 253, 274, 286, 346, 347,  
361  
Burckhardt, Walter 225, 227  
Bussmann, Walter 181
- Cadogan, Sir Alexander 20, 164  
Canaris, Wilhelm 294  
Carsten, Francis L. 158, 160  
Cecil, Lord Robert 225  
Chamberlain, Neville 17-20, 32, 37, 44, 47-  
50, 113, 116, 161-169, 187, 192, 197, 198,  
226, 228, 230, 245, 255-261, 275, 278,  
279, 286, 287, 296, 297, 301, 303-307,  
308-314, 317, 318, 325-331, 333-339, 342,  
345, 349, 351, 352, 355, 363, 364, 366-  
369, 391, 394, 414, 415  
Chautemps, Camille 177, 183  
Christienne, Charles 36  
Churchill, Sir Winston 17, 18, 20, 30-34, 47,  
52 f., 92, 95, 116, 131, 148, 160, 164, 166,  
168, 173, 218, 255, 256, 260, 296, 303 f.,  
317, 331-334, 337, 349, 366, 418, 422-424  
Ciano, Graf Galeazzo 126, 164, 175, 193,  
198 f., 219 f., 267, 268, 273, 323, 324  
Clinton, Bill 14, 142  
Coulondre, Robert 287, 338, 339, 424  
Craig, Gordon A. 31
- Daladier, Edouard 70, 72, 256, 257, 260,  
280, 303, 306, 307, 325, 326, 336-338,  
348, 368, 369, 424  
Daschitschew, Wiatscheslaw 14  
Dawson, Geoffrey 44, 46, 277

- Delbos, Yvon 98, 184, 201  
 Di Nolfo Enno 202, 268  
 Dinichert, Paul 23, 107, 108, 196 f., 204,  
 205, 217, 345, 348, 353, 356, 357  
 Disraeli, Benjamin 305, 330  
 Dollfuss, Engelbert 160, 171  
 Duclos, Jacques 77  
 Duff Cooper, Alfred 331-334, 366  
 Duroselle, Jean-Baptiste 22, 27, 60 f., 74,  
 89, 92, 97, 99, 183, 186, 260, 270, 303,  
 306, 326, 337, 338, 351, 393  
 Dutailly, Henry 424  
 Duttweiler Gottlieb 233
- Eden, Antony 31, 41, 113, 161, 162, 184,  
 334, 366  
 Egk, Werner 101  
 Elisabeth, russische Zarin 181  
 Erdmann, Karl-Dietrich 61, 62  
 Erlach, Rudolf von 426
- Fabry, Jean 89  
 Faucher, Louis-Eugène 391  
 Fawtier, Robert 62  
 Feldmann, Markus 132-141, 372, 375, 376,  
 386  
 Felice, Renzo de 202, 268  
 Feiling, Keith 256  
 Fierlinger, Zdenek 170  
 Frankfurter David 137  
 Franco, Francisco 193, 219  
 François-Poncet, André 23, 183, 356, 357  
 Friedrich der Grosse 180, 181  
 Frieser, Karl-Heinz 91, 92, 94, 96, 421  
 Fritsch, Werner Freiherr von 54  
 Frölicher, Hans 15, 204, 205, 214, 216, 349,  
 353-356, 358, 370-372, 375-377, 398
- Gabin, Jean 75  
 Gafencu, Grigore 64  
 Gamelin Maurice 25, 26, 64, 93, 95, 96,  
 258-260, 392-394, 400, 401  
 Gannon, Franklin R. 276  
 Garvin, James Louis 168  
 Gaulle, Charles de 64, 93  
 Georg V., König von England 158  
 Girault René 71, 74, 98  
 Gisevius, Hans Bernd 294  
 Goebbels, Josef 54, 57, 122 f., 249, 284,  
 299, 315, 316, 374 f., 378, 384
- Goethe, Johann Wolfgang von 223  
 Göring, Hermann 35, 105, 195, 200, 251  
 272, 273, 299, 320, 321, 388, 420  
 Gorbatschew, Michael 416  
 Graf, Christoph 75, 150, 182  
 Graml, Hermann, 57-59  
 Grandi, Dino 199  
 Grey, Sir Edward 225  
 Groscurth, Helmut 301, 302, 315  
 Guggenbühl, Gottfried 386  
 Guisan, Henri 90, 373  
 Gustloff, Wilhelm, 137  
 Gut, Theodor 190  
 Gygli, Paul 295
- Hack, Wilhelm 136E  
 Halder, Franz 271, 293, 294, 298, 313, 398,  
 408  
 Halifax, Lord Edward Wood, 43, 161 f.,  
 184, 257, 277, 280 f., 297, 303, 307, 311  
 f., 333, 350  
 Harlan, Veit 125  
 Hassell, Ulrich von 29  
 Haushofer, Karl 134  
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 306  
 Helldorf, Wolf Heinrich Graf von, 294  
 Henderson, Sir Neville 200, 232, 233, 297,  
 300, 356, 357  
 Henlein, Konrad 257, 264 f., 281, 301 f.,  
 355, 356, 360 f.  
 Herzfeld, Hans 277  
 Hildebrand, Klaus 32, 37, 43, 55, 56, 161,  
 164, 187, 266, 283  
 Hindenburg, Paul von 40  
 Hoare, Sir Samuel 366  
 Hobbes, Thomas 156  
 Hoepner, Erich 293  
 Hodler, Marc 100  
 Hossbach, Friedrich 179, 181  
 Huber, Jakob 425  
 Huber, Max 225  
 Hugenberg, Alfred 122
- Jaeger, Maximilian 213, 217, 218  
 Jodi, Alfred 54
- Kappeler, Franz 377  
 Katharina L, russische Zarin 89  
 Keitel, Wilhelm 42, 269, 291, 335, 396, 398,  
 406, 420

- Kellogg, Frank Billings 142, 143  
 Kieser, Rolf 168  
 Klöti, Emil 211  
 Köcher, Otto 212-218  
 Kordt, Erich 39, 40, 54, 113, 298  
 Kordt, Theodor 294  
 Koss, Stephen 45  
 Kreis, Georg 231  
 Kube, Alfred 200  
 Kurz, Hans Rudolf 143
- Labhardt, Jakob 373, 390  
 La Chambre, Guy 320  
 Lacroix, Victor de 288, 340  
 La Fontaine, Jean de 388  
 Laval, Pierre 89  
 Léger, Alexis 326  
 Leiser, Erwin 125  
 Lenin, W.I. 80,81  
 Lill, Rudolf 199  
 Litwinow, Maksim M. 83, 285, 308  
 Londonderry, Lord Henry 47  
 Louis XIV, König von Frankreich 115  
 Low, Alfred D. 164, 185  
 Luchsinger, Fred 112, 127f., 150, 189,  
 210, 248, 380  
 Lukes, Igor 411, 412, 417
- MacDonald, Ramsey 160  
 Maginot, André 91  
 Maier, Klaus A. 36  
 Mandel, Georges 337  
 Mann, Golo 56, 297, 298, 321  
 Manstein, Erich von 399  
 Marin, Louis 24, 26  
 Masaryk, Thomas 267, 277  
 Massigli, René 351, 352  
 Masson, Roger 389, 390  
 Maurras, Charles 337  
 McDonough, Frank 37, 38, 44, 47, 302,  
 303, 311, 312, 317, 326, 334, 336  
 Meinecke, Friedrich, 112, 243  
 Meyer, Albert 211  
 Meyer, Karl 429  
 Minger, Rudolf 119, 143-151, 212, 235,  
 237, 247, 373, 386, 390, 428  
 Moeller, Felix 123  
 Mount Temple, Lord 48  
 Montesquieu, Charles de 97  
 Motta, Giuseppe 64, 83, 109-112, 118,  
 126, 128, 142, 149, 196, 206 f., 228-232  
 245, 335, 355, 371 f., 381-383, 425  
 Müller, Guido 154E,  
 Müller, Rolf-Dietrich. 420  
 Müller, K. J. 295  
 Murray, Williamson 405  
 Mussolini, Benito, 19, 29, 58, 84, 85, 109,  
 110, 126, 161, 173, 174, 199, 201-204,  
 219-222, 245-246, 261-262, 267-268,  
 280, 298, 322-325, 347, 358, 369
- Napoleon I. 15, 115, 225, 237, 257  
 Nobs, Ernst 120, 154  
 Norman, Montagu 47, 418  
 Novak, Otto 288
- Obrecht, Hermann 237, 238, 427  
 Oeri, Albert 128, 360, 378  
 Oprecht, Hans 211  
 Orde, Anne 158, 164  
 Orff, Carl 101  
 Oster, Hans 294  
 Ossietzky, Carl von 75
- Padel, Gerd H. 132, 141, 151, 360, 367  
 Papen, Franz von 40, 176-178  
 Papst Pius XI 65  
 Paravicini, Charles R. 113, 114, 118, 197,  
 345, 347, 348, 351  
 Pétain, Philippe 92, 93, 337  
 Petersen, Jens 199  
 Philipp II. König von Spanien 115  
 Phipps, Sir Eric 38, 281, 282  
 Piétri, François 64  
 Pilet-Golaz, Marcel 90, 216  
 Poidevien, Raymond 67  
 Popitz, Johannes 315  
 Potemkin, Vladimir P. 89  
 Price, Ward 46, 166  
 Prodolliet, Ernest 75, 124, 125, 181
- Rappard, William 225  
 Reinhard, Ernst 154  
 Renoir, Jean 75  
 Renouvin, Pierre 61, 89  
 Reynaud, Paul 337  
 Ribbentrop, Joachim von 39, 41, 47, 73,  
 113, 215, 257, 269, 290, 294, 297  
 Ritter, Gerhard 61  
 Rommel, Erwin 421

- Roosevelt, E.D. 18  
 Rosenberg, Alfred 139  
 Ross, Stephen 277  
 Rothermere, Lord 46, 277  
 Rothfels, Hans 277  
 Ruegger, Paul 108, 109, 202, 218-220, 234, 258  
 Runciman, Lord Walter 270, 287, 288, 348, 355  
 Russell, Bertrand 71, 72
- Salis, J.R. von 176, 187, 227, 252, 340, 365, 366  
 Scapini, Georges 74  
 Schacht, Hjalmar 47, 105  
 Schäfer, Stefan 195  
 Schausberger, Norbert 250  
 Schdanow, Andrei 413  
 Schiller, Friedrich 59, 243, 428  
 Schindler, Dietrich 16  
 Schmid, Arthur 381  
 Schmid, Karl 244  
 Schmidt, Paul 40, 41, 268, 273, 274, 322, 357  
 Schmitt, Carl 347, 378  
 Schulthess, Edmund 137  
 Schürch, Ernst 378  
 Schuschnigg, Kurt 163, 165, 183, 189, 216-218, 251, 364  
 Senn, Hans 90, 95, 143, 426  
 Shakespeare, William 374  
 Simon, Sir John 160, 366  
 Speer, Albert 399  
 Speidel, Wilhelm 320  
 Stalin, J.W 13, 76-88, 95, 198, 227, 297, 339, 346, 412-417  
 Stehlin, Paul 320, 321  
 Stourzh, Gerald 170  
 Streicher, Julius 101  
 Stresemann, Gustav 22, 87, 98, 130  
 Stronge, H.C.T. 394-396  
 Stucki, Walter, 344-352
- Stülpnagel, Heinrich von 31  
 Stüssi-Lauterburg, Jürg 147  
 Syrový, Jan 307, 326, 410
- Talleyrand, Charles Maurice de 424  
 Thomas, Georg 399  
 Thorez, Maurice 69, 77, 88  
 Torrente, Henri de 117, 118, 343, 344  
 Trotzky, Leo 81  
 Tuchatschewski, Michael 416
- Udet, Ernst 320
- Vaisse, Maurice 69-73, 93  
 Vansittart, Sir Robert 160, 164, 349, 352  
 Viktor Emanuel III., König von Italien 234  
 Vital, David 403  
 Vuillemin, Joseph 319, 320
- Wahlen, Friedrich Traugott 245  
 Watt, D.C. 274  
 Weber, Max 241  
 Weinberg, Gerhard L. 392  
 Weizsäcker, Ernst von 128, 133-135, 294, 317, 385, 388  
 Welles, Sumner 340  
 Wetter, Ernst 211  
 Weygand, Maxime 93, 94, 337  
 Widmer, Paul 205  
 Wilson, Horace 303, 314, 316, 317  
 Wilson, Woodrow 193  
 Winkler, Heinrich August 77  
 Witzleben, Erich von 293, 298  
 Wolkogonow, Dimitri 416
- Zgorniak, Marian 402

*(Mitarbeit Gabriele Haschke)*

### Herbert R. Reginbogin

#### Enemies and Friends

#### Eine Analyse der finanzwirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den kriegführenden und neutralen Ländern (1938-1945)

- Abs, Hermann Josef 604, 606  
Adamthwaite, Anthony 501  
Agfa 585  
AEG (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft) 593, 610, 611  
AEI514  
Alkasso *siehe United States Alkali Export Association*  
Alphand, H. 521, 522, 528, 539  
American Diamond Match Company 615  
American Potash & Chemical Corporation  
*siehe Potash Er Chemical Corporation*  
American Viscose Corporation 558  
Anglo-Deutsches Kohlenkartell 468, 470  
AnSCO 585  
Anglo-Iranian Oil 450  
Ashton-Gwatkin, Frank T.A. 493, 494
- Baek, Leo 453  
Baerwald, Paul 458  
Bank Henry Schroder (amerikanische Tochtergesellschaft) *siehe Bank Henry J. Schroder & Company*  
Bank Henry J. Schroder & Company 450, 606  
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) 479, 480, 481, 484, 485-489, 570  
Bank von England 447, 450, 478, 479, 480, 488, 529, 534, 535  
Bank von Frankreich 486  
Bayer Company 585  
Beard, Charles 573  
Behn, Sosthenes 590  
Beit-Zvi, S.B. 465  
Belgische Solvay 622  
Berghahn, Volker 592  
Berliner Handelsgesellschaft 605  
Blessing, Karl 603, 606  
v. Blomberg, Werner 595  
Bonnet, Georges 473, 474, 475  
Borax and Chemicals Ltd. 620  
Borax Consolidated Limited 615, 621  
Robert Bosch 609, 610  
Bracher, K. D. 592  
Brüning, Heinrich 485, 486  
Bücher (Generaldirektor der AEG) 611  
Bullitt, William C. 473  
Butler, R.A. 499  
Buxton, C. Roden 498, 499
- Cable and Wireless 510, 514  
Cain, P.J. 435  
California Alkali Export Association (Calkex) 622  
Canaris, Wilhelm 608  
Caputi, Robert 436, 501  
Carley, Michael Jabara 435  
Chamberlain, Joseph P. 458, 491, 542  
Chase National Bank 607  
Chemdyes 549  
Chemical Bank and Trust Company 606  
Ciba 546  
Clemenceau, George 562  
Compagnie Générale de Télégraphie 510  
Coolidge, Calvin 568  
Coulondres, Robert 475  
Courtaulds *siehe American Viscose Corporation*
- Dahlerus, Birger 514  
Daladier, Edouard 465, 472, 473, 475, 476, 501  
Dawes, Charles, G. 570  
Dawes-Plan 570, 585  
DEGO (Tochtergesellschaft der deutschen Reichsbank) 606, 607, 610  
Degussa (Deutsche Gold- und Silberscheide-Anstalt) 610  
v. Dirksen, Herbert 496  
Distillers Company (The) 450  
Dow Chemical 588  
Drummond-Wolff, Henry 491  
Dunlop Corporation 450

DuPont Corporation 586, 615, 618, 619,  
 623, 624  
 Durand & Huguenin (D&H) 545-549  
 Dynamit-Nobel 610  
  
 Eden, Anthony 447  
 Eizenstat, Stuart 437, 439  
 Elektrolux 514  
 Elephant Borax Corporation 620  
 Empire Industries Association 483  
  
 Federal Reserve Bank von New York 486  
 Federation of Business Industries (FBI)  
     A. 4, 467, 468, 469, 471, 483, 497, 556  
 Fierz, Robert 539  
 Finkelstein, Norman G. 465  
 Firth-Vickers Stainless Steels 450  
 Fletcher, James 512  
 Flick, Henry Clay 565  
 Ford Corporation 569, 611, 624  
 Ford, Edsel 585  
 Franco y Bahamonde, Francisco 612  
 François-Poncet, André 473  
 Friedman, Thomas L. 438  
 Funk, Walther 492, 497, 595  
  
 Gamelin, Maurice-Gustave 474-475  
 de Gaulle, Charles 583  
 Geigy 546, 548  
 General Aniline & Film Corporation 585,  
 586  
 General Dyestuffs Corporation 549  
 General Motors Corporation 569, 586,  
 588, 589, 623, 624  
 George, Lloyd 562  
 Goebbels, Joseph 446  
 Göring, Hermann 438, 446, 492, 493, 497,  
 499, 586, 593, 596, 597, 598, 603, 608,  
 612, 613, 614  
 Golay, Maurice 537  
 Goldfields American Development Co.  
 Ltd. 615, 618, 621  
 Goldmann, Nah'um 459  
 Graham, J.M. 539  
 Guggenheim, Silvain 463  
 Guinness Mahon Bank 450  
  
 Halifax, Edward 445, 446, 447, 465, 490,  
 499  
 Hannah, Leslie 434  
  
 Harding, Warren G. 565  
 Henderson, Neville 477, 478, 489, 492  
 Hess, Rudolf 498  
 Hesse, Fritz 496  
 Hoare, Samuel 435  
 Hope & Co. 621  
 Hoover, Edgar 590  
 Hoover, Herbert 485, 568, 573  
 Hopkins, A. G. 435  
 Hotz, Jean 536, 537  
 Hudson, Robert Spear 493, 494, 495, 496  
 Hughes, Charles Evans 570  
 Hull, Cordell 457  
  
 I.G. Chemical Corporation *siehe General  
 Aniline & Film Corporation*  
 I.G. Chemie Basel 546, 548, 549, 586  
 I.G. Farben 433, 509, 546, 548, 549, 585,  
 586, 587, 588, 593, 595, 610,  
 615,616,618,619, 623  
 Imperial Chemical Industries (ICI) 433,  
 450, 451, 509, 545, 546, 548, 549, 615,  
 616, 617, 618, 619, 622, 623  
 International General Electric Company  
     New York Ltd. *siehe International Gene-  
 ral Electric Company Corporation Inc.*  
 International General Electric Company  
     Corporation Inc. 433, 511, 512, 513, 611  
 International Telephone & Telegraph Cor-  
 poration (ITT) 590, 623  
 Inverforth, Lord 514  
 Iriye, Akira 568, 578  
 Irving, S. 519, 539  
 Iselin, Felix 548  
 Italcable 510  
  
 Jodl, Alfred 613  
 Juge, Jean-Ferdinand 519, 528  
  
 Kadgien (Beauftragter für den Vierjahres-  
     plan) 606  
 Keller, P. 518, 529  
 Kelley, David 539  
 Kennedy, Joseph J. 471  
 Kershaw, Ian 435, 436, 490, 495  
 Koechlin, C. 548  
 Körner, Staatssekretär 608  
 Kreuger-Konzern 604



v. Krosigk, Schwerin 449  
 Krupp AG *siehe Vereinigte Stahlwerke*  
  
 Landfried, Staatssekretär 608  
 Lazards' Bank 450  
 L.B. Holiday Company 617  
 Lee, Higginson & Co. 603, 604  
 Leith-Ross, Frederick 448  
 Lodge, Cabot 565  
 Luther, Hans 486  
 Lyttleton, Oliver 513  
  
 MacDonald, James Ramsay 568  
 Maisky, Ivan 435  
 Marine Midland Trust Company 607  
 Mayer, Saly 463  
 Messersmith, George S. 457, 458  
 Midland Bank 450  
 Minger, Rudolf, 539  
 Monroe, James 560  
 Morgenthau, Henry 557, 590  
 J.P. Morgan Bank 570  
 Murname, G. 609, 610  
 Mussolini, Benito 580  
  
 Neumann, Staatssekretär 604, 608  
 v. Neurath, Constantin Frhr. 595  
 Newton, Scott 434, 496  
 Norman, Montagu 447, 450, 478, 480, 488  
 Nussbaumer, A.C. 529  
 Nye, Gerald P. 575  
  
 Obrecht, Hermann 538  
 Oerlikon 539  
 Österreichische Nationalbank 447  
 Ostrow, Walter W 600  
  
 Pacific Alkali Co. Ltd. 622  
 Pacific Coast Borax 615, 618, 621  
 Parker, R.A.C. 491, 495  
 Pétain, Philippe 612  
 Petschek, Ignaz 596  
 Philips 433, 513  
 Phoebus (International-Lamp-Kartell) 509,  
 510, 511, 512, 513, 514  
 Pollard, Sidney 434  
 Potash & Chemical Corporation 615, 618,  
 620, 621, 622  
 Puhl, Emil 604, 605, 606, 611  
  
 Radio Corporation of America 510  
 Raeder, Erich 613  
 Razovsky, Cecilia 458  
 Relioz *siehe Sandoz*  
 Renwick, Robert 514  
 v. Ribbentrop, Joachim 446, 473, 474, 495,  
 595, 596  
 Rockefeller 607, 624  
 Gestion Rodopia S.A. 600  
 Rooth, Ivar 605  
 Rothmund, Heinrich 463  
 Rublee, George 461  
 Ruhr-Saar-Kohle AG 524  
 Runcimann, Walter Ryan, (Richter) 620  
  
 Sandoz 546  
 Schacht, Hjalmar 449, 450, 481, 482, 486,  
 594, 595,  
 Schlesinger, Moritz Generalkonsul 608  
 Schlotterer, Gustav 597  
 Schulthess, Louis 601  
 Schweizerische Rückversicherungs-Gesell-  
 schaft (Schweizer Rück) 602  
 Setchell, H. L. 520, 523, 528, 539  
 Siedersleben, Gasper 599, 606, 608, 609,  
 611  
 Siemens 593  
 Silberschmidt, Max 561  
 Snell, Bradford 589  
 Solvay et Cie. *siehe Belgische Solvay*  
 Solvay Process Company 622  
 Speer, Albert 589  
 Spencer, Charles 514  
 Standard Oil of New Jersey 569, 586, 587,  
 588, 610, 623  
 Stucki, Walter 518, 525  
 Sulzer, Hans 518  
 Swan Edison Cables 514  
  
 Tate and Lyle 450  
 Taylor, Myron C. 459, 461  
 Teagle, Walter 585  
 Telefunken 510  
 Tenannt, E.W 495  
 Transradio-Konsortium 510  
 Treue, Hans 605  
 Trujillo, Rafael 462  
 Tschechische Nationalbank 479, 488  
  
 Unilever 450, 451

United States Alkali Export Association  
509  
U.S. Borax Companies 620  
  
Vereinigte Stahlwerke (Krupp AG) 585,  
586, 593, 595  
Vickers Armstrong 451  
  
Waffenfabrik Solothurn 523-524  
Waley, S.D. 529, 530, 533  
Wallenberg, Jakob 604, 608  
Wallenberg, Markus 601, 605, 608, 609,  
610, 611  
Washington, George 560  
Watt, Donald Cameron 495, 496, 522  
  
Weizmann, H'aim 459  
West Chemical Co., Inc. 622  
Westminster Bank 606  
Wilson, Sir Horace 493, 495, 496, 499  
Winterton, Lord 461  
Winthrop Chemical 585  
Wise, Stephen 457  
Otto Wolff AG 599, 600, 605, 606, 608,  
609  
Wohlthat, Helmut 446, 492, 493, 494,  
495, 496, 497, 498  
Wood, Kingsley 487  
  
Young, Owen D. 570



Deutsche Expansion vor dem Krieg (März 1936–März 1939)



Strategische Bedeutung des Rheinlandes (Aufmarsch der Wehrmacht für den Angriff im Westen Mai 1940)

# Die strategische Lage der Tschechoslowakei 1938

